

STATISTISCHES JAHRBUCH

Deutschland und Internationales

2012

Statistisches Bundesamt

Herausgeber | Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Redaktionsleitung | Susanne Hagenkort-Rieger

Gestaltung | Statistisches Bundesamt

Internet | www.destatis.de

Ihr Kontakt zu uns | www.destatis.de/kontakt

Statistischer Informationsservice | Tel. +49 (0) 611 / 75 24 05, Fax +49 (0) 611 / 75 33 30

Erschienen im Oktober 2012

Print

Preis | EUR 71,-

Bestellnummer | 1010110-12700-1

ISBN | 978-3-8246-0989-5

Kostenfreier Download

Artikelnummer | 1010110-12700-4

ISBN | 978-3-8246-0990-1

Redaktionsschluss | 1. August 2012

Qualität | Sollte dem Statistischen Bundesamt nach Veröffentlichung dieser Ausgabe ein Fehler bekannt werden, so wird in der Online-Version darauf hingewiesen und der Fehler korrigiert. Die Online-Version finden Sie im Internet unter www.destatis.de/jahrbuch

Archiv | Das Archiv aller Jahrbücher seit der ersten Ausgabe 1952 finden Sie über einen Link unter www.destatis.de/jahrbuch

Technische Herstellung | Bonifatius GmbH,
Karl-Schurz-Str. 26, 33100 Paderborn, www.bonifatius.de

Vertriebspartner | IBRo Versandservice GmbH
Bereich Statistisches Bundesamt
Kastanienweg 1
D-18184 Roggentin
destatis@ibro.de
Telefon | +49 (0) 3 82 04 / 6 65 43
Telefax | +49 (0) 3 82 04 / 6 69 19

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2012

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Liebe Leserin, lieber Leser,

außen wie innen: Das Statistische Jahrbuch präsentiert sich Ihnen in diesem Jahr komplett neu. Gemäß dem Motto „Ein Bild sagt mehr als tausend Zahlen“ haben wir verstärkt Aussagen aus den Tabellen für Sie visualisiert und lassen die Zahlen zu Beginn eines Themas sprechen.

Wie tickt und lebt zum Beispiel unsere Gesellschaft? Frauen bekommen ihr erstes Kind im Schnitt mit 29 Jahren. Jede fünfte verstorbene Frau war 90 Jahre oder älter und ein Viertel der heiratenden Männer zuvor geschieden. Die Menschen wohnen auf durchschnittlich 70 m² in Mietwohnungen und 119 m² in Eigentumswohnungen. Sie verbrauchen pro Kopf 120 Liter Wasser täglich. Urlaubsreisen buchen sie vermehrt im Internet. Und auch wenn ein Haushalt 2010 über durchschnittlich 2 981 Euro monatlich verfügte: Jede sechste Person war 2009 von Armut bedroht.

Mit Blick auf die Wirtschaft war 2011 ein Jahr der Rekorde: Die Zahl der Erwerbstätigen erreichte mit über 41 Millionen einen Höchststand. Das Bruttoinlandsprodukt überstieg erstmals die 2,5-Billionen-Euro-Grenze. Die Exporte lagen zum ersten Mal über 1 Billion Euro. Gleichzeitig stiegen die Preise deutlich stärker als in den Jahren zuvor.


Dies ist nur ein kleiner Auszug aus der Themenvielfalt, die Sie im Statistischen Jahrbuch erwartet. Der letzte Abschnitt „Internationales“ greift die Themen der vorangehenden Kapitel auf und zeigt, wo Deutschland im internationalen Vergleich steht.

Ich bedanke mich bei allen, die dieses Jahrbuch möglich gemacht haben. Insbesondere gilt mein Dank den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Statistischen Ämtern der Länder und weiterer Organisationen, die uns ihre Daten zur Verfügung stellen.

Die Mischung macht das Jahrbuch zu dem, was es ist: ein Buch mit vielen Zahlen, aber kein trockenes, sondern ein abwechslungsreiches, umfassendes und dennoch übersichtliches Nachschlagewerk für alle, die sich ein Bild von Deutschland machen möchten.

Machen Sie sich nun Ihr Eigenes!

Ihr



Roderich Egeler
Präsident des Statistischen Bundesamtes












Einführung

Statistisches Bundesamt | Informationsdienstleister für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, *Seite 7*








Statistisches Bundesamt | Informationsangebot, *Seite 8*

Statistisches Jahrbuch | Inhalt, Aufbau und Gebrauch, *Seite 9*










Gesellschaft und Staat

- 1  Geografie und Klima, *Seite 11*
- 2  Bevölkerung, Familien, Lebensformen, *Seite 23*
- 3  Bildung, *Seite 75*
- 4  Gesundheit, *Seite 115*
- 5  Wohnen, *Seite 153*
- 6  Einkommen, Konsum, Lebensbedingungen, *Seite 167*
- 7  Kultur, Medien, Freizeit, *Seite 191*
- 8  Soziales, *Seite 223*
- 9  Finanzen und Steuern, *Seite 253*
- 10  Wahlen, *Seite 287*
- 11  Justiz, *Seite 301*

Gesamtwirtschaft und Umwelt

- 12  Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, *Seite 317*
- 13  Arbeitsmarkt, *Seite 343*
- 14  Verdienste und Arbeitskosten, *Seite 373*
- 15  Preise, *Seite 389*
- 16  Außenhandel, *Seite 411*
- 17  Zahlungsbilanz, *Seite 429*
- 18  Umwelt, *Seite 441*

Wirtschaftsbereiche

- 19  Land- und Forstwirtschaft, *Seite 471*
- 20  Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick, *Seite 501*
- 21  Verarbeitendes Gewerbe, *Seite 531*
- 22  Energie, *Seite 549*
- 23  Bauen, *Seite 559*
- 24  Binnenhandel, *Seite 571*
- 25  Transport und Verkehr, *Seite 581*
- 26  Gastgewerbe und Tourismus, *Seite 603*
- 27  Weitere Dienstleistungen, *Seite 615*

Internationales

- A  *Seite 627*

Sachregister, *Seite 677*

Nur wer die Fakten kennt, kann mitreden. Der Weg zu diesen Fakten ist kurz. Er führt zum **Statistischen Bundesamt**.

Das Statistische Bundesamt stellt als zentraler Informationsdienstleister das umfangreichste Angebot an statistischen Daten für Deutschland bereit. Hauptverbreitungskanal ist das Internet. Unter www.destatis.de finden Sie das gesamte Veröffentlichungsprogramm einschließlich des Zugangs zu den statistischen Datenbanken. Neben elektronischen Veröffentlichungen gibt es auch noch ausgewählte gedruckte Veröffentlichungen zu übergreifenden oder spezifischen Themen. Auf der folgenden Seite beschreiben wir Ihnen das Informationsangebot detailliert. In einem Informationsservice stehen Fachleute Auskunftssuchenden beratend zur Seite. Eine umfassende Statistik-Spezialbibliothek ist für Interessierte geöffnet.

Nutzerinnen und Nutzer der amtlichen Statistik sind die breite Öffentlichkeit, Parlamente, Regierungen und Verwaltungen, die Wirtschaft, Gewerkschaften, Verbände, die Medien sowie die Wissenschaft. Sie alle brauchen statistische Informationen, um Entscheidungen vorzubereiten und zu bewerten, um aufzuklären, Thesen und Analysen empirisch zu begründen oder zu erläutern. Die **demokratische Willensbildung** lebt von öffentlich zugänglichen, objektiven statistischen Daten über die Lage von Gesellschaft und Staat sowie Wirtschaft und Umwelt.

■ Aufgabe und Stellung

Das Statistische Bundesamt besteht seit 1950. Seine Grundlage ist das **Bundesstatistikgesetz** (BStatG). Danach hat die amtliche Statistik die Aufgabe, laufend Daten über Massenerscheinungen zu erheben, zu sammeln, aufzubereiten, darzustellen und zu analysieren. Die Ergebnisse dieser Statistiken bieten Informationen über gesellschaftliche, wirtschaftliche und ökologische Zusammenhänge. Sie werden nach den Prinzipien der Neutralität, Objektivität und wissenschaftlichen Unabhängigkeit erarbeitet.

Bei der fachstatistischen Arbeit, der methodischen und technischen Vorbereitung und Durchführung der Statistiken ist das Statistische Bundesamt unabhängig und nicht weisungsgebunden. Als **selbstständige Bundesoberbehörde** im Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern untersteht es der **Dienstaufsicht** des **Bundesinnenministeriums**. Deshalb kann das Statistische Bundesamt wichtige organisatorische, personelle und finanzielle Entscheidungen nur mit Zustimmung des Bundesinnenministeriums treffen. In fachlichen Fragen ist das Statistische Bundesamt der Fachaufsicht der verschiedenen Bundesministerien unterstellt: Für jede der insgesamt rund 390 Einzelstatistiken übt ein Bundesministerium die Fachaufsicht aus. Das heißt, es achtet darauf, dass die von der Europäischen Union oder vom Bund vorgeschriebenen Statistiken so durchgeführt werden, wie es die anordnende Rechtsgrundlage vorsieht.

■ Keine Statistik ohne Gesetz

So lautet vereinfacht das **Prinzip der Gesetzmäßigkeit** – eines von drei Grundprinzipien, die das System der amtlichen Statistik in Deutschland prägen. Für die statistische Praxis bedeutet dies, dass Rechtsnormen der Europäischen Union, des Bundes oder eines Landes alle wesentlichen Parameter einer Erhebung vorschreiben, insbesondere Merkmale,

Berichtskreis und Periodizität. Ob zu einem Thema eine neue Statistik durchgeführt wird, entscheiden in Deutschland also nicht die Statistikerinnen und Statistiker, sondern der demokratisch legitimierte Gesetzgeber. Nur kleinere Erhebungen kann das Statistische Bundesamt aus eigenem Entschluss durchführen, z. B. um neue wissenschaftliche Methoden zu testen. Das Anpassen des statistischen Programms an neue Informationsbedarfe braucht daher immer eine gewisse Zeit. Umgekehrt gilt: Wenn Daten erhoben werden, wurden Nutzen und Aufwand im Vorhinein gründlich abgewogen. Befragte können sicher sein, dass ihre Daten umfassend geschützt sind.

■ Statistik von Spezialistinnen und Spezialisten

Das **Prinzip der fachlichen Konzentration** stellt sicher, dass die statistischen Arbeiten in Deutschland grundsätzlich in Fachbehörden geschehen, nämlich den statistischen Ämtern. Nur in Ausnahmefällen führen andere Stellen Bundesstatistiken durch. So stellt die Deutsche Bundesbank Geld-, Währungs- und Zahlungsbilanzstatistiken bereit und die Bundesagentur für Arbeit einige Arbeitsmarktstatistiken. Diese Stellen gewinnen die Statistiken in der Regel dadurch, dass sie Datenmaterial auswerten, das als Nebenprodukt ihrer Geschäftstätigkeit anfällt. Alle Tabellen im Statistischen Jahrbuch, deren Material nicht das Statistische Bundesamt und die Statistischen Ämter der Länder zuliefern, sind mit einer entsprechenden Quellenangabe versehen.

■ Statistik ist ein Gemeinschaftswerk

Das **Prinzip der regionalen Dezentralisierung** folgt aus dem föderalen Aufbau der Bundesrepublik Deutschland. Danach ist die Bundesstatistik ein Gemeinschaftswerk von Bund und Ländern. Die Statistischen Ämter der Länder sind – von Ausnahmen abgesehen – für die Durchführung der statistischen Erhebungen und die Aufbereitung bis zum Landesergebnis zuständig. Aufgabe des Statistischen Bundesamtes ist es, die einzelnen Statistiken methodisch und technisch vorzubereiten, so dass bundeseinheitliche Ergebnisse entstehen. Darüber hinaus stellt es die Ergebnisse für Deutschland in sachlicher und regionaler Gliederung zusammen und veröffentlicht sie. Etwa 140 Bundesstatistiken bearbeitet das Bundesamt zentral. Das heißt, es erhebt zum Teil auch die Daten, so zum Beispiel zur Außenhandelsstatistik.

■ Web-Angebot

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell.

■ Online-Datenbanken

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem **GENESIS-Online** tief gegliederte Ergebnisse aus über 190 amtlichen Statistiken. Sie interessieren sich nur für bestimmte Statistiken? Am Ende der einzelnen Jahrbuchkapitel finden Sie unter dem Stichwort „Mehr zum Thema“ genaue Informationen dazu, wie Sie Tabellen zu einem bestimmten Thema aus der Datenbank herausfiltern können.

Regional tiefer gegliederte Daten liefert Ihnen die Datenbank **GENESIS-Online Regional** unter www.regionalstatistik.de

■ Publikationen

Das Statistische Bundesamt bringt eine Vielzahl von Veröffentlichungen heraus. Allesamt stehen sie Ihnen auf unserer Website gebührenfrei als PDF-Datei zur Verfügung. Die Bandbreite reicht von sachlich tiefgehenden Datensammlungen bis zu Broschüren, die wir für die breite Öffentlichkeit aufbereiten.

Unter „Mehr zum Thema“ weisen wir auf bestimmte Produktkategorien unseres Veröffentlichungsprogramms hin. Diese erläutern wir Ihnen hier:

In **Fachserien und Tabellenbänden** präsentieren wir Ihnen die Ergebnisse einzelner Statistiken in Form sachlich tief gegliederter Tabellen. Die einzelnen Ausgaben stehen nicht nur als PDF-Dateien, sondern in der Regel auch im XLS-Format für Sie in unserem Internetangebot bereit.

Fachberichte enthalten umfassende Ergebnisse aus einer oder mehreren Statistiken. Im Unterschied zu den Fachserien sind die Ergebnisse textlich kommentiert und grafisch veranschaulicht.

Wirtschaft und Statistik ist die Monatszeitschrift des Statistischen Bundesamtes. Fachbeiträge interner sowie externer Autorinnen und Autoren aus Wissenschaft und Forschung leisten einen Beitrag zur wissenschaftlichen Diskussion um Methoden, Klassifikationen und andere grundlegende Fragen des statistischen Programms.

Statistik und Wissenschaft ist eine Buchreihe, die die intensive Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Statistik dokumentiert. Sie steht für Themen, die sich aus der Kooperation der amtlichen Statistik mit der Wissenschaft ergeben. Auch wissenschaftlich herausragende Nachwuchsarbeiten finden in dieser Reihe ihren Platz.

In unseren **Broschüren** bereiten wir ausgewählte Themen für die breite Öffentlichkeit auf. Unter dem Motto „Kennzahlen auf einen Blick“ stellen wir Ihnen Schlüsselindikatoren zu einem Thema in Form von kurzen Texten, kleinen Tabellen und anschaulichen Grafiken zusammen. Zu sogenannten Megathemen erscheint die Reihe „Im Blickpunkt“. Hier berichten wir Ihnen ausführlich, anschaulich und statistikübergreifend über Themen, die unsere Gesellschaft bewegen.

STATmagazin ist das Web-Magazin des Statistischen Bundesamtes. Es liefert Ihnen in kurzer Form statistisches Hintergrundwissen zu Themen von allgemeinem Interesse.

Gemeinschaftsveröffentlichungen sind Veröffentlichungen, die das Statistische Bundesamt und die Statistischen Ämter der Länder gemeinsam herausgegeben. Sie enthalten regional tiefer aufgefächerte Informationen und können unter www.statistik-portal.de abgerufen werden.

■ Inhalt

Das Statistische Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland ist das **umfassendste statistische Nachschlagewerk** auf dem deutschen Markt. Es beschreibt sowohl das gesellschaftliche Leben als auch den Zustand von Staat, Wirtschaft und Umwelt in Deutschland. Es enthält Daten aus allen Bereichen der amtlichen Statistik – ergänzt um Statistiken anderer Institutionen – und gibt so einen verlässlichen Überblick über die Lage der Nation.

Neben Statistiken über Deutschland stellt das Jahrbuch im Anhang „Internationales“ wichtige statistische Kennzahlen für Staaten aus allen Teilen der Welt zusammen.

Unter den Publikationen des Statistischen Bundesamtes ist das Statistische Jahrbuch der Klassiker. Es erscheint seit nunmehr über sechs Jahrzehnten. Das Archiv aller Jahrbücher seit der ersten Ausgabe im Jahr 1952 finden Sie über einen Link unter www.destatis.de/jahrbuch. Auch die Statistischen Jahrbücher der Deutschen Demokratischen Republik (1955 bis 1990) und das Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich (1880 bis 1941/42) sind dort elektronisch archiviert.

Die aktuelle Ausgabe des Statistischen Jahrbuchs bieten wir Ihnen unter www.destatis.de/jahrbuch komplett und kapitelweise zum Download (PDF) an.

■ Aufbau

Das Jahrbuch ist thematisch aufgebaut und gliedert sich in 27 Kapitel. Die einzelnen Kapitel enthalten Informationen aus diversen Statistiken zum jeweils behandelten Thema sowie ggf. Querverweise auf thematisch benachbarte Kapitel.

Jedes Kapitel ist einheitlich in sechs Teile untergliedert:

1. Eine **erste Seite** führt Sie schlagzeilenartig in das jeweilige Thema ein.
2. Unter dem Titel **„Auf einen Blick“** finden Sie einen grafischen Einstieg in das Thema.
3. Der **Datenteil** ist der umfangreichste. Er entspricht dem klassischen Statistischen Jahrbuch. Neben Tabellen enthält er ergänzende Grafiken und erläuternde Anmerkungen.
4. Im Teil **„Methodik“** erläutern wir die den jeweiligen Statistiken zugrunde liegende Methodik näher.
5. Das **„Glossar“** erklärt die wichtigsten verwendeten Begriffe.
6. Die Rubrik **„Mehr zum Thema“** weist auf tiefer gehende Datenquellen und weitere Veröffentlichungen zur jeweiligen Thematik hin.

Ein Anhang mit dem Titel „Internationales“ rundet das Datenangebot ab. Auch hier bieten wir Ihnen einen schlagzeilenartigen und grafischen Einstieg. Dieser ist um eine Tabelle mit Schlüsselzahlen zu sämtlichen Staaten der Welt ergänzt.

■ Gebrauch

Gebietsstand

Nach dem Beitritt der ehemaligen DDR zur Bundesrepublik Deutschland beziehen sich die Angaben zu **Deutschland** im Jahrbuch auf den Gebietsstand ab 3.10.1990. Dies gilt auch für den Nachweis gesamtdeutscher Ergebnisse für Zeiträume davor.

Aus Vergleichsgründen weisen einige Kapitel Daten für das „frühere Bundesgebiet“ und die „neuen Länder“ getrennt nach. Sofern nicht anders angegeben, beziehen sich Angaben zum **„früheren Bundesgebiet“** auf die Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin-West nach dem Gebietsstand bis zum 3.10.1990. Ergebnisse zu den **„neuen Ländern“** beziehen sich auf das Gebiet der ehemaligen DDR. Umfasst dies auch Daten für Berlin-Ost, so ist dies mit dem Zusatz „Neue Länder und Berlin-Ost“ gekennzeichnet.

Staaten, Staatsangehörigkeit

Die Gebietsbezeichnungen und Schreibweisen der Staatennamen in den Jahrbuch-Tabellen basieren auf dem „Verzeichnis der Staatennamen für den amtlichen Gebrauch in der Bundesrepublik Deutschland“. Dieses Verzeichnis wird vom Auswärtigen Amt aktualisiert und im Gemeinsamen Ministerialblatt veröffentlicht. Die Form der Darstellung bedeutet keine Anerkennung des politischen Status eines Staates bzw. der Grenzen seines Gebietes.

Auf- und Ausgliederung bei Summen

Die Bezeichnung **„davon“** in einer Tabelle gibt an, dass die vorstehende Summe vollständig in Unterpositionen aufgegliedert ist. Zählt man diese Unterpositionen zusammen, addieren sie sich zu der Summe.

Die Bezeichnung **„darunter“** hingegen gibt an, dass nur Teilpositionen der Summe aufgelistet sind (Ausgliederung). Diese addieren sich nicht vollständig zur Summe.

Werden Merkmale angeführt, die nicht summierbar sind, ist dies durch die Bezeichnung **„und zwar“** gekennzeichnet.

Auf die Bezeichnungen **„davon“** und **„darunter“** wurde verzichtet, wenn unmissverständlich aus dem Zusammenhang hervorgeht, ob es sich um eine Auf- bzw. Ausgliederung handelt.

Plus- und Minuszeichen

Im Allgemeinen sind Pluszeichen (+) und Minuszeichen (–) in Tabellenvorspalten als Rechenvorschrift anzusehen, im Zahlenfeld hingegen als Vorzeichen. Treffen zwei Minuszeichen als Rechenvorschrift und als Vorzeichen aufeinander, errechnet sich das Ergebnis nach gängigen Rechenregeln durch Addition.

Auf- und Abrundungen

Generell ist in den Tabellen und Grafiken – ohne Rücksicht auf die Endsumme – auf- bzw. abgerundet worden. Dadurch können sich bei der Summierung von Einzelangaben geringfügige Abweichungen in der Endsumme ergeben.

Erläuterungen und Fußnoten

Zusatzangaben, die sich auf die gesamte Tabelle beziehen, stehen als Anmerkung direkt unter der Tabelle. Angaben, die sich nur auf einzelne Merkmale bzw. Zahlenfelder der Tabelle beziehen, stehen als Fußnoten.

Quellen

Enthält ein Kapitel Ergebnisse aus mehreren internen Erhebungen, so ist die Erhebung in der Regel unter der jeweiligen Tabelle vermerkt. Daten, die nicht das Statistische Bundesamt und die Statistischen Ämter der Länder erarbeitet haben, sind durch eine Quellenangabe gekennzeichnet.

Geheimhaltung

Wenn Einzelangaben nicht gemacht werden können, um die statistische Geheimhaltung zu wahren, ist dies ausdrücklich gekennzeichnet. Die Einzelangaben sind aber in den Zwischen- und Endsummen enthalten.

Aktualität

Die aktuellsten Angaben des Statistischen Jahrbuchs 2012 beziehen sich in der Regel auf das Jahr 2011. Redaktionsschluss ist der 1. August 2012. Folglich ist die Aktualität des Jahrbuchs nicht mit der Aktualität der Tagespresse und der Online-Medien vergleichbar. Vielmehr ermöglicht das Jahrbuch, neues Datenmaterial in größere sachliche und zeitliche Zusammenhänge zu stellen und einen Gesamtüberblick über die Verhältnisse in Deutschland zu geben.

Qualität

Das Statistische Bundesamt veröffentlicht seine Daten in höchst möglicher Qualität. Fehler lassen sich aber nie ganz ausschließen. Sollte uns nach Veröffentlichung des Jahrbuchs ein Fehler bekannt werden, weist die Online-Version des Jahrbuchs explizit auf diesen hin. Er wird in dieser Version umgehend korrigiert.

Vorschläge und Bemerkungen

Für zukünftige Ausgaben des Statistischen Jahrbuchs nimmt das Statistische Bundesamt Vorschläge und Bemerkungen gerne entgegen. Bitte richten Sie diese an das Statistische Bundesamt, Redaktion Jahrbuch, 65180 Wiesbaden. Oder nutzen Sie unser Kontaktformular im Internet unter www.destatis.de/kontakt

Abkürzungen

Mill.	=	Million
Mrd.	=	Milliarde
%	=	Prozent
‰	=	Promille
St	=	Stück
mm	=	Millimeter
cm	=	Zentimeter
m	=	Meter
m ²	=	Quadratmeter
m ³	=	Kubikmeter
km	=	Kilometer
km ²	=	Quadratkilometer
ha	=	Hektar
l	=	Liter
hl	=	Hektoliter
g	=	Gramm
kg	=	Kilogramm
dt	=	Dezitonne
t	=	Tonne
Pkm	=	Personenkilometer
tkm	=	Tonnenkilometer
MW	=	Megawatt (= 10 ⁶ Watt)
MWh	=	Megawattstunde (= 10 ⁶ Wattstunden)
GWh	=	Gigawattstunde (= 10 ⁹ Wattstunden)
TWh	=	Terawattstunde (= 10 ¹² Wattstunden)
TJ	=	Terajoule (= 10 ¹² Joule)
PJ	=	Petajoule (= 10 ¹⁵ Joule)
NN	=	Normalnull
a.n.g.	=	anderweitig nicht genannt
cif	=	Kosten, Versicherungen und Fracht inbegriffen
fob	=	frei an Bord

Zeichenerklärung

0	=	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
X	=	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
()	=	Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist
–	=	nichts vorhanden
...	=	Angabe fällt später an
/	=	keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug
.	=	Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten



1 Geografie und Klima

Bundesrepublik Deutschland erstreckt sich über Fläche von rund **357 000 km²** | **Neun Staaten** grenzen an Bundesrepublik | Gemeinsamer **Grenzverlauf** ist **3 786 km** lang | Über **ein Fünftel** davon entfällt auf **Österreich** | **Zugspitze** ist mit **2 962 m** höchste Erhebung | **Rhein** ist mit **865 km** Länge **längster Fluss** | **Bodensee** ist mit **536 km²** Wasseroberfläche **größter See** | **Rügen** ist mit **930 km²** Fläche **größte Insel** | **Hohenpeißenberg** in Bayern ist am **sonnenverwöhntesten**

Seite

13 **Auf einen Blick**

Tabellen

14 **Geografische Übersicht**

Länge der Grenzen | Fläche

14 **Ausgewählte Bodenerhebungen**

Berge | Höchste natürliche Erhebungen der Bundesländer | Ausgewählte Ortshöhenlagen

15 **Wasserwege**

Schiffbare Flüsse | Schifffahrtskanäle

16 **Infrastruktur**

Straßen des überörtlichen Verkehrs | Flugplätze | Schienennetz

16 **Seen**

Natürliche Seen | Stauseen

17 **Ausgewählte Inseln**

Größte Inseln | Touristisch bekannte, kleinere Inseln

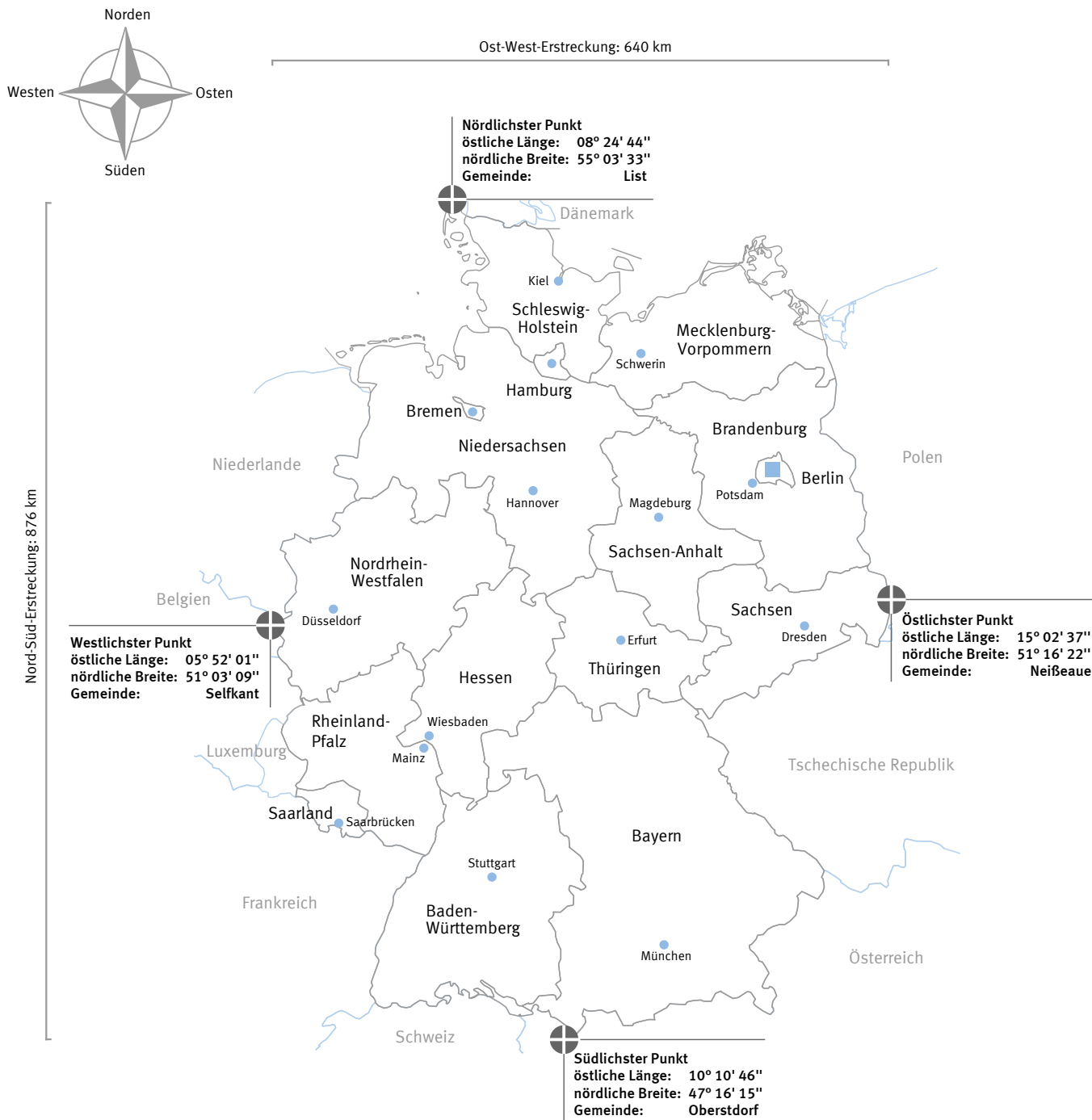
18 **Naturschutz und Erholungsfläche**

Nationalparke | Naturschutzgebiete | Naturparke

18 **Klimatische Verhältnisse**

Sonnenscheindauer | Temperaturen und Niederschläge

1.0 Auf einen Blick



Kartengrundlage © EuroGeographics

2012 - 01 - 0195

1 Geografie und Klima

1.1 Geografische Übersicht

1.1.1 Länge der Grenzen

Grenze zu ...	Länge in km	Grenze zu ...	Länge in km
Insgesamt	3786	Polen	449
Österreich	817	Schweiz	316
Tschechische Republik	812	Belgien	157
Niederlande	576	Luxemburg	136
Frankreich	455	Dänemark	68

Stand: 2012.

Die **Grenzlänge zu Dänemark** berücksichtigt nur die Landgrenze, da die Seegrenze nicht endgültig festgelegt ist. Die Angaben für die **Niederlande** beziehen sich nur auf die Festlandgrenze ohne Dollart und den Außenbereich der Ems. Die **Grenzlänge zur Schweiz** berücksichtigt die Strecke vom Dreiländereck Deutschland-Frankreich-Schweiz bis einschließlich zur Konstanzener Bucht. Die Exklave Büsingen sowie der Obersee des Bodensees zählen nicht dazu. Für die **Grenzlänge zu Österreich** wurde der Bodensee nicht berücksichtigt. Die Berechnung der Grenzlängen basiert auf der Liniengeometrie der Außengrenze Deutschlands im Basis-DLM (digitales Basis-Landschaftsmodell der Vermessungsverwaltungen der Bundesländer). Die hier angegebenen Werte können aufgrund unterschiedlicher Berechnungsverfahren von Angaben der Nachbarstaaten abweichen.

1.1.2 Fläche und Bevölkerung 2010

Weitere Informationen zu Flächen siehe Kapitel „Land- und Forstwirtschaft“

	Bodenfläche insgesamt		Siedlungs- und Verkehrsfläche (SuV)		Bevölkerung		
	km ²		km ²	% der Bodenfläche	1 000	je km ² der Bodenfläche	je km ² der SuV
Deutschland	357 127		47 702	13,4	81 752	229	1 714
Baden-Württemberg	35 751		5 054	14,1	10 754	301	2 128
Bayern	70 550		7 995	11,3	12 539	178	1 568
Berlin	892		627	70,3	3 461	3 899	5 519
Brandenburg	29 483		2 716	9,2	2 503	85	922
Bremen	419		232	55,4	661	1 576	2 848
Hamburg	755		451	59,7	1 786	2 366	3 961
Hessen	21 115		3 276	15,5	6 067	287	1 852
Mecklenburg-Vorpommern	23 191		1 847	8,0	1 642	71	889
Niedersachsen	47 613		6 464	13,6	7 918	166	1 225
Nordrhein-Westfalen	34 092		7 653	22,4	17 845	523	2 332
Rheinland-Pfalz	19 854		2 823	14,2	4 004	202	1 418
Saarland	2 570		532	20,7	1 018	396	1 913
Sachsen	18 420		2 304	12,5	4 149	225	1 801
Sachsen-Anhalt	20 450		2 243	11,0	2 335	114	1 041
Schleswig-Holstein	15 799		1 986	12,6	2 834	179	1 427
Thüringen	16 172		1 501	9,3	2 235	138	1 489

Ergebnisse der Flächenerhebung sowie der Bevölkerungsstatistik.

1.2 Ausgewählte Bodenerhebungen

1.2.1 Berge

	Höhe in m über NN	Gebirge bzw. Landschaft	Land
Hochgebirge (ab 1 500 m)			
Zugspitze	2 962	Wettersteingebirge	Bayern
Mittlere Höllentalspitze	2 743	Wettersteingebirge	Bayern
Mittelspitze	2 713	Wettersteingebirge	Bayern
Watzmann	2 713	Berchtesgadener Land	Bayern
Hochblassen	2 707	Wettersteingebirge	Bayern
Mädelegabel	2 645	Allgäuer Alpen	Bayern
Hochkalter	2 607	Berchtesgadener Land	Bayern
Hochvogel	2 592	Allgäuer Alpen	Bayern
Östliche Karwendelspitze	2 537	Karwendelgebirge	Bayern
Hoher Göll	2 522	Berchtesgadener Land	Bayern
Mittelgebirge (bis 1 499 m)			
Feldberg	1 493	Hochschwarzwald	Baden-Württemberg
Großer Arber	1 456	Bayerischer Wald	Bayern
Großer Rachel	1 452	Bayerischer Wald	Bayern
Belchen	1 414	Hochschwarzwald	Baden-Württemberg
Dreisesselberg	1 332	Bayerischer Wald	Bayern
Schauinsland	1 284	Hochschwarzwald	Baden-Württemberg
Fichtelberg	1 214	Westerzgebirge	Sachsen
Hornisgründe	1 163	Schwarzwald	Baden-Württemberg
Brocken	1 141	Oberharz	Sachsen-Anhalt
Einödriegel	1 121	Bayerischer Wald	Bayern

Auswahl an Bodenerhebungen der Bundesrepublik Deutschland. – Stand: 31.12.2010.

Quelle: Bundesamt für Kartographie und Geodäsie

1.2.2 Höchste natürliche Erhebungen der Länder

	Höhe in m über NN	Bezeichnung
Baden-Württemberg	1 493	Feldberg
Bayern	2 962	Zugspitze
Berlin	115	Müggelberge
Brandenburg	201	Heidehöhe
Bremen ¹	33	Erhebung am Friedehorstpark
Hamburg ²	116	Hasselbrack
Hessen	950	Wasserkuppe
Mecklenburg-Vorpommern	179	Helpter Berge
Niedersachsen	971	Wurmberg
Nordrhein-Westfalen	843	Langenberg
Rheinland-Pfalz	816	Erbeskopf
Saarland	695	Dollberg
Sachsen	1 215	Fichtelberg
Sachsen-Anhalt	1 141	Brocken
Schleswig-Holstein	168	Bungsberg
Thüringen	983	Großer Beerberg

Stand: 31.12.2010.

1 Quelle: GeoInformation Bremen.

2 Quelle: Landesbetrieb GeoInformation und Vermessung – Stadt Hamburg.

Quelle: Bundesamt für Kartographie und Geodäsie

1 Geografie und Klima

1.2 Ausgewählte Bodenerhebungen

1.2.3 Ausgewählte Ortshöhenlagen

	m		m
Baden-Württemberg		Rheinland-Pfalz	
Freiburg im Breisgau	278	Kaiserslautern	233
Heilbronn	157	Koblenz	65
Heidelberg	116	Ludwigshafen	96
Karlsruhe	115	Mainz	86
Mannheim	95	Trier	136
Stuttgart	245	Worms	97
Bayern		Saarland	
Augsburg	489	Saarbrücken	230
Bad Tölz	670	St. Wendel	300
München	519	Merzig	175
Nürnberg	298	Neunkirchen	252
Regensburg	337	Homburg	231
Würzburg	177	Saarlouis	181
Berlin	35	Sachsen	
Brandenburg		Chemnitz	297
Cottbus	75	Dresden	113
Frankfurt/Oder	27	Görlitz	201
Neuruppin	44	Leipzig	113
Potsdam	34	Plauen	412
Brandenburg/Havel	35	Zwickau	262
Oranienburg	36	Sachsen-Anhalt	
Bremen	11	Dessau-Roßlau	63
Bremerhaven	2	Halberstadt	125
Hamburg	6	Halle/Saale	87
Hessen		Magdeburg	56
Darmstadt	144	Merseburg	88
Frankfurt am Main	100	Wittenberg, Lutherstadt	70
Hanau	106	Schleswig-Holstein	
Kassel	163	Elmshorn	3
Offenbach am Main	100	Flensburg	12
Wiesbaden	115	Kiel	3
Mecklenburg-Vorpommern		Lübeck	11
Greifswald	7	Neumünster	22
Güstrow	14	Norderstedt	35
Neubrandenburg	18	Thüringen	
Neustrelitz	75	Eisenach	215
Schwerin	45	Erfurt	194
Stralsund	9	Gera	205
Niedersachsen		Jena	155
Göttingen	149	Nordhausen	206
Hannover	55	Weimar	209
Oldenburg (Oldenburg)	5		
Osnabrück	64		
Salzgitter	92		
Wolfsburg	64		
Nordrhein-Westfalen			
Bochum	95		
Dortmund	76		
Düsseldorf	38		
Essen	67		
Köln	55		
Wuppertal	155		

Mittlere Höhenlage des Ortskerns über Normal-Null. – Stand: 31.12.2010.

Quelle: Bundesamt für Kartographie und Geodäsie

1.3 Wasserwege

1.3.1 Schiffbare Flüsse innerhalb Deutschlands

	Insgesamt	
	Darunter schiffbar ¹	
	Länge in km	
Rhein	865	695
Elbe	727 ¹²	727 ¹²
Donau	647	203
Main	527	387
Weser	452	430
Saale	413	124
Spree	382	.
Ems	371 ¹³	145
Neckar	367	203
Havel	325	.
Werra	292	89 ¹⁴
Leine	281	94 ¹⁴
Aller	260	112
Lahn	246	146 ¹⁴
Mosel	242	242
Fulda	218	109 ¹⁴
Ruhr	219	12 ¹⁴
Elde	208	180 ¹⁵

Flüsse ab 200 km Länge. – Stand: 2012.

1 Bundeswasserstraßen.

2 Bis Cuxhaven-Leuchtturm 725 km.

3 Bis zum Eintritt in den Dollart.

4 Teilstrecken ohne gewerblichen Schiffsverkehr.

5 Elde-Müritz-Wasserweg.

Quellen: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Wasser- und Schifffahrtsdirektionen

1.3.2 Schifffahrtskanäle

	Gesamt-länge in km	Eröffnung im Jahr	Verbindung
Mittellandkanal	325,7	1938	Bergeshövede – Anschluss EHK (Schleuse Hohenwarthe)
Dortmund-Ems-Kanal (benutzt streckenweise die Ems) ...	225,8	1899	Hafen Dortmund – Anschluss Unterems (bei Papenburg)
Main-Donau-Kanal	171,0	1992	Bamberg – Kelheim
Elbseitenkanal (Nord-Süd-Kanal) ...	115,2	1976	Anschluss MLK – Anschluss Elbe, Artlenburg – Edesbüttel
Nord-Ostsee-Kanal	98,7	1895	Brunsbüttel – Kiel – Holtenau
Küstenkanal	69,6	1935	Dörpen (Ems) – Oldenburg (Oldenburg)
Oder-Spree-Kanal	64,7	1935	Westlicher Abschnitt rd. 24 km, östlicher Abschnitt rd. 41 km; Dahme – Eisenhüttenstadt
Elbe-Lübeck-Kanal	61,6	1900	Lauenburg/Elbe – Lübeck
Wesel-Datteln-Kanal	60,2	1929	Wesel – Datteln
Elbe-Havel-Kanal	55,3	1936	Niegripp (Elbe) – Anschluss UHW
Oder-Havel-Kanal	53,5	1914	Oranienburger Havel Schiffshebewerk Niederfinow
Datteln-Hamm-Kanal	47,2	1915	Datteln – Schmehausen, östlich Hamm
Rhein-Herne-Kanal	45,6	1914	Duisburg – Ruhrort – Henrichenburg
Teltow-Kanal	38,4	1906	Abzweig Potsdam Havel – Einmündung SOW; Potsdam – Babelsberg – Berlin-Grünau
Havelkanal	34,6	1952	Anschluss HOW – Anschluss UHW; Paretz (Havel) – Nieder Neudendorf

Schifffahrtskanäle ab 30 km Länge. – Stand: 2012.

Quelle: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

1 Geografie und Klima

1.4 Infrastruktur

Weitere Informationen zur Infrastruktur siehe Kapitel „Transport und Verkehr“

1.4.1 Straßen des überörtlichen Verkehrs 2011

Deutschland ist auf **insgesamt 230 782 km** Straßen des sogenannten überörtlichen Verkehrs befahrbar.

Von diesen stehen dem öffentlichen Verkehr zur Verfügung

- 12 819 km Bundesautobahnen,
- 39 710 km Bundesstraßen,
- 86 598 km Land(es)-, Staatsstraßen und
- 91 655 km Kreisstraßen.

51 314 km dieser Straßen führen als **Ortsdurchfahrten** durch bewohnte Regionen.

Quelle: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

1.4.2 Flugplätze 2011

Auf den **27 Flugplätzen** in Deutschland starteten rund **1,2 Millionen Flugzeuge**, einschl. Segel- und Ultraleichtflugzeugen.

Insgesamt wurden **176,3 Millionen Passagiere** und **4,5 Millionen Tonnen an Gütern** befördert.

Zu den **größten Flughäfen** zählen

- Frankfurt am Main mit 241 000 Starts,
- München mit 205 000 Starts,
- Düsseldorf mit 112 000 Starts,
- Berlin-Tegel mit 84 000 Starts und
- Hamburg mit 79 000 Starts.

1.4.3 Schienennetz 2010

Für den Eisenbahnverkehr stehen **insgesamt 40 952 km** ein- und mehrgleisige Schienen zur Verfügung.

Von diesen sind **2 428 km** für die Generation der **Hochgeschwindigkeitszüge** ausgebaut.

1.5 Seen

1.5.1 Natürliche Seen

	Wasseroberfläche in km ²	Tiefste Stelle in m	Seespiegelhöhe in m über NN	Lage
Bodensee	535,9 ¹	254	395	Baden-Württemberg/Bayern
Müritz	109,8	30	62	Mecklenburg-Vorpommern
Chiemsee	79,9	73	518	Bayern
Schweriner See	61,5	52	38	Mecklenburg-Vorpommern
Starnberger See	56,4	128	584	Bayern
Ammersee	46,6	81	533	Bayern
Plauer See	38,4	26	62	Mecklenburg-Vorpommern
Kummerower See	32,5	23	0,2	Mecklenburg-Vorpommern
Steinhuder Meer	29,1	3	37	Niedersachsen
Großer Plöner See	28,4	56	21	Schleswig-Holstein
Schaalsee	22,9	72	35	Mecklenburg-Vorpommern/Schleswig-Holstein
Selenter See	21,4	36	37	Schleswig-Holstein
Kölpinsee	20,3	30	62	Mecklenburg-Vorpommern
Tollensesee	17,9	31	15	Mecklenburg-Vorpommern
Walchensee	16,1	190	801	Bayern
Krakower See	15,1	28	48	Mecklenburg-Vorpommern
Malchiner See	14,0	10	0,6	Mecklenburg-Vorpommern
Großer Ratzeburger See	12,6	24	3	Schleswig-Holstein
Dümmer	12,4	2	37	Niedersachsen
Scharmützelsee	12,1	29	38	Brandenburg
Schwiebichsee	11,5	8	41	Brandenburg
Parsteiner See	11,0	30	44	Brandenburg
Fleesensee	10,8	26	62	Mecklenburg-Vorpommern
Unterueckersee	10,4	19	18	Brandenburg
Wittensee	9,9	21	4	Schleswig-Holstein
Tegernsee	8,9	72	726	Bayern
Staffelsee	7,6	39	649	Bayern
Simssee	6,5	22	470	Bayern
Waginger See	6,5	27	442	Bayern

Alle natürlichen Seen mit einer Spiegelfläche von über 6 km². – Stand: 30.4.2012.

1 Gesamtfläche einschl. 5,1 km² Inseln.

Quelle: Bund/Länderarbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA)

1 Geografie und Klima

1.5 Seen

1.5.2 Stauseen

	Stauraum in Mill. m ³	Maximale Fläche in km ²	Gespeist von	Primäre Nutzung	Lage
Bleiloch	213,0	9,2	Saale/Elbe	Hochwasserschutz, Energiegewinnung	Thüringen, Saale-Orla-Kreis
Schwammenauel	202,6	7,8	Rur/Maas	Trinkwasserversorgung, Industriewasserentnahme	Nordrhein-Westfalen, Aachen und Düren
Edersee	199,3	11,1	Eder-Fulda/Weser	Niedrigwasseraufhöhung, Hochwasserschutz	Hessen, Waldeck-Frankenberg
Hohenwarte	181,0	7,3	Saale/Elbe	Hochwasserschutz, Energiegewinnung	Thüringen, Saalfeld-Rudolstadt
Bigge	171,8	7,1	Bigge-Lenne-Ruhr/Rhein	Hochwasserschutz, Energiegewinnung	Nordrhein-Westfalen, Olpe
Forggensee	158,0	15,2	Lech/Donau	Energiegewinnung, Hochwasserschutz	Bayern, Ostallgäu
Großer Brombachsee	144,0	8,6	Brombach-Regnitz-Main/Rhein	Niedrigwasseraufhöhung, Hochwasserschutz	Bayern, Weißenburg-Gunzenhausen
Möhne	134,5	10,4	Möhne-Ruhr/Rhein	Niedrigwasseraufhöhung, Hochwasserschutz	Nordrhein-Westfalen, Soest
Rappbode	109,1	3,9	Rappbode-Bode-Saale/Elbe	Trinkwasserversorgung, Hochwasserschutz	Sachsen-Anhalt, Wernigerode
Schluchsee	108,0	5,1	Schwarza-Wutach/Rhein	Energiegewinnung, Erholung	Baden-Württemberg, Breisgau-Hochschwarzwald
Sylvensteinsee	92,6	5,9	Isar/Donau	Hochwasserschutz, Niedrigwasseraufhöhung	Bayern, Bad Tölz-Wolfratshausen
Große Dhünn	81,0	4,6	Dhünn/Rhein	Trinkwasserversorgung, Hochwasserschutz	Nordrhein-Westfalen, Rheinisch-Bergischer Kreis
Elbenstock	74,7	3,7	Zwickauer Mulde-Mulde/Elbe	Trinkwasserversorgung, Hochwasserschutz	Sachsen, Aue-Schwarzenberg

Talsperren mit einem Stauinhalt bei Vollstau von etwa 70 Mill. m³ aufwärts, ohne Hochwasserrückhaltebecken und Speicherwerke. – Stand: 30.4.2012.

Quelle: Bund/Länderarbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA)

1.6 Ausgewählte Inseln

1.6.1 Größte Inseln

	Fläche in km ²	Lage	Kreis
Rügen	930	Ostsee/Vorpommern	Rügen
Usedom	373 ¹⁾	Ostsee/Vorpommern	Ostvorpommern
Fehmarn	185	Ostsee	Ostholstein
Sylt	102	Nordsee/Nordfriesische Inseln	Nordfriesland
Föhr	82	Nordsee/Nordfriesische Inseln	Nordfriesland
Nordstrand	48	Nordsee/Nordfriesische Inseln	Nordfriesland
Pellworm	37	Nordsee/Nordfriesische Inseln	Nordfriesland
Poel	34	Ostsee	Nordwestmecklenburg
Borkum	31	Nordsee /Ostfriesische Inseln	Leer
Norderney	26	Nordsee/Ostfriesische Inseln	Aurich
Amrum	20	Nordsee/Nordfriesische Inseln	Nordfriesland
Langeoog	20	Nordsee/Ostfriesische Inseln	Wittmund
Ummanz	20	Ostsee/Vorpommern	Rügen
Spiekeroog	18	Nordsee /Ostfriesische Inseln	Wittmund
Hiddensee	17	Ostsee/Vorpommern	Rügen
Juist	16	Nordsee /Ostfriesische Inseln	Aurich

Inseln ab einer Größe von über 15 km². – Stand: 31.12.2010.

1 Anteil der Bundesrepublik Deutschland; Gesamtfläche 445 km².

Quelle: Bundesamt für Kartographie und Geodäsie

1.6.2 Touristisch bekannte, kleinere Inseln

	Fläche in km ²	Lage	Kreis
Baltrum	6,5	Nordsee/Ostfriesische Inseln	Aurich
Wangerooge	5,0	Nordsee/Ostfriesische Inseln	Friesland
Reichenau (Bodensee)	4,4	Binnenlandgewässer/Bodanrück	Konstanz
Herreninsel (Chiemsee)	3,3	Binnenlandgewässer/Chiemgau	Rosenheim
Helgoland (mit Düne)	2,1	Nordsee	Pinneberg
Lindau (Bodensee)	0,4	Binnenlandgewässer	Lindau/Bodensee
Mainau (Bodensee)	0,4	Binnenlandgewässer	Konstanz
Fraueninsel (Chiemsee)	0,2	Binnenlandgewässer/Chiemgau	Rosenheim

Stand: 31.12.2010.

Quelle: Bundesamt für Kartographie und Geodäsie

1 Geografie und Klima

1.7 Naturschutz und Erholungsfläche

Weitere Informationen zu Umweltschutz siehe Kapitel „Umwelt“

1.7.1 Nationalparke

	Fläche in km ²	Gründung	Bundesland
Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer . . .	4 415	1985	Schleswig-Holstein
Niedersächsisches Wattenmeer	3 450	1986	Niedersachsen
Harz	2 473	2006	Niedersachsen/Sachsen-Anhalt
Vorpommersche Boddenlandschaft	805	1990	Mecklenburg-Vorpommern
Müritz-Nationalpark	322	1990	Mecklenburg-Vorpommern
Bayerischer Wald	242	1970	Bayern
Berchtesgaden	208	1978	Bayern

Nationalparke mit einer Fläche von mindestens 200 km². – Stand: 1.1.2012.

Quelle: Bundesamt für Naturschutz

Die einzelnen Schutzflächen in den Tabellen 1.7.1 bis 1.7.3 können nicht summiert werden, da sie sich zum Teil überschneiden.

Nationalparke sind rechtsverbindlich festgesetzte großräumige Gebiete von besonderer Eigenart. Sie dienen in erster Linie der Erhaltung eines artenreichen heimischen Pflanzen- und Tierbestands. In Deutschland gibt es 14 Nationalparke. Ihre Fläche beträgt insgesamt 9 621 km².

1.7.2 Naturschutzgebiete

	Anzahl der Naturschutzgebiete	Gesamtfläche	
		km ²	% der Landesfläche
Nordrhein-Westfalen . . .	2 983	2 538	1,9
Brandenburg	444	2 094	7,1
Niedersachsen	760	1 826	3,8
Bayern	588	1 589	2,3

Länder mit einer Gesamtfläche für Naturschutzgebiete von mindestens 1 000 km². – Stand: 31.12.2008.

Quelle: Bundesamt für Naturschutz

Naturschutzgebiete sind rechtsverbindlich festgesetzte Gebiete, in denen ein besonderer Schutz von Natur und Landschaft erforderlich ist. Sie dienen der Erhaltung von Lebensgemeinschaften oder Lebensraum wild wachsender Pflanzenarten bzw. wild lebender Tierarten. Ihr Schutz ist u. a. aus wissenschaftlichen, naturgeschichtlichen Gründen oder wegen ihrer Seltenheit, besonderen Eigenart oder hervorragenden Schönheit wichtig.

In Deutschland gibt es 8 413 Naturschutzgebiete mit einer Gesamtfläche von 12 716 km². Das sind 3,6 % der Landesfläche.

1.7.3 Naturparke

	Fläche in km ²	Gründung	Land
Schwarzwald Mitte/Nord . . .	3 740	2003	Baden-Württemberg
Südschwarzwald	3 700	2001	Baden-Württemberg
Altmühltal	2 966	1969	Bayern
Esgegebirge und südlicher Teutoburger Wald	2 711	1965	Nordrhein-Westfalen
Harz	2 451	1960	Niedersachsen/Sachsen-Anhalt
Fränkische Schweiz-Veldensteiner Forst	2 335	1968	Bayern
Bergstraße-Odenwald	2 238	1960	Hessen/Bayern
Bergisches Land	2 115	1973	Nordrhein-Westfalen
Thüringer Wald	2 082	2001	Thüringen
Bayerischer Wald	2 039	1967	Bayern
Hohes Venn (Nordeifel)	1 979	1960	Nordrhein-Westfalen/Rheinland-Pfalz
Saar-Hunsrück	1 956	1980	Rheinland-Pfalz/Saarland

Naturparke mit einer Größe von mindestens 1 900 km². – Stand: 31.12.2008.

Quelle: Bundesamt für Naturschutz

Naturparke sind einheitlich zu entwickelnde und zu pflegende großräumige Gebiete. Aufgrund ihrer Landschaft eignen sie sich für die Erholung im besonderen Maße.

In Deutschland sind insgesamt 93 651 km² zur Erholung und für den Fremdenverkehr als Naturpark ausgewiesen. Davon stellen Bayern mit 21 700 km² und Nordrhein-Westfalen mit 12 967 km² flächenmäßig den größten Anteil.

1.8 Klimatische Verhältnisse

	Land	Sonnenstunden 2011
Stationen mit den meisten Sonnenstunden		
Hohenpeißenberg	Bayern	2 180
Leutkirch-Herlazhofen	Baden-Württemberg	2 174
Görlitz	Sachsen	2 161
Lenzkirch-Ruhbühl	Baden-Württemberg	2 159
Balingen-Bronnhaupten	Baden-Württemberg	2 135
Rheinfelden	Baden-Württemberg	2 133
Chemnitz	Sachsen	2 116
Attenkam	Bayern	2 111
Dresden-Klotzsche	Sachsen	2 103
Osterfeld	Sachsen-Anhalt	2 092

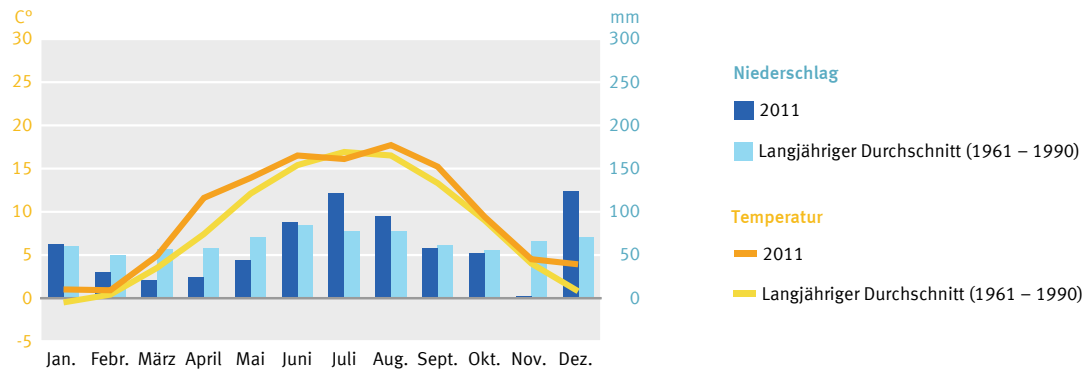
Summe der Sonnenscheinstunden im gesamten Jahr.

Quelle: Deutscher Wetterdienst

	Land	Sonnenstunden 2011
Stationen mit den wenigsten Sonnenstunden		
Bremervörde	Niedersachsen	1 521
Emden	Niedersachsen	1 535
Rahden-Varl	Nordrhein-Westfalen	1 538
Oldenburg	Niedersachsen	1 557
Leck	Niedersachsen	1 560
Dörnick	Schleswig-Holstein	1 565
Bremerhaven	Bremen	1 568
Dörpen	Niedersachsen	1 571
Lingen	Niedersachsen	1 575
Soltau	Niedersachsen	1 578

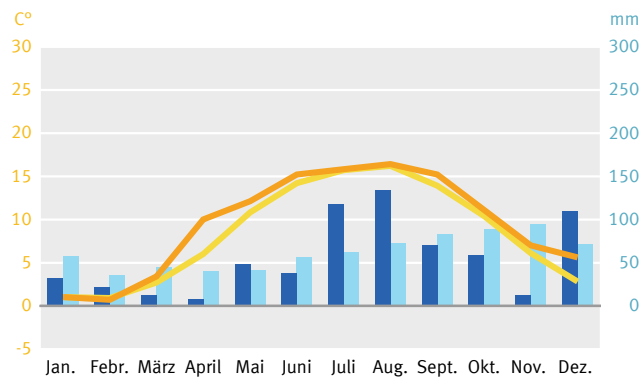
Temperaturen und Niederschläge 2011

Deutschland



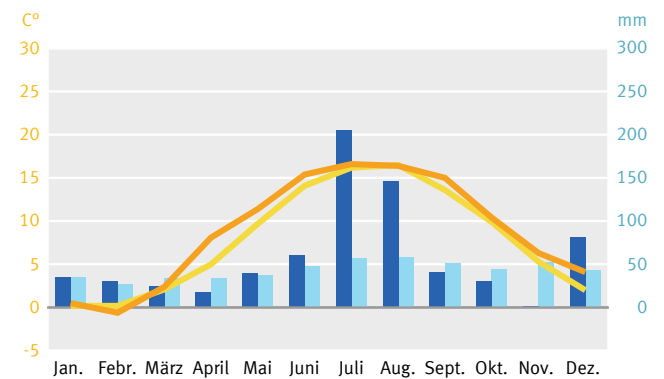
List auf Sylt

Lage 26 m ü. NN; N 55°00', O 08°24'



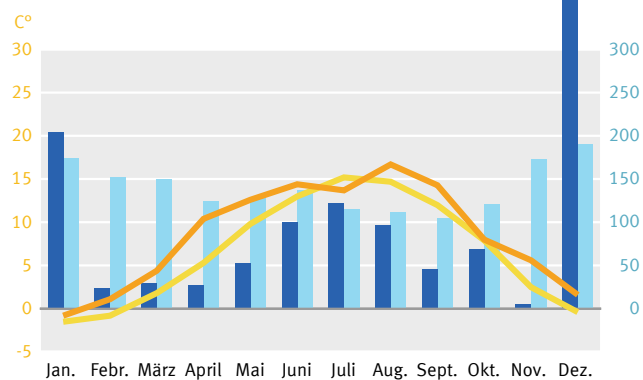
Kap Arkona (Rügen)

Lage 42 m ü. NN; N 54°40', O 13°26'



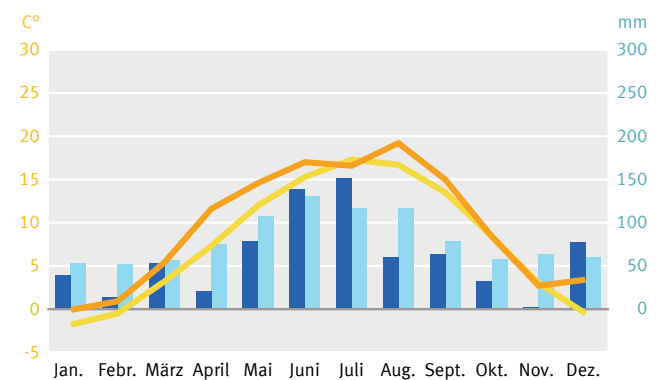
Freudenstadt

Lage 797m ü. NN; N 48°27', O 08°24'



München Flughafen

Lage 529 m ü. NN; N 48°08', O 11°42'



Quelle: Deutscher Wetterdienst

2012 - 01 - 0196

Methodik

Das Kapitel „Geografie und Klima“ präsentiert die wichtigsten Informationen rund um Deutschland als Land, geografisch und klimatisch. Ergänzt werden die Daten durch kleine Exkurse zur Infrastruktur. Verweise auf Kapitel mit detaillierten Informationen schaffen die Verbindung zu Statistiken im eigentlichen Sinne. Alle Daten basieren auf Aufzeichnungen der jeweils als Quelle angegebenen Institutionen und unterscheiden sich folglich in Methodik und Aktualität.

■ Geografische Übersicht

Von der Nord- und Ostsee bis zu den Alpen im Süden gliedert sich Deutschland geografisch in das Norddeutsche Tiefland, die Mittelgebirgsschwelle, das Südwestdeutsche Mittelgebirgsstufenland, das Süddeutsche Alpenvorland und die Bayerischen Alpen. Die **Gesamtfläche** Deutschlands beträgt rund 357 000 km². Wer die Bundesrepublik von Nord nach Süd durchqueren will, muss eine Distanz von 876 km überwinden, von Ost nach West dagegen 640 km.

Deutschland liegt im Herzen Europas und ist von neun **Nachbarstaaten** umgeben: Belgien, Dänemark, Frankreich, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Polen, die Schweiz und die Tschechische Republik. Der Grenzverlauf umfasst insgesamt 3 786 km. Mit 817 km teilen sich Österreich und die Bundesrepublik Deutschland das längste Teilstück des Grenzverlaufs.

Die Berechnung der **Grenzlängen** basiert auf der Liniengeometrie der Außengrenze Deutschlands im Basis-DLM (digitales Basis-Landschaftsmodell der Vermessungsverwaltungen der Länder). Das Basis-DLM beschreibt die topografischen Objekte der Landschaft und das Relief der Erdoberfläche im Vektorformat. Der Erfassungsmaßstab beträgt 1:25 000 und enthält u. a. eine Objektart „Grenze“. Anhand dieser Informationen wird die Staatsgrenze Deutschlands vermessen. Die hier angegebenen Werte können aufgrund unterschiedlicher Berechnungsverfahren von den Angaben der Nachbarstaaten abweichen. Die Berechnung der Grenzlänge zu Dänemark berücksichtigt nur die Landgrenze, da die Seegrenze nicht endgültig festgelegt ist. Die Angaben für die Niederlande beziehen sich nur auf die Festlandgrenze ohne Dollart und den Außenbereich der Ems. Die Grenzlänge zur Schweiz berücksichtigt die Strecke vom Dreiländereck Deutschland-Frankreich-Schweiz bis einschließlich der Konstanzer Bucht. Die Exklave Büsingen sowie der Obersee des Bodensees zählen nicht dazu. Für die Grenzlänge zu Österreich wurde der Bodensee nicht berücksichtigt.

Die **Siedlungs- und Verkehrsfläche** hat in den Jahren 2007 bis 2010 um durchschnittlich 87 Hektar pro Tag zugenommen. Gründe hierfür sind die Ausdehnung der Städte in das Umland, die zunehmende funktionale Trennung von Wohnen und Arbeiten, Versorgungs- und Freizeiteinrichtungen sowie die wachsende Mobilität. Weitere Informationen hierzu finden Sie im Kapitel 18 „Umwelt“ (Tabelle 18.8.3) sowie im Kapitel 19 „Land- und Forstwirtschaft“ (Tabelle 19.1.2). Die Daten stammen aus den amtlichen Liegenschaftskatastern.

■ Bodenerhebungen

Die Angaben basieren auf dem Datensatz „Geographische Namen GN250“. Dieser orientiert sich am Kartenmaßstab 1:250 000 und benutzt unter anderem das „Digitale Landschaftsmodell 1:250 000 (DLM 250)“ als grundlegende Quelle. Enthaltene geografische Namen sind z. B. Namen von Gemeinden, Gemeindeteilen, Landschaften, Verwaltungseinheiten und Bergen. Das Bundesamt für Kartographie und Geodäsie erhebt die Daten.

■ Flüsse

Hydrografisch gehört der Süden der Bundesrepublik teilweise zum Einzugsgebiet der Donau, die in das Schwarze Meer mündet. Größere Teile des Ostholsteinischen Hügel- und Seenlandes sowie der Gebiete nördlich und nordöstlich der Mecklenburgischen Seenplatte zählen zum Wassereinzugsbereich der Ostsee. Alle übrigen Landschaften werden durch Rhein, Ems, Weser und Elbe zur Nordsee entwässert. Mit 865 km ist der Rhein Deutschlands längster Fluss und zugleich eine der am stärksten befahrenen Wasserstraßen Europas. Schiffbare Flüsse innerhalb Deutschlands ab einer Länge von 200 km enthält Tabelle 1.3.1. Die Angaben basieren auf Daten des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung.

■ Seen

Der flächengrößte und zugleich tiefste See Deutschlands ist der Bodensee, obgleich Teile davon in Österreich und in der Schweiz liegen. Die Müritz ist ein See innerhalb der Mecklenburgischen Seenplatte im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte, Mecklenburg-Vorpommern. Sie ist der größte See, der vollständig innerhalb Deutschlands liegt. Alle natürlichen Seen ab einer Spiegelfläche von über 6 km² zeigt Tabelle 1.5.1, alle Stauseen mit einem Stauinhalt bei Vollstau von etwa 70 Millionen m³ Tabelle 1.5.2. Die Daten stammen von der Bund/Länderarbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA).

■ Inseln

In der Nordsee dominieren die Inselgruppe der Nordfriesischen Inseln und die Inselkette der Ostfriesischen Inseln. Die Nordfriesischen Inseln stellen Festlandsreste dar, die durch Landsenkung und nachfolgende Überflutung von der Küste getrennt wurden. Die Ostfriesischen Inseln sind Barriereinseln, die durch die Brandungsdynamik aus Sandbänken entstanden. Rügen, Usedom, Fehmarn, Poel und Hiddensee zählen zu den größten Inseln in der Ostsee. Sylt, Föhr und Nordstrand sind die größten deutschen Inseln in der Nordsee. Alle Inseln ab einer Spiegelfläche über 15 km² zeigt Tabelle 1.6.1.

Die „Klosterinsel“ Reichenau – seit 2000 Welterbestätte –, die „Blumeninsel“ Mainau und Lindau sind die größten und touristisch bekanntesten Inseln im Bodensee. Informationen über touristisch bekannte, kleinere Inseln enthält Tabelle 1.6.2. Die Daten erhebt das Bundesamt für Kartographie und Geodäsie.

■ Naturschutz und Erholungsfläche

Das deutsche Naturschutzgesetz (BNatSchG) unterscheidet zwischen **Schutzgebieten** unterschiedlicher Zielstellung und Schutzzwecken (z. B. Naturschutzgebiete, Biosphärenreservate, Landschaftsschutzgebiete, Nationalparke, Naturparke). Darüber hinaus regeln EG-Richtlinien und internationale Verträge die Unterschutzstellung von ökologisch wertvollen Gebieten. Die für die verschiedenen Schutzgebiet-Kategorien gemeldeten Gebiete überschneiden sich daher in erheblichem Maße oder sind sogar deckungsgleich. Eine Addition der Flächen ist daher nicht sinnvoll. Eine Auswahl der Nationalparke, Naturschutzgebiete und Naturparke in Deutschland enthält Tabelle 1.7. Die Daten werden vom Bundesamt für Naturschutz erhoben.

■ Klimatische Verhältnisse

Für das Klima in Deutschland ist die Lage in der gemäßigten Zone mit häufigem Wetterwechsel bestimmend. Charakteristisch sind Winde aus vorwiegend westlichen Richtungen, die das ganze Jahr über feuchte Luftmassen vom Atlantik heranzuführen. Die Folge sind Niederschläge zu allen Jahreszeiten. Die jährlichen Niederschlagsmengen betragen im Norddeutschen Tiefland unter 500 bis 700 mm, in den Mittelgebirgen um 700 bis über 1 500 mm und in den Alpen bis über 2 000 mm. Vom Nordwesten nach Osten und Südosten fortschreitend, macht sich ein allmählicher Übergang vom mehr ozeanischen zum kontinentalen Klima bemerkbar. Dies sorgt für relativ milde Winter und nicht zu heiße Sommer. Gelegentlich wird die Westströmung jedoch durch zum Teil recht langläufige Hochdruckgebiete blockiert. Dann kann es zu sehr kalten Wintern kommen. Aber auch die Sommer können dann heiß und trocken werden.

Die Tagesschwankungen wie auch die jahreszeitlichen Temperaturunterschiede sind jedoch nirgendwo extrem. Die Durchschnittstemperaturen des Januar, des kältesten Monats im Jahr, liegen im Tiefland um + 1,5°C bis – 0,5°C. In den Gebirgen erreichen sie je nach Höhenlage bis unter – 6°C. Die mittleren Julitemperaturen betragen im Norddeutschen Tiefland + 17°C bis + 18°C, im Oberhheintalgraben bis zu + 20°C. Die durchschnittliche Jahrestemperatur liegt bei + 9°C. Die Daten stellt der Deutsche Wetterdienst bereit.

Glossar

Insel | Sie ist eine in einem Meer oder Binnengewässer liegende, auch bei Flut über den Wasserspiegel hinausragende Landmasse, die vollständig von Wasser umgeben ist, aber nicht als Kontinent gilt.

Nationalparke | Das sind rechtsverbindlich festgesetzte großräumige Gebiete von besonderer Eigenart. Sie dienen in erster Linie der Erhaltung eines artenreichen heimischen Pflanzen- und Tierbestands.

Naturparke | Das sind einheitlich zu entwickelnde und zu pflegende großräumige Gebiete. Aufgrund ihrer Landschaft eignen sie sich für die Erholung im besonderen Maße.

Naturschutzgebiete | Dies sind rechtsverbindlich festgesetzte Gebiete, in denen ein besonderer Schutz von Natur und Landschaft erforderlich ist. Sie dienen der Erhaltung von Lebensgemeinschaften oder Lebensraum wild wachsender Pflanzenarten bzw. wild lebender Tierarten. Ihr Schutz ist u. a. aus wissenschaftlichen, naturgeschichtlichen Gründen oder wegen ihrer Seltenheit, besonderen Eigenart oder hervorragenden Schönheit wichtig.

Schiffbarkeit | Sie ist dann gegeben, wenn auf einem Gewässer Schifffahrt betrieben werden kann, und zwar Güterschifffahrt, Personenschifffahrt und/oder Sportschifffahrt. Sie bezieht sich nicht auf die Möglichkeit, dort kleinere Sportboote gebrauchen zu können.

Schiffahrtskanal | Hierunter versteht man eine künstlich angelegte Wasserstraße als Verbindungsweg zwischen zwei natürlichen Gewässern.

Seen, natürliche | Ein See ist ein Stillgewässer mit oder ohne Zu- und Abfluss durch Fließgewässer. Er ist vollständig von einer Landfläche umgeben ist. Natürliche Seen entstehen auf natürliche Weise.

Siedlungs- und Verkehrsfläche (SuV) | Sie enthält Gebäude- und Freifläche, Betriebsfläche (ohne Abbauland), Erholungsfläche, Verkehrsfläche und Friedhof. Die Begriffe „Siedlungsfläche“ und „versiegelte Fläche“ dürfen nicht gleichgesetzt werden. Die Siedlungsflächen umfassen auch einen erheblichen Anteil unbebauter und nicht versiegelter Flächen.

Stauseen | Sie bilden sich durch künstlich aufgestautes Wasser. Stauseen werden aus zahlreichen Gründen errichtet, so z. B. als Trinkwasser- und Wasservorrat, zum Hochwasserschutz sowie zur Stromerzeugung.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, die Internetadressen der jeweiligen Institutionen, die uns Daten zur Verfügung stellen. Ausführliche Informationen zu dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Standardveröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen kostenfrei downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 190 amtlichen Statistiken. Daten zu *Geografie und Klima* sind leider nicht verfügbar, da diese Angaben auf Daten verschiedener Institutionen basieren.

Weitere Veröffentlichungen/Informationen zu den Themen

■ Ausgewählte Bodenerhebungen/Inseln

Bundesamt für Kartographie und Geodäsie › www.bkg.bund.de

■ Wasserwege/Infrastruktur

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung › www.bmvbs.de

■ Seen

Bund/Länderarbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA) › www.lawa.de

■ Naturschutz und Erholungsfläche

Bundesamt für Naturschutz › www.bfn.de

■ Klimatische Verhältnisse

Deutscher Wetterdienst, Monatlicher Witterungsbericht › www.dwd.de

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter +49 (0)6 11 / 75 48 66 (Bevölkerung, Fläche), +49 (0)6 11 / 75 86 60 (Flächenstatistik), +49 (0)6 11 / 75 48 52 (Verkehr).

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.



2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

81,8 Millionen Menschen lebten Ende 2010 in Deutschland, die Hälfte davon in **städtischem** Gebiet | **Frauen** bekamen ihr **erstes Kind** im Schnitt mit fast **29 Jahren** | **1,4 Kinder** brachte eine **deutsche Frau** durchschnittlich zur Welt, **1,6** Kinder eine **ausländische** | **Ein Viertel** der unter **3-Jährigen** ist in **Kindertagesbetreuung** | 2010 war jede **fünfte** verstorbene Frau **90 Jahre** oder älter | **Zwei von fünf** Haushalten sind **Einpersonenhaushalte** | **Polen** war **Top-Herkunftsland** der Zugewanderten

<i>Seite</i>	
25	Auf einen Blick
	Tabellen
26	Bevölkerung Bevölkerungsstand und -entwicklung Verwaltungsgliederung Kreise und Gemeinden Stadt- und Landgliederung Die größten Städte Deutschlands Bevölkerung nach Altersgruppen, Ländern und Familienstand
33	Geborene und Gestorbene Entwicklung Nach Ländern Geburtenziffern Häufigste Vornamen Durchschnittliches Alter der Mütter bei der Geburt Lebendgeborene nach der Staatsangehörigkeit der Eltern Gestorbene Säuglinge Sterbetafeln Gestorbene nach Altersgruppen und Familienstand Sterbeziffern
40	Migration Bevölkerung mit Migrationshintergrund nach Altersgruppen, Ländern, Bildungsabschluss, Erwerbsbeteiligung und Herkunftsländern Ausländische Bevölkerung Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft Asylbewerberinnen und Asylbewerber
45	Wanderungen Nach Bundesländern Zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern Zwischen Deutschland und dem Ausland Top 10-Zielländer der Deutschen Top 10-Herkunftsländer der Ausländerinnen und Ausländer
50	Bevölkerungsvorausberechnung Entwicklung der Bevölkerung bis 2060 und der Privathaushalte bis 2030 Alten- und Jugendquotient
51	Familien, Kinder und Lebensformen Privathaushalte Familien, Paare ohne Kinder und Alleinstehende Eheschließungen Durchschnittliches Heiratsalter Gerichtliche Ehelösungen Geschiedene Ehen Scheidungsziffer Gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften Minderjährige Kinder Kindertageseinrichtungen Kinder- und Elterngeld Adoptionen
65	Kirchen und Jüdische Gemeinden Evangelische und Katholische Kirche Kirchensteuer Jüdische Gemeinden
66	Methodik
69	Glossar
73	Mehr zum Thema

2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

2.1 Bevölkerung

2.1.1 Bevölkerungsstand

	Fläche	Bevölkerung ^{1 2}			Einwohner/-innen je km ² ¹	Ausländische Bevölkerung ²		
		insgesamt	männlich	weiblich		insgesamt	männlich	weiblich
31.12.2010								
	km ²	1 000	%		Anzahl	1 000	%	
Deutschland	357 121	81 752	49,1	50,9	229	7 199	51,0	49,0
Baden-Württemberg	35 751	10 754	49,2	50,8	301	1 275	50,9	49,1
Bayern	70 550	12 539	49,1	50,9	178	1 191	50,6	49,4
Berlin	888	3 461	49,0	51,0	3 899	472	51,4	48,6
Brandenburg	29 483	2 503	49,6	50,4	85	67	56,9	43,1
Bremen	419	661	48,7	51,3	1 576	82	50,5	49,5
Hamburg	755	1 786	48,9	51,1	2 366	242	52,4	47,6
Hessen	21 115	6 067	49,1	50,9	287	676	49,2	50,8
Mecklenburg-Vorpommern	23 191	1 642	49,5	50,5	71	39	57,8	42,2
Niedersachsen	47 613	7 918	49,2	50,8	166	529	51,3	48,7
Nordrhein-Westfalen	34 092	17 845	48,8	51,2	523	1 878	50,6	49,4
Rheinland-Pfalz	19 854	4 004	49,1	50,9	202	309	52,1	47,9
Saarland	2 569	1 018	48,7	51,3	396	86	50,3	49,7
Sachsen	18 420	4 149	49,0	51,0	225	114	55,0	45,0
Sachsen-Anhalt	20 450	2 335	49,0	51,0	114	44	56,7	43,3
Schleswig-Holstein	15 799	2 834	49,0	51,0	179	145	49,0	51,0
Thüringen	16 172	2 235	49,4	50,6	138	49	58,5	41,5

1 Früheres Bundesgebiet: Fortschreibungsergebnisse auf der Basis der Volkszählung vom 25.5.1987; neue Länder und Berlin-Ost: Die Ergebnisse basieren auf der Fortschreibung eines Abzugs des früheren „Zentralen Einwohnerregisters“ zum 3.10.1990.

2 Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung.

2.1.2 Bevölkerungsentwicklung Deutschlands

	Bevölkerung	
	1 000	je km ²
1871 ¹	41 059	76
1880 ¹	45 234	84
1890 ¹	49 428	91
1900 ¹	56 367	104
1910 ¹	64 926	120
1925 ¹	62 411	133
1933 ¹	65 218	139
1939 ^{1 2}	69 314	147
1950 ³	69 346	–
1960	73 147	–
1970	78 069	–
1980	78 397	–
1990	79 753	223
1995	81 817	229
2000	82 260	230
2001	82 440	231
2002	82 537	231
2003	82 532	231
2004	82 501	231
2005	82 438	231
2006	82 315	231
2007	82 218	230
2008	82 002	230
2009	81 802	229
2010	81 752	229

1871 bis 1939 Reichsgebiet, ab 1950 Gebietsstand seit dem 3. Oktober 1990. – 1871 bis 1910 im Dezember, 1925 und 1933 im Juni, 1939 im Mai, 1946 im Oktober, 1950 im September, 1926 bis 1932 und 1934 bis 1938 Jahresmitte; 1947 bis 1949 Jahresdurchschnitte, ab 1950 Jahresende. – Aus methodischen Gründen können für 1950 bis 1988 keine Angaben „zur Bevölkerung je km²“ nachgewiesen werden.

1 Ergebnisse der jeweiligen Volkszählung.

2 Gebietsstand: 31.12.1937.

3 Ab 1950 Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung.

2.1.3 Bevölkerungsentwicklung nach Gebieten

	Früheres Bundesgebiet ¹		Neue Länder ²	
	1 000	je km ²	1 000	je km ²
1950	50 958	202	18 388	171
1960	55 958	227	17 188	159
1970	61 001	245	17 068	158
1980	61 658	248	16 740	155
1990	63 726	256	16 028	148
1995	66 342	266	15 476	143
2000	67 140	270	15 119	140
2001	65 323	263	17 118	158
2005	65 698	264	16 740	154
2006	65 667	264	16 648	153
2007	65 664	264	16 554	152
2008	65 541	264	16 461	152
2009	65 422	263	16 380	151
2010	65 426	263	16 326	150

1 Fortschreibungsergebnisse; ab 1961 auf der Basis der Volkszählung vom 6.6.1961, für 1970 bis 1986 auf der Basis der Volkszählung vom 27.5.1970 und ab 1987 auf der Basis der Volkszählung vom 25.5.1987. Bis 2000 einschl. Berlin-West.

2 Fortschreibungsergebnisse; ab 1961 auf der Basis der Volkszählung vom 6.6.1961, ab 1970 Ergebnisse der Volkszählung vom 1.1.1971 und ab 1980 auf der Basis der Volkszählung vom 31.12.1981. Die Ergebnisse ab 1990 basieren auf der Fortschreibung eines Abzugs des früheren „Zentralen Einwohnerregisters“ zum 3.10.1990. Bis 2000 einschl. Berlin-Ost, ab 2001 einschl. Gesamtberlin.

2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

2.1 Bevölkerung

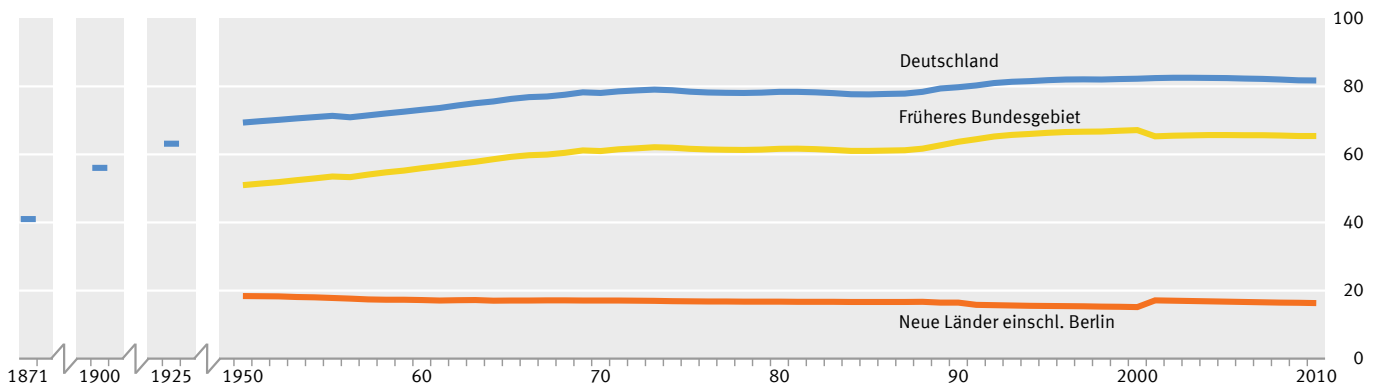
2.1.4 Bevölkerungsentwicklung nach Ländern

	1960	1970	1980	1990	2000	2005	2008	2009	2010
1 000									
Deutschland	73 147	78 069	78 397	79 753	82 260	82 438	82 002	81 802	81 752
Baden-Württemberg	7 727	8 954	9 259	9 822	10 524	10 736	10 750	10 745	10 754
Bayern	9 495	10 561	10 928	11 449	12 230	12 469	12 520	12 510	12 539
Berlin	–	3 201	3 049	3 434	3 382	3 395	3 432	3 443	3 461
Brandenburg	–	2 657	2 660	2 578	2 602	2 559	2 522	2 512	2 503
Bremen	704	735	694	682	660	663	662	662	661
Hamburg	1 837	1 794	1 645	1 652	1 715	1 744	1 772	1 774	1 786
Hessen	4 783	5 425	5 601	5 763	6 068	6 092	6 065	6 062	6 067
Mecklenburg-Vorpommern	–	1 928	1 944	1 924	1 776	1 707	1 664	1 651	1 642
Niedersachsen	6 576	7 122	7 256	7 387	7 926	7 994	7 947	7 929	7 918
Nordrhein-Westfalen	15 852	17 005	17 058	17 350	18 010	18 058	17 933	17 873	17 845
Rheinland-Pfalz	3 411	3 659	3 642	3 764	4 035	4 059	4 028	4 013	4 004
Saarland	1 060	1 121	1 066	1 073	1 069	1 050	1 030	1 023	1 018
Sachsen	–	5 419	5 174	4 764	4 426	4 274	4 193	4 169	4 149
Sachsen-Anhalt	–	3 218	3 078	2 874	2 615	2 470	2 382	2 356	2 335
Schleswig-Holstein	2 309	2 511	2 611	2 626	2 790	2 833	2 834	2 832	2 834
Thüringen	–	2 759	2 730	2 611	2 431	2 335	2 268	2 250	2 235
%									
Deutschland	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Baden-Württemberg	10,6	11,5	11,8	12,3	12,8	13,0	13,1	13,1	13,2
Bayern	13,0	13,5	13,9	14,4	14,9	15,1	15,3	15,3	15,3
Berlin	–	4,1	3,9	4,3	4,1	4,1	4,2	4,2	4,2
Brandenburg	–	3,4	3,4	3,2	3,2	3,1	3,1	3,1	3,1
Bremen	1,0	0,9	0,9	0,9	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8
Hamburg	2,5	2,3	2,1	2,1	2,1	2,1	2,2	2,2	2,2
Hessen	6,5	6,9	7,1	7,2	7,4	7,4	7,4	7,4	7,4
Mecklenburg-Vorpommern	–	2,5	2,5	2,4	2,2	2,1	2,0	2,0	2,0
Niedersachsen	9,0	9,1	9,3	9,3	9,6	9,7	9,7	9,7	9,7
Nordrhein-Westfalen	21,7	21,8	21,8	21,8	21,9	21,9	21,9	21,8	21,8
Rheinland-Pfalz	4,7	4,7	4,6	4,7	4,9	4,9	4,9	4,9	4,9
Saarland	1,4	1,4	1,4	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,2
Sachsen	–	6,9	6,6	6,0	5,4	5,2	5,1	5,1	5,1
Sachsen-Anhalt	–	4,1	3,9	3,6	3,2	3,0	2,9	2,9	2,9
Schleswig-Holstein	3,2	3,2	3,3	3,3	3,4	3,4	3,5	3,5	3,5
Thüringen	–	3,5	3,5	3,3	3,0	2,8	2,8	2,8	2,7

Stand: jeweils 31.12.

Bevölkerungsentwicklung

in Mill.



1871 bis 1939: Reichsgebiet. – Bevölkerung zur Jahresmitte.

1950 bis 2000: Früheres Bundesgebiet einschl. Berlin-West, neue Länder einschl. Berlin-Ost. – Bevölkerung zum Jahresende.

Seit 2001: Früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West, neue Länder einschl. Berlin. – Bevölkerung zum Jahresende.

2012 - 01 - 0518

2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

2.1 Bevölkerung

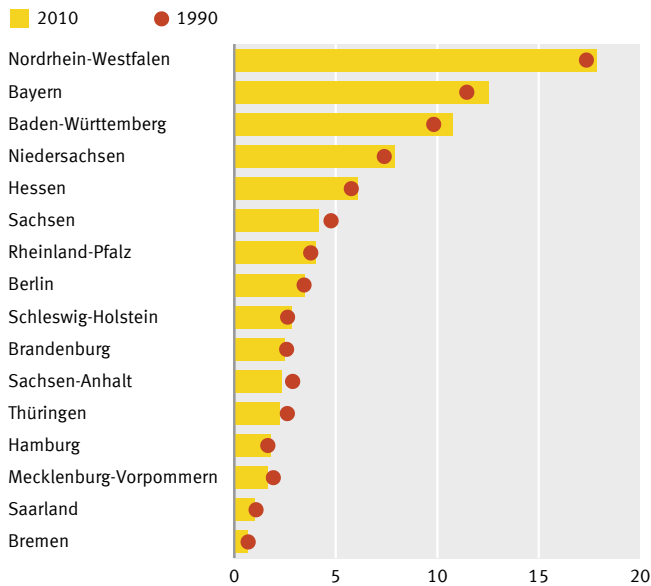
2.1.5 Bevölkerungsstand und -veränderung nach Ländern

	Bevölkerung am Jahresanfang	Überschuss der		Bevölkerungszunahme (+) bzw. -abnahme (-) ¹		Bevölkerung am Jahresende			
		Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Zuzüge (+) bzw. Fortzüge (-)			insgesamt	männlich	weiblich	
	1 000			je 1 000 Einwohner/-innen	1 000	%			
2006	82 438,0	- 148,9	+ 22,8	- 123,1	- 1	82 314,9	49,0	51,0	
2007	82 314,9	- 142,3	+ 43,9	- 97,1	- 1	82 217,8	49,0	51,0	
2008	82 217,8	- 161,9	- 55,7 ¹²	- 215,5	- 3	82 002,4	49,0	51,0	
2009	82 002,4	- 189,4	- 12,7 ¹²	- 200,1	- 2	81 802,3	49,0	51,0	
2010	81 802,3	- 180,8	+127,9	- 50,7	- 1	81 751,6	49,1	50,9	
2010 nach Ländern									
Baden-Württemberg	10 744,9	- 8,1	+ 17,3	+ 9,0	+ 1	10 753,9	49,2	50,8	
Bayern	12 510,3	- 17,8	+ 45,6	+ 28,4	+ 2	12 538,7	49,1	50,9	
Berlin	3 442,7	+ 1,2	+ 16,8	+ 18,1	+ 5	3 460,7	49,0	51,0	
Brandenburg	2 511,5	- 8,9	+ 0,6	- 8,3	- 3	2 503,3	49,6	50,4	
Bremen	661,7	- 1,9	+ 0,9	- 1,0	- 2	660,7	48,7	51,3	
Hamburg	1 774,2	+ 0,3	+ 11,9	+ 12,2	+ 7	1 786,4	48,9	51,1	
Hessen	6 062,0	- 8,5	+ 12,4	+ 5,1	+ 1	6 067,0	49,1	50,9	
Mecklenburg-Vorpommern	1 651,2	- 5,4	- 3,6	- 8,9	- 5	1 642,3	49,5	50,5	
Niedersachsen	7 928,8	- 22,7	+ 12,0	- 10,5	- 1	7 918,3	49,2	50,8	
Nordrhein-Westfalen	17 872,8	- 44,8	+ 17,3	- 27,6	- 2	17 845,2	48,8	51,2	
Rheinland-Pfalz	4 012,7	- 11,9	+ 2,8	- 8,9	- 2	4 003,7	49,1	50,9	
Saarland	1 022,6	- 5,2	+ 0,2	- 5,0	- 5	1 017,6	48,7	51,3	
Sachsen	4 168,7	- 15,8	- 3,6	- 19,3	- 5	4 149,5	49,0	51,0	
Sachsen-Anhalt	2 356,2	- 13,4	- 7,8	- 21,2	- 9	2 335,0	49,0	51,0	
Schleswig-Holstein	2 832,0	- 8,6	+ 10,8	+ 2,2	+ 1	2 834,3	49,0	51,0	
Thüringen	2 249,9	- 9,2	- 5,7	- 14,9	- 7	2 235,0	49,4	50,6	

- 1 Die Bevölkerungszu- bzw. -abnahme ergibt sich aus dem Überschuss der Geborenen bzw. Gestorbenen, dem Überschuss der Zu- bzw. Fortzüge und aus bestandsrelevanten Korrekturen.
 2 Die den Wanderungsdaten zugrunde liegenden Meldungen der Meldebehörden enthalten Melderegisterbereinigungen, die infolge der Einführung der persönlichen Steueridentifikationsnummer durchgeführt worden sind.

Bevölkerung nach Ländern

in Mill.



Stichtag: 31.12.

2012-01-0519

2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

2.1 Bevölkerung

2.1.6 Verwaltungsgliederung Deutschlands 2011

	Regierungs- bezirke	Kreise insgesamt	Davon		Gemeinden ¹	Darunter Städte ²
			kreisfreie Städte	Landkreise		
Deutschland	22	402	107	295	11 292	2 064
Baden-Württemberg	4	44	9	35	1 101	312
Bayern	7	96	25	71	2 056	317
Berlin	–	1	1	–	1	1
Brandenburg	–	18	4	14	419	112
Bremen	–	2	2	–	2	2
Hamburg	–	1	1	–	1	1
Hessen	3	26	5	21	426	189
Mecklenburg-Vorpommern	–	8	2	6	805	84
Niedersachsen	–	46	8	38	1 010	163
Nordrhein-Westfalen	5	53	22	31	396	270
Rheinland-Pfalz	–	36	12	24	2 306	128
Saarland	–	6	–	6	52	17
Sachsen	3	13	3	10	468	175
Sachsen-Anhalt	–	14	3	11	220	104
Schleswig-Holstein	–	15	4	11	1 116	63
Thüringen	–	23	6	17	913	126
nachrichtlich:						
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin-West)	19	325	88	237	8 466	1 462
Neue Länder (ohne Berlin-Ost) ...	3	77	19	58	2 825	601
Berlin	–	1	1	–	1	1

Stand: 31.12.

- 1 Einschl. der bewohnten gemeindefreien Gebiete.
2 Einschl. kreisfreie Städte.

2.1.7 Kreise und Gemeinden

	Kreise insgesamt	Davon		Gemeinden
		kreisfreie Städte	Landkreise	
1990	543	117	426	16 128
1994	444	115	329	14 805
1998	440	117	323	14 197
2002	439	116	323	13 148
2006	439	116	323	12 312
2010	412	111	301	11 442
2011	402	107	295	11 292

Stand: jeweils 31.12.

2.1.8 Stadt- und Landgliederung

	Bevölkerung		
	2000	2005	2010
	Anzahl		
Insgesamt	82 259 530	82 437 995	81 751 602
Städtisch	40 088 229	40 357 967	40 506 774
Halbstädtisch	29 381 482	29 470 645	29 088 204
Ländlich	12 789 819	12 609 383	12 156 624
	%		
Insgesamt	100,0	100,0	100,0
Städtisch	48,7	49,0	49,6
Halbstädtisch	35,7	35,8	35,6
Ländlich	15,6	15,3	14,9

Gebietstypisierung nach Eurostat (Zuordnungsstand 2000). – Stand: jeweils 31.12.

Städtische (oder dicht besiedelte) Gebiete sind im Wesentlichen Gemeinden, die eine Bevölkerungsdichte von mehr als 500 Einwohnerinnen und Einwohnern pro km² aufweisen und die einzeln – oder als zusammenhängendes Gebiet benachbarter Gemeinden derselben Dichtekategorie – mindestens 50 000 Einwohnerinnen und Einwohner haben.

Halbstädtische (oder mittelstark besiedelte) Gebiete sind Gemeinden, die jeweils eine Einwohnerdichte von 100 bis 500 Einwohnerinnen und Einwohner je km² aufweisen, und die – wiederum ggf. im Zusammenhang mit benachbarten Gemeinden der gleichen Dichtekategorie – auf eine Einwohnerzahl von mindestens 50 000 Einwohnerinnen und Einwohner kommen.

Ländliche (oder dünn besiedelte) Gebiete sind Gemeinden, die eine Bevölkerungsdichte von weniger als 100 Einwohnerinnen und Einwohnern pro km² aufweisen.

2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

2.1 Bevölkerung

2.1.9 Die größten Städte Deutschlands 2010

	Bevölkerung	Bevölkerung			Fläche in km ²	Land	
		insgesamt	männlich	weiblich			je km ²
			%				
1	Berlin, Stadt	3 460 725	49,0	51,0	3 899	887,70	Berlin
2	Hamburg, Freie und Hansestadt	1 786 448	48,9	51,1	2 366	755,16	Hamburg
3	München, Landeshauptstadt	1 353 186	48,5	51,5	4 355	310,69	Bayern
4	Köln, Stadt	1 007 119	48,4	51,6	2 486	405,17	Nordrhein-Westfalen
5	Frankfurt am Main, Stadt	679 664	49,0	51,0	2 737	248,31	Hessen
6	Stuttgart, Landeshauptstadt	606 588	49,6	50,4	2 925	207,35	Baden-Württemberg
7	Düsseldorf, Stadt	588 735	47,7	52,3	2 710	217,22	Nordrhein-Westfalen
8	Dortmund, Stadt	580 444	49,0	51,0	2 068	280,71	Nordrhein-Westfalen
9	Essen, Stadt	574 635	48,1	51,9	2 732	210,32	Nordrhein-Westfalen
10	Bremen, Stadt	547 340	48,5	51,5	1 682	325,42	Bremen
11	Dresden, Stadt	523 058	49,0	51,0	1 593	328,31	Sachsen
12	Leipzig, Stadt	522 883	48,5	51,5	1 758	297,36	Sachsen
13	Hannover, Landeshauptstadt	522 686	48,3	51,7	2 560	204,14	Niedersachsen
14	Nürnberg	505 664	48,4	51,6	2 713	186,38	Bayern
15	Duisburg, Stadt	489 559	49,1	50,9	2 103	232,83	Nordrhein-Westfalen
16	Bochum, Stadt	374 737	48,8	51,2	2 573	145,66	Nordrhein-Westfalen
17	Wuppertal, Stadt	349 721	48,3	51,7	2 077	168,39	Nordrhein-Westfalen
18	Bonn, Stadt	324 899	48,0	52,0	2 301	141,22	Nordrhein-Westfalen
19	Bielefeld, Stadt	323 270	47,9	52,1	1 253	257,92	Nordrhein-Westfalen
20	Mannheim, Universitätsstadt	313 174	49,7	50,3	2 160	144,96	Baden-Württemberg
21	Karlsruhe, Stadt	294 761	50,0	50,0	1 699	173,46	Baden-Württemberg
22	Münster, Stadt	279 803	46,9	53,1	924	302,96	Nordrhein-Westfalen
23	Wiesbaden, Landeshauptstadt	275 976	48,1	51,9	1 353	203,93	Hessen
24	Augsburg	264 708	48,5	51,5	1 803	146,84	Bayern
25	Aachen, Stadt	258 664	51,6	48,4	1 608	160,84	Nordrhein-Westfalen
26	Mönchengladbach, Stadt	257 993	48,5	51,5	1 514	170,45	Nordrhein-Westfalen
27	Gelsenkirchen, Stadt	257 981	48,6	51,4	2 458	104,94	Nordrhein-Westfalen
28	Braunschweig, Stadt	248 867	49,3	50,7	1 295	192,15	Niedersachsen
29	Chemnitz, Stadt	243 248	48,2	51,8	1 101	220,84	Sachsen
30	Kiel, Landeshauptstadt	239 526	49,0	51,0	2 019	118,65	Schleswig-Holstein
31	Krefeld, Stadt	235 076	48,6	51,4	1 707	137,75	Nordrhein-Westfalen
32	Halle (Saale), Stadt	232 963	47,5	52,5	1 725	135,02	Sachsen-Anhalt
33	Magdeburg, Landeshauptstadt	231 525	48,6	51,4	1 152	200,99	Sachsen-Anhalt
34	Freiburg im Breisgau, Stadt	224 191	47,8	52,2	1 465	153,06	Baden-Württemberg
35	Oberhausen, Stadt	212 945	48,6	51,4	2 762	77,11	Nordrhein-Westfalen
36	Lübeck, Hansestadt	210 232	47,6	52,4	981	214,21	Schleswig-Holstein
37	Erfurt, Stadt	204 994	48,4	51,6	762	269,14	Thüringen
38	Rostock, Hansestadt	202 735	49,2	50,8	1 118	181,26	Mecklenburg-Vorpommern
39	Mainz, Stadt	199 237	48,1	51,9	2 038	97,74	Rheinland-Pfalz
40	Kassel, documenta-Stadt	195 530	48,0	52,0	1 831	106,78	Hessen
41	Hagen, Stadt	188 529	48,2	51,8	1 176	160,35	Nordrhein-Westfalen
42	Hamm, Stadt	181 783	49,8	50,2	803	226,25	Nordrhein-Westfalen
43	Saarbrücken, Landeshauptstadt	175 741	48,1	51,9	1 052	167,09	Saarland
44	Mülheim an der Ruhr, Stadt	167 344	48,0	52,0	1 833	91,29	Nordrhein-Westfalen
45	Herne, Stadt	164 762	49,2	50,8	3 205	51,41	Nordrhein-Westfalen
46	Ludwigshafen am Rhein, Stadt	164 351	49,9	50,1	2 119	77,55	Rheinland-Pfalz
47	Osnabrück, Stadt	164 119	47,9	52,1	1 370	119,80	Niedersachsen
48	Oldenburg (Oldenburg), Stadt	162 173	48,3	51,7	1 575	102,98	Niedersachsen
49	Leverkusen, Stadt	160 772	48,4	51,6	2 038	78,87	Nordrhein-Westfalen
50	Solingen, Stadt	159 927	48,4	51,6	1 786	89,54	Nordrhein-Westfalen
51	Potsdam, Stadt	156 906	48,5	51,5	837	187,53	Brandenburg
52	Neuss, Stadt	151 388	48,4	51,6	1 521	99,53	Nordrhein-Westfalen
53	Heidelberg, Stadt	147 312	47,3	52,7	1 354	108,83	Baden-Württemberg
54	Paderborn, Stadt	146 283	49,2	50,8	815	179,51	Nordrhein-Westfalen
55	Darmstadt, Wissenschaftsstadt	144 402	50,0	50,0	1 183	122,09	Hessen
56	Regensburg	135 520	48,1	51,9	1 679	80,70	Bayern
57	Würzburg	133 799	46,6	53,4	1 527	87,63	Bayern
58	Ingolstadt	125 088	49,9	50,1	938	133,37	Bayern
59	Heilbronn, Stadt	122 879	49,4	50,6	1 230	99,88	Baden-Württemberg
60	Ulm, Universitätsstadt	122 801	49,3	50,7	1 035	118,69	Baden-Württemberg

2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

2.1 Bevölkerung

2.1.9 Die größten Städte Deutschlands 2010

	Bevölkerung				Fläche in km ²	Land
	insgesamt	männlich	weiblich	je km ²		
		%				
61 Wolfsburg, Stadt	121 451	49,1	50,9	595	204,05	Niedersachsen
62 Göttingen, Stadt	121 060	48,5	51,5	1 036	116,89	Niedersachsen
63 Offenbach am Main, Stadt	120 435	50,2	49,8	2 683	44,89	Hessen
64 Pforzheim, Stadt	119 781	48,4	51,6	1 222	98,00	Baden-Württemberg
65 Recklinghausen, Stadt	118 365	48,4	51,6	1 782	66,43	Nordrhein-Westfalen
66 Bottrop, Stadt	116 771	48,3	51,7	1 161	100,61	Nordrhein-Westfalen
67 Fürth	114 628	48,5	51,5	1 809	63,35	Bayern
68 Bremerhaven, Stadt	113 366	49,7	50,3	1 208	93,82	Bremen
69 Reutlingen, Stadt	112 484	48,7	51,3	1 292	87,06	Baden-Württemberg
70 Remscheid, Stadt	110 563	48,6	51,4	1 482	74,60	Nordrhein-Westfalen
71 Koblenz, Stadt	106 417	48,1	51,9	1 013	105,05	Rheinland-Pfalz
72 Bergisch Gladbach, Stadt	105 723	48,1	51,9	1 272	83,11	Nordrhein-Westfalen
73 Erlangen	105 629	49,0	51,0	1 373	76,95	Bayern
74 Moers, Stadt	105 506	48,2	51,8	1 559	67,69	Nordrhein-Westfalen
75 Trier, Stadt	105 260	47,4	52,6	899	117,13	Rheinland-Pfalz
76 Jena, Stadt	105 129	49,4	50,6	918	114,47	Thüringen
77 Siegen, Stadt	103 424	49,3	50,7	902	114,67	Nordrhein-Westfalen
78 Hildesheim, Stadt	102 794	47,2	52,8	1 115	92,18	Niedersachsen
79 Salzgitter, Stadt	102 394	49,0	51,0	457	223,91	Niedersachsen
80 Cottbus, Stadt	102 091	49,2	50,8	621	164,29	Brandenburg

Städte mit 100 000 Einwohnerinnen und Einwohnern und mehr am 31.12. – Die Städtebezeichnungen richten sich nach der amtlichen Schreibweise der Gemeinden, wie sie die Statistischen Ämter der Länder vorgeben.

2.1.10 Bevölkerung nach Altersgruppen

	1960	1970	1980	1990	1995	2000	2005	2008	2009	2010
Anzahl										
Insgesamt	73 146 809	78 069 471	78 397 483	79 753 227	81 817 499	82 259 540	82 437 995	82 002 356	81 802 257	81 751 602
Alter von ... bis unter ... Jahren										
unter 1	1 226 255	1 015 658	859 531	911 442	766 004	766 554	685 987	683 350	665 151	678 233
1 – 6	5 614 730	6 089 568	3 974 333	4 432 548	4 219 148	3 951 030	3 660 158	3 470 783	3 452 188	3 421 388
6 – 15	8 903 050	10 968 346	9 439 911	7 593 513	8 253 333	8 059 658	7 303 727	6 984 973	6 905 295	6 841 580
15 – 18	2 752 605	3 205 352	4 057 829	2 406 208	2 664 020	2 722 944	2 907 532	2 544 451	2 459 059	2 399 688
18 – 21	3 614 380	3 211 025	3 925 930	3 066 450	2 575 222	2 852 894	2 867 917	2 937 568	2 832 491	2 727 805
21 – 25	4 955 972	3 833 050	4 801 025	5 214 968	3 917 576	3 680 851	3 914 148	3 897 450	3 959 979	4 008 892
25 – 40	14 536 724	16 655 053	15 836 647	18 905 576	20 378 855	18 855 926	16 546 395	15 300 405	14 953 749	14 759 996
40 – 60	18 811 081	17 523 879	20 328 474	20 959 571	21 833 979	21 957 504	24 012 033	25 225 632	25 365 009	25 420 290
60 – 65	4 261 871	4 787 899	3 009 768	4 350 811	4 476 912	5 718 165	4 670 024	4 228 731	4 307 594	4 649 437
65 und mehr	8 470 141	10 779 641	12 164 035	11 912 140	12 732 450	13 694 014	15 870 074	16 729 013	16 901 742	16 844 293
%										
unter 1	1,7	1,3	1,1	1,1	0,9	0,9	0,8	0,8	0,8	0,8
1 – 6	7,7	7,8	5,1	5,6	5,2	4,8	4,4	4,2	4,2	4,2
6 – 15	12,2	14,0	12,0	9,5	10,1	9,8	8,9	8,5	8,4	8,4
15 – 18	3,8	4,1	5,2	3,0	3,3	3,3	3,5	3,1	3,0	2,9
18 – 21	4,9	4,1	5,0	3,8	3,1	3,5	3,5	3,6	3,5	3,3
21 – 25	6,8	4,9	6,1	6,5	4,8	4,5	4,7	4,8	4,8	4,9
25 – 40	19,9	21,3	20,2	23,7	24,9	22,9	20,1	18,7	18,3	18,1
40 – 60	25,7	22,4	25,9	26,3	26,7	26,7	29,1	30,8	31,0	31,1
60 – 65	5,8	6,1	3,8	5,5	5,5	7,0	5,7	5,2	5,3	5,7
65 und mehr	11,6	13,8	15,5	14,9	15,6	16,6	19,3	20,4	20,7	20,6

Stand: jeweils 31.12.

2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

2.1 Bevölkerung

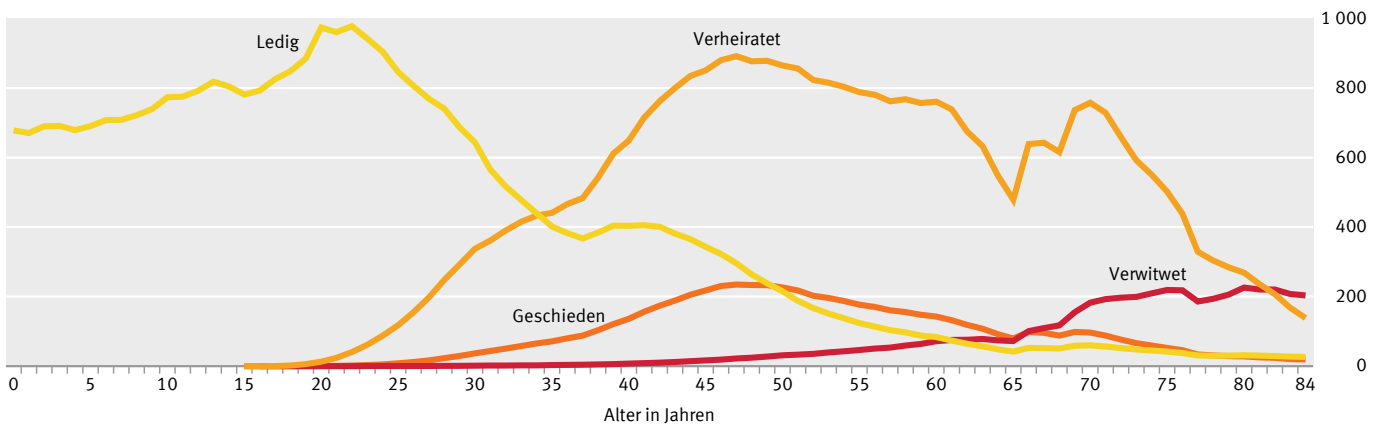
2.1.11 Bevölkerung nach Altersgruppen und Ländern 2010

	Insgesamt	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren							
		unter 6	6 – 15	15 – 18	18 – 25	25 – 40	40 – 60	60 – 65	65 und mehr
1 000									
Deutschland	81 752	4 100	6 842	2 400	6 737	14 760	25 420	4 649	16 844
Baden-Württemberg	10 754	557	968	352	913	1 972	3 314	587	2 091
Bayern	12 539	644	1 096	400	1 053	2 326	3 858	713	2 448
Berlin	3 461	185	240	76	293	775	1 041	188	661
Brandenburg	2 503	116	175	48	185	414	866	137	563
Bremen	661	32	50	18	59	128	192	39	141
Hamburg	1 786	96	133	45	148	418	518	93	336
Hessen	6 067	313	519	184	484	1 111	1 885	358	1 212
Mecklenburg-Vorpommern	1 642	77	110	29	133	281	557	92	363
Niedersachsen	7 918	393	725	264	646	1 343	2 442	460	1 645
Nordrhein-Westfalen	17 845	900	1 575	580	1 503	3 151	5 519	1 000	3 617
Rheinland-Pfalz	4 004	194	347	130	337	678	1 263	231	823
Saarland	1 018	43	79	31	83	168	328	62	224
Sachsen	4 149	203	274	70	320	747	1 272	241	1 024
Sachsen-Anhalt	2 335	103	149	42	182	388	763	142	566
Schleswig-Holstein	2 834	140	255	91	224	468	873	170	613
Thüringen	2 235	102	147	39	174	392	728	136	516
%									
Deutschland	100,0	5,0	8,4	2,9	8,2	18,1	31,1	5,7	20,6
Baden-Württemberg	100,0	5,2	9,0	3,3	8,5	18,3	30,8	5,5	19,4
Bayern	100,0	5,1	8,7	3,2	8,4	18,6	30,8	5,7	19,5
Berlin	100,0	5,4	6,9	2,2	8,5	22,4	30,1	5,4	19,1
Brandenburg	100,0	4,6	7,0	1,9	7,4	16,5	34,6	5,5	22,5
Bremen	100,0	4,9	7,6	2,7	8,9	19,4	29,1	6,0	21,4
Hamburg	100,0	5,4	7,4	2,5	8,3	23,4	29,0	5,2	18,8
Hessen	100,0	5,2	8,6	3,0	8,0	18,3	31,1	5,9	20,0
Mecklenburg-Vorpommern	100,0	4,7	6,7	1,8	8,1	17,1	33,9	5,6	22,1
Niedersachsen	100,0	5,0	9,2	3,3	8,2	17,0	30,8	5,8	20,8
Nordrhein-Westfalen	100,0	5,0	8,8	3,2	8,4	17,7	30,9	5,6	20,3
Rheinland-Pfalz	100,0	4,8	8,7	3,2	8,4	16,9	31,6	5,8	20,6
Saarland	100,0	4,2	7,7	3,0	8,1	16,5	32,2	6,1	22,0
Sachsen	100,0	4,9	6,6	1,7	7,7	18,0	30,6	5,8	24,7
Sachsen-Anhalt	100,0	4,4	6,4	1,8	7,8	16,6	32,7	6,1	24,2
Schleswig-Holstein	100,0	5,0	9,0	3,2	7,9	16,5	30,8	6,0	21,6
Thüringen	100,0	4,6	6,6	1,8	7,8	17,6	32,6	6,1	23,1

Stand: 31.12.

Bevölkerung nach Familienstand 2010

in 1 000



Stichtag: 31.12.

2012-01-0520

2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

2.1 Bevölkerung

2.1.12 Bevölkerung nach Altersgruppen und Familienstand 2010

	Ledig				Verheiratet				Verwitwet				Geschieden			
	männlich		weiblich		männlich		weiblich		männlich		weiblich		männlich		weiblich	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Insgesamt	18 563,0	46,3	15 831,6	38,0	17 397,3	43,4	17 577,4	42,2	1 163,9	2,9	4 706,8	11,3	2 988,3	7,4	3 523,3	8,5
Alter von . . . bis unter . . . Jahren																
unter 15	5 611,9	100,0	5 329,3	100,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
15 – 20	2 122,9	100,0	2 009,7	99,7	0,9	0,0	6,7	0,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0
20 – 25	2 488,7	97,5	2 269,7	92,9	61,1	2,4	165,2	6,8	0,1	0,0	0,4	0,0	2,5	0,1	8,3	0,3
25 – 30	2 122,3	84,4	1 727,1	70,9	362,9	14,4	647,1	26,6	0,5	0,0	2,3	0,1	28,8	1,1	59,7	2,5
30 – 35	1 524,6	62,2	1 118,7	46,8	823,3	33,6	1 113,1	46,5	1,8	0,1	7,3	0,3	101,2	4,1	152,6	6,4
35 – 40	1 134,9	45,1	803,7	32,8	1 172,8	46,6	1 371,1	56,0	4,6	0,2	16,7	0,7	204,8	8,1	258,1	10,5
40 – 45	1 174,7	34,7	780,8	24,1	1 799,3	53,2	1 961,6	60,5	12,3	0,4	39,6	1,2	397,8	11,8	461,4	14,2
45 – 50	902,6	24,9	559,9	16,1	2 141,3	59,1	2 236,6	64,3	25,2	0,7	83,7	2,4	551,4	15,2	596,9	17,2
50 – 55	535,5	17,0	322,4	10,5	2 055,9	65,4	2 106,9	68,3	40,0	1,3	141,4	4,6	514,5	16,4	514,4	16,7
55 – 60	321,2	11,9	203,7	7,4	1 926,1	71,2	1 929,3	69,9	57,9	2,1	215,4	7,8	399,9	14,8	410,6	14,9
60 – 65	198,7	8,7	127,8	5,4	1 721,6	75,3	1 633,8	69,1	78,7	3,4	296,2	12,5	285,9	12,5	306,7	13,0
65 – 70	149,9	7,1	105,5	4,6	1 628,6	77,3	1 483,7	65,2	119,0	5,6	435,5	19,1	208,6	9,9	251,2	11,0
70 – 75	135,9	6,0	125,1	4,7	1 778,9	78,2	1 509,5	57,2	198,9	8,7	781,3	29,6	161,3	7,1	224,6	8,5
75 – 80	68,3	4,9	102,1	5,6	1 061,3	75,8	795,8	43,3	199,3	14,2	822,0	44,7	72,1	5,1	119,1	6,5
80 und mehr	70,8	5,0	246,2	8,5	863,0	60,8	617,1	21,4	425,5	30,0	1 864,9	64,6	59,5	4,2	159,6	5,5

Stand: 31.12.

2.2 Geborene und Gestorbene

2.2.1 Geborene und Gestorbene insgesamt

	Lebendgeborene		Totgeborene ¹²	Gestorbene ¹³		Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)
	insgesamt	darunter nicht- ehelich ¹¹		insgesamt	und zwar	
			im 1. Lebensjahr		in den ersten 7 Lebenstagen	
1950	1 116 701	117 934	24 857	748 329	67 175	+ 368 372
1960	1 261 614	95 321	19 814	876 721	44 105	+ 384 893
1970	1 047 737	75 802	10 853	975 664	23 547	+ 72 073
1980	865 789	102 921	4 954	952 371	10 779	- 86 582
1990	905 675	138 755	3 202	921 445	6 385	- 15 770
2000	766 999	179 574	3 084	838 797	3 362	- 71 798
2005	685 795	200 122	2 487	830 227	2 696	- 144 432
2010	677 947	225 472	2 466	858 768	2 322	- 180 821
2010 nach Ländern						
Baden-Württemberg	90 695	20 040	268	98 807	288	- 8 112
Bayern	105 251	27 101	358	123 089	321	- 17 838
Berlin	33 393	16 545	161	32 234	101	+ 1 159
Brandenburg	18 954	11 666	89	27 894	64	- 8 940
Bremen	5 599	2 165	18	7 510	27	- 1 911
Hamburg	17 377	6 291	48	17 060	67	+ 317
Hessen	51 742	13 237	215	60 204	168	- 8 462
Mecklenburg-Vorpommern	13 337	8 498	64	18 738	34	- 5 401
Niedersachsen	63 130	19 080	216	85 794	264	- 22 664
Nordrhein-Westfalen	147 333	39 945	557	192 137	616	- 44 804
Rheinland-Pfalz	31 574	8 387	115	43 465	97	- 11 891
Saarland	7 066	2 156	20	12 296	20	- 5 230
Sachsen	35 091	20 819	150	50 909	77	- 15 818
Sachsen-Anhalt	17 300	11 074	63	30 729	49	- 13 429
Schleswig-Holstein	22 578	8 012	65	31 201	85	- 8 623
Thüringen	17 527	10 456	59	26 701	44	- 9 174

1 Seit 1.7.1998 von nicht miteinander verheirateten Eltern.

2 Ab 1.4.1994 Änderung der Berichtsgrundlage. – Nähere Informationen hierzu siehe „Glossar/Methodik“ am Ende dieses Kapitels.

3 Ohne Totgeborene, nachträglich beurkundete Kriegssterbefälle und gerichtliche Todeserklärungen.

2.2 Geborene und Gestorbene

2.2.2 Geborene und Gestorbene – Verhältniszahlen

	Lebendgeborene	Gestorbene ¹	Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Nichtehelich Lebendgeborene ²	Gestorbene Säuglinge		Totgeborene ⁵
	je 1 000 Einwohner/-innen				je 1 000 Lebendgeborene		
					im 1. Lebensjahr ³	in den ersten 7 Lebenstagen ⁴	
1950	16,3	10,9	+ 5,4	105,6	60,2	.	21,8
1960	17,3	12,0	+ 5,3	75,6	35,0	19,7	15,5
1970	13,5	12,6	+ 0,9	72,3	22,5	15,2	10,3
1980	11,0	12,1	- 1,1	118,9	12,4	6,4	5,7
1990	11,4	11,6	- 0,2	153,2	7,1	2,7	3,5
2000	9,3	10,2	- 0,9	234,1	4,4	2,1	4,0
2005	8,3	10,1	- 1,8	291,8	3,9	1,9	3,6
2010	8,3	10,5	- 2,2	332,6	3,4	1,7	3,6
2010 nach Ländern							
Baden-Württemberg	8,4	9,2	- 0,8	221,0	3,2	1,5	2,9
Bayern	8,4	9,8	- 1,4	257,5	3,1	1,6	3,4
Berlin	9,7	9,4	+ 0,3	495,5	3,1	1,4	4,8
Brandenburg	7,6	11,1	- 3,6	615,5	3,4	2,0	4,7
Bremen	8,5	11,4	- 2,9	386,7	4,8	2,5	3,2
Hamburg	9,8	9,6	+ 0,2	362,0	3,9	1,9	2,8
Hessen	8,5	9,9	- 1,4	255,8	3,3	1,7	4,1
Mecklenburg-Vorpommern	8,1	11,4	- 3,3	637,2	2,6	1,1	4,8
Niedersachsen	8,0	10,8	- 2,9	302,2	4,2	2,4	3,4
Nordrhein-Westfalen	8,3	10,8	- 2,5	271,1	4,2	2,2	3,8
Rheinland-Pfalz	7,9	10,8	- 3,0	265,6	3,1	1,4	3,6
Saarland	6,9	12,1	- 5,1	305,1	2,8	1,3	2,8
Sachsen	8,4	12,3	- 3,8	593,3	2,2	0,7	4,3
Sachsen-Anhalt	7,4	13,1	- 5,7	640,1	2,8	1,0	3,6
Schleswig-Holstein	8,0	11,0	- 3,0	354,9	3,8	2,2	2,9
Thüringen	7,8	11,9	- 4,1	596,6	2,5	0,9	3,4

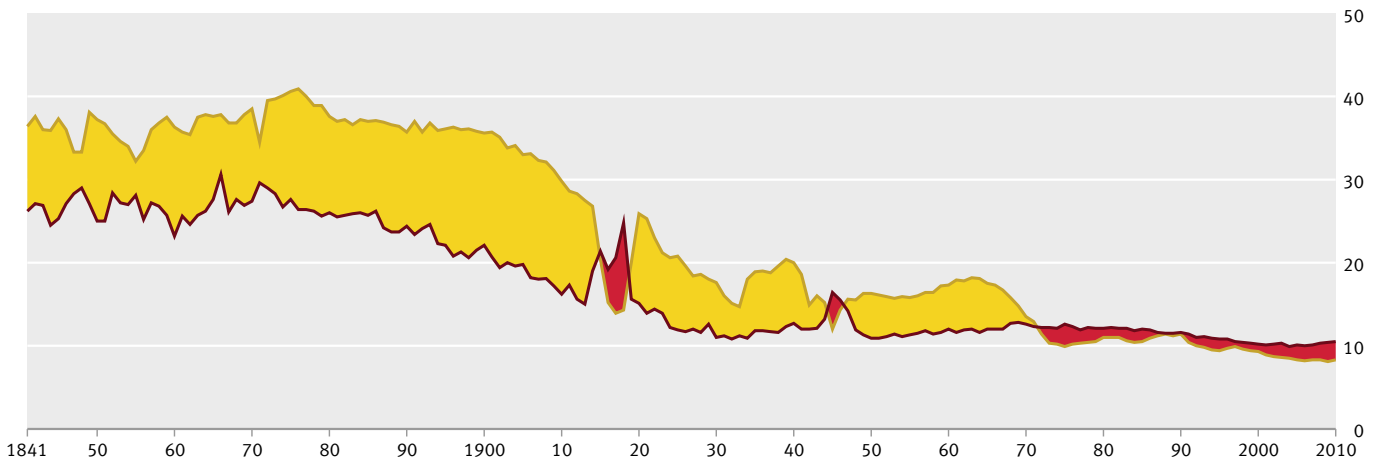
1 Ohne Totgeborene, nachträglich beurkundete Kriegssterbefälle und gerichtliche Todeserklärungen.
 2 Seit 1.7.1998 von nicht miteinander verheirateten Eltern.
 3 Ab 1960 unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorangegangenen 12 Monaten.

4 Bezogen auf die Lebendgeborenen des Berichtszeitraums.
 5 Ab 1.4.1994 Änderung der Berichtsgrundlage. – Nähere Informationen hierzu siehe „Glossar/ Methodik“ am Ende dieses Kapitels.

Lebendgeborene und Gestorbene

je 1 000 Einwohner/-innen

■ Überschuss der Lebendgeborenen ■ Überschuss der Gestorbenen — Lebendgeborene — Gestorbene



2012 - 01 - 0521

2.2 Geborene und Gestorbene

2.2.3 Lebendgeborene nach dem Alter der Mutter sowie Geburtenziffern

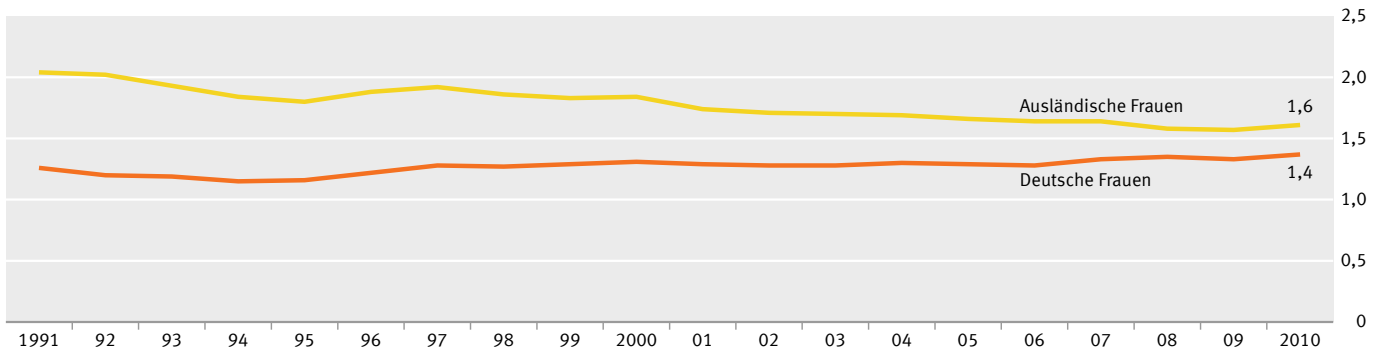
Alter der Mutter in Jahren ¹	Lebendgeborene 2010				Geburtenziffern	
	insgesamt	dar. mit ausländischer Staatsangehörigkeit	ehelich ²	nichtehelich ³	2010	2009
	Anzahl				Lebendgeborene je 1 000 Frauen	
Insgesamt	677 947	33 484	452 475	225 472	45,3 ⁴	43,6 ⁴
unter 15	55	3	-	55	.	.
15	230	26	-	230	0,6	0,6
16	870	74	7	863	2,3	2,3
17	2 039	210	45	1 994	5,1	5,2
18	3 849	311	258	3 591	9,3	9,3
19	7 009	549	1 191	5 818	16,2	16,3
20	10 741	808	2 627	8 114	22,4	23,2
21	13 836	1 061	4 442	9 394	28,9	29,9
22	17 497	1 295	6 899	10 598	35,3	36,3
23	20 572	1 429	9 451	11 121	42,0	43,0
24	24 330	1 519	12 830	11 500	50,0	50,7
25	28 493	1 849	16 364	12 129	59,9	60,1
26	33 129	1 920	20 306	12 823	69,5	68,9
27	37 641	1 952	24 477	13 164	77,9	77,6
28	42 972	2 190	29 368	13 604	86,5	84,8
29	46 445	2 237	33 025	13 420	93,2	91,0
30	49 114	2 274	35 453	13 661	97,7	95,7
31	47 942	2 104	35 547	12 395	100,0	97,0
32	46 036	1 946	34 777	11 259	97,3	94,2
33	43 480	1 809	32 957	10 523	92,5	88,8
34	39 299	1 657	30 078	9 221	84,7	81,8
35	34 287	1 357	26 354	7 933	75,9	71,5
36	29 867	1 285	22 922	6 945	64,9	61,5
37	24 677	1 002	18 849	5 828	53,0	49,1
38	20 745	800	15 632	5 113	40,7	38,2
39	17 363	574	12 957	4 406	30,9	28,8
40	13 238	455	9 866	3 372	22,6	20,8
41	9 319	324	6 675	2 644	14,8	13,9
42	5 837	203	4 155	1 682	8,9	8,3
43	3 367	98	2 372	995	5,0	4,8
44	1 800	78	1 272	528	2,6	2,6
unter 45	676 079	33 399	451 156	224 923	1 390,7 ⁵	1 356,1 ⁵
45 und mehr	1 868	85	1 319	549	0,5	0,5

1 Ermittelt als Differenz zwischen Geburtsjahr und Berichtsjahr; z.B. 2010: Alter der Mutter 15 = Geburtsjahr 1995, 16 = 1994 usw.
 2 Seit 1.7.1998 von miteinander verheirateten Eltern.
 3 Seit 1.7.1998 von nicht miteinander verheirateten Eltern.

4 Allgemeine Fruchtbarkeitsziffer.
 5 Summe der altersspezifischen Geburtenziffern (= Zusammengefasste Geburtenziffer. – Nähere Informationen hierzu siehe „Glossar/Methodik“ am Ende dieses Kapitels).

Zusammengefasste Geburtenziffer

Kinder je Frau



2.2 Geborene und Gestorbene

2.2.4 Lebendgeborene nach der Geburtenfolge 2010

Alter der Mutter in Jahren ¹	Lebendgeborene				
	insgesamt	davon als ... Kind geboren			
		1.	2.	3.	4. oder weiteres
Anzahl					
Insgesamt	677 947	335 862	229 931	77 129	35 025
dar. Lebendgeborene mit ausländischer Staatsangehörigkeit	33 484	14 353	10 590	5 039	3 502
unter 15	55	55	–	–	–
15	230	229	1	–	–
16	870	850	20	–	–
17	2 039	1 950	84	5	–
18	3 849	3 559	275	14	1
19	7 009	6 165	787	51	6
20	10 741	8 936	1 602	177	26
21	13 836	10 694	2 688	394	60
22	17 497	12 483	4 139	743	132
23	20 572	13 759	5 375	1 176	262
24	24 330	15 546	6 767	1 614	403
25	28 493	17 646	8 083	2 115	649
26	33 129	19 845	9 889	2 555	840
27	37 641	21 653	11 736	3 131	1 121
28	42 972	23 701	14 082	3 786	1 403
29	46 445	24 612	15 703	4 409	1 721
30	49 114	24 934	17 173	4 968	2 039
31	47 942	23 048	17 442	5 233	2 219
32	46 036	20 488	17 834	5 409	2 305
33	43 480	18 054	17 288	5 698	2 440
34	39 299	15 158	16 101	5 643	2 397
35	34 287	12 406	13 910	5 495	2 476
36	29 867	10 098	11 990	5 280	2 499
37	24 677	7 865	9 875	4 555	2 382
38	20 745	6 464	8 125	4 009	2 147
39	17 363	5 226	6 722	3 467	1 948
40	13 238	3 929	4 832	2 752	1 725
41	9 319	2 866	3 227	1 849	1 377
42	5 837	1 674	1 982	1 195	986
43	3 367	965	1 092	682	628
44	1 800	479	558	364	399
unter 45	676 079	335 337	229 382	76 769	34 591
45 und mehr	1 868	525	549	360	434

1 Ermittelt als Differenz zwischen Geburtsjahr und Berichtsjahr; z. B. 2010: Alter der Mutter 15 = Geburtsjahr 1995, 16 = 1994 usw.

2.2.5 Die 10 häufigsten Vornamen Neugeborener

Diese Aufstellung zeigt die „Spitzenreiter“ der im jeweiligen Jahr am häufigsten vergebenen **Mädchen- und Jungennamen**. Die Gesellschaft für deutsche Sprache (GfDS) veröffentlicht diese jährlich. Weitere Informationen finden Sie unter www.gfds.de

	2011		2010	
	Mädchen	Jungen	Mädchen	Jungen
1.	Sophie/Sofie	Maximilian	Sophie/Sofie	Maximilian
2.	Marie	Alexander	Marie	Alexander
3.	Maria	Paul	Maria	Paul
4.	Mia	Leon	Sophia/Sofia	Leon
5.	Sophia/Sofia	Ben	Mia	Lukas/Lucas
6.	Emma	Lukas/Lucas	Anna	Luka/Luca
7.	Anna	Luka/Luca	Lena	Elias
8.	Hannah/Hanna	Louis/Luis	Emma	Louis/Luis
9.	Johanna	Elias	Hannah/Hanna	Jonas
10.	Leonie	Jonas	Johanna	Felix

Quelle: Gesellschaft für deutsche Sprache

2.2.6 Durchschnittliches Alter der Mütter bei der Geburt ihrer lebend geborenen Kinder

	Durchschnittsalter in Jahren bei der Geburt des ... Kindes				
	insgesamt	1.	2.	3.	4. oder weiteren
2009	30,4	28,8	31,3	32,8	34,2
2010	30,5	28,9	31,4	32,8	34,2

Alter der Mutter nach der Geburtsjahrmethode – biologische Geburtenfolge.

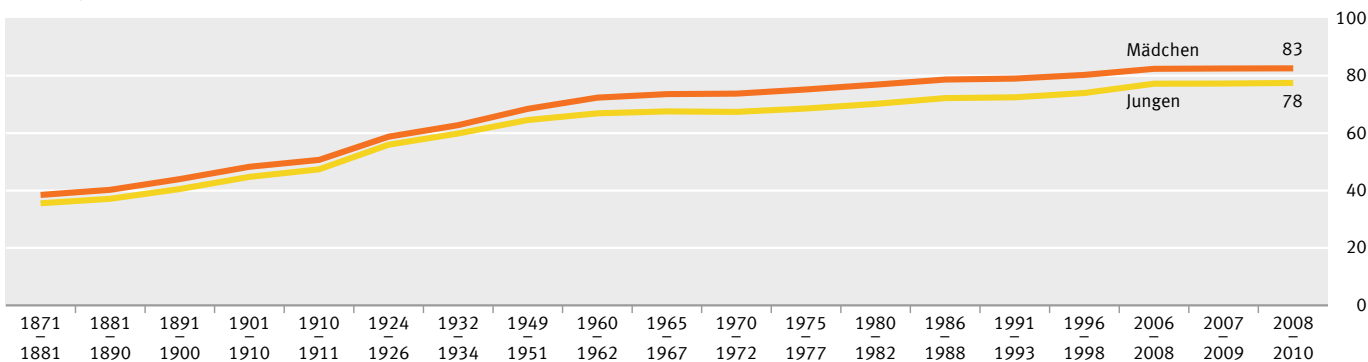
2.2 Geborene und Gestorbene

2.2.7 Lebendgeborene nach der Staatsangehörigkeit der Eltern

	Lebendgeborene							mit ausländischer Staatsangehörigkeit	
	insgesamt	mit deutscher Staatsangehörigkeit			mit ausländischer Staatsangehörigkeit				
		zusammen	und zwar		Vater deutsch/ Mutter ausländisch oder Mutter deutsch/ Vater ausländisch	Anzahl	%		
			beide Eltern deutsch ¹	beide Eltern ausländisch ²				% der Lebendgeborenen mit deutscher Staatsangehörigkeit	
1995	765 221	665 507	87,0	92,9	X	7,1	99 714	13,0	
2000	766 999	717 223	93,5	83,7	5,8	10,5	49 776	6,5	
2005	685 795	655 534	95,6	79,5	6,1	14,4	30 261	4,4	
2009	665 126	632 415	95,1	80,7	4,6	14,7	32 711	4,9	
2010	677 947	644 463	95,1	80,8	4,6	14,6	33 484	4,9	

1 Einschl. nicht verheirateter deutscher Mütter ohne Angabe zum Vater.
 2 Kind hat die deutsche Staatsangehörigkeit nach § 4 Abs. 3 Staatsangehörigkeitsgesetz –
 Geburtsortprinzip (ius soli) – erworben, einschl. nicht verheirateter ausländischer Mütter ohne
 Angabe zum Vater („Optionskinder“).

Lebenserwartung bei Geburt
in Altersjahren



2012 - 01 - 0523

2.2.8 Gestorbene Säuglinge nach dem Alter

	2010			2000		
	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Insgesamt	Männlich	Weiblich
nach dem Alter¹						
0 Tage ²	707	377	330	861	485	376
1 Tag	176	99	77	316	171	145
2 Tage	111	63	48	134	72	62
3 Tage	68	41	27	93	55	38
4 Tage	47	26	21	78	46	32
5 Tage	42	29	13	60	36	24
6 Tage	24	13	11	52	31	21
In den ersten 7 Lebenstagen	1 175	648	527	1 594	896	698
7 bis unter 28 Tage	366	210	156	498	292	206
0 bis unter 1 Monat	1 559	865	694	2 119	1 205	914
1 bis unter 12 Monate	763	429	334	1 243	712	531
Im 1. Lebensjahr	2 322	1 294	1 028	3 362	1 917	1 445
Gestorbene je 1 000 Lebendgeborene^{1,3}						
Insgesamt	3,4	3,7	3,1	4,4	4,9	4,9

1 Differenz zwischen Sterbetag und Geburtstag; z. B. 1 Tag = am Tag nach der Geburt gestorben.
 2 Am Tag der Geburt gestorben.
 3 Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vergangenen 12 Monaten.

2.2 Geborene und Gestorbene

2.2.9 Sterbetafeln

Vollendetes Altersjahr ¹	Männlich						Weiblich					
	Deutschland		früheres Bundesgebiet		neue Länder		Deutschland		früheres Bundesgebiet		neue Länder	
	1910/11	2008/10	1949/51	2008/10	1952/53	2008/10	1910/11	2008/10	1949/51	2008/10	1952/53	2008/10
Von 100 000 Lebendgeborenen erreichen das Alter x (Absterbeordnung)												
0	100 000	100 000	100 000	100 000	100 000	100 000	100 000	100 000	100 000	100 000	100 000	100 000
1	81 855	99 614	93 823	99 602	94 018	99 676	84 695	99 691	95 091	99 676	95 383	99 761
2	79 211	99 581	93 433	99 570	93 529	99 647	82 070	99 663	94 749	99 649	94 965	99 731
5	77 213	99 533	92 880	99 523	93 066	99 592	80 077	99 622	94 270	99 608	94 573	99 695
10	75 984	99 486	92 444	99 475	92 693	99 546	78 816	99 582	93 937	99 567	94 259	99 659
15	75 189	99 432	92 097	99 422	92 368	99 485	77 930	99 538	93 701	99 524	94 067	99 609
20	73 832	99 249	91 466	99 241	91 779	99 280	76 659	99 449	93 295	99 436	93 657	99 500
25	72 130	98 982	90 531	98 986	90 913	98 948	75 043	99 338	92 711	99 326	93 108	99 384
30	70 425	98 675	89 518	98 686	90 133	98 601	73 115	99 211	92 039	99 201	92 484	99 247
35	68 545	98 311	88 428	98 327	89 299	98 216	71 020	99 043	91 221	99 032	91 691	99 077
40	66 227	97 818	87 102	97 850	88 130	97 630	68 659	98 779	90 225	98 771	90 636	98 797
45	63 238	97 015	85 342	97 104	86 511	96 554	66 187	98 322	88 901	98 324	89 310	98 294
50	59 349	95 564	82 648	95 758	84 065	94 677	63 231	97 500	86 991	97 511	87 380	97 432
55	54 290	93 099	78 562	93 426	80 012	91 676	59 350	96 168	84 225	96 173	84 674	96 144
60	47 736	89 372	72 852	89 854	74 222	87 384	54 016	94 209	80 166	94 187	80 818	94 345
65	39 527	84 042	64 999	84 602	66 146	81 738	46 484	91 278	73 875	91 211	75 032	91 693
70	29 905	76 705	54 394	77 316	55 013	74 304	36 448	87 172	63 994	87 101	65 615	87 701
75	19 328	66 341	40 700	67 041	41 107	63 580	24 517	80 761	49 605	80 774	51 639	81 067
80	9 711	51 614	25 106	52 370	24 748	48 462	12 981	69 644	31 787	69 850	33 234	69 186
85	3 297	33 562	11 321	34 152	10 592	30 899	4 794	51 869	15 225	52 197	15 750	50 699
90	679	15 927	3 175	16 340	2 781	13 756	1 126	28 603	4 815	28 880	4 796	27 176
Lebenserwartung in Jahren im Alter x												
0	47,41	77,51	64,56	77,76	65,06	76,43	50,68	82,59	68,48	82,64	69,07	82,46
1	56,86	76,81	67,80	77,07	68,18	75,68	58,78	81,85	71,01	81,91	71,40	81,65
2	57,74	75,83	67,08	76,09	67,54	74,70	59,64	80,87	70,26	80,93	70,71	80,68
5	56,21	72,87	64,47	73,13	64,87	71,74	58,10	77,91	67,61	77,96	68,00	77,71
10	52,08	67,90	59,76	68,16	60,12	66,77	53,99	72,94	62,84	73,00	63,22	72,73
15	47,60	62,94	54,98	63,20	55,32	61,81	49,58	67,97	57,99	68,03	58,34	67,77
20	43,43	58,05	50,34	58,31	50,66	56,93	45,35	63,03	53,24	63,08	53,59	62,84
25	39,39	53,20	45,83	53,45	46,12	52,12	41,28	58,09	48,55	58,15	48,89	57,91
30	35,29	48,36	41,32	48,61	41,50	47,29	37,30	53,16	43,89	53,22	44,20	52,99
35	31,18	43,53	36,80	43,77	36,86	42,47	33,32	48,25	39,26	48,31	39,56	48,07
40	27,18	38,73	32,32	38,97	32,31	37,71	29,38	43,37	34,67	43,43	34,99	43,20
45	23,35	34,03	27,93	34,25	27,87	33,10	25,89	38,56	30,14	38,61	30,47	38,41
50	19,71	29,50	23,75	29,70	23,60	28,70	21,45	33,86	25,75	33,91	26,09	33,73
55	16,30	25,21	19,85	25,37	19,66	24,55	17,68	29,29	21,50	29,35	21,84	29,14
60	13,18	21,16	16,20	21,27	15,99	20,63	14,17	24,85	17,46	24,91	17,75	24,65
65	10,38	17,33	12,84	17,43	12,62	16,87	11,03	20,56	13,72	20,64	13,91	20,29
70	7,90	13,74	9,84	13,82	9,65	13,30	8,35	16,41	10,42	16,49	10,52	16,09
75	5,94	10,47	7,28	10,54	7,04	10,09	6,19	12,49	7,68	12,57	7,65	12,18
80	4,25	7,71	5,24	7,75	5,03	7,42	4,52	9,06	5,57	9,11	5,48	8,80
85	3,13	5,49	3,72	5,53	3,58	5,20	3,36	6,25	4,02	6,28	3,90	6,05
90	2,30	3,88	2,66	3,93	2,60	3,67	2,49	4,27	2,89	4,31	2,74	4,10

Abgekürzte Form. – 1910/11 Reichsgebiet, jeweiliger Gebietsstand; 1949/51 früheres Bundesgebiet ohne Berlin (West) und das Saarland; 1952/53 Gebiet der ehem. DDR ohne Berlin (Ost); bis 1949/51 allgemeine Sterbetafeln; 2008/10 früheres Bundesgebiet ohne Berlin-West und neue Länder ohne Berlin-Ost.

1 Das Alter 0 bezieht sich auf den Zeitpunkt der Geburt. Die anderen Altersangaben beziehen sich auf den Zeitpunkt, an dem jemand genau x Jahre alt geworden ist.

2.2 Geborene und Gestorbene

2.2.10 Gestorbene nach Altersgruppen und Familienstand sowie Sterbeziffern

Alter von ... bis unter ... Jahren	Gestorbene 2010 ¹						Sterbeziffern	
	insgesamt	dar. Ausländer/ -innen	ledig	verheiratet	verwitwet	geschieden	2010	2009
	Anzahl							Gestorbene je 1 000 Personen neben- stehenden Alters und Geschlechts
Männlich								
Insgesamt	409 022	12 508	45 077	243 113	83 248	37 584	10,2	10,1
dar. Ausländer	12 508	X	1 850	7 880	1 392	1 386	X	X
0 – 1	1 294	130	1 294	–	–	–	3,8	3,9
1 – 5	261	19	261	–	–	–	0,2	0,2
5 – 10	173	17	173	–	–	–	0,1	0,1
10 – 15	221	15	221	–	–	–	0,1	0,1
15 – 20	762	49	761	1	–	–	0,4	0,4
20 – 25	1 308	93	1 283	24	–	1	0,5	0,5
25 – 30	1 587	134	1 404	166	1	16	0,6	0,6
30 – 35	1 770	214	1 266	380	2	122	0,7	0,7
35 – 40	2 680	308	1 521	830	9	320	1,0	1,0
40 – 45	5 578	360	2 579	2 014	26	959	1,6	1,6
45 – 50	10 328	515	3 771	4 107	119	2 331	2,9	3,0
50 – 55	15 810	730	4 278	7 440	302	3 790	5,1	5,2
55 – 60	21 865	903	4 326	11 944	681	4 914	8,1	8,2
60 – 65	26 441	1 549	3 785	16 326	1 302	5 028	12,0	12,1
65 – 70	40 850	1 846	4 820	26 778	3 381	5 871	18,4	18,4
70 – 75	62 325	2 091	5 466	43 042	7 729	6 088	27,9	28,6
75 – 80	65 215	1 542	3 638	45 460	12 269	3 848	47,8	49,4
80 – 85	71 269	1 009	2 364	45 603	20 732	2 570	82,3	84,0
85 – 90	51 836	669	1 280	28 381	20 966	1 209	140,6	145,7
90 und mehr	27 449	315	586	10 617	15 729	517	250,3	262,7
Standardisierte Sterbeziffern ¹² ..	X	X	X	X	X	X	7,2	7,4
Weiblich								
Insgesamt	449 746	7 673	40 539	102 431	271 624	35 152	10,8	10,8
dar. Ausländerinnen	7 673	X	891	2 867	3 129	786	X	X
0 – 1	1 028	101	1 028	–	–	–	3,1	3,0
1 – 5	221	17	221	–	–	–	0,2	0,2
5 – 10	143	12	143	–	–	–	0,1	0,1
10 – 15	144	16	144	–	–	–	0,1	0,1
15 – 20	376	27	372	3	1	–	0,2	0,2
20 – 25	536	41	499	35	–	2	0,2	0,2
25 – 30	624	56	465	123	3	33	0,3	0,3
30 – 35	791	109	406	310	3	72	0,3	0,4
35 – 40	1 348	154	490	644	11	203	0,5	0,5
40 – 45	3 044	193	871	1 559	56	558	0,9	0,9
45 – 50	5 565	252	1 126	3 060	191	1 188	1,6	1,7
50 – 55	8 308	337	1 280	4 692	590	1 746	2,7	2,7
55 – 60	11 079	525	1 192	6 501	1 270	2 116	4,0	4,1
60 – 65	14 146	766	1 132	8 142	2 534	2 338	6,2	6,2
65 – 70	22 289	768	1 559	11 679	5 751	3 300	9,3	9,4
70 – 75	38 202	835	2 577	17 163	14 256	4 206	14,7	15,1
75 – 80	51 872	869	3 554	17 306	27 006	4 006	28,7	29,4
80 – 85	83 350	947	6 540	17 471	54 374	4 965	56,8	58,5
85 – 90	110 539	912	9 592	10 742	84 406	5 799	113,0	116,7
90 und mehr	96 141	736	7 348	3 001	81 172	4 620	234,3	242,6
Standardisierte Sterbeziffern ¹² ..	X	X	X	X	X	X	8,8	9,0

1 Ohne Totgeborene, nachträglich beurkundete Kriegssterbefälle und gerichtliche Todeserklärungen.
 2 Unter Zugrundelegung des Altersaufbaus der männlichen bzw. der weiblichen Bevölkerung von 1995.

2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

2.3 Migration

2.3.1 Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2010

Weitere Informationen zum Bildungsstand der Bevölkerung mit Migrationshintergrund siehe Kapitel „Bildung“

Bei Personen mit **Migrationshintergrund** handelt es sich um solche, die nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zugezogen sind, sowie alle in Deutschland geborenen Ausländerinnen und Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen, die zumindest einen zugezogenen Elternteil haben oder einen Elternteil, der als Ausländerin bzw. Ausländer in Deutschland geboren wurde.

	Insgesamt	Ohne Migrationshintergrund	Mit Migrationshintergrund im engeren Sinn	Davon				
				Deutsche mit eigene(r) Migrationserfahrung	Deutsche ohne	Ausländer/-innen mit	Ausländer/-innen ohne	
								1 000
Insgesamt	81 715	65 970	15 746	19,3	31,8	22,8	35,4	10,0
Männer	40 059	32 138	7 921	19,8	30,5	23,5	35,2	10,8
Frauen	41 657	33 832	7 825	18,8	33,2	22,0	35,6	9,1
Demografische Daten								
Alter von ... bis unter ... Jahren								
unter 5	3 280	2 137	1 143	34,9	1,6	83,3	3,2	11,9
5 – 10	3 518	2 377	1 141	32,4	3,6	77,8	6,5	12,1
10 – 15	3 871	2 748	1 123	29,0	6,9	58,5	9,6	25,0
15 – 20	4 264	3 148	1 116	26,2	15,8	45,8	15,3	23,1
20 – 25	4 913	3 813	1 100	22,4	33,0	23,5	27,6	15,8
25 – 35	9 775	7 289	2 486	25,4	33,9	7,8	46,6	11,7
35 – 45	11 968	9 453	2 516	21,0	37,3	3,0	51,9	7,9
45 – 55	12 962	10 858	2 104	16,2	49,1	1,1	47,8	2,0
55 – 65	10 019	8 482	1 538	15,3	43,3	1,0	54,2	1,6
65 – 75	9 750	8 802	948	9,7	51,1	0,8	46,2	1,9
75 und mehr	7 395	6 865	530	7,2	70,8	0,5	26,9	1,9
Familienstand								
Ledig	32 617	25 423	7 195	22,1	17,0	47,6	18,9	16,5
Verheiratet	37 842	30 700	7 142	18,9	43,7	2,0	49,8	4,6
Verwitwet	5 957	5 407	550	9,2	59,5	/	37,9	2,0
Geschieden	5 299	4 440	859	16,2	40,4	2,0	52,7	4,9
Angaben zur räumlichen Verteilung nach Ländern								
Baden-Württemberg	10 744	7 924	2 820	26,2	32,4	22,7	32,9	12,0
Bayern	12 512	10 086	2 426	19,4	30,6	21,4	38,8	9,2
Berlin	3 445	2 608	837	24,3	21,7	21,6	47,1	9,6
Bremen	660	476	184	27,8	32,5	22,0	38,4	7,1
Hamburg	1 777	1 290	487	27,4	27,5	22,0	40,7	9,7
Hessen	6 063	4 549	1 514	25,0	32,4	23,2	34,9	9,6
Niedersachsen	7 923	6 588	1 335	16,8	37,1	23,3	31,7	7,9
Nordrhein-Westfalen	17 844	13 573	4 272	23,9	32,0	24,2	32,6	11,2
Rheinland-Pfalz	4 005	3 258	747	18,7	35,8	23,2	31,9	9,0
Saarland	1 021	845	177	17,3	28,4	23,2	37,1	11,2
Schleswig-Holstein	2 831	2 474	357	12,6	35,8	23,6	34,1	6,5
Neue Länder (ohne Berlin-Ost)	12 890	12 299	590	4,6	31,2	17,2	46,6	5,0
nach höchstem Schulabschluss								
Haupt- (Volks-) schulabschluss	26 262	22 358	3 904	14,9	43,6	5,1	42,1	9,2
Abschluss Polytechnische Oberschule der ehem. DDR	5 044	4 962	82	1,6	59,0	/	36,3	/
Realschul- oder gleichwertiger Abschluss								
Fachhochschulreife	4 396	3 742	654	14,9	48,2	9,6	32,9	9,3
Abitur	13 932	11 276	2 657	19,1	37,8	7,3	50,2	4,7
Ohne Angabe zur Art des Abschlusses ...	267	210	57	21,2	38,9	/	50,7	/
Ohne Schulabschluss	2 926	1 141	1 785	61,0	25,9	3,0	67,2	3,8
Noch in schulischer Ausbildung/ noch nicht schulpflichtig	13 180	9 086	4 094	31,1	5,8	69,1	7,8	17,3
nach höchstem beruflichen oder (Fach-) Hochschulabschluss								
Mit berufsqualifizierendem Abschluss ...	50 899	44 683	6 217	12,2	48,8	4,9	39,0	7,3
darunter:								
Lehre oder vergleichbarer Abschluss ...	34 111	30 227	3 884	11,4	51,6	5,6	33,7	9,2
Berufsfachschule	1 114	937	177	15,9	52,9	5,1	35,8	6,2
Meister/-in, Techniker/-in, Fachschulabschluss, Berufsakademie	5 424	4 944	480	8,9	54,4	4,6	34,5	6,5
Fachhochschulabschluss	3 535	3 090	445	12,6	48,4	3,9	42,8	4,9
Universitätsabschluss/Promotion	6 114	4 988	1 126	18,4	35,9	3,2	57,7	3,2

2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

2.3 Migration

2.3.1 Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2010

	Insgesamt	Ohne Migrationshintergrund	Mit Migrationshintergrund im engeren Sinn	Davon				
				Deutsche mit	Deutsche ohne	Ausländer/-innen mit	Ausländer/-innen ohne	
				eigene(r) Migrationserfahrung				
	1 000		%	% der Bevölkerung mit Migrationshintergrund				
nach höchstem beruflichen oder (Fach-) Hochschulabschluss								
Ohne berufsqualifizierenden Abschluss	30 393	20 942	9 451	31,1	20,7	34,7	32,9	11,8
Noch in Ausbildung/noch nicht schulpflichtig	14 281	9 981	4 300	30,1	8,7	64,4	10,5	16,3
Berufliches Praktikum, Berufsvorbereitungsjahr	455	290	165	36,3	40,7	4,7	47,7	6,9
Ohne Abschluss	15 657	10 671	4 986	31,8	30,4	10,0	51,6	8,0
nach überwiegendem Lebensunterhalt								
Erwerbs-/Berufstätigkeit	35 310	29 360	5 951	16,9	43,4	6,5	41,7	8,5
Arbeitslosengeld I	910	689	222	24,3	42,4	5,3	43,1	9,2
Rente, Pension	18 672	16 996	1 676	9,0	56,1	1,3	40,4	2,2
Angehörige	21 196	15 164	6 031	28,5	14,3	49,2	22,5	14,0
Vermögen, Vermietung, Zinsen	426	362	63	14,9	27,1	4,0	64,0	4,9
Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt	514	341	172	33,6	25,5	4,8	63,2	6,5
Leistungen nach Hartz IV	3 656	2 277	1 379	37,7	28,6	11,3	51,0	9,1
Sonstige Unterstützungen (z. B. BAföG) ..	706	524	183	25,9	26,7	15,1	47,7	10,5
Elterngeld/Erziehungsgeld	325	257	68	21,0	41,8	6,0	40,8	11,4
nach monatlichem Nettoäquivalenzeinkommen und Armutsgefährdung								
von ... bis unter ... EUR								
unter 500	9 788	7 451	2 337	23,9	29,9	20,2	40,0	9,9
500 – 900	11 876	9 544	2 332	19,6	41,8	5,5	46,9	5,8
900 – 1 300	12 900	10 963	1 937	15,0	45,9	4,3	43,2	6,7
1 300 – 1 500	5 575	4 774	801	14,4	47,5	4,7	40,7	7,0
1 500 – 2 000	9 395	8 047	1 347	14,3	48,5	3,7	40,0	7,8
2 000 – 3 200	8 562	7 537	1 025	12,0	47,3	4,4	40,5	7,9
3 200 und mehr	3 357	3 042	315	9,4	40,5	4,7	48,1	6,7
Armutsgefährdet in %	14,5	11,7	26,2	X	20,2	24,0	32,1	30,0
nach Erwerbsbeteiligung								
Erwerbspersonen	41 887	34 296	7 590	18,1	41,7	6,9	42,9	8,6
Erwerbstätige	38 938	32 237	6 702	17,2	42,8	6,9	41,9	8,4
Erwerbslose	2 948	2 060	889	30,1	33,4	6,4	50,4	9,8
Nichterwerbspersonen	39 828	31 673	8 155	20,5	22,7	37,5	28,5	11,3
nach Migrationsstatus								
Ausländer/-innen und ihre Nachkommen	8 403	X	8 403	100,0	X	14,9	66,4	18,7
Deutsche mit Migrationshintergrund und ihre Nachkommen	7 343	X	7 343	100,0	68,3	31,7	X	X
Spätaussiedler/-innen und ihre Nachkommen	4 208	X	4 208	100,0	77,6	22,4	X	X
Eingebürgerte und ihre Nachkommen ..	3 135	X	3 135	100,0	55,8	44,2	X	X
kulturelle Wurzeln								
Griechenland	395	X	395	100,0	3,5	13,9	54,9	27,6
Italien	776	X	776	100,0	3,7	19,5	50,5	26,4
Kasachstan	869	X	869	100,0	74,3	19,8	5,6	/
Kroatien	358	X	358	100,0	6,7	18,7	56,4	18,2
Polen	1 454	X	1 454	100,0	52,5	22,1	23,9	1,5
Rumänien	468	X	468	100,0	63,7	19,4	15,8	1,1
Russische Föderation	1 212	X	1 212	100,0	62,0	18,6	18,6	0,7
Serbien	280	X	280	100,0	6,1	16,4	59,3	17,9
Türkei	2 985	X	2 985	100,0	11,5	29,2	38,7	20,6
Ukraine	271	X	271	100,0	26,2	12,9	57,9	3,3
nachrichtlich:								
Ehem. Sowjetunion	2 945	X	2 945	100,0	61,6	18,6	18,8	1,0
Ehem. Jugoslawien	1 496	X	1 496	100,0	11,8	20,8	52,3	15,0
Gastarbeiter-Anwerbeländer ¹	6 176	X	6 176	100,0	10,2	24,8	45,1	19,9

Ergebnisse des Mikrozensus.

1 Griechenland, Italien, Jugoslawien, Marokko, Portugal, Spanien, Türkei, Tunesien.

2.3 Migration

2.3.2 Ausländische Bevölkerung in Deutschland 2011

	Insgesamt		Männlich		Weiblich		Durchschnitts-		Veränderung gegenüber Vorjahr insgesamt
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	alter	aufenthaltsdauer	
							Jahre	%	
Insgesamt	6 930 896	100,0	3 547 419	100,0	3 383 477	100,0	39,4	19,0	2,6
Europa	5 509 282	79,5	2 831 487	79,8	2 677 795	79,1	40,5	20,9	2,5
davon:									
EU-Länder	2 599 190	37,5	1 381 152	38,9	1 218 038	36,0	41,4	19,5	6,4
Bulgarien	93 889	1,4	48 625	1,4	45 264	1,3	33,2	5,6	25,4
Frankreich	110 938	1,6	52 368	1,5	58 570	1,7	41,7	18,8	2,1
Griechenland	283 684	4,1	154 525	4,4	129 159	3,8	43,7	27,1	2,5
Italien	520 159	7,5	306 564	8,6	213 595	6,3	42,8	28,4	0,5
Niederlande	137 664	2,0	76 085	2,1	61 579	1,8	47,0	23,2	1,0
Österreich	175 926	2,5	92 540	2,6	83 386	2,5	49,5	28,0	0,4
Polen	468 481	6,8	235 348	6,6	233 133	6,9	37,7	9,7	11,7
Portugal	115 530	1,7	63 364	1,8	52 166	1,5	41,1	22,7	2,1
Rumänien	159 222	2,3	80 925	2,3	78 297	2,3	33,7	6,0	25,8
Slowakei	30 241	0,4	13 484	0,4	16 757	0,5	33,3	7,5	15,0
Slowenien	20 832	0,3	10 393	0,3	10 439	0,3	49,1	30,0	4,0
Spanien	110 193	1,6	55 095	1,6	55 098	1,6	44,0	26,5	4,5
Tschechische Republik	38 060	0,5	13 679	0,4	24 381	0,7	36,8	11,1	7,3
Ungarn	82 760	1,2	50 931	1,4	31 829	0,9	38,8	9,7	20,1
Vereinigtes Königreich	98 406	1,4	60 068	1,7	38 338	1,1	46,0	20,5	2,4
EU-Kandidatenländer	1 912 534	27,6	990 650	27,9	921 884	27,2	40,0	25,1	-0,8
Kroatien	223 014	3,2	108 549	3,1	114 465	3,4	46,6	29,1	1,3
Mazedonien	67 147	1,0	35 170	1,0	31 977	0,9	37,6	20,3	1,7
Türkei	1 607 161	23,2	838 985	23,7	768 176	22,7	39,3	24,8	-1,4
EWR-Staaten¹/Schweiz	45 350	0,7	19 986	0,6	25 364	0,7	48,0	23,1	1,5
Schweiz	37 722	0,5	16 455	0,5	21 267	0,6	49,0	24,2	1,4
Sonstiges Europa	952 208	13,7	439 699	12,4	512 509	15,1	38,6	16,2	-0,6
Bosnien und Herzegowina	153 470	2,2	79 276	2,2	74 194	2,2	41,5	22,2	0,7
Kosovo ¹²	136 937	2,0	70 274	2,0	66 663	2,0	30,1	13,9	25,9
Russische Föderation	195 310	2,8	73 786	2,1	121 524	3,6	38,6	9,2	2,1
Serbien ¹³	197 984	2,9	99 941	2,8	98 043	2,9	37,7	20,9	10,6
Ehem. Serbien und Montenegro ¹³	54 557	0,8	28 613	0,8	25 944	0,8	40,6	22,9	-41,3
Ukraine	123 300	1,8	46 334	1,3	76 966	2,3	42,3	9,8	-0,8
Afrika	276 070	4,0	155 799	4,4	120 271	3,6	34,1	12,1	1,7
Marokko	63 037	0,9	34 338	1,0	28 699	0,8	38,3	16,6	-0,8
Tunesien	23 610	0,3	15 703	0,4	7 907	0,2	36,6	14,1	2,8
Amerika	223 675	3,2	103 217	2,9	120 458	3,6	39,7	13,3	3,9
Brasilien	33 865	0,5	9 872	0,3	23 993	0,7	35,1	9,5	4,1
Vereinigte Staaten	101 643	1,5	57 169	1,6	44 474	1,3	44,0	16,8	4,0
Asien	854 957	12,3	418 311	11,8	436 646	12,9	34,0	10,4	3,7
Afghanistan	56 563	0,8	31 649	0,9	24 914	0,7	31,0	9,5	10,2
China	86 435	1,2	42 052	1,2	44 383	1,3	31,1	6,7	6,3
Irak	82 438	1,2	48 859	1,4	33 579	1,0	27,4	7,1	1,4
Iran	53 920	0,8	30 359	0,9	23 561	0,7	40,0	13,3	3,9
Kasachstan	49 499	0,7	22 579	0,6	26 920	0,8	39,1	9,7	-3,0
Thailand	57 078	0,8	7 586	0,2	49 492	1,5	39,0	12,5	1,6
Vietnam	83 830	1,2	39 643	1,1	44 187	1,3	34,7	14,5	-0,6
Australien und Ozeanien	13 077	0,2	7 120	0,2	5 957	0,2	39,0	11,2	9,9
Staatenlos	13 445	0,2	7 933	0,2	5 512	0,2	40,1	23,2	1,0
Ungeklärt und ohne Angabe	40 390	0,6	23 552	0,7	16 838	0,5	30,1	16,0	-5,3

Ergebnisse des Ausländerzentralregisters. – Stand 31.12.

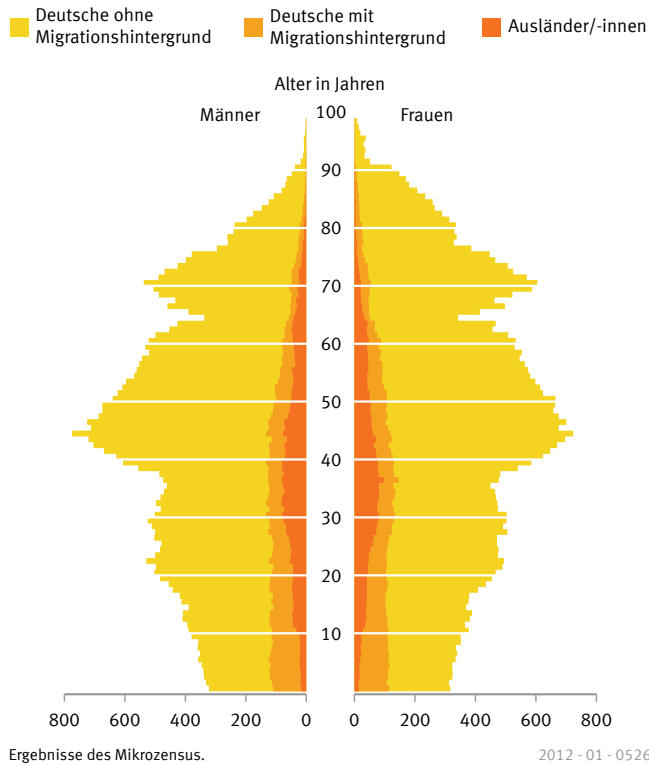
1 Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums.

2 Ab 1.5.2008 wird das Kosovo getrennt nachgewiesen. – Bürger/-innen des Kosovo können auch als „Altfälle“ in Serbien enthalten sein.

3 Ab 1.8.2006 werden neben der Staatsangehörigkeit des ehem. „Serbien und Montenegro“ auch die Staatsangehörigkeiten der beiden Nachfolgestaaten „Serbien“ und „Montenegro“ nachgewiesen.

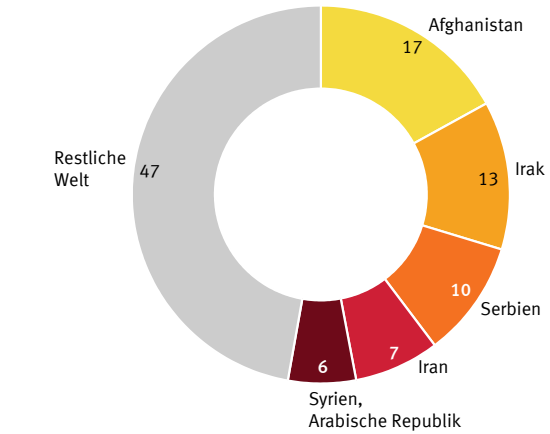
2.3 Migration

Bevölkerung nach Migrationshintergrund 2010
in 1 000 je Altersjahr



Asylbewerberinnen und -bewerber 2011
nach Haupt-Herkunftsländern, in %

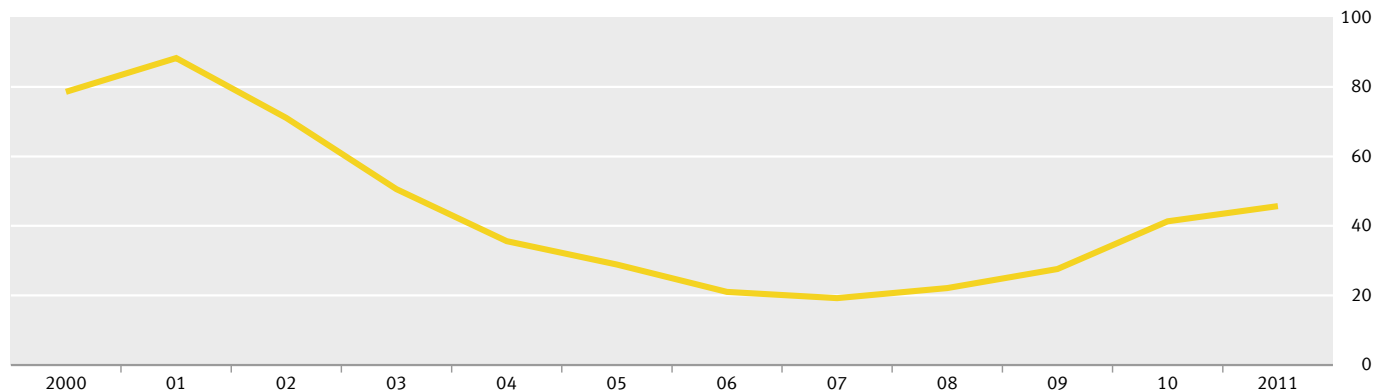
Weitere Informationen zu Asyl siehe Kapitel „Soziales“



Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

2012 - 01 - 0524

Asyl-Erstanträge
in 1 000



Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

2012 - 01 - 0525

2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

2.3 Migration

2.3.3 Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit 2010

	Insgesamt	Davon		
		durch Einbürgerung	durch Adoption	Spätaussiedler/ -innen sowie deren Ehegatten und Kinder
Anzahl				
Insgesamt	104 600	101 570	980	2 050
Männer	51 165	49 723	504	938
Frauen	53 435	51 847	476	1 112
nach Altersgruppen				
Alter von ... bis unter ... Jahren				
unter 5	2 512	1 953	419	140
5 – 15	14 400	13 747	362	291
15 – 25	25 690	25 176	199	315
25 – 45	48 453	47 875	0	578
45 – 65	11 393	10 830	0	563
65 und mehr	2 152	1 989	0	163
nach Herkunftsgebiet bzw. ehemaliger Staatsangehörigkeit				
Afghanistan	3 521	3 520	1	0
Irak	5 229	5 228	1	0
Iran	3 052	3 046	6	0
Kasachstan	2 077	1 601	28	448
Marokko	2 815	2 806	9	0
Polen	3 857	3 789	34	34
Rumänien	2 545	2 523	22	0
Russische Föderation	4 191	2 753	168	1 270
Serbien, Montenegro, Kosovo	6 550	6 522	28	0
Türkei	26 220	26 192	28	0
Ukraine	3 300	3 118	41	141

2.4 Wanderungen

2.4.1 Wanderungen innerhalb Deutschlands und über die Grenzen 2010

	Über die Grenzen der Bundesländer								
	Zuzüge			Fortzüge			Saldo		
	insgesamt	über die Grenzen Deutschlands ¹	aus einem anderen Bundesland	insgesamt	über die Grenzen Deutschlands ^{1 2}	in ein anderes Bundesland	insgesamt	aus den Wanderungen	
								über die Grenzen Deutschlands ^{1 2}	zwischen den Bundesländern ¹³
Deutschland	1 860 246	798 282	1 061 964	1 732 378	670 605	1 061 773	127 868	127 677	X
Deutsche	1 049 815	114 752	935 063	1 075 902	141 000	934 902	- 26 087	- 26 248	X
Ausländer/-innen	810 431	683 530	126 901	656 476	529 605	126 871	153 955	153 925	X
Baden-Württemberg	251 543	136 216	115 327	234 268	117 337	116 931	17 275	18 879	- 1 604
Deutsche	118 116	19 663	98 453	124 929	26 163	98 766	- 6 813	- 6 500	- 313
Ausländer/-innen	133 427	116 553	16 874	109 339	91 174	18 165	24 088	25 379	- 1 291
Bayern	258 314	139 820	118 494	212 699	104 951	107 748	45 615	34 869	10 746
Deutsche	122 894	21 329	101 565	117 258	24 485	92 773	5 636	- 3 156	8 792
Ausländer/-innen	135 420	118 491	16 929	95 441	80 466	14 975	39 979	38 025	1 954
Berlin	147 769	59 611	88 158	130 951	60 783	70 168	16 818	- 1 172	17 990
Deutsche	86 307	8 155	78 152	71 860	9 373	62 487	14 447	- 1 218	15 665
Ausländer/-innen	61 462	51 456	10 006	59 091	51 410	7 681	2 371	46	2 325
Brandenburg	60 957	10 772	50 185	60 333	8 630	51 703	624	2 142	- 1 518
Deutsche	49 784	2 254	47 530	51 314	2 800	48 514	- 1 530	- 546	- 984
Ausländer/-innen	11 173	8 518	2 655	9 019	5 830	3 189	2 154	2 688	- 534
Bremen	31 446	8 826	22 620	30 555	8 787	21 768	891	39	852
Deutsche	20 992	973	20 019	20 402	1 180	19 222	590	- 207	797
Ausländer/-innen	10 454	7 853	2 601	10 153	7 607	2 546	301	246	55
Hamburg	87 538	26 324	61 214	75 668	21 078	54 590	11 870	5 246	6 624
Deutsche	57 520	3 441	54 079	52 905	4 186	48 719	4 615	- 745	5 360
Ausländer/-innen	30 018	22 883	7 135	22 763	16 892	5 871	7 255	5 991	1 264
Hessen	168 165	77 039	91 126	155 797	67 355	88 442	12 368	9 684	2 684
Deutsche	85 865	9 921	75 944	87 816	12 362	75 454	- 1 951	- 2 441	490
Ausländer/-innen	82 300	67 118	15 182	67 981	54 993	12 988	14 319	12 125	2 194
Mecklenburg-Vorpommern	31 745	6 680	25 065	35 375	5 312	30 063	- 3 630	1 368	- 4 998
Deutsche	24 923	1 096	23 827	29 305	1 507	27 798	- 4 382	- 411	- 3 971
Ausländer/-innen	6 822	5 584	1 238	6 070	3 805	2 265	752	1 779	- 1 027
Niedersachsen ¹⁴	190 586	76 783	113 803	178 619	62 325	116 294	11 967	14 458	- 2 491
Deutsche	112 552	9 915	102 637	112 994	9 700	103 294	- 442	215	- 657
Ausländer/-innen	78 034	66 868	11 166	65 625	52 625	13 000	12 409	14 243	- 1 834
Nordrhein-Westfalen	299 912	162 808	137 104	282 588	135 359	147 229	17 324	27 449	- 10 125
Deutsche	137 027	21 335	115 692	153 605	26 486	127 119	- 16 578	- 5 151	- 11 427
Ausländer/-innen	162 885	141 473	21 412	128 983	108 873	20 110	33 902	32 600	1 302
Rheinland-Pfalz	97 050	32 971	64 079	94 211	27 286	66 925	2 839	5 685	- 2 846
Deutsche	61 381	5 747	55 634	65 485	7 562	57 923	- 4 104	- 1 815	- 2 289
Ausländer/-innen	35 669	27 224	8 445	28 726	19 724	9 002	6 943	7 500	- 557
Saarland	19 291	8 016	11 275	19 101	6 016	13 085	190	2 000	- 1 810
Deutsche	11 278	1 647	9 631	12 997	1 901	11 096	- 1 719	- 254	- 1 465
Ausländer/-innen	8 013	6 369	1 644	6 104	4 115	1 989	1 909	2 254	- 345
Sachsen	67 439	20 166	47 273	70 994	19 765	51 229	- 3 555	401	- 3 956
Deutsche	46 919	3 016	43 903	50 961	4 700	46 261	- 4 042	- 1 684	- 2 358
Ausländer/-innen	20 520	17 150	3 370	20 033	15 065	4 968	487	2 085	- 1 598
Sachsen-Anhalt	36 990	8 595	28 395	44 800	6 548	38 252	- 7 810	2 047	- 9 857
Deutsche	28 000	1 328	26 672	37 233	2 029	35 204	- 9 233	- 701	- 8 532
Ausländer/-innen	8 990	7 267	1 723	7 567	4 519	3 048	1 423	2 748	- 1 325
Schleswig-Holstein	76 032	15 542	60 490	65 209	12 763	52 446	10 823	2 779	8 044
Deutsche	59 067	3 375	55 692	52 162	4 120	48 042	6 905	- 745	7 650
Ausländer/-innen	16 965	12 167	4 798	13 047	8 643	4 404	3 918	3 524	394
Thüringen	35 469	8 113	27 356	41 210	6 310	34 900	- 5 741	1 803	- 7 544
Deutsche	27 190	1 557	25 633	34 676	2 446	32 230	- 7 486	- 889	- 6 597
Ausländer/-innen	8 279	6 556	1 723	6 534	3 864	2 670	1 745	2 692	- 947

1 Einschl. Herkunfts-/Zielgebiet „ungeklärt“ und „ohne Angabe“.

2 Die den Wanderungsdaten zugrunde liegenden Meldungen der Meldebehörden enthalten Melderegisterbereinigungen, die infolge der Einführung der persönlichen Steueridentifikationsnummer durchgeführt worden sind.

3 Der Saldo der Wanderungen ist aufgrund von Fehlbuchungen nicht ausgeglichen.

4 Einschl. der Wanderungsbewegung von Spätaussiedlern/Spätaussiedlerinnen der Gemeinde Friedland (Sekundärwanderungen).

2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

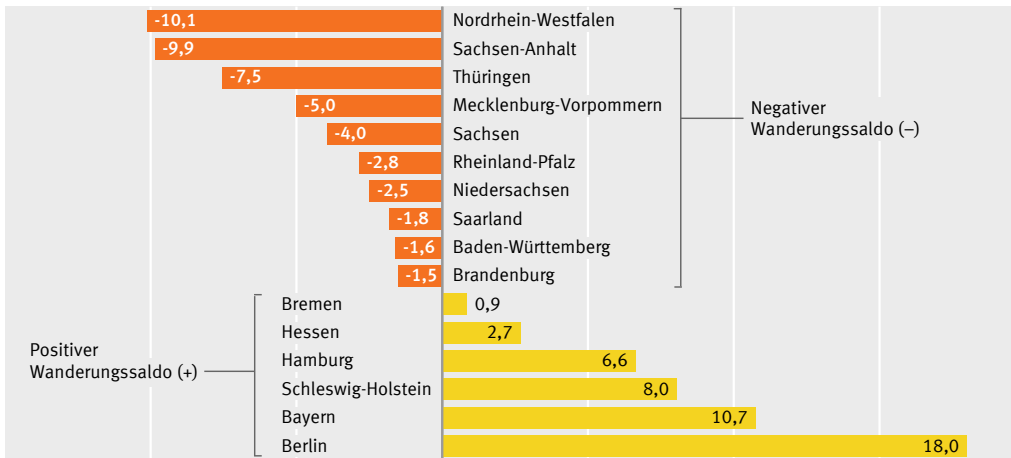
2.4 Wanderungen

2.4.2 Wanderungen zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern sowie von und nach Berlin

	Zuzüge aus dem früheren Bundesgebiet			Fortzüge in das frühere Bundesgebiet			Wanderungssaldo gegenüber dem früheren Bundesgebiet		
	zusammen	nach Berlin	in die neuen Länder	zusammen	aus Berlin	aus den neuen Ländern	zusammen	für Berlin	für die neuen Länder
1991 – 2010	2 596 474	799 989	1 796 485	3 700 045	739 137	2 960 908	- 1 103 571	60 852	- 1 164 423
1991 – 1999	1 127 008	319 171	807 837	1 667 007	323 948	1 343 059	- 539 999	- 4 777	- 535 222
2000	135 517	43 301	92 216	204 283	36 116	168 167	- 68 766	7 185	- 75 951
2001	138 748	44 334	94 414	230 202	38 223	191 979	- 91 454	6 111	- 97 565
2002	139 412	43 536	95 876	216 168	39 465	176 703	- 76 756	4 071	- 80 827
2003	137 517	40 482	97 035	195 216	39 829	155 387	- 57 699	653	- 58 352
2004	133 349	38 672	94 677	185 878	39 526	146 352	- 52 529	- 854	- 51 675
2005	127 996	39 784	88 212	175 088	37 900	137 188	- 47 092	1 884	- 48 976
2006	122 918	41 083	81 835	173 602	37 623	135 979	- 50 684	3 460	- 54 144
2007	127 336	44 008	83 328	176 116	37 983	138 133	- 48 780	6 025	- 54 805
2008	132 577	47 041	85 536	173 998	37 454	136 544	- 41 421	9 587	- 51 008
2009	137 908	49 766	88 142	156 416	35 955	120 461	- 18 508	13 811	- 32 319
2010	136 188	48 811	87 377	146 071	35 115	110 956	- 9 883	13 696	- 23 579

Wanderungssaldo der Bundesländer 2010

in 1 000



2012 - 01 - 0527

2.4 Wanderungen

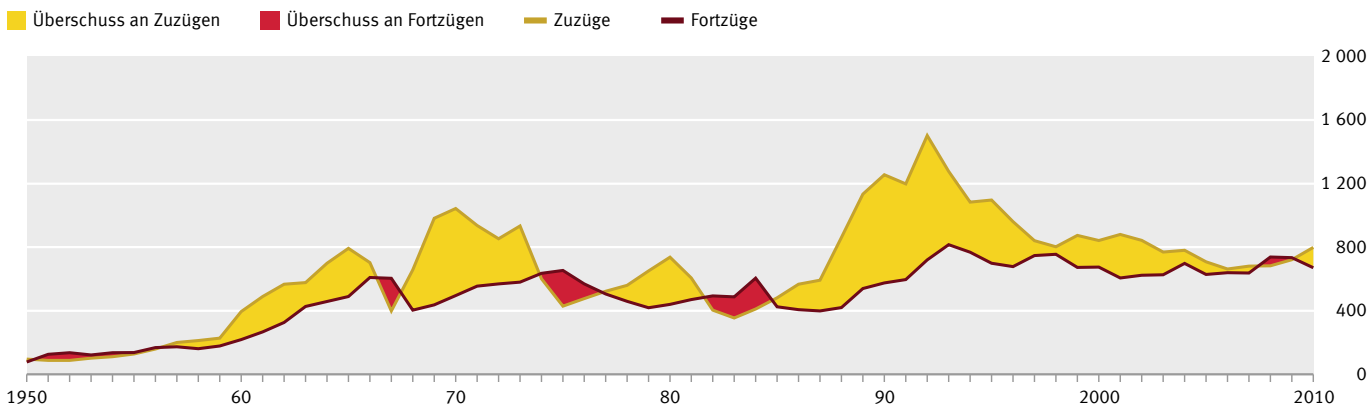
2.4.3 Wanderungen zwischen Deutschland und dem Ausland

	Zuzüge			Fortzüge		
	insgesamt ¹	davon aus		insgesamt ¹	davon in	
		europäischen Ländern	außereuropäischen Ländern		europäische Länder	außereuropäische Länder
	1 000					
2000	841,2	566,4	258,6	674,0	496,9	143,9
2001	879,1	583,6	280,8	606,5	444,9	137,4
2002	842,5	567,0	260,8	623,3	454,1	139,8
2003	769,0	520,3	225,6	626,3	434,9	143,6
2004 ¹²	780,2	530,0	199,1	697,6	479,5	155,3
2005	707,4	510,4	175,6	628,4	437,4	147,0
2006	661,9	479,8	163,3	639,1	439,6	148,9
2007	680,8	501,4	167,0	636,9	458,9	150,6
2008 ¹³	682,1	495,0	178,9	737,9	547,5	181,5
2009 ¹³	721,0	515,9	196,2	733,8	541,2	182,8
2010 ¹³	798,3	585,1	205,8	670,6	493,3	169,5
	je 1 000 Einwohner/-innen					
2000	10,2	6,9	3,1	8,2	6,0	1,7
2001	10,7	7,1	3,4	7,4	5,4	1,7
2002	10,2	6,9	3,2	7,6	5,5	1,7
2003	9,3	6,3	2,7	7,6	5,3	1,7
2004 ¹²	9,5	6,4	2,4	8,5	5,8	1,9
2005	8,6	6,2	2,1	7,6	5,3	1,8
2006	8,0	5,8	2,0	7,8	5,3	1,8
2007	8,3	6,1	2,0	7,7	5,6	1,8
2008 ¹³	8,3	6,0	2,2	9,0	6,7	2,2
2009 ¹³	8,8	6,3	2,4	9,0	6,6	2,2
2010 ¹³	9,8	7,2	2,5	8,2	6,0	2,1

- 1 Einschl. der Fälle, bei denen das Herkunfts- bzw. Zielland ungeklärt ist oder keine Angaben darüber vorliegen.
- 2 Überhöhte Außenwanderungsdaten deutscher Personen aufgrund von Korrekturen im Land Hessen.
- 3 Die den Wanderungsdaten zugrunde liegenden Meldungen der Meldebehörden enthalten Melderegisterbereinigungen, die infolge der Einführung der persönlichen Steueridentifikationsnummer durchgeführt worden sind.

Wanderungen zwischen Deutschland und dem Ausland

in 1 000



1950 bis 1956: Ohne Saarland.

Ab 1991: Deutschland. Zuvor früheres Bundesgebiet, einschl. Berlin-West sowie einschl. der Fälle, bei denen das Herkunfts- bzw. Zielland ungeklärt ist oder keine Angaben darüber vorliegen.

Ab 2008: Die den Wanderungsdaten zugrunde liegenden Meldungen der Meldebehörden enthalten Melderegisterbereinigungen, die infolge der Einführung der persönlichen Steueridentifikationsnummer durchgeführt worden sind.

2012 - 01 - 0528

2.4 Wanderungen

2.4.4 Wanderungen zwischen Deutschland und dem Ausland nach ausgewählten Herkunfts- und Zielländern 2010

	Zuzüge			Fortzüge ¹			Überschuss der Zu- (+) bzw. Fortzüge (-) ¹		
	insgesamt	Deutsche	Ausländer/ -innen	insgesamt	Deutsche	Ausländer/ -innen	insgesamt	Deutsche	Ausländer/ -innen
Insgesamt	798 282	114 752	683 530	670 605	141 000	529 605	127 677	- 26 248	153 925
Europa	585 112	74 002	511 110	493 319	93 698	399 621	91 793	- 19 696	111 489
EU-Länder	459 248	54 788	404 460	366 543	61 093	305 450	92 705	- 6 305	99 010
darunter:									
Belgien	4 934	1 937	2 997	4 523	2 283	2 240	411	- 346	757
Bulgarien	39 387	272	39 115	23 785	243	23 542	15 602	29	15 573
Dänemark	3 265	960	2 305	3 322	1 265	2 057	- 57	- 305	248
Finnland	2 185	273	1 912	2 191	401	1 790	- 6	- 128	122
Frankreich	20 266	6 124	14 142	18 691	6 559	12 132	1 575	- 435	2 010
Griechenland	13 717	1 194	12 523	12 641	1 159	11 482	1 076	35	1 041
Irland	2 319	833	1 486	2 011	861	1 150	308	- 28	336
Italien	27 188	2 668	24 520	24 268	2 806	21 462	2 920	- 138	3 058
Lettland	7 689	94	7 595	4 165	63	4 102	3 524	31	3 493
Litauen	6 143	136	6 007	3 713	111	3 602	2 430	25	2 405
Luxemburg	2 897	575	2 322	2 226	789	1 437	671	- 214	885
Niederlande	12 460	3 042	9 418	10 602	3 462	7 140	1 858	- 420	2 278
Österreich	17 859	6 537	11 322	19 889	10 831	9 058	- 2 030	- 4 294	2 264
Polen	125 861	11 135	114 726	103 237	9 434	93 803	22 624	1 701	20 923
Portugal	7 257	839	6 418	7 266	810	6 456	- 9	29	- 38
Rumänien	74 585	733	73 852	48 868	637	48 231	25 717	96	25 621
Schweden	3 600	1 048	2 552	4 053	1 668	2 385	- 453	- 620	167
Slowakei	8 613	179	8 434	7 328	155	7 173	1 285	24	1 261
Spanien	21 543	7 936	13 607	16 071	6 705	9 366	5 472	1 231	4 241
Tschechische Republik	7 190	661	6 529	6 067	880	5 187	1 123	- 219	1 342
Ungarn	30 015	795	29 220	21 330	905	20 425	8 685	- 110	8 795
Vereinigtes Königreich	16 565	6 426	10 139	17 259	8 530	8 729	- 694	- 2 104	1 410
Bosnien und Herzegowina	6 910	130	6 780	6 805	141	6 664	105	- 11	116
Kosovo	6 822	109	6 713	3 172	133	3 039	3 650	- 24	3 674
Kroatien	10 269	330	9 939	11 333	485	10 848	- 1 064	- 155	- 909
Mazedonien	7 561	63	7 498	3 879	54	3 825	3 682	9	3 673
Russische Föderation	18 671	3 351	15 320	13 466	2 530	10 936	5 205	821	4 384
Schweiz	14 945	9 997	4 948	27 386	22 034	5 352	- 12 441	- 12 037	- 404
Serbien	17 893	223	17 670	14 345	257	14 088	3 548	- 34	3 582
Türkei	30 171	3 220	26 951	36 033	4 735	31 298	- 5 862	- 1 515	- 4 347
Ukraine	6 695	546	6 149	4 545	315	4 230	2 150	231	1 919
Übriges Europa	9 637	1 636	8 001	8 849	2 457	6 392	788	- 821	1 609
Außereuropa	205 804	39 697	166 107	169 473	46 722	122 751	36 331	- 7 025	43 356
Afrika	30 664	5 149	25 515	21 748	5 025	16 723	8 916	124	8 792
Amerika	58 191	18 337	39 854	58 465	21 994	36 471	- 274	- 3 657	3 383
Brasilien	7 862	1 405	6 457	6 998	1 552	5 446	864	- 147	1 011
Kanada	5 106	2 124	2 982	6 312	3 318	2 994	- 1 206	- 1 194	- 12
Vereinigte Staaten	29 704	10 408	19 296	32 243	12 986	19 257	- 2 539	- 2 578	39
Übriges Amerika	15 519	4 400	11 119	12 912	4 138	8 774	2 607	262	2 345
Asien	110 265	12 784	97 481	81 549	14 880	66 669	28 716	- 2 096	30 812
Afghanistan	7 373	197	7 176	1 480	180	1 300	5 893	17	5 876
China ²	17 922	2 073	15 849	16 234	2 578	13 656	1 688	- 505	2 193
Indien	12 942	724	12 218	10 109	751	9 358	2 833	- 27	2 860
Irak	9 152	312	8 840	3 772	766	3 006	5 380	- 454	5 834
Übriges Asien	62 876	9 478	53 398	49 954	10 605	39 349	12 922	- 1 127	14 049
Australien und Ozeanien	6 684	3 427	3 257	7 711	4 823	2 888	- 1 027	- 1 396	369
Übrige und ohne Angabe	7 366	1 053	6 313	7 813	580	7 233	- 447	473	- 920

1 Die den Wanderungsdaten zugrunde liegenden Meldungen der Meldebehörden enthalten Melderegisterbereinigungen, die infolge der Einführung der persönlichen Steueridentifikationsnummer durchgeführt worden sind.

2 Ohne Taiwan.

2.4 Wanderungen

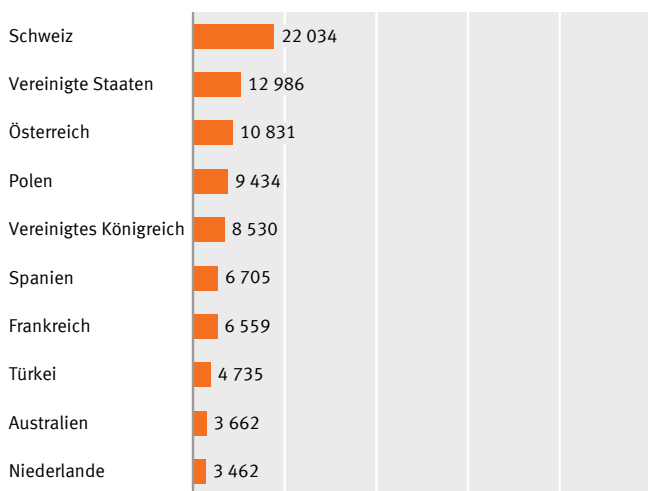
2.4.5 Wanderungen zwischen Deutschland und dem Ausland nach Altersgruppen und Geschlecht 2010

	Zuzüge			Fortzüge ¹			Überschuss der Zu- (+) bzw. Fortzüge (-) ¹		
	insgesamt	Deutsche	Ausländer/-innen	insgesamt	Deutsche	Ausländer/-innen	insgesamt	Deutsche	Ausländer/-innen
Anzahl									
Insgesamt	798 282	114 752	683 530	670 605	141 000	529 605	127 677	- 26 248	153 925
Männlich	475 575	64 388	411 187	406 556	75 443	331 113	69 019	- 11 055	80 074
Weiblich	322 707	50 364	272 343	264 049	65 557	198 492	58 658	- 15 193	73 851
im Alter von ... bis unter ... Jahren									
unter 18	91 209	25 044	66 165	60 589	27 839	32 750	30 620	- 2 795	33 415
18 - 25	178 705	15 256	163 449	113 107	15 539	97 568	65 598	- 283	65 881
25 - 30	135 001	13 959	121 042	109 512	22 087	87 425	25 489	- 8 128	33 617
30 - 50	304 353	40 770	263 583	279 275	52 917	226 358	25 078	- 12 147	37 225
50 - 65	72 758	14 274	58 484	77 927	15 231	62 696	- 5 169	- 957	- 4 212
65 und mehr	16 256	5 449	10 807	30 195	7 387	22 808	- 13 939	- 1 938	- 12 001
je 1 000 Einwohner/-innen²									
Insgesamt	9,8	1,4	8,4	8,2	1,7	6,5	1,6	- 0,3	1,9
Männlich	11,9	1,6	10,3	10,1	1,9	8,3	1,7	- 0,3	2,0
Weiblich	7,8	1,2	6,5	6,3	1,6	4,8	1,4	- 0,4	1,8
im Alter von ... bis unter ... Jahren									
unter 18	6,8	1,9	5,0	4,5	2,1	2,5	2,3	- 0,2	2,5
18 - 25	26,5	2,3	24,3	16,8	2,3	14,5	9,7	0,0	9,8
25 - 30	27,3	2,8	24,5	22,1	4,5	17,7	5,1	- 1,6	6,8
30 - 50	12,9	1,7	11,2	11,9	2,2	9,6	1,1	- 0,5	1,6
50 - 65	4,5	0,9	3,6	4,8	0,9	3,8	- 0,3	- 0,1	- 0,3
65 und mehr	1,0	0,3	0,6	1,8	0,4	1,4	- 0,8	- 0,1	- 0,7

1 Die den Wanderungsdaten zugrunde liegenden Meldungen der Meldebehörden enthalten Melderegisterbereinigungen, die infolge der Steueridentifikationsnummer durchgeführt worden sind. Die Ergebnisse sind daher nur eingeschränkt aussagefähig.

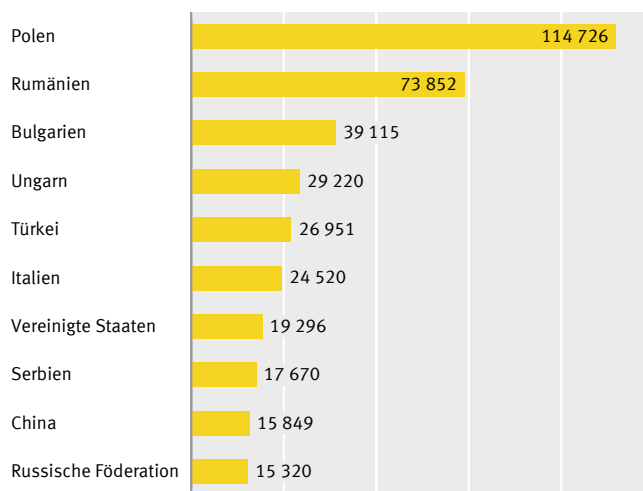
2 Bezogen auf jeweils 1 000 Einwohner/-innen der gleichen Altersgruppe bzw. des gleichen Geschlechts.

Top 10-Zielländer der ausgewanderten Deutschen 2010



2012 - 01 - 0529

Top 10-Herkunftsländer der zugewanderten Ausländerinnen und Ausländer 2010



2012 - 01 - 0530

2.5 Bevölkerungsvorausberechnung

2.5.1 Entwicklung der Bevölkerung Deutschlands bis 2060

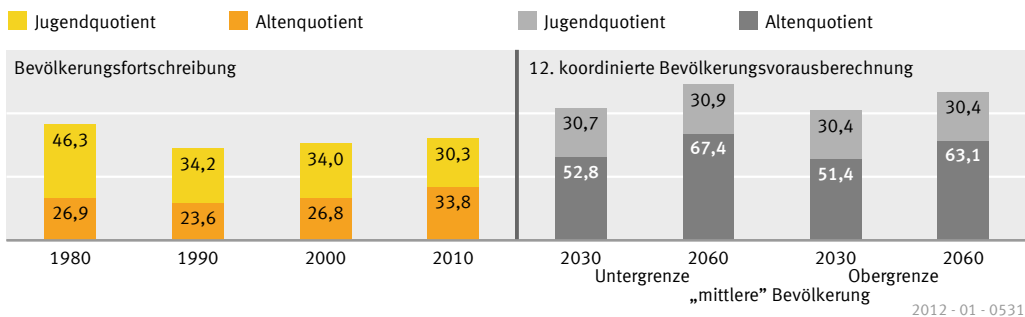
	Insgesamt	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren								
		unter 15	15 – 20	20 – 30	30 – 40	40 – 50	50 – 60	60 – 65	65 – 80	80 und mehr
Variante 1-W1 der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (Untergrenze der „mittleren“ Bevölkerung) ¹										
1 000										
2020	79 914	10 010	3 614	8 549	10 114	9 728	13 352	5 893	12 646	6 008
2030	77 350	9 554	3 372	7 473	8 818	10 115	9 549	6 194	15 857	6 417
2040	73 829	8 508	3 283	7 188	7 751	8 840	9 967	4 583	15 600	8 109
2050	69 412	7 817	2 884	6 784	7 471	7 789	8 743	4 935	12 766	10 223
2060	64 651	7 430	2 655	6 059	7 070	7 518	7 731	4 213	12 925	9 050
2008 = 100										
2020	97,5	89,9	80,7	86,5	98,0	69,7	118,4	139,4	99,8	147,9
2030	94,3	85,8	75,3	75,6	85,5	72,5	84,7	146,5	125,2	158,0
2040	90,0	76,4	73,3	72,7	75,1	63,4	88,4	108,4	123,1	199,7
2050	84,6	70,2	64,4	68,6	72,4	55,8	77,5	116,7	100,8	251,7
2060	78,8	66,7	59,3	61,3	68,5	53,9	68,5	99,6	102,0	222,8
Variante 1-W2 der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (Obergrenze der „mittleren“ Bevölkerung) ¹										
1 000										
2020	80 437	10 073	3 635	8 699	10 253	9 813	13 397	5 901	12 656	6 012
2030	79 025	9 808	3 421	7 776	9 281	10 433	9 734	6 241	15 902	6 429
2040	76 757	8 977	3 398	7 559	8 367	9 482	10 381	4 706	15 754	8 133
2050	73 608	8 403	3 077	7 306	8 154	8 583	9 475	5 185	13 134	10 291
2060	70 120	8 133	2 882	6 711	7 905	8 380	8 615	4 619	13 651	9 225
2008 = 100										
2020	98,1	90,4	81,1	88,0	99,4	70,4	118,8	139,5	99,9	148,0
2030	96,4	88,0	76,4	78,7	90,0	74,8	86,3	147,6	125,5	158,3
2040	93,6	80,6	75,9	76,5	81,1	68,0	92,0	111,3	124,4	200,3
2050	89,8	75,4	68,7	73,9	79,0	61,5	84,0	122,6	103,7	253,4
2060	85,5	73,0	64,3	67,9	76,6	60,1	76,4	109,2	107,8	227,1

Nähere Informationen hierzu siehe „Glossar“/„Methodik“ am Ende dieses Kapitels.

1 Geburtenhäufigkeit (zusammengefasste Geburtenziffer) annähernd konstant bei 1,4 (Kinder je Frau); Lebenserwartung im Jahr 2060 für neugeborene Jungen 85,0 Jahre bzw. für neugeborene

Mädchen 89,2 Jahre; jährlicher Wanderungssaldo 100 000 ab 2014 (für Variante 1-W1, Untergrenze der „mittleren“ Bevölkerung) bzw. 200 000 ab 2020 (für Variante 1-W2, Obergrenze der „mittleren“ Bevölkerung).

Entwicklung des Jugend- und Altenquotienten



Der **Jugendquotient** gibt die unter 20-Jährigen je 100 Personen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren an. Der **Altenquotient** drückt das Verhältnis der 65-Jährigen und Älteren je 100 Personen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren aus.

Die Annahmen der Varianten Untergrenze bzw. Obergrenze der „mittleren“ Bevölkerung beschreibt die Fußnote 1 der Tabelle 2.5.1.

2.5.2 Entwicklung der Privathaushalte bis 2030

	Insgesamt	Einpersonenhaushalte	Mehrpersonenhaushalte mit ... Personen			Durchschnittliche Haushaltsgröße
			2	3	4 und mehr	
1 000						
2015	40 700	16 687	14 419	4 765	4 828	1,99
2020	41 044	17 118	14 991	4 468	4 467	1,95
2025	41 144	17 486	15 337	4 143	4 177	1,91
2030	41 020	17 799	15 487	3 827	3 907	1,88
%						
2015	100,0	41,0	35,4	11,7	11,9	X
2020	100,0	41,7	36,5	10,9	10,9	X
2025	100,0	42,5	37,3	10,1	10,2	X
2030	100,0	43,4	37,8	9,3	9,5	X

Trendvariante. – Ergebnisse der Haushaltsvorausberechnung 2010. – Nähere Informationen hierzu siehe „Glossar“/„Methodik“ am Ende dieses Kapitels.

2.6 Familien, Kinder und Lebensformen

2.6.1 Privathaushalte nach Zahl der Personen, Ländern und Gemeindegrößenklassen

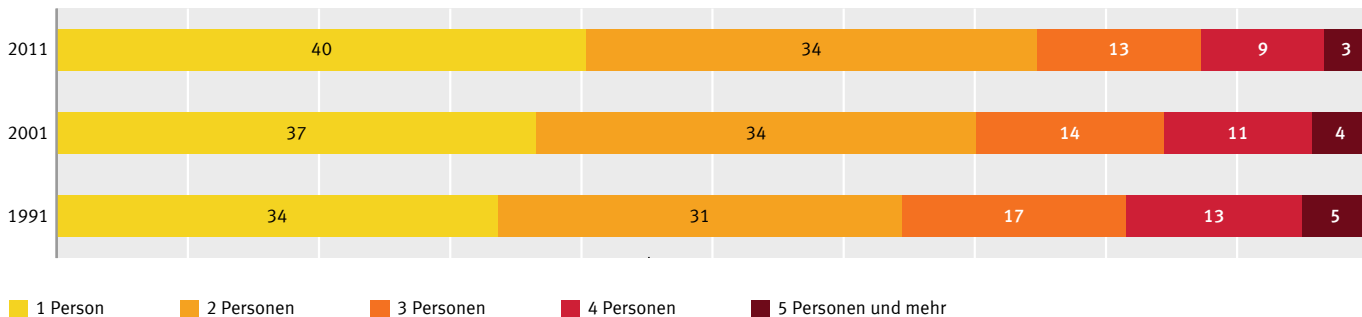
	Privathaushalte insgesamt		Einpersonenhaushalte	Mehrpersonen-	Haushaltsmitglieder	
	1 000	Veränderung gegen- über 1991 in %	% der Privathaushalte insgesamt	haushalte	insgesamt	je Haushalt
					1 000	Anzahl
April 1991	35 256	X	33,6	66,4	80 152	2,27
April 2001	38 456	9,1	36,6	63,4	82 575	2,15
2007 I ¹	39 722	12,7	38,7	61,3	82 375	2,07
2008	40 076	13,7	39,4	60,6	82 334	2,05
2009	40 188	14,0	39,8	60,2	82 049	2,04
2010	40 301	14,3	40,2	59,8	81 779	2,03
2011	40 439	14,7	40,4	59,6	81 721	2,02
2011 nach Ländern						
Deutschland	40 439	14,7	40,4	59,6	81 721	2,02
Baden-Württemberg	5 061	15,5	37,9	62,1	10 769	2,13
Bayern	6 098	22,1	40,1	59,9	12 642	2,07
Berlin	1 999	13,9	54,2	45,8	3 468	1,73
Brandenburg	1 266	21,9	37,8	62,2	2 496	1,97
Bremen	364	7,0	50,3	49,7	656	1,80
Hamburg	1 005	15,8	51,5	48,5	1 798	1,79
Hessen	2 966	15,6	39,1	60,9	6 108	2,06
Mecklenburg-Vorpommern	851	14,5	40,8	59,2	1 631	1,92
Niedersachsen	3 860	19,1	40,2	59,8	7 889	2,04
Nordrhein-Westfalen	8 660	12,0	39,2	60,8	17 778	2,05
Rheinland-Pfalz	1 888	16,5	35,3	64,7	4 004	2,12
Saarland	485	- 1,5	38,0	62,0	997	2,06
Sachsen	2 215	8,1	43,3	56,7	4 133	1,87
Sachsen-Anhalt	1 191	- 0,3	39,4	60,6	2 290	1,92
Schleswig-Holstein	1 407	18,8	39,0	61,0	2 856	2,03
Thüringen	1 123	6,5	38,4	61,6	2 208	1,97
2011 nach Gemeindegrößenklassen						
von ... bis unter ... Einwohner/-innen						
unter 5000	5 420	- 5,2	31,0	69,0	12 103	2,23
5 000 - 20 000	9 904	27,3	34,2	65,7	21 310	2,15
20 000 - 100 000	11 016	23,1	38,8	61,2	22 505	2,04
100 000 und mehr	14 099	10,1	49,5	50,5	25 804	1,83

Ergebnisse des Mikrozensus. – Bevölkerung in Privathaushalten am Haupt- und Nebenwohnsitz.

1 Die mit der Einführung der gleitenden Berichtswoche verbundenen methodischen Änderungen ab 2005 haben bislang zu Schwankungen in der Zahl der Haushalte, insbesondere der Einpersonenhaushalte sowie der Familien/Lebensformen geführt. Nähere Informationen hierzu siehe „Glossar“/„Methodik“ am Ende dieses Kapitels.

Privathaushalte nach Haushaltsgröße

in %



2.6 Familien, Kinder und Lebensformen

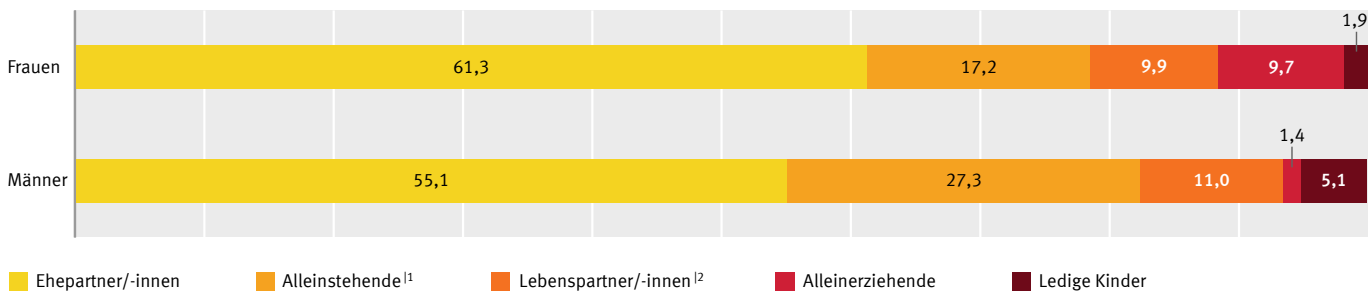
2.6.2 Privathaushalte nach Altersgruppen und Familienstand 2011

Alter von ... bis unter ... Jahren	Privathaushalte nach Familienstand						Darunter Einpersonenhaushalte nach Familienstand					
	insgesamt	ledig	verheiratet		geschieden	verwitwet	zusammen	ledig	verheiratet getrennt lebend		geschieden	verwitwet
			zusammen- lebend	getrennt lebend					geschieden	verwitwet		
1 000	% der Privathaushalte					1 000	% der Einpersonenhaushalte					
Insgesamt												
Insgesamt	40 439	28,9	43,8	3,5	11,3	12,4	16 337	49,2	5,8	17,8	27,2	
unter 25	2 013	95,3	3,8	0,7	0,2	0,1	1 349	99,4	0,4	0,1	0,0	
25 – 45	12 838	52,1	35,4	4,0	8,0	0,5	4 973	85,8	5,4	8,4	0,3	
45 – 65	14 321	16,8	55,1	4,6	18,3	5,3	4 467	40,5	10,4	37,5	11,6	
65 und mehr	11 266	6,1	46,3	2,0	8,2	37,4	5 547	11,3	3,7	14,7	70,3	
Haupteinkommensperson männlich												
unter 25	970	95,8	2,8	1,0	0,4	–	671	99,2	0,6	0,2	–	
25 – 45	4 109	60,8	17,1	6,4	14,5	1,2	1 792	86,8	4,5	8,1	0,7	
45 – 65	4 329	19,8	28,5	6,5	31,4	13,8	2 043	30,8	8,5	40,1	20,6	
65 und mehr	4 685	8,3	5,3	2,2	12,1	72,1	4 162	8,8	2,3	12,8	76,1	
Zusammen	14 093	33,1	15,7	4,7	17,9	28,6	8 668	37,1	4,1	17,3	41,5	
Haupteinkommensperson weiblich												
unter 25	1 043	94,9	4,7	0,4	0,0	0,0	678	99,6	0,4	0,0	0,0	
25 – 45	8 729	48,0	44,0	2,8	5,0	0,2	3 181	85,3	5,9	8,6	0,2	
45 – 65	9 993	15,5	66,5	3,7	12,6	1,6	2 424	48,6	11,9	35,4	4,1	
65 und mehr	6 581	4,6	75,6	1,8	5,3	12,7	1 385	19,0	7,7	20,4	52,9	
Zusammen	26 346	26,7	58,9	2,8	7,8	3,8	7 669	63,0	7,7	18,4	10,9	

Ergebnisse des Mikrozensus. – Bevölkerung in Privathaushalten am Haupt- und Nebenwohnsitz.

Frauen und Männer nach Lebensformen 2011

27- bis 59-jährige, in %



■ Ehepartner/-innen

■ Alleinstehende¹

■ Lebenspartner/-innen²

■ Alleinerziehende

■ Ledige Kinder

1 In Einpersonens- und Mehrpersonenhaushalten.

2 In nichtehelichen (gemischtgeschlechtlichen) und gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften.

2012 - 01 - 0534

2.6 Familien, Kinder und Lebensformen
 2.6.3 Familien, Paare ohne Kinder und Alleinstehende

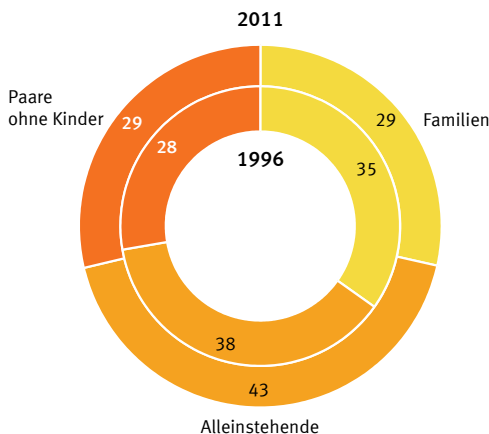
Der Begriff der Familie umfasst im Mikrozensus alle Eltern-Kind-Gemeinschaften, d. h. Ehepaare, nichteheliche (gemischtgeschlechtliche) und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften sowie allein-erziehende Mütter und Väter mit ledigen Kindern im Haushalt. Einbezogen sind in diesem Familienbegriff – neben leiblichen Kindern – auch Stief-, Pflege- und Adoptivkinder ohne Altersbegrenzung.

	Familien insgesamt					Paare ohne Kinder insgesamt				Alleinstehende	
	Ehepaare	Lebensgemeinschaften		Alleinerziehende		Ehepaare	Lebensgemeinschaften		insgesamt	darunter Frauen	
		gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften	nichteheliche Lebensgemeinschaften				gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften	nichteheliche Lebensgemeinschaften			
1 000	% der Familien insgesamt				1 000	% der Paare ohne Kinder insgesamt			1 000	%	
Deutschland											
April 1996	13 155	79,1	/	3,8	17,0	10 510	87,4	0,3	12,3	14 219	60,6
April 2001	12 672	76,2	/	5,2	18,6	11 244	86,3	0,4	13,3	14 995	58,1
2007 ^{1,2}	12 283	72,3	/	6,2	21,4	11 516	85,2	0,6	14,3	16 470	54,5
2008	12 115	71,4	/	6,5	22,0	11 592	84,6	0,6	14,8	16 920	54,1
2009	11 913	71,1	/	6,7	22,1	11 715	84,0	0,5	15,5	17 059	53,7
2010	11 774	70,6	/	6,8	22,5	11 698	84,2	0,5	15,3	17 442	53,4
2011	11 710	69,8	/	7,2	22,9	11 783	83,5	0,5	16,0	17 607	53,2
Früheres Bundesgebiet¹											
April 1996	10 156	81,2	/	2,6	16,1	8 266	87,2	0,4	12,4	11 327	75,9
April 2001	9 953	78,8	/	3,7	17,4	8 855	86,3	0,3	13,4	11 679	60,3
2007 ^{1,2}	9 902	75,3	/	4,7	20,0	9 003	84,8	0,6	14,6	12 643	55,1
2008	9 789	74,3	/	4,9	20,7	9 046	84,3	0,6	15,1	13 045	54,6
2009	9 666	74,1	/	5,1	20,8	9 114	83,7	0,5	15,7	13 142	54,2
2010	9 583	73,5	/	5,2	21,3	9 077	84,1	0,5	15,4	13 486	53,9
2011	9 560	72,7	/	5,5	21,8	9 151	83,4	0,6	16,0	13 598	53,6
Neue Länder und Berlin											
April 1996	2 999	72,1	/	8,0	19,9	2 244	87,9	0,2	11,9	2 891	61,7
April 2001	2 719	66,6	/	10,4	23,0	2 388	86,4	0,4	13,2	3 316	57,4
2007 ^{1,2}	2 381	60,1	/	12,5	27,3	2 513	86,3	0,6	13,2	3 827	52,5
2008	2 326	59,4	/	13,2	27,4	2 546	85,7	0,5	13,7	3 875	52,3
2009	2 247	58,4	/	13,7	27,9	2 601	85,0	0,4	14,6	3 917	51,7
2010	2 191	58,0	/	13,7	28,2	2 621	84,8	0,4	14,8	3 956	51,8
2011	2 150	57,0	/	15,1	27,9	2 632	83,7	0,5	15,8	4 009	52,0

Ergebnisse des Mikrozensus. – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

- 1 Ohne Angaben für Berlin-West.
- 2 Die mit der Einführung der gleitenden Berichtswoche verbundenen methodischen Änderungen ab 2005 haben bislang zu Schwankungen in der Zahl der Haushalte, insbesondere der Einpersonenhaushalte sowie der Familien/Lebensformen geführt.

Familien, Paare ohne Kinder und Alleinstehende in %



2012 - 01 - 0533

2.6 Familien, Kinder und Lebensformen

2.6.4 Eheschließungen

	Eheschließungen	
	Anzahl	je 1 000 Einwohner/-innen
1950	750 452	11,0
1960	689 028	9,5
1970	575 233	7,4
1980	496 603	6,3
1990	516 388	6,5
2000	418 550	5,1
2005	388 451	4,7
2010	382 047	4,7
2010 nach Ländern		
Baden-Württemberg	48 927	4,6
Bayern	59 092	4,7
Berlin	12 394	3,6
Brandenburg	12 585	5,0
Bremen	2 978	4,5
Hamburg	7 452	4,2
Hessen	27 483	4,5
Mecklenburg-Vorpommern	10 751	6,5
Niedersachsen	38 373	4,8
Nordrhein-Westfalen	81 662	4,6
Rheinland-Pfalz	20 172	5,0
Saarland	4 804	4,7
Sachsen	18 391	4,4
Sachsen-Anhalt	10 453	4,5
Schleswig-Holstein	16 456	5,8
Thüringen	10 074	4,5

2.6.5 Eheschließende nach dem bisherigen Familienstand sowie Heiratsziffern Lediger

Alter von ... bis unter ... Jahren	Eheschließende 2010					Heiratsziffern Lediger		
	insgesamt	darunter Ausländer/-innen	Familienstand vor der Eheschließung			2000	2009	2010
			ledig	verwitwet ¹	geschieden ²			
Anzahl	Eheschließende Ledige je 1 000 Ledige gleichen Alters							
Männer								
Insgesamt	382 047	26 598	282 347	6 332	93 368	X	X	X
dar. Ausländer	26 598	X	20 658	221	5 719	X	X	X
unter 20	963	236	962	–	1	1	1	0
20 – 25	25 606	3 973	25 429	1	176	19	11	10
25 – 30	84 151	7 449	82 146	9	1996	50	38	39
30 – 35	88 357	6 235	82 145	51	6161	57	54	55
35 – 40	56 998	3 772	45 701	131	11 166	38	38	39
40 – 45	43 119	1 980	25 433	306	17 380	22	22	22
45 – 50	31 670	1 132	11 466	513	19 691	14	13	13
50 – 55	21 305	751	5 018	703	15 584	10	10	10
55 – 60	13 623	443	2 299	940	10 384	6	7	7
60 und mehr	16 255	627	1 748	3 678	10 829	0	0	0
Frauen								
Insgesamt	382 047	32 190	283 742	4 098	94 207	X	X	X
dar. Ausländerinnen ..	32 190	X	23 411	573	8 206	X	X	X
unter 20	5 224	1 012	5 219	–	5	7	3	3
20 – 25	52 804	6 252	52 041	15	748	40	24	23
25 – 30	109 357	8 671	104 044	86	5 227	76	60	60
30 – 35	79 943	6 979	69 121	147	10 675	64	62	63
35 – 40	42 126	3 980	28 206	290	13 630	36	34	35
40 – 45	31 892	2 189	13 291	507	18 094	21	17	17
45 – 50	26 551	1 351	6 444	679	19 428	13	12	12
50 – 55	17 185	926	3 109	743	13 333	9	10	10
55 – 60	9 221	497	1 390	565	7 266	5	7	7
60 und mehr	7 744	333	877	1 066	5 801	0	0	0

1 Einschl. Personen, deren frühere(r) Ehegatte/-gattin für tot erklärt worden ist.
2 Einschl. „Frühere Ehe aufgehoben“.

2.6 Familien, Kinder und Lebensformen

2.6.6 Durchschnittliches Heiratsalter

	Durchschnittliches Heiratsalter in Jahren							
	Männer				Frauen			
	insgesamt	Familienstand vor der Eheschließung			insgesamt	Familienstand vor der Eheschließung		
		ledig	verwitwet	geschieden		ledig	verwitwet	geschieden
1985	29,8	26,6	56,9	38,9	26,7	24,1	48,3	35,6
1990	31,1	27,9	56,9	40,5	28,2	25,5	47,3	37,0
1995	33,2	29,7	59,3	43,0	30,3	27,3	48,9	39,3
2000	35,0	31,2	60,8	44,4	31,9	28,4	50,2	40,8
2005	36,5	32,6	61,3	45,8	33,3	29,6	50,9	42,4
2010	37,3	33,2	62,6	48,0	34,1	30,3	52,9	44,7

2.6.7 Gerichtliche Ehelösungen

Gerichtliche Ehelösungen umfassen Ehescheidungen und Fälle, bei denen die Ehe aufgehoben wurde.

Die Nichtigkeit der Ehe bezeichnet die Ungültigkeit einer Eheschließung. Wird eine Ehe für nichtig erklärt, ist in der Folge so zu verfahren, als ob diese Ehe niemals bestanden hätte.

Die Aufhebung der Ehe bezeichnet die gerichtlich verfügte Beendigung einer Ehe aufgrund fehlerhafter Eheschließung.

	Rechtskräftige Urteile auf Ehelösungen									Nichtigkeit der Ehe ¹⁶	Aufhebung der Ehe	Abweisung der Klage
	insgesamt	Ehescheidungen						aufgrund anderer Vorschriften ¹⁵				
		zusammen	je 1 000		davon Entscheidung in der Ehesache							
			Einwohner/-innen	bestehende Ehen ¹¹	nach BGB: Scheidung . . .							
				vor einjähriger Trennung ¹²	nach einjähriger Trennung ¹³	nach dreijähriger Trennung ¹⁴						
1996	176 203	175 550	2,1	9,0	3 227	157 107	14 395	821	39	614	283	
1997	188 483	187 802	2,3	9,9	2 931	167 782	16 284	805	54	627	309	
1998	192 954	192 416	2,4	10,2	2 976	171 133	17 358	949	50	488	289	
1999	190 760	190 590	2,3	9,9	2 916	168 641	18 112	921	X	170	267	
2000	194 630	194 408	2,4	10,1	3 527	171 668	18 316	897	X	222	254	
2001	197 750	197 498	2,4	10,3	3 390	175 272	17 856	980	X	252	293	
2002	204 606	204 214	2,5	10,8	3 072	182 225	17 889	1 028	X	392	286	
2003	214 274	213 975	2,6	11,4	3 950	186 618	22 169	1 238	X	299	322	
2004	214 062	213 691	2,6	11,5	4 260	184 004	24 402	1 025	X	371	309	
2005	202 072	201 693	2,5	10,9	4 013	172 308	24 320	1 052	X	379	323	
2006	191 209	190 928	2,3	10,4	3 311	161 543	25 055	1 019	X	281	393	
2007	187 321	187 072	2,3	10,3	2 971	157 537	25 556	1 008	X	249	350	
2008	192 148	191 948	2,3	10,6	3 054	162 450	25 160	1 284	X	200	393	
2009 ¹⁷	186 039	185 817	2,3	10,4	3 265	153 830	27 536	1 186	X	222	307	
2010	187 248	187 027	2,3	10,6	3 093	151 108	31 589	1 237	X	221	338	

1 Jeweils bezogen auf die verheirateten Frauen am Jahresanfang.

2 § 1565 Abs. 1 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) in Verbindung mit § 1565 Abs. 2 BGB.

3 § 1565 Abs. 1 BGB.

4 § 1565 Abs. 1 BGB in Verbindung mit § 1566 Abs. 2 BGB.

5 U. a. ausländische Vorschriften.

6 War bis 30.6.1998 im deutschen Rechtsbereich durch gerichtlichen Entscheid möglich, der vorherige Familienstand lebte wieder auf.

7 Bei einer Untererfassung in Bayern von schätzungsweise 1 900 Fällen.

2.6 Familien, Kinder und Lebensformen

2.6.8 Geschiedene Ehen nach Ehedauer, Antragstellung und Kinderzahl 2010

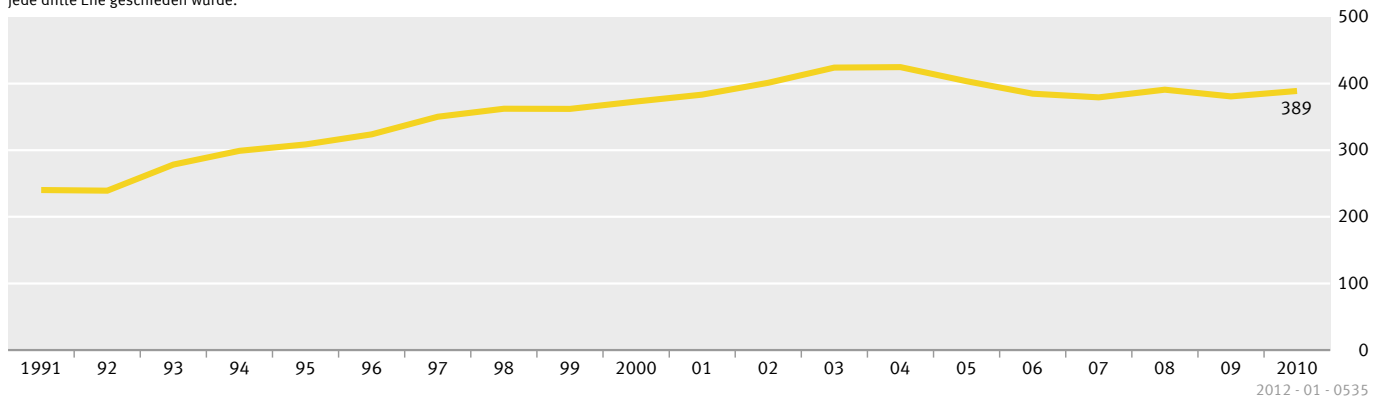
Ehedauer in Jahren ¹⁾	Geschiedene Ehen					Davon			
	insgesamt	davon Antragsteller/-in			je 1 000 geschlossene Ehen	ohne	mit		
		Mann	Frau	beide			1	2	3 und mehr
						minderjährige(n) Kind(er/n) ²⁾			
Insgesamt	187 027	72 701	98 973	15 353	389,0 ³⁾	95 572	49 089	33 539	8 827
0	47	19	20	8	0,1	43	4	-	-
1	1 261	460	693	108	3,3	1 049	176	33	3
2	5 641	1 953	3 259	429	15,0	4 230	1 148	226	37
3	8 550	3 043	4 811	696	23,2	5 835	2 163	461	91
4	9 112	3 234	5 152	726	24,4	5 785	2 595	624	108
5	10 331	3 751	5 758	822	26,6	6 174	2 985	999	173
6	10 518	3 888	5 800	830	26,6	5 938	3 119	1 228	233
7	9 946	3 652	5 524	770	26,0	5 367	2 867	1 460	252
8	9 342	3 399	5 164	779	23,8	4 533	2 846	1 628	335
9	8 423	3 113	4 613	697	21,6	3 670	2 584	1 781	388
10	8 138	3 114	4 352	672	19,4	3 273	2 451	1 985	429
11	7 776	2 964	4 148	664	18,1	2 818	2 402	2 089	467
12	6 905	2 596	3 759	550	16,5	2 325	2 071	2 011	498
13	6 575	2 560	3 439	576	15,6	2 020	1 946	2 061	548
14	6 252	2 410	3 279	563	14,6	1 797	1 778	2 111	566
15	6 006	2 439	3 022	545	14,0	1 581	1 795	2 017	613
16 bis 20	26 953	10 938	13 732	2 283	58,6	7 347	7 733	8 982	2 891
21 bis 25	21 701	8 911	11 030	1 760	41,7	11 625	6 035	3 099	942
26 und mehr	23 550	10 257	11 418	1 875	.	20 162	2 391	744	253
nachrichtlich:									
Früheres Bundesgebiet ⁴⁾ ..	162 701	63 550	85 424	13 727	400,0	81 620	42 555	30 386	8 140
Neue Länder	24 326	9 151	13 549	1 626	328,8	13 952	6 534	3 153	687

1 Ermittelt als Differenz zwischen Eheschließungsjahr und Berichtsjahr; z. B. 2010: Ehedauer 0 = Eheschließung 2010, Ehedauer 1 = Eheschließung 2009 usw.
 2 Im Zeitpunkt der Urteilsverkündung.

3 Summe der 2010 geschiedenen Ehen, die eine Ehedauer von 0 bis 25 Jahren verzeichneten, bezogen auf jeweils 1 000 geschlossene Ehen gleicher Ehedauer.
 4 Einschl. der Angaben für Gesamt-Berlin.

Zusammengefasste ehedauerspezifische Scheidungsziffer

Die **ehedauerspezifische Scheidungsziffer** wird zur Beurteilung des Scheidungsrisikos in Abhängigkeit von der Ehedauer herangezogen. Sie gibt die Anzahl der im Berichtsjahr geschiedenen Ehen eines Eheschließungsjahrgangs je 1 000 geschlossene Ehen desselben Jahrgangs an. Werden für ein Kalenderjahr die ehedauerspezifischen Scheidungsziffern für 25 Eheschließungsjahrgänge addiert, ergibt dies die **zusammengefasste ehedauerspezifische Scheidungsziffer**. Diese erreichte 2010 einen Wert von 389 bzw. 39 %. Dies bedeutet, dass unter den Scheidungsverhältnissen von 2010 mehr als jede dritte Ehe geschieden wurde.



2.6 Familien, Kinder und Lebensformen

2.6.9 Ehescheidungen im Zeitvergleich

Die **ehedauerspezifische Scheidungsziffer** wird zur Beurteilung des Scheidungsrisikos in Abhängigkeit von der Ehedauer herangezogen. Sie gibt die Anzahl der im Berichtsjahr geschiedenen Ehen eines Eheschließungsjahrgangs je 1 000 geschlossene Ehen desselben Jahrgangs an. Werden für ein Kalenderjahr die ehedauerspezifischen Scheidungsziffern für 25 Eheschließungsjahrgänge addiert, ergibt dies die **zusammengefasste ehedauerspezifische Scheidungsziffer**. Diese erreichte 2010 einen Wert von 389 bzw. 39 %. Dies bedeutet, dass unter den Scheidungsverhältnissen von 2010 mehr als jede dritte Ehe geschieden wurde.

	Ehescheidungen		Durchschnittliches Alter Geschiedener ¹		Durchschnittliche Ehedauer bis zur Scheidung	Zusammengefasste ehedauerspezifische Scheidungsziffer
	je 1 000 Einwohner/-innen	je 1 000 bestehende Ehen ²	Männer	Frauen		
Deutschland						
1991	1,7	7,1	39,1	36,2	11,7	240,1
1993	1,9	8,0	39,2	36,3	11,6	278,4
1995	2,1	8,7	39,5	36,8	12,1	308,6
1997	2,3	9,9	40,1	37,4	12,4	350,4
1999	2,3	9,9	40,9	38,2	12,8	362,1
2001	2,4	10,3	41,4	38,7	12,9	383,6
2003	2,6	11,4	42,0	39,3	13,1	424,1
2005	2,5	10,9	43,0	40,3	13,6	403,7
2007	2,3	10,3	43,7	40,9	13,9	379,4
2008	2,3	10,6	44,2	41,4	14,1	391,0
2009 ³	2,3	10,4	44,5	41,7	14,3	380,9
2010	2,3	10,6	44,7	41,8	14,2	389,0
Früheres Bundesgebiet⁴						
1991	2,0	8,3	39,3	36,4	11,9	302,3
1993	2,1	8,8	39,6	36,7	11,9	325,3
1995	2,2	9,2	39,8	37,0	12,2	340,5
1997	2,4	10,4	40,3	37,5	12,3	373,2
1999	2,4	10,2	41,0	38,2	12,5	375,6
2001	2,5	10,7	41,4	38,7	12,6	395,1
2003	2,7	11,8	41,9	39,2	12,8	436,1
2005	2,5	11,2	42,9	40,2	13,2	413,7
2007	2,3	10,6	43,6	40,8	13,6	389,5
2008	2,4	11,0	44,1	41,2	13,8	402,2
2009 ³	2,3	10,7	44,4	41,6	14,0	389,9
2010	2,4	11,1	44,6	41,7	13,9	400,0
Neue Länder und Berlin-Ost⁵						
1991	0,6	2,3	36,1	33,6	9,5	63,9
1993	1,2	4,8	36,1	33,5	9,9	140,7
1995	1,5	6,2	37,7	35,0	11,6	193,0
1997	1,9	7,8	39,2	36,6	13,0	257,1
1999	2,1	8,6	40,5	38,0	14,0	303,6
2001	2,1	8,9	41,5	39,0	14,7	331,8
2003	2,2	9,5	42,3	39,8	14,9	370,9
2005	2,1	9,1	43,4	40,9	15,6	355,8
2007	1,9	8,4	44,3	41,8	16,0	327,0
2008	1,9	8,5	44,8	42,2	16,2	330,3
2009	2,0	8,6	45,1	42,5	16,1	334,8
2010	1,9	8,5	45,0	42,4	15,8	328,8

1 Bis 1981 nach Geburts-, ab 1982 nach Altersjahren.

2 Jeweils bezogen auf die Zahl der verheirateten Frauen (am Jahresanfang).

3 Im Zusammenhang mit der vollständigen Neufassung der Anordnung über die Erhebung von statistischen Daten in Familiensachen zum 1.9.2009 im Zuge des FGG-Reformgesetzes und der Umstellung des Geschäftsstellenautomationssystems bei den meldenden Berichtsstellen ist in der Ehelösungsstatistik für das Jahr 2009 in Bayern von einer Untererfassung von schätzungsweise 1 900 Fällen auszugehen.

4 Ab 1995 einschl. Berlin-Ost.

5 Ab 1995 ohne Berlin-Ost.

2.6 Familien, Kinder und Lebensformen

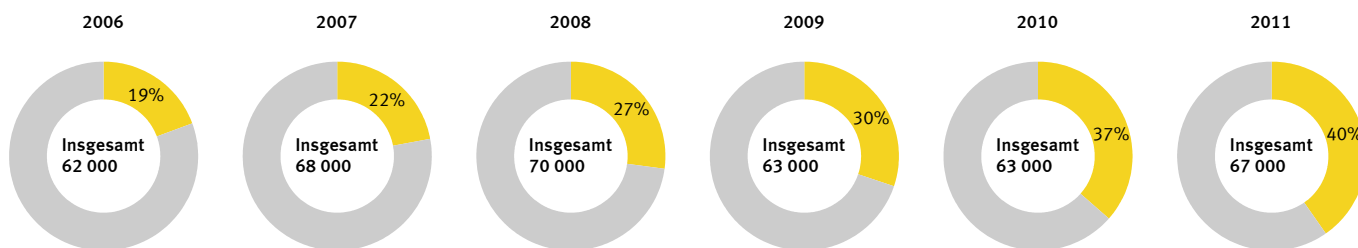
2.6.10 Gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften

	Gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften			Darunter eingetragene Lebenspartnerschaften		
	insgesamt	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen
	1 000	%		1 000	%	
April 1996	38	60,5	39,5	-	-	-
April 1998	44	56,8	43,2	-	-	-
Mai 2000	47	57,4	42,6	-	-	-
April 2002	53	58,5	41,5	-	-	-
März 2004	56	53,6	46,4	-	-	-
2006	62	62,9	37,1	12	66,7	33,3
2007	68	64,7	35,3	15	66,7	33,3
2008	70	65,7	33,3	19	73,7	26,3
2009	63	58,7	34,3	19	63,2	36,8
2010	63	57,1	42,9	23	56,5	43,5
2011	67	59,7	40,3	27	59,3	40,7

Ergebnisse des Mikrozensus. – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz. – Die Beantwortung der Frage nach einem Lebenspartner/einer Lebenspartnerin im Haushalt ist freiwillig. Die Angaben dürften daher als untere Grenze interpretiert werden.

Eingetragene Lebenspartnerschaften

Anteil an allen gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften

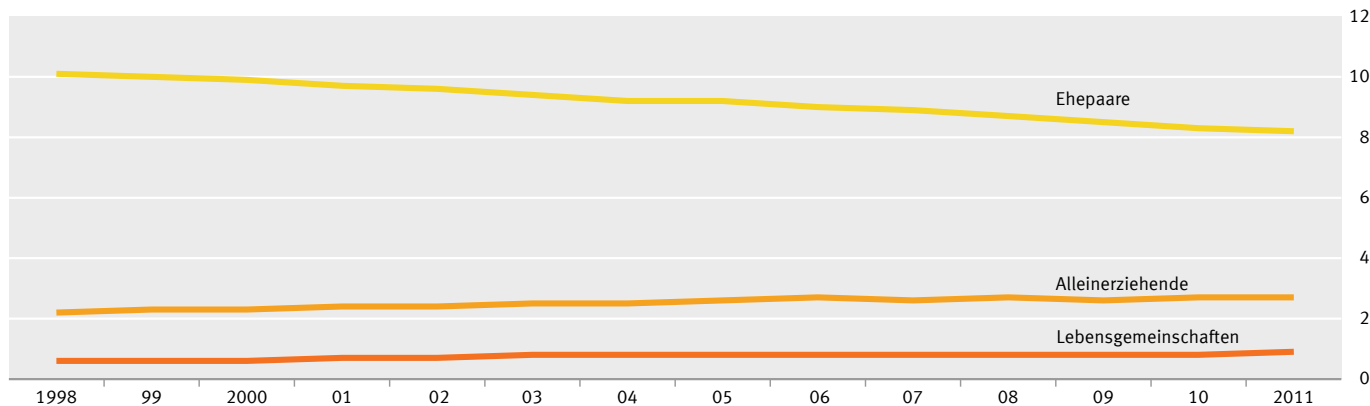


Ergebnisse des Mikrozensus.

2012 - 01 - 0536

Familienformen

in Mill.



Ergebnisse des Mikrozensus. – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

2012 - 01 - 0537

2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

2.6 Familien, Kinder und Lebensformen

2.6.11 Familien nach Familienform und Zahl der Kinder in der Familie

	Familien mit ... Kind(ern) ohne Altersbegrenzung						Darunter Familien mit ... Kind(ern) unter 18 Jahren					Minderjährige Kinder	
	insgesamt	Veränderung gegenüber 1996	1	2	3	4 und mehr	zusammen	1	2	3	4 und mehr	1 000	je Familie
	1 000	%	% der Familien insgesamt				1 000	% der Familien mit minderjährigen Kindern					
April 1996													
Insgesamt	13 155	–	50,6	37,1	9,4	2,9	9 429	40,0	44,0	12,2	3,8	15 604	1,65
davon:													
Ehepaare	10 408	–	45,8	40,5	10,6	3,2	7 673	35,4	47,0	13,4	4,2	13 096	1,71
Lebensgemeinschaften ..	511	–	65,8	26,0	6,1	2,2	452	63,3	27,7	6,6	2,4	650	1,44
Alleinerziehende	2 236	–	69,6	23,9	5,0	1,5	1 304	58,5	31,6	7,4	2,4	1 859	1,43
2011													
Insgesamt	11 710	– 11,0	52,5	35,9	9,1	2,5	8 081	53,3	36,0	8,5	2,1	12 955	1,60
davon:													
Ehepaare	8 172	– 21,5	45,5	40,7	10,8	2,9	5 750	47,1	40,4	10,0	2,5	9 703	1,69
Lebensgemeinschaften ..	853	66,9	66,5	26,5	5,3	1,7	743	68,2	25,6	4,8	1,4	1 040	1,40
Alleinerziehende	2 685	20,1	69,1	24,3	5,2	1,4	1 588	68,7	25,1	4,9	1,3	2 212	1,39

Ergebnisse des Mikrozensus. – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz.

2.6.12 Minderjährige Kinder nach Familienform

	Deutschland		Früheres Bundesgebiet		Neue Länder einschl. Berlin	
	2011	2001	2011	2001	2011	2001
	1 000					
Insgesamt	12 955	15 090	10 834	12 271	2 122	2 819
davon:						
Ehepaare	9 703	12 153	8 483	10 258	1 220	1 895
Lebensgemeinschaften ..	1 040	821	640	468	400	352
Alleinerziehende	2 212	2 116	1 711	1 544	501	572
%						
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
davon:						
Ehepaare	74,9	80,5	78,3	83,6	57,5	67,2
Lebensgemeinschaften ..	8,0	5,4	5,9	3,8	18,9	12,5
Alleinerziehende	17,1	14,0	15,8	12,6	23,6	20,3

Ergebnisse des Mikrozensus. – Bevölkerung in Privathaushalten am Haupt- und Nebenwohnsitz. – Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt.

2.6.13 Familien mit minderjährigen Kindern

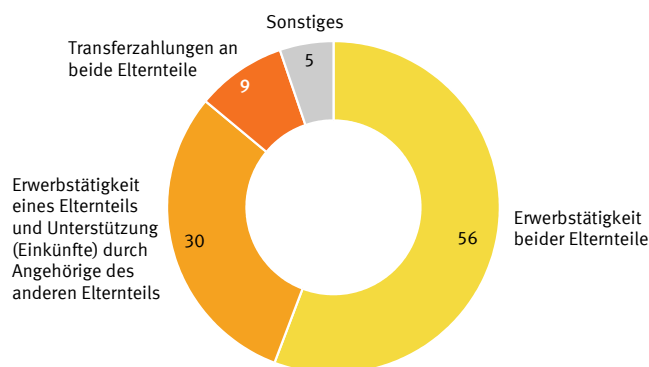
	Familien mit minderjährigen Kindern					
	insgesamt	ohne Migrationshintergrund	mit Migrationshintergrund	insgesamt	ohne Migrationshintergrund	mit Migrationshintergrund
	1 000			%		
Insgesamt	8 080	5 718	2 362	100,0	100,0	100,0
1 Kind	3 368	2 497	871	41,7	43,7	36,9
2 Kinder	3 446	2 456	990	42,7	43,0	41,9
3 Kinder und mehr	1 265	765	501	15,7	13,4	21,2

Ergebnisse des Mikrozensus. – Bevölkerung in Privathaushalten am Haupt- und Nebenwohnsitz.

2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen
 2.6 Familien, Kinder und Lebensformen
 2.6.14 Minderjährige Kinder in Paarfamilien nach Erwerbsbeteiligung der Eltern

	2011		
	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder einschl. Berlin
	%		
Insgesamt	100,0	100,0	100,0
Beide Elternteile aktiv erwerbstätig	51,8	51,2	55,2
1 Elternteil aktiv erwerbstätig	37,5	38,4	32,1
Kein Elternteil aktiv erwerbstätig	10,8	10,4	12,7
Beide Elternteile aktiv erwerbstätig	100,0	100,0	100,0
1 Elternteil vollzeittätig und 1 Elternteil teilzeittätig	74,2	79,5	46,4
Beide Elternteile vollzeittätig	22,5	17,2	50,1
Beide Elternteile teilzeittätig	3,3	3,3	3,5
1 Elternteil aktiv erwerbstätig	100,0	100,0	100,0
Elternteil vollzeittätig	86,1	86,7	81,6
Elternteil teilzeittätig	13,9	13,3	18,4

Minderjährige Kinder in Paarfamilien nach überwiegendem Lebensunterhalt der Eltern 2011 in %



Ergebnisse des Mikrozensus. – Bevölkerung in Privathaushalten am Haupt- und Nebenwohnsitz. – Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt.

2012 - 01 - 0538

2.6.15 Kindertageseinrichtungen am 1.3.2011

	Tageseinrichtungen				Davon				Kinder in Tageseinrichtungen		Davon		Pädagogisches Personal (ohne Leitung und Verwaltung)		Davon		
	insgesamt	Veränderung gegenüber 2007	öffentliche Träger	freie Träger	insgesamt	Veränderung gegenüber 2007	öffentliche Träger	freie Träger	insgesamt	Veränderung gegenüber 2007	öffentliche Träger	freie Träger	insgesamt	Veränderung gegenüber 2007	öffentliche Träger	freie Träger	
																	Anzahl
Tageseinrichtungen für Kinder im Alter von . . . bis unter . . . Jahren																	
0 – 3	1 486	86,2	16,2	83,8	27 195	85,9	21,0	79,0	7 197	104,9	20,1	79,9					
2 – 8 (ohne Schulkinder)	22 156	- 12,5	31,5	68,5	1 128 537	- 18,0	32,4	67,6	151 722	- 4,2	31,3	68,7					
5 – 14 (nur Schulkinder)	3 555	14,7	46,9	53,1	242 378	34,4	54,8	45,2	19 591	28,7	49,3	50,7					
mit Kindern aller Altersgruppen	24 287	25,1	33,9	66,1	1 724 590	22,2	35,9	64,1	241 053	39,8	34,4	65,6					
davon Tageseinrichtungen mit:																	
Alterseinheitlichen Gruppen	8 352	56,1	38,8	61,2	684 988	46,9	38,5	61,5	88 075	69,8	37,5	62,5					
Altersgemischten Gruppen	5 906	13,2	27,5	72,5	291 950	10,0	33,7	66,3	45 769	23,0	30,9	69,1					
Alterseinheitlichen und altersgemischten Gruppen	10 029	13,3	33,5	66,5	747 652	10,0	34,3	65,7	107 209	28,5	33,4	66,6					
Insgesamt	51 484	5,8	33,2	66,8	3 122 700	4,7	35,9	64,1	419 563	20,0	33,8	66,2					
darunter:																	
Integrative Tageseinrichtungen	16 397	22,2	30,8	69,2	1 190 249	21,5	32,7	67,3	171 181	37,5	31,5	68,5					
Tageseinrichtungen für behinderte Kinder	299	- 13,6	8,7	91,3	9 517	- 29,7	9,5	90,5	3 910	1,4	6,0	94,0					
Tageseinrichtungen für Kinder von Betriebsangehörigen	498	49,1	10,4	89,6	20 978	29,9	14,7	85,3	4 485	61,8	11,5	88,5					
Kindergartenähnliche Tageseinrichtungen	4 290	- 35,9	22,5	77,5	224 654	- 39,3	31,4	68,6	30 552	- 34,0	25,7	74,3					
Tageseinrichtungen von Elterninitiativen	4 437	9,9	0,0	100,0	138 507	12,6	0,0	100,0	23 728	20,5	0,0	100,0					

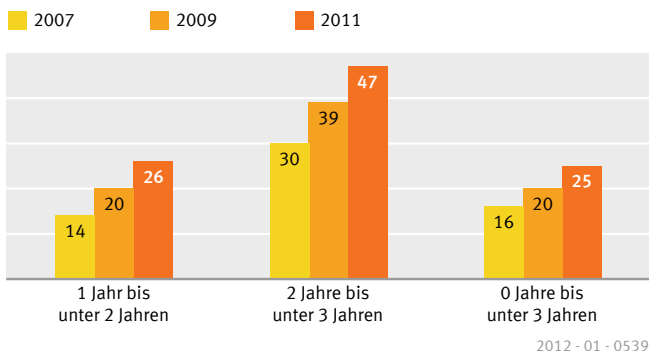
2.6 Familien, Kinder und Lebensformen

2.6.16 Kinder unter 6 Jahren in Tageseinrichtungen und öffentlich geförderter Kindertagespflege am 1.3.2011

	Kinder unter 6 Jahren		Davon im Alter von . . . bis unter . . . Jahren					
	insgesamt	Veränderung gegenüber 2007	0 – 3			3 – 6		
			zusammen	Betreuungsquote	Ganztagsquote ¹	zusammen	Betreuungsquote	Ganztagsquote ¹
	Anzahl	%	Anzahl	%		Anzahl	%	
Deutschland	2 442 912	7,9	517 110	25,4	12,9	1 925 802	93,5	34,9
Baden-Württemberg	330 394	4,0	57 459	20,9	6,1	272 935	96,5	14,9
Bayern	360 725	6,4	65 783	20,6	5,9	294 942	90,7	25,0
Berlin	124 057	12,9	40 728	41,9	27,0	83 329	94,6	57,0
Brandenburg	85 528	9,8	29 905	51,6	35,9	55 623	96,1	57,4
Bremen	17 531	13,2	3 205	19,6	9,9	14 326	89,6	26,5
Hamburg	56 207	19,9	16 081	32,4	18,1	40 126	85,6	36,8
Hessen	180 269	5,5	33 491	21,6	11,5	146 778	93,1	39,2
Mecklenburg-Vorpommern	56 456	8,2	20 453	51,7	34,2	36 003	95,8	59,0
Niedersachsen	222 476	9,9	36 730	19,1	5,9	185 746	92,4	16,8
Nordrhein-Westfalen	493 944	8,1	70 759	15,9	7,7	423 185	92,8	35,9
Rheinland-Pfalz	119 952	5,4	23 717	24,8	9,8	96 235	97,8	38,6
Saarland	25 208	-0,2	4 309	20,3	12,1	20 899	95,3	30,1
Sachsen	139 928	13,3	45 863	44,2	35,1	94 065	95,3	75,8
Sachsen-Anhalt	77 601	4,2	29 313	56,1	35,6	48 288	95,1	61,3
Schleswig-Holstein	79 881	12,8	14 928	21,8	7,5	64 953	90,5	19,4
Thüringen	72 755	7,6	24 386	46,9	41,2	48 369	96,9	89,5

1 Anteil der ganztags (mehr als 7 Stunden) betreuten Kinder je 100 Kinder derselben Altersgruppe.

Betreuungsquoten von Kindern unter 3 Jahren in Kindertagesbetreuung, in %



2.6.17 Kinder in Tageseinrichtungen und öffentlich geförderter Kindertagespflege nach Betreuungsumfang am 1.3.2011

	Kinder in Tagesbetreuung		Davon mit einem Betreuungsumfang von					Ganztagsbetreuung (mehr als 7 Stunden)
	insgesamt	Veränderung gegenüber 2007	bis zu 5 Stunden	mehr als 5 bis 7 Stunden	mehr als 7 bis 10 Stunden	mehr als 10 Stunden	vor- und nachmittags, ohne Mittagsbetreuung	
Insgesamt	3 246 445	6,3	26,7	32,6	33,3	1,4	6,0	34,6
und zwar:								
Ausländisches Herkunftsland mindestens eines Elternteils	808 438	16,4	21,8	36,3	33,0	1,1	7,9	34,1
In der Familie wird vorrangig nicht deutsch gesprochen.	491 848	8,7	21,0	37,6	32,0	1,0	8,3	33,1
nach dem Alter von . . . bis unter . . . Jahren								
unter 1	17 725	1,2	22,4	24,5	48,9	3,4	0,7	52,3
1 – 2	173 545	85,6	17,8	24,5	54,2	3,1	0,5	57,3
2 – 3	325 840	54,9	22,3	27,2	45,3	2,3	2,9	47,6
3 – 6	1 925 803	-0,9	20,7	33,8	35,9	1,4	8,2	37,3
6 – 11	782 226	1,6	44,1	34,2	17,5	0,6	3,7	18,1
11 – 14	21 306	3,4	67,9	29,3	2,1	0,3	0,4	2,4

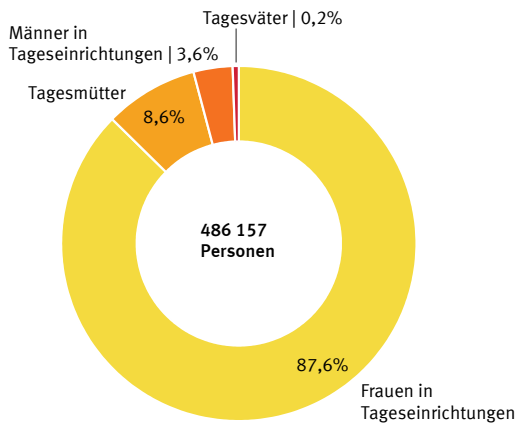
2.6 Familien, Kinder und Lebensformen

2.6.18 Pädagogisch tätige Personen in der Kindertagesbetreuung am 1.3. 2011

	Pädagogisch tätige Personen			Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren				
	insgesamt	Männer	Frauen	unter 25	25 – 40	40 – 50	50 – 60	60 und mehr
	Anzahl	%						
In Kindertageseinrichtungen	443 460	3,9	96,1	12,5	33,2	28,3	23,9	2,2
darunter:								
Erzieher/-innen	309 915	2,7	97,3	8,0	34,0	30,8	25,2	2,1
Kinderpfleger/-innen	53 256	1,3	98,7	14,0	36,4	22,6	24,8	2,2
In öffentlich geförderter Kindertagespflege	42 697	2,5	97,5	2,3	33,6	34,1	23,0	7,0
darunter:								
Erzieher/-innen	5 800	1,2	98,8	2,4	41,1	29,7	22,7	4,1
Kinderpfleger/-innen	2 149	0,5	99,5	9,1	43,8	22,4	19,5	5,2

Stand: 1.3.

Pädagogisch tätige Personen in Kindertagesbetreuung 2011



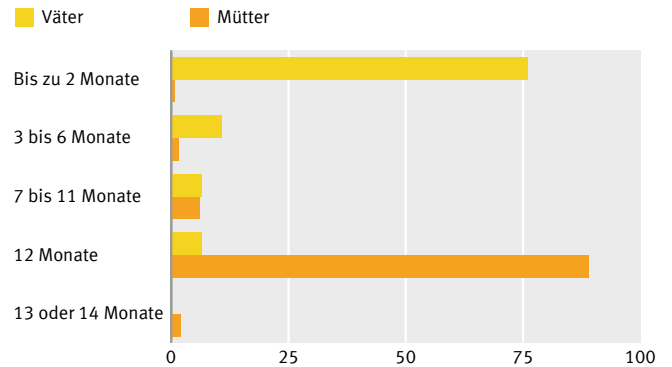
Stichtag: 1.3. – Kindertageseinrichtungen und öffentlich geförderte Kindertagespflege.

2012 - 01 - 0540

Elterngeld nach Bezugsdauer 2010

in %

Elterngeld kann in den ersten 14 Lebensmonaten in Anspruch genommen werden. Ein Elternteil kann höchstens für 12 Monate Elterngeld beziehen. Anspruch auf 2 weitere Monatsbeträge ergeben sich über die Partnermonate. Alleinerziehende können allein bis zu 14 Monate Elterngeld erhalten.



Gemeldete beendete Elterngeldbezüge für Geburten 2010.

2012 - 01 - 0541

2.6.19 Kindergeld

	Empfangsberechtigte ¹			Kinder, für die an die Empfangsberechtigten Kindergeld gezahlt wurde ¹					Ausgezahlte Beträge	
	insgesamt	Deutsche	Ausländer/-innen	insgesamt ²	davon waren ... Kind(er)					
					1.	2.	3.	4.		5. und weitere
	1 000	%		1 000	%					
										Mill. EUR
2010	8 820	87,80	12,20	14 508	60,48	29,32	7,57	1,84	0,78	33 534
2011	8 761	87,61	12,39	14 387	60,57	29,28	7,56	1,83	0,77	33 213

Ohne Angaben für Bedienstete von Bund, Ländern und Gemeinden/Gv.

1 Stand: Dezember.

2 Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

2.6 Familien, Kinder und Lebensformen

2.6.20 Elterngeld

	Im selben Jahr geborene Kinder				
	insgesamt		deren ... Elterngeld bezogen hat ¹		
			Mutter		Vater
	Anzahl	%	Anzahl	%	
2008	682 514	655 903	96,1	141 936	20,8
2009	665 126	640 214	96,3	156 810	23,6
2010	677 947	652 003	96,2	171 736	25,3
	2010 nach Ländern				
Baden-Württemberg	90 695	87 938	97,0	24 342	26,8
Bayern	105 251	102 092	97,0	34 581	32,9
Berlin	33 393	31 402	94,0	10 408	31,2
Brandenburg	18 954	18 379	97,0	5 261	27,8
Bremen	5 599	5 157	92,1	1 039	18,6
Hamburg	17 377	16 484	94,9	4 800	27,6
Hessen	51 742	50 026	96,7	12 877	24,9
Mecklenburg-Vorpommern ...	13 337	12 871	96,5	3 124	23,4
Niedersachsen	63 130	61 021	96,7	14 415	22,8
Nordrhein-Westfalen	147 333	140 527	95,4	28 315	19,2
Rheinland-Pfalz	31 574	30 262	95,8	6 682	21,2
Saarland	7 066	6 456	91,4	1 083	15,3
Sachsen	35 091	34 340	97,9	11 488	32,7
Sachsen-Anhalt	17 300	16 168	93,5	3 345	19,3
Schleswig-Holstein	22 578	21 740	96,3	4 874	21,6
Thüringen	17 527	17 140	97,8	5 102	29,1

Das **Elterngeld** soll das wegfallende Erwerbseinkommen für den Elternteil ausgleichen, der das Kind betreut. Die Väter der im Jahr 2010 geborenen Kinder erhielten im ersten Monat der Bezugsdauer durchschnittlich 1 076 Euro Elterngeld, die Mütter 664 Euro.

Gemeldete beendete Elterngeldbezüge.

1 Einschl. Mehrlinge.

2.6.21 Adoptierte Kinder und Jugendliche 2010

Am Jahresende 2010 waren 944 Kinder und Jugendliche zur **Adoption** vorgemerkt. Dem gegenüber standen 6 522 Adoptionsbewerbungen.

	Adoptierte Kinder und Jugendliche							
	insgesamt		Verwandtschaftsverhältnis zu den Adoptiveltern			Staatsangehörigkeit der Adoptiveltern		
			verwandt	Stiefvater/ Stiefmutter	nicht verwandt	Deutsche	Nichtdeutsche ¹	Deutsche/ Nichtdeutsche ¹
	Anzahl	%						
Insgesamt	4 021	100,0	4,2	54,3	41,5	88,0	3,3	8,7
	im Alter von ... bis unter ... Jahren							
unter 1	75	1,9	0,1	0,9	0,8	1,8	0,0	0,0
1 – 3	1 197	29,8	0,5	4,1	25,1	28,1	0,5	1,1
3 – 6	614	15,3	0,6	5,9	8,8	13,8	0,5	0,9
6 – 12	1 183	29,4	1,5	23,0	5,0	25,3	1,1	3,0
12 und mehr	952	23,7	1,5	20,4	1,8	18,9	1,2	3,6
	nach Staatsangehörigkeit							
Deutsche	3 041	75,6	2,3	44,4	29,0	71,4	1,6	2,6
Nichtdeutsche ¹	980	24,4	1,9	9,9	12,5	16,6	1,7	6,1
	nach Geschlecht							
Männlich	1 999	49,7	2,3	26,1	21,3	44,0	1,8	3,9
Weiblich	2 022	50,3	1,9	28,2	20,2	43,9	1,5	4,8

1 Einschl. Staatenloser.

2.6 Familien, Kinder und Lebensformen

2.6.22 Adoptierte Kinder und Jugendliche nach Staatsangehörigkeit 2010

	Adoptierte Kinder und Jugendliche			Davon im Alter von . . . bis unter . . . Jahren				Darunter mit den Adoptiv- eltern nicht verwandt
	insgesamt	männlich	weiblich	unter 3	3 – 6	6 – 12	12 und mehr	
Insgesamt	4 021	1 999	2 022	1 272	614	1 183	952	1 669
dar. zum Zweck der Adoption ins Inland geholt	464	249	215	192	146	68	58	382
Europa	3 474	1 721	1 753	1 117	481	1 065	811	1 346
dar. zum Zweck der Adoption ins Inland geholt	135	73	62	61	36	18	20	104
EU-Länder	3 176	1 561	1 615	1 045	439	1 004	688	1 230
dar. zum Zweck der Adoption ins Inland geholt	23	15	8	6	9	6	2	20
Deutschland	3 041	1 495	1 546	1 002	413	972	654	1 165
Bulgarien	38	26	12	23	10	3	2	35
Italien	6	3	3	1	2	1	2	2
Polen	34	12	22	6	4	10	14	10
Rumänien	22	10	12	7	3	6	6	.
Sonstige EU-Länder	35	15	20	6	7	12	10	11
Bosnien und Herzegowina	8	4	4	1	–	2	5	2
Russische Föderation	168	88	80	53	29	28	58	87
Serbien	12	6	6	2	–	5	5	4
Türkei	28	13	15	9	6	5	8	10
Ukraine	41	25	16	2	3	11	25	5
Sonstige europäische Länder	34	21	13	1	3	9	21	3
Afrika	198	102	96	83	52	33	30	149
dar. zum Zweck der Adoption ins Inland geholt	146	77	69	77	44	10	15	132
Äthiopien	99	54	45	47	43	8	1	97
Kamerun	6	3	3	–	1	4	1	–
Marokko	9	5	4	3	2	3	1	4
Sonstige afrikanische Länder	84	40	44	33	6	18	27	48
Amerika	122	72	50	41	37	26	18	83
dar. zum Zweck der Adoption ins Inland geholt	84	51	33	35	32	13	4	76
Brasilien	11	7	4	2	3	3	3	4
Chile	–	–	–	–	–	–	–	–
Kolumbien	59	39	20	29	22	7	1	55
Peru	3	–	3	–	2	–	1	.
Vereinigte Staaten	13	3	10	5	1	3	4	4
Sonstige amerikanische Länder	36	23	13	5	9	13	9	18
Asien	217	99	118	25	42	59	91	83
dar. zum Zweck der Adoption ins Inland geholt	97	47	50	17	34	27	19	68
Armenien	7	5	2	–	–	2	5	.
Indien	9	1	8	2	2	4	1	7
Philippinen	13	3	10	1	2	6	4	3
Sri Lanka	5	1	4	1	4	–	–	.
Thailand	77	39	38	6	22	26	23	33
Vietnam	20	10	10	2	1	5	12	8
Sonstige asiatische Länder	86	40	46	13	11	16	46	26
Sonstige	10	5	5	6	2	–	2	8
dar. zum Zweck der Adoption ins Inland geholt	2	1	1	2	–	–	–	.

2.7 Kirchen und Jüdische Gemeinden

2.7.1 Evangelische Kirche

	Kirchen- gemeinden	Theologen/ Theologinnen im aktiven Dienst	Kirchen- mitglieder	Äußerungen des kirchlichen Lebens						
				Taufen ¹	Konfirmierte	Trauungen	Bestattungen	Aufnahmen ²	Austritte	Gottesdienst- teilnehmende ³
	Anzahl		1 000	Anzahl						1 000
2007	15 603	.	24 832	184 105	250 207	54 017	296 836	61 792	130 331	945
2008	15 471	21 904	24 515	184 584	241 963	53 318	299 127	56 506	169 728	912
2009	15 281	21 509	24 195	178 801	231 841	50 402	298 822	56 325	148 450	910
2010	15 129	.	23 896	174 164	231 891	51 882	292 602	56 905	145 250	841

1 Kindertaufen ohne Taufen von Erwachsenen (Taufen bis zum vollendeten 14. Lebensjahr).

2 Einschl. Übertritten, Wiederaufnahmen und Taufen von Erwachsenen.

3 Gottesdienste am Sonntag Invokavit einschl. Kindergottesdienste.

Quelle: Evangelische Kirche in Deutschland

2.7.2 Katholische Kirche

	Pfarreien und sonstige Seel- sorgestellen	Katholiken ¹	Äußerungen des kirchlichen Lebens							Teilnehmer/ -innen am sonntäglichen Gottesdienst
			Taufen	Erst- kommunionen	Trauungen	Bestattungen	Eintritte	Wiederauf- nahmen	Austritte	
	Anzahl	1 000	Anzahl							1 000 ²
2007	12 265	25 461	185 586	253 499	49 393	251 405	4 881	10 207	93 667	3 492
2008	12 080	25 177	185 589	245 317	48 841	256 735	4 388	9 546	121 155	3 371
2009	12 000	24 909	178 953	234 881	48 714	255 825	3 997	8 636	123 571	3 249
2010	11 524	24 651	170 339	224 932	48 524	252 965	3 576	7 403	181 193	3 103

1 Katholikenzahl nach Angaben der Pfarreien und Bistümer.

2 Durchschnittszahlen.

Quelle: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz

2.7.3 Kirchensteuer und Kirchgeld

	Evangelische Kirche			Katholische Kirche		
	insgesamt	Kirchensteuern		insgesamt	Kirchensteuern	
		vom Einkommen/ Arbeitslohn ¹	sonstige und Kirchgeld		vom Einkommen/ Arbeitslohn ¹	sonstige und Kirchgeld
	1 000 EUR					
2007	4 198 818	4 169 698	29 120	4 659 305	4 651 705	7 600
2008	4 585 500	4 555 875	29 624	5 071 189	5 065 219	5 970
2009	4 359 942	4 330 502	29 439	4 909 842	4 903 081	6 761
2010	4 255 540	4 226 245	29 295	4 802 718	4 794 017	8 701
2011	4 379 657	4 350 281	29 376	4 924 611	4 917 887	6 724

1 Abzüglich der Erhebungskosten der Finanzämter.

Quellen: Evangelische Kirche in Deutschland, Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz

2.7.4 Jüdische Gemeinden

	Mitglieder	Gemeinden	Rabbiner/ -innen	Synagogen	Betsäle	Ritualbäder	Gemeinde- bibliotheken
2007	107 330	104	46	88	34	32	85
2008	106 435	107	46	92	33	35	86
2009	104 241	108	50	95	33	34	92
2010	104 024	108	56	96	34	37	92
2011	102 797	108	67	98	32	36	99

Quellen: Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V., Zentralrat der Juden in Deutschland

Methodik

■ Bevölkerung

Zum ständigen Arbeitsprogramm der **Bevölkerungsstatistik** gehören die Bevölkerungsfortschreibung sowie die Statistiken der natürlichen Bevölkerungsbewegung (Geburten, Sterbefälle, Eheschließungen und Scheidungen) und der räumlichen Bevölkerungsbewegung (Wanderungen, d. h. Zu- und Fortzüge). Des Weiteren umfasst die Bevölkerungsstatistik auch analytische Berechnungen, z. B. über Sterblichkeit, Ehedauer, Heirats- und Geburtenhäufigkeit sowie Bevölkerungsvorausberechnungen.

Bevölkerungsstand und -entwicklung

Die Ergebnisse von Volkszählungen dienen u. a. als Auswahlgrundlage für nachfolgende Stichprobenerhebungen. Insbesondere gilt dies für den Mikrozensus, einer jährlichen Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens mit einem Auswahlatz von 1 %.

Die Ergebnisse dieser Zählungen dienen ebenfalls als Ausgangsbasis für die laufende Fortschreibung des Bevölkerungsstandes zwischen den Zählungen. Diese **Bevölkerungsfortschreibung** weist die Zahl und die Zusammensetzung der Bevölkerung sowie ihre Veränderungen nach. Die rechtliche Grundlage bildet das Bevölkerungsstatistikgesetz (BevStatG §5 Abs. 1). Die Bevölkerungsfortschreibung wird auf Gemeindeebene geführt. Sie basiert auf den Statistiken der Geburten und Sterbefälle sowie der Wanderungsstatistik. Ferner berücksichtigt sie Staatsangehörigkeitswechsel, sonstige Bestandskorrekturen, Gebietsänderungen und – zum Nachweis des Familienstandes – die Ergebnisse der Statistiken der Eheschließungen und Ehescheidungen. Die nachgewiesenen Bevölkerungszahlen gehen von den Ergebnissen der jeweiligen letzten Volkszählung aus.

Volkszählungen wurden im früheren Bundesgebiet 1950, 1956 (Gebäude- und Wohnungszählung), 1961, 1970 und 1987 durchgeführt. Auch in der ehemaligen DDR dienten die Ergebnisse von Volkszählungen als Ausgangsbasis für die laufende Fortschreibung des Bevölkerungsstandes. Diese Zählungen fanden hier 1950, 1964, 1970 und 1981 statt. Seit dem 3.10.1990 beruht die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes in den neuen Ländern und Berlin-Ost auf einem Abzug des früheren Zentralen Einwohnerregisters Berlin-Biesdorf zum gleichen Stichtag.

Erfasst wird die Bevölkerung am Ort der alleinigen Wohnung bzw. – bei mehreren Wohnungen in Deutschland – am Ort der **Hauptwohnung**. Bis 1983 – vor Einführung neuer Meldegesetze in den Ländern – basierte die Bevölkerungsfortschreibung auf dem Konzept der **Wohnbevölkerung**. Die Wohnbevölkerung wurde berechnet, indem Personen mit mehreren Wohnungen der Gemeinde zugeordnet wurden, von der sie zur Arbeit oder Ausbildung gingen. Seit 1984 zählen diese Personen zur Gemeinde der Hauptwohnung (siehe auch „Glossar“).

Fläche

Die Flächenangaben beziehen sich auf die Landfläche Deutschlands bis zur sogenannten Küstenlinie – der Grenze zwischen Meer und Festland bei einem mittleren Wasserstand – einschließlich der Binnengewässer, ohne den Bodensee. Die Angaben beruhen auf Unterlagen der Vermessungs- bzw. Katasterämter. Flächenänderungen ohne Grenzänderungen gehen auf Neuvermessungen zurück.

Verwaltungsgliederung

Deutschland ist in 16 Länder, 22 Regierungsbezirke, 402 Kreise (davon 107 kreisfreie Städte und 295 Landkreise) und 11 292 Gemeinden regional gegliedert (Stand: 31.12.2011). Als Gemeinden zählen auch die Stadtstaaten Berlin, Bremen (2 Gemeinden) und Hamburg sowie alle kreisfreien Städte und bewohnten gemeindefreien Gebiete. Baden-Württemberg weist unterhalb der Regierungsebene die Ebene der „Regionen“ aus. So bezeichnet man dort die Gebiete der 12 Regionalverbände, die nach dem Regionalverbandsgesetz vom 26.7.1971 als Körperschaften des öffentlichen Rechts Träger der Regionalplanung sind und bei der Landesplanung mitwirken. Die Tabellen in diesem Kapitel weisen diese landesinterne Besonderheit nicht nach.

■ Geborene und Gestorbene

Die **Statistiken der Geburten und Sterbefälle** beruhen – ebenso wie die Statistik der Eheschließungen – auf Angaben der Standesbeamtinnen und Standesbeamten, die das Ereignis beurkunden. Geburten und Sterbefälle von Personen, die nicht zur Bevölkerung Deutschlands gehören, werden hier nicht nachgewiesen. Rechtliche Grundlage ist § 2 des Bevölkerungsstatistikgesetzes.

■ Migration

Bevölkerung mit Migrationshintergrund

Der Mikrozensus ermöglicht durch einen erweiterten Fragenkatalog seit 2005 Angaben zu **Personen mit Migrationshintergrund** (Tabelle 2.3.1). Hierbei handelt es sich um Personen, die nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zugezogen sind, sowie alle in Deutschland geborenen Ausländerinnen und Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborene mit zumindest einem Elternteil, der zugezogen ist oder der als Ausländerin bzw. Ausländer in Deutschland geboren wurde.

Dies bedeutet, dass in Deutschland geborene Deutsche einen Migrationshintergrund haben können – sei es als Kinder von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern, als Kinder ausländischer Elternpaare (sogenannte „ius soli-Kinder“) oder als Deutsche mit einseitigem Migrationshintergrund. Dieser Migrationshintergrund leitet sich dann ausschließlich aus den Eigenschaften der Eltern ab. Die Betroffenen können diesen Migrationshintergrund aber nicht an ihre Nachkommen „vererben“. Bei den Zugewanderten und den in Deutschland geborenen Ausländerinnen und Ausländern ist dies hingegen der Fall. Nach den heutigen ausländerrechtlichen Vorschriften umfasst diese Definition somit üblicherweise Angehörige der ersten bis dritten Migrantengeneration.

Bei den Personen mit Migrationshintergrund ist zu unterscheiden zwischen Personen mit Migrationshintergrund im engeren Sinne und im weiteren Sinne. Personen mit *Migrationshintergrund im engeren Sinne* sind Zugewanderte und in Deutschland geborene Ausländerinnen und Ausländer sowie in Deutschland geborene Deutsche, die im selben Haushalt mit einem Elternteil leben, der zugewandert ist oder als Ausländerin bzw. Ausländer in Deutschland geboren wurde. Personen mit *Migrationshintergrund im weiteren Sinne* umfassen auch in Deutschland geborene Deutsche mit Migrationshintergrund, die nicht mehr mit ihren Eltern im selben Haushalt leben. Diese Unterscheidung ist erforderlich, da nur für die Personen mit Migrationshintergrund im engeren Sinne für jedes Berichtsjahr Daten vorliegen. Bei der anderen Personengruppe ist ein Nachweis nur im Vierjahresrhythmus möglich. Dies hängt damit zusammen, dass nur alle vier Jahre Angaben zum Migrationsstatus der Eltern erhoben werden, die nicht im selben Haushalt leben. Für die Personen mit Migrationshintergrund im engeren Sinne werden in jedem Jahr vergleichbare Daten vorliegen. Dies ermöglicht eine verzerrungsfreie Analyse der Änderungen im Zeitablauf. Die zweite Abgrenzung (Personen mit Migrationshintergrund im weiteren Sinne) schließt zusätzlich die „Menschen mit nicht durchgehend bestimmtem Migrationsstatus“ ein. Deren Migrationshintergrund wird nur mit den Daten von 2005 und 2009 definierbar.

Der Migrationsstatus einer Person wird aus seinen persönlichen Merkmalen zu Zuzug, Einbürgerung und Staatsangehörigkeit bestimmt sowie aus den entsprechenden Merkmalen seiner Eltern. Beim Nachweis des Migrationsstatus wird zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund unterschieden.

Ausländische Bevölkerung

Die **Ausländerstatistik** basiert auf Auswertungen des Ausländerzentralregisters (AZR), die das Statistische Bundesamt zum 31.12. eines Jahres durchführt. Das AZR weist alle in Deutschland registrierten Personen nach, die keine deutsche Staatsbürgerschaft haben und sich nicht nur vorübergehend in Deutschland aufhalten. Die Daten melden die einzelnen Ausländerbehörden an das AZR. Ausgewiesen werden die Ausländerinnen und Ausländer, die am Ende des Berichtsjahres in Deutschland ansässig sind, und zwar nach den Merkmalen Staatsangehörigkeit,

Methodik

Aufenthaltsdauer, Aufenthaltsstatus, Familienstand, Alter und Geschlecht. Die Zugänge in das Register schließen die in Deutschland geborenen ausländischen Kinder mit ein. Die Abgänge aus dem Register enthalten u. a. die Sterbefälle ausländischer Personen.

Einbürgerungen

Rechtsgrundlage für die jährlichen Erhebungen einer **Bundesstatistik über die Einbürgerungen** ist das Gesetz zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts (StAG) vom 15.7.1999, das am 1.1.2000 in Kraft getreten ist. Diese Bundesstatistik bezieht sich auf eingebürgerte ausländische Personen. Unberücksichtigt bleibt der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit nach dem Geburtsort gemäß § 4 Abs. 3 StAG (im Inland geborenes Kind ausländischer Eltern). Grundvoraussetzung für eine Einbürgerung ist der legale, auf Dauer angelegte Aufenthalt einer Ausländerin bzw. eines Ausländers gemäß den üblichen ausländerrechtlichen Bestimmungen.

Wanderungen

Die **Wanderungsstatistik** (räumliche Bevölkerungsbewegung) ermittelt die Zu- und Fortzüge bei einem Wechsel der alleinigen Wohnung bzw. der Hauptwohnung über Gemeindegrenzen. Die rechtliche Grundlage bildet das Bevölkerungsstatistikgesetz (§ 4 BevStAG). Erhebungseinheit ist der Wanderungsfall, d. h. der Zu- oder Fortzug über die Gemeindegrenzen. Als Zu- bzw. Fortzug gilt der Bezug bzw. die Aufgabe der alleinigen Wohnung oder Hauptwohnung sowie die Änderung des Wohnungsstatus von Nebenwohnung in Hauptwohnung und umgekehrt. Grundlage der Wanderungsstatistik sind die An- und Abmeldescheine, die nach dem Melderecht bei einem Wohnungswechsel in der Meldebehörde auszufüllen sind. Anschließend übermitteln die Meldebehörden diese an die Statistischen Ämter der Länder (Sekundärstatistik). Statistisch nicht erfasst werden Umzüge innerhalb der Gemeinden, An- und Abmeldungen von Nebenwohnungen sowie Umzüge von Personen, die der Meldepflicht nicht unterliegen (Mitglieder der ausländischen Streitkräfte und diplomatischen Vertretungen sowie deren Familienangehörige).

Die Wanderungsstatistik weist die *Wanderungsfälle*, nicht die wandernden Personen nach. Damit kann die Zahl der Wanderungsfälle in einem Jahr etwas größer sein als die Zahl der wandernden Personen, da eine Person in einem Jahr mehrmals umziehen kann.

Die *Wanderungen mit dem Ausland* beziehen sich bis 1990 auf die Wanderungen über die Grenzen des früheren Bundesgebiets – ohne die Wanderungen mit der ehemaligen DDR. Ab 1991 beziehen sie sich auf die Wanderungen über die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand seit dem 3.10.1990. Das *Herkunfts-* bzw. *Zielgebiet* bezeichnet das Gebiet, in dem eine Person unmittelbar vor ihrem Zuzug nach Deutschland gewohnt hat bzw. wo sie von Deutschland aus fortgezogen ist.

Bevölkerungsvorausberechnung

Die 12. koordinierte **Bevölkerungsvorausberechnung** basiert auf der fortgeschriebenen Bevölkerung zum 31.12.2008. Sie stellt Ergebnisse bis zum Jahr 2060 zur Verfügung. In dieser Berechnung wurden unterschiedliche Annahmen vorgenommen: zur künftigen Entwicklung der Geburten (Fertilität), der Lebenserwartung (Mortalität) sowie des Wanderungssaldos über die Grenze Deutschlands (Migration). Tabelle 2.5.1 zeigt wesentliche Ergebnisse zweier Varianten dieser Berechnung („mittlere“ Bevölkerung, Untergrenze bzw. „mittlere“ Bevölkerung, Obergrenze). Die ausführlichen Ergebnisse dieser Varianten und auch der weiteren gerechneten Varianten finden Sie unter www.destatis.de > Zahlen und Fakten > Bevölkerung. Auf Grundlage der Bevölkerungsvorausberechnung sowie der Ergebnisse des Mikrozensus zu Haushalten wird des Weiteren eine **Haushaltsvorausberechnung** durchgeführt. Hierbei handelt es sich um eine Vorausberechnung der Zahl und Struktur der privaten Haushalte. Dazu werden Annahmen über die künftige Verteilung der Bevölkerung nach Privathaushalten unterschiedlicher Größe getroffen.

Familien, Kinder und Lebensformen

Die Angaben über **Haushalte und Familien** basieren auf den Ergebnissen des Mikrozensus. Das Mikrozensusgesetz 2005 stellte den Mikrozensus von einer Erhebung mit fester Berichtswoche (bis 2004 üblicherweise die letzte feiertagsfreie Woche im April) auf eine kontinuierliche Erhebung mit gleitender Berichtswoche um. Die Ergebnisse ab 2005 liefern somit nicht mehr eine „Momentaufnahme“ einer bestimmten Kalenderwoche, sondern geben Aufschluss über die gesamte Entwicklung im Durchschnitt des Erhebungsjahres. Die methodischen Änderungen, die durch die gleitende Berichtswoche entstanden sind, haben bislang zu Schwankungen in der Zahl der Haushalte geführt, insbesondere der Einpersonenhaushalte sowie der Familien bzw. Lebensformen.

Die Statistik der **Eheschließungen** beruht – wie die Statistiken der Geburten und Sterbefälle – auf Angaben der Standesbeamtinnen und Standesbeamten, die das Ereignis beurkunden. Rechtliche Grundlage ist auch hier § 2 des Bevölkerungsstatistikgesetzes. Die Angaben zu den **gerichtlichen Eheschließungen**, vor allem Ehescheidungen, werden ähnlich ermittelt. Hierbei werden die Meldungen zu rechtskräftigen Beschlüssen in Eheauflösungssachen ausgewertet, die die Familiengerichte – seit In-Kraft-Treten des neuen Ehe- und Familienrechts am 1.7.1977 – bei den Amtsgerichten abgeben müssen. Zuvor waren die Landgerichte zuständig. Außerdem gilt die Neufassung der Anordnung über die Erhebung von statistischen Daten in Familiensachen (F-Statistik) vom 1.9.2009.

Kindertagesbetreuung

Um die Auswirkungen des Achten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII, Kinder- und Jugendhilfe) beurteilen und das Gesetz fortentwickeln zu können, werden seit 1991 in den amtlichen **Kinder- und Jugendhilfestatistiken** verschiedene Erhebungen als Bundesstatistiken durchgeführt. Diese Erhebungen liefern als Totalerhebungen u. a. Ergebnisse über die Zahl der erzieherischen Hilfen, die Situation der Hilfeempfängerinnen und Hilfeempfänger sowie die Zahl der Kinder und tätigen Personen in Tageseinrichtungen und in der öffentlich geförderten Kindertagespflege. Rechtsgrundlagen der Kinder- und Jugendhilfestatistiken sind die §§ 98 bis 103 SGB VIII. Für die Träger der öffentlichen und freien Jugendhilfe gilt in allen Erhebungen eine nach Erhebungen differenzierte Auskunftspflicht (§ 102 SGB VIII). Die Bundesergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken liegen in der Regel zwischen sieben bis elf Monate nach Ablauf des Erhebungszeitraumes vor. Auf Länderebene erfolgt die Datenveröffentlichung üblicherweise früher.

Folgende Erhebungen werden in den amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistiken durchgeführt. Sie unterscheiden sich jeweils durch Erhebungsfragen, Berichtszeiträume bzw. Stichtage:

- Teil I (jährlich): Statistiken der erzieherischen Hilfe, der Eingliederungshilfe für seelisch behinderte junge Menschen, Hilfe für junge Volljährige und anderen Leistungen des Jugendamtes nach den §§ 27 – 35a, 41 – 42 SGB VIII, Erhebung von während des Jahres begonnenen und beendeten Hilfen und Bestandserhebung zum 31.12.
- Teil II (alle vier Jahre, zuletzt 2008): Statistik der mit öffentlichen Mitteln geförderten Maßnahmen der Jugendarbeit
- Teil III.1 (ab 2006, jährlich): Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen
- Teil III.2 (alle vier Jahre, zuletzt 2010): Einrichtungen und tätige Personen in der Kinder- und Jugendhilfe (ohne Einrichtungen der Kindertagesbetreuung)
- Teil III.3 (neu ab 2006, jährlich): Kinder und tätige Personen in öffentlich geförderter Kindertagespflege
- Teil III.4 (ab 2006 bis 2008, jährlich): Plätze in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege
- Teil III.5 (neu ab 2009): Statistik über Personen in Großtagespflegestellen und die dort betreuten Kinder
- Teil IV (jährlich für das abgelaufene Kalenderjahr): Statistik der Ausgaben und Einnahmen der Träger der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe

Methodik

Die Erhebungsinhalte der vier Teile der Kinder- und Jugendhilfestatistiken sind so aufeinander abgestimmt, dass zusammenhängende Aussagen über einzelne Themenfelder möglich sind.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken finden Sie in unseren „Qualitätsberichten“ (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen › Qualitätsberichte).

Glossar

Alleinerziehende | Mütter und Väter, die ohne Ehe- oder Lebenspartnerin bzw. -partner mit ihren minder- oder volljährigen Kindern in einem Haushalt zusammenleben. Elternteile mit Lebenspartnerin bzw. -partner im Haushalt zählen zu den Lebensgemeinschaften mit Kindern.

Alleinstehende | Personen, die ohne Ehe- oder Lebenspartnerin bzw. -partner und ohne ledige Kinder in einem Haushalt leben. Unbedeutend ist hierbei der Familienstand der alleinstehenden Person, die als ledige, verheiratet getrennt lebende, geschiedene oder verwitwete Person in Ein- oder Mehrpersonenhaushalten wohnen kann. Alleinstehende können sich den Haushalt mit ausschließlich familienfremden Personen teilen, z. B. in einer Studenten-Wohngemeinschaft oder mit einem befreundeten Ehepaar. Ebenso können sie in einem Haushalt mit (nicht geradlinig beziehungsweise seiten-) verwandten Haushaltsmitgliedern leben, z. B. Onkel, Tante, Bruder, Schwester. Alleinstehende in Einpersonenhaushalten werden als Alleinlebende bezeichnet.

Altenquotient | Er drückt das Verhältnis der 65-Jährigen und Älteren je 100 Personen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren aus.

Ausländische Bevölkerung | Dazu zählen alle Personen, die nicht Deutsche im Sinne des Art. 116 Abs. 1 GG sind, d. h. nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Zu ihnen gehören auch die Staatenlosen und die Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit. Deutsche, die zugleich eine fremde Staatsangehörigkeit besitzen, gehören nicht zu den Ausländerinnen und Ausländern. Die Mitglieder der Stationierungstreitkräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen unterliegen mit ihren Familienangehörigen nicht den Bestimmungen des Ausländergesetzes. Sie werden somit auch statistisch nicht erfasst.

Asylsuchende | Ausländerinnen und Ausländer, die Schutz als politisch Verfolgte nach Art. 16 Abs. 2 Satz 2 GG beantragt haben und über deren Antrag noch nicht rechtskräftig entschieden ist.

Bevölkerung | Dazu zählen alle gemeldeten Personen einschließlich der Ausländerinnen und Ausländer am Ort der alleinigen bzw. Hauptwohnung.

Bevölkerungsentwicklung | Sie beschreibt die Entwicklung der Zahl der Personen für ein bestimmtes Gebiet und ihre Veränderung.

Bevölkerungsstand | Dieser umfasst die Anzahl der Personen, die zu einem bestimmten Zeitpunkt in einem bestimmten Gebiet leben. Der Bevölkerungsstand wird anhand der Bevölkerungsfortschreibung ermittelt (siehe auch „Methodik“). Ferner wird die Zusammensetzung der Bevölkerung statistisch dargelegt.

Bevölkerungsveränderung | Sie stellt die Differenz zwischen dem Bevölkerungsstand am Ende und am Anfang eines Betrachtungszeitraums dar. Sie ergibt sich zum einen aus der Differenz zwischen Geburt und Sterbefällen und zum anderen aus der Differenz zwischen Zu- und Abwanderungen über die Gebietsgrenze hinweg (siehe auch „Methodik“).

Bevölkerungsvorausberechnung | Diese liefert Erkenntnisse darüber, wie sich die Bevölkerungszahl und deren alters- und geschlechtsspezifische Struktur entwickeln würden, wenn die Annahmen zur künftigen Entwicklung der Geburtenhäufigkeit, der Lebenserwartung sowie der Wanderungen eintreffen.

Ehelösungen (Scheidungen) | Hierzu zählt die Lösung der Ehe durch gerichtliches Urteil, d. h. durch Ehescheidung oder Aufhebung der Ehe bzw. bis 30.6.1998 auch Nichtigkeit der Ehe (siehe Tabelle 2.6.7). Des Weiteren zählt hierzu die Beendigung der Ehe durch Tod der Ehepartnerin bzw. des Ehepartners (siehe Tabelle 2.2.10, Spalte „verheiratet“).

Eheschließungen | Hier werden die standesamtlichen Trauungen gezählt, auch die von Ausländerinnen und Ausländern. Eine Ausnahme bilden die Fälle, in denen beide Ehegatten zu den ausländischen Streitkräften gehören, die im früheren Bundesgebiet stationiert sind, bzw. zu den ausländischen diplomatischen und

konsularischen Vertretungen und ihren Familienangehörigen. Die Ergebnisse der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung in den neuen Ländern und Berlin-Ost basieren bis einschließlich 1990 auf den Definitionen und Methoden der Statistik der ehemaligen DDR. Bei einem rückwirkenden Vergleich mit dem früheren Bundesgebiet ist dies zu beachten. So wurden dort alle standesamtlichen Trauungen gezählt, bei denen mindestens ein Ehepartner seinen ständigen Wohnsitz in der ehemaligen DDR hatte.

Eingetragene Lebenspartnerschaften | Das Lebenspartnerschaftsgesetz (LpartG) ermöglicht zwei Menschen gleichen Geschlechts, ihrer Beziehung einen rechtlichen Rahmen zu geben. Es besteht seit 2001.

Elterngeld | Es soll das wegfallende Erwerbseinkommen für den Elternteil ausgleichen, der das Kind betreut. Das Elterngeld wird seit dem 1.1.2007 nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz gewährt. Es beträgt regelmäßig 67 % des bereinigten Nettoeinkommens vor der Geburt des Kindes, höchstens jedoch 1 800 Euro. Für Eltern mit Einkommen von unter 1 000 Euro vor der Geburt steigt die Ersatzrate schrittweise auf bis 100 %. Eltern, die vor der Geburt ihres Kindes nicht erwerbstätig waren, erhalten mindestens 300 Euro monatlich. Bei Mehrlingsgeburten oder älteren Geschwisterkindern kann sich der zustehende Elterngeldanspruch erhöhen. Elterngeld kann in den ersten 14 Lebensmonaten des Kindes in Anspruch genommen werden. Den Eltern stehen gemeinsam bis zu 14 Monatsbeträge an Elterngeld zu, die für Lebensmonate des Kindes gezahlt werden. Ein Elternteil kann mindestens für 2 und höchstens für 12 Monate Elterngeld beziehen. Wenn beide Eltern vom Angebot des Elterngeldes Gebrauch machen und für mindestens zwei Monate eine Minderung des Einkommens aus Erwerbstätigkeit erfolgt, haben die Eltern Anspruch auf zwei weitere Monate (Partnermonate) – also maximal 14 Monate. Alleinerziehende können die vollen 14 Monatsbeträge selbst beanspruchen, wenn ihnen Erwerbseinkommen wegfällt. Auf Antrag kann der Auszahlungszeitraum für das Elterngeld auf die doppelte Anzahl der Auszahlungsmonate verlängert werden. Dies führt zu einer Halbierung des pro Lebensmonat zustehenden Betrages.

Ab 1.1.2011 wird das Elterngeld grundsätzlich vollständig als Einkommen auf Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe und beim Kinderzuschlag angerechnet. Etwas anderes gilt für Elterngeldberechtigte, die vor der Geburt ihres Kindes erwerbstätig waren. Sie erhalten einen Elterngeldfreibetrag, der dem Einkommen des elterngeldbeziehenden Elternteils vor der Geburt entspricht, allerdings höchstens 300 Euro beträgt. Zudem entfällt das Elterngeld für Elternpaare, die vor der Geburt des Kindes ein zu versteuerndes Einkommen von mehr als 500 000 Euro haben (für Alleinerziehende ab 250 000 Euro). Bei einem durchschnittlichen Einkommen vor der Geburt von mindestens 1 200 Euro beträgt die Ersatzrate seit diesem Zeitpunkt 65 % statt bisher 67 %.

Familie | Abweichend von früheren Veröffentlichungen umfasst diese im Mikrozensus alle Eltern-Kind-Gemeinschaften, d. h. Ehepaare, nichteheliche (gemischtgeschlechtliche) und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften, sowie alleinerziehende Mütter und Väter mit ledigen Kindern im Haushalt. Einbezogen sind in diesen Familienbegriff – neben leiblichen Kindern – auch Stief-, Pflege- und Adoptivkinder ohne Altersbegrenzung. Damit besteht eine Familie immer aus zwei Generationen (Zwei-Generationen-Regel): Eltern bzw. Elternteile und im Haushalt lebende ledige Kinder. Als eigene Familie bzw. Lebensform zählen Kinder, die noch gemeinsam mit den Eltern in einem Haushalt leben, dort aber bereits eigene Kinder versorgen, sowie Kinder, die nicht mehr ledig sind oder mit einer Partnerin bzw. einem Partner in einer Lebensgemeinschaft leben. Nicht zu den Familien zählen im Mikrozensus Ehepaare und Lebensgemeinschaften ohne Kinder sowie Alleinstehende.

Familienstand | Die Bevölkerungsfortschreibung weist als Familienstand ledig, verheiratet, geschieden oder verwitwet nach. Eingetragene Lebenspartnerschaften werden derzeit in der Bevölkerungsfortschreibung unter dem Familienstand ledig dargestellt, bis die Ergebnisse des Zensus 2011 verfügbar sind. Der Mikrozensus unterscheidet darüber hinaus zwischen verheiratet zusammenlebend (Ehepaare) und verheiratet getrennt lebend. Verheiratet getrennt lebende sind solche Personen, deren Ehepartnerin bzw. Ehepartner sich zum Berichtszeitpunkt zeitweilig oder dauernd nicht im befragten Haushalt aufgehalten hat und für den die befragte

Ehepartnerin bzw. der befragte Ehepartner keine Auskünfte erteilt hat. Personen, deren Ehepartnerin bzw. Ehepartner vermisst wird, gelten als verheiratet. Personen, deren Ehepartnerin bzw. Ehepartner für tot erklärt worden ist, gelten als verwitwet.

Geborene | Die Unterscheidung zwischen ehelich und nichtehelich Geborenen bzw. – seit 1.7.1998 – zwischen Kind miteinander verheirateter Eltern und Kind nicht miteinander verheirateter Eltern richtet sich nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches. Als Kind miteinander verheirateter Eltern gilt ein Kind dann, wenn es nach Eingehen einer Ehe oder bis zu 300 Tagen nach Auflösung der Ehe durch Tod geboren wurde. Zuvor hatten Kinder auch dann als ehelich gegolten, wenn sie bis zu 302 Tagen nach Auflösung der Ehe durch Tod oder gerichtliches Urteil geboren worden waren.

Geburtenhäufigkeit | Die allgemeine Geburtenziffer beschreibt die Anzahl der Lebendgeborenen bezogen auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Die allgemeine Fruchtbarkeitsziffer ist die Anzahl der Lebendgeborenen bezogen auf 1 000 Frauen im Alter von 15 bis unter 45 Jahren. Die altersspezifische Geburtenziffer beschreibt die Anzahl der Lebendgeborenen der Mütter bestimmten Alters je 1 000 Frauen gleichen Alters. Tabelle 2.2.3 gibt die Summe der altersspezifischen Geburtenziffern, d. h. die zusammengefasste Geburtenziffer, an. Diese Summe ergibt die Zahl der Kinder, die 1 000 Frauen im Laufe ihres Lebens gebären, und zwar unter der Annahme, dass sich die altersspezifischen Geburtenziffern künftig nicht ändern. Änderungen im Altersaufbau beeinflussen die zusammengefasste Geburtenziffer nicht.

Geburtenziffern | siehe Geburtenhäufigkeit.

Gestorbene | Nicht berücksichtigt werden Totgeborene, standesamtlich beurkundete Kriegssterbefälle und gerichtliche Todeserklärungen.

Hauptwohnung | Gemäß § 12 Abs. 2 des am 12.3.1994 in Kraft getretenen Ersten Gesetzes zur Änderung des Melderechtsrahmengesetzes (MRRG) vom 11.3.1994 (BGBl. S. 529) ist die Hauptwohnung die vorwiegend benutzte Wohnung der Einwohnerin bzw. des Einwohners. Hauptwohnung einer verheirateten Einwohnerin bzw. eines verheirateten Einwohners, die oder der nicht dauernd getrennt von seiner Familie lebt, ist die vorwiegend benutzte Wohnung der Familie. Hauptwohnung einer minderjährigen Einwohnerin bzw. eines minderjährigen Einwohners ist die vorwiegend benutzte Wohnung des Personensorgeberechtigten. Hauptwohnung einer behinderten Person, die in einer Behinderteneinrichtung untergebracht ist, bleibt auf Antrag dieser Person bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres ebenfalls die vorwiegend benutzte Wohnung des Personensorgeberechtigten. In Zweifelsfällen ist die vorwiegend benutzte Wohnung dort, wo der Schwerpunkt der Lebensbeziehungen der Einwohnerin bzw. des Einwohners liegt.

Haupteinkommensbezieherin bzw. Haupteinkommensbezieher des Haushalts | Ab 2005 ermittelt der Mikrozensus eine Haupteinkommensbezieherin bzw. einen Haupteinkommensbezieher im Haushalt. Dies ist die Person mit dem höchsten monatlichen Nettoeinkommen im Haushalt. Sofern mehrere Haushaltsmitglieder über das gleiche monatliche Nettoeinkommen verfügen, entscheidet die Reihenfolge, in der die Personen im Fragebogen eingetragen sind. Die Haushaltsbezugsperson, d. h. die erste im Fragebogen eingetragene Person, ist gleichzeitig Haupteinkommensbezieherin bzw. Haupteinkommensbezieher des Haushalts, wenn sie sich als selbstständige Landwirtin bzw. als selbstständiger Landwirt in der Haupttätigkeit (Vollzeit) eingestuft hat oder wenn kein Haushaltsmitglied Angaben zum persönlichen monatlichen Nettoeinkommen gemacht hat.

Haushalt | Als (Privat-)Haushalt zählt jede Personengemeinschaft, die zusammenwohnt und eine wirtschaftliche Einheit bildet (Mehrpersonenhaushalte). Des Weiteren umfasst der Begriff Personen, die allein wohnen und wirtschaften (Einpersonenhaushalte, z. B. Einzeluntermieterin bzw. -mieter). Zum Haushalt können verwandte und familienfremde Personen gehören (z. B. Hauspersonal). Gemeinschaftsunterkünfte gelten nicht als Haushalte, können aber Privathaushalte beherbergen (z. B. Haushalt der Anstaltsleiterin bzw. des -leiters). In einem Haushalt können gleichzeitig mehrere Familien bzw. Lebensformen leben (z. B. ein Ehepaar

ohne Kinder sowie eine alleinerziehende Mutter mit Kindern). Mehrfach gezählt werden Haushalte mit mehreren Wohnsitzen (Wohnungen am Hauptsitz und einem oder mehreren Nebenwohnsitzen). Haushalte werden üblicherweise nicht nach Haupt- und Nebenwohnsitz unterschieden, da sie an jedem Wohnsitz Wohnraum und Infrastruktureinrichtungen in Anspruch nehmen. Stehen ökonomische Fragestellungen im Vordergrund (Einkommen und Verbrauch), betrachtet der Mikrozensus ausschließlich Haushalte am Hauptwohnsitz, um Mehrfachzählungen zu vermeiden. Die Zuordnung der Haushalte nach Haupt- und Nebenwohnsitz erfolgte im Mikrozensus bis einschließlich 2004 über den Wohnsitz der Haushaltsbezugsperson. Ab 2005 ist die Haupteinkommensbezieherin bzw. der Haupteinkommensbezieher des Haushalts ausschlaggebend. Zu den Personen, die in Privathaushalten am Hauptwohnsitz (Nebenwohnsitz) leben, zählen entsprechend alle Haushaltsmitglieder mit Bezugsperson bzw. Haupteinkommensbezieherin oder Haupteinkommensbezieher des Haushalts am Ort der Hauptwohnung (Nebenwohnung). Insofern kann der persönliche Wohnsitz einzelner Mitglieder von Mehrpersonenhaushalten vom Wohnsitz der Einheit „Haushalt“ abweichen.

Haushaltsnettoeinkommen | Summe aller Einkunftsarten ohne Steuern und Sozialversicherungsbeiträge, z. B. Erwerbseinkommen, Unternehmereinkommen, Rente, Pension, öffentliche Unterstützung, Einkommen aus Vermietung und Verpachtung, Arbeitslosengeld und -hilfe, Kindergeld, Wohngeld, Sachbezüge. Die Haushaltsbezugsperson, d. h. die erste im Fragebogen eingetragene Person, muss das Haushaltsnettoeinkommen in ein Raster vorgegebener Einkommensklassen einstuft. Ist die Haushaltsbezugsperson selbstständige Landwirtin bzw. selbstständiger Landwirt in der Haupttätigkeit, sind keine Angaben zur Höhe des Haushaltseinkommens erforderlich.

Heiratshäufigkeit | Die Heiratsziffer der Ledigen drückt die eheschließenden Ledigen bestimmten Alters je 1 000 Ledige gleichen Alters aus.

Heiratsziffer | siehe Heiratshäufigkeit.

Jugendquotient | Er gibt die unter 20-Jährigen je 100 Personen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren an.

Kinder | Das sind ledige Personen ohne Lebenspartnerin bzw. Lebenspartner und ohne eigene Kinder im Haushalt. Sie leben mit mindestens einem Elternteil in einer Familie zusammen. Als Kinder gelten im Mikrozensus – neben leiblichen Kindern – auch Stief-, Adoptiv- und Pflegekinder, sofern die zuvor genannten Voraussetzungen vorliegen. Eine Altersbegrenzung für die Zählung als Kind besteht prinzipiell nicht. Als eigene Familie bzw. Lebensform zählen Kinder, die noch gemeinsam mit den Eltern in einem Haushalt leben, dort aber bereits eigene Kinder versorgen, nicht mehr ledig sind oder mit einer Partnerin bzw. einem Partner in einer Lebensgemeinschaft leben.

Kindergeld | Darunter fallen die Leistungen nach dem Bundeskindergeldgesetz. Durch den – ab 1996 wirksamen – Familienleistungsausgleich sind Einkommensteuer- und Kindergeldrecht vereinheitlicht worden. Seither kommt für jedes Kind der Kinderfreibetrag als Steuerfreistellung des Existenzminimums eines Kindes zur Anwendung oder das Kindergeld, das als Steuervergütung im laufenden Kalenderjahr gewährt wird. Das Kindergeld betrug von 2002 bis 2008 für das erste, zweite und dritte Kind jeweils 154 Euro und für das vierte und jedes weitere Kind jeweils 179 Euro. Ab 2009 betrug es für das erste und zweite Kind jeweils 164 Euro, für das dritte Kind 170 Euro und für das vierte und jedes weitere Kind jeweils 195 Euro. Ab 2010 beträgt das Kindergeld für das erste und zweite Kind jeweils 184 Euro, für das dritte Kind 190 Euro und für das vierte und jedes weitere Kind jeweils 215 Euro.

Kinder- und Jugendhilfe | Am 1.1.1991 trat das neue Kinder- und Jugendhilferecht als Aches Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) im früheren Bundesgebiet in Kraft. In den neuen Bundesländern erlangte es bereits mit dem Beitritt am 3.10.1990 seine Geltung. Zentraler Regelungsgegenstand des Gesetzes ist ein breit gefächertes Leistungsspektrum. Es sieht sowohl allgemeine Förderangebote für junge Menschen und für die Familie insgesamt vor als auch individuelle Leistungen für Kinder, Jugendliche und ihre Eltern sowie für junge Volljährige in unterschiedlichen

Lebenslagen und unterschiedlichen Erziehungssituationen. Um beurteilen zu können, wie sich die Bestimmungen des SGB VIII auswirken, werden mehrere Bundesstatistiken durchgeführt (§§ 98ff. SGB VIII). Die mögliche Palette der Aussagen reicht von der Anzahl der Kinder und tätigen Personen in Kindertageseinrichtungen über Aussagen zur Umsetzung von Erziehungshilfen bis hin zu differenzierten Daten zu den öffentlichen Ausgaben für die Kinder- und Jugendhilfe nach einzelnen Leistungsbereichen. Dieses Kapitel bildet die Angaben zur Kindertagesbetreuung ab. Bisher wurden in diesem Bereich vierjährlich Statistiken zur Anzahl der Kindertageseinrichtungen, der dort tätigen Personen und der verfügbaren Plätze erhoben. An ihre Stelle traten neue Erhebungen: Zum 15.3.2006 wurden erstmals Daten ermittelt zu den Statistiken „Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen“, „Kinder und tätige Personen in öffentlich geförderter Kindertagespflege“ und – ab 2009 – „Personen in Großtagespflegestellen und die dort betreuten Kinder“. Um die Erhebung zu vereinfachen, ist der Stichtag seit 2009 der 1. März. Diese Statistiken finden seitdem jährlich statt.

Kirchensteuer | Das Besteuerungsrecht der öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaften ist verfassungsrechtlich garantiert (Artikel 140 GG in Verbindung mit Artikel 137 Weimarer Reichsverfassung). Die Religionsgesellschaften, die als Körperschaften des öffentlichen Rechts anerkannt sind, sind danach berechtigt, nach landesrechtlichen Bestimmungen (Kirchensteuergesetze, Steuerordnungen) Steuern von ihren Mitgliedern zu erheben. Die Kirchensteuer wird als Zuschlagsteuer in unterschiedlicher Höhe und nach unterschiedlichen Bemessungsgrundlagen erhoben. Die finanziell größte Bedeutung hat die Kirchensteuer als Zuschlag zur Einkommen- und Lohnsteuer. Sie beträgt 9 % bzw. 8 % der Einkommen- bzw. Lohnsteuerschuld. Alternativ oder ergänzend kann die Kirchensteuer als Zuschlag zur Vermögensteuer und zu den Grundsteuer-Messbeträgen erhoben werden sowie als Kirchgeld nach besonderen Tarifen. Die Kircheneinkommen- und Kirchenlohnsteuer wird nach einheitlichem Verfahren als Diözesan- oder Landeskirchensteuer erhoben. Für die übrigen Zuschlagsteuern und für das Kirchgeld gelten unterschiedliche landesrechtliche Regelungen. Die Finanzämter führen die Kirchenlohnsteuer und die Kircheneinkommensteuer gegen Erstattung der Verwaltungskosten an die zuständigen Kirchensteuergläubiger ab. Steuerpflichtig sind grundsätzlich alle getauften Kirchenmitglieder, die im Bereich einer steuerberechtigten Kirche oder Religionsgesellschaft ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt haben. Im Kirchenlohnsteuerabzugsverfahren wird die von der Arbeitgeberin bzw. dem Arbeitgeber einbehaltene Kirchenlohnsteuer unmittelbar zusammen mit der Lohnsteuer an das Betriebsstätten-Finanzamt der Arbeitgeberin bzw. des Arbeitgebers abgeführt.

Lebendgeborene | Kinder, bei denen nach der Trennung vom Mutterleib entweder das Herz geschlagen, die Nabelschnur pulsiert oder die natürliche Lungenatmung eingesetzt hat. Die übrigen Kinder gelten als Totgeborene oder Fehlgeburten. Die Ergebnisse der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung in den neuen Ländern und Berlin-Ost basieren bis einschließlich 1990 auf den Definitionen und Methoden der Statistik der ehemaligen DDR. Bei einem rückwirkenden Vergleich mit dem früheren Bundesgebiet ist dies zu beachten. Als Lebendgeborene wurden alle Kinder gezählt, bei denen nach dem vollständigen Verlassen des Mutterleibes – unabhängig von der Durchtrennung der Nabelschnur oder von der Ausstoßung der Plazenta – Herztätigkeit und Lungenatmung vorhanden waren.

Lebensformenkonzept | Seit 1996 stellt der Mikrozensus die Frage nach einer Lebenspartnerin bzw. einem Lebenspartner im Haushalt. Die Beantwortung ist freiwillig. Bis 2004 richtete sich die Frage „Sind Sie Lebenspartner/-in der ersten Person?“ an alle Haushaltsmitglieder, die nicht mit der Haushaltsbezugsperson verwandt oder verschwägert waren. Der Mikrozensus 2005 stellte die Frage „Sind Sie Lebenspartner/-in einer Person dieses Haushalts?“ erstmals allen mindestens 16-jährigen Haushaltsmitgliedern ohne Ehepartnerin bzw. Ehepartner im Haushalt. Damit können ab 2005 erstmals mehrere Lebensgemeinschaften in einem Haushalt erhoben werden. Bis 2004 konnte jeder Haushalt höchstens eine Lebensgemeinschaft angeben, da die Frage ausschließlich auf eine Lebenspartnerschaft mit der Bezugsperson des Haushalts abzielte. Die Frage nach der Lebenspartnerschaft im Haushalt ist bewusst neutral formuliert und lässt das Geschlecht der Befragten außer Betracht. Somit können auch gleichgeschlechtliche Paare ihre Lebensgemeinschaft angeben. Dabei ist unerheblich, ob die Partnerschaft – nach

dem Lebenspartnerschaftsgesetz (LpartG) von 2001 – als eingetragene Lebenspartnerschaft registriert wurde. Die seit 1996 erhobenen Informationen ermöglichen das sogenannte Lebensformenkonzept. Inhaltlich berücksichtigt es die traditionellen Lebensformen (Ehepaare) wie auch die „alternativen“ Lebensgemeinschaften. Grundlage für die Darstellung von Ergebnissen nach dem Lebensformenkonzept ist die Bevölkerung in Familien bzw. Lebensformen am Hauptwohnsitz.

Lebensgemeinschaften | Zu den nichtehelichen (gemischtgeschlechtlichen) oder gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften zählt im Mikrozensus eine Lebenspartnerschaft, bei der zwei gemischt- oder gleichgeschlechtliche Lebenspartner ohne Trauschein bzw. zwei gleichgeschlechtliche Partner mit Trauschein oder notarieller Beglaubigung in einem Haushalt zusammenleben und gemeinsam wirtschaften. Bis einschließlich 2005 war es unerheblich, ob die Partnerschaft nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz (LpartG) von 2001 als eingetragene Lebenspartnerschaft registriert wurde. Ab 2006 erhebt der Mikrozensus auch eingetragene Lebenspartnerschaften (siehe hierzu auch „Lebensformenkonzept“).

Migrationshintergrund | Bei Personen mit Migrationshintergrund handelt es sich um solche, die nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zugezogen sind, sowie alle in Deutschland geborenen Ausländerinnen und Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborene mit zumindest einem Elternteil, der zugezogen ist oder der als Ausländerin bzw. Ausländer in Deutschland geboren wurde.

Nichteheliche Lebensgemeinschaften | siehe Lebensgemeinschaften.

Paare | Hierzu zählen im Mikrozensus alle Personen, die in einer Partnerschaft leben und einen gemeinsamen Haushalt führen. Dazu gehören Ehepaare, nichteheliche (gemischtgeschlechtliche) und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften.

Paare ohne Kinder | Hierzu zählen im Mikrozensus Ehepaare und Lebensgemeinschaften ohne Kinder im befragten Haushalt. Neben noch kinderlosen und dauerhaft kinderlosen Paaren fallen darunter auch Paare, deren Kinder die Herkunftsfamilie bereits verlassen haben, etwa um einen eigenen Hausstand zu gründen. Ferner zählen zu den Paaren ohne Kinder auch solche Paare, deren Kinder noch im gemeinsamen Haushalt leben, dort aber bereits eigene Kinder versorgen, nicht mehr ledig sind oder mit einer Partnerin bzw. einem Partner in einer Lebensgemeinschaft leben.

Religionszugehörigkeit | Die Angaben beziehen sich nicht auf die religiöse Überzeugung, sondern auf die rechtliche Zugehörigkeit zu einer Kirche, Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaft.

Säuglingssterblichkeit | Im ersten Lebensjahr Gestorbene, bezogen auf die Lebendgeborenen eines gleich langen Berichtszeitraums, soweit möglich unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den Monaten, in denen die gestorbenen Säuglinge geboren sind.

Scheidungen | siehe Ehelösungen.

Scheidungshäufigkeit | Ehescheidungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner bzw. je 10 000 bestehende Ehen. Die ehedauerspezifische Scheidungsziffer wird zur Beurteilung des Scheidungsrisikos in Abhängigkeit von der Ehedauer herangezogen. Sie gibt die Anzahl der im Berichtsjahr geschiedenen Ehen eines Eheschlussjahrgangs je 1 000 geschlossene Ehen desselben Jahrgangs an. Werden für ein Kalenderjahr die ehedauerspezifischen Scheidungsziffern für 25 Eheschlussjahrgänge addiert, ergibt dies die zusammengefasste ehedauerspezifische Scheidungsziffer. Diese erreichte 2010 einen Wert von 389 bzw. 39 %. Dies bedeutet, dass unter den Scheidungsverhältnissen von 2010 mehr als jede dritte Ehe geschieden wurde.

Scheidungsziffer | siehe Scheidungshäufigkeit.

Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler | Deutsche Staatsangehörige und deutsche Volkszugehörige sowie deren Familienangehörige, die nach Abschluss der allgemeinen Vertreibungsmaßnahmen ihre angestammte Heimat in den Staaten Ost- und Südosteuropas aufgegeben und ihren neuen Wohnsitz in Deutschland begründet haben.

Sterbetafel | Sie stellt ein mathematisches Modell der Sterblichkeitsverhältnisse einer Bevölkerung während eines bestimmten Beobachtungszeitraums dar. Sie dient insbesondere zur Berechnung altersspezifischer Sterbe- und Überlebenswahrscheinlichkeiten sowie der durchschnittlichen Lebenserwartung. Die nachgewiesene Lebenserwartung würde sich ergeben, wenn sich die Sterblichkeit in Zukunft nicht verändern würde. Die in der Tabelle nachgewiesenen Altersangaben beziehen sich auf Personen, die das angegebene Lebensjahr gerade vollendet haben.

Sterblichkeit | Die Sterbeziffern nach Alter und Geschlecht beschreiben die Gestorbenen bestimmten Alters und Geschlechts je 1 000 Lebende gleichen Alters und Geschlechts. Bei der „Standardisierten Sterbeziffer“ sind die Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung ausgeschaltet, da eine einheitliche Alters- und Geschlechtsgliederung zugrunde gelegt ist (hier von 1995).

Sterbeziffern | siehe Sterblichkeit.

Totgeborene | Hierzu zählen seit 1. 4. 1994 nur Kinder, deren Geburtsgewicht mindestens 500 g beträgt. Zuvor waren seit 1.7.1979 ein Mindestgewicht von 1 000 g erforderlich und davor mindestens 35 cm Körperlänge. Von der Standesbeamtin bzw. dem -beamten nicht registriert werden Fehlgeburten (seit 1.4.1994 weniger als 500 g Geburtsgewicht). Sie bleiben daher in der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung unberücksichtigt.

Wohnbevölkerung | Sie bildete bis Frühjahr 1983 die Basis für die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes. Danach gehörten Personen mit nur einer Wohnung zur Wohnbevölkerung der Gemeinde, in der sich diese Wohnung befand. Personen mit mehr als einer Wohnung oder Unterkunft im früheren Bundesgebiet wurden der Wohnbevölkerung derjenigen Gemeinde zugeordnet, von der aus sie zur Arbeit oder Ausbildung gingen. Bei Personen, die weder berufstätig noch in der Ausbildung waren, war die Wohnung oder Unterkunft maßgebend, in der sie sich überwiegend aufhielten.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Standardveröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen kostenfrei downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 190 amtlichen Statistiken. Daten zu *Bevölkerung, Familien, Lebensformen* finden Sie unter dem Menüpunkt › Themen, Code 12, Daten zu *Familien, Kinder* unter Code 22521, 22541, 22911 und 22922

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Bevölkerung

Fachserie 1 Bevölkerung

Reihe 1.3 Bevölkerungsfortschreibung

Wirtschaft und Statistik

Heft 7/10 Aufnahme des Merkmals „Geburtsstaat“ in die Daten der Bevölkerungs- und Wanderungsstatistik 2008

Heft 5/11 Bevölkerungsentwicklung 2009

Broschüren

Im Blickpunkt: Ältere Menschen in Deutschland und der EU (2011)

■ Geborene und Gestorbene

Fachserie 1 Bevölkerung

Reihe 1.1 Natürliche Bevölkerungsbewegung

Wirtschaft und Statistik

Heft 3/11 Amtliche Sterbetafeln und Entwicklung der Sterblichkeit

Heft 2/12 Geburtenfolge und Geburtenabstand – neue Daten und Befunde

Broschüren

Geburten in Deutschland (2012)

■ Migration

Fachserie 1 Bevölkerung

Reihe 2 Ausländische Bevölkerung

Reihe 2.1 Bevölkerung mit Migrationshintergrund

Reihe 2.2 Einbürgerungen

■ Wanderungen

Fachserie 1 Bevölkerung

Reihe 1.2 Wanderungen

Wirtschaft und Statistik

Heft 5/11 Bevölkerungsentwicklung 2009

■ Bevölkerungsvorausberechnung

Wirtschaft und Statistik

Heft 1/10 Annahmen zur Geburtenentwicklung in der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung

Heft 3/11 Entwicklung der Privathaushalte bis 2030: Ende des ansteigenden Trends

Mehr zum Thema

■ Bevölkerungsvorausberechnung

Broschüren

Bevölkerung Deutschlands bis 2060 – 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung
(Begleitmaterial zur Pressekonferenz 2009)

Gemeinschaftsveröffentlichungen

- Heft 1 Demografischer Wandel in Deutschland
Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung im Bund und in den Ländern (2011)
- Heft 2 Auswirkungen auf Krankenhausbehandlungen und Pflegebedürftige (2010)
- Heft 3 Auswirkungen auf Schülerzahlen und Kindertagesbetreuung (2009)
- Heft 4 Auswirkungen auf die Entwicklung der Erwerbspersonenzahl (2009)

■ Familien, Kinder und Lebensformen

Fachserie 1 Bevölkerung

- Reihe 1.1 Natürliche Bevölkerungsbewegung
- Reihe 1.4 Statistik der rechtskräftigen Beschlüsse in Eheauflösungssachen 2010 (Scheidungsstatistik)
- Reihe 3 Haushalte und Familien

Fachberichte

Alleinerziehende in Deutschland, Ergebnisse des Mikrozensus 2009
Elterngeld regional: Geburten 2010
Der Personalschlüssel in der Kindertagesbetreuung 2010

Wirtschaft und Statistik

- Heft 10/10 Haushalte und Lebensformen der Bevölkerung
- Heft 3/11 Ehescheidungen 2009
- Heft 4/11 Vereinbarkeit von Familie und Beruf

STATmagazin

Alles beim Alten: Mütter stellen Erwerbstätigkeit hinten an (2010)
Paare in Deutschland: Gleich und gleich gesellt sich gern (2010)

■ Themenübergreifend

Broschüren

Frauen und Männer in verschiedenen Lebensphasen (2010)

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter +49 (0)6 11 / 75 48 66 (Geburten, Sterbefälle, Eheschließungen, Ehescheidungen), +49 (0)6 11 / 75 48 65 (Gemeindeverzeichnis, Fortschreibung, Wanderungen, Migration, Wohnsituation), +49 (0)6 11 / 75 81 67 (Kinder- und Jugendhilfe, Elterngeld, Kindergeld und Unterhaltsvorschuss).

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.

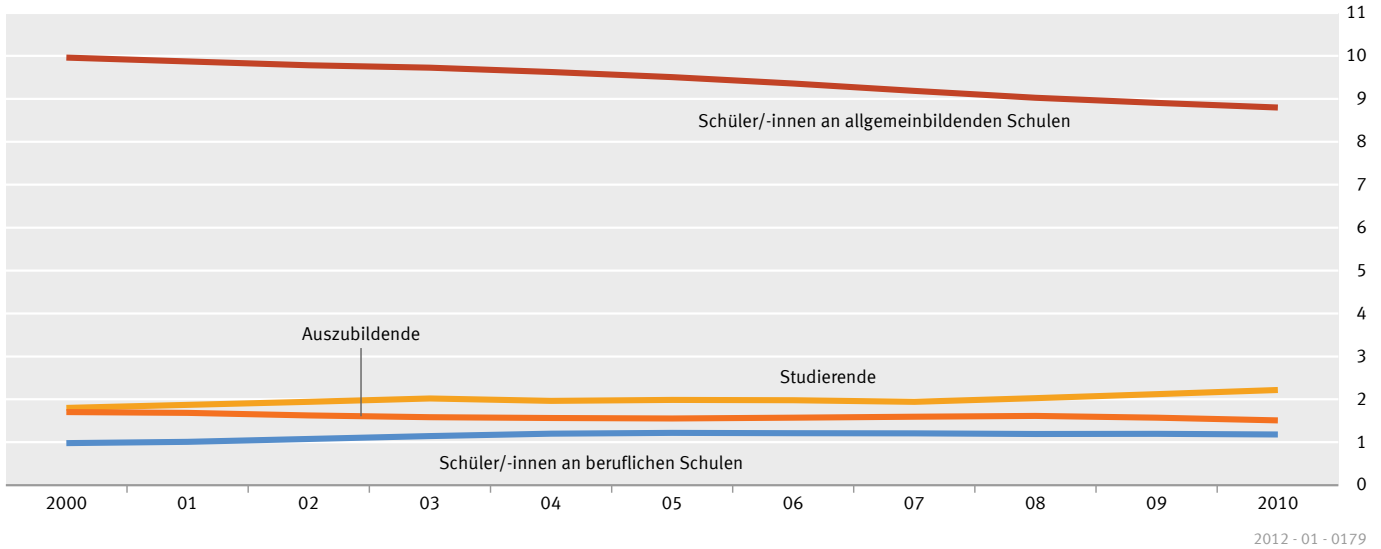
3 Bildung



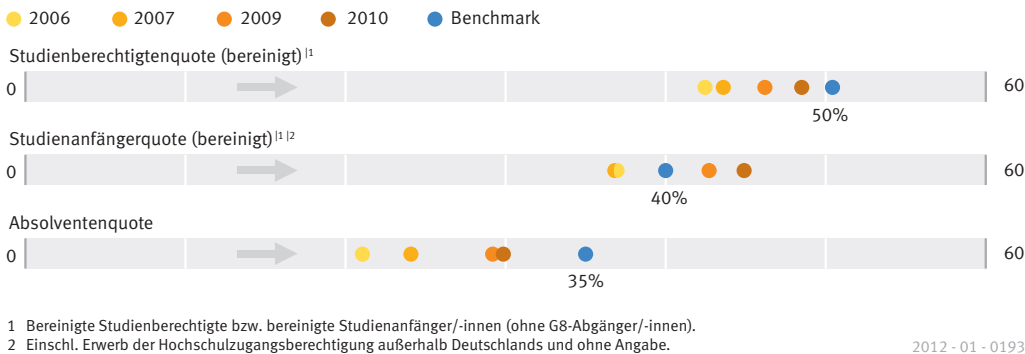
Schülerzahl an allgemeinbildenden Schulen in letzten zehn Jahren um **12 %** zurückgegangen | **Zwei von fünf** jungen Menschen mit **Migrationshintergrund** haben **Abitur** | **Platz eins** der **Ausbildungsberufe** bei Männern belegte 2010 **Kfz-Mechatroniker**, bei Frauen **Kauffrau im Einzelhandel** | **Studienberechtigtenquote** lag bei fast **50 %** | Knapp **jede fünfte Professur** übte eine **Frau** aus, bei **C4-Professuren** war es **jede zehnte** | Rund **6 %** des Bruttoinlandsproduktes waren **Bildungsausgaben**

Seite	
77	Auf einen Blick
	Tabellen
78	Bildungsstand der Bevölkerung Allgemeiner Schulabschluss Beruflicher Bildungsabschluss Nach Migrationshintergrund Schulbesuch nach Bildungsabschluss der Eltern
82	Integrierte Ausbildungsberichterstattung Nach ausbildungsrelevanten Sektoren und Ländern
83	Allgemeinbildende und berufliche Schulen Schularten Nach Ländern Vollzeit- und teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte Schülerinnen und Schüler Abschlüsse
88	Auszubildende Nach Berufsgruppen Nach Ländern
90	Hochschulen Hochschularten Nach Ländern Studierende Studienanfängerinnen und -anfänger Fächergruppen Prüfungen Personal
95	Weiterbildung Berufliche Weiterbildung Teilnehmerinnen und Teilnehmer Prüfungen Volkshochschulen
97	Ausbildungsförderung Geförderte nach BAföG und AFGB Förderungsleistungen
97	Finanzen der Schulen und Hochschulen, Budget für Bildung Ausgaben je Schülerin und Schüler an öffentlichen Schulen Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft Ausgaben der Hochschulen Monetäre Kennzahlen
103	Forschungsausgaben und Forschungspersonal Nach durchführenden Bereichen Nach Sektoren Nach Ländern
106	Promovierende Nach Fächergruppen Nach Geschlecht
107	Methodik
109	Glossar
112	Mehr zum Thema

Bildungsbeteiligung
in Mill.



Nationale Benchmarks 2006
in %



Benchmarks sind festgelegte Zielwerte, die in der Regel bis zu einem bestimmten Zeitpunkt erreicht werden sollen.

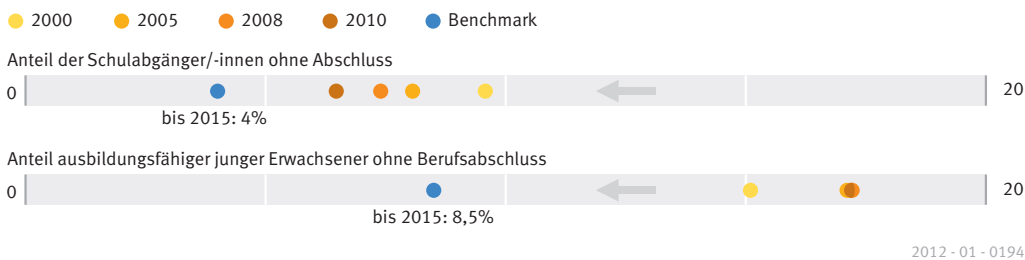
Die **Studienberechtigtenquote** gibt an, welcher Anteil der Schulabgängerinnen und -abgänger im Alter von 18 bis einschl. 20 Jahren einen Schulabschluss hat, der zum Studium berechtigt. Die Quote beschreibt also den Anteil aller potenziellen Studienanfängerinnen und -anfänger, bezogen auf die Jahrgänge der 18- bis 20-Jährigen. Sie ist eine wichtige Kennzahl für die Schul- und Hochschulplanung.

Die **Studienanfängerquote** gibt an, welcher Anteil eines Jahrgangs Studienanfängerin bzw. -anfänger ist, also im ersten Hochschulsemester steht. Die Quote beschreibt das Ausmaß des realen „Zulaufs“ von Studienanfängerinnen und -anfängern an die Hochschulen.

Bedingt durch die Umstellung der gymnasialen Schulausbildung von 13 auf 12 Jahre in vielen Bundesländern kommt es – zeitlich versetzt – zu sogenannten Doppelabiturientenjahrgängen. Dies bedeutet, es gibt Abiturientenjahrgänge mit Absolventinnen und Absolventen aus Klassenstufe 12 und 13 gleichzeitig (G8-Effekt).

Die **Absolventenquote** gibt an, wie viele Menschen eines Jahrgangs in einem bestimmten Prüfungsjahr ein Erststudium an einer Hochschule abgeschlossen haben, also Absolventinnen und Absolventen sind. Der Indikator liefert Informationen zum realen „Output“.

Nationale Benchmarks 2008
in %



3.1 Bildungsstand der Bevölkerung

3.1.1 Bevölkerung nach allgemeinem Schulabschluss 2011

Zu den **Personen mit Migrationshintergrund** gehört die ausländische Bevölkerung – unabhängig davon, ob sie im Inland oder Ausland geboren wurde – sowie alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten, unabhängig von ihrer Nationalität. Daneben zählen zu den Personen mit Migrationshintergrund auch die in Deutschland geborenen eingebürgerten Ausländerinnen und Ausländer sowie eine Reihe von in Deutschland Geborenen mit deutscher Staatsangehörigkeit mit zumindest einem zugezogenen oder als Ausländerin bzw. Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil.

Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt ¹	Davon										
		noch in schulischer Ausbildung		mit allgemeinem Schulabschluss					ohne allgemeinen Schulabschluss ²			
				zusammen		davon						
1 000	%	1 000	%	Hauptschulabschluss	Abschluss der polytechnischen Oberschule	Realschulabschluss	Fachhochschul-/Hochschulreife	ohne Angabe zur Art des Abschlusses	1 000	%		
Insgesamt	71 167	2 715	3,8	65 474	92,0	39,5	7,7	23,6	29,0	0,2	2 685	3,8
15 – 25	9 119	2 673	29,3	6 125	67,2	22,9	–	37,9	39,1	0,2	309	3,4
25 – 35	9 845	35	0,4	9 452	96,0	21,3	–	33,1	45,3	0,2	338	3,4
35 – 45	11 440	/	/	10 949	95,7	25,3	10,7	28,2	35,6	0,2	467	4,1
45 – 55	13 227	/	/	12 683	95,9	31,9	14,8	24,1	29,0	0,2	517	3,9
55 – 65	10 415	/	/	9 988	95,9	44,3	14,3	17,2	23,9	0,2	398	3,8
65 und mehr	17 121	/	/	16 278	95,1	68,8	3,3	13,3	14,2	0,4	656	3,8
Männlich												
15 – 25	4 689	1 352	28,8	3 153	67,2	27,6	–	37,6	34,6	0,2	175	3,7
25 – 35	4 991	20	0,4	4 790	96,0	25,3	–	31,3	43,3	0,2	167	3,3
35 – 45	5 803	/	/	5 568	95,9	28,7	10,8	23,9	36,4	0,2	223	3,8
45 – 55	6 661	/	/	6 388	95,9	34,8	14,8	19,6	30,6	0,2	259	3,9
55 – 65	5 130	/	/	4 938	96,3	43,1	13,7	14,2	29,0	0,2	175	3,4
65 und mehr	7 402	/	/	7 083	95,7	64,1	3,4	11,3	20,9	0,3	264	3,6
Zusammen	34 676	1 375	4,0	31 920	92,1	39,4	7,7	21,2	31,5	0,2	1 263	3,6
Weiblich												
15 – 25	4 430	1 321	29,8	2 972	67,1	17,9	–	38,1	43,9	/	134	3,0
25 – 35	4 855	15	0,3	4 662	96,0	17,2	–	35,1	47,4	0,2	171	3,5
35 – 45	5 637	/	/	5 381	95,5	21,7	10,7	32,6	34,8	0,2	244	4,3
45 – 55	6 566	/	/	6 295	95,9	28,9	14,8	28,6	27,4	0,2	258	3,9
55 – 65	5 285	/	/	5 050	95,5	45,5	15,0	20,2	19,0	0,2	222	4,2
65 und mehr	9 719	/	/	9 195	94,6	72,5	3,2	14,9	9,0	0,4	392	4,0
Zusammen	36 492	1 340	3,7	33 554	92,0	39,6	7,6	26,0	26,5	0,3	1 421	3,9
darunter Bevölkerung mit Migrationshintergrund												
Insgesamt	12 551	775	6,2	10 061	80,2	39,6	0,9	24,8	34,3	0,4	1 666	13,3
15 – 25	2 238	759	33,9	1 354	60,5	32,5	–	33,3	34,0	/	116	5,2
25 – 35	2 473	12	0,5	2 248	90,9	31,4	–	25,9	42,3	0,4	202	8,1
35 – 45	2 550	/	/	2 214	86,8	37,0	0,9	27,3	34,4	0,4	324	12,7
45 – 55	2 166	/	/	1 829	84,5	39,6	1,8	25,4	32,8	0,5	329	15,2
55 – 65	1 614	–	–	1 314	81,4	47,9	2,1	19,1	30,5	0,4	295	18,3
65 und mehr	1 511	–	–	1 101	72,9	60,4	1,2	13,0	25,0	0,5	400	26,5
Männlich												
15 – 25	1 173	394	33,6	710	60,6	38,1	–	31,9	29,7	/	62	5,3
25 – 35	1 234	7	0,6	1 129	91,5	35,1	–	24,3	40,2	/	90	7,3
35 – 45	1 255	/	/	1 105	88,1	42,0	1,0	24,8	31,7	0,5	143	11,4
45 – 55	1 102	/	/	947	86,0	42,9	2,1	23,7	30,6	0,6	151	13,7
55 – 65	784	–	–	661	84,3	49,6	2,5	18,0	29,5	/	120	15,3
65 und mehr	726	–	–	543	74,8	58,9	1,4	11,3	27,9	/	180	24,7
Zusammen	6 274	402	6,4	5 095	81,2	42,9	1,1	23,2	32,4	0,5	746	11,9
Weiblich												
15 – 25	1 065	365	34,3	644	60,5	26,4	–	34,8	38,6	/	54	5,1
25 – 35	1 239	5	0,4	1 119	90,4	27,6	–	27,5	44,4	0,5	112	9,0
35 – 45	1 295	/	/	1 109	85,6	32,1	0,8	29,7	37,1	/	180	13,9
45 – 55	1 064	/	/	882	82,9	36,1	1,4	27,1	35,0	/	178	16,7
55 – 65	830	–	–	653	78,6	46,3	1,6	20,2	31,5	/	175	21,1
65 und mehr	784	–	–	558	71,1	61,8	1,1	14,6	22,2	/	220	28,1
Zusammen	6 277	373	5,9	4 965	79,1	36,2	0,8	26,5	36,2	0,4	920	14,7

Ergebnisse des Mikrozensus. – Personen im Alter von 15 Jahren und mehr.

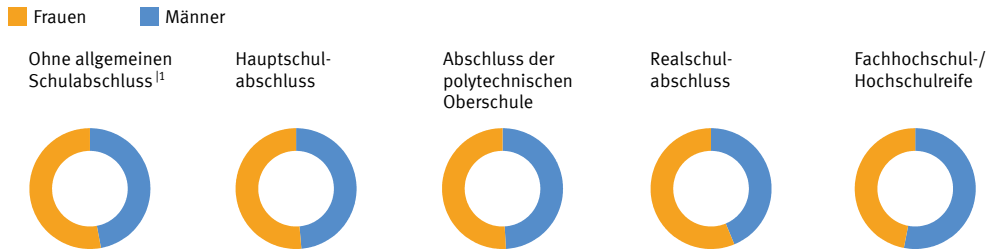
1 Einschl. 293 000 Personen, die keine Angaben zur allgemeinen Schulbildung gemacht haben.

2 Einschl. Personen mit Abschluss nach höchstens sieben Jahren Schulbesuch.

3.1 Bildungsstand der Bevölkerung

Allgemeine Schulabschlüsse nach Geschlecht 2011

Bevölkerung im Alter von 15 Jahren und mehr, in %



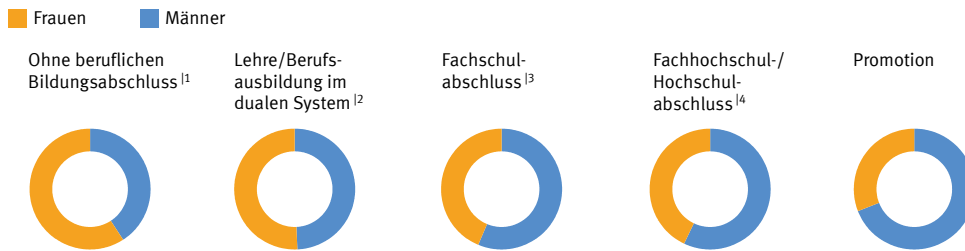
Ergebnisse des Mikrozensus.

1 Einschl. Personen mit Abschluss nach höchstens sieben Jahren Schulbesuch.

2012 - 01 - 0176

Berufliche Bildungsabschlüsse nach Geschlecht 2011

Bevölkerung im Alter von 15 Jahren und mehr, in %



Ergebnisse des Mikrozensus.

1 Einschl. Berufsvorbereitungsjahr und berufliches Praktikum, da durch diese keine berufsqualifizierenden Abschlüsse erworben werden.

2 Einschl. eines gleichwertigen Berufsfachschulabschlusses, Vorbereitungsdienst für den mittleren Dienst in der öffentlichen Verwaltung sowie Anlernausbildung.

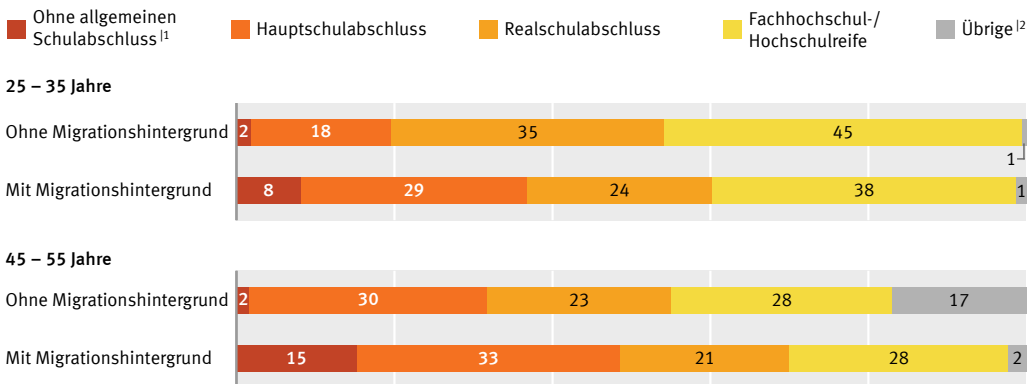
3 Einschl. einer Meister-/Technikerausbildung, Abschluss einer Schule des Gesundheitswesens sowie Fachschulabschluss in der ehemaligen DDR.

4 Einschl. Ingenieurschulabschluss sowie Verwaltungsfachhochschulabschluss.

2012 - 01 - 0177

Bevölkerung nach Migrationshintergrund und allgemeinen Schulabschlüssen 2011

in %



Ergebnisse des Mikrozensus.

1 Einschl. Personen mit Abschluss nach höchstens sieben Jahren Schulbesuch.

2 Personen mit Abschluss der polytechnischen Oberschule sowie Personen, zu denen keine Angaben über den Abschluss vorlagen. 2012 - 01 - 0178

3.1 Bildungsstand der Bevölkerung

3.1.2 Bevölkerung nach beruflichem Bildungsabschluss 2011

Zu den **Personen mit Migrationshintergrund** gehört die ausländische Bevölkerung – unabhängig davon, ob sie im Inland oder Ausland geboren wurde – sowie alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten, unabhängig von ihrer Nationalität. Daneben zählen zu den Personen mit Migrationshintergrund auch die in Deutschland geborenen eingebürgerten Ausländerinnen und Ausländer sowie eine Reihe von in Deutschland Geborenen mit deutscher Staatsangehörigkeit mit zumindest einem zugezogenen oder als Ausländerin bzw. Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil.

Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt ¹	Davon									ohne beruflichen Bildungsabschluss ¹⁵	
		mit beruflichem Bildungsabschluss							zusammen			
		1 000	%	Lehre/ Berufsausbildung im dualen System ¹²	Fachschul- abschluss ¹³	Fachschul- abschluss in der ehe- maligen DDR	Fachhoch- schul- abschluss ¹⁴	Hochschul- abschluss	Promotion	ohne Angabe zur Art des Abschlusses	1 000	%
Insgesamt	71 167	51 535	72,4	69,3	10,4	1,8	6,8	10,0	1,5	0,3	19 230	27,0
15 – 25	9 119	2 255	24,7	86,2	7,7	–	2,3	3,4	/	0,3	6 848	75,1
25 – 35	9 845	7 768	78,9	64,9	11,0	–	8,2	14,6	1,1	0,3	2 051	20,8
35 – 45	11 440	9 653	84,4	65,6	11,4	1,1	7,9	12,0	1,7	0,3	1 760	15,4
45 – 55	13 227	11 246	85,0	67,7	11,6	2,0	7,2	9,6	1,7	0,3	1 946	14,7
55 – 65	10 415	8 720	83,7	68,6	9,8	2,6	6,8	10,3	1,6	0,3	1 655	15,9
65 und mehr	17 121	11 893	69,5	74,1	9,0	2,9	5,3	6,8	1,5	0,3	4 970	29,0
Männlich												
15 – 25	4 689	1 149	24,5	90,7	4,6	–	1,9	2,5	–	/	3 529	75,3
25 – 35	4 991	3 899	78,1	67,1	10,0	–	8,9	12,6	1,1	0,3	1 075	21,5
35 – 45	5 803	4 961	85,5	63,3	12,8	0,5	9,2	11,8	2,1	0,3	829	14,3
45 – 55	6 661	5 804	87,1	64,5	13,6	1,0	8,8	9,6	2,2	0,3	839	12,6
55 – 65	5 130	4 553	88,8	63,4	12,2	1,7	8,9	11,3	2,3	0,3	555	10,8
65 und mehr	7 402	6 314	85,3	66,3	12,6	2,4	7,8	8,3	2,2	0,3	1 014	13,7
Zusammen	34 676	26 681	76,9	66,0	12,1	1,2	8,4	10,1	1,9	0,3	7 841	22,6
Weiblich												
15 – 25	4 430	1 107	25,0	81,5	11,0	–	2,7	4,4	/	/	3 319	74,9
25 – 35	4 855	3 869	79,7	62,6	12,0	–	7,5	16,7	1,0	0,2	976	20,1
35 – 45	5 637	4 692	83,2	68,0	10,0	1,7	6,5	12,2	1,3	0,3	932	16,5
45 – 55	6 566	5 441	82,9	71,1	9,4	3,1	5,5	9,5	1,1	0,3	1 107	16,9
55 – 65	5 285	4 167	78,8	74,4	7,2	3,7	4,6	9,1	0,7	0,3	1 100	20,8
65 und mehr	9 719	5 579	57,4	82,9	4,9	3,4	2,5	5,3	0,7	0,4	3 956	40,7
Zusammen	36 492	24 854	68,1	72,9	8,6	2,4	5,0	9,9	0,9	0,3	11 390	31,2
dar. Bevölkerung mit Migrationshintergrund												
Insgesamt	12 551	6 423	51,2	65,8	9,6	0,3	6,6	15,6	1,5	0,5	6 058	48,3
15 – 25	2 238	368	16,4	85,3	5,5	–	2,0	6,4	–	/	1 860	83,1
25 – 35	2 473	1 521	61,5	63,7	8,2	–	6,5	19,7	1,4	0,4	937	37,9
35 – 45	2 550	1 546	60,6	65,1	9,7	/	6,3	16,7	1,5	0,6	991	38,9
45 – 55	2 166	1 297	59,9	64,8	11,1	/	7,2	14,4	1,6	0,5	858	39,6
55 – 65	1 614	944	58,5	64,2	11,1	0,5	7,6	14,2	1,9	0,6	662	41,0
65 und mehr	1 511	747	49,5	65,4	9,9	0,9	7,8	13,4	2,1	/	749	49,6
Männlich												
15 – 25	1 173	184	15,7	88,1	3,8	–	/	5,1	–	/	981	83,6
25 – 35	1 234	772	62,6	66,7	7,2	–	7,0	16,9	1,7	/	452	36,6
35 – 45	1 255	788	62,8	67,5	8,9	/	6,6	14,5	1,7	/	460	36,7
45 – 55	1 102	693	62,9	66,6	11,0	/	7,4	12,4	1,9	/	403	36,6
55 – 65	784	515	65,7	64,6	11,3	/	7,8	12,7	2,3	/	265	33,8
65 und mehr	726	434	59,8	64,0	11,0	/	8,3	13,0	2,7	/	286	39,4
Zusammen	6 274	3 386	54,0	67,4	9,3	0,3	7,0	13,6	1,9	0,5	2 846	45,4
Weiblich												
15 – 25	1 065	184	17,3	82,6	7,3	–	/	7,7	–	/	880	82,6
25 – 35	1 239	749	60,4	60,6	9,3	–	5,9	22,6	1,1	/	485	39,2
35 – 45	1 295	759	58,6	62,6	10,5	/	6,1	18,9	1,2	/	531	41,0
45 – 55	1 064	604	56,8	62,7	11,3	/	6,9	16,8	1,3	/	455	42,8
55 – 65	830	429	51,6	63,6	10,8	/	7,2	15,9	1,3	/	398	47,9
65 und mehr	784	313	39,9	67,5	8,4	/	7,0	14,0	/	/	463	59,0
Zusammen	6 277	3 037	48,4	64,0	10,0	0,4	6,2	17,8	1,2	0,5	3 211	51,2

Ergebnisse des Mikrozensus. – Personen im Alter von 15 Jahren und mehr.

1 Einschl. 402 000 Personen, die keine Angaben zum beruflichen Bildungsabschluss gemacht haben.

2 Einschl. eines gleichwertigen Berufsfachschulabschlusses, Vorbereitungsdienst für den mittleren Dienst in der öffentlichen Verwaltung sowie 485 000 Personen mit Anlernausbildung.

3 Einschl. einer Meister-/Technikerausbildung sowie Abschluss einer Schule des Gesundheitswesens.

4 Einschl. Ingenieurschulabschluss sowie Verwaltungsfachhochschulabschluss.

5 Einschl. Berufsvorbereitungsjahr und berufliches Praktikum, da durch diese keine berufsqualifizierenden Abschlüsse erworben werden.

3.2 Schulbesuch nach allgemeinem Schulabschluss der Eltern 2011

	Insgesamt ¹	Davon nach höchstem allgemeinem Schulabschluss der Eltern ²					ohne allgemeinen Schulabschluss ³
		mit allgemeinem Schulabschluss					
		Haupt- (Volks-)schulabschluss	Abschluss der polytechnischen Oberschule	Realschul- oder gleichwertiger Abschluss	Fachhochschul- oder Hochschulreife	ohne Angabe zur Art des Abschlusses	
	1 000	%					
Insgesamt	10 825	21,4	7,1	29,3	37,9	0,1	4,0
Grundschule	2 840	18,2	6,0	29,5	42,3	/	3,7
Hauptschule	637	46,0	3,4	27,8	12,2	/	10,3
Realschule	1 497	24,4	7,8	38,0	26,0	/	3,7
Gymnasium	2 670	8,2	5,1	24,2	61,0	/	1,3
Sonstige allgemeinbildende Schulen ⁴	1 262	24,7	9,9	27,5	30,8	/	6,7
Berufliche Schule, die einen mittleren Abschluss vermittelt	86	40,1	/	29,0	18,6	/	7,9
Berufliche Schule, die zur Fachhochschul-/ Hochschulreife führt	266	23,9	5,8	34,6	31,8	-	3,7
Berufsschule	1 298	33,2	12,0	31,2	19,7	/	3,8
Sonstige berufliche Schulen ⁵	270	32,3	10,4	28,5	21,8	-	6,8

Ergebnisse des Mikrozensus. – Nachgewiesen werden Personen, für die Angaben zu mindestens einem Elternteil vorliegen.

- 1 Einschl. 11 000 Kinder, deren Eltern keine Angaben zum höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss gemacht haben.
- 2 Bei abweichendem Schulabschluss der Eltern wird der Elternteil mit dem höchsten Abschluss nachgewiesen.

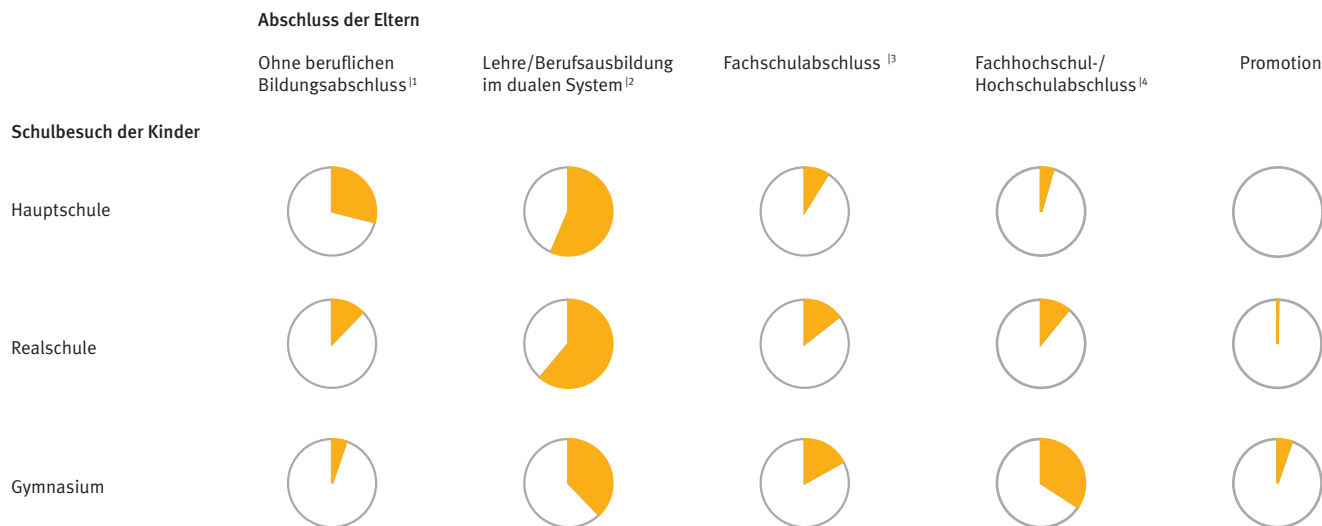
3 Einschl. Eltern mit Abschluss nach höchstens sieben Jahren Schulbesuch bzw. einer geringen Anzahl von Eltern, die sich noch in schulischer Ausbildung befinden.

4 Schulartunabhängige Orientierungsstufe, Schularten mit mehreren Bildungsgängen, Gesamtschule, Waldorfschule, Förderschule.

5 Berufsvorbereitungsjahr, Berufsgrundbildungsjahr, Berufsfachschule, die einen Abschluss in einem Beruf vermittelt, einjährige Schule des Gesundheitswesens.

Schulbesuch nach höchstem beruflichem Bildungsabschluss der Eltern 2011

in %



Ergebnisse des Mikrozensus. – Nachgewiesen werden Personen, für die Angaben zu mindestens einem Elternteil vorliegen. Bei abweichendem Schulabschluss der Eltern wird der Elternteil mit dem höchsten Abschluss nachgewiesen.

- 1 Einschl. Berufsvorbereitungsjahr und berufliches Praktikum, da durch diese keine berufsqualifizierenden Abschlüsse erworben werden.
- 2 Einschl. eines gleichwertigen Berufsfachschulabschlusses, Vorbereitungsdienst für den mittleren Dienst in der öffentlichen Verwaltung sowie Anlernausbildung.
- 3 Einschl. einer Meister-/Technikerausbildung, Abschluss einer Schule des Gesundheitswesens sowie Fachschulabschluss in der ehemaligen DDR.
- 4 Einschl. Ingenieurschulabschluss sowie Verwaltungsfachhochschulabschluss.

3.3 Integrierte Ausbildungsberichterstattung 2010

	Insgesamt		Ausbildungsrelevante Sektoren							
			Berufsausbildung		Integration in Ausbildung (Übergangsbereich)		Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung (Sekundarstufe II)		Studium	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Anfänger/-innen										
Deutschland	2 052 343	729 577	35,5	320 173	15,6	554 704	27,0	447 890	21,8	
Baden-Württemberg	307 132	95 895	31,2	68 682	22,4	74 918	24,4	67 638	22,0	
Bayern	255 150	104 871	41,1	24 175	9,5	61 355	24,0	64 749	25,4	
Berlin	84 580	30 612	36,2	8 018	9,5	17 100	20,2	28 850	34,1	
Brandenburg	39 229	16 510	42,1	3 181	8,1	10 039	25,6	9 499	24,2	
Bremen	22 067	7 890	35,8	3 203	14,5	4 496	20,4	6 478	29,4	
Hamburg	51 870	18 885	36,4	5 739	11,1	11 405	22,0	15 841	30,5	
Hessen	158 352	50 743	32,0	20 561	13,0	49 976	31,6	37 072	23,4	
Mecklenburg-Vorpommern	26 932	12 307	45,7	2 633	9,8	4 961	18,4	7 031	26,1	
Niedersachsen	221 603	79 265	35,8	48 656	22,0	62 370	28,1	31 312	14,1	
Nordrhein-Westfalen	529 861	166 424	31,4	77 815	14,7	187 956	35,5	97 666	18,4	
Rheinland-Pfalz	101 000	40 063	39,7	17 991	17,8	20 785	20,6	22 161	21,9	
Saarland	26 362	8 258	31,3	4 418	16,8	7 785	29,5	5 901	22,4	
Sachsen	75 124	33 555	44,7	6 346	8,4	13 205	17,6	22 018	29,3	
Sachsen-Anhalt	41 174	19 498	47,4	5 306	12,9	6 285	15,3	10 085	24,5	
Schleswig-Holstein	69 703	26 841	38,5	18 061	25,9	14 911	21,4	9 890	14,2	
Thüringen	42 205	17 962	42,6	5 387	12,8	7 157	17,0	11 699	27,7	
Bildungsteilnehmer/-innen										
Deutschland	6 044 551	2 049 811	33,9	365 918	6,1	1 401 567	23,2	2 227 255	36,8	
Baden-Württemberg	853 644	265 926	31,2	84 001	9,8	213 431	25,0	290 286	34,0	
Bayern	835 755	323 576	38,7	29 997	3,6	194 750	23,3	287 432	34,4	
Berlin	290 035	80 332	27,7	8 216	2,8	54 457	18,8	147 030	50,7	
Brandenburg	137 019	52 095	38,0	3 187	2,3	30 796	22,5	50 941	37,2	
Bremen	70 944	21 813	30,7	3 763	5,3	13 520	19,1	31 848	44,9	
Hamburg	168 489	49 378	29,3	7 798	4,6	31 198	18,5	80 115	47,5	
Hessen	477 661	138 671	29,0	28 201	5,9	113 127	23,7	197 662	41,4	
Mecklenburg-Vorpommern	94 744	38 410	40,5	3 169	3,3	13 603	14,4	39 562	41,8	
Niedersachsen	560 328	203 148	36,3	50 328	9,0	155 726	27,8	151 126	27,0	
Nordrhein-Westfalen	1 478 061	460 750	31,2	85 451	5,8	396 406	26,8	535 454	36,2	
Rheinland-Pfalz	293 973	105 365	35,8	18 456	6,3	57 083	19,4	113 069	38,5	
Saarland	76 904	25 652	33,4	6 412	8,3	19 021	24,7	25 819	33,6	
Sachsen	256 551	101 400	39,5	6 581	2,6	33 674	13,1	114 896	44,8	
Sachsen-Anhalt	184 343	74 306	40,3	18 195	9,9	38 946	21,1	52 896	28,7	
Schleswig-Holstein	131 774	55 255	41,9	5 432	4,1	17 009	12,9	54 078	41,0	
Thüringen	134 326	53 734	40,0	6 731	5,0	18 820	14,0	55 041	41,0	
Absolventen/Absolventinnen und Abgänger/-innen										
Deutschland	1 823 913	748 517	41,0	270 803	14,8	442 896	24,3	361 697	19,8	
Baden-Württemberg	289 378	104 580	36,1	60 783	21,0	69 714	24,1	54 301	18,8	
Bayern	262 769	130 451	49,6	21 881	8,3	58 555	22,3	51 882	19,7	
Berlin	68 188	23 782	34,9	5 710	8,4	14 293	21,0	24 404	35,8	
Brandenburg	45 603	21 995	48,2	3 252	7,1	12 709	27,9	7 647	16,8	
Bremen	18 544	6 655	35,9	2 091	11,3	3 762	20,3	6 036	32,5	
Hamburg	50 074	18 365	36,7	6 206	12,4	14 985	29,9	10 518	21,0	
Hessen	121 427	42 799	35,2	15 020	12,4	34 918	28,8	28 690	23,6	
Mecklenburg-Vorpommern	28 919	15 137	52,3	2 907	10,1	5 139	17,8	5 736	19,8	
Niedersachsen	177 675	65 507	36,9	38 172	21,5	44 999	25,3	28 997	16,3	
Nordrhein-Westfalen	435 803	167 463	38,4	70 259	16,1	119 775	27,5	78 306	18,0	
Rheinland-Pfalz	81 529	34 896	42,8	13 597	16,7	16 985	20,8	16 051	19,7	
Saarland	20 697	7 779	37,6	3 328	16,1	6 598	31,9	2 992	14,5	
Sachsen	75 870	38 346	50,5	5 554	7,3	12 142	16,0	19 828	26,1	
Sachsen-Anhalt	39 011	21 424	54,9	2 925	7,5	6 283	16,1	8 379	21,5	
Schleswig-Holstein	66 634	29 704	44,6	15 637	23,5	13 735	20,6	7 558	11,3	
Thüringen	41 795	19 637	47,0	3 481	8,3	8 305	19,9	10 372	24,8	

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit

Nach dem Verlassen der Sekundarstufe I an allgemeinbildenden Schulen wählen Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland unterschiedliche Wege, um den Einstieg ins Erwerbsleben zu finden.

Ein Weg ist die **Berufsausbildung** im dualen System oder in vollzeitschulischer Form.

Eine weitere Möglichkeit ist der Besuch von Bildungsangeboten, die die Chancen auf einen Ausbildungsplatz verbessern (**Integration in Ausbildung**, z.B. Nachholen des Haupt- oder Realschulabschlusses, Erwerb von beruflichen Grundkenntnissen etc.).

Der **Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung** ist eine Fortsetzung der Schullaufbahn, um an allgemeinbildenden oder beruflichen Schulen das Abitur oder die Fachhochschulreife zu erlangen.

Für das **Studium** ist die Hochschulzugangsberechtigung Voraussetzung. Da es einen weiteren Weg der beruflichen Qualifizierung darstellt und viele Studienberechtigte sich zwischen Berufsausbildung und Studium entscheiden, wird das Studium zum Ausbildungs-geschehen gerechnet.

3.4 Allgemeinbildende und berufliche Schulen

3.4.1 Allgemeinbildende Schulen und vollzeit- und teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte im Schuljahr 2010/11

	Insgesamt	Schulkindergärten und Vorklassen	Grundschulen	Hauptschulen ¹	Schularten mit mehreren Bildungsgängen	Förderschulen	Realschulen	Gymnasien	Integrierte Gesamtschulen, Freie Waldorfschulen	Abend-schulen und Kollegs
Schulen										
Deutschland	34 486	1 527	16 290	4 813	1 483	3 283	2 440	3 099	1 226	325
Baden-Württemberg	5 766	493	2 545	1 077	–	584	489	449	59	70
Bayern	4 733	–	2 420	1 063	–	356	443	413	23	15
Berlin	1 371	–	433	458	–	92	66	112	184	26
Brandenburg	1 438	–	506	490	151	121	–	96	42	32
Bremen	285	1	101	1	39	23	–	65	46	9
Hamburg	815	220	218	73	53	45	47	68	83	8
Hessen	2 937	382	1 189	411	–	245	277	286	112	35
Mecklenburg-Vorpommern	716	–	323	–	186	102	5	72	24	4
Niedersachsen	3 864	324	1 810	500	–	340	503	294	84	9
Nordrhein-Westfalen	6 103	27	3 174	641	–	722	563	626	265	85
Rheinland-Pfalz	1 648	50	976	61	179	138	33	146	61	4
Saarland	348	30	161	1	51	41	3	35	22	4
Sachsen	1 497	–	838	–	339	159	–	148	3	10
Sachsen-Anhalt	953	–	552	–	178	119	–	85	10	9
Schleswig-Holstein	1 090	–	571	37	62	107	11	105	194	3
Thüringen	922	–	473	–	245	89	–	99	14	2
Vollzeit- und teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte										
Deutschland	672 989	2 610	197 878	55 389	36 694	72 915	71 974	179 152	52 596	3 781
Baden-Württemberg	96 260	1 142	38 630 ²	20	–	13 199	15 369	25 563	2 216	121
Bayern	95 668	–	26 504	17 726	–	8 390	15 720	26 367	783	178
Berlin	25 460	–	6 505	4 838	–	2 100	1 241	5 772	4 627	377
Brandenburg	17 667	–	4 747	3 139	2 516	1 934	–	3 914	1 335	82
Bremen	5 512	2	1 542	6	607	594	–	1 668	1 019	74
Hamburg	14 068	548	3 881	261	531	1 193	150	3 785	3 596	123
Hessen	50 594	418 ³	14 387	3 453	–	5 533	5 871	14 742	5 798	392
Mecklenburg-Vorpommern	10 500	–	2 881	–	3 343	1 356	4	2 273	608	35
Niedersachsen	69 644	287	19 481	7 757	–	7 023	12 128	19 215	3 602	151
Nordrhein-Westfalen	155 614	210	40 595	15 964	–	18 862	18 177	40 494	19 522	1 790
Rheinland-Pfalz	36 271	3	10 860	1 018	7 207	2 960	1 068	9 995	3 069	91
Saarland	7 145	– ⁴	1 849	29	1 466	687	82	1 980	1 023	29
Sachsen	29 402	–	8 484	–	9 174	3 247	–	8 169	119	209
Sachsen-Anhalt	17 625	–	5 311	–	5 282	2 237	–	4 429	295	71
Schleswig-Holstein	23 546	–	7 330	1 178	764	1 576	2 164	5 999	4 509	26
Thüringen	18 013	–	4 891	–	5 804	2 024	–	4 787	475	32

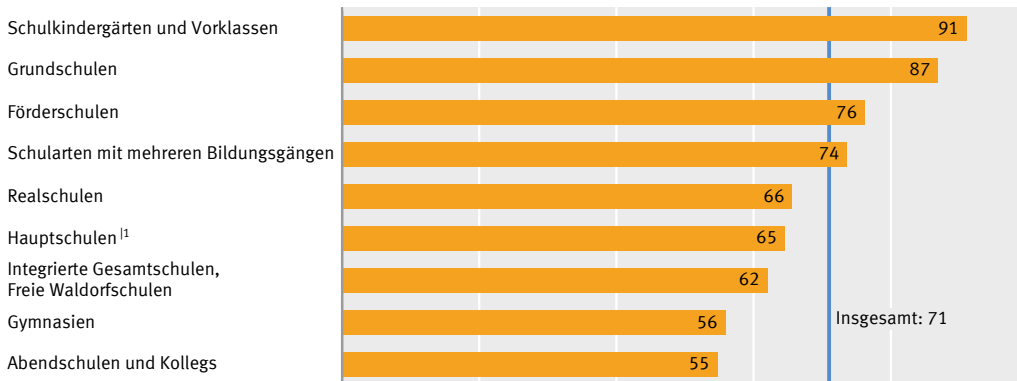
Ergebnisse der Statistik der allgemeinbildenden Schulen.

- 1 Inschl. schulartunabhängiger Orientierungsstufe.
- 2 Inschl. Hauptschulen.

3 Vorklassen werden bei Grundschulen nachgewiesen.

4 Für Lehrkräfte kein Nachweis vorhanden.

Weibliche Lehrkräfte nach Schularten 2010/11
in %



Vollzeit- und teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte.

- 1 Inschl. schulartunabhängiger Orientierungsstufe.

3.4 Allgemeinbildende und berufliche Schulen

3.4.2 Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2010/11

	Insgesamt	Schulkinder- gärten und Vorklassen	Grundschulen	Haupt- schulen ¹	Schularten mit mehreren Bildungs- gängen	Förderschulen	Realschulen	Gymnasien	Integrierte Gesamt- schulen, Freie Waldorf- schulen	Abend- schulen und Kollegs
Insgesamt										
Deutschland	8 796 894	28 733	2 837 737	814 724	370 852	377 922	1 166 509	2 475 174	665 613	59 630
Baden-Württemberg	1 227 748	8 722	388 632	152 201	–	53 175	245 352	345 998	27 551	6 117
Bayern	1 390 141	–	445 333	220 620	–	57 326	265 723	387 761	10 058	3 320
Berlin	324 606	–	100 920	59 884	–	11 458	15 363	78 058	54 375	4 548
Brandenburg	216 358	–	76 192	38 224	26 009	9 794	–	48 877	14 947	2 315
Bremen	68 183	28	20 674	58	7 510	2 468	–	23 441	12 895	1 109
Hamburg	179 516	7 258	51 249	3 401	6 964	6 650	1 944	53 167	47 145	1 738
Hessen	663 949	6 290	209 767	44 978	–	25 259	85 817	209 921	76 709	5 208
Mecklenburg-Vorpommern	129 444	–	48 776	–	36 816	9 699	159	26 576	6 919	499
Niedersachsen	927 446	3 441	296 538	81 286	–	35 541	187 756	274 092	46 978	1 814
Nordrhein-Westfalen	2 141 044	1 982	662 965	188 382	–	98 483	311 045	596 863	253 820	27 504
Rheinland-Pfalz	451 008	544	145 693	9 403	88 181	15 099	15 679	138 882	36 770	757
Saarland	98 173	468	31 304	265	19 561	3 787	1 333	27 209	13 716	530
Sachsen	311 993	–	121 863	–	84 405	19 044	–	82 571	1 363	2 747
Sachsen-Anhalt	175 319	–	65 644	–	45 603	12 888	–	47 015	3 389	780
Schleswig-Holstein	318 879	–	106 258	16 022	9 902	8 079	36 338	87 397	54 494	389
Thüringen	173 087	–	65 929	–	45 901	9 172	–	47 346	4 484	255
und zwar:										
Schülerinnen in %										
Deutschland	49,1	39,4	49,1	44,5	46,8	36,3	49,3	52,7	49,9	48,8
Baden-Württemberg	48,8	33,8	48,9	44,6	–	36,4	49,4	52,2	51,2	49,1
Bayern	49,1	–	49,4	45,2	–	37,2	50,7	51,5	50,0	50,6
Berlin	49,4	–	49,2	47,3	–	37,3	46,4	53,5	49,2	50,1
Brandenburg	49,2	–	49,1	49,6	44,8	37,6	–	54,3	48,6	43,9
Bremen	48,9	46,4	48,9	41,4	46,8	40,4	–	51,4	47,5	47,2
Hamburg	49,3	47,9	49,1	47,4	45,8	36,2	49,2	51,9	49,3	50,6
Hessen	49,2	39,6	48,9	44,1	–	36,3	48,4	52,8	48,9	45,4
Mecklenburg-Vorpommern	48,8	–	49,1	–	48,0	36,6	54,7	53,5	50,0	43,7
Niedersachsen	49,1	34,6	49,0	42,8	–	36,1	47,7	53,7	50,7	51,9
Nordrhein-Westfalen	49,3	42,6	49,2	42,7	–	34,8	49,1	53,2	50,8	49,3
Rheinland-Pfalz	49,1	32,7	48,2	44,1	45,6	37,3	56,3	53,4	48,2	44,0
Saarland	49,2	35,9	48,8	49,1	48,2	36,5	57,2	52,3	48,9	51,1
Sachsen	49,0	–	49,4	–	47,7	37,6	–	52,4	52,2	47,0
Sachsen-Anhalt	48,5	–	48,6	–	46,6	37,5	–	52,9	50,9	51,4
Schleswig-Holstein	48,9	–	48,4	42,3	45,8	37,3	48,9	52,3	49,0	53,5
Thüringen	49,1	–	49,2	–	47,2	37,6	–	52,9	50,2	51,0
Ausländer/-innen in %										
Deutschland	8,3	12,7	7,6	18,3	5,2	13,0	8,3	4,4	11,5	15,1
Baden-Württemberg	10,6	15,9	10,1	25,3	–	19,6	8,8	4,5	4,8	23,9
Bayern	6,9	–	5,9	15,4	–	10,3	5,1	3,9	3,8	18,0
Berlin	13,8	–	11,1	17,7	–	14,7	19,4	10,9	16,9	12,7
Brandenburg	1,5	–	1,4	1,6	2,0	0,5	–	1,5	2,2	1,3
Bremen	12,5	39,3	9,1	20,7	23,4	23,6	–	9,0	15,0	18,5
Hamburg	12,7	10,4	9,5	25,8	27,0	22,9	18,3	8,8	15,9	17,4
Hessen	10,9	11,3	7,7	23,3	–	18,5	15,4	7,2	14,3	21,3
Mecklenburg-Vorpommern	1,8	–	1,4	–	1,9	1,7	–	2,3	3,4	1,0
Niedersachsen	5,7	13,0	6,2	11,5	–	11,1	5,6	2,9	5,0	5,1
Nordrhein-Westfalen	11,0	11,7	11,4	22,1	–	17,5	10,3	4,6	14,3	16,0
Rheinland-Pfalz	5,9	7,5	5,4	15,7	9,2	9,0	4,9	3,3	6,2	5,9
Saarland	8,4	15,6	9,8	5,7	11,1	11,2	3,2	3,9	9,4	12,3
Sachsen	2,1	–	1,9	–	2,2	2,1	–	2,3	1,1	3,6
Sachsen-Anhalt	2,0	–	2,2	–	2,0	1,8	–	1,6	2,6	1,9
Schleswig-Holstein	3,7	–	3,5	9,7	5,8	5,8	4,4	2,2	3,6	3,9
Thüringen	1,4	–	1,2	–	1,4	1,0	–	1,8	2,6	–

Ergebnisse der Statistik der allgemeinbildenden Schulen.

1 Einschl. schulartunabhängiger Orientierungsstufe.

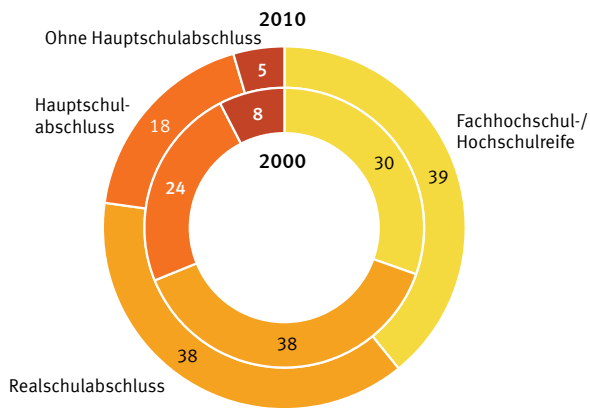
3 Bildung
 3.4 Allgemeinbildende und berufliche Schulen
 3.4.3 Erwerb von allgemeinbildenden Abschlüssen an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen

	2010		2009	
	Insgesamt	Weiblich	Insgesamt	Weiblich
	Anzahl	%	Anzahl	%
Ohne Hauptschulabschluss	53 058	39,0	58 354	39,2
Förderschulen	30 302	38,9	33 225	38,4
Hauptschulen	13 374	38,2	14 575	39,4
Übrige allgemeinbildende Schulen ..	9 382	40,5	10 554	41,2
Mit Hauptschulabschluss	214 305	41,5	226 083	42,1
Hauptschulen	116 356	42,5	128 416	42,9
Integrierte Gesamtschulen	17 940	44,4	18 737	45,1
Übrige allgemeinbildende Schulen ..	45 457	40,5	44 804	40,8
Berufliche Schulen	34 552	37,7	34 126	38,7
Mit Realschulabschluss	446 071	49,9	454 562	50,3
Hauptschulen	42 153	47,1	44 961	47,9
Realschulen	201 242	50,5	207 996	51,1
Übrige allgemeinbildende Schulen ..	107 461	49,3	108 423	49,6
Berufliche Schulen	95 215	50,5	93 182	50,6
Mit Fachhochschulreife	142 633	47,9	134 717	48,4
Allgemeinbildende Schulen	13 455	52,4	13 312	52,1
Berufliche Schulen	129 178	47,4	121 405	48,0
Mit allgemeiner Hochschulreife¹ ..	316 223	55,0	314 674	55,2
Allgemeinbildende Schulen	268 194	55,6	268 558	55,7
Berufliche Schulen	48 029	51,9	46 116	51,8

Ergebnisse der Statistiken der allgemeinbildenden und beruflichen Schulen. – Allgemeinbildende Schulen einschl. Externe.

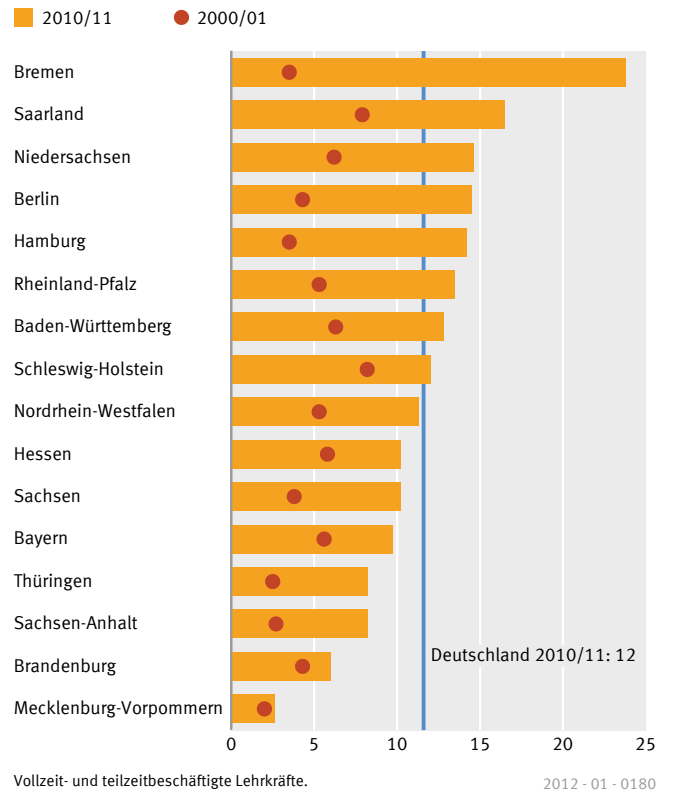
1 Einschl. fachgebundener Hochschulreife.

Absolventinnen und Absolventen sowie Abgängerinnen und Abgänger an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in %



2012 - 01 - 0190

Lehrkräfte ab 60 Jahren an allgemeinbildenden Schulen, in %



2012 - 01 - 0180

3.4 Allgemeinbildende und berufliche Schulen

3.4.4 Berufliche Schulen und vollzeit- und teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte im Schuljahr 2010/11

	Insgesamt	Berufsschulen ¹	Berufsfachschulen ²	Fachoberschulen	Fachgymnasien	Berufs-/Technische Oberschulen	Fachschulen ³	Schulen des Gesundheitswesens
Schulen								
Deutschland	8 868	2 960	2 531	859	811	257	1 450	1 635
Baden-Württemberg	1 522	462	565	-	230	33	232	153
Bayern	998	228	328	90	-	62	290	445
Berlin	310	90	85	49	16	28	42	68
Brandenburg	168	39	49	30	18	-	32	32
Bremen	68	21	18	13	9	3	4	7
Hamburg	174	85	43	17	12	-	17	38
Hessen	635	253	124	92	50	-	116	- ⁴
Mecklenburg-Vorpommern ..	165	50	52	21	19	-	23	- ¹⁵
Niedersachsen	946	343	241	129	97	16	120	191 ¹⁶
Nordrhein-Westfalen	1 626	638	317	204	202	-	265	413
Rheinland-Pfalz	410	126	85	-	37	96	66	130
Saarland	186	89	40	35	9	-	13	33
Sachsen	743	296	220	73	49	-	105	- ¹⁵
Sachsen-Anhalt	281	72	122	41	12	-	34	49 ¹⁶
Schleswig-Holstein	305	34	146	27	29	19	50	76
Thüringen	331	134	96	38	22	-	41	- ¹⁵
Vollzeit- und teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte								
Deutschland	124 712	56 122	35 849	7 765	13 122	1 498	10 356	8 157
Baden-Württemberg	22 141	6 814	9 786	-	4 147	153	1 241	1 195
Bayern	15 315	8 068	2 102	2 481	-	900	1 764	1 984
Berlin	4 552	2 043	1 294	395	245	109	466	468
Brandenburg	2 538	2 538 ¹⁷	-	-	-	-	-	320
Bremen	1 173	639	293	83	104	3	51	.
Hamburg	2 795	1 567	628	96	200	-	304	-
Hessen	9 390	4 172	1 804	1 345	1 132	-	937	.
Mecklenburg-Vorpommern ..	1 931	1 104	412	49	207	-	159	.
Niedersachsen	13 400	5 488	4 397	894	1 797	35	789	.
Nordrhein-Westfalen ¹⁸	26 475	12 016	8 233	1 213	2 565	-	2 448	2 783
Rheinland-Pfalz ¹⁸	5 879	2 461	1 951	-	671	258	538	832
Saarland	1 418	665	232	317	138	-	66	176
Sachsen	6 511	2 995	1 659	477	744	-	636	.
Sachsen-Anhalt	2 739	1 520	743	150	157	-	169	399
Schleswig-Holstein	4 229	2 161	990	42	666	40	330	.
Thüringen	4 226	1 871	1 325	223	349	-	458	.

Ergebnisse der Statistik der beruflichen Schulen.

- 1 Teilzeit-Berufsschulen, Berufsvorbereitungs- und Berufsgrundbildungsjahr.
- 2 Einschl. Berufsaufbauschulen in Baden-Württemberg.
- 3 Einschl. Fachakademien in Bayern.
- 4 Erhebung wurde eingestellt.

5 Nachweis erfolgt bei den Berufsfachschulen und Fachschulen.

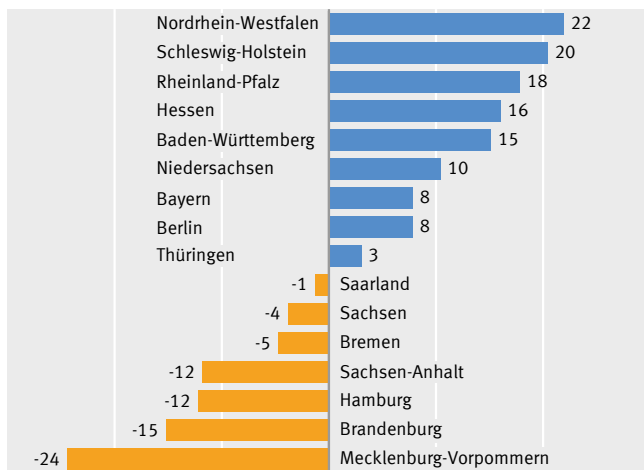
6 Ohne die Schüler/Schülerinnen der Gesundheitsdienstberufe, die den Berufsfachschulen und Fachschulen zugeordnet wurden.

7 Einschl. Berufsfach-, Fachoberschulen, Fachgymnasien und Fachschulen.

8 Die Verteilung der Lehrkräfte nach Schularten wurde geschätzt.

Lehrkräfte an beruflichen Schulen

Veränderungsrate 2010 gegenüber 2000, in %



Vollzeit- und teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte.

2012 - 01 - 0182

3.4 Allgemeinbildende und berufliche Schulen

3.4.5 Schülerinnen und Schüler an beruflichen Schulen im Schuljahr 2010/11

	Insgesamt	Berufsschulen ¹	Berufsfachschulen ²	Fachoberschulen	Fachgymnasien	Berufs-/Technische Oberschulen	Fachschulen ³	Schulen des Gesundheitswesens
Insgesamt								
Deutschland	2 687 974	1 697 868	478 959	139 808	163 294	24 666	183 379	132 030
Baden-Württemberg	415 166	210 031	127 841	–	54 156	2 231	20 907	16 545
Bayern	389 577	285 106	24 341	41 597	–	14 794	23 739	28 170
Berlin	92 885	57 517	17 365	6 143	2 603	1 400	7 857	5 917
Brandenburg	55 831	39 983	4 778	2 708	2 438	–	5 924	4 568
Bremen	27 133	19 590	3 863	1 516	1 253	81	830	795
Hamburg	60 302	42 697	8 893	1 406	2 928	–	4 378	3 447
Hessen	192 804	119 988	23 053	21 853	13 943	–	13 967	–
Mecklenburg-Vorpommern ..	44 454	31 614	7 417	609	2 295	–	2 519	–
Niedersachsen	282 742	169 536	55 681	19 327	23 725	434	14 039	11 228
Nordrhein-Westfalen	613 260	399 090	109 080	25 018	30 733	–	49 339	43 148
Rheinland-Pfalz	129 098	81 145	22 928	–	8 447	5 058	11 520	7 587
Saarland	37 441	23 063	3 785	6 964	1 384	–	2 245	2 736
Sachsen	123 727	71 701	27 385	6 793	6 441	–	11 407	–
Sachsen-Anhalt	60 355	41 089	11 936	2 344	1 519	–	3 467	2 461
Schleswig-Holstein	97 868	66 648	15 360	1 294	8 856	668	5 042	5 428
Thüringen	65 331	39 070	15 253	2 236	2 573	–	6 199	–
und zwar:								
Schülerinnen in %								
Deutschland	45,1	39,8	57,6	52,1	51,2	42,0	51,3	78,1
Baden-Württemberg	45,3	39,5	53,7	–	53,5	42,2	32,7	81,0
Bayern	43,9	40,0	74,6	53,1	–	40,9	45,2	80,3
Berlin	48,2	45,4	49,0	52,4	45,7	45,6	64,4	72,8
Brandenburg	44,7	37,7	59,2	49,1	53,9	–	74,3	75,5
Bremen	45,5	43,3	46,8	51,2	52,2	61,7	67,1	80,8
Hamburg	46,3	44,1	55,5	42,8	41,8	–	52,6	76,8
Hessen	44,2	40,8	55,8	46,3	45,1	–	49,9	–
Mecklenburg-Vorpommern ..	47,2	39,6	76,2	41,2	48,1	–	57,7	–
Niedersachsen	45,4	39,7	58,8	49,2	50,3	58,1	47,1	77,2
Nordrhein-Westfalen	44,1	39,4	51,5	62,5	51,4	–	52,3	77,4
Rheinland-Pfalz	42,9	38,1	51,4	–	46,6	40,7	58,0	77,0
Saarland	44,7	40,1	56,1	48,1	60,4	–	53,3	82,3
Sachsen	49,9	37,9	76,7	49,3	50,8	–	60,3	–
Sachsen-Anhalt	47,0	35,8	78,1	49,3	58,3	–	66,3	72,4
Schleswig-Holstein	45,3	41,6	54,6	30,9	54,4	54,2	52,9	76,8
Thüringen	47,2	35,8	71,0	49,0	53,2	–	57,5	–
Absolventen/Absolventinnen und Abgänger/-innen in %								
Deutschland	43,7	41,0	58,0	51,6	30,5	60,8	34,7	34,7
Baden-Württemberg	48,3	39,4	71,5	–	30,3	37,0	43,2	33,4
Bayern	45,2	43,3	52,2	46,3	–	63,4	48,4	40,6
Berlin	34,5	34,0	35,5	50,1	23,7	36,9	27,3	34,8
Brandenburg	45,6	45,4	59,7	68,6	43,5	–	26,0	34,3
Bremen	35,1	31,2	52,0	48,0	18,0	85,2	47,0	30,4
Hamburg	44,6	42,1	56,7	88,8	38,0	–	34,9	43,2
Hessen	35,6	34,2	44,4	45,0	24,3	–	30,0	–
Mecklenburg-Vorpommern ..	44,1	46,0	36,6	96,6	41,9	–	32,3	–
Niedersachsen	41,9	34,3	69,2	49,9	27,9	81,3	35,9	33,8
Nordrhein-Westfalen	45,2	45,6	51,1	57,5	30,5	–	31,9	31,3
Rheinland-Pfalz	40,4	34,6	68,6	–	21,3	64,4	28,7	33,6
Saarland	37,3	36,3	40,9	45,3	22,3	–	25,3	31,7
Sachsen	41,7	43,0	41,3	56,8	41,6	–	26,1	–
Sachsen-Anhalt	43,6	41,9	46,0	69,3	58,1	–	31,4	37,2
Schleswig-Holstein	50,5	48,8	64,1	93,9	36,9	89,1	38,3	34,1
Thüringen	40,4	39,4	42,3	71,6	44,1	–	29,1	–

Ergebnisse der Statistik der beruflichen Schulen.

1 Teilzeit-Berufsschulen (einschl. Berufsgrundbildungsjahr in kooperativer Form sowie Berufsvorbereitungs- und Berufsgrundbildungsjahr in vollzeitschulischer Form).

2 Einschl. Berufsaufbauschulen in Baden-Württemberg.

3 Einschl. Fachakademien in Bayern.

3.5 Auszubildende

3.5.1 Auszubildende nach ausgewählten Berufsgruppen 2010

Nr. der Klassifikation ¹	Berufsgruppe	Auszubildende			Darunter neu abgeschlossene Ausbildungsverträge	
		insgesamt	männlich	weiblich	zusammen	Veränderung gegenüber Vorjahr
		Anzahl	%		Anzahl	%
	Insgesamt	1 508 328	60,2	39,8	559 032	- 0,4
	darunter:					
01	Landwirtschaftliche Berufe	10 752	89,1	10,9	4 473	- 2,1
02	Tierwirtschaftliche Berufe	5 241	32,5	67,5	1 959	- 11,2
05	Gartenbauberufe	25 683	65,3	34,7	8 973	- 6,8
14	Chemieberufe	7 176	80,4	19,6	2 235	3,9
15	Kunststoffberufe	6 588	93,1	6,9	2 376	12,8
17	Druck- und Druckweiterverarbeitungsberufe	14 772	57,0	43,0	5 406	- 1,6
22	Berufe in der spanenden Metallverformung	23 301	96,1	3,9	5 400	- 12,4
25	Metall- und Anlagenbauberufe	43 857	98,7	1,3	11 841	- 5,8
26	Blechkonstruktions- und Installationsberufe	37 830	99,1	0,9	11 841	2,3
27	Maschinenbau- und -wartungsberufe	56 889	95,0	5,0	15 438	- 8,8
28	Fahr-, Flugzeugbau- und -wartungsberufe	85 275	97,1	2,9	26 064	1,9
29	Werkzeug- und Formenbauberufe	13 047	94,3	5,7	3 219	- 5,3
30	Feinwerktechnische und verwandte Berufe	26 331	60,7	39,3	7 971	0,2
31	Elektroberufe	112 923	94,7	5,3	32 241	- 1,0
39	Berufe in der Back-, Konditor-, Süßwarenherstellung	17 121	65,7	34,3	6 576	- 7,1
40	Fleischer/-innen	5 988	95,9	4,1	2 286	- 5,0
41	Köche/Köchinnen	38 178	74,0	26,0	15 972	- 6,2
44	Hochbauberufe	15 747	99,5	0,5	6 798	- 1,8
46	Tiefbauberufe	8 973	99,3	0,7	3 972	- 7,3
48	Ausbauberufe	24 693	98,4	1,6	10 938	6,8
49	Raumausstatter/-innen, Polsterer/Polsterinnen	4 311	65,1	34,9	1 653	0,9
50	Berufe in der Holz- und Kunststoffverarbeitung	28 413	91,6	8,4	11 241	- 4,3
51	Maler/-innen, Lackierer/-innen u. verwandte Berufe	36 843	87,5	12,5	15 189	- 1,8
52	Warenprüfer/-innen, Versandfertigmacher/-innen	12 300	90,5	9,5	6 756	3,6
54	Maschinen-, Anlagenführer/-innen, a.n.g.	6 600	95,0	5,0	3 444	5,0
63	Technische Sonderfachkräfte	10 623	46,9	53,1	3 201	- 2,5
64	Technische Zeichner/-innen und verwandte Berufe	14 301	55,9	44,1	4 380	- 3,2
66	Verkaufspersonal	79 215	26,4	73,6	39 393	1,8
67	Groß- und Einzelhandelskaufleute, Ein- u. Verkaufsfachleute	121 692	47,5	52,5	53 196	3,4
68	Warenkaufleute, a.n.g., Vertreter/-innen	7 950	15,8	84,2	2 670	- 11,6
69	Bank-, Bausparkassen-, Versicherungsfachleute	54 273	43,6	56,4	20 457	- 0,7
70	Anderer Dienstleistungskaufleute und zugehörige Berufe	42 474	39,5	60,5	16 782	5,4
71	Berufe des Landverkehrs	9 414	93,9	6,1	4 047	9,7
74	Lagerverwalter/-innen, Lager-, Transportarbeiter/-innen	22 968	88,9	11,1	9 885	14,6
75	Berufe in der Unternehmensleitung, -beratung und -prüfung	17 235	25,4	74,6	6 225	- 3,3
77	Rechnungskaufleute, Informatiker/-innen	32 718	90,4	9,6	11 772	0,7
78	Büroberufe, Kaufmännische Angestellte, a.n.g.	193 356	27,0	73,0	71 868	0,9
79	Dienst-, Wachberufe	4 392	72,0	28,0	1 812	4,8
83	Künstlerische und zugeordnete Berufe	10 932	57,8	42,2	4 113	3,3
85	Übrige Gesundheitsdienstberufe	74 172	1,1	98,9	26 823	2,0
90	Berufe in der Körperpflege	35 481	9,9	90,1	14 613	- 8,1
91	Hotel- und Gaststättenberufe	53 322	29,3	70,7	23 394	- 6,5
92	Haus- und ernährungswirtschaftliche Berufe	12 084	7,5	92,5	4 317	- 10,3
93	Reinigungs- und Entsorgungsberufe	6 531	83,1	16,9	2 505	- 3,5

Ergebnisse der Berufsbildungsstatistik.

1 Klassifizierung der Berufe, Ausgabe 1992.

3 Bildung

3.5 Auszubildende

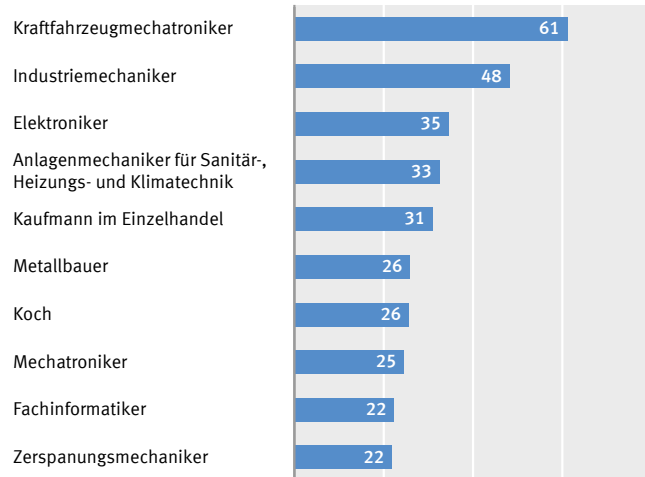
3.5.2 Auszubildende nach Ländern 2011

	Auszubildende			Darunter neu abgeschlossene Ausbildungsverträge	
	insgesamt	männlich	weiblich	zusammen	Veränderung gegenüber Vorjahr
	Anzahl	%		Anzahl	%
Deutschland	1 461 428	60,6	39,4	565 897	1,2
Baden-Württemberg	200 939	60,1	39,9	78 946	4,6
Bayern	252 090	60,1	39,9	98 319	3,1
Berlin	46 622	55,2	44,8	17 923	- 5,6
Brandenburg	33 358	62,8	37,2	12 124	- 10,8
Bremen	15 648	56,4	43,6	6 070	3,5
Hamburg	34 560	56,3	43,7	13 794	- 0,6
Hessen	103 654	60,2	39,8	40 631	2,5
Mecklenburg-Vorpommern	24 268	61,4	38,6	8 885	- 10,8
Niedersachsen	154 006	60,5	39,5	61 181	5,2
Nordrhein-Westfalen	325 683	61,5	38,5	126 439	1,8
Rheinland-Pfalz	73 968	62,2	37,8	28 801	0,4
Saarland	20 165	61,1	38,9	7 691	- 1,1
Sachsen	55 701	62,2	37,8	20 118	- 5,3
Sachsen-Anhalt	35 425	64,1	35,9	12 376	- 5,3
Schleswig-Holstein	53 926	59,1	40,9	21 023	0,9
Thüringen	31 415	64,6	35,4	11 576	- 6,0

Ergebnisse der Berufsbildungsstatistik. – Vorläufiges Ergebnis.

Auszubildende in den am stärksten besetzten Ausbildungsberufen 2010 in 1 000

Männer



Frauen



2012 - 01 - 0183

3.6 Hochschulen

3.6.1 Hochschulen, Studierende und Studienanfänger/-innen im Wintersemester 2011/2012

	Insgesamt		Davon			
	Anzahl	%	Universitäten	Pädagogische, Theologische und Kunsthochschulen	Fachhochschulen	Verwaltungsfachhochschulen ¹
Hochschulen						
Deutschland	421	100,0	108	74	210	29
Baden-Württemberg	70	16,6	14	14	38	4
Bayern	48	11,4	12	11	24	1
Berlin	39	9,3	12	5	22	–
Brandenburg	14	3,3	3	1	8	2
Bremen	8	1,9	2	1	4	1
Hamburg	20	4,8	6	2	10	2
Hessen	31	7,4	7	8	13	3
Mecklenburg-Vorpommern	8	1,9	2	1	4	1
Niedersachsen	28	6,7	11	2	13	2
Nordrhein-Westfalen	69	16,4	16	13	36	4
Rheinland-Pfalz	19	4,5	6	2	8	3
Saarland	6	1,4	1	2	2	1
Sachsen	25	5,9	7	6	10	2
Sachsen-Anhalt	10	2,4	2	3	4	1
Schleswig-Holstein	13	3,1	3	2	7	1
Thüringen	13	3,1	4	1	7	1
Studierende						
Deutschland	2 377 034	100,0	1 542 226	59 004	744 150	31 654
Baden-Württemberg	308 296	13,0	158 273	27 647	117 658	4 718
Bayern	320 327	13,5	211 151	4 024	101 610	3 542
Berlin	152 583	6,4	104 499	5 030	42 580	474
Brandenburg	51 676	2,2	34 077	551	16 282	766
Bremen	32 965	1,4	19 388	827	12 323	427
Hamburg	85 009	3,6	49 929	1 449	33 095	536
Hessen	208 742	8,8	136 238	2 293	66 709	3 502
Mecklenburg-Vorpommern	40 527	1,7	27 704	568	11 720	535
Niedersachsen	162 034	6,8	109 297	2 365	49 346	1 026
Nordrhein-Westfalen	597 536	25,1	417 458	6 934	163 204	9 940
Rheinland-Pfalz	117 021	4,9	78 566	615	35 402	2 438
Saarland	26 832	1,1	17 140	875	8 339	478
Sachsen	110 232	4,6	76 661	2 776	29 752	1 043
Sachsen-Anhalt	54 903	2,3	33 182	1 250	20 127	344
Schleswig-Holstein	54 683	2,3	31 989	933	20 324	1 437
Thüringen	53 668	2,3	36 674	867	15 679	448
darunter Studienanfänger/-innen im ersten Hochschulsemester²						
Deutschland	443 462	100,0	267 191	9 345	157 653	9 273
Baden-Württemberg	66 850	15,1	32 906	4 713	28 324	907
Bayern	72 746	16,4	46 155	713	24 893	985
Berlin	23 751	5,4	15 250	869	7 507	125
Brandenburg	8 967	2,0	5 566	48	3 113	240
Bremen	6 349	1,4	3 390	134	2 685	140
Hamburg	13 947	3,1	8 441	206	5 128	172
Hessen	34 619	7,8	22 559	326	10 803	931
Mecklenburg-Vorpommern	6 901	1,6	4 207	70	2 422	202
Niedersachsen	33 349	7,5	21 351	372	11 188	438
Nordrhein-Westfalen	104 172	23,5	62 794	908	36 751	3 719
Rheinland-Pfalz	17 843	4,0	10 736	80	6 435	592
Saarland	5 148	1,2	2 843	99	2 055	151
Sachsen	19 290	4,3	12 888	388	5 708	306
Sachsen-Anhalt	9 624	2,2	5 864	175	3 525	60
Schleswig-Holstein	9 457	2,1	5 480	131	3 653	193
Thüringen	10 449	2,4	6 761	113	3 463	112

Ergebnisse der Studentenstatistik. – Vorläufige Ergebnisse.

1 Die FH Bund wird nur einmal gezählt und zwar für das Land Nordrhein-Westfalen.

2 Studierende, die zum ersten Mal an einer deutschen Hochschule eingeschrieben sind. Nähere Informationen hierzu siehe Erläuterungen bei Tabelle 3.6.2.

3 Bildung

3.6 Hochschulen

3.6.2 Studierende, Studienanfängerinnen und Studienanfänger im ersten Fachsemester des Wintersemesters 2011/12

	Insgesamt	Darunter weiblich	Deutsche	Darunter weiblich	Ausländer/-innen	Darunter weiblich	Studienanfänger/-innen im ersten Fachsemester	Darunter weiblich
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Insgesamt	2 377 034	47,3	2 113 186	47,0	263 848	49,8	615 384	47,1
Sprach- und Kulturwissenschaften	454 727	70,2	407 957	69,8	46 770	73,1	114 793	71,5
Sport, Sportwissenschaft	27 294	37,3	26 188	37,6	1 106	31,3	5 978	40,2
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	726 518	50,8	655 091	50,0	71 427	58,4	185 856	51,5
Mathematik, Naturwissenschaften	420 880	36,6	375 692	36,2	45 188	39,8	117 363	37,4
Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften	130 832	64,4	118 127	65,4	12 705	54,8	22 658	67,0
Veterinärmedizin	8 179	84,0	7 634	85,6	545	61,3	1 268	83,8
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	45 594	54,6	41 590	54,8	4 004	52,6	13 700	54,1
Ingenieurwissenschaften	470 510	20,7	405 076	19,8	65 434	26,4	131 233	21,3
Kunst, Kunstwissenschaft	85 629	62,9	71 035	62,8	14 594	63,8	18 990	62,7
Außerhalb der Studienbereichsgliederung	6 871	56,4	4 796	58,4	2 075	51,6	3 545	59,7

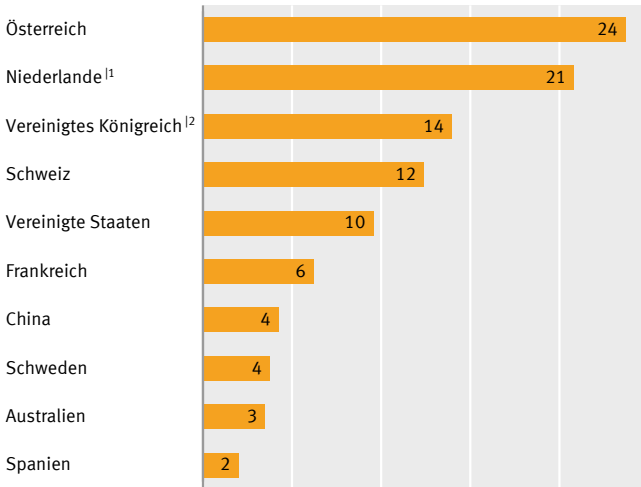
Bei Studienanfängerinnen und Studienanfänger wird zwischen Studierenden im ersten Hochschulsesemester und Studierenden im ersten Fachsemester unterschieden.

Studierende im **ersten Hochschulsesemester** sind zum ersten Mal an einer deutschen Hochschule eingeschrieben. Studierende, die bereits im Ausland studiert haben und sich zum ersten Mal an einer deutschen Hochschule einschreiben, werden im ersten Hochschulsesemester nachgewiesen und – falls ihre Fachsemester im Ausland angerechnet werden – in einem höheren Fachsemester.

Studierende im **ersten Fachsemester** belegen zum ersten Mal ein Studienfach. Studierende, die das Studienfach gewechselt haben, sind z. B. im ersten Fachsemester des neuen Studienfachs, aber in einem höheren Hochschulsesemester.

Ergebnisse der Studentenstatistik. – Vorläufige Ergebnisse.

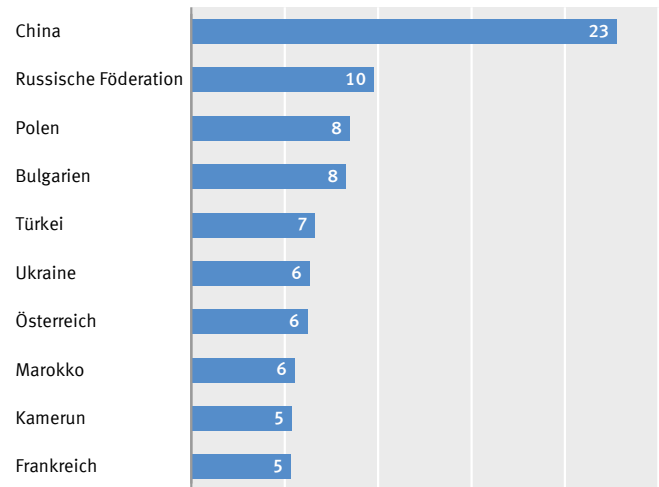
Deutsche Studierende im Ausland 2009 in 1 000



1 Einschl. der den deutschen Fachhochschulen vergleichbaren Einrichtungen.
2 Großbritannien und Nordirland.

2012 - 01 - 0184

Ausländische Studierende in Deutschland 2009/10 in 1 000



2012 - 01 - 0185

3.6 Hochschulen

3.6.3 Prüfungen an Hochschulen 2010

	Erworbene Abschlüsse		Davon					
	insgesamt	darunter von Frauen	universitärer Abschluss (ohne Lehramtsprüfungen) ¹	Promotionen ²	Lehramtsprüfungen ³	Fachhochschulabschluss ⁴	Bachelorabschluss	Masterabschluss
	Anzahl	%						
Insgesamt	361 697	51,4	28,6	7,1	10,4	15,6	31,0	7,4
Sprach- und Kulturwissenschaften ..	66 071	76,2	29,6	4,2	34,9	1,0	25,5	4,8
Sport, Sportwissenschaft	5 202	47,1	35,1	2,2	41,5	–	18,8	2,4
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	119 392	53,0	26,1	3,0	1,5	24,0	37,6	7,8
Mathematik, Naturwissenschaften ..	63 497	41,0	29,5	12,7	12,4	6,5	31,2	7,7
Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften	23 752	62,2	49,9	30,7	0,8	4,5	9,7	4,4
Veterinärmedizin	1 399	83,6	65,6	34,4	–	–	–	–
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	8 330	58,5	13,1	6,5	2,4	18,9	41,3	17,9
Ingenieurwissenschaften	59 249	22,2	20,1	4,3	0,8	30,5	34,3	10,0
Kunst, Kunstwissenschaft	14 805	65,5	42,9	1,8	12,7	13,7	23,8	5,2
Außerhalb der Studienbereichsgliederung	–	–	–	–	–	–	–	–

Ergebnisse der Prüfungsstatistik. – Bezogen auf die erworbenen Abschlüsse im Wintersemester 2010/11 und im Sommersemester 2011.

1 Einschl. der Prüfungsgruppen „Künstlerischer Abschluss“ und „Sonstiger Abschluss“. Ohne Bachelor- und Masterabschlüsse.

2 Weitere Informationen zu Promotionen siehe Tabelle 3.11.

3 Einschl. Lehramts-Bachelor und Lehramts-Master.

4 Ohne Bachelor- und Masterabschlüsse.

3.6.4 Nichtmonetäre Kennzahlen für Hochschulen 2010

Die **Studienberechtigtenquote** gibt an, welcher Anteil der Schulabgängerinnen und -abgänger im Alter von 18 bis einschl. 20 Jahren einen Schulabschluss hat, der zum Studium berechtigt. Die Quote beschreibt den Anteil aller potenziellen Studienanfängerinnen und -anfänger, bezogen auf die Jahrgänge der 18- bis 20-Jährigen. Sie ist eine wichtige Kennzahl für die Schul- und Hochschulplanung. Die **Studienanfängerquote** gibt an, welcher Anteil eines Jahrgangs Studienanfängerin bzw. -anfänger ist, also im ersten Hochschulsesemester steht. Die Quote beschreibt das Ausmaß des realen „Zulaufs“ von Studienanfängerinnen und -anfängern an die Hochschulen. Die **Absolventenquote** gibt an, wie viele Menschen eines Jahrgangs in einem bestimmten Prüfungsjahr ein Erststudium an einer Hochschule abgeschlossen haben, also Absolventinnen und Absolventen sind. Der Indikator liefert Informationen zum realen „Output“.

	Studienberechtigte		Studienanfänger/-innen		Absolventen/Absolventinnen (Erststudium)		Studierende	Wissenschaftliches und künstlerisches Hochschulpersonal ²	Betreuungsrelation ³
	Anzahl	Quote ¹	Anzahl	Quote ¹	Anzahl	Quote ¹			
Deutschland	458 362	49,0	444 608	45,2	294 881	29,9	2 217 294	145 682	15,2
Baden-Württemberg	69 007	53,5	55 848	42,6	44 835	34,5	290 286	23 609	12,3
Bayern	60 835	41,2	55 600	36,9	42 960	28,3	287 432	21 964	13,1
Berlin	16 823	47,3	17 140	39,1	18 165	34,7	147 030	9 641	15,3
Brandenburg	12 304	48,4	10 584	35,0	6 200	21,5	50 941	2 275	22,4
Bremen	3 719	50,5	3 354	39,9	5 233	57,8	31 848	1 522	20,9
Hamburg	15 380	86,8	9 610	45,2	9 142	34,0	80 115	5 093	15,7
Hessen	34 663	51,5	30 808	44,2	24 112	33,7	196 545	10 934	18,0
Mecklenburg-Vorpommern ..	5 578	37,3	5 610	27,4	4 463	21,4	39 562	3 240	12,2
Niedersachsen	44 532	47,5	35 045	37,9	22 760	25,8	149 899	10 580	14,2
Nordrhein-Westfalen	120 910	56,6	85 624	39,9	63 809	30,4	535 454	29 204	18,3
Rheinland-Pfalz	22 967	47,7	18 296	37,9	12 992	28,2	113 069	6 215	18,2
Saarland	6 195	53,3	5 586	47,2	2 229	19,3	25 343	2 242	11,3
Sachsen	13 257	38,0	13 730	28,4	16 520	30,8	109 761	7 394	14,8
Sachsen-Anhalt	7 225	35,1	7 810	28,2	6 948	24,4	54 078	4 017	13,5
Schleswig-Holstein	15 789	48,3	11 234	35,2	6 058	20,2	52 344	3 733	14,0
Thüringen	9 178	45,9	8 808	33,4	8 455	29,6	53 587	4 020	13,3

Nähere Informationen zur Berechnung und Aussagefähigkeit siehe Fachserie 11, Reihe 4.3.1 „Nichtmonetäre hochschulstatistische Kennzahlen“.

1 Anteil an der altersspezifischen Bevölkerung berechnet nach dem Quotensummenverfahren.

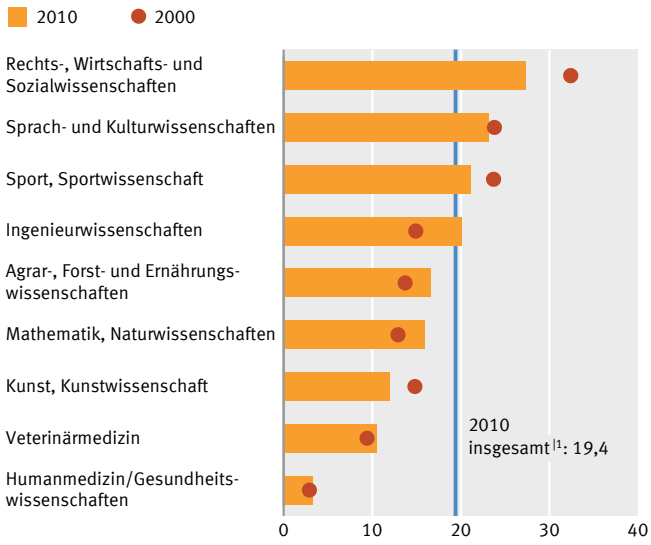
2 Personal in Vollzeitäquivalenten (ohne drittmittelfinanziertes Personal). – Ein Vollzeitäquivalent ist eine Maßeinheit, die einer Vollzeitanstellung/Vollzeitausbildung entspricht.

Bei den Vollzeitäquivalenten wird die geleistete Arbeitszeit/Ausbildungszeit in Beziehung gesetzt zur Arbeitszeit/Ausbildungszeit, die einer Vollzeitanstellung/Vollzeitausbildung entspricht.

3 Verhältnis der Studierenden zum wissenschaftlichen und künstlerischen Hochschulpersonal.

3.6 Hochschulen

Betreuerrelation der Studierenden nach Fächergruppen
Verhältnis der Studierenden zum Personal in Vollzeitäquivalenten



Studierende im Wintersemester.

1 Ohne Fächergruppe Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften und ohne zentrale Einrichtungen der Hochschulkliniken. Einschl. sonstige Fächer. 2012 - 01 - 0186

Frauenanteile
in verschiedenen Stadien der akademischen Laufbahn, in %



1 Studienanfänger/-innen (1. Hochschulsemester) im Sommer- und nachfolgenden Wintersemester.

2 Studierende insgesamt im Wintersemester.

2012 - 01 - 0191

3.6.5 Personal an Hochschulen 2010

	Insgesamt	Wissenschaftliches und künstlerisches Personal ¹					Verwaltungs-, technisches und sonstiges Personal				
		zusammen		davon an			zusammen		davon an		
		Anzahl	%	Universitäten ²	Kunsthochschulen	Fachhochschulen ³	Anzahl	%	Universitäten ²	Kunsthochschulen	Fachhochschulen ³
Deutschland	601 682	324 367	53,9	39,6	1,8	12,5	277 315	46,1	41,2	0,4	4,5
dar. hauptberuflich Tätige											
Baden-Württemberg . .	74 781	32 281	43,2	35,5	0,9	6,8	42 500	56,8	51,0	0,4	5,5
Bayern	70 834	30 802	43,5	38,2	0,7	4,5	40 032	56,5	50,8	0,4	5,4
Berlin	32 226	14 539	45,1	39,5	1,9	3,8	17 687	54,9	49,2	1,3	4,4
Brandenburg ⁴	6 290	3 643	57,9	41,1	1,4	15,4	2 647	42,1	27,8	1,5	12,8
Bremen	4 642	2 781	59,9	51,0	1,8	7,1	1 861	40,1	29,4	1,6	9,1
Hamburg	15 375	6 770	44,0	39,1	0,8	4,1	8 605	56,0	51,6	0,8	3,6
Hessen	36 547	15 415	42,2	36,2	0,4	5,6	21 132	57,8	50,7	0,3	6,8
Mecklenburg-Vorpommern	11 605	4 428	38,2	33,4	0,3	4,5	7 177	61,8	56,0	0,2	5,6
Niedersachsen	39 433	16 602	42,1	36,5	0,6	5,0	22 831	57,9	52,3	0,4	5,2
Nordrhein-Westfalen . .	94 981	42 966	45,2	37,9	0,7	6,7	52 015	54,8	49,1	0,6	5,1
Rheinland-Pfalz	19 168	8 236	43,0	34,6	-	8,4	10 932	57,0	50,9	-	6,2
Saarland	8 626	2 794	32,4	28,4	0,8	3,2	5 832	67,6	64,4	0,5	2,7
Sachsen	28 236	12 996	46,0	40,2	1,2	4,6	15 240	54,0	47,6	0,8	5,6
Sachsen-Anhalt	14 029	5 149	36,7	30,9	0,8	5,0	8 880	63,3	55,7	0,7	6,9
Schleswig-Holstein . . .	14 525	5 287	36,4	32,1	0,5	3,8	9 238	63,6	58,4	0,4	4,8
Thüringen	12 856	5 860	45,6	39,0	0,9	5,6	6 996	54,4	48,7	0,6	5,1

Ergebnisse der Statistik über das Hochschulpersonal und die Personalstellen.

1 Ohne studentische Hilfskräfte.

2 Einschl. Pädagogischer und Theologischer Hochschulen.

3 Einschl. Verwaltungsfachhochschulen.

4 Einschl. Personal für die Aus- und Fortbildung für den mittleren, gehobenen Polizeivollzugsdienst des Landes Brandenburg.

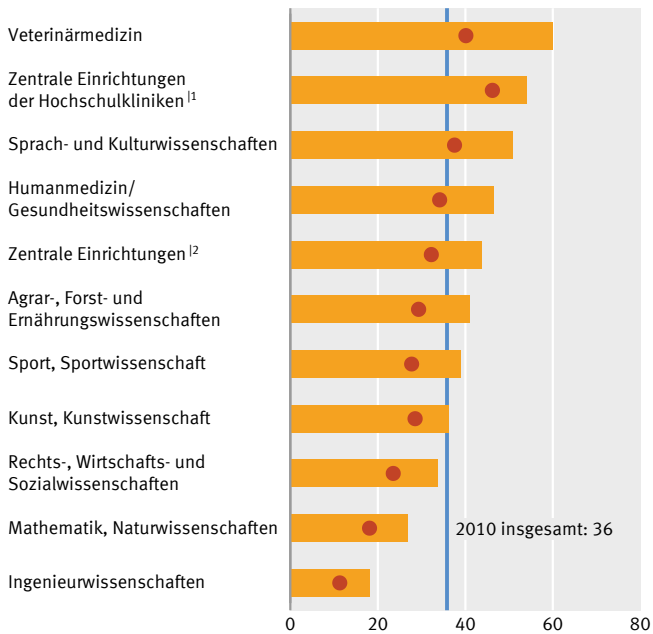
	Personal		Davon							
			Professoren/Professorinnen		Dozenten/Dozentinnen und Assistenten/Assistentinnen		wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiter/-innen		Lehrkräfte für besondere Aufgaben	
	insgesamt	darunter weiblich	zusammen	darunter weiblich	zusammen	darunter weiblich	zusammen	darunter weiblich	zusammen	darunter weiblich
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Insgesamt	210 549	35,8	41 462	19,2	4 038	33,7	156 497	39,6	8 552	49,2
Sprach- und Kulturwissenschaften	24 645	50,9	6 013	33,7	557	44,7	15 190	56,0	2 885	60,9
Sport, Sportwissenschaft	1 579	38,9	220	19,1	16	25,0	982	43,1	361	40,4
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	26 826	33,6	9 760	21,9	1 213	28,0	14 329	41,3	1 524	41,5
Mathematik, Naturwissenschaften	48 547	26,8	8 461	13,1	668	22,2	38 637	29,8	781	33,5
Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften	51 948	46,6	3 252	15,2	950	43,3	47 691	48,8	55	67,3
Veterinärmedizin	1 188	60,0	177	18,1	60	70,0	950	67,2	1	100,0
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	4 340	41,1	1 011	20,2	21	42,9	3 233	47,4	75	46,7
Ingenieurwissenschaften	33 431	18,1	8 458	9,0	340	15,0	24 040	21,0	593	29,0
Kunst, Kunstwissenschaft	6 442	36,2	3 509	28,8	164	50,6	1 825	49,4	944	35,7
Zentrale Einrichtungen (ohne klinikspezifische Einrichtungen)	10 716	43,8	580	21,9	47	51,1	8 833	42,9	1 256	60,3
Zentrale Einrichtungen der Hochschulkliniken (nur Humanmedizin)	887	54,0	21	23,8	2	50,0	787	51,6	77	87,0

Ergebnisse der Statistik über das Hochschulpersonal und die Personalstellen. – Zuordnung des Personals nach fachlicher Zugehörigkeit.

Weibliches Personal nach Fächergruppen

Anteil am hauptberuflichen wissenschaftlichen und künstlerischen Personal, in %

■ 2010 ● 2000



1 Nur Humanmedizin.

2 Ohne klinikspezifische Einrichtungen.

3 Bildung

3.7 Weiterbildung

3.7.1 Berufliche Weiterbildung von Erwerbspersonen 2011

	Teilnehmer/-innen			
	insgesamt		männlich	weiblich
	1 000	%		
Deutschland	8 125	100,0	52,4	47,6
	nach Altersgruppen			
Alter von ... bis unter ... Jahren				
15 – 25	580	7,1	47,1	52,9
25 – 35	1 899	23,4	50,7	49,3
35 – 45	2 241	27,6	54,0	46,0
45 – 55	2 339	28,8	52,0	48,0
55 und mehr	1 065	13,1	55,8	44,2
	nach Bildungsabschluss			
	Allgemeine Schulausbildung			
Haupt- (Volks-)schulabschluss	1 146	14,1	66,7	33,3
Abschluss der Polytechnischen Oberschule	592	7,3	46,9	53,1
Realschul- oder gleichwertiger Abschluss	2 223	27,4	47,0	53,0
Fachhochschulreife	921	11,3	58,0	42,0
Hochschulreife	3 179	39,1	50,3	49,7
Ohne Angabe zur Art des Abschlusses	5	0,1	/	/
Ohne allgemeinen Schulabschluss ¹ ²	59	0,7	56,5	43,5
	Berufliche Ausbildung			
Lehre/Berufsausbildung im dualen System ³	3 662	45,1	51,9	48,1
Fachschulabschluss ⁴	1 257	15,5	51,6	48,4
Fachschule der ehemaligen DDR	151	1,9	20,1	79,9
Fachhochschulabschluss ⁵	852	10,5	61,0	39,0
Hochschulabschluss	1 385	17,1	49,9	50,1
Promotion	286	3,5	65,1	34,9
Ohne Berufsausbildung ¹ ⁶	532	6,5	52,7	47,3
	nach Stellung im Beruf			
Selbstständige	921	11,3	62,5	37,5
Mithelfende Familienangehörige	12	0,1	/	72,1
Beamte/Beamtinnen	837	10,3	54,1	45,9
Angestellte ⁷	5 340	65,7	44,9	55,1
Arbeiter/-innen	997	12,3	82,0	18,0
Erwerbslose ohne frühere Tätigkeit ¹	19	–	47,2	52,8
	nach Wirtschaftsbereichen			
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	74	0,9	74,8	25,2
Produzierendes Gewerbe	1 733	21,3	79,6	20,4
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	1 433	17,6	63,1	36,9
Sonstige Dienstleistungen	4 867	59,9	39,3	60,7
Erwerbslose ohne frühere Tätigkeit ¹	19	–	47,2	52,8

Ergebnisse des Mikrozensus. – Personen im Alter von 15 Jahren und mehr.

1 Einschl. ohne Angabe.

2 Einschl. Personen mit Abschluss nach höchstens sieben Jahren Schulbesuch.

3 Einschl. eines gleichwertigen Berufsfachschulabschlusses, Vorbereitungsdienst für den mittleren Dienst in der öffentlichen Verwaltung sowie 4 000 Personen mit Anlernausbildung.

4 Einschl. einer Meister-/Technikerausbildung, Abschluss an einer Schule des Gesundheitswesens.

5 Einschl. Ingenieurschulabschluss sowie Verwaltungsfachhochschulabschluss.

6 Einschl. Berufsvorbereitungsjahr und berufliches Praktikum, da durch diese keine berufsqualifizierenden Abschlüsse erworben werden.

7 Einschl. geringfügig Beschäftigte.

3 Bildung

3.7 Weiterbildung

3.7.2 Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Fortbildungs- und Meisterprüfungen 2010

	Teilnehmer/-innen				Darunter in							
	insgesamt	männlich	weiblich	dar. mit bestandener Prüfung	Industrie und Handel				Handwerk			
					zusammen	männlich	weiblich	dar. mit bestandener Prüfung	zusammen	männlich	weiblich	dar. mit bestandener Prüfung
					Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Insgesamt	110 043	64,3	35,7	84,8	56 442	57,7	42,3	75,9	44 685	79,7	20,3	95,6
Kaufmännische Fortbildungsprüfungen												
Fachkaufmann/-kauffrau	11 031	37,2	62,8	72,5	9 360	31,6	68,4	69,4	1 638	69,4	30,6	89,7
Fachwirt/-in	33 612	57,4	42,6	80,5	21 141	46,5	53,5	71,3	11 538	79,5	20,5	96,2
Fachkraft für Datenverarbeitung	1 890	73,5	26,5	94,0	594	92,9	7,1	91,4	1 296	64,8	35,2	95,1
Fremdsprachliche Fachkraft	3 021	19,5	80,5	77,4	3 021	19,5	80,5	77,4	-	-	-	-
Fachkraft für Schreibtechnik	687	35,4	64,6	79,9	687	35,4	64,6	79,9	-	-	-	-
Betriebswirt/-in	3 909	79,7	20,3	79,4	3 909	79,7	20,3	79,4	-	-	-	-
Sonstige kaufmännische Fortbildungsprüfungen	8 970	45,1	54,9	88,3	2 661	45,7	54,3	83,0	3 516	63,9	36,1	94,9
Zusammen	63 123	51,9	48,1	80,4	41 376	44,7	55,3	73,3	17 985	74,4	25,6	95,3
Gewerblich-technische Fortbildungsprüfungen												
Industriemeister/-in	9 300	96,3	3,7	84,2	9 300	96,3	3,7	84,2	-	-	-	-
Fachmeister/-in	2 346	84,5	15,5	78,8	2 346	84,5	15,5	78,8	-	-	-	-
Handwerksmeister/-in	20 343	81,3	18,7	96,6	-	-	-	-	20 343	81,3	18,7	96,6
Sonstige Meisterprüfungen	2 388	67,8	32,2	78,3	3	-	100,0	100,0	-	-	-	-
Sonstige gewerblich-technische Fortbildungsprüfungen	9 174	90,5	9,5	89,5	3 414	91,1	8,9	83,3	5 721	90,2	9,8	93,1
Zusammen	43 551	85,8	14,2	90,5	15 063	93,2	6,8	83,2	26 064	83,2	16,8	95,9
Sonstige Fortbildungsprüfungen												
Zusammen	3 369	17,7	82,3	95,0	-	-	-	-	633	82,5	17,5	97,6

Ergebnisse der Berufsbildungsstatistik. – Aus Datenschutzgründen sind alle Daten (Absolutwerte) jeweils auf ein Vielfaches von drei gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

3.7.3 Volkshochschulen 2010

	Volkshochschulen	Kursveranstaltungen				Einzelveranstaltungen			
		insgesamt		Belegungen ¹		insgesamt		Besucher/-innen ¹	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Deutschland	938	576 518	100,0	6 425 600	100,0	87 826	100,0	2 401 627	100,0
Baden-Württemberg	174	115 802	20,1	1 236 199	19,2	14 064	16,0	480 726	20,0
Bayern	189	124 007	21,5	1 475 546	23,0	36 013	41,0	943 262	39,3
Berlin	12	18 004	3,1	214 555	3,3	970	1,1	15 690	0,7
Brandenburg	20	6 587	1,1	61 908	1,0	605	0,7	7 106	0,3
Bremen	2	4 483	0,8	56 251	0,9	912	1,0	20 606	0,9
Hamburg	1	6 884	1,2	92 865	1,4	34	0,0	426	0,0
Hessen	32	41 792	7,2	426 317	6,6	2 884	3,3	95 503	4,0
Mecklenburg-Vorpommern	18	4 897	0,8	53 146	0,8	1 181	1,3	25 738	1,1
Niedersachsen	61	61 870	10,7	690 987	10,8	4 147	4,7	121 396	5,1
Nordrhein-Westfalen	135	100 974	17,5	1 169 004	18,2	14 642	16,7	399 561	16,6
Rheinland-Pfalz	71	27 859	4,8	295 847	4,6	4 542	5,2	114 201	4,8
Saarland	16	6 963	1,2	69 581	1,1	1 382	1,6	33 351	1,4
Sachsen	18	14 791	2,6	149 154	2,3	1 539	1,8	23 458	1,0
Sachsen-Anhalt	16	6 120	1,1	68 321	1,1	1 163	1,3	15 902	0,7
Schleswig-Holstein	150	25 904	4,5	266 390	4,1	2 662	3,0	83 053	3,5
Thüringen	23	9 581	1,7	99 529	1,5	1 086	1,2	21 648	0,9
nach Programmbereichen und Fachgebieten									
Politik, Gesellschaft, Umwelt	43 936	7,6	672 454	10,5	43 444	49,5	1 148 917	47,8
Kultur, Gestalten	93 956	16,3	972 418	15,1	21 216	24,2	865 962	36,1
Gesundheit	182 466	31,6	2 186 796	34,0	12 370	14,1	242 158	10,1
Arbeit, Beruf	70 794	12,3	667 924	10,4	4 615	5,3	52 776	2,2
Grundbildung, Schulabschlüsse	11 962	2,1	135 246	2,1	614	0,7	11 949	0,5
Sprachen	173 404	30,1	1 790 762	27,9	5 567	6,3	79 865	3,3

1 Mehrfachzählungen: Jeder Teilnehmer/jede Teilnehmerin wird entsprechend der Zahl seiner/ihrer Belegungen gezählt.

Quelle: Deutsches Institut für Erwachsenenbildung

3 Bildung

3.8 Ausbildungsförderung

3.8.1 Geförderte nach BAföG 2011

	Insgesamt ¹	Schüler/-innen	Studierende
Anzahl			
Insgesamt	962 834	319 206	643 578
davon:			
Männlich	426 531	124 370	302 136
Weiblich	536 303	194 836	341 442
davon:			
Bei den Eltern wohnend	276 592	143 540	133 038
Nicht bei den Eltern wohnend ..	686 242	175 666	510 540
EUR			
Durchschnittliche monatliche Fördermittel pro Person	431	385	452

Eine Förderung nach dem **BAföG** (Bundesausbildungsförderungsgesetz) wird für Studierende sowie für Schülerinnen und Schüler ab der zehnten Klasse unter bestimmten Voraussetzungen (z. B. auswärtige Unterbringung) sowie für Schülerinnen und Schüler an Abendschulen, Kollegs, Fach(ober-)schulen u. ä. gewährt.

Ergebnisse der Statistik der Förderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG). – Angaben für den letzten Förderungsmonat.

1 Einschl. Geförderte an Fernunterrichtsinstituten.

3.8.2 Geförderte nach AFBG

	Insgesamt	Davon	
		Vollzeitfälle	Teilzeitfälle
Geförderte			
2010	166 395	64 917	101 478
2011	166 467	66 961	99 506
Finanzieller Aufwand in Mill. EUR			
Bewilligung insgesamt			
2010	519	363	155
2011	539	388	151
davon (2011):			
Darlehen			
Bewilligung	365	260	105
In Anspruch genommen	282	203	79
Zuschuss	174	128	46

Förderleistungen nach dem **AFBG** (Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz) können Teilnehmerinnen und Teilnehmer erhalten, die eine Fortbildungsmaßnahme über dem Niveau einer Facharbeiter-, Gesellen-/Gehilfenprüfung bzw. eines Berufsfachschulabschlusses anstreben (z. B. Handwerksmeister/-in, Fachwirt/-in). Die Maßnahme muss unterhalb der Hochschulebene durchgeführt werden.

Ergebnisse der Statistik der Förderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG). – Angaben für den letzten Förderungsmonat.

3.9 Finanzen der Schulen und Hochschulen, Budget für Bildung

3.9.1 Ausgaben je Schülerin und Schüler an öffentlichen Schulen nach Schularten

	Deutschland		Flächenländer				Stadtstaaten	
	2009	2008	früheres Bundesgebiet		neue Länder		2009	2008
			2009	2008	2009	2008		
EUR								
Insgesamt	5 500	5 100	5 300	4 900	6 000	5 500	6 300	6 000
Allgemeinbildende Schulen								
zusammen	6 000	5 600	5 800	5 400	6 900	6 400	7 000	6 600
Grundschule	4 800	4 400	4 700	4 300	5 200	4 700	5 700	5 400
Hauptschule	6 700	6 300	6 700	6 200	– ¹	– ¹	9 300	8 700
Schulen mit mehreren Bildungsgängen	7 400	7 000	6 000	5 600	7 900	7 400	7 000	6 800
Realschule	5 100	4 800	5 000	4 700	5 500	5 600	6 800	6 600
Gymnasium	6 200	5 800	6 000	5 600	7 000	6 600	6 700	6 100
Integrierte Gesamtschule	6 300	6 000	6 000	5 700	7 400	6 900	7 600	7 100
Berufliche Schulen								
zusammen	3 800	3 500	3 800	3 500	3 600	3 200	4 200	4 200
dar. Berufsschule im dualen System	2 400	2 200	2 400	2 200	2 500	2 200	2 700	2 800

Einschl. Schulverwaltung. – Nähere Informationen zur Berechnung und Aussagefähigkeit siehe Veröffentlichung „Bildungsausgaben – Ausgaben je Schüler/-in“.

1 Schulart nicht vorhanden bzw. mit relativ geringer Schülerzahl.

3 Bildung

3.9 Finanzen der Schulen und Hochschulen, Budget für Bildung

3.9.2 Ausgaben je Schülerin und Schüler an öffentlichen Schulen nach Ländern

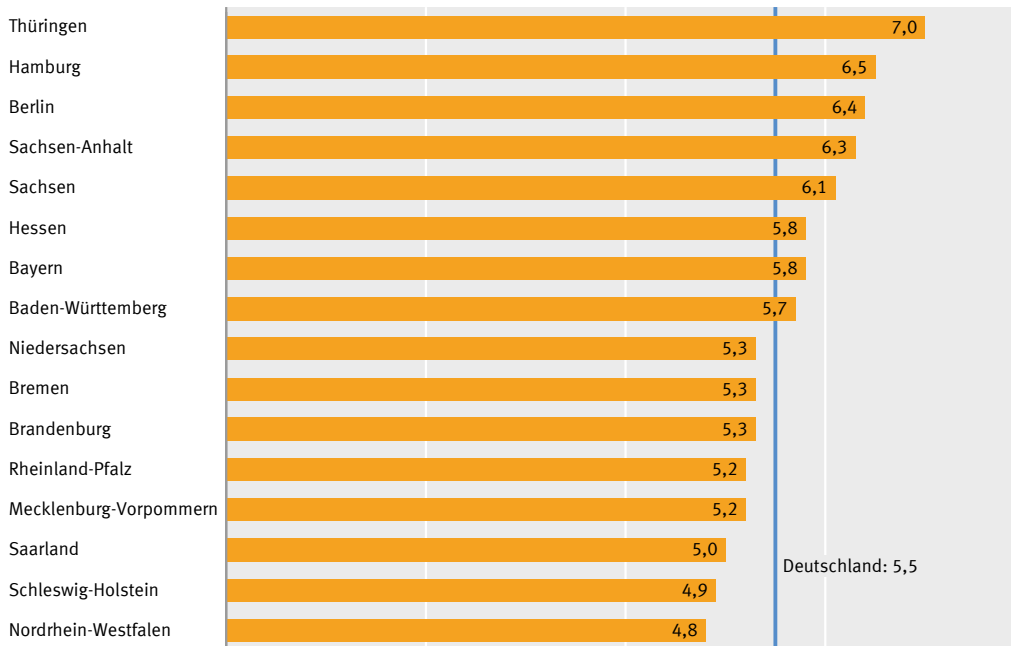
	Ausgaben je Schüler/-in							
	alle Schularten		allgemeinbildende Schulen		berufliche Schulen		dar. Berufsschulen im dualen System ¹	
	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008
	EUR							
Deutschland	5 500	5 100	6 000	5 600	3 800	3 500	2 400	2 200
Baden-Württemberg	5 700	5 200	6 100	5 600	4 500	4 100	2 500	2 400
Bayern	5 800	5 400	6 400	6 000	3 600	3 300	2 500	2 300
Berlin	6 400	6 100	7 100	6 600	4 200	4 300	2 600	2 800
Brandenburg	5 300	5 000	6 000	5 700	3 100	2 700	2 600	2 200
Bremen	5 300	5 000	6 200	5 600	3 400	3 400	2 200	2 200
Hamburg	6 500	6 200	7 300	6 900	4 600	4 400	3 100	3 000
Hessen	5 800	5 200	6 200	5 600	4 300	3 900	2 900	2 700
Mecklenburg-Vorpommern	5 200	4 800	6 300	5 800	2 800	2 500	2 100	1 900
Niedersachsen	5 300	4 900	5 700	5 200	3 800	3 800	2 200	2 100
Nordrhein-Westfalen	4 800	4 500	5 200	4 900	3 300	3 100	2 100	2 000
Rheinland-Pfalz	5 200	4 800	5 600	5 300	3 500	3 300	2 200	2 100
Saarland	5 000	4 600	5 700	5 200	3 200	2 900	2 100	2 000
Sachsen	6 100	5 500	7 000	6 400	3 900	3 500	2 600	2 300
Sachsen-Anhalt	6 300	5 800	7 500	7 000	3 100	2 800	2 000	1 800
Schleswig-Holstein	4 900	4 600	5 400	5 000	3 500	3 300	2 500	2 300
Thüringen	7 000	6 200	7 900	7 100	4 600	4 100	3 000	2 700

Einschl. Schulverwaltung.– Nähere Informationen zur Berechnung und Aussagefähigkeit siehe Veröffentlichung „Bildungsausgaben – Ausgaben je Schüler/-in“.

1 Teilzeitunterricht.

Ausgaben je Schülerin und Schüler nach Ländern 2009

in 1 000 EUR



Einschl. Schulverwaltung.

2012 - 01 - 0187

3 Bildung

3.9 Finanzen der Schulen und Hochschulen, Budget für Bildung

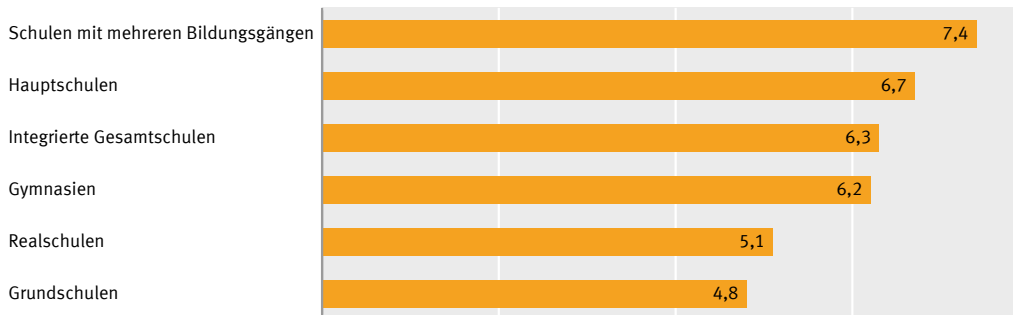
3.9.3 Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft, Durchführungsbetrachtung

Bereichs- kennung	Bereich	Ausgaben		Anteile am Bruttoinlandsprodukt	
		2010	2009	2010	2009
		Mrd. EUR		%	
A	Bildungsbudget in internationaler Abgrenzung gemäß ISCED-Gliederung	152,6	145,0	6,2	6,1
10	Ausgaben für Bildungseinrichtungen in öffentlicher Trägerschaft	103,8	97,6	4,2	4,1
20	Ausgaben für Bildungseinrichtungen in privater Trägerschaft	29,3	28,9	1,2	1,2
30	Ausgaben für Bildungseinrichtungen in öffentlicher und privater Trägerschaft	133,1	126,4	5,4	5,3
40	Ausgaben privater Haushalte für Bildungsgüter und -dienste außerhalb von Bildungseinrichtungen	5,7	5,5	0,2	0,2
50	Ausgaben für die Förderung von Bildungsteilnehmenden in ISCED-Bildungsgängen	13,8	13,1	0,6	0,6
B	Zusätzliche bildungsrelevante Ausgaben in nationaler Abgrenzung	19,7	19,5	0,8	0,8
10	Betriebliche Weiterbildung	8,6	8,5	0,3	0,4
20	Ausgaben für weitere Bildungsangebote	10,0	9,7	0,4	0,4
30	Förderung von Teilnehmenden an Weiterbildung	1,1	1,4	0,0	0,1
A-B	Bildungsbudget insgesamt	172,3	164,6	7,0	6,9
C	Forschung und Entwicklung	69,9	67,0	2,8	2,8
10	Wirtschaft	46,9	45,3	1,9	1,9
20	Staatliche Forschungseinrichtungen	1,5	1,4	0,1	0,1
30	Private Forschungseinrichtungen ohne Erwerbszweck	8,8	8,5	0,4	0,4
40	Hochschulen (zusätzlich in ISCED 5/6 enthalten)	12,7	11,8	0,5	0,5
D	Sonstige Bildungs- und Wissenschaftsinfrastruktur	4,9	5,1	0,2	0,2
10	Wissenschaftliche Museen und Bibliotheken, Fachinformationszentren (ohne Forschung und Entwicklung)	0,7	0,7	0,0	0,0
20	Nichtwissenschaftliche Museen und Bibliotheken	2,3	2,3	0,1	0,1
30	Ausgaben der außeruniversitären Einrichtungen für Wissenschaft und Forschung (ohne Forschung und Entwicklung)	2,0	2,1	0,1	0,1
A-D	Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft (konsolidiert um Forschung und Entwicklung an Hochschulen)	234,5	224,8	9,5	9,5

Aufgrund von Berechnungen und Schätzungen auf der Basis diverser amtlicher und nichtamtlicher Statistiken nach budgetspezifischer Methodik nur eingeschränkt vergleichbar mit den Darstellungen und Methoden der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Abgrenzung nach dem Konzept 2009. Teilweise vorläufige Berechnungen. – Nähere Informationen hierzu siehe Veröffentlichung „Bildungsfinanzbericht 2012“.

Ausgaben je Schülerin und Schüler nach Schularten 2009

in 1 000 EUR



Personalausgaben für Schulen und Schulverwaltung einschl. unterstellter Sozialbeiträge für verbeamtete Lehrkräfte sowie Beihilfeaufwendungen, laufender Sachaufwand und Investitionsausgaben.

2012 - 01 - 0188

3 Bildung

3.9 Finanzen der Schulen und Hochschulen, Budget für Bildung

3.9.4 Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft, Finanzierungsbetrachtung 2009

Bereichs- kennung	Bereich	Ausgaben in Mrd. EUR						
		öffentlicher Bereich				privater Bereich	Ausland	insgesamt
		Bund	Länder	Gemeinden	zusammen			
A	Bildungsbudget in internationaler Abgrenzung gemäß ISCED-Gliederung	15,5	84,5	20,1	120,1	24,5	0,5	145,0
10	Ausgaben für Bildungseinrichtungen in öffentlicher Trägerschaft	6,7	73,0	11,8	91,5	5,6	0,5	97,6
20	Ausgaben für Bildungseinrichtungen in privater Trägerschaft	3,3	5,2	7,0	15,5	13,3	0,0	28,9
30	Ausgaben für Bildungseinrichtungen in öffentlicher und privater Trägerschaft	10,0	78,2	18,9	107,0	18,9	0,5	126,4
40	Ausgaben privater Haushalte für Bildungsgüter und -dienste außerhalb von Bildungseinrichtungen	0,0	0,0	0,0	0,0	5,5	0,0	5,5
50	Ausgaben für die Förderung von Bildungsteilnehmenden in ISCED-Bildungsgängen	5,5	6,4	1,2	13,1	0,0	0,0	13,1
B	Zusätzliche bildungsrelevante Ausgaben in nationaler Abgrenzung	4,4	1,7	3,6	9,7	9,8	0,0	19,5
10	Betriebliche Weiterbildung	0,3	0,5	0,3	1,2	7,3	0,0	8,5
20	Ausgaben für weitere Bildungsangebote	2,8	1,2	3,3	7,2	2,5	0,0	9,7
30	Förderung von Teilnehmenden an Weiterbildung	1,4	0,0	0,0	1,4	0,0	0,0	1,4
A-B	Bildungsbudget insgesamt	19,9	86,2	23,7	129,8	34,2	0,5	164,6
C	Forschung und Entwicklung	10,3	9,5	0,1	19,9	44,5	2,6	67,0
10	Wirtschaft	1,7	0,3	0,0	2,0	41,7	1,6	45,3
20	Staatliche Forschungseinrichtungen	0,9	0,4	0,1	1,3	0,1	0,0	1,4
30	Private Forschungseinrichtungen ohne Erwerbszweck	5,0	2,0	0,0	7,0	1,1	0,5	8,5
40	Hochschulen (zusätzlich in ISCED 5/6 enthalten)	2,7	6,9	0,0	9,6	1,7	0,5	11,8
D	Sonstige Bildungs- und Wissenschaftsinfrastruktur	2,1	1,3	1,1	4,6	0,4	0,0	5,1
10	Wissenschaftliche Museen und Bibliotheken, Fachinformationszentren (ohne Forschung und Entwicklung)	0,3	0,3	0,0	0,6	0,0	0,0	0,7
20	Nichtwissenschaftliche Museen und Bibliotheken	0,4	0,6	1,1	2,1	0,2	0,0	2,3
30	Ausgaben der außeruniversitären Einrichtungen für Wissenschaft und Forschung (ohne Forschung und Entwicklung)	1,4	0,4	0,0	1,9	0,2	0,0	2,1
A-D	Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft (konsolidiert um Forschung und Entwicklung an Hochschulen)	29,6	90,2	24,9	144,7	77,5	2,6	224,8

Aufgrund von Berechnungen und Schätzungen auf der Basis diverser amtlicher und nichtamtlicher Statistiken nach budgetspezifischer Methodik nur eingeschränkt vergleichbar mit den Darstellungen und Methoden der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Abgrenzung nach dem Konzept 2009. Teilweise vorläufige Berechnungen. – Nähere Informationen hierzu siehe Veröffentlichung „Bildungsfinanzbericht 2012“.

3.9 Finanzen der Schulen und Hochschulen, Budget für Bildung

3.9.5 Ausgaben der Hochschulen

	Insgesamt		Laufende Ausgaben						Investitionsausgaben	
			zusammen		davon					
					Personalausgaben		übrige laufende Ausgaben			
	2010	Veränderung gegenüber Vorjahr	2010	Veränderung gegenüber Vorjahr	2010	Veränderung gegenüber Vorjahr	2010	Veränderung gegenüber Vorjahr	2010	Veränderung gegenüber Vorjahr
Mill. EUR	%	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%	
Deutschland	41 229	6,1	36 845	5,9	22 973	6,5	13 872	4,8	4 384	7,6
Baden-Württemberg	6 257	8,1	5 483	6,3	3 537	7,0	1 947	5,1	773	23,0
Bayern	6 106	6,7	5 278	4,7	3 335	5,5	1 943	3,2	829	21,8
Berlin	2 699	6,2	2 504	6,2	1 546	4,7	958	8,6	195	6,8
Brandenburg	461	8,1	385	8,0	293	9,4	92	3,7	76	8,6
Bremen	416	3,6	383	4,8	258	3,1	125	8,3	33	- 8,4
Hamburg	1 461	- 9,2	1 333	5,2	780	8,7	553	0,7	128	- 62,7
Hessen	3 277	6,8	2 882	6,2	1 818	5,4	1 064	7,7	395	11,0
Mecklenburg-Vorpommern	945	11,0	829	9,0	537	18,5	292	- 5,0	116	28,2
Niedersachsen	3 269	5,8	3 002	5,5	1 889	4,9	1 113	6,5	267	9,7
Nordrhein-Westfalen	8 601	6,9	7 814	5,3	4 547	6,7	3 267	3,5	786	25,9
Rheinland-Pfalz	1 555	3,2	1 475	3,7	864	5,1	611	1,7	81	- 4,1
Saarland	616	7,9	548	9,1	359	4,6	189	18,7	68	- 0,9
Sachsen	2 145	3,2	1 808	8,9	1 229	8,9	579	8,8	337	- 19,2
Sachsen-Anhalt	1 131	8,2	1 034	6,5	664	8,0	370	4,0	97	29,7
Schleswig-Holstein	1 310	5,5	1 217	5,3	705	3,4	511	8,1	93	7,4
Thüringen	981	9,7	869	8,0	613	9,4	256	4,8	112	25,3
nach Hochschularten										
Universitäten	35 926	5,6	32 115	5,5	19 676	6,3	12 440	4,2	3 811	7,0
Universitäten, ohne medizinische Einrichtungen	17 043	6,6	14 982	5,5	10 291	6,7	4 691	3,0	2 061	15,1
Medizinische Einrichtungen der Universitäten	18 883	4,8	17 133	5,4	9 384	5,9	7 749	4,9	1 750	- 1,1
Pädagogische Hochschulen	119	- 0,1	111	- 0,3	90	1,1	21	- 5,7	8	2,6
Theologische Hochschulen	35	1,5	34	3,3	24	3,9	11	2,1	1	- 38,9
Kunsthochschulen	583	5,1	530	5,5	384	5,4	147	5,9	53	1,4
Fachhochschulen	4 275	10,3	3 778	9,9	2 611	8,6	1 167	12,9	497	13,9
Verwaltungsfachhochschulen	292	2,2	276	2,8	188	4,4	87	- 0,6	16	- 7,1
nach Fächergruppen										
Sprach- und Kulturwissenschaften	1 897	7,6	1 845	7,9	1 531	7,6	314	9,2	52	- 2,6
Sport, Sportwissenschaft	171	8,5	155	8,3	117	9,3	38	5,2	17	10,0
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissen- schaften	2 506	10,4	2 378	9,4	1 853	9,5	525	9,2	128	31,6
Mathematik, Naturwissenschaften	4 584	7,7	3 974	7,6	3 072	7,6	902	7,6	610	8,4
Humanmedizin, Gesundheitswissen- schaften (einschl. zentrale Einrich- tungen der Hochschulkliniken)	18 916	4,8	17 165	5,5	9 405	6,0	7 760	4,9	1 751	- 1,1
Veterinärmedizin	168	4,6	153	3,2	115	2,4	38	5,9	15	21,3
Agrar-, Forst- und Ernährungswissen- schaften	501	8,1	460	7,3	352	8,3	108	4,4	41	17,7
Ingenieurwissenschaften	3 689	9,3	3 225	9,1	2 635	9,8	590	6,1	463	10,9
Kunst, Kunstwissenschaft	687	8,4	622	8,3	489	7,0	134	13,2	65	9,6
Hochschule insgesamt, zentrale Einrich- tungen (ohne zentrale Einrichtungen der Hochschulkliniken)	8 111	4,6	6 869	2,5	3 405	2,4	3 464	2,5	1 242	18,3

Nähere Informationen zur Berechnung und Aussagefähigkeit siehe Fachserie 11, Reihe 4.5 „Finanzen der Hochschulen“.

3.9 Finanzen der Schulen und Hochschulen, Budget für Bildung

3.9.6 Monetäre Kennzahlen für Hochschulen

	Laufende Grundmittel ¹						Drittmittel je Professor/-in ¹³		Drittmittel je wissenschaftlichem Personal ¹²	
	je Studierende(n)		je wissenschaftl. Personal ¹²		je Professor/-in ¹³		2010	Veränderung gegenüber Vorjahr	2010	Veränderung gegenüber Vorjahr
	2010	Veränderung gegenüber Vorjahr	2010	Veränderung gegenüber Vorjahr	2010	Veränderung gegenüber Vorjahr				
	EUR	%	EUR	%	EUR	%	EUR	%	EUR	%
Deutschland (Hochschulen)	7 200	-0,4	108 400	-1,2	413 200	1,8	153 100	7,9	40 200	4,7
Deutschland (Hochschulen ohne Medizinische Einrichtungen)	6 200	0,5	119 200	-1,1	364 400	2,4	125 000	7,9	40 900	4,1
Hochschulen ohne Medizinische Einrichtungen nach Ländern										
Baden-Württemberg	6 200	-3,8	94 600	-6,7	300 600	-2,4	123 700	8,4	38 900	3,7
Bayern	6 000	-1,2	101 300	-0,5	332 200	1,4	127 200	11,9	38 800	9,9
Berlin	5 800	1,8	117 700	6,1	326 800	4,2	152 100	16,4	54 800	18,5
Brandenburg	5 700	12,2	121 600	8,8	367 700	13,4	105 400	-11,6	34 800	-15,2
Bremen	7 100	3,3	146 200	-0,6	377 700	3,8	184 600	7,4	71 400	2,8
Hamburg	5 600	-3,0	113 100	-2,1	331 700	1,1	107 900	9,2	36 800	5,7
Hessen	6 200	-0,5	138 900	1,4	409 900	4,4	112 300	4,1	38 100	1,1
Mecklenburg-Vorpommern	6 800	2,7	127 600	0,1	354 600	3,2	134 600	16,1	48 400	12,6
Niedersachsen	8 300	2,0	139 500	3,3	402 500	3,9	116 300	6,3	40 300	5,8
Nordrhein-Westfalen	5 900	0,2	130 600	-6,3	432 900	1,8	132 600	0,3	40 000	-7,7
Rheinland-Pfalz	6 100	-1,7	137 500	-5,6	383 300	-4,5	73 700	9,8	26 400	8,6
Saarland	5 000	5,2	82 900	11,6	297 600	13,1	104 100	7,7	29 000	6,2
Sachsen	6 200	6,8	119 800	4,8	339 000	7,9	184 200	26,3	65 100	22,7
Sachsen-Anhalt	7 100	5,7	137 300	7,2	386 100	5,0	87 800	7,4	31 200	9,7
Schleswig-Holstein	5 100	0,2	114 300	1,0	300 400	3,4	92 000	14,5	35 000	11,7
Thüringen	7 200	9,4	123 100	6,4	360 700	9,9	101 000	-1,8	34 500	-4,9
Hochschulen nach Hochschularten										
Universitäten, ohne Medizinische Einrichtungen ¹⁴	7 000	0,3	128 600	-0,7	520 600	2,5	221 700	8,3	54 800	4,9
Medizinische Einrichtungen der Universitäten	28 800	-1,6	78 200	-2,9	1 087 400	3,0	537 200	13,1	38 600	6,6
Kunsthochschulen	14 100	2,6	104 900	3,0	229 700	4,2	13 400	3,6	6 100	2,4
Fachhochschulen	4 000	2,3	93 700	-2,1	180 000	4,2	23 400	13,5	12 200	6,6
Hochschulen nach Fächergruppen										
Sprach- und Kulturwissenschaften	3 300	4,8	74 600	5,1	254 000	6,1	64 300	2,4	18 900	1,4
Sport, Sportwissenschaft	4 000	1,9	82 700	-0,2	491 800	1,6	135 600	11,2	22 800	9,3
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	2 300	7,6	62 500	2,8	173 400	5,7	35 400	3,4	12 800	0,6
Mathematik, Naturwissenschaften	5 900	2,1	93 600	0,6	300 200	4,3	199 600	7,5	62 200	3,7
Humanmedizin, Gesundheitswissenschaften (einschl. zentrale Einrichtungen der Hochschulkliniken)	23 800	-2,8	77 400	-3,1	1 027 800	1,7	507 500	11,7	38 200	6,3
Veterinärmedizin	11 700	-0,4	122 900	-0,6	574 000	-0,4	135 200	20,5	29 000	20,2
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	6 900	3,3	113 900	1,0	288 200	1,0	130 000	8,4	51 400	8,4
Ingenieurwissenschaften	4 100	-3,9	82 200	-4,0	211 300	3,0	153 700	7,9	59 800	0,6
Kunst, Kunstwissenschaft	6 200	5,5	74 100	7,1	168 300	7,2	15 400	-0,1	6 800	-0,2
Fächergruppen zusammen	5 000	0,7	78 700	-0,1	288 900	2,7	135 800	6,9	37 000	4,0
Hochschule insgesamt, zentrale Einrichtungen (ohne zentrale Einrichtungen der Hochschulkliniken)	2 200	-2,7	33 600	-3,6	127 900	-0,6	19 000	14,1	5 000	10,7

Nähere Informationen zur Berechnung und Aussagefähigkeit siehe Fachserie 11, Reihe 4.3.2 „Monetäre hochschulstatistische Kennzahlen“.

1 Laufende Ausgaben abzüglich Drittmittel, Beiträge der Studierenden und andere Verwaltungseinnahmen; ohne Zuschlag für die Altersversorgung der Beamten/Beamtinnen und die Beihilfeaufwendungen.

2 Ohne Drittmittelpersonal.

3 Ohne drittmittelfinanzierte Professoren/Professorinnen.

4 Einschl. Pädagogische und Theologische Hochschulen.

3.10 Forschungsausgaben und Forschungspersonal

3.10.1 Nach durchführenden Bereichen

	Forschungsausgaben		Forschungspersonal			
	2010	Veränderung gegenüber Vorjahr	insgesamt		dar. Wissenschaftler/-innen ¹	
			2010	Veränderung gegenüber Vorjahr	2010	Veränderung gegenüber Vorjahr
	Mill. EUR	%	Vollzeit-äquivalent	%	Vollzeit-äquivalent	%
Insgesamt	69 948	4,4	548 526	2,6	327 953	3,4
Öffentlicher Bereich und private Institutionen ohne Erwerbszweck	10 354	4,2	90 531	4,5	51 783	5,2
Bundes-, Landes- und kommunale Forschungseinrichtungen ^{2 3}	1 176	5,3	12 155	3,9	5 221	- 4,6
Überwiegend öffentlich finanzierte Forschungseinrichtungen ³	9 177	4,1	78 376	4,6	46 562	6,4
Hochschulen ³	12 665	7,3	120 784	4,6	90 355	6,6
Unternehmensbereich ⁴	46 929	3,7	337 211	1,4	185 815	1,4

1 Einschl. Fachhochschulabsolventen/-absolventinnen.

2 Ohne Leibniz-Gemeinschaft („Blaue Liste“).

3 Forschungsanteile.

4 Wissenschaftler/-innen 2010 auf Basis 2009 geschätzt.

3.10.2 Im öffentlichen Bereich und privaten Institutionen ohne Erwerbszweck

	Forschungsausgaben		Forschungspersonal			
	2010	Veränderung gegenüber Vorjahr	insgesamt		dar. Wissenschaftler/-innen ¹	
			2010	Veränderung gegenüber Vorjahr	2010	Veränderung gegenüber Vorjahr
	Mill. EUR	%	Vollzeit-äquivalent	%	Vollzeit-äquivalent	%
Insgesamt	10 354	4,2	90 531	4,5	51 783	5,2
nach Institutionen						
Bundforschungseinrichtungen ²	940	9,2	9 225	7,5	3 882	- 5,3
Landes- und kommunale Forschungseinrichtungen ^{2 3}	237	- 7,7	2 930	- 6,0	1 339	- 2,8
Helmholtz-Zentren ⁴	3 208	3,0	25 885	6,2	14 725	8,2
Max-Planck-Institute	1 537	0,2	12 672	3,0	6 777	4,9
Fraunhofer-Institute	1 625	4,0	13 962	5,6	9 846	6,1
Leibniz-Gemeinschaft („Blaue Liste“) ^{3 5}	1 209	5,9	11 270	7,0	6 462	9,3
Sonstige Forschungseinrichtungen ^{2 3} ..	1 187	7,1	11 483	1,3	7 578	2,7
Wissenschaftliche Bibliotheken und Museen ^{2 3}	412	15,7	3 104	- 2,0	1 175	4,2
nach Wissenschaftszweigen						
Naturwissenschaften	4 847	5,3	41 315	6,5	23 232	7,1
Ingenieurwissenschaften	2 757	1,8	23 343	1,8	14 822	1,8
Medizin	843	6,4	7 525	7,5	4 128	8,2
Agrarwissenschaften	594	5,4	5 869	1,0	2 344	3,4
Sozial- und Geisteswissenschaften	1 314	3,9	12 478	3,3	7 258	4,9

Ohne Hochschulen.

1 Auf Vollzeitbeschäftigung umgerechnet.

1 Einschl. Fachhochschulabsolventen/-absolventinnen.

2 Forschungsanteile.

3 Ohne Leibniz-Gemeinschaft („Blaue Liste“).

4 Die Großforschungseinrichtungen schlossen sich am 12.11.1995 zur „Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren (HGF)“ zusammen.

5 Institute, die jeweils zur Hälfte von Bund und Ländern finanziert werden.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Stifterverband Wissenschaftsstatistik

3.10 Forschungsausgaben und Forschungspersonal

3.10.3 Unternehmensbereich 2010

Wirtschaftsgliederung ¹ (H. v. = Herstellung von)	Aufwendungen für Forschung und Entwicklung (FuE)			Forschungspersonal	
	insgesamt	davon		darunter finanziert von der Wirtschaft	insgesamt
		interne FuE- Aufwendungen	externe FuE- Aufwendungen außer- halb des Wirtschafts- sektors		
	Mill. EUR			%	Vollzeitäquivalent
Insgesamt	46 929	36 066	10 863	92,3	337 211
	nach Wirtschaftszweigen				
Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei	142	101	41	92,3	1 382
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	12	6	6	83,3	138
Verarbeitendes Gewerbe	40 241	30 746	9 495	93,8	279 422
H. v. Nahrungs- u. Genussmitteln, Getränken und Tabakerzeugnissen	329	303	26	98,5	2 608
H. v. Textilien, Bekleidung, Leder, Lederwaren und Schuhen	124	106	18	92,7	1 369
H. v. Holzwaren, Papier, Pappe und Druckerzeugnissen	208	191	17	98,6	1 798
Kokerei und Mineralölverarbeitung	89	86	3	19,1	398
H. v. chemischen Erzeugnissen	3 124	2 769	355	97,3	22 123
H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen	3 737	2 662	1 075	99,0	19 341
H. v. Gummi- und Kunststoffwaren sowie Glaswaren und Keramik	1 118	1 054	64	94,0	9 704
Metallerzeugung und -bearbeitung, H. v. Metall- erzeugnissen	1 206	1 043	163	92,6	11 460
H. v. Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	5 995	4 983	1 012	95,2	51 296
H. v. elektrischen Ausrüstungen	1 345	1 220	125	95,9	13 361
Maschinenbau	4 597	4 127	470	95,2	37 993
H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	14 812	9 998	4 814	96,1	88 221
Sonstiger Fahrzeugbau	2 514	1 380	1 134	63,1	12 059
Sonst. H. v. Waren, Reparatur und Instandhaltung von Maschinen und Ausrüstungen	1 044	823	221	95,0	7 693
Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfall- entsorgung	196	122	74	95,4	845
Baugewerbe/Bau	77	64	13	85,7	819
Information und Kommunikation	2 652	2 132	520	86,9	22 825
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	233	202	31	99,6	1 554
Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen	3 035	2 495	540	77,0	26 920
dar. Institutionen für Gemeinschaftsforschung	292	117	175	34,9	3 642
Restliche Abschnitte	342	201	141	79,5	3 307

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), Kurzbezeichnungen.

Quelle: Stifterverband Wissenschaftsstatistik

3.10 Forschungsausgaben und Forschungspersonal

3.10.4 Ausgaben für Forschung und Entwicklung nach Sektoren 2010

	Insgesamt	Davon			Insgesamt	Davon		
		Staat, private Institutionen ohne Erwerbszweck	Hochschulen ¹	Wirtschaft		Staat, private Institutionen ohne Erwerbszweck	Hochschulen	Wirtschaft
	Mill. EUR				% des Bruttoinlandsprodukts ²			
Deutschland ³	69 948	10 354	12 665	46 929	2,82	0,42	0,51	1,89
Baden-Württemberg	17 039	1 567	2 002	13 470	4,71	0,43	0,55	3,72
Bayern	13 608	1 299	1 885	10 423	3,08	0,29	0,43	2,36
Berlin	3 537	1 184	938	1 415	3,73	1,25	0,99	1,49
Brandenburg	795	424	178	193	1,42	0,76	0,32	0,35
Bremen	703	251	201	252	2,54	0,90	0,72	0,91
Hamburg	1 970	408	447	1 114	2,23	0,46	0,51	1,26
Hessen	6 769	499	909	5 362	3,01	0,22	0,40	2,38
Mecklenburg-Vorpommern	688	273	211	203	1,92	0,76	0,59	0,57
Niedersachsen	5 718	845	1 094	3 779	2,67	0,39	0,51	1,77
Nordrhein-Westfalen	10 991	1 662	2 665	6 664	2,02	0,31	0,49	1,23
Rheinland-Pfalz	2 300	192	479	1 629	2,14	0,18	0,45	1,51
Saarland	390	125	115	149	1,30	0,42	0,38	0,50
Sachsen	2 640	788	722	1 130	2,78	0,83	0,76	1,19
Sachsen-Anhalt	731	260	249	223	1,40	0,50	0,48	0,43
Schleswig-Holstein	947	247	272	428	1,25	0,33	0,36	0,57
Thüringen	1 039	247	298	494	2,08	0,50	0,60	0,99

1 Interne FuE-Aufwendungen.

2 BIP für Deutschland; Stand Januar 2012.

3 Einschl. nicht aufteilbarer Mittel.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Stifterverband Wissenschaftsstatistik

3.10.5 Personal für Forschung und Entwicklung nach Sektoren 2010

	Insgesamt	Davon		
		Staat, private Institutionen ohne Erwerbszweck	Hochschulen	Wirtschaft
Deutschland ¹	548 526	90 531	120 784	337 211
Baden-Württemberg	122 937	14 081	19 018	89 838
Bayern	106 700	11 932	18 183	76 586
Berlin	31 073	10 593	9 568	10 913
Brandenburg	8 160	3 670	2 354	2 136
Bremen	5 663	1 871	1 929	1 864
Hamburg	13 607	2 755	3 638	7 214
Hessen	47 993	4 055	8 069	35 868
Mecklenburg-Vorpommern	5 543	2 009	1 685	1 848
Niedersachsen	41 884	7 540	10 205	24 139
Nordrhein-Westfalen	88 919	15 056	23 782	50 082
Rheinland-Pfalz	18 345	1 910	3 811	12 624
Saarland	4 009	945	1 681	1 383
Sachsen	25 635	6 640	8 072	10 923
Sachsen-Anhalt	7 444	2 366	2 569	2 509
Schleswig-Holstein	9 335	2 404	2 979	3 952
Thüringen	10 859	2 282	3 244	5 333

1 Einschl. nicht zuzuordnendem Personal.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Stifterverband Wissenschaftsstatistik

3.11 Promovierende nach Fächergruppe der Professur im Wintersemester 2010/11

	Insgesamt	Männlich	Weiblich
	Anzahl	%	
Insgesamt	200 400	59,2	40,8
Sprach- und Kulturwissenschaften	38 700	40,6	59,4
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	35 900	59,0	41,0
Mathematik, Naturwissenschaften	58 400	62,4	37,6
Humanmedizin, Gesundheitswissenschaften	8 300	40,8	59,2
Ingenieurwissenschaften	44 500	80,8	19,2
Übrige Fächergruppen ¹	14 600	41,0	59,0

Ergebnisse der Promovierendenerhebung.

1 Sport, Veterinärmedizin, Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften sowie außerhalb der Studienbereichsgliederung.

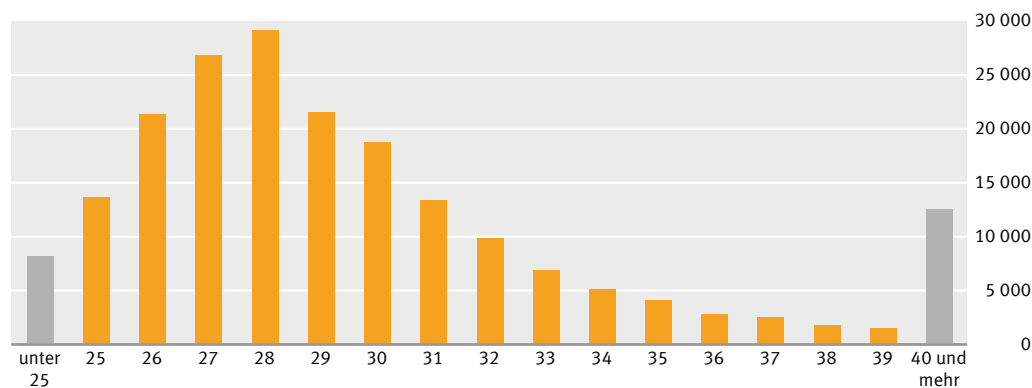
Promovierende nach ausgewählten Fächergruppen im Wintersemester 2010/11

Anzahl je Professur



2012 - 01 - 0189

Promovierende nach Alter im Wintersemester 2010/11



2012 - 01 - 0096

Methodik

■ Bildungsstand der Bevölkerung

Die Daten zum Bildungsstand geben wichtige Aufschlüsse über die Qualifikation der Bevölkerung im Hinblick auf die Leistungsfähigkeit und das Bildungs- bzw. Ausbildungspotenzial unserer Gesellschaft. Sie werden auf der Grundlage des **Mikrozensusgesetzes** 2005 gewonnen. Ca. 1 % der Bevölkerung, die nach einem festgelegten statistischen Zufallsverfahren ausgewählt werden, geben Auskunft u. a. über Schulbesuch und Bildungsstand.

■ Integrierte Ausbildungsberichterstattung

Die Integrierte Ausbildungsberichterstattung (iABE) bildet das berufliche Ausbildungsgeschehen nach dem Verlassen der Sekundarstufe I der allgemeinbildenden Schulen vollständig und systematisch ab. Hierzu wird neben der Schulstatistik auch auf die Hochschulstatistik, die Berufsbildungsstatistik, die Personalstandstatistik und die Förderstatistik der Bundesagentur für Arbeit zurückgegriffen. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert und in Kooperation mit dem Bundesinstitut für Berufsbildung (BiBB) sowie dem Hessischen Statistischen Landesamt bearbeitet.

■ Allgemeinbildende und berufliche Schulen

Die **Bundes-Schulstatistik** erhebt und analysiert Daten über Lehrende und Lernende an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen.

Aufgrund der im Grundgesetz geregelten Kulturhoheit der Länder wird in jedem Land eine an der jeweiligen Bildungspolitik orientierte und damit länderspezifische Schulstatistik durchgeführt. Für Ländervergleiche sowie für Bundeszwecke hat die Ständige Konferenz der Kultusminister einheitliche Begriffe und Definitionen sowie ein einheitliches Mindesterhebungsprogramm vorgegeben.

■ Auszubildende

Die **Berufsbildungsstatistik** erhebt und analysiert Daten über Jugendliche im dualen System (praktische Ausbildung im Betrieb und theoretische in Berufsschulen) sowie über das nicht schulische Ausbildungspersonal. Rechtsgrundlage ist das Berufsbildungsgesetz in der Fassung vom 5.2.2009. Die Angaben werden dabei von den zuständigen Stellen, z. B. Industrie- und Handelskammern, gemeldet (Sekundärstatistik). Neben den Berufen, die im dualen System ausgebildet werden, gibt es auch rein schulische Berufsausbildungen, insbesondere die meisten Gesundheitsdienstberufe. Angaben hierüber erhebt die **Schulstatistik**.

■ Hochschulen

Die **Studenten-, Prüfungs-, Personal-, Stellen-, Gasthörer- und Habilitationsstatistik** sind Totalerhebungen, die auf der Grundlage der zum 1.6.1992 in Kraft getretenen Neufassung des Hochschulstatistikgesetzes jährlich bzw. semesterweise durchgeführt werden. Die Daten entstammen den Verwaltungsunterlagen der Hochschulen und Prüfungsämter (Sekundärstatistik) und werden dezentral von den Statistischen Ämtern der Länder erhoben.

Die endgültigen Ergebnisse liegen je nach Einzelstatistik etwa drei bis neun Monate nach Ende des Berichtszeitraumes bzw. -punktes vor, vorläufige Daten der Studenten- und Personalstatistik z. T. auch deutlich früher. Hochschulstatistische Informationen stehen seit Mitte der 1970er Jahre für das frühere Bundesgebiet und seit 1992 für Deutschland in differenzierter Form zur Verfügung und sind regional auf den Ebenen Bund, Länder und einzelne Hochschulen vergleichbar.

■ Deutsche Studierende im Ausland

Die Statistik Deutsche Studierende im Ausland stützt sich auf eine Reihe verschiedenartiger Quellen. Hierzu gehören Eurostat, die OECD, das UNESCO Institute for Statistics sowie die jährliche Umfrage des Statistischen Bundesamtes bei den mit der Bildungsstatistik befassten Institutionen ausgewählter Staaten. Diese Statistik dokumentiert die Bereitschaft der deutschen Studierenden zu Studienaufenthalten im Ausland.

■ Weiterbildung

Angaben zur beruflichen Weiterbildung von Erwerbspersonen erhebt ebenfalls der **Mikrozensus**.

Aus der **Berufsbildungsstatistik** werden auch Zahlen über die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den Fortbildungsprüfungen der Wirtschaftsorganisationen übernommen, z. B. der Handwerkskammern.

Die **Volkshochschulstatistik** erhebt und veröffentlicht das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung im Auftrag des Verbandes der Volkshochschulen. In der amtlichen Statistik gibt es keine vergleichbare Erhebung. Um das weite Spektrum, insbesondere der Erwachsenenbildung, wenigstens in Auszügen darstellen zu können, greift das Statistische Bundesamt auf die Volkshochschulstatistik zurück.

■ Ausbildungsförderung

Die Statistiken nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) und dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) sind Totalerhebungen, die auf Grundlage der jeweiligen Leistungsgesetze jährlich durchgeführt werden. Die Angaben zum BAföG und AFBG werden der amtlichen Statistik von den Landesrechenzentren, die mit der Berechnung der Förderbeiträge beauftragt sind, als Auszug aus deren Eingabedaten und Rechenergebnissen in anonymisierter Form zur Verfügung gestellt (Sekundärstatistik).

■ Finanzen der Schulen und Hochschulen, Budget für Bildung

Die Datenbasis für die **Berechnung der Ausgaben je Schülerin und Schüler** bilden die Jahresrechnungsstatistik der staatlichen Haushalte und die Jahresrechnungsstatistik der Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände.

Die **Hochschulfinanzstatistik** liefert wichtige Informationen zur allgemeinen Bildungs- und Hochschulplanung in Bund und Ländern. Sie sind die Basis für eine Vielzahl von bildungs- und forschungspolitischen Entscheidungen. Die Statistik ist eine Totalerhebung, die jährlich bzw. vierteljährlich durchgeführt wird. Dabei sind alle Hochschulen und Hochschulkliniken bzw. die Stellen, die für diese Mittel bewirtschaften, auskunftspflichtig. Die Angaben für die Statistik entstammen weitestgehend den vorliegenden Verwaltungsdaten der Hochschulen und werden dezentral von den Statistischen Landesämtern erhoben. Rechtsgrundlagen sind das Hochschulstatistikgesetz (HStatG) sowie das Finanz- und Personalstatistikgesetz (FPStatG) in Verbindung mit dem Bundesstatistikgesetz (BStatG).

■ Forschungsausgaben und Forschungspersonal

In der **Statistik über Forschung und Entwicklung (FuE)** werden auf der Grundlage der Verordnung Nr. 753/2004 der Europäischen Kommission die Sektoren Staat, private Organisationen ohne Erwerbszweck (außeruniversitäre Einrichtungen), Hochschulen und Wirtschaft getrennt dargestellt. Das Statistische Bundesamt ermittelt die Daten

für außeruniversitäre Einrichtungen durch eine Erhebung und berechnet die Ausgaben für Hochschulen auf Grundlage der Hochschulstatistiken. Die Stifterverband Wissenschaftsstatistik GmbH ermittelt die Daten zu FuE im Wirtschaftssektor durch eine Erhebung bei Unternehmen. Nach der Zusammenführung der Daten ergibt sich das Gesamtergebnis für alle Sektoren. Die jeweiligen Erhebungs- und Berechnungsverfahren entsprechen den methodischen Empfehlungen des Frascati-Handbuchs der OECD.

■ Promovierende

Die **Erhebung der Promovierenden** führte das Statistische Bundesamt in Zusammenarbeit mit den Statistischen Ämtern der Länder auf Anforderung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung durch (nach § 7 Absatz 1 des Bundesstatistikgesetzes). Die Daten wurden in einem zweistufigen Verfahren erhoben, in dem zunächst die Professorinnen und Professoren und anschließend die Promovierenden befragt wurden.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken finden Sie in unseren Qualitätsberichten (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen › Qualitätsberichte).

Abendgymnasien | Sie ermöglichen Erwachsenen meist innerhalb von drei Jahren den Erwerb der Hochschulreife. Die Bewerberinnen und Bewerber müssen eine abgeschlossene Berufsausbildung bzw. eine mindestens dreijährige geregelte Berufstätigkeit nachweisen, mindestens 19 Jahre alt sein und normalerweise vor Eintritt in den Hauptkurs einen einsemestrigen Vorkurs absolvieren. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer müssen während der Zeit des Besuchs des Abendgymnasiums – mit Ausnahme der letzten drei Semester – berufstätig sein.

Abendhauptschulen | In einem einjährigen Ausbildungsgang (zwei Semester) führt der erfolgreiche Besuch der Abendhauptschulen zum Hauptschulabschluss.

Abendrealschulen | Sie führen Erwachsene in Abendkursen (vier Semester) zum Realschulabschluss.

Ausgaben der Hochschulen | Diese umfassen neben der Lehre und Forschung auch die Krankenbehandlung. Sie sind nach Ländern, Hochschularten und Fächergruppen sowie nach den Ausgabearten Personalausgaben, übrige laufende Ausgaben und Investitionsausgaben dargestellt.

Ausgaben für Forschung und Entwicklung | Hierbei handelt es sich um Ausgaben für systematische, schöpferische Arbeiten zur Erweiterung des Kenntnisstandes einschließlich der Erkenntnisse über den Menschen, die Kultur und die Gesellschaft sowie deren Verwendung mit dem Ziel, neue Anwendungsmöglichkeiten zu finden.

Ausgaben je Schülerin bzw. je Schüler | Sie sind ein Maß dafür, wie viel Mittel jährlich im Durchschnitt für die Ausbildung jeder Schülerin bzw. jedes Schülers an öffentlichen Schulen zur Verfügung gestellt werden. Die Ausgaben ergeben sich aus der Addition von Personalausgaben (einschließlich Zuschläge für Beihilfen und Versorgung), laufendem Sachaufwand und Investitionsausgaben. Sie sind nach Schularten, Ländern und Ausgabearten dargestellt.

Auszubildende | Hierzu zählen Personen, die aufgrund eines Ausbildungsvertrages nach dem Berufsbildungsgesetz eine betriebliche Berufsausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf bzw. in einer Regelung für Menschen mit Behinderungen durchlaufen. Dazu gehören auch Jugendliche, deren Ausbildung voll oder teilweise durch staatliche Programme finanziert wird. Nicht als Auszubildende gelten Personen, deren berufliche Ausbildung ausschließlich in beruflichen Schulen erfolgt (z. B. Schülerinnen und Schüler in Berufsfachschulen) oder die in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis ausgebildet werden (z. B. Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst).

Benchmarks | Die nationalen Benchmarks verfolgen politische Ziele. Der Wissenschaftsrat empfiehlt in seinen „Empfehlungen zum arbeitsmarkt- und demografiegerechten Ausbau des Hochschulsystems“ eine Studienberechtigtenquote von 50 %, eine Studienanfängerquote von 40 % und eine Absolventenquote von 35 %, gemessen am jeweiligen Altersjahrgang. Auf dem Bildungsgipfel von Bund und Ländern 2008 wurde vereinbart, bis zum Jahr 2015 die Zahl der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Abschluss von 8 % auf 4 % und die Zahl der ausbildungsfähigen jungen Erwachsenen ohne Berufsabschluss von 17 % auf 8,5 % zu halbieren.

Berufsaufbauschulen | Sie werden von Jugendlichen besucht, die in einer Berufsausbildung oder Berufstätigkeit stehen oder gestanden haben, nach mindestens halbjährigem Besuch der Teilzeit-Berufsschule, parallel zur Teilzeit-Berufsschule oder nach erfüllter Teilzeit-Berufsschulpflicht. Sie sind meist nach Fachrichtungen gegliedert; die Unterrichtsdauer beträgt bei Vollzeitschulen ein bis eineinhalb, bei Teilzeitschulen drei bis dreieinhalb Jahre. Der erfolgreiche Abschluss vermittelt die dem Realschulabschluss gleichgestellte Fachschulreife.

Berufsfachschulen | Das sind Schulen mit voller Wochenstundenzahl und mindestens einjähriger Schulbesuchsdauer, die in der Regel freiwillig nach Erfüllung der Vollzeiterschulpflicht zur Berufsvorbereitung oder auch zur vollen Berufsausbildung ohne vorherige praktische Berufsausbildung besucht werden können.

Berufsgrundbildungsjahr | Das Berufsgrundbildungsjahr (BGJ) in vollzeitschulischer Form hat die Aufgabe, allgemeine und – auf der Breite eines Berufsfeldes (z. B. Wirtschaft, Metall) – fachtheoretische sowie fachpraktische Lerninhalte als berufliche Grundbildung zu vermitteln. Der erfolgreiche Besuch des Berufsgrundbildungsjahres wird großteils auf die Berufsausbildung im dualen System angerechnet.

Berufsoberschulen/Technische Oberschulen | Sie bieten Schulabgängerinnen und Schulabgängern mit mittlerem Bildungsabschluss und abgeschlossener Berufsausbildung die Möglichkeit, die fachgebundene oder allgemeine Hochschulreife (Prüfung in zweiter Fremdsprache) zu erlangen. Die Berufsoberschulen/Technischen Oberschulen umfassen mindestens zwei Schuljahre und werden großteils als Vollzeitschulen geführt.

Berufsschulen | (Teilzeit-)Berufsschulen sind Einrichtungen im Rahmen der allgemeinen Schulpflicht (dreijährige Teilzeitschulpflicht). Unterrichtet werden Jugendliche, die sich in einer beruflichen Ausbildung (duals Ausbildungssystem) befinden, in einem Arbeitsverhältnis stehen oder beschäftigungslos sind. Sie haben die Aufgabe, die Allgemeinbildung der Schülerinnen und Schüler zu vertiefen und die für den Beruf erforderliche fachtheoretische Grundausbildung zu vermitteln. Der Unterricht wird in Koordination mit dem Ausbildungsbetrieb in der Regel als Teilzeitunterricht an zwei Tagen in der Woche oder als Blockunterricht in zusammenhängenden Abschnitten in Vollzeitform erteilt.

Berufsvorbereitungsjahr | Es bereitet Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag durch Vollzeit- oder Teilzeitunterricht auf eine berufliche Tätigkeit vor.

Drittmittel | Zur Förderung von Forschung und Entwicklung sowie des wissenschaftlichen Nachwuchses und der Lehre werden von öffentlichen und privaten Stellen zusätzlich zum regulären Haushalt (Grundaussstattung) sogenannte Drittmittel eingeworben. Die Drittmittel je Professorin bzw. Professor geben an, wie viel Drittmittel je Professorin bzw. Professor eingeworben wurden. Beide Kennzahlen werden nach Ländern, nach Hochschularten und Fächergruppen dargestellt.

Fachakademien | Die in Bayern eingerichteten Fachakademien setzen den Realschulabschluss oder den Abschluss einer Berufsausbildung voraus. Sie bereiten in der Regel auf den Eintritt in eine gehobene Berufslaufbahn vor. Der Ausbildungsgang umfasst bei Vollzeitunterricht mindestens zwei Jahre.

Fachgymnasien | Hierbei handelt es sich um berufsbezogene Gymnasien, für deren Besuch der Realschulabschluss oder ein gleichwertiger Abschluss vorausgesetzt wird. Der Schulbesuch dauert drei Jahre (Klassen 11 bis 13). Der Abschluss des Fachgymnasiums gilt als Befähigungsnachweis für das Studium an Hochschulen.

Fachhochschulen | Fachhochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschulen) bieten eine stärker anwendungsbezogene Ausbildung in Studiengängen für Ingenieurinnen und Ingenieure und für andere Berufe, vor allem in den Bereichen Wirtschaft, Sozialwesen, Gestaltung und Informatik. Das Studium ist in der Regel kürzer als das an wissenschaftlichen Hochschulen.

Fachhochschulreife | Absolventinnen und Absolventen bzw. Abgängerinnen und Abgänger mit Fachhochschulreife sind überwiegend Schülerinnen und Schüler mit dem Abschlusszeugnis der Fachoberschulen.

Fachoberschulen | Diese Einrichtungen führen zur Fachhochschulreife. Die Aufnahme in eine solche Schule setzt in der Regel den Realschulabschluss oder einen gleichwertigen Abschluss voraus. Der erfolgreiche Abschluss berechtigt zum Studium an einer Fachhochschule. Die Schulbesuchsdauer ist weitgehend abhängig von der beruflichen Vorbildung. Sie beträgt bei Vollzeitunterricht mindestens ein Jahr, bei Teilzeitunterricht bis zu drei Jahren. Die 11. Klassenstufe umfasst dabei Unterricht und fachpraktische Ausbildung, ihr Besuch kann durch eine einschlägige Berufsausbildung ersetzt werden. Der Unterricht in der 12. Klassenstufe wird in der Regel in Vollzeitform erteilt.

Fachschulen | Sie vermitteln eine weitergehende fachliche Fortbildung zum Beruf (z. B. Meisterin bzw. Meister, Technikerin bzw. Techniker).

Förderschulen | Das sind Einrichtungen mit Vollzeitschulpflicht, die auf die Vermittlung von Unterrichtsinhalten bei Kindern mit körperlicher, geistiger oder seelischer Beeinträchtigung sowie auf sozial gefährdete Kinder spezialisiert sind. Diese Kinder können an anderen Schulen nicht oder nicht mit ausreichendem Erfolg unterrichtet werden. Zu den Förderschulen zählen auch alle übrigen selbstständigen allgemeinbildenden Schularten, wie Realförderschulen und Gymnasialförderschulen.

Forschungspersonal | Dazu zählen alle direkt in Forschung und Entwicklung beschäftigten Arbeitskräfte, ungeachtet ihrer Position.

Freie Waldorfschulen | Dies sind private Ersatzschulen, die die Klassen 1 bis 12 von Grund-, Haupt- und teilweise auch Förderschulen sowie höheren Schulen als einheitlichen Bildungsgang nach der Pädagogik von Rudolf Steiner führen.

Grundschulen | Sie vermitteln Grundkenntnisse und Grundfertigkeiten in einem gemeinsamen Bildungsgang in den Klassenstufen 1 bis 4. Danach erfolgt der Übergang auf eine Orientierungsstufe (auch 5. und 6. Klasse in Berlin und Brandenburg) bzw. auf eine weiterführende Schule.

Gymnasien | Gymnasien sind weiterführende Schulen, die üblicherweise unmittelbar an die Grundschule oder die Orientierungsstufe anschließen und zur allgemeinen Hochschulreife führen. Bis zur vollständigen Umstellung auf das Abitur nach der 12. Klasse (G8) beträgt die Schulbesuchsdauer neun bzw. sieben Jahre (Klassen 5/7 bis 13). Die Klassen 5/7 bis 10 bilden den Sekundarbereich I und die Jahrgangsstufen 11 bis 13 bzw. 10 bis 12 bei G8-Gymnasien den Sekundarbereich II.

Hauptschulen | Hauptschulen sind weiterführende Schulen. Sie umfassen fünf bis sechs Schuljahre (Klassen 5 bis 9 bzw. 10) oder drei bis vier Schuljahre nach Besuch einer zweijährigen Orientierungsstufe (Klassen 7 bis 9 bzw. 10) und vermitteln eine allgemeine Bildung als Grundlage für eine praktische Berufsausbildung.

Hauptschulabschluss | Absolventinnen und Absolventen bzw. Abgängerinnen und Abgänger mit Hauptschulabschluss sind Schülerinnen und Schüler nach Vollendung der Vollzeitschulpflicht von derzeit neun bis zehn Schuljahren der Hauptschulen, Förderschulen, Schularten mit mehreren Bildungsgängen, Realschulen, Gymnasien, Integrierten Gesamtschulen und Freien Waldorfschulen.

Hochschulen | Dazu zählen alle nach Landesrecht anerkannten Hochschulen, unabhängig von der Trägerschaft. Sie dienen der Pflege und der Entwicklung der Wissenschaften und der Künste durch Forschung, Lehre und Studium und bereiten auf berufliche Tätigkeiten vor, die die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden oder die Fähigkeit zu künstlerischer Gestaltung erfordern. Das Studium an Universitäten, Pädagogischen und Theologischen Hochschulen setzt die allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife voraus.

Hochschulreife (Abitur) | Absolventinnen und Absolventen bzw. Abgängerinnen und Abgänger mit allgemeiner oder fachgebundener Hochschulreife sind insbesondere Schülerinnen und Schüler mit dem Abschlusszeugnis der Gymnasien, Integrierten Gesamtschulen, Abendgymnasien und Kollegs sowie der Fachgymnasien.

Integrierte Gesamtschulen | Dies sind Einrichtungen, an denen Schülerinnen und Schüler mit Hauptschul-, Realschul- und Gymnasialempfehlung gemeinsam unterrichtet werden und alle drei Abschlüsse erlangen können. Die Integrierten Gesamtschulen verfügen über einen leistungsorientierten Unterricht durch Kurse anhand von Anspruchsebenen.

Kooperative (Additive) Gesamtschulen | Kooperative Gesamtschulen sind abschlussbezogen (Hauptschul-, Realschulabschluss oder Abitur). Die Ergebnisse über die kooperativen Gesamtschulen sind nicht gesondert ausgewiesen, sondern bei den entsprechenden Schularten enthalten.

Kollegs | Hierbei handelt es sich um Vollzeitschulen zur Erlangung der allgemeinen Hochschulreife. Die Aufnahmebedingungen sind die gleichen wie bei den Abendgymnasien. Die Kollegiatinnen und Kollegiaten dürfen jedoch keine berufliche Tätigkeit ausüben.

Kunsthochschulen | Dies sind Hochschulen für bildende Künste, Gestaltung, Musik, Film und Fernsehen. Die Aufnahmebedingungen sind unterschiedlich; die Aufnahme kann aufgrund von Begabungsnachweisen oder Eignungsprüfungen erfolgen.

Laufende Grundmittel | Bei den laufenden Grundmitteln für Lehre und Forschung handelt es sich um den Teil der Hochschulausgaben, den der Hochschulträger aus eigenen Mitteln den Hochschulen für laufende Zwecke zur Verfügung stellt. Die laufenden Grundmittel je Studierende(n) geben an, wie viel der Staat je Studierende(n) an die Hochschulen zahlen muss, damit die Hochschulen ihre Ausgaben decken. Wichtige monetäre Kennzahlen im Hochschulbereich sind die laufenden Grundmittel je Studierende(n) sowie die Drittmittel je Professorin bzw. Professor.

Lehrkräfte | Dazu zählen alle Personen, die ganz oder teilweise eigenverantwortlich unterrichten oder unterrichten müssten bzw. eine Schule leiten. Die Lehrkräfte werden derjenigen Schulart zugeordnet, an der sie ausschließlich bzw. überwiegend tätig sind. Vollzeitbeschäftigte Lehrkräfte sind mit voller Regelpflichtstundenzahl beschäftigt. Lehramtsanwärterinnen und -anwärter bzw. Referendarinnen und Referendare werden – soweit sie selbstständig Unterricht erteilen – den stundenweise Beschäftigten (< 50 % der Regelpflichtstunden) zugeordnet.

Pädagogische Hochschulen | Pädagogische Hochschulen sind wissenschaftliche Hochschulen, z. T. mit Promotionsrecht. Sie bestehen nur noch in Baden-Württemberg als selbstständige Einrichtungen.

Personal an Hochschulen | Das hauptberuflich tätige wissenschaftliche und künstlerische Personal an Hochschulen besteht aus den Professorinnen und Professoren, den Dozentinnen und Dozenten, den Assistentinnen und Assistenten, den wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie den Lehrkräften für besondere Aufgaben. Zum nebenberuflichen wissenschaftlichen und künstlerischen Personal gehören u. a. Gastprofessorinnen und -professoren, Emeriti (entpflichtete oder pensionierte Professorinnen und Professoren, die noch in Lehre oder Forschung tätig sind), Lehrbeauftragte und Wissenschaftliche Hilfskräfte.

Prüfungen an Hochschulen | Prüfungen (Abschlussprüfungen) an Hochschulen werden aufgrund von Meldungen der Prüfungsämter der Hochschulen, der Fakultäten sowie der staatlichen und kirchlichen Prüfungsämter nachgewiesen. Absolventinnen und Absolventen von universitären Studiengängen legen meist Diplom (U)- oder Staatsprüfungen (einschließlich Lehramtsprüfungen) ab. Promotionsprüfungen setzen in der Regel eine andere erste Abschlussprüfung voraus, können aber auch der erste Abschluss sein.

Realschulen | Diese weiterführenden Schulen (Klassen 5 bzw. 7 bis 10) werden im Anschluss an die Grundschule oder die Orientierungsstufe besucht. Das Abschlusszeugnis der Realschule berechtigt zum Besuch der Fachoberschule, des Fachgymnasiums oder zum Übergang auf ein Gymnasium in Aufbauform.

Realschul- oder mittlerer Abschluss | Absolventinnen und Absolventen bzw. Abgängerinnen und Abgänger mit Realschul- oder mittlerem Abschluss sind Schülerinnen und Schüler mit dem Abschlusszeugnis einer Realschule, der Schularten mit mehreren Bildungsgängen, einer Realschulklasse an Hauptschulen oder einer Abendrealschule. Als mittlerer Abschluss gilt insbesondere das Versetzungszeugnis in den 11. Schuljahrgang, das Abgangszeugnis aus dem 11., 12. oder 13. Schuljahrgang (ohne Hochschulreife) eines Gymnasiums oder einer Integrierten Gesamtschule sowie das Abschlusszeugnis einer Berufsaufbau- oder zweijährigen Berufsfachschule.

Schularten mit mehreren Bildungsgängen | Das sind Einrichtungen, die eine allgemeine und berufsvorbereitende Bildung vermitteln sowie die Voraussetzung schaffen für eine qualifizierte berufliche Tätigkeit. Ab der 7. Klassenstufe beginnt eine Differenzierung. Die Schülerinnen und Schüler erwerben mit erfolgreichem Besuch der 9. Klassenstufe den Hauptschulabschluss und mit erfolgreichem Besuch der 10. Klassenstufe und bestandener Prüfung den Realschulabschluss.

Schulartunabhängige Orientierungsstufen | Hierbei handelt es sich um schulartübergreifende Einrichtungen der Klassenstufen 5 und 6. Soweit die Orientierungsstufen aus organisatorischen Gründen bei einzelnen Schularten integriert sind, werden sie – ohne die Möglichkeit einer Trennung – bei diesen nachgewiesen.

Schulen des Gesundheitswesens | Sie vermitteln die Ausbildung für nichtakademische Gesundheitsdienstberufe (z. B. Gesundheits- und Krankenpfleger/-innen, Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger/-innen, Hebammen/Entbindungspfleger, Masseur/Masseurinnen, Ergotherapeuten/-therapeutinnen, medizinische Bademeister/-innen u. a. m.). Die Aufnahmebedingungen sind je nach Berufswahl recht unterschiedlich. In der Regel erfolgt die Aufnahme in diese Einrichtungen erst nach Vollendung des 18. Lebensjahres, also nach Beendigung der Schulpflicht. Vorausgesetzt wird deshalb bei nahezu allen Berufen eine einschlägige Berufsausbildung oder der erfolgreiche Besuch einer auf die Ausbildung vorbereitenden schulischen Einrichtung. Der erfolgreiche Abschluss an einer Schule des Gesundheitswesens wird durch ein staatlich anerkanntes Abschlusszeugnis bestätigt, das zur Ausübung des gewählten Berufes berechtigt.

Schulkindergärten | Diese sind überwiegend den Grund- oder Förderschulen angegliedert. Sie werden in der Regel von schulpflichtigen, aber noch nicht schulreifen Kindern besucht und bereiten auf den Eintritt in diese Schulen vor.

Schulpflicht | Sie beträgt in nahezu allen Ländern zwölf Jahre. Sie gliedert sich in eine neunjährige, zum Teil auch zehnjährige Vollzeitschulpflicht und in eine dreijährige Teilzeitschulpflicht (Berufsschulpflicht (siehe Teilzeit-Berufsschulen)).

Studienanfängerinnen und Studienanfänger | Das sind Studierende im 1. Hochschulsemester (Erstimmatrikulierte, d. h. erstmals an einer Hochschule in Deutschland Immatrikulierte).

Studierende | Das ist die Bezeichnung für in einem Fachstudium immatrikulierte/ingeschriebene Personen, jedoch ohne Beurlaubte, Studienkollegiatinnen und Studienkollegiaten sowie Gasthörerinnen und Gasthörer. In den Ergebnissen auch enthalten sind ab Wintersemester 1992/93 die Nebenhörerinnen und Nebenhörer, d. h. Studierende einer Hochschule, die gleichzeitig an einer anderen Hochschule eingeschrieben sind.

Theologische Hochschulen | Theologische Hochschulen sind kirchliche sowie staatliche philosophisch-theologische und theologische Hochschulen (ohne die theologischen Fakultäten/Fachbereiche an Universitäten).

Universitäten | Dazu zählen die Technischen Universitäten und andere gleichrangige wissenschaftliche Hochschulen (außer den Pädagogischen, Theologischen Hochschulen).

Verwaltungsfachhochschulen | An diesen verwaltungsinternen Fachhochschulen werden Nachwuchskräfte für den gehobenen nichttechnischen Dienst des Bundes und der Länder ausgebildet.

Vorklassen | Vorklassen an Grund-, Förder- und Gesamtschulen werden von Kindern besucht, die schulfähig, jedoch noch nicht schulpflichtig sind.

Weiterbildung | Die Angaben über die Beteiligung der Erwerbspersonen an Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung umfassen Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen, zu denen Vorträge oder Wochenendkurse, der Besuch von Techniker- oder Meisterschulen sowie von Lehrgängen, Kursen, Seminaren usw. zählen. Lehrgänge, die der Allgemeinbildung, der Berufsvorbereitung und -ausbildung dienen, sind hier nicht erfasst.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Standardveröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen kostenfrei downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 190 amtlichen Statistiken. Daten zur *Bildung* finden Sie unter dem Menüpunkt › Themen, Code 21 und 91

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Bildungsstand der Bevölkerung

Fachberichte

Bildung in Deutschland (2012)
Bildungsstand der Bevölkerung (2012)

Wirtschaft und Statistik

Heft 6/10 Auswirkungen des Strukturwandels der Wirtschaft auf den Bildungsstand der Bevölkerung
Heft 11/11 Der Eintritt junger Menschen in das Erwerbsleben

Gemeinschaftsveröffentlichungen

Bildungsvorausberechnung – Bildungsteilnehmerinnen und Bildungsteilnehmer, des Personal- und Finanzbedarfs bis 2025 (2010)
Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich (2012)

■ Integrierte Ausbildungsberichterstattung

Fachberichte

Schnellmeldung Integrierte Ausbildungsberichterstattung – Anfänger im Ausbildungsgeschehen nach Sektoren/Konten und Ländern (2011)

Gemeinschaftsveröffentlichungen

Indikatoren der integrierten Ausbildungsberichterstattung – Ein Vergleich der Bundesländer (2012)

■ Allgemeinbildende und berufliche Schulen

Fachserie 11 Bildung und Kultur

Reihe 1 Allgemeinbildende Schulen
Reihe 1.1 Private Schulen
Reihe 2 Berufliche Schulen

Fachberichte

Schnellmeldungsergebnisse der Schulstatistik zu Schülerinnen und Schülern der allgemeinbildenden und beruflichen Schulen (2011)
Schnellmeldungsergebnisse der Schulstatistik zu Studienberechtigten der allgemeinbildenden und beruflichen Schulen (2011)

Wirtschaft und Statistik

Heft 4/09 Sozioökonomischer Status von Schülerinnen und Schülern

Broschüren

Schulen auf einen Blick (2012)

Mehr zum Thema

■ **Auszubildende**

Fachserie 11 Bildung und Kultur

Reihe 3 Berufliche Bildung

Wirtschaft und Statistik

Heft 10/11 Die neue Berufsbildungsstatistik

■ **Hochschulen**

Fachserie 11 Bildung und Kultur

Reihe 4.1 Studierende an Hochschulen

Reihe 4.2 Prüfungen an Hochschulen

Reihe 4.3.1 Nichtmonetäre hochschulstatistische Kennzahlen

Reihe 4.3.2 Monetäre hochschulstatistische Kennzahlen

Reihe 4.4 Personal an Hochschulen

Fachberichte

Hochschulstandort Deutschland (2009)
Erfolgsquoten (2011)
Schnellmeldungsergebnisse der Hochschulstatistik (2011)
Personal an Hochschulen (Vorbericht, 2011)
Studierende an Hochschulen (Vorbericht, 2011)
Promovierende in Deutschland (2012)
Deutsche Studierende im Ausland (2012)

Wirtschaft und Statistik

Heft 7/08 Entwicklung des Durchschnittsalters von Studierenden und Absolventen an deutschen Hochschulen
seit 2000

Heft 4/09 Übergang vom Bachelor- zum Masterstudium an deutschen Hochschulen

Heft 6/10 Einfluss doppelter Abiturjahrgänge auf die Entwicklung der Studienanfängerquote

Statistik und Wissenschaft

Band 11 Amtliche Statistik und Hochschulranking (2007)

Broschüren

Hochschulen auf einen Blick (2012)

STATmagazin

Neue Wege zum Studium (2009)
Ab in die Schweiz? Ärzte im Wanderfieber (2010)
Bildung, Forschung, Innovation: Die Zukunftsfähigkeit der G20-Staaten (2010)

■ **Weiterbildung**

Fachserie 11 Bildung und Kultur

Reihe 3 Berufliche Bildung

Fachberichte

Berufliche Weiterbildung in Unternehmen (2007)
Weiterbildung (2011)

Wirtschaft und Statistik

Heft 7/07 Berufliche Weiterbildung in Unternehmen 2005

Mehr zum Thema

■ **Ausbildungsförderung**

Fachserie 11 Bildung und Kultur

- Reihe 4.6 | Förderung nach dem Stipendienprogrammgesetz (Deutschlandstipendium)
- Reihe 7 | Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)
- Reihe 8 | Aufstiegsförderung nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)

■ **Finanzen der Schulen und Hochschulen, Budget für Bildung**

Fachserie 11 Bildung und Kultur

- Reihe 4.3.2 | Monetäre hochschulstatistische Kennzahlen
- Reihe 4.5 | Finanzen der Hochschulen

Fachberichte

- | Bildungsfinanzbericht (2011)
- | Bildungsausgaben (2012)
- | Bildungsausgaben je Schüler/-in (2012)
- | Finanzen der Schulen in freier Trägerschaft und Schulen des Gesundheitswesens (2012)

Wirtschaft und Statistik

- Heft 11/08 | Bildungsausgaben in Deutschland
- Heft 03/10 | Neue Erhebung zu betrieblichen Ausbildungskosten und Bildungsbudget

■ **Forschungsausgaben und Forschungspersonal**

Fachserie 14 Finanzen und Steuern

- Reihe 3.6 | Ausgaben, Einnahmen und Personal der öffentlichen und öffentlich geförderten Einrichtungen für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung

Fachberichte

- | Regionale Wissenschafts- und Technologieindikatoren – Ausgewählte Indikatoren 2005

■ **Themenübergreifend**

Wirtschaft und Statistik

- Heft 7/11 | Die Bildungspersonalrechnung

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter +49 (0)6 11 / 75 28 57

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.

4 Gesundheit



Drei Viertel der Bevölkerung **rauchen nicht** | Krankenhausentbindung per **Kaiserschnitt** heute **doppelt so häufig** wie vor 20 Jahren | Mehr als **zwei Drittel** aller **Pflegebedürftigen** werden **zu Hause** versorgt | Häufigste **Todesursache** ist eine **Herz-/Kreislaufkrankung**, zweithäufigste ein Krebsleiden | Etwa **jeder neunte Beschäftigte** ist im **Gesundheitswesen** tätig | Gesundheitsausgaben 2010: **3 510 Euro** pro Kopf

Seite

117 **Auf einen Blick**

Tabellen

118 **Gesundheitliche Lage**

Body-Mass-Index | Rauchgewohnheiten | Vollstationäre Patientinnen und Patienten | Diagnosen und Operationen | Schwerbehinderte Menschen | Pflegebedürftige | Schwangerschaftsabbrüche | Sterbefälle

132 **Gesundheitsversorgung**

Krankenhäuser | Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen | Gesundheitspersonal | Pflegeeinrichtungen

140 **Kosten im Gesundheitswesen**

Gesundheitsausgaben | Kostenstruktur der Krankenhäuser

143 **Krankenversicherungen**

Bevölkerung nach Art des Schutzes

144 **Methodik**

147 **Glossar**

149 **Mehr zum Thema**

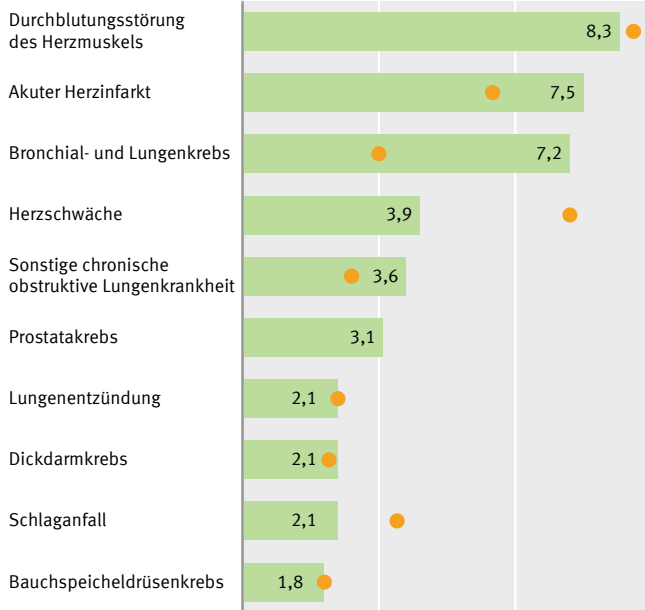
4.0 Auf einen Blick

Häufigste Todesursachen 2010

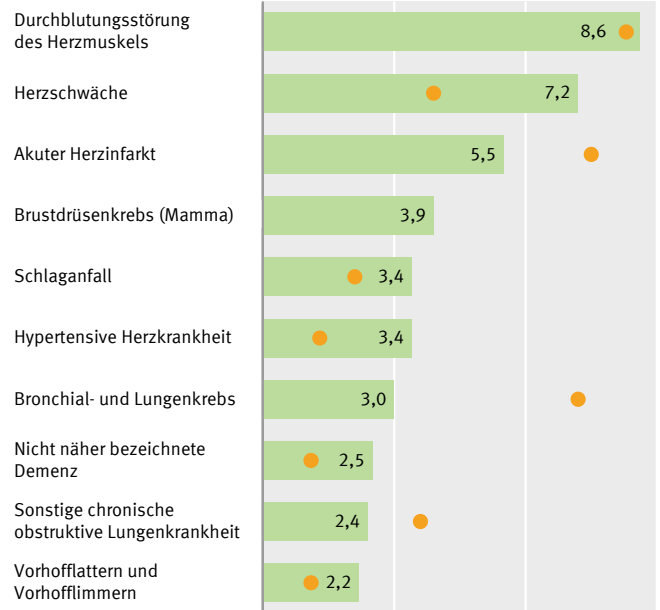
in %

● Vergleichswert des anderen Geschlechts

Männer



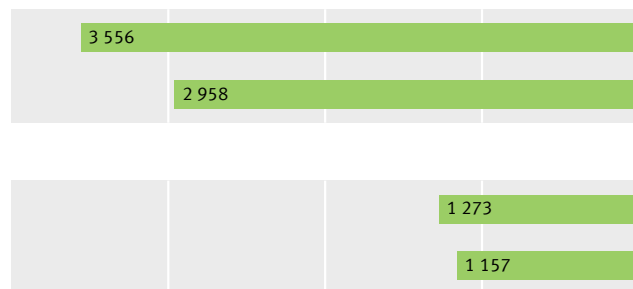
Frauen



2012 - 01 - 0081

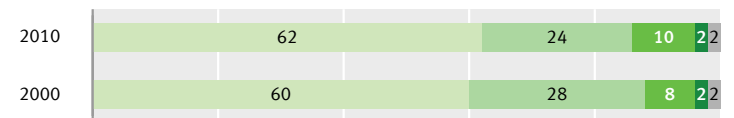
Gesundheitspersonal

in 1 000

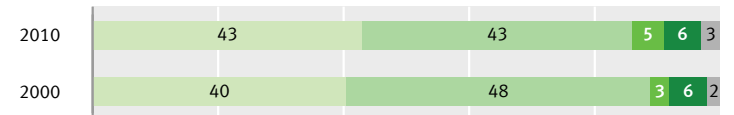


in %

Frauen



Männer



Gesundheitsdienstberufe
 Soziale Berufe
 Gesundheitshandwerker/-innen
 Sonstige Gesundheitsfachberufe
 Andere Berufe im Gesundheitswesen

2012 - 01 - 0095

4.1 Gesundheitliche Lage

4.1.1 Körpergröße, Körpergewicht und Body-Mass-Index

	Durchschnittliche Körpergröße	Durchschnittliches Körpergewicht	Body-Mass-Index von ... bis unter ...									
			2009				1999					
			m	kg	% standardisiert ¹	unter 18,5	18,5 – 25	25 – 30	30 und mehr	unter 18,5	18,5 – 25	25 – 30
				Untergewicht	Normalgewicht	Übergewicht	starkes Übergewicht	Untergewicht	Normalgewicht	Übergewicht	starkes Übergewicht	
Insgesamt	1,72	75,6	2,5	49,7	34,4	13,4	2,8	52,1	34,3	10,7		
Männer im Alter von ... bis unter ... Jahren												
18 – 20	1,81	75,5	4,8	73,4	17,9	3,8	5,0	79,2	13,2	2,6		
20 – 25	1,81	78,0	2,6	68,7	23,3	5,4	2,7	73,3	20,5	3,5		
25 – 30	1,80	80,7	1,0	59,2	31,9	7,9	1,1	61,2	31,8	5,9		
30 – 35	1,80	83,4	0,6	48,1	39,8	11,5	0,8	52,1	39,2	7,9		
35 – 40	1,80	84,8	0,4	41,6	44,5	13,6	0,5	46,6	43,1	9,8		
40 – 45	1,80	85,1	0,3	39,3	45,9	14,5	0,5	41,0	45,6	12,9		
45 – 50	1,79	85,7	0,4	34,7	47,9	17,1	0,4	34,8	49,5	15,3		
50 – 55	1,78	85,8	0,4	31,8	48,8	19,0	0,3	32,1	51,0	16,7		
55 – 60	1,77	85,9	0,4	28,5	49,5	21,6	0,4	30,3	52,7	16,5		
60 – 65	1,76	85,2	0,3	26,4	51,1	22,3	0,4	28,0	53,6	18,0		
65 – 70	1,76	84,4	0,3	26,8	51,6	21,3	0,5	26,4	54,4	18,7		
70 – 75	1,74	83,3	0,3	25,8	52,9	21,0	0,8	31,0	53,4	14,8		
75 und mehr	1,73	79,0	0,8	33,7	49,8	15,7	1,6	42,7	46,6	9,1		
Zusammen	1,78	83,4	0,9	43,4	41,6	14,1	1,1	46,3	41,5	11,1		
Frauen im Alter von ... bis unter ... Jahren												
18 – 20	1,68	61,1	12,5	74,5	10,4	2,6	16,4	72,8	8,8	1,9		
20 – 25	1,68	62,6	9,4	72,9	13,4	4,3	11,0	74,3	11,3	3,4		
25 – 30	1,68	64,4	6,6	70,5	16,2	6,7	7,0	71,6	15,8	5,6		
30 – 35	1,67	65,8	4,8	67,1	20,0	8,0	5,3	70,0	18,3	6,5		
35 – 40	1,67	67,1	3,7	64,2	22,3	9,7	3,8	66,8	21,7	7,8		
40 – 45	1,67	67,7	2,9	62,9	23,6	10,5	3,3	62,4	24,2	10,1		
45 – 50	1,66	68,5	2,4	57,8	27,5	12,3	2,1	55,9	30,2	11,8		
50 – 55	1,65	69,4	2,1	52,2	30,5	15,2	1,8	50,2	34,0	14,1		
55 – 60	1,65	70,7	1,9	44,6	34,4	19,1	1,7	48,1	35,4	14,7		
60 – 65	1,64	71,0	1,4	41,8	37,4	19,3	1,2	40,4	41,2	17,2		
65 – 70	1,64	71,2	1,6	40,5	38,3	19,7	1,2	38,5	41,3	19,1		
70 – 75	1,63	71,3	1,3	36,1	40,9	21,6	1,8	41,1	41,1	16,0		
75 und mehr	1,61	67,4	2,6	41,4	38,8	17,2	3,9	51,5	34,8	9,8		
Zusammen	1,65	68,1	4,0	56,0	27,3	12,7	4,4	57,7	27,4	10,4		
Insgesamt nach Ländern												
Baden-Württemberg	1,71	74,5	2,5	51,1	34,1	12,4	2,9	53,6	33,7	9,8		
Bayern	1,71	75,0	2,6	50,8	33,7	12,9	2,9	51,9	34,4	10,8		
Berlin	1,72	74,2	2,9	53,9	32,0	11,3	3,9	56,2	30,7	9,2		
Brandenburg	1,71	76,6	2,2	46,9	35,9	15,0	2,3	50,7	33,8	13,2		
Bremen	1,72	74,9	2,4	53,6	32,1	12,0	3,3	57,0	30,8	8,9		
Hamburg	1,72	74,4	2,8	55,1	32,1	9,9	3,2	58,2	30,2	8,3		
Hessen	1,71	75,7	2,6	49,5	34,5	13,4	2,7	52,3	34,2	10,8		
Mecklenburg-Vorpommern	1,71	77,5	1,9	45,3	35,5	17,4	2,6	48,1	35,3	14,1		
Niedersachsen	1,72	76,4	2,3	49,5	35,4	12,8	2,8	52,8	34,9	9,5		
Nordrhein-Westfalen	1,72	76,1	2,6	49,3	34,5	13,7	2,9	51,9	34,8	10,5		
Rheinland-Pfalz	1,71	75,9	2,7	47,8	35,4	14,1	2,5	51,6	34,8	11,1		
Saarland	1,70	75,1	3,3	46,9	35,7	14,2	2,6	54,6	33,2	9,7		
Sachsen	1,70	75,4	2,0	49,2	34,6	14,2	2,9	49,6	35,6	11,9		
Sachsen-Anhalt	1,71	77,0	2,1	45,4	36,0	16,4	2,4	48,5	36,0	13,1		
Schleswig-Holstein	1,73	76,6	2,2	51,8	33,8	12,2	2,7	54,8	33,3	9,2		
Thüringen	1,71	76,2	2,5	46,9	35,6	15,1	2,6	46,5	37,2	13,7		

Ergebnisse der Mikrozensus-Zusatzerhebung „Fragen zur Gesundheit“.

1 Bezogen auf die Bevölkerung mit Angaben über Körpergröße und -gewicht, standardisiert auf den Altersaufbau der Bevölkerung 1987.

4 Gesundheit

4.1 Gesundheitliche Lage

4.1.2 Rauchgewohnheiten

	Nichtraucher/-innen	Raucher/-innen	Raucher/-innen						Zigarettenraucher/-innen 2009		
			insgesamt	gelegentlich	regelmäßig	insgesamt	gelegentlich	regelmäßig	insgesamt	darunter nach der Zahl der täglich gerauchten Zigaretten	
	2009			1999			insgesamt	bis 20		mehr als 20	
	1 000		% standardisiert ¹					1 000	%		
Insgesamt	42 719	14 769	27,6	4,2	23,4	29,2	3,7	25,4	12 003	86,0	14,0
Männer im Alter von ... bis unter ... Jahren											
15 – 20	1 473	366	19,9	4,4	15,5	27,9	5,6	22,3	275	95,4	4,6
20 – 25	1 184	785	39,9	6,1	33,8	43,0	5,3	37,7	644	92,4	7,6
25 – 30	1 088	867	44,4	6,4	38,0	43,6	4,9	38,8	722	88,8	11,2
30 – 35	1 052	777	42,5	6,0	36,5	44,5	4,6	39,9	647	85,7	14,3
35 – 40	1 275	816	39,0	5,1	33,9	46,4	4,4	42,0	679	81,8	18,1
40 – 45	1 746	1 086	38,4	4,7	33,7	44,4	3,9	40,5	909	79,3	20,6
45 – 50	1 624	1 035	38,9	4,6	34,3	41,0	3,5	37,5	861	78,3	21,7
50 – 55	1 497	868	36,7	4,0	32,7	35,5	3,2	32,3	725	76,1	23,9
55 – 60	1 520	674	30,7	3,8	27,0	29,3	3,2	26,2	544	77,0	22,9
60 – 65	1 352	448	24,9	3,1	21,8	24,6	2,9	21,6	350	78,0	22,0
65 – 70	1 778	364	17,0	2,3	14,7	20,3	2,6	17,7	274	81,2	18,9
70 – 75	1 708	243	12,5	1,9	10,6	16,7	2,1	14,6	178	86,1	13,9
75 und mehr	2 091	182	8,1	1,4	6,7	11,4	2,1	9,4	127	89,1	10,9
Zusammen	19 387	8 510	33,2	4,6	28,6	35,9	4,0	31,9	6 934	82,7	17,3
Frauen im Alter von ... bis unter ... Jahren											
15 – 20	1 448	256	15,0	3,4	11,7	21,4	5,0	16,4	191	96,4	3,6
20 – 25	1 246	608	32,8	6,0	26,8	32,6	5,6	26,9	486	94,5	5,4
25 – 30	1 289	611	32,2	6,2	25,9	32,5	5,1	27,4	481	92,4	7,6
30 – 35	1 306	516	28,3	5,2	23,1	35,0	4,8	30,2	409	91,3	8,7
35 – 40	1 515	588	28,0	4,4	23,6	35,4	4,8	30,6	483	90,1	9,9
40 – 45	1 888	822	30,3	4,7	25,7	33,7	4,3	29,4	679	88,6	11,3
45 – 50	1 811	818	31,1	4,3	26,8	29,1	3,6	25,4	684	88,5	11,4
50 – 55	1 723	680	28,3	4,1	24,2	24,0	3,1	20,9	564	89,0	11,1
55 – 60	1 766	503	22,2	3,4	18,7	16,1	2,4	13,6	413	88,5	11,6
60 – 65	1 562	315	16,8	2,6	14,1	11,8	1,7	10,1	257	88,2	11,8
65 – 70	2 098	260	11,0	1,9	9,1	9,1	1,4	7,7	207	91,1	8,9
70 – 75	2 100	150	6,7	1,4	5,3	7,8	1,5	6,3	114	89,9	10,1
75 und mehr	3 579	132	3,8	0,8	3,0	4,1	0,9	3,3	101	93,0	6,9
Zusammen	23 332	6 259	22,3	3,8	18,5	22,9	3,5	19,4	5 069	90,4	9,6
Insgesamt nach Ländern											
Baden-Württemberg	5 773	1 701	24,4	4,2	20,2	27,0	3,6	23,4	1 352	88,9	11,1
Bayern	6 772	2 079	25,6	4,1	21,5	26,7	4,2	22,5	1 666	87,7	12,3
Berlin	1 644	750	32,1	4,3	27,8	35,6	4,4	31,3	631	84,4	15,6
Brandenburg	1 356	526	30,7	4,9	25,8	32,0	4,0	27,8	427	89,4	10,6
Bremen	282	124	32,1	4,9	27,1	35,5	3,2	32,1	100	82,8	17,3
Hamburg	787	287	27,5	4,3	23,2	33,1	4,0	29,0	230	85,2	14,8
Hessen	3 184	1 041	26,5	4,5	22,0	28,6	3,8	24,7	829	83,8	16,2
Mecklenburg-Vorpommern ..	811	355	33,9	4,7	29,2	34,2	4,7	29,5	290	88,3	11,7
Niedersachsen	4 082	1 443	28,0	3,9	24,1	30,2	3,1	26,8	1 187	85,4	14,6
Nordrhein-Westfalen	9 013	3 318	28,5	3,6	24,9	29,1	3,1	26,1	2 775	82,2	17,9
Rheinland-Pfalz	2 109	709	27,4	4,2	23,2	29,9	3,8	26,2	575	83,4	16,6
Saarland	543	184	27,2	4,1	23,1	28,8	1,9	27,0	147	83,8	16,1
Sachsen	2 469	770	27,3	4,8	22,5	26,2	5,0	21,3	615	92,8	7,2
Sachsen-Anhalt	1 300	528	32,9	5,1	27,8	31,3	3,6	27,7	429	91,0	9,0
Schleswig-Holstein	1 388	514	29,0	4,3	24,7	33,2	4,7	28,4	421	85,0	15,0
Thüringen	1 207	441	30,3	6,2	24,1	28,5	4,6	23,7	330	90,1	9,9

Ergebnisse der Mikrozensus-Zusatzerhebung „Fragen zur Gesundheit“.

1 Bezogen auf die Bevölkerung mit Angaben über die Rauchgewohnheiten, standardisiert auf den Altersaufbau der Bevölkerung 1987.

4.1 Gesundheitliche Lage

4.1.3 Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Patientinnen und Patienten 2010

Pos.-Nr. der ICD ¹	Diagnoseklasse/Behandlungsanlass	Insgesamt	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren					Männlich	Weiblich	Durchschnittliche Verweildauer	Veränderung gegenüber Vorjahr insgesamt
			unter 15	15 – 45	45 – 65	65 – 85	85 und mehr				
			Anzahl	%							
	Insgesamt	18 489 998	9,7	22,4	25,0	36,1	6,9	47,1	52,9	7,9	1,4
A00-T98	Krankheiten, Verletzungen und Vergiftungen	17 878 244	7,2	23,1	25,7	37,1	7,1	47,0	53,0	8,0	1,4
A00-B99	Bestimmte infektiöse und parasitäre Krankheiten ...	529 221	24,9	18,4	16,0	31,8	8,9	48,4	51,6	7,5	9,3
C00-D48	Neubildungen	1 847 685	1,7	10,1	34,5	49,3	4,5	50,1	49,9	8,3	- 0,5
C00-C97	Bösartige Neubildung(en)	1 483 992	1,4	6,8	33,6	53,6	4,8	54,5	45,5	8,9	- 0,6
C00-C14	der Lippe, Mundhöhle und des Pharynx	55 227	0,1	4,9	57,4	35,7	1,9	75,1	24,9	9,3	2,9
C15	des Ösophagus	27 215	-	2,4	42,1	52,8	2,7	80,4	19,6	9,8	0,4
C16	des Magens	47 875	0,0	4,1	31,6	58,0	6,2	62,1	37,9	10,1	- 4,2
C18	des Dickdarmes	87 536	0,0	2,6	24,5	64,9	8,0	53,5	46,5	11,8	- 3,1
C19-C21	des Rektums und des Anus	80 281	-	3,3	33,7	58,4	4,6	60,8	39,2	10,6	- 4,1
C22	der Leber und der intrahepatischen Gallengänge	26 944	0,8	2,9	29,9	62,3	4,1	69,1	30,8	8,7	4,5
C25	des Pankreas	43 129	0,0	2,1	29,5	62,9	5,5	51,4	48,6	10,6	- 1,1
C32-C34	des Larynx, der Trachea, der Bronchien und der Lunge	205 241	0,0	2,0	40,1	55,9	2,0	68,7	31,3	8,0	0,6
C43	Bösartiges Melanom der Haut	25 792	0,2	14,1	33,9	47,7	4,2	54,8	45,2	5,2	0,8
C50	der Brustdrüse (Mamma)	141 273	-	10,8	46,0	39,8	3,4	0,7	99,3	6,8	- 4,8
C53	der Cervix uteri	15 347	-	26,0	48,4	23,1	2,5	-	100,0	8,3	- 3,0
C54-C55	des Corpus uteri und des Uterus, Teil n.n.bez.	20 745	0,1	2,8	33,4	57,3	6,3	-	100,0	9,9	0,3
C61	der Prostata	83 614	0,0	0,2	25,4	70,3	4,1	100,0	-	7,9	- 0,9
C67	der Harnblase	96 679	0,0	1,6	23,0	66,8	8,5	76,5	23,5	7,0	0,1
C81-C96	des lymphatischen, blutbildenden und verwandten Gewebes	135 298	7,4	11,7	27,1	49,4	4,4	55,7	44,3	10,8	1,7
D50-D90	Krankheiten des Blutes und der blutbildenden Organe sowie bestimmte Störungen mit Beteiligung des Immunsystems	126 375	7,7	11,8	18,6	46,9	15,0	41,7	58,3	7,2	1,2
E00-E90	Endokrine, Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten	494 158	4,4	14,0	26,6	42,1	12,9	41,5	58,5	8,4	2,4
E10-E14	Diabetes mellitus	213 559	4,3	10,8	25,6	49,7	9,6	54,6	45,4	11,5	1,2
F00-F99	Psychische und Verhaltensstörungen	1 163 613	4,2	45,9	32,8	14,3	2,8	54,0	46,0	20,3	1,1
F10	durch Alkohol	333 357	1,3	45,2	46,8	6,7	0,1	73,3	26,7	7,6	- 1,7
F11-F16,F18,F19	durch andere psychotrope Substanzen	95 884	0,4	82,5	14,0	2,8	0,4	72,6	27,4	11,9	2,2
G00-G99	Krankheiten des Nervensystems	713 456	6,1	20,2	30,2	37,5	5,9	52,8	47,2	7,0	0,9
H00-H59	Krankheiten des Auges und der Augenanhängsgebilde	330 521	3,7	8,3	21,4	58,3	8,3	44,1	55,9	3,4	2,5
H60-H95	Krankheiten des Ohres und des Warzenfortsatzes	148 976	12,0	22,8	33,1	29,5	2,6	46,8	53,2	4,7	- 1,2
I00-I99	Krankheiten des Kreislaufsystems	2 755 473	0,5	5,7	24,7	57,3	11,8	53,2	46,8	8,3	1,9
I20-I25	Ischämische Herzkrankheiten	665 737	0,0	3,2	31,0	59,2	6,5	66,5	33,5	6,3	0,2
I30-I33, I39-I52	Sonstige Herzkrankheiten	818 759	0,4	4,9	18,3	60,0	16,3	51,1	48,9	8,6	3,8
I60-I69	Zerebrovaskuläre Krankheiten	358 188	0,2	3,6	20,1	59,7	16,4	50,2	49,7	12,2	0,1
J00-J99	Krankheiten des Atmungssystems	1 128 441	21,0	20,1	18,3	32,3	8,3	55,1	44,9	7,3	- 3,5
J09-J11	Grippe	3 132	36,6	32,6	18,1	11,0	1,7	50,0	50,0	6,2	- 84,3
J12-J18	Pneumonie	279 684	19,6	6,9	13,7	43,2	16,6	56,4	43,6	9,8	1,3
K00-K93	Krankheiten des Verdauungssystems	1 786 520	5,0	22,1	29,1	36,6	7,2	50,7	49,3	6,6	- 0,9
L00-L99	Krankheiten der Haut und der Unterhaut	259 158	9,0	35,3	25,5	24,7	5,5	53,8	46,2	8,0	2,8
M00-M99	Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems und des Bindegewebes	1 699 694	1,8	17,0	36,5	41,2	3,5	43,4	56,6	8,2	3,2
N00-N99	Krankheiten des Urogenitalsystems	983 858	3,6	25,1	27,8	37,1	6,4	44,2	55,8	5,7	1,0
N00-N29	Krankheiten der Niere	375 096	3,6	23,7	30,2	35,7	6,7	56,1	43,9	6,3	2,9
O00-O99	Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett	933 347	0,0	99,8	0,2	-	-	-	100,0	4,3	1,4
P00-P96	Bestimmte Zustände, die ihren Ursprung in der Perinatalperiode haben	181 067	100,0	0,0	0,0	-	-	54,4	45,6	9,6	3,0
Q00-Q99	Angeborene Fehlbildungen, Deformitäten und Chromosomenanomalien	109 006	62,4	23,0	9,8	4,6	0,2	54,0	46,0	6,0	1,3
R00-R99	Symptome u. abnorme klinische und Laborbefunde, die a.n.k. sind	789 836	10,3	23,7	23,2	34,5	8,4	46,0	54,0	4,3	2,9
S00-T98	Verletzungen, Vergiftungen u. best. and. Folgen äußerer Ursachen	1 897 839	10,8	24,5	22,6	32,0	10,2	48,3	51,7	7,5	3,5
Z00-Z99	Faktoren, die den Gesundheitszustand beeinflussen und zur Inanspruchnahme des Gesundheitswesens führen	608 620	83,1	4,3	5,1	6,4	1,0	50,3	49,7	3,5	2,7
Z38	Gesunde Neugeborene	477 815	100,0	-	-	-	-	50,2	49,8	3,5	4,0

Ergebnisse der Krankenhausdiagnosestatistik. – Einschl. Sterbefälle und Stundenfälle.

1 Internationale statistische Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme, 10. Revision.

4.1 Gesundheitliche Lage

4.1.4 Aus dem Krankenhaus entlassene vollstationäre Patientinnen und Patienten nach akuter Intoxikation (F10.0 Alkoholrausch)

	Insgesamt	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren									
		unter 10	10 – 20	20 – 30	30 – 40	40 – 50	50 – 60	60 – 70	70 – 80	80 – 90	90 und mehr
Insgesamt											
2000	54 041	62	9 514	6 906	12 220	13 075	6 979	3 939	1 097	221	28
2001	61 295	55	11 466	8 147	12 628	15 060	7 775	4 513	1 331	293	25
2002	63 124	38	12 807	8 316	12 356	15 209	7 995	4 800	1 303	278	20
2003	70 562	33	14 105	9 275	12 880	17 397	9 510	5 435	1 570	330	25
2004	81 212	23	16 423	11 040	13 444	19 991	11 236	6 586	1 991	442	34
2005	88 938	31	19 449	12 231	13 353	21 564	12 410	6 968	2 391	505	36
2006	87 535	18	19 423	12 768	12 283	20 730	12 960	6 447	2 390	478	38
2007	98 562	10	23 165	14 966	12 899	22 457	14 731	6 930	2 841	526	37
2008	109 283	21	25 709	16 976	13 805	24 368	17 097	7 437	3 209	620	41
2009	114 520	24	26 428	18 417	14 011	25 085	18 575	7 709	3 548	696	27
2010	115 436	21	25 995	19 074	13 876	24 742	19 383	7 719	3 857	723	46
Männlich											
2000	38 843	39	5 957	5 069	9 231	9 825	4 959	2 904	740	109	10
2001	43 977	36	7 149	5 957	9 515	11 261	5 633	3 349	921	140	14
2002	45 098	25	7 847	6 038	9 328	11 400	5 829	3 576	898	140	15
2003	50 396	25	8 847	6 593	9 681	13 018	6 947	4 016	1 080	174	14
2004	57 572	16	10 178	7 872	10 112	14 834	8 134	4 791	1 394	223	16
2005	62 895	21	12 079	8 601	10 055	16 028	9 133	4 992	1 670	295	21
2006	62 139	12	12 201	9 094	9 141	15 452	9 658	4 620	1 680	265	16
2007	69 171	9	14 356	10 525	9 681	16 486	10 852	4 961	1 988	296	17
2008	76 654	14	15 797	11 902	10 318	17 949	12 759	5 320	2 249	329	17
2009	80 455	17	16 489	12 782	10 435	18 486	13 805	5 573	2 460	395	13
2010	81 175	19	16 163	13 248	10 317	18 307	14 469	5 577	2 632	423	20
Weiblich											
2000	15 198	23	3 557	1 837	2 989	3 250	2 020	1 035	357	112	18
2001	17 315	19	4 315	2 189	3 113	3 799	2 142	1 164	410	153	11
2002	18 025	13	4 959	2 278	3 028	3 809	2 166	1 224	405	138	5
2003	20 166	8	5 258	2 682	3 199	4 379	2 563	1 419	490	156	11
2004	23 639	7	6 244	3 168	3 332	5 157	3 102	1 795	597	219	18
2005	26 041	10	7 369	3 630	3 297	5 536	3 277	1 976	721	210	15
2006	25 394	6	7 221	3 674	3 141	5 278	3 302	1 827	710	213	22
2007	29 390	1	8 808	4 441	3 218	5 971	3 879	1 969	853	230	20
2008	32 629	7	9 912	5 074	3 487	6 419	4 338	2 117	960	291	24
2009	34 065	7	9 939	5 635	3 576	6 599	4 770	2 136	1 088	301	14
2010	34 261	2	9 832	5 826	3 559	6 435	4 914	2 142	1 225	300	26

Ergebnisse der Krankenhausdiagnosestatistik. – Die akute Intoxikation (Alkoholrausch) entspricht der Pos.-Nr. F10.0 der Internationalen statistischen Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme, 10. Revision. – Einschl. Sterbe- und Stundenfälle.

4.1 Gesundheitliche Lage

4.1.5 Aus der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtung entlassene vollstationäre Patientinnen und Patienten 2010

Pos.-Nr. der ICD ¹	Diagnoseklasse/Behandlungsanlass	Insgesamt	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren					Männlich	Weiblich	Durchschnittliche Verweildauer	Veränderung gegenüber Vorjahr insgesamt
			unter 15	15 – 45	45 – 65	65 – 85	85 und mehr				
			Anzahl	%							
	Insgesamt	1 660 443	5,5	15,7	42,1	34,3	2,3	46,1	53,9	25,2	- 0,7
A00-T98	Krankheiten, Verletzungen und Vergiftungen	1 542 944	4,9	16,2	43,3	33,4	2,3	46,1	53,9	25,4	- 0,3
A00-B99	Bestimmte infektiöse und parasitäre Krankheiten	4 716	8,8	14,9	39,0	33,3	3,9	52,7	47,3	24,6	- 8,7
C00-D48	Neubildungen	199 732	0,3	7,8	46,1	44,6	1,3	43,9	56,1	23,1	2,7
C00-C97	Bösartige Neubildung(en)	187 559	0,2	7,3	45,8	45,4	1,3	44,9	55,1	22,9	2,7
C00-C14	der Lippe, Mundhöhle und des Pharynx	4 812	0,1	5,8	65,2	28,4	0,5	71,7	28,3	23,6	2,7
C15	des Ösophagus	1 726	-	3,0	54,4	42,0	0,6	81,3	18,7	22,9	2,1
C16	des Magens	4 905	-	4,5	37,3	55,2	3,0	58,4	41,6	22,9	- 1,6
C18	des Dickdarmes	13 127	-	3,1	30,6	60,7	5,6	48,0	52,0	22,4	2,7
C19-C21	des Rektums und des Anus	8 861	-	3,6	42,9	50,8	2,7	56,8	43,2	22,8	- 0,9
C22	der Leber und der intrahepatischen Gallengänge	932	0,3	3,3	41,8	53,3	1,2	63,8	36,2	22,7	11,4
C25	des Pankreas	2 370	-	2,7	34,8	61,5	1,0	43,8	56,2	22,7	6,1
C32-C34	des Larynx, der Trachea, der Bronchien und der Lunge	11 265	0,0	2,4	47,0	49,9	0,7	65,7	34,3	23,0	4,7
C43	Bösartiges Melanom der Haut	1 948	0,1	16,6	52,1	30,4	0,8	43,8	56,2	23,0	6,0
C50	der Brustdrüse (Mamma)	54 282	0,0	9,4	55,4	34,2	1,0	0,4	99,6	22,9	4,7
C53	der Cervix uteri	2 112	-	30,7	53,2	15,7	0,3	-	100,0	22,9	1,5
C54-C55	des Corpus uteri und des Uterus, Teil n.n.bez.	4 044	-	4,2	47,4	46,9	1,5	-	100,0	22,8	- 2,8
C61	der Prostata	32 349	-	0,2	37,9	61,8	0,2	100,0	-	22,4	- 0,2
C67	der Harnblase	6 092	-	1,6	35,0	61,6	1,8	75,7	24,3	22,4	2,6
C81-C96	des lymphatischen, blutbildenden und verwandten Gewebes	10 251	2,0	17,9	47,7	31,7	0,6	51,6	48,4	23,6	8,3
D50-D90	Krankheiten des Blutes und der blutbildenden Organe sowie bestimmte Störungen mit Beteiligung des Immunsystems	7 585	74,6	9,2	11,3	4,3	0,6	48,5	51,5	21,5	- 10,7
E00-E90	Endokrine, Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten	42 527	18,1	26,2	43,8	11,5	0,4	54,2	45,8	25,1	- 2,9
E10-E14	Diabetes mellitus	17 862	3,8	17,6	60,9	17,2	0,5	61,1	38,9	23,2	- 0,9
F00-F99	Psychische und Verhaltensstörungen	218 151	7,1	41,6	48,4	2,8	0,1	36,0	64,0	37,2	2,0
F10	durch Alkohol	19 108	-	41,8	55,3	2,9	-	73,2	26,8	80,3	- 1,7
F11-F16,F18,F19	durch andere psychotrope Substanzen	2 268	0,0	79,5	19,4	1,0	0,0	68,6	31,4	87,0	8,2
G00-G99	Krankheiten des Nervensystems	45 799	4,5	23,9	41,2	29,0	1,4	50,1	49,9	30,0	0,6
H00-H59	Krankheiten des Auges und der Augenanhängegebilde	957	17,8	20,1	44,2	15,9	2,1	44,3	55,7	24,3	- 7,5
H60-H95	Krankheiten des Ohres und des Warzenfortsatzes	4 662	7,1	20,9	64,3	7,1	0,6	57,0	43,0	28,1	3,5
I00-I99	Krankheiten des Kreislaufsystems	240 287	0,1	5,9	38,9	51,0	4,0	63,4	36,6	24,9	0,6
I20-I25	Ischämische Herzkrankheiten	90 304	0,0	4,6	43,8	49,3	2,3	74,0	26,0	21,3	0,3
I30-I33, I39-I52	Sonstige Herzkrankheiten	12 310	0,5	11,1	46,5	37,3	4,6	63,0	37,0	22,2	- 0,1
I60-I69	Zerebrovaskuläre Krankheiten	89 981	0,1	5,4	32,4	56,1	6,0	56,3	43,7	30,5	1,7
J00-J99	Krankheiten des Atmungssystems	70 868	39,2	11,6	30,7	17,6	0,8	53,7	46,3	23,3	- 5,0
J09-J11	Grippe	60	11,7	35,0	36,7	16,7	0,0	55,0	45,0	24,5	27,7
J12-J18	Pneumonie	3 012	3,9	11,3	38,0	41,8	5,1	56,2	43,8	21,9	5,9
K00-K93	Krankheiten des Verdauungssystems	18 606	2,2	22,5	44,7	27,7	2,8	46,6	53,4	22,8	- 4,5
L00-L99	Krankheiten der Haut und der Unterhaut	19 238	39,3	23,5	31,6	5,4	0,2	46,7	53,3	24,3	- 0,5
M00-M99	Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems und des Bindegewebes	542 512	0,4	12,8	48,3	36,9	1,7	42,5	57,5	22,3	- 1,7
N00-N99	Krankheiten des Urogenitalsystems	4 615	5,0	22,3	42,5	27,9	2,2	39,4	60,6	22,4	- 8,8
N00-N29	Krankheiten der Niere	2 269	3,5	17,1	44,6	31,9	2,9	55,2	44,8	22,0	- 5,3
O00-O99	Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett	44	-	84,1	15,9	-	-	-	100,0	19,3	- 18,5
P00-P96	Bestimmte Zustände, die ihren Ursprung in der Perinatalperiode haben	186	83,3	8,1	7,5	1,1	-	51,6	48,4	26,9	17,0
Q00-Q99	Angeborene Fehlbildungen, Deformitäten und Chromosomenanomalien	4 226	35,4	33,4	23,9	7,0	0,2	44,4	55,6	25,2	1,1
R00-R99	Symptome u. abnorme klinische und Laborbefunde, die a.n.k. sind	17 015	12,5	29,8	27,1	24,5	6,1	32,2	67,8	22,9	2,6
S00-T98	Verletzungen, Vergiftungen u. best. and. Folgen äußerer Ursachen	101 218	0,7	11,0	26,6	51,3	10,4	41,2	58,8	24,1	0,9
Z00-Z99	Faktoren, die den Gesundheitszustand beeinflussen und zur Inanspruchnahme des Gesundheitswesens führen	112 658	13,5	9,1	27,9	47,1	2,4	46,2	53,8	21,7	- 4,5

Ergebnisse der Krankenhausdiagnosestatistik. – Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen mit mehr als 100 Betten. – Einschl. Sterbe- und Stundenfälle.

1 Internationale statistische Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme, 10. Revision.

4.1 Gesundheitliche Lage

4.1.6 Operationen und Prozeduren bei vollstationären Patientinnen und Patienten 2010

OPS	Prozedur ¹	Insgesamt	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren						Männlich	Weiblich	Veränderung gegenüber Vorjahr insgesamt
			unter 1	1 – 15	15 – 45	45 – 65	65 – 85	85 und mehr			
			Anzahl	%							
	Insgesamt	47 368 372	3,4	2,7	16,2	27,8	43,8	6,0	50,4	49,5	5,2
1	Diagnostische Maßnahmen	9 442 318	4,2	2,8	13,1	28,0	45,8	6,0	52,6	47,4	3,2
3	Bildgebende Diagnostik	8 417 123	0,3	1,4	12,8	28,7	49,5	7,4	51,8	48,2	8,4
5	Operationen	14 937 120	0,4	3,1	23,8	30,5	37,9	4,3	46,6	53,4	4,0
5-01 – 5-05	Operationen am Nervensystem	680 975	0,6	1,9	20,0	36,5	38,7	2,3	50,7	49,3	5,9
5-06 – 5-07	Operationen an endokrinen Drüsen	192 649	0,1	0,6	25,8	48,1	25,0	0,4	27,9	72,1	-1,7
5-08 – 5-16	Operationen an den Augen	548 202	0,3	2,7	8,0	23,1	57,9	8,1	47,9	52,1	4,6
5-18 – 5-20	Operationen an den Ohren	149 723	1,2	34,6	22,1	22,8	17,6	1,8	57,0	43,0	4,8
5-21 – 5-22	Operationen an Nase und Nasennebenhöhlen	444 991	0,1	2,6	54,5	29,9	11,9	1,0	60,8	39,2	-0,5
5-23 – 5-28	Operationen an Mundhöhle und Gesicht	339 926	1,5	30,0	33,2	18,0	15,4	1,9	54,0	46,0	3,4
5-29 – 5-31	Operationen an Pharynx, Larynx und Trachea	117 080	0,3	1,3	12,2	39,6	44,3	2,3	66,1	33,9	2,4
5-32 – 5-34	Operationen an Lunge und Bronchus	147 042	0,7	1,3	14,0	33,7	47,9	2,3	63,6	36,4	6,6
5-35 – 5-37	Operationen am Herzen	361 649	1,6	1,0	3,4	21,3	65,3	7,3	65,3	34,7	4,3
5-38 – 5-39	Operationen an den Blutgefäßen	686 557	0,3	0,6	8,1	32,8	53,0	5,1	54,6	45,4	3,8
5-40 – 5-41	Operationen am hämatopoetischen und Lymphgefäßsystem	174 221	0,1	1,3	13,4	42,1	40,9	2,3	32,3	67,7	1,5
5-42 – 5-54	Operationen am Verdauungstrakt	2 273 439	0,9	1,9	16,9	30,6	43,7	6,1	51,9	48,1	2,2
5-55 – 5-59	Operationen an den Harnorganen	555 821	0,4	1,7	10,9	29,0	52,3	5,8	64,5	35,5	1,2
5-60 – 5-64	Operationen an den männlichen Geschlechtsorganen ..	225 968	1,7	13,2	12,1	21,4	48,6	3,1	99,7	0,3	-1,2
5-65 – 5-71	Operationen an den weiblichen Geschlechtsorganen	642 913	0,0	0,4	42,1	35,0	21,3	1,3	-	100,0	-0,5
5-72 – 5-75	Geburtshilfliche Operationen ..	775 450	-	0,0	99,8	0,2	0,0	0,0	-	100,0	3,4
5-76 – 5-77	Operationen an Kiefer- und Gesichtsschädelknochen	72 482	0,2	3,5	51,8	25,1	17,1	2,3	61,3	38,7	-0,5
5-78 – 5-86	Operationen an den Bewegungsorganen	4 191 688	0,1	2,4	19,8	35,8	37,9	4,0	45,9	54,1	6,2
5-87 – 5-88	Operationen an der Mamma	190 588	0,0	0,2	19,5	47,1	31,0	2,2	2,8	97,2	-3,7
5-89 – 5-92	Operationen an Haut und Unterhaut	1 161 972	0,6	3,7	19,5	26,3	41,6	8,4	55,5	44,5	4,5
5-93 – 5-99	Zusatzinformationen zu Operationen	1 003 784	0,3	2,9	16,7	33,6	42,7	3,8	53,7	46,3	9,2
6	Medikamente	287 148	2,9	2,4	11,1	37,1	45,0	1,6	57,4	42,6	8,8
8	Nichtoperative therapeutische Maßnahmen	12 697 169	3,8	3,1	10,4	26,3	48,8	7,6	54,1	45,9	5,3
9	Ergänzende Maßnahmen	1 582 370	41,2	2,0	28,3	8,2	16,3	4,0	36,6	63,4	11,7

Ergebnisse der fallpauschalenbezogenen Krankenhausstatistik (DRG-Statistik). – Die Erhebung erstreckt sich auf alle Krankenhäuser, die nach dem DRG-Vergütungssystem abrechnen und dem Anwendungsbereich des § 1 KHEntgG unterliegen.

1 Ohne Duplikate.

4.1 Gesundheitliche Lage

4.1.7 Krankenhausfälle nach zusammengefassten Diagnosegruppen

Die hier dargestellte **Modellrechnung** basiert auf Daten der Krankenhausdiagnosestatistik. Das Status-Quo-Szenario, d. h. eine konstante alters- und geschlechtsspezifische Diagnosewahrscheinlichkeit, dient als Grundlage der Berechnung. Weitere Einflussfaktoren – wie die Entwicklung der Morbidität oder der medizinische Fortschritt – bleiben unberücksichtigt.

	2008	2020	2030				
			Insgesamt	Davon im Alter von . . . bis unter . . . Jahren			
	1 000	%					
Krankenhausfälle insgesamt	17 869	18 801	19 291	21,1	16,6	41,7	20,6
darunter:							
Herz-/Kreislauferkrankungen	2 667	3 095	3 368	2,6	12,3	54,6	30,5
Neubildungen	1 853	2 049	2 160	5,5	19,7	59,2	15,6
Krankheiten des Verdauungssystems	1 772	1 878	1 936	16,3	19,2	42,7	21,8
Verletzungen und Vergiftungen	1 745	1 823	1 877	24,2	15,7	33,2	26,9
Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems	1 584	1 612	1 647	10,0	24,0	53,7	12,3
Krankheiten des Atmungssystems	1 083	1 155	1 196	29,6	11,3	33,9	25,2
Psychische und Verhaltensstörungen	1 124	1 050	1 002	33,9	32,7	22,5	10,9
Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett	934	851	747	96,6	3,4	0,0	0,0

Ergebnisse der Krankenhausdiagnosestatistik, Modellrechnung „Status-Quo-Szenario“.

4.1.8 Schwerbehinderte Menschen nach Art, Ursache und Grad der schwersten Behinderung am 31.12.2009

	Insgesamt		Davon mit einem Grad der Behinderung von						Veränderung gegenüber 2007 insgesamt
	Anzahl	%	50	60	70	80	90	100	
Insgesamt	7 101 682	100,0	30,6	16,1	11,1	12,1	5,2	24,9	2,7
nach der Art der schwersten Behinderung									
Körperliche Behinderungen									
Verlust oder Teilverlust von Gliedmaßen	68 796	1,0	17,9	11,7	14,4	15,3	9,3	31,4	- 6,8
Funktionseinschränkung von Gliedmaßen	996 689	14,0	32,7	20,4	14,0	11,7	5,8	15,3	4,5
Funktionseinschränkung der Wirbelsäule und des Rumpfes, Deformierung des Brustkorbes	885 733	12,5	45,4	20,6	12,1	8,8	3,9	9,2	1,8
Querschnittslähmung	16 791	0,2	1,1	1,1	1,6	4,3	2,3	89,6	- 0,6
Blindheit und Sehbehinderung	352 943	5,0	13,9	8,1	8,0	8,1	6,7	55,2	1,3
Sprach- oder Sprechstörungen, Taubheit, Schwerhörigkeit, Gleichgewichtsstörungen ¹	273 149	3,8	28,1	17,4	14,7	13,3	6,7	19,8	4,9
Verlust einer Brust oder beider Brüste, Entstellungen u. a.	178 841	2,5	37,4	21,6	8,9	13,3	4,0	14,8	0,9
Beeinträchtigung der Funktion von inneren Organen bzw. Organsystemen	1 744 865	24,6	31,4	17,1	11,0	13,6	5,3	21,6	- 0,2
Zusammen	4 517 807	63,6	32,8	17,9	11,8	11,8	5,3	20,4	1,5
Zerebrale Störungen, geistige Behinderungen, seelische Behinderungen									
Hirnorganische Anfälle	155 674	2,2	20,8	13,2	10,7	13,8	5,9	35,7	- 2,6
Hirnorganisches Psychosyndrom, symptomatische Psychosen	475 525	6,7	12,8	8,7	8,9	13,5	6,7	49,4	2,3
Störungen der geistigen Entwicklung ²	298 557	4,2	10,2	5,2	6,1	14,7	3,2	60,8	1,8
Psychosen (Schizophrenie, affektive Psychosen); Neurosen, Persönlichkeits- und Verhaltensstörungen	381 512	5,4	46,0	17,1	10,7	11,1	2,8	12,2	11,1
Suchtkrankheiten	51 299	0,7	30,6	20,6	15,3	13,9	4,7	14,8	4,1
Zusammen	1 362 567	19,2	23,1	11,3	9,3	13,1	4,7	38,6	4,0
Sonstige und ungenügend bezeichnete Behinderungen									
Zusammen	1 221 308	17,2	30,7	15,0	10,8	12,4	5,3	26,0	5,4
nach der Ursache der schwersten Behinderung									
Angeborene Behinderung	302 433	4,3	12,6	6,5	6,3	12,4	3,3	58,9	- 1,4
Allgemeine Krankheit ³	5 830 578	82,1	31,4	16,6	11,3	12,1	5,2	23,4	2,4
Arbeitsunfall ⁴ , Berufskrankheit	71 881	1,0	36,4	19,7	13,2	10,4	4,7	15,6	- 4,1
Verkehrsunfall	39 939	0,6	28,0	15,6	12,4	13,0	5,1	26,0	- 2,3
Häuslicher Unfall	7 623	0,1	37,0	16,5	10,4	9,9	3,6	22,6	- 4,8
Sonstiger oder nicht näher bezeichneter Unfall	27 139	0,4	33,9	15,9	12,0	10,6	4,4	23,2	- 1,8
Anerkannte Kriegs-, Wehrdienst- oder Zivildienstbeschädigung	60 067	0,8	19,8	14,0	13,5	13,7	8,7	30,2	- 22,0
Sonstige, mehrere oder ungenügend bezeichnete Ursachen	762 022	10,7	31,4	16,0	11,5	12,6	5,5	23,0	11,0

Ergebnisse der Statistik der schwerbehinderten Menschen.

- 1 Ohne Taubheit, die mit Sprach- und geistigen Entwicklungsstörungen verbunden ist.
- 2 Einschl. Taubheit, die mit Sprach- und geistigen Entwicklungsstörungen verbunden ist.

- 3 Einschl. Impfschäden.
- 4 Einschl. Wege- und Betriebswegeunfälle.

4.1 Gesundheitliche Lage

4.1.9 Schwerbehinderte Menschen nach Altersgruppen und Geschlecht am 31.12.2009

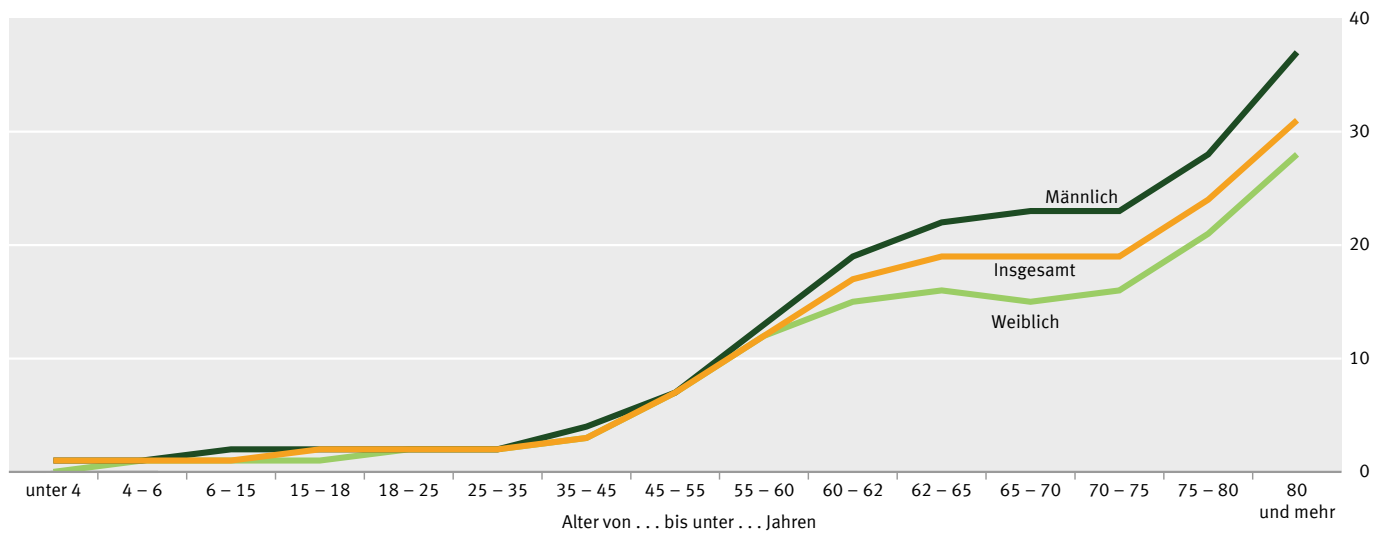
Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt		Männlich		Weiblich	
	Anzahl	Quote ¹	Anzahl	Quote ¹	Anzahl	Quote ¹
Insgesamt	7 101 682	9	3 658 107	9	3 443 575	8
unter 4	14 275	1	8 072	1	6 203	0
4 – 6	14 336	1	8 364	1	5 972	1
6 – 15	94 708	1	56 588	2	38 120	1
15 – 18	38 250	2	22 503	2	15 747	1
18 – 25	122 155	2	70 931	2	51 224	2
25 – 35	210 081	2	118 036	2	92 045	2
35 – 45	417 603	3	219 650	4	197 953	3
45 – 55	874 509	7	454 796	7	419 713	7
55 – 60	674 299	12	356 529	13	317 770	12
60 – 62	331 822	17	183 360	19	148 462	15
62 – 65	446 115	19	254 024	22	192 091	16
65 – 70	909 875	19	528 222	23	381 653	15
70 – 75	918 890	19	511 657	23	407 233	16
75 – 80	740 066	24	374 751	28	365 315	21
80 und mehr	1 294 698	31	490 624	37	804 074	28

Ergebnisse der Statistik der schwerbehinderten Menschen.

1 Anteil der schwerbehinderten Menschen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe (Stand: 31.12.2009) in %.

Schwerbehindertenquote am 31.12.2009

Anteil der schwerbehinderten Menschen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe, in %



2012-01-0078

4 Gesundheit
 4.1 Gesundheitliche Lage
 4.1.10 Pflegebedürftige im Rahmen der Pflegeversicherung 2009

Weitere Informationen zur Pflegeversicherung siehe Kapitel „Soziales“

	Pflegebedürftige		Pflegestufe			Bisher ohne Zuordnung	Anteil an Pflegebedürftigen insgesamt	Veränderung gegenüber 2007 insgesamt ^{1,2}
	insgesamt	darunter weiblich	I	II	III ¹			
	Anzahl	%						
Insgesamt	2 338 252	67,0	53,4	33,7	12,5	0,5	100,0	4,1
Pflegebedürftige zu Hause versorgt	1 620 762	63,4	60,7	30,3	9,0	–	69,3	5,4
davon:								
Allein durch Angehörige ^{1,3}	1 065 564	61,0	63,9	28,4	7,7	–	45,6	3,1
Zusammen mit/durch ambulante(n) Pflegedienste(n)	555 198	68,2	54,5	33,9	11,6	–	23,7	10,1
Pflegebedürftige vollstationär in Heimen	717 490	75,0	36,8	41,2	20,5	1,5	30,7	4,6

Ergebnisse der Pflegestatistik. – Stand zum Jahresende.

- 1 Einschl. Härtefälle.
- 2 Die Gesamtzahl der Pflegebedürftigen umfasst ab dem Berichtsjahr 2009 die teilstationär in Heimen Versorgten nicht mehr zusätzlich. Diese erhalten in der Regel – aufgrund der Reformen der Pflegeversicherung im Jahr 2008 – parallel auch Pflegegeld und/oder ambulante Sachleistungen und sind somit bereits in der Gesamtzahl der Pflegebedürftigen enthalten. Aus diesem Grund ist die zeitliche Vergleichbarkeit der Gesamtzahl der Pflegebedürftigen 2009 mit den

Vorjahren eingeschränkt. Der Dämpfungseffekt für die Veränderungsrate bei der Pflegestatistik 2009 dürfte im bundesweiten Mittel ca. 1 Prozentpunkt betragen. Der Effekt bezieht sich nur auf die Gesamtzahl und nicht auf die prinzipielle zeitliche Vergleichbarkeit bei den einzelnen Leistungsarten.

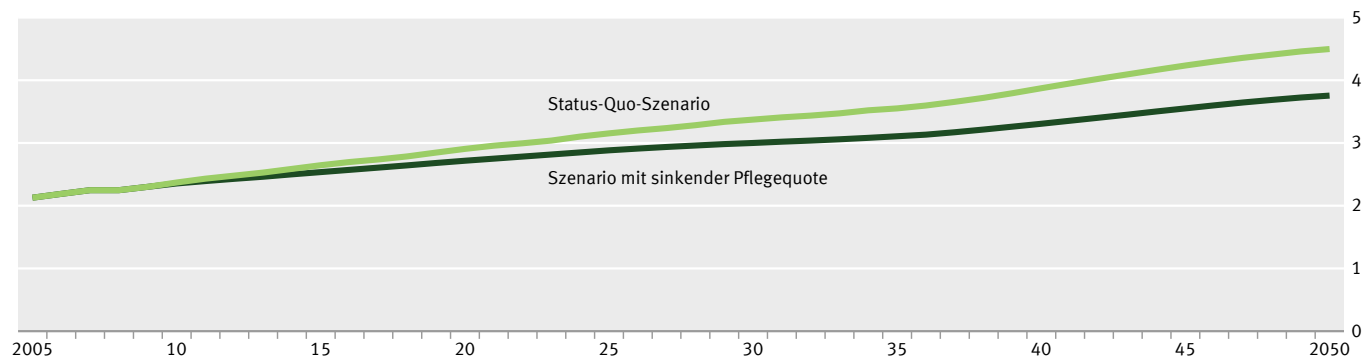
- 3 Entspricht den Empfängern/Empfängerinnen von ausschließlich Pflegegeld nach § 37 SGB XI. Empfänger/-innen von Kombinationsleistungen nach § 38 SGB XI sind dagegen in den ambulanten Pflegediensten enthalten.

4.1.11 Pflegebedürftige nach dem Alter 2009

Alter von ... bis unter ... Jahren	Pflegebedürftige				Anteil an jeweiliger Bevölkerungsgruppe (Pflegequote)		
	davon		insgesamt	darunter weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
	zu Hause versorgt	vollstationär in Heimen					
	Anzahl				%		
Insgesamt	1 620 762	717 490	2 338 252	67,0	2,9	1,9	3,8
unter 15	66 116	358	66 474	46,5	0,6	0,6	0,6
15 – 60	222 169	34 167	256 336	48,7	0,5	0,5	0,5
60 – 65	55 464	15 906	71 370	48,9	1,7	1,7	1,6
65 – 70	98 605	31 082	129 687	49,5	2,7	2,8	2,5
70 – 75	168 615	56 187	224 803	54,5	4,7	4,7	4,8
75 – 80	224 368	82 554	306 923	62,0	9,9	8,8	10,7
80 – 85	313 491	146 638	460 129	71,2	19,9	15,7	22,3
85 – 90	309 027	200 356	509 383	80,0	38,0	28,3	41,6
90 und mehr	162 906	150 243	313 149	84,2	59,1	36,8	66,7

Ergebnisse der Pflegestatistik. – Stand zum Jahresende.

Pflegebedürftige bis 2050
 in Mill.



2012 - 01 - 0079

4 Gesundheit

4.1 Gesundheitliche Lage

4.1.12 Schwangerschaftsabbrüche

	Insgesamt		Davon Schwangere im Alter von ... bis unter ... Jahren								
			unter 15	15 – 18	18 – 20	20 – 25	25 – 30	30 – 35	35 – 40	40 – 45	45 und mehr
	Anzahl	%									
2009	110 694	100,0	0,4	4,1	7,2	24,2	22,9	19,0	14,6	7,1	0,6
2010	110 431	100,0	0,4	3,7	6,8	24,6	23,0	19,4	14,5	7,1	0,6
2011	108 867	100,0	0,3	3,4	6,3	24,9	23,1	20,1	14,4	6,9	0,6
2011											
Begründung des Abbruchs											
Medizinische Indikation	3 485	3,2	2,7	1,3	1,1	1,5	2,7	4,3	5,4	6,1	5,0
Kriminologische Indikation	25	0,0	–	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	–
Beratungsregelung	105 357	96,8	97,3	98,6	98,9	98,5	97,3	95,7	94,6	93,9	95,0
Art des Eingriffs											
Curettag	12 242	11,2	12,0	13,0	14,0	11,7	10,8	10,8	10,5	10,5	10,3
Vakuumaspiration	76 359	70,1	72,2	72,3	72,3	71,9	70,0	68,6	69,0	68,2	68,4
Hysterotomie/Hysterektomie	16	0,0	–	–	–	–	0,0	0,0	0,0	0,0	–
Mifegyne	16 599	15,2	12,3	12,7	12,2	14,6	16,2	16,3	15,2	15,4	16,4
Medikamentös	3 210	2,9	3,2	2,0	1,4	1,6	2,6	3,6	4,6	5,4	4,2
Fetozid bei Mehrlingsschwangerschaften	46	0,0	–	–	–	–	0,0	0,1	0,1	0,1	0,4
Fetozid bei sonstigen Fällen	395	0,4	0,3	0,0	0,1	0,2	0,4	0,6	0,5	0,3	0,3
Vorangegangene Lebendgeborene											
Keine	43 937	40,4	100,0	99,2	86,7	62,4	36,7	21,6	13,7	12,0	12,4
1	28 126	25,8	–	0,7	12,0	26,4	31,5	28,4	25,3	24,8	22,1
2	24 724	22,7	–	0,1	1,3	8,9	23,0	33,1	38,3	38,8	41,8
3	8 508	7,8	–	–	0,0	1,9	6,5	11,8	15,5	16,6	14,7
4 und mehr	3 572	3,3	–	–	–	0,4	2,3	5,1	7,2	7,7	9,1
Dauer der abgebrochenen Schwangerschaft von ... bis ... vollendete Wochen											
unter 5	7 324	6,7	8,6	5,5	4,9	6,0	6,4	7,6	7,6	8,0	9,5
5 – 6	32 338	29,7	24,9	27,1	25,7	27,9	30,1	31,4	31,2	31,5	34,6
7 – 8	38 535	35,4	31,3	33,8	36,5	36,0	35,6	34,9	35,2	34,7	33,6
9 – 11	27 779	25,5	33,2	32,6	32,0	28,9	25,7	22,6	21,4	20,7	18,0
12 – 21	2 411	2,2	1,9	0,9	0,8	0,9	1,7	2,8	4,1	4,6	4,0
22 und mehr	480	0,4	0,3	0,1	0,2	0,2	0,5	0,8	0,6	0,4	0,3

Ergebnisse der Bundesstatistik über Schwangerschaftsabbrüche.

4.1.13 Schwangerschaftsabbrüche nach Land des Wohnsitzes der Frauen 2011

	Insgesamt		Davon Schwangere im Alter von ... bis unter ... Jahren								
			unter 15	15 – 18	18 – 20	20 – 25	25 – 30	30 – 35	35 – 40	40 – 45	45 und mehr
	Anzahl	je 10 000 Frauen der gleichen Altersgruppe (Quote) ¹									
Insgesamt ohne Ausland	107 861	71	.	31	78	110	102	92	62	23	.
Baden-Württemberg	11 882	58	.	22	61	87	76	80	53	22	.
Bayern	12 325	52	.	21	52	74	69	71	49	19	.
Berlin	9 393	133	.	84	170	201	165	151	113	43	.
Brandenburg	3 742	91	.	47	91	133	146	123	74	22	.
Bremen	1 630	129	.	49	167	197	183	156	101	32	.
Hamburg	3 969	105	.	54	162	175	138	108	81	31	.
Hessen	8 533	75	.	35	83	122	105	93	66	23	.
Mecklenburg-Vorpommern	2 991	111	.	59	116	162	177	123	82	27	.
Niedersachsen	8 887	62	.	28	71	102	91	78	51	20	.
Nordrhein-Westfalen	22 231	67	.	28	77	107	96	85	59	19	.
Rheinland-Pfalz	3 920	54	.	26	68	79	77	71	46	16	.
Saarland	1 217	68	.	30	65	107	109	87	57	20	.
Sachsen	5 903	86	.	38	77	112	121	108	78	30	.
Sachsen-Anhalt	4 066	108	.	46	106	152	168	143	85	30	.
Schleswig-Holstein	3 536	69	.	35	90	120	101	91	51	22	.
Thüringen	3 636	99	.	47	91	137	137	131	84	33	.
Ausland	1 006	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X

Ergebnisse der Bundesstatistik über Schwangerschaftsabbrüche.

¹ Vorläufige Berechnung mit Bevölkerungsangaben von 2010.

4 Gesundheit

4.1 Gesundheitliche Lage

4.1.14 Gestorbene Säuglinge 2010

Pos.-Nr. der ICD ¹	Todesursache	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Davon im Alter von ... bis unter ...								Veränderung gegenüber Vorjahr insgesamt
					unter 24 Stunden		24 Stunden – 7 Tagen		7 Tagen – 28 Tagen		28 Tagen – 1 Jahr		
					männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	
Anzahl ²												%	
A00–R99	Krankheiten insgesamt ...	2 269	1 260	1 009	377	328	269	194	207	156	407	331	– 0,1
A00–B99	Bestimmte infektiöse u. parasitäre Krankheiten	34	19	15	–	–	4	1	7	5	8	9	13,3
E00–E90	Endokrine, Ernährungs- u. Stoffwechselerkrankheiten	27	16	11	–	–	2	4	5	3	9	4	– 10,0
G00–G99	Krankheiten des Nervensystems	51	28	23	–	–	3	1	–	2	25	20	6,3
P00–P96	Bestimmte Zustände, die ihren Ursprung in der Perinatalperiode haben	1 153	651	502	263	221	180	131	116	79	92	71	2,7
	darunter:												
P00–P04	Schädigung der Feten u. Neugeborenen durch mütterliche Faktoren u. durch Komplikationen bei Schwangerschaft, Wehentätigkeit u. Entbindung	213	122	91	86	66	24	17	9	7	3	1	27,5
P07	Störungen im Zusammenhang mit kurzer Schwangerschaftsdauer u. niedrigem Geburtsgewicht, a.n.k.	515	290	225	145	130	73	41	44	32	28	22	– 11,7
P21	Asphyxie unter der Geburt	61	30	31	5	7	15	11	6	11	4	2	– 6,2
P22	Atemnot (Respiratory distress) beim Neugeborenen	25	18	7	4	1	9	2	3	2	2	2	– 21,9
P35–P39	Infektionen, die für die Perinatalperiode spezifisch sind	43	23	20	2	2	8	12	9	1	4	5	– 18,9
P50–P61	Hämorrhagische und hämatologische Krankheiten beim Feten und Neugeborenen	51	27	24	–	1	19	13	6	8	2	2	21,4
Q00–Q99	Angeborene Fehlbildungen, Deformitäten u. Chromosomenanomalien	642	326	316	84	87	66	46	62	50	114	133	– 1,5
	darunter:												
Q00–Q07	Angeborene Fehlbildungen des Nervensystems	55	25	30	9	17	5	6	3	1	8	6	– 6,8
Q20–Q28	Angeborene Fehlbildungen des Kreislaufsystems	227	110	117	10	15	20	16	28	22	52	64	– 0,9
Q30–Q34	Angeborene Fehlbildungen des Atmungssystems	54	33	21	15	8	11	3	3	4	4	6	– 18,2
Q90–Q99	Chromosomenanomalien, a.n.k. ...	120	59	61	16	17	12	5	15	9	16	30	– 6,3
R95	Plötzlicher Kindstod	164	103	61	–	–	2	2	6	5	95	54	– 15,0
V01–Y98	Äußere Ursachen von Morbidität und Mortalität	53	34	19	–	2	2	3	3	–	29	14	– 15,9

Ergebnisse der Todesursachenstatistik.

1 Internationale statistische Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme, 10. Revision.

2 Ohne Totgeborene.

4 Gesundheit

4.1 Gesundheitliche Lage

4.1.15 Gestorbene Säuglinge je 100 000 Lebendgeborene 2010

Pos.-Nr. der ICD ¹	Todesursache	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Davon im Alter von . . . bis unter . . .								Veränderung gegenüber Vorjahr insgesamt
					unter 24 Stunden		24 Stunden – 7 Tagen		7 Tagen – 28 Tagen		28 Tagen – 1 Jahr		
					männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	
je 100 000 Lebendgeborene des jeweiligen Geschlechts ²												%	
A00–R99	Krankheiten insgesamt . . .	334,7	362,9	305,1	108,6	99,2	77,5	58,7	59,6	47,2	117,2	100,1	– 2,0
A00–B99	Bestimmte infektiöse u. parasitäre Krank- heiten	5,0	5,5	4,5	–	–	1,2	0,3	2,0	1,5	2,3	2,7	11,2
E00–E90	Endokrine, Ernährungs- u. Stoffwechselkrank- heiten	4,0	4,6	3,3	–	–	0,6	1,2	1,4	0,9	2,6	1,2	– 11,7
G00–G99	Krankheiten des Nerven- systems	7,5	8,1	7,0	–	–	0,9	0,3	–	0,6	7,2	6,0	4,2
P00–P96	Bestimmte Zustände, die ihren Ursprung in der Perinatalperiode haben	170,1	187,5	151,8	75,7	66,8	51,8	39,6	33,4	23,9	26,5	21,5	0,7
P00–P04	Schädigung der Feten u. Neugeborenen durch mütterliche Faktoren u. durch Komplikationen bei Schwangerschaft, Wehentätigkeit u. Entbindung	31,4	35,1	27,5	24,8	20,0	6,9	5,1	2,6	2,1	0,9	0,3	25,1
P07	Störungen im Zusammen- hang mit kurzer Schwangerschafts- dauer u. niedrigem Geburtsgewicht, a.n.k.	76,0	83,5	68,0	41,8	39,3	21,0	12,4	12,7	9,7	8,1	6,7	– 13,3
P21	Asphyxie unter der Geburt	9,0	8,6	9,4	1,4	2,1	4,3	3,3	1,7	3,3	1,2	0,6	– 7,9
P22	Atemnot (Respiratory distress) beim Neu- geborenen	3,7	5,2	2,1	1,2	0,3	2,6	0,6	0,9	0,6	0,6	0,6	– 23,4
P35–P39	Infektionen, die für die Perinatalperiode spezifisch sind	6,3	6,6	6,0	0,6	0,6	2,3	3,6	2,6	0,3	1,2	1,5	– 20,4
P50–P61	Hämorrhagische und hämatologische Krankheiten beim Feten und Neu- geborenen	7,5	7,8	7,3	–	0,3	5,5	3,9	1,7	2,4	0,6	0,6	19,1
Q00–Q99	Angeborene Fehlbil- dungen, Deformitäten und Chromosomen- anomalien	94,7	93,9	95,6	24,2	26,3	19,0	13,9	17,9	15,1	32,8	40,2	– 3,4
Q00–Q07	Angeborene Fehlbil- dungen des Nervensys- tems	8,1	7,2	9,1	2,6	5,1	1,4	1,8	0,9	0,3	2,3	1,8	– 8,5
Q20–Q28	Angeborene Fehlbil- dungen des Kreislaufsystems	33,5	31,7	35,4	2,9	4,5	5,8	4,8	8,1	6,7	15,0	19,4	– 2,7
Q30–Q34	Angeborene Fehlbil- dungen des Atmungssystems	8,0	9,5	6,3	4,3	2,4	3,2	0,9	0,9	1,2	1,2	1,8	– 19,7
Q90–Q99	Chromosomen- anomalien, a.n.k. . . .	17,7	17,0	18,4	4,6	5,1	3,5	1,5	4,3	2,7	4,6	9,1	– 8,0
R95	Plötzlicher Kindstod	24,2	29,7	18,4	–	–	0,6	0,6	1,7	1,5	27,4	16,3	– 16,6
V01–Y98	Äußere Ursachen von Morbidität und Mortalität	7,8	9,8	5,7	–	0,6	0,6	0,9	0,9	–	8,4	4,2	– 17,5

Ergebnisse der Todesursachenstatistik.

1 Internationale statistische Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme, 10. Revision.

2 Ohne Totgeborene.

4 Gesundheit

4.1 Gesundheitliche Lage

4.1.16 Sterbefälle 2010

Pos.-Nr. der ICD ¹	Todesursache	Gestorbene						Veränderung gegenüber Vorjahr	
		insgesamt		davon im Alter von . . . bis unter . . . Jahren					
				unter 1	1 – 15	15 – 45	45 – 65		65 und mehr
		Anzahl	je 100 000 Einwohner	Anzahl					%
Männlich									
A00–T98	Todesursachen insgesamt	409 022	1 020,0	1 294	655	13 685	74 444	318 944	1,0
A00–B99	Bestimmte infektiöse und parasitäre Krankheiten	7 197	17,9	19	27	305	1 274	5 572	1,9
	darunter:								
A15–A19	Tuberkulose	192	0,5	–	–	14	46	132	10,3
B20–B24	HIV-Krankheit (Humane Immun- defizienz-Viruskrankheit)	380	0,9	–	1	113	202	64	12,8
C00–C97	Bösartige Neubildungen	118 202	294,8	11	106	2 094	26 696	89 295	1,3
	darunter:								
C15–C26	der Verdauungsorgane	37 516	93,6	1	3	560	8 766	28 186	0,7
C30–C39	der Atmungsorgane und sonstiger intrathorakaler Organe	30 956	77,2	3	–	271	8 287	22 395	0,9
C50	der Brustdrüse (Mamma)	107	0,3	–	–	4	29	74	– 18,3
C60–C63	der männlichen Genitalorgane	13 041	32,5	–	–	81	1 052	11 908	3,5
C81–C96	des lymphatischen, blutbildenden und verwandten Gewebes	9 260	23,1	3	25	304	1 578	7 350	4,6
E00–E90	Endokrine, Ernährungs- und Stoffwechselerkrankungen	11 990	29,9	16	37	331	2 106	9 500	6,8
	darunter:								
E10–E14	Diabetes mellitus	9 579	23,9	–	1	169	1 444	7 965	5,6
F00–F99	Psychische und Verhaltensstörungen	10 377	25,9	–	1	858	2 573	6 945	8,3
	darunter:								
F10–F19	Psychische und Verhaltensstörungen durch psychotrope Substanzen	4 579	11,4	–	–	842	2 424	1 313	0,4
G00–G99	Krankheiten des Nervensystems	10 531	26,3	28	69	512	1 582	8 340	7,2
I00–I99	Krankheiten des Kreislaufsystems	149 471	372,7	11	44	1 922	19 129	128 365	– 0,6
	darunter:								
I10–I15	Hypertonie (Hochdruckkrankheit)	9 447	23,6	–	1	66	808	8 572	2,4
I20–I25	Ischämische Herzkrankheiten	67 403	168,1	1	2	717	9 819	56 864	– 0,8
	darunter:								
I21–I22	Myokardinfarkt	32 975	82,2	–	1	572	6 784	25 618	– 1,8
I30–I52	Sonstige Formen der Herzkrankheit	34 699	86,5	8	20	598	4 091	29 982	0,2
I60–I69	Zerebrovaskuläre Krankheiten	23 576	58,8	–	15	266	2 282	21 013	– 1,2
I70–I79	Krankheiten der Arterien, Arteriolen und Kapillaren	8 687	21,7	–	3	97	989	7 598	– 1,6
J00–J99	Krankheiten des Atmungssystems	32 009	79,8	12	20	275	3 149	28 553	– 2,9
	darunter:								
J09–J18	Grippe und Pneumonie	9 550	23,8	2	6	114	746	8 682	– 9,5
J45–J46	Asthma bronchiale	505	1,3	–	1	27	129	348	– 16,7
K00–K93	Krankheiten des Verdauungssystems	21 173	52,8	11	12	974	6 456	13 720	1,1
	darunter:								
K70–K77	Krankheiten der Leber	10 093	25,2	3	3	714	4 774	4 599	– 0,4
N00–N99	Krankheiten des Urogenitalsystems	8 441	21,0	4	4	49	578	7 806	6,2
P00–P96	Bestimmte Zustände, die ihren Ursprung in der Perinatalperiode haben	671	1,7	651	10	7	3	–	– 1,0
Q00–Q99	Angeborene Fehlbildungen, Deformitäten und Chromosomenanomalien	799	2,0	326	77	140	178	78	– 2,1
R00–R99	Symptome und abnorme klinische und Laborbefunde, die a.n.k. sind	12 655	31,6	160	40	1 042	4 401	7 012	3,0
	darunter:								
R95	Plötzlicher Kindstod	103	0,3	103	–	–	–	–	– 12,0
V01–Y98	Äußere Ursachen von Morbidität und Mortalität	20 187	50,3	34	186	5 050	5 640	9 277	2,8
	darunter:								
V01–V99	Transportmittelunfälle	2 882	7,2	2	53	1 361	770	696	– 12,8
W00–W19	Stürze	4 347	10,8	3	15	198	677	3 454	12,5
X60–X84	Vorsätzliche Selbstbeschädigung	7 465	18,6	–	22	2 282	2 710	2 451	3,3
X85–Y09	Tätlicher Angriff	238	0,6	12	19	102	71	34	7,2

4 Gesundheit

4.1 Gesundheitliche Lage

4.1.16 Sterbefälle 2010

Pos.-Nr. der ICD ¹	Todesursache	Gestorbene						Veränderung gegenüber Vorjahr	
		insgesamt		davon im Alter von ... bis unter ... Jahren					
				unter 1	1 – 15	15 – 45	45 – 65	65 und mehr	
		Anzahl	je 100 000 Einwohnerinnen	Anzahl				%	
Weiblich									
A00–T98	Todesursachen insgesamt	449 746	1 079,6	1 028	508	6 719	39 098	402 393	0,0
A00–B99	Bestimmte infektiöse und parasitäre Krankheiten	8 199	19,7	15	24	129	623	7 408	– 2,9
	darunter:								
A15–A19	Tuberkulose	108	0,3	–	–	6	8	94	0,0
B20–B24	HIV-Krankheit (Humane Immun- defizienz-Viruskrankheit)	75	0,2	–	–	39	25	11	– 25,3
C00–C97	Bösartige Neubildungen	100 687	241,7	9	86	2 424	20 057	78 111	1,3
	darunter:								
C15–C26	der Verdauungsorgane	31 432	75,5	–	2	418	4 530	26 482	0,5
C30–C39	der Atmungsorgane u. sonstiger intra- thorakaler Organe	14 009	33,6	1	1	235	4 332	9 440	3,9
C50	der Brustdrüse (Mamma)	17 466	41,9	–	–	662	4 448	12 356	2,3
C51–C58	der weiblichen Genitalorgane	10 783	25,9	–	1	344	2 430	8 008	0,4
C81–C96	des lymphatischen, blutbildenden und verwandten Gewebes	8 294	19,9	4	27	190	988	7 085	3,5
E00–E90	Endokrine, Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten	17 243	41,4	11	14	177	977	16 064	1,9
	darunter:								
E10–E14	Diabetes mellitus	13 552	32,5	–	–	53	537	12 962	– 1,0
F00–F99	Psychische und Verhaltensstörungen	14 702	35,3	2	4	199	716	13 781	11,5
	darunter:								
F10–F19	Psychische und Verhaltensstörungen durch psychotrope Substanzen	1 265	3,0	–	–	162	609	494	5,9
G00–G99	Krankheiten des Nervensystems	11 319	27,2	23	62	266	1 142	9 826	2,8
I00–I99	Krankheiten des Kreislaufsystems	203 218	487,8	22	33	856	6 436	195 871	– 1,4
	darunter:								
I10–I15	Hypertonie (Hochdruckkrankheit)	22 819	54,8	–	2	23	334	22 460	4,1
I20–I25	Ischämische Herzkrankheiten	65 723	157,8	–	–	160	2 310	63 253	– 2,7
	darunter:								
I21-I22	Myokardinfarkt	26 132	62,7	–	–	121	1 595	24 416	– 1,8
I30–I52	Sonstige Formen der Herzkrankheit	57 290	137,5	16	22	227	1 429	55 596	– 0,6
I60–I69	Zerebrovaskuläre Krankheiten	37 974	91,2	5	5	229	1 383	36 352	– 2,4
I70–I79	Krankheiten der Arterien, Arteriolen und Kapillaren	10 553	25,3	–	2	44	369	10 138	– 7,0
J00–J99	Krankheiten des Atmungssystems	28 506	68,4	1	23	174	1 832	26 476	– 6,4
	darunter:								
J09–J18	Grippe und Pneumonie	10 292	24,7	1	10	68	323	9 890	– 16,2
J45–J46	Asthma bronchiale	719	1,7	–	–	30	135	554	– 12,5
K00–K93	Krankheiten des Verdauungssystems	21 511	51,6	5	10	396	2 910	18 190	0,8
	darunter:								
K70–K77	Krankheiten der Leber	5 320	12,8	1	–	272	2 066	2 981	0,2
N00–N99	Krankheiten des Urogenitalsystems	11 327	27,2	–	–	41	327	10 959	3,9
O00–O99	Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett	37	0,1	–	–	37	–	–	5,4
P00–P96	Bestimmte Zustände, die ihren Ursprung in der Perinatalperiode haben	521	1,3	502	6	7	3	3	4,6
Q00–Q99	Angeborene Fehlbildungen, Deformi- täten und Chromosomenanomalien	773	1,9	316	75	95	179	108	3,4
R00–R99	Symptome und abnorme klinische und Laborbefunde, die a.n.k. sind	10 961	26,3	92	27	389	1 497	8 956	– 4,2
	darunter:								
R95	Plötzlicher Kindstod	61	0,1	61	–	–	–	–	– 24,6
V01–Y98	Äußere Ursachen von Morbidität und Mortalität	13 125	31,5	19	121	1 414	1 904	9 667	7,1
	darunter:								
V01–V99	Transportmittelunfälle	1 060	2,5	2	50	409	238	361	– 10,1
W00–W19	Stürze	5 132	12,3	–	8	49	194	4 881	9,6
X60–X84	Vorsätzliche Selbstbeschädigung	2 556	6,1	–	6	596	892	1 062	6,6
X85–Y09	Tätlicher Angriff	240	0,6	6	10	98	59	67	6,3

Ergebnisse der Todesursachenstatistik. – Ohne Totgeborene und ohne gerichtliche Todeserklärungen.

1 Internationale statistische Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme, 10. Revision.

4.2 Gesundheitsversorgung

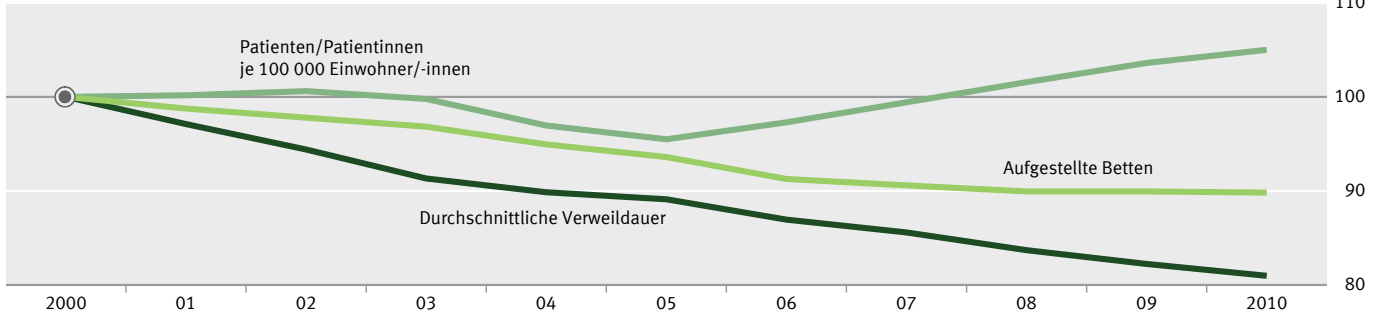
4.2.1 Ausgewählte Kennzahlen zu Krankenhäusern

	Krankenhäuser	Aufgestellte Betten		Patienten/Patientinnen		Berechnungstage	Durchschnittl. Verweildauer	Durchschnittl. Bettenauslastung
	Anzahl		je 100 000 Einwohner/-innen	Anzahl	je 100 000 Einwohner/-innen	1 000	Tage	%
2006	2 104	510 767	620	16 832 883	20 437	142 251	8,5	76,3
2007	2 087	506 954	616	17 178 573	20 883	142 893	8,3	77,2
2008	2 083	503 360	613	17 519 579	21 334	142 535	8,1	77,4
2009	2 084	503 341	615	17 817 180	21 762	142 414	8,0	77,5
2010	2 064	502 749	615	18 032 903	22 057	141 942	7,9	77,4
2010 nach Ländern								
Baden-Württemberg	289	58 045	540	2 022 271	18 815	16 040	7,9	75,7
Bayern	373	75 789	605	2 762 631	22 061	21 285	7,7	76,9
Berlin	79	19 782	574	755 185	21 909	5 897	7,8	81,7
Brandenburg	52	15 244	608	538 880	21 490	4 480	8,3	80,5
Bremen	14	5 224	791	202 161	30 610	1 482	7,3	77,7
Hamburg	47	11 897	668	448 176	25 178	3 605	8,0	83,0
Hessen	181	35 844	591	1 271 478	20 967	10 016	7,9	76,6
Mecklenburg-Vorpommern	39	10 454	635	407 018	24 723	3 034	7,5	79,5
Niedersachsen	198	41 978	530	1 591 130	20 076	12 433	7,8	81,1
Nordrhein-Westfalen	404	121 780	682	4 194 541	23 494	33 517	8,0	75,4
Rheinland-Pfalz	98	25 451	635	878 578	21 924	6 745	7,7	72,6
Saarland	24	6 548	642	259 106	25 403	2 050	7,9	85,8
Sachsen	80	26 383	635	978 892	23 555	7 730	7,9	80,3
Sachsen-Anhalt	50	16 527	705	594 250	25 343	4 599	7,7	76,2
Schleswig-Holstein	94	15 743	556	569 348	20 103	4 532	8,0	78,9
Thüringen	42	16 060	716	559 260	24 950	4 496	8,0	76,7

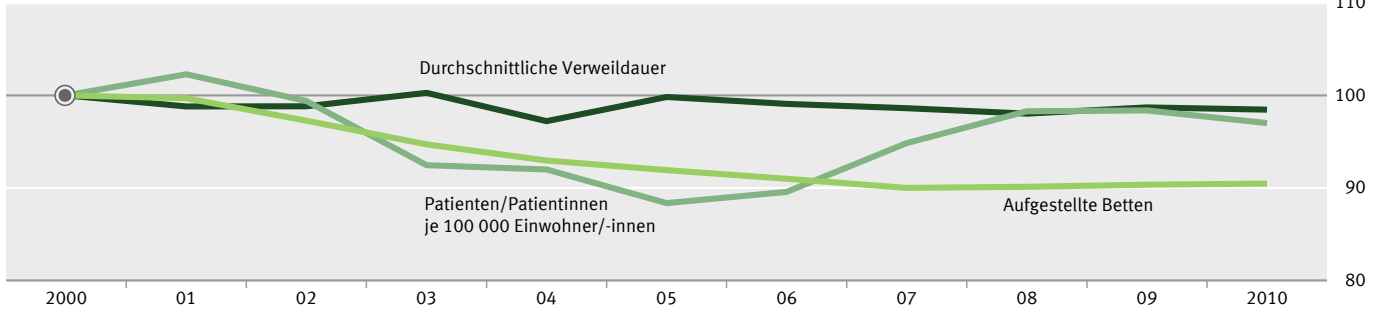
Ergebnisse der Krankenhausstatistik. – Grunddaten der Krankenhäuser.

Entwicklung zentraler Indikatoren der Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen
2000 = 100

Krankenhäuser



Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen



Quelle: Grunddaten der Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen

2012 - 01 - 0080

4 Gesundheit

4.2 Gesundheitsversorgung

4.2.2 Vor-, nach- und teilstationäre Behandlungen in Krankenhäusern 2010

Bezeichnung der Fachabteilung	Kranken- häuser mit entsprechender Fachabteilung	Krankenhäuser mit						
		vorstationären Behandlungen		nachstationären Behandlungen		teilstationären Behandlungen		
		Krankenhäuser	Patienten/ Patientinnen	Krankenhäuser	Patienten/ Patientinnen	Krankenhäuser	Patienten/ Patientinnen	Berechnungs- tage
Anzahl								
Fachabteilungen insgesamt	X	X	3 510 861	X	905 602	X	673 080	5 815 559
davon:								
Allgemeine Fachabteilungen zusammen . .	X	X	3 464 368	X	891 636	X	528 536	2 054 074
davon:								
Augenheilkunde	139	136	72 792	104	31 945	7	397	401
Chirurgie	1 056	1 053	1 212 479	929	346 550	17	4 138	6 966
Frauenheilkunde und Geburtshilfe	706	704	362 617	607	74 526	37	11 464	37 169
Hals-Nasen-Ohrenheilkunde	338	323	183 280	180	84 323	21	7 172	25 349
Haut- und Geschlechtskrankheiten	96	89	34 370	83	22 161	45	28 732	144 949
Herzchirurgie	59	56	5 953	48	2 644	2	126	127
Innere Medizin	1 138	1 121	791 449	948	127 319	266	340 763	1 140 178
Geriatric	177	106	3 133	88	528	130	28 901	352 858
Kinderchirurgie	73	71	22 614	70	13 142	8	2 005	2 195
Kinderheilkunde	340	333	101 658	305	40 400	74	56 468	125 363
Mund-Kiefer-Gesichtschirurgie	97	90	18 587	67	24 392	7	624	648
Neurochirurgie	145	143	60 869	120	8 515	3	504	504
Neurologie	317	310	89 591	268	15 979	36	11 470	46 923
Nuklearmedizin	89	86	21 485	71	2 937	6	2 990	2 990
Orthopädie	256	252	226 406	180	23 439	10	5 646	25 299
Plastische Chirurgie	72	70	23 416	65	20 684	1	60	60
Strahlentherapie	120	111	15 565	99	8 741	16	10 323	60 610
Urologie	385	379	200 062	320	39 096	17	2 541	4 712
Sonstige Fachbereiche/Allgemein- betten	118	89	18 042	57	4 315	33	14 212	76 773
Psychiatrische Fachabteilungen zusammen	X	X	46 493	X	13 966	X	144 544	3 761 485
davon:								
Kinder-/Jugendpsychiatrie und -psychotherapie	145	49	2 134	29	258	141	16 742	583 794
Psychiatrie und Psychotherapie	420	241	30 523	150	11 340	398	116 887	2 940 050
Psychotherapeutische Medizin/ Psychosomatik	119	77	13 836	65	2 368	71	10 915	237 641

Ergebnisse der Krankenhausstatistik. – Grunddaten der Krankenhäuser.

4 Gesundheit

4.2 Gesundheitsversorgung

4.2.3 Krankenhausentbindungen

	Entbundene Frauen				Im Krankenhaus geborene Kinder		
	insgesamt	darunter durch			insgesamt	davon	
		Kaiserschnitt	Zangengeburt	Vakuumentraktion (Saugglocke)		lebend geboren	tot geboren
Anzahl	%			Anzahl	%		
2006	652 642	28,6	0,8	4,5	663 979	99,7	0,3
2007	664 454	29,3	0,7	4,6	675 892	99,7	0,3
2008	662 783	30,2	0,7	4,8	674 751	99,7	0,3
2009	644 274	31,3	0,7	5,2	656 265	99,7	0,3
2010	656 390	31,9	0,6	5,3	668 950	99,7	0,3
2010 nach Ländern							
Baden-Württemberg	88 419	33,4	0,3	6,5	90 030	99,8	0,2
Bayern	101 977	32,7	0,4	5,8	103 938	99,7	0,3
Berlin	34 702	27,3	0,1	7,7	35 446	99,4	0,6
Brandenburg	14 967	28,3	1,0	4,2	15 167	99,7	0,3
Bremen	7 811	29,6	0,2	5,2	8 007	99,8	0,2
Hamburg	20 101	29,5	0,4	5,9	20 568	99,7	0,3
Hessen	49 010	34,2	0,7	4,9	49 962	99,6	0,4
Mecklenburg-Vorpommern	12 760	30,2	0,8	3,9	12 975	99,6	0,4
Niedersachsen	58 284	32,6	0,6	4,7	59 380	99,8	0,2
Nordrhein-Westfalen	143 246	33,6	0,9	4,9	146 282	99,7	0,3
Rheinland-Pfalz	30 627	34,8	0,6	4,5	31 129	99,8	0,2
Saarland	7 387	36,6	0,8	6,5	7 543	99,7	0,3
Sachsen	34 315	22,9	0,7	4,0	34 875	99,6	0,4
Sachsen-Anhalt	16 726	27,3	0,6	3,7	16 989	99,8	0,2
Schleswig-Holstein	19 931	33,5	0,2	5,8	20 296	99,7	0,3
Thüringen	16 127	27,6	1,3	3,0	16 363	99,7	0,3

Ergebnisse der Krankenhausstatistik. – Grunddaten der Krankenhäuser.

4.2.4 Ausgewählte Kennzahlen zu Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen

	Einrichtungen	Aufgestellte Betten		Patienten/ Patientinnen		Pflegetage	Durchschnittl. Verweildauer	Durchschnittl. Bettenaus- lastung
	Anzahl		je 100 000 Einwohner/ -innen	Anzahl	je 100 000 Einwohner/ -innen	1 000	Tage	%
2006	1 255	172 717	210	1 836 681	2 230	47 011	25,6	74,6
2007	1 239	170 845	208	1 942 566	2 361	49 483	25,5	79,4
2008	1 239	171 060	208	2 009 526	2 447	50 886	25,3	81,3
2009	1 240	171 489	209	2 005 491	2 449	51 126	25,5	81,7
2010	1 237	171 724	210	1 974 731	2 415	50 219	25,4	80,1
2010 nach Ländern								
Baden-Württemberg	213	26 958	251	305 689	2 844	7 633	25,0	77,6
Bayern	295	31 502	252	359 604	2 872	8 745	24,3	76,1
Brandenburg	30	5 415	216	66 254	2 642	1 788	27,0	90,4
Hessen	103	17 113	282	183 796	3 031	4 978	27,1	79,7
Mecklenburg-Vorpommern	62	10 430	634	125 450	7 620	2 961	23,6	77,8
Niedersachsen	135	18 150	229	222 165	2 803	5 392	24,3	81,4
Nordrhein-Westfalen	139	20 826	117	234 693	1 315	6 484	27,6	85,3
Rheinland-Pfalz	62	7 995	200	88 567	2 210	2 470	27,9	84,6
Saarland	19	3 074	301	28 691	2 813	831	29,0	74,1
Sachsen	48	8 773	211	101 437	2 441	2 595	25,6	81,1
Sachsen-Anhalt	20	3 578	153	44 671	1 905	1 105	24,7	84,6
Schleswig-Holstein	68	11 009	389	140 680	4 967	3 265	23,2	81,3
Thüringen	36	6 099	272	66 055	2 947	1 739	26,3	78,1
Stadtstaaten zusammen:								
Berlin, Bremen, Hamburg	7	802	14	6 982	119	233	33,4	79,6

Ergebnisse der Krankenhausstatistik. – Grunddaten der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen.

4 Gesundheit

4.2 Gesundheitsversorgung

4.2.5 Gesundheitspersonal nach Berufen und Alter

	2000	2005	2010			2000	2005	2010		
	Beschäftigte		Beschäftigte	Männer	Frauen	Vollzeitäquivalente		Vollzeitäquivalente	Männer	Frauen
	1 000		%			1 000		%		
Insgesamt	4 115	4 420	4 829	26,4	73,6	3 290	3 400	3 648	30,3	69,7
Gesundheitsdienstberufe	2 233	2 474	2 751	20,1	79,9	1 780	1 894	2 066	23,3	76,7
Ärzte/Ärztinnen, Apotheker/-innen, psych. Psychotherapeuten/-therapeuten, Zahnärzte/-ärztinnen	413	429	497	52,5	47,5	372	384	436	55,6	44,4
Ärzte/Ärztinnen	295	308	334	57,0	43,0	266	280	297	59,4	40,6
Apotheker/-innen	55	56	60	32,8	67,2	45	43	47	38,8	61,2
Psychologische Psychotherapeuten/-therapeutinnen ¹	–	–	35	32,1	67,9	–	–	29	33,5	66,5
Zahnärzte/-ärztinnen	63	65	68	58,8	41,2	61	61	63	60,2	39,8
Übrige Gesundheitsdienstberufe	1 820	2 045	2 254	13,0	87,0	1 408	1 510	1 630	14,7	85,3
Medizinische/zahnmedizinische Fachangestellte	552	617	639	1,0	99,0	435	456	465	1,0	99,0
Diätassistenten/-assistentinnen	12	14	14	5,4	94,6	9	11	10	6,2	93,8
Heilpraktiker/-innen	13	22	32	26,3	73,7	10	14	20	31,5	68,5
Gesundheits- und Krankenpflegehelfer/-innen	209	232	269	29,9	70,1	154	171	196	33,8	66,2
Gesundheits- und Krankenpfleger/-innen, Entbindungspfleger/Hebammen	718	763	827	14,1	85,9	548	558	588	16,0	84,0
Physiotherap., Masseur/Masseurinnen, med. Bademeister/-innen	125	163	202	27,0	73,0	102	125	149	31,1	68,9
Medizinisch-technische Assistenten/ Assistentinnen	90	93	98	8,2	91,8	71	72	75	9,3	90,7
Pharmazeutisch-technische Assistenten/ Assistentinnen	47	55	65	2,2	97,8	37	41	49	2,7	97,3
Therapeutische Berufe a.n.g.	55	84	108	14,4	85,6	43	62	78	16,5	83,5
Soziale Berufe	258	332	431	14,6	85,4	226	256	328	16,2	83,8
Altenpfleger/-innen	242	311	405	13,7	86,3	211	239	307	15,2	84,8
Heilerziehungspfleger/-innen	7	10	14	28,1	71,9	6	8	11	30,1	69,9
Heilpädagoginnen/-pädagoginnen	10	11	12	27,9	72,1	8	9	10	30,2	69,8
Gesundheitshandwerker/-innen	139	140	146	50,1	49,9	128	124	128	54,5	45,5
Augenoptiker/-innen	41	42	47	36,1	63,9	37	36	40	40,1	59,9
Orthopädiemechaniker/-innen	11	10	13	78,9	21,1	11	9	12	80,9	19,1
Zahntechniker/-innen	70	71	67	48,6	51,4	64	63	58	53,2	46,8
Sonstige Gesundheitshandwerker/-innen	16	17	20	69,5	30,5	15	16	18	72,4	27,6
Sonstige Gesundheitsfachberufe	92	96	101	32,1	67,9	71	73	75	32,9	67,1
Gesundheitsingenieure/-ingenieurinnen	15	14	12	26,8	73,2	13	12	11	28,4	71,6
Gesundheitssichernde Berufe	19	20	23	71,5	28,5	13	13	15	69,0	31,0
Gesundheitstechniker/-innen	7	9	9	84,6	15,4	6	8	8	86,4	13,6
Pharmakanten/Pharmakantinnen	5	8	8	44,2	55,8	5	7	8	45,9	54,1
Pharmazeutisch-kaufmännische Angestellte	47	46	48	2,4	97,6	33	32	33	2,0	98,0
Andere Berufe im Gesundheitswesen	1 393	1 378	1 400	39,4	60,6	1 086	1 053	1 050	45,3	54,7
	im Alter von . . . bis unter . . . Jahren									
unter 35	1 543	1 450	1 535	22,2	77,8	1 297	1 165	1 211	24,1	75,9
35 – 50	1 789	1 985	1 939	26,1	73,9	1 376	1 485	1 424	31,3	68,7
50 und mehr	783	985	1 355	31,5	68,5	617	750	1 013	36,2	63,7

Ergebnisse der Gesundheitspersonalrechnung. – Klassifizierung der Berufe 1992.

1 Einschl. Kinder- und Jugendpsychotherapeuten/-therapeutinnen; Daten liegen erst ab Berichtsjahr 2007 vor.

4 Gesundheit

4.2 Gesundheitsversorgung

4.2.6 Gesundheitspersonal nach Einrichtungen

	Insgesamt					Darunter Frauen				
	2000	2005	2008	2009	2010	2000	2005	2008	2009	2010
	1 000					%				
Beschäftigte insgesamt										
Insgesamt	4 115	4 420	4 632	4 738	4 829	71,9	73,0	73,4	73,6	73,6
Gesundheitsschutz	42	41	40	40	39	67,1	66,9	66,2	66,3	66,8
Ambulante Einrichtungen	1 688	1 907	2 018	2 074	2 118	76,9	78,5	78,6	78,7	78,7
Arztpraxen	608	675	681	686	689	81,6	82,6	82,7	82,7	82,7
Zahnarztpraxen	305	340	342	347	351	82,1	83,5	83,9	84,1	84,3
Praxen sonstiger medizinischer Berufe	226	292	341	362	379	74,9	76,1	75,6	76,1	76,3
Apotheken	164	169	175	176	178	83,2	81,7	79,6	79,4	78,7
Gesundheitshandwerk, -einzelhandel	168	166	161	162	165	38,2	41,4	43,4	42,3	42,5
Ambulante Pflege	187	214	251	269	282	85,1	87,7	87,6	87,5	87,5
Sonstige ambulante Einrichtungen	32	50	66	73	74	73,0	74,7	73,2	74,0	73,9
Stationäre und teilstationäre Einrichtungen	1 729	1 772	1 849	1 892	1 926	77,5	77,9	78,3	78,3	78,4
Krankenhäuser	1 109	1 071	1 086	1 104	1 121	75,1	74,9	75,3	75,3	75,4
Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen	152	155	163	167	169	74,2	74,0	74,6	74,8	74,8
Stationäre und teilstationäre Pflege	468	546	600	621	636	84,2	85,0	84,7	84,6	84,6
Rettungsdienste	44	47	49	52	56	29,6	26,9	29,2	30,0	30,2
Verwaltung	214	206	195	198	199	40,0	40,0	40,0	40,0	40,0
Sonstige Einrichtungen	112	144	161	175	178	57,0	62,4	62,9	63,9	64,1
Vorleistungsindustrien	286	303	320	308	312	45,4	45,5	46,3	45,4	45,7
Pharmazeutische Industrie	113	113	116	107	106	47,0	48,0	49,6	50,6	51,4
Medizintechnische, augenoptische Industrie	102	111	121	119	123	44,4	44,4	43,5	42,0	42,2
Medizinische Laboratorien und Großhandel	71	79	84	82	84	44,2	43,6	45,9	43,6	43,6
darunter Teilzeit										
Gesundheitsschutz	9	10	11	11	11	87,6	87,4	84,1	84,9	84,7
Ambulante Einrichtungen	420	533	606	633	657	93,5	92,9	92,3	92,1	92,0
Arztpraxen	143	176	191	195	199	95,3	94,8	94,1	94,0	93,8
Zahnarztpraxen	68	84	91	95	98	97,4	96,5	96,3	96,1	95,9
Praxen sonstiger medizinischer Berufe	57	84	102	112	119	89,3	89,2	88,9	88,9	89,0
Apotheken	44	48	53	52	53	96,6	95,4	94,3	94,2	93,9
Gesundheitshandwerk, -einzelhandel	20	22	26	26	27	75,0	73,6	74,6	74,2	74,1
Ambulante Pflege	82	103	122	130	136	93,4	93,3	92,8	92,6	92,6
Sonstige ambulante Einrichtungen	8	14	21	23	24	89,4	90,1	88,2	88,6	88,4
Stationäre und teilstationäre Einrichtungen	534	575	656	686	707	93,2	92,8	92,1	91,9	91,9
Krankenhäuser	320	294	318	328	338	93,3	93,2	92,6	92,5	92,5
Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen	42	40	48	50	52	90,5	89,8	89,6	89,7	89,7
Stationäre und teilstationäre Pflege	172	241	290	309	317	93,8	92,9	91,9	91,7	91,7
Rettungsdienste	7	8	10	11	12	68,2	58,1	58,6	60,1	59,6
Verwaltung	34	37	39	40	41	75,5	73,1	70,5	70,4	69,7
Sonstige Einrichtungen	22	34	43	47	49	84,0	86,1	84,5	85,3	85,2
Vorleistungsindustrien	45	53	63	59	62	80,4	77,8	76,5	75,7	75,4
Pharmazeutische Industrie	19	21	24	22	23	80,8	79,2	78,0	78,4	78,5
Medizintechnische, augenoptische Industrie	14	18	21	20	22	80,9	77,4	75,4	74,6	73,9
Medizinische Laboratorien und Großhandel	12	14	17	17	17	79,3	76,3	75,7	73,7	73,1
Zusammen	1 071	1 251	1 427	1 487	1 537	91,8	91,2	90,4	90,3	90,2

Ergebnisse der Gesundheitspersonalrechnung.

4 Gesundheit

4.2 Gesundheitsversorgung

4.2.7 Zugelassene Pflegeheime

	Pflegeheime		Davon nach dem Träger des Heims			Verfügbare Plätze		Durchschnittliche Vergütung für vollstationäre Dauerpflege				Personal insgesamt
	insgesamt	dar. Heime mit vollstationärer Dauerpflege ¹	private	freigemeinnützige	öffentliche	insgesamt	dar. Plätze für vollstationäre Dauerpflege	Pflegesatz der Pflegeklasse			Unterkunft und Verpflegung	
								I	II	III		
	Anzahl	%				Anzahl	%	EUR pro Person und Tag			Anzahl	
2001	9 165	90,9	35,9	56,0	8,2	674 292	96,2	39	52	66	19	475 368
2005	10 424	90,3	38,1	55,1	6,7	757 186	95,9	42	56	70	19	546 397
2007	11 029	89,9	39,2	55,1	5,8	799 059	95,8	43	57	71	20	573 545
2009 ¹²	11 634	89,3	39,9	54,8	5,4	845 007	95,6	44,79	58,96	73,97	20,30	621 392

Ergebnisse der Pflegestatistik. – Stichtag jeweils 15.12. eines Jahres.

- Das Angebot der anderen Heime setzt sich aus Kurzzeit-, Tages- und/oder Nachtpflege zusammen.
- Seit der Erhebung 2009 wird die Vergütung in vollen Cent erfasst und – nicht mehr wie zuvor – in gerundeten Beträgen.

4.2.8 Zugelassene ambulante Pflegedienste

	Pflegedienste insgesamt	Davon nach dem Träger des Dienstes			Darunter Pflegedienste, die auch andere Sozialleistungen anbieten	Und zwar ¹			Personal insgesamt	
		private	freigemeinnützige	öffentliche		häusliche Krankenpflege/ Haushaltshilfe (SGB V)	Hilfe zur Pflege (SGB XII)	sonstige ambulante Hilfeleistungen		
	Anzahl	%				Anzahl	% der Pflegedienste insgesamt	%	Anzahl	
2001	10 594	51,9	46,2	1,9	10 463	98,8	96,7	68,7	49,8	189 567
2005	10 977	57,6	40,6	1,8	10 866	99,0	97,0	53,2	43,1	214 307
2007	11 529	59,9	38,5	1,7	11 431	99,1	97,2	60,2	44,6	236 162
2009	12 026	61,5	36,9	1,6	11 950	99,4	97,2	60,8	44,9	268 891

Ergebnisse der Pflegestatistik. – Stichtag jeweils 15.12. eines Jahres.

- Mehrfachnennungen möglich.

4 Gesundheit

4.2 Gesundheitsversorgung

4.2.9 Personal in Pflegeheimen 2009

Berufsabschluss	Personal		Davon nach dem überwiegenden Tätigkeitsbereich im Pflegeheim						
	insgesamt	dar. weiblich	Pflege und Betreuung	soziale Betreuung	zusätzliche Betreuung (§ 87b SGB XI)	Hauswirtschaftsbereich	haustechnischer Bereich	Verwaltung, Geschäftsführung	sonstiger Bereich
	Anzahl	%							
Insgesamt	621 392	84,6	66,5	4,1	2,6	17,4	2,6	5,4	1,4
Staatlich anerkannte/-r Altenpfleger/-in	141 306	83,9	96,1	1,3	0,4	0,2	0,0	1,7	0,2
Staatlich anerkannte/-r Altenpflegehelfer/-in	27 926	88,3	95,8	1,2	1,6	0,8	0,1	0,2	0,3
Gesundheits- und Krankenpfleger/-in	59 054	90,0	92,3	1,5	0,6	0,8	0,0	4,3	0,4
Krankenpflegehelfer/-in	18 486	89,7	96,6	1,2	1,1	0,7	0,0	0,2	0,1
Gesundheits- und Kinder- krankenpfleger/-in	4 013	95,8	90,3	2,4	0,9	1,3	0,1	4,4	0,5
Heilerziehungspfleger/-in, Heilerzieher/-in	2 739	81,7	75,6	16,9	4,4	0,8	0,2	1,7	0,5
Heilerziehungspflegehelfer/-in	640	80,2	72,8	14,8	6,5	1,7	2,7	0,8	0,8
Heilpädagogin, Heilpädagogin	332	85,1	29,2	51,7	4,6	0,6	0,0	11,2	2,7
Ergotherapeut/-in	7 464	90,1	19,1	65,2	11,9	0,4	0,1	0,5	2,8
Physiotherapeut/-in (Kranken- gymnast/-in)	1 059	82,2	44,8	29,3	6,1	2,5	0,4	1,8	15,1
Sonstiger Abschluss im Bereich der nichtärztlichen Heilberufe	3 767	87,7	55,5	14,3	10,0	5,7	1,9	10,7	1,9
Sozialpädagogischer/sozialarbeits- rischer Berufsabschluss	7 039	79,8	14,1	60,7	5,4	1,0	0,2	17,3	1,4
Familienpfleger/-in mit staatlichem Abschluss	1 400	95,4	82,6	7,6	4,0	4,3	0,0	1,2	0,4
Dorfhelfer/-in mit staatlichem Abschluss	148	93,9	52,4	13,6	4,8	17,0	0,0	12,2	0,0
Abschluss einer pflegewissenschaft- lichen Ausbildung an einer Fach- hochschule oder Universität	2 639	70,3	38,0	8,0	0,8	0,7	0,2	49,3	3,1
Sonstiger pflegerischer Beruf	37 606	91,5	89,3	2,1	6,5	1,7	0,1	0,3	0,2
Fachhauswirtschafter/-in für ältere Menschen	2 566	91,6	14,3	1,8	1,4	79,3	0,7	1,7	0,8
Sonstiger hauswirtschaftlicher Berufsabschluss	29 684	87,7	10,2	1,0	0,8	84,0	1,6	1,5	0,8
Sonstiger Berufsabschluss	157 039	81,2	35,3	4,4	5,3	29,1	8,2	14,6	3,1
Ohne Berufsabschluss/nach in Ausbildung	116 483	82,1	62,0	2,8	1,4	28,3	2,3	1,6	1,7

Ergebnisse der Pflegestatistik. – Stichtag 15.12.2009.

4 Gesundheit

4.2 Gesundheitsversorgung

4.2.10 Personal in Pflegediensten 2009

Berufsabschluss	Personal			Davon nach dem überwiegenden Tätigkeitsbereich im Pflegedienst				
	insgesamt	Veränderung 2009 gegenüber 2001	dar. weiblich	Pflegedienst- leitung	Grundpflege	hauswirtschaft- liche Versorgung	Verwaltung, Geschäftsführung	sonstiger Bereich
	Anzahl	%						
Insgesamt	268 891	41,8	87,5	5,8	69,8	13,6	4,9	5,8
Staatlich anerkannte/-r Alten- pfleger/-in	52 889	87,7	86,4	6,6	88,3	0,8	1,6	2,7
Staatlich anerkannte/-r Altenpflege- helfer/-in	8 555	93,6	90,0	1,5	89,4	6,5	0,7	2,0
Gesundheits- und Kranken- pfleger/-in	82 055	42,8	88,5	12,7	79,7	0,9	2,6	4,1
Krankenpflegehelfer/-in	11 704	22,4	90,4	0,4	88,0	9,0	0,9	1,6
Gesundheits- und Kinderkranken- pfleger/-in	7 737	69,2	97,6	11,1	77,8	1,2	2,4	7,5
Heilerziehungspfleger/-in, Heilerzieher/-in	1 127	102,7	82,0	1,9	79,3	7,6	1,6	9,6
Heilerziehungspflegehelfer/-in	257	0,8	75,2	0,8	72,8	13,0	1,6	11,8
Heilpädagogin, Heilpädagogin	78	- 31,7	84,4	3,9	55,8	7,8	9,1	23,4
Ergotherapeut/-in	470	144,5	88,1	0,6	56,3	6,5	3,0	33,6
Physiotherapeut/-in (Krankengymnast/-in)	209	X ¹	83,6	2,4	60,9	12,6	8,2	15,9
Sonstiger Abschluss im Bereich der nichtärztlichen Heilberufe	3 464	22,3	92,7	0,7	70,1	12,8	11,0	5,4
Sozialpädagogischer/sozialarbeits- rischer Berufsabschluss	1 553	7,0	80,3	2,0	35,2	8,6	24,3	29,9
Familienpfleger/-in mit staatlichem Abschluss	1 565	- 28,7	97,8	0,3	70,1	23,5	1,0	5,2
Dorfhelfer/-in mit staatlichem Abschluss	138	- 8,9	97,8	3,7	39,7	47,1	5,9	3,7
Abschluss einer pflegewissenschaft- lichen Ausbildung an einer Fach- hochschule oder Universität	1 067	107,9	73,2	37,2	25,3	4,3	25,3	7,9
Sonstiger pflegerischer Beruf	21 643	15,3	92,0	0,3	78,6	17,6	1,0	2,6
Fachhauswirtschaftler/-in für ältere Menschen	1 083	- 12,5	97,8	0,3	29,7	66,5	1,3	2,1
Sonstiger hauswirtschaftlicher Berufsabschluss	6 608	60,4	95,5	0,1	26,2	66,8	3,3	3,6
Sonstiger Berufsabschluss	48 668	42,8	85,5	0,2	35,3	37,0	16,1	11,4
Ohne Berufsabschluss/nach in Ausbildung	18 022	- 4,7	74,9	0,0	53,0	30,9	2,4	13,6

Ergebnisse der Pflegestatistik. – Stichtag 15.12.2009.

1 Physiotherapeut/-in (Krankengymnast/-in) wurde bis 2005 unter „sonstiger Abschluss im Bereich der nichtärztlichen Heilberufe“ erhoben.

4 Gesundheit

4.3 Kosten im Gesundheitswesen

4.3.1 Gesundheitsausgaben im Zeitvergleich

Weitere Informationen zu Sozialversicherungen siehe Kapitel „Soziales“

	2000	2005	2008	2009	2010	2000	2005	2008	2009	2010
	Mill. EUR					%				
Ausgaben insgesamt	212 838	240 360	264 391	278 405	287 293	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
nach Ausgabenträgern										
Öffentliche Haushalte	13 614	13 583	13 381	13 885	13 829	6,4	5,7	5,1	5,0	4,8
Gesetzliche Krankenversicherung	123 914	135 877	151 465	160 854	165 548	58,2	56,5	57,3	57,8	57,6
Soziale Pflegeversicherung	16 706	17 888	19 161	20 312	21 535	7,8	7,4	7,2	7,3	7,5
Gesetzliche Rentenversicherung	3 528	3 598	3 862	4 013	4 054	1,7	1,5	1,5	1,4	1,4
Gesetzliche Unfallversicherung	3 687	3 998	4 274	4 459	4 613	1,7	1,7	1,6	1,6	1,6
Private Kranken-/Pflege-Pflichtversicherung	17 604	22 023	24 896	25 957	26 773	8,3	9,2	9,4	9,3	9,3
Arbeitgeber/-innen	8 685	10 149	11 228	11 575	11 975	4,1	4,2	4,2	4,2	4,2
Private Haushalte, Private Organisationen ohne Erwerbszweck	25 099	33 244	36 124	37 351	38 965	11,8	13,8	13,7	13,4	13,6
nach Leistungsarten										
Prävention, Gesundheitsschutz	7 444	8 882	10 632	11 083	10 354	3,5	3,7	4,0	4,0	3,6
Ärztliche Leistungen	57 058	64 066	71 603	75 932	78 852	26,8	26,7	27,1	27,3	27,4
Grundleistungen	19 550	20 280	22 064	23 094	23 569	9,2	8,4	8,3	8,3	8,2
Sonderleistungen	26 789	31 404	36 028	38 404	40 268	12,6	13,1	13,6	13,8	14,0
Laborleistungen	5 348	5 966	6 431	6 863	7 115	2,5	2,5	2,4	2,5	2,5
Strahlendiagnostische Leistungen	5 370	6 417	7 081	7 572	7 900	2,5	2,7	2,7	2,7	2,7
Pflegerische und therapeutische Leistungen	52 174	57 581	61 940	65 536	68 594	24,5	24,0	23,4	23,5	23,9
Pflegerische Leistungen	40 927	44 405	47 175	50 075	52 403	19,2	18,5	17,8	18,0	18,2
Therapeutische Leistungen	10 647	12 511	14 033	14 651	15 358	5,0	5,2	5,3	5,3	5,3
Mutterschaftsleistungen	600	665	732	809	834	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Unterkunft und Verpflegung	16 400	17 663	19 086	20 001	20 239	7,7	7,3	7,2	7,2	7,0
Waren	56 715	65 958	73 796	76 786	79 139	26,6	27,4	27,9	27,6	27,5
Arzneimittel	31 520	39 315	43 241	45 174	46 297	14,8	16,4	16,4	16,2	16,1
Hilfsmittel	11 614	12 094	13 551	13 924	14 230	5,5	5,0	5,1	5,0	5,0
Zahnersatz	5 401	5 096	6 011	6 277	6 523	2,5	2,1	2,3	2,3	2,3
Sonstiger medizinischer Bedarf	8 180	9 453	10 992	11 412	12 089	3,8	3,9	4,2	4,1	4,2
Transporte	3 423	3 961	4 511	4 835	4 980	1,6	1,6	1,7	1,7	1,7
Verwaltungsleistungen	11 332	13 095	13 509	14 311	15 092	5,3	5,4	5,1	5,1	5,3
Laufende Gesundheitsausgaben	204 545	231 205	255 076	268 483	277 250	96,1	96,2	96,5	96,4	96,5
Investitionen	8 292	9 155	9 315	9 921	10 043	3,9	3,8	3,5	3,6	3,5
nach Einrichtungen										
Gesundheitsschutz	1 806	1 948	1 858	1 858	1 858	0,8	0,8	0,7	0,7	0,6
Ambulante Einrichtungen	101 523	116 611	131 685	138 058	141 404	47,7	48,5	49,8	49,6	49,2
Arztpraxen	30 577	34 973	40 305	42 777	43 114	14,4	14,6	15,2	15,4	15,0
Zahnarztpraxen	14 657	15 112	16 793	17 281	17 727	6,9	6,3	6,4	6,2	6,2
Praxen sonstiger medizinischer Berufe	5 805	7 021	8 120	8 426	8 863	2,7	2,9	3,1	3,0	3,1
Apotheken	28 575	35 541	38 524	40 090	40 862	13,4	14,8	14,6	14,4	14,2
Gesundheitshandwerk, -einzelhandel	14 884	15 335	17 783	18 446	18 975	7,0	6,4	6,7	6,6	6,6
Ambulante Pflege	5 788	7 134	8 522	9 332	10 038	2,7	3,0	3,2	3,4	3,5
Sonstige ambulante Einrichtungen	1 237	1 495	1 638	1 706	1 825	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
Stationäre und teilstationäre Einrichtungen	78 442	87 301	94 649	100 175	104 198	36,9	36,3	35,8	36,0	36,3
Krankenhäuser	56 079	61 870	66 714	70 990	74 307	26,3	25,7	25,2	25,5	25,9
Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen	7 511	7 319	8 021	8 186	8 158	3,5	3,0	3,0	2,9	2,8
Stationäre und teilstationäre Pflege	14 851	18 113	19 915	20 999	21 733	7,0	7,5	7,5	7,5	7,6
Rettungsdienste	2 056	2 566	2 837	3 046	3 093	1,0	1,1	1,1	1,1	1,1
Verwaltung	12 649	14 597	15 101	15 969	16 773	5,9	6,1	5,7	5,7	5,8
Sonstige Einrichtungen und private Haushalte	7 435	7 263	7 800	8 118	8 430	3,5	3,0	3,0	2,9	2,9
Ausland	634	918	1 147	1 261	1 494	0,3	0,4	0,4	0,5	0,5
Laufende Gesundheitsausgaben	204 545	231 205	255 076	268 483	277 250	96,1	96,2	96,5	96,4	96,5
Investitionen	8 292	9 155	9 315	9 921	10 043	3,9	3,8	3,5	3,6	3,5

Ergebnisse der Gesundheitsausgabenrechnung.

4 Gesundheit

4.3 Kosten im Gesundheitswesen

4.3.2 Gesundheitsausgaben nach Ausgabenträgern 2010

	Insgesamt	Ausgabenträger							
		öffentliche Haushalte	gesetzliche Krankenversicherung	soziale Pflegeversicherung	gesetzliche Rentenversicherung	gesetzliche Unfallversicherung	private Kranken-/Pflege-Pflichtversicherung	Arbeitgeber/-innen	private Haushalte, Private Organisationen ohne Erwerbszweck
	Mill. EUR	%							
Ausgaben insgesamt	287 293	4,8	57,6	7,5	1,4	1,6	9,3	4,2	13,6
	nach Leistungsarten								
Prävention, Gesundheitsschutz	10 354	19,4	44,4	3,0	1,8	10,1	1,6	8,0	11,7
Ärztliche Leistungen	78 852	0,6	67,8	–	0,9	1,3	14,8	6,7	7,9
Grundleistungen	23 569	0,5	74,3	–	0,1	1,3	10,9	6,6	6,4
Sonderleistungen	40 268	0,8	63,6	–	1,5	1,2	16,3	6,6	10,1
Laborleistungen	7 115	0,6	67,1	–	0,9	1,5	17,8	7,8	4,4
Strahlendiagnostische Leistungen	7 900	0,5	70,9	–	0,2	1,4	16,0	6,8	4,3
Pflegerische und therapeutische Leistungen	68 594	5,3	45,3	29,2	2,0	1,3	5,2	3,1	8,7
Pflegerische Leistungen	52 403	5,8	39,6	38,3	0,7	1,0	3,9	2,8	7,8
Therapeutische Leistungen	15 358	3,7	62,1	–	6,4	2,1	9,6	4,1	11,9
Mutterschaftsleistungen	834	0,6	93,8	–	–	–	3,2	1,7	0,7
Unterkunft und Verpflegung	20 239	5,6	47,3	–	5,8	1,1	6,2	4,1	29,8
Waren	79 139	0,5	66,8	0,5	0,2	0,8	7,6	3,5	20,2
Arzneimittel	46 297	0,5	73,1	–	0,2	0,4	6,8	3,7	15,4
Hilfsmittel	14 230	0,6	44,4	2,6	0,1	1,7	6,4	2,8	41,5
Zahnersatz	6 523	0,2	32,6	–	0,0	0,2	19,3	4,7	43,0
Sonstiger medizinischer Bedarf	12 089	0,7	87,4	–	0,6	1,3	5,7	3,0	1,2
Transporte	4 980	1,1	84,4	–	2,0	4,0	4,9	2,0	1,5
Verwaltungsleistungen	15 092	–	63,6	5,3	1,7	4,5	24,9	–	–
Laufende Gesundheitsausgaben	277 250	2,8	59,7	7,8	1,4	1,7	9,6	4,3	12,8
Investitionen	10 043	60,7	1,5	–	1,1	–	1,5	–	35,2
	nach Einrichtungen								
Gesundheitsschutz	1 858	100,0	–	–	–	–	–	–	–
Ambulante Einrichtungen	141 404	1,1	61,2	2,8	0,2	1,0	9,9	4,9	18,9
Arztpraxen	43 114	0,5	68,9	–	0,3	1,7	13,0	7,0	8,6
Zahnarztpraxen	17 727	0,3	56,5	–	0,0	0,2	15,7	7,4	19,8
Praxen sonstiger medizinischer Berufe	8 863	2,9	58,5	–	1,1	2,6	12,8	2,6	19,5
Apotheken	40 862	0,4	69,0	–	0,0	0,4	7,0	3,9	19,3
Gesundheitshandwerk, -einzelhandel	18 975	0,5	48,5	1,4	0,0	1,3	7,9	3,2	37,2
Ambulante Pflege	10 038	5,8	32,4	37,0	–	0,4	1,4	2,2	20,8
Sonstige ambulante Einrichtungen	1 825	7,3	53,9	–	0,9	–	–	0,1	37,8
Stationäre und teilstationäre Einrichtungen	104 198	3,9	61,3	10,4	3,1	1,2	7,7	4,0	8,3
Krankenhäuser	74 307	0,5	82,5	–	–	1,3	10,2	3,5	1,9
Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen	8 158	11,7	31,5	–	40,0	1,6	1,5	11,9	1,9
Stationäre und teilstationäre Pflege	21 733	12,8	0,3	49,7	–	0,4	1,5	2,6	32,7
Rettungsdienste	3 093	1,4	86,8	–	–	4,6	3,9	1,8	1,6
Verwaltung	16 773	–	59,1	6,6	2,0	9,8	22,5	–	–
Sonstige Einrichtungen und private Haushalte	8 430	2,8	15,0	67,0	1,0	2,0	2,6	9,3	0,2
Ausland	1 494	–	71,1	0,1	–	–	28,8	–	–
Laufende Gesundheitsausgaben	277 250	2,8	59,7	7,8	1,4	1,7	9,6	4,3	12,8
Investitionen	10 043	60,7	1,5	–	1,1	–	1,5	–	35,2

Ergebnisse der Gesundheitsausgabenrechnung.

4.3 Kosten im Gesundheitswesen

4.3.3 Kostenstruktur der Krankenhäuser

	Bruttogesamtkosten ¹	Kosten der Ausbildungsstätten	Aufwendungen für den Ausbildungsfonds ¹	Kosten der Krankenhäuser insgesamt	Darunter				Abzüge	Bereinigte Kosten ¹	
					Personalkosten			Sachkosten		zusammen	je Fall
					zusammen ²	ärztliches Personal	nicht-ärztliches Personal				
1 000 EUR ³										EUR	
2006	66 179 361	634 347	–	65 545 014	41 217 848	10 705 285	30 512 563	23 964 796	8 098 683	58 080 678	3 450
2007	69 185 009	480 265	629 820	68 074 924	41 929 684	11 400 138	30 529 546	25 720 747	8 744 758	60 440 251	3 518
2008	72 627 009	511 387	966 218	71 149 404	43 365 435	12 117 432	31 248 002	27 328 621	9 393 169	63 233 840	3 609
2009	77 090 332	540 170	1 018 837	75 531 324	45 819 800	13 048 421	32 771 379	29 253 995	9 900 567	67 189 765	3 771
2010	79 911 222	552 005	1 039 109	78 320 108	47 463 378	13 901 239	33 562 139	30 310 976	10 269 243	69 641 979	3 862
2010 nach Ländern											
Baden-Württemberg	10 102 022	65 112	158 500	9 878 410	6 208 256	1 754 195	4 454 061	3 592 145	1 731 442	8 370 580	4 139
Bayern	12 207 462	75 512	176 890	11 955 060	7 305 265	2 042 209	5 263 056	4 580 038	1 250 190	10 957 272	3 966
Berlin	3 600 210	26 301	38 120	3 535 789	2 031 468	662 866	1 368 602	1 485 288	615 549	2 984 660	3 952
Brandenburg	1 993 944	15 464	X	1 978 480	1 143 916	364 440	779 476	822 780	95 275	1 898 669	3 523
Bremen	915 906	6 806	8 793	900 307	554 122	163 969	390 153	334 958	44 363	871 543	4 311
Hamburg	2 438 017	16 651	8 354	2 413 012	1 312 955	430 321	882 634	1 060 178	431 991	2 006 026	4 476
Hessen	5 596 920	41 616	72 037	5 483 267	3 203 804	913 611	2 290 193	2 238 082	570 265	5 026 655	3 953
Mecklenburg-Vorpommern	1 619 695	7 955	–	1 611 740	938 964	296 883	642 081	657 348	188 698	1 430 997	3 516
Niedersachsen	7 100 163	49 719	129 623	6 920 822	4 257 285	1 208 522	3 048 763	2 615 379	1 068 264	6 031 899	3 791
Nordrhein-Westfalen	18 658 607	138 234	311 134	18 209 239	11 094 787	3 265 174	7 829 613	6 994 778	2 720 449	15 938 158	3 800
Rheinland-Pfalz	3 671 699	23 970	62 074	3 585 656	2 303 637	648 546	1 655 091	1 259 581	403 752	3 267 947	3 720
Saarland	1 215 324	13 031	21 585	1 180 708	729 769	198 250	531 519	444 171	118 391	1 096 933	4 234
Sachsen	3 694 320	25 222	X	3 669 098	2 141 705	653 805	1 487 900	1 506 111	256 037	3 438 282	3 512
Sachsen-Anhalt	2 297 165	13 571	X	2 283 593	1 400 323	421 797	978 526	873 673	192 950	2 104 214	3 541
Schleswig-Holstein	2 610 961	28 944	32 895	2 549 121	1 500 807	458 748	1 042 059	1 029 620	382 143	2 228 817	3 915
Thüringen	2 188 807	3 895	19 105	2 165 806	1 336 315	417 903	918 412	816 847	199 482	1 989 325	3 557

Ergebnisse der Krankenhausstatistik. – Kostennachweis der Krankenhäuser.

1 Werte bereinigt um Fehlkodierungen beim Ausbildungsfonds seit 2007 in Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt.

2 Einschl. der nicht zurechenbaren Personalkosten.

3 Es sind Rundungsdifferenzen in den Summen möglich, da diese auf Basis der absoluten Kostangaben in EUR berechnet werden.

4.4 Krankenversicherungsschutz 2011

	Bevölkerung			Darunter Erwerbstätige		
	insgesamt	männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich
	1 000	%		1 000	%	
Krankenkasse						
Ortskrankenkasse ¹	25 431	48,0	52,0	10 583	54,2	45,9
Selbst versichert	19 118	51,1	48,9	9 880	56,8	43,2
Als Familienangehörige(r) mitversichert	6 312	38,8	61,2	703	16,7	83,3
Betriebskrankenkasse ²	11 401	50,1	49,9	6 042	54,3	45,7
Selbst versichert	8 226	55,0	45,0	5 647	57,0	43,0
Als Familienangehörige(r) mitversichert	3 175	37,5	62,5	395	15,4	84,6
Innungskrankenkasse	4 508	53,9	46,1	2 459	58,6	41,4
Selbst versichert	3 341	59,0	41,0	2 319	61,3	38,8
Als Familienangehörige(r) mitversichert	1 167	39,3	60,8	139	15,1	85,0
Landwirtschaftliche Krankenkasse	808	53,0	47,0	356	64,1	35,9
Selbst versichert	568	63,6	36,4	284	77,0	23,0
Als Familienangehörige(r) mitversichert	239	27,9	72,1	71	12,7	87,3
Bundesknappschaft, See-Krankenkasse	1 707	49,5	50,5	530	57,7	42,3
Selbst versichert	1 367	55,5	44,5	489	61,6	38,5
Als Familienangehörige(r) mitversichert	340	25,7	74,3	42	12,4	87,6
Ersatzkasse	25 983	44,5	55,5	13 329	46,7	53,3
Selbst versichert	19 623	45,6	54,4	12 595	48,2	51,8
Als Familienangehörige(r) mitversichert	6 360	41,0	59,0	734	22,0	78,0
Private Krankenversicherung	9 391	59,2	40,8	5 243	66,3	33,7
Krankenversicherungsschutz						
Insgesamt	81 755	49,1	50,9	39 870	53,9	46,1
Zur Krankenversicherung befragte Personen	80 581	49,0	51,0	39 263	53,9	46,1
Selbst versichert	62 492	51,7	48,3	36 937	55,8	44,3
davon:						
Pflichtversichert	49 527	49,4	50,6	29 034	52,6	47,4
Freiwillig versichert in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV)	3 322	65,7	34,4	2 574	69,5	30,5
Privat versichert	9 391	59,2	40,8	5 243	66,3	33,7
Als Familienangehörige(r) mitversichert	17 735	39,0	61,0	2 092	18,0	82,0
Ausschließlich sonstiger Anspruch auf Krankenversorgung ³	216	82,5	17,5	173	87,7	12,3
Nicht krankenversichert ⁴	137	61,8	38,2	60	69,0	31,0
Ohne Angabe zum Vorhandensein einer Kranken- versicherung	252	50,0	50,0	86	61,1	38,9
nachrichtlich:						
Gesetzlich Krankenversicherte mit einer privaten Zusatzkrankenversicherung	10 177	45,9	54,2	6 277	48,3	51,7
Sonstiger Anspruch auf Krankenversicherung ⁵	4 921	53,5	46,5	2 842	56,4	43,6
Jahresüberhänge ⁶	1 175	50,6	49,4	607	55,2	44,8

Ergebnisse des Mikrozensus, Zusatzprogramm. – Bevölkerung am Hauptwohnsitz. – Stichtag jeweils 15.12. eines Jahres.

- 1 Einschl. ausländische Krankenkasse.
- 2 Einschl. Betriebskrankenkassen des Bundesverkehrsministeriums, des Bundeseseisenbahnvermögens und gemäß Postsozialversicherungsorganisationsgesetz.
- 3 Anspruch auf Krankenversorgung als Sozialhilfeempfänger/-in, Kriegsschadenrentner/-in oder Empfänger/-in von Unterhaltshilfe aus dem Lastenausgleich, Beamter/Beamtin, Richter/-in, Freie Heilfürsorge der Polizei, der Bundeswehr und Zivildienstleistender.
- 4 Hierzu zählen Personen, die die Frage „Sind Sie krankenversichert?“ verneint und keinen sonstigen Anspruch auf Krankenversorgung haben.

- 5 Anspruch auf Krankenversorgung als Sozialhilfeempfänger/-in, Kriegsschadenrentner/-in oder Empfänger/-in von Unterhaltshilfe aus dem Lastenausgleich, Beamter/Beamtin, Richter/-in, Freie Heilfürsorge der Polizei, der Bundeswehr und Zivildienstleistender sowie Personen mit gesetzlichem oder privaten Krankenversicherungsschutz und zusätzlichem Anspruch auf Krankenversorgung.
- 6 Auskunftspflichtige, die 2010 hätten befragt werden sollen, deren Befragung jedoch erst 2011 mit dem Fragebogen aus 2010 erfolgte (sogenannte Jahresüberhänge). Diesem Personenkreis wurden demnach erhebungsbedingt die im vierjährigen Turnus erhobenen Fragen zur Krankenversicherung nicht gestellt.

Methodik

Die gesundheitsbezogenen Statistiken und Rechensysteme sammeln und analysieren Daten über den Gesundheitszustand der Bevölkerung in Deutschland, über Aspekte der gesundheitlichen Lage und der Gesundheitsversorgung sowie über die Ausgaben und Kosten im Gesundheitswesen. Ausführliche Informationen hierzu finden Sie unter www.gbe-bund.de

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken finden Sie in unseren Qualitätsberichten (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

■ Gesundheitliche Lage

Die **Fragen zur Gesundheit im Mikrozensus** beziehen sich auf das Rauchverhalten sowie auf Körpergröße und -gewicht. Die Stichprobe umfasst 1 % der Bevölkerung. Die Beantwortung der Fragen ist freiwillig.

Es handelt sich hierbei um eine Zusatzbefragung im Mikrozensus, die in der Regel alle vier Jahre durchgeführt wird, zuletzt im Jahr 2009. Die Stichprobenergebnisse wurden auf die zum Zeitpunkt der Befragung fortgeschriebene Bevölkerung hochgerechnet. Die Anteilswerte beziehen sich auf die Bevölkerung mit Angaben zu den entsprechenden Fragen. Diese Werte wurden für alle Altersgruppen mit den Werten einer vorher festgelegten Standardbevölkerung (hier: Bevölkerung 1987) gewichtet und daraus der standardisierte Wert berechnet. Altersstandardisierte Werte ermöglichen den Vergleich von Bevölkerungen mit unterschiedlicher Altersstruktur, indem verzerrende Alterseinflüsse beseitigt werden.

■ Krankenhäuser, Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen

Die Ergebnisse der **Krankenhausstatistik** bilden die statistische Basis für viele gesundheitspolitische Entscheidungen des Bundes und der Länder und dienen den an der Krankenhausfinanzierung beteiligten Institutionen als Planungsgrundlage. Die Erhebung liefert wichtige Informationen über das Volumen und die Struktur des Leistungsangebots sowie über die Inanspruchnahme von stationären Gesundheitsleistungen. Sie dient damit auch der Wissenschaft und Forschung und trägt zur Information der Bevölkerung bei.

Seit 1991 werden die Daten der Krankenhausstatistik auf einer bundeseinheitlichen **Rechtsgrundlage** erhoben, der Krankenhausstatistik-Verordnung vom 10.4.1990 (BGBl. I S. 730), zuletzt geändert durch Artikel 4b des Gesetzes vom 17.3.2009 (BGBl. I S. 534). Auskunftsspflichtig sind Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen. Das Erhebungsprogramm ist in drei Bereiche untergliedert: Die **Grunddaten** der Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen liefern Informationen über die sachliche und personelle Ausstattung sowie die Patientenbewegung in den Einrichtungen und ihren organisatorischen Einheiten (Fachabteilungen). Die **Diagnosedaten** geben Aufschluss u. a. über die Art der Erkrankung und ausgewählte sozio-demografische Merkmale wie Alter, Geschlecht und Wohnort der Patientinnen und Patienten in Krankenhäusern sowie in Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen mit mehr als 100 Betten. Die **Kostendaten** der Krankenhäuser stellen im Wesentlichen die Aufwendungen für Sachmittel und Personal dar.

Bei der Erhebung handelt es sich um eine jährliche schriftliche (postalische) Befragung mit Auskunftsspflicht. Seit 2003 wird alternativ eine Softwareanwendung bereitgestellt, um Grund- und Kostendaten elektronisch zu erfassen. Diese ermöglicht das Einlesen und die Weiterverarbeitung von statistikrelevanten Daten aus den Datenverarbeitungssystemen der Krankenhäuser.

Die Befragten berichten bis zum 1.4. (Grund- und Diagnosedaten) bzw. 30.6. (Kostendaten) des dem Berichtsjahr folgenden Jahres. Vorläufige Ergebnisse stehen in der Regel Ende August bzw. Anfang November zur Verfügung, endgültige Ergebnisse etwa drei Monate später.

Infolge mehrfacher Anpassungen der Rechtsgrundlage ist die zeitliche Vergleichbarkeit einzelner Ergebnisse eingeschränkt, da einzelne Merkmale nicht mehr, verändert oder neu erhoben werden. Ein zeitlicher Vergleich der Kostendaten ist auf die bereinigten Kosten beschränkt, da das Kostenermittlungsprinzip mehrfach wechselte. Die geänderte Erhebung der Ausbildungskosten ab 2007 schränkt die Vergleichbarkeit zusätzlich ein. Die seit 1991 bundeseinheitliche Rechtsgrundlage gewährleistet die räumliche Vergleichbarkeit innerhalb des Erhebungsgebietes. Auf internationaler Ebene gibt es derzeit keine einheitliche Rechtsgrundlage, sodass die Vergleichbarkeit aufgrund unterschiedlicher Merkmalsdefinitionen und Erhebungsabgrenzungen stark eingeschränkt ist.

■ Diagnosen und Operationen

Seit 2005 ergänzt die fallpauschalenbezogene Krankenhausstatistik (**DRG-Statistik**) die Diagnosestatistik der Krankenhauspatientinnen und -patienten. Das auf Fallpauschalen basierende DRG-Vergütungssystem wurde bei der Novellierung der Krankenhausfinanzierung im Jahr 2000 eingeführt (DRG steht für „Diagnosis Related Groups“). Die Statistik umfasst alle Krankenhäuser, die ihre Leistungen nach dem DRG-Vergütungssystem abrechnen und dem Anwendungsbereich des § 1 Krankenhausentgeltgesetz (KHEntG) unterliegen (ohne psychiatrische Einrichtungen). Die DRG-Statistik ist, wie auch die Diagnosestatistik, eine jährliche Vollerhebung. Diese Daten erheben nicht die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, sondern das Institut für das Entgeltsystem im Krankenhaus (InEK). Die Daten für die DRG-Statistik werden den Datensätzen entnommen, die die Krankenhäuser zu Abrechnungszwecken an das InEK schicken. Das InEK stellt diese Datensätze wiederum dem Statistischen Bundesamt zur Verfügung (**Sekundärstatistik**).

Gegenstand der Erhebung sind die von den berichtspflichtigen Krankenhäusern erbrachten Leistungen. Die vom Statistischen Bundesamt ausgewerteten Daten beziehen ebenfalls alle im Laufe des Berichtsjahres entlassenen vollstationären Patientinnen und Patienten ein. Diese umfassen auch die im Krankenhaus verstorbenen Patientinnen und Patienten, nicht jedoch vor-, nach-, teilstationär oder ambulant behandelte Patientinnen und Patienten. Erfasst wird die kontinuierliche vollstationäre Behandlung im Krankenhaus (Behandlungskette), unabhängig von der Zahl der dabei durchlaufenen Fachabteilungen. Im Vordergrund stehen insbesondere Angaben zu Operationen und Behandlungsmaßnahmen, Art und Höhe der abgerechneten Entgelte sowie Haupt- und Nebendiagnosen. Die Fallpauschalen (DRGs) werden nach Hauptdiagnosegruppen, den sogenannten „Major Diagnostic Categories“ (MDCs), ausgewiesen. Dies sind Kategorien, die grundsätzlich auf einem Körpersystem oder einer Erkrankungsätiologie aufbauen, die mit einem speziellen medizinischen Fachgebiet verbunden sind.

■ Schwerbehinderte Menschen

Zweck der **Statistik der schwerbehinderten Menschen** ist es, Grundsatzinformationen für die sozialpolitischen Planungen bereitzustellen sowie Beurteilungsgrundlagen für die Durchführung von Maßnahmen und die Gewährung von Leistungen zugunsten des betroffenen Personenkreises zu liefern.

Es handelt sich um eine Vollerhebung, die alle zwei Jahre durchzuführen ist. Erhebungstichtag ist der 31.12. Die **Rechtsgrundlage** ist § 131 des SGB IX.

Die Versorgungsämter liefern die Daten an die Statistischen Landesämter ausschließlich auf maschinellen Datenträgern, da bei dieser Statistik auf bereits vorhandene Datensätze bzw. Register der Ämter zurückgegriffen werden kann.

Die Deutschlandergebnisse der Erhebung zum Jahresende 2009 wurden im September 2010 veröffentlicht.

Inhaltliche und formale Prüfungen in der Statistik über die schwerbehinderten Menschen finden insbesondere in den Statistischen Ämtern der Länder statt. Da die Landesämter auf Datenbestände bzw. Register der Versorgungsämter zurückgreifen, ist die Qualität auch von den internen Prüfungen der Versorgungsämter abhängig. In den Versorgungsämtern sind vor allem regelmäßige Abgleiche der Datenbestände mit den aktuellen Einwohnerregistern erforderlich. Anhand der Registerabgleiche ist erkennbar, ob die gemeldete schwerbehinderte Person aus dem Bereich des Versorgungsamtes weggezogen oder verstorben ist. Informationen über den schwerbehinderten Menschen erhalten die Versorgungsämter ansonsten in der Regel nur alle fünf Jahre, wenn die Person einen neuen Schwerbehindertenausweis beantragt. In einigen Fällen führen Versorgungsämter auch jährliche Anschreibungsaktionen durch, um den Bestand zu aktualisieren.

Die Statistischen Ämter der Länder kontaktieren die Versorgungsämter regelmäßig vor den Erhebungen, um an die Aktualisierung der Register zu erinnern. In einigen Ländern waren im Zuge der verbesserten Möglichkeiten für Registerabgleiche in den letzten Jahren deutliche Rückgänge bei der Zahl der schwerbehinderten Menschen zu beobachten. Als Beispiele sind hier zu nennen: Baden-Württemberg (Rückgang von 6 % bzw. 43 000 Personen von 2001 im Vergleich zu 1999), Niedersachsen (Rückgang von 10 % bzw. 68 000 Personen von 2003 im Vergleich zu 2001), Nordrhein-Westfalen (Rückgang von 5 % bzw. 90 000 Personen von 2003 im Vergleich zu 2001), Hessen (Rückgang von 6 % bzw. 34 000 Personen von 2005 im Vergleich zu 2003).

■ Pflegebedürftige, Pflegeeinrichtungen, Personal

Ziel der **Pflegestatistik** ist es, Daten zum Angebot von und der Nachfrage nach pflegerischer Versorgung zu gewinnen. Dies geschieht, um Entwicklungen in der pflegerischen Versorgung und in der Nachfrage nach pflegerischen Angeboten rechtzeitig erkennen und angemessen reagieren zu können. Die Angaben werden ferner für die weitere Planung und Fortentwicklung des Pflegeversicherungsgesetzes benötigt. Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder führen die Pflegestatistik seit Dezember 1999 zweijährlich durch. Die **Rechtsgrundlage** für die Statistik bildet § 109 Abs. 1 SGB XI in Verbindung mit der Pflegestatistik-Verordnung. Die Statistik setzt sich aus zwei Erhebungen zusammen: Zum einen befragen die Statistischen Landesämter die ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen, zum anderen liefern die Spitzenverbände der Pflegekassen und der Verband der privaten Krankenversicherung Informationen über die Empfängerinnen und Empfänger von Pflegegeldleistungen – also die meist von Angehörigen gepflegten Leistungsempfängerinnen und -empfänger. Diese Datenmeldung erfolgt per Datenträger oder Online-Datenmeldung an das Statistische Bundesamt.

Der Erhebungsstichtag für die Erhebung bei den ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen ist der 15.12., für die Pflegegeldempfängerinnen und -empfänger organisatorisch bedingt der 31.12. Die Deutschlandergebnisse der Erhebung zum Jahresende 2009 wurden im Februar 2011 veröffentlicht.

Die Gesamtzahl der Pflegebedürftigen kann mit Hilfe der Statistiken über die Pflegeeinrichtungen sowie der Statistik über die Pflegegeldempfängerinnen und -empfänger ermittelt werden. Die so ermittelte Anzahl liegt um knapp 2 % unter der Zahl der Pflegebedürftigen, die in der sozialen und privaten Pflegeversicherung festgestellt wird. Unterschiede in der Methodik und mögliche Ursachen für die Abweichungen erklärt der Bericht „Pflegestatistik 2009 – Deutschlandergebnisse“. Berichte zur Pflegestatistik finden Sie als kostenlosen Download im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes unter dem Suchwort „Pflegestatistik“.

Das Statistische Bundesamt verwendet die Daten zum Personal in den Pflegeeinrichtungen als Basis für die Gesundheitspersonalrechnung. Die Ergebnisse der Pflegestatistik werden auch für Schätzungen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und der Gesundheitsausgabenrechnung genutzt.

■ Schwangerschaftsabbrüche

Die **Schwangerschaftsabbruchstatistik** gibt einen Überblick über die Größenordnung, Struktur und Entwicklung der Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland sowie über ausgewählte Lebensumstände der betroffenen Frauen. Sie liefert damit wichtige Informationen im Zusammenhang mit den Hilfen für Schwangere in Konfliktsituationen sowie über Maßnahmen zum Schutz des ungeborenen Lebens.

Die Statistik wird in Deutschland vierteljährlich durchgeführt. **Rechtsgrundlage** ist das Gesetz zur Vermeidung und Bewältigung von Schwangerschaftskonflikten vom 27.7.1992 (BGBl. I S. 1398), zuletzt geändert durch Artikel 3 Abs. 2 des Gesetzes vom 22.12.2011 (BGBl. I S. 2975). Auskunftspflichtig sind die Inhaberinnen und Inhaber der Arztpraxen und die Leiterinnen und Leiter der Krankenhäuser, in denen Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen werden bzw. werden sollen. Ab 2010 ist die Dauer der abgebrochenen Schwangerschaften in vollendeten Wochen anzugeben.

■ Sterbefälle

Die **Todesursachenstatistik** ist die elementare Grundlage zur Ermittlung wichtiger Gesundheitsindikatoren wie Sterbeziffern, verlorene Lebensjahre und vermeidbare Sterbefälle. **Rechtsgrundlage** ist das Gesetz über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.3.1980, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18.7.2008 (BGBl. I S. 1290). Diese Statistik ermöglicht eine fundierte Todesursachenforschung, die die Einflussfaktoren der todesursachenspezifischen Sterblichkeit, ihre regionalen Besonderheiten und Veränderungen im Laufe der Zeit untersucht. Aus den Ergebnissen werden Handlungsempfehlungen und Strategien abgeleitet, z. B. für die Gesundheitspolitik und die epidemiologische Forschung. Im Kern geht es um die Frage, durch welche präventiven und medizinisch-kurativen Maßnahmen die Lebenserwartung und -qualität der Bevölkerung erhöht werden kann.

Die Todesursachenstatistik ist eine Vollerhebung aller Todesfälle in Deutschland. Grundlage ist die von den Ärztinnen bzw. Ärzten ausgestellte Todesbescheinigung, auf der die Krankheiten aufgelistet sind, die zum Tode geführt haben. Es besteht darüber hinaus noch die Möglichkeit, Begleiterkrankungen zu vermerken, die nicht direkt mit dem Tod in Verbindung stehen. Dabei unterscheidet man zwischen denjenigen Krankheiten, die unmittelbar und mittelbar zum Tode geführt haben, einschließlich derjenigen Krankheit, welche alle anderen bedingt (sogenanntes „Grundleiden“). Nur dieses Grundleiden als Auslöser aller anderen Krankheiten fließt als Todesursache in die Todesursachenstatistik ein (sogenannte „monokausale Aufbereitung“). Ein einheitliches ausführliches Verzeichnis der Todesursachen existiert seit 1905, die ersten vorliegenden Aufzeichnungen stammen aus dem Jahre 1877.

Durch das einheitliche methodische Vorgehen (Vollerhebung, einheitliche Systematik der Internationalen Statistischen Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme, 10. Revision – ICD-10) und die Kontinuität der Erhebung wird sichergestellt, dass diese Daten der wissenschaftlichen Forschung zuverlässig zur Verfügung stehen.

■ Kosten im Gesundheitswesen

Mit der Gesundheitsausgabenrechnung sowie der Gesundheitspersonalrechnung stehen zwei inhaltlich miteinander verzahnte gesundheitsbezogene Rechensysteme bereit, die eine tiefgehende Analyse des Gesundheitswesens aus unterschiedlichen Blickwinkeln ermöglichen. Methodischer Ausgangspunkt der zwei Rechenwerke ist die Abgrenzung des Gesundheitswesens nach dem „System of Health Accounts“ der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Zum

Gesundheitswesen zählen nach dieser Abgrenzung sämtliche Institutionen und Personen, die zur Gesundheit der Bevölkerung beitragen, sie erhalten, fördern und wiederherstellen. Die ambulante und stationäre Gesundheitsversorgung bilden den Kernbereich des Gesundheitswesens. Tätigkeiten aus den Bereichen Soziales und Umwelt fließen in die Rechensysteme ein, wenn sie primär auf die Bewältigung oder Linderung von Gesundheitsproblemen abzielen. Außen vor bleiben z. B. Altenwohnheime, Fitnesseinrichtungen oder Reformhäuser.

Bei beiden Rechensystemen handelt es sich um reine **Sekundärstatistiken**. Dies bedeutet, dass die im Gesundheitswesen bereits verfügbaren Datenquellen zu jeweils einem Gesamtsystem zusammengeführt werden. Dies beinhaltet keine eigenständigen Erhebungen im Sinne von Primärstatistiken.

Die **Gesundheitsausgabenrechnung** beschäftigt sich mit der Ermittlung der Ausgaben im Gesundheitswesen nach Leistungsarten, Einrichtungen sowie Ausgaben-trägern. Neben den gesamten Gesundheitsausgaben weist sie nachrichtlich einen erweiterten Leistungsbereich aus. Dieser umfasst Ausgaben für Forschung, Ausbildung, Leistungen zum Ausgleich krankheitsbedingter Folgen und Einkommensleistungen. Daten zu den Gesundheitsausgaben liegen auf nationaler Ebene in vergleichbarer Form ab dem Berichtsjahr 1992 vor. Auf internationaler Ebene koordiniert die OECD die Vergleichbarkeit der Ergebnisse.

Die **Gesundheitspersonalrechnung** liefert detaillierte Angaben über die Anzahl und die Struktur der Beschäftigten im Gesundheitswesen zum Stichtag 31.12. des jeweiligen Berichtsjahres. Sie weist das Gesundheitspersonal nach Einrichtung, Beruf, Art der Beschäftigung, Geschlecht und Alter aus. Neben den Beschäftigten erfasst sie auch die sogenannten Vollzeitäquivalente. Vergleichbare Daten liegen ab dem Berichtsjahr 2000 vor.

Rechtsgrundlage für die Erfassung der Humanressourcen im Bereich der Gesundheitsversorgung sowie der Kosten der Gesundheitsversorgung und ihre Finanzierung ist die Verordnung (EG) Nr. 1338/2008 zu Gemeinschaftsstatistiken über öffentliche Gesundheit und über Gesundheitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz.

Glossar

Ambulante Pflegedienste | Erfasst werden die ambulanten Pflegedienste, die durch Versorgungsvertrag nach § 72 SGB XI zur Pflege zugelassen sind oder Bestandschutz nach § 73 Abs. 3 und 4 SGB XI genießen und danach als zugelassen gelten.

Art der Behandlung | Niedergelassene Allgemein- oder Gebietsärztinnen bzw. -ärzte sowie das Personal in der Ambulanz eines Krankenhauses (Poliklinik) können eine **ambulante ärztliche Behandlung** vornehmen. Eine **stationäre Behandlung** liegt vor, sofern die Patientin oder der Patient mindestens eine Nacht in ein Krankenhaus/eine Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtung aufgenommen und dort gepflegt, ärztlich behandelt oder auf sonstige Art medizinisch oder pflegerisch betreut wurde. Nicht zu den Krankenhäusern zählen Einrichtungen, in denen lediglich eine Überwachung ohne regelmäßige ärztliche Behandlung stattfindet (z. B. Anstalten zur Unterbringung Gebrechlicher oder Erholungsbedürftiger, Altenheime, Pflegeheime).

Aufwendungen für den Ausbildungsfonds | Die in zahlreichen Bundesländern existierenden Ausbildungsfonds setzen sich zusammen aus Einzahlungen aller Krankenhäuser des jeweiligen Bundeslandes. Die in den Fonds angesammelten Mittel dienen der Finanzierung der Ausbildungsbudgets der Krankenhäuser. Die Aufwendungen für den Ausbildungsfonds werden seit 2007 erhoben. Sie erhöhen sowohl die Brutto-Gesamtkosten als auch die bereinigten Kosten; deshalb ist ein Vorjahresvergleich nur eingeschränkt möglich.

Ausgabenträger | Sie umfassen sämtliche öffentliche und private Institutionen, die Leistungen für die Gesundheit finanzieren (z. B. Gesetzliche Krankenversicherung, Private Krankenversicherung).

Berechnungs-/Belegungstage, Pfl egetage | Die Zahl der Berechnungs-/Belegungstage im Krankenhaus bzw. der Pfl egetage in Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen entspricht der Summe der Patientinnen und Patienten, die an den einzelnen Tagen des Berichtsjahres um 24 Uhr vollstationär untergebracht sind (Summe der Mitternachtsbestände). Als Berechnungs-/Belegungstag bzw. Pfl egetag zählt der Aufnahmetag sowie jeder weitere Tag des Aufenthaltes ohne den Verlegungs- oder Entlassungstag aus der stationären Einrichtung. Wird eine Patientin oder ein Patient am gleichen Tag aufgenommen und entlassen (sogenannter „Stundenfall“), gilt dieser Tag als Aufnahmetag; somit verursacht ein Stundenfall einen Belegungstag.

Beschäftigte | Bei den Angaben handelt es sich um Beschäftigungsfälle, d. h. Personen mit mehreren Arbeitsverhältnissen in verschiedenen Einrichtungen werden unabhängig von der Dauer der geleisteten Arbeitszeit mehrfach gezählt.

Body-Mass-Index | Er errechnet sich, indem man das Gewicht einer Person (in Kilogramm) durch ihre Größe (in Metern, quadriert) teilt. Die Weltgesundheitsorganisation stuft Erwachsene mit einem Body-Mass-Index von unter 18,5 als untergewichtig, mit einem Wert über 25 als übergewichtig und über 30 als stark übergewichtig ein. Das Geschlecht und das Alter bleiben bei dieser Einteilung unberücksichtigt.

Einrichtungen, Klassifikation nach | Sie gibt Aufschluss über den Leistungserbringer. Beispielhafte Einrichtungen sind die ambulanten Einrichtungen, die u. a. die Arztpraxen und Apotheken enthalten oder die stationären Einrichtungen, die u. a. die Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen gemeinsam umfassen.

Fallzahl | Die Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen ermitteln diese in ihren Grunddaten anhand des Patientenzu- und -abgangs. Zu unterscheiden ist zwischen einrichtungs- und fachabteilungsbezogener Fallzahl. Letztgenannte berücksichtigt (nur in Krankenhäusern) die internen Verlegungen. Die Ermittlung der Fallzahl beinhaltet auch die Sterbefälle, seit 2002 ebenso die Stundenfälle innerhalb eines Tages. Vergleiche mit früheren Jahren sind auf der Basis neu berechneter Fallzahlen möglich.

Die Formel für die **einrichtungsbezogene Fallzahl** lautet:

$$= \frac{\text{Patientenzugang}}{2} + \frac{\text{Patientenabgang}}{2}$$

$$= \frac{\text{Vollstationäre Aufnahmen}}{2} + \frac{\text{Vollstationäre Entlassungen} + \text{Sterbefälle}}{2}$$

Die Formel für die **fachabteilungsbezogene Fallzahl** berücksichtigt demgegenüber interne Verlegungen:

$$= \frac{\text{Vollst. Aufn. + Verlegungen aus anderen Abteilungen}}{2} + \frac{\text{Vollst. Entl. + Verlegungen in andere Abt. + Sterbefälle}}{2}$$

Grundleiden | In der Todesursachenstatistik ist das Grundleiden diejenige Erkrankung/Diagnose, die ursächlich für den Tod einer Person ist. Eine solche Krankheit kann zwar weitere, ebenfalls auf der Todesbescheinigung vermerkte Erkrankungen auslösen, das Grundleiden ist jedoch die für die Statistik entscheidende Erkrankung. Beispiel: Seit fünf Jahren ist eine Frau an Brustkrebs erkrankt. Aufgrund dieser Erkrankung haben sich Hirnmetastasen gebildet, die am Ende zu einer Hirnblutung geführt haben. Alle diese Diagnosen (Brustkrebs, Hirnmetastasen, Hirnblutung) würden auf einer Todesbescheinigung vermerkt sein. Für die Statistik relevant wäre nur der Brustkrebs, da dieser alle folgenden Erkrankungen ausgelöst hat. Da sie sich bisher nur auf das Grundleiden beschränkt, heißt die Todesursachenstatistik auch „monokausale Statistik“. Im Gegensatz dazu wird zukünftig die elektronische Kodierung der Todesursachen ermöglichen, alle auf der Todesbescheinigung vermerkten Erkrankungen statistisch auszuwerten („multi-kausale Todesursachenstatistik“).

Kosten der Krankenhäuser | Diese werden seit 2002 wieder nach dem Bruttoprinzip ermittelt (wie schon in den Jahren 1991 bis 1995). Dabei werden zunächst die gesamten Aufwendungen des abgelaufenen Geschäftsjahres für Personal und Sachmittel auf Basis der Krankenhaus-Buchführungsverordnung erfasst und später bereinigt um die nichtstationären Kosten, z. B. für Ambulanzen sowie Forschung und Lehre.

Krankenhäuser | Hierbei handelt es sich um Einrichtungen, in denen das Personal durch ärztliche und pflegerische Hilfeleistungen Krankheiten, Leiden oder Körperschäden feststellen, heilen oder lindern soll oder Geburtshilfe leistet. In Krankenhäusern erfolgt die Unterbringung und Verpflegung der zu versorgenden Personen.

Krankheiten, Abgrenzung der | Grundlage für die Abgrenzung der Krankheiten in der Krankenhausdiagnosestatistik und der Todesursachenstatistik ist die von der Weltgesundheitsorganisation herausgegebene Internationale Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme (ICD). Sie ist Teil der internationalen gesundheitsrelevanten Klassifikationen.

Leistungsarten, Klassifikation nach | Sie ermöglicht die Unterteilung der Gesundheitsausgaben nach der Form der von den Patientinnen und Patienten in Anspruch genommenen Leistungen. Als Leistungsarten zählen z. B. die Prävention, ärztliche Leistungen, pflegerische und therapeutische Leistungen und Leistungen für Waren (u. a. Arznei- und Hilfsmittel, Zahnersatz).

Nutzungsgrad der Betten bzw. Bettenauslastung | Sie gibt die durchschnittliche Auslastung der Betten in vom Hundert an. Hierzu wird die tatsächliche mit der maximalen Bettenbelegung in Relation gesetzt. Die maximale Bettenkapazität ergibt sich aus dem Produkt der aufgestellten Betten und der Anzahl der Kalendertage im Berichtsjahr. Die tatsächliche Bettenbelegung entspricht der Summe der Berechnungs- und Belegungstage, da jede Patientin bzw. jeder Patient pro vollstationären Tag in der Einrichtung ein Bett belegt.

$$\text{Durchschnittliche Bettenauslastung} = \frac{\text{Berechnungs- und Belegungstage}}{\text{Aufgestellte Betten} \times \text{Kalendertage}} \times 100$$

Pflegebedürftige | Pflegebedürftig im Sinne des SGB XI sind Personen, die wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung für die gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen im Ablauf des täglichen Lebens auf Dauer, voraussichtlich für mindestens sechs Monate, in erheblichem oder höherem Maße (§ 15 SGB XI) der Hilfe bedürfen (§ 14 Abs. 1 SGB XI). Statistisch erfasst werden Personen, die Leistungen nach dem SGB XI erhalten. Generelle Voraussetzung für die Erfassung als pflegebedürftige Person ist die Entscheidung der Pflegekasse bzw. des privaten Versicherungsunternehmens über das Vorliegen von Pflegebedürftigkeit und die Zuordnung der Pflegebedürftigen zu den Pflegestufen I bis III (einschließlich Härtefällen).

Pflegeheime | Statistisch erfasst werden die Pflegeheime, die durch Versorgungsvertrag nach § 72 SGB XI zur Pflege zugelassen sind oder Bestandsschutz nach § 73 Abs. 3 und 4 SGB XI genießen und danach als zugelassen gelten.

Rauchgewohnheiten | Unter regelmäßigem Rauchen wird tägliches Rauchen verstanden, auch wenn es sich um geringe Tabakmengen handelt. Die Fragen beziehen sich auch auf die Intensität des Zigarettenrauchens.

Schwerbehinderte Menschen | Menschen sind behindert, wenn ihre körperliche Funktion, geistige Fähigkeit oder seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweichen und daher ihre Teilhabe am Leben in der Gesellschaft beeinträchtigt ist. Sie sind schwerbehindert, wenn ihnen von den Versorgungsämtern ein Grad der Behinderung (GdB) von 50 oder mehr zuerkannt worden ist. Bei mehreren Behinderungen wird der GdB nach den Auswirkungen der Behinderungen in ihrer Gesamtheit unter Berücksichtigung ihrer wechselseitigen Beziehungen festgestellt. Auf Antrag stellen die Versorgungsämter für diese Personen einen Ausweis über die Eigenschaft als schwerbehinderter Mensch aus. Der Ausweis dient dem Nachweis für die Inanspruchnahme von Leistungen und sonstigen Hilfen, die schwerbehinderten Menschen nach dem SGB IX, z. B. unentgeltliche Beförderung von schwerbehinderten Menschen im öffentlichen Personenverkehr, oder nach anderen Gesetzen zustehen (z. B. Einkommensteuer-, Kraftfahrzeugsteuergesetz).

Verweildauer | Sie gibt die Zahl der Tage an, die eine Patientin oder ein Patient durchschnittlich in vollstationärer Behandlung verbracht hat. Sie ergibt sich aus den Berechnungs- und Belegungstagen/den Pflegetagen und der Fallzahl der jeweiligen Fachabteilung bzw. der Einrichtung.

$$\text{Durchschnittliche Verweildauer} = \frac{\text{Berechnungs- und Belegungstage}}{\text{Patientinnen und Patienten (Fälle)}}$$

Vollzeitäquivalente (FTE = Full-Time Equivalents) | Sie geben die Anzahl der auf die volle tarifliche Arbeitszeit umgerechneten Beschäftigten an. Ein Vollzeitäquivalent entspricht dabei einer vollzeitbeschäftigten Person, in den Grunddaten der Krankenhausstatistik als Vollkräfte bezeichnet.

Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen | In diesen Einrichtungen wird der Gesundheitszustand der dort untergebrachten und gepflegten Patientinnen und Patienten nach einem ärztlichen Behandlungsplan verbessert. Dies geschieht vorwiegend durch Anwendung von Heilmitteln einschließlich Krankengymnastik, Bewegungs-, Sprach- oder Arbeits- und Beschäftigungstherapie, ferner durch andere geeignete Hilfen, auch durch geistige und seelische Einwirkungen. Den Patientinnen und Patienten wird bei der Entwicklung eigener Abwehr- und Heilungskräfte geholfen.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Standardveröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen kostenfrei downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 190 amtlichen Statistiken. Daten zur *Gesundheit* finden Sie unter dem Menüpunkt › Themen, Code 23, Daten zur *Pflege (Pflegebedürftige, Pflegeeinrichtungen)* unter Code 224

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Gesundheitliche Lage

Fachserie 12 Gesundheit

- Reihe 3 | Schwangerschaftsabbrüche
- Reihe 4 | Todesursachen in Deutschland
- Reihe 6 | Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen

Fachserie 13 Sozialeleistungen

- Reihe 5 | Schwerbehinderte Menschen

Fachberichte

- Schwerbehinderte Menschen (2009)
- Fragen zur Gesundheit – Körpermaße der Bevölkerung – Mikrozensus 2009
- Fragen zur Gesundheit – Rauchgewohnheiten der Bevölkerung – Mikrozensus 2009
- Unfälle, Gewalt, Selbstverletzung bei Kindern und Jugendlichen (2011)
- Pflegestatistik 2009 – Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung:
 - Deutschlandergebnisse (2011)
 - 2. Bericht: Ländervergleich – Pflegebedürftige (2011)

Wirtschaft und Statistik

- Heft 11/09 | Morbidität in den Arztpraxen
- Heft 2/10 | Schwerbehinderte Menschen 2007
- Heft 3/12 | Lebenslagen der behinderten Menschen, Ergebnis des Mikrozensus 2009

STATmagazin

- Nichtraucher auf dem Vormarsch – Gesundheitsschutz hat Vorrang (2010)
- Familienzuwachs: Mutter und Kind wohlauf? (2010)

Gemeinschaftsveröffentlichungen

- Demografischer Wandel in Deutschland –
 - Heft 2 Auswirkungen auf Krankenhausbehandlungen und Pflegebedürftige (2010)
 - Pflegestatistik 2009 – Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung: Kreisvergleich (2012)

■ Gesundheitsversorgung

Fachserie 12 Gesundheit

- Reihe 6 | Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen
- Reihe 7.3 | Gesundheitspersonal

Fachberichte

- Pflegestatistik 2009 – Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung:
 - Deutschlandergebnisse (2011)
 - 3. Bericht: Ländervergleich – ambulante Pflegedienste (2011)
 - 4. Bericht: Ländervergleich – Pflegeheime (2011)

Mehr zum Thema

■ Gesundheitsversorgung

Wirtschaft und Statistik

- Heft 11/10 | Projektionen des Personalbedarfs und -angebots in Pflegeberufen bis 2025
- Heft 4/11 | Krankenhäuser in Deutschland
- Heft 2/12 | 20 Jahre Krankenhausstatistik

STATmagazin

- | Krankenpflege – Berufsbelastung und Arbeitsbedingungen (2009)
- | Kaiserschnitt und Co: Operationen und Behandlungen in Krankenhäusern (2010)

■ Kosten im Gesundheitswesen

Fachserie 12 Gesundheit

- Reihe 6 | Krankenhäuser
- Reihe 7.1 | Gesundheitsausgaben
- Reihe 7.2 | Krankheitskosten

Wirtschaft und Statistik

- Heft 7/11 | Hohe Kosten im Gesundheitswesen: Eine Frage des Alters?

STATmagazin

- | Männer und Frauen im Gesundheitswesen: Ein Kostenvergleich (2009)

■ Krankenversicherungen

Fachserie 13 Sozialleistungen

- Reihe 1.1 | Angaben zur Krankenversicherung

■ Themenübergreifend

Wirtschaft und Statistik

- Heft 10/09 | Onlinerecherche von Gesundheitsdaten

Broschüren

- | Gesundheit auf einen Blick (2010)

■ Gesundheitsberichterstattung

Die Gesundheitsberichterstattung (GBE) des Bundes informiert über die gesundheitliche Lage und die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung in Deutschland. Den Schwerpunkt bilden dabei tief gegliederte Datentabellen aus über 100 Datenquellen sowohl der amtlichen Statistik als auch einer Vielzahl anderer Institutionen. Aber auch Berichte und Analysen, insbesondere die Veröffentlichungen des Robert Koch-Instituts, sind dort bequem verfügbar. Weitere Informationen finden Sie unter www.gbe-bund.de

Im Rahmen der GBE des Bundes sind u. a. folgende Berichte erschienen:

- | Gesundheit und Krankheit im Alter (2009)
- | Daten und Fakten: Ergebnisse der Studie „Gesundheit in Deutschland aktuell 2009“ (2011)

Themenhefte der Gesundheitsberichterstattung

- Heft 49 | Entzündlich-rheumatische Erkrankungen
- Heft 50 | Schizophrenie
- Heft 51 | Depressive Erkrankungen
- Heft 52 | Sterblichkeit, Todesursachen und regionale Unterschiede

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter
+49 (0)6 11 / 75 89 51 (Krankenhausstatistik, Todesursachenstatistik),
+49 (0)6 11 / 75 81 54 (Schwangerschaftsabbruchstatistik, Mikrozensus – Fragen zur Gesundheit),
+49 (0)6 11 / 75 82 34 (Gesundheitsbezogene Rechensysteme),
+49 (0)6 11 / 75 81 21 (Gesundheitsberichterstattung),
+49 (0)6 11 / 75 89 56 (Pflege und behinderte Menschen),
+49 (0)6 11 / 75 89 55 (Krankenversicherung).

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.



5 Wohnen



2010 gab es rund **36 Millionen bewohnte Wohnungen** | Fast die **Hälfte** (46 %) der Wohnungen bewohnen **Eigentümerinnen und Eigentümer** selbst | Haushalte geben knapp **ein Viertel** ihres Nettoeinkommens für **Miete** aus | Durchschnittliche **Miete pro m²** beträgt **6,37 Euro** | Durchschnittliche **Mietwohnung** ist **70 m²** groß, durchschnittliche **Eigentumswohnung 119 m²** | Jeder **sechste Haushalt** finanziell **stark** durch Wohnkosten **belastet**

Seite

155 **Auf einen Blick**

Tabellen

156 **Wohnungen**

Bewohnte Wohnungen | Eigentümerwohnungen | Mietwohnungen | Nach Ländern | Nach Baujahr | Nach Größen | Mietbelastungsquote

157 **Wohngeld**

Nach Ländern | Nach Haushaltsgröße und sozialer Stellung | Gezahltes Wohngeld

159 **Belastungen durch die Wohnsituation**

Finanzielle Belastung durch Wohnkosten | Probleme im Wohnumfeld | Mängel in der Wohnung/dem Haus

160 **Methodik**

162 **Glossar**

164 **Mehr zum Thema**

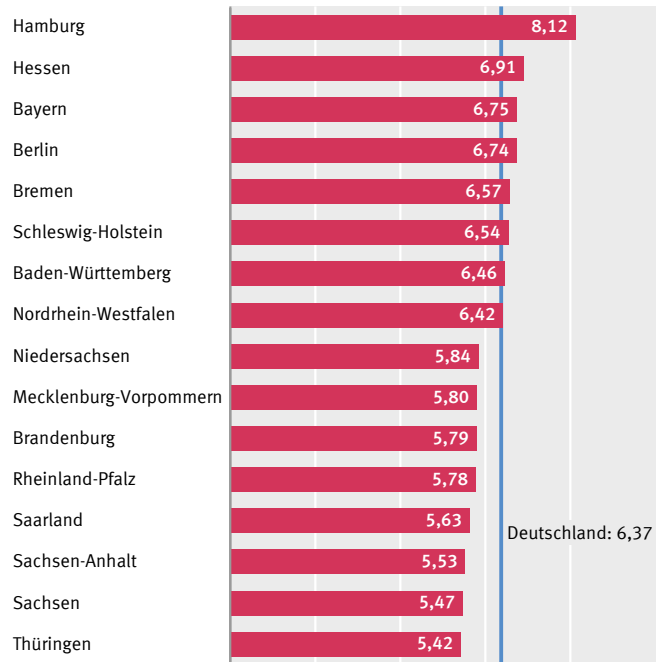
5.0 Auf einen Blick

Eigentümerquote 2010
in %



Die Eigentümerquote beschreibt den Anteil der von Eigentümerinnen und Eigentümern bewohnten Wohnungen. – Ohne Wohnheime. 2012 - 01 - 0198

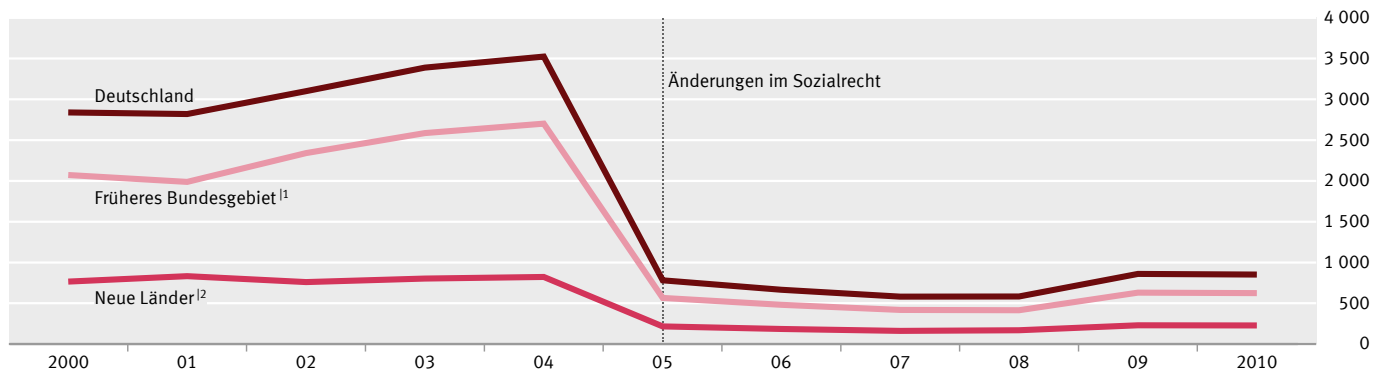
Bruttokaltmiete 2010
in EUR je m²



Durchschnittliche Bruttokaltmiete bewohnter Wohnungen. – Ohne Wohnheime. 2012 - 01 - 0199

Haushalte mit Wohngeld
in 1 000

Infolge der zum 1.1.2005 in Kraft getretenen Änderungen im Sozialrecht (Viertes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt – „Hartz IV“) hat sich der Kreis der nach dem Wohngeldgesetz berechtigten Haushalte und damit der statistisch erfassten **Wohngeldhaushalte** zunächst deutlich reduziert. Für Empfängerinnen und Empfänger bestimmter Transferleistungen (z. B. Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld nach dem SGB II) entfiel ab diesem Zeitpunkt der Wohngeldanspruch. Deren angemessene Unterkunftskosten werden nunmehr im Rahmen der jeweiligen Sozialleistungen berücksichtigt. Außerdem entfiel der besondere Mietzuschuss als besondere Form der Wohngeldgewährung an Bezieherinnen und Bezieher von Sozialhilfe und Kriegsopferfürsorge.



Am Jahresende.

1 Bis 2001 einschl. Berlin-West, ab 2002 einschl. Berlin.

2 Bis 2001 einschl. Berlin-Ost, ab 2002 ohne Berlin.

2012 - 01 - 0200

5 Wohnen

5.1 Wohnungen

Weitere Informationen zu Wohnungen siehe Kapitel „Bauen“

5.1.1 Bewohnte Wohnungen 2010

	Wohnungen insgesamt	Art der Nutzung		Baujahr		Wohnungsgröße		Gebäudegröße	
		Eigentümerwohnungen	Mietwohnungen	bis 1990 errichtet	1991 und später errichtet	„kleine“ (bis 39 m ² je Person)	„große“ (ab 40 m ² je Person)	Gebäude mit ... Wohnungen	
								1 oder 2	3 oder mehr
1 000									
Deutschland	36 089	16 494	19 595	31 388	4 701	13 097	22 992	17 254	18 836
Baden-Württemberg	4 483	2 365	2 118	3 832	651	1 596	2 887	2 283	2 200
Bayern	5 433	2 770	2 663	4 518	915	1 896	3 537	2 909	2 524
Berlin	1 737	258	1 479	1 680	57	730	1 007	184	1 553
Brandenburg	1 128	521	607	884	244	455	673	565	563
Bremen	333	124	209	321	12	122	211	115	218
Hamburg	834	188	645	786	48	353	481	177	657
Hessen	2 629	1 243	1 386	2 321	308	894	1 735	1 339	1 290
Mecklenburg-Vorpommern	781	289	492	690	91	340	441	318	463
Niedersachsen	3 487	1 901	1 586	2 941	546	1 011	2 476	2 101	1 385
Nordrhein-Westfalen	7 666	3 294	4 372	6 889	778	2 849	4 817	3 378	4 289
Rheinland-Pfalz	1 748	1 014	734	1 478	270	494	1 254	1 142	606
Saarland	458	292	166	432	26	121	337	326	132
Sachsen	1 971	664	1 308	1 692	279	923	1 048	681	1 290
Sachsen-Anhalt	1 086	463	622	925	160	443	642	510	576
Schleswig-Holstein	1 293	643	650	1 089	204	457	836	719	575
Thüringen	1 022	465	557	910	113	414	608	508	515
Heizungsart									
Sammelheizung	33 488	15 201	18 287	28 904	4 584	12 243	21 245	15 717	17 771
dar.: Fernheizung	4 781	637	4 144	4 299	482	2 395	2 385	384	4 397
Block-/Zentralheizung	25 620	13 686	11 934	21 733	3 887	8 691	16 928	14 513	11 107
Etagenheizung	3 088	878	2 210	2 872	216	1 156	1 932	821	2 267
Einzel- oder Mehrraumöfen	2 601	1 292	1 309	2 484	117	854	1 747	1 536	1 065
Überwiegende Energieart der Beheizung									
Fernwärme	4 740	634	4 107	4 264	477	2 377	2 363	382	4 358
Gas	17 544	7 859	9 684	14 554	2 989	6 430	11 113	8 054	9 490
Elektrizität (Strom)	1 429	719	710	1 351	77	461	967	795	633
Heizöl	10 149	5 924	4 224	9 382	767	3 069	7 080	6 452	3 697
Briketts, Braunkohle	210	109	101	208	/	73	137	136	73
Koks, Steinkohle	72	41	31	70	/	28	45	55	18
Holz, Holzpellets	1 258	899	359	1 105	153	405	852	1 046	212
Biomasse (außer Holz), Biogas	21	12	9	17	/	9	12	13	7
Sonnenenergie	23	14	9	14	9	9	14	15	8
Erd- und andere Umweltwärme, Abluftwärme	269	218	51	105	164	67	202	229	40
Baujahr									
von ... bis ... errichtet									
bis 1918	5 154	2 421	2 733	5 154	-	1 662	3 492	2 678	2 475
1919 – 1948	4 647	2 093	2 554	4 647	-	1 644	3 003	2 489	2 158
1949 – 1978	16 793	6 869	9 924	16 793	-	6 324	10 469	6 968	9 825
1979 – 1986	3 775	1 878	1 897	3 775	-	1 284	2 491	1 833	1 943
1987 – 1990	1 017	520	497	1 017	-	386	632	516	502
1991 – 2000	2 955	1 555	1 401	-	2 955	1 147	1 808	1 549	1 406
2001 – 2004	908	628	280	-	908	345	563	640	268
2005 – 2008	706	458	248	-	706	261	445	485	221
2009 und später	132	70	61	-	132	43	89	95	37
Jahre									
Mittleres Alter der Wohnung	52,0	50,7	53,2	58,2	11,1	50,8	52,7	52,0	52,0
1 000									
Wohnfläche									
von ... bis unter ... m ²									
unter 40	1 618	82	1 536	1 497	121	1 618	-	151	1 467
40 – 60	6 047	565	5 482	5 570	477	1 543	4 504	771	5 275
60 – 80	8 736	1 978	6 758	7 933	804	4 869	3 867	2 087	6 650
80 – 100	6 267	2 918	3 349	5 569	698	1 791	4 475	2 960	3 307
100 – 120	4 457	3 111	1 346	3 807	649	1 532	2 925	3 240	1 216
120 und mehr	8 964	7 840	1 124	7 013	1 952	1 744	7 221	8 045	920
m²									
Durchschnittliche Wohnfläche									
je Wohnung	92,1	118,6	69,9	89,6	109,1	78,4	100,0	116,8	69,6
je Person	45,1	51,1	38,7	45,4	43,9	27,9	62,4	50,2	39,1

Ergebnisse der Mikrozensus-Zusatzerhebung 2010. – In Wohngebäuden, ohne Wohnheime.

5 Wohnen

5.1 Wohnungen

5.1.2 Mietwohnungen 2010

Die **Mietbelastungsquote** eines Haushalts bezeichnet den Anteil am Haushaltsnettoeinkommen, der für die Bruttokaltmiete aufgebracht werden muss.

	Mietwohnungen insgesamt	Baujahr				Wohnungsgröße		Gebäudegröße	
		bis 1948 errichtet	1949 bis 1978 errichtet	1979 bis 1990 errichtet	1991 und später errichtet	„kleine“ (bis 39 m ² je Person)	„große“ (ab 40 m ² je Person)	Gebäude mit ... Wohnungen	
								1 oder 2	3 oder mehr
1 000									
Wohnfläche									
von ... bis unter ... m ²									
unter 40	1 536	360	822	238	116	1 536	–	127	1 410
40 – 60	5 482	1 454	2 974	629	425	1 366	4 116	535	4 947
60 – 80	6 758	1 655	3 661	808	635	3 849	2 909	1 027	5 731
80 – 100	3 349	954	1 556	422	417	1 170	2 179	928	2 420
100 – 120	1 346	462	531	158	195	586	760	606	740
120 und mehr	1 124	402	381	139	202	299	825	743	381
m²									
Durchschnittliche Wohnfläche je Wohnung	69,9	72,6	67,2	69,6	77,2	66,7	72,6	88,3	65,3
je Person	38,7	38,7	38,7	38,7	38,7	38,7	38,7	38,7	38,7
EUR je m²									
Mietangaben									
Bruttokaltmiete	6,37	6,13	6,39	6,33	6,88	6,52	6,25	5,70	6,56
%									
Mietbelastungsquote ¹	22,8	22,4	23,1	22,8	22,4	21,0	24,6	21,8	23,1

Ergebnisse der Mikrozensus-Zusatzerhebung 2010. – In Wohngebäuden, ohne Wohnheime.

1 In die Berechnung gehen ausschließlich Wohnungen ein, in denen nur ein Haushalt wohnt, da dort das Haushaltseinkommen dem Wohnungseinkommen entspricht. Zur Hochrechnung der Mietbelastungsquote wird der Standardhochrechnungsfaktor des Mikrozensus verwendet.

5.2 Wohngeld

5.2.1 Haushalte mit Wohngeld nach Ländern am 31.12.2010

	Haushalte mit Wohngeld						Wohngeldrechtliche Teilhaushalte mit Wohngeld (Mischhaushalte)	
	insgesamt	Anteil an allen Privathaushalten ¹	davon mit				insgesamt	Anteil an allen Privathaushalten ¹
			Mietzuschuss		Lastenzuschuss			
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Deutschland	852,4	2,1	774,1	1,9	78,3	0,2	203,6	0,5
Baden-Württemberg	86,1	1,7	80,2	1,6	5,8	0,1	14,0	0,3
Bayern	82,3	1,4	76,4	1,3	5,8	0,1	17,6	0,3
Berlin	38,4	1,9	37,9	1,9	0,5	0,0	3,8	0,2
Brandenburg	36,2	2,9	32,2	2,6	4,0	0,3	6,2	0,5
Bremen	7,9	2,2	7,3	2,0	0,6	0,2	1,1	0,3
Hamburg	17,5	1,8	17,1	1,7	0,5	0,0	0,9	0,1
Hessen	41,3	1,4	38,1	1,3	3,2	0,1	4,2	0,1
Mecklenburg-Vorpommern ..	39,0	4,6	34,5	4,0	4,5	0,5	14,4	1,7
Niedersachsen	83,0	2,1	70,1	1,8	12,9	0,3	28,9	0,7
Nordrhein-Westfalen	188,1	2,2	173,1	2,0	15,0	0,2	47,2	0,5
Rheinland-Pfalz	36,5	1,9	31,4	1,7	5,1	0,3	5,9	0,3
Saarland	7,9	1,6	6,6	1,4	1,3	0,3	3,3	0,7
Sachsen	80,2	3,6	73,5	3,3	6,7	0,3	19,8	0,9
Sachsen-Anhalt	35,3	2,9	31,7	2,6	3,6	0,3	12,7	1,1
Schleswig-Holstein	35,4	2,5	31,1	2,2	4,2	0,3	10,7	0,8
Thüringen	37,3	3,3	32,7	2,9	4,7	0,4	12,9	1,1
nachrichtlich:								
Früheres Bundesgebiet ...	585,9	1,9	531,5	1,7	54,4	0,2	133,8	0,4
Neue Länder einschl. Berlin	266,5	3,1	242,5	2,8	23,9	0,3	69,8	0,8

Wohngeld ist ein von Bund und Ländern getragener Zuschuss zu den Wohnkosten.

In **Haushalten mit Wohngeld** haben alle Haushaltsmitglieder einen Wohngeldanspruch und beziehen **Mietzuschuss** (Zuschuss zur Miete für Mieterinnen und Mieter von Wohnraum) oder **Lastenzuschuss** (Zuschuss zur Entlastung für Eigentümerinnen und Eigentümer von Wohnraum).

In **wohngeldrechtlichen Teilhaushalten mit Wohngeld** (Mischhaushalten) leben Empfängerinnen und Empfänger von staatlichen Transferleistungen, die selbst nicht wohngeldberechtigt sind, mit Personen zusammen, die wohngeldberechtigt sind.

Ergebnisse der Wohngeldstatistik 2010.

1 Zahl der Privathaushalte gemäß Mikrozensus 2010 (Jahresdurchschnitt).

5 Wohnen

5.2 Wohngeld

5.2.2 Haushalte mit Wohngeld nach Haushaltsgröße und sozialer Stellung am 31.12.2010

	Haushalte mit Wohngeld							Wohngeld-rechtliche Teilhaushalte mit Wohngeld (Mischhaushalte)
	insgesamt	Erwerbstätige		Arbeitslose	Nichterwerbstätige			
		Selbstständige	abhängig Beschäftigte		Pensionäre/ Pensionärinnen, Rentner/-innen	Studierende	Sonstige	
1 000	%							1 000
Insgesamt	852,4	2,0	34,2	7,3	46,4	4,3	5,9	203,6
davon:								
Haushalte								
von Alleinstehenden	478,5	0,5	7,0	3,5	40,9	2,7	1,5	140,1
mit 2 Familienmitgliedern	113,7	0,4	5,8	1,2	4,1	1,0	0,9	49,3
mit 3 Familienmitgliedern	69,2	0,3	4,9	0,8	0,6	0,4	1,0	10,6
mit 4 Familienmitgliedern	100,2	0,4	8,2	1,1	0,4	0,2	1,4	2,5
mit 5 Familienmitgliedern	57,1	0,2	5,1	0,5	0,2	0,0	0,7	0,7
mit 6 Familienmitgliedern und mehr	33,7	0,1	3,1	0,2	0,1	0,0	0,4	0,4

Ergebnisse der Wohngeldstatistik 2010.

5.2.3 Gezahltes Wohngeld 2010

	Gezahltes Wohngeld		Mietzuschuss	Lastenzuschuss
	insgesamt	Durchschnitt je Einwohner/-in		
	1 000 EUR	EUR	1 000 EUR	
Deutschland	1 780 414	22	1 608 803	171 611
Baden-Württemberg	196 658	18	180 913	15 744
Bayern	168 208	13	156 075	12 133
Berlin	67 121	19	66 450	671
Brandenburg	68 359	27	61 330	7 029
Bremen	15 167	23	13 615	1 553
Hamburg	29 982	17	28 916	1 066
Hessen	94 639	16	86 263	8 376
Mecklenburg-Vorpommern	74 260	45	66 126	8 134
Niedersachsen	193 747	24	163 759	29 988
Nordrhein-Westfalen	416 541	23	378 949	37 593
Rheinland-Pfalz	71 987	18	61 117	10 870
Saarland	19 033	19	16 599	2 434
Sachsen	144 846	35	131 078	13 769
Sachsen-Anhalt	68 322	29	62 769	5 553
Schleswig-Holstein	80 072	28	71 498	8 573
Thüringen	71 473	32	63 348	8 125
nachrichtlich:				
Früheres Bundesgebiet	1 286 032	20	1 157 703	128 329
Neue Länder einschl. Berlin	494 381	30	451 100	43 281

Ergebnisse der Wohngeldstatistik 2010. – Die gezahlten Wohngeldbeträge werden nicht nach Haushalten mit Wohngeld und wohngeldrechtlichen Teilhaushalten mit Wohngeld (Mischhaushalten) getrennt erhoben und ausgewiesen. Durchschnitt je Einwohner/-in bezieht sich auf die Bevölkerung am 31.12.2010.

5.3 Belastungen durch die Wohnsituation

5.3.1 Finanzielle Belastung durch Wohnkosten 2010

	Die Wohnkosten sind für den Haushalt... ¹		
	eine große Belastung	eine gewisse Belastung	keine Belastung
	%		
Haushalte insgesamt	16,8	57,3	25,9
nach Haushaltstyp			
Einpersonenhaushalte	16,1	53,5	30,4
Alleinerziehende	29,5	54,0	(16,5)
2 Personen ohne Kind	13,0	59,9	27,1
2 Personen mit Kind(ern) ¹²	20,5	61,1	18,4
Sonstige Haushalte	20,5	60,2	19,3
nach Wohnsituation			
Eigentümer/-innen	15,0	58,6	26,5
Mieter/-innen	18,5	56,2	25,4
nach Besiedlungsdichte¹³			
Hohe Besiedlungsdichte	16,0	55,6	28,4
Mittlere Besiedlungsdichte	16,5	59,2	24,3
Dünne Besiedlungsdichte	20,6	59,6	19,8

Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA (EU-SILC) 2010.

1 Selbsteinschätzung der Haushalte.

2 Kind(er) bis 18 Jahre und Personen zwischen 18 und 24 Jahren, die nicht erwerbstätig oder arbeitsuchend sind und mit mindestens einem Elternteil zusammen leben.

3 Die Besiedlungsdichte nach der Klassifikation DEGURBA („Degree of urbanisation“) ist wie folgt definiert:

Hohe Besiedlungsdichte: mehr als 500 Bewohner/-innen pro Quadratkilometer und mindestens 50 000 Einwohner/-innen.

Mittlere Besiedlungsdichte: mehr als 100 und weniger als 500 Bewohner/-innen pro Quadratkilometer und entweder mindestens 50 000 Einwohner/-innen oder an ein Gebiet mit hoher Besiedlungsdichte angrenzend.

Dünne Besiedlungsdichte: weder hohe noch mittlere Besiedlungsdichte.

5.3.3 Mängel in der Wohnung/dem Haus 2010

	Es gibt... in der Wohnung/dem Haus, in der/dem der Haushalt lebt ¹		
	Feuchtigkeits-schäden	zu wenig Tageslicht	Lärmbelästigung
	%		
Haushalte insgesamt	13,4	4,7	26,9
nach Haushaltstyp			
Einpersonenhaushalte	13,7	6,6	29,1
Alleinerziehende	25,9	(7,1)	37,5
2 Personen ohne Kind	11,4	2,7	24,8
2 Personen mit Kind(ern) ¹²	14,0	(3,8)	24,6
Sonstige Haushalte	(10,8)	(3,3)	22,6
nach Wohnsituation			
Eigentümer/-innen	8,1	2,2	19,3
Mieter/-innen	18,3	7,0	33,9
nach Besiedlungsdichte¹³			
Hohe Besiedlungsdichte	13,8	5,4	32,2
Mittlere Besiedlungsdichte	11,9	3,6	21,3
Dünne Besiedlungsdichte	15,3	(4,5)	19,3

Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA (EU-SILC) 2010.

Fußnoten siehe Tabelle 5.3.1

5.3.2 Probleme im Wohnumfeld 2010

	Es gibt Verschmutzung, Ruß u. a. Umweltbelastungen im Wohnumfeld ¹	Es gibt Kriminalität, Gewalt im Wohnumfeld ¹
	%	
Haushalte insgesamt	21,9	13,2
nach Haushaltstyp		
Einpersonenhaushalte	24,1	16,1
Alleinerziehende	27,0	19,0
2 Personen ohne Kind	19,4	10,6
2 Personen mit Kind(ern) ¹²	20,7	11,1
Sonstige Haushalte	19,7	(9,1)
nach Wohnsituation		
Eigentümer/-innen	16,9	7,3
Mieter/-innen	26,4	18,6
nach Besiedlungsdichte¹³		
Hohe Besiedlungsdichte	27,9	18,3
Mittlere Besiedlungsdichte	15,8	7,1
Dünne Besiedlungsdichte	12,5	7,5

Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA (EU-SILC) 2010.

Fußnoten siehe Tabelle 5.3.1

■ Wohnungen

Die Statistiken des Wohnungswesens beschreiben quantitativ und qualitativ den Gesamtbestand an Wohngebäuden und Wohnungen. Die **totalen Gebäude- und Wohnungszählungen** liefern hierzu wichtige Strukturdaten in tiefer regionaler Gliederung. Diese totalen Zählungen finden allerdings nur in längerfristigen Zeitabständen statt – zuletzt am 25.5.1987 zusammen mit der Volkszählung für das frühere Bundesgebiet und am 30.9.1995 in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Für die Zeit zwischen den Zählungen werden die Daten mit Hilfe der **Bautätigkeitsstatistik** fortgeschrieben und in mehrjährigen Abständen durch **Wohnungsstichproben** ergänzt. Über die Aktualisierung der Zählungsergebnisse hinaus dienen die Wohnungsstichproben vor allem zur Ermittlung von Sachverhalten, die eine Totalzählung aus sachlichen und finanziellen Gründen überfordern würden. Wohnungsstichproben für das frühere Bundesgebiet fanden bisher 1957, 1960, 1965, 1972 und 1978 statt. Für Gesamtdeutschland wurde erstmalig am 30.9.1993 eine 1%-Gebäude- und Wohnungsstichprobe durchgeführt. Die rechtliche Grundlage hierfür bildete das Gesetz über gebäude- und wohnungsstatistische Erhebungen (Wohnungsstichprobengesetz – WoStatG) vom 18.3.1993 (BGBl. I S. 337). Damit in noch kürzeren Zeitabständen zuverlässige Daten zur Verfügung stehen – z. B. über das Mietengefüge, die Mietentwicklung und die Art der Unterbringung, u. a. in Abhängigkeit von der sozialen Struktur der Haushalte – wurden Haushalte in der Regel im Abstand von zwei Jahren im **Mikrozensus** zu ihrer Wohnsituation befragt. Die rechtliche Grundlage hierfür bildete seit 1985 das Gesetz zur Durchführung einer Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt (Mikrozensusgesetz) vom 10.6.1985 (BGBl. I S. 955) in Verbindung mit der Verordnung zur Durchführung einer Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt (Mikrozensusverordnung) vom 14.6.1985 (BGBl. I S. 967). Die Erhebungen wurden auf der Basis einer 1%-Repräsentativ-Stichprobe durchgeführt (zuletzt 1985 und 1987). Das neue „Mikrozensusgesetz und das Gesetz zur Änderung des Bundesstatistikgesetzes“ vom 24.6.2004 (BGBl. I S. 1350) stellt die Erhebungen zur Wohnsituation der Haushalte auf eine neue Rechtsgrundlage. Seit 1998 fragt der Mikrozensus im Abstand von vier Jahren neben den Merkmalen der Grunderhebung auch nach der Wohnsituation der Haushalte, zuletzt im Jahr 2010. Erhebungsmerkmale sind:

- Art und Größe des Gebäudes mit Wohnraum; Baualtersgruppe; Fläche der gesamten Wohnung; Nutzung der Wohnung als Eigentümer, Hauptmieter oder Untermieter; Eigentumswohnung; Einzugsjahr des Haushalts; Ausstattung der Wohnung mit Heiz- und Warmwasserbereitungsanlagen nach einzelnen Energieträgersystemen
- bei Mietwohnungen: Höhe der monatlichen Miete sowie der anteiligen und sonstigen Betriebs- und Nebenkosten

■ Wohngeld

Um die Auswirkungen und Fortentwicklung des Wohngeldgesetzes (WoGG) beurteilen zu können, werden im Rahmen der amtlichen **Wohngeldstatistik** Erhebungen als Bundesstatistiken durchgeführt. Es handelt sich dabei um Vollerhebungen, die Ergebnisse liefern über die Zahl und Struktur der Haushalte, die Wohngeld beziehen, sowie über die mit den Wohngeldleistungen verbundenen finanziellen Aufwendungen.

Rechtsgrundlage der Wohngeldstatistiken sind die §§ 34–36 WoGG. Die Wohngeldbehörden sind in diesen Erhebungen gemäß § 34 Abs. 2 WoGG zur Auskunft verpflichtet.

Das Statistische Bundesamt veröffentlicht die Bundesergebnisse der Wohngeldstatistiken in der Regel rund neun Monate nach Ablauf des Erhebungszeitraumes. Auf Länderebene erfolgt die Datenveröffentlichung üblicherweise früher.

Zum 1.1.2005 trat das „Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ („Hartz IV“) in Kraft. Infolge dessen hat sich im Berichtsjahr 2005 der Kreis der nach dem Wohngeldgesetz berechtigten Haushalte und damit auch der statistisch erfassten Wohngeldhaushalte deutlich reduziert. Ab diesem Zeitpunkt entfällt der Wohngeldanspruch für Empfängerinnen und Empfänger bestimmter Transferleistungen (z. B. Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld nach dem SGB II, Hilfe zum Lebensunterhalt

bzw. Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII, Grundleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz) sowie für Mitglieder ihrer Bedarfsgemeinschaft. Deren angemessene Unterkunftskosten werden nunmehr in den jeweiligen Sozialleistungen berücksichtigt, sodass sich für die einzelnen Leistungsberechtigten keine Nachteile ergeben. Infolge dieser Änderungen entfielen auch die Erhebungen zum besonderen Mietzuschuss: Seit dem 1.1.2005 zählen die Bezieherinnen und Bezieher von Sozialhilfe und Kriegsopferfürsorge nicht mehr zu den Wohngeldempfängerinnen und -empfängern.

Am 1.1.2009 sind mit der Wohngeldreform wesentliche Veränderungen in Kraft getreten. Vor dem Hintergrund gestiegener Energiepreise sind erstmals die Heizkosten in das Wohngeld einbezogen. Die Höchstbeträge für Miete und Belastung wurden auf Neubauniveau vereinheitlicht und zusätzlich um 10% erhöht. Außerdem wurden die Tabellenwerte der Wohngeldtabellen um 8% erhöht. Mit Hilfe dieser Wohngeldtabellen wird der jeweilige Wohngeldanspruch ermittelt. Dieser ist abhängig von den zu berücksichtigenden Haushaltsmitgliedern, deren monatlichen Gesamteinkommen und der zu berücksichtigenden Miete oder Belastung.

Seit der Wohngeldreform sind wieder deutlich mehr Haushalte wohngeldberechtigt. Viele erwerbstätige Haushalte mit niedrigem Einkommen sind daher nicht mehr auf den Bezug von Arbeitslosengeld II angewiesen.

■ Belastungen durch die Wohnsituation

Die Belastungen privater Haushalte durch Wohnkosten, Probleme im Wohnumfeld sowie Wohnungsmängel erfragt die europaweit durchgeführte Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (englisch: European Union Statistics on Income and Living Conditions, EU-SILC). In Deutschland heißt die Erhebung **LEBEN IN EUROPA**. Neben den verschiedenen Bestandteilen des Einkommens (z. B. Erwerbseinkommen, Einkommen aus staatlichen Transferleistungen), die sehr differenziert erfasst werden, sind weitere Angaben zu wichtigen Lebensbereichen Thema der Befragung, z. B. Angaben zur Wohnsituation der Bevölkerung und zu anderen Einzelaspekten der materiellen und sozialen Teilhabe.

Europäische Rechtsgrundlage für die Erhebung ist die EU-Verordnung 1177/2003 des Europäischen Parlamentes und des Rates. Daneben enthalten eine Reihe von weiteren Verordnungen der Europäischen Kommission detaillierte Angaben zur Durchführung der Erhebung (Definitionen, Feldarbeit, Imputation, Stichprobenauswahl und Weiterbefragung, Verzeichnis der primären Zielvariablen, Qualitätsberichte). Für die Durchführung der nationalen Erhebung gelten in Deutschland die genannten EU-Verordnungen in Verbindung mit dem Bundesstatistikgesetz (BStatG) vom 22.1.1987. Die Erteilung der Auskunft ist freiwillig.

Für die Statistik gelten in allen Mitgliedstaaten einheitliche Definitionen sowie methodische Mindeststandards. Erhebungsziel ist die Bereitstellung EU-weit harmonisierter und vergleichbarer Mikrodaten und Indikatoren zur Messung von Lebensbedingungen, Armut und sozialer Ausgrenzung in der Europäischen Union. Die Indikatoren dienen als Entscheidungsgrundlage für die nationale und europäische Sozialpolitik. Hauptnutzer der Erhebungsergebnisse sind die Europäische Kommission, der Europäische Sozialschutzausschuss und auf nationaler Ebene das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS).

Für LEBEN IN EUROPA werden in Deutschland jährlich rund 13 000 bis 14 000 private Haushalte innerhalb der ersten Jahreshälfte schriftlich befragt. Ein Haushalt wird dabei jeweils in vier aufeinander folgenden Jahren befragt, was eine Auswertung der Ergebnisse im Längsschnitt erlaubt. Die Stichprobe für die Erhebung wird grundsätzlich als Zufallsauswahl gezogen. Eine Ausnahme bildeten in Deutschland die ersten drei Erhebungsjahre (2005, 2006 und 2007). In diesen Jahren wurde ein Teil der Stichprobe als Quotenstichprobe mit Haushalten realisiert, die bereits an anderen freiwilligen Haushaltsbefragungen teilgenommen haben. Auswahlgrundlage für die Zufallsstichprobe von LEBEN IN EUROPA ist die Dauerstichprobe befragungsbereiter Haushalte (HAUSHALTE HEUTE).

Methodik

Die erhobenen Daten werden anhand des Mikrozensus auf die Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik Deutschland hochgerechnet. Als Hochrechnungsmerkmale dienen u. a. das Geschlecht, das Alter, das Haushaltsnettoeinkommen sowie der Haushaltstyp.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken sind in unseren „Qualitätsberichten“ dokumentiert (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen › Qualitätsberichte).

Glossar

Baujahr | Als Baujahr des Gebäudes gilt das Jahr der Bezugfertigstellung. Bei Gebäuden, die nur teilweise unbenutzbar geworden und wieder hergestellt sind, gilt das Jahr der ursprünglichen Errichtung. Bei total zerstörten und wieder aufgebauten Gebäuden gilt das Jahr des Wiederaufbaus als Baujahr. Bei Um-, An- und Erweiterungsbauten am Gebäude selbst ist das ursprüngliche Baujahr maßgebend.

Besiedlungsdichte | Diese ist nach der Klassifikation DEGRUBA („Degree of urbanisation“) unterteilt in:

- Hohe Besiedlungsdichte: mehr als 500 Bewohnerinnen und Bewohner pro Quadratkilometer und mindestens 50 000 Einwohnerinnen und Einwohner
- Mittlere Besiedlungsdichte: mehr als 100 und weniger als 500 Bewohnerinnen und Bewohner pro Quadratkilometer und entweder mindestens 50 000 Einwohnerinnen und Einwohner oder an ein Gebiet mit hoher Besiedlungsdichte angrenzend
- Geringe Besiedlungsdichte: weder hohe noch mittlere Besiedlungsdichte

Blockheizung | Sie liegt vor, wenn ein Block ganzer Häuser durch ein zentrales Heizsystem beheizt wird und die Heizquelle sich in bzw. an einem der Gebäude oder in deren unmittelbaren Nähe befindet (sogenannte Nahwärme). Die Blockheizung zählt zur Sammelheizung.

Bruttokaltmiete | siehe Miete.

Durchschnittliche Wohnfläche je Person | Sie ergibt sich als Quotient aus der Wohnfläche und der Zahl der Bewohnerinnen und Bewohner der Wohnung.

Durchschnittliche Wohnfläche je Wohnung | Das ist der Quotient aus der Wohnfläche und der Zahl der Wohnungen.

Eigentümerhaushalt | Bei EU-SILC beinhaltet die Klassifizierung eines Haushaltes in Eigentümerhaushalt auch die Fälle von mietfrei wohnenden Haushalten.

Eigentümerin bzw. Eigentümer | Als Eigentümerin oder Eigentümer eines Gebäudes gilt, wem das Eigentum an einem Gebäude rechtlich ganz oder teilweise (Grundbucheintragung) zusteht. Als Eigentümerin oder Eigentümer einer Wohnung gilt, wem das Eigentum an einer Wohnung rechtlich ganz (Grundbucheintragung) zusteht.

Eigentümerwohnung | Dies ist eine von der Eigentümerin bzw. dem Eigentümer selbst genutzte Wohnung.

Eigentumswohnungen | Dies umfasst alle Wohnungen, an denen durch Eintragung im Wohnungsgrundbuch Sondereigentum nach dem Wohnungseigentumsgesetz vom 15.3.1951 (BGBl. I S. 175) begründet worden ist bzw. durch Vormerkung begründet werden soll. Sie kommen nur in Gebäuden vor, in denen ausschließlich Sondereigentum an Wohnungen (Wohnungseigentum) und – soweit vorhanden – an nicht zu Wohnzwecken dienenden Räumen (Teileigentum) besteht. Eigentumswohnungen können vermietet sein (dann gehören sie zu den Mietwohnungen) oder die Eigentümerin oder der Eigentümer bewohnt die Wohnung selbst (dann sind es Eigentümerwohnungen). Eigentumswohnungen kommen fast ausschließlich in Mehrfamilienhäusern (Geschosswohnungsbau) vor.

Einzel- oder Mehrraumöfen | Einzelöfen (z. B. Kohle-, Nachtspeicheröfen) beheizen jeweils nur den Raum, in dem sie stehen. In der Regel sind sie fest installiert. Ein Mehrraumofen (z. B. Kachelofen) beheizt gleichzeitig mehrere Räume (auch durch Luftkanäle).

Etagenheizung | Unter einer Etagenheizung versteht man eine zentrale Heizanlage für sämtliche Räume einer abgeschlossenen Wohnung, wobei sich die Heizquelle hierfür meist innerhalb dieser Wohnung befindet, z. B. eine Gastherme.

Fernheizung | Hier werden ganze Wohnbezirke von einem zentralen Fernheizwerk aus mit Wärme versorgt (sogenannte Fernwärme). Die Übertragung der Wärme erfolgt durch isolierte Erdleitungen zu den einzelnen Häusern. Fernwärme (auch Industrie-

Abwärme) ist eine Heizenergie, die von einem außerhalb des eigenen Grundstücks liegenden Betriebs-, Block- oder Fernheizwerk geliefert wird.

Haushalt | Gemäß Artikel 2, Buchstabe f der EU-Verordnung Nr. 1177/2003 für EU-SILC ist ein Haushalt definiert als Privathaushalt am Hauptwohnsitz, bestehend aus einer alleinlebenden Person oder mehreren Personen, die zusammenwohnen, ihren Lebensunterhalt gemeinsam finanzieren und ihre Ausgaben teilen. Zum Haushalt gehören alle Personen, die in der Regel mindestens sechs Monate im Jahr anwesend oder mit erstem Wohnsitz an der Adresse des Haushalts gemeldet sind. Nicht befragt werden Personen, die in Anstalts- oder Gemeinschaftshaushalten leben (Wohnheim, Altenheim, Gefängnis usw.).

Haushaltstyp | Die Unterteilung erfolgt bei EU-SILC gemäß EU-Definition in:

Haushalte ohne abhängige Kinder

- Alleinlebende Frau bzw. alleinlebender Mann
- Ein Erwachsener unter 65 Jahren
- Ein Erwachsener im Alter von 65 Jahren und mehr
- Zwei Erwachsene, einer 65 Jahre und mehr
- Zwei Erwachsene, beide unter 65 Jahren
- Andere Haushalte ohne abhängige Kinder

Haushalte mit abhängigen Kindern

- Alleinerziehender Elternteil mit einem oder mehr abhängigen Kindern
- Zwei Erwachsene mit einem, zwei bzw. drei oder mehr abhängigen Kind(ern)
- Andere Haushalte mit abhängigen Kindern

Abhängige Kinder sind Personen unter 18 Jahren sowie Personen im Alter von 18 bis 24 Jahren, die nicht erwerbstätig oder nicht arbeitssuchend sind und mit mindestens einem Elternteil zusammenleben.

Mängel (in der Wohnung/dem Haus) | Diese umfassen ein undichtes Dach, feuchte Wände, Fußböden oder Fundamente, Fäulnis in Fensterrahmen oder Fußböden, zu wenig Tageslicht in den Räumen, Lärmbelästigung (z. B. durch Nachbarn, Verkehr, Geschäfte, Industrie).

Miete | Die Nettokaltmiete (häufig auch Nettomiete, Grundmiete) bezeichnet den monatlichen Betrag, der mit der Vermieterin bzw. dem Vermieter als Entgelt für die Überlassung der ganzen Wohnung zum Zeitpunkt der Zahlung vereinbart war. Dabei ist es gleichgültig, ob die Miete tatsächlich gezahlt wurde oder nicht. Die Bruttokaltmiete setzt sich aus der Nettokaltmiete und den kalten Nebenkosten (z. B. Beträge für Wasser, Kanalisation, Müllabfuhr) zusammen.

Mieterin bzw. Mieter | Wird einer Person gegen Entgelt mindestens ein Raum zur Nutzung überlassen, so ist sie Mieterin bzw. Mieter.

Mieterhaushalt | Bei EU-SILC beinhaltet die Klassifizierung eines Haushaltes in Mieterhaushalt auch die Fälle von Wohnen mit reduzierter Miete.

Wohnfläche | Hierunter ist die Summe der Grundflächen aller Räume einer Wohnung zu verstehen (einschließlich Flur, Korridor, Diele, Vorplatz, Badezimmer, Duschaum, Toilette, Speisekammer usw.) – unabhängig davon, ob es sich um eine von der Eigentümerin oder dem Eigentümer bzw. der Mieterin oder dem Mieter selbstgenutzte, untervermietete oder gewerblich genutzte Wohnung handelt. Zur Wohnung zählen auch außerhalb des eigentlichen Wohnungsabschlusses liegende Räume (z. B. Mansarden) sowie zu Wohnzwecken ausgebaute Keller- und Bodenräume.

Zur Ermittlung der Wohnfläche ist anzurechnen:

- voll: die Grundflächen von Räumen und Raumteilen mit einer lichten Höhe von mindestens zwei Metern,
- zur Hälfte: die Grundflächen von Räumen und Raumteilen mit einer lichten Höhe von mindestens einem Meter, aber weniger als zwei Metern,
- zu einem Viertel: die Flächen von Balkonen, Loggien, Dachgärten.

Wohngeld | Dies ist ein von Bund und Ländern je zur Hälfte getragener Zuschuss zu den Wohnkosten. Gemäß den Vorschriften des Wohngeldgesetzes erhalten einkommensschwächere Haushalte Wohngeld, um die Wohnkosten für angemessenen und familiengerechten Wohnraum tragen zu können. Das Wohngeld wird entweder als Mietzuschuss für Mieterinnen und Mieter oder als Lastenzuschuss für Haus- und Wohnungseigentümerinnen und -eigentümer geleistet. Seine Höhe richtet sich nach der Anzahl der zu berücksichtigenden Haushaltsmitglieder, dem Gesamteinkommen und der zuschussfähigen Miete bzw. Belastung. Mieterinnen und Mieter bzw. Eigentümerinnen und Eigentümer müssen in jedem Fall den größeren Teil der Wohnkosten selbst tragen.

Wohngeldhaushalte | Als Wohngeldhaushalte gelten Haushalte mit Wohngeldbezug, in denen alle Haushaltsmitglieder wohngeldberechtigt sind.

Wohngeldrechtliche Teilhaushalte in Mischhaushalten | Seit 2005 gibt es neben den Wohngeldhaushalten die wohngeldrechtlichen Teilhaushalte in Mischhaushalten. In diesen Haushalten ist lediglich ein Teil der Haushaltsmitglieder wohngeldberechtigt, da mindestens ein Haushaltsmitglied Transferleistungen, etwa Arbeitslosengeld II, bezieht und deshalb nicht selbst wohngeldberechtigt ist.

Wohnkosten | Es handelt sich hierbei um die monatlichen Wohnkosten des Haushalts. Bei Eigentümerinnen und Eigentümern bzw. mietfrei wohnenden Haushalten zählen hierzu:

- Grundsteuer
- Laufende Kosten (z. B. Ausgaben für Gebäudeversicherung, Müllabfuhr, Wasser, Straßenreinigung, Instandhaltungsrücklagen, Schornsteinfeger, bei Eigentumswohnungen regelmäßige Pauschalzahlungen wie Hausgeld oder Wohngeld, Ausgaben für Hausverwaltung, Aufzug)
- Energiekosten (Ausgaben für Heizung, Warmwasser, Strom, Gas, Heizöl und sonstige Brennstoffe)

Bei Mieterinnen und Mietern zählen hierzu:

- Nettokaltmiete
- Betriebskosten (z. B. Ausgaben für Müllabfuhr, Wasser, Straßenreinigung, Hausmeisterkosten, gemeinschaftliche Umlagen)
- Energiekosten (Ausgaben für Heizung, Warmwasser, Strom, Gas, Heizöl, sonstige Brennstoffe, sofern nicht bereits in den Betriebskosten enthalten)

Der Haushalt beantwortet die Frage, wie stark die Belastung durch die monatlichen Wohnkosten für den Haushalt ist, aus der Selbsteinschätzung heraus.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Standardveröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen kostenfrei downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 190 amtlichen Statistiken. Daten zu *Wohnen (Gebäude und Wohnungen)* finden Sie unter dem Menüpunkt Themen, Code 31, Daten zum *Wohngeld* unter Code 22

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Wohnungen

Fachserie 5 Bautätigkeit und Wohnungen

Reihe 3 Bestand an Wohnungen

Heft 1 Mikrozensus-Zusatzerhebung 2010

Bestand und Struktur der Wohneinheiten sowie Wohnsituation der Haushalte

Fachserie 15 Wirtschaftsrechnungen

Heft 2 Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Geld- und Immobilienvermögen sowie Schulden privater Haushalte

Sonderheft 1 Haus- und Grundbesitz sowie Wohnverhältnisse privater Haushalte

Wirtschaft und Statistik

Heft 5/09

Ausstattung mit Gebrauchsgütern und Wohnsituation privater Haushalte in Deutschland (EVS 2008)

Heft 10/09 Haus- und Grundbesitz und Immobilienvermögen privater Haushalte (EVS 2008)

■ Wohngeld

Fachserie 13 Sozialleistungen

Reihe 4 Wohngeld

Wirtschaft und Statistik

Heft 3/12 Wohngeld in Deutschland 2010

■ Belastungen durch die Wohnsituation

Fachserie 15 Wirtschaftsrechnungen

Reihe 3 Einkommen und Lebensbedingungen in Deutschland und der Europäischen Union

Wirtschaft und Statistik

Heft 7/10 Wie schätzen private Haushalte ihre finanzielle Situation ein? (LEBEN IN EUROPA 2008)

Heft 5/11 Wer muss worauf verzichten? Einschätzung zur Wohn- und Lebenssituation der privaten Haushalte. (LEBEN IN EUROPA 2009)

Heft 2/12 LEBEN IN EUROPA/EU-SILC 2010. Bundesergebnisse für Sozialindikatoren über Einkommen, Armut und Lebensbedingungen

Heft 3/12 Wohngeld in Deutschland 2010

■ Themenübergreifend

Fachberichte

Zuhause in Deutschland – Ausstattung und Wohnsituation privater Haushalte (2009)

Wirtschaft und Statistik

Heft 2/08 Wohnsituation in Deutschland 2006

Mehr zum Thema

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter
+49 (0)6 11 / 75 88 80 (EU-SILC, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe),
+49 (0)6 11 / 75 23 36 (Mikrozensus-Zusatzerhebung),
+49 (0)6 11 / 75 89 53 (Wohngeld).

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.





6 Einkommen, Konsum, Lebensbedingungen

Haushalte verfügten 2010 durchschnittlich über **2 981 Euro** monatlich | **Drei Viertel** (73 %) davon entfallen auf **Konsum** | **Flachbildfernseher** in jedem zweiten Haushalt | Pro Kopf werden jährlich **57 kg Kartoffeln** und **55 kg Schweinefleisch** verbraucht | **Urlaubsreisen** 2010 für **ein Viertel** der Haushalte **unerschwinglich** | Fast jeder **vierte Haushalt** kommt **schlecht** mit Einkommen **zurecht** | Knapp jede **sechste Person** 2009 von **Armut** bedroht | 2011 rund **101 000** Verfahren für **Verbraucherinsolvenzen** eröffnet

Seite

169 **Auf einen Blick**

Tabellen

170 **Einkommen, Einnahmen, Ausgaben, private Konsumausgaben**
Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte | Konsumausgaben privater Haushalte

174 **Ausstattung**
Ausstattung privater Haushalte mit Gebrauchsgütern

176 **Verbrauch an ausgewählten Nahrungs- und Genussmitteln**
Pflanzliche und tierische Erzeugnisse | Tiefkühlkost | Genussmittel

177 **Einschätzung der Lebenssituation**
Finanzielle Kapazitäten | Zurechtkommen mit dem Einkommen

178 **Armut**
Median-Äquivalenzeinkommen | Armutsgefährdungsquote nach Ländern

180 **Überschuldung privater Personen und Verbraucherinsolvenzen**
Struktur überschuldeter Personen | Hauptauslöser der Überschuldung | Durchschnittliche Schulden | Verbraucherinsolvenzen nach Ländern

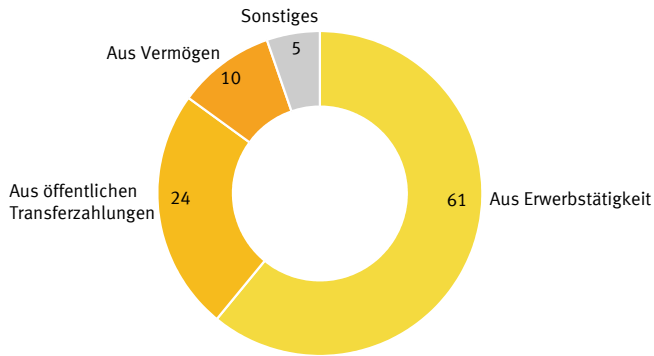
183 **Methodik**

185 **Glossar**

188 **Mehr zum Thema**

6.0 Auf einen Blick

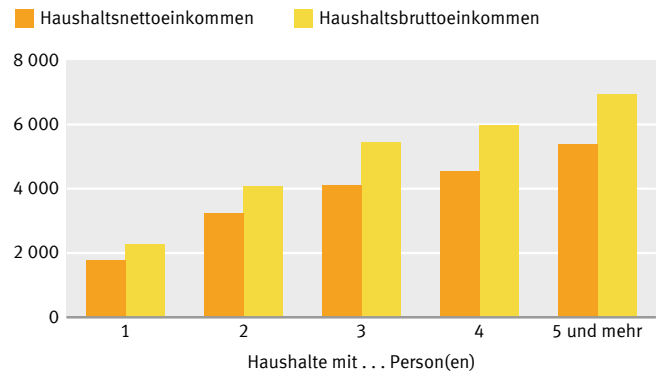
Haushaltsbruttoeinkommen 2010
in %



Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR).

2011 - 01 - 0087

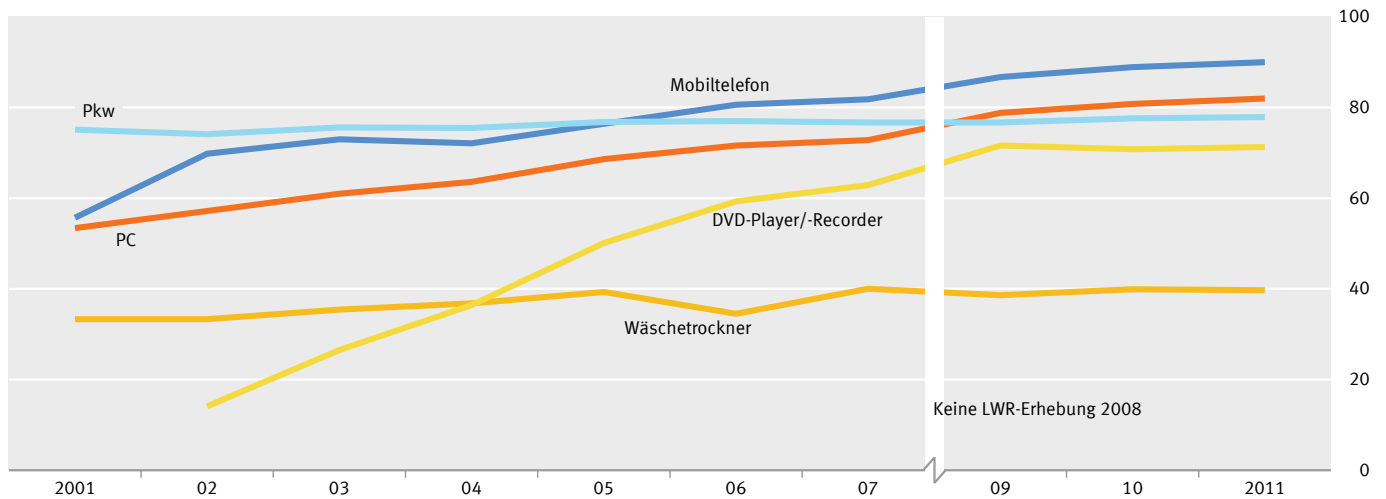
Einkommen nach der Haushaltsgröße 2010
in EUR



Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR).

2012 - 01 - 0090

Ausstattung privater Haushalte mit ausgewählten Gebrauchsgütern
in %



Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR).

2012 - 01 - 0086

6 Einkommen, Konsum, Lebensbedingungen

6.1 Einkommen, Einnahmen, Ausgaben, private Konsumausgaben

6.1.1 Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte im Zeitvergleich

	2004	2005	2006	2007	2009 ¹⁾	2010
Durchschnitt je Haushalt und Monat in EUR						
Haushaltsbruttoeinkommen	3 368	3 496	3 489	3 584	3 711	3 758
Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit	1 959	2 087	2 062	2 147	2 198	2 274
Bruttoeinkommen aus selbstständiger Arbeit	18	20	16	20	19	19
Einnahmen aus Vermögen	303	334	337	364	373	363
dar. aus Vermietung und Verpachtung	49	59	58	60	66	68
Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen	934	869	872	864	924	904
darunter:						
(Brutto) Renten der gesetzlichen Rentenversicherung	481	446	448	451	471	473
(Brutto) Pensionen	108	113	123	126	128	119
Arbeitslosengeld I	39	31	23	20	19
Arbeitslosengeld II und Sozialgeld	42	47	47	51	48
Wohngeld	11	6	4	3	5	4
Kindergeld	76	76	75	73	78	81
Einkommen aus nichtöffentlichen Transferzahlungen und Einnahmen aus Untervermietung	154	186	203	189	198	199
darunter:						
Leistungen aus privaten Versicherungen	4	28	33	30	35	36
Unterstützung von privaten Haushalten	83	107	118	107	101	103
abzüglich:						
Einkommen-, Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag	340	353	343	364	390	377
Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	362	376	382	381	475	488
zuzüglich:						
Arbeitgeberzuschüsse zur freiwilligen oder privaten Kranken- versicherung sowie zur Pflegeversicherung bei freiwilliger oder privater Krankenversicherung	—	—	—	—	25	27
Zuschüsse der Rentenversicherungsträger zur freiwilligen oder privaten Krankenversicherung	—	—	—	—	2	2
Haushaltsnettoeinkommen	2 666	2 766	2 764	2 839	2 873	2 922
zuzüglich:						
Einnahmen aus dem Verkauf von Waren	31	27	34	34	25	30
Sonstige Einnahmen	25	23	29	27	27	29
Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen	2 722	2 816	2 826	2 900	2 925	2 981
Einnahmen aus Vermögensumwandlung/Krediten	648	782	909	988	949	813
Private Konsumausgaben	1 989	1 996	2 089	2 067	2 156	2 168
Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren	273	268	287	297	302	305
Bekleidung und Schuhe	95	95	93	94	98	100
Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung	645	662	684	693	724	738
Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände	128	125	129	119	116	118
Gesundheitspflege	87	83	83	82	91	91
Verkehr	280	270	321	291	326	305
Nachrichtenübermittlung	59	62	62	60	57	56
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	228	232	233	229	231	236
Bildungswesen	13	13	14	14	17	16
Beherbergungs- und Gaststätdienstleistungen	103	106	106	110	113	113
Andere Waren und Dienstleistungen	78	81	78	78	83	88
Andere Ausgaben	1 214	1 564	1 629	1 763	1 633	1 547
Sonstige Steuern	12	16	16	14	12	13
dar. Kfz-Steuer	11	12	12	12	11	11
Freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung	6	7	7	7	8	8
Versicherungsbeiträge	111	120	122	124	85	86
darunter:						
Beiträge für zusätzliche Kranken- und Pflegeversicherung ..	—	—	—	—	13	13
Beiträge für Kfz-Versicherungen	33	35	35	35	32	30
Sonstige Übertragungen und Ausgaben	135	141	145	148	135	158
Tilgung und Verzinsung von Krediten	225	241	251	259	256	256
darunter:						
Zinsen für Baudarlehen u. Ä.	88	80	80	81	78	79
Zinsen für Konsumentenkredite	5	7	7	8	9	10
Ausgaben für die Bildung von Sachvermögen	114	171	178	116	135	78
Ausgaben für die Bildung von Geldvermögen	572	830	876	1 060	1 001	948

Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR).

1 2008 fand keine eigenständige LWR-Erhebung statt.

6 Einkommen, Konsum, Lebensbedingungen

6.1 Einkommen, Einnahmen, Ausgaben, private Konsumausgaben

6.1.2 Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte 2010

	Haus- halte insge- samt	Davon nach dem Haushaltstyp					Davon nach dem Alter der Haupteinkommenspersonen von ... bis unter ... Jahren							
		Allein- leben- de	Allein- erzie- hende	Paare ohne Kind	Paare mit Kind (ern)	sons- tige Haus- halte	18 – 25	25 – 35	35 – 45	45 – 55	55 – 65	65 – 70	70 – 80	80 und mehr
Durchschnitt je Haushalt und Monat in EUR														
Haushaltsbruttoeinkommen	3 758	2 282	2 643	4 259	5 637	5 684	(1 951)	3 249	4 587	4 658	3 797	2 829	2 562	2 416
Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit	2 274	1 215	1 420	2 187	4 216	4 078	(1 313)	2 525	3 512	3 599	2 431	248	67	(27)
Bruttoeinkommen aus selbstständiger Arbeit	19	/	/	(29)	(40)	(32)	–	/	(28)	(24)	(21)	/	/	/
Einnahmen aus Vermögen	363	203	172	467	488	553	/	126	342	382	419	471	376	338
dar. aus Vermietung und Verpachtung	68	47	/	89	64	105	–	(17)	36	62	95	123	81	(45)
Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen	904	719	659	1 326	666	838	(323)	374	509	475	758	1 793	1 908	1 854
darunter:														
(Brutto) Renten der gesetzlichen Rentenversicherung	473	436	/	859	(24)	267	/	/	(46)	96	336	1 260	1 419	1 366
(Brutto) Pensionen	119	94	/	238	/	(74)	/	/	/	(21)	122	328	321	(302)
Arbeitslosengeld I	19	(13)	/	(22)	(23)	(29)	/	/	(23)	(21)	(34)	/	/	–
Arbeitslosengeld II und Sozialgeld	48	57	(192)	(18)	(43)	50	/	(63)	(59)	68	61	/	/	/
Wohngeld	4	(5)	(16)	/	(6)	(3)	/	/	(8)	(4)	(4)	/	/	/
Kindergeld	81	(5)	245	9	332	194	/	84	194	131	34	(6)	/	–
Einkommen aus nichtöffentlichen Transferzahlungen und Einnahmen aus Untervermietung	199	142	389	250	227	183	(287)	203	195	179	167	303	205	188
darunter:														
Leistungen aus privaten Versicherungen	36	22	(14)	53	51	32	/	(16)	36	37	42	43	39	(29)
Unterstützung von privaten Haushalten	103	74	344	97	143	110	(267)	165	133	115	77	97	48	(62)
abzüglich:														
Einkommen-, Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag	377	227	174	386	624	631	(138)	361	567	599	390	85	49	(44)
Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	488	284	271	536	786	778	(245)	477	655	677	493	231	222	195
zusätzlich:														
Arbeitgeberzuschüsse zur freiwilligen oder privaten Kranken- versicherung sowie zur Pflegeversicherung bei freiwilliger oder privater Krankenversicherung	27	12	/	28	54	50	–	(12)	38	47	34	/	/	–
Zuschüsse der Rentenversicherungsträger zur freiwilligen oder privaten Krankenversicherung	2	(2)	/	3	/	/	–	–	/	/	(1)	(5)	5	/
Haushaltsnettoeinkommen	2 922	1 784	2 202	3 368	4 280	4 325	(1 568)	2 423	3 403	3 430	2 950	2 519	2 296	2 180
zusätzlich:														
Einnahmen aus dem Verkauf von Waren	30	21	(11)	36	49	31	/	36	25	37	37	(28)	(14)	/
Sonstige Einnahmen	29	18	15	31	43	53	(15)	32	38	38	33	20	13	6
Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen	2 981	1 823	2 228	3 434	4 372	4 409	(1 598)	2 491	3 466	3 505	3 020	2 567	2 322	2 196
Einnahmen aus Vermögensumwandlung/Krediten	813	559	(187)	1 145	937	900	/	695	678	686	1 007	1 084	832	874
Private Konsumausgaben	2 168	1 416	1 722	2 547	2 998	2 964	(1 203)	1 822	2 373	2 395	2 204	2 079	1 946	1 698
Andere Ausgaben	1 547	943	680	1 961	2 136	2 148	(602)	1 268	1 651	1 683	1 751	1 541	1 185	1 334
Sonstige Steuern	13	7	(6)	18	19	20	/	8	13	15	17	13	12	(6)
dar. Kfz-Steuer	11	6	(6)	14	16	17	/	7	11	13	12	11	9	(5)
Freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung	8	5	(7)	9	11	12	/	(6)	10	13	12	(1)	/	/
Versicherungsbeiträge	86	51	55	101	123	134	(35)	71	99	104	88	75	65	54
darunter:														
Beiträge für zusätzliche Kranken- und Pflegeversicherung	13	9	(7)	18	15	17	/	7	10	13	15	18	15	(16)
Beiträge für Kfz-Versicherungen	30	16	(16)	36	39	57	/	28	31	37	32	28	23	(19)
Sonstige Übertragungen und Ausgaben	158	129	84	197	137	198	(31)	62	111	155	220	156	168	246
dar. Geldspenden	9	7	(4)	11	13	9	/	5	9	8	9	11	13	19
Tilgung und Verzinsung von Krediten	256	123	207	275	521	383	/	209	386	351	247	195	88	/
darunter:														
Zinsen für Baudarlehen u. Ä.	79	32	(44)	80	194	117	/	61	139	109	73	47	21	/
Zinsen für Konsumentenkredite	10	6	(9)	11	15	15	/	8	14	13	10	8	4	/
Ausgaben für die Bildung von Sachvermögen	78	(24)	/	97	(221)	(85)	/	(155)	(144)	93	35	(30)	(56)	/
Ausgaben für die Bildung von Geldvermögen	948	604	317	1 264	1 104	1 316	(345)	757	888	952	1 133	1 071	795	1 005

Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR).

6 Einkommen, Konsum, Lebensbedingungen

6.1 Einkommen, Einnahmen, Ausgaben, private Konsumausgaben

6.1.3 Private Konsumausgaben 2010

	Haus- halte insge- samt	Davon nach dem Haushaltstyp					Davon nach dem Alter der Haupteinkommenspersonen von ... bis unter ... Jahren							
		Allein- leben- de	Allein- erzie- hende	Paare ohne Kind	Paare mit Kind (ern)	sonstige Haus- halte	18 - 25	25 - 35	35 - 45	45 - 55	55 - 65	65 - 70	70 - 80	80 und mehr
Private Konsumausgaben	2 168	1 416	1 722	2 547	2 998	2 964	(1 203)	1 822	2 373	2 395	2 204	2 079	1 946	1 698
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren u. Ä.	305	174	266	355	459	458	(171)	249	342	350	309	282	259	216
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	266	149	244	305	419	399	(148)	218	304	303	265	244	230	194
Alkoholische Getränke, Tabakwaren u. Ä.	39	25	22	51	40	60	(24)	31	38	47	44	38	30	21
Bekleidung und Schuhe	100	58	103	107	176	144	(53)	92	130	124	97	74	68	51
Herrenbekleidung	21	9	(7)	26	32	36	/	20	24	27	21	16	14	10
Damenbekleidung	40	29	38	44	50	58	(26)	32	44	49	42	32	32	21
Bekleidung für Kinder (unter 14 Jahren)	7	1	20	2	34	5	/	8	18	8	2	2	2	/
Herren-, Damen- und Kinderstrumpfwaren	3	2	3	3	5	4	/	2	4	3	3	2	2	2
Sonstige Bekleidung und Zubehör	8	5	9	8	14	11	(6)	9	10	10	8	6	5	4
Schuhe und Schuhzubehör	20	11	25	20	39	29	(9)	19	29	25	19	14	12	11
Reparaturen, Reinigung, Ausleihe	2	2	(1)	3	2	2	/	1	2	2	2	3	3	(2)
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	738	559	657	822	925	949	(450)	596	765	777	757	739	732	699
Wohnungsmieten u. Ä.	586	452	510	646	739	740	(368)	488	617	617	599	586	566	542
Energie	142	101	131	162	172	198	(76)	102	137	151	148	143	150	147
Wohnungsinstandhaltung	11	7	(16)	14	13	12	/	6	11	9	10	10	16	(10)
Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände	118	59	78	158	175	167	(35)	103	128	136	128	101	93	80
Möbel und Einrichtungsgegenstände	44	18	22	63	62	69	/	45	50	57	50	27	27	(15)
Teppiche und andere Bodenbeläge	3	2	/	5	4	3	-	(2)	2	3	4	(3)	(5)	/
Kühl- und Gefriermöbel	2	/	/	(3)	/	(3)	-	/	(2)	(2)	(3)	/	/	/
Sonstige größere Haushaltsgeräte	10	5	(13)	13	14	15	/	(8)	9	13	10	11	9	/
Kleine elektrische Haushaltsgeräte	3	2	(1)	4	4	5	/	(2)	3	4	4	3	2	(1)
Heimtextilien	10	6	7	14	13	14	/	8	11	11	12	10	9	(7)
Sonstige Verbrauchsgüter für die Haushaltsführung	23	11	13	29	38	31	(11)	23	26	25	25	21	17	12
Verbrauchsgüter für die Haushaltsführung	15	9	14	18	26	21	(7)	13	21	16	15	14	13	9
Dienstleistungen für die Haushaltsführung	7	5	(3)	9	10	8	/	(2)	6	6	7	8	9	27
Gesundheitspflege	91	61	42	140	80	98	(19)	42	66	76	98	116	143	146
Gebrauchsgüter für die Gesundheitspflege	13	9	(4)	20	11	15	/	6	7	13	15	17	21	(15)
Verbrauchsgüter für die Gesundheitspflege	23	17	12	33	19	26	(8)	13	17	19	25	27	36	33
Dienstleistungen für die Gesundheitspflege	55	35	26	87	50	57	(4)	23	42	44	58	71	86	97
Verkehr	305	183	152	360	426	486	(137)	281	353	370	316	295	204	108
Kraftfahrzeuge	88	(60)	/	(110)	(96)	(135)	/	/	(92)	(103)	(98)	/	/	/
Kraft- und Fahrräder	6	(1)	/	(9)	(12)	(12)	/	/	(9)	10	(5)	/	/	/
Ersatzteile und Zubehör	12	6	4	15	20	20	/	18	16	15	11	9	8	(5)
Kraftstoffe und Schmiermittel	89	43	63	103	149	147	(49)	96	115	111	88	63	51	29
Wartung, Reparaturen an Kfz, Kraft- und Fahrrädern	33	20	(18)	39	44	54	/	25	34	40	37	29	27	(17)
Garagen- und Stellplatzmieten	29	17	17	37	41	42	(12)	21	32	33	32	29	25	19
Sonstige Dienstleistungen	14	6	7	14	26	27	(12)	13	19	19	14	7	4	(3)
Personenbeförderung, Verkehrsdienstleistungen	34	29	30	33	37	48	(34)	38	36	39	32	31	27	27
Nachrichtenübermittlung	56	44	64	56	70	82	(64)	66	65	65	53	46	42	36
Telefon-, Faxgeräte, Anrufbeantworter	3	2	(3)	2	5	5	/	(3)	4	4	2	(2)	(2)	/
Dienstleistungen für die Nachrichtenübermittlung	54	42	61	53	65	78	(59)	63	61	61	51	44	40	35
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	236	149	182	293	341	291	(116)	196	262	256	233	248	217	180
Rundfunkempfangsgeräte u. Ä.	4	2	(3)	5	6	6	/	4	5	5	4	(3)	2	/
Fernseh- und Videogeräte, TV-Antennen	10	6	/	14	15	10	/	(11)	10	11	9	(9)	(11)	/
Foto-, Filmausrüstungen und optische Geräte	3	3	/	4	4	5	/	(4)	4	4	4	(2)	(1)	/
Datenverarbeitungsgeräte und Software (einschl. Downloads)	15	9	(16)	15	21	24	/	17	19	19	13	11	7	(9)
Bild-, Daten- und Tonträger (einschl. Downloads)	7	5	7	6	12	9	(7)	9	10	9	5	4	4	(2)
Sonstige langlebige Verbrauchsgüter und Ausrüstung für Kultur, Sport, Camping u. Ä.	8	2	9	13	15	9	/	8	10	8	13	8	2	/
Spielwaren und Hobbys	14	7	16	14	36	16	(9)	20	22	15	11	14	8	(6)
Blumen und Gärten	16	9	8	22	19	19	(6)	8	15	15	18	18	18	15
Haustiere	14	9	16	15	19	24	/	14	20	19	13	12	7	(4)
Freizeit- und Kulturdienstleistungen	54	37	52	55	91	71	(44)	52	68	64	47	46	45	30
Bücher	11	9	11	11	18	15	(7)	10	15	13	11	9	9	7
Zeitungen, Zeitschriften u. Ä.	21	16	12	29	22	24	(5)	10	17	21	23	25	28	30
Sonstige Verbrauchsgüter	3	2	6	2	9	4	(4)	3	6	4	2	2	2	2
Reparaturen für Freizeit, Unterhaltung und Kultur	1	(1)	/	2	(2)	(3)	/	/	(1)	2	1	(2)	(1)	/
Pauschalreisen	54	34	/	88	52	51	/	(25)	41	49	57	81	73	(65)

6 Einkommen, Konsum, Lebensbedingungen

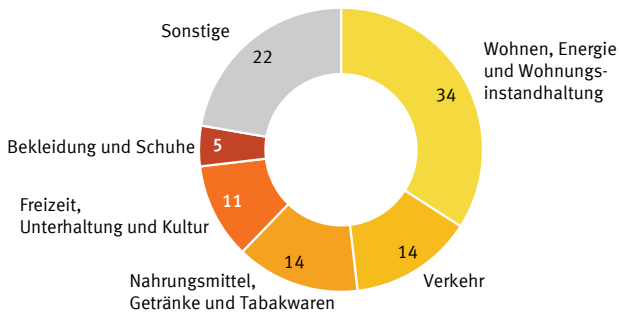
6.1 Einkommen, Einnahmen, Ausgaben, private Konsumausgaben

6.1.3 Private Konsumausgaben 2010

	Haus- halte insge- samt	Davon nach dem Haushaltstyp					Davon nach dem Alter der Haupteinkommenspersonen von ... bis unter ... Jahren							
		Allein- leben- de	Allein- erzie- hende	Paare ohne Kind	Paare mit Kind (ern)	sonstige Haus- halte	18 – 25	25 – 35	35 – 45	45 – 55	55 – 65	65 – 70	70 – 80	80 und mehr
Bildungswesen	16	6	34	4	58	31	/	26	33	21	10	(4)	3	/
Nachhilfeunterricht	1	/	/	/	(5)	(2)	—	/	(1)	2	/	/	/	—
Gebühren, Kinderbetreuung	15	6	(31)	4	53	29	/	26	32	19	9	(3)	3	/
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	113	66	70	150	162	142	(70)	95	130	123	113	102	107	86
Verpflegungsdienstleistungen	79	51	58	101	107	95	(58)	74	91	86	77	70	73	56
Beherbergungsdienstleistungen	34	15	(12)	49	55	47	/	21	39	37	36	32	34	(30)
Andere Waren und Dienstleistungen	88	58	74	101	128	114	(45)	75	100	95	91	73	77	95
Schmuck, Uhren	7	5	5	8	10	9	/	7	7	9	8	5	5	(5)
Sonstige persönliche Gebrauchsgegenstände	7	5	7	9	10	11	(4)	7	8	8	8	6	7	(4)
Dienstleistungen für die Körperpflege	18	13	15	23	17	21	(8)	12	15	17	18	19	22	24
Körperpflegeartikel und -geräte	26	17	28	27	41	37	(21)	26	33	29	25	20	20	17
Sonstige Dienstleistungen	30	19	19	33	50	37	(11)	24	36	31	31	24	23	45

Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR).

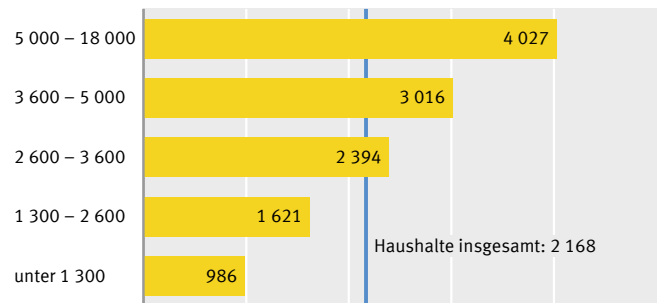
Private Konsumausgaben 2010 in %



Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR).

2012 - 01 - 0088

Private Konsumausgaben nach Nettoeinkommensklassen 2010 je Haushalt und Monat, in EUR von ... bis unter ...



Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR).

2012 - 01 - 0089

6.2 Ausstattung

6.2.1 Ausstattungsgrad und -bestand privater Haushalte mit Gebrauchsgütern am 1.1.2011

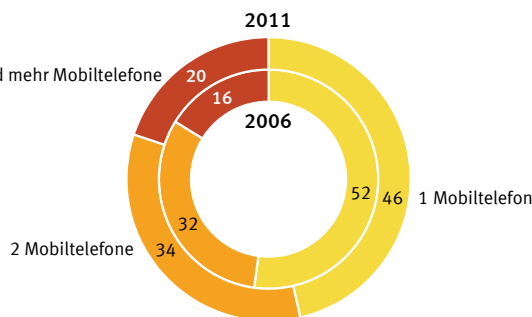
	Ausstattungsgrad	Ausstattungsbestand
	Anteil der Haushalte in %	Anzahl der Güter je 100 Haushalte
Fahrzeuge		
Personenkraftwagen	77,9	102,5
Kraftrad (auch Mofa und Roller)	10,8	13,5
Fahrrad	81,0	183,6
Unterhaltungselektronik		
Fernseher	96,2	160,8
dar. Flachbildfernseher	48,7	63,6
Satellitenempfangsgerät	42,1	60,9
Kabelanschluss	46,4	47,5
DVB-T-Gerät	24,6	30,0
Pay-TV-Decoder	5,2	5,8
DVD-Player/-Recorder	71,3	94,2
Videokamera (Camcorder)	21,6	24,9
Fotoapparat	88,1	165,9
Analog	50,7	65,3
Digital	71,7	100,6
MP3-Player	42,3	68,1
CD-Player/-Recorder	79,0	127,9
Spielkonsole	23,9	42,3
Informations- und Kommunikationstechnik		
Personalcomputer (PC)	82,0	145,3
PC stationär	61,1	77,7
PC mobil (Notebook, Laptop, Netbook)	51,9	67,5
Internetzugang, -anschluss	75,9	83,3
Festnetztelefon	92,7	114,6
Mobiltelefon (Handy, Autotelefon)	90,0	165,7
Telefaxgerät stationär	19,0	19,3
Navigationsgerät	38,9	43,3
Haushalts- und sonstige Geräte		
Kühlschrank, Kühl- und Gefrierkombination	99,1	121,1
Gefrierschrank, Gefriertruhe	57,2	64,0
Geschirrspülmaschine	67,0	68,0
Mikrowellengerät	72,0	74,3
Waschmaschine	95,0	97,0
Wäschetrockner	39,7	39,9
Sportgerät (Hometrainer)	30,3	36,7

Der **Ausstattungsgrad** beschreibt, wie viele Haushalte einen bestimmten Ausstattungsgegenstand besitzen. Ein Ausstattungsgrad von 81 % bei Fahrrädern bedeutet zum Beispiel, dass 81 von 100 Haushalten mindestens ein Fahrrad besitzen.

Der **Ausstattungsbestand** gibt an, wie viele Ausstattungsgegenstände in 100 Haushalten vorhanden sind. Zum Beispiel bedeutet ein Ausstattungsbestand von 184 bei Fahrrädern, dass einige Haushalte mehr als ein Fahrrad besitzen. Im Falle einer solchen Mehrfachausstattung ist der Ausstattungsbestand größer als der Ausstattungsgrad.

Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR).

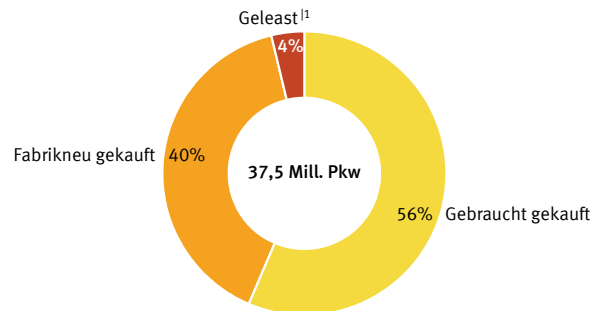
Private Haushalte mit Mobiltelefon(en) am 1.1. in %



Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR).

2012 - 01 - 0091

Private Haushalte mit Pkw am 1.1.2011



Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR).

¹ Auch vom Arbeitgeber/der Arbeitgeberin oder vom eigenen Unternehmen zur Verfügung gestellt. – Keine Ratenkäufe.

2012 - 01 - 0092

6 Einkommen, Konsum, Lebensbedingungen

6.2 Ausstattung

6.2.2 Ausstattungsgrad privater Haushalte mit Gebrauchsgütern nach dem Haushaltstyp am 1.1.2011

	Haushalte insgesamt	Davon nach dem Haushaltstyp							sonstige Haushalte
		Alleinlebende	davon		Alleinerziehende	Paare	davon		
			Männer	Frauen			ohne Kind	mit Kind(ern)	
Anteil der Haushalte in %									
Fahrzeuge									
Personenkraftwagen	77,9	58,3	61,3	57,0	71,4	92,7	91,8	94,8	91,7
Kraftrad (auch Mofa und Roller)	10,8	4,5	(9,3)	(2,4)	/	13,4	9,8	21,5	22,6
Fahrrad	81,0	69,3	73,4	67,4	94,6	87,6	83,3	97,5	92,5
Unterhaltungselektronik									
Fernseher	96,2	92,6	91,0	93,3	96,2	98,8	99,2	97,7	99,2
dar. Flachbildfernseher	48,7	36,9	43,0	34,1	(35,9)	57,2	57,3	56,8	60,4
Satellitenempfangsgerät	42,1	27,1	27,9	26,7	(33,3)	52,6	48,5	62,0	55,8
Kabelanschluss	46,4	54,3	53,0	54,9	51,8	40,6	44,8	31,1	39,7
DVB-T-Gerät	24,6	20,8	27,1	18,0	(21,7)	27,7	28,5	25,8	26,8
Pay-TV-Decoder	5,2	(3,3)	(7,5)	(1,4)	/	6,6	6,0	(7,9)	7,1
DVD-Player/-Recorder	71,3	56,3	63,9	52,9	82,0	80,0	74,4	92,7	86,2
Videokamera (Camcorder)	21,6	7,8	13,7	(5,1)	(28,0)	31,4	24,9	46,4	31,1
Fotoapparat	88,1	78,0	80,5	76,9	90,1	94,8	92,9	99,1	97,0
Analog	50,7	46,3	45,6	46,6	(36,4)	53,9	57,7	45,2	56,5
Digital	71,7	53,4	60,4	50,3	82,6	82,4	76,8	95,0	90,3
MP3-Player	42,3	26,9	33,4	23,9	63,5	43,6	30,8	73,0	77,7
CD-Player/-Recorder	79,0	70,7	68,8	71,6	92,9	82,8	79,7	89,9	88,3
Spielkonsole	23,9	9,1	(14,3)	(6,7)	59,0	26,3	10,6	62,1	51,7
Informations- und Kommunikationstechnik									
Personalcomputer (PC)	82,0	70,3	78,6	66,6	93,5	87,3	82,4	98,5	97,2
PC stationär	61,1	44,1	55,0	39,2	58,1	69,4	65,1	79,2	85,8
PC mobil (Notebook, Laptop, Netbook)	51,9	39,4	45,9	36,5	61,5	54,2	47,7	69,4	78,3
Internetzugang, -anschluss	75,9	61,7	69,6	58,2	86,8	82,5	76,2	97,0	94,5
Festnetztelefon	92,7	87,9	80,9	91,0	88,6	96,4	96,1	97,1	96,7
Mobiltelefon (Handy, Autotelefon)	90,0	81,9	87,3	79,5	98,1	94,6	92,8	99,0	97,7
Telefaxgerät stationär	19,0	12,3	17,0	10,2	(12,7)	24,6	24,6	24,6	23,1
Navigationsgerät	38,9	20,9	27,7	17,9	(22,5)	51,5	48,6	58,2	56,5
Haushalts- und sonstige Geräte									
Kühlschrank, Kühl- und Gefrierkombination	99,1	98,6	97,6	99,1	98,3	99,6	99,4	99,9	99,4
Gefrierschrank, Gefriertruhe	57,2	38,7	31,5	41,9	41,5	70,6	71,4	68,7	74,2
Geschirrpülmaschine	67,0	45,2	38,3	48,3	68,8	81,9	77,6	91,5	85,4
Mikrowellengerät	72,0	62,2	67,4	59,8	76,6	77,6	75,6	82,3	82,6
Waschmaschine	95,0	90,1	83,5	93,1	95,1	98,3	98,1	99,0	99,1
Wäschetrockner	39,7	23,2	19,8	24,6	(37,7)	50,2	46,3	59,1	56,3
Sportgerät (Hometrainer)	30,3	20,4	21,0	20,1	(15,3)	36,6	38,9	31,2	43,5

Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR).

6.3 Verbrauch an ausgewählten Nahrungs- und Genussmitteln**6.3.1 Pflanzliche Erzeugnisse**

	2000/01	2004/05	2009/10	2010/11 ¹
	kg je Einwohner/-in und Jahr			
Getreide einschl. Körnermais (in Mehlwert) ..	76,0	83,2	91,7	96,5
Weizen (in Mehlwert)	58,7	61,8	66,4	70,9
Roggen (in Mehlwert)	9,6	9,4	8,9	8,8
Erzeugnisse aus sonstigem Getreide ^{1,2}	7,7	12,0	16,4	16,8
Reis (als geschälter Reis)	3,7	4,2	5,0	5,4
Hülsenfrüchte	1,2	0,4	0,6	0,6
Kartoffeln (Frischgewicht)	70,0	66,5	64,5	56,6
Kartoffelstärke	0,8	2,6	2,7	2,5
Zucker (Weißzuckerwert)	35,3	37,4	35,2	33,2
Honig	1,1	1,1	1,0	1,1
Kakaomasse	2,6	2,9	3,2	3,3
Frischobst einschl. tropischer Früchte (Frischgewicht) ^{1,3}	111,9	73,3	70,9	65,6
Marktobstbau	75,2	73,3	70,9	65,6
Zitrusfrüchte (Frischgewicht)	40,1	44,5	48,0	37,5
Schalenfrüchte	3,9	3,5	4,1	4,3
Trockenobst	1,4	1,5	1,4	1,5
Gemüse (Frischgewicht) ^{1,3,4}	94,0	96,9	93,1	92,5

Bevölkerung zum Stichtag 31.12. – Teilweise revidierte Angaben.

1 Vorläufiges Ergebnis.

2 Einschl. Glukose und Isoglukose auf Getreidegrundlage.

3 Einschl. nicht abgesetzter Mengen.

4 Ab 2009/10 ohne Selbstversorger/-innen.

Quellen: Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung, Agrarmarkt Informations-Gesellschaft mbH, Verband der deutschen Fruchtsaft-Industrie e. V., Bund Deutscher Champignon- und Kulturpilzbaue e. V.

6.3.2 Tierische Erzeugnisse, Öle und Fette

	2001	2005	2009	2010
	kg je Einwohner/-in und Jahr			
Fleisch und Fleischerzeugnisse ¹	87,9	87,2	88,7	89,5
Rindfleisch, Kalbfleisch	9,9	12,1	12,5	12,8
Schweinefleisch	54,0	54,1	54,1	54,8
Schaf- und Ziegenfleisch	1,1	1,1	0,9	0,9
Pferdefleisch	0,1	0,0	0,0	0,0
Innereien	3,0	1,1	0,6	0,7
Geflügelfleisch	18,2	17,5	18,8	18,7
Sonstiges Fleisch (Wild, Kaninchen) ..	1,6	1,3	1,8	1,6
Fische und Fischerzeugnisse (Fang- gewicht) ^{1,2}	15,3	14,7	15,2	15,5
Frischmilcherzeugnisse ^{1,3}	81,7	89,4	106,1	101,3
dar. Magermilch und Buttermilch- erzeugnisse	3,6	2,6	2,2	2,2
Sahne ^{1,4}	6,5	5,9	5,9	5,7
Kondensmilch (Produktgewicht) ^{1,5}	5,4	4,4	2,7	2,7
Käse einschl. Schmelzkäse (Produkt- gewicht)	21,5	21,5	22,3	22,9
dar. Frischkäse einschl. Speisequark ..	8,6	7,4	6,7	6,7
Butter (Produktgewicht)	6,7	6,4	5,8	5,8
Pflanzliche Fette (Reinfett)	16,9	16,3	15,3	15,1
darunter in Produktgewicht:				
Margarine	6,5	5,7	5,3	5,1
Speisefette	0,9	0,8	0,3	0,4
Speiseöle	11,3	11,3	11,3	11,2
	St je Einwohner/-in und Jahr			
Eier, auch verarbeitet	223,0	205,0	210,0	214,0

Bevölkerung zum Stichtag 30.6. – Teilweise revidierte Angaben.

1 Schlachtgewicht (Nahrungsverbrauch, Futter, industrielle Verwertung, Verluste).

2 2009 geschätzte Angaben.

3 Einschl. Sauermilch- und Milchlischgetränken sowie Eigenverbrauch und Direktverkauf der landwirtschaftlichen Betriebe.

4 Ohne Sauermilch-, Kefir-, Joghurt-, Milchlischerzeugnisse und Milchlischgetränke aus Sahne hergestellt.

5 Ab 2006 geänderte Berechnungsmethodik, Vergleichbarkeit eingeschränkt.

Quellen: Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung

6.3.3 Tiefkühlkost

	2001	2005	2010	2011 ¹
	1 000 t			
Gemüse ^{1,2}	292,0	291,6	318,2	382,5
Obst und Fruchtsäfte	66,6	64,2	66,4	68,1
Kartoffelerzeugnisse	362,6	406,2	422,3	422,2
Fleisch einschl. Wild	201,6	221,9	219,7	210,1
Geflügel ^{1,3}	342,0	285,0	223,2	207,0
Fische und Fischerzeugnisse	207,5	236,6	197,9	228,0
Milcherzeugnisse und Süßspeisen	8,4	10,1	9,5	10,5
Fertiggerichte ^{1,2}	838,2	1 003,9	1 052,3	1 018,0
Backwaren einschl. Teige	480,1	534,5	662,5	680,2
	Mill. l			
Eiskrem	521,5	535,4	499,0	493,0

Teilweise revidierte Angaben.

1 Vorläufiges Ergebnis.

2 Ab 2011 eingeschränkte Vergleichbarkeit zu vorhergehenden Jahren.

3 Tiefgefrorenes und gefrorenes Geflügel zusammen. Geänderte Datenbasis 2006.

Quellen: Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung, Deutsches Tiefkühlinstitut e. V., Bundesverband der Deutschen Süßwarenindustrie e. V.

6.3.4 Ausgewählte Genussmittel

	Einheit	2001	2005	2010	2011 ¹
		je Einwohner/-in und Jahr			
Zigaretten	St	1 731	1 162	1 022	1 071
Zigarren/Zigarillos	St	31	49	49	52
Feinschnitt	g	168	403	312	331
Pfeifentabak	g	11	10	9	11
Bier ^{1,2}	l	118	111	102	101
Branntwein zu Trinkzwecken ^{1,3}	l Alkohol	2,15	1,98	–	2,43
Schaumwein ^{1,3,4}	l	4,22	3,79	–	4,08
Trinkwein einschl. Schaumwein ^{1,5}	l	24,7	24,5	23,7	24,4

Dem Verbrauch liegen – mit Ausnahme von Trinkweinen – versteuerte Mengen zugrunde.

1 Vorläufiges Ergebnis.

2 Ohne alkoholfreies Bier.

3 Aufgrund von steuerrechtlichen Änderungen wurde seitens der Zollverwaltung auf eine Aufbereitung der Daten für das Berichtsjahr 2010 verzichtet.

4 Einschl. Schaumwein zum ermäßigten Satz.

5 Für Wirtschaftsjahre (August des Vorjahres bis Juli des angegebenen Jahres); ohne Verarbeitungswein für Brennereien und Essigherstellung. – Quelle: Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung.

6.4 Einschätzung der Lebenssituation

6.4.1 Nicht monetäre haushaltsbezogene Deprivationsindikatoren: Finanzielle Kapazitäten

Deprivation bezeichnet einen Zustand des unfreiwilligen Mangels oder der Benachteiligung in wesentlichen Bereichen des Lebens. Die aus LEBEN IN EUROPA ermittelten, nicht monetären (d. h. nicht in Euro messbaren) Deprivationsindikatoren stellen dar, wie die Haushalte ihre Situation in Bezug auf materielle und/oder soziale Entbehrung in verschiedenen Lebensbereichen selbst einschätzen.

	Der Haushalt hat die finanzielle Kapazität, um . . .															
	sich jedes Jahr eine einwöchige Ferienreise zu leisten				sich jeden zweiten Tag eine Mahlzeit mit Fleisch, Geflügel, Fisch (oder eine entsprechende vegetarische Mahlzeit) zu leisten				unerwartet anfallende Ausgaben zu bestreiten				die Wohnung angemessen zu heizen			
	ja	nein	ja	nein	ja	nein	ja	nein	ja	nein	ja	nein	ja	nein	ja	nein
	2010		2009		2010		2009		2010		2009		2010		2009	
%																
Haushalte insgesamt	74,9	25,1	74,3	25,7	89,7	10,3	88,7	11,3	63,4	36,6	62,9	37,1	94,4	5,6	94,0	6,0
nach Haushaltstyp:																
Einpersonenhaushalte	67,7	32,3	67,2	32,8	84,8	15,2	83,0	17,0	52,6	47,4	53,0	47,0	92,2	7,8	92,1	7,9
Alleinerziehende	49,6	50,4	47,7	52,3	79,2	20,8	78,9	21,1	31,2	68,8	28,7	71,3	88,3	(11,7)	79,7	20,3
2 Personen ohne Kind	84,5	15,5	84,8	15,2	93,5	6,5	93,7	6,3	76,3	23,7	76,2	23,8	96,7	3,3	97,0	3,0
2 Personen mit Kind(ern) ¹	78,2	21,8	77,9	22,1	95,2	4,8	94,0	6,0	69,0	31,0	67,6	32,4	95,7	4,3	95,6	4,4
Sonstige Haushalte	80,3	19,7	75,0	25,0	93,2	(6,8)	91,9	(8,1)	73,8	26,2	70,0	30,0	97,3	/	96,1	(3,9)

Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA (EU-SILC) 2009 und 2010. – Nähere Informationen hierzu siehe „Glossar“/„Methodik“ am Ende dieses Kapitels.

1 Kind(er) bis 18 Jahre und Personen zwischen 18 und 24 Jahren, die nicht erwerbstätig oder arbeitsuchend sind und mit mindestens einem Elternteil zusammenleben.

6.4.2 Nicht monetäre haushaltsbezogene Deprivationsindikatoren: Zurechtkommen mit dem Einkommen

	Der Haushalt kommt mit dem monatlichen Einkommen . . . zurecht											
	sehr schlecht		schlecht		relativ schlecht		relativ gut		gut		sehr gut	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
	%											
Haushalte insgesamt	3,4	3,9	6,8	7,4	12,7	13,0	41,2	42,5	27,8	26,0	8,2	7,2
nach Haushaltstyp:												
Einpersonenhaushalte	5,6	5,8	9,1	9,5	14,4	15,3	38,2	38,8	26,2	24,2	6,5	6,4
Alleinerziehende	(5,8)	(10,1)	(14,1)	(15,5)	23,1	23,6	40,0	37,0	(15,0)	(11,7)	/	/
2 Personen ohne Kind	(1,4)	(1,5)	4,1	4,4	9,1	9,0	41,9	44,9	32,6	31,0	10,8	9,3
2 Personen mit Kind(ern) ¹	(2,0)	(2,6)	5,4	5,9	13,4	12,6	43,7	46,6	26,6	25,6	8,9	6,9
Sonstige Haushalte	/	/	(4,2)	(7,9)	(10,8)	12,4	49,5	45,8	25,9	24,5	(7,4)	(6,3)

Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA (EU-SILC) 2009 und 2010. – Nähere Informationen hierzu siehe „Glossar“/„Methodik“ am Ende dieses Kapitels.

1 Kind(er) bis 18 Jahre und Personen zwischen 18 und 24 Jahren, die nicht erwerbstätig oder arbeitsuchend sind und mit mindestens einem Elternteil zusammenleben.

6.5 Armut

6.5.1 Median-Äquivalenzeinkommen

	Median des Äquivalenzeinkommens pro Monat			
	EUR	% des Median-Äquivalenzeinkommens der Gesamtbevölkerung	EUR	% des Median-Äquivalenzeinkommens der Gesamtbevölkerung
	2009		2008	
Insgesamt	1 566	100,0	1 549	100,0
	männlich			
im Alter von ... bis ... Jahren				
bis 17	1 467	93,7	1 447	93,4
18 – 24	1 530	97,7	1 516	97,9
25 – 49	1 733	110,7	1 714	110,7
50 – 64	1 754	112,0	1 733	111,9
65 und mehr	1 474	94,1	1 456	94,0
	weiblich			
im Alter von ... bis ... Jahren				
bis 17	1 467	93,7	1 465	94,6
18 – 24	1 476	94,3	1 437	92,8
25 – 49	1 667	106,4	1 649	106,5
50 – 64	1 645	105,0	1 607	103,7
65 und mehr	1 396	89,1	1 352	87,3
	Personen in Haushalten mit Kind(ern) ¹			
Alleinerziehende	1 036	66,2	1 066	68,8
2 Erwachsene mit 1 Kind	1 779	113,6	1 771	114,3
mit 2 Kindern	1 619	103,4	1 611	104,0
mit 3 und mehr Kindern	1 348	86,1	1 361	87,9
	Höchster Schulabschluss (Personen ab 18 Jahren)			
Vorschule, Grundschule und Sekundarstufe I	1 280	81,7	1 288	83,2
Sekundarstufe II und Post-Sekundarstufe	1 551	99,0	1 528	98,6
Tertiärbereich	1 960	125,2	1 935	124,9
	Überwiegender Erwerbsstatus im Vorjahr (Personen ab 18 Jahren)			
Erwerbstätig	1 792	114,4	1 795	115,9
Arbeitslos	751	48,0	800	51,6

Der **Median** ist der „mittlere Wert“ in einer aufsteigend sortierten Folge von Werten. Das Medianeinkommen ist demnach der Einkommenswert, der die Menge aller Einkommen in genau zwei Hälften teilt: eine Hälfte, die über dem Medianeinkommen liegt, eine Hälfte, die darunter liegt.

Das **Äquivalenzeinkommen** ist ein personenbezogenes Nettoeinkommen, das der besseren Vergleichbarkeit von Einkommen in Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung dient. Es basiert auf der Annahme, dass das Haushaltseinkommen selbst kein ausreichender Indikator für den Lebensstandard ist, da in größeren Haushalten Einspareffekte auftreten (z. B. durch gemeinsame Nutzung von Wohnraum). Aus diesem Grund erhalten die einzelnen Mitglieder des Haushalts sogenannte Äquivalenzgewichte: Der ersten erwachsenen Person im Haushalt wird das Gewicht 1, Kindern unter 14 Jahren das Gewicht 0,3 und weiteren Personen ab 14 Jahren das Gewicht 0,5 zugeordnet. Grundlage für die Gewichtung ist nach EU-Definition die modifizierte OECD-Skala. Das Konzept des Äquivalenzeinkommens dient der Berechnung der Armutsgefährdung in der Bevölkerung.

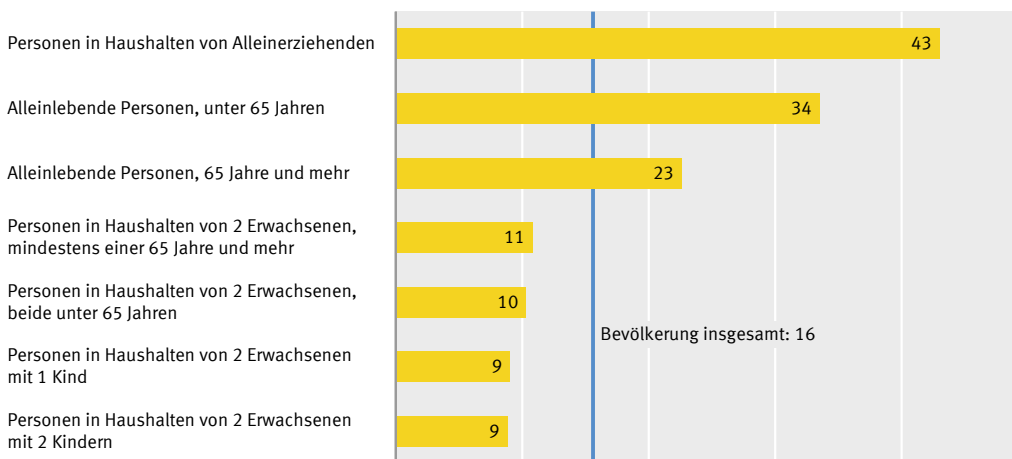
Ein Beispiel: Das Äquivalenzeinkommen in einem Vierpersonenhaushalt mit zwei Kindern unter 14 Jahren läge bei einem verfügbaren Einkommen von 4 500 Euro monatlich bei 2 142,86 Euro ($4\,500 / (1,0 + 0,5 + 0,3 + 0,3)$). Eine alleinstehende Person mit einem verfügbaren Einkommen von 2 142,86 Euro würde demnach als diesem Haushalt gleichwertig eingestuft.

Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA (EU-SILC) 2009 und 2010.

1 Kind(er) bis 18 Jahre und Personen zwischen 18 und 24 Jahren, die nicht erwerbstätig oder arbeitssuchend sind und mit mindestens einem Elternteil zusammenleben.

Armutsgefährdungsquote nach Sozialtransfers 2009

Anteil an Personen, in %



Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA (EU-SILC) 2010.

2012 - 01 - 0093

6 Einkommen, Konsum, Lebensbedingungen

6.5 Armut

6.5.2 Armutsgefährdungsquote

	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Insgesamt	Männlich	Weiblich
	2009			2008		
Ausgewählte Schwellenwerte für Armutsgefährdung						
EUR/Jahr						
Alleinlebende	11 278	–	–	11 151	–	–
2 Erwachsene mit 2 Kindern unter 14 Jahren	23 684	–	–	23 418	–	–
Armutsgefährdungsquote nach Sozialtransfers						
%						
Insgesamt	15,6	14,9	16,4	15,5	14,7	16,3
im Alter von ... bis ... Jahren						
bis 17	17,5	17,9	17,2	15,0	15,9	13,8
18 – 24	18,9	16,0	21,7	21,1	17,9	24,4
25 – 49	14,1	13,3	14,8	14,1	13,3	14,8
50 – 64	17,0	17,2	16,8	16,7	16,6	16,8
65 und mehr	14,1	12,1	15,9	15,0	12,9	17,0
nach Haushaltstyp						
Alleinlebende	30,0	30,7	29,5	29,3	29,3	29,2
Alleinerziehende	43,0	–	–	37,5	–	–
2 Erwachsene mit 2 Kindern ¹	8,8	–	–	7,7	–	–
Überwiegender Erwerbsstatus im Vorjahr (Personen ab 18 Jahren)						
Erwerbstätig	7,2	6,3	8,2	6,8	6,2	7,5
Arbeitslos	70,3	71,0	69,5	62,0	63,9	60,1
Im Ruhestand	13,4	12,3	14,4	14,9	13,9	15,8
Sonstig nicht erwerbstätig	25,0	27,2	24,0	25,4	29,5	23,5

Allgemein bezeichnet **Armut** eine Situation wirtschaftlichen Mangels, die verhindert, ein angemessenes Leben zu führen. Da in Deutschland das durchschnittliche Wohlstandsniveau deutlich über dem physischen Existenzminimum liegt, wird hier – wie auch in den anderen EU-Mitgliedstaaten – meist die „relative Armut“ bzw. Armutsgefährdung betrachtet.

Der **Schwellenwert für Armutsgefährdung** ist der Betrag des Äquivalenzeinkommens, der die Grenze für Armutsgefährdung bildet. Diese liegt nach gemeinsamer Festlegung der EU-Mitgliedstaaten bei 60% des mittleren Äquivalenzeinkommens. Liegt das Äquivalenzeinkommen unterhalb dieser Grenze, wird Armutsgefährdung angenommen.

Die **Armutsgefährdungsquote** gibt den Anteil der Personen an, deren Äquivalenzeinkommen unter dem Schwellenwert der Armutsgefährdung liegt, gemessen an der Gesamtbevölkerung in Privathaushalten.

Ergebnisse aus LEBEN IN EUROPA (EU-SILC) 2009 und 2010.

1 Kind(er) bis 18 Jahre und Personen zwischen 18 und 24 Jahren, die nicht erwerbstätig oder arbeitsuchend sind und mit mindestens einem Elternteil zusammenleben.

6.5.3 Schwellenwert für Armutsgefährdung nach Ländern

	Einpersonenhaushalt		Haushalt mit 2 Erwachsenen und 2 Kindern unter 14 Jahren	
	2010	2009	2010	2009
	EUR			
Deutschland	826	801	1 735	1 683
Baden-Württemberg	895	871	1 880	1 830
Bayern	892	859	1 872	1 804
Berlin	766	742	1 608	1 559
Brandenburg	777	749	1 632	1 573
Bremen	775	746	1 627	1 567
Hamburg	903	871	1 896	1 828
Hessen	872	845	1 831	1 775
Mecklenburg-Vorpommern	696	677	1 461	1 422
Niedersachsen	812	790	1 706	1 658
Nordrhein-Westfalen	815	796	1 711	1 671
Rheinland-Pfalz	843	819	1 771	1 719
Saarland	809	765	1 700	1 607
Sachsen	726	706	1 524	1 482
Sachsen-Anhalt	725	694	1 522	1 458
Schleswig-Holstein	851	837	1 788	1 758
Thüringen	736	713	1 545	1 497
nachrichtlich:				
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin) ..	854	829	1 794	1 741
Neue Länder einschl. Berlin	738	715	1 550	1 501

Ergebnisse des Mikrozensus. – Die Angaben sind nicht mit denen aus EU-SILC vergleichbar. – Nähere Informationen hierzu siehe „Glossar“/„Methodik“ am Ende dieses Kapitels.

6.5.4 Armutsgefährdungsquote nach Ländern

	Nationalkonzept (gemessen am Bundesmedian)		Regionalkonzept (gemessen am Landes- bzw. regionalen Median)	
	2010	2009	2010	2009
	%			
Deutschland	14,5	14,6	X	X
Baden-Württemberg	11,0	10,9	14,0	14,1
Bayern	10,8	11,1	13,8	13,7
Berlin	19,2	19,0	14,2	14,1
Brandenburg	16,3	16,7	13,6	13,8
Bremen	21,1	20,1	17,3	15,9
Hamburg	13,3	14,0	17,4	18,0
Hessen	12,1	12,4	14,6	14,8
Mecklenburg-Vorpommern	22,4	23,1	13,4	14,7
Niedersachsen	15,3	15,3	14,5	14,6
Nordrhein-Westfalen	15,4	15,2	14,7	14,9
Rheinland-Pfalz	14,8	14,2	15,7	15,2
Saarland	14,3	16,0	13,4	14,0
Sachsen	19,4	19,5	13,0	13,6
Sachsen-Anhalt	19,8	21,8	13,5	15,2
Schleswig-Holstein	13,8	14,0	15,2	15,8
Thüringen	17,6	18,1	12,5	13,0
nachrichtlich:				
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin) ..	13,3	13,3	14,7	14,8
Neue Länder einschl. Berlin	19,0	19,5	13,2	13,8

Ergebnisse des Mikrozensus. – Die Angaben sind nicht mit denen aus EU-SILC vergleichbar. – Nähere Informationen hierzu siehe „Glossar“/„Methodik“ am Ende dieses Kapitels.

6.6 Überschuldung privater Personen und Verbraucherinsolvenzen

6.6.1 Struktur überschuldeter Personen und Hauptauslöser der Überschuldung 2009

	Personen insgesamt		Hauptauslöser der Überschuldung					sonstiges
			Arbeitslosigkeit	Trennung, Scheidung, Tod des Partners/der Partnerin	Erkrankung, Sucht, Unfall	unwirtschaftliche Haushaltsführung	gescheiterte Selbstständigkeit	
	Anzahl	%						
Überschuldete Personen								
Insgesamt	74 413	100,0	28,5	14,0	11,1	10,2	8,6	27,7
nach Haushaltsgröße								
Haushalte mit ... Person(en)								
1	34 023	45,7	28,8	14,2	15,5	8,6	7,7	25,1
2	18 231	24,5	27,2	14,4	9,3	10,5	9,6	29,0
3	11 262	15,1	28,1	15,7	6,4	12,3	8,7	28,8
4	6 833	9,2	28,6	11,5	5,4	12,0	10,4	32,1
5 und mehr	4 064	5,5	31,6	9,6	5,2	13,8	8,2	31,5
nach Haushaltstyp								
Alleinlebende Frau	12 677	17,0	26,1	17,4	13,5	8,6	5,9	28,5
Alleinerziehende Frau								
mit 1 Kind	6 032	8,1	27,7	24,8	6,5	10,7	4,5	25,9
mit 2 Kindern	3 056	4,1	24,6	34,2	4,7	9,7	3,8	23,0
mit 3 und mehr Kindern ..	1 276	1,7	22,4	37,4	3,0	10,9	2,6	23,7
Alleinlebender Mann	20 288	27,3	31,1	12,0	16,5	8,3	8,9	23,2
Alleinerziehender Mann								
mit 1 Kind	799	1,1	30,7	27,9	7,3	6,5	9,8	17,9
mit 2 Kindern	250	0,3	24,8	34,0	5,2	4,8	10,8	20,4
mit 3 und mehr Kindern ..	90	0,1	33,3	37,8	4,4	7,8	5,6	11,1
Paar								
ohne Kind	11 715	15,7	26,9	8,7	10,6	9,8	12,8	31,3
mit 1 Kind	7 143	9,6	30,2	7,3	6,7	12,7	10,7	32,3
mit 2 Kindern	5 266	7,1	29,5	7,1	5,5	12,6	11,5	33,6
mit 3 und mehr Kindern ..	3 242	4,4	32,8	6,3	5,4	13,8	8,5	33,0
Sonstige Lebensform	2 579	3,5	23,2	10,7	13,9	19,3	7,4	25,4
nach Geschlecht								
Weiblich	37 110	49,9	26,8	17,6	9,0	10,6	6,3	29,7
Männlich	37 303	50,1	30,2	10,4	13,2	9,8	10,9	25,6
nach Familienstand								
Ledig	29 180	39,2	34,1	5,3	13,3	13,0	6,0	28,2
Verheiratet ¹	20 316	27,3	28,3	4,9	8,3	10,8	12,8	34,9
Verheiratet, getrennt lebend ..	6 243	8,4	18,9	40,2	7,1	6,5	8,5	18,7
Verwitwet	2 641	3,5	12,2	35,7	10,0	6,8	6,2	29,1
Geschieden	16 033	21,5	24,8	27,5	12,4	6,5	8,4	20,4
nach Alter								
von ... bis unter ... Jahren								
unter 25	6 387	8,6	31,1	3,5	6,9	19,4	2,0	37,1
25 – 35	19 075	25,6	33,2	10,2	8,4	14,1	4,8	29,4
35 – 45	19 447	26,1	28,3	18,2	10,7	8,6	9,9	24,3
45 – 55	17 700	23,8	28,6	17,4	13,8	6,5	10,8	22,8
55 – 65	8 222	11,0	25,5	14,0	14,8	6,0	13,6	26,0
65 – 70	1 897	2,5	8,4	13,9	14,5	8,6	12,3	42,2
70 und mehr	1 685	2,3	3,6	13,2	11,7	11,2	9,4	51,0

Personen, die in der **Überschuldungsstatistik** erfasst werden, müssen nicht zwangsläufig von absoluter Überschuldung (Verbraucherinsolvenz) betroffen sein. Zum Teil sind sie nur durch ihre finanziellen Probleme überfordert, oder es liegt lediglich eine vorübergehende Zahlungsstörung vor.

Grundsätzlich werden in der Überschuldungsstatistik nur jene Personen berücksichtigt, die sich bei den an der Statistik teilnehmenden Schuldnerberatungsstellen bereit erklärt haben, dass ihre Angaben für statistische Zwecke verwendet werden.

Ergebnisse der Überschuldungsstatistik.

1 Einschl. eingetragener Lebenspartnerschaften.

6.6 Überschuldung privater Personen und Verbraucherinsolvenzen

6.6.2 Durchschnittliche Schulden je Gläubigerart 2009

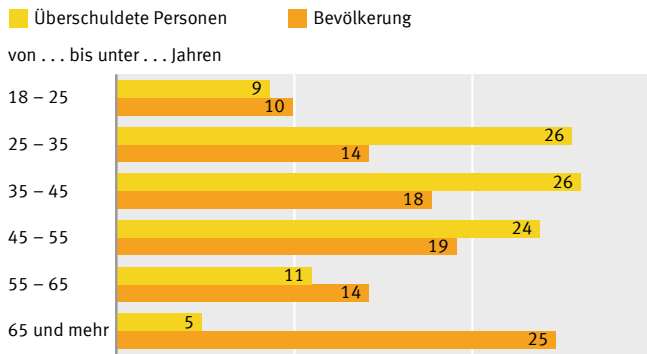
	Insgesamt	Durchschnittliche Schulden bei/aus								
		Kreditinstituten	Versandhäusern	öffentlichen Gläubigern	Inkassobüros	Telefongesellschaften	Vermietern/Vermieterinnen	Unterhaltsverpflichtungen	Privatpersonen	anderen Gläubigern
EUR										
Überschuldete Personen										
Insgesamt	34 704	19 584	628	2 838	3 287	810	923	377	767	5 491
nach Haushaltsgröße										
Haushalte mit ... Person(en)										
1	28 931	14 867	506	2 640	2 884	834	830	505	729	5 135
2	39 949	23 526	663	3 024	3 790	724	923	253	917	6 130
3	36 293	21 668	720	2 914	3 192	842	973	286	647	5 051
4	43 102	26 209	773	3 269	3 702	779	1 105	239	759	6 268
5 und mehr	40 983	24 483	985	2 722	3 960	951	1 256	350	758	5 518
nach Haushaltstyp										
Alleinlebende Frau	27 615	15 766	682	1 835	2 886	675	747	81	819	4 123
Alleinerziehende Frau										
mit 1 Kind	26 408	15 564	761	1 649	2 480	908	1 040	38	650	3 320
mit 2 Kindern	30 244	17 878	880	2 098	2 982	1 028	1 086	22	439	3 832
mit 3 und mehr Kindern	33 622	18 875	1 232	1 694	3 912	1 120	1 468	28	737	4 555
Alleinlebender Mann	29 209	13 917	400	3 116	2 918	883	877	770	654	5 674
Alleinerziehender Mann										
mit 1 Kind	40 801	23 685	541	3 391	3 736	910	1 059	800	1 069	5 610
mit 2 Kindern	62 893	28 219	518	17 159	6 905	730	1 063	633	529	7 137
mit 3 und mehr Kindern	45 730	24 926	523	5 990	4 368	969	1 340	740	537	6 336
Paar										
ohne Kind	50 022	30 342	619	3 846	4 657	587	857	394	1 078	7 642
mit 1 Kind	38 457	23 104	680	2 975	3 186	751	930	366	769	5 696
mit 2 Kindern	44 557	27 064	784	3 433	3 670	746	1 071	260	802	6 726
mit 3 und mehr Kindern	42 064	25 566	884	2 707	4 164	876	1 240	321	763	5 544
Sonstige Lebensform	23 646	11 016	533	2 114	1 732	1 443	922	223	532	5 130
nach Geschlecht										
Weiblich	31 624	19 023	807	1 883	3 139	778	923	62	720	4 288
Männlich	37 768	20 143	449	3 787	3 433	841	923	690	813	6 688
nach Familienstand										
Ledig	17 845	7 109	504	1 912	2 118	1 067	886	313	385	3 552
Verheiratet ¹	51 169	32 146	702	3 596	4 460	583	943	264	1 019	7 457
Verheiratet, getrennt lebend	52 438	34 436	637	3 277	3 323	791	963	382	1 334	7 296
Verwitwet	39 760	24 435	941	2 546	3 956	444	743	80	1 162	5 452
Geschieden	36 785	19 790	702	3 439	3 803	698	979	684	858	5 833
nach Alter										
von ... bis unter ... Jahren										
unter 25	7 511	1 684	470	651	877	1 374	534	39	78	1 804
25 – 35	18 684	7 960	639	1 799	2 024	1 118	1 013	250	349	3 531
35 – 45	38 020	22 151	644	2 984	3 496	804	1 056	641	829	5 415
45 – 55	45 632	26 954	655	3 760	4 135	593	964	513	1 056	7 002
55 – 65	54 565	33 675	599	3 760	5 075	370	815	168	1 167	8 937
65 – 70	56 410	33 000	661	4 873	5 838	263	563	39	1 876	9 297
70 und mehr	44 714	28 133	714	4 718	3 776	290	347	26	1 157	5 552

Ergebnisse der Überschuldungsstatistik.

1 Einschl. eingetragener Lebenspartnerschaften.

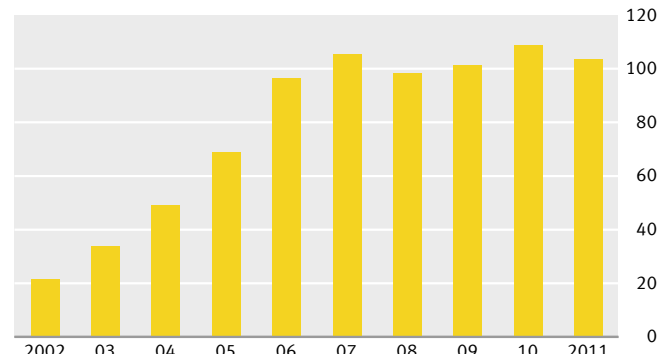
6.6 Überschuldung privater Personen und Verbraucherinsolvenzen

Überschuldete Personen nach Altersklassen 2009
im Vergleich zur entsprechenden Bevölkerung, in %



Ergebnisse der Überschuldungsstatistik und des Mikrozensus. 2012 - 01 - 0249

Verbraucherinsolvenzen
in 1 000



Ergebnisse der Insolvenzstatistik. 2012 - 01 - 0250

6.6.3 Verbraucherinsolvenzen nach Ländern 2011

	Insolvenzverfahren				Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum	Voraussichtliche Forderungen
	eröffnet	mangels Masse abgewiesen	Schuldenbereinigungsplan angenommen	Verfahren insgesamt		
	Anzahl				%	1 000 EUR
Deutschland	101 069	419	1 801	103 289	- 5,1	5 761 434
Baden-Württemberg	9 242	24	398	9 664	- 10,2	653 765
Bayern	10 724	22	152	10 898	- 4,0	634 981
Berlin	4 608	1	54	4 663	- 0,9	230 879
Brandenburg	4 052	20	30	4 102	- 4,0	188 658
Bremen	1 589	1	9	1 599	- 3,4	61 430
Hamburg	2 900	5	7	2 912	+ 0,9	111 574
Hessen	6 889	23	183	7 095	- 6,1	454 902
Mecklenburg-Vorpommern	2 109	11	79	2 199	- 2,8	88 835
Niedersachsen	13 738	47	192	13 977	- 3,5	660 422
Nordrhein-Westfalen	24 711	196	415	25 322	- 3,8	1 548 109
Rheinland-Pfalz	4 531	14	96	4 641	- 7,9	289 289
Saarland	1 684	0	32	1 716	+ 2,8	99 319
Sachsen	4 207	33	21	4 261	- 14,8	180 217
Sachsen-Anhalt	3 349	9	67	3 425	- 1,7	181 459
Schleswig-Holstein	4 347	12	53	4 412	- 4,4	247 198
Thüringen	2 389	1	13	2 403	- 11,6	130 397

Ergebnisse der Insolvenzstatistik.

Das **Verbraucherinsolvenzverfahren** ist ein mehrstufiges, vereinfachtes Insolvenzverfahren. Es soll dazu dienen, den Gläubigern die Befriedigung ihrer Forderungen zu ermöglichen. Ein vereinfachtes Verfahren kommt außer für Verbraucherinnen und Verbraucher auch für ehemals selbstständig Tätige zur Anwendung, deren Verhältnisse überschaubar sind (d. h. weniger als 20 Gläubiger und keine Verbindlichkeiten durch Arbeitsverhältnisse). Ein Verfahren wird **mangels Masse** eingestellt, wenn das Vermögen des Schuldners nicht ausreicht, um die Verfahrenskosten zu begleichen und dem Schuldner die Stundung der Verfahrenskosten nicht bewilligt wird (nur bei natürlichen Personen möglich). Vor der Einleitung eines vereinfachten Insolvenzverfahrens muss der Versuch unternommen werden, unter Aufsicht des Gerichts die Gläubiger mittels eines **Schuldenbereinigungsplans** zufriedener zu stellen. Der Plan gilt als angenommen, wenn die Gläubiger zustimmen. In diesem Fall findet kein Insolvenzverfahren statt und die Gläubiger werden nach den im Schuldenbereinigungsplan festgehaltenen Regeln befriedigt.

Methodik

■ Einkommen, Einnahmen, Ausgaben, private Konsumausgaben

Die privaten Haushalte erhalten ihre monatlichen Einkommen und Einnahmen aus unterschiedlichen Quellen. Im Wesentlichen sind dies Erwerbstätigkeit, Vermögen sowie öffentliche und nicht öffentliche Transferzahlungen. Von ihren Einnahmen müssen die Haushalte vielfältige Ausgaben bestreiten. Neben den Konsumausgaben gehören dazu auch Steuern und Sozialabgaben, Ausgaben für Versicherungen und Vermögensbildung sowie Kreditrückzahlungen. Einen großen Teil der monatlichen Ausgaben privater Haushalte machen die Aufwendungen für Käufe von Waren und Dienstleistungen – die privaten Konsumausgaben – aus. Diese umfassen neben den Ausgaben für die Grundbedürfnisse Essen, Wohnung und Bekleidung auch die Aufwendungen für Gesundheit, Freizeit, Bildung, Kommunikation, Verkehr sowie Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen.

Ergebnisse zu Einkommen, Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte liegen aus unterschiedlichen Erhebungen vor: der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe und den Laufenden Wirtschaftrechnungen. Die **Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS)** ist mit einem Erhebungsumfang von rund 60 000 Haushalten die größte freiwillige Haushaltserhebung. Sie findet alle fünf Jahre statt und ist aufgrund des großen Stichprobenumfangs in besonderem Maße geeignet, tief gegliederte Ergebnisse für die unterschiedlichen Haushaltsgruppen abzubilden. Bei den **Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR)** werden seit dem Erhebungsjahr 2005 jährlich rund 8 000 Haushalte befragt. Diese Haushalte werden als Unterstichprobe aus den Haushalten der letzten EVS ausgewählt.

An beiden Erhebungen beteiligen sich repräsentativ ausgewählte private Haushalte in Deutschland auf freiwilliger Basis. Personen in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften sowie Obdachlose nehmen nicht teil. Ebenso bleiben Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 18 000 Euro und mehr unberücksichtigt, da diese in der Regel nicht in so ausreichender Zahl an der Erhebung teilnehmen, dass gesicherte Aussagen über ihre Lebensverhältnisse getroffen werden können. Für die LWR ist nach den gesetzlichen Vorgaben eine Einbeziehung der Haushalte von Selbstständigen sowie Landwirtinnen und -wirten nicht zulässig. Im EVS-Jahr 2008 fand keine eigenständige LWR-Erhebung statt. Zwischen der EVS, den LWR und dem Mikrozensus besteht eine enge Verknüpfung: Der Mikrozensus wird zur Bestimmung des Quotenplans von EVS und LWR herangezogen und dient außerdem als Anpassungsrahmen für die Hoch- und Fehlerrechnung von EVS und LWR.

Die Angaben zu Einkommen und Einnahmen sowie Ausgaben privater Haushalte einschließlich deren Konsumausgaben (Tabellen 6.1) resultieren aus den Ergebnissen des „Haushaltsbuches“ der LWR 2010.

■ Ausstattung

Die privaten Haushalte besitzen unterschiedliche Gebrauchsgüter. Die Palette reicht von Fahrzeugen über Geräte der Unterhaltungselektronik und der Informations- und Kommunikationstechnik bis hin zu Haushalts- und Sportgeräten. Die Ergebnisse werden dargestellt als **Ausstattungsgrad** (Anteil der Haushalte, die über das jeweilige Gut verfügen) und als **Ausstattungsbestand** (Anzahl des jeweiligen Gutes in 100 Haushalten). Die technologische Entwicklung beeinflusst die Auswahl der erfragten Güter. „Traditionelle“ Güter wie Pkw, Fernseher, Telefon und Waschmaschine werden bereits seit vielen Jahren erfasst. Einige Güter, z. B. MP3-Player und Navigationsgeräte, wurden in den letzten Jahren neu in die Abfrage bei den Haushalten aufgenommen. Bei anderen Gütern, wie Telefon, PC und Fotoapparat, erfolgte eine Differenzierung bei der Abfrage in stationäre und mobile bzw. analoge und digitale Geräte.

Die Daten über die Ausstattung privater Haushalte mit ausgewählten Gebrauchsgütern (Tabellen 6.2) stammen aus den Angaben der Privathaushalte in der Erhebungsunterlage „Allgemeine Angaben“ der LWR 2011. Nähere Informationen zur Methodik der LWR siehe obige Ausführungen unter Abschnitt „Einkommen, Einnahmen, Ausgaben, private Konsumausgaben“.

■ Verbrauch an ausgewählten Nahrungs- und Genussmitteln

Tabelle 6.3.4 enthält, mit Ausnahme der Angaben für Wein, Ergebnisse der **Verbrauchssteuerstatistiken** über die versteuerten Mengen ausgewählter Genuss- und Nahrungsmittel. Bei Tabakerzeugnissen und Bier fließen in die Berechnung des Verbrauchs auch solche Naturalien ein, die an die Beschäftigten der betreffenden Branchen steuerfrei gewährt wurden (Deputate, Haustrunk). Der tatsächliche Verbrauch differiert von den versteuerten Mengen um die Veränderungen der Bestände beim Handel und auf dem Transport.

Den in Tabelle 6.3.2 dargestellten Nahrungsmittelverbrauch je Einwohnerin und Einwohner ermittelt das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz bzw. die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung anhand der sogenannten Ernährungsbilanzen.

■ Einschätzung der Lebenssituation, Armut

Einkommen, Armut und finanzielle Kapazitäten werden in der europaweit durchgeführten Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (englisch: European Union Statistics on Income and Living Conditions, EU-SILC) erfragt. In Deutschland wird die Erhebung unter der Bezeichnung **LEBEN IN EUROPA** durchgeführt. Themen der Befragung sind neben den verschiedenen, sehr differenziert erfassten Bestandteilen des Einkommens (z. B. Erwerbseinkommen, Einkommen aus staatlichen Transferleistungen) weitere Angaben zu wichtigen Lebensbereichen, wie etwa zur Wohnsituation der Bevölkerung und zu anderen Einzelaspekten der materiellen und sozialen Teilhabe.

Europäische Rechtsgrundlage für die Erhebung ist die EU-Verordnung 1177/2003 des Europäischen Parlamentes und des Rates. Daneben enthalten eine Reihe von weiteren Verordnungen der Europäischen Kommission detaillierte Angaben zur Durchführung der Erhebung (Definitionen, Feldarbeit, Imputation, Stichprobenauswahl und Weiterbefragung, Verzeichnis der primären Zielvariablen, Qualitätsberichte). Für die Durchführung der nationalen Erhebung gelten in Deutschland die genannten EU-Verordnungen in Verbindung mit dem Bundesstatistikgesetz (BStaTG) vom 22.1.1987. Die Erteilung der Auskunft ist freiwillig.

Für die Statistik gelten in allen Mitgliedstaaten einheitliche Definitionen sowie methodische Mindeststandards. Erhebungsziel ist die Bereitstellung EU-weit harmonisierter und vergleichbarer Mikrodaten und Indikatoren zur Messung von Lebensbedingungen, Armut und sozialer Ausgrenzung in der Europäischen Union. Die Indikatoren dienen als Entscheidungsgrundlage für die nationale und europäische Sozialpolitik. Hauptnutzer der Erhebungsergebnisse sind die Europäische Kommission, der Europäische Sozialschutzausschuss und auf nationaler Ebene das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS).

Für **LEBEN IN EUROPA** werden in Deutschland jährlich rund 13 000 bis 14 000 private Haushalte innerhalb der ersten Jahreshälfte schriftlich befragt. Ein Haushalt wird dabei jeweils in vier aufeinander folgenden Jahren befragt, was eine Auswertung der Ergebnisse im Längsschnitt erlaubt. Die Stichprobe für die Erhebung wird grundsätzlich als Zufallsauswahl gezogen. Eine Ausnahme bildeten in Deutschland die ersten drei Erhebungsjahre (2005, 2006 und 2007), in denen ein Teil der Stichprobe als Quotenstichprobe mit Haushalten realisiert wurde, die bereits an anderen freiwilligen Haushaltsbefragungen teilgenommen haben. Auswahlgrundlage für die Zufallsstichprobe von **LEBEN IN EUROPA** ist die Dauerstichprobe befragungsbereiter Haushalte (**HAUSHALTE HEUTE**).

Die erhobenen Daten werden anhand des Mikrozensus auf die Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik Deutschland hochgerechnet. Als Hochrechnungsmerkmale dienen u. a. das Geschlecht, das Alter, das Haushaltsnettoeinkommen sowie der Haushaltstyp.

Armut nach Ländern

Zur Berechnung der Armut nach Ländern wird der **Mikrozensus** herangezogen. Der Mikrozensus („kleine Volkszählung“) ist die größte Haushaltsbefragung der amtlichen Statistik und dient dazu, die Lücke zwischen zwei Volkszählungen zu schließen. Die Erhebung basiert auf einer 1 %-Stichprobe der Bevölkerung Deutschlands und findet kontinuierlich über das Jahr verteilt statt. Der Mikrozensus liefert statistische Informationen in tiefer fachlicher und regionaler Gliederung über die Bevölkerungsstruktur sowie über die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung (siehe hierzu auch „Mikrozensus mit integrierter EU-Arbeitskräfteerhebung“ in der „Methodik“ des Kapitels 13 „Arbeitsmarkt“).

Im Gegensatz zur deutschen EU-SILC-Erhebung, deren Ziel die präzise Ermittlung von nationalen Sozialindikatoren für das gesamte Bundesgebiet ist, erlaubt der Mikrozensus aufgrund seines großen Stichprobenumfangs auch für die Länder Analysen zur relativen Einkommensarmut in tiefer fachlicher und regionaler Gliederung. Mit der Bereitstellung solcher Indikatoren aus dem Mikrozensus kann daher dem wachsenden Bedarf nach vergleichbaren Indikatoren auf Bundes- und Länderebene Rechnung getragen werden. Die **Armuts- und Sozialindikatoren aus dem Mikrozensus** stehen im Rahmen der amtlichen Sozialberichterstattung des Bundes und der Länder auf dem gemeinsamen Statistikportal zur Verfügung.

Wenngleich den Berechnungen zur Ermittlung von Armutsindikatoren aus beiden Erhebungen (EU-SILC, Mikrozensus) dieselben europäischen Definitionen zugrunde liegen, sind die in diesem Kapitel dargestellten Sozialindikatoren aus dem Mikrozensus dennoch grundsätzlich **nicht mit denen aus EU-SILC vergleichbar**. Es handelt sich um zwei voneinander unabhängige Erhebungen mit unterschiedlichen Erhebungszwecken, bei denen insbesondere die für die Armutsberechnungen bedeutsame Art der Einkommenserfassung völlig unterschiedlich ist. Nähere Informationen zur Einkommenserfassung im Mikrozensus und den daraus resultierenden Berechnungsmethoden bei der Ermittlung von Armutsgefährdung enthält das „Glossar“ dieses Kapitels.

Die Tabellen 6.5.3 und 6.5.4 zeigen Schwellenwerte für Armutsgefährdung und Armutsgefährdungsquoten nach Ländern aus dem Mikrozensus. Tabelle 6.5.4 differenziert dabei zwischen dem National- und dem Regionalkonzept. Nähere Informationen hierzu finden Sie ebenfalls im „Glossar“.

■ Überschuldung privater Personen und Verbraucherinsolvenzen

Die **Überschuldungsstatistik** ist eine freiwillige Erhebung, die auf den Angaben von Schuldnerberatungsstellen basiert. Die Erhebung hat die Aufgabe, Angaben über Personen bereitzustellen, die sich in einer schwierigen finanziellen Situation befinden und deshalb die Dienste einer Schuldnerberatungsstelle in Anspruch nehmen. Die beratenen Personen müssen nicht zwangsläufig von absoluter Überschuldung (Verbraucherinsolvenz) betroffen sein. Zum Teil sind die Klientinnen und Klienten der Schuldnerberatungsstellen auch nur durch ihre finanziellen Probleme überfordert, oder es liegt lediglich eine vorübergehende Zahlungsstörung vor.

Für die Erhebung ausgewählt wurden die rund 1 000 Beratungsstellen, die unter der Trägerschaft der Wohlfahrts- und Verbraucherverbände oder Kommunen stehen oder Mitglied in einem dieser Verbände sind. Nicht einbezogen werden die privaten und kommerziellen Beratungsstellen. Im Beratungsjahr 2009 haben 236 Beratungsstellen an der freiwilligen Erhebung teilgenommen.

Die Überschuldungsstatistik liefert Angaben über die sozioökonomischen Strukturen der von Schuldnerberatungsstellen betreuten Personen. Ferner erfasst sie Daten über die Art und Höhe des Einkommens und der Schulden sowie über die Auslöser der Überschuldung privater Personen.

Rückschlüsse auf die Gesamtzahl der überschuldeten Personen in Deutschland lassen sich aus der Überschuldungsstatistik nicht ableiten.

Insolvenzstatistik

Das Insolvenzverfahren dient dazu, einen gerechten Ausgleich zwischen überschuldeten oder zahlungsunfähigen Schuldnern und ihren Gläubigern zu schaffen. Es wird im Wesentlichen zwischen Regelinsolvenzverfahren für Unternehmen sowie vereinfachten Verfahren für Verbraucherinnen und Verbraucher und ehemals selbstständig Tätige mit überschaubaren Verhältnissen unterschieden. Das vorliegende Kapitel stellt lediglich Angaben zu den Verbraucherinsolvenzverfahren dar. Informationen zu den Unternehmensinsolvenzen sowie den übrigen Arten von Insolvenzverfahren finden Sie im Kapitel 20 „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“.

In Bezug auf Verbraucherinsolvenzverfahren erfasst die **Insolvenzstatistik** Merkmale wie die Anzahl der bei den Gerichten angemeldeten Verfahren und die Höhe der voraussichtlichen Forderungen. Neben den im vorliegenden Kapitel dargestellten Jahresergebnissen liegen auch monatliche Angaben vor. Die Statistik beruht auf den Angaben der Gerichte.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken finden sie in unseren „Qualitätsberichten“ (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

Glossar

Äquivalenzeinkommen | *EU-SILC* | Das Äquivalenzeinkommen ist eine fiktive Rechengröße. Sie wird verwendet, um das Einkommen von Personen vergleichbar zu machen, die in Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung leben. Jeder einzelnen Person im Haushalt wird ein Äquivalenzeinkommen zugeordnet. Dazu wird das Haushaltseinkommen auf die Personen des Haushalts nach einem Gewichtungsschlüssel (Äquivalenzskala) verteilt, der unterschiedliche Haushaltsstrukturen berücksichtigt sowie den Umstand, dass Personen in einem Haushalt durch das Zusammenleben Einspareffekte bei den laufenden Kosten erzielen (z. B. durch gemeinsame Nutzung von Wohnraum oder Haushaltsgeräten). EU-SILC verwendet als Gewichtungsskala die sogenannte „modifizierte OECD-Skala“, nach der die erste erwachsene Person das Gewicht 1 erhält. Jede weitere Person erhält ein Gewicht, das die Größenordnung des Mehrbedarfs berücksichtigen soll, der durch diese Person entsteht: Weitere Erwachsene und Kinder ab 14 Jahren erhalten das Gewicht 0,5 und Kinder unter 14 Jahren das Gewicht 0,3. Das Äquivalenzeinkommen ergibt sich aus dem Haushaltseinkommen, indem dieses durch die Summe der Gewichte dividiert wird. Es bildet die Grundlage für die Berechnung der Armutsgefährdung in der Bevölkerung.

Mikrozensus | Um Indikatoren zur Armutsgefährdung (Äquivalenzeinkommen, Armutsgefährdungsschwelle und -quote) zu ermitteln, verwendet der Mikrozensus dieselben Definitionen wie EU-SILC. Auch hier wird das Median-Äquivalenzeinkommen berechnet, um die Armutsgefährdungsschwelle zu ermitteln. Zunächst wird jeder Person eine Äquivalenzklasse zugewiesen, indem man die Ober- und Untergrenze der Klasse, in der das jeweilige Haushaltsnettoeinkommen liegt, durch die Summe der Bedarfsgewichte aller Haushaltsmitglieder („Äquivalenzgewicht“) teilt. Das personenbezogene Äquivalenzeinkommen liegt zwischen den so ermittelten Grenzen. Unter Annahme der Gleichverteilung innerhalb der Äquivalenzklassen werden die in eine Klasse fallenden Personen gleichmäßig zwischen den ermittelten Grenzen verteilt. Ihnen wird als Hilfswert ein spitzer Eurobetrag zugewiesen, über den dann der Median berechnet werden kann. Die Armutsgefährdungsschwelle liegt, wie bei EU-SILC, bei 60 % des Medianwertes. Eine spezifische Armutsgefährdungsschwelle für jeden Haushaltstyp erhält man, indem man den Schwellenwert mit dem jeweiligen Äquivalenzgewicht des Haushalts multipliziert.

Armutsgefährdung | *EU-SILC* | Allgemein bezeichnet Armut eine Situation wirtschaftlichen Mangels, die verhindert, ein angemessenes Leben zu führen. Da in Deutschland das durchschnittliche Wohlstandsniveau deutlich über dem physischen Existenzminimum liegt, betrachtet man in Deutschland und der EU meist „relative Armut“. Danach ist armutsgefährdet, wer im Vergleich zur Mehrheit der Bevölkerung eine bestimmte Einkommensgrenze (Schwellenwert) unterschreitet. Bei der Erhebung EU-SILC ist der **Schwellenwert für Armutsgefährdung** definiert als 60 % des Median-Äquivalenzeinkommens der Gesamtbevölkerung. Personen mit einem Äquivalenzeinkommen, das unter diesem Schwellenwert liegt, gelten als armutsgefährdet. Das Äquivalenzeinkommen ist dabei ein aus dem verfügbaren Haushaltseinkommen abgeleitetes Netto-Äquivalenzeinkommen. Die **Armutsgefährdungsquote** gibt den Anteil der Personen an, deren Äquivalenzeinkommen geringer ist als 60 % des Median-Äquivalenzeinkommens der Gesamtbevölkerung. Sind staatliche Sozialleistungen im zugrunde liegenden Einkommen mit enthalten, so spricht man von der **Armutsgefährdungsquote nach Sozialtransfers**, sonst von der Armutsgefährdungsquote vor Sozialtransfers.

Mikrozensus | Der Mikrozensus ermittelt die Armutsgefährdungsquote über den Hilfswert der **Armutswahrscheinlichkeit**. Als „armutsgefährdet“ gelten alle Personen, deren Haushaltsnettoeinkommen in einer Einkommensklasse liegt, deren Obergrenze kleiner ist als die haushaltsspezifische Armutsgefährdungsschwelle. Ihnen wird eine Armutswahrscheinlichkeit von „1“ zugewiesen. Als „nicht armutsgefährdet“ gelten dagegen alle Personen mit Klassenuntergrenzen oberhalb der Armutsgefährdungsschwelle (Armutswahrscheinlichkeit = 0). Personen, deren Haushaltsnettoeinkommen in der Einkommensklasse liegt, in die auch die haushaltsspezifische Armutsgefährdungsschwelle fällt, können weder pauschal als „einkommensarm“ noch als „nicht einkommensarm“ klassifiziert werden. In diesen Fällen liegt die Armutswahrscheinlichkeit – je nach Abstand zu den Klassengrenzen – zwischen 0 und 1.

Armutsmessung, regionalisierte | Grundlage der Armutsmessung nach dem **Nationalkonzept** ist eine einheitliche Armutsgefährdungsschwelle für alle Länder, die 60 % des Bundesmedians entspricht. Der Bundesmedian wird auf Basis des mittleren Einkommens im gesamten Bundesgebiet errechnet. Damit spiegeln die Armutsgefährdungsquoten im Wesentlichen die Unterschiede im Einkommensniveau zwischen den Regionen (hier Länder) wider. Nach dem **Regionalkonzept** wird die Armutsgefährdung an einer landesspezifischen Armutsgefährdungsschwelle auf Basis des jeweiligen Landesmedian gemessen. Der Landesmedian wird auf Basis des mittleren Einkommens im jeweiligen Land errechnet. Damit spiegeln die Armutsgefährdungsquoten im Wesentlichen die Unterschiede im Einkommensniveau innerhalb der Region (hier Land) wider.

Auf- und Abrundungen | *LWR* | Die maschinell erstellten Ergebnisse wurden bei der Hochrechnung ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- beziehungsweise abgerundet. Bei der Summierung von Einzelangaben sind daher geringfügige Abweichungen in der Endsumme möglich.

Ausgabefähige Einkommen und Einnahmen | *LWR* | Diese werden ermittelt, indem zum Haushaltsnettoeinkommen die Einnahmen aus dem Verkauf von Waren (z. B. Verkauf von Gebrauchtwagen) sowie die sonstigen Einnahmen (z. B. Einnahmen aus der Rückgabe von Leergut und Flaschenpfand) addiert werden. Die ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen werden auch als verfügbares Einkommen bezeichnet. Im verfügbaren Einkommen nicht enthalten sind Einnahmen aus der Auflösung und Umwandlung von Vermögen (Sach- und Geldvermögen) sowie aus Kreditaufnahme.

Ausstattungsbestand | Der Ausstattungsbestand ist das statistische Maß dafür, wie viele Güter in 100 Haushalten vorhanden sind. Beispielsweise bedeutet ein Ausstattungsbestand von 114 Mobiltelefonen je 100 Haushalte, dass einige Haushalte mehr als ein Mobiltelefon besitzen. Bei einer Mehrfachausstattung ist der Ausstattungsbestand größer als der Ausstattungsgrad. Rechnerisch ermittelt sich der Ausstattungsbestand durch die Anzahl der in den Haushalten vorhandenen jeweiligen Gebrauchsgüter, bezogen auf die Zahl der hochgerechneten Haushalte multipliziert mit 100.

Ausstattungsgrad | *LWR* | Der Ausstattungsgrad ist das statistische Maß dafür, wie viele Haushalte ein bestimmtes Gut besitzen. Beispielsweise bedeutet ein Ausstattungsgrad von 73 % Mobiltelefonen, dass 73 von 100 Haushalten mindestens ein Mobiltelefon haben. Rechnerisch ermittelt sich der Ausstattungsgrad durch die Anzahl der Haushalte mit dem jeweiligen Gebrauchsgut, bezogen auf die Zahl der hochgerechneten Haushalte multipliziert mit 100.

Auswahlgrundlage | Die Auswahlgrundlage für den Mikrozensus sind Privathaushalte am Ort der Hauptwohnung.

Deprivationsindikatoren, haushaltsbezogene nicht monetäre | Dies sind in EU-SILC subjektive, nicht monetär (d. h. in Euro) gemessene Indikatoren zur Abbildung materieller und/oder sozialer Entbehrung (Deprivation) der Privathaushalte in verschiedenen Lebensbereichen (z. B. „selbst eingeschätzte Wohnsituation des Haushalts“ und „selbst eingeschätzte finanzielle Situation des Haushalts“).

Einkommenserfassung | Die Einkommenserfassung im Mikrozensus erfolgt über sogenannte Klassen und unterscheidet sich hierin erheblich von der Einkommenserfassung in EU-SILC. Das persönliche Nettoeinkommen der einzelnen Haushaltsmitglieder sowie die Summe sämtlicher Einkommen des Haushalts bzw. der Haushaltsmitglieder (Haushaltsnettoeinkommen) werden im Mikrozensus durch Selbsteinstufung in 24 Einkommensklassen erhoben. Bei dieser Art der Erfassung berücksichtigen die Befragten vor allem umfangreichere und regelmäßig eingehende Einkommensbestandteile, während sie unregelmäßig eingehende und anteilmäßig geringe Einkommensbestandteile eher vernachlässigen. Diese Unterschätzung des Nettoeinkommens ist bei der Interpretation des Äquivalenzeinkommens und den weiteren, darauf basierenden Berechnungen zur Armutsgefährdung zu berücksichtigen. Das Verfahren zur Ermittlung von Armutsgefährdungsquote und Armutsgefährdungsschwelle muss daher diesen klassierten Einkommensdaten gerecht werden.

Erwerbsstatus | Die Zuweisung des Erwerbsstatus in EU-SILC erfolgt aufgrund der Selbsteinschätzung der Befragten. Es gilt der Erwerbsstatus, den die oder der Befragte über einen Zeitraum von mehr als sechs Monaten im Vorjahr der Erhebung (Einkommensbezugsjahr) innehatte.

Die Unterteilung erfolgt in:

- Vollzeitberufstätig: Personen in Vollzeitberufstätigkeit, in Altersteilzeit oder in betrieblicher Berufsausbildung
- Teilzeiterwerbstätig: Personen in Teilzeit einschließlich Personen in betrieblicher Berufsausbildung, sofern diese in Teilzeit ausgeübt wird
- Arbeitslos: Personen, die arbeitslos oder arbeitsuchend sind
- Ruhestand: Personen im Ruhestand (Rentnerinnen und Rentner bzw. Pensionärinnen und Pensionäre)
- Sonstig nicht erwerbstätig: Personen in Ausbildung (Schule, Studium), Hausfrauen oder -männer oder aus anderen Gründen nicht Erwerbstätige

Haupteinkommensperson | *LWR* | Durch die Festlegung einer Haupteinkommensperson lassen sich Mehrpersonenhaushalte nach unterschiedlichen Merkmalen (z. B. Alter, Geschlecht, Familienstand, soziale Stellung) einheitlich gliedern. Als Haupteinkommensbezieherin bzw. -bezieher gilt grundsätzlich die Person (ab 18 Jahren) mit dem höchsten Beitrag zum Haushaltsnettoeinkommen.

Haushalt, Haushaltsgröße | *LWR* | Eine Einzelperson mit eigenem Einkommen, die für sich allein wirtschaftet, bildet ebenso einen Haushalt wie eine Gruppe von verwandten oder persönlich verbundenen (auch familienfremden) Personen, die sowohl einkommens- als auch verbrauchsmäßig zusammengehören. Diese müssen in der Regel zusammenwohnen und über ein oder mehrere Einkommen oder über Einkommensteile gemeinsam verfügen sowie voll oder überwiegend in einer gemeinsamen Hauswirtschaft versorgt werden. Zeitweilig vom Haushalt getrennt lebende Personen gehören zum Haushalt, wenn sie überwiegend von Mitteln des Haushalts leben oder wenn sie mit ihren eigenen Mitteln den Lebensunterhalt des Haushalts bestreiten. Haus- und Betriebspersonal, Untermieterinnen und Untermieter sowie Kostgängerinnen und Kostgänger zählen nicht zum Haushalt, in dem sie wohnen bzw. verpflegt werden. Das Gleiche gilt für Personen, die sich nur zu Besuch im Haushalt befinden. Generell nicht in die Erhebung einbezogen sind Personen in Gemeinschaftsunterkünften und Anstalten. Neben Personen in Alters- und Pflegeheimen gehören dazu Angehörige der Bereitschaftspolizei, der Bundespolizei und der Bundeswehr, soweit diese nicht einen ständigen Wohnsitz außerhalb der Kaserne haben. Obdachlose nehmen nicht an der Erhebung teil. Ergebnisse für Haushalte, deren monatliches Einkommen 18 000 Euro und mehr beträgt, bleiben unberücksichtigt, da diese nicht bzw. in viel zu geringer Zahl an der Erhebung teilnehmen. Für die *LWR* ist nach den gesetzlichen Vorgaben eine Einbeziehung der Haushalte von Selbstständigen sowie Landwirtinnen und -wirten nicht zulässig. Die aus dem Mikrozensus ermittelte hochgerechnete Zahl der Privathaushalte liegt generell höher als die der *LWR*, weil im Mikrozensus Haushalte sowohl am Haupt- als auch an den Nebenwohnsitzen erfasst werden, in der *LWR* aber nur private Haushalte am Ort der Hauptwohnung.

EU-SILC | Ein Privathaushalt am Hauptwohnsitz, bestehend aus einer alleinlebenden Person oder mehreren Personen, die zusammenwohnen, ihren Lebensunterhalt gemeinsam finanzieren und ihre Ausgaben teilen (Artikel 2, Buchstabe f der EU-Verordnung Nr. 1177/2003 für EU-SILC). Zum Haushalt gehören alle Personen, die in der Regel mindestens sechs Monate im Jahr anwesend oder mit erstem Wohnsitz an der Adresse des Haushalts gemeldet sind. Personen, die in Anstalts- oder Gemeinschaftshaushalten leben (Wohnheim, Altenheim, Gefängnis usw.), werden nicht befragt.

Haushaltsbruttoeinkommen | *LWR* | Alle Einnahmen des Haushalts aus (selbstständiger und unselbstständiger) Erwerbstätigkeit, aus Vermögen, aus öffentlichen und nicht öffentlichen Transferzahlungen sowie aus Untervermietung bilden das Haushaltsbruttoeinkommen. Die Erfassung der Bruttoeinkommen aus Erwerbstätigkeit sowie der öffentlichen Transferzahlungen erfolgt personenbezogen, d. h. für jedes Haushaltsmitglied einzeln. Zum Bruttoeinkommen aus Erwerbstätigkeit zählen Sonderzahlungen, Weihnachtsgeld, 13./14. Monatsgehalt und Urlaubsgeld. Das Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Erwerbstätigkeit enthält keine Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung. Einkünfte aus nicht öffentlichen Transferzahlungen

(außer Betriebs- und Werksrenten), Vermietung und Verpachtung sowie aus Vermögen werden nicht personenbezogen, sondern für den Haushalt insgesamt erfasst. In die Einnahmen aus Vermögen wurde – internationalen Gepflogenheiten folgend – eine sogenannte „unterstellte Eigentümermiete“ eingerechnet. Hierbei wird deren Nettowert berücksichtigt. Das heißt, Aufwendungen für die Instandhaltung des selbstgenutzten Wohneigentums werden vom errechneten Eigentümermietwert abgezogen. In Einzelfällen kann dies bei entsprechend hohen Aufwendungen einzelner Haushalte zur Nachweisung negativer Eigentümermietwerte bzw. Vermögenseinnahmen führen.

EU-SILC | Das Haushaltsbruttoeinkommen besteht aus den haushaltsbezogenen Komponenten des Bruttoeinkommens und der Summe der Bruttoeinkommen aller Haushaltsmitglieder.

Zum Haushaltbruttoeinkommen zählen:

- Einkommen aus Vermietung und Verpachtung
- Familienleistungen (z. B. Kindergeld) und Wohnungsbeihilfen
- Sozialgeld, Sozialhilfe, bedarfsorientierte Grundsicherung
- Regelmäßig empfangene Geldtransfers zwischen Privathaushalten (z. B. Unterhaltszahlungen)
- Zinsen, Dividenden und Gewinne aus Kapitalanlagen
- Einkünfte von Haushaltsmitgliedern unter 16 Jahren

Zum Personenbruttoeinkommen zählen:

- Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Tätigkeit in Form von Geld oder geldwerten Sachleistungen und/oder Sachleistungen (z. B. Firmenwagen)
- Bruttogewinne und -verluste aus selbstständiger Tätigkeit in Form von Geldleistungen (einschließlich Lizenzgebühren)
- Arbeitslosengeld I und II, Übertragungen der Arbeitsförderung
- Alters- und Hinterbliebenenleistungen
- Krankengeld und Invaliditätsleistungen
- Ausbildungsbezogene Leistungen

Haushaltsnettoeinkommen | *LWR* | Es errechnet sich, indem vom Haushaltsbruttoeinkommen Einkommensteuer, Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag sowie die Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung abgezogen werden. Zu den Pflichtbeiträgen zur Sozialversicherung zählen die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, zur gesetzlichen Rentenversicherung, zur gesetzlichen und seit dem 1.1.2009 auch die Beiträge zur freiwilligen und privaten Krankenversicherung sowie zur gesetzlichen und privaten Pflegeversicherung. Zum Haushaltsbruttoeinkommen addiert werden seit dem 1.1.2009 die Arbeitgeberzuschüsse zur freiwilligen oder privaten Krankenversicherung und zur Pflegeversicherung bei freiwilliger oder privater Krankenversicherung sowie Zuschüsse der Rentenversicherungsträger zur freiwilligen oder privaten Krankenversicherung.

EU-SILC | Das gesamte verfügbare Haushaltseinkommen ergibt sich aus dem gesamten Haushaltsbruttoeinkommen nach Abzug von regelmäßigen Vermögenssteuern, regelmäßig geleisteten Geldtransfers zwischen privaten Haushalten, Einkommensteuern und Sozialbeiträgen.

Haushaltstyp | *LWR* | Ergebnisse werden für folgende Haushaltstypen nachgewiesen:

- Alleinlebende Frauen und Männer
- Alleinerziehende mit Kind(ern)
- (Ehe-)Paare ohne Kind bzw. mit Kind(ern)
- Sonstige Haushalte, in denen es über die in den vorstehenden Haushaltstypen genannten Personen hinaus weitere Haushaltsmitglieder gibt (z. B. Schwiegereltern, volljährige Kinder)

Als Kinder zählen alle ledigen Kinder unter 18 Jahren – auch Adoptiv- und Pflegekinder – der Haupteinkommenspersonen oder derer (Ehe-)Partnerinnen und Partner bzw. gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerinnen und -partner. Bei der Auswertung sind die nichtehelichen Lebensgemeinschaften einschließlich der gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften den Ehepaaren gleichgestellt.

EU-SILC | Die Unterteilung erfolgt bei EU-SILC gemäß EU-Definition in:

Haushalte ohne abhängige Kinder

- Alleinlebende Frau bzw. alleinlebender Mann
- Ein Erwachsener unter 65 Jahren
- Ein Erwachsener im Alter von 65 Jahren und mehr
- Zwei Erwachsene, einer 65 Jahre und mehr
- Zwei Erwachsene, beide unter 65 Jahren

– Andere Haushalte ohne abhängige Kinder

Haushalte mit abhängigen Kindern

- Alleinerziehender Elternteil mit einem oder mehr abhängigen Kindern
- Zwei Erwachsene mit einem, zwei bzw. drei oder mehr abhängigen Kind(ern)
- Andere Haushalte mit abhängigen Kindern

Abhängige Kinder sind Personen unter 18 Jahren sowie Personen im Alter von 18 bis 24 Jahren, sofern sie nicht erwerbstätig oder nicht arbeitsuchend sind und mit mindestens einem Elternteil zusammenleben.

Mangels Masse abgewiesen | Ein Verfahren wird mangels Masse eingestellt, wenn das Vermögen eines Schuldners nicht ausreicht, um die Verfahrenskosten zu begleichen und dem Schuldner die Stundung der Verfahrenskosten nicht bewilligt wird. Dies ist nur bei natürlichen Personen möglich.

Median | Der Median ist der mittlere Wert in einer aufsteigend sortierten Folge von Werten (hier: Werte des Äquivalenzeinkommens).

Median-Äquivalenzeinkommen | In der Mitte liegender Wert in der aufsteigend sortierten Folge der Äquivalenzeinkommen.

Nahrungsverbrauch | Der Nahrungsverbrauch bezeichnet die insgesamt für den Verbrauch zur Verfügung stehende, nicht aber die tatsächlich verzehrte Menge.

Private Konsumausgaben | Den größten Teil ihres ausgabenfähigen Einkommens verwenden die privaten Haushalte für Konsumausgaben. Das sind im Einzelnen die Ausgaben für Essen, Wohnen, Bekleidung, Gesundheit, Freizeit, Bildung, Kommunikation, Verkehr sowie Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen. Die Ermittlung der privaten Konsumausgaben in den Wirtschaftsrechnungen erfolgt auf Grundlage des sogenannten Marktentnahmekonzepts. Das bedeutet, es werden ausschließlich die Ausgaben für Käufe von Waren und Dienstleistungen nachgewiesen, die am Markt realisiert werden (können). Dazu zählen auch bestimmte unterstellte Käufe, wie der Mietwert von Eigentümerwohnungen, Sachleistungen von Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern zu Gunsten ihrer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Sachentnahmen von Selbstständigen aus dem eigenen Betrieb. Der private Konsum nach dem Marktentnahmekonzept umfasst auch die Käufe von Sachgeschenken für haushaltsfremde Personen sowie die Ausgaben für den eigenen Garten und für die Kleintierhaltung (z. B. für den Kauf von Sämereien oder von Futter).

Bei im Haushalt selbst produzierten oder zubereiteten Gütern erscheint dem Marktentnahmekonzept zufolge nur der Wert der bezogenen Materialien, Substanzen, Zutaten usw. Nicht erfasst wird der Wertzuwachs durch die Be- oder Verarbeitung im Haushalt. Ebenfalls nicht erfasst werden Sachgeschenke anderer privater Haushalte. Eine Ausnahme bilden lediglich sogenannte Deputate (z. B. Bier für Brauerei-beschäftigte, Energie/Brennstoffe für Beschäftigte im Bergbau und in Energie-unternehmen). Diese Sachleistungen werden mit Durchschnittspreisen bewertet und den entsprechenden Ausgaben für den privaten Konsum hinzugerechnet. Güter, die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber an ihre Beschäftigten zu Vorzugspreisen abgeben, werden auch nur in dieser Höhe verbucht.

Die privaten Konsumausgaben enthalten keine Zahlung von direkten Steuern, Versicherungen, Übertragungen an andere private Haushalte oder Organisationen sowie die Tilgung und Verzinsung von Krediten. Das Gleiche gilt für die Käufe von Grundstücken und Gebäuden sowie die Ausgaben für die Bildung von Geldvermögen.

Schulabschluss, höchster | Aktueller Bildungsstatus einer Person nach der Klassifikation ISCED („International Standard Classification of Education“).

Die Unterteilung erfolgt in:

ISCED 0, 1 und 2: Vorschule, Primärbereich und Sekundarstufe I

- Stufe 0: Kindergarten
- Stufe 1 (Primarstufe): Grundschule
- Stufe 2 (Sekundarstufe I): Hauptschule, Realschule, Gymnasium (Klassen 5-10)

ISCED 3 und 4: Sekundarstufe II und Post-Sekundarbereich

- Stufe 3 (Sekundarstufe II): Gymnasium (Klassen 11-13), Fachoberschule, Duale Berufsausbildung, Berufsfachschule
- Stufe 4 (Postsekundare, nicht-tertiäre Stufe): Berufs-/Technische Oberschule, Fachoberschule

ISCED 5 und 6: Tertiärbereich

- Stufe 5 (Tertiärer Bereich, Phase 1): Fachhochschule, Universität, Fachschule, Fachakademie, Schulen des Gesundheitswesens
- Stufe 6 (Tertiärer Bereich, Phase 2): Promotion, Habilitation

Schuldenbereinigungsplan | Vor der Einleitung eines vereinfachten Insolvenzverfahrens muss der Versuch unternommen werden, unter Aufsicht des Gerichts, die Gläubiger mittels eines Schuldenbereinigungsplans zufrieden zu stellen. Der Plan gilt als angenommen, wenn die Gläubiger zustimmen. In diesem Fall findet kein Insolvenzverfahren statt und die Gläubiger werden nach den im Schuldenbereinigungsplan festgehaltenen Regeln befriedigt.

Sozialtransfers | Laufende Transferleistungen, die während des Einkommensbezugszeitraums von staatlichen Einheiten oder von Organisationen ohne Erwerbszweck an private Haushalte gezahlt werden. Hierzu zählen beispielsweise Wohngeld, Kindergeld, Arbeitslosengeld I, Umschulungszuschüsse, Leistungen für die Kosten der Unterkunft bei Arbeitslosengeld II-Bezug oder bei bedarfsorientierter Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Kurzarbeitergeld, Vorruhestandsgeld, Rente, Pension, Pflegegeld.

Überschuldete Personen | Personen, die in der Überschuldungsstatistik erfasst werden, müssen nicht zwangsläufig von absoluter Überschuldung (Verbraucherinsolvenz) betroffen sein. Zum Teil sind sie auch nur durch ihre finanziellen Probleme überfordert, oder es liegt lediglich eine vorübergehende Zahlungsstörung vor. Grundsätzlich werden in der Überschuldungsstatistik nur jene Personen berücksichtigt, die sich bei den an der Statistik teilnehmenden Schuldnerberatungsstellen bereit erklärt haben, dass ihre Angaben für statistische Zwecke verwendet werden.

Unerwartet anfallende Ausgaben | Unerwartet anfallende, hohe Ausgaben von mehreren hundert Euro, z. B. Anschaffungskosten für eine neue Waschmaschine oder Beerdigungskosten. Der Haushalt beantwortet die Frage danach, ob solche Kosten aus eigenen Finanzmitteln bewältigt werden können, aus der Selbsteinschätzung heraus.

Verbraucherinsolvenzverfahren | Das Verbraucherinsolvenzverfahren ist ein mehrstufiges, vereinfachtes Insolvenzverfahren. Es soll dazu dienen, den Gläubigern die Befriedigung ihrer Forderungen zu ermöglichen. Ein vereinfachtes Verfahren kommt außer für Verbraucherinnen und Verbraucher auch für ehemals selbstständig Tätige zur Anwendung, deren Verhältnisse überschaubar sind (d. h. weniger als 20 Gläubiger und keine Verbindlichkeiten durch Arbeitsverhältnisse). Ein Verfahren wird *mangels Masse* eingestellt, wenn das Vermögen des Schuldners nicht ausreicht, um die Verfahrenskosten zu begleichen und dem Schuldner die Stundung der Verfahrenskosten nicht bewilligt wird (nur bei natürlichen Personen möglich).

Zurechtkommen mit dem Einkommen | Zurechtkommen des Haushalts mit dem monatlich zur Verfügung stehenden Einkommen. Einbezogen sind die Einkommen aller Haushaltsmitglieder. Der Haushalt beantwortet die Frage danach, wie gut bzw. schlecht er mit dem monatlichen Einkommen zurechtkommt, aus der Selbsteinschätzung heraus.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Standardveröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen kostenfrei downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 190 amtlichen Statistiken. Daten zu *Einkommen, Konsum, Lebensbedingungen* finden Sie unter dem Menüpunkt > Themen, Code 63111 und 63121, Daten zu *Verbraucherinsolvenzen* unter Code 52411

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen■ **Einkommen, Einnahmen, Ausgaben, private Konsumausgaben**

Fachserie 15 Wirtschaftsrechnungen

- | | | |
|---------|--|---|
| Reihe 1 | | Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte (LWR) |
| | | Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) |
| Heft 3 | | Aufwendungen privater Haushalte für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren |
| Heft 4 | | Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte |
| Heft 5 | | Aufwendungen privater Haushalte für den Privaten Konsum |

Wirtschaft und Statistik

- | | | |
|-----------|--|--|
| Heft 5/11 | | Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte (EVS 2008) |
|-----------|--|--|

■ **Ausstattung**

Fachserie 15 Wirtschaftsrechnungen

- | | | |
|---------|--|---|
| Reihe 2 | | Ausstattung privater Haushalte mit ausgewählten Gebrauchsgütern (LWR) |
| | | Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) |
| Heft 1 | | Ausstattung privater Haushalte mit ausgewählten Gebrauchsgütern |

Wirtschaft und Statistik

- | | | |
|-----------|--|--|
| Heft 5/09 | | Ausstattung mit Gebrauchsgütern und Wohnsituation privater Haushalte in Deutschland (EVS 2008) |
|-----------|--|--|

■ **Einschätzung der Lebenssituation**

Fachserie 15 Wirtschaftsrechnungen

- | | | |
|---------|--|---|
| Reihe 3 | | Einkommen und Lebensbedingungen in Deutschland und der Europäischen Union |
|---------|--|---|

Wirtschaft und Statistik

- | | | |
|-----------|--|---|
| Heft 7/10 | | Wie schätzen private Haushalte ihre finanzielle Situation ein? (LEBEN IN EUROPA 2008) |
| Heft 5/11 | | Wer muss worauf verzichten? Einschätzung zur Wohn- und Lebenssituation der privaten Haushalte. LEBEN IN EUROPA 2009 |
| Heft 2/12 | | LEBEN IN EUROPA/EU-SILC 2010. Bundesergebnisse für Sozialindikatoren über Einkommen, Armut und Lebensbedingungen |

■ **Armut**

Fachserie 15 Wirtschaftsrechnungen

- | | | |
|---------|--|---|
| Reihe 3 | | Einkommen und Lebensbedingungen in Deutschland und der Europäischen Union |
|---------|--|---|

Wirtschaft und Statistik

- | | | |
|------------|--|--|
| Heft 8/09 | | Europäische Panelerhebung über Einkommen und Lebensbedingungen |
| Heft 11/09 | | Die Längsschnittdaten von EU-SILC – Datenstruktur und Hochrechnungsverfahren |
| Heft 1/10 | | LEBEN IN EUROPA 2007 und 2008 – Bundesergebnisse für Sozialindikatoren über Einkommen, Armut und Lebensbedingungen |

Mehr zum Thema

■ Armut

Wirtschaft und Statistik

- | | |
|------------|--|
| Heft 4/10 | Aspekte regionaler Armutsmessung in Deutschland |
| Heft 12/10 | LEBEN IN EUROPA 2009 – Bundesergebnisse für Sozialindikatoren über Einkommen, Armut und Lebensbedingungen |
| Heft 2/12 | Generierung der Einkommensvariablen in der deutschen EU-SILC-Erhebung „LEBEN IN EUROPA“ |
| Heft 2/12 | LEBEN IN EUROPA/EU-SILC 2010. Bundesergebnisse für Sozialindikatoren über Einkommen, Armut und Lebensbedingungen |

Gemeinschaftsveröffentlichungen

Im Internetauftritt des Bund-Länder-Projekts „Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik“ werden Daten und Informationen zu Armuts- und Sozialindikatoren auf Ebene des Bundes und der Länder sowie in tiefer regionaler Gliederung bereitgestellt. Sie sind unter www.amtliche-sozialberichterstattung.de als Download abrufbar.

■ Überschuldung privater Personen und Verbraucherinsolvenzen

Fachserie 2 Unternehmen und Arbeitsstätten

- | | |
|-----------|--------------------|
| Reihe 4.1 | Insolvenzverfahren |
|-----------|--------------------|

Wirtschaft und Statistik

- | | |
|------------|--|
| Heft 10/07 | Überschuldung privater Haushalte im Jahr 2006 |
| Heft 4/08 | Insolvenzen in Deutschland 2007 |
| Heft 11/08 | Überschuldung privater Personen und Verbraucherinsolvenzen |

STATmagazin

- | |
|---|
| Überschuldung – letzter Ausweg die Privatinsolvenz (2008) |
|---|

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter +49 (0)6 11 / 75 88 80 (Einkommen, Konsum, Lebensbedingungen), +49 (0)6 11 / 75 89 53 (Armutgefährdung nach Ländern), +49 (0)6 11 / 75 86 60 (Verbrauch an ausgewählten Nahrungsmitteln), +49 (0)6 11 / 75 45 92 (Überschuldung privater Personen und Verbraucherinsolvenzen).

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.





7 Kultur, Medien, Freizeit

309 Veranstaltungen wurden 2010 im Schnitt täglich an **Theatern** aufgeführt | In **920 Musikschulen** werden rund **1 Million Schülerinnen und Schüler** unterrichtet | Private Haushalte gaben 2010 im Schnitt **236 Euro** monatlich für Freizeit, Unterhaltung und Kultur aus | **44 %** der Online-Einkäuferinnen und -Einkäufer buchen ihre **Urlaubsunterkünfte** im **Internet** | Zuschauerinnen und Zuschauer **sehen** am Tag durchschnittlich **3 Stunden und 45 Minuten fern** | **Deutscher Fußballbund** hat fast **7 Millionen** Mitglieder

<i>Seite</i>	
193	Auf einen Blick
	Tabellen
194	Kulturstätten Museen Theater Buchproduktion Bibliotheken Staatliche Archive Musikschulen Deutscher Chorverband UNESCO-Welterbestätten Goethe-Institut
203	Kulturausgaben Nach Kulturbereichen Nach Körperschaften Nach Ländern Ausgaben der privaten Haushalte für Kultur und Freizeit
204	Mediennutzung Private Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien Filmwirtschaft Fernsehen und Sendeformate Hörfunk- und Landesrundfunkanstalten Deutsche Welle und Deutschlandradio
209	Bürgerschaftliches Engagement Freiwilliges Engagement Zielgruppen des freiwilligen Engagements Bereiche Bundesfreiwilligendienst Stiftungen Seelsorge
211	Sport Deutscher Olympischer Sportbund Spitzenverbände und Mitgliedschaften Sportabzeichen Deutsche Sporthilfe Olympische Spiele Paralympische Spiele
216	Methodik
219	Glossar
221	Mehr zum Thema

Öffentliche Ausgaben der Länder (einschl. Gemeinden) für Kultur 2007

Grundmittel, je Einwohner/-in

■ unter 75 EUR
 ■ 75 bis unter 100 EUR
 ■ 100 bis unter 125 EUR
 ■ 125 EUR und mehr



2012 - 01 - 0097

7.1 Kulturstätten

7.1.1 Museen und Ausstellungen – Träger, Museumsarten und Besuche

	Museen	Ausstellungen	Besuche	Museen	Ausstellungen	Besuche
	2010			2009		
	Anzahl		1 000	Anzahl		1 000
Insgesamt	4 823	9 172	109 196	4 790	9 272	106 820
Träger						
Staatliche Träger	406	799	24 251	412	814	24 090
Lokale Gebietskörperschaften	2 006	4 644	24 185	2 008	4 739	24 444
Andere Formen des öffentlichen Rechts	376	846	29 380	382	854	27 023
Vereine	1 304	1 843	11 858	1 272	1 843	11 962
Gesellschaften/Genossenschaften	198	321	11 064	201	301	11 012
Stiftungen des privaten Rechts	114	254	3 265	112	265	3 088
Privatpersonen	258	195	2 669	248	178	2 796
Mischformen, privat und öffentlich	161	270	2 525	155	278	2 404
Museumsarten						
Historische und archäologische Museen	361	505	18 109	348	484	18 053
Kulturgeschichtliche Spezialmuseen	690	998	11 267	709	969	11 195
Kunstmuseen	520	1 786	19 271	517	1 768	18 334
Naturkundliche Museen	226	393	8 116	228	408	8 354
Naturwissenschaftliche und technische Museen	564	772	17 392	552	762	15 642
Schloss- und Burgmuseen	230	214	12 746	224	227	12 710
Volks- und Heimatkundemuseen	2 131	4 126	15 318	2 119	4 262	16 006
Sonstige museale Einrichtungen	101	378	6 977	93	392	6 526

Alle allgemein zugänglichen und nicht kommerziell ausgerichteten **musealen Einrichtungen** werden erfasst. Diese müssen über eine Sammlung oder Ausstellung von Objekten mit kultureller, historischer oder allgemein wissenschaftlicher Zielsetzung verfügen. Weitere Informationen finden Sie unter www.smb.spk-berlin.de

Ohne Museen, die keine Angaben über Besuche machen konnten bzw. geschlossen waren.

Quelle: Institut für Museumsforschung der Staatlichen Museen zu Berlin – Preußischer Kulturbesitz

7.1.2 Öffentliche Theater 2009/2010

	Gemeinden mit Theatern	Theaterunternehmen		Veranstaltungen am Ort	Gastspiele nach außen	Plätze	Betriebszuschuss je Besuch in EUR
		insgesamt	Spielstätten				
Deutschland	126	140	866	64 908	8 146	274 600	109,47
Baden-Württemberg	15	14	103	8 082	1 017	34 709	107,00
Bayern	17	20	107	7 577	473	35 513	91,73
Berlin	1	9	29	3 369	237	13 261	112,34
Brandenburg	5	6	29	2 189	261	6 839	106,02
Bremen	2	2	12	1 079	86	5 050	122,88
Hamburg	1	3	11	1 778	115	4 466	99,04
Hessen	6	6	47	3 770	228	13 608	125,86
Mecklenburg-Vorpommern	8	6	74	2 836	363	24 792	101,68
Niedersachsen	9	9	54	5 323	776	20 111	100,69
Nordrhein-Westfalen	22	26	152	9 903	1 396	41 822	114,49
Rheinland-Pfalz	5	5	21	1 930	324	6 243	113,90
Saarland	1	1	5	536	18	2 316	126,07
Sachsen	12	15	75	7 110	1 044	25 991	120,69
Sachsen-Anhalt	8	8	65	4 123	1 123	11 520	117,88
Schleswig-Holstein	5	3	22	1 942	238	8 821	108,42
Thüringen	9	7	60	3 361	447	19 762	115,15

Weitere Informationen finden Sie unter www.buehnenverein.de

Quelle: Deutscher Bühnenverein

7.1 Kulturstätten

7.1.3 Besuchszahlen öffentlicher Theater 2009/2010

	Besuche insgesamt	Opern und Ballette	Operetten, Musicals	Schauspiele	Kinder- und Jugendstücke	Konzerte	Sonstige Veranstaltungen
	1 000						
Deutschland	18 825	5 801	1 843	5 310	2 795	1 568	1 260
Baden-Württemberg	2 240	772	140	685	359	175	103
Bayern	2 711	952	260	943	307	150	98
Berlin	1 592	610	320	275	189	109	89
Brandenburg	411	31	32	110	81	43	106
Bremen	318	111	32	70	61	13	30
Hamburg	861	359	2	325	85	22	57
Hessen	1 274	454	116	346	193	91	73
Mecklenburg-Vorpommern	556	90	82	101	113	103	59
Niedersachsen	1 367	324	129	456	225	140	89
Nordrhein-Westfalen	3 160	1 034	203	973	462	215	202
Rheinland-Pfalz	509	129	61	161	101	41	16
Saarland	196	63	23	53	33	17	7
Sachsen	1 717	505	193	419	239	160	147
Sachsen-Anhalt	627	95	77	96	141	95	63
Schleswig-Holstein	519	100	71	151	87	74	32
Thüringen	767	171	100	146	121	119	89

Die **Besuchszahlen** umfassen die Besuche der eigenen und fremden Veranstaltungen am Ort, auch geschlossene Veranstaltungen.

Ohne Theater, die keine Angaben über Besuche machen konnten.

Quelle: Deutscher Bühnenverein

7.1.4 Privattheater 2009/2010

	Gemeinden mit Theater	Privattheater	Veranstaltungen	Besuche	Plätze
Deutschland	73	209	47 723	7 086 407	93 968
Baden-Württemberg	15	34	8 076	1 094 319	18 854
Bayern	16	34	5 711	701 443	11 659
Berlin	1	26	7 166	1 152 727	13 169
Brandenburg	2	5	1 070	78 901	479
Bremen	1	4	1 021	103 929	959
Hamburg	1	20	6 598	1 372 766	13 571
Hessen	3	12	2 322	420 391	3 271
Mecklenburg-Vorpommern	1	1	364	26 074	214
Niedersachsen	5	10	1 625	177 262	7 368
Nordrhein-Westfalen	13	38	8 842	1 394 236	19 611
Rheinland-Pfalz	6	7	1 229	118 295	825
Saarland	1	1	266	20 105	99
Sachsen	3	10	2 350	334 329	1 840
Sachsen-Anhalt	1	1	185	17 369	90
Schleswig-Holstein	2	4	468	33 262	327
Thüringen	2	2	430	40 999	1 632

Quelle: Deutscher Bühnenverein

7.1 Kulturstätten

7.1.5 Buchproduktion nach Sachgruppen 2011

	Erstauflage		Taschenbücher		Darunter Übersetzungen ins Deutsche	
	Anzahl		%		Anzahl	%
Insgesamt ¹	82 048	10 354	12,6		10 716	100,0
Allgemeines, Informatik, Informationswissenschaft	3 174	104	3,3		118	1,1
Philosophie und Psychologie	4 589	554	12,1		559	5,2
Religion	5 501	516	9,4		683	6,4
Sozialwissenschaften	16 529	980	5,9		569	5,3
Sprache	2 078	109	5,2		19	0,2
Naturwissenschaften und Mathematik	2 132	109	5,1		171	1,6
Technik, Medizin, angew. Wissenschaften ..	14 201	670	4,7		807	7,5
Künste und Unterhaltung	10 282	959	9,3		1 936	18,1
Literatur	30 043	6 582	21,9		6 333	59,1
Belletristik	15 141	5 059	33,4		4 305	40,2
Kinder- und Jugendliteratur	8 225	1 139	13,8		1 886	17,6
Schulbücher	4 308	119	2,8		18	0,2
Geschichte und Geografie	7 702	666	8,6		423	3,9

Nur im Buchhandel erhältliche Veröffentlichungen sind hier berücksichtigt. Informationen zur **Buchproduktion** finden Sie unter www.boersenverein.de

1 Die Summe der Sachgruppen ergibt nicht die Gesamtsumme (Doppelzählungen).

Quelle: Deutsche Nationalbibliographie, VLB 2011; Berechnungen: Börsenverein des Deutschen Buchhandels

7.1.6 Bibliotheken

	Bibliotheken	Bestand ¹	Benutzer/-innen	Entleihungen	Personal	Ausgaben	
						insgesamt	darunter für Erwerbung
	Anzahl	1 000			Anzahl	1 000 EUR	
Öffentliche Bibliotheken							
2009	8 404	123 432	7 965	369 746	11 381	878 123	97 390
2010	8 256	124 199	7 985	377 514	11 641	891 842	97 430
Wissenschaftliche Bibliotheken							
2009	246	238 450	2 854	96 469	11 847	834 527	301 024
2010	241	239 618	2 875	96 021	11 901	870 634	295 527
Wissenschaftliche Bibliotheken 2010 nach Arten							
Hoch-/Fachhochschulbibliotheken	130	16 349	633	15 858	1 153	73 179	30 817
Nationalbibliotheken ²	5	45 169	166	3 749	2 202	135 159	39 479
Regionalbibliotheken	27	20 718	258	8 476	1 190	92 678	12 703
Universitätsbibliotheken	79	157 381	1 819	67 938	7 356	569 619	212 528

Die Deutsche Bibliotheksstatistik (DBS) umfasst alle Bibliothekssparten. Ohne Bibliotheken, die keine Angaben machen konnten. Weitere Informationen finden Sie unter www.bibliotheksstatistik.de

1 Bei öffentlichen Bibliotheken: Medien, bei wissenschaftlichen Bibliotheken: Bände und Dissertationen.

2 Einschl. Zentraler Fachbibliotheken.

Quelle: Hochschulbibliothekszentrum

7.1 Kulturstätten

7.1.7 Staatliche Archive des Bundes und der Länder 2011

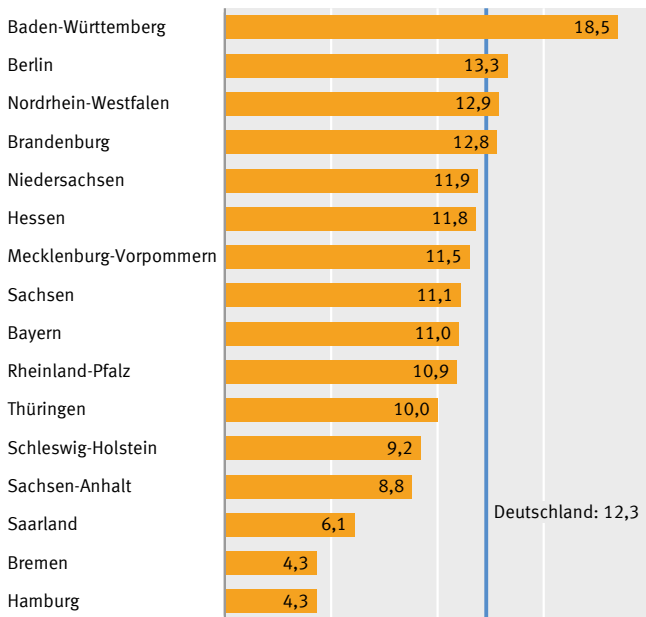
	Standorte	Benutzungstage	Personal	Archivalien	
				Zeitraum	Umfang
	Anzahl			Jahrhundert	lfd. Meter
Deutschland	74	197 938	2 262	7. - 21.	1 689 379
Archive des Bundes					
Bundesarchiv	9	39 745	686	15. - 21.	315 713
Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes	1	5 510	27	19. - 21.	26 000
Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz ..	1	9 748	83	12. - 21.	37 000
Zusammen	11	55 003	796	12. - 21.	378 713
Archive der Länder					
Baden-Württemberg	7	11 342	169	9. - 21.	144 842
Bayern	9	27 334	213	8. - 21.	238 450
Berlin	1	9 055	55	13. - 21.	47 500
Brandenburg	3	3 271	76	12. - 21.	48 775
Bremen	1	7 130	23	12. - 21.	13 629
Hamburg	1	9 595	46	12. - 21.	38 585
Hessen	3	8 959	96	8. - 21.	153 731
Mecklenburg-Vorpommern	2	3 400	38	12. - 21.	32 570
Niedersachsen	7	15 201	153	9. - 21.	94 834
Nordrhein-Westfalen	7	12 957	190	7. - 21.	162 449
Rheinland-Pfalz	2	4 461	97	9. - 21.	70 885
Saarland	1	1 803	10	12. - 21.	14 625
Sachsen	8	13 052	110	10. - 21.	103 133
Sachsen-Anhalt	4	4 419	74	10. - 21.	47 529
Schleswig-Holstein	1	2 881	35	11. - 21.	37 698
Thüringen	6	8 075	81	8. - 21.	61 431
Zusammen	63	142 935	1 466	7. - 21.	1 310 666

Die staatlichen Archive des Bundes und der Länder verwalten die Unterlagen der Verfassungsorgane, Behörden, Gerichte, Streitkräfte, Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts sowie anderer Einrichtungen des Bundes und der Länder. Weitere Informationen finden Sie unter www.bundesarchiv.de

Quelle: Bundesarchiv

Musikschülerinnen und Musikschüler 2011

je 1 000 Einwohner/-innen



2012 - 01 - 0465

7.1 Kulturstätten

7.1.8 Musikschulen nach Trägerschaft und Finanzierung 2011

	Musikschulen				Finanzierung erfolgt durch			Ausgaben	
	insgesamt	davon in Trägerschaft			Unterrichts- gebühren	öffentliche Mittel	sonstige Einnahmen	insgesamt	darunter Personalkosten
		Kommune	eingetragener Verein	sonstige					
Anzahl	%				1 000 EUR			%	
Deutschland	920	65,3	33,2	1,5	409 821	438 051	23 280	871 152	89,9
Baden-Württemberg	215	62,8	35,8	1,4	102 459	85 425	4 760	192 644	91,0
Bayern	210	65,2	33,8	1,0	58 889	71 491	3 515	133 895	91,7
Berlin	12	100,0	0,0	0,0	17 973	15 125	327	33 425	95,5
Brandenburg	25	92,0	8,0	0,0	10 882	16 667	513	28 062	85,6
Bremen	2	100,0	0,0	0,0	1 187	2 085	62	3 334	83,2
Hamburg	2	50,0	50,0	0,0	3 961	7 558	119	11 638	90,8
Hessen	63	19,1	79,4	1,6	33 827	18 042	1 756	53 625	88,4
Mecklenburg-Vorpommern	20	80,0	20,0	0,0	6 506	12 267	314	19 087	84,6
Niedersachsen	73	48,0	50,7	1,4	35 822	30 857	2 149	68 828	89,2
Nordrhein-Westfalen	159	79,9	19,5	0,6	77 824	98 531	5 431	181 786	90,0
Rheinland-Pfalz	42	73,8	21,4	4,8	16 715	16 388	1 591	34 694	92,9
Saarland	7	57,1	42,9	0,0	2 469	2 407	109	4 985	89,5
Sachsen	24	62,5	33,3	4,2	15 078	23 818	1 415	40 311	84,4
Sachsen-Anhalt	21	95,2	4,8	0,0	5 955	15 710	210	21 875	85,0
Schleswig-Holstein	20	30,0	55,0	15,0	12 964	6 517	561	20 042	87,3
Thüringen	25	100,0	0,0	0,0	7 310	15 165	445	22 920	88,6

Quelle: Verband deutscher Musikschulen e.V.

7.1.9 Lehrende und Lernende in Musikschulen 2011

	Lehrkräfte ¹	Schüler/-innen	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren				
		insgesamt	unter 6	6 – 10	10 – 15	15 – 19	19 und mehr
	Anzahl	%					
Deutschland	37 670	1 006 646	17,5	30,3	31,0	11,6	9,7
Baden-Württemberg	7 533	199 072	18,1	27,7	34,3	13,7	6,2
Bayern	4 893	138 364	15,4	31,0	32,7	11,7	9,2
Berlin	2 207	46 475	23,8	22,2	22,8	10,4	20,9
Brandenburg	1 362	31 967	22,6	23,8	30,6	10,6	12,5
Bremen	171	2 865	10,8	21,5	39,5	14,3	13,9
Hamburg	430	7 717	16,6	28,1	36,5	13,2	5,6
Hessen	2 754	71 831	18,3	28,0	29,6	11,4	12,6
Mecklenburg-Vorpommern	844	18 855	18,3	26,2	32,0	10,9	12,6
Niedersachsen	2 895	94 561	19,3	29,6	31,2	10,5	9,5
Nordrhein-Westfalen	7 359	230 114	14,4	38,6	28,3	10,2	8,5
Rheinland-Pfalz	1 786	43 754	21,1	25,0	30,7	12,7	10,4
Saarland	261	6 139	13,9	30,8	29,1	14,4	11,8
Sachsen	2 109	45 958	20,5	28,2	32,3	10,8	8,1
Sachsen-Anhalt	937	20 451	19,3	27,4	29,9	11,4	12,0
Schleswig-Holstein	1 155	26 246	15,0	24,4	31,7	12,8	16,1
Thüringen	974	22 277	16,7	28,3	33,2	11,0	10,8

1 Haupt- und nebenberuflich Beschäftigte.

Quelle: Verband deutscher Musikschulen e.V.

7 Kultur, Medien, Freizeit

7.1 Kulturstätten

7.1.10 Deutscher Chorverband 2011

	Chöre					Mitglieder	
	insgesamt	darunter				insgesamt	darunter Aktive
		Männerchöre	Frauenchöre	gemischte Chöre	Kinder- und Jugendchöre		
Anzahl							%
Insgesamt	21 116	6 556	1 850	6 972	3 251	1 394 232	45
darunter:							
Badischer Chorverband	2 016	688	187	168	345	203 610	33
Chorverband Niedersachsen-Bremen ..	1 245	442	153	513	137	77 962	57
Chorverband Rheinland-Pfalz	1 586	–	–	1 334	244	129 751	36
Fränkischer Sängerbund	1 677	606	90	727	204	112 347	38
Hessischer Sängerbund	2 165	640	261	876	357	170 836	38
Chorverband Nordrhein-Westfalen	2 998	1528	396	789	253	188 627	56
Mitteldeutscher Sängerbund	748	252	83	304	70	40 030	47
Schwäbischer Sängerbund	2 973	713	152	1 225	831	193 653	39

Quelle: Deutscher Chorverband e.V.

7.1.11 Versicherte in der Künstlersozialkasse

	Anzahl der Versicherten				
	insgesamt	in den Kunstbereichen			
		Wort	Bildende Kunst	Musik	Darstellende Kunst
2009 ...	164 555	40 778	58 362	44 718	20 697
2010 ...	168 883	41 830	59 507	46 129	21 417
2011 ...	173 284	42 599	60 767	47 613	22 305

Quelle: Künstlersozialkasse

Die **Künstlersozialkasse** führt das Künstlersozialversicherungsgesetz (KSVG) durch, das 1983 in Kraft trat. Dieses bietet selbstständigen Künstlerinnen und Künstlern sowie Publizistinnen und Publizisten sozialen Schutz in der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung. Weitere Informationen unter www.kuenstlersozialkasse.de

7.1 Kulturstätten

7.1.12 UNESCO-Welterbe in Deutschland – Kulturstätten 2012

In Deutschland werden 36 Denkmäler auf der **Welterbeliste der UNESCO** geführt. Sie stehen damit unter dem Schutz der Internationalen Konvention für das Kultur- und Naturerbe der Menschheit. Die 1972 von der UNESCO verabschiedete Konvention ist das international bedeutendste Instrument, um Kultur- und Naturstätten zu erhalten, die einen „außergewöhnlichen universellen Wert“ besitzen. Denkmäler werden nur dann in die Liste des Welterbes aufgenommen, wenn sie die in der Konvention festgelegten Kriterien der **Einzigartigkeit** und der **Authentizität** (bei Kulturstätten) bzw. der **Integrität** (bei Naturstätten) erfüllen und wenn ein überzeugender **Erhaltungsplan** vorliegt. Weitere Informationen finden Sie unter www.unesco.de

	Jahr der Aufnahme zu Welterbestätten	Baudenkmäler, Sammlungen von Kultur- und Kunstschätzen	Name der Erbauer/Architekten	Erbauung, Gründung	Bautradition, Baukunst
Dom zu Aachen	1978	Sakrale Kulturschätze aus spätantiker, karolingischer, ottonischer und staufischer Zeit	Kaiser Karl der Große	790 bis 800	Klassische Antike, Gotik, byzantinische Architektur
Dom zu Speyer	1981	Dom als Hauptwerk romanischer Baukunst in Deutschland	Kaiser Konrad II., Heinrich IV.	1025 bis 1106	Romanische Architektur
Residenz Würzburg	1981	Deckenbild, Wandgemälde, Spiegelkabinett	L. von Hildebrandt, Robert de Cotte, G. Boffrand, B. Neumann, G.B. Tiepolo	1740 bis 1780	Synthese des europäischen Barock, Raumkunstwerk des Rokoko
Wieskirche	1983	Stuckverzierungen, Deckengemälde	D. Zimmermann, J.B. Zimmermann	1745 bis 1754	Bayerisches Rokoko
Schlösser Augustusburg und Falkenlust in Brühl	1984	Ornamente, Treppe	K. Schlaun, F. Cuvilliers, B. Neumann	1725 bis 1728	Rokoko, herausragende Schlossbaukunst
Dom und St. Michael zu Hildesheim	1985	Historische Ausstattungsstücke, Stuckreliefs	Bischof Bernward von Hildesheim	1010 bis 1022	Religiöse, mittelalterliche Kunst, ottonische u. romanische Kunst
Römerbauten, Dom und Liebfrauenkirche in Trier	1986	Aula Palatina, Kaiserthermen, Porta Nigra	Kaiser Augustus	16 v.Chr. bis ca. 380 n.Chr.	Römerbauten, christliche Nachfolgebauten
Altstadt von Lübeck	1987	Rathaus, Burghof, Koberg, Holstentor, Salzspeicher	Heinrich der Löwe	1143 bis 1159	Stadtarchitektur/hochgotische Strukturen des Stadtkerns aus dem 13. Jh.
Schlösser und Parks von Potsdam-Sanssouci	1990, 1999	Bildgalerie, Orangerie, Schloss Charlottenhof, romantische Parks, Schloss Cäcilienhof, russische Kolonie Alexandrowska	Georg Wenzelslaus von Knobelsdorff, Karl-Friedrich Schinkel	1730 bis 1916	Rokokostil, Klassizismus sowie Synthese der Kunstrichtungen des 18. Jh.
Kloster Lorsch	1991	Begräbnisplatz der ostkarolingischen Könige	Gaugraf Cancor	751 bis 768	Vorromanische, karolingische Baukunst
Bergwerk Rammelsberg und Altstadt von Goslar	1992	47 Kirchen und Kapellen, Gildehäuser, historisches Rathaus, Bürgerhäuser mit kunstvoll beschnitztem Fachwerk	Kaiser Heinrich II.	10. Jh. bis 1988	Altstadtkern im romanischen Stil
Altstadt von Bamberg	1993	Domstift, Stadtensemble, u. a. »klein Venedig«, 1 000 Häuser stehen unter Denkmalschutz	Kaiser Heinrich II.	11. bis 18. Jh.	Mittelalterliche Kirchen, barocke Bürgerhäuser
Kloster Maulbronn	1993	Aufwendigster Speisesaal des 13. Jh., Brunnenhaus als Glanzstück der Maulbronner Klosterarchitektur	Zisterzienserorden	1147 gegründet	Oberrheinische Spätromanik, frühgotische Baukunst, Spätgotik
Quedlinburger Altstadt	1994	Stiftskirche Servatii, Fachwerkbau „Alte Klopstock“	Sachsenherzog Heinrich	10. Jh., 1330 verschmolzen Alt- und Neustadt	Romanik, Fachwerkhäuser aus sechs Jahrhunderten, Jugendstilbauten
Völklinger Eisenhütte	1994	Einzigartige industrielle Anlagen zur Veranschaulichung der Roheisenproduktion	Ingenieur Julius Buch	1873	Industrieanlagen aus dem 19. und 20. Jh.
Kölner Dom	1996	Reliquienschrein für Gebeine der Heiligen Drei Könige, Flügelaltäre, ottonisches Gerokreuz	Stephan Lochner schuf Altar der Stadtpatrone	1248 – 1880 einst das größte Gebäude der Welt	Gotische und neogotische Baukunst, Originalbaupläne blieben unverändert
Bauhausstätten in Weimar und Dessau	1996	Haus am Horn in Weimar, Dessauer Bauhaus, Meisterhäuser in Dessau	Walter Gropius, Hannes Meyer, Lazlo Moholy-Nagy, Wassily Kandinsky, Georg Muches	1919 – 1933	Weimarer Bauhaus-Architektur
Luthergedenkstätten in Eisleben und Wittenberg	1996	Geburts- und Sterbehäuser von Luther, Gedenkstätte als ältestes Geschichtsmuseum im deutschsprachigen Raum	Martin Luther, Philipp Melanchthon	16. Jh.	Spätgotik, Barock
Klassisches Weimar	1998	Goethes und Schillers Wohnhaus, Stadtschloss, Herzogin Anna Amalia Bibliothek	Herzog Karl August, Johann Wolfgang von Goethe	18. – 19. Jh.	Weimarer Klassik
Wartburg	1999	Lutherstube, Bergfried, romanischer Palas, Dürerschrank, Werke von L. Cranach d. Ä.	Graf Ludwig der Springer, Geschlecht der Ludowinger	11. Jh.	Romanik, Gotik, Renaissance und Historismus

7.1 Kulturstätten

7.1.12 UNESCO-Welterbe in Deutschland – Kulturstätten 2012

	Jahr der Aufnahme zu Welterbestätten	Baudenkmäler, Sammlungen von Kultur- und Kunstschätzen	Name der Erbauer/Architekten	Erbauung, Gründung	Bautradition, Baukunst
Museumsinsel in Berlin	1999	Pergamon-Museum, Altes und Neues Museum, Bode-Museum, Kunst von Antike bis 19. Jh.	König Friedrich Wilhelm III., König Friedrich Wilhelm IV., Karl Friedrich Schinkel, Friedrich August Stüler	1810 – 1930	Neu-Klassizismus, Renaissance, Barock
Gartenreich Dessau-Wörlitz	2000	Venustempel, Pantheon, Werke von Rubens, van Dyck, Gemälde der Dürerzeit, Werke von Lucas Cranach	Fürst Leopold III., Friedrich Franz von Anhalt-Dessau, Friedrich W. von Erdmannsdorff	1765 – 1800	Klassizismus, Rokoko, Neugotik
Klosterinsel Reichenau	2000	Marienmünster, ottonische Wandmalereien, Handschriften aus 9. – 11. Jh., 40 Codices der Reichenauer Malerschule	Bischof Pirmin, Abt Heito I.	724 – 11. Jh.	Frühmittelalterliche Architektur, Romanik
Industrielle Kulturlandschaft Zollverein in Essen	2001	Bergwerk über Jahrzehnte größte und modernste Steinkohleförderanlage der Welt	Architekten Fritz Schupp, Martin Kremmer	1847	Bauhausstil, Industriekomplex
Altstädte von Stralsund und Wismar	2002	Stralsund: gotisches Rathaus, mächtige Kirchbauten, Katherinenkloster Wismar: klassizistisches Rathaus, typische Handeshäuser (»Alter Schwede«, »Dielenhaus«)	–	14. Jh.	Hansestädte aus der Blütezeit des Städtebundes mit mittelalterlichen Stadtkernen und zum Teil einzigartigen Sakralbauten
Oberes Mittelrheintal	2002	Enges Flusstal zwischen Bingen, Rüdesheim und Koblenz, über dem bei St. Goarshausen die Loreley thront, im Wechselspiel von Natur und Mensch geformte Kulturlandschaft mit Weinterrassen und Burgen	–	–	Seit zwei Jahrtausenden einer der wichtigsten Verkehrswege für den kulturellen Austausch zwischen Mittelmeerregion und dem Norden Europas, Kulturlandschaft von großer Vielfalt und Schönheit
Rathaus und Rolandstatue in Bremen	2004	Rathaus als Saalgeschossbau und Fassade gehört zur eindrucksvollsten Schöpfung deutscher Renaissance, Rolandstatue ist die älteste noch am Platz erhaltene Statue in Deutschland	Lüder von Bentheim, Vredemann de Vries	15. – 17. Jh.	Gotik und Weser-Renaissance
Muskauer Park (Park Muzakowski)	2004	Das gemeinsame polnisch-deutsche Kulturerbe umfasst Schloss-, Bade- und Bergpark, Arboretum und Braunsdorfer Felder	Fürst Hermann von Pückler-Muskau	1815 – 1844	Durch Mittel der »Naturmalerei« beeinflusste Landschaftsarchitektur
Obergermanisch-rätischer Limes	2005	Überreste antiker Grenzanlagen, u. a. Kastell Saalburg, Wachtürme, Erdwall, Graben und Holzpalisaden etc.	Römisches Imperium schuf in Süd- und Südwestdeutschland eine 550 km lange Militärgrenze von der Donau bis zum Rhein	100 – 160 n. Chr.	Römische Bauten und Grenzanlagen als technisches Bauwerk von z. T. hoher Ingenieurkunst
Altstadt von Regensburg mit Stadttamhof	2006	Patrizierhäuser, Geschlechtertürme, Dom, alte Steinbrücke, Minoriten- und Dominikanerkirche, größtes Ensemble und am besten erhaltene mittelalterliche Großstadt in Deutschland	Patrizierfamilien	11. – 14. Jh.	Französische Kathedralgotik, mittelalterliche Glasmalerei, überragende Ingenieurleistung mit der steinernen Brücke über die Donau
Sechs Wohnsiedlungen der Berliner Moderne aus dem frühen 20. Jh.	2008	Gartenstadt Falkenberg (Treprow), Schillerpark-Siedlung (Wedding), Großsiedlung Britz (Neukölln), Wohnstadt Carl Legien (Prenzlauer Berg), Weiße Stadt (Reinickendorf), Großsiedlung Siemensstadt (Charlottenburg und Spandau)	Bruno Taut, Ludwig Lesser, Leberecht Migge und andere	1914 – 1934	Wendepunkt im Städtebau nach dem ersten Weltkrieg. Ästhetische Vorstellungen von Avantgarde aus Kunst und Kultur verbunden mit sozialen Ideen
Fagus-Werk in Alfeld	2011	Fabrikanlage, gilt als Ursprungswerk der modernen Industriearchitektur	Architekten Walter Gropius, Adolf Meyer; Peter Neufert (Erweiterung)	1911 – 1925, Erweiterung 1938	Moderne
Prähistorische Pfahlbauten um die Alpen	2011	Grenzüberschreitendes archäologisches Erbe von 111 Pfahlbaufundstellen in sechs Alpenländern, davon 18 Fundstellen in Baden-Württemberg und Bayern, bedeutendste Funde sind älteste Textilien und Radfunde Europas aus der Zeit um 3000 v.Chr.	–	ab ca. 5000 v.Chr.	Erkenntnisse zu Handel und Mobilität in Siedelgemeinschaften der Jungsteinzeit wie der Metallzeiten

Stand: März 2012.

Quelle: Deutsche UNESCO-Kommission

7.1 Kulturstätten

7.1.13 UNESCO-Welterbe in Deutschland – Naturstätten 2012

	Jahr der Aufnahme zu Welterbestätten	Integrität	Charakteristika	Beschreibung
Grube Messel	1995	Eine der weltweit ergiebigsten Fossilienlagerstätten	Fundstelle dokumentiert die Entwicklungsgeschichte der Erde vor 49 Millionen Jahren	Aufnahme durch die UNESCO in die Welterbeliste als erstes deutsches Naturdenkmal
Deutsches Wattenmeer	2009, 2011	Das Wattenmeer bietet Lebensraum für ca. 10 000 Tiere, Pflanzen und Kleinstlebewesen auf der weltweit größten zusammenhängenden Sand- und Schlickfläche	Das Wattenmeer entstand vor ca. 7 500 Jahren. Es ist mit rund 10 000 Quadratkilometern eines der größten küstennahen und gezeitenabhängigen Feuchtgebiete der Erde	Das Wattenmeer wurde als grenzüberschreitende Weltnaturerbestätte in die UNESCO-Welterbeliste aufgenommen. Es umfasst Gebiete der Niederlande und Deutschlands: deutsche Nordseeküste (die Wattenmeer-Nationalparks Niedersachsens, Schleswig-Holsteins und Hamburgs (Erweiterung 2011)) sowie das niederländische Wattenmeer-Schutzgebiet
Alte Buchenwälder Deutschlands	2007, 2011	Wertvollste verbliebene Reste naturnaher Tiefland-Buchenwälder	Die fünf deutschen Buchenwaldgebiete wurden als serielle Erweiterung der Naturerbestätte „Buchenurwälder der Karpaten“ in die Welterbeliste aufgenommen. Sie repräsentieren die unterschiedlichen Formen, Standorte und biogeografische Geschichte der Buchenwälder in den gemäßigten Zonen der Nordhalbkugel	Grumsiner Forst (Brandenburg), Nationalpark Kellerwald-Edersee (Hessen), Nationalpark Jasmund und Serrahner Buchenwald im Müritz-Nationalpark (Mecklenburg-Vorpommern), Nationalpark Hainich (Thüringen)

Stand: März 2012.

Quelle: Deutsche UNESCO-Kommission

7.1.14 Goethe-Institut 2011

Das **Goethe-Institut** ist das weltweit tätige Kulturinstitut der Bundesrepublik Deutschland. Es fördert die Kenntnisse der deutschen Sprache im Ausland und die Teilnahme an wissenschaftlichen Forschungen. Weitere Informationen finden Sie unter www.goethe.de

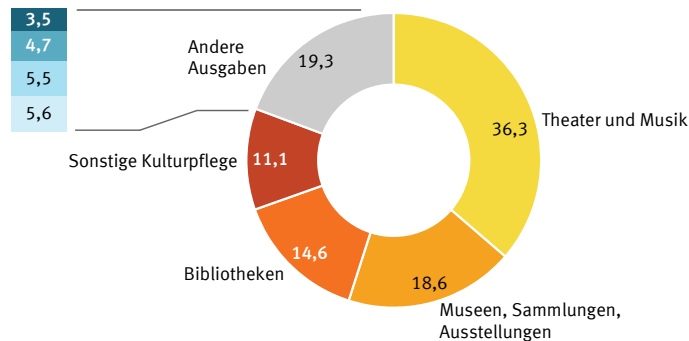
	Institute und Verbindungsbüros	Personal	Kulturelle Programme	Programm zur Bildungs Kooperation Deutsch	Deutschkurse		
					insgesamt	Teilnehmende	Prüfungen
Insgesamt	159	2 308	5 002	2 488	21 623	234 587	180 066
Mitteleuropa	9	141	354	298	953	9 548	5 872
Nordafrika/Nahost	16	191	401	171	1 720	22 115	11 461
Nordamerika	11	105	346	178	877	8 091	2 962
Nordwesteuropa	10	112	485	209	655	6 025	2 327
Ostasien (mit China)	9	146	311	113	1 359	18 911	8 619
Osteuropa/Zentralasien	8	199	556	342	1 464	19 411	14 149
Region Deutschland	13	287	-	-	4 818	36 606	18 289
Subsahara-Afrika	14	142	299	131	1 154	9 822	7 469
Südamerika	13	229	375	187	2 045	23 476	5 888
Südasien	11	151	399	163	861	17 098	19 133
Südostasien/Australien/Neuseeland	11	145	387	131	2 051	25 645	9 084
Südosteuropa	12	213	494	263	1 308	15 976	51 829
Südwesteuropa	22	247	595	302	2 358	21 863	22 984

Quelle: Goethe-Institut e.V.

Öffentliche Ausgaben für Kultur 2007

Grundmittel, in %

- Kulturelle Angelegenheiten im Ausland 3,5
- Kulturverwaltung 4,7
- Kunsthochschulen 5,5
- Denkmalschutz und -pflege 5,6



2012 - 01 - 0466

7.2 Kulturausgaben

7.2.1 Öffentliche Ausgaben für Kultur nach Kulturbereichen, Körperschaften und Ländern 2007

Die Kulturausgaben werden nach dem **Grundmittelkonzept** berechnet. Die Grundmittel geben den Zuschussbedarf der öffentlichen Haushalte für einen Aufgabenbereich an. Sie beschreiben die Ausgaben eines Aufgabenbereichs abzüglich der vom Aufgabenbereich erzielten Einnahmen vom öffentlichen und nichtöffentlichen Bereich.

	Kulturausgaben									
	je Einwohner/-in	insgesamt	davon für die Bereiche							
			Theater und Musik	Bibliotheken	Museen, Sammlungen, Ausstellungen	Denkmal-schutz und Denkmal-pflege	Kulturelle Angelegenheiten im Ausland	Kunsthoch-schulen	Sonstige Kulturpflege	Kultur-verwaltung
EUR	Mill. EUR	%								
Deutschland	102,83	8 459,5	36,3	14,6	18,6	5,6	3,5	5,5	11,1	4,7
nach Körperschaftsgruppen										
Bund	12,96	1 065,8	1,9	23,6	26,5	4,1	27,2	0,0	16,7	0,0
Länder	44,17	3 633,8	38,8	9,8	14,8	8,6	0,2	12,8	11,3	3,8
Gemeinden und Zweckverbände	45,71	3 759,9	43,6	16,8	20,1	3,2	0,0	0,0	9,4	6,9
nach Ländern (einschl. Gemeinden/ Zweckverbänden)										
Baden-Württemberg	86,73	932,1	42,9	13,6	17,0	5,0	0,4	5,7	11,9	3,6
Bayern	83,23	1 040,8	39,1	13,9	18,9	6,1	0,0	7,7	7,1	7,2
Berlin	155,40	529,5	47,8	11,7	17,0	3,4	0,0	13,1	5,9	1,1
Brandenburg ¹	77,51	197,0	18,2	12,2	8,9	11,9	0,0	5,1	36,6	7,2
Bremen	136,58	90,6	50,1	12,3	16,4	0,5	0,0	11,6	8,8	0,4
Hamburg	191,86	338,0	60,8	8,5	15,5	2,4	0,0	5,6	6,1	1,0
Hessen	87,77	533,0	43,9	14,5	11,5	2,1	0,0	3,5	10,7	13,9
Mecklenburg-Vorpommern	87,64	147,8	47,1	11,2	18,9	- 0,3	0,4	3,1	8,8	10,8
Niedersachsen	58,08	463,5	39,6	19,3	14,9	3,1	0,1	6,5	10,6	5,8
Nordrhein-Westfalen	79,56	1 433,1	40,9	14,0	21,3	4,7	0,0	5,8	9,8	3,5
Rheinland-Pfalz	57,76	233,9	40,6	15,7	18,4	12,8	0,1	0,0	9,9	2,5
Saarland	63,21	65,7	10,2	8,4	47,2	3,1	0,9	10,3	9,5	10,5
Sachsen ²	170,84	723,4	33,6	11,7	13,5	13,3	0,0	6,6	15,2	6,1
Sachsen-Anhalt	107,48	260,9	41,4	8,7	20,6	10,2	0,0	4,7	11,1	3,3
Schleswig-Holstein	56,21	159,4	39,0	21,0	18,1	4,5	1,0	6,2	6,7	3,4
Thüringen	106,55	245,1	47,0	9,0	18,0	8,0	0,0	4,2	2,5	11,4

1 Nur Ausgaben für das Staatstheater. Weitere Theaterausgaben sind in Brandenburg unter „Sonstige Kulturpflege“ enthalten.

2 Die Landesbühnen Sachsen wurden ab 2004 in einen Staatsbetrieb überführt. Dementsprechend ist nur der Landeszuschuss an den Staatsbetrieb abgebildet.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Kulturfinanzbericht

7.2.2 Ausgaben der privaten Haushalte für Kultur und Freizeit

	2004	2005	2006	2007	2009 ¹	2010
EUR je Haushalt und Monat						
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	228	232	233	229	231	236
darunter:						
Fernseh- und Videogeräte, TV-Antennen	6	6	8	7	8	10
Foto-, Filmausrüstung und optische Geräte	4	4	3	3	3	3
Datenverarbeitungsgeräte und Software (einschl. Downloads)	13	13	13	14	14	15
Bild-, Daten und Tonträger (einschl. Downloads)	8	8	8	7	7	7
Freizeit- und Kulturdienstleistungen	51	52	53	52	53	54
darunter:						
Besuch von Theater-, Musik-, Film-, Zirkus- u. ä. Veranstaltungen	8	8	8	8	8	8
Besuch von Museen, zoologischen und botanischen Gärten u. ä.	2	2	2	2	2	3
Bücher	12	13	13	12	12	11
Zeitungen, Zeitschriften u. Ä.	22	22	22	22	21	21
%						
Anteil der privaten Konsumausgaben für Freizeit, Unterhaltung und Kultur an den gesamten privaten Konsumausgaben	11,5	11,6	11,1	11,1	10,7	10,9

Ergebnisse der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR).

1 2008 fand keine eigenständige LWR-Erhebung statt.

7 Kultur, Medien, Freizeit

7.3 Mediennutzung

Weitere Informationen zu IKT in Unternehmen siehe Kapitel „Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick“

7.3.1 Ausstattung privater Haushalte mit Computer und Internetzugang 2011

	Haushalte	Haushalte mit Computer	Haushalte mit Internetzugang	Haushalte mit Breitbandanschluss (z.B. DSL)
	1 000	%		
Deutschland	39 719	81	77	72
Früheres Bundesgebiet ¹	31 164	82	78	73
Neue Länder einschl. Berlin	8 555	76	72	66
Haushalte mit ... und ohne Kind				
1 Person	15 799	67	62	56
2 Personen	12 999	83	78	73
3 und mehr Personen	3 646	98	97	93
Haushalte mit ... und mindestens einem Kind²				
1 Person	1 016	95	92	85
2 Personen	4 901	99	98	95
3 und mehr Personen	1 357	100	98	96
Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... EUR				
unter 1 300	11 674	65	58	52
1 300 – 2 000	9 334	76	73	67
2 000 – 2 900	8 413	88	84	79
2 900 und mehr	10 298	98	96	92

Ergebnisse der Erhebung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in privaten Haushalten.

1 Ohne Angaben für Berlin.

2 Kind/er unter 16 Jahren.

7.3.2 Private Internetnutzung von Personen

	2007	2008	2009	2010	2011
	%				
Insgesamt	68	71	73	75	76
Männlich	73	76	78	80	81
10 bis 15 Jahre	90	93	96	95	95
16 bis 24 Jahre	95	97	98	98	98
25 bis 44 Jahre	90	92	94	95	96
45 bis 64 Jahre	71	75	76	80	82
65 und mehr	27	32	39	42	43
Weiblich	63	66	68	71	72
10 bis 15 Jahre	91	93	96	96	96
16 bis 24 Jahre	95	96	97	98	99
25 bis 44 Jahre	88	90	92	95	96
45 bis 64 Jahre	61	67	68	71	75
65 und mehr	12	14	17	23	22
nach sozialer Stellung					
Erwerbstätige ¹	86	88	89	91	93
Arbeitslose	64	66	72	76	75
Schüler/-innen und Studierende	98	99	99	99	99
Rentner/-innen und andere nicht erwerbstätige Personen ²	32	35	38	42	42

Ergebnisse der Erhebung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in privaten Haushalten. – Personen, die im jeweiligen Jahr das Internet in den letzten drei Monaten vor dem Befragungszeitraum genutzt haben. – Anteile an Personen ab 10 Jahren bzw. bei sozialer Stellung ab 16 Jahren.

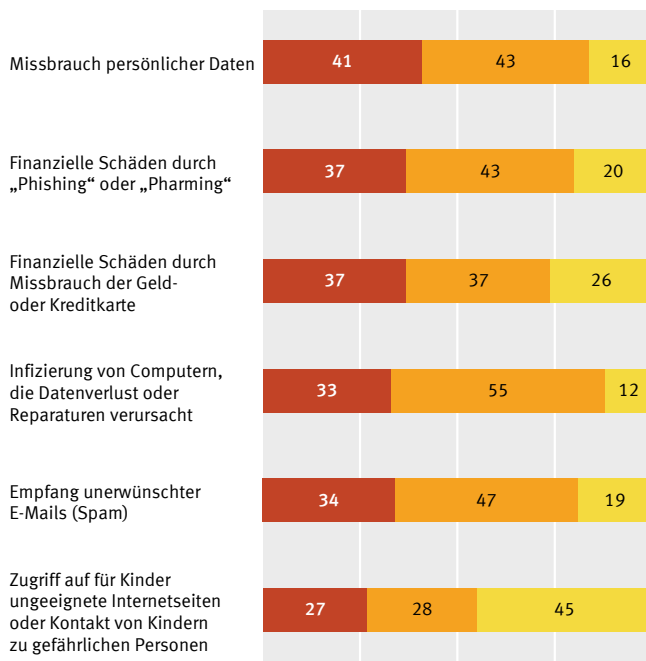
1 Einschl. mithelfende Familienangehörige.

2 Z. B. Hausmann/-frau, Grundwehrdienstleistende, Zivildienstleistende, Personen im freiwilligen sozialen Jahr.

Haushalte mit **Breitbandanschluss** nutzen einen Internetzugang mit einer im Vergleich zu Telefonmodem oder ISDN-Modem (Schmalbandanschluss) deutlich höheren Datenübertragungsrates, um von zu Hause aus ins Internet zu gelangen. Zum Breitbandanschluss zählen: DSL-Anschluss, Internetanschlüsse über Kabel (z.B. TV-Kabel, Glasfaser), drahtlose ortsgebundene Internetanschlüsse (z. B. über Satellit, WiMAX) oder drahtlose mobile Internetanschlüsse über Handy/Smartphone bzw. Laptop-Karte/USB-Stick mit mind. 3G, z. B. UMTS.

Sicherheitsbedenken bei der privaten Internetnutzung 2010 in %

■ Starke Bedenken ■ Mittlere Bedenken ■ Keine Bedenken



Personen, die das Internet in den letzten zwölf Monaten vor der Befragung mindestens einmal genutzt haben.

2012 - 01 - 0467

7.3 Mediennutzung

7.3.3 Häufigkeit der Internetnutzung und Internetaktivitäten zu privaten Zwecken 2011

	Personen 1 000	Häufigkeit der Internetnutzung in den letzten drei Monaten			Internetaktivitäten zu privaten Zwecken in den letzten drei Monaten						
		täglich/ fast täglich	mindestens einmal pro Woche	einmal im Monat oder seltener	Nutzung sozialer Netzwerke für die private Kom- munikation	Telefonieren/ Video- telefonate	Suche nach Informati- onen über Waren und Dienstleis- tungen	Informa- tionen zu Gesundheits- themen	Nutzung von Reisedienst- leistungen	Verkauf von Waren und Dienstleis- tungen	Online- Banking
		%									
Insgesamt	56 431	76	18	6	53	22	83	63	63	33	51
Männlich	29 338	79	16	5	51	24	85	55	62	36	54
10 bis 15 Jahre . . .	2 277	61	31	9	67	26	53	15	10	10	/
16 bis 24 Jahre . . .	4 207	90	(9)	/	89	37	82	37	44	27	39
25 bis 44 Jahre . . .	10 478	84	12	(3)	56	26	91	59	71	48	72
45 bis 64 Jahre . . .	9 275	76	18	7	32	19	88	61	68	37	54
65 und mehr	3 102	69	23	(8)	28	17	82	71	77	24	49
Weiblich	27 093	72	20	8	54	20	81	72	64	30	48
10 bis 15 Jahre . . .	2 169	61	30	9	74	23	44	23	16	(5)	/
16 bis 24 Jahre . . .	4 025	87	(11)	/	94	34	76	60	57	20	37
25 bis 44 Jahre . . .	10 263	80	15	5	58	20	91	79	71	43	66
45 bis 64 Jahre . . .	8 581	66	24	10	33	15	84	79	69	29	48
65 und mehr	2 056	47	36	17	28	16	73	78	70	16	33
nach sozialer Stellung											
Erwerbstätige ¹ . . .	35 045	80	15	5	50	22	89	66	70	39	61
Arbeitslose	2 610	70	20	(10)	60	19	76	62	46	32	43
Schüler/-innen und Studierende	4 368	93	(6)	/	93	42	81	52	53	23	34
Renter/-innen und andere nicht erwerbstätige Personen ²	9 962	63	27	11	35	17	82	75	68	28	47

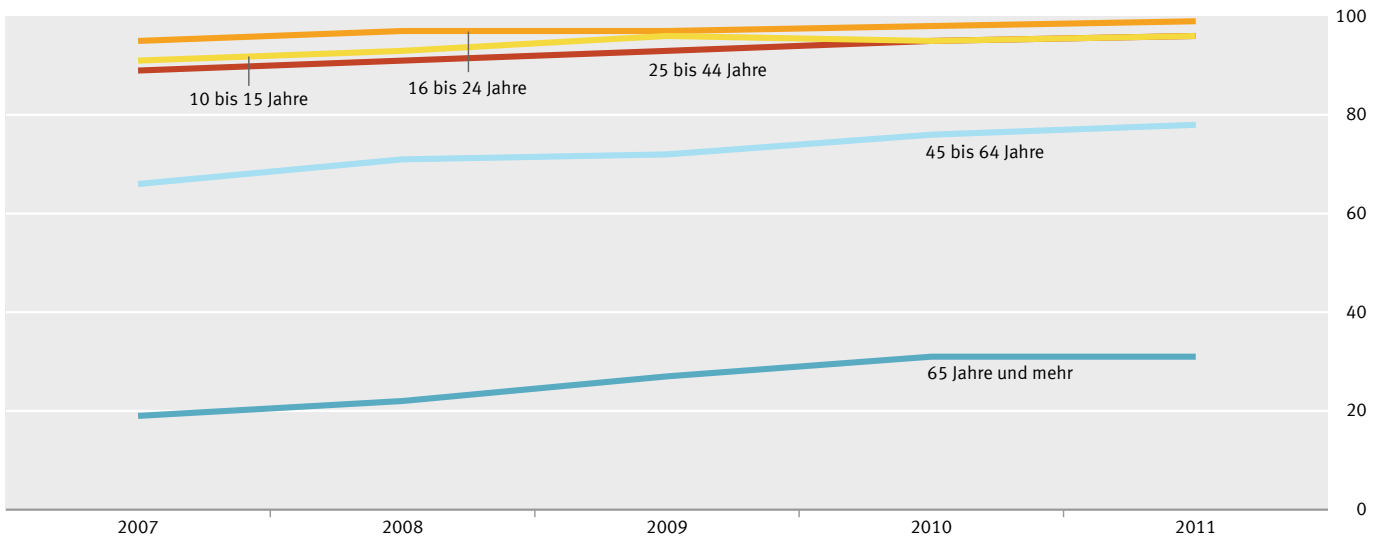
Ergebnisse der Erhebung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in privaten Haushalten. – Personen, die das Internet in den letzten drei Monaten vor dem Befragungszeitraum genutzt haben. – Anteile an Personen ab 10 Jahren bzw. bei sozialer Stellung ab 16 Jahren.

1 Einschl. mithelfende Familienangehörige.

2 Z. B. Hausmann/-frau, Grundwehrdienstleistende, Zivildienstleistende, Personen im freiwilligen sozialen Jahr.

Private Internetnutzung nach Altersgruppen

in %



Personen, die im jeweiligen Jahr das Internet in den letzten drei Monaten vor dem Befragungszeitraum genutzt haben.

2012 - 01 -0468

7.3 Mediennutzung
7.3.4 Private Einkäufe und Bestellungen über das Internet 2011

	Personen	Art der Waren und Dienstleistungen, die für den privaten Gebrauch in den letzten zwölf Monaten gekauft/bestellt wurden									
		Private Ge- brauchsgüter (z.B. Möbel, Spielzeug)	Filme, Musik	Bücher, Magazine, Zeitungen, E-Learning- Material	Computer und Zubehör	Kleidung, Sportartikel	Elektronika- rtikel (einschl. Kameras)	Aktien, Versi- cherungen	Urlaubsunter- künfte (z.B. Zimmerreser- vierung in Hotels)	Andere Dienstlei- stungen für Urlaubsrei- sen (z.B. Fahrkarten)	Arzneimittel
	1 000	%									
Insgesamt	41 676	45	34	44	29	61	34	9	44	33	28
Männlich	21 876	44	37	40	40	53	43	13	44	34	24
10 bis 15 Jahre . . .	801	33	37	(17)	(24)	35	(25)	/	/	/	/
16 bis 24 Jahre . . .	3 095	26	42	31	41	58	40	/	14	17	(7)
25 bis 44 Jahre . . .	9 158	54	44	45	44	61	50	15	48	39	24
45 bis 64 Jahre . . .	6 863	43	30	40	40	46	43	15	52	38	30
65 und älter	1 958	29	15	37	29	34	30	(12)	58	37	37
Weiblich	19 799	47	32	50	17	71	23	5	44	31	32
10 bis 15 Jahre . . .	601	(22)	34	(28)	/	65	(17)	/	/	/	/
16 bis 24 Jahre . . .	2 845	28	36	48	17	77	26	/	32	26	(11)
25 bis 44 Jahre . . .	9 081	60	40	56	20	78	26	7	47	34	36
45 bis 64 Jahre . . .	6 205	42	21	46	15	63	19	5	46	32	38
65 und mehr	1 067	30	(13)	37	(14)	51	(15)	/	48	36	43
nach sozialer Stellung											
Erwerbstätige ¹ . .	28 857	49	36	47	31	64	36	10	49	37	29
Arbeitslose	1 707	44	30	30	31	60	28	/	17	19	24
Schüler/-innen und Studierende . . .	3 072	24	44	47	30	66	33	/	25	27	8
Renter/-innen und andere nicht erwerbstätige Personen ²	6 638	43	22	42	25	51	26	9	44	28	39

Ergebnisse der Erhebung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in privaten Haushalten. – Personen, die das Internet in den letzten drei Monaten vor dem Befragungszeitraum genutzt und innerhalb der letzten zwölf Monate Käufe oder Bestellungen über das Internet getätigt haben. – Anteile an Personen ab 10 Jahren bzw. bei sozialer Stellung ab 16 Jahren.

- 1 Einschl. mithelfende Familienangehörige.
- 2 Z. B. Hausmann/-frau, Grundwehrdienstleistende, Zivildienstleistende, Personen im freiwilligen sozialen Jahr.

7.3.5 Leinwände und Filmbesuche

Alle verfügbaren Daten im Bereich der deutschen **Filmwirtschaft** werden durch die statistische Abteilung der Spitzenorganisation der Filmwirtschaft erfasst und ausgewertet. Die Ergebnisse werden im Filmstatistischen Jahrbuch veröffentlicht. Weitere Informationen finden Sie unter www.spio.de und zur Filmförderungsanstalt (FFA) unter www.ffa.de

	Einheit	2009	2010	2011
Leinwände	Anzahl	4 571	4 550	4 509
Sitzplätze	Anzahl	839 905	830 413	818 554
Filmbesuche insgesamt	Mill.	146,3	126,6	129,6
Filmbesuche je Einwohner/-in	Anzahl	1,8	1,6	1,6
Durchschnittlicher Eintrittspreis	EUR	6,67	7,27	7,39
Bruttoeinnahmen	Mill. EUR	976,10	920,40	958,10
Filmabgabe	Mill. EUR	22,50	22,70	22,50
Nettoeinnahmen (einschl. Mehrwertsteuer)	Mill. EUR	953,60	897,70	935,60

Quelle: Filmförderungsanstalt

7.3.6 Filmproduktion

	2009	2010	2011
Spielfilme ¹ insgesamt	150	119	123
darunter mit Prädikat ²			
besonders wertvoll	37	26	28
wertvoll	27	15	17
Dokumentarfilme	70	74	83
Deutsche Kurzfilme ² insgesamt	134	171	157
darunter mit Prädikat ²			
besonders wertvoll	36	54	55
wertvoll	59	61	48
Deutsche Werbefilme ³	474	521	551

- 1 Abendfüllende Filme, einschl. deutsch/ausländischer Koproduktionen sowie Kinder- und Jugendfilme.
- 2 Kultur-, Dokumentar-, Spiel- und Wirtschaftsfilme, die der Filmbewertungsstelle Wiesbaden vorgelegt wurden.
- 3 Von der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft (FSK) geprüfte Filme.

Quelle: Spitzenorganisation der Filmwirtschaft e.V.

7.3 Mediennutzung

7.3.7 ARD und Landesrundfunkanstalten nach Ressorts 2011

	BR	HR	MDR	NDR/RB	RBB	SR/SWR	WDR	ARD
Sendezeit in %								
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Politik und Gesellschaft ..	23,3	23,5	31,0	51,5	39,3	33,9	57,3	38,0
Kultur und Wissenschaft ..	14,4	10,8	11,9	14,7	10,9	12,3	5,8	11,4
Religion	2,1	1,2	1,2	0,1	1,1	0,5	0,5	0,9
Sport	4,9	2,1	1,9	2,0	1,8	2,4	1,4	2,3
Fernsehspiel	13,1	5,2	8,7	4,0	7,7	4,1	6,5	6,8
Spielfilme	8,9	7,1	8,6	6,0	8,7	8,6	3,8	7,3
Unterhaltung	5,7	22,3	11,8	11,6	9,0	16,5	10,0	12,5
Musik	0,8	0,7	0,3	0,3	0,2	1,4	1,7	0,8
Familie	18,3	18,6	20,8	7,7	12,4	14,0	3,1	13,1
Bildung und Beratung	6,3	6,4	0,5	0,0	4,2	2,9	8,5	4,1
Sport/Überleitung	2,3	2,1	3,3	2,2	4,6	3,5	1,3	2,8

Quelle: Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland

7.3.8 ZDF nach Sendeformaten 2011

	Sendezeit in %	Weitere Informationen finden Sie unter www.zdf.de
Insgesamt	100,0	
Information	46,2	
Fiction (ohne Kinderprogramm)	28,6	
Unterhaltung	9,4	
Sport	5,2	
Kinderprogramm	5,2	
Präsentation	2,9	
Werbung	1,1	
Übertragungen	0,7	
Konzert- und Bühnendarbietung	0,3	
Sonstiges	0,4	

Quelle: Zweites Deutsches Fernsehen

7.3.9 Marktanteile der Fernsehsender 2011

	%	Weitere Informationen finden Sie unter www.agf.de
RTL	14,1	
ARD Dritte ¹	12,5	
ARD Das Erste	12,4	
ZDF	12,1	
SAT 1	10,1	
Pro Sieben	6,2	
VOX	5,6	
kabel eins	4,0	
RTL II	3,6	
SUPER RTL	2,2	
KiKa	1,3	
Phoenix	1,1	
3SAT	1,0	
n-tv	1,0	
arte	0,8	
ZDFneo	0,4	
sixx	0,3	
ZDFinfo	0,1	
TV Rest	11,3	

Marktanteile im Tagesdurchschnitt.

1 Weitere 37 Sender.

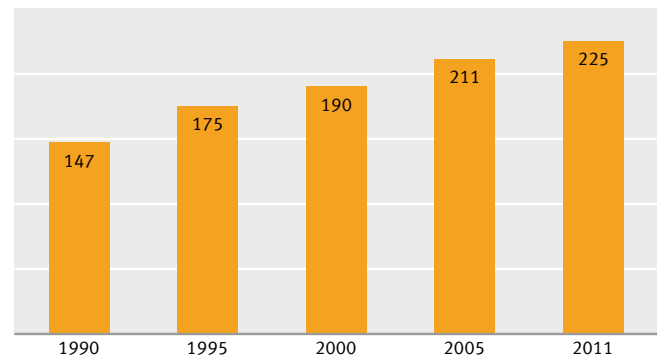
Quelle: AGF/GfK-Fernsehforschung, Fernsehpanel D+EU

7.3.10 Durchschnittliche tägliche Fernsehdauer nach Altersgruppe

	Zuschauer/-innen		Davon im Alter	
	insgesamt	3 – 13 Jahre	14 – 49 Jahre	50 Jahre und älter
Minuten				
1995 ...	175	95	156	225
1996 ...	183	101	165	233
1997 ...	183	95	164	236
1998 ...	188	99	166	245
1999 ...	185	97	164	241
2000 ...	190	97	169	247
2001 ...	192	98	170	250
2002 ...	201	97	177	263
2003 ...	203	94	182	262
2004 ...	210	93	185	274
2005 ...	211	91	185	277
2006 ...	212	90	184	278
2007 ...	208	87	178	275
2008 ...	207	86	178	273
2009 ...	212	88	182	279
2010 ...	223	93	192	290
2011 ...	225	93	192	293

Quelle: AGF/GfK-Fernsehforschung, ab 2001 Fernsehpanel D+EU

Durchschnittliche tägliche Fernsehdauer in Minuten



Quelle: AgF/GfK-Fernsehforschung

2012 - 01 - 0469

7.3 Mediennutzung

7.3.11 Landesrundfunkanstalten 2010

Jede der **Landesrundfunkanstalten** bietet in ihrem Sendegebiet mehrere Hörfunkprogramme an. Weitere Informationen finden Sie unter www.ard.de

	Insgesamt	Musiksendungen				Wortsendungen				Werbefunk
		zusammen	Rock-/Popmusik	Unterhaltungsmusik	Klassik	zusammen	Information und Service	Kultur und Bildung	Unterhaltung	
	Stunden	%	% der Musiksendungen		%	% der Wortsendungen			%	
Insgesamt	518 921	56,4	53,7	25,1	21,2	42,8	67,1	17,9	15,0	0,9
Bayerischer Rundfunk	54 772	55,0	64,7	5,8	29,4	44,2	74,8	20,3	4,9	0,8
Hessischer Rundfunk	53 493	62,1	59,3	18,2	22,5	36,6	67,6	13,8	18,6	1,2
Mitteldeutscher Rundfunk	65 007	63,6	66,1	24,7	9,2	35,5	74,4	10,2	15,4	0,8
Norddeutscher Rundfunk	73 355	28,4	55,6	21,3	23,2	71,5	51,6	16,4	32,0	0,2
Radio Bremen	35 040	57,4	50,7	20,1	29,2	41,4	67,0	28,2	4,8	1,1
Rundfunk Berlin-Brandenburg ..	65 368	50,2	43,6	26,6	29,8	48,6	88,2	7,9	3,9	1,2
Saarländischer Rundfunk	34 990	82,3	53,3	23,5	23,2	16,4	75,1	24,1	0,8	1,3
Südwestfunk	81 515	63,8	53,0	37,2	9,7	35,4	61,6	19,5	18,9	0,8
Westdeutscher Rundfunk	55 381	60,0	34,9	36,4	28,8	39,2	62,6	34,7	2,7	0,8

Quelle: Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland

7.3.12 Deutsche Welle und Deutschlandradio 2010

Deutsche Welle und **Deutschlandradio** senden Programme in deutscher Sprache und in fremden Sprachen sowohl für Europa als auch für das außereuropäische Ausland.

	Deutsche Welle ¹				Deutschlandradio			
	deutschsprachiges Programm		fremdsprachiges Programm		Deutschlandradio Kultur		Deutschlandfunk	
	Stunden	%	Stunden	%	Stunden	%	Stunden	%
Insgesamt	37 740	100,0	28 980	100,0	9 352	100,0	9 352	100,0
Wortsendungen	35 235	93,4	26 738	92,3	6 272	67,1	6 990	74,7
Musiksendungen	2 505	6,6	2 242	7,7	3 080	32,9	2 362	25,3

¹ Bundesrundfunkanstalt.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland

7.4 Bürgerschaftliches Engagement

7.4.1 Freiwillig engagierte Personen

Die Angaben in den Tabellen 7.4.1 bis 7.4.3 stammen aus dem **Freiwilligensurvey**. Dieser bietet repräsentative Ergebnisse zum freiwilligen Engagement der Bevölkerung in Deutschland. Zuletzt wurden 2009 deutschlandweit mehr als 20 000 Personen ab 14 Jahren befragt. Detaillierte Ergebnisse finden Sie unter www.bmfsfj.de

	1999	2004	2009
	%		
Insgesamt	34	36	36
nach Geschlecht			
Männlich	38	39	40
Weiblich	30	32	32
nach Altersgruppen			
14 bis unter 31	35	35	35
31 bis unter 46	38	39	41
46 bis unter 65	37	40	38
65 und mehr	23	26	28
nach Erwerbsstatus			
Erwerbstätige	38	40	40
Arbeitslose	23	27	26
Schüler/-innen, Azubildende, Studierende	37	38	38
Rentner/-innen, Pensionäre/ Pensionärinnen	24	28	30
Bereitschaft zum ehrenamtlichen Engagement von nicht Engagierten ..	26	32	37

Quelle: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

7.4.2 Zielgruppen des freiwilligen Engagements

	1999	2004	2009
	%		
Kinder und Jugendliche	36	34	35
Ältere Menschen	8	9	10
Frauen	4	3	2
Familien	/	5	4
Andere oder unbestimmter Personenkreis	52	49	49

Quelle: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

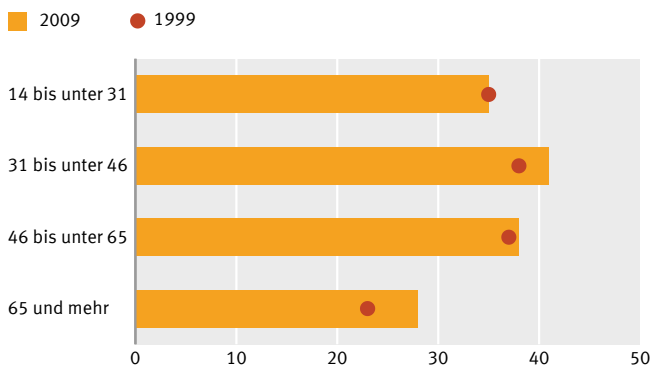
7.4.3 Bereiche des freiwilligen Engagements

	1999	2004	2009
	%		
Sport und Bewegung	11,2	11,1	10,1
Schule/Kindergarten	5,9	6,9	6,9
Kirche/Religion	5,3	5,9	6,9
Sozialer Bereich	4,1	5,4	5,2
Kultur/Musik	4,9	5,5	5,2
Freizeit/Geselligkeit	5,6	5,1	4,6
Feuerwehr/Rettungsdienste	2,5	2,8	3,1
Umwelt/Tierschutz	1,8	2,6	2,8
Politik/Interessenvertretung	2,6	2,4	2,7
Jugendarbeit/Bildung	1,6	2,4	2,6
Gesundheitsbereich	1,2	0,9	2,2
Lokales Bürgerengagement	1,3	2,1	1,9
Berufliche Interessenvertretung	2,3	2,4	1,8
Justiz/Kriminalitätsprobleme	0,7	0,6	0,7

Mehrfachnennungen möglich.

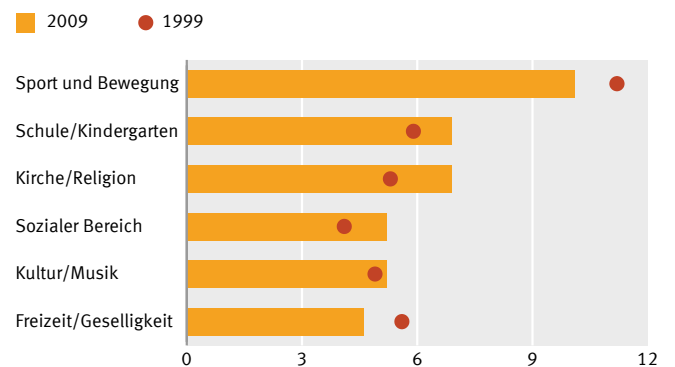
Quelle: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Freiwillig engagierte Personen nach Altersgruppen in %



Quelle: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2012 - 01 - 0470

Ausgewählte Bereiche des freiwilligen Engagements in %



Mehrfachnennungen möglich.

Quelle: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2012 - 01 - 0471

7.4 Bürgerschaftliches Engagement
7.4.4 Bundesfreiwilligendienst – Freiwillige im Mai 2012

Seit dem 1.7.2011 können sich Frauen und Männer jeden Alters im Rahmen des **Bundesfreiwilligendienstes** (BFD) für das Allgemeinwohl engagieren – im sozialen, ökologischen und kulturellen Bereich sowie in weiteren Bereichen wie Sport, Integration, Kultur und Bildung, aber auch beim Zivil- und Katastrophenschutz. In der Regel dauert der BFD 12 Monate, mindestens jedoch 6 und höchstens 18 Monate (in Ausnahmefällen 24 Monate). Der Bundesfreiwilligendienst trat unmittelbar nach der Aussetzung der Wehrpflicht in Kraft und soll die Folgen des gleichzeitig wegfallenden Zivildienstes zumindest teilweise kompensieren. 2010 wurden 78 387 Zivildienstleistende einberufen. 2009 waren es 90 514.

	Freiwillige		Davon		Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren							
	insgesamt	je 100 000 Einwohner/-innen ¹	Männer	Frauen	unter 27		27 – 51		51 – 65		65 und mehr	
					Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Deutschland	32 920	40	17 335	15 585	11 820	9 160	2 558	3 268	2 496	2 882	461	275
Baden-Württemberg	3 561	33	2 013	1 548	1 652	1 202	214	239	125	96	22	11
Bayern	2 939	23	1 690	1 249	1 472	1 086	115	109	78	38	25	16
Berlin	1 005	29	569	436	315	238	99	95	128	86	27	17
Brandenburg	1 438	57	667	771	232	126	196	287	217	341	22	17
Bremen	208	31	98	110	74	84	17	11	6	13	1	2
Hamburg	744	42	377	367	335	333	23	24	18	10	1	0
Hessen	1 576	26	882	694	702	520	83	109	81	55	16	10
Mecklenburg-Vorpommern ..	849	52	499	350	240	131	106	102	132	112	21	5
Niedersachsen	2 749	35	1 525	1 224	1 312	1 036	105	104	77	69	31	15
Nordrhein-Westfalen	6 837	38	3 794	3 043	3 268	2 621	299	238	183	159	44	25
Rheinland-Pfalz	1 075	27	558	517	454	427	68	58	29	29	7	3
Saarland	309	30	146	163	130	138	7	18	8	5	1	2
Sachsen	4 621	111	2 055	2 566	613	474	602	998	708	1 006	132	88
Sachsen-Anhalt	1 711	73	782	929	245	198	237	338	272	362	28	31
Schleswig-Holstein	1 040	47	608	432	517	363	51	43	31	22	9	4
Thüringen	2 258	101	1 072	1 186	259	183	336	495	403	479	74	29

Freiwillige im Dienst. – Stand: 5.6.2012.

1 Eigene Berechnung mit Bevölkerungsdaten des Jahres 2010.

Quelle: Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben

7.4.5 Stiftungen 2011

Kernstück einer **Stiftung** ist das Stiftungsvermögen, das die Stifterin bzw. der Stifter auf die Stiftung überträgt. Es ist dauerhaft der Realisierung bestimmter, meist gemeinnütziger Zwecke gewidmet. Stiftungsdichte und Errichtungsdichte beziehen sich jeweils auf 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Die **Stiftungsdichte** entspricht der Bestandsdichte. Für die **Errichtungsdichte** werden die Stiftungsanerkennungen des jeweiligen Jahres in Bezug zur Einwohnerzahl gesetzt. Sie spiegelt die aktuelle Dynamik wider. Weitere Informationen finden Sie unter www.stiftungen.org

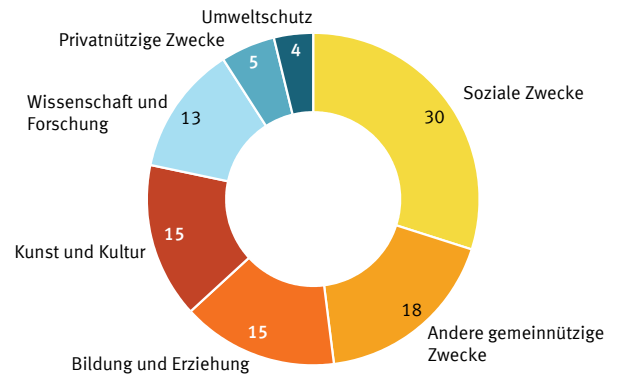
	Bestand	Errichtungen	Stiftungs-dichte ¹	Errichtungsdichte ¹
Deutschland	18 946	817	23,2	1,00
Baden-Württemberg	2 847	146	26,5	1,36
Bayern	3 471	141	27,7	1,12
Berlin	759	30	21,9	0,87
Brandenburg	173	16	6,9	0,64
Bremen	306	5	46,3	0,76
Hamburg	1 227	30	68,7	1,68
Hessen	1 712	70	28,2	1,15
Mecklenburg-Vorpommern ..	156	6	9,5	0,37
Niedersachsen	1 999	99	25,2	1,25
Nordrhein-Westfalen	3 661	167	20,5	0,94
Rheinland-Pfalz	886	40	22,1	1,00
Saarland	159	8	15,6	0,79
Sachsen	414	23	10,0	0,55
Sachsen-Anhalt	245	10	10,5	0,43
Schleswig-Holstein	680	20	24,0	0,71
Thüringen	251	6	11,2	0,27

Verteilung nach dem Sitz der rechtsfähigen Stiftungen bürgerlichen Rechts. – Ergebnisse einer Umfrage bei den Stiftungsaufsichtsbehörden 2012 und eigener Berechnungen.

1 Bezogen auf 100 000 Einwohner/-innen; Bevölkerungsstand: 31.12.2010.

Quelle: Bundesverband Deutscher Stiftungen e.V.

Rechtsfähige Stiftungen bürgerlichen Rechts 2012
nach Stiftungszweckhauptgruppen, in %



Gewichtete Verteilung nach Stiftungszweckhauptgruppen. Nähere Informationen hierzu siehe „Glossar“/„Methodik“ am Ende dieses Kapitels.

Quelle: Datenbank Deutscher Stiftungen des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen e.V., Stand: 1.5.2012

2012 - 01 - 0472

7.4 Bürgerschaftliches Engagement

7.4.6 Seelsorge der evangelischen und katholischen Kirchen

	Beratungsstellen insgesamt	Anrufe bzw. Erstfragen ¹				Beratung suchende Personen		Im Alter von ... bis unter ... Jahren				
		zusammen	Telefon	E-Mail	Chat	männlich	weiblich	unter 20	20 – 30	30 – 45	45 – 65	65 und mehr
2007 ...	105	2 032 737	2 027 000	4 107	1 630	24	64	27	27	18	17	8
2008 ...	105	2 264 419	2 257 000	4 031	3 388	22	47	21	19	14	15	6
2009 ...	105	2 185 652	2 177 000	4 279	4 373	22	63	19	20	14	15	7
2010 ...	106	2 020 142	2 012 000	3 744	4 398	22	44	19	21	13	17	9
2011 ...	106	2 016 510	2 007 000	3 054	6 456	19	63	16	22	13	18	12

1 Telefonanrufe generell und Erstfragen per Telefon können leider nicht unterschieden werden. Bei E-Mail und Chat wurden nur die Erstfragen aufgenommen.

2 Aufgrund von fehlenden Angaben zum Geschlecht bzw. Alter ergibt die Summe der Prozente nicht 100.

Quelle: Evangelische Konferenz für Telefonseelsorge und Offene Tür e.V.

7.5 Sport

7.5.1 Landessportbünde und Mitgliedschaften 2011

Der **Deutsche Olympische Sportbund (DOSB)** wurde als Nachfolgeorganisation des Deutschen Sportbundes (DSB) und des Nationalen Olympischen Komitees (NOK) gegründet. Die Angaben in den Tabellen 7.5.1 bis 7.5.3 beruhen auf Erhebungen des DOSB. Weitere Informationen finden Sie unter www.dosb.de

	Vereine	Aktive und passive Mitgliedschaften			Mitglieder im Alter von ... bis unter ... Jahren			
		insgesamt	männlich	weiblich	unter 15	15 – 27	27 – 41	41 und mehr
Deutschland	91 250	23 704 200	60,1	39,9	23,8	18,5	14,1	43,6
Baden-Württemberg	11 460	3 763 219	60,2	39,8	23,3	18,7	13,3	44,6
Bayern	12 113	4 275 075	61,6	38,4	22,9	21,1	14,5	41,5
Berlin	2 236	579 255	63,4	36,6	21,6	19,5	17,5	41,4
Brandenburg	2 983	315 876	62,9	37,1	24,3	18,1	14,8	42,8
Bremen	417	165 458	60,5	39,5	23,6	16,0	13,8	46,6
Hamburg	793	540 272	59,8	40,2	19,4	15,0	19,6	46,0
Hessen	7 782	2 066 973	59,0	41,0	23,2	17,0	14,2	45,7
Mecklenburg-Vorpommern	1 900	230 296	61,3	38,7	26,0	17,2	15,1	41,7
Niedersachsen	9 711	2 756 169	56,5	43,5	25,1	17,7	13,1	44,0
Nordrhein-Westfalen	19 592	5 051 641	60,7	39,3	25,4	18,1	13,6	42,9
Rheinland-Pfalz ¹	6 303	1 461 944	60,5	39,5	22,6	18,2	14,0	45,2
Saarland	2 144	395 937	60,0	40,0	20,1	18,6	14,4	46,9
Sachsen	4 479	577 645	60,4	39,6	24,2	17,0	15,9	42,9
Sachsen-Anhalt ¹	3 163	328 840	61,9	38,1	22,0	17,5	15,2	45,3
Schleswig-Holstein	2 697	824 717	55,9	44,1	27,5	17,6	12,6	42,3
Thüringen	3 477	370 883	63,1	36,9	21,7	17,0	16,1	45,2

1 Einschl. Mitgliedschaften von Verbänden mit besonderen Aufgaben.

Quelle: Deutscher Olympischer Sportbund

7.5 Sport

7.5.2 Spitzenverbände und Mitgliedschaften 2011

	Aktive und passive Mitgliedschaften ¹			Mitglieder im Alter von . . . bis unter . . . Jahren			
	insgesamt	männlich	weiblich	unter 15	15 – 27	27 – 41	41 und mehr
	Anzahl	%					
Insgesamt	25 140 359	61,7	38,3	23,4	18,1	14,3	44,1
Fußball	6 749 788	84,3	15,7	25,7	23,7	15,9	34,7
Turnen	4 959 236	31,0	69,0	33,1	11,2	11,6	44,1
Tennis	1 531 580	60,0	40,0	16,8	17,7	11,1	54,3
Schützen	1 415 587	75,6	24,4	3,3	10,8	13,4	72,5
Leichtathletik	872 650	49,6	50,4	32,2	17,6	10,6	39,6
Handball	832 297	62,4	37,6	29,7	28,7	14,1	27,5
Reiten	727 866	24,9	75,1	23,8	26,0	16,3	33,9
Alpenverein	660 525	61,2	38,8	0,0	0,0	24,2	75,8
Sportfischen	632 533	96,7	3,3	3,9	14,0	17,9	64,2
Golf	610 104	62,1	37,9	5,7	12,2	17,4	64,8
Tischtennis	606 075	78,7	21,3	17,4	23,4	16,8	42,4
Behindertensport	574 887	45,2	54,8	5,6	6,8	10,2	77,4
Ski	574 683	55,9	44,1	18,6	18,4	13,7	49,3
Schwimmen	572 992	48,5	51,5	49,2	14,5	8,9	27,3
DLRG	556 697	53,9	46,1	41,4	21,4	11,8	25,5
Volleyball	467 362	48,0	52,0	14,5	29,0	20,3	36,2
Tanzen	216 163	33,6	66,4	25,3	17,1	11,5	46,1
Badminton	213 317	60,2	39,8	19,0	28,5	19,7	32,7
Basketball	191 156	72,5	27,5	29,6	37,9	16,9	15,6
Segeln	186 157	73,7	26,3	9,7	13,0	12,6	64,7
Judo	168 664	70,7	29,3	62,7	21,0	6,6	9,6
Radsport	136 008	77,2	22,8	11,6	13,7	14,6	60,0
Kanu	116 588	64,2	35,8	14,6	17,3	14,9	53,1
Kegeln	115 158	73,4	26,6	5,1	14,4	15,2	65,3
Motoryacht	110 326	72,2	27,8	5,0	6,8	11,3	76,9
Karate	105 501	67,9	32,1	50,3	19,5	11,8	18,4
Aero	99 776	91,0	9,0	3,1	11,7	20,7	64,5
Moderner Fünfkampf	91 924	39,9	60,1	30,1	10,7	13,9	45,4
Schach	91 135	93,0	7,0	18,7	17,8	13,1	50,4
Rudern	81 391	66,8	33,2	9,9	19,0	16,1	55,0
Hockey	75 358	62,2	37,8	43,2	24,4	11,2	21,2
Sporttauchen	69 069	70,3	29,7	7,6	15,4	31,7	45,3
Boxsport	66 273	82,6	17,4	16,6	41,7	19,5	22,1
Ringern	65 803	80,9	19,1	20,9	19,3	14,4	45,4
Taekwondo	57 020	63,0	37,0	54,1	25,3	10,1	10,5
Ju-Jutsu	46 939	69,2	30,8	39,5	27,1	16,1	17,3
Triathlon	42 284	72,2	27,8	10,2	14,0	30,8	45,0
Snowboard	40 016	55,7	44,3	18,9	18,7	13,9	48,5
Billard	34 341	90,2	9,8	3,7	21,7	32,2	42,4
Eisstockschießen	33 796	85,5	14,5	2,5	13,5	12,5	71,5
Eishockey	28 932	91,1	8,9	40,1	37,7	16,1	6,2
Fechten	25 647	65,3	34,7	37,2	27,4	12,2	23,3
Eislaufen	19 800	23,0	77,0	57,3	20,2	8,0	14,5
Sonstige	266 955	68,9	31,1	16,1	30,2	21,1	32,6

1 Einschl. Mitglieder, die nicht in den Zahlen der Landessportbünde enthalten sind. – Ranking der Spitzenverbände nach Zahl der Mitgliedschaften.

Quelle: Deutsche Olympischer Sportbund

7.5 Sport

7.5.3 Deutsches Sportabzeichen

	Teilnehmende insgesamt	Deutsches Jugendsportabzeichen		Deutsches Sportabzeichen		Behinderte
		Jungen	Mädchen	Männer	Frauen	
Sportabzeichenerstverleihungen ¹						
2009	418 148	171 964	172 440	37 647	22 907	3 114
2010	350 019	147 826	141 719	31 027	19 342	2 474
2011	351 595	145 515	144 806	28 029	23 481	2 447
Wiederholungsprüfungen ²						
2009	617 168	202 547	217 967	107 986	60 828	4 454
2010	577 150	193 375	199 118	100 544	59 004	4 454
2011	565 089	183 653	196 713	91 266	68 551	4 711

1 Nur Bronzeabzeichen.

2 Für Deutsches Jugendsportabzeichen: einschl. Silber- und Goldabzeichen; für Deutsches Sportabzeichen: einschl. Bronzeabzeichen mit Silberkranz, Silber- und Goldabzeichen.

Quelle: Deutscher Olympischer Sportbund

7.5.4 Förderleistung der Stiftung Deutsche Sporthilfe

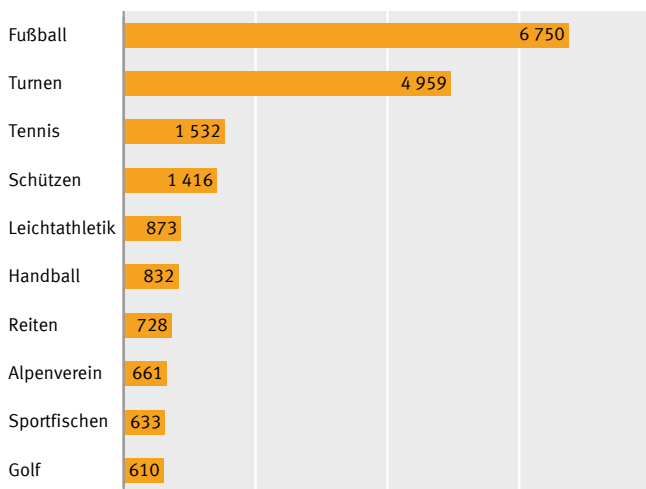
Die **Stiftung Deutsche Sporthilfe** wurde 1967 als Förderungs- und Sozialwerk des bundesdeutschen Spitzensports gegründet. Die Einnahmen zur Förderung der Spitzensportlerinnen und Spitzensportler werden u. a. durch Lotterien, Spenden und Veranstaltungen aufgebracht. Weitere Informationen finden Sie unter www.sporthilfe.de

	Geförderte Athleten/ Athletinnen	Verbandsspezifische Förderleistungen										
		insgesamt	Deutscher Leichtathletikverband	Deutscher Schwimmverband	Deutscher Ruderverband	Deutscher Fechter-Bund	Deutscher Ski-Verband	Bund Deutscher Radfahrer	Deutscher Kanu-Verband	Deutscher Turner-Bund	Deutscher Schützen-Bund	Deutscher Hockey-Bund
		Anzahl	1 000 EUR									
2008	3 683	5 318	354	447	635	483	663	404	592	287	528	348
2009	3 371	14 839	403	572	503	419	605	373	463	234	339	457
2010	3 660	10 013	518	674	680	345	749	413	552	279	396	496

Quelle: Stiftung Deutsche Sporthilfe

Vereinsmitglieder in ausgewählten Sportarten 2011

in 1 000



Quelle: Deutscher Olympischer Sportbund

2012 - 01 - 0473

7.5 Sport

7.5.5 Medaillenspiegel bei den Olympischen Spielen

	Gold	Silber	Bronze		Gold	Silber	Bronze
Peking 2008				Vancouver 2010			
Insgesamt	16	10	15	Insgesamt	10	13	7
Leichtathletik	–	–	1	Bobsport	1	2	–
Schwimmen	2	–	1	Rennrodeln	2	1	2
Schießen	–	1	3	Skeleton	–	1	1
Ringen	–	1	–	Eiskunstlauf	–	–	1
Gewichtheben	1	–	–	Eisschnelllauf	1	3	–
Turnen/RSG/Trampolin	–	1	1	Biathlon	2	1	2
Rudern	–	1	1	Nord. Kombination	–	–	1
Judo	1	–	–	Ski-Alpin	3	–	–
Radsport	–	1	1	Skilanglauf	1	4	–
Kanu	3	2	3	Skispringen	–	1	–
Segeln	–	–	1				
Fechten	2	–	–				
Wasserspringen	–	1	1				
Tischtennis	–	1	–				
Reiten	3	1	1				
Fußball	–	–	1				
Hockey	1	–	–				
Triathlon	1	–	–				
Mountainbike	1	–	–				
Moderner Fünfkampf	1	–	–				

Quelle: Deutscher Olympischer Sportbund

7.5.6 Medaillenspiegel bei den Paralympischen Spielen

	Gold	Silber	Bronze		Gold	Silber	Bronze
Peking 2008				Vancouver 2010			
Insgesamt	14	25	20	Insgesamt	13	5	6
Basketball	–	1	–	Ski-Alpin	7	4	4
Judo	–	1	1	Biathlon	3	–	2
Leichtathletik	5	9	7	Skilanglauf	3	1	–
Radsport	3	6	4				
Reiten	3	1	2				
Schwimmen	1	3	5				
Segeln	1	–	–				
Sportschießen	–	2	–				
Tischtennis	1	2	1				

Quelle: Deutscher Behindertensportverband e.V.

7.5 Sport

7.5.7 Olympische Spiele – Deutsche Teilnehmende und Medaillen

	Teilnehmende			Medaillen			
	insgesamt	darunter Frauen		insgesamt	Gold	Silber	Bronze
	Anzahl	%		Anzahl			
Winterspiele							
Albertville 1992	110	35	31,8	26	10	10	6
Lillehammer 1994	112	33	29,5	24	9	7	8
Nagano 1998	125	47	37,6	29	12	9	8
Salt Lake City 2002	149	67	45,0	36	12	16	8
Turin 2006	153	61	39,9	29	11	12	6
Vancouver 2010	150	57	38,0	30	10	13	7
Sommerspiele							
Barcelona 1992	489	164	33,5	82	33	21	28
Atlanta 1996	479	191	39,9	65	20	18	27
Sydney 2000	444	196	44,1	56	13	17	26
Athen 2004	449	195	43,4	49	13	16	20
Peking 2008	421	188	44,7	41	16	10	15

Quelle: Deutscher Olympischer Sportbund

7.5.8 Paralympische Spiele – Deutsche Teilnehmende und Medaillen

	Teilnehmende			Medaillen			
	insgesamt	darunter Frauen		insgesamt	Gold	Silber	Bronze
	Anzahl	%		Anzahl			
Winterspiele							
Albertville 1992	38	.	.	38	12	17	9
Lillehammer 1994	43	.	.	64	25	21	18
Nagano 1998	41	8	19,5	44	14	17	13
Salt Lake City 2002	26	4	15,4	33	17	1	15
Turin 2006	35	5	14,3	18	8	5	5
Vancouver 2010	21	6	28,6	24	13	5	6
Sommerspiele							
Barcelona 1992	237	.	.	171	61	51	59
Atlanta 1996	227	77	33,9	149	40	58	51
Sydney 2000	251	66	26,3	95	16	41	38
Athen 2004	210	69	32,9	78	19	28	31
Peking 2008	174	66	37,9	59	14	25	20

Quelle: Deutscher Behindertensportverband e.V.

Methodik

Dieses Kapitel präsentiert die wichtigsten Daten für den Bereich Kultur, Medien und Freizeit. Eine bundeseinheitliche Statistik zu diesem Themengebiet existiert bisher nicht. Um dennoch einen möglichst umfassenden Überblick zu geben, sind im Folgenden unterschiedliche Statistiken zusammengestellt. Sie stammen aus den Aufzeichnungen der jeweils als Quelle angegebenen Institutionen und unterscheiden sich folglich in Methodik und Aktualität.

Für das Themengebiet Kultur sind Statistiken dargestellt, die den Kulturbereichen gemäß der europäischen Kulturdefinition zugeordnet werden. Zusätzlich werden in diesem Kapitel Informationen zu Sport, freiwilligem Engagement, Seelsorge und privater Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologie veröffentlicht.

■ Kulturstätten

Museen

Die statistische Erhebung wird jährlich bei allen Museen in der Bundesrepublik Deutschland vom Institut für Museumsforschung durchgeführt. Die Erhebung ist freiwillig und umfasst u. a. Fragen zu den Besuchszahlen, Öffnungszeiten und Eintrittspreisen. Weitere Informationen hierzu finden Sie unter www.smb.spk-berlin.de/ifm

Theater

Die Theaterstatistik wird jährlich vom Deutschen Bühnenverein, dem Bundesverband der Theater und Orchester, herausgegeben. Sie enthält Daten zu öffentlichen und privaten Theatern, Kulturorchestern und Festspielunternehmen in Deutschland. Erfasst werden für jeden einzelnen Betrieb u. a. Angaben zu Veranstaltungen, Besucherinnen und Besuchern, Personal und Finanzen. Weitere Informationen hierzu finden Sie unter www.buehnenverein.de

Buchproduktion

Der Börsenverein des Deutschen Buchhandels e. V. gibt einen aktuellen und umfassenden Überblick über die wirtschaftliche Lage des Buchhandels (Kennzahlen, Daten zur Buchproduktion und -distribution). Weitere Informationen hierzu finden Sie unter www.boersenverein.de

Bibliotheken

Die Deutsche Bibliotheksstatistik (DBS) ist die einzige, alle Bibliotheksparten umfassende und auf einheitlichen Definitionen basierende nationale Statistik für den Bereich der Bibliotheken. Für die Erstellung der DBS ist das Kompetenznetzwerk für Bibliotheken (KNB) zuständig. Die Durchführung und Auswertung von Erhebungen sowie die Betreuung der Statistik verantwortet das Hochschulbibliothekszentrum des Landes Nordrhein-Westfalen. Die DBS enthält Angaben der öffentlichen und wissenschaftlichen Bibliotheken in Deutschland zu den Bereichen Ausstattung, Bestand, Entleihungen, Finanzen und Personal. Weitere Informationen hierzu finden Sie unter www.bibliotheksstatistik.de

Staatliche Archive

Die Angaben über die staatlichen Archive in Deutschland werden vom Bundesarchiv auf Grundlage einer Umfrage zusammengestellt. Weitere Informationen hierzu finden Sie unter www.bundesarchiv.de

Musikschulen

Die Informationen hierzu beruhen auf Unterlagen des Verbandes Deutscher Musikschulen. Weitere Informationen hierzu finden Sie unter www.musikschulen.de

Deutscher Chorverband

Der Mitgliederbestand des Deutschen Chorverbandes e. V. wird jährlich bei allen zugehörigen Vereinen ermittelt. Weitere Informationen hierzu finden Sie unter www.deutscher-chorverband.de

Künstlersozialkasse

Die Künstlersozialkasse wurde zur Durchführung der Künstlersozialversicherung geschaffen. Ihre Statistiken bieten u.a. Informationen zur Entwicklung der Versicherungszahlen nach Berufsgruppen, Geschlecht, Alter und Einkommen sowie zur Entwicklung des Haushaltsvolumens und des Bundeszuschusses. Weitere Informationen hierzu finden Sie unter www.kuenstlersozialkasse.de

UNESCO-Welterbestätten in Deutschland

1972 hat die UNESCO das „Übereinkommen zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt“ (Welterbekonvention) verabschiedet. Demnach sollen die Verantwortung und der Schutz eines Kultur- oder Naturgutes mit universellem Wert nicht allein in der Hand des Staates liegen. Es ist Aufgabe der internationalen Gemeinschaft, sich an diesen Aufgaben unterstützend zu beteiligen. Ein zwischenstaatlich eingerichtetes Komitee prüft jährlich, welche Kultur- oder Naturstätten neu in die Liste des „Welterbes“ aufgenommen werden. Dazu müssen die von den Mitgliedstaaten vorgeschlagenen Stätten die festgelegten Kriterien der „Einzigartigkeit“ und der „Authentizität“ (historische Echtheit) eines Kulturdenkmals oder der „Integrität“ einer Naturerbestätte erfüllen. Ebenso muss neben dem aktuellen „Erhaltungszustand“ auch ein Erhaltungsplan vorgelegt werden. Weitere Informationen hierzu finden Sie unter www.unesco.de

Goethe-Institut

Das Goethe-Institut ist die weltweit tätige Organisation der Bundesrepublik Deutschland zur Vermittlung deutscher Sprache und Kultur. Es fördert ferner die Teilnahme an wissenschaftlichen Forschungen. Die vorliegenden Informationen stammen vom Goethe-Institut e. V. München. Weitere Informationen hierzu finden Sie unter www.goethe.de

■ Kulturausgaben

Öffentliche Ausgaben für Kultur

Die öffentlichen Ausgaben für Kultur werden nach dem „Grundmittelkonzept“ abgegrenzt. Bei den „Grundmitteln“ handelt es sich um die Ausgaben eines Aufgabenbereichs abzüglich der dem jeweiligen Aufgabenbereich zurechenbaren Einnahmen (aus dem öffentlichen und nicht öffentlichen Bereich). Die Grundmittel zeigen die aus allgemeinen Haushaltsmitteln (Steuern, Mitteln aus dem allgemeinen Finanzausgleich, Krediten und Rücklagen) zu finanzierenden Ausgaben eines bestimmten Aufgabenbereichs einschließlich der investiven Maßnahmen.

Die Datenbasis für die Berechnung der Kulturausgaben bildet die Jahresrechnungstatistik der staatlichen Haushalte sowie der Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände. Informationen zur Methodik dieser Statistiken finden Sie im Kapitel „Finanzen und Steuern“ und in den Qualitätsberichten (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

Die Kennzahl „Öffentliche Ausgaben für Kultur je Einwohnerin und Einwohner“ gibt Aufschluss darüber, wie viele Grundmittel das Bundesland (einschließlich der Gemeinden/ Zweckverbände) aus allgemeinen Haushaltsmitteln für Kultur je Einwohnerin und Einwohner zur Verfügung stellt.

Weitere Informationen zur Berechnung der öffentlichen Kulturausgaben enthält der „Kulturfinanzbericht“, eine Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, unter www.destatis.de/publikationen als Download abrufbar.

Ausgaben der privaten Haushalte für Kultur und Freizeit

Die Ausgaben der privaten Haushalte für Kultur und Freizeit stammen aus den Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR), einer jährlichen Erhebung im Rahmen der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte. Bei den LWR handelt es sich um eine Stichprobe, für die jährlich bundesweit 8 000 Haushalte freiwillig zu ihren Einkommen, Einnahmen und Ausgaben, ihren privaten Konsumausgaben, ihren Wohnverhältnissen und zur Ausstattung mit Gebrauchsgütern befragt werden.

Methodik

Weitere Informationen zur Methodik der LWR-Erhebung finden Sie im Kapitel „Einkommen, Konsum, Lebensbedingungen“ und dem Qualitätsbericht (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

■ Mediennutzung

Die Erhebung zur **Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in privaten Haushalten** bildet die Basis für europaweit vergleichbare Daten zur Ausstattung privater Haushalte mit IKT sowie zu Art und Umfang der Nutzung von Computer und Internet. Inhaltliche Schwerpunkte sind die Ausstattung mit IKT und verschiedene Nutzungsaspekte des Internets bei den Haushaltsmitgliedern. Ergänzend werden soziodemografische Merkmale erfasst.

Hauptnutzer auf europäischer Ebene ist die Europäische Kommission, Generaldirektion Informationsgesellschaft. Nationale Hauptnutzer sind die Bundesministerien und die amtliche Statistik.

Nationale Rechtsgrundlage ist das Informationsgesellschaftsstatistikgesetz (InfoGesStatG) vom 22.12.2005 (BGBl. I S. 3685). Europäische Rechtsgrundlage ist die Verordnung (EG) Nr. 808/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21.4.2004 über Gemeinschaftsstatistiken zur Informationsgesellschaft (ABl. EU Nr. L 143 S. 49), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1006/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16.9.2009 (ABl. EU Nr. L 283 S. 31), in Verbindung mit dem Bundesstatistikgesetz (BStatG) vom 22.1.1987 (BGBl. I S. 462, 565).

Die methodische Konzeption der IKT-Erhebung folgt den in der europäischen Rechtsgrundlage festgelegten methodischen Vorgaben. Allgemeines Ziel der Vorgaben ist die Sicherstellung der europäischen Vergleichbarkeit der Ergebnisse. Die Auskunftserteilung erfolgt bei der IKT-Erhebung schriftlich. Die Erhebung wird dezentral durch die Statistischen Ämter der Länder durchgeführt. Die Befragten erhalten die Fragebogen auf postalischem Weg vom jeweiligen Statistischen Landesamt und füllen sie selbstständig aus. Jeder Haushalt füllt einen Haushaltsfragebogen und jedes Haushaltsmitglied im Alter ab 10 Jahren (Stichtag für das Erhebungsjahr 2011: 31.12.2010) einen Personenfragebogen aus. Die Befragung ist freiwillig.

Die Erhebung wird als repräsentative Quotenstichprobe mit bundesweit 12 000 Haushalten durchgeführt. Die Stichprobenergebnisse des Erhebungsjahres 2011 werden auf Basis des Mikrozensus 2010 auf die Grundgesamtheiten von ca. 39,7 Millionen Haushalten und ca. 74,1 Millionen Personen ab 10 Jahren frei hochgerechnet und mittels einer nichtlinearen Regressionsschätzung an die gemeinsame Randverteilung mehrerer Merkmale angepasst.

Der Bezugszeitraum umfasst die letzten drei Monate (bei einigen Merkmalen die letzten zwölf Monate) vor der Erhebung. Der Erhebungszeitraum der IKT-Erhebung umfasst die Monate April und Mai des gleichen Jahres.

Weitere Informationen zur Methodik der IKT-Erhebung finden Sie in den Qualitätsberichten (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

Filmwirtschaft

Die statistische Abteilung der Spitzenorganisation der Filmwirtschaft e. V. (SPIO) erfasst alle verfügbaren Daten im Bereich der deutschen Filmwirtschaft, wertet sie aus und stellt die Ergebnisse im Filmstatistischen Jahrbuch der Öffentlichkeit zur Verfügung. Weitere Informationen hierzu finden Sie im Internet unter www.spio.de, ergänzende Angaben zur Filmförderungsanstalt (FFA) und zum Deutschen Filmförderfonds (DFFF) sind erhältlich unter www.ffa.de

Fernsehen

In ihrem Jahrbuch veröffentlicht die ARD jährlich statistische Informationen über das Erste Deutsche Fernsehen, die Dritten Fernsehprogramme und Kooperationen (z.B. 3sat, KI.KA, ARTE). Das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) veröffentlicht Daten über

Programmkategorien. Weitere Informationen hierzu finden Sie unter www.ard.de bzw. www.zdf.de

Die Arbeitsgemeinschaft Fernsehforschung (AgF) ist ein Zusammenschluss von ARD, ProSiebenSat.1 Media AG, Mediengruppe RTL Deutschland und ZDF. Sie verwendet Daten zum Zuschauer- und Werbemarkt, die vom Marktforschungsunternehmen GfK Fernsehforschung erhoben werden. Das AgF/GfK Fernsehpanel umfasst 5 100 täglich berichtende Haushalte in Deutschland und der EU, in denen fast 11 500 Personen leben. Weitere Informationen hierzu finden Sie unter www.agf.de bzw. www.gfk.com

Hörfunk

Die ARD veröffentlicht in ihrem Jahrbuch jährlich eine statistische Übersicht über die Hörfunkprogramme aller ARD-Rundfunkanstalten (BR, HR, MDR, NDR, Radio Bremen, RBB, SR, SWR, WDR und Deutsche Welle) und des Deutschlandradios. Weitere Informationen hierzu finden Sie unter www.ard.de

■ Bürgerschaftliches Engagement

Freiwilligensurvey

Der Freiwilligensurvey ist eine umfragegestützte Untersuchung zum Engagement der deutschen Wohnbevölkerung. Auftraggeber ist das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Der umfassende Survey wird seit 1999 im fünfjährigen Rhythmus durchgeführt. Weitere Informationen finden Sie unter www.bmfsfj.de

Stiftungen

Die Informationen über deutsche Stiftungen aller Rechtsformen werden in der umfassenden „Datenbank deutscher Stiftungen“ erfasst. Diese Datenbank des Bundesverbands Deutscher Stiftungen – der Dachverband der Stiftungen – ermöglicht Analysen, Studien und Trendaussagen über das Stiftungswesen in Deutschland. Neben der eigenen Recherche, ist die Beantwortung eines umfangreichen Fragebogens Grundlage der Daten. Da die Beantwortung der Fragen freiwillig ist, sind die Informationen über die einzelnen Stiftungen unterschiedlich umfangreich. Seit 1991 werden Daten zu Stiftungen systematisch erfasst. Ende 2011 existierten 18 948 rechtsfähige Stiftungen bürgerlichen Rechts. Einen Überblick gibt das aktuelle „Verzeichnis Deutscher Stiftungen“, das im Mai 2011 erschienen ist.

Die individuelle Gestaltungsfreiheit für Stiftungen in Deutschland äußert sich in einer Vielfalt an Formen, Typen und einer großen Heterogenität, so dass dieses Segment nur unzureichend statistisch erfasst werden kann. Schwerpunkte der Stiftungstätigkeit liegen in den Bereichen Soziales, Bildung und Erziehung, Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur sowie im Umweltschutz. Für die Abbildung der Stiftungstätigkeit wurden in Anlehnung an die §§ 52-54 AO, 42 Bereiche definiert, die zu 7 Hauptgruppen zusammengefasst wurden. Neben den oben genannten sind dies die „Anderen gemeinnützigen Zwecke“ und die „Privatnützigen Zwecke“. Rund zwei Drittel der Stiftungen geben mehr als einen Einzelzweck an, etwa die Hälfte ist in mehreren Schwerpunktbereichen tätig. Die Nennung von mehreren Einzelzwecken innerhalb einer Hauptgruppe führt zur einmaligen Zählung in dieser Hauptgruppe. Dies gleicht die unterschiedliche Zahl der Einzelzwecke in den Hauptgruppen aus, sodass Letztere gleichbehandelt werden. Die Nennung von mehreren Zwecken, die in verschiedenen Hauptgruppen liegen, führt zu gleichverteilten Anteilen. Ein Beispiel: Eine Stiftung gibt Medizin, Öffentliches Gesundheitswesen und Völkerverständigung an. Es werden 0,5 für Wissenschaft und Forschung (Medizin) und 0,5 für andere gemeinnützige Zwecke (Öffentliches Gesundheitswesen und Völkerverständigung) gezählt.

Stiftungen finden sich in Deutschland flächendeckend, doch gibt es erkennbare regionale Konzentrationen. Weitere Informationen finden Sie unter www.stiftungen.org

Methodik

Telefonseelsorge

Die Telefonseelsorge ist eine bundesweite Organisation. Umfassend ausgebildete ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit vielseitigen Lebens- und Berufskompetenzen stehen Ratsuchenden in 106 Telefonseelsorgestellen vor Ort zur Verfügung. Träger sind die Evangelische Kirche (www.ekd.de; www.diakonie.de) und die Katholische Kirche (www.dbk.de). Seit 1997 besteht eine Partnerschaft zwischen der Telefonseelsorge in Deutschland und der Deutschen TelekomAG, die sämtliche Gebühren für die unter den Sonderrufnummern geführten Gespräche trägt. Weitere Informationen finden Sie unter www.telefonseelsorge.de

■ Sport

Die Angaben zum Sport beruhen auf Erhebungen des Deutschen Olympischen Sportbunds (DOSB) und der Deutschen Sporthilfe. Daten über Förderleistungen der Deutschen Sporthilfe für Spitzensportlerinnen und Spitzensportler sowie Angaben über die Teilnahme und Medaillengewinne bei Olympischen Spielen stellen den Bereich des Leistungs- bzw. Spitzensports dar. Weitere Informationen hierzu finden Sie unter www.dosb.de und www.sporthilfe.de

Olympische Spiele

Die Olympischen Spiele sind Wettkämpfe zwischen Athletinnen und Athleten in Einzel- oder Mannschaftswettbewerben, nicht zwischen Ländern. Die teilnehmenden Aktiven werden von ihren Nationalen Olympischen Komitees (NOKs) ausgewählt. In Deutschland übernimmt der Deutsche Olympische Sportbund seit 2006 diese Funktion. Die Meldungen der Aktiven werden vom Internationalen Olympischen Komitee (IOC) entgegengenommen. Die Wettkämpfe finden unter der fachlichen Leitung der jeweiligen internationalen Fachverbände statt. Die Olympischen Spiele bestehen aus den Spielen der Olympiade und den Olympischen Winterspielen. Weitere Informationen hierzu finden Sie unter www.dosb.de

Paralympische Spiele

Das Internationale Paralympic Komitee (IPC) wurde 1989 gegründet und ist eine der größten Sportorganisationen der Welt. Es repräsentiert eine große Zahl der Aktiven mit Behinderung und sorgt für vergleichbare Bedingungen des Leistungssports der Behinderten und Nicht-Behinderten. Eine Vereinbarung zwischen dem IOC und dem IPC garantiert seit 2001 die Durchführung der Paralympics. Sie sichert ferner, dass die Paralympics seit 2008 kurz nach den Olympischen Spielen und in den gleichen Wettkampfstätten und Einrichtungen wie die Olympischen Spiele stattfinden. Weitere Informationen hierzu finden Sie unter www.dosb.de

Glossar

Bibliotheken | Die Bibliothek ist eine Einrichtung in öffentlicher, privater oder kirchlicher Trägerschaft, die unter archivarischen, ökonomischen und synoptischen Gesichtspunkten publizierte Informationen für die Benutzerinnen und Benutzer sammelt, ordnet und verfügbar macht. Die Palette der Dienstleistungen reicht vom Buch in gedruckter oder digitalisierter Form über Zeitungen, Zeitschriften, Tonträger und Bildmaterial bis hin zum Internetzugang für Online-Recherchen. Indem sie ihre Bestände zur Verfügung stellen und archivieren, dienen Bibliotheken der Versorgung der breiten Öffentlichkeit (öffentliche Bibliotheken) und der Forschung (wissenschaftliche Bibliotheken) mit Literatur und Informationen.

Breitbandanschluss | Haushalte mit Breitbandanschluss nutzen einen Internetzugang mit einer im Vergleich zu Telefonmodem oder ISDN-Modem (Schmalbandanschluss) deutlich höheren Datenübertragungsrate, um von zu Hause aus ins Internet zu gelangen. Zum Breitbandanschluss zählen: DSL-Anschluss, Internetanschlüsse über Kabel (z.B. TV-Kabel, Glasfaser), drahtlose ortsgebundene Internetanschlüsse (z. B. über Satellit, WiMAX) oder drahtlose mobile Internetanschlüsse über Handy/Smartphone bzw. Laptop-Karte/USB-Stick mit mind. 3G, z. B. UMTS.

Buchproduktion | Daten zur Buchproduktion (Titelproduktion) werden anhand der im „Wöchentlichen Verzeichnis der Deutschen Bibliographie“ angezeigten Titel erstellt. Dabei werden nur Veröffentlichungen berücksichtigt, die im Buchhandel erhältlich sind.

Bürgerschaftliches Engagement | Als „Bürgerschaftliches Engagement“ gilt nach Definition des Deutschen Bundestages eine Tätigkeit, die freiwillig, nicht auf materiellen Gewinn gerichtet und gemeinwohlorientiert ist. Das Engagement findet im öffentlichen Bereich statt und wird in der Regel gemeinschaftlich ausgeübt.

Bundesfreiwilligendienst | Seit dem 1.7.2011 können sich Frauen und Männer jeden Alters im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes (BFD) für das Allgemeinwohl engagieren – im sozialen, ökologischen und kulturellen Bereich sowie in weiteren Bereichen wie Sport, Integration, Kultur und Bildung, aber auch beim Zivil- und Katastrophenschutz. In der Regel dauert der BFD 12 Monate, mindestens jedoch 6 und höchstens 18 Monate (in Ausnahmefällen 24 Monate). Der Bundesfreiwilligendienst trat unmittelbar nach der Aussetzung der Wehrpflicht in Kraft und soll die Folgen des gleichzeitig wegfallenden Zivildienstes zumindest teilweise kompensieren.

Computer | Der Begriff „Computer“ umfasst sowohl stationäre Computer (PC) als auch mobile Computer (z. B. Laptop/Notebook, Netbook).

DOSB | Der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) ist die regierungsunabhängige Dachorganisation des deutschen Sports. Er wurde am 20.5.2006 durch den Zusammenschluss des Deutschen Sportbundes (DSB) und des Nationalen Olympischen Komitees für Deutschland gegründet. Zu seinen Mitgliedern zählen Landessportbünde, olympische und nicht-olympische Spitzenverbände, Sportverbände mit besonderen Aufgaben (z.B. der Allgemeine Deutsche Hochschulsportverband) sowie IOC- und persönliche Mitglieder. Er umfasst Breitensport bis Spitzensport und ist die größte Personenvereinigung Deutschlands.

Goethe-Institut | Das Goethe-Institut ist die weltweit tätige Organisation der Bundesrepublik Deutschland zur Vermittlung deutscher Sprache und Kultur. Es fördert die Kenntnisse der deutschen Sprache im Ausland u. a. durch Sprachkurse, Fortbildung für Lehrende und die Teilnahme an wissenschaftlichen Forschungen. Durch Kulturveranstaltungen und Festivalbeiträge in Film, Tanz, Musik, Theater usw. wird die internationale kulturelle Zusammenarbeit gepflegt. Institute in Deutschland bieten für ausländische Teilnehmerinnen und Teilnehmer Sprachkurse und Programme zur Kulturvermittlung an. Ein Netzwerk aus Goethe-Instituten, Goethe-Zentren, Kulturgesellschaften, Lesesälen sowie Prüfungs- und Sprachlehrzentren nimmt diese Aufgaben wahr.

Haushalte | Als Haushalt gilt jede Gesamtheit von Personen, die zusammen wohnen und wirtschaften und in der Regel ihren Lebensunterhalt gemeinsam finanzieren bzw. die Ausgaben für den Haushalt teilen. Zu einem Privathaushalt

gehören auch die vorübergehend abwesenden Personen, z. B. Berufspendlerinnen und -pendler, Studierende, Auszubildende, Personen im Krankenhaus und im Urlaub. Entscheidend ist, dass die Abwesenheit nur vorübergehend ist und die Person normalerweise im Haushalt wohnt und lebt bzw. mit ihrem ersten Wohnsitz an der Adresse des Haushalts gemeldet ist. Personen, die in einem Haushalt nur für sich selbst wirtschaften (Alleinlebende, Wohngemeinschaften ohne gemeinsame Haushaltsführung) gelten als eigenständige Privathaushalte. Nicht zum Haushalt gehören Untermieterinnen und Untermieter, Gäste sowie Hausangestellte.

Haushaltstyp | Die Haushalte werden unterschieden durch die Anzahl der Haushaltsmitglieder ab 16 Jahren mit zusätzlich mindestens einem Kind (Person unter 16 Jahren) oder ohne Kind.

Internetzugang/-nutzung | In der Erhebung „Private Haushalte in der Informationsgesellschaft“ (IKT-Erhebung) werden als Haushalte mit Internetzugang alle Haushalte erfasst, die einen Internetzugang zu Hause besitzen – unabhängig davon, ob dieser tatsächlich genutzt wird. Die Internetnutzung von Personen ist dagegen nicht ortsgebunden und umfasst auch die Nutzung außerhalb von zu Hause (z. B. Arbeitsplatz, Schule/Universität, Flughafen, Hotel).

Kauf/Bestellungen von Waren oder Dienstleistungen über das Internet | Unter Kauf oder Bestellungen über das Internet wird der Erwerb von Waren und Dienstleistungen auf elektronischem Weg über das Internet verstanden (z. B. über die Webseite der Verkäuferin bzw. des Verkäufers oder über einen Web-/Onlineshop). Nicht erforderlich ist hierbei die Bezahlung oder die Auslieferung der Ware bzw. Dienstleistung auf elektronischem Weg.

Künstlersozialkasse | In Deutschland besteht ein umfassender Sozialversicherungsschutz für Künstlerinnen und Künstler. Die Künstlersozialkasse wurde zur Durchführung der Künstlersozialversicherung geschaffen. Selbstständig erwerbstätige Künstlerinnen und Künstler sowie Publizistinnen und Publizisten werden seit 1983 als Pflichtversicherte über die Künstlersozialkasse in die gesetzliche Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung einbezogen.

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen | Das monatliche Haushaltsnettoeinkommen ist die Summe der monatlichen Nettoeinkommen aller Haushaltsmitglieder. Es errechnet sich aus den im Laufe des Vorjahres erzielten Bruttoeinkünften aller Haushaltsmitglieder abzüglich Steuern und Beiträgen zur Kranken-, Pflege-, Arbeitslosen- und gesetzlichen Rentenversicherung geteilt durch 12.

Museen | Die Museumsstatistik erfasst alle allgemein zugänglichen und nicht kommerziell ausgerichteten musealen Einrichtungen (Museen, Museumseinrichtungen bzw. -komplexe, Ausstellungshäuser), bei denen eine Sammlung oder Ausstellung von Objekten mit kultureller, historischer oder allgemein wissenschaftlicher Zielsetzung vorhanden ist.

Musikschulen | Musikschulen sind Einrichtungen, die Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen in Musik und ergänzenden Fächern einen speziellen Fachunterricht erteilen. Damit soll eine Teilnahme am Laien- und Liebhabermusizieren angeregt und ermöglicht werden.

Rundfunk | Der Rundfunk umfasst den Hörfunk und das Fernsehen. Als Landesrundfunkanstalten werden die neun öffentlich-rechtlichen Rundfunkveranstalter bezeichnet, die für ein oder mehrere Bundesländer Hörfunk und Fernsehen veranstalten: BR, HR, MDR, NDR, Radio Bremen, RBB, SR, SWR und WDR. Davon unterschieden werden das ZDF, die Deutsche Welle und das Deutschlandradio, die als öffentlich-rechtliche Rundfunkveranstalter für ganz Deutschland Programme anbieten. Die neun Landesrundfunkanstalten und die Bundesrundfunkanstalt Deutsche Welle haben sich in der ARD zusammengeschlossen.

Die Deutsche Welle sendet als Auslandsrundfunk der Bundesrepublik Deutschland Programme in deutscher Sprache und in fremden Sprachen sowohl für Europa als auch für das außereuropäische Ausland.

Staatliche Archive des Bundes und der Länder | Die staatlichen Archive des Bundes (Bundesarchiv, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz) und der Länder verwalten die Unterlagen von Verfassungsorganen, Behörden, Gerichten, Streitkräften, Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts und anderer Einrichtungen des Bundes und der Länder.

Stiftung | Die Stiftung steht als Oberbegriff für eine Institution, die im privaten, öffentlichen und kirchlichen Recht verankert und ausgestaltet ist und in unterschiedlichen Rechtsformen organisiert sein kann. Kernstück der Stiftung ist das Stiftungsvermögen, das die Stifterin bzw. der Stifter auf die Stiftung überträgt und das dauerhaft der Verwirklichung bestimmter, meist gemeinnütziger Zwecke gewidmet ist. Was die Ausgestaltung der Stiftungszwecke und die historische Ausprägung der Stiftung betrifft, weist das deutsche Stiftungswesen eine komplexe Vielfalt auf. Noch heute sind Stiftungen aus dem 10. Jahrhundert aktiv. Der Prototyp der Stiftung ist die rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts.

Theater | Die Theaterstatistik enthält Angaben über die öffentlich getragenen Theaterunternehmen (Stadttheater, Staatstheater und Landes Bühnen), die ortsfesten Privattheater mit eigenem Ensemble, die in Theater integrierten Kulturorchester sowie die selbstständigen Kulturorchester mit eigenem Etat.

UNESCO-Welterbestätten | Die Welterbestätten der UNESCO stehen unter dem besonderen Schutz der Internationalen Konvention für das Kultur- und Naturerbe der Menschheit. Die Aufnahme in die Liste des Weltkulturerbes folgt strengen Kriterien, die in der 1972 von der UNESCO verabschiedeten Konvention festgelegt sind. Die UNESCO-Welterbestätten in Deutschland umfassen u. a. Baudenkmäler, Städteensembles und Kulturlandschaften.

Sporthilfe, Deutsche | Diese Stiftung hat ihren Tätigkeitsschwerpunkt in der Förderung sportlicher Eliten. Einnahmen, die durch Spenden, Events, Vermarktung, Erlöse aus der Lotterie „GlücksSpirale“ und den Sport-Briefmarken erzielt werden, dienen Förderkonzepten für junge Talente und Top-Athletinnen und -Athleten sowie der Zukunftssicherung deutscher Spitzensportlerinnen und Spitzensportler.

Mehr zum Thema


Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Standardveröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen kostenfrei downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 190 amtlichen Statistiken. Daten zu *Kultur, Medien, Freizeit* finden Sie unter dem Menüpunkt › Themen, Code 216 , Daten zur *Informations- und Kommunikationstechnologie* unter Code 63931

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Kulturausgaben

Gemeinschaftsveröffentlichungen

| Kulturfinanzbericht 2010

■ Mediennutzung

Fachserie 15 Wirtschaftsrechnungen

Reihe 4 | Private Haushalte in der Informationsgesellschaft – Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT)

Fachberichte

| Informationsgesellschaft in Deutschland (Erschienen 2009)

Wirtschaft und Statistik

Heft 9/08 | Informations- und Kommunikationstechnologien in privaten Haushalten
 Heft 6/09 | Internetnutzung in privaten Haushalten in Deutschland
 Heft 3/10 | Einkäufe privater Haushalte über das Internet, E-Commerce im Jahr 2009
 Heft 8/11 | Internetnutzung in privaten Haushalten in Deutschland
 Heft 5/12 | Der Einsatz von Computer und Internet in privaten Haushalten in Deutschland

STATmagazin

| Online-Shopping liegt im Trend (2009)

■ Themenübergreifend

Gemeinschaftsveröffentlichungen

| Kulturindikatoren auf einen Blick 2008

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter +49 (0)6 11 / 75 42 94 (Kultur), +49 (0)6 11 / 75 88 80 (private Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologie).

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.



8 Soziales



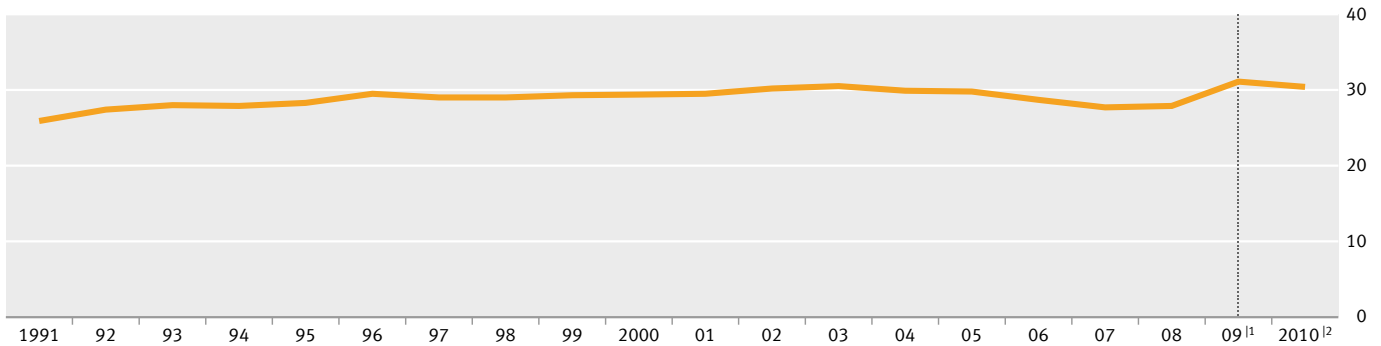
Jede **elfte Person** bezog Ende 2010 **Mindestsicherungsleistungen** | **Rentenversicherung** machte knapp **ein Drittel** aller Sozialleistungsausgaben aus | Rentnerin im **Osten** bezieht im Schnitt **705 Euro Rente** monatlich, im **Westen 504 Euro** | Staat gab 2010 netto je Einwohnerin bzw. Einwohner **266 Euro** Sozialhilfe aus | Über **6 Millionen Menschen** beziehen Leistungen der **Grundsicherung für Arbeitsuchende** | **12 800 Sorgerechtsentzüge** ordneten Gerichte 2010 an

Seite	
225	Auf einen Blick
	Tabellen
226	Sozialbudget nach Institutionen Sozialversicherungssysteme Sondersysteme Systeme des öffentlichen Dienstes Arbeitgebersysteme Entschädigungssysteme Förder- und Fürsorgesysteme
227	Sozialversicherungen Gesetzliche Rentenversicherung Durchschnittliche monatliche Rentenzahlbeträge Gesetzliche Krankenversicherung Soziale Pflegeversicherung Arbeitslosenversicherung Gesetzliche Unfallversicherung
231	Versorgungssystem des öffentlichen Dienstes Empfängerinnen und Empfänger von Ruhegehalt, Witwen- und Witwergeld, Waisengeld Durchschnittliche Versorgungsbezüge Zugänge von Empfängerinnen und Empfängern von Ruhegehalt
232	Sozialleistungen Mindestsicherungsquote nach Ländern Hilfe zum Lebensunterhalt Grundsicherung im Alter und bei Erwerbs- minderung Leistungen nach Kapitel 5 bis 9 des SGB XII Ausgaben der Sozialhilfe Grundsicherung für Arbeitsuchende Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz Kriegsopferfürsorge Hilfen zur Erziehung Sozialpädagogische Familienhilfe Eingliederungshilfe bei (drohender) seelischer Behinderung Vorläufige Schutz- maßnahmen Einrichtungen und tätige Personen in der Kinder- und Jugendhilfe Ausgaben und Einnahmen der Träger der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe
242	Methodik
245	Glossar
251	Mehr zum Thema

8.0 Auf einen Blick

Sozialleistungsquote

in %



Sozialleistungen im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt. – Stand: Mai 2011.

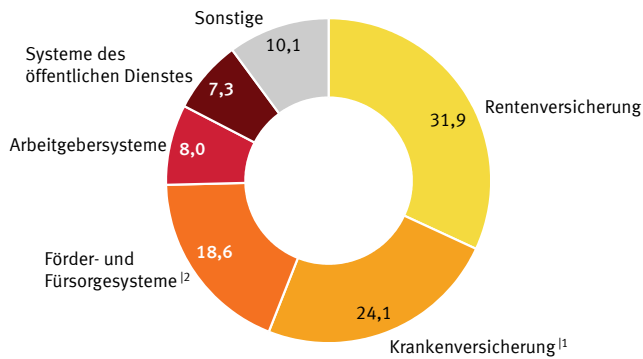
- 1 Vorläufiges Ergebnis. – Der Anstieg 2009 ist in erster Linie Folge der durch die Finanzmarktkrise gesunkenen Wirtschaftskraft, verbunden mit höheren Ausgaben im Bereich des SGB II und des SGB III. Dazu kommt die erstmalige Berücksichtigung der Grundleistungen der privaten Krankenversicherung ab 2009. Deshalb sind die Quoten vor und ab 2009 nicht miteinander vergleichbar.
- 2 Geschätztes Ergebnis.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

2012 - 01 - 0452

Sozialbudget 2010

Leistungen nach Institutionen, in %



Sozialbudget einschl. Beiträge des Staates. – Berechnungsstand: Mai 2011, geschätzt.

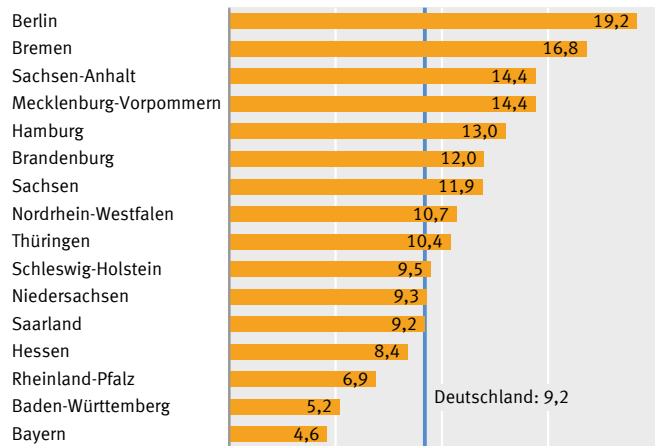
- 1 Einschl. private Krankenversicherung.
- 2 Grundsicherung für Arbeitsuchende, Kindergeld und Familienleistungsausgleich, Kinder- und Jugendhilfe, Sozialhilfe etc.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

2012 - 01 - 0453

Mindestsicherungsquote 2010

in %



Ergebnisse der Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik. Die Mindestsicherungsquote stellt den Anteil der Empfängerinnen und Empfänger von Mindestsicherungsleistungen, z. B. Sozialhilfe und Grundsicherung für Arbeitsuchende, an der Gesamtbevölkerung dar.

2012 - 01 - 0451

8.1 Sozialbudget nach Institutionen 2010

	Leistungen							Finanzierung						
	insgesamt	Sozialschutzleistungen			Verwaltungs- und sonstige Ausgaben	Verrechnungen	insgesamt	Sozialbeiträge			Zuschüsse des Staates	sonstige Einnahmen	Verrechnungen	
		Einkommensleistungen	Sachleistungen	Beiträge des Staates				der Versicherten ¹	der Arbeitgeber/-innen	Beiträge des Staates				
Mill. EUR							tatsächlich	unterstellt						
Sozialleistungen insgesamt ¹²	760 596	466 066	263 675	-	30 855	-	809 983	230 599	187 341	83 090	-	294 525	14 428	-
nachrichtlich: Sozialleistungen einschl. Beiträge des Staates	794 476	466 066	263 675	33 880	30 855	-	843 864	230 599	187 341	83 090	33 880	294 525	14 428	-
Sozialversicherungssysteme														
Rentenversicherung	254 254	230 358	4 183	15 582	3 619	513	256 172	80 953	83 413	-	9 144	82 097	387	178
Krankenversicherung	174 896	6 921	156 167	1 475	9 402	930	178 515	84 348	53 140	-	23 207	17 111	394	314
Pflegeversicherung	21 391	-	19 487	884	1 012	8	21 727	12 709	7 603	-	1 314	-	101	-
Unfallversicherung	12 061	6 161	2 777	215	2 745	163	12 436	1 392	9 765	-	42	658	566	13
Arbeitslosenversicherung	42 023	20 761	3 667	7 839	3 913	5 841	39 488	11 509	14 299	-	172	13 138	369	-
Sondersysteme														
Alterssicherung der Landwirte	2 892	2 786	25	3	68	10	2 949	677	-	-	-	2 271	2	-
Versorgungswerke	3 746	3 457	-	-	290	-	14 104	6 376	650	-	-	-	7 078	-
Private Altersvorsorge	150	150	-	-	-	-	11 176	8 463	-	-	-	2 713	-	-
Private Krankenversicherung ¹³	17 454	784	15 606	-	1 064	-	17 230	15 430	1 800	-	-	-	-	-
Private Pflegeversicherung	734	-	636	26	71	-	2 080	1 600	480	-	-	-	-	-
Systeme des öffentlichen Dienstes														
Pensionen	42 391	42 123	-	-	268	-	43 554	251	-	15 005	-	25 912	973	1 413
Familienzuschläge	3 071	3 041	-	-	30	-	3 071	-	-	-	-	2 365	650	56
Beihilfen	12 574	4	12 445	-	125	-	12 723	-	-	9 573	-	2 626	261	263
Arbeitgebersysteme														
Entgeltfortzahlung	29 711	29 711	-	-	-	-	29 711	-	-	29 711	-	-	-	-
Betriebliche Altersversorgung	22 300	22 300	-	-	-	-	38 912	5 762	5 570	27 580	-	-	-	-
Zusatzversorgung	10 291	9 378	-	1	912	-	15 478	1 130	10 621	-	-	543	3 183	-
Sonstige Arbeitgeberleistungen	1 221	946	275	-	-	-	1 221	-	-	1 221	-	-	-	-
Entschädigungssysteme														
Soziale Entschädigung	2 259	1 418	619	1	118	104	2 259	-	-	-	-	2 259	-	-
Lastenausgleich	34	28	1	-	3	3	34	-	-	-	-	34	0	-
Wiedergutmachung	866	811	6	-	49	-	866	-	-	-	-	866	-	-
Sonstige Entschädigungen	67	40	24	-	3	-	67	-	-	-	-	67	-	-
Förder- und Fürsorgesysteme														
Kindergeld und Familienleistungsausgleich	41 575	41 514	-	-	61	-	41 575	-	-	-	-	41 575	-	-
Erziehungsgeld/Elterngeld	4 680	4 674	-	-	6	-	4 680	-	-	-	-	4 680	-	-
Grundsicherung für Arbeitssuchende	46 381	21 479	13 709	6 772	4 422	-	46 381	-	-	-	-	41 125	-	5 256
Arbeitslosenhilfe/sonst. Arbeitsförderung	629	16	548	6	58	-	629	-	-	-	-	92	460	76
Ausbildungs- und Aufstiegsförderung	2 186	2 078	-	-	108	-	2 186	-	-	-	-	2 183	3	-
Sozialhilfe ¹⁴	24 911	15 127	7 498	1 076	1 210	-	24 911	-	-	-	-	24 908	-	3
Kinder- und Jugendhilfe	25 393	-	24 242	-	1 151	-	25 393	-	-	-	-	25 393	-	-
Wohngeld	1 908	-	1 761	-	146	-	1 908	-	-	-	-	1 908	-	-
nachrichtlich: Steuerliche Leistungen ¹⁵	30 736	30 736	-	-	-	-	30 736	-	-	-	-	30 736	-	-

Berechnungsstand: Mai 2011, geschätzt.

- 1 Sozialbeiträge der Arbeitnehmer/-innen, Selbstständigen und sonstigen Personen, einschl. Eigenbeiträge von Empfängern/Empfängerinnen sozialer Leistungen.
- 2 Konsolidiert um Beiträge des Staates für Empfänger/-innen sozialer Leistungen und Verrechnungen (Zahlungen der Institutionen untereinander).
- 3 In Anlehnung an die VGR zählt die PKV ab dem Jahr 2009 zu den Sozialschutzsystemen. Ein Vorjahresvergleich ist daher nur eingeschränkt möglich.

4 Einschl. weiterer Leistungen der Sozialhilfeträger und sozialer Hilfen der Länder.

5 Entsprechend europäischer Konvention und Vorschriften fließen die steuerlichen Leistungen nicht mehr in die Berechnung der Sozialleistungsquote mit ein und werden im Sozialbudget nur noch nachrichtlich ausgewiesen.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

8.2 Sozialversicherungen

8.2.1 Gesetzliche Rentenversicherung – Renten der allgemeinen und knappschaftlichen Rentenversicherung am 1.7.2011

	Renten insgesamt ¹	Renten an Versicherte							Renten an Hinterbliebene	
		zusammen	Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit			Renten wegen Alters			zusammen	darunter Witwen- und Witwerrenten
			zusammen	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen		
		1 000	%			1 000	%		1 000	%
Insgesamt	24 933	19 203	1 600	51,8	48,2	17 603	44,1	55,9	5 731	93,7
Allgemeine Rentenversicherung	23 876	18 556	1 534	50,3	49,7	17 022	42,9	57,1	5 320	93,5
Knappschaftliche Rentenversicherung	1 057	647	66	86,0	14,0	581	80,3	19,7	410	97,2

1 Ohne ruhende Renten.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

8.2.2 Durchschnittliche monatliche Rentenzahlbeträge

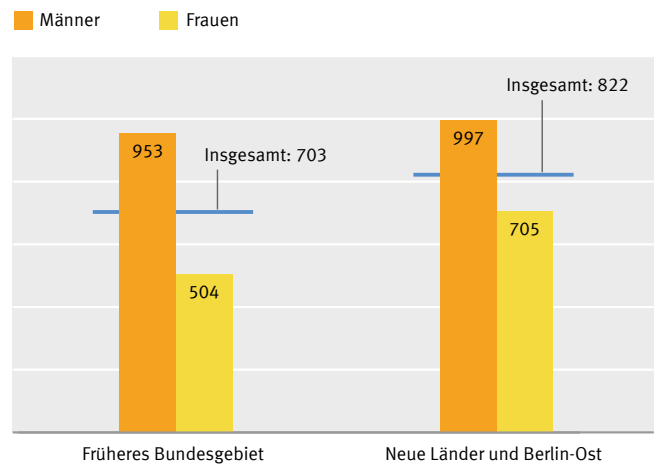
	Allgemeine Rentenversicherung		Knappschaftliche Rentenversicherung ¹	
	Versichertenrente	Witwen- und Witwerrente	Versichertenrente	Witwen- und Witwerrente
	EUR			
Früheres Bundesgebiet				
Insgesamt				
2009	701	520	1 203	750
2010	700	518	1 191	745
2011	703	519	1 191	745
Männer				
2009	956	230	1 262	323
2010	952	231	1 250	327
2011	953	234	1 250	328
Frauen				
2009	496	547	721	755
2010	498	546	720	750
2011	504	549	726	750
Neue Länder und Berlin-Ost				
Insgesamt				
2009	821	523	1 024	651
2010	819	522	1 019	651
2011	822	525	1 020	654
Männer				
2009	1 006	274	1 161	332
2010	998	277	1 150	336
2011	997	282	1 147	342
Frauen				
2009	696	572	753	666
2010	699	571	758	666
2011	705	576	766	670

Stichtag: 1.7. – Nach Abzug des Beitrags zur Krankenversicherung der Rentner/-innen und ab 1995 nach Abzug der Pflegeversicherungsbeiträge.

1 Ohne Knappschaftsausgleichsleistungen.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Durchschnittliche monatliche Rentenzahlbeträge 2011 in EUR



Allgemeine Rentenversicherung. – Versichertenrente.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

2012 - 01 - 0450

8.2 Sozialversicherungen

8.2.3 Gesetzliche Rentenversicherung – Einnahmen, Ausgaben und Vermögen 2010

	Einnahmen			Ausgaben			Vermögen ¹³	
	insgesamt	darunter		insgesamt	Aufwendungen für Leistungen			sonstige Ausgaben ¹²
		Beiträge	Zahlungen aus öffentlichen Mitteln		zusammen	darunter ausgezahlte Renten ¹¹		
	Mill. EUR	%		Mill. EUR	%	Mill. EUR		
Insgesamt	270 190	68,6	26,1	262 422	249 837	91,7	12 585	24 481
davon:								
Allgemeine Rentenversicherung	255 231	72,3	25,3	247 463	235 454	91,6	12 018	23 828
Knappschaftliche Rentenversicherung ...	14 959	5,9	39,6	14 959	14 382	92,6	577	652

1 Rentenleistung an Versicherte, Witwer/Witwen (einschl. Witwer-/Witwenabfindungen sowie Zusatzleistungen) und Waisen.

2 Einschl. Verwaltungs- und Verfahrenskosten.

3 Bar- und Anlagevermögen am Jahresende (von Doppelzählungen bereinigt).

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

8.2.4 Gesetzliche Krankenversicherung – Kassen und Versicherte

Weitere Informationen zu Gesundheitsausgaben und Krankenversicherungsschutz siehe Kapitel „Gesundheit“

	Kassen ¹¹	Versicherte ¹²			Darunter					
		insgesamt	männlich	weiblich	pflichtversichert ¹³		freiwillig versichert		Rentner/-innen	
					1 000	%	1 000	%	1 000	%
		1 000	%							
2009	184	70 012	47,0	53,0	29 912	42,7	4 448	6,4	16 876	24,1
2010	160	69 803	47,0	53,0	30 065	43,1	4 461	6,4	16 848	24,1
2011	153	69 637	47,1	52,9	29 878	42,9	4 919	7,1	16 806	24,1
davon (2011):										
Allgemeine Ortskrankenkassen (AOK)	12	24 243	47,6	52,4	10 175	42,0	977	4,0	6 905	28,5
Betriebskrankenkassen (BKK)	119	12 817	49,4	50,6	5 808	45,3	1 052	8,2	2 307	18,0
Innungskrankenkassen (IKK)	6	5 431	53,0	47,0	2 837	52,2	315	5,8	797	14,7
Landwirtschaftliche Krankenkassen (LKK) ..	9	790	53,4	46,6	197	24,9	34	4,4	330	41,7
Knappschaft-Bahn-See (KBS)	1	1 742	48,6	51,4	471	27,1	75	4,3	872	50,1
Ersatzkassen (EK)	6	24 614	43,7	56,3	10 390	42,2	2 464	10,0	5 596	22,7

Durchschnitt errechnet aus zwölf Monatswerten.

1 Anzahl der Kassen am Jahresende.

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit

2 Versicherte = Mitglieder und mitversicherte Familienangehörige zusammen.

3 Pflichtmitglieder einschl. Studierende, ohne Rentner/-innen.

8.2.5 Gesetzliche Krankenversicherung – Einnahmen und Ausgaben

	Einnahmen ¹¹	Ausgaben					Sonstige Ausgaben ¹⁴	Leistungen je versicherte Person	
		insgesamt	Aufwendungen für Leistungen	darunter					
	Behandlungen durch Ärzte/Ärztinnen ¹²			Krankenhausbehandlung	Arzneimittel ¹³	Krankengeld			
	Mill. EUR	%				Mill. EUR	EUR		
2009	171 815	170 784	160 398	21,1	34,9	27,0	4,5	30 467	2 291
2010	175 322	175 993	164 964	20,2	35,5	26,6	4,7	32 486	2 363
2011	183 466	179 608	168 742	20,5	35,8	25,7	5,1	32 785	2 423
davon (2011):									
Allgemeine Ortskrankenkassen (AOK)	69 640	68 345	64 283	18,8	38,7	25,5	3,7	12 622	2 652
Betriebskrankenkassen (BKK)	30 195	29 609	27 544	22,2	33,6	24,6	6,9	5 570	2 149
Innungskrankenkassen (IKK)	12 089	11 789	11 008	21,0	35,1	24,8	7,0	2 104	2 027
Landwirtschaftliche Krankenkassen (LKK)	2 194	2 425	2 202	17,1	39,2	26,1	0,1	610	2 787
Knappschaft Bahn-See (KBS)	6 260	6 206	5 904	14,9	36,4	22,6	3,6	1 628	3 390
Ersatzkassen (EK)	63 088	61 234	57 801	22,3	33,5	26,9	5,6	10 251	2 348

1 Ohne Beiträge aus geringfügiger Beschäftigung.

2 Einschl. Zahnärzte/-ärztinnen.

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit

3 Einschl. Heil- und Hilfsmittel sowie Zahnersatz.

4 Einschl. Verwaltungskosten.

8 Soziales
 8.2 Sozialversicherungen
 8.2.6 Soziale Pflegeversicherung

Weitere Informationen zu Pflege siehe Kapitel „Gesundheit“

	Versicherte zum 1.10.	Leistungsempfänger/-innen am Jahresende	Einnahmen		Ausgaben					sonstige Ausgaben ¹²	
			insgesamt	darunter Beitrags-einnahmen	insgesamt	Leistungs-ausgaben	davon				
							Pflegegeld	Pflegesach-leistung	stationäre Pflege ¹¹		übrige Leistungs-ausgaben
1 000	Mill. EUR					%			Mill. EUR		
2009	70 026	2 235	21 314	21 189	20 327	19 328	23,1	14,2	52,8	9,8	999
2010	69 793	2 288	21 784	21 641	21 448	20 429	22,9	14,2	52,8	10,1	1 020
2011	69 684	2 317	22 243	22 129	21 930	20 893	22,7	14,3	52,8	10,2	1 037

1 Einschl. teilstationärer Pflege und Kurzzeitpflege.

2 Einschl. Verwaltungsausgaben.

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit

8.2.7 Arbeitslosenversicherung – Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld nach dem SGB III

	Empfänger/-innen von Arbeitslosengeld (SGB III)	Davon bei					
		Arbeitslosigkeit			Weiterbildung		
		insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen
1 000	%		%				
2009 ..	1 215	1 141	59,7	40,3	74	58,2	41,8
2010 ..	1 085	1 024	57,6	42,4	61	58,9	41,1
2011 ..	886	829	54,6	45,4	57	56,0	44,0

Jahresdurchschnitte.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Arbeitslose erhalten unter bestimmten Voraussetzungen **Arbeitslosengeld** als Entgeltersatzleistung. Das Arbeitslosengeld ist eine Versicherungsleistung und wird bei Arbeitslosigkeit oder bei beruflicher Weiterbildung gezahlt. Anspruch auf Arbeitslosengeld hat, wer arbeitslos ist, die Anwartschaftszeit erfüllt und sich bei der Agentur für Arbeit persönlich arbeitslos gemeldet hat. Arbeitslosigkeit liegt vor, wenn die Arbeitnehmerin bzw. der Arbeitnehmer beschäftigungslos ist, sich bemüht, seine Beschäftigungslosigkeit zu beenden (Eigenbemühungen) und den Vermittlungsbemühungen der Agentur für Arbeit zur Verfügung steht. Die persönliche Arbeitslosmeldung schließt den Antrag auf Arbeitslosengeld ein. Die Anwartschaftszeit hat in der Regel erfüllt, wer innerhalb der letzten zwei Jahre vor der Arbeitslosmeldung 360 Kalendertage versicherungspflichtig beschäftigt war oder sonstige Versicherungspflichtzeiten zurückgelegt hat oder sich antragspflichtig versichert hatte.

8.2.8 Arbeitslosenversicherung – Kurzarbeiterinnen und Kurzarbeiter

	Kurzarbeiter/-innen		
	insgesamt	Männer	Frauen
	1 000	%	
2009	1 144	78,7	21,3
2010	503	79,2	20,8
2011	148	80,4	19,6

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Kurzarbeiterinnen und Kurzarbeiter sind beschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, bei denen wegen eines unvermeidbaren vorübergehenden Arbeitsausfalls mehr als 10 % der betriebsüblichen Arbeitszeit ausfallen und die Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. In Deutschland handelt es sich dabei um eine Leistung der Arbeitslosenversicherung an die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Unterschieden wird zwischen der „konjunkturellen Kurzarbeit“, dem „Transferkurzarbeitergeld“ und dem „Saison-Kurzarbeitergeld“.

8.2.9 Arbeitslosenversicherung – Einnahmen und Ausgaben

	Einnahmen		Ausgaben			
	insgesamt	darunter Beiträge	insgesamt	davon		
				Leistungen der aktiven Arbeitsförderung ¹¹	Leistungen zum Ersatz des Arbeitsentgelts ^{12 3}	sonstige Ausgaben ¹⁴
Mill. EUR	%	Mill. EUR				
2009	34	64	48	17	24	7
2010	37	61	45	15	23	7
2011	38	68	38	11	19	7

1 Darunter Leistungen zur Förderung der Teilhabe (schwer-)behinderter Menschen am Arbeitsleben, Eingliederungstitel etc.

2 Bei Arbeitslosigkeit und Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers/der Arbeitgeberin, einschl. Erstattungen an die Renten- und Pflegeversicherung sowie Aussteuerungsbetrag bzw. Eingliederungsbeitrag.

3 Darunter Arbeitslosen- und Insolvenzgeld.

4 Einschl. Verwaltungsausgaben.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

8.2 Sozialversicherungen

8.2.10 Gesetzliche Unfallversicherung – Versicherte und Rentenbestand

	Versicherte	Rentenbestand am Jahresende			
		insgesamt	darunter		
			Renten an Verletzte und Erkrankte	Witwen- und Witwerrenten	Waisenrenten
1 000	Anzahl	%			
2008	60 695	997 151	86,0	12,3	1,7
2009	61 428	984 092	86,0	12,3	1,7
2010	61 880	964 793	86,2	12,3	1,5
davon (2010):					
Gewerbliche Berufsgenossenschaften	47 697	776 496	85,5	12,9	1,6
Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften ..	3 454	100 055	89,5	9,4	1,2
Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand ¹	10 729	88 242	88,4	10,2	1,4

Ohne Schülerunfallversicherung.

1 Einschl. Feuerwehrunfallkassen, Eisenbahn-Unfallkasse, Unfallkasse Post und Telekom.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

8.2.11 Gesetzliche Unfallversicherung – Einnahmen, Ausgaben und Vermögen

	Einnahmen		Ausgaben						Vermögen am Jahresende	
	insgesamt	darunter Beiträge	insgesamt	Aufwendungen für Leistungen	darunter					sonstige Ausgaben ¹²
					Renten	Heilbehandlung ¹¹	Verletztengeld	Unfallverhütung		
Mill. EUR	%	Mill. EUR	%					Mill. EUR		
2008	14 723	80,1	14 657	10 533	52,8	25,6	5,2	9,0	4 125	18 360
2009	13 924	83,2	14 027	10 225	55,6	27,8	5,8	9,5	3 802	18 267
2010	14 498	82,2	14 401	10 472	54,0	28,9	5,9	9,3	3 929	18 547

Ohne Schülerunfallversicherung.

1 Leistungen für ambulante Heilbehandlung, Heilanstaltspflege, Zahnersatz und sonstige Heilbehandlungskosten.

2 Einschl. Verwaltungs- und Verfahrenskosten.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

8.3 Versorgungssystem des öffentlichen Dienstes

8.3.1 Versorgungsempfängerinnen und -empfänger und durchschnittliche Versorgungsbezüge

	Versorgungsempfänger/-innen am 1.1.2011				Versorgungsbezüge ¹ im Januar 2011		
	insgesamt	von Ruhegehalt	von Witwen-/Witwergeld	von Waisengeld	Ruhegehalt	Witwen-/Witwergeld	Waisengeld
	1 000				EUR		
Unmittelbarer öffentlicher Dienst	1 477 615	1 073 078	376 604	27 933	2 500	1 380	360
Gebietskörperschaften	1 015 055	747 687	246 002	21 366	2 770	1 550	370
Bund	195 064	128 356	62 865	3 843	2 650	1 360	380
Beamte/Beamtinnen und Richter/-innen	85 168	59 562	23 763	1 843	2 680	1 530	340
Berufssoldaten/-soldatinnen	89 893	67 745	20 864	1 284	2 640	1 540	360
Kap. I G 131 ¹²	20 003	1 049	18 238	716	1 100	950	500
Länder	709 002	543 356	150 451	15 195	2 810	1 630	360
Schuldienst	355 078	294 782	53 340	6 956	2 850	1 780	370
Vollzugsdienst	144 609	102 115	39 230	3 264	2 290	1 270	300
Übrige Bereiche	209 315	146 459	57 881	4 975	3 080	1 740	390
Gemeinden ¹³	110 989	75 975	32 686	2 328	2 730	1 570	360
Bundeseisenbahnvermögen	186 384	111 714	71 719	2 951	1 920	1 050	370
Post ¹⁴	276 176	213 677	58 883	3 616	1 840	1 040	290
Mittelbarer öffentlicher Dienst¹⁵	35 582	26 362	8 488	732	2 920	1 650	350
nachrichtlich: Versorgung nach beamtenrechtlichen Grundsätzen							
Unmittelbarer öffentlicher Dienst	6 447	4 378	1 994	75	2 070	1 010	380
Mittelbarer öffentlicher Dienst	16 543	11 405	4 880	258	2 800	1 570	350

Ergebnisse der Versorgungsempfängerstatistik. – Versorgung nach Beamten- und Soldatenversorgungsgesetz sowie Versorgung nach Artikel G131 des Grundgesetzes.

- 1 Bruttodurchschnittsbezüge.
- 2 Nach dem Zweiten Weltkrieg nicht übernommene Bedienstete mit Beamtenversorgung des Deutschen Reiches.

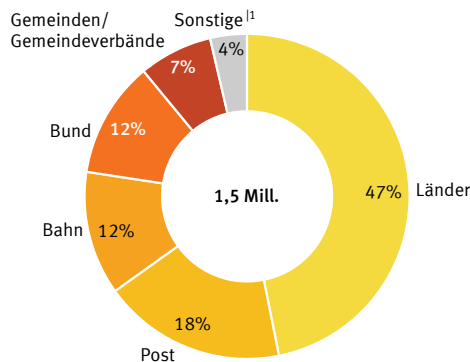
- 3 Einschl. Zweckverbände.
- 4 Deutsche Post AG, Deutsche Telekom AG, Deutsche Postbank.
- 5 Sozialversicherungsträger und andere rechtlich selbstständige öffentlich-rechtliche Einrichtungen, die unter der Aufsicht der Gebietskörperschaften stehen.

8.3.2 Zugänge von Empfängerinnen und Empfängern von Ruhegehalt im unmittelbaren öffentlichen Dienst

Grund für den Eintritt des Versorgungsfalles	2000		2005		2010	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Insgesamt	65 265	100,0	44 235	100,0	50 723	100,0
Dienstunfähigkeit	40 287	61,7	12 691	28,7	11 036	21,8
Erreichen einer Altersgrenze	21 213	32,5	27 960	63,2	34 345	67,7
Besondere Altersgrenze	6 554	10,0	5 680	12,8	7 427	14,6
Antragsaltersgrenze wegen Schwerbehinderung	2 976	4,6	2 270	5,1	3 874	7,6
Allgemeine Antragsaltersgrenze	7 484	11,5	6 564	14,8	8 411	16,6
Regelaltersgrenze	4 199	6,4	13 446	30,4	14 633	28,8
Vorruhestandsregelung	3 220	4,9	2 518	5,7	4 829	9,5
Sonstige Gründe	545	0,8	1 066	2,4	513	1,0

Ergebnisse der Versorgungsempfängerstatistik.

Versorgungsempfängerinnen und -empfänger am 1.1.2011 nach Beamten- und Soldatenversorgungsgesetz



Ergebnisse der Versorgungsempfängerstatistik.

- 1 Mittelbarer öffentlicher Dienst und Artikel G 131 GG.

2012 - 01 - 0444

8.4 Sozialleistungen

8.4.1 Mindestsicherungsquote nach Ländern

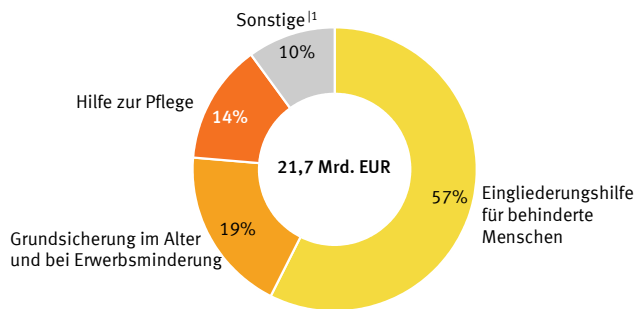
	2006	2007 ¹	2008	2009 ¹	2010
	%				
Deutschland	10,1	9,8	9,3	9,5	9,2
Baden-Württemberg	5,7	5,4	5,1	5,4	5,2
Bayern	5,3	5,0	4,7	4,9	4,6
Berlin	20,0	19,9	19,3	19,5	19,2
Brandenburg	14,6	13,9	13,1	12,7	12,0
Bremen	17,5	17,0	16,3	16,7	16,8
Hamburg	13,8	13,6	13,1	13,3	13,0
Hessen	9,0	8,8	8,5	8,7	8,4
Mecklenburg-Vorpommern	17,8	16,8	15,5	15,0	14,4
Niedersachsen	10,3	10,0	9,6	9,6	9,3
Nordrhein-Westfalen	10,8	10,7	10,3	10,7	10,7
Rheinland-Pfalz	7,5	7,2	7,0	7,2	6,9
Saarland	9,8	9,6	9,1	9,4	9,2
Sachsen	14,1	13,6	12,7	12,6	11,9
Sachsen-Anhalt	16,7	16,3	15,4	15,1	14,4
Schleswig-Holstein	10,4	10,1	9,7	9,7	9,5
Thüringen	12,7	12,2	11,1	11,1	10,4
nachrichtlich:					
Früheres Bundesgebiet	8,6	8,4	8,0	8,2	8,1
Neue Länder einschl. Berlin	16,0	15,5	14,6	14,5	13,9

Die **Mindestsicherungsquote** stellt den Anteil der Empfängerinnen und Empfänger von Mindestsicherungsleistungen an der Gesamtbevölkerung dar. Zu diesen Leistungen zählen laufende **Hilfe zum Lebensunterhalt** außerhalb von Einrichtungen nach dem SGB XII, laufende Leistungen der **Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung** nach dem SGB XII, **Arbeitslosengeld II/Sozialgeld** nach dem SGB II, Regelleistungen nach dem **Asylbewerberleistungsgesetz** sowie Leistungen der **Kriegsopferfürsorge** nach dem Bundesversorgungsgesetz.

Ergebnisse der Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik.

1 Da die Kriegsopferfürsorge nur alle zwei Jahre erhoben wird, enthalten die Mindestsicherungsquoten 2007 und 2009 jeweils das Ergebnis des Vorjahres.

Nettoausgaben Sozialhilfe 2010
nach Hilfearten



Ergebnisse der Statistik der Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe.

1 Hilfe zum Lebensunterhalt, Hilfen zur Gesundheit einschl. Erstattungen an Krankenkassen für die Übernahme der Krankenbehandlung sowie Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten einschl. Hilfe in anderen Lebenslagen.

2012 - 01 - 0445

8 Soziales

8.4 Sozialleistungen

8.4.2 Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt am 31.12.2010

Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt	Männlich	Weiblich
1 000			
Insgesamt	319	168	152
unter 15	22	12	10
15 – 65	227	132	94
65 und mehr	71	24	47
je 1 000 Einwohner/-innen¹			
Insgesamt	3,9	4,2	3,6
unter 15	2,0	2,1	1,9
15 – 65	4,2	4,8	3,5
65 und mehr	4,2	3,3	4,9
1 000			
Außerhalb von Einrichtungen			
unter 15	17	9	8
15 – 65	79	43	37
65 und mehr	2	1	1
Zusammen	98	52	46
In Einrichtungen ²			
unter 15	5	3	2
15 – 65	147	90	58
65 und mehr	69	23	46
Zusammen	221	116	105

Ergebnisse der Statistik der Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt. – Empfänger/-innen am 31.12.

1 Anteil der Empfänger/-innen an der gleichaltrigen Bevölkerung; Bevölkerungsstand: 31.12.2010.

2 Als Einrichtung zählen z.B. Krankenhäuser, Pflegeheime.

8.4.4 Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel des SGB XII 2010

	Insgesamt	Männlich	Weiblich
1 000			
Insgesamt ¹	1 261	644	618
Hilfen zur Gesundheit	30	14	16
Eingliederungshilfe für behinderte Menschen ¹	770	460	310
Hilfe zur Pflege ¹	411	137	274
Sonstige Hilfen ^{1,2}	94	52	41
je 1 000 Einwohner/-innen^{1,3}			
Insgesamt ¹	15,4	16,0	14,8
Hilfen zur Gesundheit	0,4	0,3	0,4
Eingliederungshilfe für behinderte Menschen ¹	9,4	11,5	7,4
Hilfe zur Pflege ¹	5,0	3,4	6,6
Sonstige Hilfen ^{1,2}	1,1	1,3	1,0
1 000			
Außerhalb von Einrichtungen			
Hilfen zur Gesundheit	22	10	12
Eingliederungshilfe für behinderte Menschen ¹	333	195	137
Hilfe zur Pflege ¹	115	45	70
Sonstige Hilfen ^{1,2}	76	40	36
Zusammen¹	526	282	245
In Einrichtungen			
Hilfen zur Gesundheit	9	4	5
Eingliederungshilfe für behinderte Menschen ¹	506	306	200
Hilfe zur Pflege ¹	301	94	207
Sonstige Hilfen ^{1,2}	19	13	6
Zusammen¹	818	409	409

Ergebnisse der Statistik der Empfänger von Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel SGB XII.

1 Mehrfachzählungen sind ausgeschlossen soweit aus den Meldungen erkennbar.

2 Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten und in anderen Lebenslagen.

3 Anteil der Empfänger/-innen an der Bevölkerung; Bevölkerungsstand: Durchschnitt des Jahres 2010.

8.4.3 Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung am 31.12.2010

Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt	Männlich	Weiblich
1 000			
Insgesamt	797	363	434
18 – 65	385	216	169
65 und mehr	412	147	265
je 1 000 Einwohner/-innen¹			
Insgesamt	11,6	10,9	12,3
18 – 65	7,5	8,3	6,6
65 und mehr	24,5	20,4	27,5
1 000			
Außerhalb von Einrichtungen			
18 – 65	263	144	119
65 und mehr	353	127	226
Zusammen	616	271	345
In Einrichtungen			
18 – 65	122	72	50
65 und mehr	59	20	39
Zusammen	181	92	89

Ergebnisse der Statistik der Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung.

1 Anteil der Empfänger/-innen an der gleichaltrigen Bevölkerung; Bevölkerungsstand: 31.12.2010.

8.4.5 Ausgaben der Sozialhilfe 2010

Weitere Informationen zu Pflege und Behinderung siehe Kapitel „Gesundheit“

	Insgesamt	Außerhalb von Einrichtungen	In Einrichtungen
Mill. EUR			
Bruttoausgaben	23 942	6 737	16 520
davon:			
Hilfe zum Lebensunterhalt	1 196	586	610
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	4 261	3 151	1 111
Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel des SGB XII	18 485	.	.
davon:			
Hilfen zur Gesundheit	79	47	32
Erstattungen an Krankenkassen für die Übernahme der Krankenbehandlung	686	.	.
Eingliederungshilfe für behinderte Menschen	13 842	1 932	11 910
Hilfe zur Pflege	3 439	789	2 650
Sonstige Hilfen ¹	439	232	208
darunter:			
Nettoausgaben	21 749	6 419	14 577
EUR			
Nettoausgaben je Einwohner/-in ^{1,2}	266,02	X	X

Ergebnisse der Statistik der Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe.

1 Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten und in anderen Lebenslagen.

2 Bevölkerungsstand: Durchschnitt des Jahres 2010.

8 Soziales
 8.4 Sozialleistungen
 8.4.6 Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II)
 – Leistungsberechtigte

Eine **Bedarfsgemeinschaft** bezeichnet eine Konstellation von Personen, die im selben Haushalt leben und gemeinsam wirtschaften. Sie umfasst mindestens eine erwerbsfähige leistungsberechtigte Person. Dies sind Empfängerinnen und Empfänger von **Arbeitslosengeld II**. Das **Sozialgeld** ist eine Geldleistung an nicht erwerbsfähige leistungsberechtigte Angehörige bzw. Partnerinnen und Partner in dieser Bedarfsgemeinschaft, sofern diese keinen Anspruch auf Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung haben.

	Bedarfsgemeinschaften	Leistungsberechtigte nach dem SGB II	Darunter erwerbsfähige Leistungsberechtigte			
			insgesamt	zusammen	Männer	Frauen
2005	3 717 108	6 756 097	4 981 748	51,1	48,9	
2006	3 978 753	7 347 140	5 392 166	50,4	49,6	
2007	3 726 104	7 241 250	5 277 556	49,3	50,7	
2008	3 577 717	6 908 991	5 011 438	48,6	51,4	
2009	3 559 836	6 726 800	4 909 085	49,0	51,0	
2010	3 583 624	6 712 953	4 894 219	49,2	50,8	
2011	3 422 691	6 353 482	4 615 057	48,9	51,1	

Jahresdurchschnitte.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

8.4.8 Empfängerinnen und Empfänger von
 Asylbewerberregelleistungen am 31.12.2010

Weitere Informationen zu Asyl siehe Kapitel „Bevölkerung“

	Insgesamt		Männlich	Weiblich
	Anzahl	%		
Insgesamt	130 297	100,0	100,0	100,0
Alter von ... bis unter ... Jahren				
unter 7	15 367	11,8	10,1	14,2
7 – 11	9 166	7,0	6,1	8,4
11 – 15	9 199	7,1	6,2	8,3
15 – 18	7 567	5,8	5,6	6,1
18 – 21	9 376	7,2	8,0	6,0
21 – 25	11 314	8,7	9,9	7,0
25 – 30	15 038	11,5	13,3	9,0
30 – 40	24 551	18,8	20,2	16,9
40 – 50	15 881	12,2	12,5	11,8
50 – 60	7 439	5,7	5,3	6,3
60 – 65	1 881	1,4	1,1	1,9
65 und mehr	3 518	2,7	1,8	4,0
Staatsangehörigkeit				
Afrika	16 563	12,7	14,4	10,3
Amerika	339	0,3	0,2	0,3
Asien	56 692	43,5	46,7	38,9
Europa	45 814	35,2	30,2	42,2
Übrige Staaten, staatenlos	1 145	0,9	0,8	0,9
Unbekannt	9 744	7,5	7,6	7,3

Ergebnisse der Statistik der Empfänger von Asylbewerberregelleistungen.

8.4.7 Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II)
 – Zahlungsansprüche

	Zahlungsansprüche aller Bedarfsgemeinschaften	Darunter Ausgaben für Leistungen an		Durchschnittlicher monatlicher Leistungsanspruch je Bedarfsgemeinschaft
		erwerbsfähige Leistungsberechtigte (Arbeitslosengeld II)	nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte (Sozialgeld)	
	1 000 EUR			EUR
2005	37 495 876	15 161 499	625 329	841
2006	40 353 136	16 209 925	673 388	845
2007	36 578 890	15 288 542	680 242	818
2008	35 293 802	14 489 268	660 536	822
2009	36 295 878	14 652 812	777 306	850
2010	36 328 775	14 646 861	665 603	845
2011	33 202 312	13 735 391	531 848	808

Zahlungsansprüche im jeweiligen Jahr.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

8.4.9 Ausgaben für Asylbewerberleistungen 2010

	Insgesamt	Außerhalb von Einrichtungen	In Einrichtungen
Mill. EUR			
Bruttoausgaben	815,0	567,1	247,8
davon:			
Regelleistungen	584,3	414,9	169,4
Besondere Leistungen ¹	230,7	152,2	78,5
Nettoausgaben	794,3	550,8	243,5
EUR			
Nettoausgaben je Einwohner/-in ²	9,72	X	X

Ergebnisse der Statistik der Ausgaben und Einnahmen für Asylbewerberleistungen.

- 1 U.a. bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt.
- 2 Bevölkerungsstand: Durchschnitt des Jahres 2010.

8.4 Sozialleistungen

8.4.10 Kriegsofferfürsorge

	Hilfeart nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG)										
	insgesamt	Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben und ergänzende Leistungen	Krankenhilfe	Hilfe zur Pflege	Hilfe zur Weiterführung des Haushalts	Altenhilfe	Erziehungsbeihilfe	Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt	Erholungshilfe	Wohnungshilfe	Hilfen in besonderen Lebenslagen
Empfänger/-innen laufender Leistungen am 31.12. ¹											
2006	59 849	347	–	20 532	1 289	4 557	180	6 202	–	–	26 742
2008	46 256	966	–	17 867	970	2 078	76	3 976	–	–	20 323
2010 ¹²	42 204	491	–	15 277	795	1 581	249	4 583	–	–	19 025
Empfänger/-innen einmaliger Leistungen bis zum 31.12. (im Laufe des Jahres) ¹											
2006	40 694	170	1 151	3 015	407	20 080	49	2 999	8 856	534	3 433
2008	27 563	215	850	1 984	354	13 586	68	1 610	6 300	461	2 135
2010 ¹²	19 232	383	864	870	405	7 154	200	1 048	3 402	592	3 397
Ausgaben in 1 000 EUR ¹³											
2006	530 736	4 408	314	295 057	2 876	5 638	672	27 819	9 950	1 727	182 276
2008	472 010	6 039	272	279 561	2 467	4 129	366	19 871	7 828	1 575	149 902
2010 ¹²	478 252	6 904	346	226 700	2 479	3 684	4 623	21 960	4 153	2 062	202 866

Ergebnisse der Statistik der Kriegsofferfürsorge. – Leistungen für Berechtigte im In- und Ausland.

1 Personen, die Hilfe verschiedener Art erhielten, wurden bei jeder Hilfeart gezählt.

2 Ab 2010 einschl. der Leistungen nach dem Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten (OEG), Infektionsschutzgesetz (IfSG), Gesetz über die Rehabilitierung und Entschädigung von Opfern rechtsstaatswidriger Strafverfolgungsmaßnahmen im Beitrittsgebiet (StrRehaG) und dem Gesetz über die Aufhebung rechtsstaatswidriger Verwaltungsentschei-

dungen im Beitrittsgebiet und die daran anknüpfenden Folgeansprüche (VwRehaG). Außerdem sind 2010 bei den einzelnen Leistungsarten nur Leistungen im Inland dargestellt. Daher ist die Vergleichbarkeit zu den Vorjahren eingeschränkt.

3 Den Ausgaben stehen 2006 Einnahmen in Höhe von 175 Mill. Euro gegenüber, 2008 von 144 Mill. Euro und 2010 von 134 Mill. Euro.

8 Soziales
 8.4 Sozialleistungen
 8.4.11 Hilfen zur Erziehung 2010

Weitere Informationen zu Kinderbetreuung, Kinder- und Elterngeld sowie Adoptionen siehe Kapitel „Bevölkerung“

	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Personen insgesamt im Alter von . . . bis unter . . . Jahren						
				unter 6	6 – 9	9 – 12	12 – 15	15 – 18	18 und mehr	
	Anzahl	%								
Ambulante Hilfen										
Flexible Hilfen gemäß § 27 SGB VIII ¹										
Begonnene Hilfen	26 916	55,7	44,3	27,5	16,7	17,8	17,7	14,8	5,5	
Beendete Hilfen	24 041	55,3	44,7	22,9	13,3	17,5	18,6	18,3	9,4	
Hilfen am 31.12.	35 203	57,5	42,5	22,4	16,2	21,1	18,4	14,8	7,1	
Erziehungsberatung										
Begonnene Hilfen	314 045	54,5	45,5	23,0	19,7	19,2	17,4	13,6	7,1	
Beendete Hilfen	316 208	54,9	45,1	19,8	18,8	20,1	17,9	14,9	8,5	
Hilfen am 31.12.	137 182	55,1	44,9	19,4	19,9	21,7	18,3	13,5	7,2	
Soziale Gruppenarbeit										
Begonnene Hilfen	8 097	74,4	25,6	–	15,9	25,3	24,4	21,1	13,3	
Beendete Hilfen	7 748	74,6	25,4	–	6,1	22,0	26,9	27,9	17,1	
Hilfen am 31.12.	8 306	70,2	29,8	–	14,3	35,1	32,9	13,0	4,8	
Erziehungsbeistand										
Begonnene Hilfen	18 930	59,2	40,8	4,0	4,7	10,9	29,5	36,9	14,0	
Beendete Hilfen	17 269	59,7	40,3	2,7	2,8	8,2	21,6	38,8	25,9	
Hilfen am 31.12.	21 182	62,3	37,7	3,7	4,9	11,8	26,6	38,3	14,7	
Betreuungshelfer/-innen										
Begonnene Hilfen	7 118	63,1	36,9	–	3,1	6,5	16,0	36,6	37,8	
Beendete Hilfen	6 902	63,1	36,9	–	1,6	4,6	10,9	32,1	50,8	
Hilfen am 31.12.	5 912	65,2	34,8	–	2,9	8,0	18,3	35,5	35,3	
Stationäre/teilstationäre Hilfen										
Erziehung in einer Tagesgruppe										
Begonnene Hilfen	8 851	73,0	27,0	6,6	35,2	38,1	17,0	3,1	–	
Beendete Hilfen	8 742	73,3	26,7	4,3	11,7	39,6	32,1	12,3	–	
Hilfen am 31.12.	17 589	73,8	26,2	4,1	20,3	44,4	24,7	6,6	–	
Vollzeitpflege in einer anderen Familie										
Begonnene Hilfen	15 251	50,4	49,6	49,3	13,6	11,0	11,4	11,2	3,6	
Beendete Hilfen	13 241	50,7	49,3	27,4	11,4	9,9	12,3	15,5	23,6	
Hilfen am 31.12.	60 451	50,8	49,2	25,4	16,6	17,9	17,4	16,5	6,2	
Heimerziehung; sonstige betreute Wohnform										
Begonnene Hilfen	34 722	53,5	46,5	8,1	7,4	11,2	24,5	39,0	9,7	
Beendete Hilfen	32 014	52,9	47,1	5,2	3,9	6,7	15,8	35,9	32,5	
Hilfen am 31.12.	63 191	56,6	43,4	5,1	7,1	13,4	23,0	36,5	14,9	
Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung										
Begonnene Hilfen	3 017	56,6	43,4	–	–	5,5	16,7	46,9	30,9	
Beendete Hilfen	2 832	55,5	44,5	–	–	1,9	9,7	35,9	52,5	
Hilfen am 31.12.	3 487	58,8	41,2	–	–	3,3	15,0	42,1	39,6	

Ergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken.

1 Einschl. stationärer Hilfen gemäß § 27 SGB VIII. – Zu den flexiblen Hilfen gemäß § 27 Absatz 2 SGB VIII gehören Hilfen, die keine Verbindung zu den Hilfearten der §§ 28 bis 35 SGB VIII aufweisen. Diese Hilfen sollen eine besonders individuelle Ausgestaltung und Kombination unterschiedlichster Unterstützungskomponenten gewährleisten, um so einem besonderen erzieherischen Bedarf gerecht zu werden.

8.4 Sozialleistungen

8.4.12 Sozialpädagogische Familienhilfe 2010

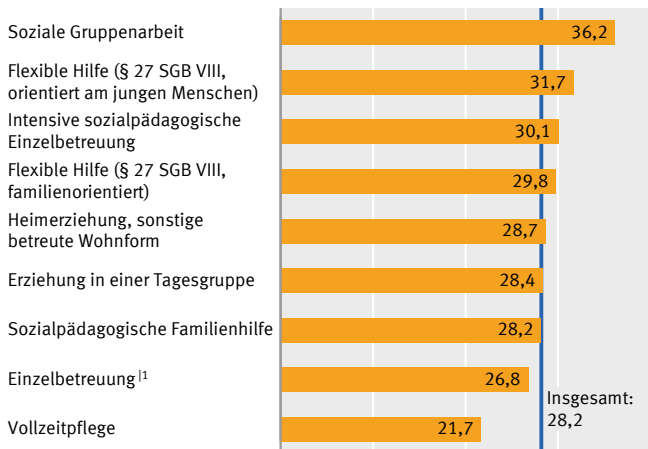
	Familien mit begonnener Hilfe		Familien am 31.12. mit andauernder Hilfe		Familien mit beendeter Hilfe	
	insgesamt	darunter mit Bezug von Transferleistungen ¹	insgesamt	darunter mit Bezug von Transferleistungen ¹	insgesamt	durchschnittliche Dauer
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	Monate
Familien insgesamt	42 329	67,0	61 808	69,8	38 645	15
davon mit:						
1 Kind	19 894	68,6	26 210	71,1	17 246	14
2 Kindern	11 924	63,9	17 689	66,7	11 206	16
3 Kindern	6 450	64,9	10 409	68,8	6 226	17
4 und mehr Kindern	4 061	71,5	7 500	74,3	3 967	19
Zahl der Kinder in den Familien insgesamt	81 731	67,2	127 838	70,3	X	X
Hilfe wird durchgeführt						
in der Herkunftsfamilie	41 225	66,9	60 297	69,8	37 643	15
davon:						
Eltern leben zusammen	13 377	53,4	20 374	56,8	11 905	16
Elternteil lebt alleine	21 628	77,5	31 307	79,7	19 810	16
Elternteil lebt mit neuem Partner/neuer Partnerin zusammen	6 220	59,6	8 616	64,7	5 928	15
in einer Verwandtenfamilie	751	66,6	1 041	71,1	677	16
in einer nicht verwandten Familie	353	69,4	470	68,5	325	13

Ergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken.

1 Die Familie lebt teilweise oder ganz von Arbeitslosengeld II (SGB II), Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung oder Sozialhilfe (SGB XII).

Begonnene erzieherische Hilfen für unter 18-Jährige mit Migrationshintergrund 2010

Anteil an allen unter 18-Jährigen mit begonnenen erzieherischen Hilfen, in %



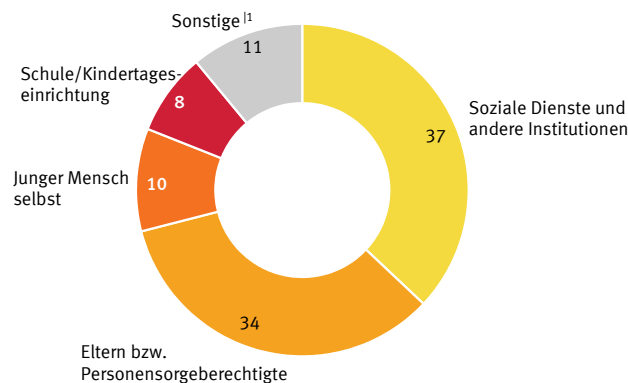
Ergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken. – Ohne Erziehungsberatung nach § 28 SGB VIII.

1 Erziehungsbeistand und Betreuungshelfer/-innen.

2012 - 01 - 0447

Begonnene Hilfen zur Erziehung junger Menschen 2010

nach anregenden Institutionen oder Personen, in %



Ergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken. – Ohne Erziehungsberatungen gemäß § 28 SGB VIII.

1 Z. B. Gericht, Staatsanwaltschaft, Polizei, Arzt/Ärztin, Klinik, Gesundheitsamt, ehemalige Klienten/Klientinnen oder Bekannte.

2012 - 01 - 0446

8.4 Sozialleistungen

8.4.13 Eingliederungshilfe bei (drohender) seelischer Behinderung 2010

	Begonnene Hilfen			Hilfen am 31.12.			Beendete Hilfen		
	insgesamt	davon		insgesamt	davon		insgesamt	davon	
		männlich	weiblich		männlich	weiblich		männlich	weiblich
	Anzahl	%		Anzahl	%		Anzahl	%	
Insgesamt	19 165	66,9	33,1	38 656	69,1	30,9	16 247	66,0	34,0
Alter von ... bis unter ... Jahren									
unter 6	1 045	71,9	28,1	1 114	72,7	27,3	366	71,6	28,4
6 – 9	4 301	70,5	29,5	4 823	73,5	26,5	1 761	74,5	25,5
9 – 12	6 420	67,6	32,4	13 319	68,5	31,5	4 631	65,3	34,7
12 – 15	3 233	73,6	26,4	9 303	74,2	25,8	4 213	69,6	30,4
15 – 18	2 297	58,1	41,9	5 596	68,1	31,9	2 484	67,5	32,5
18 und mehr	1 869	52,4	47,6	4 501	55,7	44,3	2 792	54,5	45,5

Ergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken. – Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche gemäß § 35a SGB VIII.

8.4.14 Andere Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe

	2008	2009	2010
Kinder und Jugendliche am Jahresende unter Amtsvormundschaft	38 558	38 379	37 855
davon unter:			
Gesetzlicher Amtsvormundschaft	7 994	7 297	6 478
Bestellter Amtsvormundschaft	30 564	31 082	31 377
Bestellte Amtspflegschaft	30 963	31 581	32 556
Beistandschaften nach § 1712 BGB	651 390	640 151	630 562
Sorgeerklärungen nicht miteinander verheirateter Eltern ..	111 039	117 871	130 046
davon:			
Abgegebene Sorgeerklärungen	111 033	117 853	130 011
Ersetzte Sorgeerklärungen	6	18	35
Tagespflegepersonen, für die eine Pflegeerlaubnis nach § 43 SGB VIII besteht	42 483	48 466	51 989
Gerichtliche Maßnahmen zum vollständigen oder teilweisen Entzug der elterlichen Sorge	12 244	12 164	12 771

Ergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken.

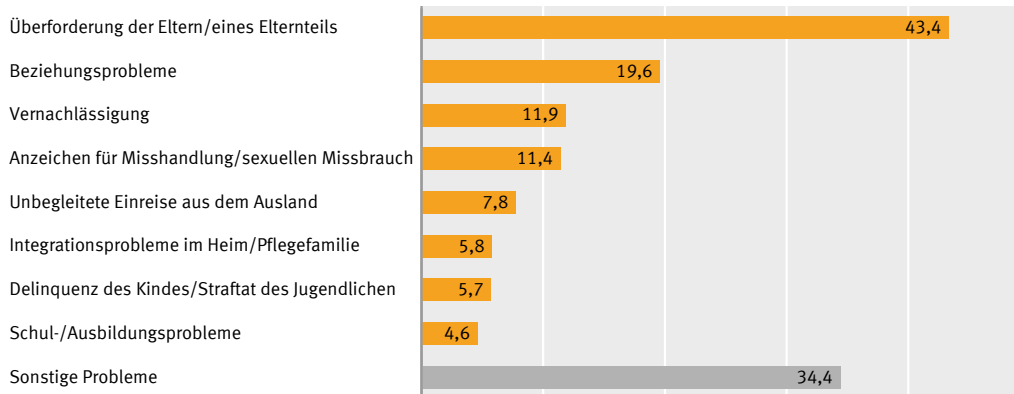
Mit der Geburt eines Kindes, dessen Eltern nicht miteinander verheiratet sind und das eines Vormunds bedarf, wird das Jugendamt Vormund (**gesetzliche Amtsvormundschaft**).

Die **bestellte Amtsvormundschaft** setzt voraus, dass ein(e) Minderjährige(r) nicht unter elterlicher Sorge steht. Dies kann durch Tod der Eltern eintreten, oder wenn die Eltern nicht in der Lage sind, die elterliche Sorge verantwortlich zu übernehmen.

Bei der **bestellten Amtspflegschaft** wird nur für Teile der elterlichen Sorge Amtspflege bestellt. Die verbleibenden Teile der elterlichen Sorge werden weiterhin durch die Eltern oder einen Elternteil wahrgenommen.

Mit der Einrichtung einer **Beistandschaft** für minderjährige Kinder (§ 1712 BGB) wird das Jugendamt zum Beistand des Kindes, um z. B. die Vaterschaft festzustellen oder/und Unterhaltsansprüche des Kindes geltend zu machen.

Vorläufige Schutzmaßnahmen 2010 nach Anlässen, in %



Ergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken. Für jedes Kind oder jede(n) Jugendliche(n) konnten bis zu zwei Anlässe der Maßnahme angegeben werden.

2012 - 01 - 0448

8.4 Sozialleistungen

8.4.15 Vorläufige Schutzmaßnahmen 2010

	Insgesamt		Inobhutnahme			Herausnahme
	Anzahl	%	zusammen	auf eigenen Wunsch	wegen Gefährdung	
			Anzahl	%	Anzahl	%
Alter von ... bis unter ... Jahren						
unter 3	3 438	9,5	3 210	–	8,8	228
3 – 6	2 331	6,4	2 182	–	6,0	149
6 – 9	2 085	5,7	1 965	0,2	5,2	120
9 – 12	2 752	7,6	2 636	1,1	6,1	116
12 – 14	4 556	12,5	4 458	3,5	8,8	98
14 – 16	10 530	29,0	10 399	9,5	19,1	131
16 – 18	10 651	29,3	10 568	11,2	17,9	83
Insgesamt	36 343	100,0	35 418	25,6	71,9	925
Staatsangehörigkeit						
Deutsch	28 271	77,8	27 449	19,6	55,9	822
Nicht deutsch	8 072	22,2	7 969	5,9	16,0	103
	Männlich					
Alter von ... bis unter ... Jahren						
unter 3	1 823	5,0	1 703	–	4,7	120
3 – 6	1 288	3,5	1 203	–	3,3	85
6 – 9	1 183	3,3	1 118	0,1	3,0	65
9 – 12	1 468	4,0	1 407	0,5	3,3	61
12 – 14	1 885	5,2	1 835	1,0	4,0	50
14 – 16	4 313	11,9	4 260	2,9	8,8	53
16 – 18	5 420	14,9	5 376	4,8	9,9	44
Zusammen	17 380	47,8	16 902	9,4	37,1	478
Staatsangehörigkeit						
Deutsch	12 830	35,3	12 399	6,8	27,3	431
Nicht deutsch	4 550	12,5	4 503	2,6	9,7	47
	Weiblich					
Alter von ... bis unter ... Jahren						
unter 3	1 615	4,4	1 507	–	4,1	108
3 – 6	1 043	2,9	979	–	2,7	64
6 – 9	902	2,5	847	0,1	2,2	55
9 – 12	1 284	3,5	1 229	0,6	2,8	55
12 – 14	2 671	7,3	2 623	2,5	4,8	48
14 – 16	6 217	17,1	6 139	6,6	10,3	78
16 – 18	5 231	14,4	5 192	6,4	7,9	39
Zusammen	18 963	52,2	18 516	16,2	34,8	447
Staatsangehörigkeit						
Deutsch	15 441	42,5	15 050	12,9	28,5	391
Nicht deutsch	3 522	9,7	3 466	3,3	6,2	56

Eine vorläufige Schutzmaßnahme ist eine kurzfristige Maßnahme der Jugendämter zum Schutz von Kindern und Jugendlichen in einer akuten, sie gefährdenden Situation. Minderjährige werden auf eigenen Wunsch oder auf Initiative anderer (etwa der Polizei oder von Erzieherinnen und Erziehern) in Obhut genommen und – meist für Stunden oder einige Tage – in einer geeigneten Einrichtung untergebracht, etwa in einem Heim.

Ergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken.

8.4 Sozialleistungen

8.4.16 Einrichtungen und tätige Personen in der Kinder- und Jugendhilfe am 31.12.2010

	Einrichtungen			Pädagogisches und Verwaltungspersonal		
	insgesamt	öffentlicher Träger	freier Träger	insgesamt	männlich	weiblich
	Anzahl	%		Anzahl	%	
Insgesamt	32 676	23,8	76,2	195 112	29,9	70,1
Einrichtung der stationären Erziehungshilfe mit mehreren Gruppen im Schichtdienst auf einem Heimgelände (Stammhaus)	1 329	3,6	96,4	24 861	30,5	69,5
Einrichtung der stationären Erziehungshilfe mit mehreren Gruppen in Lebensgemeinschaftsform auf einem Heimgelände	150	2,0	98,0	3 119	28,2	71,8
Ausgelagerte Gruppe mit organisatorischer Anbindung an das Stammhaus im Schichtdienst	1 400	3,6	96,4	12 351	31,8	68,2
Ausgelagerte Gruppe mit organisatorischer Anbindung an das Stammhaus in Lebensgemeinschaftsform	435	3,7	96,3	2 260	30,0	70,0
Betreute Wohnform mit oder ohne Anbindung an das Stammhaus ..	1 072	6,7	93,3	5 984	32,1	67,9
Erziehungsstelle gemäß § 34 SGB VIII	721	3,2	96,8	2 533	24,4	75,6
Wochengruppe (ohne Wochenendunterbringung)	81	3,7	96,3	505	32,3	67,7
Tagesgruppe gemäß § 32 SGB VIII	1 092	4,5	95,5	6 590	29,6	70,4
Einrichtung/Abteilung/Gruppe für gesicherte/geschlossene Unterbringung auf der Grundlage einer richterlichen Entscheidung	14	–	100,0	267	53,9	46,1
Einrichtung/Abteilung/Gruppe für vorläufige Schutzmaßnahmen gemäß § 42 SGB VIII	177	15,8	84,2	1 622	26,1	73,9
Kleinsteinrichtung der stationären Erziehungshilfe	907	2,9	97,1	4 685	31,2	68,8
Einrichtung für integrierte Hilfen (z.B. Jugendhilfestationen oder Jugendhilfezentren)	289	4,8	95,2	2 963	29,7	70,3
Internat, das junge Menschen gemäß §§ 34, 41 SGB VIII aufnimmt ..	78	1,3	98,7	1 188	37,9	62,1
Großpflegestelle	–	–	–	–	–	–
Gemeinsame Wohnform für Mütter/Väter und Kinder	329	4,6	95,4	2 491	8,8	91,2
Einrichtung der Frühförderung	76	5,3	94,7	757	9,0	91,0
Einrichtung über Tag und Nacht für junge Menschen mit Behinderung ..	275	1,5	98,5	7 776	21,9	78,1
Tageseinrichtung/Tageseheim für junge Menschen mit Behinderung ..	149	3,4	96,6	3 842	16,3	83,7
Einrichtung des Jugendwohnens im Rahmen der Jugendsozialarbeit gemäß § 13 Abs. 3 SGB VIII	210	11,0	89,0	1 450	38,8	61,2
Jugendmigrationsdienst	203	1,0	99,0	653	27,4	72,6
Einrichtung der schulischen und berufsbezogenen Jugendsozialarbeit gemäß § 13 Abs. 1 und 2 SGB VIII	697	15,9	84,1	3 577	38,7	61,3
Kur-, Genesungs- und Erholungseinrichtung für junge Menschen	11	–	100,0	131	19,1	80,9
Jugendherberge, Jugendgästehaus, Jugendübernachtungshaus	771	5,3	94,7	1 841	38,7	61,3
Jugendtagungsstätte, Jugendbildungsstätte	269	6,3	93,7	1 107	36,8	63,2
Jugendzentrum, -freizeitheim, Haus der offenen Tür	7 661	40,1	59,9	22 295	42,0	58,0
Jugendräume/Jugendheim ohne hauptamtliches Personal	5 311	35,6	64,4	559	42,9	57,1
Einrichtung oder Initiative der mobilen Jugendarbeit	1 017	30,2	69,8	3 331	40,6	59,4
Jugendkunstschule, kulturpädagogische und kulturelle Einrichtung für junge Menschen	330	20,9	79,1	3 441	40,2	59,8
Einrichtung der Stadtranderholung	129	19,4	80,6	164	34,1	65,9
Kinder- und Jugendferienstätte/Kinder- und Jugenderholungsstätte ..	191	11,0	89,0	310	29,0	71,0
Familienferienstätte	86	5,8	94,2	159	33,3	66,7
Pädagogisch betreuter Spielplatz/Spielhaus/Abenteuerspielplatz ..	334	39,8	60,2	1 250	37,4	62,6
Jugendzeltplatz	271	49,1	50,9	78	50,0	50,0
Erziehungs- und Familienberatungsstelle	1 765	23,5	76,5	11 919	24,7	75,3
Ehe- und Lebensberatungsstelle	221	1,8	98,2	1 123	21,7	78,3
Jugendberatungsstelle gemäß § 11 SGB VIII	430	14,2	85,8	1 431	30,2	69,8
Drogen- und Suchtberatungsstelle	292	6,5	93,5	1 702	33,1	66,9
Einrichtung der Mitarbeiterinnenfortbildung/Mitarbeiterfortbildung ..	72	5,6	94,4	387	29,7	70,3
Einrichtung der Eltern- und Familienbildung	373	5,9	94,1	1 797	9,6	90,4
Zusammen	29 218	23,1	76,9	142 499	31,2	68,8
Gemeinden ohne Jugendamt	334	100,0	–	947	36,2	63,8
Jugendämter	658	100,0	–	34 797	24,3	75,7
Landesjugendämter	10	100,0	–	513	32,6	67,4
Oberste Landesjugendbehörde(n)	14	100,0	–	451	27,3	72,7
Zusammen	1 016	100,0	–	36 708	24,7	75,3
Geschäftsstelle eines Trägers der freien Jugendhilfe	2 099	–	100,0	15 085	29,3	70,7
Arbeitsgemeinschaft und sonstiger Zusammenschluss von Trägern der Jugendhilfe	343	4,7	95,3	820	33,9	66,1

Ergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken. – Ohne Tageseinrichtungen für Kinder.

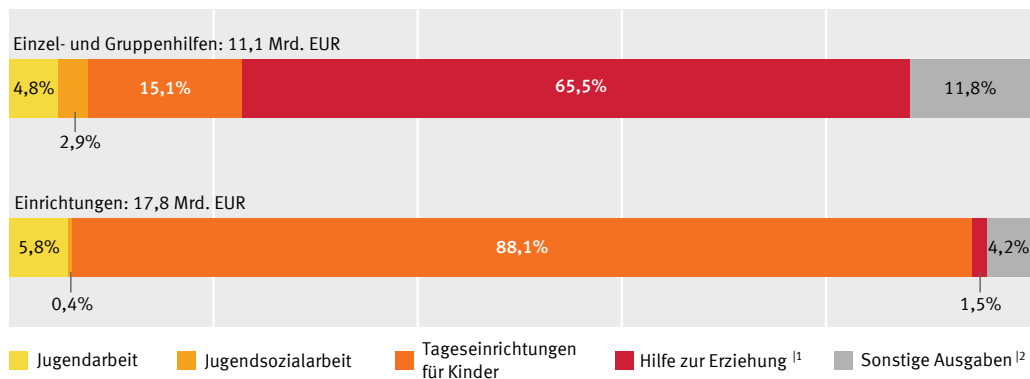
8.4 Sozialleistungen

8.4.17 Ausgaben und Einnahmen der Träger der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe 2010

	Insgesamt	Einzel- und Gruppenhilfen	Einrichtungen
	1 000 EUR		
Jugendarbeit	1 565 078	528 923	1 036 155
Jugendsozialarbeit	391 302	319 384	71 918
Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz, Förderung der Erziehung in der Familie	439 673	394 205	43 223
Unterbringung von Müttern oder Vätern mit ihrem(n) Kind(ern)	171 408	169 164	2 245
Kindertagesbetreuung	17 835 926	2 115 777	15 720 148
Hilfe zur Erziehung, Hilfe für junge Volljährige, Inobhutnahme und Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche	7 512 224	7 242 988	269 236
Mitarbeiterfortbildung	24 921	9 306	15 615
Sonstige Ausgaben	786 169	444 645	341 524
Ausgaben zusammen	28 555 293	11 055 229	17 500 064
Personalausgaben der Jugendhilfeverwaltung	337 761	-	337 761
Ausgaben insgesamt	28 893 054	11 055 229	17 837 825
davon:			
Öffentliche Träger	18 455 578	10 145 781	8 309 797
Förderung von freien Trägern	10 437 476	909 448	9 528 028
Einnahmen insgesamt	2 616 268	791 689	1 824 579
Reine Ausgaben insgesamt	26 276 786	10 263 541	16 013 245

Ergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken.

Ausgaben für Kinder- und Jugendhilfe 2010



Ergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken.

1 Einschl. Hilfe für junge Volljährige, Inobhutnahme und Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche sowie Personalausgaben.

2 Einschl. allgemeine Förderung der Familie, Unterbringung von Müttern oder Vätern mit ihrem(n) Kind(ern),

Mitarbeiterfortbildung sowie Personalausgaben.

Methodik

■ Sozialbudget nach Institutionen

Um einen Gesamtüberblick zu vermitteln, zeigt die Tabelle 8.1 dieses Kapitels die Sozialleistungen der staatlichen Einrichtungen, der öffentlichen Körperschaften und der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber in der Abgrenzung des **Sozialbudgets** der Bundesregierung nach Institutionen sowie nach Leistungs- und Finanzierungsarten. Detaillierte Informationen aus verschiedenen Erhebungen und Geschäftsstatistiken der **Sozialleistungen** runden das Kapitel ab. Da die Zahlen des Sozialbudgets zum Teil definitorisch anders abgegrenzt bzw. bereinigt sind, besteht keine volle Vergleichbarkeit mit den Angaben aus den Statistiken der Sozialleistungen (insbesondere mit den Rechnungsabschlüssen der Sozialleistungsträger) bzw. mit den Ergebnissen der Finanzstatistik im Kapitel 9 dieses Jahrbuchs. Die Definitionen zum Sozialbudget, auch soweit sie die Rechtslage betreffen, beziehen sich auf den Zeitraum bis 2011.

Das „Glossar“ enthält Erläuterungen zur Abgrenzung der einzelnen Sozialleistungen bzw. Institutionen des Sozialbudgets. Damit die einzelnen Bereiche untereinander und mit den umfassenderen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen vergleichbar sind, mussten sie für die Darstellung im Sozialbudget bereinigt werden. So werden z. B. die Sozialleistungen insgesamt bereinigt um die Selbstbeteiligung der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger und um die Beiträge des Staates zur Kranken-, Pflege-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung für Empfängerinnen und Empfänger sozialer Leistungen. Die Beiträge des Staates sind allerdings nach wie vor in den Leistungen der einzelnen Institutionen enthalten. Weiter wird die Krankenversicherung um die Mutterschutzleistungen des Bundes ergänzt, die Sozialhilfe um die zusätzlichen Leistungen der Länder und Gemeinden sowie ab 1994 um die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, die Kinder- und Jugendhilfe um Leistungen nach dem Bundesjugendplan und nach dem Unterhaltsvorschussgesetz. Darlehen finden im Sozialbudget keinen Niederschlag.

Dieses Kapitel enthält – neben den als Bundesstatistiken durchgeführten Erhebungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder – auch Statistiken anderer Stellen, wie Ministerien und der Bundesagentur für Arbeit. Dies geschieht, um einen möglichst umfassenden Überblick über die Sozialleistungen in Deutschland zu geben. Daten, die nicht die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder erheben, sind durch eine Quellenangabe gekennzeichnet.

Im Folgenden werden die Methodiken der Erhebungen dargestellt, die die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder durchführen. Es handelt sich bei diesen Bundesstatistiken um dezentrale Statistiken. Dies bedeutet, dass das Statistische Bundesamt das Erhebungs- und Aufbereitungskonzept entwickelt und Organisation sowie EDV-Technik vorbereitet. Die Statistischen Ämter der Länder führen die Erhebungen durch und bereiten die Daten zu Ergebnissen bis auf Landesebene auf. Aus den Länderergebnissen stellt das Statistische Bundesamt die Bundesergebnisse zusammen und veröffentlicht diese. Die Bundesstatistiken unterliegen umfangreichen Plausibilitätsprüfungen und einer durchgehenden Qualitätskontrolle durch die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Insofern sind die Ergebnisse dieser Erhebungen grundsätzlich von hoher Aussagekraft und Qualität. Ausführliche methodische Erläuterungen sowie fachlich und regional tiefer gegliederte Ergebnisse enthalten die Veröffentlichungen der Fachserie 13 „Sozialleistungen“ (siehe hierzu „Mehr zum Thema“ am Ende dieses Kapitels). Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken finden Sie in unseren „Qualitätsberichten“ (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

■ Versorgungssystem des öffentlichen Dienstes

Die **Versorgungsempfängerstatistik** liefert Daten über die Leistungsberechtigten des öffentlich-rechtlichen Alterssicherungssystems jährlich am 1. Januar. Anspruch auf eine Leistung nach dem Beamten- und Soldatenversorgungsrecht haben Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter sowie Berufssoldatinnen und Berufssoldaten, die wegen des Erreichens einer Altersgrenze, aus Dienstunfähigkeit oder aus sonstigen Gründen (einstweiliger Ruhestand, Vorruhestand) aus dem aktiven Dienst ausgeschieden sind (Empfängerinnen und Empfänger von Ruhegehalt).

Leistungsberechtigt sind des Weiteren Hinterbliebene von verstorbenen aktiven Beamtinnen und Beamten oder von verstorbenen Pensionärinnen und Pensionären (Empfängerinnen und Empfänger von Witwen- und Witwengeld, Waisengeld). Die Versorgung der nach dem Zweiten Weltkrieg nicht übernommenen Beschäftigten des Deutschen Reiches regelt sich nach dem Gesetz zu Artikel 131 Grundgesetz (G131), soweit ein Anspruch auf eine beamtenrechtliche Versorgung besteht.

Zum Bereich des *unmittelbaren öffentlichen Dienstes* gehören aus Sicht des Versorgungssystems neben Bund, Ländern, Gemeinden/Gemeindeverbänden, Zweckverbänden, Bundeseisenbahnvermögen auch die vom Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V. betreuten Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger.

Der *mittelbare öffentliche Dienst* umfasst die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger von rechtlich selbstständigen Einrichtungen des öffentlichen Rechts, von Sozialversicherungsträgern, der Deutschen Bundesbank und der Bundesagentur für Arbeit.

Die Versorgungsempfängerstatistik ist eine wichtige Grundlage für politische Entscheidungen zur Weiterentwicklung des Versorgungsrechts. Sie bildet zusammen mit der Personalstandstatistik die Basis für Berechnungen über die Höhe der bestehenden Versorgungsansparungen und der zukünftigen Versorgungsausgaben. Sie wird für die Ermittlung der Zuweisungssätze zum Versorgungsfonds des Bundes verwendet und dient der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes.

Rechtsgrundlage für die Statistiken der öffentlichen Finanzen und des Personals im öffentlichen Dienst ist das Gesetz über die Statistiken der öffentlichen Finanzen und des Personals im öffentlichen Dienst (Finanz- und Personalstatistikgesetz – FPStatG).

■ Sozialleistungen

Sozialhilfestatistik

Um die Auswirkungen des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII „Sozialhilfe“) beurteilen und das Gesetz fortentwickeln zu können, werden in der amtlichen **Sozialhilfestatistik** verschiedene Erhebungen als Bundesstatistiken durchgeführt. Diese Vollerhebungen liefern Ergebnisse über die Zahl und Struktur der Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger sowie über die mit den Hilfeleistungen nach dem SGB XII verbundenen finanziellen Aufwendungen.

Rechtsgrundlagen der Sozialhilfestatistiken sind die §§ 121–129 des SGB XII. Für sämtliche Erhebungen besteht gemäß § 125 SGB XII eine Auskunftspflicht durch die örtlichen Träger (Sozialämter der kreisfreien Städte bzw. Landkreise) oder die überörtlichen Träger der Sozialhilfe (Länder selbst oder höhere Kommunalbehörden, z. B. Landeswohlfahrtsverbände, Landschaftsverbände oder Bezirke).

Das Statistische Bundesamt veröffentlicht die Bundesergebnisse der Sozialhilfestatistiken in der Regel rund zehn bis zwölf Monate nach Ablauf des Erhebungszeitraumes. Auf Länderebene werden die Daten üblicherweise früher veröffentlicht. Das Berichtssystem der Sozialhilfestatistik hat sich mit Inkrafttreten des SGB XII zum 1.1.2005 grundlegend geändert. Es gliedert sich seitdem in die folgenden Teilerhebungen, die sich jeweils durch unterschiedliche Erhebungsverfahren, Berichtszeiten und Inhalte unterscheiden:

- Statistik der Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt (ohne Kurzzeitempängerinnen und Kurzzeitempänger) nach dem 3. Kapitel SGB XII, jährliche Bestandserhebung zum 31.12. sowie Meldung der Zu- und Abgänge
- Statistik der Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt mit kurzzeitiger Hilfestellung, vierteljährliche Bestandserhebung zum Quartalsende

Methodik

- Statistik der Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem 4. Kapitel des SGB XII, jährliche Bestandserhebung zum 31.12.
- Statistik der Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel des SGB XII (u. a. Eingliederungshilfe für behinderte Menschen, Hilfe zur Pflege, Hilfen zur Gesundheit; bis Ende 2004 wurden diese Leistungen als „Hilfen in besonderen Lebenslagen“ bezeichnet), jährlich für das abgelaufene Kalenderjahr
- Statistik der Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe, jährlich für das abgelaufene Kalenderjahr.

Asylbewerberleistungsstatistik

Um die Auswirkungen des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) beurteilen sowie das Gesetz fortentwickeln zu können, werden auch in der amtlichen **Asylbewerberleistungsstatistik** verschiedene Erhebungen als Bundesstatistiken durchgeführt. Bei diesen Erhebungen handelt es sich um Vollerhebungen. Sie liefern Ergebnisse über die Zahl und Struktur der Empfängerinnen und Empfänger von Asylbewerberleistungen sowie über die mit den Hilfeleistungen nach dem AsylbLG verbundenen finanziellen Aufwendungen.

Rechtsgrundlage der Asylbewerberleistungsstatistik bildet § 12 AsylbLG. Für sämtliche Erhebungen besteht gemäß § 12 Abs. 5 AsylbLG eine Auskunftspflicht durch die Stellen, die für die Durchführung des AsylbLG zuständig sind.

Die Bundesergebnisse der Asylbewerberleistungsstatistiken veröffentlicht das Statistische Bundesamt in der Regel rund neun bis zwölf Monate nach Ablauf des Erhebungszeitraumes. Auf Länderebene werden die Daten üblicherweise früher veröffentlicht.

Im Einzelnen umfasst die amtliche Asylbewerberleistungsstatistik die folgenden Erhebungen, die sich jeweils durch unterschiedliche Berichtszeiten und Inhalte unterscheiden:

- Statistik der Empfängerinnen und Empfänger von Asylbewerberregelleistungen, jährliche Bestandserhebung zum 31.12.
- Statistik der Empfängerinnen und Empfänger von besonderen Asylbewerberleistungen, jährlich für das abgelaufene Kalenderjahr
- Statistik der Ausgaben und Einnahmen für Asylbewerberleistungen, jährlich für das abgelaufene Kalenderjahr.

Kriegsopferfürsorgestatistik

Zweck der **Kriegsopferfürsorgestatistik** ist es, Feststellungen über den Umfang der Leistungen der Kriegsopferfürsorge sowie über den Personenkreis der Leistungsempfängerinnen und -empfänger zu treffen. Bund und Länder benötigen für Planung, Weiterentwicklung und Ausgestaltung des Kriegsopferfürsorgerechts zuverlässige statistische Angaben.

Die Statistik der Kriegsopferfürsorge wird als zweijährliche Vollerhebung durchgeführt. Die Rechtsgrundlage bildet das Gesetz über die Durchführung von Statistiken auf dem Gebiet der Kriegsopferfürsorge.

Die Daten erheben die Statistischen Landesämter bei den örtlichen und überörtlichen Trägern der Kriegsopferfürsorge. Die Deutschlandergebnisse der Erhebung zum Jahresende 2010 lagen im Oktober 2011 vor. Die Ergebnisse der Statistik werden auch für Schätzungen im Rahmen der Gesundheitsausgabenrechnung genutzt.

Kinder- und Jugendhilfestatistik

Um die Auswirkungen des Achten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII „Kinder- und Jugendhilfe“) beurteilen und das Gesetz fortentwickeln zu können, werden seit 1991 in den amtlichen **Kinder- und Jugendhilfestatistiken** verschiedene Erhebungen als Bundesstatistiken durchgeführt. Diese Erhebungen liefern als Totalerhebungen u. a.

Ergebnisse über die Zahl der erzieherischen Hilfen, die Situation der Hilfeempfängerinnen und Hilfeempfänger sowie über die finanziellen Aufwendungen, die mit den Hilfeleistungen nach dem SGB VIII verbunden sind.

Rechtsgrundlagen der Kinder- und Jugendhilfestatistiken sind die §§ 98 bis 103 SGB VIII. Bei allen Erhebungen besteht für die Träger der öffentlichen und der freien Jugendhilfe gemäß § 102 SGB VIII eine Auskunftspflicht, die nach Erhebungen differenziert ist.

Die Bundesergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken liegen in der Regel zwischen sieben bis elf Monate nach Ablauf des Erhebungszeitraumes vor. Auf Länderebene werden die Daten üblicherweise früher veröffentlicht.

Im Einzelnen umfassen die amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistiken folgende Erhebungen, die sich jeweils durch Erhebungsfragen, Berichtszeiträume bzw. Stichprobe unterscheiden:

- Teil I (jährlich): Statistiken der erzieherischen Hilfe, der Eingliederungshilfe für seelisch behinderte junge Menschen, Hilfe für junge Volljährige und anderen Leistungen des Jugendamtes nach den §§ 27 – 35a, 41 – 42 SGB VIII, Erhebung von während des Jahres begonnenen und beendeten Hilfen und Bestandserhebung zum 31.12.
- Teil II (alle vier Jahre, zuletzt 2008): Statistik der mit öffentlichen Mitteln geförderten Maßnahmen der Jugendarbeit
- Teil III.1 (ab 2006, jährlich): Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen
- Teil III.2 (alle vier Jahre, zuletzt 2010): Einrichtungen und tätige Personen in der Kinder- und Jugendhilfe (ohne Einrichtungen der Kindertagesbetreuung)
- Teil III.3 (neu ab 2006, jährlich): Kinder und tätige Personen in öffentlich geförderter Kindertagespflege
- Teil III.4 (ab 2006 bis 2008, jährlich): Plätze in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege
- Teil III.5 (neu ab 2009): Statistik über Personen in Großtagespflegestellen und die dort betreuten Kinder
- Teil IV (jährlich für das abgelaufene Kalenderjahr): Statistik der Ausgaben und Einnahmen der Träger der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe

Die Erhebungsinhalte der vier Teile der Kinder- und Jugendhilfestatistiken sind so aufeinander abgestimmt, dass zusammenhängende Aussagen über einzelne Themenfelder möglich sind, z. B. über die Anzahl der Heimunterbringungen, die Zahl der Einrichtungen für Heimerziehung und das dort tätige Personal sowie die Ausgaben für Heimerziehung.

Grundsicherung für Arbeitsuchende

Mit dem Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt („Hartz IV“) wurde zum 1.1.2005 die vorherige Arbeitslosen- und Sozialhilfe für Erwerbsfähige durch die sogenannte **Grundsicherung für Arbeitsuchende** ersetzt. Diese ist im SGB II geregelt.

Die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende setzen sich zusammen aus dem Arbeitslosengeld II (ALG II) und dem Sozialgeld: ALG II erhalten erwerbsfähige Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln bestreiten können. Als erwerbsfähig gilt dabei, wer unter den Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarkts mindestens drei Stunden pro Tag arbeiten kann. Ihre im Haushalt lebenden nicht erwerbsfähigen Familienangehörigen (vor allem Kinder) erhalten Sozialgeld. Bei der Grundsicherung für Arbeitsuchende handelt es sich um eine steuerfinanzierte Fürsorgeleistung, die sich ausschließlich am Bedarf der Empfängerinnen und Empfänger orientiert und nicht – wie die ehemalige Arbeitslosenhilfe – am letzten Nettolohn. Die Grundlage für die Berechnung der Leistungen nach dem SGB II ist, wie bei der Sozialhilfe, die sogenannte Bedarfsgemeinschaft.

Methodik

Die Höhe der Leistungen orientiert sich am Bedarf der Empfängerinnen und Empfänger. Dabei wird – unter Berücksichtigung der Freibetragsregelungen – das vorhandene Einkommen und Vermögen der gesamten Bedarfsgemeinschaft angerechnet. Die Grundsicherung für Arbeitsuchende umfasst die Regelleistung (Ernährung, Kleidung, Hausrat, Haushaltsenergie sowie in vertretbarem Umfang auch Beziehungen zur Umwelt und eine Teilnahme am kulturellen Leben), Leistungen für Unterkunft, Heizung und Sonderleistungen. Außerdem werden Beiträge zur gesetzlichen Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung abgeführt.

Für die Durchführung der Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II-Statistik) ist nach § 53 SGB II die Bundesagentur für Arbeit (BA) zuständig. Aufgrund der hohen Fallzahlen und der Höhe der damit verbundenen Ausgaben des Bundes sowie der Kommunen stellt die Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende einerseits eine wichtige Datenquelle für die Sozialberichterstattung dar. Andererseits ergänzt sie die Arbeitsmarktstatistik nach dem SGB III hin zu einer umfassenden Arbeitsmarktstatistik für Deutschland und die Regionen. Die SGB II-Statistik ist damit auch Grundlage für die amtliche Arbeitsmarktberichterstattung der BA nach den §§ 280 und 283 SGB III.

Eine detaillierte methodische Beschreibung der Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II finden Sie auf der Homepage der BA unter www.pub.arbeitsagentur.de

Das Projekt „Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik“ zählt alle Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld II sowie von Sozialgeld zu den Bezieherinnen und Beziehern von staatlichen Mindestsicherungsleistungen.

Glossar

Altersgrenze | Die *Regelaltersgrenze* ist der gesetzlich bestimmte Zeitpunkt des Eintritts in den Ruhestand. Die *besondere Altersgrenze* ist eine vorgezogene Regelaltersgrenze. Sie gilt für Personen im Vollzugsdienst, bei der Feuerwehr und Berufssoldatinnen und -soldaten. Die allgemeine Antragsaltersgrenze liegt bei 63 Jahren. Im Falle einer Schwerbehinderung ist ab dem 60. bzw. 62. Lebensjahr ein Antrag auf den vorgezogenen Ruhestand möglich.

Alterssicherung der Landwirte (AdL, Sozialbudget) | Dieses berufsspezifisch ausgerichtete Sondersystem der Alterssicherung soll den landwirtschaftlichen Unternehmern, ihren Familienangehörigen und Hinterbliebenen eine Teilsicherung im Alter und bei verminderter Erwerbsfähigkeit gewährleisten. Zu diesem Zweck gewähren die landwirtschaftlichen Alterskassen als Träger der landwirtschaftlichen Alterssicherung insbesondere Altersrenten, Renten wegen Erwerbsminderung und/oder Witwen-, Witwer- und Waisenrenten. Die AdL erbringt als Leistungen zur Teilhabe medizinische und ergänzende Leistungen zur Rehabilitation. Für die persönlichen und versicherungsrechtlichen Voraussetzungen gelten grundsätzlich die Regelungen der gesetzlichen Rentenversicherung entsprechend. Bei Erbringen einer Leistung zur Rehabilitation, bei Arbeitsunfähigkeit und Schwangerschaft kann zur Aufrechterhaltung des landwirtschaftlichen Unternehmens Betriebs- und Haushaltshilfe gewährt werden. Beitragspflichtig sind selbstständig tätige Land- und Forstwirtinnen bzw. -wirte und ab 1995 deren Ehegatten sowie mitarbeitende Familienangehörige. Für die mitarbeitenden Familienangehörigen zahlt die Unternehmerin oder der Unternehmer einen Beitrag in Höhe der Hälfte des Unternehmerbeitrags. Befreiung ist möglich, z. B. bei regelmäßigem außerlandwirtschaftlichem Einkommen von mehr als 4 800 Euro jährlich. Einkommensschwächere Landwirtinnen und Landwirte erhalten auf Antrag einen Zuschuss zum Beitrag.

Arbeitslosengeld | Arbeitslose erhalten unter bestimmten Voraussetzungen Arbeitslosengeld als Entgeltersatzleistung. Das Arbeitslosengeld ist eine Versicherungsleistung und wird bei Arbeitslosigkeit oder bei beruflicher Weiterbildung gezahlt. Anspruch auf Arbeitslosengeld hat, wer arbeitslos ist, die Anwartschaftszeit erfüllt und sich bei der Agentur für Arbeit persönlich arbeitslos gemeldet hat. Arbeitslosigkeit liegt vor, wenn die Arbeitnehmerin bzw. der Arbeitnehmer beschäftigungslos ist, sich bemüht, seine Beschäftigungslosigkeit zu beenden (Eigenbemühungen) und den Vermittlungsbemühungen der Agentur für Arbeit zur Verfügung steht. Die persönliche Arbeitslosmeldung schließt den Antrag auf Arbeitslosengeld ein. Die Anwartschaftszeit hat in der Regel erfüllt, wer innerhalb der letzten zwei Jahre vor der Arbeitslosmeldung 360 Kalendertage versicherungspflichtig beschäftigt war oder sonstige Versicherungspflichtzeiten zurückgelegt hat oder sich antragspflichtig versichert hatte.

Arbeitslosenversicherung (Sozialbudget) | Die Leistungen daraus können je nach Art der Leistung unterschiedliche Personengruppen in Anspruch nehmen. Arbeitsvermittlung, Berufsberatung und Ausbildungsvermittlung sind für alle Personengruppen zugänglich. Anspruch auf Leistungen nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch (SGB III) sind an besondere Voraussetzungen geknüpft, insbesondere die Zugehörigkeit zur Versicherungsgemeinschaft (in den letzten zwei Jahren mindestens zwölf Monate).

Asylbewerberleistungen | Diese Leistungen werden nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) gewährt, das am 1.11.1993 in Kraft getreten ist. Asylbewerberinnen und Asylbewerber und sonstige nach dem Asylbewerberleistungsgesetz Berechtigte erhalten seitdem bei Bedarf anstelle der Sozialhilfe Leistungen nach dem AsylbLG. Die Leistungsberechtigten erhalten Regelleistungen zur Deckung des notwendigen Bedarfs (Ernährung, Unterkunft, Heizung, Kleidung, Gesundheits- und Körperpflege sowie Gebrauchs- und Verbrauchsgüter des Haushalts). Diese werden entweder in Form von Grundleistungen gewährt (§ 3 AsylbLG) oder in besonderen Fällen in Form von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (§ 2 AsylbLG) analog zu den Leistungen nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII). Daneben erhalten die Asylbewerberinnen und Asylbewerber in speziellen Bedarfssituationen besondere Leistungen, z. B. bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt (§ 4 AsylbLG). Die analoge Anwendung von Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel des SGB XII erfolgt auch in diesem Bereich in besonderen Fällen auf der Grundlage des § 2 AsylbLG. Demnach ist Hilfe bei Krankheit, Hilfe bei Schwangerschaft und Mutterschaft sowie

Hilfe zur Pflege zu gewähren. Die übrigen Hilfen können bewilligt werden, wenn dies im Einzelfall gerechtfertigt ist. Im Sozialbudget werden die Leistungen nach dem SGB XII und AsylbLG weiterhin zusammen in der Institution „Sozialhilfe“ ausgewiesen. Erfasst werden hier auch weitere soziale Hilfen des Bundes und der Länder.

Ausbildungs- und Aufstiegsförderung (Sozialbudget) | Das *Bundesausbildungsförderungsgesetz* (BAFöG) regelt die staatliche Unterstützung für die Ausbildung von Schülerinnen und Schülern sowie Studierenden. Ziel ist es, Kindern aus wirtschaftlich und sozial schlechter gestellten Familien eine Ausbildung zu ermöglichen, die ihrer Neigung, Eignung und Leistung entspricht. Die Leistungen werden regelmäßig auf ihre Angemessenheit hin überprüft und an den Bedarf angepasst. Die letzte deutliche Anhebung der Freibeträge und Bedarfssätze erfolgte durch das 23. BAFöG-Änderungsgesetz, das zum Wintersemester 2010/2011 in Kraft getreten ist. Der aktuelle Höchstförderersatz für Studierende beträgt 670 Euro monatlich. Ausbildungsförderung wird geleistet, wenn der auszubildende Person bzw. ihren unterhaltsverpflichteten Eltern oder ihrer Ehegattin bzw. Ehegatten oder eingetragenen Lebenspartnerin bzw. Lebenspartner keine eigenen Mittel für Ausbildung und Unterhalt zur Verfügung stehen. Einkommen und Vermögen der auszubildenden Person sowie das Einkommen der Eltern und der Ehegattin bzw. des Ehegatten oder der eingetragenen Lebenspartnerin bzw. des Lebenspartners sind anzurechnen (familienabhängige Förderung). Leistungen zur beruflichen Weiterbildung sind im *Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz* (AFBG) geregelt. Mit dem AFBG werden Teilnehmerinnen und Teilnehmer an beruflichen Aufstiegsfortbildungsmaßnahmen finanziell unterstützt, z. B. zur Meisterin oder zum Meister, zur Technikerin oder zum Techniker oder zu vergleichbaren Abschlüssen. Das AFBG dient damit der Gleichstellung der Förderbedingungen in allgemeiner und beruflicher Bildung. Mit dem zum 1.7.2009 in Kraft getretenen Zweiten Gesetz zur Änderung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes wurden die Förderkonditionen des AFBG verbessert und der Förderbereich ausgeweitet. Des Weiteren wurden im Zuge des 23. BAFöG-ÄndG auch im AFBG die Bedarfssätze und Freibeträge erhöht. Die Förderung nach dem AFBG erfolgt zu 78 % durch den Bund und zu 22 % durch die Länder.

Beihilfen (Sozialbudget) | Leistungen des Staates in seiner Funktion als Arbeitgeber nach den Beamtengesetzen als Beihilfen zu den Kosten in Krankheits-, Pflege-, Geburts- und Todesfällen sowie bei Dienstanfällen.

Betriebliche Altersvorsorge (Sozialbudget) | Hierbei handelt es sich klassischerweise um eine freiwillige Leistung der Arbeitgeberin oder des Arbeitgebers. Seit dem 1.1.2002 haben Beschäftigte jedoch grundsätzlich das Recht, Teile ihres Lohnes oder Gehaltes in eine wertgleiche Zusage auf eine betriebliche Altersversorgung umzuwandeln (Entgeltumwandlung). Leistungen der betrieblichen Altersversorgung können von der Arbeitgeberin bzw. dem Arbeitgeber direkt erfolgen – über eine Direktzusage bzw. eine Unterstützungskasse – oder über externe Versorgungsträger erbracht werden (Direktversicherung, Pensionskasse oder Pensionsfonds). Die Förderung erfolgt in unterschiedlicher Art und Weise: über die Steuer- und Beitragsfreiheit der Aufwendungen und – in den externen Durchführungswegen – über Zulagen und zusätzlichen steuerlichen Sonderausgabenabzug (Riester-Förderung).

Dienstunfähigkeit | Sie liegt vor, wenn eine Beamtin oder ein Beamter, eine Richterin oder ein Richter sowie eine Berufssoldatin oder ein Berufssoldat aus gesundheitlichen Gründen dauerhaft nicht in der Lage ist die dienstlichen Pflichten zu erfüllen.

Elterngeld (Sozialbudget) | Es dient zum Ausgleich wegfallenden Erwerbseinkommens für den Elternteil, der das Kind betreut. Das Elterngeld wird seit dem 1.1.2007 nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz gewährt. Es beträgt regelmäßig 67 % des bereinigten Nettoeinkommens vor der Geburt des Kindes, höchstens jedoch 1 800 Euro. Für Eltern mit Einkommen von unter 1 000 Euro vor der Geburt steigt die Ersatzrate schrittweise auf bis 100 %. Eltern, die vor der Geburt ihres Kindes nicht erwerbstätig waren, erhalten mindestens 300 Euro monatlich. Bei Mehrlingsgeburten oder älteren Geschwisterkindern kann sich der zustehende Elterngeldanspruch erhöhen. Elterngeld kann in den ersten 14 Lebensmonaten des Kindes in Anspruch genommen werden. Den Eltern stehen gemeinsam bis zu 14 Monatsbeträge an Elterngeld zu, die für Lebensmonate des Kindes gezahlt

werden. Ein Elternteil kann mindestens für 2 und höchstens für 12 Monate Elterngeld beziehen. Wenn beide Eltern vom Angebot des Elterngeldes Gebrauch machen und für mindestens 2 Monate eine Minderung des Einkommens aus Erwerbstätigkeit erfolgt, haben die Eltern Anspruch auf 2 weitere Monate (Partnermonate) – also maximal 14 Monate. Alleinerziehende können die vollen 14 Monatsbeträge selbst beanspruchen, wenn ihnen Erwerbseinkommen wegfällt. Auf Antrag kann der Auszahlungszeitraum für das Elterngeld auf die doppelte Anzahl der Auszahlungsmonate verlängert werden. Dies führt zu einer Halbierung des pro Lebensmonat zustehenden Betrages.

Ab 1.1.2011 wird das Elterngeld grundsätzlich vollständig als Einkommen auf Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe und beim Kinderzuschlag angerechnet. Etwas anderes gilt für Elterngeldberechtigte, die vor der Geburt ihres Kindes erwerbstätig waren. Sie erhalten einen Elterngeldfreibetrag, der dem Einkommen des elterngeldbeziehenden Elternteils vor der Geburt entspricht, allerdings höchstens 300 Euro beträgt. Zudem entfällt das Elterngeld für Elternpaare, die vor der Geburt des Kindes ein zu versteuerndes Einkommen von mehr als 500 000 Euro haben (für Alleinerziehende ab 250 000 Euro). Bei einem durchschnittlichen Einkommen vor der Geburt von mindestens 1 200 Euro beträgt die Ersatzrate seit diesem Zeitpunkt 65 % statt bisher 67 %.

Entgeltfortzahlung (Sozialbudget) | Dazu zählen Leistungen der öffentlichen und privaten Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber aufgrund rechtlicher Verpflichtungen im Falle der Arbeitsunfähigkeit durch Krankheit, bei Mutterschaft und Heilverfahren. Erfasst werden hier im Sozialbudget auch die freiwilligen Leistungen der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sowie ihr Zuschuss zum Mutterschaftsgeld nach dem Mutterschutzgesetz.

Familienzuschläge (Sozialbudget) | Zuschläge für Ehegatten und Kinder, die den aktiven oder ehemaligen Bediensteten nach den Beamtengesetzen gezahlt werden.

Gebietskörperschaften | Dazu zählen Bund, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände einschließlich der Zweckverbände.

Gesetzliche Krankenversicherung (Sozialbudget) | *Pflichtmitglieder* der gesetzlichen Krankenversicherung sind insbesondere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, deren Arbeitsentgelt zwischen der Geringfügigkeitsgrenze und der jeweils maßgeblichen Versicherungspflichtgrenze liegt. Des Weiteren zählen dazu Auszubildende, Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld oder – unter bestimmten Voraussetzungen – Arbeitslosengeld II, Studierende (grundsätzlich bis zum Abschluss des 14. Fachsemesters und bis zur Vollendung des 30. Lebensjahres), Bezieherinnen und Bezieher einer Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung (wenn sie seit der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit bis zur Stellung des Rentenanspruchs mindestens 9/10 der zweiten Hälfte des Zeitraums gesetzlich krankenversichert waren), behinderte Menschen, die in anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen beschäftigt sind, Landwirtinnen und Landwirte, ihre mitarbeitenden Familienangehörigen und Altenteilerinnen und Altenteiler sowie Künstlerinnen und Künstler und Publizistinnen und Publizisten, sofern sie die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllen. Darüber hinaus besteht unter bestimmten Voraussetzungen eine nachrangige Versicherungspflicht für Personen, die keinen anderweitigen Anspruch auf Absicherung im Krankheitsfall haben.

Beiträge aus Arbeitsentgelt bzw. aus Renten der gesetzlichen Rentenversicherung werden – mit Ausnahme des mitgliederbezogenen Beitragssatzanteils in Höhe von 0,9 % – je zur Hälfte von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und von ihren Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern bzw. von den pflichtversicherten Rentnerinnen und Rentnern und den zuständigen Rentenversicherungsträgern getragen.

Die *freiwillige Mitgliedschaft* in der gesetzlichen Krankenversicherung ist grundsätzlich als Weiterversicherung nach Ende eines Tatbestandes der Versicherungspflicht ausgestaltet. Beitragsfrei familienversichert sind die Ehegattin oder der Ehegatte, die eingetragene Lebenspartnerin oder der Lebenspartner und die Kinder von Mitgliedern und familienversicherten Kindern unter bestimmten Voraussetzungen.

Hierzu gehört insbesondere, dass das Gesamteinkommen 365 Euro monatlich nicht übersteigt, bei Ausübung einer geringfügigen Beschäftigung 400 Euro monatlich. Die gesetzliche Krankenversicherung erbringt Leistungen für die Versicherten. Diese umfassenden Leistungen werden überwiegend als Sachleistung gewährt. In Form von Geldleistungen werden Krankengeld und Mutterschaftsgeld gezahlt – als Ersatz für Verdienstausschluss für die Zeit von sechs Wochen vor bis acht bzw. zwölf Wochen nach der Entbindung. Außerdem gehören Maßnahmen zur Früherkennung von Krankheiten und zu ihrer Verhütung zum Leistungskatalog.

Gesetzliche Rentenversicherung (Sozialbudget) | Pflichtversichert sind alle Personen, die gegen Arbeitsentgelt oder zu ihrer Berufsausbildung einer Beschäftigung nachgehen. Zu den Pflichtversicherten gehören auch bestimmte Selbstständige (z. B. Handwerkerinnen und Handwerker, Hebammen und Entbindungspfleger). Die Versicherungspflicht besteht unabhängig von der Höhe des Einkommens. Personen, die nicht versicherungspflichtig sind, haben grundsätzlich die Möglichkeit, sich freiwillig zu versichern. Die Beiträge für Pflichtversicherte werden entsprechend dem jeweils geltenden Beitragssatz bis zu einer Beitragsbemessungsgrenze grundsätzlich je zur Hälfte von der Arbeitnehmerin bzw. dem Arbeitnehmer und der Arbeitgeberin bzw. dem Arbeitgeber getragen. Sonderregelungen gelten in der knappschaftlichen Rentenversicherung.

Die Rentenversicherung erbringt Leistungen bei Gefährdung oder Minderung der Erwerbsfähigkeit, im Alter sowie bei Tod der bzw. des Versicherten. Sie zahlt bei verminderter Erwerbsfähigkeit und im Alter Renten an die Versicherten. Bei Tod der oder des Versicherten sind den Hinterbliebenen Witwen- oder Witwerrenten und Waisenrenten zu zahlen. Die Rentenversicherung erbringt ferner Leistungen zur Teilhabe. Das sind Leistungen zur medizinischen Rehabilitation, Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben sowie ergänzende Leistungen.

Gesetzliche Unfallversicherung (Sozialbudget) | Versichert sind nach dem Siebten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VII) Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Auszubildende. Eine Ausnahme bilden Beamtinnen und Beamte. Darüber hinaus sind weitere Personengruppen versichert, so bestimmte Selbstständige (z. B. Landwirtinnen und Landwirte), Kinder, die in Kindertageseinrichtungen oder durch geeignete Tagespflegepersonen betreut werden, Schülerinnen und Schüler und Studierende sowie bestimmte ehrenamtlich tätige Personen. Für andere Personen besteht die Möglichkeit der freiwilligen Versicherung, z. B. für Unternehmerinnen und Unternehmer, die nicht bereits kraft Gesetzes oder Satzung versichert sind.

Die gesetzliche Unfallversicherung hat die Aufgabe, mit allen geeigneten Mitteln Versicherungsfälle (Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten) und arbeitsbedingte Gesundheitsgefahren zu verhüten, nach Eintritt eines Versicherungsfalles die Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Versicherten wiederherzustellen sowie Versicherte bzw. Hinterbliebene durch Geldleistungen zu entschädigen. Die Leistungen umfassen insbesondere Heilbehandlungsmaßnahmen, medizinische Rehabilitation, Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben, Geldleistungen an Versicherte (z. B. Verletzengeld während der Zeit der Arbeitsunfähigkeit, Übergangsgeld während der Durchführung von Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben oder Rentenleistungen) sowie Geldleistungen an Hinterbliebene (z. B. Witwen-/Witwerrenten). Die Beiträge für die Versicherten trägt allein die Unternehmerin bzw. der Unternehmer.

Grundsicherung für Arbeitsuchende (Sozialbudget) | Seit dem 1.1.2005 werden nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) Leistungen daraus an erwerbsfähige Leistungsberechtigte erbracht. Die Grundsicherung für Arbeitsuchende ist ein steuerfinanziertes Fürsorgesystem, das für erwerbsfähige Leistungsberechtigte vorrangig Leistungen zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt zur Verfügung stellt. Daneben haben erwerbsfähige Leistungsberechtigte, die trotz intensiver Bemühungen keinen Arbeitsplatz finden können oder mit ihrer Erwerbstätigkeit ein nicht bedarfsdeckendes Einkommen erzielen, Anspruch auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts als Arbeitslosengeld II. Dieses ist auch als ergänzende (aufstockende) Leistung zum Einkommen zu gewähren.

Die Grundsicherung für Arbeitsuchende verfolgt einen haushaltsbezogenen Ansatz. Das bedeutet, dass neben der erwerbsfähigen leistungsberechtigten Person auch diejenigen Personen bei Hilfebedürftigkeit Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts erhalten, die mit ihr in einer Bedarfsgemeinschaft leben – entweder als Arbeitslosengeld II oder als Sozialgeld. Allerdings heißt das auch, dass wechselseitig Einkommen und Vermögen unter Berücksichtigung von Freibeträgen und Schonvermögen für die Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft zur Deckung des Lebensunterhalts einzusetzen ist.

Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung | Die Leistung wurde durch das Grundsicherungsgesetz (GSiG) eingeführt, das zum 1.1.2003 in Kraft getreten ist. Mit der Reform der Sozialhilfe, die zum 1.1.2005 in Kraft getreten ist, wurde das GSiG als 4. Kapitel in das Zwölfte Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII „Sozialhilfe“) eingeordnet. Seit diesem Zeitpunkt ist die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung Bestandteil des Sozialhilferechts (siehe hierzu auch die Ausführungen zum Stichwort „Sozialhilfe“ im „Glossar“ sowie zur „Sozialhilfestatistik“ in der „Methodik“). Nach dem 4. Kapitel des SGB XII haben Personen ab 65 Jahren sowie dauerhaft voll erwerbsgeminderte Personen ab 18 Jahren mit gewöhnlichem Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland bei Hilfebedürftigkeit einen Anspruch auf Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Die Leistungen entsprechen denen bei der Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen (3. Kapitel SGB XII). Einkommen wird – wie bei der Hilfe zum Lebensunterhalt – angerechnet, z. B. Rentenbezüge oder Vermögen von Leistungsberechtigten, nicht getrennt lebender Ehegatten oder Lebenspartnerinnen und Lebenspartner sowie Partnerinnen und Partner einer eheähnlichen Gemeinschaft. Allerdings wird gegenüber unterhaltsverpflichteten Kindern bzw. Eltern mit einem Jahreseinkommen unterhalb von 100 000 Euro kein Unterhaltsrückgriff vorgenommen. Der Verzicht auf den Unterhaltsrückgriff soll die sogenannte „verschämte Armut“ verhindern. Vor allem ältere Menschen machten vor Einführung der Grundsicherung bestehende Ansprüche auf Hilfe zum Lebensunterhalt oftmals nicht geltend, weil sie den Rückgriff des Sozialamts auf ihre unterhaltspflichtigen Kinder fürchteten.

Kinder- und Jugendhilfe (Sozialbudget) | Am 1.1.1991 trat das neue Kinder- und Jugendhilferecht als Achte Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) im früheren Bundesgebiet in Kraft. In den neuen Bundesländern erlangte es bereits mit dem Beitritt am 3.10.1990 seine Geltung. Zentraler Regelungsgegenstand des Gesetzes ist ein breit gefächertes Leistungsspektrum. Es sieht sowohl allgemeine Förderangebote für junge Menschen und für die Familie insgesamt vor als auch individuelle Leistungen für Kinder, Jugendliche und ihre Eltern sowie junge Volljährige in unterschiedlichen Lebenslagen und unterschiedlichen Erziehungssituationen. Um die Auswirkungen der Bestimmungen des SGB VIII beurteilen zu können, werden gemäß §§ 98ff. SGB VIII mehrere Bundesstatistiken durchgeführt. Die mögliche Palette der Aussagen reicht von der Anzahl der genehmigten Plätze in Kindertageseinrichtungen über Aussagen zur Umsetzung von Erziehungshilfen bis hin zu differenzierten Daten zu den öffentlichen Ausgaben für die Kinder- und Jugendhilfe nach einzelnen Leistungsbereichen. Dabei beschränken sich die möglichen Aussagen nicht nur auf die Anzahl der geleisteten Hilfen, sondern können sich auch auf die Hilfeempfängerinnen und Hilfeempfänger, ihre Lebenssituation und die Durchführung einer Hilfe beziehen. Ein wichtiger Bereich sind die Hilfen zur Erziehung (§§ 27 bis 35 SGB VIII). Sie reichen von Erziehungsberatung, sozialer Gruppenarbeit und Betreuung einzelner junger Menschen (Erziehungsbeistand, Betreuungshelferinnen und Betreuungshelfer) über sozialpädagogische Familienhilfe, Erziehung in einer Tagesgruppe, Vollzeitpflege in einer anderen Familie sowie Heimerziehung und sonstige betreute Wohnform bis zu intensiver sozialpädagogischer Einzelbetreuung. Die erzieherischen Hilfen einschließlich der Hilfe für junge Volljährige und die Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche erfasst die Kinder- und Jugendhilfestatistik am umfangreichsten. Hierzu werden die Erhebungsmerkmale jährlich erhoben, die seit 2007 für alle Hilfearten gleich sind. Auch die Erhebungen zu *Adoptionen*, *Amtsvormundschaften*, *Amtpflegschaften* und *Beistandschaften*, *Pflegeerlaubnis*, *Vaterschaftsfeststellungen* sowie *Sorgerechtsentziehungen* werden jährlich durchgeführt. Seit 2007 werden auch die Eingliederungshilfen für junge Menschen mit (drohender) seelischer Behinderung (§ 35a SGB VIII) jährlich statistisch erfasst. Ab dem 1.1.2012 findet ergänzend die Erhebung zum Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung nach § 8a SGB VIII statt.

Ausgewählte, mit öffentlichen Mitteln geförderte *Maßnahmen der Kinder- und Jugendarbeit* (§ 11 SGB VIII) werden alle vier Jahre statistisch erfasst. Anstelle der bisher vierjährlich erhobenen Statistik zur Anzahl der Kindertageseinrichtungen, der dort tätigen Personen und der verfügbaren Plätze wurden erstmals zum 15.3.2006 Daten zu den neuen Statistiken „Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen“, „Kinder und tätige Personen in öffentlich geförderter Kindertagespflege“ und ab 2009 „Personen in Großtagespflegestellen und die dort betreuten Kinder“ erhoben. Um die Erhebung zu vereinfachen, ist der Stichtag seit 2009 der 1. März. Diese Statistiken finden seitdem jährlich statt. Weiterhin vierjährlich erfasst – zuletzt am 31.12.2010 – werden die *übrigen Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe*, z. B. Einrichtungen der Heimerziehung, Jugendzentren, Jugendkunst- und -musikschulen und Jugendzeltplätze, Beratungsstellen und Jugendämter. Die Erhebungen hierzu liefern Informationen zu Trägerstrukturen, Einrichtungsgrößen und den darin tätigen Personen.

Die *Ausgaben der öffentlichen Träger der Jugendhilfe* werden jährlich einschließlich der Fördermittel für freie Träger erfasst. Sie geben einen Überblick über den (finanziellen) Stellenwert dieser Leistungen für die nachwachsenden Generationen. Im Sozialbudget werden zu diesen Ausgaben der öffentlichen Träger für Jugendhilfe noch die Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz einbezogen (zur Jugendhilfestatistik siehe auch „Methodik“).

Kindergeld und Familienleistungsausgleich (Sozialbudget) | Sie zeigen die im Rahmen des Familienleistungsausgleichs insgesamt durch Kinderfreibeträge oder Kindergeld bewirkte steuerliche Entlastung und gewährte Familienförderung sowie die Leistungen nach dem Bundeskindergeldgesetz. Durch den mit Wirkung ab 1996 eingeführten Familienleistungsausgleich sind Einkommensteuer- und Kindergeldrecht vereinheitlicht worden. Seither kommt für jedes Kind der Kinderfreibetrag als Steuerfreistellung des Existenzminimums eines Kindes zur Anwendung oder das Kindergeld, das als Steuervergütung im laufenden Kalenderjahr gewährt wird. Durch die einkommensabhängige Leistungsgewährung fördert das Kindergeld Familien mit geringem Einkommen und mehreren Kindern. Das Kindergeld betrug von 2002 bis 2008 für das erste, zweite und dritte Kind jeweils 154 Euro und für das vierte und jedes weitere Kind jeweils 179 Euro. Ab 2009 beträgt es für das erste und zweite Kind jeweils 164 Euro, für das dritte Kind 170 Euro und für das vierte und jedes weitere Kind jeweils 195 Euro. Ab 2010 beträgt das Kindergeld für das erste und zweite Kind jeweils 184 Euro, für das dritte Kind 190 Euro und für das vierte und jedes weitere Kind jeweils 215 Euro.

Kurzarbeiterinnen und Kurzarbeiter | Beschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, bei denen wegen eines unvermeidbaren vorübergehenden Arbeitsausfalls mehr als 10 % der betriebsüblichen Arbeitszeit ausfallen und die Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben (§§ 169 ff. SGB III).

Lastenausgleich (Sozialbudget) | Er umfasst Leistungen zum Ausgleich von Schäden und Verlusten, die sich infolge der Vertreibungen und Zerstörungen in der Kriegs- und Nachkriegszeit und infolge der Neuordnung des Geldwesens in der Währungsreform 1948 nach dem Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit ergeben haben: Ausgleichsleistungen für Vertreibungsschäden, Kriegssachschäden, Ostschäden, Sparerschäden und Schäden in der ehemaligen DDR. Sie wurden gewährt als Leistungen mit Rechtsanspruch (u. a. Hauptentschädigung, Kriegsschadenrente, Hausratentschädigung, Entschädigung für Sparguthaben) oder als Leistungen ohne Rechtsanspruch (hauptsächlich Eingliederungs- und Aufbaudarlehen). Weitere Leistungen wurden nach dem Flüchtlingshilfegesetz und dem Reparationsschädengesetz erbracht. Die Leistungsgewährung beschränkte sich auf das frühere Bundesgebiet. Infolge Fristablaufs ist heute eine Leistungsgewährung nicht mehr möglich. Bei Ausgleich der festgestellten Schäden, z. B. durch Vermögensrückgaben in den neuen Ländern, fordert die Ausgleichsverwaltung – seit dem 1.1.2010 auch das Bundesausgleichsamt – Lastenausgleich von den Lastenausgleichsempfängerinnen und -empfängern oder ihren Erben zurück.

Mindestsicherungsquote | Sie stellt den Anteil der Empfängerinnen und Empfänger von Mindestsicherungsleistungen an der Gesamtbevölkerung dar. Transferleistungen der sozialen Mindestsicherungssysteme werden als finanzielle Hilfen des Staates zur Sicherung des laufenden Lebensunterhalts an leistungsberechtigte Personen ausgezahlt. Leistungsberechtigt ist, wer seinen grundlegenden Lebensunterhalt aufgrund von besonderen Lebensumständen nicht aus eigenen Mitteln decken kann. Zu den Leistungen der Mindestsicherung zählen die folgenden Hilfen:

- Arbeitslosengeld II und Sozialgeld nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II „Grundsicherung für Arbeitsuchende“),
- Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen im Rahmen der „Sozialhilfe“ nach dem SGB XII,
- Laufende Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung im Rahmen der „Sozialhilfe“ nach dem SGB XII,
- Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG),
- Leistungen der Kriegspopferfürsorge nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG).

Mittelbarer öffentlicher Dienst | Dazu zählt die Bundesagentur für Arbeit, die Deutsche Bundesbank, Sozialversicherungsträger sowie rechtlich selbstständige Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform unter Aufsicht des Bundes, der Länder und Gemeinden.

Pensionen (Sozialbudget) | Das sind Ruhegehälter sowie Witwen-, Witwer- und Waisengelder, die Gebietskörperschaften, ihre Wirtschaftsunternehmen und sonstige öffentlich-rechtliche Körperschaften aufgrund von beamtenrechtlichen Vorschriften zahlen. Erfasst werden auch die Leistungen an Bundesbeamten und Bundesbeamtinnen bei den privatisierten Wirtschaftsunternehmen Bahn und Post, Beschäftigte der Sozialversicherungsträger sowie Empfängerinnen und Empfänger einer Versorgung nach dem Gesetz zu Artikel 131 Grundgesetz.

Pflegeversicherung (Sozialbudget) | Träger der sozialen Pflegeversicherung sind die Pflegekassen. Der versicherte Personenkreis der sozialen Pflegeversicherung umfasst die in der gesetzlichen Krankenversicherung Versicherten (Pflichtmitglieder, freiwillige Mitglieder, Familienversicherte). Leistungsberechtigt sind Personen, die wegen einer Krankheit oder einer Behinderung für die gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen im Ablauf des täglichen Lebens auf Dauer in erheblichem Maße der Hilfe bedürfen. Die pflegebedürftigen Menschen werden nach dem Umfang des Hilfebedarfs in drei Pflegestufen unterteilt. Die Leistungen der Pflegeversicherung richten sich danach, ob ambulante, teilstationäre oder stationäre Pflege erforderlich ist. Bei teilstationärer und stationärer Pflege gewähren die Pflegekassen Pflegeschleleistungen, bei ambulanter Pflege hat die bzw. der Pflegebedürftige die Wahl zwischen Pflegeschleleistungen (Einsätze zugelassener ambulanter Dienste), dem Pflegegeld oder der anteiligen Kombination beider Leistungsarten. Für die häuslichen Pflegepersonen werden unter gewissen Voraussetzungen Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung entrichtet. Die Leistungen für die ambulante Pflege gibt es seit 1.4.1995, für stationäre Pflege seit 1.7.1996. Sie werden überwiegend durch Beiträge der Arbeitnehmerinnen bzw. Arbeitnehmer und der Arbeitgeberinnen bzw. Arbeitgeber je zur Hälfte finanziert (außer Sachsen). Die Belastung der Arbeitskosten wird für die Arbeitgeberin bzw. den Arbeitgeber durch den Wegfall eines Feiertages kompensiert (außer Sachsen).

Seit April 2002 wurde mit dem Pflegeleistungs-Ergänzungsgesetz die Situation pflegebedürftiger Menschen mit besonderem Betreuungsbedarf verbessert und Initiativen zum Aufbau von sogenannten niedrigschwelligen Betreuungsangeboten angestoßen – insbesondere für die Betreuung zu Hause versorgter dementer Menschen.

Seit dem 1.7.2008 beträgt der Beitragssatz 1,95% (für Kinderlose 2,2%). Erstmals können seither auch Pflegebedürftige der sogenannten Pflegestufe 0 Betreuungsleistungen aus Mitteln der Pflegeversicherung erhalten. Neben sonstigen Leistungsverbesserungen wurde zur sozialen Flankierung der Pflegezeit ein Anspruch auf Zuschüsse zur Kranken- und Pflegeversicherung eingeführt sowie die Zahlung von Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung für pflegende Angehörige.

Private Altersvorsorge (Sozialbudget) | Seit 2002 besteht die Möglichkeit einer staatlichen Förderung für eine zusätzliche kapitalgedeckte private Altersvorsorge zur Ergänzung der gesetzlichen Rente. Der Personenkreis umfasst alle Pflichtmitglieder der gesetzlichen Rentenversicherung und der Alterssicherung der Landwirte sowie Beamtinnen und Beamte und Empfängerinnen und Empfänger von Amtsbezügen. In den begünstigten Personenkreis aufgenommen wurden 2008 auch Bezieherinnen und Bezieher einer Rente wegen voller Erwerbsminderung oder Erwerbsunfähigkeit oder einer Versorgung wegen vollständiger Dienstunfähigkeit. Die Förderung erfolgt über Zulagen und zusätzlichen steuerlichen Sonderausgabenabzug. Der Aufbau einer solchen Eigenvorsorge ist freiwillig. Die Gesamtsparleistung (Mindesteigenbeitrag plus Zulage) ist gestiegen von 1% in 2002/2003 (über 2% in 2004/2005 und 3% in 2006/2007) bis zum Jahr 2008 auf maximal 4% des in der Rentenversicherung beitragspflichtigen Vorjahreseinkommens bzw. der bezogenen Besoldung oder Amtsbezüge des Vorjahres, begrenzt auf die für den Sonderausgabenabzug zu berücksichtigenden Höchstbeträge.

Private Krankenversicherung (Sozialbudget) | Ab dem Jahr 2009 ist die Berücksichtigung der Grundleistungen der privaten Krankenversicherung im Sozialbudget erforderlich. Dies ist eine Folge der Gesundheitsreform 2007 mit einer Krankenversicherungspflicht für alle und der Einführung eines Basisarifs ohne Gesundheitsprüfung mit Beitragsbegrenzung in der privaten Krankenversicherung. Die Änderung erfolgt gemäß den europäischen Vorschriften (Verordnung (EG) Nr. 10/2008 der Kommission zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 458/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Europäische System integrierter Sozialschutzstatistiken (ESSOSS)). Sie entspricht im Übrigen auch der Vorgehensweise in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Statistischen Bundesamtes. Mit dem Sozialbudget 2010 wurde daher die private Krankenversicherung als neue Institution aufgenommen.

Ruhegehalt | Bezüge pensionierter Beamtinnen und Beamter, Richterinnen und Richter und Berufssoldatinnen und Berufssoldaten.

Sonstige Arbeitgeberleistungen (Sozialbudget) | Beihilfen im Krankheitsfall, freiwillige Familienzulagen und Wohnungsbeihilfen der privaten Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber.

Sonstige Entschädigungen (Sozialbudget) | Dazu zählen Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz für Wehr- und Zivildienstleistende und ihre Angehörigen, ferner einmalige Unterstützungen und Eingliederungshilfen nach dem Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz, dem Häftlingshilfegesetz (auch an Aussiedlerinnen und Aussiedler) und dem Allgemeinen Kriegsfolgenrechtsgesetz.

Soziales Entschädigungsrecht (Sozialbudget) | Es umfasst Leistungen für Kriegsoffer nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) und für Berechtigte nach den Gesetzen, die eine entsprechende Anwendung des BVG vorsehen (z. B. Gewaltopfer, Wehrdienstbeschädigte, Zivildienstbeschädigte, Opfer staatlichen Unrechts in der DDR und Impfgeschädigte sowie deren Hinterbliebene). Die Leistungen bemessen sich nach Umfang und Schwere der Schädigungsfolgen und dem jeweiligen Bedarf und setzen sich aus mehreren Einzelleistungen zusammen (Geld- und Sachleistungen). Dazu zählen beispielsweise Beschädigtenrente, Pflegezulage und Berufsschadensausgleich sowie Hinterbliebenenrente und Bestattungsgeld als auch Leistungen zur Heil- und Krankenbehandlung und medizinischen Rehabilitation. Die Rentenleistungen an Geschädigte und Hinterbliebene, die dem Ausgleich schädigungsbedingten Mehraufwandes dienen oder die vorrangig ideellen Charakter haben, werden ohne Berücksichtigung des Einkommens gezahlt. Die Höhe der anderen Leistungen, die bei Bedürftigkeit als Einkommens- oder Unterhaltersatz gezahlt werden, hängt vom Einkommen der Berechtigten ab – soweit der Bedarf nicht ausschließlich schädigungsbedingt ist. Ergänzend hierzu tritt im Bedarfsfall die Kriegspopferfürsorge mit ihren individuellen Hilfen ein: z. B. Hilfe in besonderen Lebenslagen, Hilfe zur Pflege oder die ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt. Diese Leistungen hängen überwiegend vom Einkommen und Vermögen der Berechtigten ab, soweit der Bedarf nicht ausschließlich schädigungsbedingt ist. Für die Durchführung des Sozialen Entschädigungsrechts sind die Versorgungsbehörden sowie die Fürsorge- bzw. Hauptfürsorgestellen in den einzelnen Ländern zuständig.

Sozialhilfe (Sozialbudget) | Sie schützt als letztes „Auffangnetz“ vor Armut, sozialer Ausgrenzung und besonderer Belastung. Sie soll den Leistungsberechtigten ermöglichen, ein menschenwürdiges Leben zu führen. Die Sozialhilfe erbringt gemäß dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII „Sozialhilfe“) Leistungen für diejenigen Personen und Haushalte, die ihren Bedarf nicht aus eigener Kraft decken können und auch keine (ausreichenden) Ansprüche aus vorgelagerten Versicherungs- und Versorgungssystemen haben.

Das SGB XII „Sozialhilfe“ unterscheidet im Einzelnen folgende Leistungen:

- 3. Kapitel SGB XII: Hilfe zum Lebensunterhalt (§§ 27–40),
- 4. Kapitel SGB XII: Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (§§ 41–46a),
- 5. Kapitel SGB XII: Hilfen zur Gesundheit (§§ 47–52),
- 6. Kapitel SGB XII: Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (§§ 53–60),
- 7. Kapitel SGB XII: Hilfe zur Pflege (§§ 61–66),
- 8. Kapitel SGB XII: Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten (§§ 67–69),
- 9. Kapitel SGB XII: Hilfe in anderen Lebenslagen (§§ 70–74).

Zu weitreichenden Änderungen für die amtliche Statistik der Hilfe zum Lebensunterhalt führte die Einführung der „Grundsicherung für Arbeitsuchende“ nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) zum 1.1.2005 (Viertes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt). Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende erhalten seit 2005 bisherige Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen (Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger im engeren Sinne) – sofern sie grundsätzlich erwerbsfähig sind – sowie deren Familienangehörige. Deshalb wurden erwerbsfähige hilfebedürftige Personen letztmalig zum Jahresende 2004 in der Sozialhilfestatistik erfasst. Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII erhalten seit dem 1.1.2005 lediglich *nicht erwerbsfähige* Hilfebedürftige, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln (insbesondere Einkommen und Vermögen) oder durch Leistungen anderer Sozialleistungsträger decken können. Dazu gehören auch z. B. zeitlich befristet voll Erwerbsgeminderte (Personen, die unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes weniger als drei Stunden täglich erwerbstätig sein können), längerfristig Erkrankte (länger als sechs Monate), Kinder bis zum vollendeten 15. Lebensjahr, sofern sie nicht in einem Haushalt von erwachsenen und hilfebedürftigen erwerbsfähigen Personen leben (ansonsten würde ein Anspruch auf Grundsicherung für Arbeitsuchende bestehen) oder ältere Personen, die zwar noch nicht die Regelaltersgrenze erreicht haben, aber bereits Leistungen der Alterssicherungssysteme (insbesondere aus der gesetzlichen Rentenversicherung) erhalten. Eine weitere Veränderung in der Sozialhilfestatistik ergab sich in der Vergangenheit, weil Asylbewerberinnen und Asylbewerber seit dem 1.11.1993 anstelle der Sozialhilfe Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten.

Steuerliche Leistungen (Sozialbudget) | Darunter werden vier unterschiedliche Arten von steuerlichen Maßnahmen zusammengefasst: sozialpolitisch begründete Maßnahmen (mit Subventions-, Anreiz- oder Förderungszielen), Maßnahmen wegen geminderter steuerlicher Leistungsfähigkeit, Splitting-Verfahren für Ehegatten sowie Steuerermäßigung für Pflege- und Betreuungsleistungen.

Unmittelbarer öffentlicher Dienst | Das sind Behörden, Gerichte, rechtlich unselbstständige Einrichtungen und Unternehmen des Bundes und der Länder, Gemeinden/ Gemeindeverbände, Zweckverbände, Bundeseisenbahnvermögen und die drei Unternehmen der Post (Deutsch Post AG, Deutsche Telekom AG, Deutsche Postbank AG).

Versorgung nach beamtenrechtlichen Grundsätzen | Dies betrifft Bezieherinnen und Bezieher von Amtsgehalt (Bundespräsident, Bundeskanzlerinnen bzw. Bundeskanzler, Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder, Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren, Parlamentarische Staatssekretärinnen und Staatssekretäre) sowie Angestellte bzw. Arbeiterinnen und Arbeiter, die aufgrund einer Dienststörung beschäftigt waren, und ihre Hinterbliebenen.

Versorgungsbezüge | Es wird der Bruttobetrag der laufenden Versorgungsbezüge für den Monat Januar vor Abzug der Lohnsteuer nachgewiesen. Enthalten sind das Ruhegehalt der ehemaligen Bediensteten, das Witwen- und Witwergeld und das Waisengeld. Einmalige Zahlungen und Übergangsgelder sind nicht enthalten.

Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger | *Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger nach Beamten- und Soldatenversorgungsrecht* sind pensionierte Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter, Berufssoldatinnen und Berufssoldaten sowie Hinterbliebene von verstorbenen aktiven Beamtinnen und Beamten und Ruhegehaltsempfängerinnen und Ruhegehaltsempfängern. *Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger nach dem Gesetz zu Artikel 131 des Grundgesetzes* sind nach dem Zweiten Weltkrieg nicht übernommene ehemalige Bedienstete sowie ihre Hinterbliebenen.

Versorgungswerke (Sozialbudget) | Sie basieren auf der berufsständischen Selbstverwaltung in öffentlich-rechtlichen Körperschaften mit Zwangsmitgliedschaft (Kammerversaffung) und wurden aufgrund von Landesgesetzen für bestimmte freie Berufe zur Alters- und Hinterbliebenenversorgung errichtet. Einbezogen in diese Versicherungs- und Versorgungswerke sind insbesondere Ärztinnen und Ärzte, Zahnärztinnen und Zahnärzte, Tierärztinnen und Tierärzte, Apothekerinnen und Apotheker, Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte, Notarinnen und Notare, Wirtschaftsprüferinnen und Wirtschaftsprüfer, Steuerberaterinnen und Steuerberater sowie Architektinnen und Architekten. Gewährt werden Leistungen zur Teilhabe, bei Berufsunfähigkeit, bei Alter und zugunsten von Hinterbliebenen.

Vorruhestand | Ausscheiden aus dem Dienst vor einer gesetzlichen Altersgrenze aufgrund einer speziellen gesetzlichen Regelung.

Waisengeld | Bezüge hinterbliebener Kinder von verstorbenen Ruhegehaltsempfängerinnen und Ruhegehaltsempfängern und von Bediensteten, die zum Zeitpunkt ihres Todes Anspruch auf Ruhegehalt oder Ruhelohn hatten.

Wiedergutmachung (Sozialbudget) | Sie enthält vor allem Leistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz (BEG) und die darauf basierenden Regelungen für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung, aber auch Ausgaben im Rahmen des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes (StrRehaG) und des Beruflichen Rehabilitierungsgesetzes (BerRehaG).

Witwen- und Witwergeld | Bezüge hinterbliebener Ehegatten von verstorbenen Ruhegehaltsempfängerinnen und Ruhegehaltsempfängern und von Bediensteten, die zum Zeitpunkt ihres Todes Anspruch auf Ruhegehalt oder Ruhelohn hatten.

Wohngeld (Sozialbudget) | Das ist ein Zuschuss zu den Wohnkosten, der von Bund und Ländern je zur Hälfte getragen wird. Es wird – gemäß den Vorschriften des Wohngeldgesetzes – einkommensschwächeren Haushalten geleistet, damit diese die Wohnkosten für angemessenen und familiengerechten Wohnraum tragen können. Wohngeld wird entweder als Mietzuschuss für Mieterinnen und Mieter geleistet oder als Lastenzuschuss für Haus- und Wohnungseigentümerinnen und -eigentümer. Die Höhe des Zuschusses richtet sich dabei nach der Anzahl der zu berücksichtigenden Haushaltsmitglieder, dem Gesamteinkommen und der zuschussfähigen Miete bzw. Belastung. Der größere Teil der Wohnkosten muss in jedem Fall die Mieterin oder der Mieter bzw. die Eigentümerin oder der Eigentümer selbst tragen. Mit der am 1.1.2009 in Kraft getretenen Wohngeldreform sind die Höchstbeträge für Miete und Belastung auf Neubauniveau vereinheitlicht und zusätzlich um 10% angehoben worden. Daneben wurden die Tabellenwerte um 8% erhöht. Viele erwerbstätige Haushalte mit niedrigem Einkommen sind durch diese Änderungen wieder wohngeldberechtigt und damit nicht mehr auf den Bezug von Arbeitslosengeld II angewiesen. Leistungen für Bildung und Teilhabe nach dem Bundeskindergeldgesetz erhalten seit 1.1.2009 Personen für die Kinder, die bei der Wohngeldbewilligung als Haushaltsmitglieder berücksichtigt worden sind und für die Kindergeld bezogen wird.

Zusatzversorgung (Sozialbudget) | Dies ist die zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung zu den Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung für Tarifbeschäftigte öffentlicher Arbeitgeber (früher: Arbeiterinnen und Arbeiter und Angestellte). Die Personen sind z. B. bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder oder bei kommunalen und kirchlichen Zusatzversorgungskassen versichert.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Standardveröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen kostenfrei downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 190 amtlichen Statistiken. Daten zu *Soziales* finden Sie unter dem Menüpunkt › Themen, Code 22, Daten zum *Versorgungssystem des öffentlichen Dienstes* unter Code 742

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Sozialbudget nach Institutionen

Bundesministerium für Arbeit und Soziales – Statistik (www.bmas.de)

■ Sozialversicherungen

Fachberichte

Staatliche Förderung der Riesterrente 2007

■ Versorgungssystem des öffentlichen Dienstes

Fachserie 14 Finanzen und Steuern

Reihe 6.1 Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes

Wirtschaft und Statistik

Heft 2/11 Entwicklung im Bereich der Beamtenversorgung

■ Sozialleistungen

Fachserie 13 Sozialleistungen

Reihe 1 Angaben zur Krankenversicherung (Ergebnisse des Mikrozensus)

Reihe 2 Sozialhilfe

Reihe 6 Jugendhilfe

Reihe 7 Leistungen an Asylbewerber

Fachberichte

Elterngeld regional: Geburten 2010
Einnahmen und Ausgaben der Kindertagesstätten in freier Trägerschaft 2010
Der Personalschlüssel in der Kindertagesbetreuung 2011
Kriegsopferfürsorge 2010

Wirtschaft und Statistik

Heft 4/10 Erzieherische Hilfe im Jahr 2008

Heft 9/10 Erzieherische Hilfe, Migrationshintergrund und Transferleistungsbezug im Jahr 2008

Heft 11/10 Ausgaben der öffentlichen Hand für Kindertagesbetreuung

Heft 3/12 Das neue Bundeskinderschutzgesetz und dessen Umsetzung in den Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe

Heft 3/12 Ergebnisse der Sozialhilfestatistik 2010

Gemeinschaftsveröffentlichungen

Soziale Mindestsicherung 2009
Kindertagesbetreuung regional 2011

Im Internetauftritt des Bund-Länder-Projekts „Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik“ werden Daten und Informationen zu Armuts- und Sozialindikatoren auf Ebene des Bundes und der Länder bereitgestellt. Sie stehen unter www.amtliche-sozialberichterstattung.de als Download zur Verfügung. Dort ist auch der Bericht „Soziale Mindestsicherung in Deutschland“ erhältlich, der eine Gesamtschau über die Transferleistungen der staatlichen Mindestsicherungssysteme bietet.

Mehr zum Thema

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter
+49 (0)6 11 / 75 89 56 (Sozialbudget, Sozialversicherungen, Kriegsopferfürsorge),
+49 (0)6 11 / 75 89 53 (Sozialhilfe, Grundsicherung, Wohngeld, Asylbewerberleistungen, Sozialberichterstattung),
+49 (0)6 11 / 75 81 67 (Kinder- und Jugendhilfe, Elterngeld, Kindergeld, Unterhaltsvorschuss),
+49 (0)6 11 / 75 43 16 (Versorgungsempfänger im öffentlichen Dienst).

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.



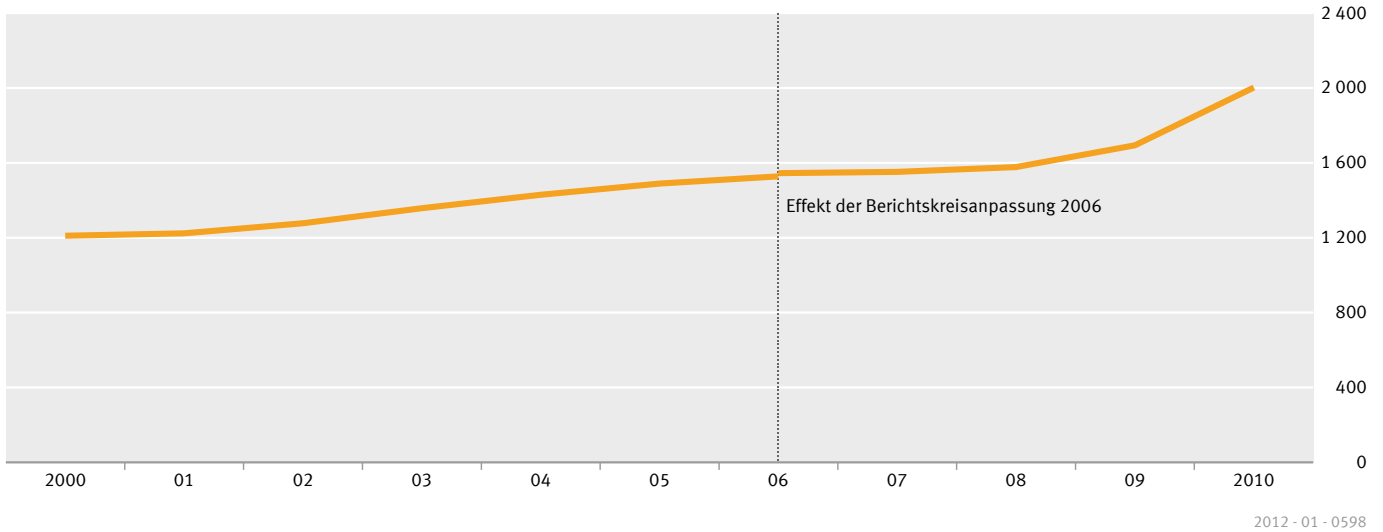
9 Finanzen und Steuern

Finanzierungsdefizit des öffentlichen Gesamthaushalts 2011 auf **12,2 Milliarden Euro** verringert | **Verschuldung** Deutschlands 2010 erstmals **mehr als 2 Billionen Euro** | **17 000** Einkommensteuerpflichtige hatten 2007 Einkünfte von **1 Million Euro und mehr** | **Rund 2 100 Unternehmen** erzielten 2010 Umsätze von **250 Millionen Euro und mehr** | 2011 pro Kopf rund **100 Liter Bier** und **1 070 Zigaretten** abgesetzt

<i>Seite</i>	
255	Auf einen Blick
	Tabellen
256	Öffentliche Finanzen Entwicklung der öffentlichen Finanzen Länderfinanzausgleich Kassenmäßige Ausgaben und Einnahmen Rechnungsmäßige Ausgaben und Einnahmen Nettoausgaben Personalausgaben Investitionsausgaben Schulden Jahresabschlüsse öffentlicher Fonds, Einrichtungen und Unternehmen
269	Steuern Steueraufkommen nach Steuerarten Lohn- und Einkommensteuer Körperschaftsteuer Personengesellschaften, Gemeinschaften mit Einkünften aus Gewerbebetrieb Gewerbesteuer Erbschaft- und Schenkungsteuer Umsatz- steuer Verbrauchsteuern
279	Methodik
281	Glossar
284	Mehr zum Thema

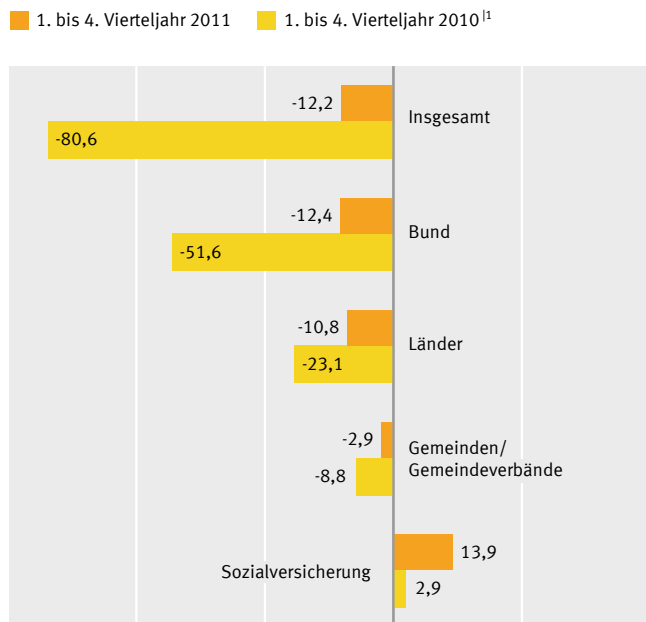
9.0 Auf einen Blick

Verschuldung des öffentlichen Gesamthaushalts
in Mrd. EUR



2012 - 01 - 0598

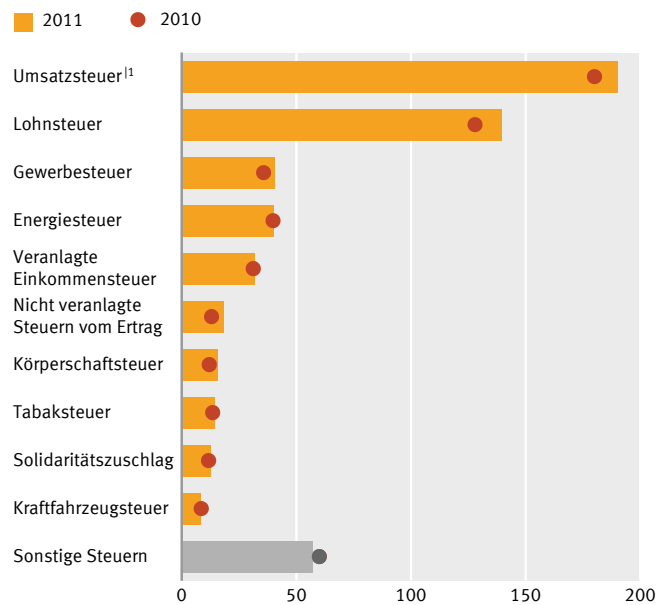
Finanzierungssalden der Körperschaften des öffentlichen Gesamthaushalts
in Mrd. EUR



1 Revidiertes Ergebnis.

2012 - 01 - 0599

Steueraufkommen nach ausgewählten Steuerarten
in Mrd. EUR



Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gemeindeverbände im jeweiligen Jahr nach Steuerarten vor der Verteilung.

1 Einschl. Einfuhrumsatzsteuer.

2012 - 01 - 0600

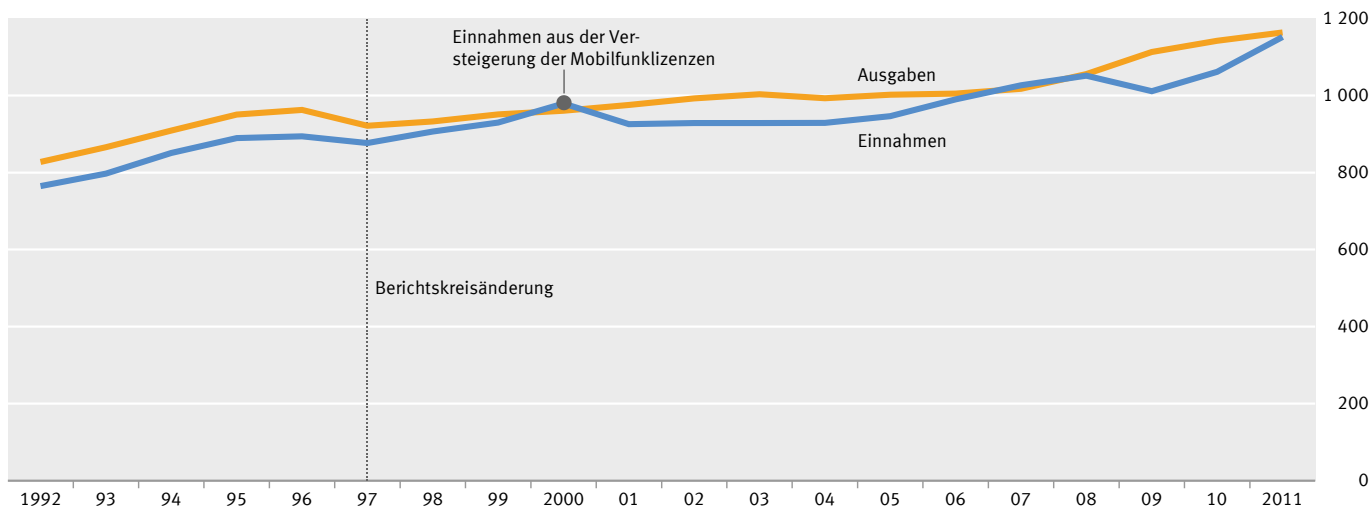
9.1 Entwicklung der öffentlichen Finanzen

9.1.1 Einnahmen, Ausgaben, Finanzierungssaldo und Schulden

	2000	2005	2009	2010 ¹⁾	2011
	Mill. EUR				
Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts¹²⁾	960 788	1 022 244	1 113 124	1 142 388	1 163 958
darunter:					
Bund	265 508	281 483	317 076	355 144	361 746
Länder	250 791	259 968	287 074	307 200	319 380
Gemeinden/Gemeindeverbände	146 074	153 183	178 276	190 960	194 534
Einnahmen des öffentlichen Gesamthaushalts¹²⁾	979 322	946 460	1 011 429	1 061 684	1 151 993
darunter:					
Bund	292 433	250 043	282 559	303 513	349 264
Länder	240 376	237 235	260 134	284 079	308 490
Gemeinden/Gemeindeverbände	148 009	150 945	170 803	182 138	191 656
Steuereinnahmen des öffentlichen Gesamthaushalts¹³⁾	467 413	452 380	524 079	530 673	573 372
darunter:					
Bund	198 790	190 176	227 996	225 811	247 984
Länder	189 493	180 457	207 119	210 052	224 291
Gemeinden/Gemeindeverbände	57 297	60 036	68 463	70 442	76 633
Finanzierungssaldo	18 552	- 55 787	- 101 714	- 80 621	- 12 238
darunter:					
Bund	26 943	- 31 402	- 34 467	- 51 590	- 12 441
Länder	- 10 375	- 22 728	- 27 028	- 23 092	- 10 833
Gemeinden/Gemeindeverbände	1 934	- 2 237	- 7 473	- 8 822	- 2 878
Schulden des öffentlichen Gesamthaushalts¹⁴⁾	1 210 918	1 489 853	1 694 368	2 011 677	...
darunter:					
Bund	774 834	903 282	1 053 814	1 287 460	...
Länder	338 073	471 339	526 745	600 110	...
Gemeinden/Gemeindeverbände	98 011	115 232	113 810	123 569	...
Sozialversicherung	539	...

- 1 Für die Schuldenstatistik ab 2010 mit erweitertem Berichtskreis (einschl. aller Extrahaushalte sowie Träger der Sozialversicherung) und neuem Erhebungsprogramm.
- 2 2000 bis 2009 Ergebnisse der jährlichen Rechnungsstatistik, ab 2010 vierteljährliche Kassenergebnisse mit erweitertem Berichtskreis. Um Zahlungen zwischen den Einheiten bereinigt. 2000 einschl. einmaliger Versteigerungserlöse des Bundes aus den Mobilfunklizenzen in Höhe von 50,8 Mrd. Euro.
- 3 Kassenmäßige Steuereinnahmen, nach der Steuerverteilung. – Ab 1994 Ergänzungszuweisungen an finanzschwache Länder beim Bund abgesetzt und bei den Ländern entsprechend zugesetzt.
- 4 Bis 2009 als Kreditmarktschulden und Kassenkredite nachgewiesen, ab 2010 als Schulden beim nicht öffentlichen Bereich.

Einnahmen und Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts
in Mrd. EUR



Ab 2010 vierteljährliche Kassenergebnisse.

2012 - 01 - 0601

9.1 Entwicklung der öffentlichen Finanzen

9.1.2 Länderfinanzausgleich

	2000	2005	2009	2010	2011 ¹
	Mill. EUR				
Baden-Württemberg	- 1 957	- 2 235	- 1 488	- 1 709	- 1 779
Bayern	- 1 884	- 2 234	- 3 354	- 3 511	- 3 663
Berlin	+ 2 812	+ 2 456	+ 2 877	+ 2 900	+ 3 043
Brandenburg	+ 644	+ 588	+ 501	+ 401	+ 440
Bremen	+ 442	+ 366	+ 433	+ 445	+ 516
Hamburg	- 556	- 383	- 45	- 66	- 62
Hessen	- 2 734	- 1 606	- 1 902	- 1 752	- 1 804
Mecklenburg-Vorpommern	+ 500	+ 434	+ 450	+ 399	+ 429
Niedersachsen	+ 568	+ 363	+ 110	+ 259	+ 204
Nordrhein-Westfalen	- 1 141	- 490	- 59	+ 354	+ 224
Rheinland-Pfalz	+ 392	+ 294	+ 293	+ 267	+ 234
Saarland	+ 167	+ 113	+ 93	+ 89	+ 120
Sachsen	+ 1 182	+ 1 020	+ 910	+ 854	+ 918
Sachsen-Anhalt	+ 711	+ 587	+ 514	+ 497	+ 540
Schleswig-Holstein	+ 185	+ 146	+ 169	+ 101	+ 115
Thüringen	+ 670	+ 581	+ 497	+ 472	+ 527

Damit die Länder die ihnen durch das Grundgesetz zugewiesenen Aufgaben erfüllen können, müssen sie frei und unabhängig über ausreichende Finanzmittel verfügen. Der **Länderfinanzausgleich**, als eine von vier Stufen des grundgesetzlich geregelten bundesstaatlichen Finanzausgleichs, dient der Verringerung der Finanzkraftunterschiede zwischen finanzstarken und finanzschwachen Ländern mit dem Ziel, allen Einwohnerinnen und Einwohnern im gesamten Bundesgebiet gleichwertige Lebensverhältnisse zu ermöglichen.

Ausgleichspflichtig (-), ausgleichsberechtigt (+).

1 Vorläufiges Ergebnis.

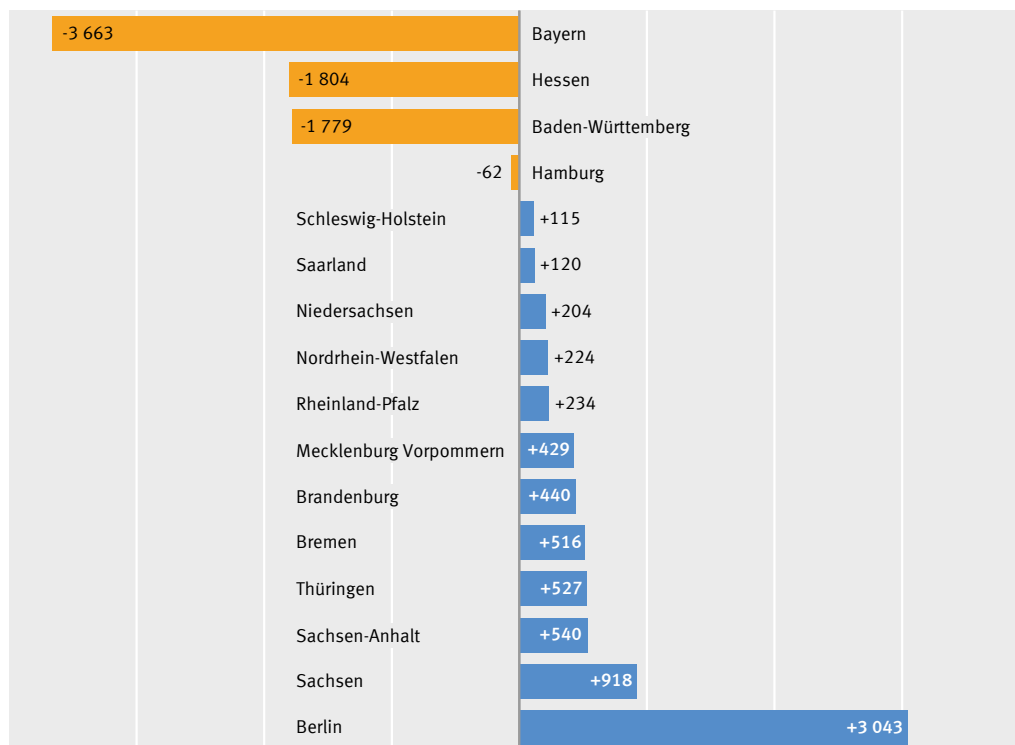
Quelle: Bundesministerium der Finanzen

Länderfinanzausgleich 2011

in Mill. EUR

■ Ausgleichspflichtig (-); Geberländer

■ Ausgleichsberechtigt (+); Nehmerländer



Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen

2012 - 01 - 0606

9.2 Kassenmäßige Ausgaben und Einnahmen des öffentlichen Gesamthaushalts

Die **kassenmäßigen Ausgaben und Einnahmen** basieren auf den vierteljährlichen Kassenabschlüssen (Kassenergebnisse). Sie umfassen ab dem Berichtsjahr 2011 die Kern- und Extrahaushalte des Bundes, der Länder, der Gemeinden und Gemeindeverbände, der Sozialversicherung sowie die EU-Anteile. Die Daten für das Berichtsjahr 2010 wurden aus Gründen der Vergleichbarkeit weitgehend an den Berichtskreis des Jahres 2011 angepasst.

9.2.1 Kassenergebnisse nach Körperschaftsgruppen

	Insgesamt		Veränderung 2011 gegen- über Vorjahr	Davon				
	2010	2011		Bund	EU-Anteile	Länder	Gemeinden/ Gemeinde- verbände	Sozial- versicherung
	Mill. EUR			%	Mill. EUR			
Ausgaben								
Personalausgaben	224 068	228 944	2,2	41 965	–	119 081	50 730	17 168
Laufender Sachaufwand	292 696	300 567	2,7	25 155	–	38 468	45 098	191 846
Zinsausgaben	64 986	76 717	18,1	50 128	–	21 701	4 709	180
an öffentlichen Bereich	514	575	11,9	13	–	383	179	–
an andere Bereiche	64 472	76 142	18,1	50 115	–	21 318	4 530	180
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse, Schuldendiensthilfen ..	779 932	776 588	–0,4	219 327	23 348	118 392	103 302	312 219
an öffentlichen Bereich	314 646	315 503	0,3	168 021	–	86 101	46 065	15 315
an andere Bereiche	465 286	461 086	–0,9	51 306	23 348	32 291	57 237	296 904
abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	310 670	311 125	0,1	13 382	–	25 150	38 662	10 638
Ausgaben der laufenden Rechnung	1 051 011	1 071 692	2,0	323 193	23 348	272 492	165 177	510 775
Baumaßnahmen	33 841	33 372	–1,4	7 003	–	7 415	18 770	185
Erwerb von Sachvermögen	10 833	10 846	0,1	1 671	–	3 766	4 861	547
Vermögensübertragungen	51 057	51 638	1,1	21 232	–	26 908	3 350	149
an öffentlichen Bereich	27 616	28 608	3,6	10 313	–	16 861	1 332	102
an andere Bereiche	23 441	23 031	–1,8	10 919	–	10 047	2 018	46
Darlehen	11 390	13 085	14,9	2 856	–	9 257	968	5
an öffentlichen Bereich	1 468	1 863	26,9	1	–	1 776	87	–
an andere Bereiche	9 923	11 223	13,1	2 855	–	7 481	881	5
Erwerb von Beteiligungen	9 960	11 978	20,3	5 845	–	3 807	1 940	385
Tilgungsausgaben an öffentlichen Bereich	1 266	1 432	13,1	–	–	1 091	341	–
abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	26 970	30 085	11,6	53	–	5 356	874	102
Ausgaben der Kapitalrechnung	91 377	92 266	1,0	38 553	–	46 888	29 357	1 168
Bereinigte Ausgaben	1 142 388	1 163 958	1,9	361 746	23 348	319 380	194 534	511 943
Einnahmen								
Steuern und steuerähnliche Abgaben	924 862	982 372	6,2	277 269	24 499	203 073	69 744	407 787
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	21 278	24 615	15,7	6 235	–	6 905	11 398	77
Zinseinnahmen	13 070	25 330	93,8	18 379	–	4 431	1 135	1 386
vom öffentlichen Bereich	545	672	23,3	91	–	488	89	4
von anderen Bereichen	12 525	24 658	96,9	18 288	–	3 943	1 046	1 382
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse, Schuldendiensthilfen ..	337 765	337 525	–0,1	27 871	–1 151	78 736	105 904	126 166
vom öffentlichen Bereich	311 905	311 521	–0,1	20 776	–	70 033	97 782	122 930
von anderen Bereichen	25 860	26 004	0,6	7 095	–1 151	8 703	8 122	3 236
Sonstige laufende Einnahmen	49 307	52 945	7,4	11 389	–	15 533	24 763	1 260
abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	310 670	311 125	0,1	13 382	–	25 150	38 662	10 638
Einnahmen der laufenden Rechnung	1 035 613	1 111 661	7,3	327 761	23 348	283 528	174 281	526 037
Veräußerung von Vermögen	14 603	25 754	76,4	18 389	–	2 731	4 497	138
Vermögensübertragungen	28 122	30 511	8,5	452	–	17 857	12 100	102
vom öffentlichen Bereich	24 106	25 232	4,7	53	–	14 796	10 282	102
von anderen Bereichen	4 016	5 279	31,4	399	–	3 061	1 818	–
Darlehensrückflüsse	8 840	12 083	36,7	2 716	–	8 028	1 287	53
vom öffentlichen Bereich	916	1 402	53,0	719	–	580	103	–
von anderen Bereichen	7 924	10 681	34,8	1 997	–	7 448	1 184	53
Schuldenaufnahme beim öffentlichen Bereich	1 476	2 068	40,1	–	–	1 702	367	–
abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	26 970	30 085	11,6	53	–	5 356	874	102
Einnahmen der Kapitalrechnung	26 072	40 332	54,7	21 503	–	24 962	17 375	191
Bereinigte Einnahmen	1 061 684	1 151 993	8,5	349 264	23 348	308 490	191 656	526 228
Finanzierungssaldo	– 80 621	– 12 238	–	– 12 441	–	– 10 833	– 2 878	13 914

9.2 Kassenmäßige Ausgaben und Einnahmen des öffentlichen Gesamthaushalts

9.2.2 Kassenergebnisse nach Ländern 2011

	Insgesamt	Länder	Gemeinden/ Gemeindeverbände
	Mill. EUR		
Bereinigte Ausgaben			
Deutschland ¹	443 316	319 380	194 534
Baden-Württemberg	55 664	40 867	27 519
Bayern	65 724	43 700	31 370
Berlin	23 263	23 263	–
Brandenburg	13 708	10 635	6 279
Bremen	5 359	5 359	–
Hamburg	12 878	12 878	–
Hessen	37 392	23 433	18 135
Mecklenburg-Vorpommern	9 102	7 335	3 954
Niedersachsen	38 827	27 189	18 446
Nordrhein-Westfalen	101 626	65 160	51 037
Rheinland-Pfalz	20 444	14 746	9 525
Saarland	5 583	4 000	2 221
Sachsen	20 843	16 384	9 231
Sachsen-Anhalt	13 288	11 092	5 072
Schleswig-Holstein	14 011	9 662	6 851
Thüringen	11 578	9 575	4 881
Bereinigte Einnahmen			
Deutschland ¹	429 548	308 490	191 656
Baden-Württemberg	56 651	40 053	29 320
Bayern	67 263	44 745	31 864
Berlin	22 285	22 285	–
Brandenburg	13 792	10 833	6 164
Bremen	4 486	4 486	–
Hamburg	12 489	12 489	–
Hessen	33 366	21 945	15 596
Mecklenburg-Vorpommern	9 271	7 498	3 960
Niedersachsen	36 418	24 823	18 404
Nordrhein-Westfalen	95 969	61 753	48 786
Rheinland-Pfalz	18 123	12 740	9 210
Saarland	4 560	3 274	1 925
Sachsen	22 772	18 126	9 419
Sachsen-Anhalt	13 272	10 913	5 235
Schleswig-Holstein	13 221	8 984	6 739
Thüringen	11 365	9 226	5 017
Finanzierungssaldo			
Deutschland ¹	– 13 710	– 10 833	– 2 878
Baden-Württemberg	1 016	– 785	1 801
Bayern	1 539	1 044	495
Berlin	– 976	– 976	–
Brandenburg	84	198	– 115
Bremen	– 872	– 872	–
Hamburg	– 382	– 382	–
Hessen	– 4 029	– 1 490	– 2 538
Mecklenburg-Vorpommern	169	163	6
Niedersachsen	– 2 408	– 2 366	– 42
Nordrhein-Westfalen	– 5 657	– 3 407	– 2 250
Rheinland-Pfalz	– 2 321	– 2 006	– 315
Saarland	– 1 021	– 724	– 297
Sachsen	1 932	1 744	188
Sachsen-Anhalt	– 16	– 179	162
Schleswig-Holstein	– 790	– 678	– 112
Thüringen	– 196	– 332	135

1 Einschl. gemeinsamer Extrahaushalte.

9.3 Rechnungsmäßige Ausgaben und Einnahmen des öffentlichen Gesamthaushalts

Die rechnungsmäßigen Ausgaben und Einnahmen basieren auf den abgeschlossenen Jahresrechnungen des öffentlichen Gesamthaushalts.

9.3.1 Ausgaben und Einnahmen nach Körperschaftsgruppen und Arten

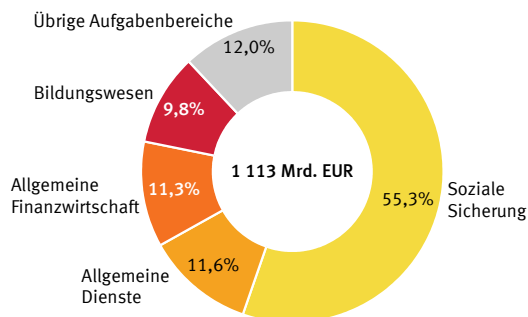
	Insgesamt			Davon					
	2008	2009	Veränderung 2009 gegen- über Vorjahr	Bund	Sonder- vermögen des Bundes	EU-Anteile	Länder	Gemeinden/ Gemeinde- verbände einschl. Zweck- verbände	Sozial- versicherung
	Mill. EUR		%	Mill. EUR					
Ausgaben									
Personalausgaben	195 515	203 463	4,1	27 939	13 629	–	100 230	45 273	16 391
Laufender Sachaufwand	254 900	269 262	5,6	21 372	175	–	24 933	38 604	184 178
Zinsausgaben	67 685	63 759	– 5,8	38 099	778	–	20 111	4 605	166
an öffentlichen Bereich	326	245	– 24,8	–	29	–	82	133	–
an andere Bereiche	67 360	63 514	– 5,7	38 099	749	–	20 029	4 472	166
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse,									
Schuldendiensthilfen	716 906	747 897	4,3	202 303	1 236	19 832	110 062	100 290	314 173
an öffentlichen Bereich	260 289	270 027	3,7	144 450	87	–	66 948	43 507	15 035
an andere Bereiche	456 617	477 870	4,7	57 852	1 150	19 832	43 114	56 784	299 138
abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	259 248	274 610	5,9	–	–	–	7 782	37 990	9 627
Ausgaben der laufenden Rechnung	975 759	1 009 769	3,5	289 712	15 818	19 832	247 554	150 783	505 280
Baumaßnahmen	26 942	29 694	10,2	6 836	378	–	5 050	17 342	88
Erwerb von Sachvermögen	8 748	9 565	9,3	1 499	116	–	2 255	5 162	533
Vermögensübertragungen	42 246	47 684	12,9	15 619	6 072	–	22 710	3 093	190
an öffentlichen Bereich	17 932	20 341	13,4	5 852	1 602	–	11 892	995	–
an andere Bereiche	24 313	27 344	12,5	9 767	4 470	–	10 818	2 098	190
Darlehen	4 601	5 293	15,0	2 490	24	–	1 668	1 072	38
an öffentlichen Bereich	167	81	– 51,5	1	–	–	39	41	–
an andere Bereiche	4 434	5 212	17,5	2 490	24	–	1 628	1 031	38
Erwerb von Beteiligungen	14 103	29 642	110,2	919	17 507	–	7 475	3 682	59
Tilgungsausgaben an öffentlichen Bereich	759	795	4,7	–	–	–	380	415	–
abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	17 192	19 319	12,4	–	–	–	18	698	–
Ausgaben der Kapitalrechnung	80 206	103 355	28,9	27 363	24 097	–	39 520	30 068	909
Bereinigte Ausgaben	1 055 965	1 113 124	5,4	317 076	39 916	19 832	287 074	180 851	506 189
Einnahmen									
Steuern und steuerähnliche Abgaben	943 887	911 075	– 3,5	252 643	432	20 810	189 149	62 209	385 831
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	19 412	21 728	11,9	7 218	44	–	4 547	9 891	30
Zinseinnahmen	7 535	5 572	– 26,1	574	830	–	1 015	1 728	1 425
vom öffentlichen Bereich	139	115	– 17,3	79	2	–	2	32	–
von anderen Bereichen	7 397	5 458	– 26,2	496	827	–	1 014	1 696	1 425
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse,									
Schuldendiensthilfen	283 447	296 623	4,6	9 702	17 077	– 978	52 224	102 495	116 103
vom öffentlichen Bereich	259 109	274 496	5,9	7 482	13 105	–	45 973	94 619	113 317
von anderen Bereichen	24 337	22 127	– 9,1	2 220	3 972	– 978	6 251	7 876	2 786
Sonstige laufende Einnahmen	32 997	34 422	4,3	7 404	743	–	7 082	18 808	385
abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	259 248	274 610	5,9	–	–	–	7 782	37 990	9 627
Einnahmen der laufenden Rechnung	1 028 031	994 810	– 3,2	277 541	19 126	19 832	246 235	157 141	494 146
Veräußerung von Vermögen	13 873	7 685	– 44,6	3 101	27	–	606	3 734	216
Vermögensübertragungen	20 406	22 971	12,6	299	11	–	11 484	11 177	–
vom öffentlichen Bereich	15 906	18 271	14,9	–	11	–	8 867	9 393	–
von anderen Bereichen	4 500	4 700	4,4	299	–	–	2 617	1 784	–
Darlehensrückflüsse	5 866	4 782	– 18,5	1 617	12	–	1 662	1 434	57
vom öffentlichen Bereich	666	547	– 17,9	351	–	–	143	53	–
von anderen Bereichen	5 200	4 235	– 18,6	1 267	12	–	1 518	1 381	57
Schuldenaufnahme beim öffentlichen Bereich	620	500	– 19,4	–	–	–	166	335	–
abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	17 192	19 319	12,4	–	–	–	18	698	–
Einnahmen der Kapitalrechnung	23 573	16 619	– 29,5	5 017	50	–	13 900	15 982	272
Bereinigte Einnahmen	1 051 605	1 011 429	– 3,8	282 559	19 175	19 832	260 134	173 123	494 419
Finanzierungssaldo	– 4 213	– 101 714	X	– 34 467	– 20 741	–	– 27 028	– 7 728	– 11 751
Besondere Finanzierungsvorgänge									
Schuldentilgung am Kreditmarkt	304 836	352 289	15,6	229 864	39 207	–	73 180	10 037	–
Schuldenaufnahme am Kreditmarkt	325 313	442 028	35,9	264 012	71 937	–	96 667	9 411	–

9.3 Rechnungsmäßige Ausgaben und Einnahmen des öffentlichen Gesamthaushalts

9.3.2 Nettoausgaben nach Körperschaftsgruppen und Aufgabenbereichen

	Insgesamt			Davon					
	2008	2009	Veränderung 2009 gegenüber Vorjahr	Bund	Sondervermögen des Bundes	EU-Anteile	Länder	Gemeinden/Gemeindeverbände einschl. Zweckverbände	Sozialversicherung
	Mill. EUR		%	Mill. EUR					
Politische Führung und zentrale Verwaltung	29 717	33 238	11,8	4 577	161	-	9 185	19 316	-
Auswärtige Angelegenheiten	24 778	22 098	- 10,8	8 210	17	13 842	28	-	-
Verteidigung	25 738	26 965	4,8	26 858	107	-	-	-	-
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	23 220	24 730	6,5	3 170	45	-	13 982	7 533	-
dar. Polizei/Bundespolizei	14 890	15 776	6,0	2 919	37	-	12 760	60	-
Rechtsschutz	11 268	11 682	3,7	386	4	-	11 292	-	-
Finanzverwaltung	10 498	10 543	0,4	2 768	0	-	5 989	1 785	-
Allgemeinbildende und berufliche Schulen	53 745	56 758	5,6	603	427	-	44 548	11 180	-
Hochschulen	21 761	22 929	5,4	2 602	163	-	20 164	-	-
Förderung von Schülern/Schülerinnen, Studierenden u. dgl.	4 737	5 377	13,5	1 846	21	-	1 846	1 664	-
Sonstiges Bildungswesen	2 333	2 187	- 6,3	465	7	-	1 229	488	-
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	10 819	12 189	12,7	8 903	85	-	2 862	340	-
Kultur, Kirchliche Angelegenheiten	8 942	9 101	1,8	491	10	-	3 873	4 727	-
Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	586 077	615 626	5,0	140 722	403	-	25 021	48 273	401 206
dar.: Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	478 702	502 101	4,9	98 398	-	-	2 496	-	401 206
Familien- und Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	31 833	33 268	4,5	6 455	1	-	9 439	17 373	-
dar. Sozialhilfe und soziale Einrichtungen	23 576	24 841	5,4	506	1	-	7 825	16 508	-
Jugendhilfe einschl. Einrichtungen	22 952	25 494	11,1	222	390	-	6 841	18 042	-
Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	14 019	19 022	35,7	1 253	4 248	-	5 871	7 650	-
Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	21 165	20 702	- 2,2	1 384	23	-	3 182	16 112	-
dar. Kommunale Gemeinschaftsdienste	13 363	12 611	- 5,6	0	-	-	343	12 268	-
dar.: Abwasserbeseitigung	4 416	4 341	- 1,7	- 2	-	-	190	4 153	-
Abfallbeseitigung	3 718	3 724	0,2	-	-	-	49	3 675	-
Straßenreinigung	669	741	10,8	-	-	-	3	738	-
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	9 690	10 372	7,0	796	8	5 990	3 127	450	-
Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	22 805	30 945	35,7	4 787	18 127	-	6 122	1 908	-
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	18 852	21 373	13,4	12 453	- 5 858	-	5 952	8 827	-
dar.: Straßen	18 627	20 651	10,9	8 261	396	-	4 372	7 622	-
dar.: Bundesautobahnen	3 475	4 176	20,2	3 870	232	-	75	-	-
Bundes- und Landesstraßen	4 398	5 286	20,2	2 982	157	-	1 886	261	-
Kreisstraßen	1 137	1 072	- 5,7	-	-	-	128	944	-
Gemeindestraßen	8 211	8 524	3,8	1 374	7	-	905	6 238	-
Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	2 245	2 702	20,4	273	16	-	1 209	1 204	-
Wirtschaftsunternehmen	19 468	22 458	15,4	10 391	- 2 682	-	8 334	6 414	-
Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	9 850	9 131	- 7,3	5 263	18	-	1 545	2 305	-
Allgemeine Finanzwirtschaft	126 485	125 699	- 0,6	71 236	11 462	-	65 572	- 23 862	1 292

Nettoausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts 2009 nach Aufgabenbereichen



Nettoausgaben zeigen die Ausgaben, die aus eigenen Einnahmequellen der jeweiligen Körperschaft oder Körperschaftsgruppe zu finanzieren sind.

2012 - 01 - 0602

9.3 Rechnungsmäßige Ausgaben und Einnahmen des öffentlichen Gesamthaushalts

9.3.3 Nettoausgaben nach Aufgabenbereichen 2009

	Summe aller Aufgabenbereiche	Davon								
		Allgemeine Dienste	Bildung, Wissenschaft, Kultur	Soziale Sicherung	Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	Wohnungswesen, kommunale Gemeinschaftsdienste	Wirtschaftsförderung	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	Wirtschaftsunternehmen	Allgemeine Finanzwirtschaft
Mill. EUR										
Insgesamt	1 113 124	129 255	108 542	615 626	19 022	20 702	41 317	21 373	31 589	125 699
Bund	309 164	45 970	14 910	140 722	1 253	1 384	5 583	12 453	15 654	71 236
Sondervermögen des Bundes ..	26 797	334	714	403	4 248	23	18 136	- 5 858	- 2 664	11 462
EU-Anteile	19 832	13 842	-	-	-	-	5 990	-	-	-
Sozialversicherung	402 498	-	-	401 206	-	-	-	-	-	1 292
Länder ¹	354 832	69 109	92 919	73 294	13 521	19 294	11 607	14 779	18 598	41 710
Baden-Württemberg	47 208	7 391	12 970	6 564	1 971	3 202	1 062	2 103	3 008	8 937
Bayern	64 247	9 061	15 067	8 945	2 267	3 363	2 030	2 599	10 327	10 587
Berlin	13 783	3 375	4 852	4 869	655	926	295	372	431	- 1 991
Brandenburg	8 929	2 694	2 055	2 815	430	713	843	529	338	- 1 489
Bremen	3 279	600	862	867	114	45	93	44	172	482
Hamburg	9 681	1 948	2 474	2 129	345	261	160	222	25	2 118
Hessen	30 138	5 849	7 263	5 983	1 100	1 548	489	1 223	607	6 074
Mecklenburg-Vorpommern ...	5 327	1 530	1 683	1 857	328	339	424	270	141	- 1 245
Niedersachsen	32 347	5 922	8 510	6 651	1 147	1 374	1 023	1 198	921	5 602
Nordrhein-Westfalen	78 220	15 862	19 302	16 931	2 566	4 203	1 768	2 831	634	14 123
Rheinland-Pfalz	17 003	3 790	4 267	3 267	615	507	497	1 107	308	2 646
Saarland	4 344	891	975	778	159	174	126	182	132	925
Sachsen	13 486	3 908	4 968	4 196	574	978	978	914	603	- 3 633
Sachsen-Anhalt	8 115	2 117	2 440	2 575	407	527	912	306	467	- 1 636
Schleswig-Holstein	11 245	2 229	2 657	2 549	444	560	281	409	251	1 863
Thüringen	7 483	1 940	2 575	2 319	399	575	627	469	232	- 1 653

1 Flächenländer einschl. Gemeinden/Gemeindeverbände und Zweckverbände.

9.3.4 Personalausgaben nach Aufgabenbereichen 2009

Informationen zu Beschäftigten des öffentlichen Dienstes siehe Kapitel „Arbeitsmarkt“

	Summe aller Aufgabenbereiche	Davon								
		Allgemeine Dienste	Bildung, Wissenschaft, Kultur	Soziale Sicherung	Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	Wohnungswesen, kommunale Gemeinschaftsdienste	Wirtschaftsförderung	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	Wirtschaftsunternehmen	Allgemeine Finanzwirtschaft
Mill. EUR										
Insgesamt	203 463	61 480	46 241	25 536	3 321	4 869	1 636	2 681	2 481	55 216
Bund	27 939	18 226	524	199	274	- 2	91	1 029	-	7 598
Sondervermögen des Bundes ..	13 629	-	-	-	-	-	-	-	1 776	11 853
EU-Anteile	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Sozialversicherung	16 391	-	-	15 265	-	-	-	-	-	1 126
Länder ¹	145 503	43 254	45 718	10 073	3 046	4 871	1 545	1 653	705	34 638
Baden-Württemberg	20 418	5 003	6 938	1 311	348	962	195	179	213	5 269
Bayern	24 007	6 228	8 086	1 260	420	920	434	396	135	6 128
Berlin	7 234	2 253	2 663	350	199	65	13	27	5	1 659
Brandenburg	3 716	1 523	1 057	494	126	158	56	29	4	270
Bremen	1 346	427	358	76	26	5	1	17	5	432
Hamburg	3 418	1 299	750	51	44	10	31	6	-	1 226
Hessen	11 463	3 518	3 269	891	191	362	82	154	73	2 922
Mecklenburg-Vorpommern ...	2 477	1 010	800	199	101	93	34	69	4	166
Niedersachsen	13 457	3 695	4 134	1 022	278	430	109	266	83	3 441
Nordrhein-Westfalen	31 161	9 122	9 109	2 094	633	853	170	280	53	8 847
Rheinland-Pfalz	7 270	2 128	2 263	582	168	190	138	38	20	1 745
Saarland	1 854	562	463	111	28	46	11	8	42	584
Sachsen	5 802	2 359	1 953	640	124	282	85	91	6	261
Sachsen-Anhalt	3 771	1 483	1 270	403	123	169	78	17	4	225
Schleswig-Holstein	4 619	1 344	1 347	315	102	153	34	33	20	1 270
Thüringen	3 490	1 299	1 258	274	138	171	74	44	38	192

1 Flächenländer einschl. Gemeinden/Gemeindeverbände und Zweckverbände.

9.3 Rechnungsmäßige Ausgaben und Einnahmen des öffentlichen Gesamthaushalts

9.3.5 Investitionsausgaben nach Aufgabenbereichen 2009

	Insgesamt	Darunter					
		Baumaßnahmen	Erwerb von unbeweglichen Sachen	Erwerb von beweglichen Sachen	Erwerb von Beteiligungen	Darlehen an andere Bereiche	Zuschüsse für Investitionen an andere Bereiche
	Mill. EUR						
Insgesamt	96 472	29 694	3 889	5 676	29 642	5 212	22 359
Bund	21 081	6 836	641	859	919	2 490	9 338
Sondervermögen des Bundes ..	18 113	378	–	116	17 507	24	87
Sozialversicherung	909	88	94	439	59	38	190
Länder ¹	56 369	22 392	3 155	4 263	11 157	2 659	12 744
Baden-Württemberg	7 739	3 748	699	591	1 130	140	1 430
Bayern	17 899	5 373	772	881	8 662	378	1 834
Berlin	1 532	276	77	141	36	357	645
Brandenburg	2 068	742	84	131	125	70	917
Bremen	355	38	1	31	41	16	228
Hamburg	1 166	371	68	118	64	53	493
Hessen	3 350	1 874	303	301	114	160	598
Mecklenburg-Vorpommern ..	1 228	571	58	93	9	80	418
Niedersachsen	3 958	1 776	214	440	260	39	1 230
Nordrhein-Westfalen	6 110	2 353	368	778	392	443	1 776
Rheinland-Pfalz	2 108	810	171	180	59	506	382
Saarland	495	178	24	25	70	10	188
Sachsen	3 637	1 948	93	216	31	242	1 107
Sachsen-Anhalt	1 852	720	63	113	75	99	782
Schleswig-Holstein	1 229	686	69	120	48	47	260
Thüringen	1 643	930	91	104	42	19	457

1 Flächenländer einschl. Gemeinden/Gemeindeverbände und Zweckverbände.

9.4 Schulden des öffentlichen Gesamthaushalts

9.4.1 Entwicklung des Schuldenstandes des öffentlichen Gesamthaushalts

	Schuldenstand		Veränderung des Schuldenstandes gegenüber Vorjahr	
	insgesamt	je Einwohner/-in	absolut	Veränderungsrate
	Mill. EUR	EUR	Mill. EUR	%
31.12.2007	1 552 371	18 871	7 008	0,5
31.12.2008	1 577 881	19 213	25 510	1,6
31.12.2009	1 694 368	20 698	116 487	7,4
31.12.2010 ¹	2 011 677	24 607	317 309	18,7

Als **Schuldenstand** gilt die Verschuldung des öffentlichen Gesamthaushalts gegenüber dem nicht öffentlichen Bereich.

Zu den **Schulden** beim nicht öffentlichen Bereich zählen:
 – Kassenkredite beim nicht öffentlichen Bereich,
 – Wertpapiersschulden,
 – Kredite beim nicht öffentlichen Bereich.

Bis 2009 als Kreditmarktschulden und Kassenkredite nachgewiesen, ab 2010 als Schulden beim nicht öffentlichen Bereich.

1 Ab 2010 mit erweitertem Berichtskreis (einschl. aller Extrahaushalte sowie der Träger der Sozialversicherung) und neuem Erhebungsprogramm.

9.4 Schulden des öffentlichen Gesamthaushalts

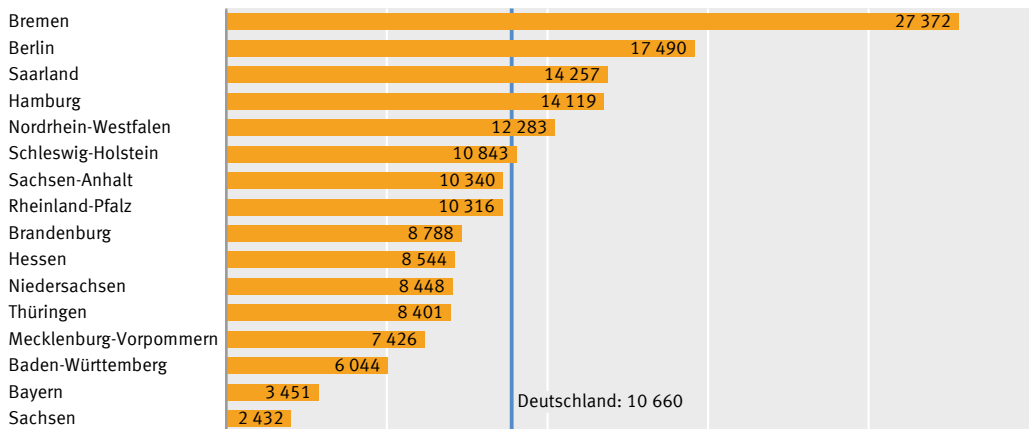
9.4.2 Schuldenstand des öffentlichen Gesamthaushalts nach Körperschaftsgruppen am 31.12.2010

	Insgesamt	Bund	Länder ¹			Gemeinden/ Gemeinde- verbände	Sozial- versicherung
			zusammen	Flächenländer	Stadtstaaten		
	Mill. EUR						
Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich	2 011 677	1 287 460	600 110	496 694	103 416	123 569	539
Kassenkredite	60 392	16 256	4 930	4 852	78	39 206	0
bei Kreditinstituten	60 027	16 256	4 909	4 840	69	38 861	–
beim sonstigen inländischen Bereich	329	–	9	0	9	320	0
beim sonstigen ausländischen Bereich	36	–	12	12	–	24	–
Wertpapiersschulden	1 402 496	1 085 239	317 072	260 340	56 732	175	9
Geldmarktpapiere	87 061	85 867	1 176	1 176	–	9	9
Kapitalmarktpapiere	1 315 435	999 372	315 896	259 164	56 732	167	0
Kredite	548 789	185 964	278 108	231 501	46 606	84 188	530
bei Kreditinstituten	432 770	173 690	175 562	148 062	27 500	82 989	530
beim sonstigen inländischen Bereich	115 087	12 275	101 633	82 936	18 697	1 179	–
beim sonstigen ausländischen Bereich	929	–	908	498	410	20	–
Schulden beim öffentlichen Bereich	36 169	1 225	24 160	22 128	2 032	10 588	197
Kassenkredite	4 314	–	1 799	1 513	286	2 484	30
beim Bund	6	–	–	–	–	6	–
bei Ländern	216	–	199	97	101	17	–
bei Gemeinden/Gemeindeverbänden	288	–	6	1	5	282	–
bei Zweckverbänden und dgl.	41	–	–	–	–	41	–
bei der gesetzlichen Sozialversicherung	14	–	0	–	0	0	14
bei verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	2 186	–	1 594	1 415	180	588	4
bei sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen	1 563	–	–	–	–	1 551	12
Kredite	31 856	1 225	22 360	20 615	1 746	8 103	167
beim Bund	9 776	663	8 569	7 287	1 282	543	–
bei Ländern	9 129	–	7 473	7 183	290	1 656	0
bei Gemeinden/Gemeindeverbänden	1 474	–	26	26	–	1 447	–
bei Zweckverbänden und dgl.	131	–	–	–	–	131	–
bei der gesetzlichen Sozialversicherung	209	–	49	40	10	20	139
bei verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	4 808	2	3 589	3 577	12	1 217	–
bei sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen	6 257	560	2 580	2 428	152	3 088	27
Kreditähnliche Rechtsgeschäfte	1 891	1	897	724	173	924	69
Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden	121	–	13	0	13	101	7
Restkaufgelder	279	–	42	42	–	237	0
Finanzierungsleasing	1 491	1	842	682	161	586	62
ÖPP-Projekte nach ESVG¹²	2 095	–	1 120	1 025	95	975	–
Bürgschaften	520 352	374 994	119 576	75 184	44 392	25 765	16

1 Abweichungen zwischen Summen und aufsummierten Darunterergebnissen begründen sich daraus, dass für die ausgliederten Hochschulen lediglich aggregierte Informationen vorliegen.
 2 Bei ÖPP-Projekten nach ESVG handelt es sich um Projekte, bei denen der öffentliche Partner das Baurisiko oder der private Partner nur das Baurisiko und kein weiteres Risiko (Ausfallrisiko

oder Nachfragerisiko) trägt. Nachgewiesen wird der Bauwert entsprechend dem Baufortschritt der Investitionsmaßnahmen aus den ÖPP-Projekten abzüglich der bis zum Ende des Berichtsjahres geleisteten Zahlungen an die Auftragnehmer.

Schulden der Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände 2010
 je Einwohner/-in, in EUR



Schulden beim nicht öffentlichen Bereich. – Stichtag: 31.12.

2012 - 01 - 0603

9.4 Schulden des öffentlichen Gesamthaushalts

9.4.3 Schulden der Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände am 31.12.2010

	Insgesamt	Davon		Schulden beim öffentlichen Bereich	Kreditähnliche Rechtsgeschäfte	Bürgschaften	Schulden beim nicht öffentlichen Bereich je Einwohner/-in	
		Wertpapierschulden und Kredite beim nicht öffentlichen Bereich	Kassenkredite beim nicht öffentlichen Bereich					
	Mill. EUR							EUR
Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände zusammen								
Deutschland	723 679	679 543	44 136	34 747	3 916	145 341	8 852	
Baden-Württemberg	64 976	64 662	314	2 748	989	25 153	6 044	
Bayern	43 197	42 802	396	2 917	292	10 923	3 451	
Berlin	60 243	60 243	–	1 121	114	26 607	17 490	
Brandenburg	22 036	20 956	1 080	207	126	2 089	8 788	
Bremen	18 053	18 004	50	400	–	1 875	27 372	
Hamburg	25 120	25 092	28	511	155	15 910	14 119	
Hessen	51 811	46 929	4 882	2 305	69	4 811	8 544	
Mecklenburg-Vorpommern	12 227	11 723	504	591	158	1 882	7 426	
Niedersachsen	67 009	62 163	4 846	1 864	307	8 000	8 448	
Nordrhein-Westfalen	219 258	197 331	21 927	14 072	577	24 897	12 283	
Rheinland-Pfalz	41 334	35 123	6 211	3 712	15	2 974	10 316	
Saarland	14 539	12 578	1 961	330	10	1 986	14 257	
Sachsen	10 103	10 055	48	2 514	146	5 832	2 432	
Sachsen-Anhalt	24 244	23 240	1 005	37	316	2 472	10 340	
Schleswig-Holstein	30 699	30 045	654	1 065	108	7 672	10 843	
Thüringen	18 827	18 597	230	353	533	2 259	8 401	
Länder								
Deutschland	600 110	595 180	4 930	24 160	2017	119 576	7 341	
Baden-Württemberg	58 217	58 217	–	1 926	756	20 021	5 416	
Bayern	29 165	29 165	–	1 446	123	8 657	2 330	
Berlin	60 243	60 243	–	1 121	114	26 607	17 490	
Brandenburg	19 785	19 415	370	98	55	1 541	7 890	
Bremen	18 053	18 004	50	400	–	1 875	27 372	
Hamburg	25 120	25 092	28	511	155	15 910	14 119	
Hessen	36 930	36 926	4	769	–	1 029	6 090	
Mecklenburg-Vorpommern	10 263	10 263	–	20	126	1 489	6 233	
Niedersachsen	54 251	54 251	0	817	35	6 250	6 839	
Nordrhein-Westfalen	174 790	171 699	3 091	10 166	3	17 276	9 792	
Rheinland-Pfalz	30 547	29 557	990	3 371	9	1 313	7 623	
Saarland	11 789	11 468	321	278	2	1 704	11 560	
Sachsen	6 408	6 408	–	2 480	27	4 472	1 543	
Sachsen-Anhalt	20 543	20 543	0	–	158	2 159	8 762	
Schleswig-Holstein	27 555	27 543	13	495	41	7 228	9 732	
Thüringen	16 450	16 386	64	261	414	2 044	7 340	
Gemeinden/Gemeindeverbände								
Deutschland	123 569	84 363	39 206	10 588	1 899	25 765	1 629	
Baden-Württemberg	6 759	6 445	314	822	233	5 132	629	
Bayern	14 032	13 636	396	1 471	169	2 266	1 121	
Brandenburg	2 251	1 542	710	109	71	548	898	
Hessen	14 881	10 003	4 878	1 537	69	3 782	2 454	
Mecklenburg-Vorpommern	1 964	1 460	504	571	32	392	1 193	
Niedersachsen	12 758	7 912	4 846	1 047	272	1 750	1 608	
Nordrhein-Westfalen	44 469	25 632	18 836	3 906	575	7 620	2 491	
Rheinland-Pfalz	10 788	5 567	5 221	341	6	1 661	2 692	
Saarland	2 750	1 110	1 641	52	9	283	2 697	
Sachsen	3 694	3 647	48	33	118	1 360	889	
Sachsen-Anhalt	3 701	2 697	1 004	37	158	312	1 579	
Schleswig-Holstein	3 144	2 503	642	570	68	443	1 111	
Thüringen	2 377	2 211	167	92	119	215	1 061	

9.5 Jahresabschlüsse öffentlicher Fonds, Einrichtungen und Unternehmen
9.5.1 Nach Wirtschaftsbereichen 2009

Die Jahresabschlussstatistik liefert mit den **Jahresabschlüssen der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen** Komplementärgrößen zu den Rechnungsergebnissen des öffentlichen Gesamthaushalts (Tab. 9.3). Bei zunehmender Ausgliederung von Aufgaben aus den öffentlichen Kernhaushalten ermöglichen sie die vollständige Darstellung der öffentlichen Finanzen.

	Insgesamt	Grundstücks- und Wohnungswesen	Wasser- versorgung	Abwasser- entsorgung	Energie- versorgung	Öffentliche Verwal- tung, Verteidigung, Sozialversicherung
Anzahl						
Fonds, Einrichtungen und Unternehmen	14 764	1 814	1 793	1 392	1 350	1 178
Beschäftigte	1 788 442	57 737	36 762	28 943	113 877	112 371
dar. weiblich	854 710	28 662	10 038	6 203	29 565	34 003
Mill. EUR						
Bilanz Aktivseite, Anlagenachweis						
Anlagevermögen	775 344	113 948	40 108	66 122	65 530	56 050
Immaterielle Vermögensgegenstände	5 767	232	657	1 043	758	215
Sachanlagen	452 536	107 130	37 111	63 389	42 442	26 581
Finanzanlagen	317 040	6 586	2 339	1 690	22 330	29 253
Umlaufvermögen	561 986	21 813	6 416	4 007	40 784	10 054
Vorräte zusammen	23 047	12 034	201	204	1 884	1 536
Forderungen	448 993	4 981	4 832	2 441	30 540	3 902
dar.: aus Lieferungen und Leistungen	371 763	681	2 245	1 045	11 653	1 389
an Gebietskörperschaften, Eigenbetriebe und Einrich- tungsträger	15 262	589	1 470	828	1 385	1 383
Wertpapiere, Bar- und Buchgeldbestände	89 946	4 798	1 383	1 361	8 361	4 616
Sonstige Aktiva	27 326	3 273	76	133	977	786
Bilanz Passivseite						
Eigenkapital	330 258	47 854	16 170	18 051	34 723	31 999
Gezeichnetes Grundkapital bzw. Stammkapital	110 967	12 786	6 140	4 358	11 817	19 982
Rücklagen	219 083	38 679	9 706	13 299	20 599	12 147
Gewinn/Verlust	209	- 3 612	324	394	2 308	- 131
Empfangene Ertragszuschüsse	23 884	140	6 176	10 478	4 728	756
Rückstellungen	165 912	7 201	1 756	2 155	24 622	15 194
dar.: Rückstellungen für Pensionen u. ä. Verpflichtungen	21 214	673	378	453	4 415	1 126
Sonstige Rückstellungen	141 900	6 378	1 278	1 685	19 530	14 035
Verbindlichkeiten	766 265	79 274	19 088	33 833	40 480	14 782
Sonstige Passiva	78 336	4 566	3 409	5 744	2 739	4 159
Bilanzsumme	1 364 656	139 034	46 600	70 261	107 292	66 890
Gewinn- und Verlustrechnung						
Umsatzerlöse	343 065	20 312	9 320	8 791	131 564	13 618
dar. Umsätze mit öffentlichen Haushalten	18 008	1 770	469	522	373	2 480
Bestandserhöhung oder -verminderung	- 4 294	105	9	10	- 26	- 4 821
Andere aktivierte Eigenleistungen	2 086	105	147	109	329	50
Sonstige betriebliche Erträge	55 803	2 609	797	761	6 480	10 386
dar. Zuweisungen und Zuschüsse von öffentlichen Haushalten	19 384	307	56	44	14	7 487
Betriebsertrag ¹⁾	398 218	23 134	10 272	9 671	138 347	19 233
Materialaufwand	199 373	9 552	4 134	2 920	111 016	2 989
dar. für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren	125 809	2 034	2 415	670	93 002	1 015
Personalaufwand	94 254	2 613	1 777	1 484	7 158	9 293
Löhne und Gehälter	65 405	2 049	1 383	1 109	5 412	3 603
Sozialabgaben, Altersversorgung und Unterstützung	28 849	564	394	376	1 746	5 689
Abschreibungen	28 336	4 129	1 853	2 486	3 932	1 001
dar. auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	27 522	3 739	1 829	2 467	3 765	984
Betriebsaufwand ²⁾	382 637	19 471	8 989	8 104	131 416	19 172
Betriebsfremde Erträge	35 455	536	359	92	2 603	1 764
Betriebsfremde Aufwendungen	35 092	2 940	818	1 334	2 220	871
dar. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	7 541	31	16	22	338	164
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	15 945	1 259	824	324	7 313	953
Außerordentliches Ergebnis	816	- 43	28	- 26	- 35	65
Steueraufwand	4 121	311	191	22	1 828	43
Erträge aus Verlustübernahmen	5 039	394	19	16	1 010	148
Abgeführte Gewinne aufgrund Gewinngemeinschaften, (Teil-) Gewinnabführungsverträgen	9 957	881	354	72	4 240	49
Jahresgewinn bzw. -überschuss, Jahresverlust bzw. -fehlbetrag	7 722	419	325	219	2 220	1 073

9.5 Jahresabschlüsse öffentlicher Fonds, Einrichtungen und Unternehmen

9.5.1 Nach Wirtschaftsbereichen 2009

	Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben, Unternehmensberatung	Gesundheitswesen	Sammlung, Behandlung und Beseitigung von Abfällen, Rückgewinnung	Erbringung von Dienstleistungen des Sports, der Unterhaltung und der Erholung	Landverkehr und Transport in Rohrleitungen	Übrige
Anzahl						
Fonds, Einrichtungen und Unternehmen	987	835	569	530	514	3 802
Beschäftigte	29 610	612 651	57 266	17 812	153 371	568 042
dar. weiblich	11 290	441 163	9 611	8 885	25 148	250 142
Mill. EUR						
Bilanz Aktivseite, Anlagenachweis						
Anlagevermögen	110 370	41 046	13 600	4 677	29 999	233 895
Immaterielle Vermögensgegenstände	355	284	87	11	117	2 006
Sachanlagen	4 825	39 630	10 625	3 827	24 963	92 012
Finanzanlagen	105 190	1 132	2 888	838	4 919	139 876
Umlaufvermögen	22 095	16 974	5 888	871	7 413	425 670
Vorräte zusammen	385	1 371	197	26	923	4 286
Forderungen	15 458	11 065	2 545	510	5 621	367 097
dar.: aus Lieferungen und Leistungen	395	5 911	643	46	687	347 066
an Gebietskörperschaften, Eigenbetriebe und Einrichtungsträger	559	3 760	1 030	150	436	3 672
Wertpapiere, Bar- und Buchgeldbestände	6 252	4 538	3 147	335	869	54 286
Sonstige Aktiva	290	1 772	339	75	42	19 563
Bilanz Passivseite						
Eigenkapital	75 457	11 471	4 082	2 533	12 062	75 857
Gezeichnetes Grundkapital bzw. Stammkapital	16 330	3 603	1 331	613	7 409	26 598
Rücklagen	57 917	8 721	2 717	2 341	5 694	47 809
Gewinn/Verlust	1 211	-853	580	-421	-1 041	1 451
Empfangene Ertragszuschüsse	74	56	319	20	527	610
Rückstellungen	9 792	6 714	7 549	206	6 653	84 070
dar.: Rückstellungen für Pensionen u. ä. Verpflichtungen	3 983	1 152	335	23	1 771	6 904
Sonstige Rückstellungen	5 000	5 471	7 081	165	4 806	76 471
Verbindlichkeiten	46 583	13 277	6 865	2 317	14 056	495 710
Sonstige Passiva	848	28 275	1 012	546	4 157	22 881
Bilanzsumme	132 754	59 792	19 827	5 623	37 454	679 128
Gewinn- und Verlustrechnung						
Umsatzerlöse	4 353	38 896	10 492	848	23 810	81 061
dar. Umsätze mit öffentlichen Haushalten	194	1 562	1 699	107	4 214	4 619
Bestandserhöhung oder -verminderung	5	83		4	32	305
Andere aktivierte Eigenleistungen	12	7	7	2	107	1 211
Sonstige betriebliche Erträge	4 229	9 192	964	409	3 095	16 883
dar. Zuweisungen und Zuschüsse von öffentlichen Haushalten	127	3 158	146	268	628	7 150
Betriebsertrag ¹⁾	8 599	49 728	11 463	1 264	27 044	99 464
Materialaufwand	2 947	12 703	5 568	511	14 920	32 113
dar. für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren	1 588	9 020	666	211	2 819	12 370
Personalaufwand	1 824	27 261	2 526	546	7 501	32 271
Löhne und Gehälter	1 346	21 891	1 958	433	5 981	20 240
Sozialabgaben, Altersversorgung und Unterstützung	478	5 370	568	112	1 521	12 032
Abschreibungen	375	2 852	1 059	206	2 222	8 220
dar. auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	366	2 777	1 052	203	2 198	8 142
Betriebsaufwand ²⁾	8 142	49 526	10 754	1 670	27 742	97 650
Betriebsfremde Erträge	7 950	241	301	156	744	20 710
Betriebsfremde Aufwendungen	9 316	205	345	86	644	16 312
dar. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	5 684	4	37	9	14	1 222
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	- 908	238	664	- 337	- 598	6 211
Außerordentliches Ergebnis	24	35	16	10	- 37	780
Steueraufwand	491	62	125	24	44	981
Erträge aus Verlustübernahmen	512	23	25	173	1 702	1 018
Abgeführte Gewinne aufgrund Gewinngemeinschaften, (Teil-) Gewinnabführungsverträgen	800	28	67	12	1 114	2 340
Jahresgewinn bzw. -überschuss, Jahresverlust bzw. -fehlbetrag ..	- 1 662	207	513	- 190	- 90	4 688

1 Einschl. Fördermittel nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG).

2 Einschl. Fördermittel nach dem KHG (negativer Saldo) sowie sonstige betriebliche Aufwendungen.

9.5 Jahresabschlüsse öffentlicher Fonds, Einrichtungen und Unternehmen
9.5.2 Nach Rechtsformen 2009

	Insgesamt	Privatrechtlich		Öffentlich-rechtlich		
		zusammen	darunter GmbH	zusammen	Eigenbetriebe	Zweckverbände
Anzahl						
Fonds, Einrichtungen und Unternehmen	14 764	9 409	8 535	5 355	3 867	1 095
Beschäftigte	1 788 442	1 071 417	823 066	717 025	379 417	37 184
dar.: weiblich	854 710	496 725	424 820	357 985	168 836	12 990
Mill. EUR						
Bilanz Aktivseite, Anlagenachweis						
Anlagevermögen	775 344	500 223	230 622	275 120	125 371	36 680
Immaterielle Vermögensgegenstände	5 767	3 619	2 216	2 148	1 377	418
Sachanlagen	452 536	254 248	158 035	198 288	117 495	33 805
Finanzanlagen	317 040	242 357	70 371	74 683	6 499	2 457
Umlaufvermögen	561 986	155 658	81 209	406 328	18 680	5 071
Vorräte zusammen	23 047	15 269	11 985	7 778	1 974	308
Forderungen	448 993	91 734	47 806	357 258	11 378	2 464
dar.: aus Lieferungen und Leistungen	371 763	29 523	15 512	342 240	2 938	1 104
an Gebietskörperschaften, Eigenbetriebe und Einrichtungssträger	15 262	6 588	6 099	8 674	5 417	651
Wertpapiere, Bar- und Buchgeldbestände	89 946	48 654	21 418	41 292	5 328	2 299
Sonstige Aktiva	27 326	20 468	3 992	6 858	978	139
Bilanz Passivseite						
Eigenkapital	330 258	213 382	111 104	116 877	47 993	12 086
Gezeichnetes Grundkapital bzw. Stammkapital	110 967	60 250	25 567	50 717	18 275	3 840
Rücklagen	219 083	151 220	83 765	67 863	30 591	8 219
Gewinn/Verlust	209	1 912	1 771	- 1 703	- 874	26
Empfangene Ertragszuschüsse	23 884	7 021	4 266	16 862	9 659	5 963
Rückstellungen	165 912	126 948	31 159	38 965	9 831	2 658
dar.: Rückstellungen für Pensionen u.ä. Verpflichtungen	21 214	15 833	5 788	5 381	1 203	351
Sonstige Rückstellungen	141 900	108 571	24 184	33 328	8 513	2 279
Verbindlichkeiten	766 265	294 732	146 039	471 533	60 425	17 197
Sonstige Passiva	78 336	34 266	23 254	44 069	17 120	3 986
Bilanzsumme	1 364 656	676 349	315 823	688 306	145 028	41 890
Gewinn- und Verlustrechnung						
Umsatzerlöse	343 065	274 829	168 004	68 236	34 249	7 086
dar. Umsätze mit öffentlichen Haushalten	18 008	8 917	4 586	9 091	4 845	936
Bestandserhöhung oder -verminderung	- 4 294	387	335	- 4 681	84	20
Andere aktivierte Eigenleistungen	2 086	1 770	1 003	316	190	66
Sonstige betriebliche Erträge	55 803	27 420	15 233	28 383	14 889	916
dar. Zuweisungen und Zuschüsse von öffentlichen Haushalten	19 384	2 715	2 500	16 669	11 381	83
Betriebsbeitrag ¹	398 218	305 224	185 367	92 995	49 677	8 115
Materialaufwand	199 373	174 545	110 062	24 828	13 419	2 936
dar. für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren	125 809	115 041	73 892	10 768	5 128	840
Personalaufwand	94 254	57 387	35 302	36 867	21 413	1 698
Löhne und Gehälter	65 405	40 179	28 215	25 226	13 013	1 306
Sozialabgaben, Altersversorgung und Unterstützung	28 849	17 208	7 086	11 641	8 400	393
Abschreibungen	28 336	19 197	10 698	9 139	4 987	1 606
dar. auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	27 522	18 682	10 373	8 840	4 910	1 575
Betriebsaufwand ²	382 637	292 584	176 585	90 053	47 674	7 416
Betriebsfremde Erträge	35 455	19 963	6 685	15 492	599	259
Betriebsfremde Aufwendungen	35 092	20 824	8 105	14 268	2 277	685
dar. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	7 541	7 194	1 217	346	153	12
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	15 945	11 779	7 363	4 165	325	273
Außerordentliches Ergebnis	816	998	1 023	- 0 182	- 131	- 12
Steueraufwand	4 121	3 578	2 046	543	363	33
Erträge aus Verlustübernahmen	5 039	4 750	3 118	289	172	27
Abgeführte Gewinne aufgrund Gewinngemeinschaften, (Teil-) Gewinnabführungsverträgen	9 957	9 066	5 197	891	206	29
Jahresgewinn bzw. -überschuss, Jahresverlust bzw. -fehlbetrag ..	7 722	4 884	4 261	2 838	- 204	226

1 Einschl. Fördermittel nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG).

2 Einschl. Fördermittel nach dem KHG (negativer Saldo) sowie sonstige betriebliche Aufwendungen.

9.6 Kassenmäßige Steuereinnahmen – Steueraufkommen nach Steuerarten

	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
	Mill. EUR				%			
Insgesamt	561 182	524 000	530 587	573 351	100,0	100,0	100,0	100,0
Gemeinschaftsteuern (netto) nach Art. 106 Abs. 3 GG	396 472	370 676	372 857	403 567	70,6	70,7	70,3	70,4
Lohnsteuer ¹	141 895	135 165	127 904	139 749	25,3	25,8	24,1	24,4
Veranlagte Einkommensteuer ²	32 685	26 430	31 179	31 996	5,8	5,0	5,9	5,6
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag ²	16 575	12 474	12 982	18 136	3,0	2,4	2,4	3,2
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschl. ehem. Zinsabschlag)	13 459	12 442	8 709	8 020	2,4	2,4	1,6	1,4
Körperschaftsteuer ²	15 868	7 173	12 041	15 634	2,8	1,4	2,3	2,7
Umsatzsteuer	130 789	141 907	136 459	138 957	23,3	27,1	25,7	24,2
Einfuhrumsatzsteuer	45 200	35 084	43 582	51 076	8,1	6,7	8,2	8,9
Bundessteuern¹³	86 302	89 318	93 426	99 134	15,4	17,0	17,6	17,3
Versicherungsteuer	10 478	10 548	10 284	10 754	1,9	2,0	1,9	1,9
Tabaksteuer	13 574	13 366	13 492	14 414	2,4	2,6	2,5	2,5
Kaffeesteuer	1 008	997	1 002	1 028	0,2	0,2	0,2	0,2
Branntweinsteuer	2 126	2 101	1 990	2 149	0,4	0,4	0,4	0,4
Alcopopsteuer	3	2	2	2	0,0	0,0	0,0	0,0
Schaumweinsteuer	430	446	422	454	0,1	0,1	0,1	0,1
Zwischenerzeugnissteuer	27	26	22	16	0,0	0,0	0,0	0,0
Stromsteuer	6 261	6 278	6 171	7 247	1,1	1,2	1,2	1,3
Energiesteuer	39 248	39 822	39 838	40 036	7,0	7,6	7,5	7,0
Kraftfahrzeugsteuer ¹⁴	–	3 803	8 488	8 422	–	0,7	1,6	1,5
Luftverkehrssteuer	–	–	–	905	–	–	–	0,2
Kernbrennstoffsteuer	–	–	–	922	–	–	–	0,2
Solidaritätszuschlag	13 146	11 927	11 713	12 781	2,3	2,3	2,2	2,2
Pauschalierte Eingangsabgaben	2	3	2	3	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Bundessteuern	0	0	0	0	0,0	0,0	0,0	0,0
Landessteuern¹³	21 937	16 375	12 146	13 095	3,9	3,1	2,3	2,3
Vermögensteuer	–7	7	1	–4	–0,0	0,0	0,0	–0,0
Erbschaftsteuer	4 771	4 550	4 404	4 246	0,9	0,9	0,8	0,7
Grunderwerbsteuer	5 728	4 857	5 290	6 366	1,0	0,9	1,0	1,1
Kraftfahrzeugsteuer ¹⁴	8 842	4 398	–	–	1,6	0,8	–	–
Rennwett- und Lotteriesteuer	1 536	1 511	1 412	1 420	0,3	0,3	0,3	0,2
Feuerschutzsteuer	327	323	326	365	0,1	0,1	0,1	0,1
Biersteuer	739	730	712	702	0,1	0,1	0,1	0,1
Zölle	4 002	3 604	4 378	4 571	0,7	0,7	0,8	0,8
Gemeindesteuern¹⁵	52 468	44 028	47 780	52 984	9,3	8,4	9,0	9,2
Grundsteuer A	356	356	361	368	0,1	0,1	0,1	0,1
Grundsteuer B	10 451	10 580	10 954	11 306	1,9	2,0	2,1	2,0
Gewerbesteuer (brutto)	41 037	32 421	35 711	40 424	7,3	6,2	6,7	7,1
Sonstige Steuern der Gemeinden	624	671	754	886	0,1	0,1	0,1	0,2

Vor der Verteilung.

1 Nach Abzug von Kindergeld (Familienkassen- und steuerliches Kindergeld), ausschl. Pauschsteuer Mini-Jobs und Altersvorsorge.

2 Nach Abzug von Erstattungen des Bundeszentralamtes für Steuern (BZSt).

3 Ohne den gemeindlichen Bereich der Stadtstaaten.

4 Ab 1.7.2009 steht das Aufkommen aus der Kfz-Steuer dem Bund zu.

5 Einschl. des gemeindlichen Bereichs der Stadtstaaten, ohne steuerähnliche Einnahmen.

9.7 Lohn- und Einkommensteuer

9.7.1 Besteuerungsgrundlagen der Einkommensteuer 2007

	Steueraufkommen		Veränderung 2007 gegen- über Vorjahr
	2007	2006	
	Mrd. EUR		%
Einkünfte aus:			
Land- und Forstwirtschaft ¹	9,2	8,2	11,9
+ Gewerbebetrieb ¹	113,8	104,7	8,7
+ selbstständiger Arbeit ¹	65,8	60,9	8,0
+ nichtselbstständiger Arbeit ²	797,3	772,8	3,2
+ Kapitalvermögen ^{1,2}	29,1	20,2	44,3
+ Vermietung und Verpachtung ^{1,2}	10,9	8,5	28,5
+ Sonstige ^{1,2}	41,0	38,0	7,9
= Summe der Einkünfte	1 067,1	1 013,3	5,3
- Altersentlastungsbetrag	4,1	3,5	18,7
- Entlastungsbetrag für Alleinerziehende	1,2	1,2	-1,1
= Gesamtbetrag der Einkünfte	1 061,4	1 008,2	5,3
- Verlustabzug	6,5	6,9	-4,7
- Sonderausgaben	117,1	111,2	5,4
- außergewöhnliche Belastungen	10,3	10,2	1,2
- Altersvorsorgebeiträge	2,4	1,7	42,8
- Steuerbegünstigungen	0,5	0,6	-18,9
= Einkommen	924,6	877,2	5,4
- Kinderfreibetrag	18,3	17,2	6,9
= zu versteuerndes Einkommen	906,1	859,8	5,4
= tarifliche Einkommensteuer	193,5	177,7	8,9
- Steuerermäßigungen	5,9	5,5	7,7
+ hinzuzurechnendes Kindergeld	5,7	5,3	7,0
= festzusetzende Einkommensteuer	193,0	177,8	8,5

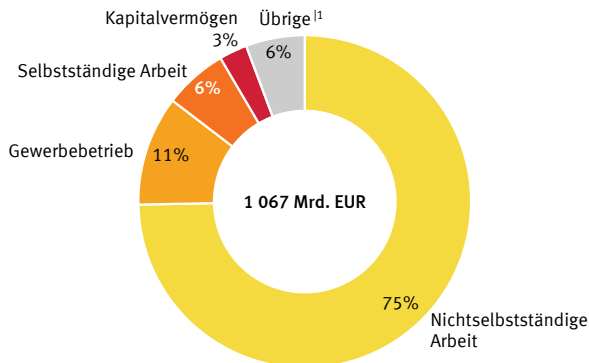
1 Gewinneinkünfte.
2 Überschusseinkünfte.

Die **Einkommensteuer** wird auf das Einkommen von natürlichen Personen erhoben. Bei bestimmten Einkünften wird die Einkommensteuer bei der Einkommensentstehung durch Steuerabzug (z. B. Lohnsteuer und Kapitalertragsteuer, Zinsabschlag) erhoben. Rechtsgrundlage ist das Einkommensteuergesetz (EStG).

Die **Lohnsteuer** ist eine Erhebungsform der Einkommensteuer, also keine Steuer eigener Art. Sie wird bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern durch Abzug vom Arbeitslohn erhoben.

Einkunftsarten 2007

Anteil an den Einkünften insgesamt



1 Vermietung und Verpachtung, Land- und Forstwirtschaft sowie Sonstiges.

2012 - 01 - 0597

9.7 Lohn- und Einkommensteuer

9.7.2 Steuerpflichtige mit Einkünften aus freiberuflicher Tätigkeit in ausgewählten Freien Berufen 2007

Berufsgruppe ¹	Einkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit					
	insgesamt			darunter überwiegende Einkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit ²		
	Steuerfälle	Summe	je Steuerfall	Steuerfälle	Summe	je Steuerfall
	Anzahl	1 000 EUR	EUR	Anzahl	1 000 EUR	EUR
Freie Berufe insgesamt	1 159 407	50 600 927	43 644	842 564	48 410 130	57 456
Rechtsanwälte/-anwältinnen, Notare/Notarinnen (einschl. Patentanwälte/-anwältinnen)	71 814	4 810 411	66 984	58 749	4 695 178	79 919
Rechtsanwälte/-anwältinnen ohne Notariat	58 311	3 460 976	59 354	47 788	3 375 850	70 642
Rechtsanwälte/-anwältinnen mit Notariat ³	9 803	703 113	71 724	8 150	688 201	84 442
Notare/Notarinnen	2 008	386 159	192 310	1 435	374 492	260 970
Patentanwälte/-anwältinnen	1 692	260 163	153 761	1 376	256 634	186 508
Freiberufliche Tätigkeit im Bereich sonstiger Rechtsberatung	10 502	443 454	42 226	6 730	419 115	62 276
Wirtschaftsprüfer/-innen und vereidigte Buchprüfer/-innen	2 708	183 846	67 890	1 835	172 603	94 062
Wirtschaftsprüfer/-innen	2 306	160 193	69 468	1 537	149 772	97 444
Vereidigte Buchprüfer/-innen	402	23 653	58 839	298	22 831	76 615
Steuerberater/-innen und Steuerbevollmächtigte	40 535	3 022 724	74 571	33 158	2 952 356	89 039
Sonstige Wirtschaftsberater/-innen (ohne Vermögensberater/-innen und -verwalter/-innen)	58 911	2 459 259	41 745	38 194	2 231 459	58 424
Markt- und Meinungsforschung	2 757	47 968	17 398	1 866	44 468	23 831
Unternehmens- und Public-Relations-Berater/-innen	56 154	2 411 291	42 941	36 328	2 186 990	60 201
Tätigkeiten im Bereich Datenverarbeitung zusammen	30 057	1 118 732	37 220	20 841	1 065 331	51 117
Programmierungstätigkeiten	13 574	461 837	34 024	9 435	440 662	46 705
Erbringung von Beratungsdienstleistungen auf dem Gebiet der Informationstechnologie	12 075	497 685	41 216	8 295	474 660	57 222
Sonstige Tätigkeiten im Bereich Datenverarbeitung	4 408	159 211	36 119	3 111	150 008	48 219
Forschungs- und Entwicklungstätigkeit	16 020	458 307	28 608	8 733	408 478	46 774
Werbung	16 306	271 269	16 636	11 564	255 251	22 073
Lehrtätigkeit	152 486	2 239 267	14 685	94 381	1 987 275	21 056
Sonstige Lehrtätigkeit	141 194	1 851 254	13 111	84 071	1 603 567	19 074
Fahr- und Flugschulen	11 292	388 012	34 362	10 310	383 707	37 217
Ärzte/Ärztinnen (Ärzte/Ärztinnen für Allgemeinmedizin, praktische Ärzte/Ärztinnen und Fachärzte/-ärztinnen)	138 727	14 536 448	104 785	113 097	14 114 431	124 799
Zahnärzte/Zahnärztinnen (einschl. Dentisten/Dentistinnen), ohne Zahntechniker/-innen	45 400	5 552 683	122 306	44 016	5 529 476	125 624
Tierärzte/Tierärztinnen	9 976	4 788 618	47 977	8 566	4 688 500	54 693
Sonstige Heilberufe	146 305	4 284 903	29 287	110 807	4 081 363	36 833
Heilpraktiker/-innen	22 040	356 991	16 197	17 041	350 896	20 591
Psychologische Psychotherapeuten/Psychotherapeutinnen	30 011	1 068 843	35 615	23 352	1 030 496	44 129
Masseure/Masseurinnen, medizinische Bademeister/-innen, Krankengymnasten/-gymnastinnen, Entbindungspfleger/Hebammen und verwandte Berufe	47 696	1 406 331	29 485	39 977	1 369 751	34 263
Sonstige selbstständige Tätigkeiten im Gesundheitswesen	46 558	1 452 738	31 203	30 437	1 330 220	43 704
Architekten/Architektinnen, Innenarchitekten/-architektinnen, Vermessungs- und Bauingenieure/-ingenieurinnen (ohne Film- und Bühnenarchitekten/-architektinnen)	120 156	4 298 781	35 777	92 661	4 109 821	44 353
Tätigkeiten im Bereich Hochbau und Innenarchitektur	46 379	1 495 201	32 239	38 281	1 454 410	37 993
Tätigkeiten im Bereich Orts-, Regional- und Landesplanung	5 574	179 358	32 178	4 551	173 805	38 191
Tätigkeiten im Bereich Garten- und Landschaftsgestaltung	3 540	88 194	24 913	2 796	85 519	30 586
Bautechnische Gesamtplanung	40 524	1 595 656	39 376	31 021	1 522 748	49 088
Sonstige Ingenieurbüros	21 500	796 616	37 052	13 768	732 021	53 168
Vermessungsingenieure/-ingenieurinnen	2 639	143 577	54 474	2 244	141 318	62 976
Ingenieure/Ingenieurinnen für technische Fachplanung und Ingenieurdesign	41 193	1 587 689	38 543	30 252	1 505 580	49 768
Technische, physikalische und chemische Untersuchung	5 065	161 125	31 811	2 930	145 442	49 639
Künstlerische Berufe	140 695	2 212 661	15 727	87 269	1 973 524	22 614
Bildende Künstler/-innen	33 959	492 195	14 494	26 906	473 453	17 597
Restauratoren/Restauratorinnen	1 838	30 590	16 643	1 543	29 697	19 246
Komponisten/Komponistinnen und Musikbearbeiter/-innen	10 291	203 084	19 734	6 557	185 397	28 275
Schriftsteller/-innen	34 635	601 128	17 356	14 966	508 755	33 994
Bühnen-, Film-, Hörfunk- und Fernsehkünstler/-innen	52 567	739 997	14 077	32 026	640 975	20 014
Artisten/Artistinnen	1 789	25 283	14 133	1 358	23 570	17 357
Filmhersteller/-innen, Kameramann/-frau (einschl. Tonstudio)	5 616	120 383	21 436	3 913	111 676	28 540
Freiberufliche Tätigkeit im Bereich Journalismus	53 008	984 595	18 574	35 042	897 592	25 615
Tätigkeit für/in Korrespondenz- und Nachrichtenbüros	896	17 512	19 544	596	15 904	26 684
Journalisten/Journalistinnen und Pressefotografen/-fotografinnen	52 112	967 084	18 558	34 446	881 688	25 596
Freiberuflich tätige Fotografen/Fotografinnen	10 116	210 814	20 840	7 953	204 357	25 696
Übersetzer/-innen und Dolmetscher/-innen	21 925	389 297	17 756	16 225	367 308	22 638
Textil-, Schmuck-, Grafik- u. ä. Design	8 248	217 939	26 423	7 122	211 304	29 669
Freiberuflich tätige Sachverständige⁴	18 337	547 074	29 834	11 562	483 828	41 846
Lotsen/Lotsinnen	917	131 031	142 891	877	130 558	148 869

Die Daten sind aufgrund von Änderungen der Wirtschaftszweigsystematik zum Teil mit den vorherigen Erhebungen nicht vergleichbar.

1 In Anlehnung an die Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Die Einkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit überwiegen die jeweiligen Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, aus Gewerbebetrieb und aus nichtselbstständiger Arbeit.

3 Diese Kombination ist nicht in allen Bundesländern vertreten.

4 Ab 2007 einschl. Künstleragenturen, Sicherheitsberatung, Managementberatung für landwirtschaftliche Betriebe etc.

9.7 Lohn- und Einkommensteuer

9.7.3 Veranlagte Einkommensteuerpflichtige 2007

Einkommensteuerpflichtige sind alle natürlichen Personen, soweit sie Einkünfte aus einer der im Einkommensteuergesetz bezeichneten sieben Einkunftsarten beziehen (Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb, selbstständige Arbeit, nichtselbstständige Arbeit, Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung, sonstige Einkünfte). Die unbeschränkte Einkommensteuerpflicht betrifft Personen mit Wohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthalt im Inland. Die Gruppe der veranlagten Steuerpflichtigen umfasst die gesetzlich zur Veranlagung verpflichteten und freiwillig veranlagten Personen.

	Gesamtbetrag der Einkünfte				Zu versteuerndes Einkommen				Festgesetzte Einkommensteuer			
	Steuerpflichtige	%	1 000 EUR	%	Steuerpflichtige	%	1 000 EUR	%	Steuerpflichtige	%	1 000 EUR	%
Insgesamt	26 611 614	X	1 061 440 649	X	26 610 842	X	906 052 574	X	21 080 589	X	192 958 911	X
Verlustfälle (Steuerpflichtige mit negativem Gesamtbetrag der Einkünfte)												
Zusammen	284 551	100,0	- 5 936 427	100,0	284 551	100,0	- 6 883 007	100,0	-	-	-	-
Gewinnfälle (Steuerpflichtige mit positivem Gesamtbetrag der Einkünfte von ... bis unter ... EUR)												
0 – 7 500 ...	2 443 336	9,3	8 381 749	0,8	2 442 778	9,3	4 411 849	0,5	125 880	0,6	21 533	0,0
7 500 – 15 000 ...	3 600 602	13,7	40 930 264	3,8	3 600 521	13,7	28 872 997	3,2	1 741 088	8,3	749 753	0,4
15 000 – 25 000 ...	4 954 802	18,8	99 382 998	9,3	4 954 763	18,8	78 243 161	8,6	4 004 168	19,0	6 940 931	3,6
25 000 – 50 000 ...	9 327 010	35,4	332 863 246	31,2	9 326 976	35,4	283 407 813	31,0	9 229 276	43,8	43 451 724	22,5
50 000 – 100 000 ...	4 748 417	18,0	318 583 479	29,8	4 748 396	18,0	277 376 848	30,4	4 734 841	22,5	61 285 658	31,8
100 000 – 250 000 ...	1 071 598	4,1	149 392 068	14,0	1 071 571	4,1	131 105 928	14,4	1 066 243	5,1	40 301 356	20,9
250 000 – 500 000 ...	129 439	0,5	43 159 709	4,0	129 432	0,5	39 393 571	4,3	128 020	0,6	14 205 087	7,4
500 000 – 1 000 000 ...	35 178	0,1	23 569 993	2,2	35 173	0,1	21 869 179	2,4	34 618	0,2	8 213 693	4,3
1 000 000 – 2 500 000 ...	12 245	0,0	18 108 636	1,7	12 245	0,0	16 873 898	1,8	12 038	0,1	6 340 287	3,3
2 500 000 – 5 000 000 ...	2 807	0,0	9 535 571	0,9	2 807	0,0	8 950 904	1,0	2 793	0,0	3 276 940	1,7
5 000 000 oder mehr	1 629	0,0	23 469 365	2,2	1 629	0,0	22 429 434	2,5	1 624	0,0	8 171 948	4,2
Zusammen	26 327 063	100,0	1 067 377 077	100,0	26 326 291	100,0	912 935 581	100,0	21 080 589	100,0	192 958 911	100,0

9.8 Körperschaftsteuer der unbeschränkt Körperschaftsteuerpflichtigen 2007

Bestimmte juristische Personen, z. B. Kapitalgesellschaften, Aktiengesellschaften (AG) oder Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH), unterliegen der **Körperschaftsteuer**. Es handelt sich hierbei um eine besondere Art der Einkommensteuer und eine Gemeinschaftsteuer nach Art. 106 Absatz 3 GG. Dies bedeutet, dass das Aufkommen aus der Körperschaftsteuer Bund und Ländern gemeinsam zusteht. Die Körperschaftsteuer erheben die Länder.

Gesamtbetrag der Einkünfte von ... bis unter ... EUR	Kapitalgesellschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen insgesamt ¹									
	Gesamtbetrag der Einkünfte		zu versteuerndes Einkommen/Verlust		festgesetzte Körperschaftsteuer				verbleibender Verlustvortrag zum 31.12. des Berichtsjahres	
	Steuerpflichtige	1 000 EUR	Steuerpflichtige	1 000 EUR	positiv		negativ		Steuerpflichtige	1 000 EUR
Gewinn- und Verlustfälle										
Insgesamt	876 408	99 765 682	686 086	72 289 028	375 424	29 739 342	188	- 3 046	457 079	531 202 900
dar. Nichtsteuerbelastete ..	500 984	- 41 989 407	310 837	- 48 710 599	-	-	188	- 3 046	454 309	411 022 303
Verlustfälle (Steuerpflichtige mit negativem Gesamtbetrag der Einkünfte)										
unter – 25 Mill.	196	- 21 100 226	196	21 100 226	-	-	-	-	196	110 124 684
- 25 Mill. – 5 Mill.	947	- 9 486 533	947	- 9 486 533	9	2 753	.	.	947	51 424 053
- 5 Mill. – 1 Mill.	4 152	- 8 571 084	4 151	- 8 567 818	53	3 159	4	- 146	4 152	54 653 834
- 1 Mill. – 500 000 ...	4 202	- 2 937 303	4 202	- 2 937 303	40	1 634	.	.	4 191	19 752 754
- 500 000 – 100 000 ...	24 651	- 5 256 359	24 647	- 5 255 703	64	1 822	16	- 186	23 560	38 197 842
- 100 000 – 50 000 ...	23 326	- 1 643 665	23 325	- 1 643 615	22	280	8	- 47	22 107	13 428 784
- 50 000 – 25 000 ...	34 430	- 1 220 230	34 428	- 1 220 164	19	78	9	- 18	32 487	8 926 112
- 25 000 – 0	209 569	- 1 382 564	209 559	- 1 382 483	33	154	59	- 189	196 684	23 834 293
Zusammen	301 473	- 51 597 965	301 455	- 51 593 846	240	9 880	103	- 919	284 324	320 342 356
dar. Nichtsteuerbelastete ..	301 233	- 51 363 049	301 215	- 51 358 930	-	-	103	- 919	284 092	316 671 262
Gewinnfälle (Steuerpflichtige mit positivem Gesamtbetrag der Einkünfte)										
0 – 25 000 ...	366 863	2 324 401	220 707	1 295 138	213 803	324 513	39	- 392	129 010	31 285 282
25 000 – 50 000 ...	63 787	2 271 817	44 976	1 398 542	43 820	349 473	.	.	17 687	7 259 342
50 000 – 100 000 ...	50 575	3 577 223	38 651	2 450 897	37 936	612 237	14	- 104	11 240	10 625 539
100 000 – 500 000 ...	65 778	14 410 060	54 504	11 238 422	53 891	2 805 890	16	- 221	10 647	25 611 923
500 000 – 1 Mill.	13 061	9 164 182	10 973	7 248 130	10 959	1 808 627	7	- 257	2 063	18 343 648
1 Mill. – 5 Mill.	11 454	23 720 269	11 408	20 510 370	11 373	5 102 951	.	.	1 509	22 882 431
5 Mill. – 25 Mill.	2 788	27 981 763	2 784	23 986 713	2 777	5 907 755	-	-	485	27 143 329
25 Mill. und mehr	629	67 913 931	628	55 754 662	625	12 818 016	-	-	114	67 709 051
Zusammen	574 935	151 363 647	384 631	123 882 874	375 184	29 729 463	85	- 2 128	172 755	210 860 544
dar. Nichtsteuerbelastete ..	199 751	9 373 641	9 622	2 648 331	-	-	85	- 2 128	170 229	94 350 567

1 Ohne steuerbefreite Körperschaften, die zur Gliederung ihres verwendbaren Eigenkapitals verpflichtet sind, und ohne Organgesellschaften.

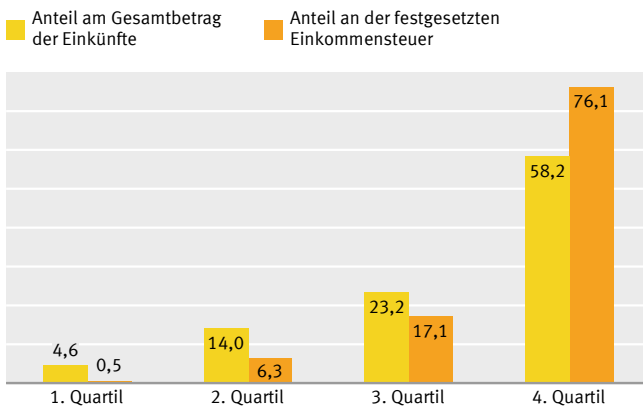
9.9 Personengesellschaften, Gemeinschaften mit Einkünften aus Gewerbebetrieb 2007

Personengesellschaften und Gemeinschaften sind selbst nicht Träger von Rechten und Pflichten. Sie werden durch die Gesellschafter verkörpert. Gesellschafter können sowohl natürliche Personen als auch Körperschaften sein.

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsabschnitt	Negative Einkünfte aus Gewerbebetrieb – Verlustfälle			Positive Einkünfte aus Gewerbebetrieb – Gewinnfälle				
		Einkünfte aus Gewerbebetrieb		Gesamt-betrag der Einkünfte/ Einnahmen	Anzahl der Mitunter-nehmer/-innen	Einkünfte aus Gewerbebetrieb		Gesamt-betrag der Einkünfte/ Einnahmen	Anzahl der Mitunter-nehmer/-innen
		Gesellschaf-ten/Gemein-schaften	1 000 EUR			Gesellschaf-ten/Gemein-schaften	1 000 EUR		
A – O	Wirtschaftsabschnitte insgesamt	129 569	- 20 860 139	- 20 906 807	582 880	336 466	115 638 059	116 167 930	2 155 153
A	Land- und Forstwirtschaft	1 672	- 62 859	- 54 151	5 632	5 878	347 195	361 061	20 374
B	Fischerei und Fischzucht	39	- 1 336	.	100	.	.	8 017	260
C	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	306	- 85 717	- 85 694	1 067	992	753 338	.	.
D	Verarbeitendes Gewerbe	10 021	- 4 048 645	- 4 042 250	30 106	39 399	32 155 269	32 178 691	127 062
E	Energie- und Wasserversorgung	13 158	- 1 006 031	- 1 004 807	65 192	12 828	3 603 040	3 606 174	141 161
F	Baugewerbe	5 018	- 440 896	- 439 374	12 624	31 374	3 189 150	3 191 587	79 322
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahr-zeugen und Gebrauchsgütern	24 593	- 1 984 368	- 2 006 984	62 146	67 337	16 911 780	16 922 114	180 706
H	Gastgewerbe	7 188	- 337 883	- 336 234	23 886	17 894	1 114 327	1 118 062	49 473
I	Verkehr- und Nachrichtenübermittlung	4 135	- 2 143 436	.	26 589	15 125	5 034 754	5 037 008	551 840
J	Kredit- und Versicherungsgewerbe	1 678	- 371 539	- 369 870	10 924	6 699	3 496 278	3 502 674	72 018
K	Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaft-lichen Dienstleistungen a. n. g.	45 085	- 8 395 001	- 8 478 969	271 877	100 909	43 414 488	43 637 787	644 049
L	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozial-versicherung	-	-	-	-
M	Erziehung und Unterricht	485	- 9 789	- 9 392	1 385	1 287	86 679	87 479	3 145
N	Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	1 901	- 168 339	- 134 047	7 903	4 196	1 263 600	1 330 356	18 264
O	Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	12 993	- 1 748 621	- 1 746 613	58 024	29 669	4 043 875	4 059 334	124 813
	Nicht zuordenbar	1 297	- 55 681	- 54 002	5 425	2 775	216 267	373 868	139 219

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003), Tiefengliederung für die Steuer-statistiken.

Einkünfte und festgesetzte Einkommensteuer 2007 nach Einkunftshöhe der Steuerpflichtigen in Quartilen, in %



2012 - 01 - 0605

Die 25% der Steuerpflichtigen mit den höchsten Einkünften (4. Quartil 2007) erzielten 58,2% der Einkünfte und zahlten 76,1% der gesamten festgesetzten Einkommensteuer. Die 25% der Steuerpflichtigen mit den niedrigsten Einkünften (1. Quartil) vereinigten 4,6% der Einkünfte auf sich und trugen 0,5% zur festgesetzten Einkommensteuer bei.

9.10 Gewerbesteuer

Die Gewerbesteuer ist eine von den Gemeinden erhobene Realsteuer, der inländische Gewerbebetriebe unterliegen. Die Höhe richtet sich nach dem Gewerbeertrag und dem örtlichen Hebesatz.

	Steuerpflichtige		Gewinn		Verlust		Abgerundeter Gewerbeertrag ¹¹	Steuermessbetrag ¹¹		
	2007									
	Anzahl	%	Anzahl	1 000 EUR	Anzahl	1 000 EUR	1 000 EUR	1 000 EUR	%	
nach der Höhe des abgerundeten Gewerbeertrags										
Insgesamt	2 975 021	100,0	2 266 607	275 791 819	708 414	- 98 613 369	197 273 233	10 884 778	100,0	
mit Steuermessbetrag von 0										
mit negativem Gewerbeertrag	749 685	25,2	81 697	15 810 908	667 988	- 72 509 953	- 63 201 524	-	-	
ohne Gewerbeertrag	416 111	14,0	395 235	15 228 940	20 876	- 1 991 536	-	-	-	
mit positivem Gewerbeertrag	575 588	19,3	567 422	8 477 720	8 166	- 254 125	6 889 956	-	-	
Zusammen	1 741 384	58,5	1 044 354	39 517 569	697 030	- 74 755 614	- 56 311 568	-	-	
mit positivem Steuermessbetrag										
Gewerbeertrag von ... bis unter ... EUR										
unter 4 000	53 451	1,8	49 938	334 535	3 513	- 38 314	87 357	4 370	0,0	
4 000 - 12 100	57 593	1,9	55 900	807 150	1 693	- 29 336	435 136	20 751	0,2	
12 100 - 24 100	44 861	1,5	43 923	1 028 928	938	- 44 703	783 845	38 650	0,4	
24 100 - 48 100	514 831	17,3	513 567	18 401 635	1 264	- 195 967	17 757 196	133 776	1,2	
48 100 - 72 100	220 613	7,4	220 100	13 383 120	513	- 74 018	12 895 018	203 065	1,9	
72 100 - 125 000	168 512	5,7	167 901	16 319 276	611	- 131 360	15 624 132	438 642	4,0	
125 000 - 250 000	91 266	3,1	90 721	17 119 424	545	- 155 781	15 586 104	621 125	5,7	
250 000 - 500 000	39 539	1,3	39 073	15 299 140	466	- 295 133	13 631 370	629 326	5,8	
500 000 - 2 500 000	33 129	1,1	32 233	36 979 036	896	- 1 577 404	34 147 071	1 672 696	15,4	
2 500 000 - 5 000 000	4 764	0,2	4 453	16 814 753	311	- 1 056 781	16 601 393	825 252	7,6	
5 000 000 und mehr	5 078	0,2	4 444	99 787 254	634	- 20 258 958	126 036 180	6 297 125	57,9	
Zusammen	1 233 637	41,5	1 222 253	236 274 250	11 384	- 23 857 755	253 584 801	10 884 778	100,0	
nach Rechtsformgruppen										
Einzelgewerbetreibende	1 705 552	57,3	1 388 658	53 543 004	316 894	- 3 821 956	48 992 779	870 680	8,0	
Personengesellschaften u. Ä.	358 357	12,0	264 548	93 630 737	93 809	- 21 690 566	52 301 758	3 098 603	28,5	
Kapitalgesellschaften ¹²	853 758	28,7	575 289	121 001 004	278 469	- 70 086 794	89 413 543	6 498 175	59,7	
Übrige juristische Personen	57 354	1,9	38 112	7 617 074	19 242	- 3 014 053	6 565 152	417 319	3,8	
nach Wirtschaftsabschnitten¹³										
A Land- und Forstwirtschaft	47 769	1,6	37 163	1 940 103	10 606	- 332 371	1 393 260	43 452	0,4	
B Fischerei und Fischzucht	496	0,0	342	17 457	154	- 3 722	5 814	390	0,0	
C Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ...	3 470	0,1	2 628	4 040 175	842	- 3 278 116	- 1 426 146	89 808	0,8	
D Verarbeitendes Gewerbe	290 743	9,8	230 535	73 514 964	60 208	- 22 669 929	64 803 105	3 594 471	33,0	
E Energie- und Wasserversorgung	45 544	1,5	21 450	10 840 097	24 094	- 2 648 166	7 244 997	438 954	4,0	
F Baugewerbe	337 066	11,3	279 926	13 497 859	57 140	- 2 264 070	10 441 480	324 722	3,0	
G Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	706 795	23,8	528 714	46 929 319	178 081	- 8 309 740	37 485 263	1 718 663	15,8	
H Gastgewerbe	189 357	6,4	144 489	4 924 275	44 868	- 1 155 499	3 690 577	86 351	0,8	
I Verkehr und Nachrichtenübermittlung	122 867	4,1	100 822	10 048 054	22 045	- 9 782 273	4 412 001	356 677	3,3	
J Kredit- und Versicherungsgewerbe	121 038	4,1	106 339	26 079 088	14 699	- 6 006 370	22 057 578	1 113 983	10,2	
K Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen a. n. g.	772 300	26,0	566 931	71 613 010	205 369	- 36 151 898	40 262 270	2 754 011	25,3	
L Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
M Erziehung und Unterricht	11 522	0,4	7 929	302 575	3 593	- 80 075	188 445	8 053	0,1	
N Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	27 829	0,9	18 546	1 043 670	9 283	- 540 216	419 571	33 762	0,3	
O Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	298 225	10,0	220 793	11 001 173	77 432	- 5 390 924	6 295 019	321 481	3,0	

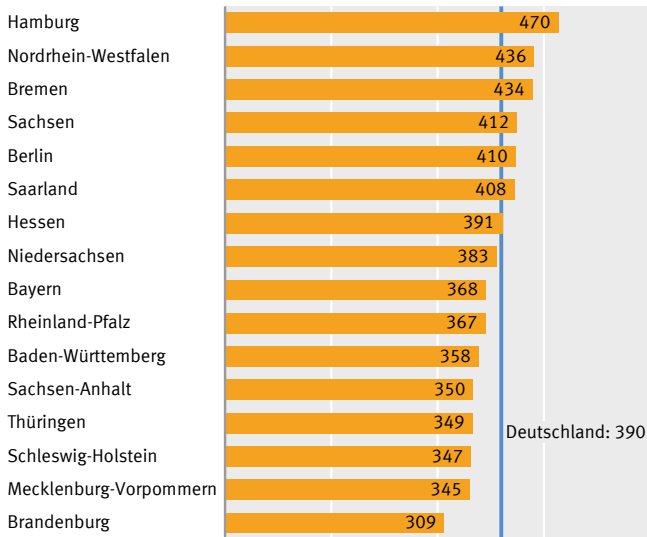
1 Anzahl der Fälle = Steuerpflichtige aus Spalte 1.

2 Kapitalgesellschaften, Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit.

3 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003); Tiefengliederung für die Steuerstatistiken.

9.10 Gewerbesteuer

Durchschnittliche Hebesätze der Gewerbesteuer 2010
in %



2012 - 01 - 0604

9.11 Erbschaft- und Schenkungsteuer

Die **Erbschaftsteuer** wird als Erbanfallsteuer erhoben. Sie knüpft an den Erwerb der einzelnen Erbin bzw. des einzelnen Erben oder der sonstigen Erwerberin bzw. des sonstigen Erwerbers an. Schenkungssteuerpflichtig ist jede freigebige Zuwendung unter Lebenden, sofern die Schenkenden oder die Beschenkten Inländerinnen oder Inländer sind.

9.11.1 Nachlassgegenstände, Nachlassverbindlichkeiten und Reinnachlass 2010

Reinnachlass von ... bis unter ... EUR ¹	Nachlassgegenstände insgesamt	Vermögensarten ²				Nachlassverbindlichkeiten	Reinnachlass
		land- und forstwirtschaftliches Vermögen	Grundvermögen	Betriebsvermögen	übriges Vermögen		
Anzahl ³							
Insgesamt	57 010	5 603	31 350	2 966	56 046	56 726	57 430
unter 5 000	1 667	153	594	109	1 565	2 022	2 087
5 000 – 10 000	430	36	127	9	397	394	430
10 000 – 50 000	8 819	506	2 424	60	8 555	8 689	8 819
50 000 – 100 000	10 524	711	4 296	106	10 304	10 384	10 524
100 000 – 200 000	12 344	1 148	6 622	253	12 161	12 204	12 344
200 000 – 300 000	6 714	785	4 378	243	6 650	6 649	6 714
300 000 – 500 000	6 878	960	5 027	435	6 831	6 821	6 878
500 000 – 2,5 Mill.	8 817	1 177	7 188	1 368	8 768	8 756	8 817
2,5 Mill. – 5 Mill.	517	71	434	216	516	512	517
5 Mill. und mehr	300	56	260	167	299	295	300
1 000 EUR							
Insgesamt	27 112 349	155 484	7 641 566	2 689 696	16 625 602	5 585 583	21 526 766
unter 5 000	301 620	1 256	134 796	- 4 034	169 602	397 379	- 95 758
5 000 – 10 000	22 100	215	8 409	994	12 481	18 830	3 270
10 000 – 50 000	561 653	4 175	148 651	1 859	406 968	276 207	285 446
50 000 – 100 000	1 127 664	7 004	328 374	17 839	774 447	352 711	774 953
100 000 – 200 000	2 318 790	20 899	763 522	39 298	1 495 071	546 748	1 772 042
200 000 – 300 000	2 016 047	21 146	691 342	17 979	1 285 580	371 162	1 644 886
300 000 – 500 000	3 157 696	29 475	1 100 228	68 123	1 959 870	475 570	2 682 126
500 000 – 2,5 Mill.	9 618 778	57 081	3 353 278	449 413	5 759 007	1 453 220	8 165 558
2,5 Mill. – 5 Mill.	2 107 024	8 305	507 756	255 502	1 335 460	356 909	1 750 116
5 Mill. und mehr	5 880 976	5 929	605 210	1 842 721	3 427 116	1 336 847	4 544 129

1 Ausgenommen sind Fälle ohne Nachlassgegenstände und Nachlassverbindlichkeiten (sonstige Erwerbe, z. B. Vermächtnisse).

2 Die summierte Anzahl der Fälle der Vermögensarten kann größer sein als die Anzahl der Fälle beim Gesamtwert der Nachlassgegenstände.

3 Anzahl = Steuerpflichtige bzw. Fälle.

9.11 Erbschaft- und Schenkungsteuer

9.11.2 Steuerliche Eckwerte für unbeschränkt steuerpflichtige Erwerbe 2010

Steuerpflichtige Erwerbe ¹	Wert des anteiligen Erbanerwerbs durch Erbanfall ²	Wert der sonstigen Erwerbe	Wert der Erwerbe vor Abzug ^{2 3}	Wert der Erwerbe nach Abzug ^{2 3}	Gesamtwert der Vorerwerbe	Freibetrag § 16 ErbStG	Steuerpflichtiger Erwerb	Tatsächlich festgesetzte Steuer
Anzahl⁴								
Insgesamt	X	X	138 442	138 213	21 510	138 923	138 925	135 515
Erwerb von Todes wegen	93 852	27 819	109 924	109 903	8 602	110 329	110 331	109 363
Schenkungen	X	X	28 518	28 310	12 908	28 594	28 594	26 152
1 000 EUR								
Insgesamt	X	X	32 804 231	26 268 930	12 682 816	8 839 918	30 499 929	4 583 035
Erwerb von Todes wegen	18 619 499	3 517 488	22 078 877	19 155 021	2 193 134	5 596 601	15 909 375	3 352 764
Schenkungen	X	X	10 725 354	7 113 909	10 489 682	3 243 317	14 590 553	1 230 270

- 1 Fälle mit steuerpflichtigem Erwerb > 0.
 - 2 Erwerbe von Todes wegen: Nachweis nur für maschinell gelieferte Fälle.
 - 3 Vor bzw. nach Abzug von Steuerbefreiungen nach § 13 Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz (ErbStG), Steuerbegünstigungen nach § 13a ErbStG, Steuerbefreiung nach § 13c ErbStG,
 - 4 Anzahl = Steuerpflichtige bzw. Fälle.
- Zugewinnausgleichsforderungen nach § 5 ErbStG, Freibetrag nach § 17 ErbStG, Summe der abzugsfähigen Nutzungs- und Duldungsaufgaben sowie abzugsfähigen Erwerbsnebenkosten und DBA-Vermögen (Doppelbesteuerungsabkommen).

9.12 Umsatzsteuer – Veranlagungen 2007

Die **Umsatzsteuer**, auch Mehrwertsteuer genannt, besteuert den Austausch von Lieferungen und Leistungen (= Umsatz). Sie zählt zu den indirekten Steuern, da Steuerschuldner (= Unternehmen) und wirtschaftlich Belastete (= Leistungsempfänger/-innen) nicht identisch sind. Seit dem 1.1.2007 beträgt der Steuersatz in Deutschland 19 %, der ermäßigte Steuersatz 7 %. Letzterer wird u. a. auf Lebensmittel, Zeitschriften und Bücher sowie künstlerische Leistungen angewandt.

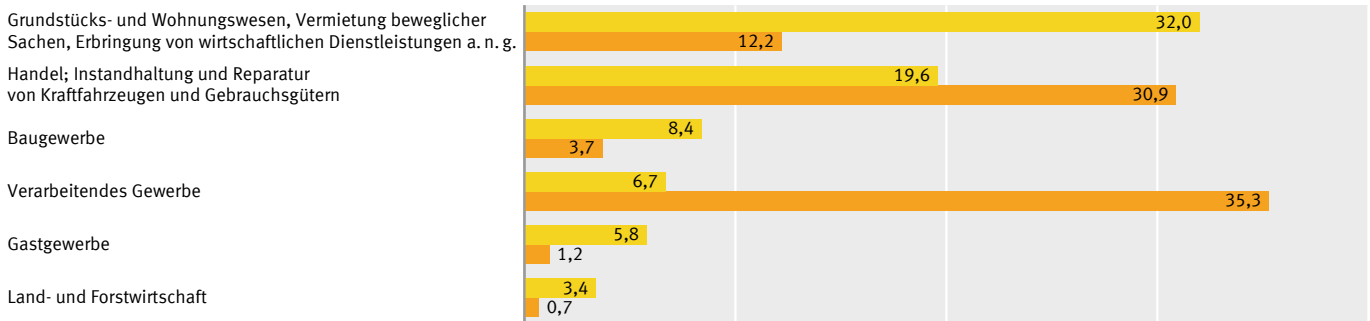
Lieferungen und Leistungen von ... bis unter ... EUR	Steuerpflichtige		Lieferungen und Leistungen ¹		Inneregemeinschaftliche Erwerbe		Umsatzsteuer vor Abzug der Vorsteuerbeträge ²	Abziehbare Vorsteuerbeträge ³	Verbleibende Umsatzsteuer/Überschuss
	Anzahl	%	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%			
Insgesamt⁴	5 675 255	100,0	5 245 100	100,0	447 231	100,0	801 845	671 865	129 979
0 – 17 501	2 196 890	38,7	10 983	0,2	600	0,1	2 452	3 807	- 1 355
17 501 – 50 000	1 093 830	19,3	34 232	0,7	257	0,1	5 814	3 447	2 367
50 000 – 100 000	700 310	12,3	50 069	1,0	443	0,1	8 448	4 726	3 722
100 000 – 250 000	733 496	12,9	116 501	2,2	1 462	0,3	19 315	11 284	8 031
250 000 – 500 000	373 065	6,6	131 554	2,5	2 284	0,5	21 434	13 335	8 099
500 000 – 1 Mill.	241 702	4,3	169 583	3,2	3 998	0,9	27 899	17 966	9 934
1 Mill. – 2 Mill.	147 847	2,6	207 111	3,9	6 047	1,4	34 453	23 411	11 042
2 Mill. – 5 Mill.	103 808	1,8	320 676	6,1	13 517	3,0	51 911	37 430	14 481
5 Mill. – 10 Mill.	39 201	0,7	273 073	5,2	16 168	3,6	42 736	32 400	10 336
10 Mill. – 25 Mill.	25 190	0,4	387 149	7,4	29 893	6,7	59 987	48 682	11 305
25 Mill. – 50 Mill.	9 510	0,2	330 695	6,3	30 243	6,8	49 096	41 251	7 846
50 Mill. – 100 Mill.	5 247	0,1	365 081	7,0	38 845	8,7	53 696	46 340	7 356
100 Mill. – 250 Mill.	3 110	0,1	474 089	9,0	52 464	11,7	68 239	60 569	7 670
250 Mill. und mehr	2 049	0,0	2 374 302	45,3	251 009	56,1	356 363	327 217	29 146
nachrichtlich: Steuerpflichtige mit negativen Lieferungen und Leistungen	7 277	100,0	- 1 273	100,0	34	100,0	- 31	107	- 137

- 1 Umsätze der Unternehmen, ohne Umsatzsteuer.
- 2 Umsatzsteuer insgesamt für alle steuerpflichtigen Umsätze.
- 3 Einschl. Vorsteuerberichtigungsbeträge.
- 4 Ohne Steuerpflichtige mit negativen Lieferungen und Leistungen im Endergebnis.

Umsatzsteuer – Veranlagungen 2007

Steuerpflichtige und Lieferungen und Leistungen nach ausgewählten Wirtschaftszweigen¹, in %

■ Steuerpflichtige ■ Lieferungen und Leistungen



Ohne Steuerpflichtige mit negativen Lieferungen und Leistungen im Endergebnis.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003).

9.13 Umsatzsteuer – Voranmeldungen

9.13.1 Umsatzsteuerpflichtige sowie deren Lieferungen und Leistungen 2010

Lieferungen und Leistungen von ... bis unter ... EUR	Steuerpflichtige		Lieferungen und Leistungen ¹		Steuerpflichtige		Lieferungen und Leistungen ¹		Steuerpflichtige		Lieferungen und Leistungen ¹	
	Anzahl	%	Mill. EUR	%	Anzahl	%	Mill. EUR	%	Anzahl	%	Mill. EUR	%
	Alle Rechtsformen				Einzelunternehmen				Gesellschaft bürgerlichen Rechts u. a. Personen- gesellschaften²			
Insgesamt	3 165 286	100,0	5 240 997	100,0	2 184 564	100,0	5 279 930	100,0	271 147	100,0	224 309	100,0
über 17 500 – 50 000	911 925	28,8	28 964	0,6	765 102	35,0	24 293	4,6	67 740	25,0	2 121	0,9
50 000 – 100 000	638 550	20,2	45 801	0,9	516 483	23,6	36 917	7,0	48 377	17,8	3 500	1,6
100 000 – 250 000	688 698	21,8	109 621	2,1	501 314	22,9	78 737	14,9	61 975	22,9	10 050	4,5
250 000 – 500 000	355 419	11,2	125 521	2,4	210 416	9,6	73 346	13,9	38 349	14,1	13 607	6,1
500 000 – 1 Mill.	236 759	7,5	166 489	3,2	107 560	4,9	74 368	14,1	26 275	9,7	18 444	8,2
1 Mill. – 2 Mill.	147 241	4,7	206 074	3,9	50 432	2,3	69 602	13,2	14 656	5,4	20 250	9,0
2 Mill. – 5 Mill.	103 215	3,3	318 489	6,1	25 002	1,1	74 252	14,1	8 810	3,2	27 163	12,1
5 Mill. – 10 Mill.	38 563	1,2	268 726	5,1	5 667	0,3	38 574	7,3	2 916	1,1	20 064	8,9
10 Mill. – 25 Mill.	25 184	0,8	387 876	7,4	2 078	0,1	30 335	5,7	1 430	0,5	21 599	9,6
25 Mill. – 50 Mill.	9 280	0,3	323 136	6,2	378	0,0	12 753	2,4	371	0,1	12 697	5,7
50 Mill. – 100 Mill.	5 172	0,2	359 660	6,9	93	0,0	6 243	1,2	134	0,0	9 001	4,0
100 Mill. – 250 Mill.	3 136	0,1	479 697	9,2	30	0,0	4 134	0,8	62	0,0	9 330	4,2
250 Mill. und mehr	2 144	0,1	2 420 944	46,2	9	0,0	4 378	0,8	52	0,0	56 483	25,2
	Kommanditgesellschaften³				Aktiengesellschaften⁴				Gesellschaften mit beschränkter Haftung			
Insgesamt	142 060	100,0	1 203 512	100,0	7 992	100,0	950 204	100,0	485 252	100,0	1 919 051	100,0
über 17 500 – 50 000	10 466	7,4	346	0,0	545	6,8	18	0,0	46 978	9,7	1 531	0,1
50 000 – 100 000	11 205	7,9	820	0,1	498	6,2	36	0,0	49 967	10,3	3 673	0,2
100 000 – 250 000	19 938	14,0	3 342	0,3	936	11,7	157	0,0	92 109	19,0	15 344	0,8
250 000 – 500 000	18 451	13,0	6 698	0,6	770	9,6	280	0,0	80 192	16,5	29 012	1,5
500 000 – 1 Mill.	19 813	13,9	14 356	1,2	907	11,3	647	0,1	76 234	15,7	54 409	2,8
1 Mill. – 2 Mill.	18 878	13,3	26 957	2,2	851	10,6	1 226	0,1	57 531	11,9	81 088	4,2
2 Mill. – 5 Mill.	18 964	13,3	60 064	5,0	1 107	13,9	3 559	0,4	44 699	9,2	138 789	7,2
5 Mill. – 10 Mill.	9 708	6,8	68 332	5,7	605	7,6	4 234	0,4	17 427	3,6	121 708	6,3
10 Mill. – 25 Mill.	7 746	5,5	120 392	10,0	601	7,5	9 664	1,0	11 470	2,4	176 631	9,2
25 Mill. – 50 Mill.	3 277	2,3	114 587	9,5	328	4,1	11 427	1,2	4 106	0,8	143 328	7,5
50 Mill. – 100 Mill.	1 893	1,3	131 436	10,9	263	3,3	18 852	2,0	2 298	0,5	159 988	8,3
100 Mill. – 250 Mill.	1 054	0,7	163 082	13,6	238	3,0	37 608	4,0	1 432	0,3	217 270	11,3
250 Mill. und mehr	667	0,5	493 101	41,0	343	4,3	862 497	90,8	809	0,2	776 282	40,5
	Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften				Betriebe gewerblicher Art von Körperschaften des öffentlichen Rechts				Sonstige Rechtsformen⁵			
Insgesamt	5 195	100,0	61 614	100,0	6 384	100,0	39 652	100,0	62 692	100,0	314 724	100,0
über 17 500 – 50 000	481	9,3	15	0,0	546	8,6	18	0,0	20 067	32,0	622	0,2
50 000 – 100 000	395	7,6	29	0,0	638	10,0	48	0,1	10 987	17,5	779	0,2
100 000 – 250 000	603	11,6	101	0,2	1 229	19,3	206	0,5	10 594	16,9	1 685	0,5
250 000 – 500 000	497	9,6	180	0,3	1 004	15,7	361	0,9	5 740	9,2	2 037	0,6
500 000 – 1 Mill.	548	10,5	402	0,7	934	14,6	673	1,7	4 488	7,2	3 190	1,0
1 Mill. – 2 Mill.	602	11,6	874	1,4	701	11,0	993	2,5	3 590	5,7	5 084	1,6
2 Mill. – 5 Mill.	862	16,6	2 774	4,5	620	9,7	1 928	4,9	3 151	5,0	9 960	3,2
5 Mill. – 10 Mill.	476	9,2	3 343	5,4	294	4,6	2 089	5,3	1 470	2,3	10 383	3,3
10 Mill. – 25 Mill.	375	7,2	5 909	9,6	206	3,2	3 200	8,1	1 278	2,0	20 146	6,4
25 Mill. – 50 Mill.	175	3,4	5 973	9,7	104	1,6	3 564	9,0	541	0,9	18 808	6,0
50 Mill. – 100 Mill.	104	2,0	7 265	11,8	46	0,7	3 110	7,8	341	0,5	23 766	7,6
100 Mill. – 250 Mill.	52	1,0	7 667	12,4	31	0,5	4 660	11,8	237	0,4	35 946	11,4
250 Mill. und mehr	25	0,5	27 082	44,0	31	0,5	18 802	47,4	208	0,3	182 318	57,9

1 Umsatz der Unternehmen, ohne Umsatzsteuer.

2 Einschl. Offene Handelsgesellschaften und ähnlicher Gesellschaften.

3 Einschl. GmbH & Co. KG.

4 Einschl. Kommanditgesellschaften auf Aktien und bergrechtliche Gewerkschaften.

5 Sonstige juristische Personen des privaten Rechts, Körperschaften des öffentlichen Rechts, ausländische Rechtsformen.

9.13 Umsatzsteuer – Voranmeldungen
 9.13.2 Umsatzsteuerpflichtige, Umsätze und Umsatzsteuer

Nr. der Klassifikation ¹		Steuerpflichtige ²	Steuerbarer Umsatz		Umsatzsteuer		
			Lieferungen und Leistungen ³	innergemeinschaftliche Erwerbe	vor Abzug der Vorsteuerbeträge	abziehbare Vorsteuerbeträge	Umsatzsteuer-vorauszahlung ⁴
			Anzahl	Mill. EUR			
	2007	3 140 509	5 148 265	450 849	797 242	671 146	126 371
	2008	3 186 878	5 412 240	466 113	846 043	714 885	131 501
	2009	3 135 542	4 897 938	382 392	782 073	636 771	145 699
	2010	3 165 286	5 240 997	449 972	842 546	704 234	138 801
2010 nach Wirtschaftsabschnitten							
A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei ⁵	80 633	31 186	1 039	3 372	3 773	- 394
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	2 059	21 788	364	4 117	2 948	1 169
C	Verarbeitendes Gewerbe	239 956	1 836 022	231 502	267 321	261 310	6 251
D	Energieversorgung	43 701	266 757	1 668	59 647	51 046	8 600
E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	11 706	40 121	1 254	6 596	5 425	1 151
F	Baugewerbe	352 081	225 133	2 892	40 426	27 725	12 697
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	646 501	1 652 601	186 797	275 388	235 383	40 203
H	Verkehr und Lagerei	110 717	205 096	3 101	28 660	21 997	6 672
I	Gastgewerbe	230 746	62 933	319	9 336	5 686	3 652
J	Information und Kommunikation	122 758	183 849	5 706	34 641	22 023	12 626
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen ⁶	25 056	69 173	2 127	17 486	12 927	4 582
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	280 559	143 979	2 028	20 055	11 586	8 468
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	449 756	211 130	7 412	38 545	21 275	17 280
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	157 934	125 698	2 117	21 794	11 935	9 883
P	Erziehung und Unterricht	42 646	9 129	102	1 149	526	623
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	45 872	73 625	336	2 043	1 396	646
R	Kultur, Unterhaltung und Erholung	97 924	32 171	231	3 901	2 519	1 382
S	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	224 681	50 605	975	8 067	4 756	3 310

- 1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), Tiefengliederung für die Steuerstatistiken.
- 2 Voranmeldungspflichtige mit Jahresumsätzen über 17 500 Euro.
- 3 Umsatz der Unternehmen, ohne Umsatzsteuer.
- 4 Negativer Vorauszahlungsbetrag (-) bedeutet Überschuss zugunsten der Steuerpflichtigen.
- 5 Ohne land- und forstwirtschaftliche Unternehmen, für die eine Umsatzsteuer-Zahllast nicht entsteht.
- 6 Ohne steuerfreie Umsätze, die nicht zum Vorsteuerabzug berechtigen.

9.14 Ausgewählte Ergebnisse der Verbrauchsteuerstatistiken

Weitere Informationen zum Verbrauch ausgewählter Genussmittel siehe Kapitel „Einkommen, Konsum, Lebensbedingungen“

	Einheit	Berichtsjahr		Veränderung gegenüber Vorjahr		Einheit	Berichtsjahr		Veränderung gegenüber Vorjahr
		2011	2010				2011	2010	
Energieerzeugnisse					Bier				
Absatz ausgewählter Energieerzeugnisse ¹				%	Braustätten	Anzahl	1 341	1 332	0,7
Kraftstoffe:					Bierabsatz ⁵				
Benzin ²	1 000 hl	267 342	270 776	- 1,3	Insgesamt	1 000 hl	98 242	98 351	- 0,1
Gasöl (Dieselkraftstoff) ³	1 000 hl	394 849	382 925	3,1	Versteuert	1 000 hl	82 725	83 431	- 0,8
Flüssiggase	1 000 t	627	617	1,7	Steuerfrei	1 000 hl	15 518	14 920	4,0
Heizstoffe:					darunter:				
Heizöl leicht	1 000 hl	209 494	245 646	- 14,7	in andere EU-Länder	1 000 hl	11 244	11 029	2,0
Heizöl schwer	1 000 t	1 491	1 603	- 7,0	in Drittländer	1 000 hl	4 116	3 725	10,5
Flüssiggase	1 000 t	1 156	1 396	- 17,1	Branntwein		2010/2011	2009/2010	%
Tabak					Erzeugung insgesamt	hl Alkohol	1 859 925	1 968 442	- 5,5
Versteuerung von Tabakwaren ⁴					Brennereien insgesamt	Anzahl	19 241	21 056	- 8,6
Versteuerte Mengen:					Schaumwein⁶		2011	2010⁷	%
Zigaretten	Mill. St	87 556	83 565	4,8	Versteuerte Menge insgesamt	hl	3 350 564	-	X
Zigarillos, Zigarren	Mill. St	4 216	3 967	6,3					
Feinschnitt	t	27 043	25 486	6,1					
Pfeifentabak	t	915	756	21,1					

- 2011 vorläufiges Ergebnis.
- 1 Netto, d. h. nach Abzug von Steuererstattungen und -vergütungen.
- 2 Ohne Flugbenzin.
- 3 Und ihnen im Siedeverhalten entsprechende Energieerzeugnisse.
- 4 Berechnet aus den gegen Entgelt ausgelieferten Tabaksteuerzeichen (Nettowerte; Rücknahme von Steuerzeichen berücksichtigt).
- 5 Ohne alkoholfreies Bier und ohne Malztrunk.
- 6 Einschl. Schaumwein zum ermäßigten Steuersatz.
- 7 Aufgrund von steuerrechtlichen Änderungen wurde auf eine Aufbereitung der Daten für das Berichtsjahr 2010 verzichtet.

Methodik

■ Öffentliche Finanzen

Die Daten der **Finanzstatistiken zum öffentlichen Gesamthaushalt** bieten ein umfassendes, detailliertes Bild über die gesamte öffentliche Finanzwirtschaft. Sie zeigen, welche Einnahmen den Haushalten des öffentlichen Gesamthaushalts zugeflossen sind, welche Ausgaben damit finanziert werden konnten und in welchem Umfang zurückgegriffen werden musste auf Fremdmittel (Schulden beim nicht öffentlichen Bereich) oder auf Rücklagen zur Deckung des Finanzierungssaldos (Differenz zwischen Ausgaben und Einnahmen einschließlich des Saldos haushaltstechnischer Verrechnungen). Künftige Belastungen der Einheiten des öffentlichen Gesamthaushalts aus aufgenommenen Fremdmitteln ergeben sich aus dem Stand der Schulden des öffentlichen Gesamthaushalts beim nicht öffentlichen Bereich. Die Ergebnisse der Finanzstatistiken sind eine bedeutende Informationsquelle zur Kennzeichnung der Situation der öffentlichen Finanzen in Deutschland. Für Analysen und Vergleiche auf nationaler Ebene liefern die Finanzstatistiken relevante Informationen über die öffentlichen Einnahmen, Ausgaben und den Schuldenstand. Für die Abbildung des Staates in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind sie eine bedeutende Basisstatistik. Mit der Statistik der Schulden des öffentlichen Gesamthaushalts stehen wichtige Informationen über die Höhe und Struktur der öffentlichen Verschuldung bereit. Eine herausragende Bedeutung erwächst der Schuldenberichterstattung für die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion. In dieser haben sich die Mitgliedstaaten durch den Stabilitäts- und Wachstumspakt verpflichtet, den Anteil der öffentlichen Schulden am Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen unter 60 % zu halten.

Der öffentliche Gesamthaushalt umfasst Kernhaushalte und Extrahaushalte. Die Erfassung der **öffentlichen Finanzen der Kernhaushalte** der Gebietskörperschaften erfolgt in Verbindung mit der Haushaltsaufstellung, dem Haushaltsvollzug und der Rechnungslegung der öffentlichen Haushalte. Fortschreitende Ausgliederungen aus den Kernhaushalten und die zunehmende Übertragung von öffentlichen Aufgaben auf Fonds, Einrichtungen und Unternehmen mit eigenem Rechnungswesen beeinträchtigen zunehmend die Vergleichbarkeit der öffentlichen Finanzen, insbesondere der Länder untereinander. Zur Sicherung der Vergleichbarkeit der öffentlichen Finanzen werden daher neben den Kernhaushalten auch die **Finanzen der Extrahaushalte** berücksichtigt. Extrahaushalte sind öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, soweit sie nach den Kriterien des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 95) dem Sektor Staat zuzurechnen sind. Der Prozess der Einbeziehung der Extrahaushalte in den öffentlichen Gesamthaushalt ist in den verschiedenen finanzstatistischen Erhebungen unterschiedlich weit vorangeschritten.

Die Ergebnisse der vierteljährlichen **Kassenstatistik** (Tabelle 9.2.1), der aktuellsten Statistik im Bereich der öffentlichen Finanzen, basieren auf den vierteljährlichen Kassenabschlüssen (Kassenergebnissen). Sie umfassen ab dem Berichtsjahr 2011 neben den Kernhaushalten des Bundes, der Länder, der Gemeinden/Gemeindeverbände und der Sozialversicherung auch deren Extrahaushalte sowie die Finanzanteile an der Europäischen Union. Die vierteljährlichen Kassenergebnisse entsprechen sachlich und systematisch dem Stand des aktuellen Berichtsjahres. Insbesondere durch die Erweiterung des Berichtskreises um die Extrahaushalte ist der Vergleich mit den Ergebnissen der Vorjahre beeinträchtigt. Für den Vorjahresvergleich wurden die vierteljährlichen Kassenergebnisse im Berichtsjahr 2010 weitgehend an die ab dem Berichtsjahr 2011 geltende Abgrenzung des öffentlichen Gesamthaushalts angepasst.

In der **Schuldenstatistik** sind bereits ab dem Berichtsjahr 2010 alle Einheiten des Staatssektors (Kern- und Extrahaushalte) einbezogen. Damit ist neben den bereits in den Vorjahren erhobenen Kernhaushalten Bund, Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände auch der Kernhaushalt der Sozialversicherung Bestandteil der Erhebung. Alle Extrahaushalte der vier Kernhaushalte komplettieren den Berichtskreis der Schuldenstatistik.

Die **Rechnungsergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts** weisen die öffentlichen Ausgaben und Einnahmen auf der Grundlage der abgeschlossenen Jahresrechnungen (Rechnungsergebnisse) aus (Tabelle 9.3.1). Sie umfassen im Berichtsjahr 2009 den Bund und seine Sondervermögen, die Finanzanteile an der Europäischen Union, die

Länder, die Gemeinden/Gemeindeverbände, die Zweckverbände und die Sozialversicherung. Für die Darstellung einzelner Aufgabenbereiche (Tabellen 9.3.2 und 9.3.3) werden die Nettoausgaben ausgewiesen. Sie zeigen die aus eigenen Einnahmequellen der jeweiligen Haushaltsebene finanzierten Ausgaben (Finanzierungs- oder Belastungsprinzip).

Die Darstellung der Ausgaben und Einnahmen des öffentlichen Gesamthaushalts erfolgt grundsätzlich nach der Systematik der staatlichen und kommunalen Haushalte. In der vierteljährlichen **Kassenstatistik** werden die Ausgaben und Einnahmen nach gesamtwirtschaftlich bedeutsamen Arten gegliedert. In den detaillierten Rechnungsergebnissen sind die öffentlichen Ausgaben nach finanz- und gesamtwirtschaftlich bedeutsamen Arten und nach Aufgabenbereichen gegliedert. Bei den Ausgabe- und Einnahmearten wird unter gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten unterschieden zwischen laufender Rechnung, Kapitalrechnung und besonderen Finanzierungsvorgängen (periodenübergreifenden Transaktionen zum Haushaltsausgleich). Die Zahlungen der Kern- und Extrahaushalte untereinander werden bei der Zusammenfassung zu Körperschaftsgruppen bzw. zum öffentlichen Gesamthaushalt zur Vermeidung von Doppelzählungen bereinigt. Die Ausgabe- und Einnahmesummen der einzelnen Haushaltsebenen lassen sich deshalb nicht zum Gesamtergebnis addieren. Die Finanzen der Stadtstaaten sind in der finanzstatistischen Darstellung grundsätzlich den Länderhaushalten zugerechnet.

Die Ergebnisse der **Schuldenstatistik** sind nach Körperschaftsgruppen, Schuldarten sowie den jeweiligen Gläubigern differenziert darstellbar. Aus der Summe der Schulden aller Körperschaftsgruppen beim nicht öffentlichen Bereich resultiert der nationale Schuldenstand (Tabelle 9.4.2). Für eine vergleichende Analyse der Verschuldung der Länder (Tabelle 9.4.3) sollten sowohl die Verschuldung der Länder als auch die der kommunalen Ebene – aufgrund unterschiedlicher Kommunalisierungsgrade – herangezogen werden (siehe hierzu Abbildung „Schulden der Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände 2010“). Bedingt durch die Ausweitung des Berichtskreises und einer gleichzeitigen Anpassung der Erhebungsinhalte an die Anforderungen des ESVG 95 im Berichtsjahr 2010, ist ein Vergleich mit den Vorjahreszahlen (Tabelle 9.4.1) nur eingeschränkt aussagefähig.

Die **Jahresabschlussstatistik** liefert mit den Jahresabschlüssen der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen die Komplementärgrößen zu den Rechnungsergebnissen der öffentlichen Haushalte (Tabellen 9.5.1 und 9.5.2). Bei zunehmender Ausgliederung von Aufgaben aus den öffentlichen Kernhaushalten ermöglichen sie die vollständige Darstellung der Finanzen des öffentlichen Bereichs und sichern so das statistische Gesamtbild aller öffentlichen Finanzen. Erhoben werden Angaben der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung und des Anlagennachweises. Die Daten der Jahresabschlussstatistik werden durch direkte Befragung der Einheiten gewonnen, die die Angaben ihren Jahresabschlüssen entnehmen.

Rechtsgrundlage für die Statistiken der öffentlichen Finanzen ist das Gesetz über die Statistiken der öffentlichen Finanzen und des Personals im öffentlichen Dienst (Finanz- und Personalstatistikgesetz – FPStatG).

■ Steuern

Bei den Steuerstatistiken ist zu unterscheiden zwischen den kurzfristigen Nachweisen über die **kassenmäßigen Steuereinnahmen**, den in jährlichen und mehrjährigen Zeitabständen erfolgenden **Erhebungen der Steuerbemessungsgrundlagen** (Vorankündigungen und Veranlagungen) und den laufenden Angaben über die **Verbrauchssteuern**.

Rechtsgrundlage der Steuerstatistiken ist das Gesetz über Steuerstatistiken (StStatG, Art. 35 des Jahressteuergesetzes 1996 vom 11.11.1995, BGBl. I S. 1250) in seiner jeweils geltenden Fassung, in Verbindung mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (BStatG) vom 22.1.1987 (BGBl. I S. 462, 565) in seiner jeweils geltenden Fassung.

Methodik

Die **Statistik der kassenmäßigen Steuereinnahmen** (Tabelle 9.6) bildet die vierteljährlich und jährlich bei Bund, Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden eingehenden Zahlungen aus Steuern und Zöllen in der Untergliederung nach einzelnen Steuerarten ab. Neben dem Steueraufkommen sind auch die Steueranteile enthalten, die nach den Verteilungsvorgängen den Gebietskörperschaften verbleiben, sowie die Finanzanteile für die Europäische Union.

Die kommunalen Körperschaften bestimmen autonom **Hebesätze** (Abbildung 9.10). Sie dienen der Festsetzung der Steuern, die die Steuerpflichtigen für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (**Grundsteuer A**), für sonstige Grundstücke (**Grundsteuer B**) bzw. als Gewerbetreibende (**Gewerbesteuer**) zu entrichten haben. Daher ist das Istaufkommen der Grundsteuern A und B sowie der Gewerbesteuer durch den Einfluss der Hebesätze als bundesweiter Vergleichsmaßstab ungeeignet. Der vom Statistischen Bundesamt erstellte Realsteuervergleich ermöglicht eine Vergleichbarkeit (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen).

Die **Erhebungen der Steuerbemessungsgrundlagen** werden jährlich bzw. in mehrjährigen Abständen durchgeführt. Sie betreffen die Einkommensteuerstatistik, die Körperschaftsteuerstatistik, die Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik, die Gewerbesteuerstatistik und die Umsatzsteuerstatistiken (Voranmeldungen und Veranlagungen). Grundlage für die Erhebungen der Steuerbemessungsgrundlagen sind die aus dem Besteuerungsverfahren festgestellten Angaben. Daher kann von einer sehr hohen Genauigkeit dieser Statistiken ausgegangen werden. Die Aktualität ist jedoch eingeschränkt. Gründe hierfür sind die lange Veranlagungsdauer, die anspruchsvolle Aufbereitung und die großen Datenmengen. Aufgrund periodenfremder Erstattungen oder Vorauszahlungen weicht das Steueraufkommen, das in den Erhebungen über die Steuerbemessungsgrundlagen nachgewiesen wird, von den auf das Kalenderjahr bezogenen kassenmäßigen Steuereinnahmen (Tabelle 9.6) ab.

Die **Einkommensteuerstatistik** (Tabellen 9.7.1 bis 9.7.3) enthält die Steuerpflichtigen mit Angaben über die Einkünfte, das Einkommen, die Einkommensteuer sowie Steuervergünstigungen der natürlichen Personen. Dazu zählen auch die Einkommensverhältnisse ausgewählter freier Berufe. Das Wohnsitzfinanzamt verschlüsselt die Art der freiberuflichen Tätigkeit anhand der von den Steuerpflichtigen gemachten Angaben zum ausgeübten Beruf. Über die Einkommensteuerstatistik sind auch Angaben über die **Personengesellschaften und Gemeinschaften** (Tabelle 9.9) möglich, für die eine besondere Feststellung der Einkünfte erfolgt. Mit entsprechenden Angaben gehen Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen in die **Körperschaftsteuerstatistik** (Tabelle 9.8) ein.

Die **Gewerbesteuerstatistik** (Tabelle 9.10) weist die Bemessungsgrundlagen für den Gewerbeertrag nach. Aus diesen Bemessungsgrundlagen leitet sich der Steuermessbetrag ab. Die Erhebung der Gewerbesteuer mittels Hebesatz durch die Gemeinden bildet die Gewerbesteuerstatistik nicht ab. Angaben zu den Gewerbesteuerhebesätzen liegen jedoch im Rahmen des Realsteuervergleichs vor.

Die **Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik** (Tabellen 9.11.1 und 9.11.2) gibt einen Überblick über alle steuerpflichtigen Erwerbe von Todes wegen und Schenkungen unter Lebenden, für die im Berichtsjahr erstmals Erbschaft- oder Schenkungsteuer festgesetzt wurde.

In der **Umsatzsteuerstatistik (Veranlagungen)** werden die Unternehmen erfasst, die zur Abgabe einer Umsatzsteuer-Erklärung verpflichtet sind (Tabelle 9.12). Darin enthalten sind damit auch Unternehmen mit einem Vorjahresumsatz von weniger als 17 500 Euro. Aufgrund der Abgabefristen der Erklärungen liegen die Daten im Vergleich zu den Voranmeldungen erst später vor. Neben den steuerlichen Merkmalen, wie steuerfreie und steuerpflichtige Lieferungen und Leistungen (Umsätze), innergemeinschaftliche Erwerbe, abziehbare Vorsteuerbeträge und verbleibende Umsatzsteuer, werden dabei auch Ordnungsmerkmale erfasst. Das sind u. a. der Wirtschaftszweig, in dem das Unternehmen schwerpunktmäßig tätig ist, und die Rechtsform.

Die **Umsatzsteuerstatistik (Voranmeldungen)** bildet die Angaben der Unternehmen mit Lieferungen und Leistungen über 17 500 Euro ab, die zur Abgabe einer Umsatzsteuer-Voranmeldung verpflichtet sind (Tabellen 9.13.1 und 9.13.2). Neben den steuerlichen Merkmalen, wie steuerfreie und steuerpflichtige Lieferungen und Leistungen (Umsätze), innergemeinschaftliche Erwerbe, abziehbare Vorsteuerbeträge und Umsatzsteuer-Vorauszahlung, werden dabei auch Ordnungsmerkmale erfasst. Das sind u. a. der Wirtschaftszweig (Tabelle 9.13.2), in dem das Unternehmen schwerpunktmäßig tätig ist, und die Rechtsform (Tabelle 9.13.1).

Aus den **Verbrauchsteuerstatistiken** (Tabelle 9.14) gehen unter anderem die Verbrauchsteuer-Belastung und die versteuerten Mengen bestimmter Genussmittel (Bier, Schaumwein, Branntwein, Tabakwaren) sowie von Energieerzeugnissen hervor. Die Steuer bemisst sich bei den Tabakwaren nach Menge und Kleinverkaufspreis, bei den übrigen verbrauchsteuerpflichtigen Waren nach der abgesetzten Menge der Erzeugnisse. Die Periodizität ist bei den einzelnen Verbrauchsteuerstatistiken unterschiedlich, aber in allen Fällen sind Jahresangaben verfügbar.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken finden Sie in unseren „Qualitätsberichten“ (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

Glossar

Ausgaben/Einnahmen des öffentlichen Gesamthaushalts | Sie sind nach gesamtwirtschaftlich bedeutsamen Arten gegliedert, in den Rechnungsergebnissen zusätzlich nach Aufgabebereichen. Die Gliederung basiert auf der Systematik der kameralen staatlichen und kommunalen Haushalte.

Ausgaben/Einnahmen der laufenden Rechnung | Summe aller Ausgaben und Einnahmen, die im Verwaltungsvollzug sowie im Betrieb von Einrichtungen und Anstalten meistens regelmäßig anfallen und nicht vermögenswirksam sind (Personalausgaben, laufender Sachaufwand, Zinsausgaben und -einnahmen, Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke, Gebühreneinnahmen, Steuern), bereinigt um Zahlungen von gleicher Ebene.

Ausgaben/Einnahmen der Kapitalrechnung | Summe aller Ausgaben und Einnahmen, die eine Vermögensänderung herbeiführen oder der Finanzierung von Investitionen anderer Träger dienen und keine besonderen Finanzierungsvorgänge darstellen (Baumaßnahmen, Erwerb und Veräußerung von Sachvermögen, Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen, sonstige Vermögensübertragungen, Darlehensgewährungen und -rückflüsse), bereinigt um Zahlungen von gleicher Ebene.

Bereinigte Ausgaben/Einnahmen | Summe der Ausgaben/Einnahmen der laufenden Rechnung und der Kapitalrechnung.

Besondere Finanzierungsvorgänge | Hierbei handelt es sich um periodenübergreifende Transaktionen zum Ausgleich der zwischen Einnahmen und Ausgaben einer Periode verbleibenden Lücke.

Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anlagenachweis | Darstellung ausgewählter Angaben aus den Jahresabschlüssen der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen. Inhaltlich entsprechen diese Positionen der Mindestgliederung, die durch HGB, Eigenbetriebsrecht und weitere spezialrechtliche Vorschriften (z. B. Krankenhausbuchführungsverordnung) vorgegeben ist.

Braustätte | Wird durch die Herstellungsgeräte und die sie umschließenden Räume gebildet und somit nicht als wirtschaftliche, sondern als technische und räumliche Betriebseinheit verstanden. Dargestellt werden die tatsächlich betriebenen Braustätten, die auch als Herstellungs-, Brauereibetrieb oder Brauerei bezeichnet werden.

Bundessteuern | Steuern, deren Aufkommen gemäß Artikel 106 Abs. 1 GG dem Bund zusteht. Die Bundessteuern umfassen z. B. die Verbrauchsteuern ohne Biersteuer (u. a. Energie-, Strom-, Tabak-, Kaffee-, Schaumweinsteuer), die Kraftfahrzeugsteuer (seit 1.7.2009, davor Landessteuer) und die Versicherungssteuer.

Einkommen | Gesamtbetrag der Einkünfte abzüglich Sonderausgaben, außergewöhnliche Belastungen, Steuerbegünstigungen für Wohnzwecke und Verlustabzug.

Einkommensteuerpflichtige | Unbeschränkt einkommensteuerpflichtig sind natürliche Personen, die im Inland einen Wohnsitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben, sowie die im Ausland lebenden deutschen Behördenangehörigen mit deren Familien. Die unbeschränkte Steuerpflicht erstreckt sich auf alle in- und ausländischen Einkünfte. Zusammenveranlagte Ehegatten gelten grundsätzlich als eine steuerpflichtige Person.

Erbanfall | Mit dem Tode (Erbfall) einer Person (Erblasserin bzw. Erblasser) geht deren Vermögen (Nachlass oder Erbschaft) als Ganzes auf eine oder mehrere Personen (Erbinnen und Erben) über (§ 1922 BGB).

Erbschaftsteuer bzw. Schenkungsteuer | Der Steuer unterliegen die Erwerbe von Todes wegen, die Schenkungen unter Lebenden, die Zweckzuwendungen sowie das Vermögen bestimmter Stiftungen in Zeitabständen von 30 Jahren (§ 1 ErbStG).

Erwerbe vor/nach Abzug | Erwerbe vor bzw. nach Abzug von Steuerbefreiungen, Steuerbegünstigungen und Freibeträgen (außer persönlicher Freibetrag nach § 16 ErbStG) usw.

Eventualverbindlichkeiten | Darunter fallen Bürgschaften und Gewährleistungen der öffentlichen Haushalte, die lediglich die übernommenen Haftungssummen enthalten. Obligatorisch kraft Gesetz übertragene Bürgschaften bleiben unberücksichtigt.

Extrahaushalte | Sie umfassen alle öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, die nach den Kriterien des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 95) dem Sektor Staat zuzurechnen sind.

Finanzierungssaldo | Saldo der bereinigten Ausgaben und Einnahmen zuzüglich bzw. abzüglich des Saldos haushaltstechnischer Verrechnungen. Der Finanzierungssaldo des öffentlichen Gesamthaushalts in Abgrenzung der Finanzstatistik weicht von dem in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nachgewiesenen Finanzierungssaldo des Staates aufgrund methodischer Unterschiede ab.

Freiberuflich Tätige | Einkommensteuerpflichtige Personen mit Einkünften aus freiberuflicher Tätigkeit in ausgewählten Berufsgruppen.

Gemeindesteuern | Steuern, deren Aufkommen gemäß Artikel 106 Abs. 6 GG den Gemeinden/Gemeindeverbänden zusteht. Dazu gehören die sogenannten Realsteuern (Grundsteuer A und Grundsteuer B, Gewerbesteuer) sowie die örtlichen Verbrauch- und Aufwandsteuern (wie Schankerlaubnis-, Jagd- und Fischerei-, Getränke-, Hunde- und Vergnügungsteuer).

Gemeinschaftsteuern | Steuern, deren Aufkommen gemäß Artikel 106 Abs. 3 GG dem Bund und den Ländern gemeinsam zusteht. Sie umfassen Lohnsteuer, veranlagte Einkommensteuer, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag, Abgeltungssteuer und Körperschaftsteuer (sie bilden zusammen die Steuern vom Einkommen) sowie Umsatzsteuer und Einfuhrumsatzsteuer.

Gesamtbetrag der Einkünfte | Summe der Einkünfte aus den sieben Einkunftsarten nach Abzug der Werbungskosten/Betriebsausgaben vermindert u. a. um den Altersentlastungsbetrag und den Entlastungsbetrag für Alleinerziehende. In der Körperschaftsteuer ergibt sich der Gesamtbetrag der Einkünfte aus der Summe der Einkünfte vermindert um den Freibetrag für Land- und Forstwirinnen bzw. -wirte und abziehbare Spenden und Beiträge sowie im Falle der Organschaft korrigiert um das dem Organträger zuzurechnende Einkommen der Organgesellschaft.

Gewerbebetrieb | Das ist eine selbstständige nachhaltige Betätigung, die mit der Absicht, Gewinn zu erzielen, unternommen wird und sich als Beteiligung am allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr darstellt (§ 15 EStG). Die Betätigung darf weder als Ausübung von Land- und Forstwirtschaft noch als Ausübung eines freien Berufs noch als eine andere selbstständige Arbeit anzusehen sein. Ein Gewerbebetrieb liegt auch dann vor, wenn die Gewinnerzielungsabsicht nur ein Nebenzweck ist und seine Voraussetzungen im Übrigen gegeben sind.

Gewerbeertrag | Gewinn aus Gewerbebetrieb, modifiziert um eine Reihe von Hinzurechnungen und Kürzungen gemäß Gewerbesteuergesetz.

Gewinnfälle | Körperschaft- und Einkommensteuerpflichtige mit positivem Gesamtbetrag der Einkünfte bzw. Personengesellschaften/Gemeinschaften mit positiven Einkünften aus Gewerbebetrieb.

Haushaltstechnische Verrechnungen | In den kameralen Haushalten sind dies interne Verrechnungen, die für die finanzstatistische Darstellung zur Vermeidung von Doppelzahlungen eliminiert werden.

Hebesatz | Von der Gemeinde für das jeweilige Kalenderjahr festgesetzter Prozentsatz, der auf die Messbeträge der Realsteuern (Gewerbesteuer, Grundsteuer A und B) angewandt wird (sog. Hebesatzanspannung) und der für die einzelnen Realsteuerarten in aller Regel unterschiedlich hoch ist.

Inneregemeinschaftliche Erwerbe | Bestandteil des steuerbaren Umsatzes. Ein inneregemeinschaftlicher Erwerb liegt vor, wenn die Lieferung aus dem Gemeinschaftsgebiet der EU erfolgt. Die Lieferung muss von einem Unternehmer durch sein Unternehmen gegen Entgelt erfolgen. Die erworbene Lieferung unterliegt dann der Umsatzsteuer. Der inneregemeinschaftliche Erwerb ist in § 1a UStG geregelt.

Kassenkredite (bzw. Kassenverstärkungskredite) | Kurzfristige Verbindlichkeiten, die zur Überbrückung vorübergehender Kassenanspannungen dienen.

Kernhaushalte | Haushalte der Gebietskörperschaften Bund, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände und der Sozialversicherung (in der Schuldenstatistik ab dem Berichtsjahr 2010 und in den vierteljährlichen Kassenergebnissen ab dem Berichtsjahr 2011).

Körperschaftsteuer | Eine besondere Art der Einkommensteuer für juristische Personen (insbesondere Kapitalgesellschaften, z. B. AG und GmbH), andere Personenvereinigungen und Vermögensmassen. Besteuerungsgrundlage ist das Einkommen, das die Körperschaft innerhalb des Kalenderjahres bezogen hat.

Körperschaftsteuerpflichtige | Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen nach den §§ 1 und 2 KStG.

Landessteuern | Steuern, deren Aufkommen gemäß Artikel 106 Abs. 2 GG den Ländern zusteht. Die Landessteuern umfassen die Vermögen-, Erbschaft-, Grunderwerb-, Rennwett- und Lotterie-, Feuerschutz- und Biersteuer.

Lieferungen und Leistungen (Umsätze) | Bestandteil des steuerbaren Umsatzes. Umsätze im Sinne der Umsatzsteuerstatistik sind Lieferungen, sonstige Leistungen (Ausgangsumsätze) und der Eigenverbrauch der Unternehmen, abgekürzt „Lieferungen und Leistungen“.

Mitunternehmerinnen und Mitunternehmer | Im Sinne des § 15 Abs. 1 Nr. 2 EStG ist Mitunternehmerin bzw. Mitunternehmer, wer als zivilrechtliche/r Gesellschafter/-in einer Personengesellschaft unternehmerisches Risiko trägt und unternehmerische Initiative entfalten kann.

Nachlassgegenstände | Das Guthaben/Vermögen, das die Erblasserin oder der Erblasser hinterlässt. Nachlassgegenstände sind land- und forstwirtschaftliches Vermögen, Grund- und Betriebsvermögen sowie das übrige Vermögen (z. B. Kapitalforderungen, Wertpapiere, Bankguthaben, Versicherungen, Renten, Bargeld, Hausrat usw.).

Nachlassverbindlichkeiten | Erwerbslasten, die den Erwerb aus der Sicht der steuerpflichtigen Person schmälern. Dies sind z. B. Hypotheken, Steuerschulden, Verbindlichkeiten, Erbfallkosten und Schulden, die mit dem erworbenen Vermögen in wirtschaftlichem Zusammenhang stehen.

Negative Einkünfte | Einkünfte, die kleiner als Null sind.

Nettoausgaben | Sie zeigen die aus eigenen Einnahmequellen der jeweiligen Körperschaft oder Körperschaftsgruppe zu finanzierenden Ausgaben (Belastungsprinzip).

Öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen | Die Kernhaushalte sind hierbei mit mehr als 50 % der Kapital- oder Stimmrechte – unmittelbar oder mittelbar – beteiligt. Sie werden mit eigenem Rechnungswesen außerhalb der öffentlichen Kernhaushalte, in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form geführt. Die bei öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen am häufigsten vorkommenden Rechtsformen des öffentlichen Rechts sind der Eigenbetrieb und die Anstalt des öffentlichen Rechts. Häufigste privatrechtliche Form ist die GmbH. Entstanden sind sie durch Aufgabenauslagerungen aus den Kernhaushalten, durch Neugründung oder Beteiligungserwerb. Öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, die nach den Kriterien des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 95) dem Sektor Staat zuzurechnen sind, werden als Extrahaushalte bezeichnet.

Öffentlicher Gesamthaushalt | Er umfasst

- in den vierteljährlichen Kassenergebnissen des öffentlichen Gesamthaushalts ab dem Berichtsjahr 2011 die Kern- und Extrahaushalte des Bundes, der Länder, der Gemeinden/Gemeindeverbände, der Sozialversicherung sowie die Finanzanteile der Europäischen Union (EU-Anteile). Für den Vorjahresvergleich wurde der öffentliche Gesamthaushalt im Berichtsjahr 2010 weitgehend angepasst,
- in den Rechnungsergebnissen des öffentlichen Gesamthaushalts den Bund und seine Sondervermögen, die Länder und ihre Sondervermögen, die Gemeinden und Gemeindeverbände, die Zweckverbände und die Sozialversicherung und die Finanzanteile der Europäischen Union (EU-Anteile),
- in der Schuldenstatistik ab dem Berichtsjahr 2010 die Kern- und Extrahaushalte des Bundes, der Länder, der Gemeinden/Gemeindeverbände und der Sozialversicherung.

Personengesellschaften/Gemeinschaften | Gesellschaften/Gemeinschaften, die selbst nicht Träger von Rechten und Pflichten sind. Sie werden durch die Gesellschafter verkörpert. Gesellschafter können sowohl natürliche Personen als auch Körperschaften sein.

Positive Einkünfte | Einkünfte, die größer bzw. gleich Null sind.

Reinerwerb | Anteiliger Reinnachlass je Erwerberin bzw. Erwerber.

Reinnachlass | Nachlassgegenstände abzüglich Nachlassverbindlichkeiten.

Schulden beim nicht öffentlichen Bereich | Sie enthalten die Schulden entsprechend dem Gläubigerprinzip

- bei Kreditinstituten,
- beim sonstigen inländischen Bereich sowie
- beim sonstigen ausländischen Bereich.

Der ausgewiesene **nationale Schuldenstand** entspricht ab dem Berichtsjahr 2010 der Summe der Schulden beim nicht öffentlichen Bereich des öffentlichen Gesamthaushalts. Bis zum Berichtsjahr 2009 basierte der nationale Schuldenstand auf den Kreditmarktschulden einschließlich der Kassenkredite. Aufgrund dieser methodischen Umstellung und der Berichtskreiserweiterung zum Berichtsjahr 2010 ist ein Vergleich des Schuldenstandes zu den Vorjahren nur eingeschränkt möglich.

Schulden beim öffentlichen Bereich | Sie enthalten die Schulden entsprechend dem Gläubigerprinzip

- beim Bund,
- bei Ländern,
- bei Gemeinden/Gemeindeverbänden,
- bei Zweckverbänden,
- bei der Sozialversicherung,
- bei verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen sowie
- bei sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen.

Zu beachten ist, dass die Schulden beim öffentlichen Bereich unkonsolidiert ausgewiesen werden.

Sondervermögen des Bundes | Sie werden in den vierteljährlichen Kassenergebnissen des öffentlichen Gesamthaushalts und in der Schuldenstatistik als Extrahaushalte nachgewiesen.

Sonstiger Erwerb | Erwerb durch Vermächtnisse, Verträge zugunsten Dritter, geltend gemachte Pflichtteilsansprüche usw.

Steuerbarer Umsatz | Gem. § 1 des Umsatzsteuergesetzes (UStG) umfasst der steuerbare Umsatz

- die Lieferungen und sonstigen Leistungen, die ein Unternehmen im Inland gegen Entgelt im Rahmen seines Unternehmens ausführt,
- die Einfuhr von Gegenständen aus dem Drittlandgebiet in das Inland (= Einfuhrumsatzsteuer, nicht Bestandteil der Umsatzsteuerstatistik) und
- die inneregemeinschaftlichen Erwerbe im Inland gegen Entgelt.

Steuermessbetrag nach dem Gewerbebeitrag | Abgerundeter Gewerbebeitrag, nach Anwendung einer bundeseinheitlichen sogenannten Steuermesszahl von 5 %. Bei natürlichen Personen/Personengesellschaften gilt vorab ein Freibetrag von 24 500 Euro und der Steuermessbetrag ist bis zu einem Gewerbebeitrag von 48 000 Euro zwischen 1 und 4 % gestaffelt. Für bestimmte Körperschaften gilt ein Freibetrag von 3 900 Euro.

Steuerpflichtiger Erwerb | Gemäß § 10 ErbStG die Bereicherung der Erwerberin oder des Erwerbers, soweit sie nicht steuerfrei ist.

Umsatzsteuerpflichtige | Im Sinne des § 2 Abs. 1 UStG ist ein Unternehmer umsatzsteuerpflichtig, wenn er eine gewerbliche oder berufliche Tätigkeit selbstständig ausübt. Das Unternehmen umfasst die gesamte gewerbliche oder berufliche Tätigkeit des Unternehmers. Gewerblich oder beruflich ist jede nachhaltige Tätigkeit zur Erzielung von Einnahmen, auch wenn die Gewinnabsicht fehlt oder eine Personenvereinigung nur ihren Mitgliedern gegenüber tätig wird. Der Kreis der in der Umsatzsteuerstatistik (Vor Anmeldungen) erfassten Steuerpflichtigen umfasst die Unternehmen, die im Statistikjahr Umsatzsteuer-Voranmeldungen abgegeben haben, mit jährlichen Lieferungen und Leistungen über 17 500 Euro. Nicht erfasst sind Jahreszahler (Unternehmer, die keine Voranmeldung, sondern nur eine jährliche Umsatzsteuer-Erklärung abgeben müssen) und Kleinunternehmer (mit jährlichen Umsätzen bis 17 500 Euro). Die Abbildung der Unternehmen, die im Statistikjahr nach § 2 Abs. 1 UStG Umsatzsteuer-Erklärungen abgegeben haben, erfolgt in der Umsatzsteuerstatistik (Veranlagungen).

Unbeschränkte/beschränkte Steuerpflicht | Unbeschränkt steuerpflichtig sind Personen, die im Inland ihren Wohnsitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben bzw. Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen, die ihren Sitz im Inland haben. Der Steuer unterliegen in diesem Fall sowohl das inländische als auch das ausländische Einkommen oder Vermögen. Beschränkte Steuerpflicht liegt vor, wenn der gewöhnliche Aufenthalt und der Wohnsitz der/des Steuerpflichtigen (bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer auch der Erblasserin bzw. des Erblassers oder der Schenkerin bzw. des Schenkers) bzw. der Sitz einer Körperschaft, Personenvereinigung oder Vermögensmasse nicht im Inland liegen. Zu versteuern ist hier nur das inländische Einkommen oder Vermögen.

Verlustfälle | Körperschaft- und Einkommensteuerpflichtige mit negativem Gesamtbetrag der Einkünfte bzw. Personengesellschaften/Gemeinschaften mit negativen Einkünften aus Gewerbebetrieb.

Vorerwerb | Dem Erbfall vorangegangene Schenkung von der Erblasserin oder dem Erblasser an die Erwerberin oder den Erwerber.

Wirtschaftszweig | Die Wirtschaftszweigklassifikation dient der Zuordnung der Unternehmen zu einer wirtschaftlichen Tätigkeit. Grundsätzlich wird ein Unternehmen einem einzigen Wirtschaftszweig zugeordnet. Maßgebend für die Zuordnung ist dabei die Haupttätigkeit des Unternehmens. Mit dem Berichtsjahr 2009 erfolgte in den Steuerstatistiken der Umstieg von der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003) auf die Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

Zu versteuerndes Einkommen | In der Körperschaftsteuerstatistik das Einkommen im Sinne des § 8 Abs. 1 KStG, vermindert um die Freibeträge der §§ 24 und 25 KStG. In der Einkommensteuerstatistik wird das Einkommen um Kinderfreibeträge und den Härteausgleich gem. § 46 Abs. 3 EStG, § 70 EStDV gemindert.

Zweckverband | Zusammenschluss von Gemeinden/Gemeindeverbänden zur gemeinsamen Erfüllung bestimmter kommunaler Aufgaben. Kann seinerseits als Träger, z. B. eines Eigenbetriebs, auftreten.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Standardveröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen kostenfrei downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 190 amtlichen Statistiken. Daten zu *Finanzen* finden Sie unter dem Menüpunkt > Themen, Code 71, Daten zu *Steuern* unter Code 73

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Öffentliche Finanzen

Fachserie 14 Finanzen und Steuern

Reihe 2	Vierteljährliche Kassenergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts
Reihe 3.1	Rechnungsergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts
Reihe 3.3	Jahresrechnungsergebnisse der kommunalen Haushalte
Reihe 5	Schulden der öffentlichen Haushalte
Reihe 5.1	Finanzvermögen des öffentlichen Gesamthaushalts

Wirtschaft und Statistik

Heft 1/11	Die gesetzliche Sozialversicherung in den Finanz- und Personalstatistiken
Heft 2/11	Ausgliederungen aus den Kernhaushalten: öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen
Heft 11/11	Schulden des öffentlichen Gesamthaushalts am 31. Dezember 2010
Heft 12/11	Entwicklung des öffentlichen Finanzierungssaldos im ersten Halbjahr 2011
Heft 4/12	Ausgewählte Struktur- und Bilanzmerkmale öffentlicher Fonds, Einrichtungen und Unternehmen
Heft 5/12	Finanzvermögen des öffentlichen Gesamthaushalts am 31.12.2010
Heft 5/12	Entwicklung des öffentlichen Finanzierungssaldos im Jahr 2011

■ Steuern

Fachserie 14 Finanzen und Steuern

Reihe 4	Steuerhaushalt
Reihe 7.1	Lohn- und Einkommensteuer
Reihe 7.1.1	Jährliche Einkommensteuer
Reihe 7.2	Körperschaftsteuer
Reihe 8.1	Umsatzsteuer (Voranmeldungen)
Reihe 8.2	Umsatzsteuer (Veranlagungen)
Reihe 9	Verbrauchssteuern
Reihe 9.6	Luftverkehrssteuer
Reihe 10.1	Realsteuervergleich
Reihe 10.2	Gewerbesteuer

Fachberichte

Jährliche Körperschaftsteuerstatistik (2005)
Staatliche Förderung der Riesterrente (2007)
Statistik der Personengesellschaften und Gemeinschaften (2007)
Erbschaft- und Schenkungsteuer (2010)
Verbrauchssteuern (2000 – 2011)

Wirtschaft und Statistik

Heft 7/10	Statistische Auswertung der Riester-Förderung
Heft 8/10	Der Beschäftigungsbeitrag mittelständischer Unternehmen
Heft 12/10	Jährliche Körperschaftsteuerstatistik – Methodik und erste Ergebnisse
Heft 4/11	Die neue Umsatzsteuerstatistik nach Veranlagungen
Heft 10/11	Umsätze und ihre Besteuerung
Heft 11/11	Politikberatung durch Mikrosimulationen – Berechnungen für die Gemeindefinanzkommission

Mehr zum Thema

■ Steuern

Gemeinschaftsveröffentlichungen

| Hebesätze der Realsteuern

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter
+49 (0)6 11 / 75 42 10 (Ausgaben und Einnahmen),
+49 (0)6 11 / 75 42 03 (Schulden),
+49 (0)6 11 / 75 26 85 (öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen),
+49 (0)6 11 / 75 43 15 (Steuern).

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.





10 Wahlen

In **17. Legislaturperiode** regiert eine **Koalition** aus **CDU/CSU** und **FDP** | Zusammen hatte sie **332 von insgesamt 622 Sitzen** im Bundestag | An Wahl zum 17. Deutschen Bundestag **beteiligten** sich **71 %** der Wahlberechtigten | Im **Europäischen Parlament** ist Deutschland mit **99 Sitzen** vertreten | Stärkste deutsche Fraktion ist derzeit die **CDU/CSU** mit **42 Sitzen** | **43 %** der deutschen Wahlberechtigten **beteiligten** sich 2009 an Wahl zum Europäischen Parlament

Seite

289 **Auf einen Blick**

Tabellen

290 **Wahl zum Deutschen Bundestag**
Sitzverteilung im Deutschen Bundestag | Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Ländern | Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen | Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe in ausgewählten Gemeinden

293 **Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland**
Deutsche Sitze im Europäischen Parlament | Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Ländern | Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen

294 **Landtagswahlen**
Sitzverteilung in den Länderparlamenten | Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe

295 **Mitglieder der Bundesregierung und Länderregierungen, Stimmenzahl der Länder im Bundesrat**

296 **Methodik**

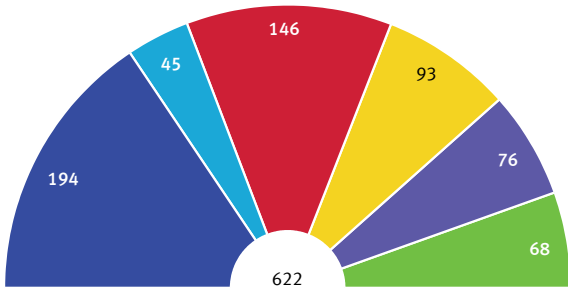
297 **Glossar**

299 **Mehr zum Thema**

10.0 Auf einen Blick

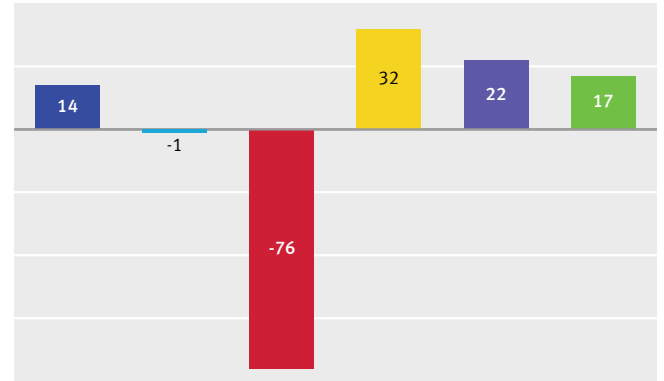
CDU CSU SPD GRÜNE FDP DIE LINKE

Sitzverteilung im Deutschen Bundestag, Wahl am 27.9.2009



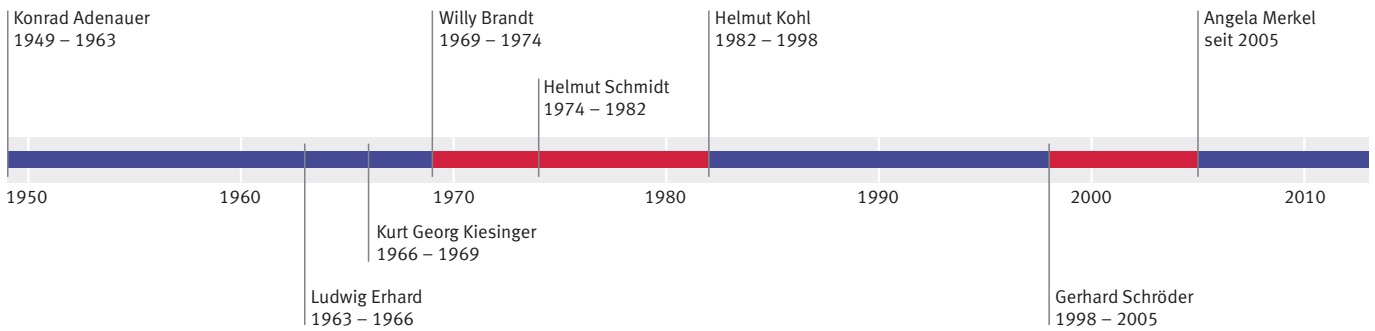
2012 - 01 - 0251

Gewinne und Verluste von Sitzen gegenüber der letzten Wahl



2012 - 01 - 0252

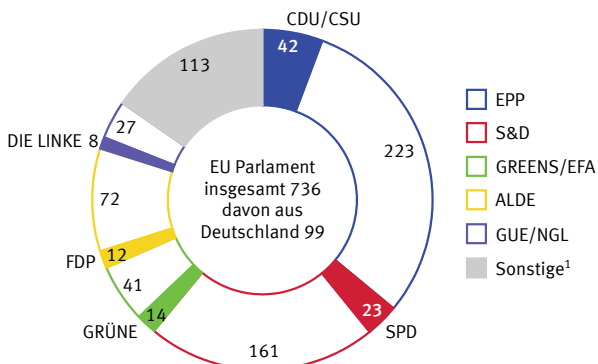
Bundeskanzler und die Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland



2012 - 01 - 0253

Sitzverteilung im Europäischen Parlament, Wahl am 7.6.2009

Sitze der deutschen Parteien innerhalb der Fraktionen



1 Ohne Beteiligung deutscher Parteien.

2012 - 01 - 0254

10.1 Wahl zum Deutschen Bundestag

10.1.1 Sitzverteilung im Deutschen Bundestag

	Sitze insgesamt	Davon entfielen auf					
		CDU	SPD	FDP	DIE LINKE ¹	GRÜNE	CSU
Bundestagswahl am 27.9.2009							
Deutschland	622 ²	194	146	93	76	68	45
dar. Frauen	204	42	56	23	40	37	6
Baden-Württemberg	84	37	15	15	6	11	–
Bayern	91	–	16	14	6	10	45
Berlin	23	6	5	3	5	4	–
Brandenburg	19	5	5	2	6	1	–
Bremen	6	1	2	1	1	1	–
Hamburg	13	4	4	2	1	2	–
Hessen	45	15	12	8	4	6	–
Mecklenburg-Vorpommern	14	6	2	1	4	1	–
Niedersachsen	62	21	19	9	6	7	–
Nordrhein-Westfalen	129	45	39	20	11	14	–
Rheinland-Pfalz	32	13	8	5	3	3	–
Saarland	10	4	2	1	2	1	–
Sachsen	35	16	5	4	8	2	–
Sachsen-Anhalt	17	5	3	2	6	1	–
Schleswig-Holstein	24	9	6	4	2	3	–
Thüringen	18	7	3	2	5	1	–
Bundestagswahl am 18.9.2005							
Deutschland	614 ³	180	222	61	54	51	46
dar. Frauen	195	38	80	15	26	29	7
Baden-Württemberg	76	33	23	9	3	8	–
Bayern	89	–	24	9	3	7	46
Berlin	22	5	8	2	4	3	–
Brandenburg	21	4	10	1	5	1	–
Bremen	4	1	2	–	–	1	–
Hamburg	14	4	6	1	1	2	–
Hessen	43	15	16	5	2	5	–
Mecklenburg-Vorpommern	13	4	4	1	3	1	–
Niedersachsen	62	21	27	6	3	5	–
Nordrhein-Westfalen	130	46	54	13	7	10	–
Rheinland-Pfalz	31	12	11	4	2	2	–
Saarland	10	3	4	1	2	–	–
Sachsen	36	14	8	4	8	2	–
Sachsen-Anhalt	23	5	10	2	5	1	–
Schleswig-Holstein	22	8	9	2	1	2	–
Thüringen	18	5	6	1	5	1	–

1 Bis 15.6.2007: Die Linke.

2 Einschl. 21 Überhangmandaten für die CDU: 1 in Schleswig-Holstein, 2 in Mecklenburg-Vorpommern, 4 in Sachsen, 1 in Thüringen, 2 in Rheinland-Pfalz, 10 in Baden-Württemberg und 1 im Saarland sowie 3 für die CSU in Bayern.

3 Einschl. 9 Überhangmandaten für die SPD: 1 in Hamburg, 3 in Brandenburg, 4 in Sachsen-Anhalt und 1 im Saarland sowie 7 für die CDU: 4 in Sachsen und 3 in Baden-Württemberg.

10.1 Wahl zum Deutschen Bundestag

10.1.2 Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Ländern

	Wahlberechtigte	Wahlbeteiligung	Von den gültigen Zweitstimmen entfielen auf					
			CDU, in Bayern CSU	SPD	FDP	DIE LINKE ¹	GRÜNE	Sonstige
	1 000	%						
Bundestagswahl am 27.9.2009								
Deutschland	62 168,5	70,8	33,8 ¹²	23,0	14,6	11,9	10,7	6,0
Baden-Württemberg	7 633,8	72,4	34,4	19,3	18,8	7,2	13,9	6,4
Bayern	9 382,6	71,6	42,5	16,8	14,7	6,5	10,8	8,7
Berlin	2 471,7	70,9	22,8	20,2	11,5	20,2	17,4	7,9
Brandenburg	2 128,7	67,0	23,6	25,1	9,3	28,5	6,1	7,4
Bremen	488,0	70,3	23,9	30,2	10,6	14,3	15,4	5,5
Hamburg	1 256,6	71,3	27,8	27,4	13,2	11,2	15,6	4,7
Hessen	4 398,9	73,8	32,2	25,6	16,6	8,5	12,0	5,1
Mecklenburg-Vorpommern	1 400,3	63,0	33,1	16,6	9,8	29,0	5,5	5,9
Niedersachsen	6 112,1	73,3	33,2	29,3	13,3	8,6	10,7	4,9
Nordrhein-Westfalen	13 288,3	71,4	33,1	28,5	14,9	8,4	10,1	5,0
Rheinland-Pfalz	3 103,9	72,0	35,0	23,8	16,6	9,4	9,7	5,6
Saarland	808,6	73,7	30,7	24,7	11,9	21,2	6,8	4,8
Sachsen	3 518,2	65,0	35,6	14,6	13,3	24,5	6,7	5,4
Sachsen-Anhalt	2 028,6	60,5	30,1	16,9	10,3	32,4	5,1	5,2
Schleswig-Holstein	2 234,7	73,6	32,2	26,8	16,3	7,9	12,7	4,2
Thüringen	1 913,6	65,2	31,2	17,6	9,8	28,8	6,0	6,7
Bundestagswahl am 18.9.2005								
Deutschland	61 870,7	77,7	35,2 ¹³	34,2	9,8	8,7	8,1	3,9
Baden-Württemberg	7 529,2	78,7	39,2	30,1	11,9	3,8	10,7	4,3
Bayern	9 222,6	77,9	49,2	25,5	9,5	3,4	7,9	4,5
Berlin	2 438,9	77,4	22,0	34,3	8,2	16,4	13,7	5,4
Brandenburg	2 128,4	74,9	20,6	35,8	6,9	26,6	5,1	5,1
Bremen	486,5	75,5	22,8	42,9	8,1	8,4	14,3	3,5
Hamburg	1 230,7	77,5	28,9	38,7	9,0	6,3	14,9	2,2
Hessen	4 367,0	78,7	33,7	35,6	11,7	5,3	10,1	3,6
Mecklenburg-Vorpommern	1 418,8	71,2	29,6	31,7	6,3	23,7	4,0	4,8
Niedersachsen	6 083,0	79,4	33,6	43,2	8,9	4,3	7,4	2,6
Nordrhein-Westfalen	13 257,0	78,3	34,4	40,0	10,0	5,2	7,6	2,8
Rheinland-Pfalz	3 084,2	78,7	36,9	34,6	11,7	5,6	7,3	3,9
Saarland	818,5	79,4	30,2	33,3	7,4	18,5	5,9	4,7
Sachsen	3 561,4	75,7	30,0	24,5	10,2	22,8	4,8	7,7
Sachsen-Anhalt	2 088,1	71,0	24,7	32,7	8,1	26,6	4,1	3,9
Schleswig-Holstein	2 198,8	79,1	36,4	38,2	10,1	4,6	8,4	2,2
Thüringen	1 957,8	75,5	25,7	29,8	7,9	26,1	4,8	5,7

1 Bis 15.6.2007: Die Linke.

2 CDU: 27,3%, CSU: 6,5%.

3 CDU: 27,8%, CSU: 7,4%.

10.1 Wahl zum Deutschen Bundestag

10.1.3 Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen

Alter von ... bis unter ... Jahren	Wahl- berechtigte	Wahl- beteiligung ¹⁾	Wähler/-innen		Von 100 gültigen Stimmen nebenstehender Altersgruppen entfielen auf						
			insgesamt	dar. gültig	CDU	SPD	FDP	DIE LINKE	GRÜNE	CSU	Sonstige
Bundestagswahl am 27.9.2009											
Insgesamt											
Insgesamt	62 168	71,4	44 006	43 371	27,3	23,0	14,6	11,9	10,7	6,5	6,0
18 – 25	5 907	60,7	3 517	3 483	20,9	18,2	15,3	10,3	15,4	5,2	14,7
25 – 35	8 249	63,0	5 112	5 061	23,7	17,0	18,3	10,5	13,8	6,0	10,7
35 – 45	10 570	70,9	7 468	7 390	24,1	20,2	16,6	11,2	14,8	6,0	7,1
45 – 60	17 059	74,2	12 545	12 391	23,7	23,4	14,4	15,2	12,5	5,7	5,0
60 und mehr	20 384	75,9	15 362	15 046	34,4	27,3	12,2	10,4	5,0	8,0	2,7
Männer											
18 – 25	2 999	60,9	1 807	1 790	19,1	17,9	17,3	9,7	12,1	4,9	18,9
25 – 35	4 180	62,2	2 571	2 545	21,5	16,1	20,5	10,9	11,6	5,8	13,5
35 – 45	5 349	70,0	3 734	3 696	22,2	20,2	18,9	12,0	12,6	5,8	8,3
45 – 60	8 517	73,7	6 238	6 167	21,9	23,8	15,4	16,9	11,0	5,4	5,5
60 und mehr	8 834	79,4	6 961	6 834	31,5	27,6	13,3	12,5	4,6	7,6	3,0
Zusammen	29 880	71,8	21 310	21 032	24,8	23,0	16,1	13,3	9,4	6,2	7,3
Frauen											
18 – 25	2 908	60,4	1 710	1 693	22,7	18,5	13,3	10,9	18,9	5,5	10,2
25 – 35	4 068	63,9	2 542	2 516	25,9	17,8	16,1	10,0	16,1	6,2	7,9
35 – 45	5 221	71,8	3 735	3 694	26,1	20,2	14,4	10,3	17,0	6,1	5,9
45 – 60	8 542	74,7	6 308	6 224	25,6	22,9	13,5	13,5	14,1	5,9	4,6
60 und mehr	11 550	73,2	8 401	8 212	36,9	27,1	11,3	8,6	5,4	8,4	2,4
Zusammen	32 289	71,0	22 695	22 339	29,6	23,1	13,1	10,6	12,0	6,8	4,8

Ergebnisse der Repräsentativstatistiken.

1 Anteil der Wähler/-innen mit Stimm- und Wahrscheinvermerk im Wählerverzeichnis an den Wahlberechtigten.

10.1.4 Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe in ausgewählten Gemeinden

	Bevölkerung am 31.12.2009	Wahlberechtigte	Wahlbeteiligung	Von den gültigen Zweitstimmen entfielen auf						
				CDU, in Bayern CSU	SPD	FDP	DIE LINKE	GRÜNE	Sonstige	
										Anzahl
Bundestagswahl am 27.9.2009										
Berlin	3 442 675	2 471 665	70,9	22,8	20,2	11,5	20,2	17,4	7,9	
Hamburg	1 774 224	1 256 634	71,3	27,8	27,4	13,2	11,2	15,6	4,7	
München	1 330 440	895 101	73,4	32,1	19,3	17,6	6,7	17,5	6,8	
Köln	998 105	703 424	70,6	26,9	25,7	15,6	9,0	17,9	4,8	
Frankfurt am Main	671 927	402 198	71,8	27,8	21,9	17,5	10,5	17,2	5,1	
Stuttgart	601 646	365 542	74,3	28,5	19,8	18,4	7,8	20,1	5,4	
Düsseldorf	586 217	414 125	71,1	32,1	24,2	17,9	8,6	12,6	4,6	
Dortmund	581 308	423 053	68,7	24,4	34,3	11,7	11,2	12,4	5,9	
Essen	576 259	435 602	69,7	27,2	35,0	12,3	9,7	10,3	5,6	
Bremen	547 685	402 884	71,4	23,7	29,8	10,7	14,2	16,2	5,4	
Hannover	520 966	370 711	73,4	25,4	30,5	12,2	10,0	16,2	5,8	
Leipzig	518 862	415 259	66,1	28,0	18,1	12,3	25,5	12,0	4,1	
Dresden	517 052	421 639	67,6	33,6	15,0	13,6	21,2	12,6	4,1	
Nürnberg	503 673	345 218	69,3	31,8	23,6	12,8	9,5	13,0	9,3	
Duisburg	491 931	345 343	64,8	25,1	38,2	9,3	12,5	8,5	6,4	
Bochum	376 319	284 855	71,1	24,2	37,1	10,4	11,3	11,4	5,6	
Wuppertal	351 050	250 614	68,2	29,2	27,2	14,0	11,2	12,7	5,8	
Bielefeld	323 084	238 268	72,9	30,4	30,0	11,1	9,7	14,1	4,7	
Bonn	319 841	219 218	76,4	31,1	22,5	19,0	7,0	16,0	4,3	
Mannheim	311 969	198 437	67,6	29,0	24,7	15,0	11,3	13,6	6,4	
Karlsruhe	291 959	201 833	71,1	28,6	20,6	17,4	8,3	18,4	6,6	
Wiesbaden	277 493	187 479	71,2	31,1	23,5	17,7	8,6	14,1	4,9	
Münster	275 543	210 934	77,7	33,7	23,7	14,7	6,7	17,2	3,9	
Augsburg	263 646	185 478	65,7	37,9	19,0	12,8	8,0	13,0	9,3	
Gelsenkirchen	259 744	187 486	64,9	23,2	42,0	9,0	12,1	6,9	6,8	
Aachen	258 380	176 885	73,6	31,9	22,4	15,1	8,5	16,1	6,0	
Mönchengladbach	258 251	194 294	63,9	35,0	24,5	18,0	8,3	8,9	5,2	

Gemeinden mit 250 000 Einwohnerinnen und Einwohnern und mehr.

10.2 Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland

10.2.1 Deutsche Sitze im Europäischen Parlament

	Sitze insgesamt	Verteilung auf die Parteien					
		CDU	SPD	GRÜNE	FDP	DIE LINKE ¹	CSU
Europawahl am 7.6.2009							
Deutschland ..	99	34	23	14	12	8	8
dar. Frauen ..	37	8	10	7	5	4	3
Europawahl am 13.6.2004							
Deutschland ..	99	40	23	13	7	7	9
dar. Frauen ..	31	8	9	7	1	4	2

1 Bis 16.7.2005: PDS, bis 15.6.2007: Die Linke.

10.2.2 Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Ländern am 7.6.2009

	Wahlberechtigte	Wähler/-innen bzw. Wahlbeteiligung	Stimmen		Von den gültigen Stimmen entfielen auf						
			ungültig	gültig	CDU	SPD	GRÜNE	FDP	DIE LINKE	CSU	Sonstige
Anzahl											
Deutschland	62 222 873	26 923 614	590 170	26 333 444	8 071 391	5 472 566	3 194 509	2 888 084	1 969 239	1 896 762	2 840 893
Baden-Württemberg	7 635 842	3 968 608	149 083	3 819 525	1 478 135	689 812	572 267	537 100	114 105	-	428 106
Bayern	9 386 096	3 974 578	27 974	3 946 604	-	507 527	455 032	356 506	91 733	1 896 762	639 044
Berlin	2 473 787	869 339	10 989	858 350	208 395	161 635	202 437	74 522	126 442	-	84 919
Brandenburg	2 127 871	635 720	9 404	626 316	140 616	142 615	52 889	46 367	162 687	-	81 142
Bremen	488 095	189 640	1 992	187 648	45 886	55 064	41 476	16 721	13 468	-	15 033
Hamburg	1 256 701	436 266	3 633	432 633	128 443	109 766	88 823	48 225	29 181	-	28 195
Hessen	4 402 792	1 669 822	30 735	1 639 087	596 878	400 623	246 535	207 253	63 407	-	124 391
Mecklenburg-Vorpommern	1 403 333	653 283	30 280	623 003	201 447	104 231	34 450	47 170	146 305	-	89 400
Niedersachsen	6 112 225	2 477 550	24 312	2 453 238	962 510	668 545	305 758	251 167	97 328	-	167 930
Nordrhein-Westfalen	13 308 501	5 561 960	57 960	5 504 000	2 091 945	1 410 141	688 272	678 273	252 475	-	382 894
Rheinland-Pfalz	3 104 297	1 726 377	69 342	1 657 035	660 252	426 272	157 966	184 838	57 455	-	170 252
Saarland	809 356	474 318	20 870	453 448	162 696	120 676	34 860	36 536	54 570	-	44 110
Sachsen	3 526 777	1 677 354	71 798	1 605 556	567 231	188 503	107 621	157 530	321 988	-	262 683
Sachsen-Anhalt	2 035 415	769 490	35 417	734 073	213 731	132 868	39 882	62 900	173 385	-	111 307
Schleswig-Holstein	2 233 570	822 149	8 873	813 276	308 368	200 370	109 768	102 891	31 715	-	60 164
Thüringen	1 918 215	1 017 160	37 508	979 652	304 858	153 918	56 473	80 085	232 995	-	151 323
%											
Deutschland	X	43,3	2,2	97,8	30,7	20,8	12,1	11,0	7,5	7,2	10,8
Baden-Württemberg	X	52,0	3,8	96,2	38,7	18,1	15,0	14,1	3,0	-	11,2
Bayern	X	42,3	0,7	99,3	-	12,9	11,5	9,0	2,3	48,1	16,2
Berlin	X	35,1	1,3	98,7	24,3	18,8	23,6	8,7	14,7	-	9,9
Brandenburg	X	29,9	1,5	98,5	22,5	22,8	8,4	7,4	26,0	-	13,0
Bremen	X	38,9	1,1	98,9	24,5	29,3	22,1	8,9	7,2	-	8,0
Hamburg	X	34,7	0,8	99,2	29,7	25,4	20,5	11,1	6,7	-	6,5
Hessen	X	37,9	1,8	98,2	36,4	24,4	15,0	12,6	3,9	-	7,6
Mecklenburg-Vorpommern	X	46,6	4,6	95,4	32,3	16,7	5,5	7,6	23,5	-	14,3
Niedersachsen	X	40,5	1,0	99,0	39,2	27,3	12,5	10,2	4,0	-	6,8
Nordrhein-Westfalen	X	41,8	1,0	99,0	38,0	25,6	12,5	12,3	4,6	-	7,0
Rheinland-Pfalz	X	55,6	4,0	96,0	39,8	25,7	9,5	11,2	3,5	-	10,3
Saarland	X	58,6	4,4	95,6	35,9	26,6	7,7	8,1	12,0	-	9,7
Sachsen	X	47,6	4,3	95,7	35,3	11,7	6,7	9,8	20,1	-	16,4
Sachsen-Anhalt	X	37,8	4,6	95,4	29,1	18,1	5,4	8,6	23,6	-	15,2
Schleswig-Holstein	X	36,8	1,1	98,9	37,9	24,6	13,5	12,7	3,9	-	7,4
Thüringen	X	53,0	3,7	96,3	31,1	15,7	5,8	8,2	23,8	-	15,4

10.2 Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland

10.2.3 Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen

Alter von ... bis unter ... Jahren	Wahl- berechtigte	Wahl- beteiligung ¹	Wähler/-innen		Von 100 gültigen Stimmen nebenstehender Altersgruppen entfielen auf						
			insgesamt	dar. gültig	CDU	SPD	GRÜNE	FDP	DIE LINKE	CSU	Sonstige
			1 000	%	1 000	%					
Europawahl am 7.6.2009											
Insgesamt											
Insgesamt	62 222	44,0	26 924	26 333	30,7	20,8	12,1	11,0	7,5	7,2	10,8
18 – 25	5 708	32,1	1 762	1 736	23,2	21,0	16,5	11,7	6,2	5,2	16,2
25 – 35	8 284	32,5	2 602	2 566	25,0	17,8	16,6	14,4	5,7	6,0	14,4
35 – 45	10 596	40,5	4 203	4 138	26,0	17,9	18,4	13,2	6,1	5,6	12,8
45 – 60	17 064	45,4	7 634	7 481	26,1	20,3	15,8	11,5	9,2	6,0	11,1
60 und mehr	20 570	52,5	10 722	10 413	38,4	23,0	5,2	8,7	7,4	9,4	7,9
Männer											
18 – 25	2 899	32,3	904	890	23,6	20,5	13,4	13,0	6,3	5,3	17,8
25 – 35	4 193	32,2	1 310	1 292	24,8	16,6	14,5	16,5	6,2	6,0	15,5
35 – 45	5 355	39,8	2 094	2 060	25,6	17,3	16,1	15,1	7,0	6,0	12,9
45 – 60	8 520	44,9	3 780	3 700	25,1	20,7	14,1	12,4	10,6	6,0	11,1
60 und mehr	8 925	55,6	4 933	4 787	36,2	23,5	4,7	9,3	9,1	9,3	8,0
Zusammen	29 892	44,2	13 022	12 729	29,2	20,8	10,9	12,1	8,7	7,2	11,1
Frauen											
18 – 25	2 809	31,8	858	846	22,7	21,6	19,7	10,2	6,0	5,1	14,6
25 – 35	4 091	32,9	1 291	1 273	25,2	19,0	18,8	12,4	5,2	6,0	13,4
35 – 45	5 241	41,1	2 109	2 078	26,4	18,4	20,7	11,3	5,3	5,2	12,6
45 – 60	8 545	45,9	3 854	3 781	27,0	20,0	17,4	10,6	7,8	6,0	11,2
60 und mehr	11 645	50,2	5 789	5 626	40,3	22,5	5,6	8,2	6,0	9,4	7,9
Zusammen	32 330	43,8	13 902	13 604	32,0	20,8	13,3	9,9	6,3	7,2	10,5

Ergebnisse der Repräsentativstatistiken.

1 Anteil der Wähler/-innen mit Stimm- und Wahrscheinvermerk im Wählerverzeichnis an den Wahlberechtigten.

10.3 Landtagswahlen

10.3.1 Sitzverteilung in den Länderparlamenten

	Datum der Landtagswahl	Abgeordnete insgesamt	CDU, in Bayern CSU	SPD	FDP	DIE LINKE	GRÜNE ¹	Sonstige
Baden-Württemberg	27.3.2011	138	60	35	7	–	36	–
Bayern	28.9.2008	187	92	39	16	–	19	21 ¹²
Berlin	18.9.2011	149	39	47	–	19	29	15 ¹³
Brandenburg	27.9.2009	88	19	31	7	26	5	–
Bremen	22.5.2011	83	20	36	–	5	21	1 ¹⁴
Hamburg	20.2.2011 ¹⁵	121	28	62	9	8	14	–
Hessen	18.1.2009	118	46	29	20	6	17	–
Mecklenburg-Vorpommern ..	4.9.2011 ¹⁶	71	18	27	–	14	7	5 ¹⁷
Niedersachsen	27.1.2008	152	68	48	13	11	12	–
Nordrhein-Westfalen	13.5.2012	237	67	99	22	–	29	20 ¹³
Rheinland-Pfalz	27.3.2011	101	41	42	–	–	18	–
Saarland	25.3.2012	51	19	17	–	9	2	4 ¹³
Sachsen	30.8.2009	132	58	14	14	29	9	8 ¹⁷
Sachsen-Anhalt	20.3.2011	105	41	26	–	29	9	–
Schleswig-Holstein	6.5.2012	69	22	22	6	–	10	9 ¹⁸
Thüringen	30.8.2009	88	30	18	7	27	6	–

Stand nach dem Ergebnis der letzten Wahl.

- 1 Brandenburg: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE/B90); Hamburg: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landesverband Hamburg, Grüne Alternative Liste (GRÜNE/GAL).
- 2 FW FREIE WÄHLER Bayern e. V. (FW FREIE WÄHLER).
- 3 Piratenpartei Deutschland (PIRATEN).

4 Bürger in Wut (BIW).

5 Einschl. Wiederholungswahl am 15.5.2011 im Wahlkreis 17.

6 Einschl. Nachwahl am 18.9.2011 im Wahlkreis 33 Rügen I.

7 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD).

8 Piratenpartei Deutschland (PIRATEN) 6 Sitze und Südschleswigscher Wählerverband (SSW) 3 Sitze.

10.3 Landtagswahlen

10.3.2 Wahlberechtigte, Wahlbeteiligung und Stimmabgabe

	Datum der Landtagswahl	Wahlberechtigte	Wahlbeteiligung	Von den gültigen Stimmen entfielen auf					
				CDU, in Bayern CSU	SPD	FDP	DIE LINKE	GRÜNE ¹	Sonstige
				1 000	%				
Baden-Württemberg	27.3.2011	7 622,9	66,3	39,0	23,1	5,3	2,8	24,2	5,6
Bayern	28.9.2008	9 321,4	57,9	43,4	18,6	8,0	4,4	9,4	16,3
Berlin	18.9.2011	2 469,7	60,2	23,3	28,3	1,8	11,7	17,6	17,2
Brandenburg	27.9.2009	2 126,4	67,0	19,8	33,0	7,2	27,2	5,7	7,1
Bremen	22.5.2011	494,2	55,5	20,4	38,6	2,4	5,6	22,5	10,6
Hamburg	20.2.2011 ²	1 254,6	57,3	21,9	48,4	6,7	6,4	11,2	5,5
Hessen	18.1.2009	4 375,3	61,0	37,2	23,7	16,2	5,4	13,7	3,8
Mecklenburg-Vorpommern	4.9.2011 ³	1 373,9	51,5	23,0	35,6	2,8	18,4	8,7	11,5
Niedersachsen	27.1.2008	6 087,3	57,1	42,5	30,3	8,2	7,1	8,0	3,9
Nordrhein-Westfalen	13.5.2012	13 262,0	59,6	26,3	39,1	8,6	2,5	11,3	12,1
Rheinland-Pfalz	27.3.2011	3 088,2	61,8	35,2	35,7	4,2	3,0	15,4	6,4
Saarland	25.3.2012	797,5	61,6	35,2	30,6	1,2	16,1	5,0	11,8
Sachsen	30.8.2009	3 510,3	52,2	40,2	10,4	10,0	20,6	6,4	12,4
Sachsen-Anhalt	20.3.2011	1 988,2	51,2	32,5	21,5	3,8	23,7	7,1	11,4
Schleswig-Holstein	6.5.2012	2 239,6	60,2	30,8	30,4	8,2	2,3	13,2	15,2
Thüringen	30.8.2009	1 910,1	56,2	31,2	18,5	7,6	27,4	6,2	9,0

1 Brandenburg: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE/B90); Hamburg: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landesverband Hamburg, Grüne Alternative Liste (GRÜNE/GAL).

2 Einschl. Wiederholungswahl am 15.5.2011 im Wahlkreis 17.

3 Einschl. Nachwahl am 18.9.2011 im Wahlkreis 33 Rügen I.

10.4 Mitglieder der Bundesregierung und Länderregierungen, Stimmzahl der Länder im Bundesrat

Bundesregierung Landesregierung	Datum der Bundestags- bzw. Landtagswahl	Partei- zugehörigkeit der Bundes- kanzlerin, des Ministerpräsi- denten ¹	Parteizugehörigkeit der Minister/-innen ²						Stimmzahl im Bundesrat
			CDU, in Bayern CSU	SPD	FDP	DIE LINKE	GRÜNE ³	Sonstige	
Bundesregierung	27.9.2009	CDU	10	–	5	–	–	–	X
Baden-Württemberg	27.3.2011	GRÜNE	–	7	–	–	5	–	6
Bayern	28.9.2008	CSU	9	–	2	–	–	–	6
Berlin	18.9.2011	SPD	3	3	–	–	–	2 ⁴	4
Brandenburg	27.9.2009	SPD	–	4	–	4	–	1 ⁴	4
Bremen	22.5.2011	SPD	–	3	–	–	3	–	3
Hamburg	20.2.2011 ⁵	SPD	–	8	–	–	–	2 ⁴	3
Hessen	18.1.2009	CDU	7	–	3	–	–	–	5
Mecklenburg-Vorpommern	4.9.2011 ⁶	SPD	3	5	–	–	–	–	3
Niedersachsen	27.1.2008	CDU	7	–	2	–	–	–	6
Nordrhein-Westfalen	13.5.2012	SPD	–	9	–	–	3	–	6
Rheinland-Pfalz	27.3.2011	SPD	–	5	–	–	3	–	4
Saarland	25.3.2012	CDU	3	3	–	–	–	–	3
Sachsen	30.8.2009	CDU	5	–	2	–	–	2 ⁴	4
Sachsen-Anhalt	20.3.2011	CDU	4	4	–	–	–	–	4
Schleswig-Holstein	6.5.2012	SPD	–	3	–	–	2	2 ⁷	4
Thüringen	30.8.2009	CDU	4	4	–	–	–	1 ⁴	4

1 Bzw. der Ministerpräsidentin. – In Berlin: Regierender Bürgermeister; in Bremen: Präsident des Senats; in Hamburg: Erster Bürgermeister.

2 In Berlin, Bremen und Hamburg: Senatoren bzw. Senatorinnen.

3 Brandenburg: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE/B90); Hamburg: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landesverband Hamburg, Grüne Alternative Liste (GRÜNE/GAL).

4 Parteilos.

5 Einschl. Wiederholungswahl am 15.5.2011 im Wahlkreis 17.

6 Einschl. Nachwahl am 18.9.2011 im Wahlkreis 33 Rügen I.

7 Südschleswigscher Wählerverband (SSW) 1 Ministerin, Parteilos 1 Ministerin.

Methodik

Für die Lebendigkeit der Demokratie ist es von entscheidender Bedeutung, in welchem Maße die Bürgerinnen und Bürger von ihren in der Verfassung garantierten Rechten Gebrauch machen und damit Einfluss auf die politische Willensbildung nehmen. Eine zentrale Rolle spielt dabei die Ausübung des Wahlrechts, mit der Bürgerinnen und Bürger über die Zusammensetzung der demokratischen Vertretungen in der Europäischen Union sowie in Bund, Land und Gemeinde entscheiden.

■ Wahl zum Deutschen Bundestag, Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland

Rechtsgrundlage der Wahlstatistik ist das Gesetz über die allgemeine und die repräsentative Wahlstatistik bei der Wahl zum Deutschen Bundestag und bei der Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland (Wahlstatistikgesetz – WStatG vom 21.5.1999 (BGBl. I S. 1023)), geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 17.1.2002 (BGBl. I S. 412). Für die Europa- und Bundestagswahlen sind danach allgemeine und repräsentative Wahlstatistiken zu erstellen.

Die **allgemeine Wahlstatistik** dient der Information der Öffentlichkeit über das Wahlergebnis. Sie erfasst alle Wahlberechtigten, die Wählerinnen und Wähler, ungültige Stimmen sowie die Stimmabgabe für die einzelnen Wahlvorschläge in regionaler Gliederung durch eine Vollerhebung. Die Wählerverzeichnisse und die abgegebenen Stimmzettel dienen hier als Grundlage. Nach der Feststellung durch die Wahlvorstände und Wahlausschüsse wird die Statistik in Form des vorläufigen amtlichen Wahlergebnisses in der Wahlnacht bekannt gegeben. Das endgültige amtliche Wahlergebnis liegt etwa zwei bis drei Wochen nach dem Wahltag vor. Auf Bundes- und Landesebene ist die zeitliche und räumliche Vergleichbarkeit gegeben. Die repräsentative Wahlstatistik ergänzt die Ergebnisse.

Die **repräsentative Wahlstatistik** ermöglicht eine Analyse des Wahlverhaltens von Männern und Frauen, der altersspezifischen Unterschiede und der Struktur der Wählerinnen und Wähler sowie Nichtwählerinnen und -wähler. Der Bundeswahlleiter trifft, im Einvernehmen mit den Landeswahlleiterinnen und Landeswahlleitern und den Statistischen Ämtern der Länder, eine Auswahl der Stichprobenwahlbezirke. Dies erfolgt nach dem Zufallsprinzip auf der Basis mathematischer Grundsätze unter strikter Wahrung des Wahlgeheimnisses. Auf der Grundlage von Stimmzetteln mit Unterscheidungsaufdruck werden Geschlechts- und Altersgliederung der Wahlberechtigten sowie der Wählerinnen und Wähler erfasst. Die gewonnene Stichprobe ist repräsentativ für die Länder und damit zugleich für die ganze Bundesrepublik Deutschland.

Vor der Neuregelung durch das Wahlstatistikgesetz wurde die repräsentative Wahlstatistik für Bundestagswahlen seit 1953 nach dem Bundeswahlgesetz durchgeführt und für die Europawahlen seit 1979 nach dem Europawahlgesetz. Für die Bundestagswahlen 1994 und 1998 hatte der Gesetzgeber die repräsentative Wahlstatistik ausgesetzt. Zeitliche und räumliche Vergleichbarkeit ist – bis auf die Bundestagswahlen 1994 und 1998 – gegeben.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken sind in unseren „Qualitätsberichten“ dokumentiert (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

HINWEIS:

Die Reihenfolge der Parteien für die Bundestagswahlen in den Tabellen orientiert sich an dem Ergebnis der Zweitstimmen der jeweiligen Bundestagswahl, für die Europawahlen an dem Ergebnis der jeweiligen Europawahl.

Abgeordnete | Die von den Wahlberechtigten ins Parlament gewählten Personen. Sie sind Vertreterinnen und Vertreter des ganzen Volkes und an Aufträge und Weisungen nicht gebunden, sondern nur ihrem Gewissen unterworfen. Sie werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Zum Abgeordneten ist wählbar, wer am Wahltag Deutsche bzw. Deutscher (bzw. bei Europawahlen Unionsbürger/-in) ist und das 18. Lebensjahr vollendet hat (passives Wahlrecht). Näheres regelt das Grundgesetz (Artikel 38) sowie das Bundes- bzw. Europawahlgesetz.

Seit der Bundestagswahl 2002 ist die gesetzliche Zahl der Abgeordneten auf 598 festgelegt. Bei der Europawahl 2009 waren 99 Abgeordnete aus der Bundesrepublik Deutschland zu wählen. Wählbar waren sowohl Deutsche als auch – unter bestimmten Voraussetzungen – Bürgerinnen und Bürger der anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union mit Wohnsitz in Deutschland.

Bundesrat | Die Länder wirken über den Bundesrat an der Gesetzgebung des Bundes mit. Die Stimmenzahl der Länder im Bundesrat ist nach der Einwohnerzahl gestaffelt. Die Stimmen eines Landes können nur einheitlich abgegeben werden.

Deutscher Bundestag | Er ist das Parlament der Bundesrepublik Deutschland mit Sitz in Berlin. Als zentrales Verfassungsorgan im politischen System Deutschlands hat er eine Vielzahl von Funktionen. An erster Stelle steht die Gesetzgebungsfunktion. Dies bedeutet, der Bundestag schafft das Bundesrecht und ändert die Verfassung. Hierbei bedarf es in gesetzlich bestimmten Fällen der Mitwirkung des Bundesrates, der jedoch keine zweite Parlamentskammer ist. Auch entscheidet der Bundestag über die Zustimmung zu internationalen Verträgen mit anderen Staaten und Organisationen und beschließt den Bundeshaushalt. Im Rahmen seiner Kreativitätsfunktion wählt er etwa die Bundeskanzlerin bzw. den Bundeskanzler und wirkt bei der Wahl des Bundespräsidenten, der Bundesrichterinnen und Bundesrichter und anderer wichtiger Bundesorgane mit. Der Bundestag übt die parlamentarische Kontrolle gegenüber der Regierung und der Exekutive des Bundes aus. Ferner kontrolliert er den Einsatz der Bundeswehr. Der Deutsche Bundestag wird für vier Jahre gewählt (Wahlperiode), zuletzt am 27.9.2009.

Europäisches Parlament | Es ist das einzige, direkt vom Volk der Mitgliedstaaten legitimierte Organ der Europäischen Union (EU). Durch die Europawahl als demokratischer Akt können die Bürgerinnen und Bürger somit unmittelbar Einfluss auf die Unionspolitik nehmen. Das Europäische Parlament ist sozusagen die Bürgerkammer der EU, neben dem Ministerrat als Staatenkammer. Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl nach dem Verhältniswahlssystem für fünf Jahre gewählt. Die letzte Direktwahl der insgesamt 736 Abgeordneten zum Europäischen Parlament fand in den 27 Mitgliedstaaten der EU vom 4. bis 7.6.2009 statt. Wahltag in der Bundesrepublik Deutschland war der 7.6.2009. Ein einheitliches Wahlgesetz auf EU-Ebene besteht nicht. Die Abgeordneten werden daher nach den verschiedenen nationalen Verfahren gewählt. Seit 1979 wählen die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union (EU) in fünfjährigem Turnus die Abgeordneten des Europäischen Parlaments.

Landtag | Sie sind die Volksvertretungen der einzelnen Bundesländer Deutschlands. In den Landtagswahlen wird ihre Zusammensetzung festgelegt. Je nach Bundesland dauert die Legislaturperiode vier bzw. fünf Jahre. Die Stadtstaaten verwenden eigene Bezeichnungen: In Berlin heißt der Landtag „Abgeordnetenhaus“, in Bremen und Hamburg „Bürgerschaft“. Hauptaufgaben der Landesparlamente sind die Kontrolle der Landesregierung, der Erlass von Gesetzen sowie die Gestaltung und Freigabe des Landeshaushaltes.

Parteien | Nach dem Grundgesetz (Artikel 21) haben sie die Aufgabe, an der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken. Ihre Gründung ist frei, ihre innere Ordnung muss demokratischen Grundsätzen entsprechen. Verfassungswidrig sind solche Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgerichtet sind, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden. Das Bundesverfassungsgericht kann diese Parteien in einem besonderen Verfahren verbieten. Von dieser Möglichkeit wurde bisher zweimal Gebrauch gemacht: 1952 wurde die Sozialistische Reichspartei – eine extreme Rechtspartei – verboten, 1956 wurde die KPD für verfassungswidrig erklärt und aufgelöst.

Rechtsgrundlage | *Bundestagswahl* | Einzelheiten der Wahl, darunter auch die Nachfolge von verstorbenen Abgeordneten oder von Abgeordneten, die ihr Mandat niedergelegt haben, regeln das Bundeswahlgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.7.1993 (BGBl. I S. 1288, 1594), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 12. April 2012 (BGBl. I S. 518), und die Bundeswahlordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 19.4.2002 (BGBl. I S. 1376), zuletzt geändert durch Verordnung vom 3.12.2008 (BGBl. I S. 2378).

Europawahl | In allen Mitgliedstaaten gelten grundlegende gemeinsame Vorschriften des Europarechts: Artikel 14 des Vertrages über die EU und Artikel 223 des Vertrages über die Arbeitsweise der EU (konsolidierte Fassungen ABl 2010 Nr. C 83/01), der Direktwahlakt in der Fassung vom 20.9.1976 (BGBl. 1977 II S. 733/734), zuletzt geändert durch Beschluss des Rates vom 25.6.2002 und 23.9.2002 (BGBl. 2003 II S. 810, 2004 II S. 520), sowie die Richtlinie 93/109/EG des Rates vom 6.12.1993 (ABl. L 320 vom 30.12.1993, S. 34-38) zur Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts für Unionsbürgerinnen und -bürger.

Vorbehaltlich dieser Regelungen bestimmt sich das Wahlrecht in jedem Mitgliedstaat nach den innerstaatlichen Bestimmungen. Maßgebend in der Bundesrepublik Deutschland ist das Europawahlgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 8.3.1994 (BGBl. I S. 423, 555, 852), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 17.3.2008 (BGBl. I S. 394), mit weitgehenden Verweisungen auf das Bundeswahlgesetz und die Europawahlordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 2.5.1994 (BGBl. I S. 957), zuletzt geändert durch Verordnung vom 3.12.2008 (BGBl. I S. 2378).

Sitzverteilung | *Bundestagswahl* | Für die Sitzverteilung waren 2009 zunächst die Mandate zu berechnen, die einer Partei aufgrund der Zweitstimmen zustanden, die für sie im gesamten Wahlgebiet abgegeben wurden. In einem zweiten Berechnungsverfahren wurden diese Mandate sodann nach Maßgabe der für die einzelnen Landeslisten abgegebenen Zweitstimmen auf die Länder weiter verteilt. Seit der Bundestagswahl 2009 wird hier das Verfahren nach Sainte-Laguë/Schepers eingesetzt. Von der so für jedes Land ermittelten Abgeordnetenzahl einer Partei wurde die Zahl der von ihr im Lande direkt errungenen Wahlkreissitze abgezogen. Ist die Zahl der gewonnenen Wahlkreissitze größer, verbleiben sie der betreffenden Partei. In einem solchen Fall erhöht sich die gesetzlich festgelegte Zahl der Sitze im Bundestag um die Unterschiedszahl (Überhangmandate). Bei der Bundestagswahl 2009 gab es insgesamt 24 Überhangmandate, wobei auf die CDU 21 entfielen (davon 10 in Baden-Württemberg, 4 in Sachsen, je 2 in Mecklenburg-Vorpommern und in Rheinland-Pfalz sowie je 1 in Schleswig-Holstein, Thüringen und im Saarland) und 3 auf die CSU in Bayern. Durch die Sperrklausel sind bei der Wahl zum Bundestag für eine Partei mindestens 5 % der im Bundesgebiet abgegebenen Stimmen oder mindestens drei Wahlkreissiege erforderlich, um bei der Sitzverteilung berücksichtigt zu werden.

Europawahl | Bei der Verteilung der Sitze werden nur Wahlvorschläge berücksichtigt, die mindestens die Sperrklausel von 5 % der im Wahlgebiet abgegebenen gültigen Stimmen erreicht haben. Zunächst werden die für jeden Wahlvorschlag abgegebenen Stimmen zusammengezählt. Listen desselben Wahlvorschlagsberechtigten für einzelne Länder gelten dabei als verbunden und werden bei der Sitzverteilung im Verhältnis zu den übrigen Wahlvorschlägen als ein Wahlvorschlag behandelt, sofern der Wahlvorschlagsberechtigte die Listenverbindung nicht ausdrücklich ausschließen wollte. Die zu vergebenden Mandate wurden bei der Wahl 2009 auch hier erstmals nach dem Berechnungsverfahren Sainte-Laguë/Schepers zugeteilt. Hierzu werden die Stimmenanzahlen der einzelnen Parteien durch einen gemeinsamen Zuteilungsdivisor geteilt. Der Divisor wird dabei im Wege des sogenannten iterativen Verfahrens so bestimmt, dass die Summe der Sitzzahlen mit der Gesamtzahl der zu vergebenden Mandate übereinstimmt. Jede Partei erhält so viele Sitze, wie nach Standardrundung der sich ergebenden Quotienten auf sie entfallen.

Verhältniswahl | *Bundestagswahl* | Die Wahl erfolgt nach den Grundsätzen einer – mit der Personenwahl verbundenen – Verhältniswahl. Seit 1953 hat jede Wählerin bzw. jeder Wähler zwei Stimmen. Mit der sogenannten Erststimme kann die Wählerin oder der Wähler nach den Grundsätzen der (relativen) Mehrheitswahl eine Kandidatin bzw. einen Kandidaten im Wahlkreis seines ersten Wohnsitzes wählen, mit der sogenannten Zweitstimme die Landesliste einer Partei.

Europawahl | Jede Wählerin und jeder Wähler hat eine Stimme. Die Wahl erfolgt nach den Grundsätzen der Verhältniswahl mit Listenwahlvorschlägen. Die Listenwahlvorschläge können für ein Bundesland aufgestellt werden oder als gemeinsame Liste für alle Bundesländer. Von den insgesamt 32 zur Wahl zugelassenen Parteien und sonstigen politischen Vereinigungen bei der Europawahl 2009 nahmen 2 mit einer Liste oder mehreren Listen für ein Land an der Wahl teil, 30 mit einer gemeinsamen Liste für alle Länder.

Wahlberechtigte | *Bundestagswahl* | Wahlberechtigt und wählbar sind nur Deutsche. Unter bestimmten Voraussetzungen sind auch Deutsche wahlberechtigt, die im Ausland wohnen. Das Wahl- und Wählbarkeitsalter liegt seit dem 1.1.1975 einheitlich bei 18 Lebensjahren.

Europawahl | Alle Deutschen, die am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben, seit mindestens drei Monaten im Bundesgebiet oder in den übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union eine Wohnung inne haben oder sich sonst gewöhnlich dort aufhalten und nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen sind, sind wahlberechtigt. Auch Deutsche, die außerhalb der Mitgliedstaaten der Europäischen Union leben, sind unter bestimmten Voraussetzungen wahlberechtigt. Bürgerinnen und Bürger der Mitgliedstaaten der Europäischen Union können unter bestimmten Voraussetzungen an der Wahl in ihrem Wohnsitzland Deutschland teilnehmen.

Wahlkreise | Das Wahlgebiet der Bundesrepublik Deutschland ist für Bundestagswahlen in Wahlkreise eingeteilt. Seit der Bundestagswahl 2002 ist die Zahl der Wahlkreise gesetzlich auf 299 festgelegt.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Standardveröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen kostenfrei downloaden.

Die Ergebnisse – auch aus früheren Bundestags-, Europa- bzw. Landtagswahlen stehen zum kostenlosen Download über die Homepage des Bundeswahlleiters unter www.bundeswahlleiter.de zur Verfügung.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 190 amtlichen Statistiken. Daten zu *Wahlen* finden Sie unter dem Menüpunkt > Themen, Code 14

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Wahl zum Deutschen Bundestag

Veröffentlichungen des Bundeswahlleiters

	Wahl zum 16. Deutschen Bundestag am 18. September 2005
Heft 1	Karte der Wahlkreise für die Wahl zum 16. Deutschen Bundestag Ergebnisse und Vergleichszahlen früherer Bundestags-, Europa- und Landtagswahlen sowie Strukturdaten für die Bundestagswahlkreise
Heft 2	Vorläufige Ergebnisse nach Wahlkreisen
Heft 3	Endgültige Ergebnisse nach Wahlkreisen
Heft 4	Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach Altersgruppen
Heft 5	Textliche Auswertung der Wahlergebnisse
Sonderheft	Die Wahlbewerber für die Wahl zum 16. Deutschen Bundestag 2005
	Wahl zum 17. Deutschen Bundestag am 27. September 2009
Heft 1	Karte der Wahlkreise für die Wahl zum 17. Deutschen Bundestag Ergebnisse und Vergleichszahlen früherer Bundestags-, Europa- und Landtagswahlen sowie Strukturdaten für die Bundestagswahlkreise
Heft 2	Vorläufige Ergebnisse nach Wahlkreisen
Heft 3	Endgültige Ergebnisse nach Wahlkreisen
Heft 4	Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach Altersgruppen
Heft 5	Textliche Auswertung der Wahlergebnisse
Sonderheft	Die Wahlbewerber für die Wahl zum 17. Deutschen Bundestag 2009

Wirtschaft und Statistik

Heft 8/09	Grundlagen und Daten der Wahl zum 17. Deutschen Bundestag am 27.9.2009
Heft 11/09	Endgültiges Ergebnis der Wahl zum 17. Deutschen Bundestag am 27.9.2009
Heft 3/10	Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2009 nach Geschlecht und Altersgruppen

■ Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland

Veröffentlichungen des Bundeswahlleiters

	Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland am 13. Juni 2004
Heft 1	Ergebnisse und Vergleichszahlen früherer Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen sowie Strukturdaten für die kreisfreien Städte und Landkreise
Heft 2	Vorläufige Ergebnisse nach kreisfreien Städten und Landkreisen
Heft 3	Endgültige Ergebnisse nach kreisfreien Städten und Landkreisen
Heft 4	Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach dem Alter
Heft 5	Textliche Auswertung der Wahlergebnisse
Sonderheft	Die Wahlbewerber für die Wahl zum Europäischen Parlament aus der Bundesrepublik Deutschland 2004
	Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland am 7. Juni 2009
Heft 1	Ergebnisse und Vergleichszahlen früherer Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen sowie Strukturdaten für die kreisfreien Städte und Landkreise
Heft 2	Vorläufige Ergebnisse nach kreisfreien Städten und Landkreisen

Mehr zum Thema

■ Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland

Veröffentlichungen des Bundeswahlleiters

	Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland am 7. Juni 2009
Heft 3	Endgültige Ergebnisse nach kreisfreien Städten und Landkreisen
Heft 4	Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach Altersgruppen
Heft 5	Textliche Auswertung der Wahlergebnisse
Sonderheft	Die Wahlbewerber für die Wahl zum Europäischen Parlament aus der Bundesrepublik Deutschland 2009

Wirtschaft und Statistik

Heft 4/09	Europawahl 2009
Heft 7/09	Siebte Direktwahl zum Europäischen Parlament in der Bundesrepublik Deutschland am 7. Juni 2009

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter +49 (0)6 11 / 75 48 63

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.



11 Justiz

2010 Anträge für über **1,2 Millionen Zivilprozesse** neu bei Amtsgerichten eingereicht | **Einstellungsquote** staatsanwaltschaftlicher Ermittlungsverfahren betrug **62 %** | In gerichtlichen Strafverfahren wurden rund **813 000** Personen **verurteilt** | **575 000** Verurteilte erhielten eine **Geldstrafe**, **130 000** eine **Freiheitsstrafe**, **17 000** eine **Jugendstrafe** | **70 %** der verhängten Freiheits- und Jugendstrafen wurden **zur Bewährung ausgesetzt** | Ende März 2011 saßen knapp **60 000 Strafgefangene** im Justizvollzug ein

Seite

303 **Auf einen Blick**

Tabellen

304 **Personal der Rechtspflege**

Richterinnen und Richter | Anwältinnen und Anwälte | Notarinnen und Notare

304 **Geschäftsentwicklung bei Gerichten und Staatsanwaltschaften**

Bundesverfassungsgericht | Zivilgerichte | Familiengerichte | Bundespatentgerichte | Staatsanwaltschaften | Strafgerichte | Fachgerichte

309 **Straftaten und gerichtliche Strafverfolgung**

Straftaten | Abgeurteilte und Verurteilte | Angewandtes Strafrecht | Entziehung der Fahrerlaubnis | Verurteilte wegen Straftaten im Straßenverkehr

313 **Justizvollzug**

Belegung und Belegungsfähigkeit in den Justizvollzugsstätten | Strafgefangene

314 **Methodik**

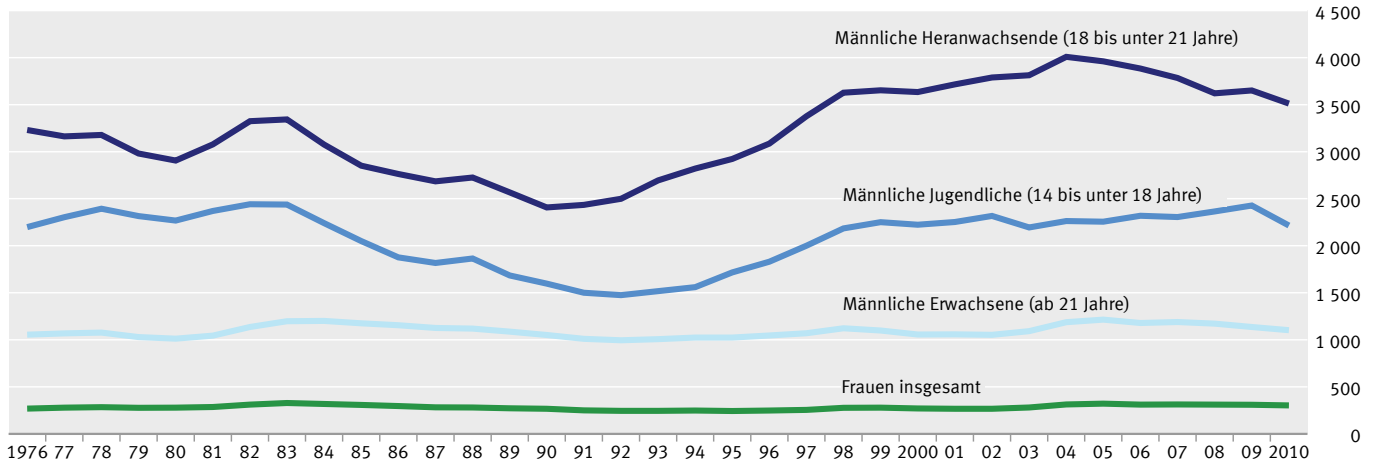
315 **Glossar**

316 **Mehr zum Thema**

11.0 Auf einen Blick

Verurteilte Deutsche

je 100 000 Personen der gleichen Bevölkerungsgruppe ab 14 Jahren, ohne Straßenverkehrsdelikte

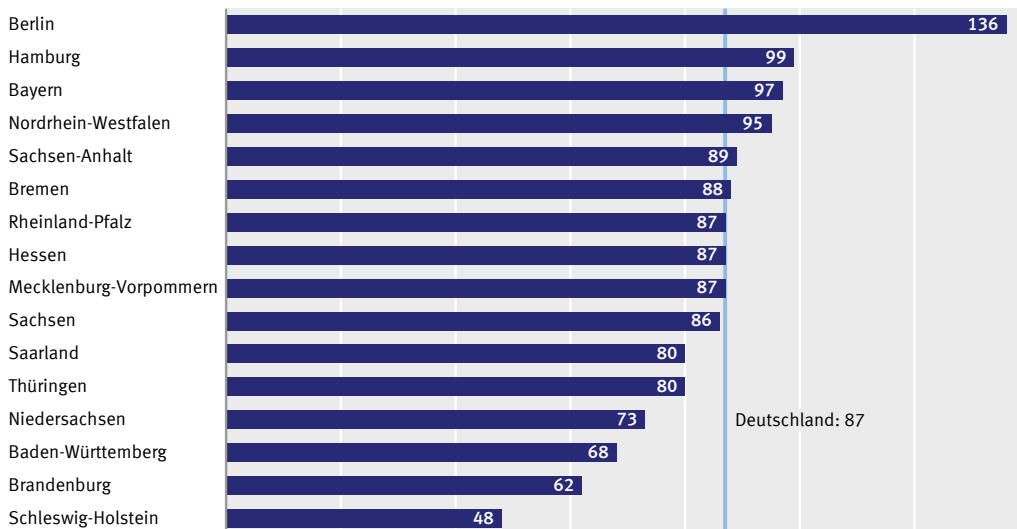


Früheres Bundesgebiet, seit 1995 einschl. Gesamt-Berlin; seit 2007 Deutschland. – Ohne Straßenverkehrsdelikte.

2012 - 01 - 0474

Gefangenenrate 2010

Gefangene je 100 000 Einwohner/-innen



2012 - 01 - 0475

11.1 Personal der Rechtspflege

	Richter/-innen	Staatsanwälte/ -anwältinnen	Rechtsanwälte/ -anwältinnen ¹	Anwaltsnotare/ -notarinnen ²	Hauptberufliche Notare/Notarinnen
	im Landesdienst				
Anzahl					
1995	21 624	3 821	65 576	8 715	1 628
2005	19 931	5 106	125 015	7 554	1 616
2009	19 643	5 122	143 647	6 730	1 586
2010	19 754	5 092	146 661	6 590	1 582
2011	19 953	5 146	149 323	6 356	1 561
dar. Frauen	7 744	2 127	49 184	688	111
2011 in %					
Veränderung gegenüber Vorjahr ...	1,0	1,1	1,8	- 3,6	- 1,3
Frauenanteil	38,8	41,3	32,9	10,8	7,1

Stichtag jeweils 1.1., Stichtag für Richter/-innen und Staatsanwälte/-anwältinnen 31.12. des Vorjahres.

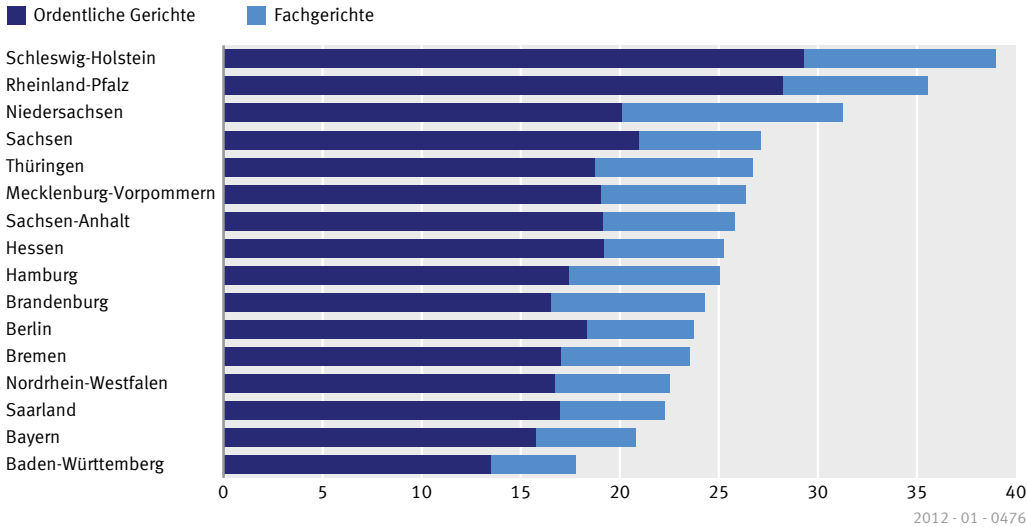
1 Ohne Anwaltsnotare/-notarinnen.

2 Tätigkeit als Anwalt/Anwältin neben dem Amt des Notars/der Notarin.

Quellen: Justizministerien der Länder, Bundesrechtsanwaltskammer, Bundesnotarkammer

Richterinnen und Richter am 31.12.2010

je 100 000 Einwohner/-innen



11.2 Geschäftsentwicklung bei Gerichten und Staatsanwaltschaften

11.2.1 Bundesverfassungsgericht

	2009	2010	2011
Neuzugänge	6 508	6 422	6 208
Erlidigte Verfahren	6 249	6 344	6 066
Verfassungsbeschwerden	6 051	6 158	5 914
Normenkontrollverfahren	37	45	23
Andere Verfahren	161	141	129
Erlidigt durch			
Senatsentscheidungen	34	34	34
Kammerentscheidungen	5 927	6 020	5 699
darunter:			
Nichtannahme	5 809	5 929	5 616
Stattgabe	102	81	76
Andere Erledigungsart	288	290	333

Mit **Verfassungsbeschwerden** können Bürgerinnen und Bürger eine Verletzung ihrer Grundrechte geltend machen; in **Normenkontrollverfahren** wird in der Regel auf Antrag von Gerichten die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen überprüft.

Entscheidungen, ob ein Gesetz mit dem Grundgesetz vereinbar ist, sind den **Senaten** vorbehalten. Die **Kammern** befinden vor allem darüber, ob eine Verfassungsbeschwerde zur Entscheidung angenommen wird.

Quelle: Bundesverfassungsgericht

11.2 Geschäftsentwicklung bei Gerichten und Staatsanwaltschaften

11.2.2 Zivilgerichte

	2008	2009	2010
Erstinstanzliche Verfahren			
Amtsgerichte¹			
Neuzugänge	1 272 658	1 243 951	1 213 093
Erledigte Verfahren	1 260 064	1 250 582	1 217 563
davon:			
Nachbarschaftssachen	9 884	9 115	8 831
Verkehrsunfallsachen	128 882	127 518	128 084
Wohnungsmietsachen	270 541	268 320	273 265
Kaufsachen	142 965	142 519	140 049
Andere Sachgebiete	707 792	703 110	667 334
Landgerichte			
Neuzugänge	366 267	368 692	372 150
Erledigte Verfahren	363 132	359 525	369 089
davon:			
Bau-/Architektensachen (ohne Honorarsachen)	30 632	30 370	28 744
Miet-/Kredit-/Leasingsachen	48 805	46 886	46 904
Verkehrsunfallsachen	19 424	19 739	20 046
Kaufsachen	26 887	27 697	26 626
Andere Sachgebiete	237 384	234 833	246 769
Rechtsmittelverfahren			
Landgerichte			
Neuzugänge	61 346	59 794	60 179
Erledigte Verfahren	60 227	59 386	58 705
davon:			
Nachbarschaftssachen	1 238	1 187	1 087
Verkehrsunfallsachen	10 841	10 054	9 958
Wohnungsmietsachen	11 299	11 177	11 097
Kaufsachen	4 087	3 899	3 819
Andere Sachgebiete	32 762	33 069	32 744
Oberlandesgerichte			
Neuzugänge	53 477	53 154	53 042
Erledigte Verfahren	53 779	52 215	51 892
davon:			
Bau-/Architektensachen (ohne Honorarsachen)	4 698	4 667	4 348
Verkehrsunfallsachen	3 305	3 379	3 112
Kaufsachen	3 480	3 444	3 561
Andere Sachgebiete	42 296	40 725	40 871
Bundesgerichtshof^{1,2}			
Neuzugänge	5 174	5 152	5 707
Erledigte Verfahren	5 512	5 146	5 745
dar. Revisionen	3 504	3 149	3 392

1 Ohne Mahnsachen und ohne freiwillige Gerichtsbarkeit.

2 Einschl. Familiensachen.

11.2.3 Familiengerichte

	2008	2009 ¹	2010 ²
Amtsgerichte			
Neuzugänge	562 448	586 933	692 298
Erledigte Verfahren	557 634	556 860	648 498
davon:			
Scheidungsverfahren	224 160	223 085	217 513
Andere Eheverfahren	1 035	993	748
Verfahren über abgetrennte Scheidungsfolgesachen	16 040	18 417	20 686
Verfahren über allein anhängige andere Familiensachen ³	316 399	314 366	409 551
Oberlandesgerichte			
Berufungen und Beschwerden gegen Endentscheidungen			
Neuzugänge	24 672	24 682	26 878
Erledigte Verfahren	24 684	24 842	26 178

1 Jahresergebnisse aus den Angaben für die Monate Januar bis August 2009 hochgerechnet.

2 Ergebnisse für 2010 nur eingeschränkt mit den Vorjahren (vor Inkrafttreten des Familienrechtsreformgesetzes) vergleichbar.

3 Seit 2006 einschl. Verfahren nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz sowie nach dem Gewaltschutzgesetz.

11.2 Geschäftsentwicklung bei Gerichten und Staatsanwaltschaften

11.2.4 Bundespatentgericht

	2009	2010	2011
Juristischer Beschwerdesenat			
Neuzugänge	62	67	19
Erledigungen	60	35	44
Gebrauchsmuster-Beschwerdesenat			
Neuzugänge	181	93	54
Erledigungen	123	154	83
Technische Beschwerdesenate			
Neuzugänge	1 140	816	455
Erledigungen	1 013	1 221	953
Marken-Beschwerdesenate			
Neuzugänge	1 296	1 500	1 328
Erledigungen	1 418	1 232	1 155
Nichtigkeitssenate			
Neuzugänge	755	545	608
Erledigungen			
vor rechtskräftiger Entscheidung	112	117	140
durch Urteil (BPatG und BGH)	592	434	483

Für technische Erfindungen, die neu und gewerblich nutzbar sind, kann beim Patent- und Markenamt ein **Patent**, bei „erfinderischen Schritten“ die Registrierung eines **Gebrauchsmusters** beantragt werden. **Marken** sind rechtlich geschützte Zeichen für spezifische Waren oder Dienstleistungen.

Der **Juristische Beschwerdesenat** entscheidet z.B. über Beschwerden gegen Beschlüsse des Patent- und Markenamts nach dem Geschmacksmustergesetz.

Der **Gebrauchsmuster-Beschwerdesenat** entscheidet über Beschwerden in Gebrauchsmuster- und Topografieschutzsachen.

Der **Technische Beschwerdesenat** entscheidet über Beschwerden gegen Beschlüsse des Patent- und Markenamts auf Patenterteilung/Nichterteilung.

Der **Marken-Beschwerdesenat** entscheidet über Beschwerden gegen Beschlüsse des Patent- und Markenamts in Markensachen.

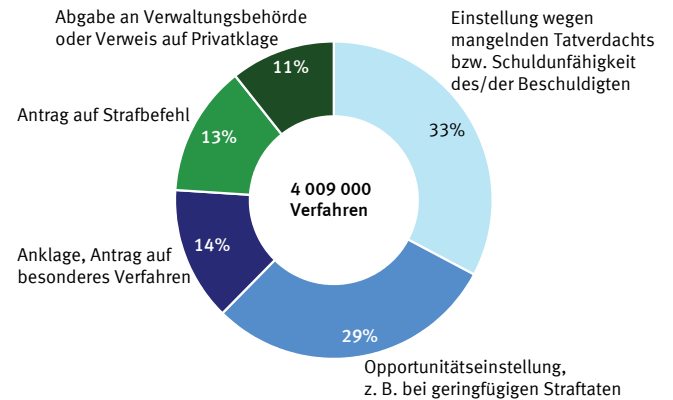
Der **Nichtigkeitssenat** entscheidet über Klagen gegen Entscheidungen, mit denen Patente/Schutz- erklärungen für nichtig erklärt worden sind.

11.2.5 Staatsanwaltschaften

	2008	2009	2010
Staatsanwaltschaften beim Landgericht¹			
Neuzugänge	4 868 930	4 705 021	4 610 969
Erledigte Verfahren	4 903 552	4 710 262	4 602 685
Einleitende Stelle			
Polizeibehörde	3 829 111	3 755 564	3 708 128
Staats- bzw. Anwaltschaft	909 820	797 217	731 349
Steuer- bzw. Zollfahndungsstelle	105 205	107 540	111 784
Verwaltungsbehörde	59 416	49 941	51 424
Art der Strafsache			
Vorsätzliche Körperverletzung	443 528	437 589	434 113
Diebstahl (einschl. Unterschlagung)	711 479	693 833	670 079
Betrug (einschl. Untreue)	826 987	857 003	888 008
Straßenverkehrsdelikte	875 319	838 474	812 925
Betäubungsmitteldelikte	273 817	262 161	254 604
Sonstige Straftaten	1 772 422	1 621 202	1 542 956

1 Einschl. Amtsanwaltschaften.

Von der Staatsanwaltschaft erledigte Ermittlungsverfahren 2010



Ohne durch Abgabe, Verbindung mit einer anderen Sache, vorläufige Einstellung oder „anderweitig“ erledigte Verfahren.

2012 - 01 - 0477

11.2 Geschäftsentwicklung bei Gerichten und Staatsanwaltschaften

11.2.6 Strafgerichte

	2008	2009	2010
Erstinstanzliche Verfahren ¹			
Amtsgerichte ²			
Neuzugänge	826 559	803 465	776 447
Erledigte Strafverfahren	844 424	818 593	790 085
dar. Straftaten im Straßenverkehr	155 130	146 486	138 094
Art der Einleitung			
Anklage	630 206	607 909	582 548
Einspruch gegen einen Strafbefehl	165 732	163 854	162 702
Andere Einleitungsart	48 486	46 830	44 835
Art der Erledigung			
Urteil	389 473	373 720	355 702
Einstellung gemäß § 153a StPO	64 440	61 647	61 760
Einstellung gemäß § 47 JGG	49 965	48 332	45 219
Einstellung aus anderen Gründen	100 753	97 489	94 400
Zurücknahme der Klage/Anklage, des Antrags/Einspruchs	57 399	55 621	54 304
Verbindung mit einer anderen Sache	110 236	106 870	104 218
Andere Erledigungsart	72 158	74 914	74 482
Landgerichte			
Neuzugänge	13 725	14 204	14 071
Erledigte Strafverfahren	14 010	13 924	13 956
dar. eingeleitet durch Anklage	11 830	11 765	11 892
Oberlandesgerichte			
Neuzugänge	16	12	17
Erledigte Strafverfahren	17	14	12
dar. eingeleitet durch Anklage	16	14	10
Rechtsmittelverfahren ¹			
Landgerichte			
Neuzugänge	54 773	52 344	51 879
Erledigte Berufungen	54 544	53 091	52 004
dar. Straftaten im Straßenverkehr	8 552	8 051	8 065
Berufung wurde eingelegt durch			
den/die Beschuldigte(n)	49 743	48 408	47 536
die Staatsanwaltschaft			
zugunsten des/der Beschuldigten	210	183	149
zuungunsten des/der Beschuldigten	11 093	11 255	11 142
andere Beteiligte bzw. Berechtigte	425	431	378
Art der Erledigung			
Urteil	27 509	26 962	26 085
Einstellung gemäß § 153a StPO	2 435	2 283	2 315
Einstellung aus anderen Gründen	2 755	2 753	2 615
Zurücknahme der Berufung	19 131	18 458	18 408
Andere Erledigungsart	2 714	2 635	2 581
Oberlandesgerichte			
Neuzugänge	6 026	6 151	6 009
Erledigte Revisionen	6 124	6 077	6 070
Revision wurde eingelegt durch			
den/die Beschuldigte(n)	5 905	5 867	5 864
die Staatsanwaltschaft			
zugunsten des/der Beschuldigten	13	11	5
zuungunsten des/der Beschuldigten	204	190	191
andere Beteiligte bzw. Berechtigte	33	36	36
Bundesgerichtshof			
Neuzugänge	3 594	3 525	3 530
Erledigte Verfahren	3 656	3 443	3 583
dar. Revisionen	3 186	2 948	3 157

1 Ohne Bußgeldverfahren.

2 Ohne Strafbefehlsverfahren, die ohne Einspruch rechtskräftig geworden sind.

11.2 Geschäftsentwicklung bei Gerichten und Staatsanwaltschaften

11.2.7 Fachgerichte

	2008	2009	2010		2008	2009	2010
Arbeitsgerichtsbarkeit				Verwaltungsgerichtsbarkeit			
Arbeitsgerichte				Erstinstanzliche Hauptverfahren			
				Verwaltungsgerichte			
Neuzugänge	454 892	494 512	409 649	Neuzugänge	127 735	123 183	123 864
darunter: ¹				Erledigte Verfahren	136 962	127 403	124 397
Klagen von Arbeitnehmern/-nehmerinnen ²	377 793	471 470	433 416	Gegenstand des Verfahrens			
Klagen von Arbeitgebern/-geberinnen ³	10 540	9 672	6 224	Polizei-, Ordnungs-, Wohnrecht	15 322	15 361	15 805
Erledigte Klagen	448 455	478 640	439 847	Asylrecht	17 361	11 894	13 602
Gegenstand der Klage ^{4,5}				Abgabenrecht	21 201	20 981	18 764
Arbeitsentgelt	162 747	183 206	184 084	Recht des öffentlichen Dienstes	15 533	14 749	13 881
Bestandsstreitigkeiten	186 221	254 552	232 629	Sonstige Sachen	67 545	64 418	62 345
Tarifliche Einstufungen	2 882	3 302	3 165	Art der Erledigung			
Sonstige Sachen	125 983	141 987	135 441	Urteil	35 405	31 505	32 528
Art der Erledigung ⁵				Beschluss	80 972	76 979	74 241
Streitiges Urteil	30 478	32 047	33 869	Andere Erledigungsart	20 585	18 919	17 628
Sonstiges Urteil	42 337	45 807	42 961	Rechtsmittelverfahren			
Vergleich	201 296	273 313	247 531	Oberverwaltungsgerichte bzw. Verwaltungsgerichtshöfe			
Andere Erledigungsart	111 830	127 473	115 486	Neuzugänge	16 780	14 831	14 988
Landesarbeitsgerichte				Erledigte Verfahren	16 623	15 406	15 243
Neuzugänge	19 387	17 913	19 863	Art des Verfahrens			
Erledigte Berufungen	19 267	18 575	19 023	Berufungen	3 651	3 694	3 563
Bundesarbeitsgericht				Anträge auf Zulassung der Berufung	12 756	11 478	11 485
Neuzugänge	2 614	2 322	2 471	Beschwerden und Prozesskostenhilfeanträge	216	234	195
Erledigte Verfahren	2 621	2 360	2 634	Bundesverwaltungsgericht, Revisionssenate			
darunter:				Neuzugänge	1 612	1 548	1 463
Revisionen	886	911	982	Erledigte Verfahren	1 712	1 577	1 456
Nichtzulassungsbeschwerden	1 542	1 272	1 404	Oberverwaltungsgerichte bzw. Verwaltungsgerichtshöfe			
Sozialgerichtsbarkeit				Neuzugänge	1 129	1 030	826
Sozialgerichte				Erledigte Verfahren	1 158	1 125	906
Neuzugänge	369 300	387 791	422 214	Finanzgerichtsbarkeit			
Erledigte Klagen	338 048	361 903	394 013	Finanzgerichte			
Gegenstand der Klage				Neuzugänge	45 294	42 852	42 776
Rentenversicherung	76 513	70 752	70 581	Erledigte Klagen	49 262	46 402	45 566
Angelegenheit nach dem SGB II	98 430	128 002	153 703	Art der Erledigung			
Sonstige Sachen	163 105	163 149	169 729	Urteil bzw. Vorbescheid	11 249	10 774	10 284
Art der Erledigung				Beschluss	15 131	14 507	14 910
Entscheidung	58 429	58 407	61 631	Zurücknahme der Klage	18 397	16 613	16 209
Gerichtlicher Vergleich	32 524	38 562	40 949	Andere Erledigungsart	4 485	4 508	4 163
Übereinstimmende Erledigungserklärung	29 430	34 069	37 324	Bundesfinanzhof			
Anerkenntnis	49 831	55 588	60 094	Neuzugänge	3 394	3 430	3 175
Zurücknahme	129 619	141 957	158 792	Erledigte Verfahren	3 494	3 364	3 438
Andere Erledigungsart	38 215	33 320	35 223	Art der Entscheidung			
Landessozialgerichte				Rechtsmittel war erfolglos	2 365	2 290	2 280
Neuzugänge	26 945	25 925	26 453	Verworfen als unzulässig	962	849	796
Erledigte Berufungen	27 764	26 703	25 434	Zurückgewiesen als unbegründet	1 403	1 441	1 484
Gegenstand der Klage				Rechtsmittel war erfolgreich	578	606	607
Rentenversicherung	9 446	9 751	7 666	Rücknahme	551	468	551
Angelegenheit nach dem SGB II	2 998	2 924	3 451	Bundessozialgericht			
Sonstige Sachen	15 320	14 028	14 317	Neuzugänge	2 573	2 556	2 457
Bundessozialgericht				Erledigte Verfahren	2 727	2 694	2 496
Neuzugänge	2 573	2 556	2 457	Art des Verfahrens			
Erledigte Verfahren	2 727	2 694	2 496	Revisionen	537	608	569
Art des Verfahrens				Nichtzulassungsbeschwerden	2 190	2 086	1 927
Revisionen	537	608	569				
Nichtzulassungsbeschwerden	2 190	2 086	1 927				

1 Für 2010 bezogen auf die erledigten Klagen.

2 Einschl. der von Gewerkschaften und Betriebsräten eingereichten Klagen.

3 Und deren Organisationen.

4 Mehrere Gegenstände in einem Verfahren sind mehrfach gezählt.

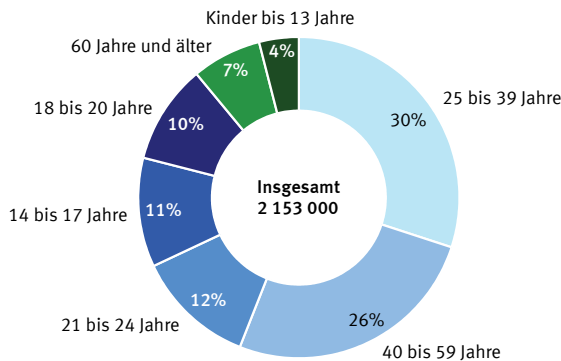
5 Für 2008 ohne Bayern.

11.3 Straftaten und gerichtliche Strafverfolgung
11.3.1 Straftaten und polizeilich ermittelte Tatverdächtige

	Bekanntgewordene	Aufgeklärte	Aufklärungsquote	Strafmündige Tatverdächtige (ab 14 Jahren)							
	Straftaten			Insgesamt			Deutsche		Ausländer/-innen		
				zusammen	männlich	weiblich	zusammen	darunter weiblich	zusammen	darunter weiblich	Anteil an Tatverdächtigen insgesamt
	Anzahl	%		Anzahl	%		Anzahl	%	Anzahl	%	
2008	6 114 128	3 353 473	55	2 154 304	76	24	1 700 236	25	454 069	22	21
2009	6 054 330	3 368 879	56	2 090 590	75	25	1 643 749	25	446 841	23	21
2010	5 933 278	3 322 320	56	2 060 843	75	25	1 603 821	26	457 022	23	22
darunter (2010):											
Mord und Totschlag (Versuch und Vollendung; 211-213, 216)	2 218	2 116	95	2 694	86	14	1 922	15	772	9	29
Gefährliche und schwere Körperverletzung (224, 226, 231)	142 903	117 626	82	150 596	85	15	115 465	15	35 131	14	23
Gegen die sexuelle Selbstbestimmung (174-184b)	46 869	36 967	79	32 463	94	6	26 791	5	5 672	8	17
darunter:											
Sexueller Missbrauch von Kindern (176, 176a, 176b)	11 867	9 954	84	8 223	96	4	7 266	5	957	4	12
Vergewaltigung und sexuelle Nötigung (177, Abs. 2, 3 und 4, 178)	7 724	6 311	82	6 593	99	1	4 726	1	1 867	1	28
Sonstige sexuelle Nötigung (177 Abs. 1 und 5)	5 993	4 823	80	4 718	98	2	3 632	2	1 086	1	23
Schwerer und einfacher Diebstahl (242-244a, 247, 248a-c)	2 301 786	690 632	30	468 235	69	31	358 517	31	109 718	30	23
darunter:											
Diebstahl von Kraftwagen (einschl. unbefugter Ingebrauchnahme)	42 002	10 431	25	10 554	93	7	7 540	8	3 014	4	29
Diebstahl von Fahrrädern (einschl. unbefugter Ingebrauchnahme)	306 559	31 111	10	24 174	93	7	19 470	8	4 704	5	19
Taschendiebstahl	104 145	5 451	5	4 412	65	35	1 758	26	2 654	40	60
Schwerer Einbruchdiebstahl in											
Geldinstitute	1 564	402	26	350	95	5	250	5	100	4	29
Dienst-, Büro-, Fabrikations-, Werkstatt- und Lagerräume	98 923	20 776	21	16 479	94	6	13 050	7	3 429	3	21
Wohnungseinbruchdiebstahl (244 Abs. 1 Nr. 3)	121 347	19 323	16	16 310	86	14	12 445	14	3 865	14	24
Ladendiebstahl	387 662	360 232	93	264 496	60	40	197 834	40	66 662	38	25
Raub, räuberische Erpressung, räuberischer Angriff auf Kraftfahrer (249-252, 255, 316a)	48 166	25 346	53	31 246	91	9	22 090	10	9 156	7	29
Gegen die Umwelt (324-330a)	13 716	8 200	60	9 804	89	11	8 383	11	1 421	7	14
Rauschgiftdelikte nach dem BTMG	231 007	218 858	95	190 624	88	12	151 881	13	38 743	7	20

Ohne Vergehen im Straßenverkehr. – In Klammern §§ des Strafgesetzbuches.
 Quelle: Bundeskriminalamt (Polizeiliche Kriminalstatistik)

Polizeilich ermittelte Tatverdächtige nach Altersgruppen 2010



Quelle: Bundeskriminalamt (Polizeiliche Kriminalstatistik)

2012 - 01 - 0478

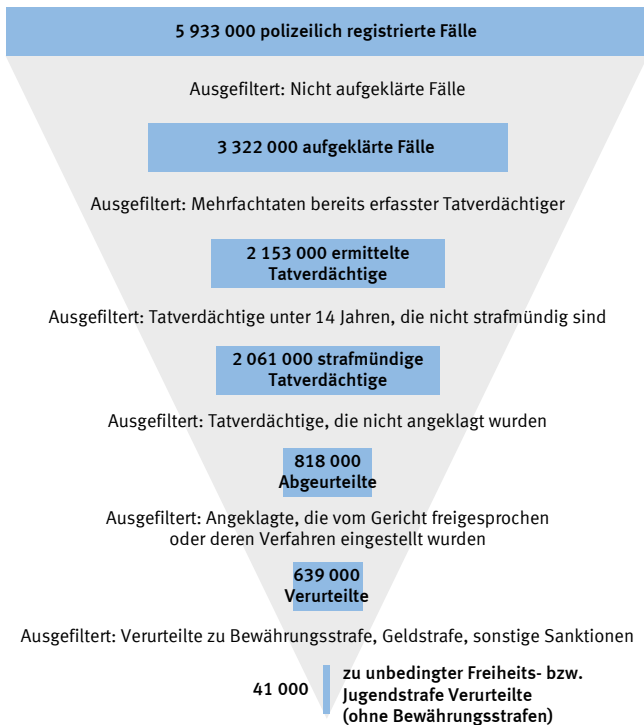
11.3 Straftaten und gerichtliche Strafverfolgung
11.3.2 Abgeurteilte und Verurteilte 2010

Abgeurteilte sind Angeklagte, gegen die Strafbefehle erlassen wurden bzw. deren Strafverfahren nach Eröffnung des Hauptverfahrens durch Urteil oder Einstellungsbeschluss rechtskräftig abgeschlossen sind. Ihre Zahl setzt sich zusammen aus den Verurteilten und aus den Personen, gegen die andere Entscheidungen (u.a. Freispruch) getroffen worden sind.

	Abgeurteilte	Verurteilte						Ausländer/-innen ¹				
		insgesamt	Deutsche			zusammen			zusammen	Jugendliche	Heranwachsende	Erwachsene
			zusammen	Jugendliche	Heranwachsende	Erwachsene						
Anzahl	je 100 000 Strafmündige ²	% ³			Anzahl	% ³						
Früheres Bundesgebiet³												
1980	928 906	732 481	648 899	1 352	12	14	74	83 582	6	9	85	
1990	878 305	692 363	569 323	1 141	5	10	86	123 040	7	9	84	
2000	908 261	732 733	550 890	1 055	7	10	83	181 843	6	10	84	
Deutschland												
2007	1 111 577	897 631	713 755	1 093	7	11	82	183 876	6	8	87	
2008	1 087 842	874 691	701 049	1 074	7	10	82	173 642	6	8	86	
2009	1 056 809	844 520	675 205	1 036	7	11	82	169 315	6	8	86	
2010	1 018 006	813 266	643 599	988	7	10	83	169 667	6	8	86	
davon:												
Männer ..	824 115	660 019	518 823	1 644	7	11	82	141 196	6	8	86	
Frauen ..	193 891	153 247	124 776	372	7	8	85	28 471	5	7	88	

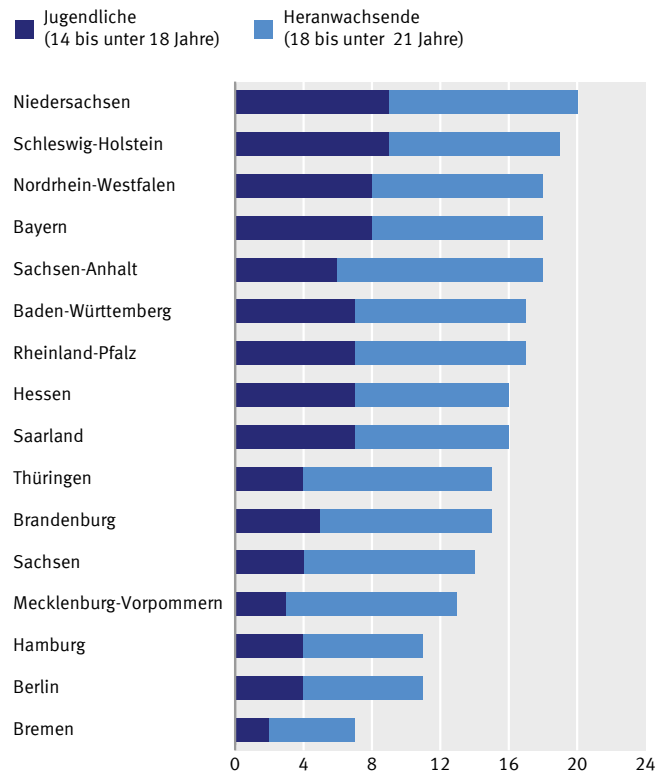
1 Einschl. Staatenloser sowie Verurteilter, die den Stationierungstreitkräften angehören.
2 Ab 14 Jahren.
3 Ab 1995 einschl. der Angaben für Gesamt-Berlin.

Ausfilterung im Strafverfahren 2010



Ohne Straßenverkehrsdelikte.
Quellen: Bundeskriminalamt (Polizeiliche Kriminalstatistik),
Statistisches Bundesamt (Strafverfolgungsstatistik)

Verurteilte Jugendliche und Heranwachsende 2010
Anteil an allen Verurteilten, in %



2012 - 01 - 0480

11.3 Straftaten und gerichtliche Strafverfolgung

11.3.3 Nach allgemeinem Strafrecht Verurteilte

	Insgesamt		Verurteilt zu							Strafarrest	Geldstrafe ¹
			Freiheitsstrafe								
	Anzahl	%	zusammen	darunter zur Bewährung ausgesetzt	bis einschl. 9 Monate	mehr als ... bis einschließlich ...			lebenslange		
						9 Monate – 1 Jahr	1 – 2 Jahre	2 – 5 Jahre		5 – 15 Jahre	
2008											
Heranwachsende	32 101	1 756	85	1 212	248	231	56	9	–	1	30 344
Erwachsene	726 312	138 523	70	86 688	17 951	23 106	8 860	1 807	111	18	587 771
2009											
Heranwachsende	29 912	1 559	85	1 053	234	202	49	21	–	1	28 352
Erwachsene	697 729	132 937	70	83 216	17 271	22 110	8 550	1 686	104	16	564 776
2010											
Heranwachsende	27 015	1 369	88	929	200	186	43	9	2	4	25 642
Erwachsene	677 787	128 348	72	79 461	16 805	21 866	8 483	1 598	135	13	549 426

1 Soweit nicht neben oder in Verbindung mit einer Freiheitsstrafe verhängt.

11.3.4 Nach Jugendstrafrecht Verurteilte

	Insgesamt		Verurteilt zu							Erziehungsmaßnahmen		
			Jugendstrafe				Zuchtmitteln			Erziehungsmaßnahmen		
	Anzahl	%	zusammen	darunter zur Bewährung ausgesetzt	6 Monate (Mindeststrafe) bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr	zusammen	Jugend-arrest	Auferlegung besonderer Pflichten	Ver-warnung nach § 14 JGG	zusammen	darunter Erteilung von Weisungen
2008												
Jugendliche	62 216	6 840	66	3 908	2 932	72 897	12 508	40 637	19 752	17 918	17 706	
Heranwachsende	54 062	12 415	60	6 309	6 106	56 169	8 903	32 700	14 566	12 285	12 169	
2009												
Jugendliche	60 900	6 405	68	3 625	2 780	71 173	12 241	39 511	19 421	18 764	18 601	
Heranwachsende	55 979	12 279	63	6 048	6 231	58 707	9 217	34 032	15 458	13 660	13 582	
2010												
Jugendliche	55 388	5 801	66	3 168	2 633	63 462	11 280	34 866	17 316	18 293	18 098	
Heranwachsende	53 076	11 440	61	5 447	5 993	54 800	8 612	31 852	14 336	13 890	13 826	

Eine Jugendstrafe, einzelne Zuchtmittel bzw. Erziehungsmaßnahmen können nebeneinander angeordnet sein. Die Werte können nicht zum „Insgesamt“ addiert werden.

11.3.5 Entziehung der Fahrerlaubnis und Fahrverbote

	Entziehung der Fahrerlaubnis				Fahrverbote				
	insgesamt	darunter zum wiederholten Male	davon mit einer Dauer		insgesamt	darunter zum wiederholten Male	davon mit einer Dauer von		
			bis einschl. 6 Monate	von mehr als 6 Monaten			1 Monat	mehr als ... bis einschl. ... Monaten	
	Anzahl	%	Anzahl	Anzahl	Anzahl	%	Anzahl	1 – 2	2 – 3
2007								127 431	14
2008	122 860	14	25 943	96 917	33 032	8	12 574	6 142	14 316
2009	111 276	14	23 763	87 513	30 033	7	11 447	5 556	13 030
2010	102 278	13	21 523	80 755	28 162	7	11 062	5 323	11 777
davon (2010):									
Jugendliche	1 090	X	450	640	1 094	X	424	236	434
Heranwachsende	7 718	4	2 889	4 829	2 691	4	1 050	597	1 044
Erwachsene	93 470	14	18 184	75 286	24 377	7	9 588	4 490	10 299

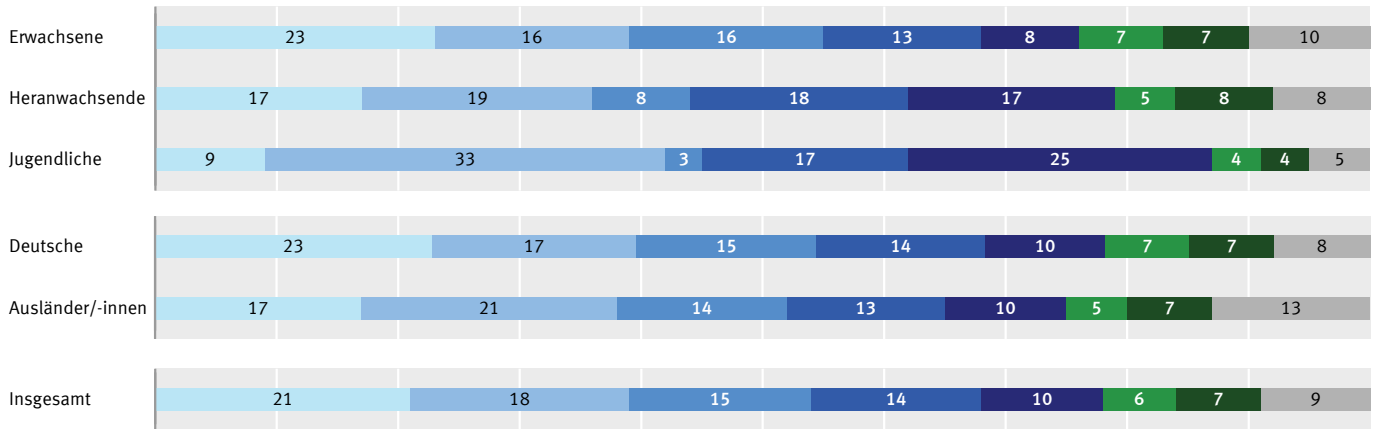
Auch soweit die schwerste der Aburteilung zugrunde liegende Straftat kein Straßenverkehrsdelikt war.

11.3 Straftaten und gerichtliche Strafverfolgung
 11.3.6 Verurteilte wegen Straftaten im Straßenverkehr

	Verurteilte			Verstöße gegen das Strafgesetzbuch (§§ des StGB)					Verstöße gegen das Straßenverkehrsgesetz
	insgesamt	davon mit Vergehen		unerlaubtes Entfernen vom Unfallort (142)	fahrlässige Tötung i. V. m. Verkehrsunfall (222)	fahrlässige Körperverletzung i. V. m. Verkehrsunfall (229) ¹	Volltrunkenheit i. V. m. Verkehrsunfall (323a) ²	Gefährdung des Straßenverkehrs (315b-c, 316)	
		ohne Trunkenheit	in Trunkenheit						
Anzahl	%			Anzahl					
Früheres Bundesgebiet^{1,3}									
1980	329 300	46	54	43 338	3 113	64 981	2 611	155 139	60 118
1990	258 681	40	60	41 219	1 698	39 971	2 089	139 324	34 380
2000	209 894	45	55	31 610	1 229	21 967	1 038	108 280	45 770
Deutschland									
2008	204 942	45	55	32 994	906	16 495	465	104 201	49 881
2009	188 398	46	54	31 062	762	14 737	376	94 879	46 582
2010	174 558	47	53	31 101	714	13 480	289	85 125	43 849
davon (2010):									
Jugendliche	4 745	82	18	409	9	137	1	833	3 356
Heranwachsende	13 408	53	47	3 026	102	1 515	13	5 674	3 078
Erwachsene	156 405	46	54	27 666	603	11 828	275	78 618	37 415

1 Bis 1997: § 230 StGB.
 2 Bis einschl. 1980 § 330a StGB – Vollrausch in Verbindung mit Verkehrsunfall.
 3 Ab 1995 einschl. der Angaben für Gesamt-Berlin.

Verurteilte nach Deliktgruppen 2010
 in %



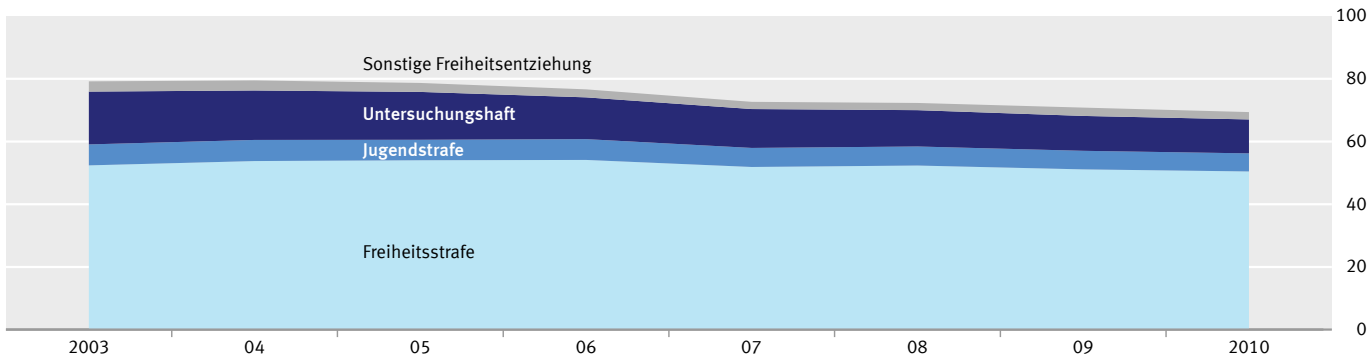
11.4 Justizvollzug

11.4.1 Belegungsfähigkeit und Belegung der Justizvollzugsanstalten am 30.11.2010

	Anstalten	Belegungsfähigkeit			Belegung ¹					
		insgesamt	davon für		insgesamt	davon in		insgesamt	davon in	
			Einzel-	gemeinsame		Einzel-	gemeinsamer		Einzel-	gemeinsamer
			Unterbringung			Unterbringung			Unterbringung	
Anzahl							% der Belegungsfähigkeit			
Deutschland ¹²	185	77 944	53 313	24 631	69 385	.	.	89	.	.
Baden-Württemberg	19	8 126	4 665	3 461	7 187	3 851	3 336	88	83	96
Bayern	36	11 869	7 827	4 042	12 002	7 313	4 689	101	93	116
Berlin	8	5 106	4 089	1 017	4 602	3 694	908	90	90	89
Brandenburg	6	2 123	1 523	600	1 520	1 269	251	72	83	42
Bremen ¹²	1	748	623	125	576	.	.	77	.	.
Hamburg	6	2 548	2 251	297	1 749	1 538	211	69	68	71
Hessen	16	5 726	3 883	1 843	5 180	3 713	1 467	90	96	80
Mecklenburg-Vorpommern	2	1 547	1 091	456	1 394	904	490	90	83	107
Niedersachsen	14	7 107	4 981	2 126	5 626	4 339	1 287	79	87	61
Nordrhein-Westfalen	37	18 405	12 073	6 332	16 630	10 616	6 014	90	88	95
Rheinland-Pfalz	10	3 804	2 966	838	3 445	2 532	913	91	85	109
Saarland	3	896	797	99	819	601	218	91	75	220
Sachsen	10	3 723	2 446	1 277	3 503	2 070	1 433	94	85	112
Sachsen-Anhalt	5	2 487	1 835	652	2 036	1 401	635	82	76	97
Schleswig-Holstein	6	1 695	1 319	376	1 335	1 127	208	79	85	55
Thüringen	6	2 034	944	1 090	1 781	840	941	88	89	86

1 Ohne vorübergehend abwesende Personen (insbesondere Hafturlauber/-innen).
 2 Angaben über Einzel- bzw. gemeinsame Unterbringung aus Bremen lagen nicht vor. Entsprechende Angaben für Deutschland ohne Bremen.

Gefangene und Verwahrte nach Art des Vollzugs in 1 000



Stichtag: jeweils 30.11.

2012 - 01 - 0482

11.4.2 Strafgefangene am 31.3.2011

Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt	Jugendstrafe			Freiheitsstrafe mehr als ... bis einschließlich ...					
		bis unter 1 Jahr	1 - 2 Jahre	mehr als 2 Jahre	bis einschl. 9 Monate	9 Monate - 1 Jahr	1 - 2 Jahre	2 - 5 Jahre	5 - 15 Jahre	lebenslange
	Anzahl									
Insgesamt	59 563	1 500	2 265	2 334	19 878	4 663	9 387	12 462	5 026	2 048
14 - 18	587	163	265	159	-	-	-	-	-	-
18 - 21	3 110	650	1 115	1 144	53	14	55	72	6	1
21 - 25	7 664	659	872	1 012	2 017	517	1 059	1 295	224	9
25 - 30	11 521	24	12	17	4 846	1 155	2 285	2 400	693	89
30 - 40	17 306	4	1	2	6 732	1 648	3 175	3 818	1 467	459
40 und mehr	19 375	-	-	-	6 230	1 329	2 813	4 877	2 636	1 490
	%									
Männeranteil	94	92	96	98	92	95	95	96	97	95
Frauenanteil	6	8	4	2	8	5	5	4	3	5

Methodik

Die von den Statistischen Ämtern der Länder geführten Justiz- und Rechtspflegestatistiken liefern verfahrensbezogene Informationen zu Geschäftsanfall und Geschäftserledigung bei Gerichten und Staatsanwaltschaften. Die Strafverfolgungsstatistik berichtet über Abgeurteilte und Verurteilte, die Strafvollzugsstatistik über Gefangene. Die Erhebungen in der Justiz werden als koordinierte Länderstatistiken auf der Grundlage bundeseinheitlicher Verwaltungsanordnungen geführt. Das Statistische Bundesamt fasst sie zum Bundesergebnis zusammen. Dabei liegen aus der Strafverfolgungsstatistik erst seit 2007 flächendeckende Angaben für Deutschland vor. Soweit in diesem Kapitel Zeitreihen zur Strafverfolgungsstatistik präsentiert werden, beziehen sich die Ergebnisse bis 2006 auf das frühere Bundesgebiet.

■ Personal der Rechtspflege

Die Angaben über die an den Gerichten tätigen Richterinnen und Richter, die Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte sowie Notarinnen und Notare basieren auf Geschäftsstatistiken des Bundesministeriums der Justiz und der Bundesrechtsanwaltskammer bzw. der Bundesnotarkammer. Geschäftsstatistiken bilden auch die Basis für die Daten zur quantitativen Struktur der Gerichte in der ordentlichen und der Fachgerichtsbarkeit.

■ Geschäftsentwicklung bei Gerichten und Staatsanwaltschaften

Die verfahrensbezogenen Justizstatistiken über **Geschäftsanfall** und **Geschäftserledigung** bei Gerichten und Staatsanwaltschaften dienen in erster Linie der Kapazitätsmessung bei den Justizorganen. Dazu führen die Statistischen Ämter der Länder bei den Zivil-, Familien-, Straf-, Verwaltungs-, Arbeits-, Sozial- und Finanzgerichten sowie bei den Staatsanwaltschaften der Länder Zählkartenerhebungen durch. Diese ermöglichen differenzierte Ergebnisse zu Neuzugängen und erledigten Verfahren in den jeweiligen Gerichtszweigen und Instanzen. Die Geschäftsstatistiken über das Bundesverfassungsgericht sowie über die anderen Bundesgerichte, die nicht die Statistischen Ämter der Länder erstellen, ergänzen die Ergebnisse dieser Justizstatistiken.

■ Straftaten und gerichtliche Strafverfolgung

Die personenbezogenen **Statistiken der Strafrechtspflege** dienen der Evaluation kriminalpolitischer Maßnahmen und der Messung der gerichtlich registrierten Kriminalität. Um ein vollständigeres Bild über Ausmaß und Entwicklung der Kriminalität entwerfen zu können, werden zusätzlich Ergebnisse der sogenannten Polizeilichen Kriminalstatistik herangezogen. Diese führen die Kriminalämter des Bundes und der Länder durch.

Die Polizeiliche Kriminalstatistik informiert über die bekanntgewordenen und die aufgeklärten Straftaten (mit Ausnahme der Staatsschutzdelikte und der Vergehen im Straßenverkehr) sowie über die polizeilich ermittelten **Tatverdächtigen**.

Die Strafverfolgungsstatistik weist die **Abgeurteilten** (Angeklagten) und **Verurteilten** nach. Erwachsene (21 Jahre und mehr) werden nach allgemeinem Strafrecht, Jugendliche (14 bis unter 18 Jahre) nach Jugendstrafrecht behandelt. Bei Heranwachsenden (18 bis unter 21 Jahre) kann – je nach Grad der sittlichen Reife der Angeklagten – entweder allgemeines oder Jugendstrafrecht zur Anwendung kommen.

Große Differenzen ergeben sich zwischen den Zahlen für die bekannt gewordenen bzw. aufgeklärten **Straftaten** sowie für die Tatverdächtigen aus der polizeilichen Kriminalstatistik und die Verurteilten aus der Strafverfolgungsstatistik. Der Grund hierfür ist vor allem, dass nicht alle bekannt gewordenen Straftaten aufgeklärt werden. Ferner wird nicht gegen alle von der Polizei ermittelten Tatverdächtigen Anklage erhoben und nicht jedes Strafverfahren endet mit einer Verurteilung, sondern auch mit einer anderen Entscheidung.

■ Justizvollzug

Die **Strafvollzugsstatistik** gibt Auskunft über die Justizvollzugsanstalten, deren Belegungskapazität und tatsächliche Belegung in ausgewählten Kalendermonaten (Gefangenenbestand nach Vollzugsarten) sowie die Zu- und Abgänge während des Berichtsmonats (Gefangenenbewegung). Persönliche Merkmale, d. h. Alter und Familienstand, sowie kriminologische Merkmale, wie Straftat, Art und Höhe der Strafe oder Vorstrafen, erfasst die Statistik nur für die Strafgefangenen und Sicherungsverwahrten am Stichtag 31.3.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken sind in unseren „Qualitätsberichten“ dokumentiert (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

Abgeurteilte | In der Terminologie der Strafverfolgungsstatistik sind Abgeurteilte Personen, gegen die Strafbefehle erlassen wurden bzw. deren Strafverfahren nach Eröffnung des Hauptverfahrens rechtskräftig abgeschlossen worden sind – durch Urteil oder Einstellungsbeschluss. Ihre Zahl setzt sich zusammen aus den Verurteilten sowie aus Personen, gegen die andere Entscheidungen getroffen wurden (u. a. Freispruch, Einstellung des Strafverfahrens). Bei der Aburteilung von Straftaten, die in Tateinheit oder in Tatmehrheit begangen wurden, ist nur die Straftat statistisch erfasst, die nach dem Gesetz mit der schwersten Strafe bedroht ist. Werden mehrere Straftaten derselben Person in verschiedenen Verfahren abgeurteilt, so wird der Angeklagte für jedes Strafverfahren gesondert gezählt.

Aufgeklärte Straftat | Nach der Polizeilichen Kriminalstatistik gilt eine Straftat dann als aufgeklärt, wenn nach dem polizeilichen Ermittlungsergebnis eine mindestens namentlich bekannte oder auf frischer Tat ergriffene tatverdächtige Person festgestellt worden ist.

Berufung | Sie richtet sich gegen die tatsächliche Würdigung eines Falles.

Beschwerde | Sie ist das Rechtsmittel gegen eine gerichtliche Entscheidung, die kein Urteil ist.

Einsitzende in Justizvollzugsanstalten | Dazu zählen alle Gefangenen und Verurteilten, die sich zu einem bestimmten Stichtag in einer Einrichtung des Justizvollzugs befinden. Die Justizvollzugsstatistik erfasst die Strafgefangenen (Vollzug von Freiheits- und Jugendstrafe), die Sicherungsverwahrten sowie die Einsitzenden in Untersuchungs-, Abschiebehaft und sonstiger Freiheitsentziehung getrennt.

Entziehung der Fahrerlaubnis (Sperre) | Begeht eine Person eine Straftat beim Fahren eines Kraftfahrzeuges oder unter Verletzung von Fahrzeugführerpflichten, sieht das Strafgesetzbuch die Entziehung der Fahrerlaubnis vor. Die Fahrerlaubnis kann auch entzogen bzw. die Erteilung einer (neuen) Fahrerlaubnis untersagt werden, wenn eine Verurteilung der Person wegen Schuldunfähigkeit nicht möglich ist.

Fahrverbot | Bei einer Verurteilung wegen einer Straftat kann ein Fahrverbot für ein bis drei Monate erteilt werden, wenn die Person die Straftat beim Fahren eines Kraftfahrzeuges oder unter Verletzung von Fahrzeugführerpflichten begangen hat. Bei bestimmten Verkehrsstraftaten ist ein Fahrverbot in der Regel anzuordnen, wenn die Entziehung der Fahrerlaubnis unterbleibt.

Maßnahmen | Im Sinne des Jugendgerichtsgesetzes handelt es sich hierbei um Zuchtmittel und Erziehungsmaßregeln. Diese können nebeneinander angeordnet werden.

Ordentliche Gerichtsbarkeit | Dazu zählen die Zivil-, Familien- und Strafgerichte, deren erste Instanz die Amtsgerichte darstellen. Die übergeordneten Landgerichte bzw. Oberlandesgerichte können unter bestimmten Voraussetzungen ebenfalls in erster Instanz urteilen. Ansonsten haben sie die Funktion der Rechtsmittelinstanz. Die Landgerichte entscheiden über Berufungen/Beschwerden, die Oberlandesgerichte über Berufungen/Beschwerden und Revisionen.

Revision | Sie richtet sich gegen die rechtliche Würdigung eines Falles.

Tatverdächtige | Jede Person ist tatverdächtig, die aufgrund des polizeilichen Ermittlungsergebnisses zumindest hinreichend verdächtig ist, eine mit Strafe bedrohte Handlung begangen zu haben.

Verurteilte | Das sind Straffällige, gegen die nach allgemeinem Strafrecht eine Freiheitsstrafe, Strafhaft und/oder Geldstrafe verhängt worden ist oder deren Straftat nach Jugendstrafrecht mit Jugendstrafe und/oder Maßnahmen geahndet wurde. Verurteilt werden kann eine Person nur dann, wenn sie zum Zeitpunkt der Tat strafmündig war, d. h. 14 Jahre und mehr (§ 19 StGB).

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Standardveröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen kostenfrei downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 190 amtlichen Statistiken. Daten zur *Justiz (Rechtspflege)* finden Sie unter dem Menüpunkt > Themen, Code 24

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Geschäftsentwicklung bei Gerichten und Staatsanwaltschaften

Fachserie 10 Rechtspflege

Reihe 2.1	Zivilgerichte
Reihe 2.2	Familiengerichte
Reihe 2.3	Strafgerichte
Reihe 2.4	Verwaltungsgerichte
Reihe 2.5	Finanzgerichte
Reihe 2.6	Staatsanwaltschaften
Reihe 2.7	Sozialgerichte
Reihe 2.8	Arbeitsgerichte

■ Straftaten und gerichtliche Strafverfolgung

Fachserie 10 Rechtspflege

Reihe 3	Strafverfolgung
---------	-----------------

■ Justizvollzug

Fachserie 10 Rechtspflege

Reihe 4.1	Strafvollzug – Demographische und kriminologische Merkmale der Strafgefangenen
-----------	--

■ Themenübergreifend

Fachserie 10 Rechtspflege

Reihe 1	Ausgewählte Zahlen für die Rechtspflege
---------	---

Wirtschaft und Statistik

Heft 8/10	Kriminalität und Sicherheitsempfinden
-----------	---------------------------------------

Broschüren

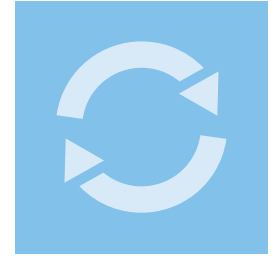
	Justiz auf einen Blick (2011)
--	-------------------------------

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter +49 (0)6 11 / 75 41 14

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.



12 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Deutsche Wirtschaft 2011 um **3 %** gewachsen | **Bruttoinlandsprodukt** überstieg mit 2 571 Milliarden Euro erstmals **2,5-Billionen-Euro-Grenze** | **Defizitquote** lag bei **1 %** | Fast **70 %** der **Wertschöpfung** entstand in **Dienstleistungsbereichen** | **Private Konsumausgaben** stiegen so **stark** wie seit **1994** nicht mehr | **Arbeitnehmerentgelte** legten **stärker** zu als **Unternehmens- und Vermögenseinkommen**

Seite

319 Auf einen Blick**Tabellen****320 Inlandsproduktsberechnung (Stand: Mai 2012)**

Bruttoinlandsprodukt, Bruttonationaleinkommen, Volkseinkommen | Wertschöpfung, Inlandsprodukt, Einkommen | Erwerbstätigkeit, Arbeitsstunden | Gesamtwirtschaftliche Kennzahlen | Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbe-
reichen | Verwendung des Bruttoinlandsprodukts | Konsumausgaben der privaten Haushalte im Inland nach Verwen-
dungszwecken | Bruttoinvestitionen

327 Vermögensrechnung (Stand: Mai 2012)

Kapitalproduktivität, Kapitalintensität | Anlagevermögen nach Vermögensarten

329 Sektoren der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (Stand: Mai 2012)

Hauptaggregate der Sektoren | Unternehmensgewinne und Primäreinkommen der Kapitalgesellschaften | Produkti-
onswert, Vorleistungen und Wertschöpfung des Staates, Konsumausgaben | Einnahmen und Ausgaben sowie Finan-
zierungssaldo des Staates | Verfügbares Einkommen und Sparen der privaten Haushalte | Einnahmen und Ausgaben
aus der bzw. an die übrige(n) Welt

334 Güterbilanzen zu Herstellungspreisen (Stand: Mai 2012)

Inländische Produktion und Importe | Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)

336 VGR der Länder (Stand: Februar 2012)

Bruttoinlandsprodukt nach Ländern

337 Methodik**339 Glossar****342 Mehr zum Thema**

12.1 Bruttoinlandsprodukt, Bruttonationaleinkommen, Volkseinkommen

	Bruttoinlandsprodukt				Bruttonationaleinkommen		Volkseinkommen		Arbeitnehmerentgelt		Bruttolöhne und -gehälter	
	preisbereinigt		in jeweiligen Preisen		insgesamt	je Einwohner/-in	insgesamt	je Einwohner/-in	insgesamt	Anteil am Volkseinkommen	insgesamt	monatlich je Arbeitnehmer/-in
			insgesamt	je Einwohner/-in								
	Maßeinheit ¹	% ²	Mrd. EUR	EUR	Mrd. EUR ³	EUR ³	Mrd. EUR ³	EUR ³	Mrd. EUR ³	%	Mrd. EUR ³	EUR ³
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin und Saarland)												
1925	-	-	-	-	41,6	1 170	34,0	540	20,4	59,9	19,0	140
1926	-	-	-	-	43,6	1 210	35,6	560	21,0	59,0	19,4	150
1927	-	-	-	-	48,7	1 350	39,9	620	23,5	58,8	21,7	160
1928	-	-	-	-	52,1	1 430	42,9	670	25,9	60,3	24,0	170
1929	-	-	-	-	52,3	1 430	42,9	660	26,5	61,9	24,6	180
1930	-	-	-	-	48,8	1 330	39,3	600	24,9	63,3	23,0	170
1931	-	-	-	-	40,8	1 100	31,9	490	20,6	64,6	18,9	160
1932	-	-	-	-	33,6	900	25,3	380	15,6	61,8	14,3	130
1933	-	-	-	-	34,5	920	26,1	400	15,6	59,8	14,3	130
1934	-	-	-	-	38,8	1 030	29,9	450	17,5	58,7	16,1	130
1935	-	-	-	-	43,2	1 140	33,7	500	19,2	56,9	17,6	140
1936	-	-	-	-	47,9	1 260	37,9	560	21,1	55,6	19,4	140
1937	-	-	-	-	53,8	1 400	42,4	630	23,4	55,2	21,5	150
1938	-	-	-	-	59,2	1 520	47,3	690	26,0	54,9	24,0	160
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin-West und Saarland)												
1950	218,2	-	49,7	1 059	50,4	1 075	40,1	856	23,4	58,2	20,4	124
1951	239,3	9,7	61,0	1 287	61,7	1 302	48,7	1 028	28,3	58,0	24,8	145
1952	261,7	9,3	69,8	1 461	70,5	1 477	55,4	1 160	31,6	57,1	27,6	156
1953	285,0	8,9	74,9	1 555	75,6	1 570	59,2	1 230	34,8	58,8	30,4	165
1954	307,1	7,8	80,4	1 651	80,8	1 660	63,4	1 301	38,1	60,1	33,3	174
1955	344,3	12,1	91,9	1 868	92,3	1 876	72,7	1 477	43,4	59,7	37,9	188
1956	370,9	7,7	101,6	2 040	102,0	2 048	80,7	1 621	48,7	60,3	42,5	202
1957	393,4	6,1	110,7	2 195	111,2	2 204	88,5	1 754	53,4	60,4	46,0	213
1958	410,9	4,5	119,0	2 330	119,2	2 335	94,7	1 855	57,7	60,9	49,6	227
1959	443,2	7,9	130,3	2 524	130,3	2 524	103,1	1 996	62,0	60,2	53,2	240
1960	481,4	8,6	146,0	2 799	146,2	2 802	116,1	2 226	69,4	59,7	59,8	262
Früheres Bundesgebiet												
1960	511,3	-	154,8	2 792	154,9	2 795	122,8	2 215	73,8	60,1	63,7	262
1961	535,0	4,6	169,6	3 019	169,4	3 016	133,3	2 373	83,2	62,4	71,8	289
1962	559,9	4,7	184,5	3 245	184,3	3 243	144,2	2 538	92,1	63,9	79,5	315
1963	575,7	2,8	195,5	3 407	195,4	3 404	152,3	2 653	98,8	64,9	85,3	334
1964	614,0	6,7	214,8	3 706	214,5	3 701	167,3	2 886	108,0	64,5	94,0	365
1965	646,9	5,4	234,8	4 005	234,3	3 997	183,3	3 127	119,7	65,3	103,9	398
1966	664,9	2,8	249,6	4 220	249,2	4 213	194,2	3 283	128,9	66,4	111,4	427
1967	662,9	-0,3	252,8	4 263	252,4	4 258	194,7	3 284	128,8	66,1	111,4	441
1968	699,0	5,5	272,7	4 583	272,9	4 586	213,8	3 593	138,2	64,7	119,0	468
1969	751,2	7,5	305,2	5 081	305,7	5 088	236,7	3 941	155,5	65,7	133,5	511
1970	789,0	5,0	345,3	5 693	345,5	5 696	271,2	4 471	184,4	68,0	157,4	590
1970	56,8	-	360,6	5 945	361,6	5 963	282,1	4 652	185,1	65,6	158,4	591
1971	58,6	3,1	400,2	6 529	400,8	6 539	311,4	5 080	209,9	67,4	179,0	657
1972	61,1	4,3	436,4	7 076	436,6	7 080	339,6	5 507	232,6	68,5	197,3	715
1973	64,0	4,8	486,0	7 842	486,2	7 845	380,3	6 136	264,6	69,6	222,9	794
1974	64,6	0,9	526,0	8 477	526,3	8 481	411,4	6 630	292,7	71,1	245,3	878
1975	64,1	-0,9	551,0	8 912	552,0	8 928	430,5	6 962	306,0	71,1	254,3	932
1976	67,2	4,9	597,4	9 709	599,0	9 735	467,7	7 602	330,7	70,7	272,9	997
1977	69,5	3,3	636,5	10 367	637,2	10 378	497,2	8 097	350,0	71,4	293,4	1 064
1978	71,6	3,0	678,9	11 071	682,1	11 122	531,6	8 667	379,0	71,3	312,6	1 118
1979	74,5	4,2	737,4	12 017	738,6	12 038	573,3	9 343	410,3	71,6	337,9	1 179
1980	75,6	1,4	788,5	12 808	790,0	12 831	609,3	9 897	445,9	73,2	366,7	1 255
1981	76,0	0,5	825,8	13 388	825,9	13 390	635,5	10 302	467,8	73,6	384,7	1 313
1982	75,7	-0,4	860,2	13 956	859,6	13 945	659,6	10 701	482,8	73,2	395,8	1 361
1983	76,9	1,6	898,3	14 624	900,4	14 659	689,5	11 226	493,5	71,6	403,1	1 398
1984	79,0	2,8	942,0	15 398	947,9	15 495	726,5	11 876	512,8	70,6	417,3	1 433
1985	80,9	2,3	984,4	16 132	990,7	16 234	762,4	12 493	533,5	70,0	434,2	1 468
1986	82,7	2,3	1 037,1	16 984	1 041,2	17 050	805,7	13 194	561,7	69,7	457,2	1 515
1987	83,9	1,4	1 065,1	17 439	1 067,8	17 482	825,4	13 514	587,3	71,2	478,0	1 558

12.1 Bruttoinlandsprodukt, Bruttonationaleinkommen, Volkseinkommen

	Bruttoinlandsprodukt				Bruttonationaleinkommen		Volkseinkommen		Arbeitnehmerentgelt		Bruttolöhne und -gehälter	
	preisbereinigt		in jeweiligen Preisen		insgesamt	je Einwohner/-in	insgesamt	je Einwohner/-in	insgesamt	Anteil am Volkseinkommen	insgesamt	monatlich je Arbeitnehmer/-in
			insgesamt	je Einwohner/-in								
	Maßeinheit ¹	% ²	Mrd. EUR	EUR	Mrd. EUR ³	EUR ³	Mrd. EUR ³	EUR ³	Mrd. EUR ³	%	Mrd. EUR ³	EUR ³
Früheres Bundesgebiet												
1988	87,0	3,7	1 123,3	18 280	1 131,7	18 416	878,2	14 290	611,8	69,7	498,2	1 598
1989	90,4	3,9	1 200,7	19 346	1 211,1	19 514	938,7	15 125	639,9	68,2	521,8	1 641
1990	95,1	5,3	1 306,7	20 658	1 317,9	20 836	1 017,9	16 092	690,0	67,8	562,5	1 717
1991	100,0	5,1	1 415,8	22 096	1 417,8	22 128	1 089,0	16 996	747,4	68,6	609,2	1 822
Deutschland												
1991	84,2	-	1 534,6	19 186	1 541,6	19 274	1 217,2	15 218	861,2	70,8	707,6	1 675
1992	85,8	1,9	1 648,4	20 453	1 653,5	20 517	1 298,4	16 111	933,2	71,9	766,1	1 846
1993	85,0	-1,0	1 696,9	20 903	1 698,8	20 927	1 316,8	16 221	954,7	72,5	785,8	1 925
1994	87,1	2,5	1 782,2	21 888	1 771,6	21 759	1 370,5	16 832	978,6	71,4	797,6	1 961
1995	88,5	1,7	1 848,5	22 636	1 832,6	22 441	1 423,9	17 437	1 012,8	71,1	821,5	2 018
1996	89,2	0,8	1 875,0	22 895	1 863,0	22 748	1 444,7	17 640	1 021,0	70,7	829,1	2 042
1997	90,8	1,7	1 912,6	23 310	1 896,9	23 119	1 465,7	17 863	1 024,1	69,9	826,8	2 043
1998	92,5	1,9	1 959,7	23 890	1 937,7	23 622	1 492,2	18 191	1 044,9	70,0	842,8	2 060
1999	94,2	1,9	2 000,2	24 367	1 976,2	24 074	1 507,6	18 366	1 071,3	71,1	866,8	2 086
2000	97,1	3,1	2 047,5	24 912	2 025,9	24 649	1 540,9	18 749	1 111,2	72,1	894,7	2 114
2001	98,5	1,5	2 101,9	25 527	2 078,1	25 239	1 577,1	19 153	1 131,9	71,8	913,7	2 156
2002	98,6	0,0	2 132,2	25 850	2 103,5	25 503	1 591,4	19 293	1 138,8	71,6	920,3	2 187
2003	98,2	-0,4	2 147,5	26 024	2 129,4	25 804	1 608,5	19 492	1 141,6	71,0	920,2	2 211
2004	99,3	1,2	2 195,7	26 614	2 214,5	26 842	1 686,8	20 446	1 145,4	67,9	924,7	2 223
2005	100,0	0,7	2 224,4	26 974	2 249,6	27 280	1 713,7	20 781	1 137,6	66,4	922,1	2 230
2006	103,7	3,7	2 313,9	28 093	2 361,0	28 665	1 808,7	21 960	1 156,1	63,9	935,0	2 248
2007	107,1	3,3	2 428,5	29 521	2 470,3	30 030	1 877,3	22 821	1 187,1	63,2	965,9	2 281
2008	108,3	1,1	2 473,8	30 124	2 505,5	30 510	1 894,2	23 066	1 229,8	64,9	1 002,3	2 332
2009	102,7	-5,1	2 374,5	29 002	2 424,9	29 616	1 806,2	22 060	1 231,5	68,2	1 000,1	2 325
2010	106,5	3,7	2 476,8	30 295	2 522,8	30 857	1 897,8	23 213	1 262,9	66,5	1 026,7	2 375
2011	109,7	3,0	2 570,8	31 436	2 620,4	32 042	1 970,6	24 096	1 318,7	66,9	1 075,0	2 454

Die Ergebnisse von 1925 bis erste Angabe 1970, von zweite Angabe 1970 bis 1991 sowie die Angaben für Deutschland sind wegen konzeptioneller und definitorischer Unterschiede nicht voll vergleichbar.

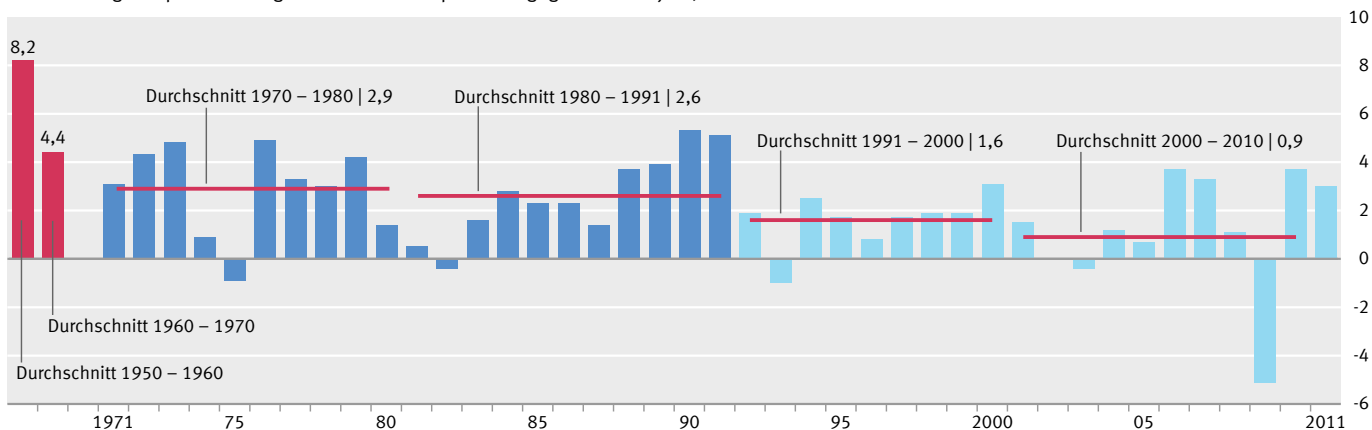
1 Preisbereinigte Ergebnisse bis erste Angabe 1970 in Preisen von 1991 (jeweils in Mrd. EUR); preisbereinigte Ergebnisse ab zweite Angabe 1970 in Preisen des jeweiligen Vorjahres als Kettenindex (1991 = 100 bzw. 2005 = 100).

2 Veränderung gegenüber Vorjahr in %.

3 Für den Zeitraum 1925 bis 1938 auf das frühere Bundesgebiet umgerechnete Ergebnisse des Statistischen Reichsamtes in Mrd. RM bzw. Reichsmark.

Wirtschaftswachstum in Deutschland

Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts gegenüber Vorjahr, in %



Die Ergebnisse von 1950 bis 1970 (früheres Bundesgebiet) sind wegen konzeptioneller und definitorischer Unterschiede nicht voll mit den Ergebnissen von 1970 bis 1991 (früheres Bundesgebiet) und den Angaben ab 1991 (Deutschland) vergleichbar. Die preisbereinigten Ergebnisse von 1950 bis 1970 (früheres Bundesgebiet) sind in Preisen von 1991 berechnet. Die Ergebnisse von 1970 bis 1991 (früheres Bundesgebiet) sowie die Angaben ab 1991 (Deutschland) werden in Preisen des jeweiligen Vorjahres als Kettenindex nachgewiesen. Bei der VGR-Revision 2011 wurden zudem nur die Ergebnisse für Deutschland bis 1991 zurückgerechnet; Angaben vor 1991 sind unverändert geblieben.

2012 - 01 - 0484

12.2 Wertschöpfung, Inlandsprodukt, Einkommen

	2008	2009	2010	2011
	in jeweiligen Preisen in Mrd. EUR			
Wertschöpfung und Inlandsprodukt				
Bruttowertschöpfung	2 217,0	2 117,2	2 216,8	2 295,5
+ Nettogütersteuern	256,8	257,3	260,0	275,3
Gütersteuern	262,8	263,2	265,8	281,5
abzügl.: Gütersubventionen	6,0	5,9	5,8	6,2
= Bruttoinlandsprodukt	2 473,8	2 374,5	2 476,8	2 570,8
- Abschreibungen	366,1	373,5	376,7	383,7
= Nettoinlandsprodukt	2 107,7	2 001,0	2 100,1	2 187,1
Nettoproduktionsabgaben ¹	247,5	244,5	248,3	266,8
Arbeitnehmerentgelt (Inland)	1 229,4	1 230,6	1 261,4	1 317,3
Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen ..	630,8	526,0	590,4	603,0
Nationaleinkommen und Volkseinkommen				
Bruttoinlandsprodukt	2 473,8	2 374,5	2 476,8	2 570,8
+ Primäreinkommen aus der übrigen Welt	201,6	186,8	183,5	208,1
- Primäreinkommen an die übrige Welt	169,9	136,4	137,6	158,4
= Bruttonationaleinkommen	2 505,5	2 424,9	2 522,8	2 620,4
- Abschreibungen	366,1	373,5	376,7	383,7
= Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 139,4	2 051,4	2 146,1	2 236,7
- Produktions- und Importabgaben ²	269,8	272,3	275,4	292,3
+ Subventionen ³	24,6	27,1	27,2	26,2
= Volkseinkommen	1 894,2	1 806,2	1 897,8	1 970,6
Arbeitnehmerentgelt (Inländer/-innen)	1 229,8	1 231,5	1 262,9	1 318,7
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	664,4	574,7	635,0	651,9
Nationaleinkommen und verfügbares Einkommen				
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 139,4	2 051,4	2 146,1	2 236,7
+ Laufende Transfers aus der übrigen Welt	13,4	11,1	11,2	11,7
- Laufende Transfers an die übrige Welt	45,1	43,3	49,0	49,6
= Verfügbares Einkommen der Gesamtwirtschaft	2 107,7	2 019,2	2 108,2	2 198,8

1 Produktions- und Importabgaben abzügl. Subventionen.

2 Vom Staat empfangen.

3 Vom Staat geleistet.

12.3 Erwerbstätigkeit und Arbeitsstunden

	2008	2009	2010	2011
	Durchschnitt in 1 000			
Bevölkerung	82 120	81 875	81 757	81 780
- Nichterwerbspersonen	38 694	38 336	38 305	38 242
= Erwerbspersonen	43 426	43 539	43 452	43 538
- Erwerbslose ¹	3 136	3 228	2 946	2 501
= Erwerbstätige (Inländer/-innen)	40 290	40 311	40 506	41 037
- Selbstständige ²	4 479	4 468	4 488	4 538
= Arbeitnehmer (Inländer/-innen)	35 811	35 843	36 018	36 499
+ Pendlersaldo	55	51	47	59
= Arbeitnehmer/-innen im Inland	35 866	35 894	36 065	36 558
+ Selbstständige ²	4 479	4 468	4 488	4 538
= Erwerbstätige im Inland	40 345	40 362	40 553	41 096
	Mill. Stunden			
Geleistete Arbeitsstunden im Inland ³				
der Erwerbstätigen	57 365	55 811	57 087	57 993
der Arbeitnehmer/-innen	48 036	46 508	47 725	48 553

1 Ergebnisse der Arbeitskräfteerhebung (Mikrozensus) gemäß Labour-Force-Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO); Personen in Privathaushalten im Alter von 15 bis 74 Jahren.

2 Einschl. mithelfende Familienangehörige.

3 Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit (BA).

12.4 Gesamtwirtschaftliche Kennzahlen

	2008	2009	2010	2011
Wirtschaftswachstum (Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt, verkettet) ¹	1,1	- 5,1	3,7	3,0
Erwerbsquote (Erwerbspersonen in % der Bevölkerung)	52,9	53,2	53,1	53,2
Erwerbslosenquote (Erwerbslose in % der Erwerbspersonen)	7,2	7,4	6,8	5,7
Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je erwerbstätige Person in EUR	61 316	58 830	61 076	62 556
Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je geleistete Arbeitsstunde der Erwerbstätigen in EUR	43,1	42,6	43,4	44,3
Arbeitsproduktivität je erwerbstätige Person (Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt, verkettet je erwerbstätige Person) ¹¹	- 0,1	- 5,2	3,2	1,6
Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigenstunde (Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt, verkettet je geleistete Arbeitsstunde der Erwerbstätigen) ¹¹	- 0,1	- 2,5	1,4	1,4
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer/-in in EUR je Monat	2 857	2 857	2 915	3 003
Arbeitnehmerentgelt je geleistete Arbeitsstunde der Arbeitnehmer/-innen in EUR	25,6	26,5	26,4	27,1
Lohnstückkosten (Personenkonzept; Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer/-innen in Relation zur Produktivität je erwerbstätige Person) ¹¹	2,3	5,5	- 1,2	1,4
Lohnstückkosten (Stundenkonzept; Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde in Relation zur Produktivität je erwerbstätige Person) ¹¹	2,3	6,0	- 1,5	1,2
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer/-in in EUR je Monat	2 327,0	2 319,0	2 368,0	2 447,0
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer/-in in EUR je Monat (ohne marginal Beschäftigte) ¹²	2 732,0	2 725,0	2 777,0	2 853,0
Bruttolöhne und -gehälter je geleistete Arbeitsstunde der Arbeitnehmer/-innen in EUR	20,9	21,5	21,5	22,1
Lohnquote (unbereinigt; Arbeitnehmerentgelt in % des Volkseinkommens)	64,9	68,2	66,5	66,9
Lohnquote (bereinigt) ¹³	66,3	69,6	68,0	68,3
Arbeitseinkommensquote (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer/-in in % des Volkseinkommens je erwerbstätige Person)	73,0	76,7	74,8	75,2
Sparquote (Sparen in % des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte) ¹⁴	11,7	11,1	11,3	10,9
Staatsquote (Ausgaben des Staates in % des Bruttoinlandsprodukts)	44,0	48,1	47,9	45,7
Defizitquote (Finanzierungssaldo des Staates in % des Bruttoinlandsprodukts)	- 0,1	- 3,2	- 4,3	- 1,0

Die **Defizitquote** wird definiert als negativer Finanzierungssaldo des Staates in Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts (positiver Saldo: Überschussquote). Laut Maastricht-Vertrag darf die Defizitquote den Grenzwert von 3 % nicht überschreiten.

Die **Sparquote** wird definiert als Sparen, d. h. nichtkonsumierter Teil (Ausgabenkonzept) in Prozent des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte (zuzüglich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche).

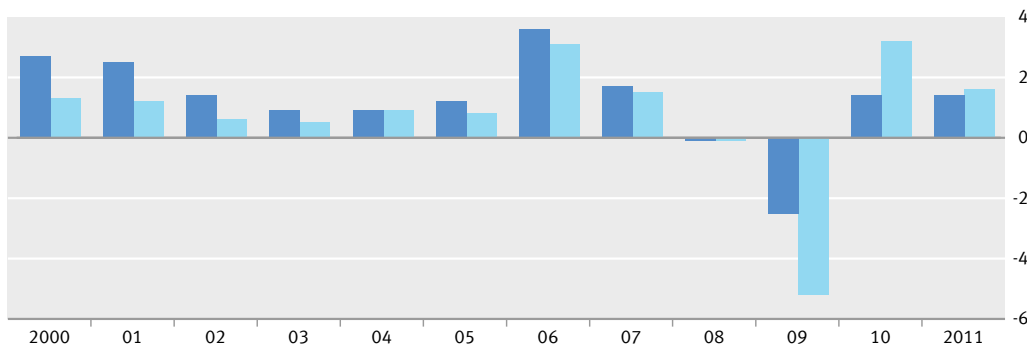
Die **Arbeitsproduktivität** wird berechnet als preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt (der Gesamtwirtschaft) bzw. preisbereinigte Bruttowertschöpfung (eines Wirtschaftsbereichs) je erwerbstätige Person oder je geleistete Erwerbstätigenstunde.

- 1 Veränderung gegenüber Vorjahr in %.
- 2 Als „marginal Beschäftigte“ werden hier Personen angesehen, die als Arbeiter/-innen und Angestellte keine voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ausüben, jedoch nach dem Labour-Force-Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation als Erwerbstätige gelten, wenn sie in einem einwöchigen Berichtszeitraum wenigstens eine Stunde gegen Entgelt gearbeitet haben. Dazu zählen in Deutschland insbesondere ausschließlich geringfügig Beschäftigte und Beschäftigte in Arbeitsgelegenheiten (sog. „1-Euro-Jobs“).
- 3 Arbeitseinkommensquote multipliziert mit der Arbeitnehmerquote (Anteil der Arbeitnehmer/-innen an den Erwerbstätigen) in einem festen Basisjahr, hier 1991.
- 4 Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche.

Arbeitsproduktivität in Deutschland

Veränderung gegenüber Vorjahr, in %

■ Je Stunde ■ Je Kopf



Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je erwerbstätige Person bzw. je geleistete Erwerbstätigenstunde.

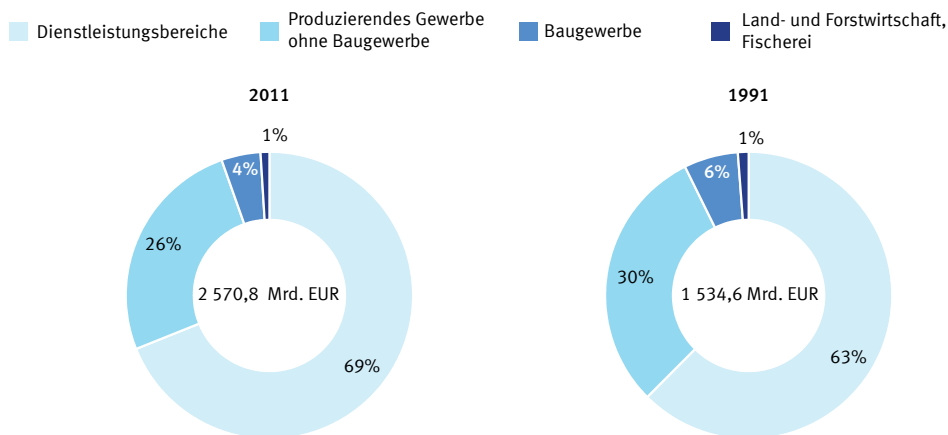
2012 - 01 - 0485

12.5 Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen nach Wirtschaftsbereichen

	2009	2010	2011	2009	2010	2011
	Mrd. EUR			% der Bruttowertschöpfung insgesamt		
Alle Wirtschaftsbereiche	2 117,2	2 216,8	2 295,5	100,0	100,0	100,0
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	16,2	18,7	21,9	0,8	0,8	1,0
Produzierendes Gewerbe	590,9	644,3	689,9	27,9	29,1	30,1
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	496,1	548,1	589,1	23,4	24,7	25,7
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ...	5,2	5,2	...	0,2	0,2	...
Verarbeitendes Gewerbe	413,9	462,5	504,5	19,5	20,9	22,0
Energieversorgung	53,8	2,5
Wasserversorgung, Entsorgung u. Ä.	23,2	1,1
Baugewerbe	94,8	96,3	100,7	4,5	4,3	4,4
Dienstleistungsbereiche	1 510,1	1 553,8	1 583,8	71,3	70,1	69,0
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	322,0	335,9	350,0	15,2	15,2	15,2
Handel; Instandh. u. Rep. v. Kfz	200,1	207,6	216,1	9,5	9,4	9,4
Verkehr und Lagerei	86,8	92,3	96,7	4,1	4,2	4,2
Gastgewerbe	35,1	35,9	37,3	1,7	1,6	1,6
Information und Kommunikation	91,4	89,1	88,3	4,3	4,0	3,8
Finanz- und Versicherungsdienstleister	105,5	117,9	118,4	5,0	5,3	5,2
Grundstücks- und Wohnungswesen	263,2	264,1	266,1	12,4	11,9	11,6
Unternehmensdienstleister	231,4	238,6	245,6	10,9	10,8	10,7
Freiberufl., wissenschaftl. u. techn. Dienstleister ..	130,0	132,8	...	6,1	6,0	...
Sonstige Unternehmensdienstleister	101,4	105,7	...	4,8	4,8	...
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit ...	394,7	405,0	411,9	18,6	18,3	17,9
Öff. Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung ..	136,2	139,0	...	6,4	6,3	...
Erziehung und Unterricht	99,7	102,3	...	4,7	4,6	...
Gesundheits- und Sozialwesen	158,7	163,7	...	7,5	7,4	...
Sonstige Dienstleister	102,0	103,4	103,5	4,8	4,7	4,5
Kunst, Unterhaltung und Erholung	32,0	32,8	...	1,5	1,5	...
Sonstige Dienstleister a. n. g.	63,1	63,6	...	3,0	2,9	...
Häusliche Dienste	6,9	7,0	...	0,3	0,3	...

Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

Wirtschaftsstruktur in Deutschland



Gemessen als Anteil der nominalen Bruttowertschöpfung des jeweiligen Wirtschaftsbereichs an der nominalen Bruttowertschöpfung insgesamt.

2011 - 01 - 0486

12.6 Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen

	2009	2010	2011	2009	2010	2011
	Mrd. EUR			Veränderung gegenüber Vorjahr in %		
Konsum	1 863,2	1 911,8	1 974,5	1,2	2,6	3,3
Private Konsumausgaben	1 387,4	1 423,0	1 473,1	- 0,0	2,6	3,5
Konsumausgaben der inländ. priv. Haushalte	1 350,2	1 383,7	1 432,4	- 0,2	2,5	3,5
Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck	37,2	39,3	40,7	5,7	5,6	3,6
Konsumausgaben des Staates	475,8	488,8	501,4	5,1	2,7	2,6
Bruttoinvestitionen	392,8	429,6	468,7	- 18,1	9,4	9,1
Bruttoanlageinvestitionen	409,3	433,6	467,7	- 11,2	5,9	7,9
Ausrüstungen	155,1	170,8	183,5	- 23,0	10,1	7,4
Bauten	227,1	235,0	255,5	- 1,9	3,5	8,7
Sonstige Anlagen ¹	27,0	27,8	28,6	- 2,9	2,7	3,1
Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen ..	- 16,5	- 4,0	1,0	X	X	X
Inländische Verwendung	2 256,0	2 341,4	2 443,2	- 2,7	3,8	4,3
Außenbeitrag	118,5	135,5	127,7	X	X	X
Exporte	995,9	1 159,8	1 289,1	- 16,2	16,5	11,2
abzüglich: Importe	877,4	1 024,4	1 161,5	- 15,2	16,7	13,4
Bruttoinlandsprodukt	2 374,5	2 476,8	2 570,8	- 4,0	4,3	3,8

1 Nutztiere und Nutzpflanzen, immaterielle Anlagegüter, Grundstücksübertragungskosten für unbebauten Grund und Boden.

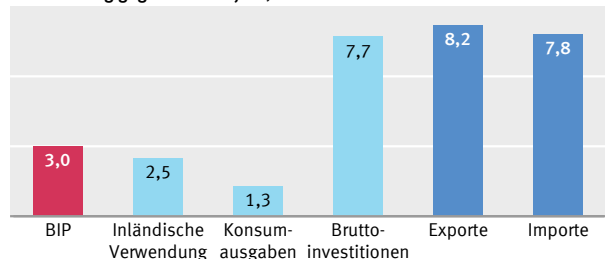
12.7 Verwendung des Bruttoinlandsprodukts (preisbereinigt, verkettet)

	2009	2010	2011	2009	2010	2011
	Index 2005 = 100			Veränderung gegenüber Vorjahr in %		
Konsum	103,6	104,5	105,9	0,8	0,9	1,3
Private Konsumausgaben	101,8	102,5	103,9	- 0,1	0,6	1,4
Konsumausgaben der inländ. priv. Haushalte	101,7	102,2	103,6	- 0,2	0,5	1,4
Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck	109,1	113,4	114,6	6,0	3,9	1,1
Konsumausgaben des Staates	109,0	110,9	112,1	3,3	1,7	1,1
Bruttoinvestitionen	101,7	111,3	119,9	- 15,5	9,5	7,7
Bruttoanlageinvestitionen	102,1	107,7	114,6	- 11,4	5,5	6,4
Ausrüstungen	98,7	109,1	117,3	- 22,8	10,5	7,6
Bauten	101,2	103,4	109,4	- 3,0	2,2	5,8
Sonstige Anlagen ¹	125,9	131,9	138,2	0,6	4,7	4,8
Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen ..	X	X	X	X	X	X
Inländische Verwendung	103,2	105,7	108,3	- 2,6	2,4	2,5
Außenbeitrag	X	X	X	X	X	X
Exporte	108,3	123,2	133,3	- 13,6	13,7	8,2
abzüglich: Importe	110,6	123,5	133,1	- 9,2	11,7	7,8
Bruttoinlandsprodukt	102,7	106,5	109,7	- 5,1	3,7	3,0

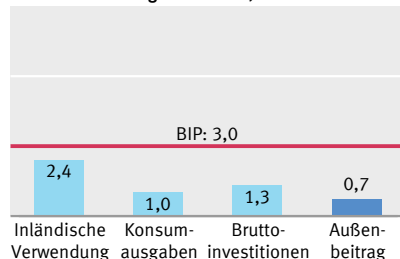
1 Nutztiere und Nutzpflanzen, immaterielle Anlagegüter, Grundstücksübertragungskosten für unbebauten Grund und Boden.

Verwendung des deutschen Bruttoinlandsprodukts 2011
Preisbereinigt

Veränderung gegenüber Vorjahr, in %



Wachstumsbeiträge zum BIP¹, in %-Punkten



Der Wachstumsbeitrag ist definiert als rechnerischer Beitrag eines Aggregats zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Der Wachstumsbeitrag eines Aggregats wird dabei ermittelt, indem von der tatsächlichen Wachstumsrate des BIP eine hypothetische abgezogen wird, die sich ergäbe, wenn das Aggregat gegenüber der Vorperiode unverändert bliebe (sogenannter komparativer Ansatz).

1 Die Wachstumsbeiträge sind - abgesehen von Rundungsdifferenzen - jeweils additiv: Konsumausgaben und Bruttoinvestitionen ergeben die inländische Verwendung, welche wiederum zusammen mit dem Außenbeitrag das BIP ergibt.

12.8 Konsumausgaben der privaten Haushalte im Inland nach Verwendungszwecken in jeweiligen Preisen

	2009	2010	2011	2009	2010	2011
	Mrd. EUR			% der Konsumausgaben der privaten Haushalte im Inland insgesamt		
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	146,6	148,5	154,2	11,1	11,0	11,0
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	42,4	42,4	44,5	3,2	3,1	3,2
Bekleidung und Schuhe	65,2	68,3	70,3	5,0	5,1	5,0
Wohnung, Wasser, Strom, Gas u. a. Brennstoffe	324,8	331,9	337,4	24,7	24,6	24,1
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte u. Aus- rüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	81,1	83,2	86,4	6,2	6,2	6,2
Gesundheitspflege	64,3	69,3	70,6	4,9	5,1	5,1
Verkehr	188,0	181,4	198,3	14,3	13,4	14,2
Nachrichtenübermittlung	36,0	36,6	37,0	2,7	2,7	2,6
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	121,4	123,6	125,9	9,2	9,2	9,0
Bildungswesen	13,0	13,4	13,7	1,0	1,0	1,0
Beherbergungs- und Gaststättendiensteleistungen	75,8	77,6	82,0	5,8	5,8	5,9
Andere Waren und Dienstleistungen	156,8	172,8	177,1	11,9	12,8	12,7
Konsumausgaben der privaten Haushalte im Inland	1 315,3	1 349,1	1 397,3	100,0	100,0	100,0
Konsumausgaben der Inländer/-innen in der übrigen Welt	58,2	60,1	61,4	X	X	X
abzögl. Konsumausgaben der Gebietsfremden im Inland	23,3	25,4	26,2	X	X	X
Konsumausgaben der inländischen privaten Haushalte	1 350,2	1 383,7	1 432,4	X	X	X

12.9 Bruttoinvestitionen in jeweiligen Preisen

	2009	2010	2011	2009	2010	2011
	Mrd. EUR			Veränderung gegenüber Vorjahr in %		
Bruttoinvestitionen insgesamt	392,8	429,6	468,7	- 18,1	9,4	9,1
Bruttoanlageinvestitionen	409,3	433,6	467,7	- 11,2	5,9	7,9
Ausrüstungsinvestitionen	155,1	170,8	183,5	- 23,0	10,1	7,4
Maschinen und Geräte ¹	110,6	114,2	...	- 22,3	3,3	...
Fahrzeuge	44,5	56,6	...	- 24,5	27,1	...
Staat	6,7	6,3	6,7	22,5	- 5,4	6,8
Übrige Sektoren	148,5	164,5	176,8	- 24,2	10,8	7,5
Bauinvestitionen	227,1	235,0	255,5	- 1,9	3,5	8,7
Wohnbauten	125,9	132,1	144,4	- 1,4	5,0	9,3
Staat	0,7	0,7	0,8	- 7,0	4,5	8,7
Übrige Sektoren	125,2	131,4	143,7	- 1,3	5,0	9,3
Nichtwohnbauten	101,2	102,9	111,1	- 2,6	1,6	8,0
Hochbau (Nichtwohngebäude)	66,0	67,7	72,6	- 1,5	2,6	7,2
Tiefbau (sonstige Bauten)	35,2	35,2	38,5	- 4,5	- 0,2	9,5
Staat	32,1	31,8	32,5	4,5	- 0,9	2,1
Übrige Sektoren	69,1	71,1	78,6	- 5,5	2,8	10,7
Sonstige Anlageinvestitionen	27,0	27,8	28,6	- 2,9	2,7	3,1
Nutztiere und Nutzpflanzen	- 0,1	- 0,1	...	X	X	...
Immaterielle Anlageinvestitionen ²	27,2	27,9	...	- 1,5	2,7	...
Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen	- 16,5	- 4,0	1,0	X	X	X

1 Einschl. Textilien, Bekleidung, Holz-, Leder-, Kunststoff-, Glas-, Keramik- und Eisenwaren, Verlagsserzeugnisse.

2 Einschl. Grundstücksübertragungskosten für unbebauten Grund und Boden.

12.10 Kapitalproduktivität, Kapitalintensität

	Bruttoinlandsprodukt	Bruttoanlagevermögen ¹	Erwerbstätige	Kapitalproduktivität ²	Kapitalintensität ³
	preisbereinigt, Kettenindex 2005 = 100		Messzahl 2005 = 100	Index 2005 = 100	
1991	84,2	72,4	99,3	116,3	72,9
1992	85,8	74,8	98,0	114,7	76,4
1993	85,0	77,0	96,7	110,4	79,6
1994	87,1	79,2	96,6	109,9	82,0
1995	88,5	81,4	97,0	108,7	83,9
1996	89,2	83,5	96,9	106,8	86,2
1997	90,8	85,6	96,8	106,1	88,4
1998	92,5	87,7	97,9	105,4	89,6
1999	94,2	89,9	99,3	104,7	90,5
2000	97,1	92,2	101,0	105,3	91,2
2001	98,5	94,2	101,3	104,7	92,9
2002	98,6	95,8	100,7	102,9	95,1
2003	98,2	97,3	99,9	100,9	97,4
2004	99,3	98,7	100,1	100,7	98,5
2005	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
2006	103,7	101,5	100,6	102,1	101,0
2007	107,1	103,2	102,3	103,8	100,9
2008	108,3	104,8	103,5	103,3	101,2
2009	102,7	105,8	103,6	97,0	102,2
2010	106,5	107,0	104,0	99,5	102,9
2011	109,7	108,4	105,4	101,2	102,8
Veränderung gegenüber Vorjahr in %					
1992	1,9	3,3	-1,4	-1,3	4,7
1993	-1,0	2,9	-1,3	-3,8	4,2
1994	2,5	2,9	-0,1	-0,4	3,0
1995	1,7	2,8	0,4	-1,1	2,4
1996	0,8	2,6	-0,1	-1,8	2,7
1997	1,7	2,5	-0,1	-0,7	2,6
1998	1,9	2,5	1,1	-0,6	1,3
1999	1,9	2,5	1,5	-0,6	1,0
2000	3,1	2,5	1,7	0,6	0,7
2001	1,5	2,2	0,3	-0,6	1,9
2002	0,0	1,7	-0,6	-1,7	2,3
2003	-0,4	1,6	-0,9	-1,9	2,5
2004	1,2	1,4	0,3	-0,3	1,1
2005	0,7	1,4	-0,1	-0,7	1,5
2006	3,7	1,5	0,6	2,1	1,0
2007	3,3	1,6	1,7	1,6	-0,1
2008	1,1	1,6	1,2	-0,5	0,3
2009	-5,1	1,0	0,0	-6,1	1,0
2010	3,7	1,1	0,5	2,5	0,6
2011	3,0	1,3	1,3	1,7	-0,1

Unter **Kapitalintensität** versteht man das Verhältnis zwischen den Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit.

Unter **Kapitalproduktivität** versteht man das Verhältnis von preisbereinigtem, verketteten BIP (für die gesamte Volkswirtschaft) bzw. Bruttowertschöpfung (für einzelne Wirtschaftsbereiche) zu preisbereinigtem, verketteten Anlagevermögen (Kapitalstock).

1 Bestand am Jahresende.

2 Bruttoinlandsprodukt je Einheit Bruttoanlagevermögen, beide preisbereinigt, Kettenindex 2005 = 100.

3 Bruttoanlagevermögen (preisbereinigt, Kettenindex 2005 = 100) je erwerbstätige Person (umgerechnet auf Messzahl 2005 = 100).

12.11 Anlagevermögen nach Vermögensarten

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Zu Wiederbeschaffungspreisen in Mrd. EUR								
Brutto								
Sachanlagen	11 032,3	11 267,5	11 652,6	12 412,4	12 960,6	13 214,6	13 510,1	14 006,6
Nutztiere und Nutzpflanzen	8,8	9,9	10,2	10,6	11,1	/	/	/
Ausrüstungen	1 898,2	1 925,3	1 971,5	2 035,9	2 103,6	2 111,1	2 124,7	2 158,7
Maschinen und Geräte ¹	1 489,8	1 494,4	1 511,8	1 541,1	1 581,9	1 586,4	1 587,5	1 591,6
Fahrzeuge	408,4	430,9	459,7	494,8	521,6	524,7	537,2	567,2
Bauten ²	9 125,2	9 332,4	9 670,9	10 365,9	10 846,0	11 092,8	11 374,5	11 837,0
Wohnbauten	5 087,4	5 220,3	5 428,0	5 846,9	6 122,4	6 281,8	6 474,0	6 766,9
Nichtwohnbauten	4 037,8	4 112,0	4 242,9	4 519,0	4 723,6	4 811,1	4 900,5	5 070,0
Immaterielle Anlagegüter	110,4	112,7	114,6	117,0	120,9	124,8	128,5	131,8
Alle Anlagegüter	11 142,6	11 380,2	11 767,2	12 529,4	13 081,6	13 339,3	13 638,6	14 138,4
Netto								
Sachanlagen	6 725,6	6 834,3	7 044,7	7 490,9	7 797,4	7 901,7	8 044,0	8 319,7
Nutztiere und Nutzpflanzen	6,8	7,8	7,9	8,3	8,7	/	/	/
Ausrüstungen	960,9	974,5	1 005,5	1 051,2	1 096,5	1 087,2	1 090,6	1 115,8
Maschinen und Geräte ¹	736,3	736,3	748,1	770,9	800,3	795,8	792,8	795,9
Fahrzeuge	224,6	238,2	257,5	280,3	296,2	291,4	297,8	319,9
Bauten ²	5 757,8	5 852,0	6 031,2	6 431,4	6 692,2	6 806,3	6 945,1	7 195,6
Wohnbauten	3 397,8	3 467,4	3 587,9	3 845,3	4 004,6	4 085,4	4 189,2	4 359,6
Nichtwohnbauten	2 360,0	2 384,7	2 443,3	2 586,1	2 687,7	2 720,9	2 755,9	2 836,0
Immaterielle Anlagegüter	57,0	58,2	59,7	61,5	63,9	65,6	67,3	68,8
Alle Anlagegüter	6 782,5	6 892,5	7 104,4	7 552,4	7 861,3	7 967,2	8 111,3	8 388,5
Preisbereinigt, Kettenindex (2005 = 100,0)								
Brutto								
Sachanlagen	98,7	100,0	101,5	103,1	104,6	105,7	106,8	108,2
Nutztiere und Nutzpflanzen	94,6	100,0	99,4	95,3	97,0	/	/	/
Ausrüstungen	98,8	100,0	101,9	104,6	107,3	107,4	108,0	110,0
Maschinen und Geräte ¹	99,6	100,0	101,1	102,9	105,1	105,0	105,0	105,5
Fahrzeuge	96,2	100,0	104,9	110,3	115,1	115,6	118,1	125,0
Bauten ²	98,7	100,0	101,4	102,8	104,1	105,3	106,6	107,8
Wohnbauten	98,3	100,0	101,8	103,6	105,3	106,8	108,5	110,2
Nichtwohnbauten	99,2	100,0	100,9	101,8	102,7	103,4	104,2	104,8
Immaterielle Anlagegüter	95,8	100,0	105,1	111,2	118,3	124,6	130,9	137,0
Alle Anlagegüter	98,7	100,0	101,5	103,2	104,8	105,8	107,0	108,4
Netto								
Sachanlagen	99,2	100,0	101,2	102,4	103,6	104,0	104,7	105,7
Nutztiere und Nutzpflanzen	93,2	100,0	99,4	94,0	95,9	/	/	/
Ausrüstungen	98,8	100,0	102,8	107,0	111,0	109,8	110,1	112,9
Maschinen und Geräte ¹	99,7	100,0	101,7	105,0	108,6	107,6	107,3	107,9
Fahrzeuge	95,7	100,0	106,3	113,1	118,4	116,4	118,7	127,8
Bauten ²	99,3	100,0	100,9	101,7	102,5	103,1	103,8	104,5
Wohnbauten	98,8	100,0	101,3	102,6	103,7	104,6	105,7	106,9
Nichtwohnbauten	100,0	100,0	100,2	100,4	100,7	100,9	101,1	101,1
Immaterielle Anlagegüter	95,7	100,0	106,0	113,3	121,1	127,0	132,9	138,7
Alle Anlagegüter	99,2	100,0	101,2	102,5	103,8	104,2	104,9	105,9

Bestand am Jahresende

1 Einschl. Textilien, Bekleidung, Holz-, Kunststoff-, Glas-, Keramik-, Eisenwaren u. a.

2 Einschl. kumulierter Grundstücksübertragungskosten für unbebauten Grund und Boden.

12.12 Hauptaggregate der Sektoren 2011

	Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	Finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
	Mrd. EUR					
Produktionswert	5 005,9	3 530,8	245,6	366,5	863,1	-
dar. FISIM ¹	86,7	-	86,7	-	-	-
- Vorleistungen	2 710,4	2 120,2	133,2	127,0	329,9	-
dar. FISIM ¹	54,1	17,4	8,7	3,4	24,6	-
= Bruttowertschöpfung	2 295,5	1 410,6	112,3	239,5	533,1	-
- Abschreibungen	383,7	217,6	8,0	44,2	114,0	-
= Nettowertschöpfung ¹²	1 911,8	1 193,0	104,4	195,3	419,1	- 127,7
- Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 317,3	852,6	64,7	199,7	200,2	9,9
- Geleistete sonstige Produktionsabgaben	17,1	7,1	1,0	0,1	9,0	-
+ Empfangene sonstige Subventionen	25,6	23,1	-	0,4	2,1	-
= Betriebsüberschuss / Selbstständigeneinkommen	603,0	356,4	38,7	- 4,1	212,0	- 137,6
+ Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 318,7	-	-	-	1 318,7	8,6
- Geleistete Subventionen	26,2	-	-	26,2	-	5,6
+ Empfangene Produktions- und Importabgaben	292,3	-	-	292,3	-	6,3
- Geleistete Vermögenseinkommen	873,1	423,8	331,2	66,0	52,1	192,5
+ Empfangene Vermögenseinkommen	922,0	143,3	332,0	26,2	420,5	143,6
= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 236,7	75,9	39,5	222,2	1 899,1	- 177,3
- Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	292,4	56,5	9,8	-	226,1	3,9
+ Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	295,9	-	-	295,9	-	0,3
- Geleistete Sozialbeiträge	521,4	-	-	-	521,4	2,9
+ Empfangene Sozialbeiträge	522,4	18,3	68,4	435,2	0,6	1,9
- Geleistete monetäre Sozialleistungen	478,3	15,6	37,0	425,1	0,6	0,4
+ Empfangene monetäre Sozialleistungen	472,2	-	-	-	472,2	6,5
- Geleistete sonstige laufende Transfers	198,0	15,0	58,2	54,3	70,6	4,5
+ Empfangene sonstige laufende Transfers	161,6	15,4	58,3	16,1	71,7	40,9
= Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 198,8	22,6	61,2	490,1	1 625,0	- 139,4
- Konsumausgaben	1 974,5	-	-	501,4	1 473,1	-
dar. FISIM ¹	34,5	-	-	3,4	31,1	-
+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 2,6	- 26,5	-	29,1	-
= Sparen	224,3	20,0	34,6	- 11,3	181,0	- 139,4
- Geleistete Vermögenstransfers	38,3	1,8	3,0	27,6	6,0	3,7
+ Empfangene Vermögenstransfers	37,3	16,2	-	9,8	11,4	4,7
- Bruttoinvestitionen	468,7	257,3	6,7	42,0	162,7	-
+ Abschreibungen	383,7	217,6	8,0	44,2	114,0	-
- Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern	-	0,5	-	- 1,4	0,9	-
= Finanzierungssaldo	138,3	- 5,8	32,9	- 25,6	136,8	- 138,3

1 Finanzserviceleistung, indirekte Messung.

2 Für den Sektor „übrige Welt“ Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige(n) Welt.

12.13 Unternehmensgewinne und Primäreinkommen der Kapitalgesellschaften

	2008	2009	2010	2011
	Mrd. EUR			
Kapitalgesellschaften				
Nettowertschöpfung	1 256,3	1 163,9	1 243,2	1 297,3
– Geleistete Arbeitnehmerentgelte	867,0	854,9	875,1	917,4
– Geleistete sonstige Nettoproduktionsabgaben	– 15,3	– 17,7	– 16,9	– 15,1
= Betriebsüberschuss	404,6	326,7	384,9	395,0
+ Empfangene Vermögenseinkommen	564,8	457,0	461,0	475,3
– Geleistete Vermögenseinkommen (ohne Ausschüttungen und Entnahmen)	464,2	352,5	342,5	354,8
= Unternehmensgewinne	505,2	431,3	503,4	515,5
– Geleistete Ausschüttungen und Entnahmen	397,0	348,8	369,1	394,3
– Reinvestierte Gewinne an die übrige Welt	– 21,5	1,4	5,3	5,8
= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	129,7	81,1	129,1	115,4
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften				
Nettowertschöpfung	1 185,8	1 072,2	1 139,2	1 193,0
– Geleistete Arbeitnehmerentgelte	804,8	791,9	811,7	852,6
– Geleistete sonstige Nettoproduktionsabgaben	– 15,7	– 18,1	– 17,2	– 16,0
= Betriebsüberschuss	396,7	298,4	344,7	356,4
+ Empfangene Vermögenseinkommen	128,1	128,9	147,6	143,3
– Geleistete Vermögenseinkommen (ohne Ausschüttungen und Entnahmen)	75,3	66,2	65,4	70,1
= Unternehmensgewinne	449,6	361,1	426,9	429,6
– Geleistete Ausschüttungen und Entnahmen	342,3	301,5	325,0	348,4
– Reinvestierte Gewinne an die übrige Welt	– 10,4	– 2,7	1,4	5,3
= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	117,6	62,2	100,4	75,9
Finanzielle Kapitalgesellschaften				
Nettowertschöpfung	70,6	91,6	103,9	104,4
– Geleistete Arbeitnehmerentgelte	62,2	62,9	63,4	64,7
– Geleistete sonstige Nettoproduktionsabgaben	0,4	0,4	0,4	1,0
= Betriebsüberschuss	8,0	28,4	40,2	38,7
+ Empfangene Vermögenseinkommen	436,6	328,1	313,4	332,0
– Geleistete Vermögenseinkommen (ohne Ausschüttungen und Entnahmen)	388,9	286,3	277,0	284,7
= Unternehmensgewinne	55,7	70,2	76,6	85,9
– Geleistete Ausschüttungen und Entnahmen	54,7	47,3	44,1	46,0
– Reinvestierte Gewinne an die übrige Welt	– 11,1	4,1	3,9	0,4
= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	12,1	18,8	28,6	39,5

12.14 Produktionswert, Vorleistungen und Wertschöpfung des Staates, Konsumausgaben

	Staat insgesamt			Gebietskörperschaften			Sozialversicherung		
	2009	2010	2011	2009	2010	2011	2009	2010	2011
	Mrd. EUR								
Marktproduktion	14,0	14,6	15,4	14,0	14,6	15,4	–	–	–
+ Sonstige Nichtmarktproduktion ¹	328,2	338,0	351,1	300,9	310,4	322,4	27,3	27,7	28,7
= Produktionswert	342,2	352,6	366,5	315,0	324,9	337,8	27,3	27,7	28,7
– Vorleistungen	114,8	120,0	127,0	106,2	111,5	118,0	8,6	8,5	9,0
= Bruttowertschöpfung	227,5	232,6	239,5	208,8	213,4	219,8	18,7	19,2	19,7
– Abschreibungen	42,4	43,0	44,2	41,4	42,0	43,2	0,9	0,9	0,9
= Nettowertschöpfung	185,1	189,7	195,3	167,4	171,4	176,6	17,7	18,3	18,7
– Arbeitnehmerentgelt	189,7	194,5	199,7	172,0	176,3	181,0	17,7	18,2	18,7
– Sonstige Nettoproduktionsabgaben ²	– 0,5	– 0,6	– 0,3	– 0,5	– 0,6	– 0,3	0,0	0,0	0,0
= Betriebsüberschuss ³	– 4,1	– 4,3	– 4,1	– 4,1	– 4,3	– 4,1	–	–	–
Sonstige Nichtmarktproduktion	327,3	337,2	350,2	300,1	309,5	321,5	27,3	27,7	28,7
– Verkäufe aus Nichtmarktproduktion	48,4	51,3	56,5	48,3	51,2	55,5	0,1	0,2	1,0
+ Soziale Sachleistungen	196,9	203,0	207,7	24,4	25,8	26,7	172,5	177,2	181,0
= Konsumausgaben des Staates	475,8	488,8	501,4	276,1	284,1	292,8	199,7	204,7	208,6

1 Einschl. der Nichtmarktproduktion für die Eigenverwendung.

2 Sonstige Produktionsabgaben abzüglich sonstiger Subventionen.

3 Aus Marktproduktion.

12.15 Einnahmen und Ausgaben sowie Finanzierungssaldo des Staates

	2009	2010	2011	2009	2010	2011
	Mrd. EUR			Veränderung gegenüber Vorjahr in %		
Einnahmen	1 066,0	1 079,8	1 148,7	- 2,0	1,3	6,4
Verkäufe	63,3	66,8	72,8	4,7	5,5	9,1
Marktproduktion (ohne Gütersteuern)	14,0	14,6	15,4	- 0,8	3,8	6,0
Sonstige Nichtmarktproduktion ¹	49,3	52,2	57,4	6,4	5,9	9,9
Sonstige Subventionen	0,6	0,6	0,4	X	X	X
Vermögenseinkommen	21,4	19,6	26,2	6,8	- 8,4	33,9
Zinsen	8,9	11,0	16,0	X	X	X
Nettopachten u. Ä.	1,3	1,1	1,3	X	X	X
Ausschüttungen	11,1	7,5	9,0	X	X	X
Steuern ²	546,3	548,9	588,3	- 4,6	0,5	7,2
Produktions- und Importabgaben	272,3	275,4	292,3	0,9	1,1	6,1
Gütersteuern	257,5	260,0	275,2	1,1	1,0	5,8
Sonstige Produktionsabgaben	14,8	15,4	17,1	- 1,9	3,4	11,4
Einkommen- und Vermögensteuern	274,0	273,5	295,9	- 9,5	- 0,2	8,2
Sozialbeiträge	409,8	418,7	435,2	0,2	2,2	3,9
Tatsächliche Sozialbeiträge	383,1	391,1	407,6	0,0	2,1	4,2
Unterstellte Sozialbeiträge	26,6	27,6	27,5	3,6	3,5	- 0,1
Sonstige laufende Transfers	15,2	15,8	16,1	- 4,0	3,4	2,5
Schadenversicherungsleistungen	0,2	0,2	0,2	X	X	X
Laufende Transfers innerhalb des Staatsapparats	-	-	-	-	-	-
Laufende Transfers im Rahmen internationaler Zusammenarbeit	0,3	0,6	0,6	X	X	X
Übrige laufende Transfers	14,7	15,0	15,4	1,2	2,1	2,1
Vermögenstransfers	9,5	9,5	9,8	- 7,1	0,4	2,5
Vermögenswirksame Steuern	4,5	4,4	4,3	- 4,8	- 2,9	- 3,6
Investitionszuschüsse	2,9	3,0	3,3	- 4,0	2,7	10,7
Sonstige Vermögenstransfers	2,0	2,1	2,2	X	X	X
- Ausgaben	1 142,1	1 185,8	1 174,3	4,8	3,8	- 1,0
Vorleistungen	114,8	120,0	127,0	7,4	4,5	5,9
Arbeitnehmerentgelt	189,7	194,5	199,7	4,0	2,5	2,7
Sonstige Produktionsabgaben	0,1	0,1	0,1	X	X	X
Vermögenseinkommen	63,8	61,9	66,0	- 6,6	- 3,1	6,7
Subventionen ³	27,1	27,2	26,2	10,2	0,1	- 3,7
Gütersubventionen	5,8	5,7	6,2	- 2,0	- 0,5	7,5
Sonstige Subventionen	21,4	21,4	20,0	14,0	0,3	- 6,7
Monetäre Sozialleistungen	425,7	429,3	425,1	5,3	0,9	- 1,0
Soziale Sachleistungen	196,9	203,0	207,7	6,0	3,1	2,3
Sonstige laufende Transfers	51,8	54,0	54,3	11,1	4,2	0,5
Nettoprämien für Schadenversicherungen	0,2	0,2	0,2	X	X	X
Laufende Transfers innerhalb des Staatsapparats	-	-	-	-	-	-
Laufende Transfers im Rahmen internationaler Zusammenarbeit	4,3	5,2	5,2	8,6	20,3	0,2
Übrige laufende Transfers	47,4	48,7	49,0	11,3	2,8	0,5
Vermögenstransfers	32,2	60,8	27,6	X	X	X
Investitionszuschüsse	20,7	21,9	22,3	4,6	5,7	1,6
Sonstige Vermögenstransfers	11,5	38,9	5,3	X	X	X
Bruttoinvestitionen	41,4	40,8	42,0	6,5	- 1,5	3,0
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern	- 1,4	- 5,8	- 1,4	X	X	X
= Finanzierungssaldo	- 76,1	- 106,0	- 25,6	X	X	X
nachrichtlich:						
Konsumausgaben	475,8	488,8	501,4	5,1	2,7	2,6
Konsumausgaben für den Individualverbrauch	303,1	312,5	320,1	5,4	3,1	2,4
Konsumausgaben für den Kollektivverbrauch	172,7	176,3	181,3	4,7	2,1	2,8

1 Einschl. der Nichtmarktproduktion für die Eigenverwendung.

2 Ohne Steuern inländischer Sektoren an die EU.

3 Ohne Subventionen der EU an inländische Sektoren.

12.16 Verfügbares Einkommen und Sparen der privaten Haushalte

	2008	2009	2010	2011
	Mrd. EUR			
Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	229,4	203,4	209,8	212,0
- Saldo der geleisteten und empfangenen betrieblich bedingten Zinsen, geleistete Pachten	50,7	38,5	37,2	38,4
= Unternehmensgewinne	178,7	164,9	172,6	173,6
+ Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 229,8	1 231,5	1 262,9	1 318,7
Bruttolöhne und -gehälter	1 002,3	1 000,1	1 026,7	1 075,0
Nettolöhne und -gehälter	664,0	661,5	688,5	713,7
Abzüge der Arbeitnehmer/-innen	338,3	338,6	338,2	361,3
Sozialbeiträge der Arbeitgeber/-innen	227,5	231,4	236,2	243,6
+ Empfangene Vermögenseinkommen	419,0	384,2	388,4	415,7
Übrige Zinsen, Pachteinkommen	81,1	67,6	66,6	69,6
Ausschüttungen und Gewinnentnahmen	287,3	268,4	274,5	298,6
Vermögenseinkommen aus Versicherungsverträgen	50,6	48,2	47,3	47,6
- Geleistete übrige Zinsen	11,4	8,8	8,5	8,9
= Primäreinkommen	1 816,1	1 771,7	1 815,4	1 899,1
+ Empfangene monetäre Sozialleistungen	434,6	471,1	476,6	472,2
Geldleistungen der Sozialversicherung	275,6	289,6	290,4	287,8
Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen	32,8	48,2	50,4	50,3
Sonstige Sozialleistungen der Arbeitgeber/-innen	53,3	55,4	57,0	58,1
Sonstige soziale Geldleistungen	72,9	77,8	78,8	76,0
+ Empfangene sonstige laufende Transfers	80,6	73,2	72,3	72,3
Schadenversicherungsleistungen	60,1	46,4	47,6	47,6
Sozialbeiträge ¹	0,6	0,6	0,6	0,6
Übrige laufende Transfers	19,9	26,3	24,2	24,2
- Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	230,7	222,7	215,1	226,1
Einkommensteuer	223,2	215,7	207,5	218,7
Sonstige direkte Steuern und Abgaben	7,5	7,0	7,6	7,3
- Geleistete Sozialbeiträge	473,6	493,4	502,8	521,4
Tatsächliche Sozialbeiträge	445,0	463,8	472,3	491,0
Tatsächliche Sozialbeiträge der Arbeitgeber/-innen	198,9	201,9	205,7	213,3
Sozialbeiträge der Arbeitnehmer/-innen	170,7	176,1	181,5	192,8
Sozialbeiträge der Selbstständigen und Nichterwerbstätigen	75,4	85,8	85,1	85,0
Unterstellte Sozialbeiträge	28,6	29,6	30,4	30,4
- Geleistete monetäre Sozialbeiträge	0,6	0,6	0,6	0,6
- Geleistete sonstige laufende Transfers	83,8	68,2	70,1	70,6
Nettoprämien für Schadenversicherungen	61,9	48,1	49,6	49,5
Übrige laufende Transfers	21,8	20,2	20,6	21,1
= Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	1 542,6	1 531,1	1 575,9	1 625,0
- Private Konsumausgaben	1 387,7	1 387,4	1 423,0	1 473,1
+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	28,7	29,4	28,0	29,1
= Sparen	183,5	173,1	180,8	181,0
nachrichtlich:				
Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	1 542,6	1 531,1	1 575,9	1 625,0
+ Soziale Sachtransfers	287,7	303,1	312,5	320,1
= Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	1 830,3	1 834,2	1 888,3	1 945,1
- Konsum	1 675,4	1 690,6	1 735,5	1 793,2
+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	28,7	29,4	28,0	29,1
= Sparen	183,5	173,1	180,8	181,0

Einschl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

1 Unterstellte Sozialbeiträge für die Alters- und Hinterbliebenenversorgung sowie für Beihilfen, Unterstützungen u. Ä., welche private Organisationen ohne Erwerbszweck von privaten Haushalten empfangen.

12.17 Einnahmen und Ausgaben aus der bzw. an die übrige(n) Welt

	2009	2010	2011	2009	2010	2011
	Mrd. EUR			Veränderung gegenüber Vorjahr in %		
Einnahmen aus der übrigen Welt	1 197,3	1 358,0	1 512,5	- 14,9	13,4	11,4
Exporte	995,9	1 159,8	1 289,1	- 16,2	16,5	11,2
Waren	832,4	983,4	1 105,8	- 18,3	18,1	12,4
Dienstleistungen	163,5	176,4	183,4	- 4,0	7,9	3,9
dar. FISIM ¹	6,9	6,5	6,9	- 15,2	- 5,7	6,5
Primäreinkommen	186,8	183,5	208,1	- 7,3	- 1,7	13,4
Arbeitnehmerentgelt	8,9	9,5	9,9	7,9	7,0	4,4
Vermögenseinkommen	171,5	168,4	192,5	- 8,5	- 1,8	14,3
Subventionen	6,4	5,6	5,6	9,4	- 12,0	0,0
Laufende Transfers	11,1	11,2	11,7	- 16,9	0,5	4,7
Vermögenstransfers	3,5	3,5	3,7	8,5	1,7	4,3
Ausgaben an die übrige Welt	1 060,6	1 214,8	1 374,2	- 15,4	14,5	13,1
Importe	877,4	1 024,4	1 161,5	- 15,2	16,7	13,4
Waren	696,4	826,1	952,3	- 17,0	18,6	15,3
Dienstleistungen	181,0	198,3	209,2	- 7,5	9,5	5,5
dar. FISIM ¹	2,7	3,4	4,1	- 20,3	24,5	20,8
Primäreinkommen	136,4	137,6	158,4	- 19,7	0,8	15,1
Arbeitnehmerentgelt	8,0	8,0	8,6	1,1	0,6	7,0
Vermögenseinkommen	122,8	123,8	143,6	- 20,2	0,8	15,9
Produktions- und Import- abgaben	5,7	5,7	6,3	- 30,5	1,6	9,6
Laufende Transfers	43,3	49,0	49,6	- 4,0	13,2	1,2
Vermögenstransfers	3,4	3,8	4,7	- 14,4	11,0	23,0
Finanzierungssaldo	136,7	143,2	138,3	X	X	X
Außenbeitrag (Exporte minus Importe)	118,5	135,5	127,7	X	X	X
Waren	136,0	157,3	153,4	X	X	X
Dienstleistungen	- 17,5	- 21,8	- 25,8	X	X	X
Primäreinkommen (Saldo) ...	50,4	46,0	49,6	X	X	X
Laufende Transfers (Saldo) ...	- 32,2	- 37,9	- 37,9	X	X	X
Vermögenstransfers (Saldo) ..	0,0	- 0,3	- 1,0	X	X	X

1 Finanzserviceleistung, indirekte Messung.

12.18 Güterbilanz zu Herstellungspreisen – Inländische Produktion und Importe 2008

	Aufkommen an Gütern			Verwendung von Gütern					
	inländische Produktion	Importe cif	insgesamt	intermediäre Verwendung, Vorratsveränderungen ¹	private Konsumausgaben im Inland	Konsumausgaben des Staates	Bruttoanlageinvestitionen	Exporte	insgesamt
Mrd. EUR									
Alle Gütergruppen	4 691,8	975,5	5 667,3	2 428,5	1 199,4	446,7	425,8	1 166,9	5 667,3
Erzeugnisse der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei	48,9	24,3	73,2	48,1	17,1	0,0	0,3	7,7	73,2
Bergbauerzeugnisse; Steine und Erden	12,6	97,4	110,0	98,1	6,6	0,1	0,2	5,1	110,0
Nahrungs- und Futtermittel; Getränke; Tabakerzeugnisse	158,6	43,3	201,9	56,5	103,9	0,3	0,0	41,3	201,9
Textilien; Bekleidung; Leder- und Lederwaren	22,7	41,5	64,2	4,7	32,8	0,0	0,4	26,3	64,2
Holzwaren; Papiererzeugnisse; Druckerzeugnisse	80,3	21,8	102,1	63,1	7,4	0,0	4,4	27,2	102,1
Kokereierzeugnisse und Mineralölzeugnisse	69,9	35,9	105,8	59,7	26,3	0,1	0,0	19,7	105,8
Chemische Erzeugnisse	116,1	68,0	184,0	87,2	8,6	0,0	0,0	88,1	184,0
Pharmazeutische Erzeugnisse	32,6	36,2	68,8	8,2	8,6	12,1	0,0	40,0	68,8
Gummi-, Kunststoff-, Glaswaren, Keramik u. Ä.	103,1	31,1	134,3	80,9	7,6	0,0	0,9	44,8	134,3
Metalle und Metallerzeugnisse	225,8	88,4	314,2	200,0	3,4	0,0	14,5	96,3	314,2
DV-Geräte, elektronische und optische Erzeugnisse	70,5	88,5	159,0	42,7	12,9	0,4	24,4	78,6	159,0
Elektrische Ausrüstungen	88,4	38,4	126,7	49,8	8,3	0,0	11,9	56,8	126,7
Maschinen	221,5	71,2	292,7	71,8	1,6	0,0	59,6	159,7	292,7
Fahrzeuge	308,4	113,4	421,8	109,3	52,9	0,3	50,0	209,3	421,8
Möbel; sonst. Waren; Rep. und Inst. von Maschinen	88,2	26,5	114,7	33,4	23,8	0,6	28,0	28,9	114,7
Energie und Dienstleistungen der Energieversorgung	105,2	19,2	124,4	70,0	33,2	0,1	0,0	21,1	124,4
Dienstleistungen der Wasserversorgung, der Entsorgung, usw.	48,0	6,9	54,9	19,6	28,8	0,4	0,0	6,1	54,9
Bauarbeiten	230,1	0,1	230,3	68,4	4,8	0,0	156,1	1,0	230,3
Handels- und Verkehrsleistungen, Dienstleistungen des Gastgewerbes	752,4	43,7	796,1	369,5	272,4	15,8	20,7	117,6	796,1
Informations- und Kommunikationsdienstleistungen	193,9	25,9	219,7	113,2	54,7	0,0	25,3	26,5	219,7
Finanz-, Versicherungs-, Unternehmensdienstleistungen; Dienstleistungen des Grundstücks- und Wohnungswesens	1 028,9	52,1	1 081,0	679,4	310,2	1,6	27,1	62,6	1 081,0
Öffentliche und sonstige Dienstleistungen	685,8	1,8	687,5	94,8	173,5	414,9	2,1	2,2	687,5
%									
Alle Gütergruppen	82,8	17,2	100,0	42,9	21,2	7,9	7,5	20,6	100,0
Erzeugnisse der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei	66,8	33,2	100,0	65,8	23,3	0,0	0,4	10,5	100,0
Bergbauerzeugnisse; Steine und Erden	11,5	88,5	100,0	89,2	6,0	0,1	0,2	4,6	100,0
Nahrungs- und Futtermittel; Getränke; Tabakerzeugnisse	78,5	21,5	100,0	28,0	51,4	0,1	0,0	20,5	100,0
Textilien; Bekleidung; Leder- und Lederwaren	35,3	64,7	100,0	7,3	51,1	0,0	0,6	41,0	100,0
Holzwaren; Papiererzeugnisse; Druckerzeugnisse	78,6	21,4	100,0	61,8	7,2	0,0	4,3	26,7	100,0
Kokereierzeugnisse und Mineralölzeugnisse	66,1	33,9	100,0	56,5	24,8	0,1	0,0	18,6	100,0
Chemische Erzeugnisse	63,1	36,9	100,0	47,4	4,7	0,0	0,0	47,9	100,0
Pharmazeutische Erzeugnisse	47,4	52,6	100,0	11,9	12,5	17,6	0,0	58,1	100,0
Gummi-, Kunststoff-, Glaswaren, Keramik u. Ä.	76,8	23,2	100,0	60,3	5,7	0,0	0,7	33,4	100,0
Metalle und Metallerzeugnisse	71,9	28,1	100,0	63,7	1,1	0,0	4,6	30,6	100,0
DV-Geräte, elektronische und optische Erzeugnisse	44,3	55,7	100,0	26,9	8,1	0,2	15,4	49,4	100,0
Elektrische Ausrüstungen	69,7	30,3	100,0	39,3	6,5	0,0	9,4	44,8	100,0
Maschinen	75,7	24,3	100,0	24,5	0,5	0,0	20,4	54,6	100,0
Fahrzeuge	73,1	26,9	100,0	25,9	12,5	0,1	11,9	49,6	100,0
Möbel; sonst. Waren; Rep. und Inst. von Maschinen	76,9	23,1	100,0	29,1	20,8	0,5	24,4	25,2	100,0
Energie und Dienstleistungen der Energieversorgung	84,6	15,4	100,0	56,3	26,7	0,1	0,0	16,9	100,0
Dienstleistungen der Wasserversorgung, der Entsorgung, usw.	87,4	12,6	100,0	35,8	52,4	0,7	0,0	11,1	100,0
Bauarbeiten	99,9	0,1	100,0	29,7	2,1	0,0	67,8	0,4	100,0
Handels- und Verkehrsleistungen, Dienstleistungen des Gastgewerbes	94,5	5,5	100,0	46,4	34,2	2,0	2,6	14,8	100,0
Informations- und Kommunikationsdienstleistungen	88,2	11,8	100,0	51,5	24,9	0,0	11,5	12,1	100,0
Finanz-, Versicherungs-, Unternehmensdienstleistungen; Dienstleistungen des Grundstücks- und Wohnungswesens	95,2	4,8	100,0	62,9	28,7	0,2	2,5	5,8	100,0
Öffentliche und sonstige Dienstleistungen	99,7	0,3	100,0	13,8	25,2	60,3	0,3	0,3	100,0

Statistische Güterklassifikation in Verbindung mit den Wirtschaftszweigen (CPA), Ausgabe 2008.

1 Einschl. Nettozugang an Wertsachen.

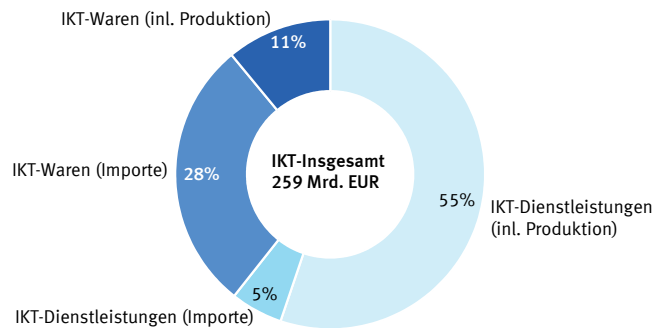
12.19 Güterbilanz zu Herstellungspreisen – Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) 2008

	Aufkommen an Gütern			Verwendung von Gütern				
	inländische Produktion	Importe cif	insgesamt	intermediäre Verwendung, Vorratsveränderungen ¹	Konsumausgaben im Inland	Bruttoanlageinvestitionen	Exporte	insgesamt
Mrd. EUR								
Volkswirtschaft insgesamt	4 691,8	975,5	5 667,3	2 428,5	1 646,1	425,8	1 166,9	5 667,3
1.–7. IKT-Gütergruppen insgesamt . . .	171,3	87,6	258,9	112,3	39,9	40,0	66,7	258,9
1.–4. IKT-Waren	28,5	73,5	101,9	25,5	7,7	17,6	51,1	101,9
1. Computer und Zubehör	4,4	21,0	25,4	2,8	1,2	7,9	13,4	25,4
2. Telekommunikationsgeräte und -einrichtungen	5,7	11,8	17,5	3,5	0,8	4,3	8,9	17,5
3. Unterhaltungselektronik	2,8	13,6	16,3	3,1	4,9	2,1	6,2	16,3
4. Sonstige Informations- und Kommunikationstechnik	15,6	27,1	42,7	16,1	0,9	3,2	22,6	42,7
5.–7. IKT-Dienstleistungen	142,9	14,1	157,0	86,8	32,2	22,4	15,6	157,0
5. Software und IT-Beratung	53,1	10,0	63,0	32,0	1,0	18,0	12,0	63,0
6. Telekommunikationsdienstleistungen	58,7	3,7	62,3	32,5	26,9	0,0	3,0	62,3
7. Sonstige IKT-Dienstleistungen	31,1	0,5	31,6	22,3	4,4	4,4	0,6	31,6
%								
Anteil der IKT-Gütergruppen zur Volkswirtschaft insgesamt . . .	3,7	9,0	4,6	4,6	2,4	9,4	5,7	4,6

Zusammengefasste IKT-Gütergruppen auf Basis der detaillierten IKT-Güterliste der OECD 2008.

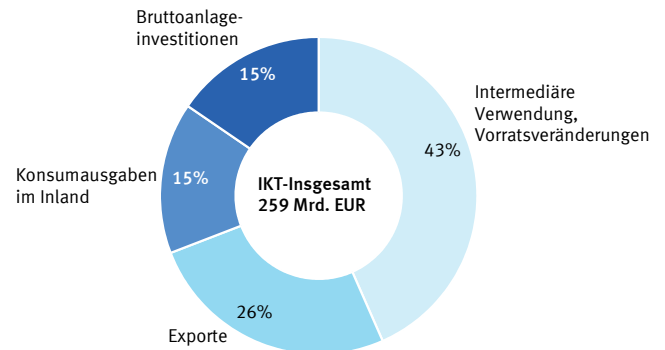
1 Einschl. Nettozugang an Wertsachen.

Aufkommensstruktur der IKT 2008



2012 - 01 - 0488

Verwendungsstruktur der IKT 2008



2012 - 01 - 0489

12.20 Bruttoinlandsprodukt nach Ländern 2011

	In jeweiligen Preisen		
	Wert	Anteil an Deutschland	je Einwohner/-in
	Mrd. EUR	%	EUR
Deutschland	2570,8	100,0	31 440
Baden-Württemberg	376,3	14,6	34 943
Bayern	446,4	17,4	35 545
Berlin	101,4	3,9	29 153
Brandenburg	55,1	2,1	22 051
Bremen	28,0	1,1	42 505
Hamburg	94,4	3,7	52 731
Hessen	228,5	8,9	37 616
Mecklenburg-Vorpommern ..	35,0	1,4	21 363
Niedersachsen	224,4	8,7	28 306
Nordrhein-Westfalen	568,9	22,1	31 893
Rheinland-Pfalz	113,2	4,4	28 311
Saarland	30,5	1,2	30 059
Sachsen	95,1	3,7	22 970
Sachsen-Anhalt	51,9	2,0	22 336
Schleswig-Holstein	73,6	2,9	25 967
Thüringen	48,1	1,9	21 608
nachrichtlich:			
Früheres Bundesgebiet			
ohne Berlin	2184,3	85,0	33 365
einschl. Berlin	2285,7	88,9	33 153
Neue Länder			
ohne Berlin	285,1	11,1	22234
einschl. Berlin	386,5	15,0	23710

Berechnungsstand: Februar 2012.

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

Methodik

■ Zweck und Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) haben die Aufgabe, ein möglichst umfassendes und übersichtliches quantitatives Gesamtbild des wirtschaftlichen Geschehens in Deutschland zu geben. Dabei werden alle Wirtschaftseinheiten (Personen, Institutionen) mit ihren für die Beschreibung des Wirtschaftsablaufs wichtigen wirtschaftlichen Tätigkeiten und damit verbundenen Vorgängen einbezogen. Um das Bild übersichtlich zu gestalten, wird die Vielzahl der Wirtschaftseinheiten und ihrer Tätigkeiten zu großen Gruppen (Wirtschaftsbereiche, Sektoren) zusammengefasst.

Auf die Angaben der VGR stützen sich Politik, Wirtschaft und Verwaltung bei ihren Arbeiten und Entscheidungen. Die Ergebnisse werden in der gesamten EU in gleicher Weise berechnet, basierend auf dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen von 1995 (ESVG 1995). So ist sichergestellt, dass europaweit vergleichbare harmonisierte Ergebnisse für politische und wirtschaftliche Entscheidungen zur Verfügung stehen. Innerhalb der EU dienen die Angaben zum Bruttonationaleinkommen (BNE) beispielsweise zur Berechnung der Eigenmittel, also der Mitgliedsbeiträge der einzelnen Staaten an die EU.

Zur Volkswirtschaft wird die wirtschaftliche Betätigung aller Wirtschaftseinheiten gerechnet, die ihren ständigen Sitz bzw. Wohnsitz im Wirtschaftsgebiet haben. Ein Wirtschaftsgebiet kann die gesamte Volkswirtschaft sein (z. B. Deutschland) oder ein Teil davon (z. B. ein Land). Die Region außerhalb des jeweiligen Wirtschaftsgebiets wird nicht als Ausland bezeichnet, sondern als „übrige Welt“. Die Staatsangehörigkeit ist im Allgemeinen für die Abgrenzung ohne Bedeutung. Ebenso ist es unerheblich, welche Rechtsform die Wirtschaftseinheiten haben.

Die deutschen VGR bestehen aus der Inlandsproduktsberechnung, der Input-Output-Rechnung, der Vermögensrechnung, der Erwerbstätigenrechnung, der Arbeitsvolumenrechnung und der Finanzierungsrechnung.

Die **Inlandsproduktsberechnung** ist vor allem auf die zahlenmäßige Darstellung von Marktvorgängen ausgerichtet. Berechnet und veröffentlicht werden vierteljährliche und jährliche Angaben zur Entstehung, Verwendung und Verteilung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in jeweiligen Preisen sowie preisbereinigt. Ebenfalls werden Ergebnisse für die Produktionsfaktoren nachgewiesen, z. B. Angaben zu Erwerbstätigen und Erwerbspersonen (**Erwerbstätigenrechnung**) und zum Anlagevermögen bzw. Kapitalstock (**Vermögensrechnung**). Die ermittelten Größen – allen voran das BIP – sind wichtige Daten für die laufende Wirtschaftsbeobachtung sowie für die Beurteilung und Gestaltung der Wirtschaftspolitik.

Die Tabellen der **Input-Output-Rechnung (IOR)** geben einen detaillierten und tief gegliederten Einblick in die Güterströme und Produktionsverflechtungen in der Volkswirtschaft und mit der übrigen Welt. Sie dienen unter anderem als Grundlage für Strukturuntersuchungen der Wirtschaft sowie für Analysen der direkten und indirekten Auswirkungen von Nachfrage-, Preis- und Lohnänderungen auf die Gesamtwirtschaft und die einzelnen Bereiche. Darüber hinaus sind sie eine vielseitig verwendbare Basis für Modell- und Simulationsrechnungen sowie Prognosen. Die Input-Output-Rechnung ist ein integraler Bestandteil der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Statistischen Bundesamtes. Dies bedeutet, dass ihre Eckdaten vollständig mit den Ergebnissen der Inlandsproduktsberechnung abgestimmt sind. Als Darstellungseinheiten werden in den Input-Output-Tabellen nach produktionsrelevanten Merkmalen abgegrenzte „homogene Produktionseinheiten“ verwendet. Sie werden zu Produktionsbereichen zusammengefasst, die jeweils ausschließlich und vollständig die Güter einer Gütergruppe produzieren.

■ Berechnungsmethode

Für die Berechnung der Ergebnisse der VGR werden alle geeigneten laufenden wirtschaftsstatistischen Erhebungen verwendet, die zum jeweiligen Veröffentlichungs- bzw. Revisionszeitpunkt vorliegen. Zusätzlich werden weitere Datenquellen ausgewertet wie administrative Daten (z. B. Finanz- und Steuerstatistiken, Daten

der Bundesagentur für Arbeit), Geschäftsstatistiken und Jahresabschlüsse großer Unternehmen (z. B. Lufthansa, Telekom, Kreditinstitute), Haushaltsbefragungen (Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS), Mikrozensus) sowie Informationen von Verbänden. Hinzu kommen Expertenschätzungen und Fortschreibungen von Zeitreihen.

Das **Bruttoinlandsprodukt** wird durch zwei Ansätze berechnet: den Entstehungs- und den Verwendungsansatz. Zwischen den beiden daraus resultierenden Rechenergebnissen findet anschließend eine Abstimmung statt, die zum Veröffentlichungsergebnis des BIP und seiner Aggregate führt.

Auf der **Entstehungsseite** (Produktionsansatz) wird die wirtschaftliche Leistung aus dem Blickwinkel der Produzenten ermittelt, basierend auf allen zum Zeitpunkt der Berechnung verfügbaren Produktionsstatistiken (z. B. Kostenstrukturerhebung, Monatershebung im Einzelhandel). Ausgehend von den Produktionswerten der Wirtschaftseinheiten wird durch Abzug der Vorleistungen (intermediärer Verbrauch) die Bruttowertschöpfung errechnet, die die wirtschaftliche Leistung der Wirtschaftsbereiche misst und die zentrale Kennzahl der Entstehungsrechnung ist. Aus der Summe der Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche ergibt sich dann das BIP, indem – als Bewertungskorrektur beim Übergang von Herstellungspreisen zu Marktpreisen – die Gütersteuern (wie Tabak-, Mineralöl- oder Mehrwertsteuer) hinzugefügt und die Gütersubventionen abgezogen werden.

Auf der **Verwendungsseite** (Ausgabenansatz) wird die wirtschaftliche Leistung mit Hilfe der Verwendung von inländischen Waren und Dienstleistungen ermittelt: Sie können im Inland konsumiert oder investiert oder ins Ausland exportiert werden. Zu bestimmen sind daher private und staatliche Konsumausgaben, Investitionen und Außenbeitrag (Exporte abzüglich Importe), aus deren Summe sich das BIP des Verwendungsansatzes ergibt. In die verwendungsseitige Rechnung werden insbesondere Daten des Einzelhandels, der Investitionserhebung und der Außenhandelsstatistik mit einbezogen.

Die wirtschaftliche Leistung kann im Wirtschaftskreislauf als dritte Möglichkeit mit Hilfe der **Verteilungsrechnung** ermittelt werden, d. h. anhand der im Produktionsprozess entstandenen Einkommen. In Deutschland ist allerdings bis jetzt eine eigenständige Berechnung über die Verteilungsseite nicht möglich, da keine ausreichenden Basisdaten über die Unternehmens- und Vermögenseinkommen vorliegen.

Die **Preisbereinigung** erfolgt in den deutschen VGR seit der großen Revision 2005 entsprechend internationaler Konventionen und verbindlicher europäischer Rechtsvorschriften auf der Grundlage einer jährlich wechselnden Preisbasis (Vorjahrespreisbasis). Anders als bei der früheren Festpreisbasis wird dabei nicht für die gesamte Zeitreihe ein festes Jahr verwendet, sondern jeweils das Vorjahr als Basisjahr (also z. B. die jahresdurchschnittlichen Preise von 2010 für Ergebnisse von 2011). Dadurch werden bei der Vorjahrespreismethode immer aktuelle Preisrelationen berücksichtigt, was die Berechnung der „realen“ Veränderungsraten genauer macht (insbesondere das Wachstum des BIP). Durch Verkettung („Chain-linking“) werden für jedes Merkmal vergleichbare Zeitreihen gebildet.

■ Struktur der Darstellung

Die Ergebnisse der amtlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden in Form eines geschlossenen **Kontensystems** mit doppelter Verbuchung aller nachgewiesenen Vorgänge ermittelt. Sie werden in einer Reihe von **Tabellen** dargestellt, die das Kontensystem ergänzen. In den Tabellen werden die Kontenpositionen teils tiefer untergliedert, teils nach besonderen Gesichtspunkten zusammengefasst, teils in sonstiger Hinsicht erweitert (z. B. preisbereinigte Angaben, Angaben je Einwohnerin und Einwohner).

Als kleinste **Darstellungseinheit** dienen Institutionen, die entweder selbst bilanzieren oder bei denen es aus rechtlicher und wirtschaftlicher Sicht möglich wäre, eine vollständige Rechnungsführung zu erstellen. Die Zusammenfassung der

Methodik

kleinsten Darstellungseinheiten zu Gruppen richtet sich in erster Linie nach der Art und Kombination der in ihnen vereinigten Tätigkeiten, ihrer Stellung zum Markt und ihren Finanzierungsmöglichkeiten. In den VGR werden die folgenden **Sektoren** unterschieden:

- Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften (z. B. Kapital- und Personengesellschaften wie AGs, GmbHs, OHGs und KGs; rechtlich unselbstständige Eigenbetriebe des Staates und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck wie Krankenhäuser und Pflegeheime),
- Finanzielle Kapitalgesellschaften (z. B. Banken, Versicherungen),
- Staat (Bund, Länder, Gemeinden, Sozialversicherung),
- Private Haushalte (als Konsumenten, aber auch als Produzenten, z. B. selbstständige Landwirtinnen und Landwirte oder Versicherungsvertreterinnen und Versicherungsvertreter, Einzelunternehmerinnen und Einzelunternehmer, Händlerinnen und Händler, Gastwirtinnen und Gastwirte, „Freiberuflerinnen und Freiberufler“),
- Private Organisationen ohne Erwerbszweck (z. B. politische Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Vereine).

Die Gesamtheit der Wirtschaftseinheiten, die ihren ständigen Sitz (Wohnsitz) außerhalb des Wirtschaftsgebietes haben, wird als „übrige Welt“ bezeichnet (siehe auch Abschnitt „Zweck und Abgrenzung der VGR“).

■ Aktualität und Genauigkeit

Das **Jahresergebnis** des Bruttoinlandsprodukts und seiner wichtigsten Komponenten wird in Deutschland bereits sehr früh veröffentlicht, nämlich ca. 15 Tage nach Ende der Berichtsperiode, also Mitte Januar, in einer Pressekonferenz. Alle Veröffentlichungstermine der deutschen VGR werden etwa ein Jahr im Voraus festgelegt und publiziert.

Die aktuellen Ergebnisse der VGR werden zu jedem dieser Veröffentlichungstermine überprüft und gegebenenfalls überarbeitet. Diese **Revisionen** finden in der laufenden Rechnung kontinuierlich statt, um aktuelle Informationen in das Zahlenwerk einzubeziehen, die von den bisherigen Datengrundlagen signifikant abweichen. Jeweils im August geschieht dies für die zurückliegenden vier Jahre. Darüber hinaus findet alle fünf bis zehn Jahre eine sogenannte umfassende Revision statt, bei der neue Methoden, neue Basisstatistiken etc. in die VGR eingearbeitet werden. Bei diesen sogenannten großen Revisionen werden die gesamten Zeitreihen – aktuell bis 1991 zurück – überarbeitet und bei Bedarf revidiert.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken finden Sie in unseren „Qualitätsberichten“ (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

Glossar

Abschreibungen | Wertminderung des Anlagevermögens während einer Periode durch normalen Verschleiß und wirtschaftliches Veralten. Das Risiko für Verluste durch versicherbare Schadensfälle ist dabei mit eingeschlossen. Abschreibungen werden sowohl auf Sachanlagen als auch auf immaterielles Anlagevermögen berechnet, wie Suchbohrungen oder Computerprogramme, jedoch nicht auf Tiere. Abschreibungen auf Grundstücksübertragungskosten für unbebauten Grund und Boden sind in den Abschreibungen auf Bauten enthalten. Abschreibungen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind zu Wiederbeschaffungspreisen (jeweiligen Preisen) bewertet. Sie ermöglichen den Übergang vom Brutto- zum Nettokonzep bei Wertschöpfung, Inlandsprodukt und Betriebsüberschuss.

Anlagevermögen | Alle produzierten Vermögensgüter, die länger als ein Jahr wiederholt oder dauerhaft in der Produktion eingesetzt werden. Einbezogen sind materielle und immaterielle Güter: Ausrüstungen, Wohnbauten, Nichtwohnbauten und Sonstige Anlagen. Die Berechnung erfolgt mit Hilfe einer Kumulationsmethode, ausgehend von den Bruttoanlageinvestitionen und Angaben über die durchschnittliche Nutzungsdauer der einzelnen Anlagegruppen. Bei der Anwendung des Bruttokonzep (Bruttoanlagevermögen) werden die Anlagen mit ihrem Neuwert – ohne Berücksichtigung der Wertminderung – dargestellt, während beim Nettokonzep (Nettoanlagevermögen) die seit dem Investitionszeitpunkt aufgelaufenen Abschreibungen abgezogen sind.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer | Personen, die in einem Arbeits- oder Dienstverhältnis stehen und eine Vergütung erhalten (Arbeiterinnen und Arbeiter, Angestellte, Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter, Soldatinnen und Soldaten, Sozialdienstleistende, Auszubildende, Praktikantinnen und Praktikanten oder Volontärinnen und Volontäre). Auch Heimarbeiterinnen und Heimarbeiter sowie geringfügig Beschäftigte zählen dazu.

Arbeitnehmerentgelt | Von Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern geleistete Bruttolöhne und -gehälter einschließlich Sozialbeiträgen der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber. Dazu gehören neben den tatsächlichen Arbeitgeberbeiträgen zur Sozialversicherung und an private Sozialschutzsysteme auch unterstellte Sozialbeiträge, die den Gegenwert der sozialen Leistungen darstellen, die direkt von den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern an gegenwärtig oder früher beschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gezahlt werden.

Arbeitseinkommensquote | Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerin bzw. Arbeitnehmer in Prozent des Volkseinkommens je erwerbstätige Person.

Arbeitsproduktivität | In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen definiert als preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt (der Gesamtwirtschaft) bzw. preisbereinigte Bruttowertschöpfung (eines Wirtschaftsbereichs) je erwerbstätige Person oder je geleistete Erwerbstätigenstunde. Diese Definition für Arbeitsproduktivität kann jedoch nur als grobes Orientierungsmittel dienen, da bei dieser Berechnung der gesamte „reale“ Ertrag der wirtschaftlichen Tätigkeit ausschließlich auf den Produktionsfaktor Arbeit bezogen wird – ohne Berücksichtigung des Kapitals und der unternehmerischen Leistung.

Außenbeitrag | Saldo zwischen Exporten und Importen von Waren und Dienstleistungen. Er wird auch als Exportüberschuss bezeichnet, da Deutschland traditionell mehr exportiert als importiert, der Saldo folglich in der Regel positiv ist.

Betriebsüberschuss | Selbstständigeneinkommen, das sich nach Abzug des Arbeitnehmerentgelts von der Nettowertschöpfung ergibt. Dabei ist ein kalkulatorischer Unternehmerlohn sowie das Entgelt für das eingesetzte eigene und fremde Sach- und Geldkapital der jeweiligen Wirtschaftseinheit eingeschlossen.

Bruttoanlageinvestitionen | Käufe neuer Anlagen (einschließlich aller eingeführten und selbst erstellten Anlagen) sowie Käufe abzüglich Verkäufe von gebrauchten Anlagen und Land, wobei sich letztere in der Volkswirtschaft weitgehend saldieren. Als Anlagen werden in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen alle reproduzierbaren Produktionsmittel angesehen, deren Nutzungsdauer mehr als ein Jahr beträgt. Ausgenommen sind zum einen nur militärisch nutzbare Anlagen

und Güter, die in die Konsumausgaben des Staates eingehen, zum anderen geringwertige Güter, vor allem solche, die periodisch wiederbeschafft werden (z. B. kleinere Werkzeuge, Reifen, Büromittel). Größere Reparaturen, die zu einer wesentlichen Steigerung des Wertes einer Anlage führen, sind dagegen Bestandteile der Bruttoanlageinvestitionen. Die Bruttoanlageinvestitionen werden untergliedert in Ausrüstungen (Maschinen, Geräte, Fahrzeuge), Bauten (Wohnbauten, Nichtwohnbauten) und sonstige Anlagen (größtenteils bestehend aus Computersoftware und Urheberrechten).

Bruttoinlandsprodukt | Wert der im Inland erwirtschafteten Leistung einer Volkswirtschaft in einer Periode. Die Veränderungsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts (BIP) dient als Messgröße für das Wirtschaftswachstum und ist damit die wichtigste Größe der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Bei der Berechnung und Darstellung des Bruttoinlandsprodukts wird zwischen der Entstehungs-, Verwendungs- und Verteilungsrechnung unterschieden.

Bruttolöhne und -gehälter | Alle Löhne und Gehälter, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus ihrem Arbeits- oder Dienstverhältnis zufließen. Dazu gehören auch die Lohnsteuer und Sozialbeiträge der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber nicht die Sozialbeiträge der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber.

Bruttonationaleinkommen | Bruttoinlandsprodukt abzüglich der Primäreinkommen, die an die übrige Welt geflossen sind, und zuzüglich der Primäreinkommen, die von inländischen Wirtschaftseinheiten aus der übrigen Welt bezogen worden sind. Zu den Primäreinkommen zählen neben den Arbeitseinkommen von Pendlerinnen und Pendlern vor allem Zinsen und andere grenzüberschreitende Vermögenseinkommen sowie Produktions- und Importabgaben abzüglich Subventionen an die bzw. von der EU. Es handelt sich in erster Linie um einen Einkommensindikator.

Bruttowertschöpfung | Produktionswert abzüglich Vorleistungen für einzelne Wirtschaftsbereiche; umfasst also nur den im Produktionsprozess geschaffenen Mehrwert, da die von anderen Wirtschaftseinheiten produzierten Vorprodukte abgezogen werden. Die Bruttowertschöpfung ist bewertet zu Herstellungspreisen, d. h. ohne die auf die Güter zu zahlenden Steuern (Gütersteuern), aber einschließlich der empfangenen Gütersubventionen. Beim Übergang von der Bruttowertschöpfung (zu Herstellungspreisen) zum Bruttoinlandsprodukt (zu Marktpreisen) sind zum Ausgleich der Bewertungsdifferenzen zwischen Entstehungs- und Verwendungsseite die Nettogütersteuern (also der Saldo zwischen Gütersteuern und Gütersubventionen) global hinzuzufügen.

Defizitquote | Negativer Finanzierungssaldo des Staates in Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts (positiver Saldo: Überschussquote). Laut Maastricht-Vertrag darf die Defizitquote den Grenzwert von 3 % nicht überschreiten.

Entstehungsseite/-rechnung | Teilgebiet der Inlandsproduktberechnung, in dem die wirtschaftliche Leistung von der Produktionsseite her berechnet und dargestellt wird. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ergibt sich dabei als Summe der Bruttowertschöpfung der einzelnen Wirtschaftsbereiche zuzüglich der Gütersteuern und abzüglich der Gütersubventionen.

Erwerbslose | Alle Personen, die nicht erwerbstätig sind, aber für die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit zur Verfügung stehen und aktiv nach einer Arbeit suchen (Definition der Internationalen Arbeitsorganisation, ILO).

Erwerbslosenquote | Erwerbslose in Prozent der Erwerbspersonen.

Erwerbspersonen | Erwerbslose und Erwerbstätige nach dem Inländerkonzept.

Erwerbsquote | Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung.

Erwerbstätige | Alle Personen, die als Arbeitnehmerinnen bzw. Arbeitnehmer oder als Selbstständige bzw. mithelfende Familienangehörige eine auf wirtschaftlichen Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben, unabhängig vom Umfang dieser Tätigkeit.

Exporte | Alle Verkäufe von Waren und Dienstleistungen an Wirtschaftseinheiten, die ihren ständigen Sitz (Wohnsitz) außerhalb Deutschlands haben. In der Güterbilanz ohne die Konsumausgaben der Gebietsfremden im Inland.

Finanzierungssaldo des Staates | Einnahmen abzüglich Ausgaben des Staates. Sind die Ausgaben in einer Periode höher als die Einnahmen, so ist der Finanzierungssaldo negativ und man spricht von einem Staatsdefizit. Bei einem positiven Finanzierungssaldo spricht man dagegen von einem Staatsüberschuss.

FISIM | Abkürzung des englischen Begriffs „Financial Intermediation Services, Indirectly Measured“, ins Deutsche übersetzt „Finanzserviceleistungen, indirekte Messung“. Dies umfasst die modellhaft ermittelten indirekten Entgelte der Banken aus dem Kredit- und Einlagengeschäft, die diese neben den direkt erzielten Umsätzen in Form von z. B. Kontoführungs- und Safegebühren erzielen.

Güterbilanz | In der Input-Output-Tabelle nachgewiesene Güterströme, gegliedert nach zusammengefassten Gütergruppen. Die Güterbilanz zeigt das Aufkommen von Waren und Dienstleistungen aus inländischer Produktion und aus Importen sowie die Verwendung der Waren und Dienstleistungen nach Verwendungskategorien. Für jede Gütergruppe entspricht das gesamte Güteraufkommen der gesamten Güterverwendung.

Gütersteuern | Alle Steuern und ähnlichen Abgaben, die mengen- oder wertabhängig pro Einheit einer produzierten oder gehandelten Ware oder Dienstleistung zu entrichten sind. Dazu zählen Mehrwertsteuer, Importabgaben (Zölle und Importsteuern), sonstige Gütersteuern (z. B. Verbrauchsteuern, Vergnügungssteuern, Versicherungsteuer).

Gütersubventionen | Alle Subventionen, die mengen- oder wertabhängig pro Einheit einer produzierten oder eingeführten Ware oder Dienstleistung geleistet werden. Dazu gehören Importsubventionen und sonstige Gütersubventionen.

Herstellungspreis | Betrag, den der Produzent je Einheit der von ihm produzierten Waren und Dienstleistungen von der Käuferin bzw. dem Käufer erhält – ohne die zu zahlenden Gütersteuern (z. B. Mineralölsteuer) und zuzüglich der empfangenen Gütersubventionen. Handelsspannen werden als Dienstleistungen des Handels nachgewiesen.

Importe | Alle Käufe von Waren und Dienstleistungen bei Wirtschaftseinheiten, die ihren ständigen Sitz (Wohnsitz) außerhalb Deutschlands haben. In der Güterbilanz ohne die Konsumausgaben der Inländerinnen und Inländer in der übrigen Welt. Die eingeführten Waren werden in der Güterbilanz zudem zum Grenzwert (cif – cost, insurance, freight) dargestellt.

Intermediäre Verwendung | Verbrauch von Vorleistungen.

Kapitalintensität | Verhältnis zwischen den Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit, berechnet als Bruttoanlagevermögen (preisbereinigt, Kettenindex 2005 = 100) je erwerbstätige Person (umgerechnet auf Messzahl 2005 = 100).

Kapitalproduktivität | Verhältnis von preisbereinigtem, verketteten BIP (für die gesamte Volkswirtschaft) bzw. Bruttowertschöpfung (für einzelne Wirtschaftsbereiche) zu preisbereinigtem, verketteten Anlagevermögen (Kapitalstock).

Kettenindex | Zeitliche Verknüpfung (Multiplikation) von Teilindizes, die sich jeweils auf das Vorjahr beziehen und somit ein jährlich wechselndes Wägungsschema haben. Zur Darstellung wird der Kettenindex auf ein bestimmtes Referenzjahr bezogen (zurzeit 2005 = 100), was aber nicht zu verwechseln ist mit dem Preisbasisjahr bei der früheren Festpreisrechnung.

Konsumausgaben der privaten Haushalte | Waren- und Dienstleistungskäufe der inländischen privaten Haushalte für Konsumzwecke. Neben den tatsächlichen Käufen, zu denen u. a. Entgelte für häusliche Dienste gehören, sind auch bestimmte

unterstellte Käufe einbegriffen, z. B. der Eigenkonsum der Unternehmerinnen und Unternehmer, der Wert der Nutzung von Eigentümerwohnungen sowie Naturalentgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Konsum auf Geschäftskosten wird nicht zu den Konsumausgaben der privaten Haushalte gerechnet, sondern zu den Vorleistungen.

Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck | Eigenverbrauch der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, d. h. Wert der von diesen Organisationen produzierten Güter abzüglich selbsterstellter Anlagen und Verkäufe, sowie Ausgaben für Güter, die als soziale Sachtransfers den privaten Haushalten für ihren Konsum zur Verfügung gestellt werden.

Konsumausgaben des Staates | Wert der Güter, die vom Staat selbst produziert werden, jedoch ohne selbsterstellte Anlagen und Verkäufe, sowie Ausgaben für Güter, die als soziale Sachtransfers den privaten Haushalten für ihren Konsum zur Verfügung gestellt werden.

Konsumausgaben im Inland | In der Güterbilanz nachgewiesene Konsumausgaben, bei denen – anders als in der Inlandsproduktsberechnung – auch die Konsumausgaben der Gebietsfremden im Inland einbezogen und die Konsumausgaben der Inländerinnen und Inländer in der übrigen Welt ausgeschlossen werden.

Laufende Transfers | Einkommen- und Vermögensteuer, Sozialbeiträge und Sozialleistungen sowie sonstige laufende Transfers.

Lohnquote (bereinigt) | Arbeitseinkommensquote (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerin bzw. Arbeitnehmer in Prozent des Volkseinkommens je erwerbstätige Person) multipliziert mit der Arbeitnehmerquote (Anteil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen) in einem festen Basisjahr.

Lohnquote (unbereinigt) | Arbeitnehmerentgelt in Prozent des Volkseinkommens.

Lohnstückkosten | Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerin und Arbeitnehmer bzw. je Arbeitnehmerstunde im Verhältnis zur Arbeitsproduktivität je erwerbstätige Person (Personenkonzept) bzw. je Erwerbstätigenstunde (Stundenkonzept).

Nettogütersteuern | Gütersteuern abzüglich Gütersubventionen.

Nettoinlandsprodukt | Bruttoinlandsprodukt abzüglich Abschreibungen.

Nettonationaleinkommen | Zu Marktpreisen: Bruttonationaleinkommen abzüglich Abschreibungen. Zu Faktorkosten: Abzüglich des Saldos aus Produktions- und Importabgaben minus Subventionen; wird als Volkseinkommen bezeichnet.

Nettowertschöpfung | Bruttowertschöpfung abzüglich Abschreibungen.

Nettozugang an Wertsachen | Käufe abzüglich Verkäufe von Goldbarren und nichtumlauffähigen Goldmünzen sowie Schmuck, Edelsteine, Kunstgegenstände und Antiquitäten zum Zweck der Werterhaltung. Wird nur zusammengefasst mit den Vorratsveränderungen veröffentlicht.

Nichterwerbspersonen | Bevölkerungsgruppe, die weder als Erwerbstätige noch als arbeitssuchende Erwerbslose aktiv am Erwerbsleben beteiligt ist und damit nicht zu den Erwerbspersonen zählt.

Pendlersaldo | Übergangsposition vom Inländerkonzept (Wohnortprinzip) zum Inlandskonzept (Arbeitsortprinzip), bei der zu den Erwerbstätigen bzw. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Einpendlerinnen und Einpendler hinzugezählt und die Auspendlerinnen und Auspendler abgezogen werden.

Private Konsumausgaben | Summe aus Konsumausgaben der privaten Haushalte und Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Produktions- und Importabgaben | Indirekte Steuern, die sich aus den Gütersteuern (z. B. Mehrwertsteuer, Importabgaben, Verbrauchsteuern) und sonstigen Produktionsabgaben (z. B. Grundsteuer) zusammensetzen.

Produktionswert | Wert der von inländischen Wirtschaftseinheiten getätigten Verkäufe von Gütern (Waren und Dienstleistungen) aus eigener Produktion an andere (in- und ausländische) Wirtschaftseinheiten, ohne Gütersteuern, aber zuzüglich der produzierten und noch nicht verkauften Waren sowie bei Unternehmen auch zuzüglich der selbst erstellten Anlagen. Der Produktionswert der sogenannten „Nichtmarktproduzenten“ aus den Sektoren Staat und Private Organisationen ohne Erwerbszweck, deren Leistungen der Allgemeinheit überwiegend ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellt werden, werden stattdessen durch Addition der Aufwandsposten (z. B. Arbeitnehmerentgelt, Vorleistungen, Abschreibungen) dieser Institutionen ermittelt.

Sachanlagen | Materielle Anlagegüter (im Gegensatz zu den immateriellen Anlagegütern). Dazu zählen Wohnbauten, Nichtwohnbauten, Ausrüstungen und Nutztiere und Nutzpflanzungen.

Sektoren in den VGR | Gesamte Volkswirtschaft, nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, finanzielle Kapitalgesellschaften, Staat, private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck, übrige Welt.

Sonstige Anlagen | Nutztiere und Nutzpflanzungen, immaterielle Anlagegüter (Computersoftware, Urheberrechte, Ausgaben für Suchbohrungen) sowie Grundstücksübertragungskosten für unbebauten Grund und Boden.

Sparquote | Sparen, d. h. nichtkonsumierter Teil des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte nach dem Ausgabenkonzept zuzüglich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche, in Prozent des gesamten verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte (zuzüglich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche).

Staat | Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherung.

Staatsquote | Verhältnis von Staatsausgaben zum Bruttoinlandsprodukt.

Subventionen | Laufende Zahlungen ohne Gegenleistung, die der Staat oder Institutionen der Europäischen Union an gebietsansässige Produzenten leisten, um den Umfang der Produktion dieser Einheiten, ihre Verkaufspreise oder die Entlohnung der Produktionsfaktoren zu beeinflussen.

Übrige Welt | Gesamtheit der Wirtschaftseinheiten, die ihren ständigen Sitz (Wohnsitz) außerhalb des Wirtschaftsgebietes haben.

Unternehmens- und Vermögenseinkommen | Summe aus Unternehmensgewinnen – inklusive eines kalkulatorischen Unternehmerlohns – und den per Saldo von privaten Haushalten empfangenen und vom Staat geleisteten Vermögenseinkommen. Ergibt zusammen mit dem Arbeitnehmerentgelt das Volkseinkommen.

Verfügbares Einkommen der Gesamtwirtschaft | Volkseinkommen erhöht um die Produktions- und Importabgaben abzüglich Subventionen sowie um die empfangenen laufenden Transfers aus der übrigen Welt und abzüglich der geleisteten laufenden Transfers an die übrige Welt.

Verteilungsseite/-rechnung | Teilgebiet der Inlandsproduktsberechnung, in dem die wirtschaftliche Leistung anhand der im Wirtschaftsprozess entstandenen Einkommen berechnet und dargestellt wird. Allerdings ist in Deutschland bisher keine eigenständige, komplette Berechnung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) auf diesem Wege möglich, weil über den Betriebsüberschuss bzw. die Unternehmens- und Vermögenseinkommen nur lückenhafte statistische Basisdaten vorliegen, sodass diese Größen als Saldengrößen aus dem gesamtwirtschaftlichen Kreislauf abgeleitet werden.

Verwendungsseite/-rechnung | Teilgebiet der Inlandsproduktsberechnung, in dem die wirtschaftliche Leistung von der Ausgabenseite her berechnet und dargestellt wird. Sie zeigt, wie die Güter aus der Inlandsproduktion und den Importen verwendet werden, wobei der Vorleistungsverbrauch bereits abgezogen ist. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wird dabei ermittelt aus den privaten Konsumausgaben, den Konsumausgaben des Staates, den Bruttoanlageinvestitionen, den Vorratsveränderungen und dem Nettozugang an Wertsachen sowie dem Außenbeitrag.

Volkseinkommen (Nettonationaleinkommen zu Faktorkosten) | Summe aller Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Inländerinnen und Inländern letztlich zugeflossen sind. Es setzt sich zusammen aus dem von Inländerinnen und Inländern empfangenen Arbeitnehmerentgelt und den Unternehmens- und Vermögenseinkommen. Das Volkseinkommen ist eine häufig genutzte Größe der Verteilungsrechnung.

Vorleistungen | Wert der Güter (Waren und Dienstleistungen), die inländische Wirtschaftseinheiten von anderen (in- und ausländischen) Wirtschaftseinheiten bezogen und im Berichtszeitraum im Zuge der Produktion verbraucht, verarbeitet oder umgewandelt haben. Die Vorleistungen umfassen neben Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen, Brenn- und Treibstoffen auch Bau- und sonstige Leistungen für laufende Reparaturen, Transportkosten, Post- und Telekommunikationsgebühren, Anwaltskosten, gewerbliche Mieten, Benutzungsgebühren für öffentliche Einrichtungen usw. Die Vorleistungen schließen nicht die eingesetzte Handelsware ein.

Vorratsveränderungen | Differenz zwischen Anfangs- und Endbeständen von Vorräten, die von Buchwerten auf eine konstante Preisbasis umgerechnet und anschließend mit jahresdurchschnittlichen Preisen bewertet werden. Die so ermittelte Vorratsveränderung ist frei von Scheingewinnen und -verlusten, die durch reine Preisverschiebungen der Buchwerte während der Lagerzeit entstehen. Zusammengefasst mit den Vorratsveränderungen wird der Nettozugang an Wertsachen veröffentlicht.

Wachstumsbeitrag | Rechnerischer Beitrag eines Aggregats zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Der Wachstumsbeitrag eines Aggregats wird dabei ermittelt, indem von der tatsächlichen Wachstumsrate des BIP eine hypothetische abgezogen wird, die sich ergäbe, wenn das Aggregat gegenüber der Vorperiode unverändert bliebe (sogenannter komparativer Ansatz).

Wirtschaftswachstum | Veränderungsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Standardveröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen kostenfrei downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 190 amtlichen Statistiken. Daten zu den *Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen* finden Sie unter dem Menüpunkt > Themen, Code 81

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Inlandsproduktsberechnung

Fachserie 18 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Reihe 1.1	Inlandsproduktsberechnung – Erste Jahresergebnisse
Reihe 1.2	Vierteljahresergebnisse
Reihe 1.3	Inlandsproduktsberechnung – Saisonbereinigte Vierteljahresergebnisse nach Census X-12-ARIMA und BV4.1
Reihe 1.4	Inlandsproduktsberechnung – Detaillierte Jahresergebnisse
Reihe 1.5	Inlandsproduktsberechnung – Lange Reihen ab 1970
Reihe S.27	Revidierte Vierteljahresergebnisse 1970 bis 1991
Reihe S.28	Revidierte saisonbereinigte Vierteljahresergebnisse nach Census X-12-ARIMA und BV4.1 1970 bis 1991
Reihe S.29	Revidierte Jahresergebnisse 1970 bis 1991

Wirtschaft und Statistik

Heft 9/11	Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2011 für den Zeitraum 1991 bis 2010
Heft 10/11	Re-Integration als Maßnahme zur Qualitätssicherung der Ergebnisse des Staatssektors in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen
Heft 10/11	Revision der Bauinvestitionen 1991 bis 2010
Heft 1/12	Bruttoinlandsprodukt 2011

■ Güterbilanz

Fachserie 18 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Reihe 2	Input-Output-Rechnung
---------	-----------------------

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter +49 (0)6 11 / 75 26 26

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.



13 Arbeitsmarkt

Zahl der Erwerbstätigen erreicht mit über **41 Millionen** im Jahresdurchschnitt 2011 **Höchststand** | Anteil der Beschäftigten in **Normalarbeitsverhältnissen** in letzten zwanzig Jahren von 79 % auf **67 %** gesunken | **Atypische Beschäftigungsformen** stiegen im gleichen Zeitraum von 13 % auf **22 %** | **Selbstständigenquote** liegt bei **11 %** | **Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst** in letzten 20 Jahren **deutlich** von rund 6,7 auf 4,6 Millionen **gesunken**

Seite

345 **Auf einen Blick**

Tabellen

346 **Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung**
Entwicklung im Zeitverlauf | Nach Ländern | Überwiegender Lebensunterhalt

349 **Erwerbstätige und Erwerbslose**
Nach Wirtschaftsabschnitten | Nach Ländern | Nach Alter | Geleistete Arbeitsstunden | Nach Erwerbsform |
Atypisch Beschäftigte | Freiberuflerinnen und Freiberufler | Erwerbstätigenquote | Erwerbslosenquote

357 **Personal des öffentlichen Dienstes**
Nach Arbeitgebern | Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigte | Nach Besoldungs- und Entgeltgruppen |
Nach Aufgabenbereichen

359 **Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte**
Nach Ländern | Nach Wirtschaftszweigen | Nach ausgewählten Personengruppen | Vollzeit- und
Teilzeitbeschäftigte | Nach Berufsgruppen und Berufsordnungen

362 **Arbeitslose**
Nach Ländern | Arbeitslosenquote | Nach Alter | Gemeldete Stellen | Langzeitarbeitslose

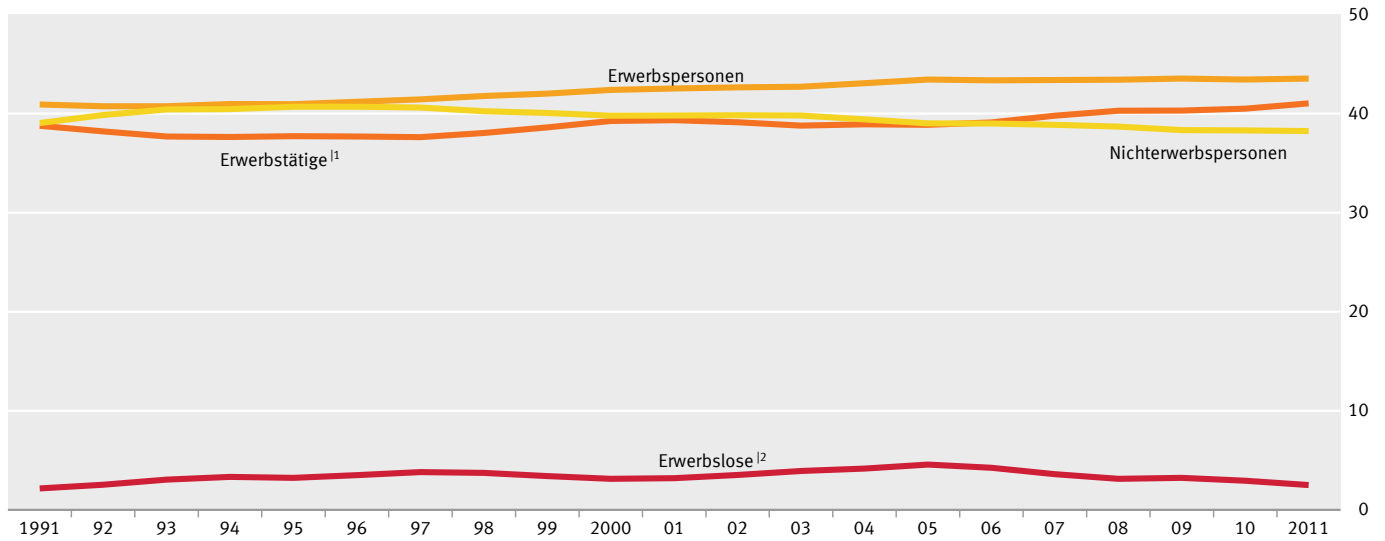
364 **Methodik**

368 **Glossar**

370 **Mehr zum Thema**

Erwerbsbeteiligung

in Mill.



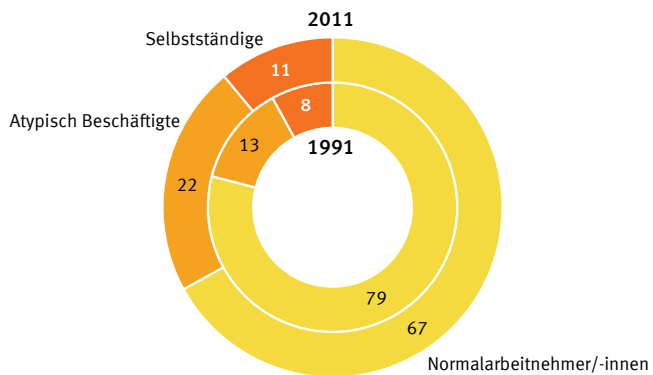
Ergebnisse der Erwerbstätigenrechnung. – Jahresdurchschnitte.

- 1 Erwerbstätige mit Wohnort in Deutschland (Inländerkonzept).
- 2 Ergebnisse der Arbeitskräfteerhebung.

2012 - 01 - 0495

Erwerbstätige nach Erwerbsform

in %

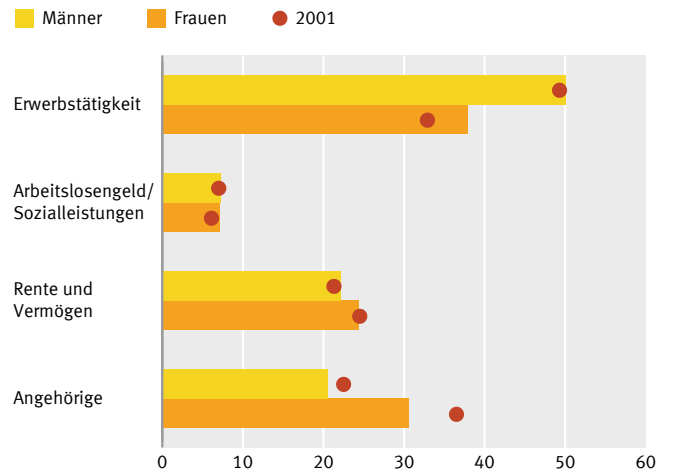


Ergebnisse des Mikrozensus. – Ohne mithelfende Familienangehörige.

2012 - 01 - 0504

Bevölkerung nach überwiegender Lebensunterhalt 2011

in %



Ergebnisse des Mikrozensus.

2012 - 01 - 0496

13.1 Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung

13.1.1 Entwicklung der Erwerbsbeteiligung

	Bevölkerung ¹	Erwerbs- personen ^{2 3}	Davon			
			Erwerbslose ³	Erwerbstätige ²		
				zusammen	davon	
				Arbeitnehmer/ -innen ²	Selbstständige ^{2 4}	
	1 000			%		
Früheres Bundesgebiet						
1970	60 651	26 798	103	26 695	83,7	16,3
1971	61 302	26 943	132	26 811	84,7	15,3
1972	61 672	27 131	177	26 954	85,3	14,7
1973	61 976	27 479	208	27 271	85,8	14,2
1974	62 054	27 358	346	27 012	86,2	13,8
1975	61 829	26 947	613	26 334	86,3	13,7
1976	61 531	26 861	634	26 227	86,9	13,1
1977	61 400	26 884	600	26 284	87,5	12,5
1978	61 327	27 109	566	26 543	87,8	12,2
1979	61 359	27 533	484	27 049	88,3	11,7
1980	61 566	27 978	483	27 495	88,5	11,5
1981	61 682	28 329	798	27 531	88,7	11,3
1982	61 638	28 634	1 302	27 332	88,7	11,3
1983	61 423	28 934	1 850	27 084	88,7	11,3
1984	61 175	29 251	1 930	27 321	88,8	11,2
1985	61 024	29 683	1 976	27 707	89,0	11,0
1986	61 066	30 044	1 807	28 237	89,1	10,9
1987	61 077	30 391	1 759	28 632	89,3	10,7
1988	61 450	30 795	1 760	29 035	89,5	10,5
1989	62 063	31 170	1 595	29 575	89,6	10,4
1990	63 254	31 829	1 423	30 406	89,8	10,2
1991	64 074	32 279	1 266	31 013	89,9	10,1
Deutschland						
1991	79 984	40 932	2 159	38 773	90,8	9,2
1992	80 594	40 740	2 534	38 206	90,5	9,5
1993	81 179	40 752	3 057	37 695	90,3	9,7
1994	81 422	40 972	3 323	37 649	90,0	10,0
1995	81 661	40 957	3 228	37 729	89,9	10,1
1996	81 896	41 198	3 505	37 693	89,7	10,3
1997	82 052	41 438	3 808	37 630	89,6	10,4
1998	82 029	41 788	3 732	38 056	89,6	10,4
1999	82 087	42 020	3 403	38 617	89,7	10,3
2000	82 188	42 394	3 137	39 257	89,8	10,2
2001	82 340	42 536	3 193	39 343	89,8	10,2
2002	82 482	42 648	3 523	39 125	89,6	10,4
2003	82 520	42 711	3 918	38 793	89,4	10,6
2004	82 501	43 075	4 160	38 915	89,1	10,9
2005	82 464	43 441	4 571	38 870	88,6	11,4
2006	82 366	43 361	4 245	39 116	88,6	11,4
2007	82 263	43 392	3 601	39 791	88,7	11,3
2008	82 120	43 426	3 136	40 290	88,9	11,1
2009	81 875	43 539	3 228	40 311	88,9	11,1
2010	81 757	43 452	2 946	40 506	88,9	11,1
2011	81 780	43 538	2 501	41 037	88,9	11,1

Zu den **Erwerbspersonen** zählen die Erwerbslosen und Erwerbstätigen mit Wohnsitz in Deutschland (Inländerkonzept).

Zu den **Erwerbstätigen** zählen alle Personen, die als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Arbeiterinnen und Arbeiter, Angestellte, Beamtinnen und Beamte, geringfügig Beschäftigte, Soldatinnen und Soldaten) oder als Selbstständige bzw. mithelfende Familienangehörige eine auf wirtschaftlichen Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben.

Zu den **Erwerbslosen** zählen Personen, die nicht erwerbstätig sind, für die Aufnahme einer Beschäftigung zur Verfügung stehen und aktiv danach suchen.

1 Ergebnisse der Bevölkerungsstatistik, Jahresdurchschnitte. Ergebnisse für 2011 vorläufig.

2 Ergebnisse der Erwerbstätigenrechnung nach dem Inländerkonzept (Wohnort in Deutschland) in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR); Stand: Mai 2012. Ab 2008 vorläufiges Ergebnis.

3 Abgrenzung der Erwerbslosen gemäß Definition der ILO. – Angaben vor 1991 basieren auf einer Schätzung unter Einbezug verschiedener Quellen. Zwischen 1991 und 2004 geschätzte Jahresdurchschnittswerte auf Basis des Mikrozensus. Ab 2005 Jahresdurchschnittswerte aus dem unterjährig erhobenen Mikrozensus. Personen in Privathaushalten im Alter von 15 bis 74 Jahren.

4 Einschl. mithelfender Familienangehöriger.

13 Arbeitsmarkt

13.1 Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung

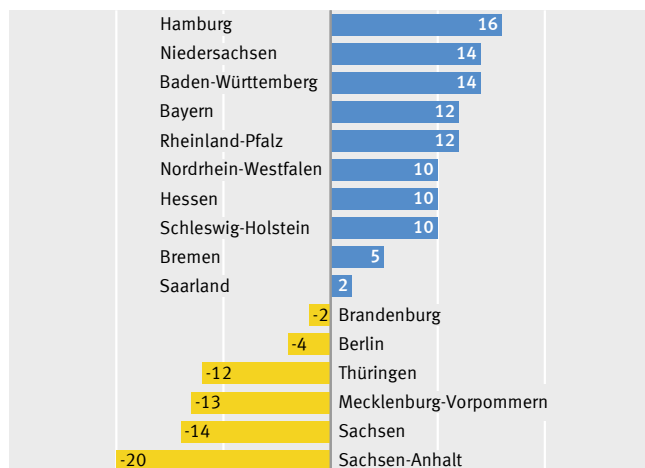
13.1.2 Erwerbsbeteiligung nach Ländern 2011

	Bevölkerung insgesamt	Erwerbspersonen	Davon		Nichtenerwerbspersonen
			Erwerbstätige	Erwerbslose	
	1 000				
Deutschland	81 754	42 372	39 869	2 504	39 381
Baden-Württemberg	10 765	5 712	5 507	205	5 053
Bayern	12 557	6 739	6 516	223	5 818
Berlin	3 475	1 837	1 618	218	1 638
Brandenburg	2 499	1 360	1 240	120	1 139
Bremen	660	328	302	26	332
Hamburg	1 792	957	905	52	835
Hessen	6 073	3 160	3 011	149	2 913
Mecklenburg-Vorpommern ..	1 637	872	784	88	765
Niedersachsen	7 917	4 001	3 778	223	3 916
Nordrhein-Westfalen	17 837	8 831	8 268	563	9 006
Rheinland-Pfalz	3 999	2 043	1 945	98	1 956
Saarland	1 017	486	457	29	531
Sachsen	4 139	2 163	1 959	203	1 976
Sachsen-Anhalt	2 324	1 234	1 106	128	1 090
Schleswig-Holstein	2 836	1 445	1 360	85	1 391
Thüringen	2 227	1 205	1 113	92	1 022

Ergebnisse des Mikrozensus.

Erwerbstätige nach Ländern 2011

Veränderung gegenüber 1991, in %



Ergebnisse des Mikrozensus.

2012 - 01 - 0497

13 Arbeitsmarkt
 13.1 Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung
 13.1.3 Erwerbsbeteiligung und überwiegender Lebensunterhalt 2011

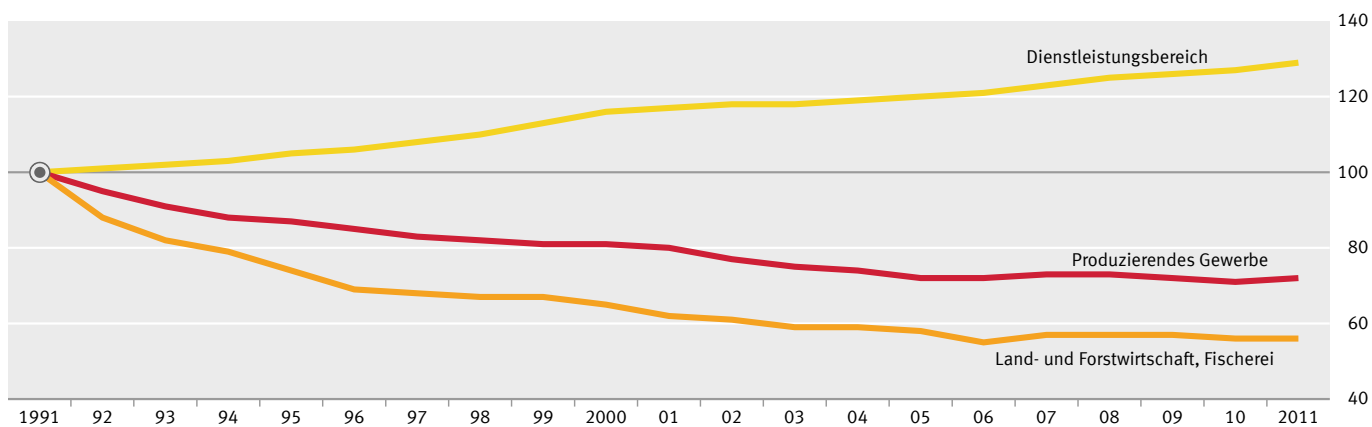
Weitere Informationen zu Arbeitslosengeld und sonstigen Sozialleistungen siehe Kapitel „Soziales“

	Insgesamt		Davon mit überwiegendem Lebensunterhalt durch							
			Erwerbs-/Berufstätigkeit		Arbeitslosengeld I, II und sonstige Sozialleistungen ¹		Rente und Vermögen		Angehörige	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Bevölkerung	81 754	100,0	35 910	43,9	5 874	7,2	19 028	23,3	20 942	25,6
Männer	40 106	100,0	20 112	50,1	2 913	7,3	8 872	22,1	8 209	20,5
Frauen	41 648	100,0	15 798	37,9	2 961	7,1	10 156	24,4	12 733	30,6
Erwerbspersonen	42 372	100,0	35 718	84,3	2 977	7,0	1 000	2,4	2 678	6,3
Männer	22 907	100,0	20 071	87,6	1 605	7,0	546	2,4	685	3,0
Frauen	19 465	100,0	15 647	80,4	1 372	7,0	454	2,3	1 992	10,2
davon:										
Erwerbstätige	39 869	100,0	35 698	89,5	1 109	2,8	914	2,3	2 148	5,4
Männer	21 499	100,0	20 061	93,3	472	2,2	501	2,3	464	2,2
Frauen	18 370	100,0	15 638	85,1	636	3,5	413	2,2	1 684	9,2
Erwerbslose	2 504	100,0	-	-	1 868	74,6	86	3,5	529	21,1
Männer	1 409	100,0	-	-	1 132	80,4	45	3,2	221	15,7
Frauen	1 095	100,0	-	-	736	67,2	42	3,8	308	28,2
nachrichtlich:										
Neue Länder einschl. Berlin ...	8 671	100,0	7 239	83,5	1 048	12,1	188	2,2	196	2,3
Männer	4 629	100,0	3 894	84,1	558	12,0	99	2,1	79	1,7
Frauen	4 041	100,0	3 345	82,8	490	12,1	89	2,2	117	2,9
Nichterwerbspersonen	39 381	100,0	-	-	2 897	7,4	18 028	45,8	18 264	46,4
Männer	17 199	100,0	-	-	1 308	7,6	8 326	48,4	7 523	43,7
Frauen	22 183	100,0	-	-	1 589	7,2	9 702	43,7	10 741	48,4
nachrichtlich:										
Neue Länder einschl. Berlin ...	7 630	100,0	-	-	748	9,8	4 381	57,4	2 485	32,6
Männer	3 386	100,0	-	-	340	10,0	1 837	54,3	1 203	35,5
Frauen	4 244	100,0	-	-	408	9,6	2 544	59,9	1 282	30,2

Ergebnisse des Mikrozensus.

1 Sonstige Sozialleistungen sind u. a. Sozialgeld, Sozialhilfe, Elterngeld/Erziehungsgeld, Pflegeversicherung, BAföG.

Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen
 1991 = 100



Ergebnisse der Erwerbstätigenrechnung. – Jahresdurchschnitte.

2012-01-0498

13.2 Erwerbstätige und Erwerbslose

13.2.1 Erwerbstätige im Inland nach Wirtschaftsabschnitten

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	1991	1995	2000	2005	2010 ²	2011 ²	Veränderung 2011 gegenüber 1991
		Durchschnitt in 1 000						
Erwerbstätige								
A-T	Alle Wirtschaftsbereiche	38 712	37 802	39 382	38 976	40 553	41 096	6,2
A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 167	864	754	676	648	659	- 43,5
B-F	Produzierendes Gewerbe	13 969	12 202	11 302	10 071	9 941	10 115	- 27,6
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	317	195	130	92	83
C	Verarbeitendes Gewerbe	10 088	8 042	7 741	7 167	6 991	7 122	- 29,4
D	Energieversorgung	382	337	267	250	249
E	Wasserversorgung, Entsorgung u. Ä.	233	252	244	232	235
F	Baugewerbe	2 949	3 376	2 920	2 330	2 383	2 424	- 17,8
G-T	Dienstleistungsbereiche	23 576	24 736	27 326	28 229	29 964	30 322	28,6
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	5 532	5 614	5 928	5 719	5 727	5 792	4,7
H	Verkehr und Lagerei	2 116	1 897	1 883	1 889	1 959	1 999	- 5,5
I	Gastgewerbe	1 011	1 122	1 369	1 512	1 679	1 705	68,6
J	Information und Kommunikation	1 047	1 034	1 167	1 236	1 219	1 234	17,9
K	Finanz- und Versicherungsdienstleister	1 208	1 263	1 284	1 257	1 227	1 225	1,4
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	243	317	425	436	430	435	79,0
M	Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleister	1 213	1 464	1 903	2 126	2 395
N	Sonstige Unternehmensdienstleister	1 254	1 388	1 932	2 191	2 721
O	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	3 132	3 037	2 925	2 763	2 735
P	Erziehung und Unterricht	1 870	2 018	2 175	2 307	2 504
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	2 721	3 131	3 568	3 889	4 329
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	390	431	529	587	645
S	Sonstige Dienstleister a. n. g.	1 222	1 302	1 415	1 481	1 512
T	Häusliche Dienste	617	718	823	836	882
darunter Arbeitnehmer/-innen								
A-T	Alle Wirtschaftsbereiche	35 148	33 996	35 387	34 559	36 065	36 558	4,0
A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	501	338	326	300	307	315	- 37,1
B-F	Produzierendes Gewerbe	13 386	11 529	10 595	9 319	9 194	9 359	- 30,1
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	313	191	127	91	82
C	Verarbeitendes Gewerbe	9 783	7 726	7 453	6 871	6 727	6 858	- 29,9
D	Energieversorgung	382	337	267	250	249
E	Wasserversorgung, Entsorgung u. Ä.	229	247	239	226	229
F	Baugewerbe	2 679	3 028	2 509	1 881	1 907	1 940	- 27,6
G-T	Dienstleistungsbereiche	21 261	22 129	24 466	24 940	26 564	26 884	26,4
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	4 847	4 875	5 205	4 979	5 045	5 114	5,5
H	Verkehr und Lagerei	2 010	1 777	1 748	1 757	1 841	1 880	- 6,5
I	Gastgewerbe	721	817	1 063	1 219	1 379	1 405	94,9
J	Information und Kommunikation	987	948	1 047	1 056	1 037	1 049	6,3
K	Finanz- und Versicherungsdienstleister	1 100	1 147	1 150	1 098	1 070	1 070	- 2,7
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	205	272	371	385	368	370	80,5
M	Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleister	979	1 165	1 536	1 635	1 826
N	Sonstige Unternehmensdienstleister	1 059	1 196	1 736	1 973	2 468
O	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	3 132	3 037	2 925	2 763	2 735
P	Erziehung und Unterricht	1 803	1 933	2 065	2 153	2 339
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	2 504	2 858	3 239	3 479	3 887
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	314	334	406	434	459
S	Sonstige Dienstleister a. n. g.	983	1 052	1 152	1 173	1 228
T	Häusliche Dienste	617	718	823	836	882

Ergebnisse der Erwerbstätigenrechnung nach dem Inlandskonzept (Arbeitsort in Deutschland) in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR); Stand: Mai 2012.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Vorläufiges Ergebnis.

13.2 Erwerbstätige und Erwerbslose

13.2.2 Geleistete Arbeitsstunden im Inland nach Wirtschaftsabschnitten

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	1991	1995	2000	2005	2010 ^{1,2}	2011 ^{1,2}	Veränderung 2011 gegenüber 1991 %
		Durchschnitt in Mill. Stunden						
Erwerbstätige								
A-T	Alle Wirtschaftsbereiche	60 082	57 781	57 922	55 775	57 087	57 993	- 3,5
A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	2 279	1 829	1 502	1 236	1 152	1 164	- 48,9
B-F	Produzierendes Gewerbe	21 533	19 160	17 313	15 235	14 889	15 310	- 28,9
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	457	306	224	160	131
C	Verarbeitendes Gewerbe	15 144	12 335	11 518	10 543	10 026	10 381	- 31,5
D	Energieversorgung	599	529	407	375	371
E	Wasserversorgung, Entsorgung u. Ä.	361	397	360	343	362
F	Baugewerbe	4 972	5 595	4 804	3 815	4 000	4 068	- 18,2
G-T	Dienstleistungsbereiche	36 270	36 792	39 107	39 304	41 046	41 519	14,5
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	8 535	8 450	8 544	8 045	7 970	8 049	- 5,7
H	Verkehr und Lagerei	3 523	3 092	2 937	2 834	2 904	2 967	- 15,8
I	Gastgewerbe	1 765	1 998	2 225	2 206	2 323	2 354	33,4
J	Information und Kommunikation	1 562	1 534	1 697	1 804	1 830	1 861	19,1
K	Finanz- und Versicherungsdienstleister	2 059	2 026	2 061	1 973	1 883	1 879	- 8,7
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	383	450	542	523	534	542	41,5
M	Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleister	1 961	2 308	2 871	3 186	3 666
N	Sonstige Unternehmensdienstleister	1 971	2 098	2 654	2 837	3 456
O	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	4 670	4 478	4 317	4 056	3 906
P	Erziehung und Unterricht	2 656	2 795	2 936	3 063	3 233
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	4 164	4 520	4 993	5 383	5 893
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	635	683	800	840	939
S	Sonstige Dienstleister a. n. g.	1 954	1 920	2 033	2 065	2 015
T	Häusliche Dienste	431	440	498	488	492
darunter Arbeitnehmer/-innen								
A-T	Alle Wirtschaftsbereiche	51 768	48 879	48 650	46 325	47 725	48 553	- 6,2
A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	698	526	486	425	433	443	- 36,5
B-F	Produzierendes Gewerbe	20 195	17 617	15 644	13 557	13 212	13 618	- 32,6
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	447	296	204	146	129
C	Verarbeitendes Gewerbe	14 451	11 610	10 848	9 893	9 437	9 791	- 32,2
D	Energieversorgung	599	529	407	375	371
E	Wasserversorgung, Entsorgung u. Ä.	348	384	347	329	349
F	Baugewerbe	4 349	4 797	3 840	2 814	2 927	2 984	- 31,4
G-T	Dienstleistungsbereiche	30 875	30 736	32 519	32 343	34 080	34 492	11,7
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	6 938	6 723	6 814	6 384	6 457	6 550	- 5,6
H	Verkehr und Lagerei	3 262	2 793	2 602	2 526	2 628	2 687	- 17,6
I	Gastgewerbe	1 129	1 164	1 367	1 455	1 579	1 608	42,4
J	Information und Kommunikation	1 421	1 345	1 435	1 435	1 450	1 475	3,8
K	Finanz- und Versicherungsdienstleister	1 806	1 747	1 748	1 615	1 532	1 532	- 15,2
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	298	348	420	420	411	413	38,6
M	Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleister	1 418	1 632	2 045	2 159	2 492
N	Sonstige Unternehmensdienstleister	1 467	1 611	2 165	2 340	2 943
O	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	4 670	4 478	4 317	4 056	3 906
P	Erziehung und Unterricht	2 495	2 651	2 763	2 847	3 010
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	3 656	3 915	4 297	4 570	5 044
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	465	481	539	549	600
S	Sonstige Dienstleister a. n. g.	1 420	1 406	1 509	1 499	1 537
T	Häusliche Dienste	431	440	498	488	492

Ergebnisse der Erwerbstätigenrechnung nach dem Inlandskonzept (Arbeitsort in Deutschland) in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR); Stand: Mai 2012.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Vorläufiges Ergebnis.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit (BA)

13.2 Erwerbstätige und Erwerbslose

13.2.3 Erwerbstätige im Inland und geleistete Arbeitsstunden nach Ländern 2011

	Erwerbstätige				Geleistete Arbeitsstunden			
	insgesamt	Wirtschaftsbereich			insgesamt	Wirtschaftsbereich		
		Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungsbereich		Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungsbereich
Durchschnitt in 1 000	%				%			
Erwerbstätige								
Deutschland	41 100,0	1,6	24,6	73,8	58 059,5	2,0	26,4	71,6
Baden-Württemberg	5 731,9	1,3	31,2	67,5	7 965,1	1,7	33,0	65,3
Bayern	6 835,4	2,3	27,5	70,2	9 661,5	3,1	29,2	67,7
Berlin	1 706,0	0,0	12,6	87,4	2 494,0	0,0	13,6	86,4
Brandenburg	1 072,2	2,8	22,6	74,5	1 625,2	3,0	24,1	72,9
Bremen	408,7	0,2	19,1	80,7	567,7	0,3	20,8	78,9
Hamburg	1 139,5	0,3	13,0	86,8	1 648,7	0,3	13,7	86,0
Hessen	3 183,1	1,0	21,7	77,3	4 489,5	1,2	23,4	75,4
Mecklenburg-Vorpommern	728,7	3,1	19,4	77,5	1 104,1	3,4	20,6	76,0
Niedersachsen	3 765,1	2,7	23,8	73,6	5 217,7	3,3	26,0	70,6
Nordrhein-Westfalen	8 812,3	0,9	23,3	75,8	12 109,9	1,1	25,4	73,6
Rheinland-Pfalz	1 907,3	2,2	26,0	71,7	2 619,1	2,8	28,5	68,7
Saarland	515,7	0,5	28,1	71,4	710,4	0,5	30,2	69,3
Sachsen	1 960,4	1,6	26,8	71,6	2 946,6	1,7	28,7	69,6
Sachsen-Anhalt	1 010,7	2,2	25,8	72,1	1 531,3	2,3	27,5	70,2
Schleswig-Holstein	1 300,7	2,7	19,5	77,8	1 821,9	3,4	21,4	75,2
Thüringen	1 022,3	1,9	30,1	68,0	1 546,9	2,1	31,9	66,0
nachrichtlich:								
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin ..	33 599,7	1,6	25,1	73,4	46 811,5	2,0	27,0	71,0
Neue Länder einschl. Berlin	7 500,3	1,7	22,6	75,8	11 248,0	1,8	24,2	74,0
darunter Arbeitnehmer/-innen								
Deutschland	36 554,0	0,9	25,6	73,5	48 602,4	0,9	28,1	71,0
Baden-Württemberg	5 128,3	0,5	32,8	66,7	6 706,9	0,5	35,6	63,8
Bayern	5 984,7	0,6	29,1	70,3	7 881,7	0,6	31,8	67,6
Berlin	1 471,4	0,0	13,0	87,0	2 023,3	0,0	14,1	85,9
Brandenburg	932,7	2,8	22,7	74,6	1 336,1	3,0	24,2	72,8
Bremen	372,2	0,1	20,1	79,8	493,0	0,1	22,5	77,5
Hamburg	1 013,0	0,1	13,7	86,2	1 391,9	0,1	14,8	85,1
Hessen	2 847,9	0,5	22,3	77,2	3 791,4	0,5	24,4	75,1
Mecklenburg-Vorpommern	648,9	2,8	19,5	77,7	937,9	3,0	20,8	76,2
Niedersachsen	3 367,5	1,4	25,0	73,6	4 387,8	1,5	28,2	70,3
Nordrhein-Westfalen	7 924,4	0,6	24,1	75,3	10 262,8	0,6	26,9	72,5
Rheinland-Pfalz	1 691,9	1,2	27,3	71,5	2 166,4	1,3	30,7	68,0
Saarland	470,0	0,3	29,2	70,5	614,7	0,2	32,1	67,6
Sachsen	1 731,3	1,4	26,7	71,8	2 469,1	1,5	28,7	69,8
Sachsen-Anhalt	914,2	2,0	25,9	72,1	1 329,6	2,1	27,7	70,2
Schleswig-Holstein	1 140,3	1,5	20,1	78,5	1 487,2	1,5	22,4	76,1
Thüringen	915,0	1,9	30,2	67,9	1 322,6	2,0	32,1	65,9
nachrichtlich:								
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin ..	29 940,3	0,7	26,2	73,1	39 183,7	0,7	28,9	70,4
Neue Länder einschl. Berlin	6 613,7	1,6	22,7	75,7	9 418,7	1,7	24,5	73,8

Jahresdurchschnitt 2011; Stand: Februar 2012. – Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“

13.2 Erwerbstätige und Erwerbslose
13.2.4 Erwerbstätige nach Erwerbsform

	Ins-gesamt	Selbstständige		Abhängig Beschäftigte						
		zusam-men	darunter ohne Beschäftigte	zusam-men	davon					
					Normal-arbeit-nehmer/-innen	atypisch Beschäftigte				
						zusam-men ¹	befristet	Teilzeit	gering-fügig	Zeitarbeit
1 000	%	1 000								
2000	33 311	3 418	49,6	29 643	23 766	5 878	2 130	3 944	1 749	-
Männer	18 648	2 465	46,2	16 140	14 702	1 438	1 070	390	254	-
Frauen	14 663	952	58,6	13 503	9 063	4 439	1 060	3 554	1 495	-
2001	33 498	3 411	49,3	29 726	23 740	5 986	2 085	4 127	1 815	-
Männer	18 610	2 459	45,9	16 092	14 663	1 430	1 050	411	254	-
Frauen	14 889	952	58,0	13 633	9 077	4 556	1 034	3 716	1 560	-
2002	33 227	3 429	50,0	29 463	23 535	5 929	1 931	4 221	1 852	-
Männer	18 350	2 463	46,6	15 832	14 465	1 367	967	433	275	-
Frauen	14 877	966	58,7	13 631	9 073	4 558	963	3 784	1 576	-
2003	32 772	3 506	51,6	28 963	22 828	6 135	1 969	4 421	1 949	-
Männer	17 966	2 501	47,9	15 416	13 970	1 446	999	500	311	-
Frauen	14 806	1 005	60,9	13 547	8 861	4 686	970	3 918	1 638	-
2004	32 373	3 612	53,2	28 438	22 351	6 086	1 953	4 391	1 979	-
Männer	17 709	2 560	49,6	15 094	13 635	1 459	1 000	518	321	-
Frauen	14 664	1 052	62,1	13 344	8 722	4 622	953	3 866	1 658	-
2005	32 962	3 802	55,6	28 831	22 084	6 747	2 394	4 679	2 425	-
Männer	17 989	2 646	51,8	15 289	13 548	1 741	1 218	597	452	-
Frauen	14 973	1 156	64,4	13 543	8 536	5 007	1 176	4 082	1 973	-
2006	33 720	3 838	55,6	29 582	22 119	7 463	2 619	4 865	2 667	562
Männer	18 346	2 654	51,5	15 642	13 494	2 148	1 337	650	572	376
Frauen	15 374	1 184	64,8	13 939	8 624	5 315	1 282	4 215	2 095	186
2007	34 321	3 843	55,1	30 175	22 493	7 682	2 659	4 946	2 772	614
Männer	18 655	2 645	50,3	15 963	13 735	2 228	1 336	659	595	409
Frauen	15 667	1 198	65,5	14 212	8 758	5 454	1 323	4 287	2 177	205
2008	34 734	3 820	55,1	30 650	22 929	7 721	2 731	4 903	2 578	612
Männer	18 841	2 622	50,3	16 178	13 918	2 260	1 352	647	568	425
Frauen	15 893	1 198	65,4	14 472	9 011	5 462	1 379	4 256	2 010	187
2009	34 629	3 877	55,1	30 582	22 990	7 592	2 640	4 901	2 574	560
Männer	18 618	2 659	50,6	15 933	13 794	2 139	1 253	648	589	375
Frauen	16 012	1 218	64,9	14 650	9 197	5 453	1 387	4 253	1 985	185
2010	34 973	3 917	55,4	30 904	23 069	7 835	2 761	4 929	2 517	742
Männer	18 755	2 669	50,8	16 060	13 750	2 310	1 322	669	575	503
Frauen	16 218	1 248	65,1	14 844	9 319	5 525	1 439	4 261	1 942	238
2011	35 762	4 018	56,1	31 592	23 674	7 918	2 805	5 025	2 673	775
Männer	19 157	2 732	51,3	16 397	14 060	2 338	1 352	706	595	517
Frauen	16 606	1 286	66,3	15 195	9 614	5 581	1 453	4 318	2 078	258

Normalarbeitnehmerinnen und Normalarbeitnehmer sind Personen mit einem Beschäftigungsverhältnis, das in Vollzeit und unbefristet ausgeübt wird und die direkt in dem Unternehmen arbeiten, mit dem ein Arbeitsvertrag besteht.

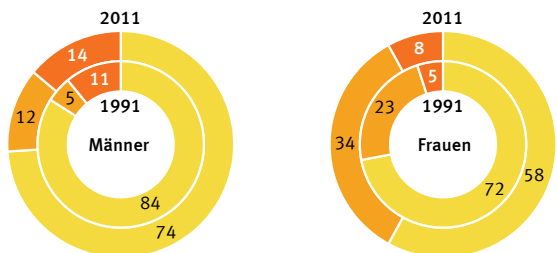
Atypisch Beschäftigte sind Personen, die kein Normalarbeitsverhältnis haben, d. h. Teilzeitbeschäftigung mit 20 oder weniger Stunden, geringfügige oder befristete Beschäftigung oder ein Zeitarbeitsverhältnis.

Ergebnisse des Mikrozensus. – Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren, nicht in Bildung oder Ausbildung, ohne Zeit- und Berufssoldaten/-soldatinnen sowie Grundwehr- und Zivildienstleistende. – Bis 2004 Ergebnisse einer Bezugswoche im Frühjahr, ab 2005 Jahresdurchschnittswerte sowie geänderte Erhebungs- und Hochrechnungsverfahren.

1 Vor 2006 ohne Zeitarbeitnehmer/-innen.
2 Überschneidungen möglich.

Erwerbstätige nach Erwerbsform und Geschlecht in %

■ Normalarbeitnehmer/-innen ■ Atypisch Beschäftigte ■ Selbstständige



Ergebnisse des Mikrozensus. – Ohne mithelfende Familienangehörige. 2012 - 01 - 0505

13.2 Erwerbstätige und Erwerbslose
 13.2.5 Freiberuflerinnen und Freiberufler

Nr. der Klassifikation ¹	Ausgewählte Berufe	2000		2005		2010		2011	
		Selbstständige	Darunter mit Beschäftigten	Selbstständige	Darunter mit Beschäftigten	Selbstständige	Darunter mit Beschäftigten	Selbstständige	Darunter mit Beschäftigten
		1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
	Erwerbstätige insgesamt	3 643	49,4	4 080	43,8	4 259	44,0	4 405	42,9
	dar. in freien Berufen	917	46,6	1 136	41,0	1 248	38,5	1 307	37,4
	Freie heilkundliche Berufe								
841	Ärzte/Ärztinnen	131	81,7	140	83,6	139	82,7	141	82,3
842	Zahnärzte/-ärztinnen	51	94,1	56	94,6	54	98,1	55	94,5
843	Tierärzte/-ärztinnen	12	58,3	11	72,7	13	69,2	13	69,2
844	Apotheker/-innen	18	/	23	95,7	19	94,7	19	94,7
851	Heilpraktiker/-innen	14	/	21	/	31	/	32	/
852	Masseure/Masseurinnen, Krankengymnasten/ Krankengymnastinnen, medizinische Bademeister/-innen	34	52,9	47	51,1	58	48,3	61	49,2
853	Krankenschwestern/-pfleger, Hebammen, Entbindungshelfer	9	/	11	/	15	/	18	27,8
	Freie rechts- und wirtschaftsberatende Berufe								
703	Werbefachleute	20	30,0	28	28,6	30	23,3	32	28,1
753	Wirtschaftsprüfer/-innen, Steuerberater/ -innen u. Ä.	43	72,1	50	78,0	50	72,0	49	73,5
757	Unternehmensberater/-innen und verwandte Berufe	55	27,3	76	19,7	89	23,6	91	23,1
813	Rechtsvertreter/-innen, Rechtsberater/ -innen	72	68,1	79	67,1	94	64,9	96	64,6
881	Wirtschaftswissenschaftler/-innen, a. n. g. ...	11	54,5	13	46,2	11	/	13	53,8
	Freie technische und naturwissenschaftliche Berufe								
60	Ingenieure/Ingenieurinnen	146	50,0	159	40,9	153	43,8	157	41,4
	darunter:								
601	Ingenieure/Ingenieurinnen des Maschinen- baus u. Ä.	13	53,8	18	44,4	14	57,1	12	58,3
602	Elektroingenieure/-ingenieurinnen	11	45,5	12	41,7	13	46,2	10	/
603	Bauingenieure/-ingenieurinnen	32	62,5	36	44,4	34	50,0	31	48,4
609	Architekten/-innen, Raumplaner/-innen ...	52	42,3	59	35,6	53	35,8	58	32,8
	Freie pädagogische, psychologische und übersetzende Berufe								
822	Dolmetscher/-innen, Übersetzer/-innen	16	/	24	/	26	/	23	/
87	Lehrer/Lehrerinnen	104	18,3	138	14,5	160	13,1	185	11,9
886	Psychologen/Psychologinnen	12	/	17	/	23	/	24	/
	Freie publizistische und künstlerische Berufe								
821	Publizisten/Publizistinnen	46	/	60	/	68	/	74	/
831	Musiker/-innen	20	/	27	/	34	/	35	/
832	Darstellende Künstler/-innen, Sänger/ -innen	14	/	20	/	29	/	32	/
833	Bildende Künstler/-innen (freie Kunst)	28	/	32	/	32	/	39	/
834	Bildende Künstler/-innen (angewandte Kunst)	40	20,0	61	13,1	80	11,3	73	13,7

Ergebnisse des Mikrozensus. – Bis 2004 Ergebnisse einer Bezugswoche im Frühjahr, ab 2005 Jahresdurchschnittswerte sowie geänderte Erhebungs- und Hochrechnungsverfahren.

1 Klassifizierung der Berufe, Ausgabe 1992.

13.2 Erwerbstätige und Erwerbslose

13.2.6 Erwerbstätige und Erwerbstätigenquoten

Alter von ... bis unter ... Jahren	2000			2005			2010			2011		
	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
1 000												
Insgesamt	36 604	20 680	15 924	36 566	20 135	16 432	38 938	21 048	17 891	39 869	21 499	18 370
dar. 15 – 65	36 231	20 439	15 793	36 047	19 806	16 240	38 270	20 637	17 633	39 106	21 021	18 085
15 – 20	1 381	799	582	1 266	728	537	1 162	664	499	1 138	636	503
20 – 25	2 946	1 602	1 344	2 916	1 545	1 371	3 127	1 643	1 484	3 242	1 707	1 535
25 – 30	3 601	1 963	1 638	3 348	1 808	1 541	3 743	1 975	1 768	3 817	2 003	1 814
30 – 35	5 170	2 932	2 238	3 854	2 192	1 661	3 841	2 111	1 730	3 994	2 182	1 813
35 – 40	5 539	3 159	2 380	5 288	2 959	2 330	4 181	2 286	1 895	4 053	2 208	1 845
40 – 45	5 047	2 769	2 279	5 835	3 174	2 662	5 804	3 131	2 674	5 619	3 029	2 590
45 – 50	4 593	2 497	2 095	4 896	2 595	2 301	5 746	3 060	2 686	5 903	3 151	2 751
50 – 55	3 663	2 074	1 589	4 202	2 222	1 980	4 908	2 568	2 341	5 127	2 689	2 438
55 – 60	3 105	1 826	1 280	3 039	1 707	1 332	3 904	2 106	1 798	4 062	2 162	1 900
60 – 65	1 186	818	368	1 402	877	526	1 854	1 094	759	2 149	1 253	896
65 und mehr	372	241	131	520	328	191	668	411	258	763	477	285
nachrichtlich:												
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin	29 140	16 593	12 547	29 380	16 310	13 070	31 221	16 952	14 269	32 048	17 346	14 702
Neue Länder einschl. Berlin ..	7 463	4 087	3 377	7 187	3 825	3 362	7 718	4 095	3 622	7 820	4 152	3 668
%												
Insgesamt	52,6	61,5	44,3	51,5	58,4	45,0	54,8	60,9	49,1	56,0	62,0	50,3
dar. 15 – 65	65,4	72,8	57,7	65,4	71,2	59,5	71,0	75,9	66,0	72,4	77,1	67,6
15 – 20	29,7	33,4	25,7	25,7	28,6	22,7	27,3	30,0	24,3	27,4	29,7	25,1
20 – 25	66,1	69,4	62,6	59,3	61,2	57,4	63,6	65,4	61,8	65,2	67,0	63,3
25 – 30	75,6	81,0	70,1	69,7	74,0	65,2	75,4	78,5	72,3	77,3	79,8	74,6
30 – 35	80,1	89,3	70,5	75,7	84,6	66,4	79,8	86,8	72,6	81,5	88,0	74,8
35 – 40	81,2	90,0	71,8	79,3	87,2	71,2	81,7	88,6	74,8	83,1	90,0	76,1
40 – 45	81,8	89,1	74,5	80,9	86,5	75,1	84,7	89,6	79,6	85,7	90,5	80,7
45 – 50	80,3	87,6	73,1	79,8	84,7	74,8	84,0	88,1	79,6	85,0	89,2	80,6
50 – 55	74,1	83,4	64,6	75,2	80,8	69,7	80,2	84,5	76,0	81,6	86,0	77,3
55 – 60	56,5	66,0	46,8	63,3	71,3	55,3	71,3	77,7	65,0	73,5	79,6	67,6
60 – 65	19,9	27,8	12,2	28,1	35,8	20,7	40,8	48,9	32,9	44,0	51,9	36,2
65 und mehr	2,6	4,3	1,5	3,3	5,0	2,1	3,9	5,6	2,6	4,5	6,4	2,9
nachrichtlich:												
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin	53,4	63,0	44,5	52,5	60,1	45,3	55,3	61,7	49,2	56,5	62,9	50,5
Neue Länder einschl. Berlin ..	49,6	56,3	43,4	47,8	52,2	43,7	53,0	57,6	48,7	54,0	58,6	49,6

Ergebnisse des Mikrozensus. – Bis 2004 Ergebnisse einer Bezugswoche im Frühjahr, ab 2005 Jahresdurchschnittswerte sowie geänderte Erhebungs- und Hochrechnungsverfahren.

13.2 Erwerbstätige und Erwerbslose

13.2.7 Erwerbslose und Erwerbslosenquoten

Alter von ... bis unter ... Jahren	2000			2005			2010			2011		
	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
1 000												
Insgesamt	3 127	1 691	1 435	4 583	2 574	2 009	2 948	1 698	1 250	2 504	1 409	1 095
dar. 15 – 65	3 124	1 689	1 434	4 578	2 572	2 007	2 944	1 695	1 249	2 497	1 404	1 092
15 – 20	111	60	52	218	120	98	139	78	61	126	69	57
20 – 25	274	167	106	529	316	213	322	191	130	282	166	116
25 – 30	266	157	109	479	285	194	343	211	132	285	171	114
30 – 35	364	188	175	458	262	196	307	178	129	262	148	113
35 – 40	408	210	199	547	304	243	304	176	128	233	126	107
40 – 45	371	195	176	628	333	295	353	200	154	286	158	128
45 – 50	365	188	177	544	296	247	363	198	165	304	168	136
50 – 55	344	173	171	527	284	243	334	184	149	288	157	131
55 – 60	524	276	247	475	254	221	324	181	143	280	148	131
60 – 65	97	75	22	173	117	57	156	99	57	152	92	60
65 und mehr	/	/	/	/	/	/	/	/	/	7	/	/
nachrichtlich:												
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin	1 702	977	724	2 900	1 646	1 254	1 977	1 144	832	1 653	932	722
Neue Länder einschl. Berlin ..	1 425	714	711	1 683	929	754	972	554	418	850	477	373
%												
Insgesamt	7,9	7,6	8,3	11,1	11,3	10,9	7,0	7,5	6,5	5,9	6,1	5,6
dar. 15 – 65	7,9	7,6	8,3	11,3	11,5	11,0	7,1	7,6	6,6	6,0	6,3	5,7
15 – 20	7,4	6,9	8,1	14,7	14,2	15,4	10,7	10,5	10,9	9,9	9,8	10,1
20 – 25	8,5	9,5	7,3	15,4	17,0	13,4	9,3	10,4	8,1	8,0	8,9	7,0
25 – 30	6,9	7,4	6,2	12,5	13,6	11,2	8,4	9,7	6,9	6,9	7,9	5,9
30 – 35	6,6	6,0	7,3	10,6	10,7	10,6	7,4	7,8	7,0	6,2	6,4	5,9
35 – 40	6,9	6,2	7,7	9,4	9,3	9,5	6,8	7,2	6,3	5,4	5,4	5,5
40 – 45	6,8	6,6	7,2	9,7	9,5	10,0	5,7	6,0	5,4	4,8	4,9	4,7
45 – 50	7,4	7,0	7,8	10,0	10,3	9,7	5,9	6,1	5,8	4,9	5,1	4,7
50 – 55	8,6	7,7	9,7	11,1	11,3	10,9	6,4	6,7	6,0	5,3	5,5	5,1
55 – 60	14,4	13,1	16,2	13,5	13,0	14,2	7,7	7,9	7,4	6,4	6,4	6,5
60 – 65	7,5	8,4	5,6	11,0	11,7	9,7	7,8	8,3	7,0	6,6	6,9	6,3
65 und mehr	/	/	/	/	/	/	/	/	/	0,9	/	/
nachrichtlich:												
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin	5,5	5,6	5,5	9,0	9,2	8,8	6,0	6,3	5,5	4,9	5,1	4,7
Neue Länder einschl. Berlin ..	16,0	14,9	17,4	19,0	19,5	18,3	11,2	11,9	10,3	9,8	10,3	9,2

Ergebnisse des Mikrozensus. – Bis 2004 Ergebnisse einer Bezugswoche im Frühjahr, ab 2005 Jahresdurchschnittswerte sowie geänderte Erhebungs- und Hochrechnungsverfahren.

13.2 Erwerbstätige und Erwerbslose

13.2.8 Entwicklung der Erwerbslosen und Erwerbslosenquoten

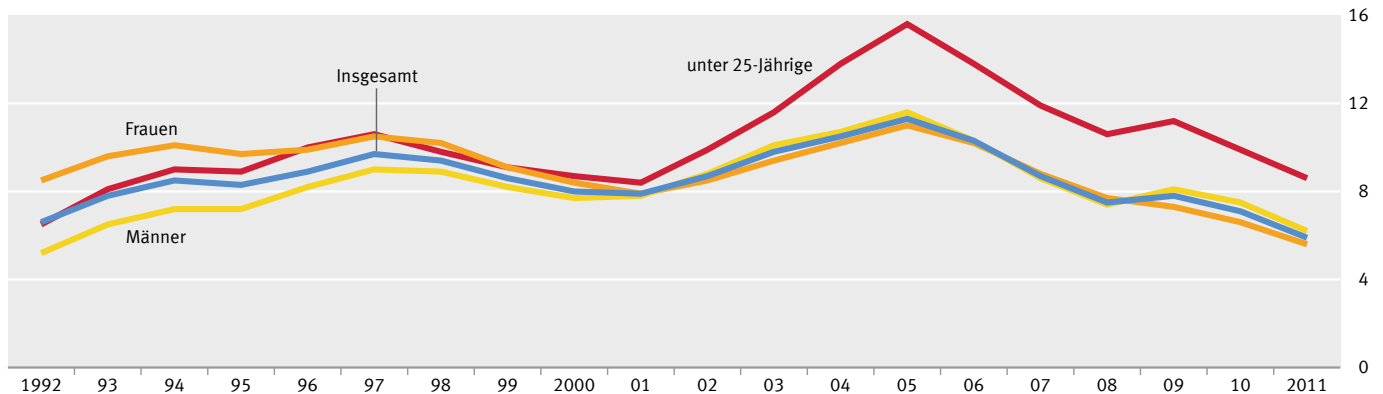
	Erwerbslose			Erwerbslosenquoten ¹		
	und zwar im Alter von ... bis ... Jahre			und zwar von Personen im Alter von ... bis ... Jahre		
	15 – 74	15 – 24	25 – 74	15 – 74	15 – 24	25 – 74
	1 000			%		
1991	2 173	347	1 827	5,5	5,8	5,5
Männer	1 011	171	840	4,5	5,4	4,3
Frauen	1 163	176	987	7,0	6,2	7,1
1995	3 234	413	2 821	8,3	8,9	8,2
Männer	1 603	231	1 372	7,2	9,3	6,9
Frauen	1 631	182	1 449	9,7	8,5	9,9
2000	3 178	399	2 779	8,0	8,7	7,9
Männer	1 720	241	1 479	7,7	9,8	7,5
Frauen	1 458	157	1 300	8,4	7,5	8,5
2005	4 653	753	3 900	11,3	15,6	10,7
Männer	2 620	440	2 180	11,6	16,9	10,9
Frauen	2 033	313	1 720	11,0	14,1	10,5
2006	4 245	666	3 579	10,3	13,8	9,8
Männer	2 338	386	1 953	10,3	14,8	9,8
Frauen	1 907	281	1 626	10,2	12,6	9,9
2007	3 601	586	3 015	8,7	11,9	8,2
Männer	1 938	334	1 604	8,6	12,6	8,0
Frauen	1 663	252	1 411	8,8	11,1	8,5
2008	3 136	517	2 619	7,5	10,6	7,1
Männer	1 686	291	1 395	7,4	11,0	7,0
Frauen	1 450	226	1 224	7,7	10,0	7,3
2009	3 228	537	2 692	7,8	11,2	7,3
Männer	1 836	318	1 518	8,1	12,5	7,6
Frauen	1 393	218	1 174	7,3	9,8	7,0
2010	2 946	460	2 486	7,1	9,9	6,7
Männer	1 696	268	1 428	7,5	10,9	7,1
Frauen	1 250	191	1 058	6,6	8,8	6,3
2011	2 501	407	2 094	5,9	8,6	5,6
Männer	1 406	235	1 172	6,2	9,3	5,8
Frauen	1 095	172	922	5,6	7,8	5,4

Ergebnisse der Arbeitskräfteerhebung. – Bis 2004 Ergebnisse einer Berichtswoche im Frühjahr, ab 2005 Jahresdurchschnittswerte sowie geänderte Erhebungs- und Hochrechnungsverfahren.

1 Anteil der Erwerbslosen an allen Erwerbspersonen nach europäischer Abgrenzung (Personen in Privathaushalten ohne Grundwehr- und Zivildienstleistende).

Erwerbslosenquoten nach Personenkreisen

in %



Ergebnisse der Arbeitskräfteerhebung. – Bis 2004 Ergebnisse einer Berichtswoche im Frühjahr, ab 2005 Jahresdurchschnittswerte sowie geänderte Erhebungs- und Hochrechnungsverfahren.

2012 - 01 - 0499

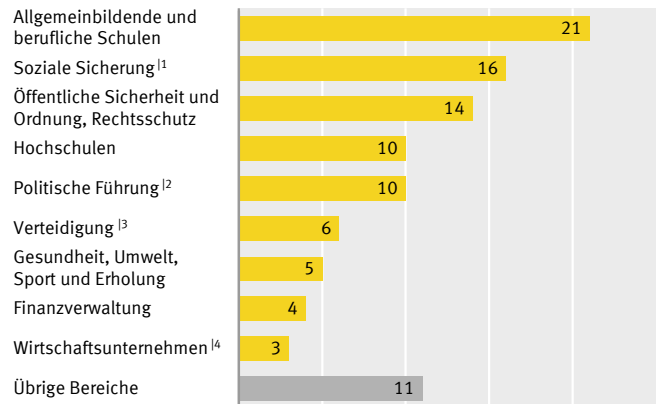
13.3 Personal des öffentlichen Dienstes
13.3.1 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes

	Insgesamt	Davon			
		Bundesbereich	Landesbereich	kommunaler Bereich	Sozialversicherung ¹
	1 000				
Insgesamt					
2000	4 908,9	597,7	2 390,7	1 572,0	348,6
2005	4 599,4	560,9	2 298,1	1 373,0	367,4
2010	4 586,1	530,3	2 317,8	1 355,2	382,8
2011	4 602,9	524,7	2 337,0	1 367,2	374,1
Vollzeitbeschäftigte					
2000	3 697,0	555,2	1 804,8	1 066,0	271,1
2005	3 237,7	496,0	1 610,4	871,5	259,9
2010	3 106,7	461,2	1 567,5	819,6	258,4
2011	3 119,4	457,7	1 583,9	827,5	250,3
Teilzeitbeschäftigte ohne Altersteilzeitbeschäftigte					
2000	1 153,6	33,1	564,1	485,6	70,8
2005	1 135,3	34,9	575,5	439,6	85,3
2010	1 189,5	38,5	609,8	444,8	96,3
2011	1 227,5	40,4	628,1	459,7	99,4
Altersteilzeitbeschäftigte					
2000	58,2	9,4	21,7	20,5	6,6
2005	226,4	30,0	112,2	61,9	22,2
2010	290,0	30,6	140,5	90,9	28,1
2011	256,0	26,7	125,0	80,0	24,3

Ergebnisse der Personalstandstatistik. – Stichtag 30.6.

1 Einschl. Bundesagentur für Arbeit.

Beschäftigte des öffentlichen Dienstes nach Aufgabenbereichen am 30.6.2011
in %



Ergebnisse der Personalstandstatistik.

1 Einschl. gesetzliche Krankenversicherung, Rentenversicherung, Unfallversicherung, Bundesagentur für Arbeit.

2 Einschl. zentraler Verwaltung und auswärtiger Angelegenheiten.

3 Einschl. Berufs-/Zeitsoldaten und -soldatinnen, ohne Grundwehrdienstleistende.

4 Einschl. Bundesseisenbahnvermögen, kommunale Versorgungs- und Verkehrsunternehmen.

2012 - 01 - 0500

13.3.2 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes nach Besoldungs- und Entgeltgruppen am 30.6.2011

Einstufungen	Insgesamt		Davon							
			Bundesbereich		Landesbereich		kommunaler Bereich		Sozialversicherung ¹	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Insgesamt	4 602,9	100,0	524,7	100,0	2 337,0	100,0	1 367,2	100,0	374,1	100,0
Beamte/Beamtinnen, Richter/-innen, Berufs- und Zeitsoldaten/-soldatinnen ..	1 883,7	40,9	368,0	70,1	1 293,9	55,4	186,2	13,6	35,6	9,5
Besoldungsordnung B	10,9	0,2	3,0	0,6	4,2	0,2	3,6	0,3	0,1	0,0
Besoldungsordnung R	28,1	0,6	0,5	0,1	27,5	1,2	-	-	-	-
Besoldungsordnung C, W	35,4	0,8	0,3	0,1	35,1	1,5	-	-	0,0	0,0
Besoldungsordnung A	1 704,3	37,0	358,8	68,4	1 134,4	48,5	176,0	12,9	35,1	9,4
davon:										
A16 – A13	523,3	11,4	41,1	7,8	442,8	18,9	34,4	2,5	5,1	1,4
A12 – A9	820,9	17,8	114,5	21,8	575,4	24,6	102,3	7,5	28,7	7,7
A8 – A5	332,2	7,2	176,9	33,7	114,6	4,9	39,4	2,9	1,3	0,3
A4 – A2	27,9	0,6	26,3	5,0	1,5	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
In Ausbildung	105,1	2,3	5,3	1,0	92,7	4,0	6,6	0,5	0,4	0,1
Arbeitnehmer/-innen	2 719,2	59,1	156,8	29,9	1 043,0	44,6	1 181,0	86,4	338,4	90,5
E15Ü – E13 TVöD/TV-L ²	307,8	6,7	10,3	2,0	247,5	10,6	38,0	2,8	12,1	3,2
E12 – E9 TVöD/TV-L	725,8	15,8	30,3	5,8	285,7	12,2	276,0	20,2	133,8	35,8
E8 – E5 TVöD/TV-L	1 146,6	24,9	79,5	15,2	355,0	15,2	581,3	42,5	130,8	35,0
E4 – E1 TVöD/TV-L	305,3	6,6	22,5	4,3	61,2	2,6	208,8	15,3	12,9	3,4
Sonstige ³	131,5	2,9	5,5	1,0	51,9	2,2	37,7	2,8	36,4	9,7
In Ausbildung	102,2	2,2	8,7	1,7	41,7	1,8	39,2	2,9	12,5	3,4

Ergebnisse der Personalstandstatistik.

1 Einschl. Bundesagentur für Arbeit.

2 Einschl. außertarifliche Angestellte.

3 Beinhaltet alle Tarifverträge, die nicht dem TVöD/TV-L zugeordnet wurden und einzelvertragliche Beschäftigungsverhältnisse sowie Dienstordnungsangestellte (Angestellte in der Sozialversicherung, die aufgrund einer Dienststörung ein Gehalt nach beamtenrechtlichen Grundsätzen erhalten).

Bei Beamtinnen und Beamten ist das Grundgehalt der Hauptbestandteil der Dienstbezüge. Es bestimmt sich nach der **Besoldungsgruppe** des verliehenen Amtes. Die Besoldungsordnungen A und B regeln die Besoldung für den Beamten- und Soldatenbereich, die Besoldungsordnungen W und C die der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer. Die Besoldungsordnung R regelt die Besoldung der Richterinnen und Richter sowie der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte. Die Vergütung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beruht überwiegend auf den **Entgeltgruppen** (E1 bis E15 Ü) des Tarifvertrags des öffentlichen Dienstes (TVöD) und des Tarifvertrags der Länder (TV-L).

13.3 Personal des öffentlichen Dienstes

13.3.3 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes nach Aufgabenbereichen am 30.6.2011

Aufgabenbereich (Haushaltssystematik 2001)	Insgesamt		Davon							
			Bundesbereich		Landesbereich		kommunaler Bereich		Sozialversicherung ¹	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Insgesamt	4 602,9	100,0	524,7	100,0	2 337,0	100,0	1 367,2	100,0	374,1	100,0
Politische Führung und zentrale Verwaltung ^{1,2}	475,7	10,3	42,7	8,1	135,6	5,8	297,4	21,8	–	–
Verteidigung	271,0	5,9	271,0	51,6	–	–	–	–	–	–
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	443,1	9,6	45,4	8,6	279,5	12,0	118,3	8,7	–	–
dar. Bundespolizei, Polizei	308,8	6,7	44,5	8,5	264,3	11,3	–	–	–	–
Rechtsschutz	181,1	3,9	5,0	0,9	176,2	7,5	–	–	–	–
Finanzverwaltung	187,9	4,1	42,1	8,0	145,0	6,2	0,7	0,1	–	–
Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	1 580,8	34,3	16,0	3,0	1 384,7	59,3	180,2	13,2	–	–
darunter:										
Allgemeinbildende und berufliche Schulen	957,9	20,8	–	–	850,1	36,4	107,9	7,9	–	–
Hochschulen	480,4	10,4	0,4	0,1	480,1	20,5	–	–	–	–
Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	733,7	15,9	5,5	1,0	37,2	1,6	317,0	23,2	374,1	100,0
dar. Tageseinrichtungen für Kinder	165,3	3,6	–	–	7,3	0,3	158,1	11,6	–	–
Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	235,0	5,1	6,9	1,3	47,6	2,0	180,5	13,2	–	–
dar. Krankenhäuser und Heilstätten	129,2	2,8	–	–	22,4	1,0	106,8	7,8	–	–
Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	214,4	4,7	0,0	0,0	26,9	1,2	187,4	13,7	–	–
Sonstiges	280,3	6,1	90,3	17,2	104,3	4,5	85,7	6,3	–	–
Beamte/Beamtinnen, Richter/-innen, Berufs- und Zeitsoldaten/-soldatinnen										
Politische Führung und zentrale Verwaltung ^{1,2}	148,9	7,9	21,5	5,8	59,4	4,6	68,0	36,5	–	–
Verteidigung	208,2	11,1	208,2	56,6	–	–	–	–	–	–
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	320,3	17,0	36,9	10,0	235,8	18,2	47,5	25,5	–	–
dar. Bundespolizei, Polizei	262,1	13,9	36,5	9,9	225,7	17,4	–	–	–	–
Rechtsschutz	117,4	6,2	2,7	0,7	114,7	8,9	–	–	–	–
Finanzverwaltung	153,0	8,1	35,4	9,6	117,6	9,1	0,1	0,0	–	–
Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	739,0	39,2	3,4	0,9	722,2	55,8	13,5	7,2	–	–
darunter:										
Allgemeinbildende und berufliche Schulen	658,7	35,0	–	–	648,3	50,1	10,4	5,6	–	–
Hochschulen	55,9	3,0	0,3	0,1	55,7	4,3	–	–	–	–
Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	77,1	4,1	1,4	0,4	9,6	0,7	30,5	16,4	35,6	100,0
dar. Tageseinrichtungen für Kinder	1,0	0,1	–	–	0,1	0,0	0,9	0,5	–	–
Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	13,9	0,7	1,4	0,4	5,9	0,5	6,7	3,6	–	–
dar. Krankenhäuser und Heilstätten	1,4	0,1	–	–	0,2	0,0	1,2	0,6	–	–
Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	21,7	1,2	–	–	7,6	0,6	14,1	7,6	–	–
Sonstiges	84,2	4,5	57,2	15,5	21,3	1,6	5,8	3,1	–	–
Zusammen	1 883,7	100,0	368,0	100,0	1 293,9	100,0	186,2	100,0	35,6	100,0
Arbeitnehmer/-innen										
Politische Führung und zentrale Verwaltung ^{1,2}	326,8	12,0	21,2	13,5	76,2	7,3	229,4	19,4	–	–
Verteidigung	62,8	2,3	62,8	40,0	0,0	–	–	–	–	–
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	122,8	4,5	8,4	5,4	43,7	4,2	70,7	6,0	–	–
dar. Bundespolizei, Polizei	46,6	1,7	8,0	5,1	38,6	3,7	–	–	–	–
Rechtsschutz	63,7	2,3	2,3	1,4	61,5	5,9	–	–	–	–
Finanzverwaltung	34,8	1,3	6,7	4,3	27,4	2,6	0,7	0,1	–	–
Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	841,8	31,0	12,6	8,0	662,5	63,5	166,7	14,1	–	–
darunter:										
Allgemeinbildende und berufliche Schulen	299,3	11,0	–	–	201,8	19,3	97,5	8,3	–	–
Hochschulen	424,5	15,6	0,1	0,1	424,4	40,7	–	–	–	–
Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	656,6	24,1	4,1	2,6	27,6	2,6	286,5	24,3	338,4	100,0
dar. Tageseinrichtungen für Kinder	164,3	6,0	–	–	7,2	0,7	157,1	13,3	–	–
Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	221,0	8,1	5,5	3,5	41,7	4,0	173,8	14,7	–	–
dar. Krankenhäuser und Heilstätten	127,8	4,7	–	–	22,1	2,1	105,6	8,9	–	–
Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	192,7	7,1	0,0	0,0	19,4	1,9	173,3	14,7	–	–
Sonstiges	196,0	7,2	33,1	21,1	83,0	8,0	79,9	6,8	–	–
Zusammen	2 719,2	100,0	156,8	100,0	1 043,0	100,0	1 181,0	100,0	338,4	100,0

Ergebnisse der Personalstandstatistik.

1 Einschl. Bundesagentur für Arbeit.

2 Einschl. Auswärtige Angelegenheiten.

13.4 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

13.4.1 Am Arbeitsort nach Ländern am 30.6.2011

	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte			Darunter Ausländer/-innen			Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	
	insgesamt	Männer	Frauen	zusammen	darunter aus		insgesamt	darunter Frauen
					EU-Mitgliedstaaten	sonstigen europäischen Staaten		
1 000	%		1 000	%		1 000	%	
Deutschland	28 381	54,1	45,9	2 061	40,8	42,4	4 894	65,9
Baden-Württemberg	3 984	55,2	44,8	441	44,1	44,2	696	67,6
Bayern	4 703	54,6	45,4	405	43,0	41,6	748	69,6
Berlin	1 151	48,6	51,4	85	31,9	44,0	148	54,9
Brandenburg	763	51,5	48,5	13	48,2	28,6	101	56,2
Bremen	291	56,4	43,6	20	30,5	46,2	46	61,7
Hamburg	835	53,7	46,3	71	32,9	37,7	102	61,5
Hessen	2 233	54,9	45,1	232	37,7	41,8	370	66,0
Mecklenburg-Vorpommern ..	529	48,3	51,7	6	49,1	22,4	66	55,2
Niedersachsen	2 531	55,0	45,0	121	41,4	38,5	515	67,6
Nordrhein-Westfalen	5 964	55,8	44,2	480	37,4	47,3	1 253	66,8
Rheinland-Pfalz	1 248	54,2	45,8	84	45,4	38,3	256	68,0
Saarland	358	56,4	43,6	31	69,8	19,7	70	68,2
Sachsen	1 437	50,8	49,2	19	45,3	23,4	174	58,5
Sachsen-Anhalt	759	50,5	49,5	9	43,0	28,7	87	60,0
Schleswig-Holstein	842	52,5	47,5	34	39,3	39,3	177	64,3
Thüringen	752	51,7	48,3	9	43,5	27,0	86	59,2

Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

13.4.2 Am Arbeitsort nach wirtschaftlicher Gliederung am 30.6.2011

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Insgesamt	Frauen	Ausländer/-innen
		1 000	%	
	Insgesamt	28 381	45,9	7,3
A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	226	32,2	14,8
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	88	10,3	6,3
C	Verarbeitendes Gewerbe	6 396	25,3	7,7
D	Energieversorgung	234	25,0	2,3
E	Wasserversorgung, Entsorgung u. Ä.	225	18,7	5,1
F	Baugewerbe	1 637	12,9	7,2
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen ..	4 090	51,9	6,3
H	Verkehr und Lagerei	1 454	24,8	9,0
I	Gastgewerbe	868	57,3	22,4
J	Information und Kommunikation	849	35,2	5,6
K	Finanz- und Versicherungsdienstleister	1 001	56,1	2,7
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	212	51,6	4,2
M	Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleister ..	1 646	52,6	5,1
N	Sonstige Unternehmensdienstleister	1 996	41,1	14,8
O	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	1 673	62,4	2,0
P	Erziehung und Unterricht	1 091	68,1	5,5
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	3 587	80,3	4,5
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	238	52,2	10,4
S	Sonstige Dienstleister a. n. g.	804	67,7	6,3
T	Häusliche Dienste	40	86,7	19,8
U	Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	25	37,5	19,3
	Keine Zuordnung möglich	2	42,6	9,8

Vorläufiges Ergebnis.

¹ Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

13.4 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

13.4.3 Am Arbeitsort nach ausgewählten Personengruppen

	Insgesamt	Männer ¹	Frauen ¹	Deutsche	Ausländer/ -innen ^{1 12}	Vollzeit- beschäftigte ¹	Teilzeit- beschäftigte ¹
1 000							
1992	29 325	16 795	12 530	–	–	–	–
1993	28 596	16 285	12 311	–	–	25 454	3 142
1994	28 238	15 969	12 269	–	–	24 890	3 348
1995	28 118	15 877	12 241	–	–	24 659	3 459
1996	27 739	15 591	12 148	25 619	2 120	24 165	3 574
1997	27 280	15 325	11 955	25 236	2 044	23 660	3 620
1998	27 208	15 261	11 947	25 178	2 030	23 423	3 785
1999	27 483	15 423	12 059	25 558	1 913	23 801	3 678
2000	27 826	15 544	12 282	25 862	1 956	23 890	3 929
2001	27 817	15 445	12 373	25 809	1 981	23 689	4 120
2002	27 571	15 179	12 392	25 611	1 949	23 308	4 255
2003	26 955	14 773	12 181	25 081	1 860	22 658	4 288
2004	26 524	14 541	11 983	24 719	1 797	22 202	4 311
2005	26 178	14 286	11 892	24 423	1 749	21 802	4 365
2006	26 354	14 424	11 931	24 564	1 782	21 815	4 530
2007	26 855	14 770	12 085	25 011	1 838	22 070	4 773
2008	27 458	15 064	12 394	25 551	1 901	22 443	5 003
2009	27 380	14 829	12 551	25 496	1 879	22 165	5 202
2010	27 710	14 976	12 735	25 778	1 925	22 306	5 389
2011	28 381	15 356	13 026	26 310	2 061	22 683	5 670
%							
Veränderung 2011 gegen- über 1996 ..	2,3	– 1,5	7,2	2,7	– 2,8	– 6,1	58,7

Vorläufiges Ergebnis. – Stand: jeweils 30.6.

1 Die Merkmale „Geschlecht“ und „Staatsangehörigkeit“ sowie „Vollzeit-/Teilzeitbeschäftigung“ (ab 2006) enthalten nicht die Fälle „Ohne Angabe“.

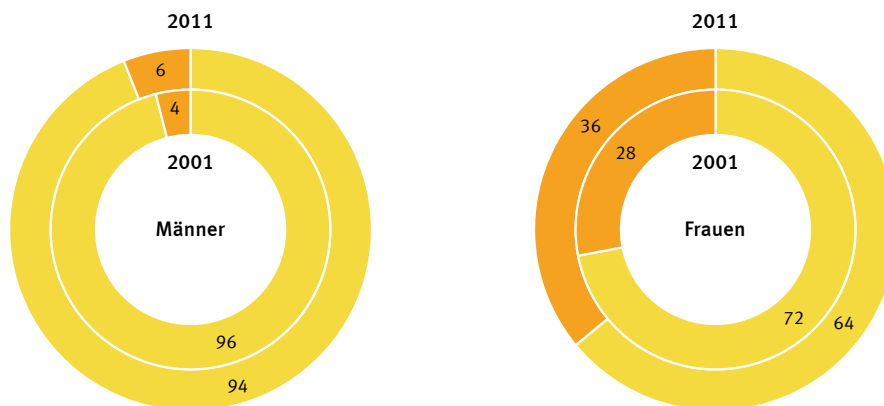
2 Ab 2003 Niveausenkung der Ausländerzahl infolge korrigierter Methodik.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigte

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, in %

■ Vollzeitbeschäftigte ■ Teilzeitbeschäftigte



Vorläufiges Ergebnis. – Stand jeweils 30.6.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

2012 - 01 - 0501

13.4 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

13.4.4 Am Arbeitsort nach Berufsgruppen und ausgewählten Berufsordnungen am 30.6.2011

Nr. der Klassifikation ¹	Berufsgruppen/-ordnungen	Insgesamt	Frauen	Ausländer/-innen	Nr. der Klassifikation ¹	Berufsgruppen/-ordnungen	Insgesamt	Frauen	Ausländer/-innen
		1 000	%				1 000	%	
	Insgesamt	28 381,3	45,9	7,3					
01	Landwirt/-in	26,9	19,1	5,0	54	Maschinist/-in und zugehörige Berufe	193,6	4,0	7,8
02	Tierzüchter/-in, Fischereiberufe	9,4	39,2	4,2	60	Ingenieur/-in	714,9	12,9	5,1
03	Verwalter/-in in der Landwirtschaft	12,4	23,1	3,0	61	Chemiker/-in, Physiker/-in, Mathematiker/-in	66,6	24,6	8,5
04	Landwirtschaftliche Arbeitskräfte, Tierpfleger/-in	111,3	28,5	20,0	62	Techniker/-in	880,4	12,0	3,2
05	Gartenbauer/-in	229,2	32,6	9,6	63	Technische Sonderfachkräfte	263,1	51,0	2,7
06	Forst-, Jagdberufe	28,3	6,5	5,4	68	Warenkaufleute	2 269,4	65,0	6,2
07	Bergleute	15,4	1,1	16,5	681	Groß- und Einzelhandelskaufleute, Einkäufer/-in	524,1	47,7	4,8
08	Mineral-, Erdöl-, Erdgasgewinner/-in	6,5	3,8	9,1	682	Verkäufer/-in	1 479,8	75,3	7,3
09	Mineralaufbereiter/-in, Mineralbrenner/-in	3,9	5,2	8,0	69	Bank-, Versicherungsfachleute	797,0	54,4	2,3
10	Steinbearbeiter/-in	20,8	15,9	7,3	691	Bankfachleute	565,7	56,5	2,2
11	Baustoffhersteller/-in	20,1	5,1	10,5	70	Dienstleistungskaufleute	355,4	51,5	6,4
12	Keramiker/-in	16,8	27,3	14,8	71	Berufe des Landverkehrs	936,4	6,0	7,1
13	Glasmacher/-in	29,1	23,6	8,7	714	Kraftfahrzeugführer/-in	811,6	4,5	7,6
14	Chemiearbeiter/-in	234,3	19,8	11,4	72	Berufe des Wasser- und Luftverkehrs	58,8	15,8	18,3
15	Kunststoffverarbeiter/-in	163,8	24,4	13,8	73	Berufe des Nachrichtenverkehrs	196,5	61,8	7,1
16	Papierhersteller/-in, Papierverarbeiter/-in	88,3	24,3	12,2	74	Lagerverwalter/-in, Lager-, Transportarbeiter/-in	891,6	18,4	11,5
17	Drucker/-in	102,1	25,2	6,7	741	Lagerverwalter/-in, Magaziner/-in	259,3	17,0	8,5
18	Holzaufbereiter/-in, verwandte Berufe	43,2	12,9	9,1	744	Lager-, Transportarbeiter/-in	561,3	20,6	12,8
19	Metallerzeuger/-in, Walzer/-in	43,9	2,3	15,3	75	Unternehmer/-in, Organisator/-in, Wirtschaftsprüfer/-in	711,1	37,0	4,6
20	Former/-in, Formgießer/-in	49,3	4,2	21,8	751	Unternehmer/-in, Geschäftsführer/-in, Geschäftsbereichsleiter/-in	373,5	23,9	4,9
21	Metallverformer/-in (spanlos)	64,7	18,7	16,6	76	Abgeordnete, administrativ entscheidende Berufstätige	156,1	43,8	3,8
22	Metallverformer/-in (spanend)	229,6	3,2	9,2	77	Rechnungskaufleute, Datenverarbeitungsfachleute	900,0	41,0	5,0
23	Metalloberflächenbearbeiter/-in	39,8	10,8	17,8	774	Datenverarbeitungsfachleute	554,5	18,1	5,5
24	Metallverbinder/-in	87,6	6,7	15,4	78	Bürofach-, Bürohilfskräfte	4 381,9	72,3	3,5
25	Schmied/-in	21,3	2,7	11,9	781	Bürofachkräfte	3 902,3	70,8	3,4
26	Feinblechner/-in, Installateur/-in	299,5	0,9	4,9	782	Stenograf/-in, Stenotypist/-in, Maschinenschreiber/-in	246,5	94,5	2,6
27	Schlosser/-in	681,1	2,0	5,6	79	Dienst-, Wachberufe	376,5	20,6	7,0
273	Maschinenschlosser/-in	203,4	1,6	4,9	80	Sicherheitswahrer/-in	52,1	22,7	2,9
28	Mechaniker/-in	527,6	3,8	5,0	81	Rechtswahrer/-in, -berater/-in	55,4	45,9	2,5
281	Kraftfahrzeuginstandsetzer/-in	281,6	1,7	5,3	82	Publizist/-in, Dolmetscher/-in, Bibliothekar/-in	119,5	58,2	4,4
29	Werkzeugmacher/-in	108,1	2,3	3,9	83	Künstler/-in und zugeordnete Berufe	161,0	44,7	9,3
30	Metallfeinbauer/-in und zugeordnete Berufe	99,2	60,4	3,2	84	Arzt/Ärztin, Apotheker/-in	263,3	56,5	6,8
31	Elektriker/-in	651,1	5,8	4,0	85	Übrige Gesundheitsdienstberufe	1 934,2	87,9	3,9
311	Elektroinstallateur/-in, -monteur/-in	445,7	2,7	4,1	853	Krankenschwester, -pfleger, Hebamme/Entbindungspfleger	759,4	85,6	3,6
32	Montierer/-in und Metallberufe a. n. g.	480,4	28,2	15,0	854	Helfer/-in in der Krankenpflege	276,5	73,1	7,1
33	Spinnberufe	7,5	38,5	18,2	856	Sprechstundenhelfer/-in	560,0	99,1	3,7
34	Textilhersteller/-in	15,5	37,0	12,5	86	Sozialpflegerische Berufe	1 376,6	83,4	3,2
35	Textilverarbeiter/-in	45,0	86,6	10,3	861	Sozialarbeiter/-in, Sozialpfleger/-in	570,6	80,0	4,3
36	Textilveredler/-in	7,7	20,4	16,1	862	Heimleiter/-in, Sozialpädagogin/-pädagoge	296,3	72,5	2,0
37	Lederhersteller/-in, Leder- und Fellverarbeiter/-in	23,7	44,8	9,5	864	Kindergärtner/-in, Kinderpfleger/-in	483,0	95,3	2,6
39	Back-, Konditorwarenhersteller/-in	103,8	31,7	10,9	87	Lehrer/-in	440,9	58,4	6,3
40	Fleisch-, Fischverarbeiter/-in	89,2	20,6	16,4	88	Geistes- und naturwissenschaftliche Berufe a. n. g.	206,3	50,2	8,0
41	Speisenbereiter/-in	462,9	52,7	21,9	89	Seelsorger/-in	31,5	45,9	6,9
411	Koch/Köchin	454,5	52,8	21,9	90	Körperpfleger/-in	174,9	93,0	9,2
42	Getränke-, Genussmittelhersteller/-in	18,8	17,5	5,5	91	Gästebetreuer/-in	455,1	67,8	18,4
43	Übrige Ernährungsberufe	57,1	32,5	14,0	912	Kellner/-in, Steward/Stewardess	279,6	68,0	21,0
44	Maurer/-in, Betonbauer/-in	201,6	0,5	9,7	92	Hauswirtschaftliche Berufe	223,1	92,7	13,0
45	Zimmerer/Zimmerin, Dachdecker/-in, Gerüstbauer/-in	145,2	1,0	5,7	93	Reinigungsberufe	802,8	72,4	21,8
46	Straßen-, Tiefbauer/-in	112,3	0,7	7,4	933	Raum-, Hausratreiniger/-in	554,9	87,1	22,9
47	Bauhilfsarbeiter/-in	162,9	2,2	16,6	97	Mithelfende Familienangehörige	0,4	53,5	5,7
48	Bausstatter/-in	101,6	2,3	12,8	98	Arbeitskräfte mit noch nicht bestimmtem Beruf	246,8	43,3	6,7
49	Raumausstatter/-in, Polsterer/Polsterin	38,8	22,6	9,8	99	Arbeitskräfte ohne nähere Tätigkeitsangabe	131,2	37,2	9,5
50	Tischler/-in, Modellbauer/-in	192,8	4,0	3,0					
51	Maler/-in, Lackierer/-in und verwandte Berufe	218,8	6,3	8,6					
52	Warenprüfer/-in, Versandfertigmacher/-in	350,3	37,8	12,7					
53	Hilfsarbeiter/-in ohne nähere Tätigkeitsangabe	643,6	27,3	16,0					

1 Klassifizierung der Berufe, Statistisches Bundesamt, Ausgabe 1988.
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – Vorläufiges Ergebnis.

13.5 Arbeitslose

13.5.1 Nach ausgewählten Personengruppen

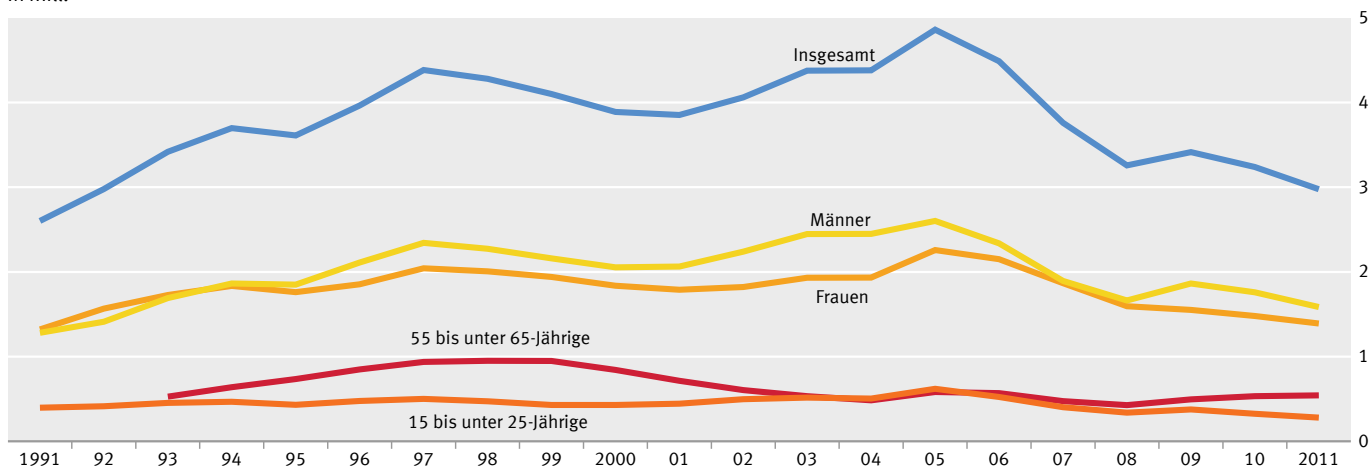
	Arbeitslose insgesamt	Und zwar						
		Frauen	im Alter von ... bis unter ... Jahre			Langzeit-arbeitslose ¹	Ausländer/-innen	Schwerbehinderte
			15 – 20	15 – 25	55 – 65			
Deutschland								
1991	2 602 203	1 321 649	95 800	395 739	–	–	221 884	–
1995	3 611 921	1 761 311	95 222	431 103	734 754	–	436 261	–
2000	3 889 695	1 836 317	101 342	428 510	842 115	1 450 061	465 660	183 572
2005	4 860 909	2 257 639	124 055	620 132	581 702	1 588 089	672 801	180 907
2010	3 238 421	1 478 749	55 268	325 379	532 004	1 129 890	500 831	175 356
2011	2 975 823	1 389 909	47 746	278 886	542 577	1 051 603	470 212	180 307
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin								
1991	1 596 457	753 491	51 579	230 959	–	–	191 064	–
1995	2 427 083	1 043 519	72 317	306 526	553 789	–	392 779	–
2000	2 380 987	1 068 861	63 864	257 016	558 901	931 396	401 916	139 918
2005	3 246 755	1 499 568	85 497	411 707	398 208	990 280	582 519	135 396
2010	2 227 090	1 022 118	40 751	223 232	354 105	775 552	428 618	129 226
2011	2 026 087	955 538	35 371	190 624	360 154	728 777	398 234	133 161
Neue Länder einschl. Berlin								
1991	1 005 745	568 157	44 221	164 780	–	–	30 820	–
1995	1 184 838	717 792	22 904	124 577	180 965	–	43 482	–
2000	1 508 707	767 457	37 478	171 494	283 215	518 665	63 744	43 654
2005	1 614 154	758 071	38 559	208 425	183 495	597 809	90 283	45 511
2010	1 011 331	456 631	14 517	102 147	177 899	354 337	72 213	46 130
2011	949 736	434 371	12 375	88 262	182 423	322 827	71 978	47 146

Jahresdurchschnitte. – Ab 2005 Änderung der Grundlagen der Arbeitsmarktstatistik mit Einführung des Sozialgesetzbuches II (SGB II).

1 Ein Jahr und länger arbeitslos.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Arbeitslose nach ausgewählten Personengruppen in Mill.



Jahresdurchschnitte. – Die Entwicklung der registrierten Arbeitslosigkeit im Jahr 2005 ist im Wesentlichen durch die Zusammenlegung der Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe geprägt („Hartz IV-Effekt“).

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

2012 - 01 - 0503

13 Arbeitsmarkt

13.5 Arbeitslose

13.5.2 Nach Ländern 2011

	Registrierte Arbeitslose			Arbeitslosenquoten			Gemeldete Stellen ¹
	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen	
	Anzahl			%			Anzahl
Deutschland	2 975 823	1 585 914	1 389 909	7,1	7,1	7,0	466 289
Baden-Württemberg	226 859	115 591	111 268	4,0	3,9	4,2	73 278
Bayern	254 287	131 988	122 299	3,8	3,7	3,9	67 074
Berlin	228 823	129 503	99 320	13,3	14,3	12,1	13 389
Brandenburg	143 146	77 542	65 604	10,7	11,1	10,3	10 201
Bremen	37 452	20 574	16 878	11,6	12,1	11,1	4 672
Hamburg	72 437	40 478	31 959	7,8	8,4	7,2	15 329
Hessen	182 534	95 099	87 436	5,9	5,7	6,0	37 964
Mecklenburg-Vorpommern ..	107 534	59 658	47 877	12,5	13,3	11,7	8 104
Niedersachsen	274 646	144 203	130 443	6,9	6,8	7,0	45 695
Nordrhein-Westfalen	728 637	389 307	339 330	8,1	8,1	8,1	97 156
Rheinland-Pfalz	111 054	58 603	52 451	5,3	5,2	5,4	20 988
Saarland	34 487	18 283	16 204	6,8	6,7	6,9	6 057
Sachsen	226 848	120 481	106 367	10,6	10,7	10,6	18 847
Sachsen-Anhalt	139 226	73 791	65 435	11,6	11,7	11,5	10 700
Schleswig-Holstein	103 694	56 423	47 271	7,2	7,5	6,9	13 857
Thüringen	104 159	54 391	49 768	8,8	8,7	9,0	13 699

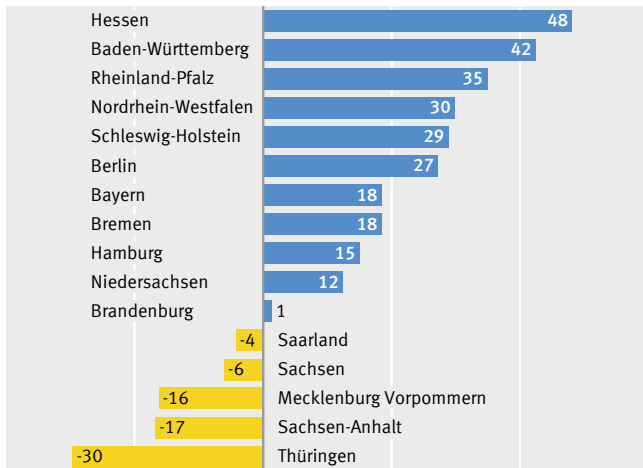
Jahresdurchschnitt.

1 Die Angaben für Deutschland enthalten auch alle Arbeitsstellen, die der BA gemeldet sind, deren Arbeitsort jedoch im Ausland liegt. Somit ergibt die Summe aller Bundesländer nicht die Zahl für Deutschland.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Arbeitslose nach Ländern 2011

Veränderung gegenüber 1991, in %



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

2012 - 01 - 0502

Methodik

■ Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung/Erwerbstätige und Erwerbslose

Erwerbstätigenrechnung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland im Durchschnitt einer bestimmten Periode wird zum einen für Zwecke der laufenden nationalen – und international vergleichbaren – Arbeitsmarktbeobachtung benötigt, zum anderen als Bezugszahl für weitere Aggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR).

Das Statistische Bundesamt veröffentlicht regelmäßig monatliche, vierteljährliche und jährliche Durchschnittszahlen der Erwerbstätigen für Deutschland. Daneben publiziert der Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (AK ETR) jährliche und vierteljährliche Durchschnittszahlen zur Erwerbstätigkeit für Länder sowie jährliche Zahlen für Kreise, die auf die Eckzahlen der Erwerbstätigenrechnung des Bundes abgestimmt sind.

Gesamtwirtschaftliche Monatsdaten zur Erwerbstätigkeit nach dem Inländerkonzept als Ursprungswerte und saisonbereinigte Werte werden seit 2005 gemeinsam mit saisonbereinigten Erwerbslosenzahlen und -quoten publiziert. Monatliche Erwerbstätigenzahlen nach dem Inlandskonzept werden ebenfalls veröffentlicht. Die Erwerbslosenzahlen erhebt der Mikrozensus (siehe hierzu auch den Abschnitt „Arbeitskräfteerhebung im Mikrozensus“).

Zu den Erwerbstätigen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zählen alle Personen, die als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oder als Selbstständige bzw. mithelfende Familienangehörige eine auf wirtschaftlichen Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben – unabhängig vom Umfang oder Ertrag dieser Tätigkeit. Hierbei liegt das Personenkonzept zugrunde. Das bedeutet, dass Personen mit mehreren gleichzeitigen Beschäftigungsverhältnissen nur einmal mit ihrer Haupterwerbstätigkeit erfasst werden. Grundlage für die Definition bilden die Normen der Internationalen Arbeitsorganisation (International Labour Organization, ILO), die im Einklang stehen mit den entsprechenden Definitionen im Europäischen System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG). Ergebnisse nach der ILO-Definition sind aufgrund ihrer großen Verbreitung und ihrer Unabhängigkeit von nationalen Regelungen besonders gut für internationale Vergleiche von Arbeitsmarktdaten geeignet.

Je nach Verwendungszweck wird die Zahl der Erwerbstätigen für Deutschland insgesamt und gegliedert nach Stellung im Beruf nach dem Inländerkonzept (Wohnortkonzept) oder nach dem Inlandskonzept (Arbeitsortkonzept) dargestellt. Beide Konzepte unterscheiden sich durch den Pendlersaldo.

Die Erwerbstätigen nach wirtschaftsfachlicher Gliederung weisen die VGR stets nach dem Inlandskonzept nach. Sie gehören zu den Indikatoren des Verbreitungsstandards des Internationalen Währungsfonds (IWF).

Die durchschnittliche Zahl der Erwerbstätigen in einer bestimmten Berichtsperiode wird aus unterschiedlichen amtlichen und externen erwerbsstatistischen Quellen ermittelt. Hierbei handelt es sich um Statistiken für Teilbereiche der Wirtschaft (z. B. kurzfristige, mittelfristige und langfristige Erhebungen für einzelne Wirtschaftsbeiriche) oder um Stichprobenerhebungen mit unterschiedlicher Periodizität (z. B. Mikrozensus). Daneben zählen insbesondere die Arbeitsmarktstatistiken der Bundesagentur für Arbeit (BA) über sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und geringfügig Beschäftigte sowie die Personalstandstatistik für den öffentlichen Dienst zu wichtigen Quellen. Insgesamt fließen zurzeit rund 60 erwerbsstatistische Quellen in die Experten- und ökonomischen Schätzungen der Erwerbstätigenrechnung der VGR des Bundes ein. Alle Quellen werden laufend beobachtet und analysiert. Zudem erfolgen laufend Konsistenzprüfungen mit anderen Aggregaten der VGR und der arbeitsmarktstatistischen Berichterstattung.

Ergebnisse für die Gesamtwirtschaft des früheren Bundesgebiets sind ab 1950 verfügbar. Für sechs zusammengefasste Wirtschaftsabschnitte liegen Daten ab 1970 vor. Gesamtdeutsche Ergebnisse sind ab 1991 für 64 Wirtschaftsabteilungen verfügbar.

Gesamtwirtschaftliche monatliche Erwerbstätigenzahlen werden bereits 30 Tage nach Monatsende veröffentlicht. Erste Quartalsergebnisse für die Gesamtwirtschaft liegen mit Veröffentlichung des dritten Monatsergebnisses eines Quartals vor, d. h. ebenfalls nach rund 30 Tagen. Ausführliche Quartalsergebnisse werden 45 bis 50 Tage nach Quartalsende publiziert. Diese sind gegliedert nach Stellung im Beruf (Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Selbstständige einschließlich mithelfender Familienangehöriger) und zehn zusammengefassten Wirtschaftsabschnitten (Klassifikation der Wirtschaftszweige Ausgabe 2008). Erste vorläufige Jahresdaten werden wenige Tage nach Jahresablauf veröffentlicht.

Da die Ausgangsdaten, die für die Erwerbstätigenrechnung der VGR benötigt werden, nur sukzessive im Zeitverlauf anfallen und kurzfristig verfügbare Ergebnisse teilweise später korrigiert werden, steigen Vollständigkeit und Zuverlässigkeit der Ausgangsdaten – und damit der Genauigkeitsgrad – mit zunehmendem zeitlichem Abstand zur jeweiligen Berichtsperiode. Es ist daher notwendig, die Daten in mehreren Zeitabständen den jeweils aktuellen Erkenntnissen anzupassen. Mehrjährige Beobachtungen zeigen, dass die ersten vorläufigen Ergebnisse (Bundesrechnung) von den endgültigen Zahlen zur Erwerbstätigkeit um durchschnittlich 0,3 Prozentpunkte nach oben oder unten abweichen. Letztere endgültige Zahlen werden in der Regel rund drei Jahre nach Jahresende publiziert.

Beim Vergleich mit anderen Statistiken ist zu berücksichtigen, dass es sich um zeitraumbezogene Ergebnisse handelt (Monats-, Quartals-, Halbjahres- bzw. Jahresdurchschnittswerte) und nicht um Stichtagsergebnisse oder Ergebnisse, die auf eine Berichtswoche bezogen sind. Indem sie umfangreiche erwerbsstatistische Informationen und aufwendige Kontrollverfahren einbezieht, gilt die Erwerbstätigenzahl der VGR als umfassendster und – vom Verlauf her – als sicherster Indikator für die Bestimmung der Gesamterwerbstätigkeit.

Ausführliche methodische Erläuterungen sowie fachlich und regional tiefer gegliederte Ergebnisse enthalten die Veröffentlichungen der Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ (siehe hierzu auch „Mehr zum Inhalt“ am Ende dieses Kapitels).

Mikrozensus mit integrierter EU-Arbeitskräfteerhebung

Der Mikrozensus ist die größte amtliche Haushaltsbefragung über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt in Deutschland. Seit 1957 – und für die neuen Länder seit 1991 – liefert er entsprechende statistische Informationen.

Bis 2004 bezogen sich die Fragen des Mikrozensus auf die Verhältnisse in einer einzigen Berichtswoche im Frühjahr. Seit 2005 wird der Mikrozensus als kontinuierliche Erhebung mit gleitender Berichtswoche durchgeführt. Bei dieser Erhebungsform verteilt sich das gesamte Befragungsvolumen auf alle Wochen des Jahres, wobei die letzte Woche vor der Befragung die Berichtswoche darstellt. Bei einer gleichmäßigen Verteilung ist es damit grundsätzlich möglich, neben Jahres- auch unterjährige Ergebnisse bereitzustellen.

Der Mikrozensus ist eine unverzichtbare Datenquelle für Parlament, Regierung, Verwaltung, Sozialpartner, Wissenschaft und die gesamte interessierte Öffentlichkeit. Indem er sozioökonomische Eck- und Strukturdaten laufend bereitstellt, schließt er die Datenlücke zwischen den Bevölkerungszensens. Dabei ist er als Mehrzweckstichprobe konzipiert, die zahlreiche unterschiedliche Erhebungsteile als Ersatz für Einzelerhebungen umfasst. Für viele kleinere Erhebungen der Markt- und Meinungsforschung sowie der amtlichen Statistik dient der Mikrozensus als Hochrechnungs-, Adjustierungs- oder Kontrollinstrument.

Die EU-Arbeitskräfteerhebung (Labour Force Survey, LFS) ist seit 1968 Teil des Mikrozensus. Der Europäischen Kommission dient der LFS als wichtiges Instrument für die Bereitstellung von vergleichbaren statistischen Informationen über Niveau, Struktur und Entwicklung von Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union. EU-weite beschäftigungspolitische Ziele werden mit dem LFS gemessen.

Methodik

Der Stichprobenumfang des Mikrozensus beträgt in der Regel 1 % der Bevölkerung. Im Jahr 2010 wurde die Erhebung in etwa 340 000 Haushalten mit rund 699 000 Personen durchgeführt. Die Befragung erfolgt dezentral in den Statistischen Ämtern der Länder mit Hilfe von Interviewerinnen und Interviewern. Diesen stehen Laptops (CAPI) zur Verfügung. Die Befragten haben auch die Möglichkeit, den Fragebogen selbst auszufüllen. Die meisten Erhebungsmerkmale unterliegen der Auskunftspflicht.

Die Stichproben wurden als Zufallsstichproben aus der Volkszählung 1987 (früheres Bundesgebiet) bzw. dem Bevölkerungsregister „Statistik“ (neue Länder) auf Vorrat gezogen. Ihre Aktualisierung erfolgt jährlich anhand der Bautätigkeitsstatistik. Auswahlseinheiten sind Flächen (sogenannte „Auswahlbezirke“) mit durchschnittlich neun Wohnungen (Flächenstichprobe). In den Auswahlbezirken werden alle Personen in Privathaushalten und Gemeinschaftsunterkünften am Haupt- und Nebenwohnsitz erfasst. Für eine hohe Genauigkeit der Ergebnisse wird die Auswahlgrundlage vor Stichprobenziehung nach Gebäudegrößenklassen und Regionaleinheiten mit durchschnittlich 350 000 Einwohnerinnen und Einwohnern geschichtet. Jährlich wird ein Viertel aller in der Stichprobe enthaltenen Auswahlbezirke ausgetauscht, d. h. die Haushalte in den Auswahlbezirken verbleiben bis zu vier Jahre in der Stichprobe („partielle Rotation“).

Die zweistufige Hochrechnung verfolgt das Ziel, zufallsbedingte und systematische Fehler zu reduzieren. Zunächst wird eine Kompensation der bekannten ausgefallenen Haushalte vorgenommen. Anschließend erfolgt eine gebundene Hochrechnung an Eckzahlen aus der laufenden Bevölkerungsfortschreibung.

Aufgrund der Auskunftspflicht liegt die Ausfallquote der Haushalte („Unit-Nonresponse“) im Mikrozensus auf Jahresebene nur bei ca. 5 %. Hierbei handelt es sich überwiegend um nicht erreichbare Personen. Die Quote der Nichtbeantwortung einer Frage bzw. eines Merkmals („Item-Nonresponse“) liegt in den meisten Fällen für wichtige Merkmale deutlich unter 10 %. In Einzelfällen – insbesondere bei sensiblen Merkmalen mit freiwilliger Auskunftserteilung – kann sie aber deutlich höher liegen.

Bei den Ergebnissen des Mikrozensus ist ein Stichprobenfehler zu berücksichtigen. Für hochgerechnete Besetzungszahlen unter 5 000 – d. h. weniger als 50 Fälle in der Stichprobe – geht der einfache relative Standardfehler über 15 % hinaus. Solche Ergebnisse sollten wegen ihres geringen Aussagewertes für Vergleiche nicht herangezogen werden. Besetzungszahlen unter 5 000 werden deshalb bei Veröffentlichungen durch einen Schrägstrich (/) ersetzt.

Der Mikrozensus liefert Informationen über die Erwerbsbeteiligung, den erlernten und ausgeübten Beruf sowie weitere arbeitsplatz- und betriebsbezogene Merkmale. Daten u. a. zur Bevölkerungsstruktur (Demografie), dem Haushalts- und Familienzusammenhang sowie über die Bildung in tiefer fachlicher und regionaler Gliederung stehen ebenfalls zur Verfügung. Die Merkmale der LFS, zu denen auch die zur Erwerbsbeteiligung gehören, werden für die EU-Mitgliedstaaten und eine Reihe weiterer Länder harmonisiert erhoben. Dies bedeutet, die Erhebungen sind europaweit vergleichbar.

Der Erwerbsstatus wird nach dem **Labour-Force-Konzept** erfasst. Dieses hat die Internationale Arbeitsorganisation (International Labour Organization, ILO) entwickelt. In der EU wurde dieses Konzept konkretisiert. Das Konzept stellt die internationale Vergleichbarkeit der Merkmale sicher. Danach wird jeder Person der Bevölkerung ein eindeutiger Erwerbsstatus zugeschrieben: Eine Person ist entweder erwerbstätig oder erwerbslos. Andernfalls zählt sie als Nichterwerbsperson. In die **nationale Berichterstattung** fließen die Erwerbslosenzahlen und -quoten ein, die auf Basis des Mikrozensus bestimmt wurden.

Die weitergehenden Strukturmerkmale des Mikrozensus und darauf basierende Analysen finden Eingang in Hauspublikationen wie den Datenreport (gemeinsam herausgegeben mit „GESIS“ und „WZB“), die Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ und das Online-Magazin „STATmagazin“. Eine detaillierte Darstellung der Ergebnisse des Mikrozensus zum Arbeitsmarkt und ausführliche methodische

Erläuterungen finden sich in der Fachserie 1, Reihe 4.1.1 „Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit“ sowie in Reihe 4.1.2 „Beruf, Ausbildung und Arbeitsbedingungen der Erwerbstätigen“.

Erwerbstätigenzahlen aus der Erwerbstätigenrechnung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) und aus dem Mikrozensus unterscheiden sich, obwohl beide im Einklang mit dem Labour-Force-Konzept ermittelt werden. Dies ist vor allem auf die **methodischen Unterschiede** zwischen beiden Statistiken zurückzuführen:

Der *Mikrozensus* ist als Stichprobe mit einer statistischen Unschärfe behaftet, dem Stichprobenzufallsfehler. Da die Stichprobe des Mikrozensus sehr groß angelegt ist, ist diese Unschärfe allerdings bei der Zahl der Erwerbstätigen vergleichsweise gering.

Das *Labour-Force-Konzept* zur Erwerbstätigkeit weicht deutlich vom Alltagsverständnis ab. Die Erfassung ist daher in Haushaltsbefragungen problematisch, wenn die Befragten sich beispielsweise hauptsächlich als Rentnerinnen und Rentner, Arbeitslose, Hausfrauen oder Studierende verstehen und kleinere Nebentätigkeiten im Interview deswegen nicht angeben.

Die *Erwerbstätigenrechnung* greift dagegen im Bereich kleinerer Tätigkeiten überwiegend auf die Angaben aus den gesetzlich vorgeschriebenen Meldungen zur „geringfügigen Beschäftigung“ zurück. Sie zielt generell darauf ab, ein möglichst umfassendes Bild der Erwerbstätigkeit aus ökonomischer Sicht zu erlangen.

Die unterschiedlichen methodischen Ansätze implizieren unterschiedliche Anwendungsgebiete beider Erhebungen. Für die Betrachtung konjunktureller und gesamtwirtschaftlicher Entwicklungen der Erwerbstätigkeit wird die Zahl aus der Erwerbstätigenrechnung herangezogen. Die Arbeitskräfteerhebung bzw. der Mikrozensus werden dagegen meist verwendet für europäische Vergleiche sowie für differenziertere Analysen von Teilpopulationen.

■ Personal des öffentlichen Dienstes

Die Personalstandstatistik erhebt Daten zum Personal der öffentlichen Arbeitgeber. Rechtsgrundlage für die Statistiken der öffentlichen Finanzen und des Personals im öffentlichen Dienst ist das Gesetz über die Statistiken der öffentlichen Finanzen und des Personals im öffentlichen Dienst (Finanz- und Personalstatistikgesetz – FPStatG).

Die Personalstandstatistik liefert Daten über die Beschäftigten der öffentlichen Arbeitgeber, die in einem unmittelbaren Dienst- oder Arbeitsvertragsverhältnis mit der jeweiligen Einrichtung stehen. Die öffentlichen Arbeitgeber umfassen den öffentlichen Dienst und die rechtlich selbstständigen Einrichtungen in privater Rechtsform mit überwiegend öffentlicher Beteiligung. Zum öffentlichen Dienst gehören der Bund, die Länder, die Gemeinden/Gemeindeverbände, das Bundes-eisenbahnvermögen, die Sozialversicherungsträger einschließlich der Bundesagentur für Arbeit und die öffentlich bestimmten rechtlich selbstständigen Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform.

Die Personalstandstatistik ist Grundlage für politische Entscheidungen zur Weiterentwicklung des Dienst-, Besoldungs-, Tarif- und Versorgungsrechts. Die Ergebnisse sind ferner Grundlage für Benchmarking, insbesondere im kommunalen Bereich. Sie werden von Ländern und Gemeinden genutzt, um Rationalisierungspotenziale zu erkennen. Die Personalstandstatistik bildet die Basis für Berechnungen im Zusammenhang mit künftigen Versorgungsausgaben und dient der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes und der Länder. Darüber hinaus fließen ihre Ergebnisse in die Erwerbstätigenrechnung und die Arbeitsmarktstatistiken der Bundesagentur für Arbeit ein.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken finden Sie in unseren „Qualitätsberichten“ (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

■ Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Die **Beschäftigungsstatistik** der Bundesagentur für Arbeit (BA) beruht auf dem „Gemeinsamen Meldeverfahren zur gesetzlichen Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung“. Dieses wurde mit Wirkung vom 1.1.1973 im früheren Bundesgebiet eingeführt, nach der Wiedervereinigung auch in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Eine vollständige Überarbeitung und Neugestaltung des Verfahrens erfolgte zum 1.1.1999. Dieses Verfahren verlangt von den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern für alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten einheitliche Meldungen an die Sozialversicherungsträger über demografische, erwerbsstatistische und sozialversicherungsrechtliche Tatbestände. Die maschinelle Verarbeitung der anfallenden Betriebsmeldungen ermöglicht sowohl Auswertungen zur kurzfristigen, laufenden Arbeitsmarkt- und Konjunkturbeobachtung als auch weitergehende Strukturanalysen und -vergleiche in größeren Zeitabständen.

Vierteljährliche Bestandsergebnisse zum Quartalsende für das frühere Bundesgebiet liegen seit dem Stichtag 30.6.1974 vor, für die neuen Länder und Berlin-Ost – von gewissen Einschränkungen der Merkmalsgliederungen abgesehen – seit dem 31.3.1992.

Die Daten werden in einem mehrstufigen Verwaltungsverfahren erhoben. Die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber übermitteln ihre Meldungen in der Regel an die zuständigen Krankenkassen. Diese prüfen die Meldungen auf formale und inhaltliche Richtigkeit und nehmen – falls erforderlich – Korrekturen vor. Die von den Krankenkassen geprüften Daten werden an die Datenstellen der Rentenversicherung weitergeleitet.

Nach einer weiteren Prüfung werden die Daten, die für die Arbeitsverwaltung relevant sind, an die BA übermittelt. Diese führt für jede versicherte Person unter ihrer Versicherungsnummer ein Versichertenkonto, auf dem alle eingehenden Meldungen in der Reihenfolge des Wirksamkeitsdatums gespeichert werden. Diese Versichertendatei („Register“) bildet die Grundlage stichtagsbezogener Auszahlungen für statistische Zwecke.

Der Beschäftigtenbestand wird vierteljährlich durch eine automatisierte Auswertung der Versichertenkonten durchgeführt, jeweils sechs Monate nach dem Berichtstichtag (jeweils letzter Tag eines Quartals). Die Wartezeit von sechs Monaten zwischen Berichtstichtag und Auszahlungszeitpunkt ist ein Kompromiss zwischen größtmöglicher Aktualität der Ergebnisse und möglichst vollständiger Erfassung aller für den Berichtstichtag relevanten Meldungen. Erfahrungsgemäß liegen der BA nach sechs Monaten etwa 95 % der Meldungen vor.

Die BA stellt dem Statistischen Bundesamt und den Statistischen Ämtern der Länder über eine online zugängliche Datenbank das Datenmaterial zur Verfügung. Das Statistische Bundesamt nutzt die Daten insbesondere für Auswertungen im Rahmen des erwerbsstatistischen Berichtssystems. Die Statistischen Ämter der Länder nutzen sie für vertiefte Regionalanalysen.

Verfahrensbedingt gelten die vierteljährlichen Bestandsergebnisse für einen Zeitraum von drei Jahren als vorläufig. Während dieses Zeitraums kann die BA sie ändern.

Als Registerauswertung ermöglicht die Beschäftigungsstatistik gegenüber den Stichprobenerhebungen eine weitaus tiefere Differenzierung in den Merkmalskombinationen, vor allem nach Regionen und wirtschaftlichem Schwerpunkt der Betriebe.

Bezogen auf die Zahl aller Erwerbstätigen laut ETR stellen die voll sozialversicherungspflichtig Beschäftigten einen Anteil von knapp 68 %. Berücksichtigt man zusätzlich die geringfügig entlohnten Beschäftigten, für die auch Sozialabgaben geleistet werden, erhöht sich dieser Anteil auf rund 80 %.

Abweichungen zu Ergebnissen anderer erwerbsstatistischer Quellen (z. B. dem Mikrozensus) beruhen auf methodischen und konzeptionellen Unterschieden. Diese betreffen u. a. den Berichtszeitraum (Stichtag, Zeitraum, Berichtswoche),

den Berichtsweg (Betriebsmeldung, Selbstauskünfte von Haushalten) und die Abgrenzung der Erhebungseinheiten (Arbeitsort, Wohnort).

Ausführliche methodische Erläuterungen sowie fachlich und regional tiefer gegliederte Ergebnisse sind bei der Bundesagentur für Arbeit erhältlich. Entsprechende Informationen im Internetangebot der BA finden Sie unter: <http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Themen/Beschaeftigung/Beschaeftigung-Nav.html>

Die **Statistik der geringfügigen Beschäftigung** umfasst zum einen die geringfügig entlohnte Beschäftigung mit einem Monatsverdienst von bis zu 400 Euro (Minijobs). Eine Zeitgrenze (vormals weniger als 15 Stunden in der Woche) gibt es nicht mehr. Zum anderen zählt die kurzfristige Beschäftigung mit weniger als 50 Arbeitstagen pro Kalenderjahr zur geringfügigen Beschäftigung.

Die Grundlage der Statistik der geringfügigen Beschäftigung bildet das Meldeverfahren für sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Seit dem 1.4.1999 sind für geringfügig beschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer grundsätzlich die gleichen Meldungen zu erstatten wie für sozialversicherungspflichtig Beschäftigte.

Eine weitere Neuregelung zur geringfügigen Beschäftigung durch die Hartz-Gesetze erfolgte am 1.4.2003. Danach ist neben einer sozialversicherungspflichtigen Hauptbeschäftigung die Ausübung einer geringfügigen Beschäftigung möglich (Nebenjob), ohne dass sie durch die Zusammenrechnung mit der Hauptbeschäftigung sozialversicherungspflichtig wird. Der Arbeitslohn aus einer geringfügigen Beschäftigung bleibt für Arbeitnehmerin und Arbeitnehmer steuer- und abgabenfrei, wenn die Arbeitgeberin bzw. der Arbeitgeber den Pauschalbeitrag entrichtet und die Einkünfte der Arbeitnehmerin bzw. des Arbeitnehmers zusammen monatlich 400 Euro nicht übersteigen.

Die statistischen Informationen werden nur noch an eine zentrale Stelle entrichtet, die „Minijob-Zentrale der Bundesknappschaft“ in Essen.

Auf der Basis der Meldungen über geringfügig Beschäftigte kann jeweils für das Quartalsende nach einer Wartezeit von wenigstens sechs Monaten eine zuverlässige Statistik erstellt werden.

Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder veröffentlichen Ergebnisse zu „geringfügig entlohnten Beschäftigten“ (ausschließlich und im Nebenjob). Daten zur „kurzfristigen Beschäftigung“ werden nicht aufbereitet. Quartalsauswertungen zur geringfügig entlohnten Beschäftigung stehen für das frühere Bundesgebiet und die neuen Länder ab 30.6.1999 zur Verfügung.

Die Ergebnisse zu den geringfügig Beschäftigten gelten für einen Zeitraum von drei Jahren als vorläufig. Während dieses Zeitraums kann die BA sie ändern.

■ Arbeitslose

Der gesetzliche Auftrag, die Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes zu beschreiben und Statistiken zu erstellen, ist im Sozialgesetzbuch formuliert (§ 280 SGB III und § 53 SGB II).

Datengrundlage für die Erstellung der **Statistik über Arbeitslose und Arbeitsuchende** sind die Meldungen der Arbeitslosen und Arbeitsuchenden bei den Agenturen für Arbeit und den Jobcentern (gemeinsame Einrichtungen und zugelassene kommunale Träger). Diese Statistik ist damit eine Vollerhebung und umfasst alle bei den zuständigen Trägern gemeldeten Personen.

Grundlage für die **Statistik der gemeldeten Arbeitsstellen** sind bei den Agenturen für Arbeit und Jobcentern darüber hinaus die Stellenangebote, die zur Vermittlung freigegeben wurden.

Methodik

Ergebnisse über Arbeitslose, Arbeitslosenquoten und gemeldete Stellen/Arbeitsstellen sind für das frühere Bundesgebiet ab 1950 verfügbar. Für die neuen Länder liegen vergleichbare Ergebnisse ab 1991 vor.

Beim langfristigen Vergleich dieser Ergebnisse ist zu beachten, dass die Aussagekraft durch folgende verwaltungsrechtliche Maßnahmen und Reformen eingeschränkt ist:

Bei den Statistiken der Bundesagentur für Arbeit (BA) wurden bei der Darstellung von Ergebnissen ab Januar 2003 die beiden Teilgebiete Deutschlands als Westdeutschland (früheres Bundesgebiet ohne Berlin) und Ostdeutschland (neue Länder und Berlin) abgegrenzt. In dieser Regionalabgrenzung stehen Daten ab dem Berichtsjahr 1991 als rückgerechnete Ergebnisse zur Verfügung und werden im Folgenden entsprechend berücksichtigt.

Darüber hinaus haben sich die Grundlagen der Arbeitsmarktstatistik mit der Einführung des SGB II ab dem 1.1.2005 in Deutschland geändert. Bis Ende 2004 basierten die Statistiken allein auf den Geschäftsdaten der Agenturen für Arbeit. Nach der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe sind die Agenturen nur noch für einen Teil der Arbeitslosen zuständig. Als Träger der neuen Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II treten mit den Jobcentern (gemeinsame Einrichtungen und zugelassene kommunale Träger) weitere Akteure auf den Arbeitsmarkt.

Zur Sicherung der Vergleichbarkeit und Qualität der Statistik wurde die BA im SGB II beauftragt, die bisherige Arbeitsmarktstatistik unter Einbeziehung der Grundsicherung für Arbeitsuchende weiter zu führen. Dabei wird die Definition der Arbeitslosigkeit aus dem SGB III beibehalten. Weitere Definitionen und Abgrenzungen hinsichtlich der dargestellten Personengruppen, arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und ausgewiesenen Größen sind im Sozialgesetzbuch (SGB III und IV) festgelegt.

Die Daten zur Arbeitslosigkeit speisen sich daher ab Januar 2005 aus dem IT-Fachverfahren der BA, aus als plausibel bewerteten Datenlieferungen zugelassener kommunaler Träger und – sofern keine plausiblen Daten geliefert wurden – aus ergänzenden Schätzungen. Ab Berichtsmontat Januar 2007 werden diese Daten integriert verarbeitet (vorher additiv).

Außerdem wurde der Erhebungsstichtag der Statistiken der BA ab 2005 auf die Monatsmitte gelegt. Bis dahin wurden statistische Erhebungen jeweils am Monatsende durchgeführt. Damit kann in der Regel schon am Ende des Monats über den Arbeitsmarkt berichtet werden. Zudem passen Monatsmittezahlen besser zu den Monatsdurchschnittswerten der Arbeitsmarktstatistik des Statistischen Bundesamtes nach dem Konzept der ILO.

Für Zwecke der kurzfristigen Arbeitsmarktbeobachtung veröffentlicht die BA monatlich u. a. die Zahl der registrierten Arbeitslosen, Arbeitslosenquoten und gemeldete Arbeitsstellen nach ausgewählten Merkmalen sowie die Zahl der Kurzarbeiterinnen und Kurzarbeiter.

In der Statistik der gemeldeten Arbeitsstellen erfasst die BA die Zahl der Stellenangebote, die ihr von Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern zur Vermittlung gemeldet wurden. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung bestimmt durch die Befragung einer repräsentativen Stichprobe von Betrieben das gesamtwirtschaftliche Stellenangebot. Seit 2006 erfolgt die Befragung quartalsweise und die Ergebnisse fließen u. a. in die EU-Statistik für offene Stellen ein.

Nach den Ergebnissen dieser Betriebsbefragung erfasst die BA mit den ihr gemeldeten Arbeitsstellen rund die Hälfte des gesamten Stellenangebots. Insofern hat die BA-Monatsstatistik der gemeldeten Arbeitsstellen zwar ihre Bedeutung als Konjunkturindikator, ist aber zur Feststellung des tatsächlichen Arbeitskräftebedarfs der Wirtschaft nur begrenzt geeignet.

Die monatliche Arbeitsmarktberichterstattung über die Bestandsergebnisse der Arbeitslosen und die Arbeitslosenquoten sowie deren Veränderung sind von

höchstem politischem und öffentlichem Interesse. Diese hochaktuellen Arbeitsmarktdaten werden – gemeinsam mit den Erwerbstätigen- und Erwerbslosenendaten des Statistischen Bundesamtes – als wichtigste Indikatoren für die Beurteilung der Lage auf dem Arbeitsmarkt herangezogen. Allerdings eignen sich die Daten der BA nur für die nationale Arbeitsmarktbeobachtung. Wegen der von Land zu Land sehr unterschiedlichen Gesetzgebungen und Verwaltungspraktiken ist ihre Aussagekraft für internationale Vergleiche stark eingeschränkt.

Aus diesem Grund werden für zwischenstaatliche Vergleiche die Daten der Erwerbslosen nach der ILO-Definition aus dem Mikrozensus bzw. der Arbeitskräftestichprobe in der Europäischen Union verwendet.

Ausführliche methodische Hinweise können Sie den Monats-, Methoden- und Qualitätsberichten der BA entnehmen.

Diese sowie weitere statistische Informationen finden Sie im Internetangebot der BA unter www.statistik.arbeitsagentur.de

Glossar

Abhängig Beschäftigte/abhängig Erwerbstätige/Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer | Personen, die ihre Haupttätigkeit auf vertraglicher Basis für eine Arbeitgeberin bzw. einen Arbeitgeber in einem abhängigen Arbeitsverhältnis ausüben und hierfür eine Vergütung erhalten. Nicht von Bedeutung dabei ist der zeitliche Umfang der ausgeübten Tätigkeit oder ob aus dieser der überwiegende Lebensunterhalt bestritten werden kann.

Altersteilzeit | Sie ermöglicht älteren Beschäftigten eine frühere Beendigung des aktiven Berufslebens (Blockmodell) oder einen gleitenden Übergang in den Ruhestand (Teilzeitmodell). Während der Gesamtlaufzeit der Altersteilzeit wird die Arbeitszeit auf die Hälfte der bisherigen Arbeitszeit reduziert. Die Personalstandstatistik weist alle Altersteilzeitbeschäftigten als Teilzeitbeschäftigte nach – unabhängig davon, welches Modell gewählt wurde und in welcher Phase sie sich befinden.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer | *Erwerbstätigenrechnung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen* | Dazu zählen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Personen in beruflicher Ausbildung einschließlich Praktikantinnen und Praktikanten sowie Volontärinnen und Volontäre, Führungskräfte und Hauspersonal. Ebenfalls den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zugeordnet werden geringfügig entlohnte Beschäftigte, Beamtinnen und Beamte einschließlich Richterinnen und Richter, Soldatinnen und Soldaten, Wehrpflichtige, Zivildienstleistende sowie – nach Aussetzung der Wehrpflicht – Personen im freiwilligen Wehrdienst und Freiwilligendienst sowie Anteilseignerinnen und Anteilseigner von Kapitalgesellschaften, wenn sie in diesen Gesellschaften arbeiten. Auch dazu zählen Heimarbeiterinnen und Heimarbeiter, Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter sowie Personen in Beschäftigungsprogrammen, z. B. von den Arbeitsagenturen geförderte Beschäftigungen wie „Ein-Euro-Jobs“. Personen, die vorübergehend nicht arbeiten, gelten ebenfalls als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sofern sie formell mit ihrem Arbeitsplatz verbunden sind (z. B. Urlaub, Krankheit, Streik, Elternurlaub, Altersteilzeit in Freistellungsphase usw.).

Personalstandstatistik | Das sind Beschäftigte in einem privatrechtlichen Arbeitsverhältnis. Hierunter fallen Angestellte, Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Dienstordnungsangestellte. Beamtinnen und Beamte sind nicht enthalten.

Arbeitslose | Alle in der Bundesrepublik Deutschland wohnenden und bei der Agentur für Arbeit bzw. Jobcentern (SGB II § 6d) registrierten Arbeitssuchenden, die nicht jünger als 15 Jahre sind und die Altersgrenze für den Renteneintritt noch nicht erreicht haben, keine Beschäftigung haben oder weniger als 15 Wochenstunden arbeiten und eine versicherungspflichtige, mindestens 15 Stunden wöchentlich umfassende Beschäftigung suchen. Sie müssen dabei den Vermittlungsbemühungen der Arbeitsagenturen bzw. Jobcentern zur Verfügung stehen. Für Hilfebedürftige nach dem SGB II findet nach § 53 a (1) SGB II die Arbeitslosendefinition des § 16 SGB III sinngemäß Anwendung.

Arbeitslose Ausländerinnen und Ausländer | Nichtdeutsche Arbeitslose, die eine Arbeitnehmertätigkeit in Deutschland ausüben dürfen. Staatenlose und Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit werden unter „keine Angabe“ ausgewiesen.

Arbeitslose Schwerbehinderte | Schwerbehinderte im Sinne des § 2 (2) SGB IX sind Personen, die über einen Grad der Behinderung von wenigstens 50 verfügen. Den schwerbehinderten Menschen gleichgestellt sind behinderte Menschen mit einem Grad der Behinderung von weniger als 50, aber wenigstens 30, wenn sie infolge ihrer Behinderung ohne die Gleichstellung einen geeigneten Arbeitsplatz im Sinne des § 73 SGB IX nicht erlangen oder nicht behalten können.

Arbeitslosenquote | Sie zeigen die relative Unterauslastung des Arbeitskräfteangebots an, indem sie die Arbeitslosen zu den Erwerbspersonen (Erwerbstätige plus Arbeitslose) in Beziehung setzen. Der Kreis der Erwerbstätigen als ein Teil der Bezugsgröße kann unterschiedlich abgegrenzt werden:

- Alle zivilen Erwerbstätigen: Sie ergeben sich aus der Summe der abhängigen Erwerbstätigen (ohne Soldatinnen und Soldaten) sowie der Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen.
- Alle abhängigen zivilen Erwerbspersonen: Sie ergeben sich aus der Summe der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (einschließlich Auszubildender), der

geringfügig Beschäftigten, der Beamtinnen und Beamten (ohne Soldatinnen und Soldaten), der Personen in Arbeitsgelegenheiten und der auspendelnden Grenzarbeiterinnen und Grenzarbeiter. Diese Art der Quotenberechnung hat in Deutschland die längere Tradition (seit 1950).

Aufgabenbereich | Die Untergliederung erfolgt in Abstimmung mit der Finanzstatistik auf der Grundlage des geltenden staatlichen Funktionenplans bzw. des kommunalen Gliederungsplans oder Produktrahmens. Die Zusammenfassung der staatlichen und kommunalen Aufgabenbereiche wird entsprechend dem Schlüssel der Finanzstatistik vorgenommen.

Auszubildende | Das sind Personen in anerkannten Ausbildungsberufen, die in praktischer Berufsausbildung stehen (einschließlich Praktikantinnen und Praktikanten sowie Volontärinnen und Volontäre).

Beamtinnen und Beamte | *Erwerbstätigenrechnung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen* | Personen in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis des Bundes, der Länder, der Gemeinden und sonstiger Körperschaften des öffentlichen Rechts (einschließlich der Beamtenanwärterinnen und Beamtenanwärter und der Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst), Richterinnen und Richter sowie Soldatinnen und Soldaten. Nach den Definitionen, die in der Erwerbstätigenrechnung der VGR verwendet werden, werden – anders als im Mikrozensus und in der Personalstandstatistik – auch die Zivildienstleistenden den Beamtinnen und Beamten zugeordnet.

Personalstandstatistik | Bedienstete, die durch eine Ernennungsurkunde in das Beamtenverhältnis berufen worden sind, einschließlich der Beamtinnen und Beamten in Ausbildung und der Bezieherinnen und Bezieher von Amtsgehalt.

Soldatinnen und Soldaten | Berufs- und Zeitsoldatinnen und -soldaten. Wehrdienstleistende sind nicht enthalten.

Bundesbereich | Personal des Bundes sowie der Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform, die unter der Rechtsaufsicht des Bundes stehen, ohne Sozialversicherungsträger und Bundesagentur für Arbeit (Öffentlicher Dienst im Bundesbereich).

Einstufung | Die Beschäftigten sind bei den einzelnen Besoldungs- und Entgeltgruppen nachgewiesen, die für die Auszahlung der Bezüge zum Zeitpunkt des Berichtsstichtags maßgeblich waren.

Erwerbstätigenquote | Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren.

Beteiligung am Erwerbsleben (Erwerbskonzept) | Nach dem Labour-Force-Konzept der ILO gliedert sich die Bevölkerung nach ihrer Beteiligung am Erwerbsleben in Erwerbspersonen und Nichterwerbspersonen.

Erwerbslose | Personen ohne Erwerbstätigkeit im Alter von 15 bis 74 Jahren, die sich in den letzten vier Wochen aktiv um eine Arbeitsstelle bemüht haben und sofort, d. h. innerhalb von zwei Wochen, für die Aufnahme einer Tätigkeit zur Verfügung stehen. Dabei spielt es keine Rolle, ob sie bei einer Arbeitsagentur als arbeitslos gemeldet sind oder nicht. Diese Abgrenzung folgt dem Labour-Force-Konzept der ILO. Die Unterschiede zwischen den Erwerbslosen und den Arbeitslosen der Bundesagentur für Arbeit sind erheblich. Einerseits können nicht bei den Arbeitsagenturen registrierte Arbeitssuchende erwerbslos sein. Andererseits zählen Arbeitslose, die eine Tätigkeit von weniger als 15 Wochenstunden ausüben nach ILO-Definition nicht als Erwerbslose sondern als Erwerbstätige.

Erwerbslosenquote | Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen.

Erwerbspersonen | Personen im Alter von 15 Jahren und mehr mit Wohnsitz in Deutschland (Inländerkonzept), die eine unmittelbar oder mittelbar auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben oder suchen (Selbstständige, mithelfende Familienangehörige, abhängig Beschäftigte), unabhängig von der Bedeutung des Ertrages

dieser Tätigkeit für ihren Lebensunterhalt und ohne Rücksicht auf den Umfang der von ihnen tatsächlich geleisteten oder vertragsmäßig zu leistenden Arbeitszeit. Erwerbspersonen setzen sich aus den Erwerbstätigen und Erwerbslosen zusammen.

Erwerbstätige | Personen im Alter von 15 Jahren und mehr, die im Berichtszeitraum wenigstens eine Stunde für Lohn oder sonstiges Entgelt irgendeiner beruflichen Tätigkeit nachgehen bzw. in einem Arbeitsverhältnis stehen (Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einschließlich Soldatinnen und Soldaten sowie mithelfende Familienangehörige), selbstständig ein Gewerbe oder eine Landwirtschaft betreiben oder einen freien Beruf ausüben. Je nach Verwendungszweck werden die Erwerbstätigen mit Wohnsitz in Deutschland (Inländerkonzept) oder mit Arbeitsort in Deutschland (Inlandskonzept) dargestellt.

Freie Berufe | Tätigkeiten, die wissenschaftlich, beratend, künstlerisch, erziehend, unterrichtend bzw. mit sonstigen geistigen Dienstleistungen verbunden sind. Unterschieden werden können Selbstständige in Freien Berufen und mithelfende Familienangehörige sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Freien Berufen. Die Definition der Selbstständigen in Freien Berufen regelt das Einkommensteuergesetz (EStG) gemäß § 18, Abs. 1. Nr. 1 (sogenannte „Katalogberufe“). Freie Berufe sind nicht gewerbesteuerpflichtig. Im EStG genannt werden die Heilberufe (einschließlich Tierärztinnen und Tierärzten), rechts-, steuer- und wirtschaftsberatende Berufe, naturwissenschaftlich-technische Berufe (z. B. Ingenieurinnen und Ingenieure, Architektinnen und Architekten) sowie informationsvermittelnde Berufe und Kulturbederufe (z. B. Journalistinnen und Journalisten, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Künstlerinnen und Künstler, Lehrerinnen und Lehrer).

Geleistete Arbeitsstunden | Alle effektiv geleisteten Arbeitsstunden von erwerbstätigen Personen, die einen Arbeitsplatz in Deutschland haben, unabhängig von deren Wohnort. Ergebnisse der Arbeitszeitrechnung stellt das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) bereit. Zur Berechnung der durchschnittlichen tatsächlich geleisteten Arbeitszeit werden kalendermäßige Vorgaben, tarifliche Vorgaben (wöchentliche Arbeitszeit, Urlaub), konjunkturelle Einflüsse (Kurzarbeit, bezahlte Überstunden, Arbeitszeitkontensalden), Krankenstand, Ausfälle durch Schlechtwetter und Arbeitskampf sowie Teilzeitbeschäftigung (einschließlich geringfügiger Beschäftigung) berücksichtigt. Als Quellen werden neben den Geschäftsstatistiken der BA Statistiken des Statistischen Bundesamtes, das Tarifarchiv des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI), die Krankenstandstatistik des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) und eigene Erhebungen des IAB verwendet.

Gemeldete Arbeitsstellen | Sozialversicherungspflichtige, geringfügige oder sonstige Stellen mit einer vorgesehenen Beschäftigungsdauer von mehr als sieben Tagen, die den Arbeitsagenturen und den gemeinsamen Einrichtungen (§ 44b SGB II) zur Besetzung gemeldet wurden. Da keine generelle Meldepflicht besteht, handelt es sich nur um einen Teil des gesamtwirtschaftlichen Stellenangebots.

Geringfügige Beschäftigung | Es werden nach § 8 (1) SGB IV zwei Arten von geringfügigen Beschäftigungen im Bereich der Beschäftigungsstatistik unterschieden:

- Geringfügig entlohnte Beschäftigung: Eine geringfügig entlohnte Beschäftigung nach § 8 (1) Nr. 1 SGB IV liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt aus dieser Beschäftigung (§ 14 SGB IV) regelmäßig im Monat 400 Euro nicht überschreitet. Diese Beschäftigung kann ausschließlich oder als Nebenjob zu einer voll sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung ausgeübt werden.
- Kurzfristige Beschäftigung: Eine kurzfristige Beschäftigung liegt nach § 8 (1) Nr. 2 SGB IV vor, wenn die Beschäftigung für eine Zeitdauer ausgeübt wird, die im Kalenderjahr nicht mehr als zwei Monate oder insgesamt 50 Arbeitstage überschreitet.

Kommunaler Bereich | Personal der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie der Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform, die unter der Rechtsaufsicht der Kommunen stehen (Öffentlicher Dienst im kommunalen Bereich).

Landesbereich | Personal der Länder sowie der Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform, die unter der Rechtsaufsicht der Länder stehen, ohne Sozialversicherungsträger (Öffentlicher Dienst im Landesbereich).

Langzeitarbeitslose | Alle Personen, die am jeweiligen Stichtag der Zählung ein Jahr und mehr bei den Arbeitsagenturen oder Jobcentern arbeitslos gemeldet waren.

Mithelfende Familienangehörige | Familienangehörige, die mithelfen in einem landwirtschaftlichen oder nichtlandwirtschaftlichen Betrieb, der von einem Familienmitglied als Selbstständige bzw. als Selbstständiger geleitet wird. Sie erhalten hierfür keinen Lohn bzw. kein Gehalt. Für sie werden keine Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung gezahlt.

Nichterwerbspersonen | Personen, die nach dem ILO-Konzept weder als erwerbstätig noch als erwerbslos einzustufen sind.

Öffentlicher Dienst | Bund, Länder und Gemeinden/Gemeindeverbände, das Bundesbahnen, die Sozialversicherungsträger einschließlich der Bundesagentur für Arbeit und die öffentlich bestimmten rechtlich selbstständigen Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform.

Personal im öffentlichen Dienst | Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter, Soldatinnen und Soldaten, Angestellte und Arbeiterinnen und Arbeiter einschließlich des Personals in Ausbildung. Nicht enthalten sind geringfügig Beschäftigte, Arbeitsmöglichkeiten nach § 16 Abs. 3 SGB II („Ein-Euro-Jobs“) sowie Freiwilligendienste.

Richterinnen und Richter | Berufsrichterinnen bzw. -richter im Sinne des Deutschen Richtergesetzes.

Selbstständige | Personen, die einen Betrieb oder eine Arbeitsstätte gewerblicher oder landwirtschaftlicher Art wirtschaftlich und organisatorisch als Eigentümerinnen und Eigentümer oder Pächterinnen und Pächter leiten (einschließlich selbstständiger Handwerkerinnen und Handwerker) sowie alle freiberuflich Tätigen, Hausgewerbetreibenden und Zwischenmeisterinnen und Zwischenmeister. Zu den Selbstständigen zählen auch von den Arbeitsagenturen geförderte Selbstständige, z. B. Empfängerinnen und Empfänger von Einstiegs- und Gründungszuschuss.

Sozialversicherung | Sozialversicherungsträger und Bundesagentur für Arbeit. In Anlehnung an die Finanzstatistik und die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wird dieser Bereich gesondert dargestellt, obwohl es sich um Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform handelt, die unter der Rechtsaufsicht von Bund und Ländern stehen.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte | Alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die kranken-, renten-, pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig nach dem Recht der Arbeitsförderung (SGB III) sind oder für die Beitragsanteile zur gesetzlichen Rentenversicherungen oder nach dem SGB III zu zahlen sind. Dazu gehören auch insbesondere Auszubildende, Altersteilzeitbeschäftigte, Praktikantinnen und Praktikanten, Werkstudentinnen und Werkstudenten und Personen, die aus einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis zur Ableistung von gesetzlichen Dienstpflichten (z. B. Wehrübung) einberufen werden.

Teilzeitbeschäftigte | Beschäftigte, deren regelmäßige Arbeitszeit weniger als die übliche volle Wochenarbeitszeit einer vollzeitbeschäftigten Person beträgt (einschließlich aller Beschäftigten in Altersteilzeit, unabhängig vom gewählten Modell).

Vollzeitbeschäftigte | Beschäftigte, deren regelmäßige Arbeitszeit die übliche volle Wochenarbeitsstundenzahl beträgt (bei Lehrkräften entsprechende Anzahl von Wochenlehrstunden). Als Vollzeitbeschäftigte gelten auch diejenigen, deren Arbeitszeit aus arbeitsmarktpolitischen Gründen auf Grundlage eines Anwendungstarifvertrags verkürzt wurde, die ansonsten aber die für sie tarifvertraglich höchst mögliche Arbeitszeit vereinbart haben. Nicht enthalten sind Beschäftigte in Altersteilzeit, auch wenn sie sich in der Arbeitsphase des Blockmodells befinden.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Standardveröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen kostenfrei downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 190 amtlichen Statistiken. Daten zum *Arbeitsmarkt* finden Sie unter dem Menüpunkt › Themen, Code 13, Daten zum *Personal des öffentlichen Dienstes* unter Code 74

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung / Erwerbstätige und Erwerbslose

Fachserie 1 Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

- Reihe 4.1.1 | Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit
- Reihe 4.1.2 | Beruf, Ausbildung und Arbeitsbedingungen der Erwerbstätigen

Wirtschaft und Statistik

- Heft 2/11 | Der Eintritt junger Menschen in das Erwerbsleben
- Heft 4/11 | Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Heft 5/11 | Frauen in Führungspositionen

■ Personal des öffentlichen Dienstes

Fachserie 14 Finanzen und Steuern

- Reihe 6 | Personal des öffentlichen Dienstes

Wirtschaft und Statistik

- Heft 11/11 | Entwicklung der Beschäftigung im öffentlichen Dienst

■ Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte / Arbeitslose

Bundesagentur für Arbeit – Statistik (www.statistik.arbeitsagentur.de)

■ Themenübergreifend

Fachserie 18 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

- Reihe 1.2 | Inlandsproduktsberechnung – Vierteljahresergebnisse
- Reihe 1.4 | Inlandsproduktsberechnung – Detaillierte Jahresergebnisse
- Reihe 1.5 | Inlandsproduktsberechnung – Lange Reihen ab 1970

Wirtschaft und Statistik

- Heft 3/10 | Der Arbeitsmarkt im Zeichen der Finanz- und Wirtschaftskrise
- Heft 9/10 | Qualität der Arbeit – ein international vereinbarter Indikatorenrahmen
- Heft 8/11 | Trendschätzung für die monatlichen Arbeitsmarktzeitreihen des Mikrozensus
- Heft 11/11 | Geringfügige Beschäftigung in Mikrozensus und Beschäftigungsstatistik
- Heft 11/11 | Statistische Messung des Arbeitseinsatzes
- Heft 4/12 | Ungenutztes Arbeitskräftepotential in der Stillen Reserve
- Heft 5/12 | Die deutsche Erwerbstätigenrechnung für Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen und Arbeitsmarktstatistik

Broschüren

- | Qualität der Arbeit (2012)

Mehr zum Thema

■ Themenübergreifend

STATmagazin

Alles beim Alten: Mütter stellen Erwerbstätigkeit hinten an (2010)
Arbeiten, wenn andere schlafen (2010)
Befristete Beschäftigung: jeder elfte Vertrag hat ein Verfallsdatum (2010)
Rund neun Millionen Menschen wünschen sich (mehr) Arbeit (2010)
Später in den Ruhestand? (2010)
Licht und Schatten am Arbeitsmarkt (2012)

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter +49 (0)6 11 / 75 48 68

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.





14 Verdienste und Arbeitskosten

Vollzeitbeschäftigte verdienen durchschnittlich knapp **44 000 Euro** brutto im Jahr | **Stundenverdienste im früheren Bundesgebiet** fast **ein Drittel höher** als in **neuen Ländern** | **Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in leitender Stellung** verdienen **drei Mal so viel** wie **Ungelernte** | Eine **Stunde Arbeit kostet** in Deutschland durchschnittlich knapp **30 Euro** | Tatsächlich **gezahlte Verdienste** stiegen 2010 und 2011 **stärker** als **Tarifverdienste** | In **elf Branchen** existiert gesetzlicher **Mindestlohn**

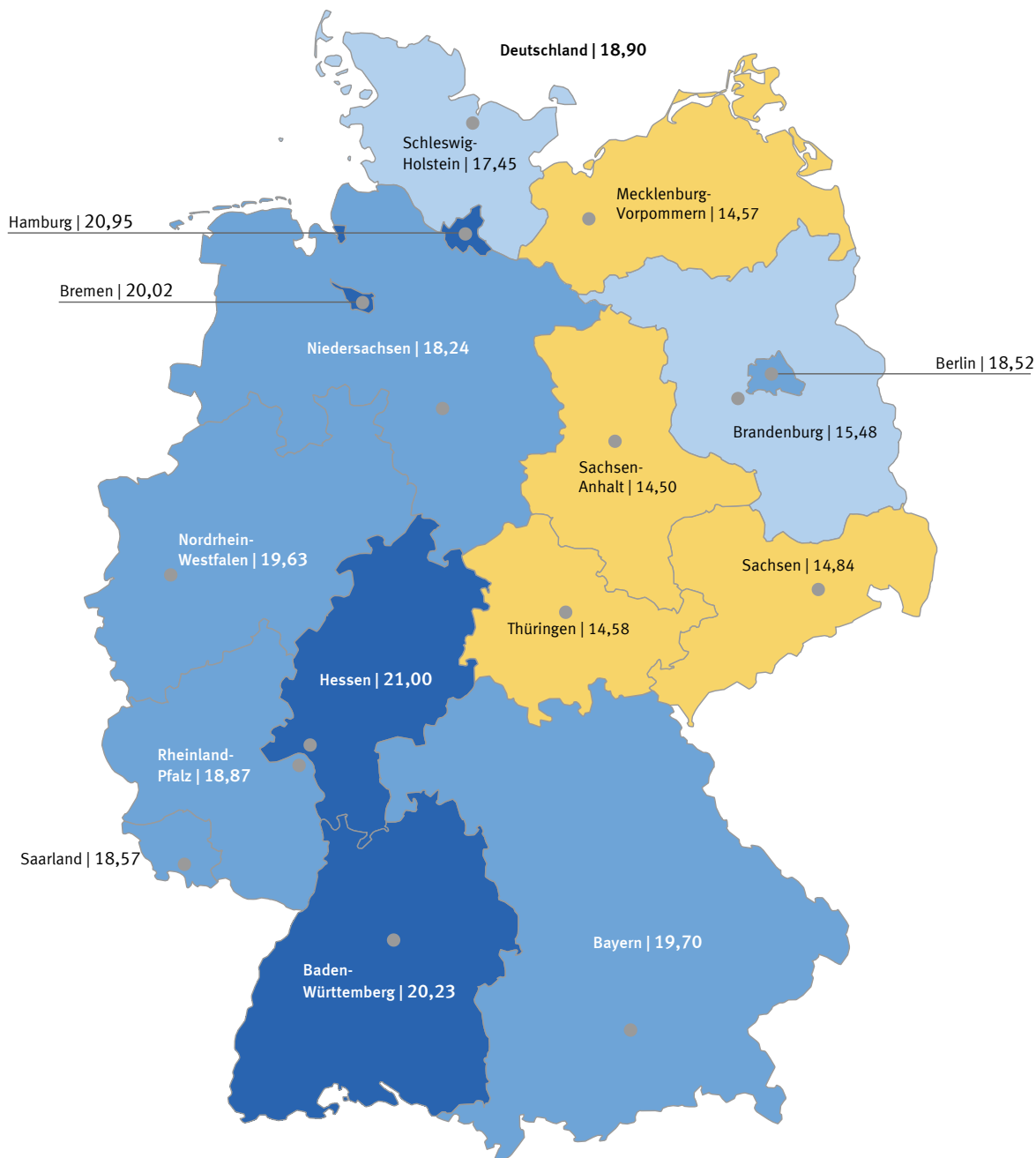
<i>Seite</i>	
375	Auf einen Blick
	Tabellen
376	Bruttoverdienste Nach Wirtschaftszweigen Nach Geschlecht Nach Beschäftigungsart Nach Betriebsgrößenklassen Index der durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste
380	Tarifverdienste und Mindestlöhne Index der tariflichen Monatsverdienste Mindestlöhne
383	Verdienste im öffentlichen Dienst Besoldung der Bundesbeamtinnen und Bundesbeamten Tarifverdienst der Beschäftigten des Bundes und der Kommunen
383	Jahresschätzung der Arbeitskosten je geleistete Stunde Nach Wirtschaftszweigen
384	Methodik
386	Glossar
387	Mehr zum Thema

14.0 Auf einen Blick

Durchschnittliche Bruttostundenverdienste 2011

Vollzeit- und teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (einschl. Beamtinnen und Beamte) im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich

■ unter 15 EUR
 ■ 15 bis unter 18 EUR
 ■ 18 bis unter 20 EUR
 ■ 20 EUR und mehr



2012 - 01 - 0061

14 Verdienste und Arbeitskosten

14.1 Bruttoverdienste

14.1.1 Durchschnittliche Bruttoverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach Wirtschaftszweigen 2011

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Bezahlte Wochenarbeitszeit Stunden	Bruttostundenverdienst		Bruttomonatsverdienst		Bruttojahresverdienst		
			insgesamt	ohne Sonderzahlungen	insgesamt	ohne Sonderzahlungen	insgesamt	ohne Sonderzahlungen	Sonderzahlungen
			EUR						
B-S	Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich	39,1	21,56	19,51	3 661	3 311	43 929	39 738	4 191
B-N	Privatwirtschaft ²	38,9	22,01	19,58	3 716	3 306	44 597	39 669	4 928
B-F	Produzierendes Gewerbe	38,5	22,60	20,14	3 779	3 368	45 347	40 410	4 937
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	40,6	23,47	20,86	4 137	3 677	49 642	44 126	/
C	Verarbeitendes Gewerbe	38,3	23,36	20,69	3 888	3 443	46 659	41 314	5 346
D	Energieversorgung	38,6	30,25	26,00	5 071	4 359	60 853	52 305	8 548
E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	40,3	18,20	16,79	3 185	2 939	38 226	35 266	2 960
F	Baugewerbe	39,1	17,37	16,34	2 947	2 772	35 368	33 266	2 102
G-S	Dienstleistungsbereich	39,4	20,92	19,11	3 586	3 276	43 027	39 310	3 717
G-N	Marktbestimmte Dienstleistungen	39,3	21,36	18,96	3 646	3 236	43 747	38 828	4 919
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	39,2	20,02	18,00	3 413	3 069	40 960	36 829	4 132
H	Verkehr und Lagerei	40,4	17,27	15,93	3 033	2 798	36 399	33 576	2 823
I	Gastgewerbe	39,4	11,94	11,41	2 045	1 954	24 544	23 450	1 093
J	Information und Kommunikation	39,0	29,45	25,74	4 993	4 364	59 916	52 371	7 544
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	38,7	31,16	25,90	5 235	4 352	62 823	52 230	10 593
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	38,3	23,57	20,77	3 928	3 461	47 131	41 534	5 596
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	39,3	28,06	24,16	4 787	4 122	57 443	49 463	7 980
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	38,7	13,51	12,73	2 275	2 144	27 296	25 725	1 571
O-S	Nicht marktbestimmte Dienstleistungen	39,7	20,36	19,31	3 509	3 327	42 104	39 927	2 178
O	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	39,9	19,21	18,31	3 332	3 176	39 989	38 109	1 880
P	Erziehung und Unterricht	39,8	23,34	22,48	4 035	3 886	48 416	46 631	1 785
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	39,4	20,26	19,03	3 468	3 257	41 619	39 089	2 530
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	39,2	/	(21,21)	/	(3 610)	/	(43 317)	/
S	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	39,0	19,18	17,70	3 248	2 998	38 979	35 975	3 004

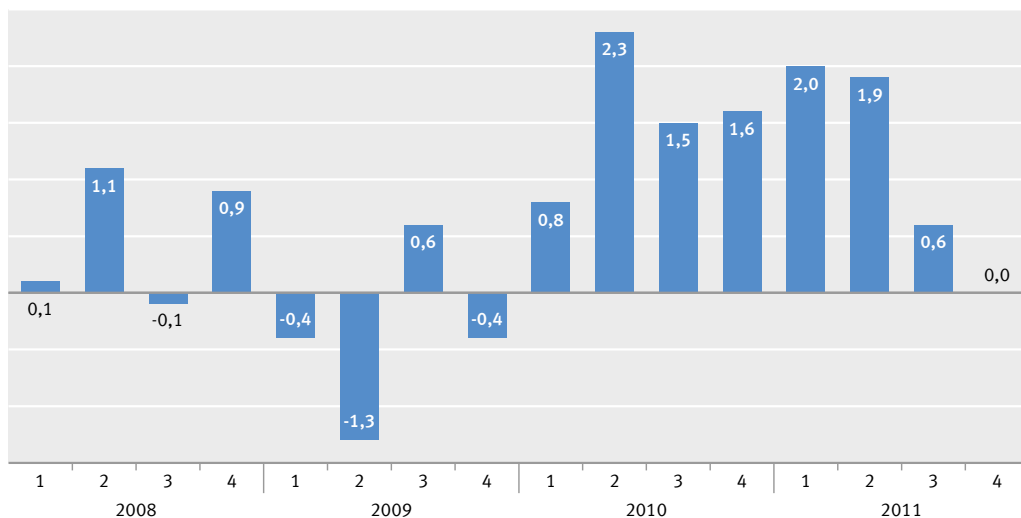
Vierteljährliche Verdiensterhebung.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Privatwirtschaft = Produzierendes Gewerbe und marktbestimmte Dienstleistungen.

Reallohnindex

Veränderung gegenüber Vorjahresquartal, in %



2012 - 01 - 0064

14 Verdienste und Arbeitskosten

14.1 Bruttoverdienste

14.1.2 Durchschnittliche Bruttoverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach Wirtschaftszweigen und Geschlecht 2011

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Deutschland			Früheres Bundesgebiet einschl. Berlin			Neue Länder		
		Bruttomonatsverdienst ohne Sonderzahlungen			Bruttomonatsverdienst ohne Sonderzahlungen			Bruttomonatsverdienst ohne Sonderzahlungen		
		Männer	Frauen	Anteil Frauenverdienst	Männer	Frauen	Anteil Frauenverdienst	Männer	Frauen	Anteil Frauenverdienst
		EUR		%	EUR		%	EUR		%
B-S	Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich	3 508	2 861	81,6	3 633	2 928	80,6	2 652	2 534	95,6
B-N	Privatwirtschaft ²	3 481	2 751	79,0	3 628	2 856	78,7	2 476	2 144	86,6
B-F	Produzierendes Gewerbe	3 498	2 740	78,3	3 652	2 884	79,0	2 510	2 061	82,1
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	3 692	3 465	93,9	3 795	3 531	93,0	3 192	3 348	104,9
C	Verarbeitendes Gewerbe	3 617	2 710	74,9	3 757	2 863	76,2	2 538	1 944	76,6
D	Energieversorgung	4 511	3 651	80,9	4 598	3 708	80,6	3 895	3 460	88,8
E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	2 954	2 844	96,3	3 105	2 975	95,8	2 453	2 609	106,4
F	Baugewerbe	2 784	2 615	93,9	2 932	2 726	93,0	2 256	2 204	97,7
G-S	Dienstleistungsbereich	3 517	2 895	82,3	3 618	2 940	81,3	2 789	2 674	95,9
G-N	Marktbestimmte Dienstleistungen	3 458	2 759	79,8	3 596	2 840	79,0	2 422	2 212	91,3
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	3 307	2 568	77,7	3 414	2 637	77,2	2 362	2 014	85,3
H	Verkehr und Lagerei	2 822	2 684	95,1	2 931	2 734	93,3	2 240	2 467	110,1
I	Gastgewerbe	2 143	1 771	82,6	2 214	1 847	83,4	1 703	1 458	85,6
J	Information und Kommunikation	4 710	3 463	73,5	4 792	3 553	74,1	3 547	2 670	75,3
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	4 936	3 558	72,1	4 995	3 612	72,3	3 870	3 114	80,5
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	3 729	3 079	82,6	3 882	3 154	81,2	2 933	2 855	97,3
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	4 677	3 185	68,1	4 853	3 273	67,4	(3373)	2 478	73,5
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	2 186	2 039	93,3	2 283	2 104	92,2	1 706	1 666	97,7
O-S	Nicht marktbestimmte Dienstleistungen	3 616	3 011	83,3	3 655	3 032	83,0	3 349	2 927	87,4
O	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	3 282	2 969	90,5	3 303	2 950	89,3	3 151	3 024	96,0
P	Erziehung und Unterricht	4 215	3 592	85,2	4 242	3 603	84,9	3 987	3 541	88,8
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	4 000	2 861	71,5	4 027	2 900	72,0	3 813	2 675	70,2
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	/	2 632	/	/	2 691	/	3 114	2 445	78,5
S	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	3 552	2 488	70,0	3 691	2 600	70,4	2 403	1 901	79,1

Vierteljährliche Verdiensterhebung.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Privatwirtschaft = Produzierendes Gewerbe und marktbestimmte Dienstleistungen.

14 Verdienste und Arbeitskosten

14.1 Bruttoverdienste

14.1.3 Durchschnittliche Bruttoverdienste der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach Beschäftigungsart und Leistungsgruppen 2011

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden zu Analyse Zwecken in verschiedene **Leistungsgruppen** eingestuft. Zur **Leistungsgruppe 1** zählen „Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in leitender Stellung“ mit Aufsichts- und Dispositionsbefugnissen sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Tätigkeiten, die umfassende Fachkenntnisse erfordern. In der Regel ist hierzu ein Hochschulstudium erforderlich. In die **Leistungsgruppe 2** werden „Herausgehobene Fachkräfte“ eingestuft, d. h. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit sehr schwierigen bis komplexen oder vielgestaltigen Tätigkeiten. In der Regel erfordert dies eine abgeschlossene Berufsausbildung, mehrjährige Berufserfahrung und spezielle Fachkenntnisse. Die **Leistungsgruppe 3** enthält „Fachkräfte“, d. h. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit schwierigen Fach Tätigkeiten, für deren Ausübung in der Regel eine abgeschlossene Berufsausbildung, zum Teil verbunden mit Berufserfahrung, erforderlich ist. Die **Leistungsgruppe 4** umfasst „Angeleitete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ mit überwiegend einfachen Tätigkeiten, für deren Ausführung keine berufliche Ausbildung, aber Fertigkeiten für spezielle, branchen- gebundene Aufgaben erforderlich sind. In der **Leistungsgruppe 5** werden „Ungeleitete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ mit einfachen, schematischen Tätigkeiten oder isolierten Arbeitsvorgängen zusammengefasst, für deren Ausübung keine berufliche Ausbildung erforderlich ist.

Geschlecht	Deutschland					Früheres Bundesgebiet einschl. Berlin					Neue Länder				
	bezahlte Wochenarbeitszeit	Bruttostundenverdienst		Bruttomonatsverdienst		bezahlte Wochenarbeitszeit	Bruttostundenverdienst		Bruttomonatsverdienst		bezahlte Wochenarbeitszeit	Bruttostundenverdienst		Bruttomonatsverdienst	
		insgesamt	ohne Sonderzahlungen	insgesamt	ohne Sonderzahlungen		insgesamt	ohne Sonderzahlungen	insgesamt	ohne Sonderzahlungen		insgesamt	ohne Sonderzahlungen	insgesamt	ohne Sonderzahlungen
Stunden	EUR				Stunden	EUR				Stunden	EUR				
Vollzeit- und teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer/-innen (ohne geringfügig Beschäftigte)															
Insgesamt ...	35,8	20,81	18,90	3 237	2 938	35,6	21,67	19,59	3 350	3 029	37,1	15,80	14,81	2 547	2 389
Männer ...	38,4	22,69	20,43	3 789	3 411	38,3	23,65	21,20	3 939	3 532	39,1	16,33	15,27	2 771	2 592
Frauen ...	32,3	17,86	16,49	2 507	2 314	31,8	18,42	16,95	2 545	2 341	35,0	15,16	14,27	2 307	2 170
Vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer/-innen															
Insgesamt ...	39,1	21,56	19,51	3 661	3 311	39,0	22,45	20,22	3 804	3 426	39,6	16,21	15,18	2 786	2 609
1	39,5	39,87	34,56	6 841	5 930	39,5	40,98	35,31	7 032	6 059	39,5	31,34	28,78	5 373	4 935
2	39,1	25,52	23,08	4 335	3 921	39,0	26,29	23,70	4 461	4 021	39,4	20,03	18,68	3 433	3 200
3	39,0	17,93	16,47	3 039	2 792	38,9	18,76	17,17	3 170	2 901	39,6	13,75	12,97	2 365	2 231
4	39,1	14,62	13,56	2 484	2 303	39,0	15,21	14,06	2 576	2 381	39,8	11,08	10,54	1 916	1 823
5	38,5	12,29	11,50	2 058	1 927	38,5	12,55	11,74	2 100	1 963	38,9	10,01	9,51	1 693	1 610
Männer	39,2	22,90	20,59	3 901	3 508	39,1	23,86	21,37	4 057	3 633	39,7	16,44	15,37	2 837	2 652
1	39,5	42,29	36,24	7 260	6 222	39,5	43,23	36,87	7 418	6 327	39,7	33,51	30,39	5 784	5 245
2	39,1	26,92	24,20	4 577	4 114	39,1	27,64	24,78	4 693	4 208	39,5	20,48	18,99	3 519	3 263
3	39,1	18,62	17,10	3 166	2 908	39,0	19,53	17,86	3 311	3 028	39,7	13,74	13,00	2 372	2 245
4	39,4	15,28	14,15	2 612	2 419	39,2	15,88	14,66	2 708	2 499	40,1	11,46	10,93	1 997	1 903
5	38,9	12,67	11,91	2 142	2 014	38,9	12,94	12,14	2 187	2 054	39,0	10,37	9,88	1 758	1 675
Frauen	38,8	18,46	16,98	3 110	2 861	38,7	19,01	17,42	3 195	2 928	39,3	15,81	14,86	2 697	2 534
1	39,4	31,46	28,71	5 389	4 917	39,5	32,38	29,35	5 560	5 040	39,0	27,22	25,73	4 608	4 356
2	39,0	22,50	20,67	3 816	3 506	39,0	23,13	21,17	3 917	3 585	39,3	19,47	18,28	3 326	3 122
3	38,7	16,41	15,09	2 762	2 541	38,6	17,01	15,60	2 854	2 616	39,3	13,77	12,89	2 354	2 204
4	38,4	12,87	11,97	2 149	1 999	38,3	13,38	12,41	2 224	2 064	39,2	10,17	9,64	1 734	1 643
5	37,9	11,66	10,83	1 921	1 786	37,8	11,92	11,06	1 960	1 818	38,8	9,41	8,91	1 587	1 503
Teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer/-innen (ohne geringfügig Beschäftigte)															
Insgesamt ...	24,7	16,83	15,65	1 810	1 683	24,0	17,41	16,16	1 819	1 688	29,0	13,93	13,14	1 753	1 655
1	25,1	28,83	27,10	3 142	2 954	24,9	29,22	27,42	3 156	2 962	26,9	25,92	24,75	3 025	2 888
2	26,0	22,19	20,67	2 509	2 337	25,4	22,65	21,06	2 499	2 324	30,9	19,25	18,18	2 586	2 443
3	25,0	16,41	15,13	1 779	1 641	24,1	17,07	15,69	1 784	1 641	29,5	13,69	12,82	1 752	1 641
4	24,7	12,56	11,73	1 346	1 258	24,0	13,13	12,22	1 367	1 272	28,3	10,11	9,64	1 243	1 185
5	22,7	10,68	10,09	1 052	994	22,2	10,91	10,30	1 053	994	26,5	9,03	8,61	1 042	993
Männer	25,5	17,40	16,20	1 929	1 797	25,0	18,02	16,74	1 958	1 820	28,7	13,98	13,21	1 743	1 648
1	24,9	30,50	28,45	3 295	3 074	24,9	30,97	28,85	3 355	3 126	24,4	26,88	25,33	2 853	2 688
2	27,4	23,63	21,82	2 816	2 601	27,1	24,16	22,26	2 846	2 622	29,9	19,90	18,78	2 589	2 443
3	26,7	16,93	15,57	1 967	1 809	26,1	17,80	16,31	2 018	1 849	29,9	13,18	12,37	1 713	1 607
4	25,6	12,32	11,58	1 371	1 289	24,9	12,81	12,00	1 383	1 296	29,6	10,18	9,74	1 308	1 252
5	23,1	10,14	9,72	1 017	975	22,6	10,30	9,88	1 013	972	27,0	8,98	8,55	1 054	1 004
Frauen	24,6	16,73	15,56	1 790	1 665	23,9	17,30	16,05	1 796	1 666	29,0	13,92	13,13	1 755	1 656
1	25,2	28,19	26,59	3 082	2 907	24,8	28,54	26,86	3 080	2 899	27,9	25,56	24,54	3 100	2 975
2	25,8	21,97	20,50	2 465	2 300	25,1	22,42	20,88	2 449	2 281	31,1	19,16	18,10	2 586	2 443
3	24,8	16,35	15,09	1 761	1 624	23,9	16,99	15,62	1 762	1 620	29,4	13,74	12,87	1 756	1 645
4	24,5	12,61	11,76	1 342	1 252	23,8	13,19	12,26	1 363	1 267	28,1	10,09	9,62	1 230	1 173
5	22,6	10,83	10,19	1 061	999	22,1	11,07	10,41	1 064	1 000	26,4	9,05	8,62	1 039	990
nachrichtlich: Geringfügig beschäftigte Arbeitnehmer/-innen															
Insgesamt ...	-	-	-	279	-	-	-	-	285	-	-	-	-	(217)	-
Männer ...	-	-	-	271	-	-	-	-	277	-	-	-	-	(216)	-
Frauen ...	-	-	-	283	-	-	-	-	290	-	-	-	-	(217)	-

Vierteljährliche Verdiensterhebung.

14 Verdienste und Arbeitskosten

14.1 Bruttoverdienste

14.1.4 Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach Betriebsgrößenklassen bzw. -eigenschaften 2011

	Deutschland		Früheres Bundesgebiet einschl. Berlin		Neue Länder	
	insgesamt	ohne Sonder- zahlungen	insgesamt	ohne Sonder- zahlungen	insgesamt	ohne Sonder- zahlungen
	EUR					
Betriebe insgesamt	3 661	3 311	3 804	3 426	2 786	2 609
	nach Betriebsgrößenklassen					
mit ... bis ... Arbeitnehmer/-innen						
bis zu 49	3 028	2 794	3 187	2 931	2 307	2 169
50 – 99	3 235	2 949	3 391	3 080	2 446	2 287
100 – 249	3 512	3 159	3 671	3 287	2 565	2 392
250 – 499	3 865	3 439	4 021	3 561	2 908	2 690
500 – 999	4 248	3 746	4 339	3 813	3 398	3 117
1 000 und mehr	4 850	4 185	4 895	4 218	3 894	3 494
	nach Betriebseigenschaften					
Mit Handwerkseigenschaft	2 877	2 686	3 052	2 838	2 172	2 079
Ohne Handwerkseigenschaft	3 761	3 391	3 892	3 496	2 903	2 710

Vierteljährliche Verdiensterhebung.

14.1.5 Bruttoverdienste in der Landwirtschaft im September 2010

	Bruttomonats- verdienst	Bruttostunden- verdienst
	Euro	
	Deutschland	
Insgesamt	1 851	9,92
Männer	1 915	10,13
Frauen	1 663	9,28
	nach Tätigkeitsschwerpunkten	
Anbau einjähriger Pflanzen	2 010	10,64
Anbau mehrjähriger Pflanzen	2 033	11,41
Betrieb von Baumschulen sowie Anbau von Pflanzen zu Vermehrungszwecken	1 896	10,88
Tierhaltung	1 752	9,22
Gemischte Landwirtschaft	1 732	9,12
	nach Beschäftigtengruppen	
Qualifizierte Beschäftigte	2 549	13,85
Landarbeiter/-innen	1 690	8,91
Nichtqualifizierte Beschäftigte	1 581	8,76
	Früheres Bundesgebiet einschl. Berlin	
Insgesamt	2 049	11,53
	Neue Länder	
Insgesamt	1 772	9,32

Verdiensterhebung in der Landwirtschaft.

14 Verdienste und Arbeitskosten
 14.1 Bruttoverdienste
 14.1.6 Index der durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Index der durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste einschl. Sonderzahlungen							
		2010 = 100				Veränderung gegenüber Vorjahr in %			
		2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
B-S	Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich	97,4	97,4	100,0	103,4	3,1	0,0	2,7	3,4
B-N	Privatwirtschaft ²	98,0	96,9	100,0	103,9	3,0	-1,1	3,2	3,9
B-F	Produzierendes Gewerbe	98,7	96,2	100,0	104,8	3,0	-2,5	4,0	4,8
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	95,9	98,1	100,0	104,2	3,2	2,3	1,9	4,2
C	Verarbeitendes Gewerbe	98,8	95,6	100,0	105,1	2,9	-3,2	4,6	5,1
D	Energieversorgung	97,9	99,1	100,0	102,6	2,3	1,2	0,9	2,6
E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	96,8	98,7	100,0	103,0	3,3	2,0	1,3	3,0
F	Baugewerbe	98,2	99,1	100,0	103,8	3,3	0,9	0,9	3,8
G-S	Dienstleistungsbereich	96,6	98,2	100,0	102,5	3,2	1,7	1,8	2,5
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	97,1	98,0	100,0	102,8	2,5	0,9	2,0	2,8
H	Verkehr und Lagerei	99,3	100,0	(100,0)	(101,8)	3,7	0,7	(0,0)	(1,8)
I	Gastgewerbe	98,1	98,7	100,0	102,7	2,2	0,6	1,3	2,7
J	Information und Kommunikation	95,2	97,1	100,0	102,8	2,3	2,0	3,0	2,8
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	97,7	96,0	100,0	103,2	5,9	-1,7	4,2	3,2
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	98,6	98,5	100,0	102,4	5,1	-0,1	1,5	2,4
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	97,2	97,7	100,0	103,5	3,2	0,5	2,4	3,5
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	96,8	97,0	100,0	104,1	3,9	0,2	3,1	4,1
O	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	95,6	99,1	100,0	102,0	3,1	3,7	0,9	2,0
P	Erziehung und Unterricht	95,8	99,2	100,0	100,6	2,6	3,5	0,8	0,6
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	95,6	98,6	100,0	102,5	2,2	3,1	1,4	2,5
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	97,3	97,9	100,0	101,9	5,6	0,6	2,1	1,9
S	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	95,4	98,2	100,0	102,8	2,5	2,9	1,8	2,8

Vierteljährliche Verdiensterhebung.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Privatwirtschaft = Produzierendes Gewerbe und marktbestimmte Dienstleistungen.

14.2 Tarifverdienste und Mindestlöhne
 14.2.1 Index der tariflichen Monatsverdienste von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Index der tariflichen Monatsverdienste							
		2005=100				Veränderung gegenüber Vorjahr in %			
		2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
B-S	Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich	106,2	109,2	111,0	112,7	3,6	2,8	1,6	1,5
B-N	Privatwirtschaft ²	107,0	109,9	111,9	114,2	3,0	2,7	1,8	2,1
B-F	Produzierendes Gewerbe	107,9	111,1	113,3	115,6	3,2	3,0	2,0	2,0
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	104,8	107,5	109,4	112,4	2,1	2,6	1,8	2,7
C	Verarbeitendes Gewerbe	108,3	111,6	113,6	116,0	3,0	3,0	1,8	2,1
	darunter:								
	Chemische Industrie	109,1	112,9	114,3	117,5	4,2	3,5	1,2	2,8
	Metallgewerbe	109,1	112,6	114,4	116,7	3,0	3,2	1,6	2,0
D	Energieversorgung	108,5	112,2	114,8	117,7	4,0	3,4	2,3	2,5
E	Wasserversorgung, Entsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzung	105,7	108,5	110,4	111,6	5,0	2,6	1,8	1,1
F	Baugewerbe	105,4	108,1	110,7	112,8	2,7	2,6	2,4	1,9
G-S	Dienstleistungsbereich	105,2	107,9	109,6	110,9	4,0	2,6	1,6	1,2
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	105,1	107,4	109,2	111,7	2,2	2,2	1,7	2,3
H	Verkehr und Lagerei	106,4	109,4	111,7	112,9	3,5	2,8	2,1	1,1
I	Gastgewerbe	104,3	105,7	107,5	110,5	2,6	1,3	1,7	2,8
J	Information und Kommunikation	105,5	107,8	110,5	112,8	2,3	2,2	2,5	2,1
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	105,7	108,0	109,5	110,9	2,9	2,2	1,4	1,3
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	104,4	107,1	108,6	111,5	2,8	2,6	1,4	2,7
M	Erbringung von freiberuflichen, wirtschaftlichen und technischen Dienstleistungen	105,7	108,5	110,1	111,8	4,1	2,6	1,5	1,5
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	104,9	105,9	108,6	112,4	1,3	1,0	2,5	3,5
O	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	105,7	108,8	110,6	111,7	5,4	2,9	1,7	1,0
P	Erziehung und Unterricht	104,7	107,6	108,9	109,7	4,7	2,8	1,2	0,7
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	104,0	107,2	108,2	108,8	4,0	3,1	0,9	0,6
R	Kunst, Unterhaltung, Erholung	105,8	108,8	110,2	111,0	5,8	2,8	1,3	0,7
S	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	105,2	108,0	109,5	110,5	4,8	2,7	1,4	0,9

Index der Tarifverdienste und Arbeitszeiten.

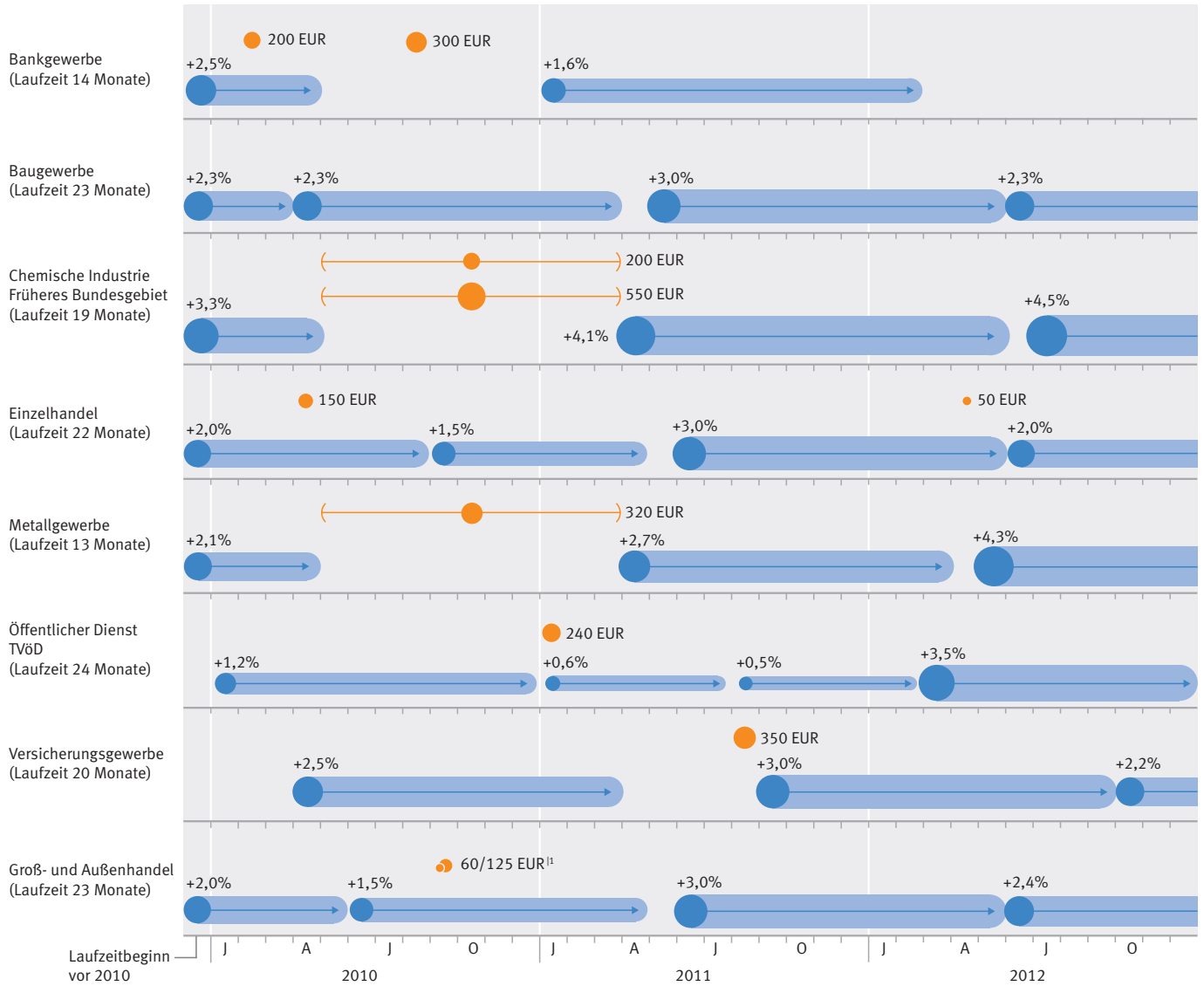
1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Privatwirtschaft = Produzierendes Gewerbe und marktbestimmte Dienstleistungen.

14.2 Tarifverdienste und Mindestlöhne

Laufzeiten, Tarifierhöhungen sowie Einmalzahlungen ausgewählter Tarifabschlüsse

- Tarifierhöhungen
- Einmalzahlung
- ▬ Laufzeit des Tarifabschlusses
- ↔ Auszahlungszeitraum



Stand: 1.6.2012.

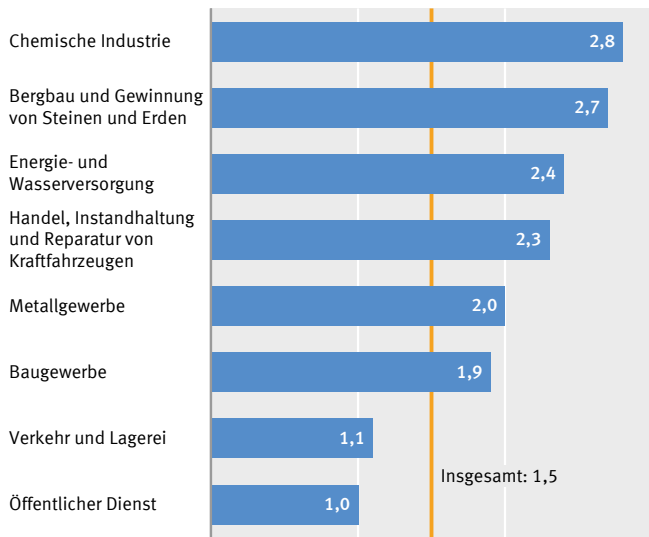
1 Einmalzahlung von 125 EUR für Entgeltgruppe I + II und 60 EUR für Entgeltgruppe III.

2012 - 01 - 0197

14.2 Tarifverdienste und Mindestlöhne

Tarifverdienste 2011

Veränderung gegenüber Vorjahr, in %



2012 - 01 - 0067

14.2.2 Mindestlöhne in Deutschland am 1.6.2012

	Früheres Bundesgebiet einschl. Berlin	Neue Länder
	EUR je Stunde	
Abfallwirtschaft	8,33	8,33
Arbeitnehmerüberlassung (Zeitarbeit)	7,89 ¹	7,01 ²
Baugewerbe		
Werker/-innen, Maschinenwerker/-innen	11,05	10,00
Fachwerker/-innen, Maschinisten/Maschinistinnen, Kraftfahrer/-innen	13,40 (Berlin: 13,25)	10,00
Bergbauspezialarbeiten		
Werker/-innen, Hauer/-innen	11,53	11,53
Facharbeiter/-innen und Hauer/-innen mit Spezialkenntnissen	12,81	12,81
Dachdeckerhandwerk	11,00	11,00
Elektrohandwerk	9,80 ¹	8,65 ²
Gebäudereinigung		
Lohngruppe 1 ³	8,82	7,33
Lohngruppe 6 ⁴	11,33	8,88
Maler- und Lackiererhandwerk		
Ungelernte Arbeitnehmer/-innen	9,75	9,75
Gelernte Arbeitnehmer/-innen, Gesellen/Gesellinnen	11,75	9,75
Pflegebranche	8,75	7,75
Wach- und Sicherheitsgewerbe	7,00 – 8,75 ⁵	7,00
Wäschereidienstleistungen im Objektkundengeschäft	8,00 ¹	7,00 ²

In Deutschland gibt es keinen branchenübergreifenden gesetzlichen **Mindestlohn**, sondern nur verbindliche Mindestlöhne für einzelne Branchen und Berufe.

Am 1.6.2012 galten Mindestlöhne in vier Baubranchen (Bauhauptgewerbe, Maler- und Lackierergewerbe, Elektrohandwerk, Dachdeckerhandwerk), für Sicherheitsdienstleistungen, für die Abfallwirtschaft, für Bergbauspezialarbeiten, die Gebäudereinigung, die Pflegebranche sowie bei Wäschereidienstleistungen. Zudem gilt in der Zeitarbeit (Arbeitnehmerüberlassung) eine Lohnuntergrenze.

1 Ohne Angaben für Berlin.

2 Einschl. der Angaben für Berlin.

3 Lohngruppe 1: Innen- und Unterhaltsreinigungsarbeiten; Reinigung und Pflege von maschinellen Einrichtungen und Beseitigung von Produktionsrückständen; Reinigung von Verkehrs- und Freiflächen einschl. Winterdienst.

4 Lohngruppe 6: Glas- und Fassadenreinigungsarbeiten, Pflege und Reinigung von Verkehrs- sowie Außenbeleuchtungsanlagen.

5 Bundeslandspezifische Regelungen. Mindestlohn in Euro je Stunde: Baden-Württemberg: 8,75; Bayern: 8,28; Nordrhein-Westfalen: 8,09; Hessen: 7,63; Niedersachsen: 7,38; Bremen: 7,33; Hamburg: 7,31; Berlin, Rheinland-Pfalz, Saarland, Schleswig-Holstein: 7,00.

14 Verdienste und Arbeitskosten

14.3 Verdienste im öffentlichen Dienst ab 2012

Weitere Informationen zu Beschäftigten des öffentlichen Dienstes siehe Kapitel „Arbeitsmarkt“

14.3.1 Besoldung der Bundesbeamtinnen und -beamten

Zusätzlich zu den aufgeführten Besoldungen erhalten verheiratete Beamtinnen und Beamte einen **monatlichen Familienzuschlag** von 113,96 Euro in den Besoldungsgruppen A2 bis A8 bzw. 119,68 Euro in allen übrigen Besoldungsgruppen. Der Zuschlag erhöht sich beim ersten und zweiten Kind um je 102,33 Euro und für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 318,84 Euro. Alle Angaben gelten ausschließlich für Bundesbeamtinnen und Bundesbeamte. Die Besoldung der Landesbeamtinnen und Landesbeamten regeln die Besoldungsrichtlinien des jeweiligen Bundeslandes.

Besoldungsgruppe lediger Beamter/Beamtinnen	Stufe 1	Stufe 4	Stufe 6	Stufe 8
	EUR			
A 2	1 744,80	1 858,81	1 923,68	1 988,52
A 3	1 814,88	1 935,17	2 004,21	2 073,24
A 4	1 854,65	1 997,94	2 079,53	2 157,99
A 5	1 869,27	2 034,55	2 136,02	2 235,39
A 6	1 911,11	2 118,23	2 235,39	2 354,64
A 7	2 010,49	2 252,13	2 426,82	2 558,61
A 8	2 131,83	2 436,23	2 627,65	2 785,61
A 9	2 307,56	2 634,98	2 842,10	3 009,46
A 10	2 475,97	2 894,39	3 156,97	3 372,45
A 11	2 842,10	3 321,19	3 540,85	3 760,52
A 12	3 047,13	3 616,16	3 877,67	4 141,28
A 13	3 573,27	4 105,71	4 351,54	4 594,21
A 14	3 674,75	4 363,04	4 679,99	4 996,94
A 15	4 491,70	5 014,72	5 329,58	5 642,34
A 16	4 955,09	5 559,71	5 923,75	6 285,67

Stand: 1.1.2012.

14.3.2 Tarifverdienst der Beschäftigten bei Bund und Kommunen

Entgeltgruppe	Stufe 1	Stufe 3	Stufe 5	Stufe 6 ¹
	EUR			
1	–	1 526,43	1 591,52	1 672,33
2	1 682,43	1 919,25	2 098,82	2 227,91
3	1 823,87	2 076,40	2 233,53	2 295,26
4	1 854,15	2 188,62	2 345,76	2 391,77
5	1 950,67	2 267,19	2 452,39	2 508,51
6	2 035,98	2 368,20	2 547,79	2 620,75
7	2 076,40	2 446,77	2 643,19	2 721,76
8	2 217,81	2 570,24	2 783,48	2 854,19
9	2 369,33	2 761,04	3 400,79	3 625,26
10	2 682,46	3 198,76	3 849,73	3 950,75
11	2 783,48	3 311,00	4 135,94	4 360,41
12	2 884,50	3 647,70	4 545,61	4 770,08
13	3 217,84	3 759,95	4 646,61	4 859,87
14	3 490,57	4 096,65	4 949,66	5 230,25
15	3 854,22	4 433,37	5 421,05	5 701,65

Stand: 1.3.2012.

1 Für den Bund gilt Stufe 6 nur für die Entgeltgruppen 1 bis 8. Für die Entgeltgruppen 9 bis 15 ist Stufe 5 die höchste Entwicklungsstufe.

14.4 Jahresschätzung der Arbeitskosten je geleistete Stunde

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	2000	2005	2008	2009	2010	2011
B-S	Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich	25,00	27,00	28,10	28,80	28,90	29,90
B-N	Privatwirtschaft ²	24,90	27,10	28,40	29,00	29,10	30,10
B-F	Produzierendes Gewerbe	26,50	29,30	31,30	31,90	31,90	33,20
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	30,80	32,50	35,90	37,70	38,00	39,90
C	Verarbeitendes Gewerbe	27,50	30,20	32,30	32,90	32,80	34,30
D	Energieversorgung	36,00	41,40	42,80	44,10	43,90	45,30
E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	23,30	25,30	25,60	26,50	26,50	27,60
F	Baugewerbe	20,10	21,60	22,70	23,40	23,50	24,10
G-S	Dienstleistungsbereich	24,10	25,90	26,60	27,30	27,50	28,30
G-N	Marktbestimmende Dienstleistungen	23,30	25,30	25,90	26,50	26,70	27,50
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	20,40	22,90	23,40	23,80	24,00	24,90
H	Verkehr und Lagerei	22,10	23,40	23,60	24,20	24,30	24,40
I	Gastgewerbe	13,00	13,90	14,10	14,20	14,30	14,70
J	Information und Kommunikation	32,40	36,20	37,50	38,80	39,70	40,80
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	33,20	38,20	42,30	42,30	43,30	44,70
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	27,10	28,60	29,30	29,60	29,90	30,90
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	29,10	31,90	34,20	34,70	34,90	36,10
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	15,10	15,10	15,80	16,50	16,40	17,10
O-S	Nicht marktbestimmende Dienstleistungen	25,20	26,70	27,40	28,50	28,50	29,30
O	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	24,90	28,00	29,80	31,10	31,00	32,10
P	Erziehung und Unterricht	32,30	32,10	31,40	32,70	32,80	33,30
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	22,40	23,30	23,70	24,50	24,50	25,30
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	24,60	24,00	25,60	26,50	26,70	27,30
S	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	22,10	22,80	23,30	24,00	24,20	25,00

Jahresschätzung Arbeitskosten.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Privatwirtschaft = Produzierendes Gewerbe und marktbestimmende Dienstleistungen.

Verdienste sind für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der wichtigste Bestandteil des persönlichen Einkommens. Für die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber stellen sie **Kosten** dar und sind der Preis für die Arbeitsleistung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Um auch diese Kostenseite abzubilden, gibt es neben den Verdienstatistiken auch EU-weit vereinheitlichte Arbeitskostenstatistiken, die sowohl die Verdienste als auch die Lohnnebenkosten der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber erfassen. So lässt sich feststellen, welche Kosten Arbeitgeberin und Arbeitgeber für eine geleistete Arbeitsstunde entstehen. Im Jahr 2011 kostete eine Stunde Arbeit in Deutschland durchschnittlich 29,90 Euro. In der Energieversorgung verzeichneten Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber mit 45,30 Euro die höchsten, im Gastgewerbe mit 14,70 Euro die niedrigsten Arbeitskosten.

Methodik

Die Daten über Verdienste und Arbeitskosten erlauben Einblicke in die Kosten-situation der Wirtschaft und ihre Veränderung. Damit bilden sie eine wichtige Informationsgrundlage, z. B. für die Konjunkturanalyse und Geldpolitik. Die amtliche Statistik über Verdienste und Arbeitskosten umfasst im Wesentlichen

- die Vierteljährliche Verdiensterhebung über Verdienste und Arbeitszeiten, Statistiken über Tarifverdienste (halbjährlich) sowie Dienstbezüge (jährlich),
- in mehrjährigen Abständen erstellte Statistiken über die Verdienststrukturen sowie die Arbeitskosten (Bruttoverdienste sowie Lohnnebenkosten).

■ Bruttoverdienste

Vierteljährliche Verdiensterhebung

Die **Vierteljährliche Verdiensterhebung** beruht auf dem Verdienststatistikgesetz, das zum 1.1.2007 in Kraft getreten ist. Sie ersetzt seitdem die „Laufende Verdiensterhebung“. Die Vierteljährliche Verdiensterhebung erfasst vierteljährlich Angaben zur Berechnung der bezahlten Arbeitsstunden sowie Bruttomonats-, Bruttomonats- und Bruttojahresverdiensten der vollzeit-, teilzeit- und geringfügig beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Diese Merkmale werden zudem nach Geschlecht, Wirtschaftszweigen, Leistungsgruppen und Betriebsgrößenklassen untergliedert dargestellt.

Die Vierteljährliche Verdiensterhebung ist eine Stichprobenerhebung. Die Stichprobe umfasst eine Auswahl von 40 500 Betrieben. Die Ergebnisse beziehen sich auf das Produzierende Gewerbe und den Dienstleistungsbereich. Nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008) erstreckt sich die Erhebung auf die Abschnitte B bis S. In den Wirtschaftszweigen „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung“ sowie „Erziehung und Unterricht“ wird aufgrund der Nutzung von Verwaltungsdaten komplett auf eine Erhebung verzichtet. Grundsätzlich umfasst die Erhebung Betriebe mit zehn und mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Betriebe mit fünf und mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern umfasst die Erhebung in den Wirtschaftszweigen „Vorbereitende Baustellenarbeiten“, „Bauinstallation“, „Sonstiges Ausbaugewerbe“, „Vermietung von Baumaschinen (. . .)“, „Einzelhandel“, „Gastgewerbe“, „Reisebüros und Reiseveranstalter“, „Mit Kredit- und Versicherungsgewerbe verbundene Tätigkeiten“, „Erbringung von sonstigen Dienstleistungen“. Ein Betrieb im Sinne dieser Erhebung ist die örtliche Einheit als Zusammenfassung der räumlich zusammenhängenden Teile eines Unternehmens.

Die Verdiensterhebung enthält alle sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Stichprobenbetriebe. Eine Ausnahme bilden die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Altersteilzeit, Auszubildende, Praktikantinnen und Praktikanten, Volontärinnen und Volontäre, ehrenamtlich Tätige, tätige Inhaberinnen und Inhaber, Mitinhaberinnen und Mitinhaber und Familienangehörige ohne Arbeitsvertrag, ausschließlich auf Honorarbasis bezahlte Personen, Personen im Vorruhestand sowie Personen in sogenannten „Ein-Euro-Jobs“. Im Gegensatz zu den Tarifverdiensten umfassen die Bruttomonats- und Bruttostundenverdienste auch die Verdienste von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in nicht tarifgebundenen Betrieben und von außertariflich bezahlten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Sie spiegeln somit die tatsächlich gezahlten Bruttoverdienste wider.

Nicht nur die Erhöhung oder Senkung von Verdiensten, sondern auch die Veränderungen in der Arbeitnehmerstruktur beeinflussen die Entwicklung der Durchschnittsverdienste. Um die Verdienstenwicklung unter Ausschluss dieser Strukturveränderungen darzustellen, werden Indizes nach der Formel von „Laspeyres“ errechnet – mit konstanter Arbeitnehmerstruktur.

Verdiensterhebung in der Landwirtschaft

Die **Verdiensterhebung in der Landwirtschaft** erstreckt sich auf die Wirtschaftsbereiche des Pflanzenbaus, der Tierhaltung und der gemischten Landwirtschaft. Alle vier Jahre werden bei rund 1 500 Betrieben Angaben erhoben: zu Bruttomonatsverdiensten, gesetzlichen Abzügen, bezahlten Stunden, Geschlecht, tariflichen Lohngruppen und Qualifikation der vollbeschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Der-

zeit liegen Ergebnisse für den Berichtsmonat September 2010 vor. Die nächste Erhebung wird für September 2014 durchgeführt werden.

Die „Verdiensterhebung in der Landwirtschaft“ beruht ebenfalls auf dem Verdienststatistikgesetz. Die Erhebung zeigt, wie sich Höhe und Struktur der Verdienste entwickelt haben. Darüber hinaus stellt sie die Zahl der Arbeitsstunden dar, insbesondere für die Tarifparteien sowie für staatliche Stellen.

Die Daten werden in einer schriftlichen Befragung bei den Betrieben erhoben, die durch ein Stichprobenverfahren ausgesucht wurden. Die Auswahlgesamtheit für die Stichprobenziehung ist die Gesamtheit der Betriebe mit familienfremden, ständig vollbeschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die in der Agrarstruktur-erhebung 2007 erfasst wurden. Die Erhebung richtet sich an rund 10% der landwirtschaftlichen Betriebe, die familienfremde Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigen.

■ Tarifverdienste und Mindestlöhne

Index der Tarifverdienste und Arbeitszeiten

Der **Index der Tarifverdienste und Arbeitszeiten** informiert über die durchschnittliche Entwicklung der Tarifverdienste für alle Wirtschaftsbereiche mit Ausnahme der privaten Haushalte. Vierteljährlich liegen detaillierte Ergebnisse für die Wirtschaftsbereiche Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich (Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe, Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung u. a.) vor. Angaben für die Landwirtschaft werden nur einmal im Jahr veröffentlicht.

In den Index der Tarifverdienste fließen rund 600 ausgewählte Tarifverträge aus dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern ein. Die Tarifverträge umfassen sowohl für die alten als auch die neuen Bundesländer mindestens 75 % der Tarifbeschäftigten in jedem nachzuweisenden Wirtschaftszweig. Erfasst werden Daten über die tariflichen Verdienste der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Angaben zur Wochenarbeitszeit, zum Abschluss- und Kündigungsdatum der Tarifverträge und über die Höhe der vermögenswirksamen Leistungen. Individuelle Zulagen und Zuschläge, Einmalzahlungen, Pauschalzahlungen und übertarifliche Vergütungen bleiben unberücksichtigt.

Die Basisdaten für die Gewichtung des Tarifindex werden aus der Verdienststruktur-erhebung (VSE) gewonnen. Die VSE wird im Abstand von vier Jahren bei rund 34 000 Betrieben für etwa drei Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durchgeführt. Die VSE erfasst keine Gebietskörperschaften. Die Angaben hierzu werden aus der jährlichen Personalstandstatistik für den öffentlichen Dienst abgeleitet. Im Tarifindex werden die Verdienstveränderungen der einzelnen Tarifverträge gemäß dem Anteil der Beschäftigten in einem Wirtschaftszweig an der Gesamtzahl der Beschäftigten in allen erfassten Wirtschaftszweigen berücksichtigt.

Der Tarifindex berechnet sich als sogenannter Laspeyres-Preisindex mit festem Basisjahr. Dies bedeutet, dass sich die Indexwerte auf die Beschäftigtenstrukturen des jeweils aktuell gültigen Basisjahres beziehen. Der Index umfasst alle vollzeit-sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Mindestlöhne

In Deutschland gibt es keinen branchenübergreifenden gesetzlichen **Mindestlohn**, sondern nur verbindliche Mindestlöhne für einzelne Branchen. Die hier aufgeführten Mindestlöhne basieren auf dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) bzw. für die Zeitarbeit auf dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG). Auf Antrag der Tarifvertragsparteien kann das Bundesministerium für Arbeit und Soziales einen Mindestlohn für bestimmte Branchen als allgemeinverbindlich erklären. Er gilt dann für alle Arbeitgeberinnen bzw. Arbeitgeber und Arbeitnehmerinnen bzw. Arbeitnehmer in dieser Branche. Ausführliche Informationen sowie die aktuellen Mindestlöhne in Deutschland und Europa finden Sie unter www.destatis.de > *Zahlen und Fakten* > *Verdienste und Arbeitskosten* > *Mindestlöhne*

■ Verdienste im öffentlichen Dienst

Die monatlichen Dienstbezüge, die in der Tabelle 14.3.1 nachgewiesen sind, beziehen sich auf die folgenden Besoldungsgruppen der Bundesbeamtinnen und Bundesbeamten nach der „Besoldungsordnung A“:

A16: Leitende(r) Regierungsdirektor/-in, A15: Regierungsdirektor/-in, A14: Oberregierungsrat/-rätin, A13: Regierungsrat/-rätin, A12: Amtsrat/-rätin, A11: Amtmann/Amtfrau, A10: Oberinspektor/-in, A9: Inspektor/-in, A8: Hauptsekretär/-in, Hauptwerkmeister/-in, A7: Obersekretär/-in, Oberwerkmeister/-in, A6: Sekretär/-in, Werkmeister/-in, A5: Assistent/-in, A4: Amtsmeister/-in, A3: Hauptamtsgehilfe/-gehilfin, A2: Oberamtsgehilfe/-gehilfin.

Verheiratete Beamtinnen und Beamte erhalten zusätzlich zu den aufgeführten Besoldungen einen monatlichen Familienzuschlag von 113,96 Euro in den Besoldungsgruppen A2 bis A8 bzw. 119,68 Euro in allen übrigen Besoldungsgruppen. Der Zuschlag erhöht sich beim ersten und zweiten Kind um je 102,33 Euro und für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 318,84 Euro (Stand 1.1.2012). Alle Angaben gelten ausschließlich für Bundesbeamtinnen und Bundesbeamte.

Die Besoldung der Landesbeamtinnen und Landesbeamten regeln die Besoldungsrichtlinien des jeweiligen Bundeslandes. Weitere Informationen finden Sie in der Veröffentlichung „Verdienste im öffentlichen Dienst bei Bund, Ländern und Gemeinden“.

■ Jahresschätzung der Arbeitskosten

Die Berechnung der Jahresschätzung der Arbeitskosten basiert auf dem Niveau der Arbeitskosten je geleistete Stunde der Arbeitskostenerhebung, die alle vier Jahre stattfindet. Die Fortschätzung des Niveaus für Zwischenjahre erfolgt anhand der jährlichen Veränderungsrate des Arbeitskostenindex. Revisionen des Arbeitskostenindex können die Ergebnisse der Jahresschätzung der Arbeitskosten vom aktuellen Rand bis zu jenem Jahr verändern, das auf das Berichtsjahr der letzten Arbeitskostenerhebung folgt. Die hier veröffentlichten Ergebnisse der Jahresschätzung beruhen auf dem Rechenstand des Arbeitskostenindex vom vierten Quartal 2011.

Arbeitskostenindex

Der **Vierteljährliche Arbeitskostenindex** basiert auf der Größe „Arbeitskosten je geleistete Arbeitsstunde“. Er gibt an, wie sich die gesamten Arbeitskosten aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entwickelt haben. Der Index ermöglicht es, die Arbeitskostenentwicklung in die beiden Hauptkomponenten der Arbeitskosten zu unterteilen: nämlich in die Entwicklung der Kosten für Bruttoverdienste sowie der Lohnnebenkosten. Die aktuellen Ergebnisse des Arbeitskostenindex werden zu jedem Veröffentlichungstermin überprüft. Neue Informationen werden eingearbeitet und die Ergebnisse bei Bedarf entsprechend revidiert.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken finden Sie in unseren „Qualitätsberichten“ (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

Glossar

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer | Die „Vierteljährliche Verdiensterhebung“ erfasst Angaben für folgende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer:

- Den größten Teil der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (ohne die unten aufgeführten Sozialversicherungspflichtigen)
- Geringfügig Beschäftigte
- Nicht sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit einem Arbeitsvertrag, die zumindest teilweise erfolgsunabhängige Verdienstbestandteile erhalten
- Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die ihren Wohnsitz im Ausland haben und im Inland arbeiten
- Heimarbeiterinnen und Heimarbeiter, Saisonarbeitskräfte sowie Aushilfskräfte, die als abhängig Beschäftigte eine bezahlte Leistung erbringen
- Beamtinnen und Beamte in den Wirtschaftsbereichen „Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung“ und „Erziehung und Unterricht“

Nicht einbezogen sind Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Altersteilzeit, Beamtinnen und Beamte außerhalb der oben aufgeführten Wirtschaftsbereiche, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die ihren Wohnsitz im Inland haben und im Ausland arbeiten, Auszubildende, Praktikantinnen und Praktikanten, Personen, die keinen Verdienst für ihre Leistung erhalten, tätige Inhaberinnen und Inhaber, Mitinhaberinnen und Mitinhaber und Familienangehörige ohne Arbeitsvertrag, ausschließlich auf Honorarbasis bezahlte Personen, Personen im Vorruhestand sowie Personen in sogenannten „Ein-Euro-Jobs“.

Arbeitskosten | Sie umfassen die Gesamtheit aller Aufwendungen, die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber durch die Beschäftigung von Arbeitskräften tragen. Zu den Arbeitskosten gehören das Arbeitnehmerentgelt mit Bruttoverdiensten in Form von Geld- und Sachleistungen, die Sozialbeiträge der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, die Kosten der beruflichen Aus- und Weiterbildung, sonstige Aufwendungen sowie Steuern auf die Lohnsumme oder Beschäftigtenzahl.

Arbeitsvolumen | Dieses umfasst die tatsächlich geleistete Arbeitszeit aller Erwerbstätigen, die als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Arbeiterinnen und Arbeiter, Angestellte, Beamtinnen und Beamte, geringfügig Beschäftigte, Soldatinnen und Soldaten) oder als Selbstständige bzw. als mithelfende Familienangehörige innerhalb Deutschlands eine auf wirtschaftlichen Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben. Hierzu zählen auch die geleisteten Arbeitsstunden von Personen mit mehreren gleichzeitigen Beschäftigungsverhältnissen. Nicht zum Arbeitsvolumen gehören hingegen die bezahlten, aber nicht geleisteten Arbeitsstunden, z. B. wegen Jahresurlaub, Erziehungsurlaub, Feiertagen, Kurzarbeit oder krankheitsbedingter Abwesenheit.

Arbeitszeit | Als bezahlte Arbeitszeit gelten die im Berichtszeitraum bezahlten geleisteten Stunden zuzüglich der bezahlten Ausfallstunden. Die bezahlten geleisteten Stunden sind in der Regel die „hinter der Stechuhr“ verbrachten Zeiten, d. h. innerhalb der Arbeitsstätten bzw. auf der Arbeitsstelle, abzüglich allgemein betrieblich festgesetzter Ruhepausen wie der Mittagszeit. Bezahlte Ausfallstunden umfassen z. B. bezahlte Krankheitstage, gesetzliche Feiertage, bezahlten Urlaub, durch Arbeitszeitflexibilisierung im Berichtszeitraum abgefeierte und bezahlte Stunden, die entweder im vorangegangenen Zeitraum bereits vorgearbeitet wurden oder im Folgezeitraum noch zu leisten sind, bezahlte Arbeitspausen sowie bezahlte Freizeit aus betrieblichen und persönlichen Gründen, z. B. Betriebsversammlungen, Betriebsausflüge, Arztbesuche, Familienfeiern u. Ä.

Bruttoverdienst | Er umfasst den (regelmäßig gezahlten) steuerpflichtigen Arbeitslohn gemäß den Lohnsteuerrechtlinien zuzüglich

- sonstiger Bezüge (= Sonderzahlungen)
- steuerfreier Zuschläge für Schicht-, Samstags-, Sonntags-, Feiertags- oder Nachtarbeit
- steuerfreie Beiträge der Arbeitgeberin bzw. des Arbeitgebers für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Entgeltumwandlung (z. B. an Pensionskassen oder -fonds nach § 3 Nr. 63 des EStG) und
- steuerfreie Essenszuschüsse

Der Bruttoverdienst ist dargestellt als **durchschnittlicher Bruttomonats- oder Bruttostundenverdienst** für das jeweilige Berichtsquartal.

Geleistete Arbeitsstunden | Die geleisteten Arbeitsstunden, die in die Berechnung der durchschnittlichen Jahresangaben der Arbeitskosten einfließen, beziehen sich auf den Teil des Arbeitsvolumens, der von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern tatsächlich geleistet wird.

Leistungsgruppen | Diese werden für Analysezwecke gebildet. Sie stellen eine grobe Abstufung der Arbeitnehmertätigkeiten nach der Qualifikation dar: Zur **Leistungsgruppe 1** zählen „Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in leitender Stellung“ mit Aufsichts- und Dispositionsbefugnis. Hierzu gehören z. B. angestellte Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer, sofern deren Verdienst zumindest teilweise erfolgsunabhängige Zahlungen enthält. Eingeschlossen sind auch alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die in größeren Führungsbereichen Dispositions- oder Führungsaufgaben wahrnehmen sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Tätigkeiten, die umfassende kaufmännische oder technische Fachkenntnisse erfordern. In der Regel erwerben die Personen ihre Fachkenntnisse in einem Hochschulstudium.

In die **Leistungsgruppe 2** werden „Herausgehobene Fachkräfte“ eingestuft, d. h. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit sehr schwierigen bis komplexen oder vielgestaltigen Tätigkeiten. Hierfür benötigen sie in der Regel nicht nur eine abgeschlossene Berufsausbildung, sondern darüber hinaus mehrjährige Berufserfahrung und spezielle Fachkenntnisse. Sie führen die Tätigkeiten überwiegend selbstständig aus. In die Gruppe gehören auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die in kleinen Verantwortungsbereichen gegenüber anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Dispositions- oder Führungsaufgaben wahrnehmen (z. B. Vorarbeiterinnen und Vorarbeiter, Meisterinnen und Meister).

Die **Leistungsgruppe 3** enthält „Fachkräfte“, d. h. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit schwierigen Fachtätigkeiten, für deren Ausübung in der Regel eine abgeschlossene Berufsausbildung erforderlich ist, zum Teil verbunden mit Berufserfahrung.

Die **Leistungsgruppe 4** umfasst „Angelernte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ mit überwiegend einfachen Tätigkeiten. Für die Ausführung der Tätigkeiten ist zwar keine berufliche Ausbildung erforderlich, aber insbesondere Kenntnisse und Fertigkeiten für spezielle, branchengebundene Aufgaben. Die erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten erwerben die Arbeitskräfte in der Regel durch eine Anlernzeit von bis zu zwei Jahren.

Die **Leistungsgruppe 5** fasst „Ungelernte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ mit einfachen, schematischen Tätigkeiten oder isolierten Arbeitsvorgängen zusammen. Für die Ausübung dieser Tätigkeiten benötigen sie keine berufliche Ausbildung. Das erforderliche Wissen und die notwendigen Fertigkeiten können durch Anlernen innerhalb von maximal drei Monaten vermittelt werden.

Mindestlohn, gesetzlicher | In Deutschland gibt es keinen branchenübergreifenden gesetzlichen Mindestlohn, sondern nur verbindliche Mindestlöhne für einzelne Branchen und Berufe. Am 1.6.2012 gelten in Deutschland Mindestlöhne in vier Bauberufen (Bauhauptgewerbe, Dachdeckerhandwerk, Maler- und Lackierergewerbe, Elektrohandwerk), in der Abfallwirtschaft, für Bergbauspezialarbeiten, für Sicherheitsdienstleistungen, in der Gebäudereinigung, der Pflegebranche sowie bei Wäschereidienstleistungen. Zudem gilt in der Zeitarbeit (Arbeitnehmerüberlassung) eine Lohnuntergrenze.

Sonderzahlungen | Sie entsprechen den „sonstigen Bezügen“ gemäß den Lohnsteuerrechtlinien. Dies sind unregelmäßige, nicht jeden Monat geleistete Zahlungen, wie Urlaubs-, Weihnachtsgeld, Leistungsprämien, Abfindungen, Gewinnbeteiligungen, Prämien für Verbesserungsvorschläge, Vergütungen für Erfindungen oder der steuerliche Wert (geldwerte Vorteil) von Aktienoptionen. Zu den Sonderzahlungen zählen auch Nachzahlungen, z. B. aufgrund von Tariferhöhungen, die sich auf Zeiträume außerhalb des laufenden Kalenderjahres beziehen.

Vollzeiteinheiten | Dazu zählen alle Vollzeitbeschäftigten sowie die entsprechend ihrer Arbeitszeit in Vollzeitarbeitsplätze umgerechneten Teilzeitbeschäftigten.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Standardveröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen kostenfrei downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 190 amtlichen Statistiken. Daten zu *Verdienste und Arbeitskosten* finden Sie unter dem Menüpunkt > Themen, Code 62

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Bruttoverdienste

Fachserie 16 Verdienste und Arbeitskosten

- Reihe 1 | Verdienste in der Landwirtschaft
- Reihe 2.1 | Arbeitnehmerverdienste – vierteljährliche Ergebnisse
- Reihe 2.2 | Index der Arbeitnehmerverdienste
- Reihe 2.3 | Arbeitnehmerverdienste – Jahresergebnisse
- Reihe 2.4 | Arbeitnehmerverdienste und Indizes der Arbeitnehmerverdienste – Lange Reihen

Fachberichte

- | Reallohnindex und Index der Bruttomonatsverdienste (einschl. Sonderzahlungen)
- | Verdienstindizes für Erbbauzinsberechnungen

■ Tarifverdienste und Mindestlöhne

Fachserie 16 Verdienste und Arbeitskosten

- Reihe 4.3 | Index der Tarifverdienste und Arbeitszeiten

Wirtschaft und Statistik

- Heft 8/09 | Neuberechnung der Indizes der Tarifverdienste und Arbeitszeiten
- Heft 11/09 | Tarifverdienste online
- Heft 4/12 | Bilanz der Tarifrunde 2011: Höhere Tarifabschlüsse, weniger Einmalzahlungen

Unter www.destatis.de/tarifdatenbank hat das Statistische Bundesamt eine Tarifdatenbank eingerichtet. Sie wird laufend um neue Tarifverträge und aktuelle Tarifinformationen ergänzt.

Zurzeit sind Tarifinformationen zu folgenden Branchen abrufbar:

- | Bankgewerbe
- | Baugewerbe
- | Chemische Industrie
- | Einzelhandel
- | Gesundheitswesen
- | Öffentlicher Dienst der Länder
- | Versicherungsgewerbe

■ Verdienste im öffentlichen Dienst

Fachberichte

- | Verdienste im öffentlichen Dienst für Beamte und Tarifbeschäftigte bei Bund, Ländern und Gemeinden

Mehr zum Thema

■ **Arbeitskosten**

Fachserie 16 Verdienste und Arbeitskosten

Heft 1	Arbeitskosten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich Bundesergebnisse 2008
Heft 2	Früheres Bundesgebiet 2008
Heft 3	Neue Länder 2008

Fachberichte

Aufwendungen und Anwartschaften betrieblicher Altersversorgung 2008

Wirtschaft und Statistik

Heft 9/10	Arbeitskostenerhebung 2008
Heft 8/11	Personenbefragung zur betrieblichen Altersversorgung

■ **Themenübergreifend**

Fachserie 16 Verdienste und Arbeitskosten

Reihe 2.5	Nettoverdienste (Modellrechnung)
Heft 1	Verdienststrukturerhebung Verdienststrukturerhebung 2006

Fachberichte

Verdienste nach Berufen – Verdienststrukturerhebung 2006
Verdienstunterschiede zwischen Männern und Frauen 2006
Verteilung der Verdienste – Verdienststrukturerhebung 2006

Wirtschaft und Statistik

Heft 12/10	Vier Jahre Neukonzeption der Verdienststatistik
Heft 1/11	Verdienstunterschiede zwischen Männern und Frauen

STATmagazin

Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern (2008)

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter +49 (0)6 11 / 75 35 41

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.



15 Preise

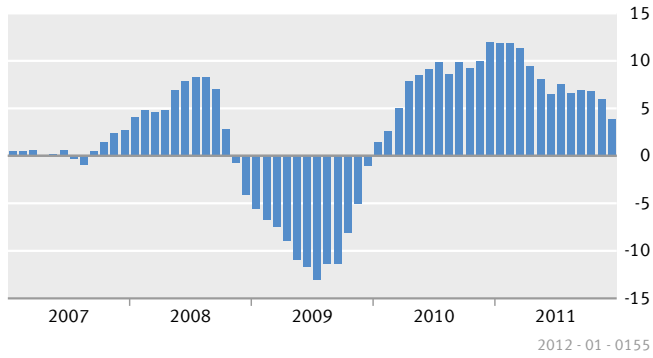
2011 war im Hinblick auf Preisentwicklung **Jahr der Rekorde** | Die **Einfuhrpreise** stiegen gegenüber dem Vorjahr um **8,0 %** und damit so stark wie seit **2000** nicht mehr | **Erzeugerpreise** gewerblicher Produkte erreichten mit **+ 5,7 %** gegenüber dem Vorjahr größte Preissteigerung seit **1982** | Bei **Großhandelspreisen** wurde mit **+ 7,5 %** höchste Jahresteuerrate seit **1981** beobachtet | **Verbraucherpreise** stiegen mit durchschnittlich **2,3 %** so stark wie seit **2008** nicht mehr

Seite	
391	Auf einen Blick
	Tabellen
392	Energiepreise Einfuhrpreisindex Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte Verbraucherpreisindex
393	Nahrungsmittelpreise Einfuhrpreisindex Erzeugerpreisindex landwirtschaftlicher Produkte . . . gewerblicher Produkte Verbraucherpreisindex
394	Einfuhrpreise Einfuhrpreisindex Erzeugnisse der Vorleistungsgüterproduzenten . . . der Investitionsgüterproduzenten . . . der Konsumgüterproduzenten Energie Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei
395	Ausfuhrpreise Ausfuhrpreisindex Erzeugnisse der Vorleistungsgüterproduzenten . . . der Investitionsgüterproduzenten . . . der Konsumgüterproduzenten Energie Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei
396	Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte und der Produkte des Holzeinschlags Erzeugerpreisindex landwirtschaftlicher Produkte . . . der Produkte des Holzeinschlags Holzprodukte zur Energieerzeugung
397	Erzeugerpreise gewerblicher Produkte Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte Erzeugnisse der Vorleistungsgüterproduzenten . . . der Investitionsgüterproduzenten . . . der Konsumgüterproduzenten Energie
398	Erzeugerpreise für Dienstleistungen Verkehr und Lagerei Information und Kommunikation Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen Verwaltungs- und Unterstützungsdienstleistungen
399	Großhandelsverkaufspreise Index der Großhandelsverkaufspreise Großhandel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren . . . mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren . . . mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern . . . mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik . . . mit sonstigen Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör Sonstiger Großhandel Großhandel ohne ausgeprägten Schwerpunkt
400	Bau- und Immobilienpreise Baukostenindex Baupreisindizes Preisindex für Bauland Häuserpreisindex
401	Kaufwerte für baureifes Land Kauffälle Veräußerte Fläche Durchschnittlicher Kaufwert
402	Verbraucherpreise Verbraucherpreisindex Verbrauchsgüter Gebrauchsgüter mittlerer Lebensdauer Langlebige Gebrauchsgüter Dienstleistungen Nettokaltmieten
403	Methodik
406	Glossar
407	Mehr zum Thema

15.0 Auf einen Blick

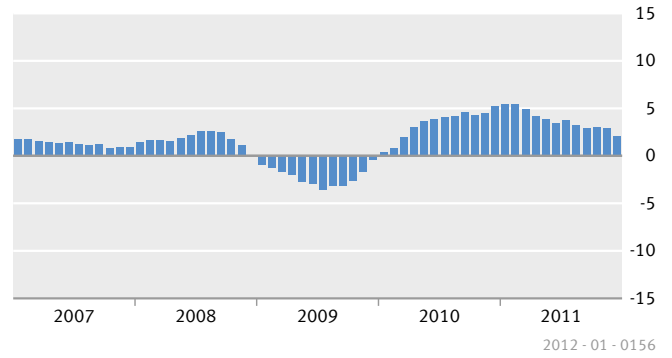
Index der Einfuhrpreise

Veränderung gegenüber Vorjahresmonat, in %



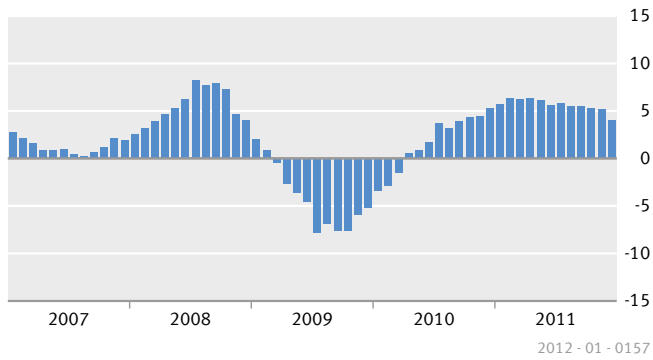
Index der Ausfuhrpreise

Veränderung gegenüber Vorjahresmonat, in %



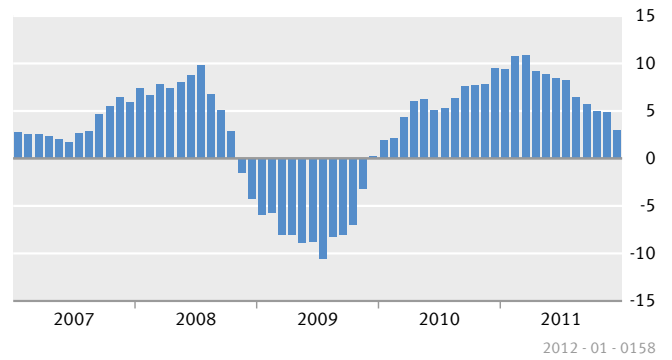
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte

Veränderung gegenüber Vorjahresmonat, in %



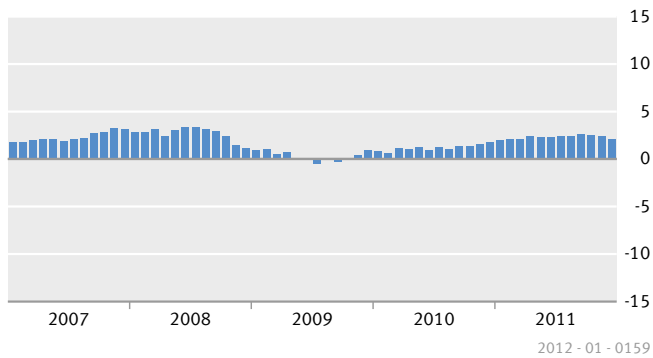
Index der Großhandelsverkaufspreise

Veränderung gegenüber Vorjahresmonat, in %



Index der Verbraucherpreise

Veränderung gegenüber Vorjahresmonat, in %



15.1 Energiepreise

	Anteil an Energie ¹	Jahresdurchschnitt			Veränderung gegenüber Vorjahr	
		2009	2010	2011	2010	2011
	%	2005 = 100			%	
Einfuhrpreisindex für Energie	100,0	112,2	139,8	179,0	24,6	28,0
Primärenergieträger						
Erdöl	49,2	104,2	143,9	189,5	38,1	31,7
Erdgas, verflüssigt oder gasförmig	24,5	131,4	136,8	171,9	4,1	25,7
Kohle	0,3	192,6	169,1	183,9	- 12,2	8,8
Sekundärenergieträger						
Mineralölzeugnisse	19,7	98,1	131,8	168,7	34,4	28,0
Elektrischer Strom	2,1	94,2	113,6	118,9	20,6	4,7
Kokereizeugnisse	1,3	102,2	132,6	161,3	29,7	21,6
Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte für Energie	100,0	117,7	119,3	132,0	1,4	10,6
Primärenergieträger						
Erdöl und Erdgas	2,0	108,0	129,5	167,1	19,9	29,0
Kohle	1,3	126,8	129,4	156,8	2,1	21,2
Sekundärenergieträger						
Elektrischer Strom und Dienstleistungen der Elektrizitätsversorgung	44,5	115,7	118,2	124,8	2,2	5,6
Erdgas (Verteilung)	25,6	132,1	121,1	139,1	- 8,3	14,9
Kokerei- und Mineralölzeugnisse	18,5	103,6	120,1	139,9	15,9	16,5
Fernwärme	2,9	134,1	125,7	134,5	- 6,3	7,0
Wasser und Dienstleistungen der Wasserversorgung	5,2	106,3	107,6	108,8	1,2	1,1
Verbraucherpreisindex für Energie	100,0	116,9	121,5	133,7	3,9	10,0
Haushaltsenergie	62,8	124,3	124,7	136,6	0,3	9,5
Strom	25,9	126,2	130,2	139,7	3,2	7,3
Gas	13,5	129,8	118,7	124,2	- 8,6	4,6
Zentralheizung, Fernwärme u. a.	13,0	133,8	122,5	132,3	- 8,4	8,0
Flüssige Brennstoffe (Leichtes Heizöl)	9,7	99,7	122,2	152,2	22,6	24,5
Feste Brennstoffe	0,8	113,0	117,0	124,4	3,5	6,3
Kraftstoffe	37,2	104,4	116,1	128,9	11,2	11,0

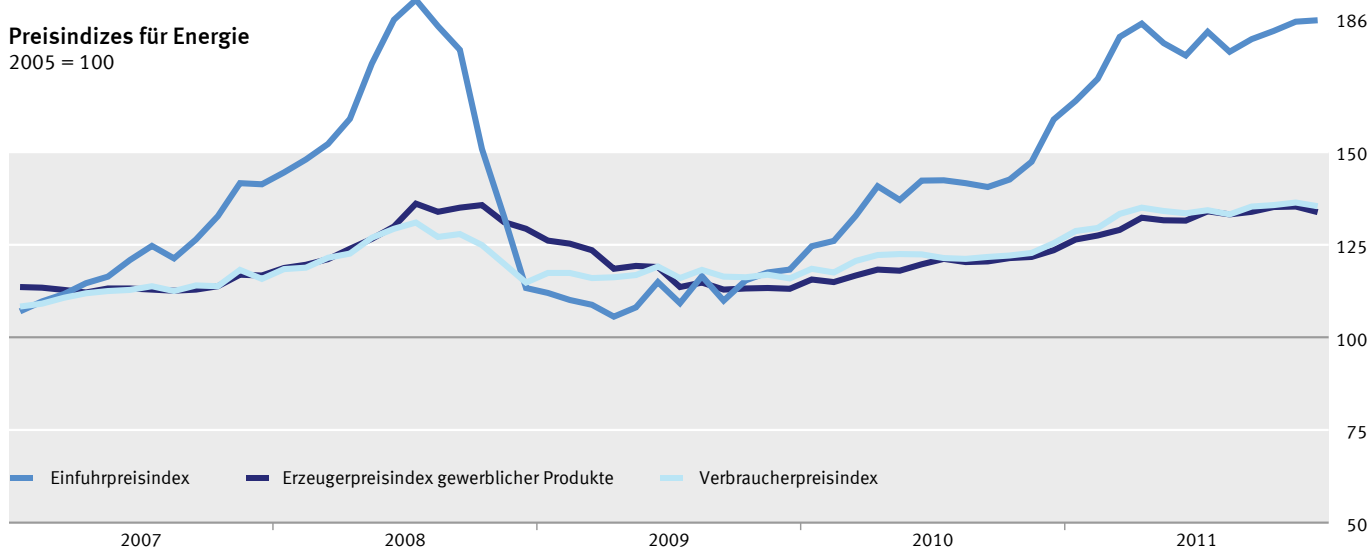
Der **Einfuhrpreisindex** enthält vor allem Primärenergieträger wie Erdöl oder Erdgas. Weiterverarbeitete Energieträger wie Mineralölzeugnisse werden nur in geringem Umfang eingeführt.

Die in Deutschland genutzte Sekundärenergie stammt größtenteils aus inländischer Produktion: Strom wird zu knapp 95 % im Inland erzeugt, Dieselkraftstoffe stammen zu über 90 % und Benzin zu etwa 70 % aus deutschen Raffinerien. Der **Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte** enthält daher überwiegend Sekundärenergieträger. Zu einem geringen Anteil wird auch Primärenergie in Deutschland gewonnen – insbesondere durch die Braunkohlenförderung.

Der **Verbraucherpreisindex** enthält vor allem Sekundärenergieträger wie Kraftstoffe, Strom und Gas. Primärenergieträger sind für die Verbraucherinnen und Verbraucher von geringer Bedeutung.

1 Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Rundungen.

Preisindizes für Energie
2005 = 100



2012 - 01 - 0144

15.2 Nahrungsmittelpreise

	Anteil an Nahrungsmitteln	Jahresdurchschnitt			Veränderung gegenüber Vorjahr	
		2009	2010	2011	2010	2011
		2005 = 100			%	
Einfuhrpreisindex für Nahrungsmittel ¹	100,0	109,2	115,6	124,6	5,9	7,8
darunter:						
Gemüse und Früchte	35,6	104,9	112,8	117,4	7,5	4,1
Fleisch und Zubereitungen von Fleisch	14,8	109,9	110,7	119,8	0,7	8,2
Milch und Milcherzeugnisse, Eier	12,3	103,5	109,9	117,6	6,2	7,0
Kaffee, Tee, Kakao, Gewürze und Waren daraus	11,3	120,3	140,1	163,7	16,5	16,8
Fische, Krebs- und Weichtiere und Zubereitungen daraus	7,9	109,3	113,1	119,4	3,5	5,6
Getreide und Getreideerzeugnisse	7,8	118,9	122,0	137,3	2,6	12,5
Erzeugerpreisindex landwirtschaftlicher Produkte	100,0	100,7	114,1	128,6	13,3	12,7
darunter:						
Tiere	32,8	104,4	104,8	115,7	0,4	10,4
Milch	27,4	87,8	109,4	126,3	24,6	15,4
Erzeugnisse des Gemüse- und Gartenbaus	14,4	99,9	109,7	109,1	9,8	- 0,5
Getreide (einschl. Saatgut)	11,0	112,9	154,4	202,1	36,8	30,9
Handelsgewächse (z.B. Raps, Zuckerrüben)	7,4	97,6	98,1	108,5	0,5	10,6
Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte für Nahrungsmittel	100,0	107,9	108,7	115,2	0,7	6,0
darunter:						
Fleisch und Fleischerzeugnisse	27,8	106,1	105,0	109,3	- 1,0	4,1
Milch und Milcherzeugnisse	18,1	104,8	111,3	118,1	6,2	6,1
Back- und Teigwaren	16,4	110,6	111,0	115,8	0,4	4,3
Obst- und Gemüseerzeugnisse	6,7	111,1	109,7	123,3	- 1,3	12,4
Pflanzliche und tierische Öle und Fette	3,4	122,5	134,2	156,2	9,6	16,4
Verbraucherpreisindex für Nahrungsmittel	100,0	111,2	113,0	115,8	1,6	2,5
darunter:						
Fleisch, Fleischwaren	23,9	108,8	109,2	112,3	0,4	2,8
Brot und Getreideerzeugnisse	18,3	112,8	112,5	116,2	- 0,3	3,3
Molkereiprodukte und Eier	16,0	111,9	112,4	117,1	0,4	4,2
Gemüse	11,8	113,7	120,9	116,2	6,3	- 3,9
Obst	10,3	110,0	115,7	119,3	5,2	3,1

Der **Einfuhrpreisindex für Nahrungsmittel** umfasst sowohl unverarbeitete als auch weiterverarbeitete Nahrungsmittel. Er verläuft daher zwar stabiler als der Erzeugerpreisindex landwirtschaftlicher Produkte, weist aber gleichzeitig mehr Schwankungen auf als der Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte.

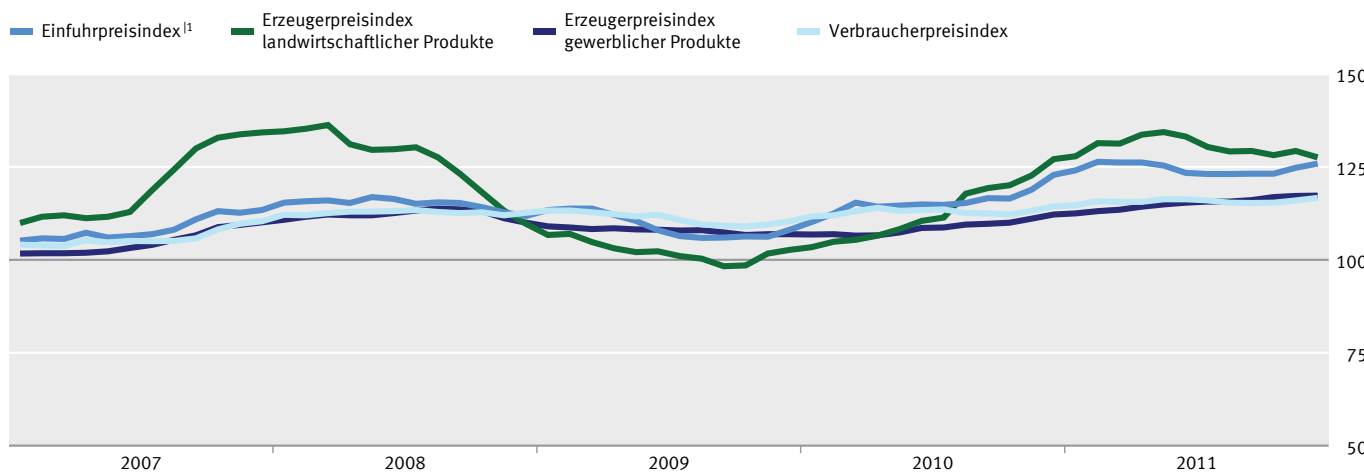
Der **Erzeugerpreisindex landwirtschaftlicher Produkte** misst die durchschnittliche Preisentwicklung pflanzlicher und tierischer Erzeugnisse. Bei den pflanzlichen Erzeugnissen spielen vor allem Angebotsschwankungen aufgrund klimatischer Faktoren eine große Rolle. Daraus resultierende Preisschwankungen wirken sich – bei einem globalisierten Markt – weltweit aus.

Der **Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte für Nahrungsmittel** misst die durchschnittliche Preisentwicklung weiterverarbeiteter Nahrungsmittel. Hier spielen die Rohstoffkosten eine geringere Rolle als bei den landwirtschaftlichen Produkten, da der Verarbeitungsgrad höher ist. Stabileren Faktoren wie Lohn-, Betriebs- oder Verpackungskosten haben hier größeres Gewicht, sodass die Preise im Ernährungsgewerbe weniger stark schwanken.

1 Internationales Warenverzeichnis für den Außenhandel (SITC, Rev. 4) 01-07; 09.

Preisindizes für Nahrungsmittel

2005 = 100



1 Internationales Warenverzeichnis für den Außenhandel (SITC, Rev. 4) 01-07; 09.

15.3 Einfuhrpreise

	Gewichtung ¹	Jahresdurchschnitt			Veränderung gegenüber Vorjahr	
		2009	2010	2011	2010	2011
	%	2005 = 100			%	
Einfuhrpreisindex	100,0	100,5	108,3	117,0	7,8	8,0
Erzeugnisse der Vorleistungsgüterproduzenten	32,8	101,0	112,1	120,4	11,0	7,4
darunter:						
Metalle	6,4	105,7	131,4	145,2	24,3	10,5
Chemische Grundstoffe	5,5	104,1	115,1	130,5	10,6	13,4
Elektronische Bauelemente und Leiterplatten	2,9	44,9	49,1	41,6	9,4	-15,3
Erzeugnisse der Investitionsgüterproduzenten	30,6	90,9	90,6	90,3	-0,3	-0,3
darunter:						
Kraftwagen und Kraftwagenteile	11,7	103,4	103,4	104,8	0,0	1,4
Maschinen	8,1	104,4	105,7	108,4	1,2	2,6
Erzeugnisse der Konsumgüterproduzenten	21,0	105,6	107,8	111,5	2,1	3,4
Gebrauchsgüter	5,3	99,0	100,3	100,1	1,3	-0,2
darunter:						
Geräte der Unterhaltungselektronik	1,8	90,0	89,5	86,8	-0,6	-3,0
Verbrauchsgüter	15,7	107,8	110,4	115,3	2,4	4,4
darunter:						
Pharmazeutische und ähnliche Erzeugnisse	3,5	112,3	115,0	114,9	2,4	-0,1
Energie	12,5	112,2	139,8	179,0	24,6	28,0
Erdöl und Erdgas	9,3	113,3	141,5	183,7	24,9	29,8
Kokereierzeugnisse und Mineralölerzeugnisse	2,6	98,4	131,8	168,3	33,9	27,7
Kohle	0,4	192,6	169,1	183,9	-12,2	8,8
Elektrischer Strom	0,3	94,2	113,6	118,9	20,6	4,7
Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei ..	3,0	107,5	119,9	130,9	11,5	9,2

Vorleistungsgüter sind Erzeugnisse, die überwiegend für Unternehmen bestimmt sind und dort im Produktionsprozess verbraucht, verarbeitet oder umgewandelt werden.

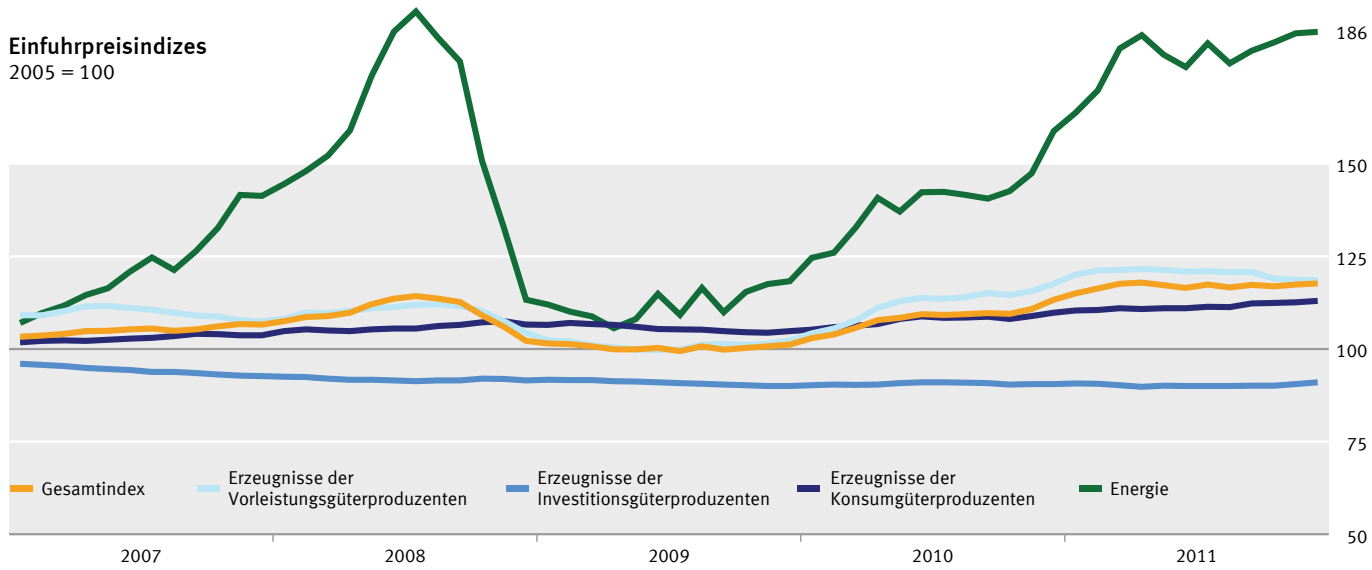
Investitionsgüter werden vor allem für Unternehmen hergestellt und können dort über einen längeren Zeitraum genutzt werden.

Konsumgüter sind Erzeugnisse, die (in der Regel über den Groß- und Einzelhandel) überwiegend an Privathaushalte abgegeben und dort genutzt oder verbraucht werden.

Zur **Energie** zählen alle Energieprodukte, unabhängig davon, ob sie für Unternehmen oder Privathaushalte bestimmt sind.

1 Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Rundungen.

Einfuhrpreisindizes
2005 = 100



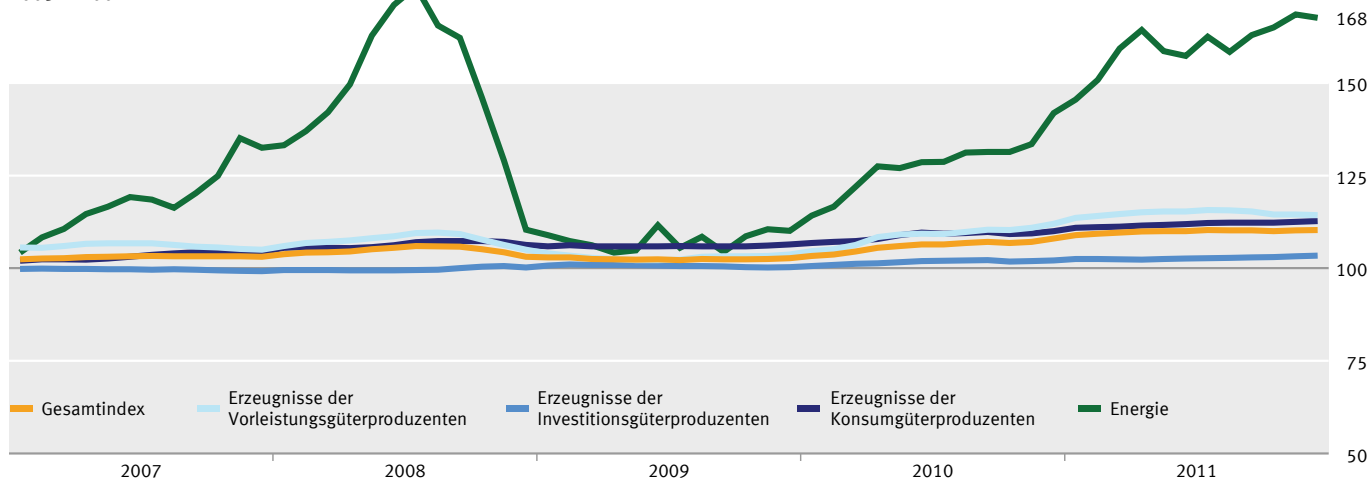
2012 - 01 - 0146

15.4 Ausfuhrpreise

	Gewichtung ¹	Jahresdurchschnitt			Veränderung gegenüber Vorjahr	
		2009	2010	2011	2010	2011
	%	2005 = 100			%	
Ausfuhrpreisindex	100,0	102,5	106,0	109,9	3,4	3,7
Erzeugnisse der Vorleistungsgüterproduzenten	34,4	103,0	108,8	114,8	5,6	5,5
darunter:						
Chemische Grundstoffe	6,1	108,8	113,7	124,7	4,5	9,7
Metalle	5,6	109,5	128,2	141,7	17,1	10,5
Erzeugnisse der Investitionsgüterproduzenten	46,8	100,6	101,6	102,7	1,0	1,1
darunter:						
Kraftwagen und Kraftwagenteile	20,3	102,9	104,6	106,2	1,7	1,5
Maschinen	16,0	107,5	108,5	110,2	0,9	1,6
Erzeugnisse der Konsumgüterproduzenten	15,7	106,0	108,7	111,9	2,5	2,9
Gebrauchsgüter	4,0	101,5	102,7	104,2	1,2	1,5
darunter:						
Elektrische Haushaltsgeräte, Teile dafür	1,3	98,2	98,8	99,2	0,6	0,4
Verbrauchsgüter	11,8	107,5	110,8	114,5	3,1	3,3
darunter:						
Pharmazeutische und ähnliche Erzeugnisse	3,5	112,1	113,6	111,9	1,3	- 1,5
Energie	2,1	107,6	127,8	160,1	18,8	25,3
Kokereierzeugnisse und Mineralölerzeugnisse	1,6	101,1	129,1	165,7	27,7	28,4
Erdöl und Erdgas	0,5	130,9	129,1	151,8	- 1,4	17,6
Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	0,8	111,0	123,7	144,6	11,4	16,9

1 Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Rundungen.

Ausfuhrpreisindizes
2005 = 100

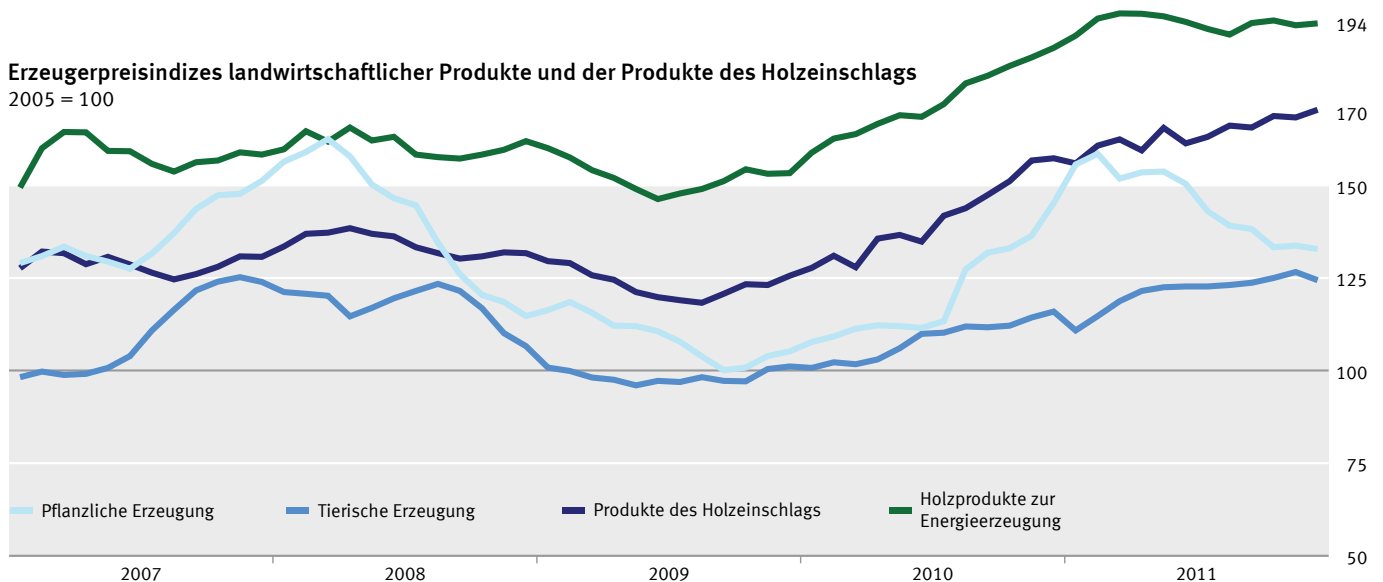


2012 - 01 - 0147

15.5 Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte und der Produkte des Holzeinschlags

	Gewichtung ¹	Jahresdurchschnitt			Veränderung gegenüber Vorjahr	
		2009	2010	2011	2010	2011
	%	2005 = 100			%	
Erzeugerpreisindex landwirtschaftlicher Produkte	100,0	100,7	114,1	128,6	13,3	12,7
Pflanzliche Erzeugung	38,1	104,4	123,1	140,1	17,9	13,8
Getreide (einschl. Saatgut)	11,0	112,9	154,4	202,1	36,8	30,9
Getreide	10,1	113,1	156,7	206,3	38,5	31,7
Getreidesaatgut	0,8	110,0	126,0	149,4	14,5	18,6
Handelsgewächse	7,4	97,6	98,1	108,5	0,5	10,6
darunter:						
Raps	3,3	131,4	131,8	154,8	0,3	17,5
Zuckerrüben	4,0	70,0	70,0	70,0	0,0	0,0
Futterpflanzen	0,3	145,7	148,0	190,8	1,6	28,9
Kartoffeln (einschl. Pflanzkartoffeln)	2,6	125,3	155,7	160,1	24,3	2,8
Erzeugnisse des Gemüse- und Gartenbaus	14,4	99,9	109,7	109,1	9,8	- 0,5
Gemüse	5,6	97,3	117,6	115,0	20,9	- 2,2
Pflanzen und Blumen	8,8	101,5	104,7	105,5	3,2	0,8
Obst	2,5	87,4	100,1	114,4	14,5	14,3
Tierische Erzeugung	61,9	98,4	108,5	121,5	10,3	12,0
Tiere	32,8	104,4	104,8	115,7	0,4	10,4
Rinder	9,4	104,2	106,8	121,9	2,5	14,1
Schweine	19,3	99,4	98,3	106,3	- 1,1	8,1
Schafe und Ziegen	0,6	110,1	111,2	122,9	1,0	10,5
Geflügel	3,6	130,8	133,1	148,3	1,8	11,4
Milch	27,4	87,8	109,4	126,3	24,6	15,4
Eier	1,6	156,9	170,1	159,4	8,4	- 6,3
Erzeugerpreisindex der Produkte des Holzeinschlags	100,0	123,2	140,8	163,8	14,3	16,3
Stammholz und -abschnitte zusammen	74,3	117,6	133,3	156,3	13,4	17,2
Industrieholz	21,3	144,5	169,2	197,3	17,1	16,6
Brennholz	4,4	-	-	-	-	-
nachrichtlich:						
Holzprodukte zur Energieerzeugung	100,0	152,3	172,6	193,7	13,3	12,2
Holz in Form von Plättchen oder Schnitzeln	19,2	146,8	175,8	187,0	19,8	6,4
Pellets, Briketts, Scheiten o. ä. Formen aus Sägespänen u. a. Sägebrenprodukten	25,1	173,8	181,2	195,6	4,3	7,9
Industrieholz	55,7	144,5	167,6	195,1	16,0	16,4

1 Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Rundungen.



2012-01-0148

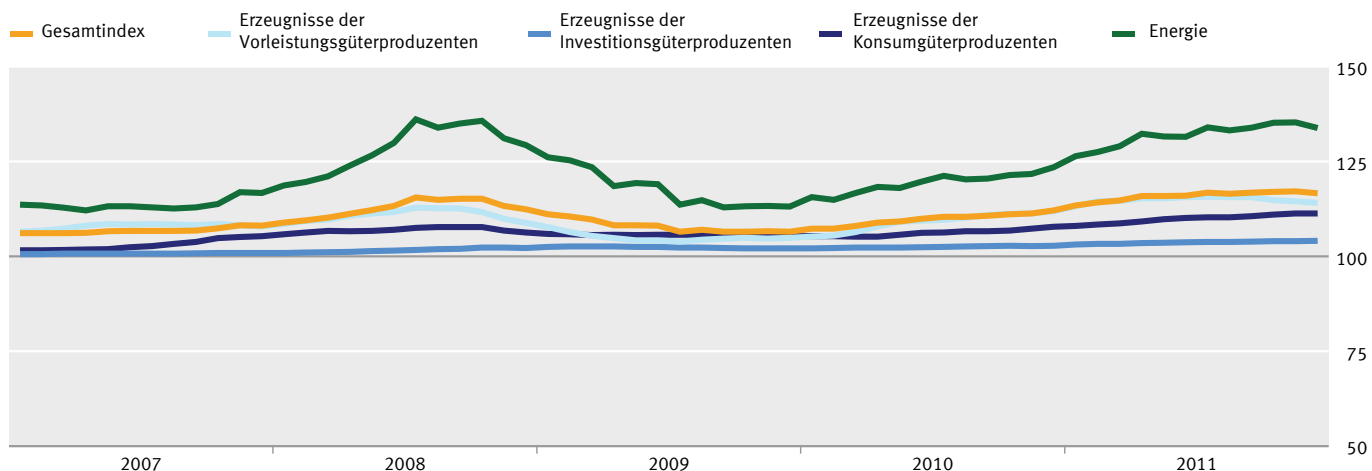
15.6 Erzeugerpreise gewerblicher Produkte

	Gewichtung ¹	Jahresdurchschnitt			Veränderung gegenüber Vorjahr	
		2009	2010	2011	2010	2011
	%	2005 = 100			%	
Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte	100,0	108,0	109,7	115,9	1,6	5,7
Erzeugnisse der Vorleistungsgüterproduzenten	28,9	105,0	109,1	114,9	3,9	5,3
darunter:						
Metalle	4,8	104,7	117,9	128,7	12,6	9,2
Gummi- und Kunststoffwaren	3,6	102,9	104,6	108,9	1,7	4,1
Chemische Grundstoffe	2,7	110,8	116,4	125,5	5,1	7,8
Papier, Pappe und Waren daraus	2,1	102,7	105,5	112,6	2,7	6,7
Erzeugnisse der Investitionsgüterproduzenten	24,2	102,4	102,5	103,7	0,1	1,2
darunter:						
Kraftwagen und Kraftwagenteile	10,6	102,4	102,7	103,6	0,3	0,9
Maschinen	8,2	108,9	109,4	111,2	0,5	1,6
Stahl- und Leichtmetallbauerzeugnisse	1,3	110,0	109,3	113,8	-0,6	4,1
Erzeugnisse der Konsumgüterproduzenten	19,4	105,6	106,2	109,9	0,6	3,5
Verbrauchsgüter	17,0	105,5	106,1	110,1	0,6	3,8
darunter:						
Nahrungsmittel	8,8	107,9	108,7	115,2	0,7	6,0
Getränke	1,8	106,3	106,4	108,4	0,1	1,9
Gebrauchsgüter	2,4	106,4	106,7	108,5	0,3	1,7
darunter:						
Möbel	1,3	110,1	110,2	112,5	0,1	2,1
Energie	27,4	117,7	119,3	132,0	1,4	10,6
darunter:						
Elektrischer Strom und Dienstleistungen der Elektrizitätsversorgung	12,2	115,7	118,2	124,8	2,2	5,6
Erdgas (Verteilung)	7,0	132,1	121,1	139,1	-8,3	14,9
Kokerei- und Mineralölerzeugnisse	5,1	103,6	120,1	139,9	15,9	16,5
Wasser und Dienstleistungen der Wasserversorgung	1,4	106,3	107,6	108,8	1,2	1,1
Erdöl und Erdgas	0,6	108,0	129,5	167,1	19,9	29,0

1 Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Rundungen.

Erzeugerpreisindizes gewerblicher Produkte

2005 = 100



2012 - 01 - 0149

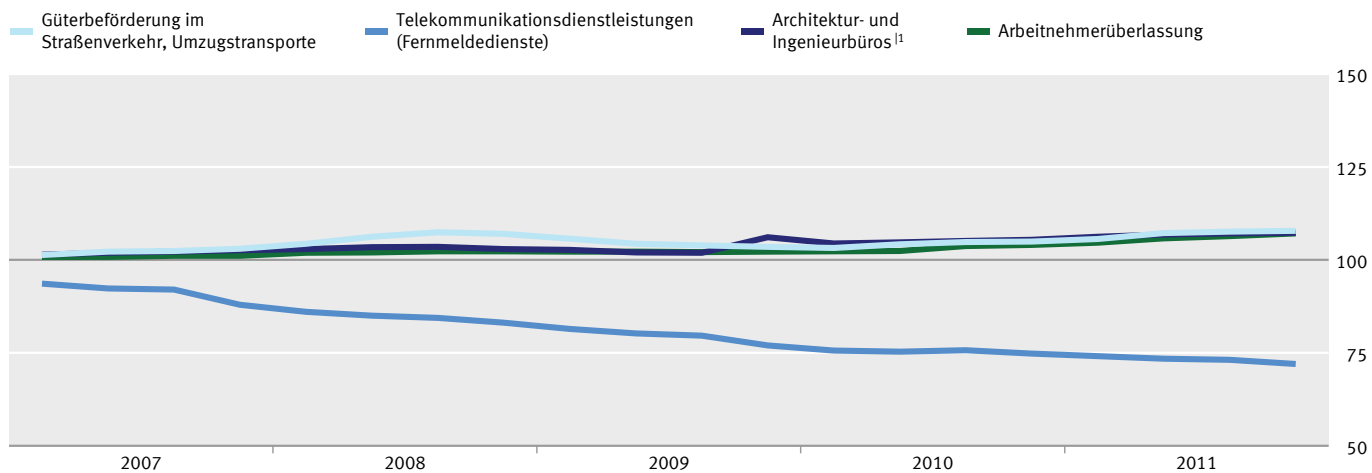
15.7 Erzeugerpreise für Dienstleistungen

	Umsatz	Jahresdurchschnitt			Veränderung gegenüber Vorjahr	
	2010	2009	2010	2011	2010	2011
	Mrd. EUR	2006 = 100			%	
Verkehr und Lagerei						
Güterbeförderung im Straßenverkehr, Umzugs-transporte	34,5	104,4	104,3	107,1	- 0,1	2,7
Post-, Kurier- und Expressdienste	27,5	98,7	98,0	98,0	- 0,7	0,0
Güterbeförderung in der See- und Küstenschifffahrt	26,0	68,4	113,1	107,5	65,4	- 5,0
Lagerei	7,5	102,5	102,7	103,8	0,2	1,1
Güterbeförderung im Eisenbahnverkehr	6,0	108,7	110,0	111,8	1,2	1,6
Luffracht	4,2	82,2	102,0	125,4	24,1	22,9
Frachturnschlag	2,8	106,1	105,7	106,0	- 0,4	0,3
Information und Kommunikation						
Telekommunikationsdienstleistungen (Fernmeldedienste)	72,7	79,6	75,4	73,2	- 5,3	- 2,9
Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen						
Architektur- und Ingenieurbüros	45,1	103,2	104,9	106,9	1,6	1,9
Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung, Buchführung	23,5	105,2	104,0	105,8	- 1,1	1,7
Public Relations- und Unternehmensberatung	20,9	102,9	102,8	103,7	- 0,1	0,9
Werbung	20,2	102,5	103,7	104,0	1,2	0,3
Rechtsberatung	18,3	103,7	104,0	104,9	0,3	0,9
Technische, physikalische und chemische Untersuchung	8,8	105,0	104,9	107,1	- 0,1	2,1
Markt- und Meinungsforschung	2,2	102,7	101,5	102,2	- 1,2	0,7
Verwaltungs- und Unterstützungsdienstleistungen						
Arbeitnehmerüberlassung	27,6	102,2	103,1	106,0	0,9	2,8
Reinigung von Gebäuden, Straßen und Verkehrsmitteln	15,2	102,4	103,8	104,6	1,4	0,8
Wach- und Sicherheitsdienste	4,2	102,7	103,6	105,4	0,9	1,7
Personalvermittlung	1,7	110,2	113,0	118,5	2,5	4,9

Erzeugerpreisindizes für Dienstleistungen messen die durchschnittliche Preisentwicklung für Dienstleistungen, die in bestimmten Branchen für gewerbliche und private Kunden erbracht werden. Da noch nicht für alle Dienstleistungsbereiche Indizes vorliegen, werden bisher keine Gesamtindizes berechnet.

Erzeugerpreisindizes für Dienstleistungen

2006 = 100



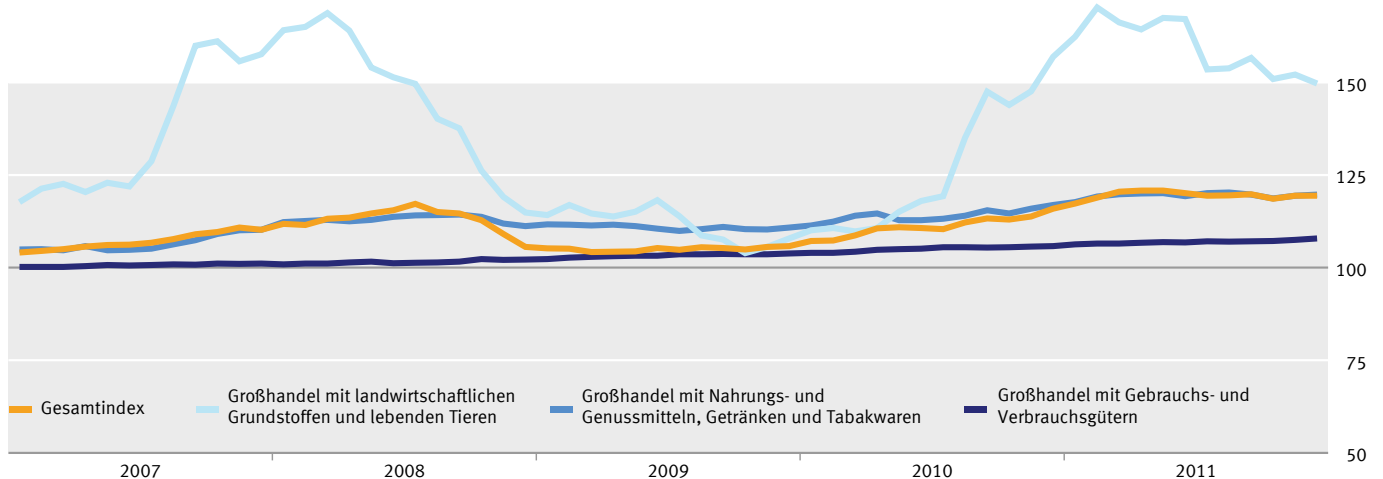
1 Viertes Quartal 2009: Anhebung der Gebührensätze als Folge der Einführung der neuen Honorarordnung für Architektinnen und Architekten und Ingenieurinnen und Ingenieure. 2012 - 01 - 0150

15.8 Großhandelsverkaufspreise

	Gewichtung	Jahresdurchschnitt			Veränderung gegenüber Vorjahr	
		2009	2010	2011	2010	2011
	%	2005 = 100			%	
Index der Großhandelsverkaufspreise	100,0	105,0	111,2	119,5	5,9	7,5
Großhandel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren	5,2	111,7	127,1	159,5	13,8	25,5
darunter:						
Großhandel mit Getreide, Rohtabak, Saatgut und Futtermitteln	3,0	117,1	140,8	190,1	20,2	35,0
Großhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	20,5	110,9	114,0	119,5	2,8	4,8
darunter:						
Großhandel mit Getränken	3,5	108,9	109,3	110,4	0,4	1,0
Großhandel mit Obst, Gemüse und Kartoffeln	2,9	111,9	121,5	123,2	8,6	1,4
Großhandel mit Fleisch und Fleischwaren	2,3	107,2	106,8	109,8	- 0,4	2,8
Großhandel mit Milch, Milcherzeugnissen, Eiern, Speiseölen und Nahrungsfetten	1,2	114,2	120,1	128,2	5,2	6,7
Großhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern ¹	23,0	103,3	105,1	107,0	1,7	1,8
darunter:						
Großhandel mit Foto- und optischen Erzeugnissen, elektrischen Haushaltsgeräten und Geräten der Unterhaltungselektronik	5,9	103,7	105,5	106,1	1,7	0,6
Großhandel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik	5,3	69,2	68,1	65,6	- 1,6	- 3,7
Großhandel mit sonstigen Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör	5,7	112,6	114,0	117,2	1,2	2,8
Sonstiger Großhandel	35,0	105,3	116,7	129,6	10,8	11,1
darunter:						
Großhandel mit festen Brennstoffen und Mineral-ölerzeugnissen	15,7	102,4	116,7	134,5	14,0	15,3
Großhandel mit Erzen, Metallen und Metallhalbzeug	6,0	98,0	111,7	122,9	14,0	10,0
Großhandel mit Holz, Baustoffen, Anstrichmitteln und Sanitärkeramik	5,7	113,8	116,5	121,2	2,4	4,0
Großhandel ohne ausgeprägten Schwerpunkt	5,3	109,7	114,9	125,0	4,7	8,8

1 Der Großhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren zählt hier nicht zum Großhandel mit Verbrauchsgütern.

Indizes der Großhandelsverkaufspreise
2005 = 100



2012 - 01 - 0151

15.9 Bau- und Immobilienpreise

	Gewichtung	Jahresdurchschnitt			Veränderung gegenüber Vorjahr	
		2009	2010	2011	2010	2011
	%	2005 = 100			%	
Baukostenindizes						
Baukosten für den Neubau von Wohngebäuden . .	100,0	109,3	111,6	115,1	2,1	3,6
darunter:						
Materialkosten	56,8	110,6	114,1	119,0	3,2	4,3
Arbeitskosten	38,7	108,0	108,7	111,4	0,6	2,5
Baupreisindizes						
Konventioneller Neubau von Wohngebäuden . . .	100,0	112,8	113,9	117,0	1,0	2,7
Rohbauarbeiten	46,2	112,7	113,7	116,9	0,9	2,8
darunter:						
Mauerarbeiten	11,7	109,8	110,0	111,7	0,2	1,5
Betonarbeiten	14,0	114,0	114,4	117,6	0,4	2,8
Zimmer- und Holzbauarbeiten	6,4	112,3	115,1	120,1	2,5	4,3
Dachdeckungs- und Dachabdichtungsarbeiten	5,7	112,5	114,1	117,2	1,4	2,7
Ausbauarbeiten	53,8	112,7	114,1	117,2	1,2	2,7
darunter:						
Putz- und Stuckarbeiten	4,5	107,7	107,8	109,9	0,1	1,9
Tischlerarbeiten	9,9	114,1	115,3	118,3	1,1	2,6
Heizanlagen und zentrale Wassererwärmungs-						
anlagen	7,0	118,0	120,9	124,9	2,5	3,3
Gas-, Wasser- und Entwässerungsanlagen						
innerhalb von Gebäuden	4,8	120,2	122,5	127,4	1,9	4,0
Konventioneller Neubau von Bürogebäuden . . .	100,0	113,8	115,0	118,2	1,1	2,8
Konventioneller Neubau von gewerblichen						
Betriebsgebäuden	100,0	114,9	116,0	119,6	1,0	3,1
Straßenbau	100,0	117,8	118,7	121,8	0,8	2,6
Brücken im Straßenbau	100,0	115,1	115,7	119,3	0,5	3,1
Ortskanäle	100,0	113,5	114,2	116,5	0,6	2,0
Instandhaltung von Mehrfamiliengebäuden . . .	100,0	113,1	114,8	118,0	1,5	2,8
Einfamiliengebäude in vorgefertigter Bauart . . .	100,0	114,9	118,1	121,8	2,8	3,1
Preisindex für Bauland	100,0	102,7	103,7	...	1,0	...
Häuserpreisindex	100,0	99,6	100,6	...	1,0	...
Neu erstellte Wohnimmobilien	13,2	109,4	112,0	...	2,4	...
Bestehende Wohnimmobilien	86,8	98,1	98,9	...	0,8	...

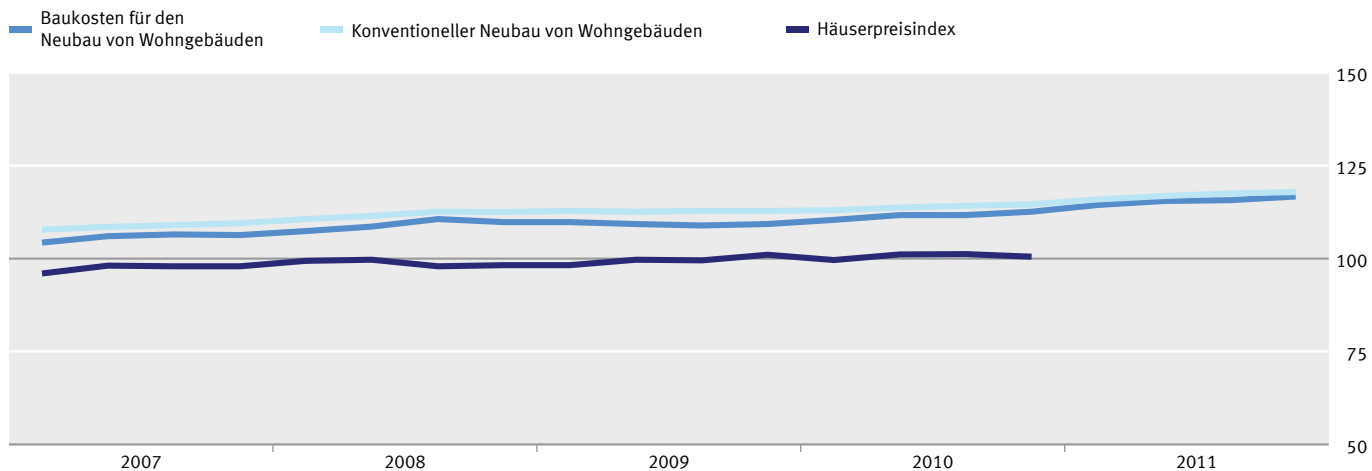
Baukostenindizes messen die durchschnittliche Preisentwicklung der beim Bauen eingesetzten Produktionsfaktoren. Hierzu zählen insbesondere Arbeit und Material, aber auch Ausrüstung, Energie, Transport und sonstige Kostenfaktoren.

Baupreisindizes hingegen messen die durchschnittliche Entwicklung der Preise, die vom Bauherrn tatsächlich gezahlt werden. Sie umfassen somit nicht nur die Faktorkosten, sondern auch alle Veränderungen der Produktivität und der Gewinnmargen des Bauunternehmens sowie die Umsatzsteuer. Honorare für Architektinnen und Architekten sowie der Preis für das Baugrundstück sind weder Bestandteil eines Baukostenindex noch eines Baupreisindex.

Der **Häuserpreisindex** misst die durchschnittliche Preisentwicklung aller Wohnimmobilien, die als „Gesamtpaket“ aus Grundstück und Gebäude verkauft bzw. erworben werden.

Bau- und Immobilienpreisindizes

2005 = 100



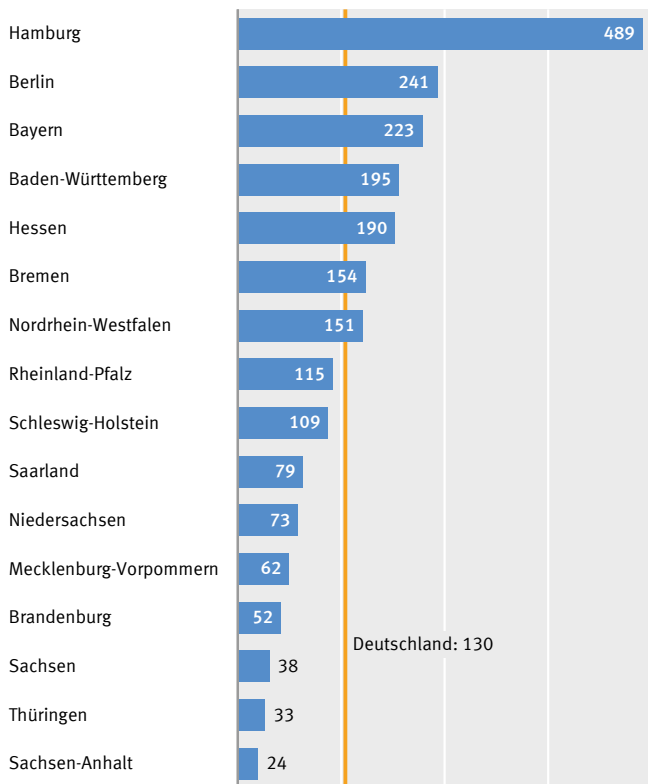
2012 - 01 - 0152

15.10 Kaufwerte für baureifes Land 2010

	Kauffälle	Veräußerte Fläche	Durchschnittlicher Kaufwert
	Anzahl	1 000 m ²	EUR je m ²
Deutschland	71 532	65 429	130
Baden-Württemberg	7 134	5 169	195
Bayern	16 519	13 180	223
Berlin	1 601	1 770	241
Brandenburg	5 726	6 417	52
Bremen	241	198	154
Hamburg	817	771	489
Hessen	5 279	4 480	190
Mecklenburg-Vorpommern	1 859	2 074	62
Niedersachsen	11 028	10 657	73
Nordrhein-Westfalen	5 660	3 806	151
Rheinland-Pfalz	5 470	3 670	115
Saarland	964	841	79
Sachsen	3 228	5 343	38
Sachsen-Anhalt	1 866	3 195	24
Schleswig-Holstein	2 025	1 681	109
Thüringen	2 115	2 177	33

Die Kaufwerte für baureifes Land beziehen sich auf Flächen, die nach öffentlich-rechtlichen Vorschriften baulich nutzbar und von den Gemeinden für die Bebauung vorgesehen sind. Es handelt sich nicht um einen Index, sondern um absolute Werte. Die Ergebnisse sind nicht über die Zeit vergleichbar.

Durchschnittliche Kaufwerte für baureifes Land 2010 in EUR je m²



2012-01-0153

15.11 Verbraucherpreise

	Gewichtung	Jahresdurchschnitt			Veränderung gegenüber Vorjahr	
		2009	2010	2011	2010	2011
	%	2005 = 100			%	
Verbraucherpreisindex	100,0	107,0	108,2	110,7	1,1	2,3
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	10,4	110,9	112,5	115,7	1,4	2,8
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	3,9	111,3	113,0	114,6	1,5	1,4
Bekleidung und Schuhe	4,9	102,8	103,7	105,6	0,9	1,8
Wohnung, Wasser, Strom, Gas, andere Brennstoffe ..	30,8	108,9	110,1	113,5	1,1	3,1
Einrichtungsgegenstände, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	5,6	104,2	104,6	105,1	0,4	0,5
Gesundheitspflege	4,0	104,0	104,7	105,5	0,7	0,8
Verkehr	13,2	108,3	112,1	116,9	3,5	4,3
Nachrichtenübermittlung	3,1	89,8	88,0	85,6	-2,0	-2,7
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	11,6	101,4	101,3	102,3	-0,1	1,0
Bildungswesen	0,7	132,3	131,8	128,8	-0,4	-2,3
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen ..	4,4	108,7	109,9	111,5	1,1	1,5
Andere Waren und Dienstleistungen	7,4	107,5	108,4	110,2	0,8	1,7
Verbrauchsgüter	30,5	112,2	114,8	120,2	2,3	4,7
darunter:						
Nahrungsmittel	9,0	111,2	113,0	115,8	1,6	2,5
Haushaltsenergie	6,0	124,3	124,7	136,6	0,3	9,5
Kraftstoffe	3,5	104,4	116,1	128,9	11,2	11,0
Gebrauchsgüter mit mittlerer Lebensdauer	9,5	103,0	103,5	105,0	0,5	1,4
darunter:						
Bekleidungsartikel	3,7	102,6	103,3	105,4	0,7	2,0
Schuhe und Schuhzubehör	0,9	102,8	103,9	105,3	1,1	1,3
Heimtextilien	0,4	101,6	102,5	104,4	0,9	1,9
Langlebige Verbrauchsgüter	9,3	97,7	97,3	97,2	-0,4	-0,1
darunter:						
Kauf von Fahrzeugen	3,8	105,9	106,1	106,7	0,2	0,6
Möbel und Einrichtungsgegenstände	2,2	105,5	105,4	106,4	-0,1	0,9
Informationsverarbeitungsgeräte	0,7	55,5	54,4	49,4	-2,0	-9,2
Dienstleistungen ohne Nettokaltmieten	30,4	107,4	108,0	109,3	0,6	1,2
darunter:						
Freizeit- und Kulturdienstleistungen	2,9	106,8	108,0	109,4	1,1	1,3
Telekommunikationsdienstleistungen	2,7	91,2	89,4	87,0	-2,0	-2,7
Versicherungsdienstleistungen	2,5	111,6	113,4	115,7	1,6	2,0
Dienstleistungen sozialer Einrichtungen	1,2	104,0	104,2	106,4	0,2	2,1
Nettokaltmieten	20,3	104,6	105,8	107,1	1,1	1,2

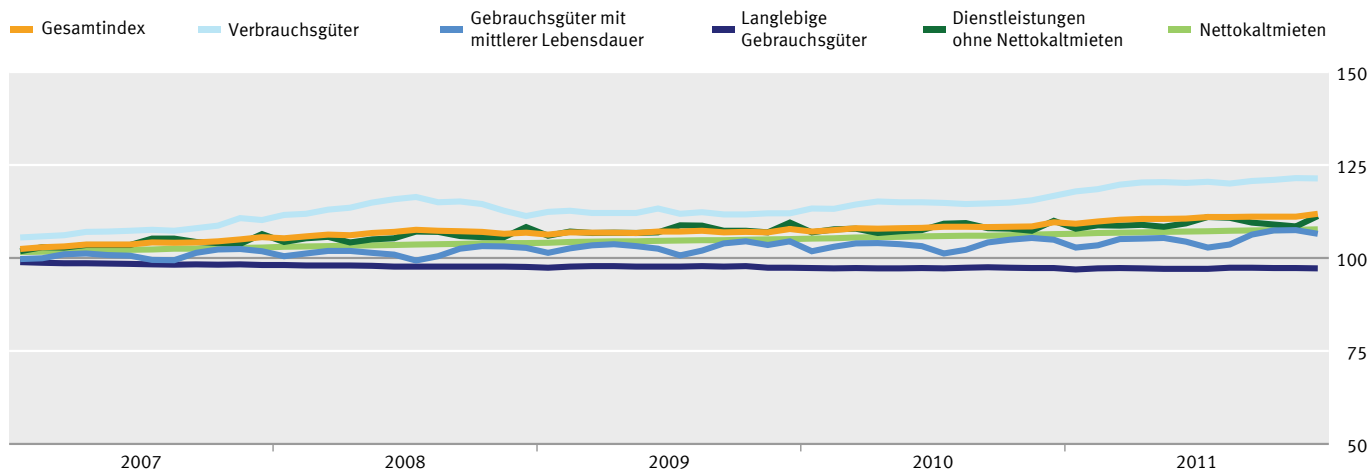
Verbrauchsgüter, z. B. Nahrungsmittel, werden relativ oft gekauft oder fast täglich konsumiert.

Gebrauchsgüter werden in der Regel seltener gekauft. Gebrauchsgüter mittlerer Lebensdauer sind beispielsweise Bekleidungsartikel und Schuhe, zu den langlebigen Gebrauchsgütern gehören u. a. Fahrzeuge, Möbel und Computer.

Bei den **Dienstleistungen** spielen die Wohnungsmieten eine wichtige Rolle. Aber auch andere Dienstleistungen, z.B. Versicherungsdienstleistungen, gehören hier dazu.

Verbraucherpreisindizes

2005 = 100



2012 - 01 - 0154

Methodik

■ Preisstatistik

Das Statistische Bundesamt veröffentlicht die Ergebnisse von zeitlichen und räumlichen Preisvergleichen in Form von Indizes. Die Indizes beziehen sich auf die Wirtschaftsstufen des Außenhandels, der Erzeugerinnen und Erzeuger, des Großhandels sowie der Verbraucherinnen und Verbraucher. Absolute Durchschnittspreise in Euro werden nur in wenigen Bereichen berechnet, als Kaufwerte für Bauland bzw. landwirtschaftliche Grundstücke sowie für ausgewählte Energieträger.

Die Preisindizes dienen als Grundlage für wirtschafts- und geldpolitische Entscheidungen. Der nationale Verbraucherpreisindex und der europaweit harmonisierte Verbraucherpreisindex werden z. B. zur Messung von Inflation aus Sicht der privaten Endverbraucherinnen und Endverbraucher verwendet. Auch sind Preisindizes häufig Bestandteil vertraglicher Vereinbarungen über laufende Zahlungen, die in privaten und gewerblichen Verträgen vorkommen. Solche Vereinbarungen sollen sicherstellen, dass die Gläubigerin bzw. der Gläubiger auch künftig den Betrag erhält, der wertmäßig der ursprünglich festgelegten Geldsumme entspricht. Schließlich werden Preisindizes verwendet, um wirtschaftliche Größen wie das Bruttoinlandsprodukt (BIP) von Preisänderungen zu bereinigen und somit reale Wachstumsraten für die deutsche Wirtschaft zu berechnen.

■ Berechnung von Preisindizes

Die meisten Preisindizes der amtlichen Statistik geben Auskunft über die Preisentwicklung im Zeitablauf. Sie zeigen an, wie sich die Preise gegenüber dem Basisjahr geändert haben. Zusätzlich werden Veränderungsraten berechnet, welche die prozentuale Preisentwicklung zum Vorjahresmonat und zum Vormonat angeben. Die Berechnung von Preisindizes für den zeitlichen Preisvergleich kann in fünf Schritten dargestellt werden:

1. Schritt: Zunächst wird der Geltungsbereich der Preisstatistik festgelegt (z. B. sämtliche Konsumausgaben der privaten Haushalte oder sämtliche Verkäufe von Produktionsbetrieben bestimmter Wirtschaftsbereiche in Deutschland). Dann erfolgt eine Untergliederung aller im Geltungsbereich umgesetzten Waren und Dienstleistungen in einzelne Güterbereiche. Dabei werden in der Regel international abgestimmte Güterklassifikationen verwendet, z. B. in der Erzeugerpreisstatistik das Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken.
2. Schritt: Anschließend werden für jeden Güterbereich konkrete Waren und Dienstleistungen für die Preismessung ausgewählt. Häufig werden in einem repräsentativen Stichprobenverfahren zunächst Berichtsstellen ermittelt (z. B. Geschäfte, Produktionsbetriebe etc.). Aus deren Angebot werden dann die wichtigsten Produkte für die Preiserhebung bestimmt. Die Gesamtheit der ausgewählten Waren und Dienstleistungen bezeichnet man auch als „Warenkorb“.
3. Schritt: Für die Produkte des Warenkorbes erfolgt eine monatliche oder vierteljährliche Preisbeobachtung, z. B. durch schriftliche Preismeldung, Onlinemeldung der ausgewählten Betriebe oder durch Preiserhebung in den Einzelhandelsgeschäften vor Ort. Letztere führen Erhebungsbeauftragte der amtlichen Statistik durch. Im Zuge der Preisbeobachtung wird der Warenkorb regelmäßig aktualisiert. Konkrete Produktrepräsentanten, z. B. Produkte einer bestimmten Marke, werden ausgetauscht, wenn sie nicht mehr oder nur noch wenig verkauft werden.
4. Schritt: Aus den erhobenen Preisdaten werden fortlaufende Preisreihen für einzelne Produkte und Berichtsstellen erstellt. Beim Austausch von konkreten Produktrepräsentanten oder bei Veränderungen der Produkteigenschaften wird die Vergleichbarkeit der Preise durch Mengen- oder Qualitätsbereinigung rechnerisch hergestellt. Verringert z. B. ein Anbieter die Verpackungsgröße eines Produktes bei gleich bleibendem Preis, so wird dies in der Preisstatistik als Preiserhöhung verbucht. Weiterhin werden Qualitätsänderungen berücksichtigt – z. B. bei Gütern mit technischem Fortschritt. Qualitätsbereinigungen sind bei der Berechnung von Preisindizes zwingend notwendig. Würden sie unterlassen, so käme dies entweder der Annahme gleich, dass Produktänderungen aus Käufersicht irrelevant seien oder

dass bei Produktwechslern die Preisunterschiede voll den Qualitätsunterschieden zuzuschlagen wären. Da beide Annahmen in der Regel nicht pauschal zutreffen, ist es notwendig, qualitative Veränderungen der Produkte bei der Preismessung zu quantifizieren und bei der Berechnung der Preisentwicklung zu berücksichtigen. Die fortlaufenden Preisreihen für einzelne Produkte und Berichtsstellen werden anschließend zu Teilindizes zusammengefasst.

5. Schritt: Schließlich wird der gesamte Preisindex als gewichteter Mittelwert der Teilindizes der einzelnen Güterbereiche berechnet. Die Gewichtungsinformationen sind im sogenannten Wägungsschema enthalten und spiegeln die Bedeutung der einzelnen Güterbereiche für die Grundgesamtheit aller Waren und Dienstleistungen wider. Güterbereiche mit hohen Umsätzen gehen mit einem entsprechend hohen Gewicht in den Gesamtindex ein. Im Gegensatz zum Warenkorb wird das Wägungsschema in der Regel nur alle fünf Jahre aktualisiert, um innerhalb des Fünfjahreszeitraums die reine Preisentwicklung darstellen zu können, unbeeinflusst von Änderungen in der Zusammensetzung der Grundgesamtheit.

■ Außenhandelspreisindizes

Die Ein- und Ausfuhrpreisindizes messen die durchschnittliche Entwicklung der Preise aller Waren, die zwischen Deutschland und dem Ausland gehandelt werden. Die Außenhandelspreise werden monatlich bei einer repräsentativen Auswahl von Import- und Exportunternehmen erhoben. In einigen Fällen werden auch internationale Börsennotierungen herangezogen. Zu den mit dem Ausland gehandelten Waren zählen u. a. Getreide, Rohkaffee, Erdöl, Erdgas, Erze, Fahrzeug- und Maschinenbauerzeugnisse. Beobachtet werden tatsächlich gezahlte Preise „frei deutsche Grenze“. Nicht enthalten in den Preisen sind öffentliche Abgaben wie Zölle und Einfuhrumsatzsteuer bei der Einfuhr und Umsatzsteuer und Exporthilfen bei der Ausfuhr. In Fremdwährung gemeldete Preise werden mit den jeweils geltenden Devisenkursen in Euro umgerechnet. Die Indizes der Außenhandelspreise werden für die Gesamtheit der Ein- bzw. Ausfuhrwaren sowie für eine große Zahl von Warengruppen verschiedener Aggregationsstufen berechnet und veröffentlicht. Die Waren werden gegliedert nach ausgewählten Positionen des systematischen Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken (GP 2009), nach Warengruppen der Ernährungswirtschaft und der gewerblichen Wirtschaft (EGW 2002) sowie nach dem Internationalen Warenverzeichnis für den Außenhandel (SITC, Rev.4). Räumlich erfolgt eine Gliederung nach dem Handel mit Euro-Ländern und Nicht-Euro-Ländern.

■ Erzeugerpreisindex landwirtschaftlicher Produkte

Der Erzeugerpreisindex landwirtschaftlicher Produkte misst die Preisentwicklung landwirtschaftlicher Produkte aus pflanzlicher bzw. tierischer Erzeugung, wie Getreide, Raps und Rinder. Obwohl es sich um einen Erzeugerpreisindex handelt, werden die Preise nicht bei den Erzeugerinnen und Erzeugern erhoben, da diese ihre Produkte aufgrund saisonaler Schwankungen nur sehr unregelmäßig verkaufen. Die Preise werden monatlich bei Unternehmen mit Sitz in Deutschland erfragt, die pflanzliche und tierische Erzeugnisse regelmäßig von den landwirtschaftlichen Betrieben kaufen, vermarkten oder hierüber Statistiken führen. Bei den ermittelten Preisen handelt es sich um tatsächlich bezahlte Preise (ohne Umsatzsteuer). Die Ergebnisse werden in fachlicher Gliederung auf tiefster Ebene für 35 landwirtschaftliche Erzeugnisse dargestellt, gegliedert nach pflanzlichen und tierischen Erzeugnissen.

■ Erzeugerpreise der Produkte des Holzeinschlags

Der Erzeugerpreisindex der Produkte des Holzeinschlags misst die Entwicklung der Preise für Rohholzprodukte, die die Forstverwaltungen der Länder verkaufen. Dazu zählen Stammholz, Stammholzabschnitte, Industrieholz sowie Brennholz. Da die Landesforstverwaltungen als Preisführer im Rohholzmarkt gelten, kann der Index als repräsentativ für die Entwicklung der Rohholzpreise in Deutschland gelten.

Bei den ermittelten Preisen handelt es sich um tatsächlich bezahlte Preise (ohne Umsatzsteuer). Die Ergebnisse werden in fachlicher Gliederung auf tiefster Ebene für 20 Holzprodukte dargestellt, gegliedert nach Stammholz, Industrieholz und Brennholz. Seit Januar 2010 wird zudem aus einzelnen Reihen des Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte und des Erzeugerpreisindex der Produkte des Holzeinschlags der Preisindex für Holzprodukte zur Energieerzeugung berechnet. Dieser misst die Preisentwicklung von Holzprodukten, die der Energieerzeugung dienen können.

■ Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte

Der Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) misst die durchschnittliche Preisentwicklung von Rohstoffen und Industrieerzeugnissen, die in Deutschland hergestellt und im Inland verkauft werden. Dazu zählen z. B. Mineralölprodukte, Metalle, chemische Grundstoffe und Nahrungsmittel. Die Produzenten dieser Güter gehören zum Verarbeitenden Gewerbe, zur Energie- und Wasserwirtschaft sowie zum Bergbau. Für die Messung der Preisentwicklung melden die Erzeuger gewerblicher Produkte dem Statistischen Bundesamt monatlich die mit ihren Abnehmern vertraglich vereinbarten Preise ohne Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer), aber einschließlich Verbrauchsteuern und anderer gesetzlicher Abgaben, z. B. Umlagen nach dem „Erneuerbare-Energien-Gesetz“. Die Ergebnisse des Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte werden in fachlicher Gliederung auf der tiefsten Ebene für 1 272 Güterarten des Güterverzeichnisses der Produktionsstatistiken (GP 2009) dargestellt.

■ Erzeugerpreisindizes für Dienstleistungen

Die Erzeugerpreisindizes für Dienstleistungen messen die durchschnittliche Preisentwicklung für Dienstleistungen, die in bestimmten Branchen für gewerbliche und private Kunden erbracht werden. Dazu zählen Verkehr und Logistik, Information und Kommunikation, freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen sowie Verwaltungs- und Unterstützungsleistungen. Für die Messung der Preisentwicklung melden die Berichtsfirmen dem Statistischen Bundesamt quartalsweise die Nettopreise ohne Umsatzsteuer, aber gegebenenfalls einschließlich Verbrauchsteuern (z. B. Mineralölsteuer einschließlich Ökosteuer, Tabaksteuer) und anderen gesetzlichen Abgaben (z. B. Luftverkehrsabgabe). Die Ergebnisse werden in fachlicher Gliederung auf tiefster Ebene für rund 25 Dienstleistungsbereiche der Wirtschaftszweigklassifikation (WZ 2008) dargestellt. Da noch nicht für alle Dienstleistungsbereiche Indizes vorliegen, werden bisher keine Gesamtindizes berechnet.

■ Großhandelsverkaufspreisindex

Der Großhandelsverkaufspreisindex misst die Preisentwicklung für die von Großhändlern im Inland abgesetzten Waren, soweit diese Verkäufe der Großhandelsfunktion zuzurechnen sind. Zu den abgesetzten Waren zählen z. B. Benzin, Heizöl, Metalle, Erze, Getreide und Saatgut. Die Waren können sowohl im Inland produziert als auch nach Deutschland importiert worden sein. Direkte Verkäufe an den Endabnehmer bzw. ins Ausland werden dabei nicht berücksichtigt. Für die Messung der Preisentwicklung melden die Großhandelsunternehmen dem Statistischen Bundesamt monatlich die tatsächlich erzielten Preise ohne Umsatzsteuer, aber gegebenenfalls einschließlich Verbrauchsteuern wie der Tabaksteuer und anderer gesetzlicher Abgaben. Die Ergebnisse des Großhandelsverkaufspreisindex werden in fachlicher Gliederung auf tiefster Ebene für rund 64 Wirtschaftszweige der Wirtschaftszweigklassifikation (WZ 2008) veröffentlicht.

■ Baukostenindizes

Baukostenindizes messen die durchschnittliche Preisentwicklung der beim Bauen eingesetzten Produktionsfaktoren. Hierzu zählen insbesondere Arbeit und Material, aber auch Ausrüstung, Energie, Transport und sonstige Kostenfaktoren. Dieser Index wird daher häufig auch als Faktor- oder Inputpreisindex bezeichnet. Die Berechnung

des Baukostenindex erfolgt auf der Grundlage bereits vorhandener, vorwiegend amtlicher Datenquellen und Informationen. Zur Abdeckung der Preisentwicklung für Baumaterialien sowie für die darüber hinaus berücksichtigten Kostenfaktoren Ausrüstung, Energie, Betriebsstoffe und Bauhilfsstoffe werden die Ergebnisse der Statistik der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte herangezogen. Die Zeitreihen der Erzeugerpreisstatistik gelten dabei als Einkaufspreisindizes für die Bauunternehmen. In die Berechnung der Baukostenindizes fließen die Preise ohne Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) ein. Für die Abdeckung der Arbeitskosten wird auf den vom Statistischen Bundesamt ermittelten Arbeitskostenindex zurückgegriffen – speziell auf die Zeitreihen für den gesondert berechneten Wirtschaftsabschnitt des Baugewerbes. Der Arbeitskostenindex enthält sowohl die Bruttolöhne und -gehälter als auch die Lohnnebenkosten. Neben dem Baukostenindex insgesamt werden auch die Indizes für die Materialkosten und die Arbeitskosten veröffentlicht.

■ Baupreisindizes

Baupreisindizes messen die durchschnittliche Entwicklung der Preise für ausgewählte, fest umrissene Bauleistungen, die beim Neubau und der Instandhaltung von Bauwerken erbracht und vom Bauherrn tatsächlich gezahlt werden. Sie umfassen somit neben den Faktorkosten auch alle Veränderungen der Produktivität und der Gewinnmargen des Bauunternehmens sowie die Umsatzsteuer. Erhoben werden die Preise vierteljährlich bei Unternehmen mit Sitz in Deutschland, die als Auftragnehmer regelmäßig Bauleistungen erbringen – für den Neubau von Wohn-, Büro- und gewerblichen Betriebsgebäuden, von Straßen, Brücken und Ortskanälen sowie für die Instandhaltung von Mehrfamiliengebäuden. In der Regel sind dies Unternehmen des Baugewerbes. Es können jedoch auch Unternehmen anderer Wirtschaftszweige sein. Die Berichtsfirmen melden vierteljährlich Marktpreise bei Auftragsvergabe (keine Angebotspreise) einschließlich Umsatzsteuer. Baupreisindizes werden aus einer repräsentativen Auswahl von derzeit 186 ausgewählten Bauleistungen berechnet.

■ Häuserpreisindex

Der Häuserpreisindex misst die durchschnittliche Entwicklung der Preise aller Wohnimmobilien, die als „Gesamtpaket“ aus Grundstück und Gebäude verkauft bzw. erworben werden. Dazu zählt sowohl der Erwerb von neu erstellten als auch der Erwerb von bestehenden Wohnimmobilien. Zur Berechnung des Häuserpreisindex werden vierteljährlich von den Gutachterausschüssen für Grundstückswerte die in den Kaufverträgen angegebenen Preise (Transaktionspreise, keine Angebotspreise) einschließlich Umsatzsteuer erhoben. Neben dem Häuserpreisindex insgesamt werden auch Preisindizes für neu erstellte sowie für bestehende Wohnimmobilien veröffentlicht.

■ Kaufwerte für Bauland

Die Statistik der Kaufwerte für Bauland gibt einen Überblick über die Käufe bzw. Verkäufe von unbebauten Grundstücken mit einer Größe von mindestens 100 m², soweit sie in den Baugebieten der Gemeinden liegen und als Bauland vorgesehen sind (baureifes Land, Rohbauland oder sonstiges Bauland). Der Großteil der Verkäufe und Käufe bezieht sich hierbei auf baureifes Land. Ergebnisse werden nicht in Form von Preisindizes ausgewiesen, sondern als absolute Werte (in Euro pro m² Boden). Die ausgewiesenen Kaufwerte sind für einen zeitlichen Vergleich nur bedingt verwendbar, weil die den Durchschnittswerten jeweils zugrundeliegenden Grundstücke in ihrer Struktur ganz unterschiedlich zusammengesetzt sein können.

Die Kaufwerte für Bauland werden vierteljährlich ermittelt, vor allem aus Meldungen der Gutachterausschüsse für Grundstückswerte, in wenigen Bundesländern aber auch aus Meldungen der Finanzämter. Veröffentlicht werden die Anzahl der Käufe bzw. Verkäufe, die Summe der Fläche sowie die Durchschnittspreise je m² („Kaufwert“) für die Baulandarten, für Gemeindegrößenklassen und Baugebiete.

■ Verbraucherpreisindizes

Der Verbraucherpreisindex für Deutschland (VPI) misst die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die private Haushalte für Konsumzwecke kaufen. Single-Haushalte sind ebenso berücksichtigt wie Rentnerhepaare oder Großfamilien. Der VPI folgt dem Inlandskonzept, d. h. es werden alle Ausgaben berücksichtigt, die in Deutschland getätigt werden, z. B. auch die Ausgaben ausländischer Touristinnen und Touristen. Der VPI liefert ein Gesamtbild der Teuerung in Deutschland, bei dem alle Haushaltstypen, alle Regionen von Deutschland und sämtliche dort nachgefragte Waren und Dienstleistungen einbezogen sind – z. B. Mieten, Nahrungsmittel und Bekleidung ebenso wie Kraftfahrzeuge und Dienstleistungen wie Friseur, Versicherungen oder Reparaturen. Für die Messung der Preisentwicklung notieren rund 600 Preiserheberinnen und Preiserheber in ganz Deutschland Monat für Monat die Preise der gleichen Produkte in denselben Geschäften. Zusätzlich erfolgt für viele Güter eine zentrale Preiserhebung, beispielsweise im Internet oder in Versandhauskatalogen. Die konkreten Produktrepräsentanten, z. B. Produkte einer bestimmten Marke, werden ausgetauscht, wenn sie nicht mehr oder nur noch wenig verkauft werden. Für die Preismessung werden die Anschaffungspreise einschließlich Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) und Verbrauchsteuern beobachtet. Die Ergebnisse werden in fachlicher Gliederung auf der tiefsten Ebene für rund 700 Positionen auf der Grundlage der „Classification of Individual Consumption by Purpose“ (COICOP) sowie für unterschiedliche Zusammenfassungen dargestellt.

■ Harmonisierter Verbraucherpreisindex

Zusätzlich zum Verbraucherpreisindex für Deutschland berechnet das Statistische Bundesamt für die EU den harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI). Dieser misst die Preisentwicklung in Deutschland nach harmonisierten Konzepten, Methoden und Verfahren. Der HVPI wird aus der gleichen Datenbasis abgeleitet wie der VPI. Die Erfassungsbereiche des VPI und des deutschen HVPI unterscheiden sich derzeit im Wesentlichen darin, dass der deutsche VPI zusätzlich Wohneigentum einbezieht, das die Eigentümerin bzw. der Eigentümer selbst nutzt. Außerdem berücksichtigt der deutsche HVPI im Gegensatz zum VPI keine Glücksspiele. Bis Dezember 2009 enthielt der deutsche HVPI auch nicht die Kraftfahrzeugsteuer und die Zulassungsgebühren. Seit Januar 2011 werden in den deutschen HVPI sowohl verstärkt saisonale Güter als auch die Gebühren von privaten Schulen und privaten Hochschulen einbezogen. Der Verbraucherpreisindex berücksichtigt diese noch nicht. Seit Januar 2012 werden die Gewichte des HVPI unter Verwendung von vorläufigen Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen vom Vorvorjahr (t-2) jährlich neu berechnet, wobei eine Korrektur von Vergangenheitswerten nicht zugelassen wird. Für den VPI ist Letzteres nicht geplant.

■ Berechnung von räumlichen Preisindizes

Für einen Preisvergleich müssen die Preise von gleichen oder vergleichbaren Gütern gegenüber gestellt werden. Beim zeitlichen Preisvergleich ist dies dadurch gewährleistet, dass immer die gleichen Güter in denselben Berichtsstellen beobachtet werden. Beim räumlichen Preisvergleich werden hingegen die Preisunterschiede gemessen, die zu einem Zeitpunkt in unterschiedlichen Berichtsstellen bestehen. Um hier einen reinen Preisvergleich zu ermöglichen, der nicht durch Unterschiede in der Güterauswahl und der Güterqualität beeinflusst ist, müssen die Güter sehr eng definiert werden. In allen Berichtsstellen müssen Güter ausgewählt werden, die der Definition entsprechen. Gleichzeitig muss gewährleistet sein, dass die ausgewählten Güter in möglichst allen betrachteten Regionen repräsentativ für die jeweilige Verbrauchskategorie sind, d. h. in allen betrachteten Regionen eine hohe Verbrauchsbedeutung haben.

Beim räumlichen Preisvergleich können sich die Berichtsstellen in unterschiedlichen Ländern befinden (internationaler Preisvergleich) oder in verschiedenen Regionen eines Landes (regionaler Preisvergleich). Wegen der hohen Kosten werden regionale Preisvergleiche in Deutschland nur in unregelmäßigen Zeitabständen durchgeführt.

Die letzten Ergebnisse beziehen sich auf das Jahr 1993, aktuelle Ergebnisse sind derzeit nicht verfügbar. Für den internationalen Preisvergleich werden jährlich Preismessungen in Berlin und Bonn durchgeführt, die in die Berechnung von internationalen Kaufkraftparitäten und Preisniveauindizes durch Eurostat eingehen. Weitere Informationen zu den Preisniveauindizes finden Sie im Kapitel „Internationales“.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken finden Sie in unseren Qualitätsberichten (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

Glossar

Baukostenindizes | Sie messen die durchschnittliche Preisentwicklung der beim Bauen eingesetzten Produktionsfaktoren, z. B. Arbeit und Material, aber auch Ausrüstung, Energie, Transport und sonstige Kostenfaktoren.

Baupreisindizes | Diese messen die durchschnittliche Entwicklung der Preise für ausgewählte, fest umrissene Bauleistungen, die beim Neubau und der Instandhaltung von Bauwerken erbracht und vom Bauherrn tatsächlich gezahlt werden.

Deflationierung | Bereinigung von wirtschaftlichen Größen wie dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) von Preisänderungen zur Berechnung realer Wachstumsraten für die deutsche Wirtschaft.

Ein- und Ausfuhrpreisindizes | Die Ein- und Ausfuhrpreisindizes messen die durchschnittliche Entwicklung der Preise aller Waren, die zwischen Deutschland und dem Ausland gehandelt werden. Im Einfuhrpreisindex sind dies z. B. Erdöl, Mineralöl-erzeugnisse, Rohstoffe und Getreide, im Ausfuhrpreisindex z. B. Kraftwagen und Kraftwagenteile, Maschinen und chemische Erzeugnisse.

Erzeugerpreisindizes | Sie messen die durchschnittliche Entwicklung der Verkaufspreise einzelner Wirtschaftszweige auf der Wirtschaftsstufe der Erzeuger.

Erzeugerpreisindex der Produkte des Holzeinschlags | Dieser misst die Entwicklung der Preise für Rohholzprodukte, die von den Forstverwaltungen der Länder verkauft werden. Dazu zählen Stammholz, Stammholzabschnitte, Industrieholz sowie Brennholz.

Erzeugerpreisindizes für Dienstleistungen | Sie messen die durchschnittliche Preisentwicklung für Dienstleistungen, die in bestimmten Branchen für gewerbliche und private Kundinnen und Kunden erbracht werden. Dazu zählen Verkehr und Logistik, Information und Kommunikation, freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen sowie Verwaltungs- und Unterstützungsleistungen.

Erzeugerpreisindex für Holzprodukte zur Energieerzeugung | Dieser Index misst die Preisentwicklung von Holzprodukten, die der Energieerzeugung dienen können. Er wird aus einzelnen Reihen des Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte und des Erzeugerpreisindex der Produkte des Holzeinschlags berechnet und im Rahmen des Erzeugerpreisindex der Produkte des Holzeinschlags als Sondergliederung veröffentlicht.

Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) | Er misst die durchschnittliche Preisentwicklung von Rohstoffen und Industrieerzeugnissen, die in Deutschland hergestellt und im Inland verkauft werden. Dazu zählen z. B. Mineralölprodukte, Metalle, chemische Grundstoffe und Nahrungsmittel. Die Produzenten dieser Güter gehören zum Verarbeitenden Gewerbe, zur Energie- und Wasserwirtschaft sowie zum Bergbau.

Erzeugerpreisindex landwirtschaftlicher Produkte | Dieser Index misst die Entwicklung landwirtschaftlicher Produkte aus pflanzlicher bzw. tierischer Erzeugung, beispielsweise Getreide, Raps und Rinder.

Gebrauchsgüter | Dies sind Waren, die eine gewisse Zeit genutzt werden können, ohne dass sie dabei verbraucht werden, z. B. Geräte der Unterhaltungselektronik, Haushaltsgeräte und Möbel. Im Verbraucherpreisindex unterscheidet man zusätzlich Gebrauchsgüter mittlerer Lebensdauer, wie Bekleidungsartikel und Schuhe, und langlebige Gebrauchsgüter, wie Fahrzeuge und Fernsehgeräte.

Großhandelsverkaufspreisindex | Er misst die Preisentwicklung für die von Großhändlern im Inland abgesetzten Waren, soweit diese Verkäufe der Großhandelsfunktion zuzurechnen sind, z. B. für Benzin, Heizöl, Metalle, Erze, Getreide und Saatgut.

Häuserpreisindex | Dieser misst die durchschnittliche Preisentwicklung aller Wohnimmobilien, die als „Gesamtpaket“ aus Grundstück und Gebäude verkauft bzw. erworben werden. Dazu zählt sowohl der Erwerb von neu erstellten als auch der Erwerb von bestehenden Wohnimmobilien.

Inflation | In einer Marktwirtschaft können sich die Preise für Waren und Dienstleistungen jederzeit ändern – einige Preise steigen, während andere fallen. Erhöhen sich die Güterpreise auf breiter Front und nicht nur die Preise einzelner Produkte, so spricht man von „Inflation“. Ist dies der Fall, kann man für einen Euro weniger kaufen oder anders ausgedrückt: Ein Euro ist dann weniger wert als zuvor. Gemessen am Verbraucherpreisindex bedeutet „Inflationsrate“ dessen prozentuale Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum – also Vorjahresmonat oder Vorjahr.

Investitionsgüter | So bezeichnet man Erzeugnisse, die vor allem für Unternehmen hergestellt werden und dort über einen längeren Zeitraum genutzt werden können, z. B. Produktionsmaschinen, Stahl- und Leichtmetallbauerzeugnisse, Schienen- und Kraftfahrzeuge.

Kaufwerte für Bauland | Die Statistik der Kaufwerte für Bauland gibt einen Überblick über die Käufe beziehungsweise Verkäufe von unbebauten Grundstücken mit einer Größe von mindestens 100 m², soweit sie in den Baugebieten der Gemeinden liegen und als Bauland (baureifes Land, Rohbauland oder sonstiges Bauland) vorgesehen sind.

Konsumgüter | Das sind Erzeugnisse, die (in der Regel über den Groß- und Einzelhandel und von Dienstleistern) überwiegend an Privathaushalte abgegeben und dort genutzt oder verbraucht werden. Zum Beispiel Haushaltsgeräte, Möbel sowie Unterhaltungselektronik, aber auch Verbrauchsgüter wie Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren und pharmazeutische Erzeugnisse. Zu den Konsumgütern gehören auch Dienstleistungen, die private Haushalte erwerben, z. B. Handwerkerleistungen, Versicherungen und Gesundheitsleistungen.

Preisindizes | Die Preisstatistik veröffentlicht Ergebnisse von zeitlichen und räumlichen Preisvergleichen in Form von Indizes. Indizes messen relative Unterschiede. Sie normieren Zahlen, indem ein Bezugswert auf 100 gesetzt wird. Zeitliche Preisindizes zeigen, wie sich die Preise gegenüber dem Basisjahr geändert haben. Liegt beispielsweise der Verbraucherpreisindex in einem Monat bei 120, sind die Preise in diesem Monat 20% höher als im Durchschnitt des Basisjahres. Räumliche Preisindizes geben die Relation des Preisniveaus einer Region zu einer Vergleichsregion an.

Primärenergieträger | Das sind weitgehend unverarbeitete Energieträger, wie Erdöl oder Erdgas.

Sekundärenergieträger | Das sind weiterverarbeitete Energieträger, wie Strom oder Kraftstoffe.

Verbraucherpreisindex | Er misst die Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die private Haushalte für Konsumzwecke kaufen. Zum Beispiel die Preisentwicklung bei Nahrungsmitteln, Mieten, Strom, Kraftstoffen und beim Friseur. Die Veränderung des Verbraucherpreisindex für Deutschland gegenüber dem Vorjahresmonat wird umgangssprachlich auch als Inflationsrate bezeichnet.

Verbrauchsgüter | Dazu zählen Waren, die im Zuge ihrer Nutzung verbraucht werden, z. B. Nahrungsmittel oder Putzmittel.

Vorleistungsgüter | Das sind Erzeugnisse, die überwiegend für Unternehmen bestimmt sind und dort im Produktionsprozess verbraucht, verarbeitet oder umgewandelt werden. Dazu zählen zum Beispiel Metalle, Holz, chemische Grundstoffe, Gummi- und Kunststoffwaren, Papier und Karton sowie elektronische Bauelemente.

Wertsicherungsklauseln/Preisleitklauseln | Von diesen Klauseln spricht man, wenn langfristige Zahlungen in privaten oder gewerblichen Verträgen mittels Preisindizes an die Preisentwicklung angepasst werden. Dies soll sicherzustellen, dass die Gläubigerin bzw. der Gläubiger auch künftig den Betrag erhält, der wertmäßig der ursprünglich festgelegten Geldsumme entspricht.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Standardveröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen kostenfrei downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 190 amtlichen Statistiken. Daten zu *Preise* finden Sie unter dem Menüpunkt > Themen, Code 61

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Energiepreise

Fachserie 17 Preise

Reihe 1	Preisindizes für die Land- und Forstwirtschaft
Reihe 2	Preise und Preisindizes für gewerbliche Produkte (Erzeugerpreise)
Reihe 7	Verbraucherpreisindizes für Deutschland
Reihe 8.1	Preisindizes für die Einfuhr
Reihe 8.2	Preisindizes für die Ausfuhr

Fachbericht

Daten zur Energiepreisentwicklung

STATmagazin

Gaspreise im Oktober (2008)

■ Nahrungsmittelpreise

STATmagazin

Milchpreise im Sommer 2007 (2007)
 Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln im EU-Vergleich (2008)
 Nahrungsmittelpreise in Zeiten der Globalisierung (2012)

■ Einfuhrpreise

Fachserie 17 Preise

Reihe 8.1 | Preisindizes für die Einfuhr

Wirtschaft und Statistik

Heft 7/09 | Die Indizes der Außenhandelspreise auf Basis 2005

■ Ausfuhrpreise

Fachserie 17 Preise

Reihe 8.2 | Preisindizes für die Ausfuhr

■ Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte und der Produkte des Holzeinschlags

Fachserie 17 Preise

Reihe 1 | Preisindizes für Land- und Forstwirtschaft

Wirtschaft und Statistik

Heft 3/10 | Preisindex für Holzprodukte zur Energieerzeugung

Mehr zum Thema

■ **Erzeugerpreise gewerblicher Produkte**

Fachserie 17 Preise

Reihe 2 | Preise und Preisindizes für gewerbliche Produkte (Erzeugerpreise)

Wirtschaft und Statistik

Heft 8/09 | Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) auf Basis 2005

■ **Erzeugerpreise für Dienstleistungen**

Wirtschaft und Statistik

Heft 12/05 | Entwicklung von Erzeugerpreisindizes für Dienstleistungen
 Heft 11/07 | Die neuen Erzeugerpreisindizes für Güterverkehr und Logistik
 Heft 8/08 | Neue Erzeugerpreisindizes für Nachrichtenübermittlung
 Heft 3/09 | Die neuen Erzeugerpreisindizes für Werbung und Marktforschung
 Heft 7/10 | Die neuen Erzeugerpreisindizes für Architektur- und Ingenieurbüros und für die Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften

■ **Großhandelsverkaufspreise**

Fachserie 17 Preise

Reihe 6 | Index der Großhandelsverkaufspreise

■ **Bau- und Immobilienpreise**

Fachserie 17 Preise

Reihe 4 | Preisindizes für die Bauwirtschaft
 Reihe 5 | Kaufwerte für Bauland

Wirtschaft und Statistik

Heft 5/11 | Preisentwicklungen in der Bauwirtschaft 2010
 Heft 11/11 | Preisindizes für Wohnimmobilien

■ **Verbraucherpreise**

Fachserie 17 Preise

Reihe 7 | Verbraucherpreisindizes für Deutschland

Fachberichte

| Fast zehn Jahre Euro – Preisentwicklung vor und nach der Bargeldeinführung

Wirtschaft und Statistik

Heft 6/05 | Weiterentwicklung der Stichprobe der Verbraucherpreisstatistik
 Heft 8/05 | Schritte zur Verbesserung der Glaubwürdigkeit der Verbraucherpreisstatistik
 Heft 4/08 | Verbraucherpreisstatistik auf neuer Basis 2005
 Heft 8/08 | Die Auswirkungen der Anhebung des Umsatzsteuerregelsatzes zum 1. Januar 2007 auf die Verbraucherpreise: Einsichten aus Einzeldaten
 Heft 8/08 | Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex für Deutschland
 Heft 8/08 | Die Mehrwertsteuererhöhung zum 1. Januar 2007
 Heft 2/09 | Das neue Verbundprogramm der Verbraucherpreisstatistik
 Heft 10/09 | Inflationsmessung nach Einkommensgruppen – Wer ist wie stark betroffen?
 Heft 11/10 | Behandlung saisonaler Erzeugnisse in der deutschen Verbraucherpreisstatistik
 Heft 3/12 | Geschäftstypengewichtung im Verbraucherpreisindex

Mehr zum Thema

■ Verbraucherpreise

STATmagazin

Milchpreise im Sommer 2007 (2007)
 Gaspreise im Oktober (2008)
 Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln im EU-Vergleich (2008)
 Aktuell niedrige Inflationsraten – Gefahr einer Deflation? (2009)
 Auto, Bus, Bahn – Mobilität hat ihren Preis (2010)
 Inflation: Für alle gleich? (2011)
 Nahrungsmittelpreise in Zeiten der Globalisierung (2012)

■ Themenübergreifend

Fachserie 17 Preise

Reihe 9.1 | Preisindizes für Nachrichtenübermittlung
 Reihe 9.2 | Preise und Preisindizes für Verkehr

Wirtschaft und Statistik

Heft 1/12 | Preise im Jahr 2011

Broschüren

| Preise auf einen Blick (2011)

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter
 +49 (0)6 11 / 75 47 77 (Einzelhandels- und Verbraucherpreise),
 +49 (0)6 11 / 75 24 44 (Erzeugerpreise gewerblicher Produkte),
 +49 (0)6 11 / 75 24 40 (Bau- und Immobilienpreise),
 +49 (0)6 11 / 75 23 02 (Ein- und Ausfuhr-, Großhandelspreise),
 +49 (0)6 11 / 75 20 78 (Preise für Land- und Forstwirtschaft),
 +49 (0)6 11 / 75 45 91 (Erzeugerpreise für Dienstleistungen),
 +49 (0)6 11 / 75 45 91 (Allgemeiner Auskunftsdienst der Preisstatistik).

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.





16 Außenhandel

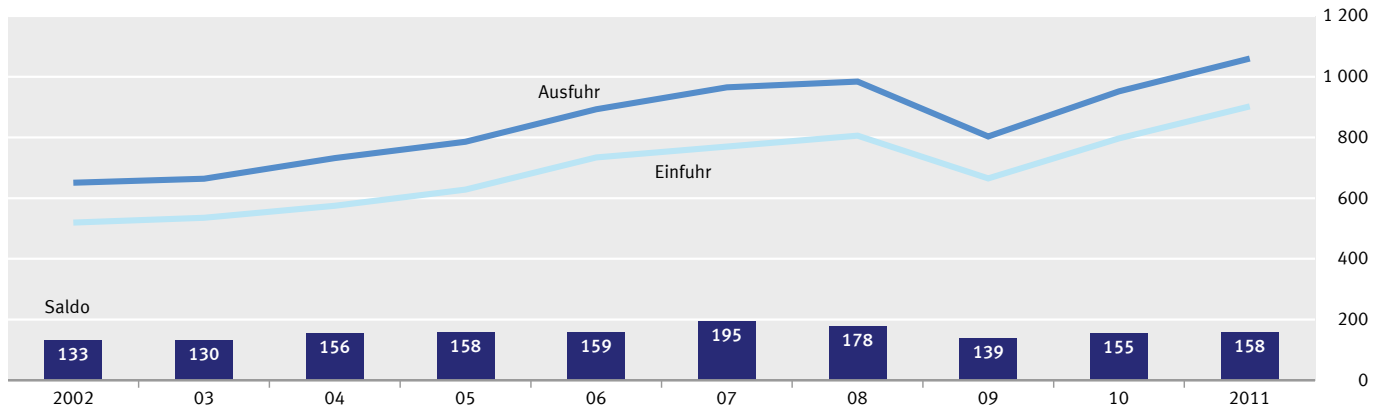
Deutsche Wirtschaft in hohem Maße **exportorientiert** | Ausfuhren überstiegen 2011 mit 1 060 Milliarden Euro **erstmalig** die **1-Billion-Euro-Grenze** | **Wichtigste Empfängerländer** deutscher Waren sind **Frankreich, Vereinigte Staaten und Niederlande** | **Wichtigste Exportgüter** sind **Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeugteile**, gefolgt von Maschinen | **Importe** übertrafen mit **902 Milliarden Euro** bisherigen **Höchstwert** im Jahr 2008 (806 Milliarden Euro) deutlich

<i>Seite</i>	
413	Auf einen Blick
	Tabellen
414	Gesamtentwicklung Aus- und Einfuhr Aus- und Einfuhr je Einwohner/-in
415	Handelspartner Aus- und Einfuhr nach Ländergruppen und ausgewählten Ländern Anteil des EU-Handels am gesamten deutschen Außenhandel
418	Handelswaren Aus- und Einfuhr nach Güterabteilungen, industriellen Hauptgruppen und Warengruppen
421	Aus- und Einfuhr nach Bundesländern Ausfuhr Einfuhr
422	Handelskennzahlen Exportquote, Importquote, Importabhängigkeitsquote Außenhandelsbilanz Deutscher Export-Performance-Index Terms of Trade
423	Unternehmensstruktur 2011 Außenhandel nach Unternehmensgrößen Unternehmen nach Beschäftigten Anteil der Wirtschaftszweige an der Aus- und Einfuhr
425	Methodik
426	Glossar
427	Mehr zum Thema

16.0 Auf einen Blick

Entwicklung des Außenhandels

in Mrd. EUR



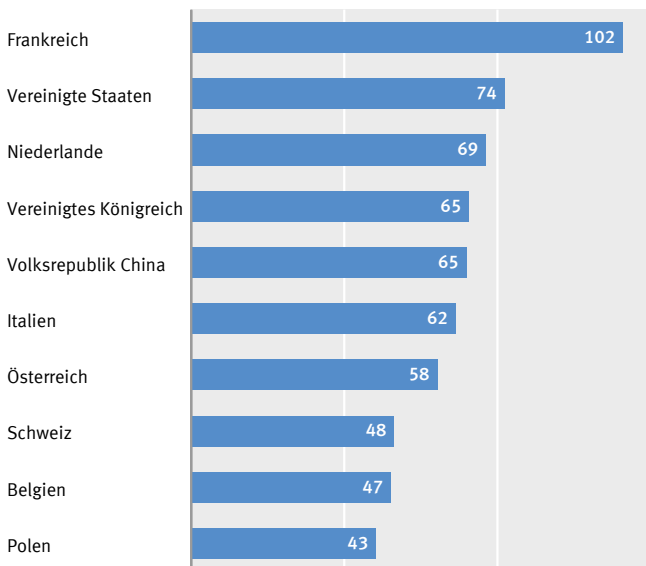
Ab Berichtsmontat Januar 2009 wurde das Aufbereitungs- und Veröffentlichungssystem der Außenhandelsstatistik modernisiert. Aufgrund neuer Geheimhaltungsregelungen und neuer Zuschätzverfahren für Meldeausfälle und Warenverkehre unterhalb der Schwellengrenze sind die Außenhandelsdaten vor Januar 2009 nur eingeschränkt vergleichbar.

2012 - 01 - 0160

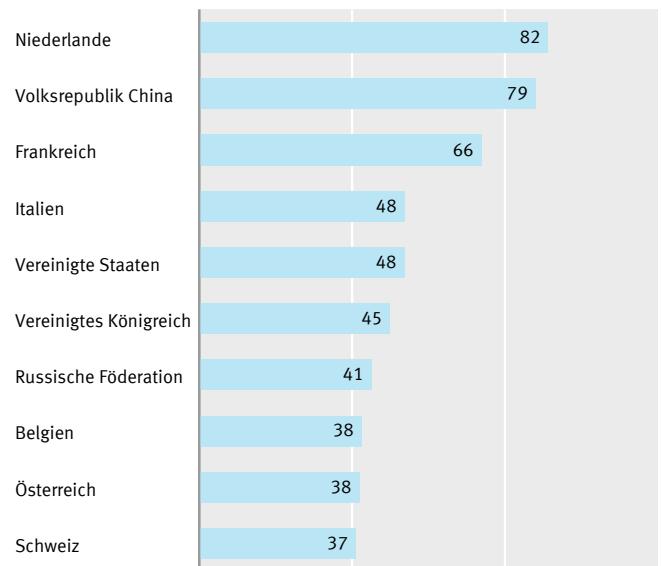
Die wichtigsten Handelspartner Deutschlands 2011

in Mrd. EUR

Ausfuhr



Einfuhr



2012 - 01 - 0162

16 Außenhandel

16.1 Gesamtentwicklung

16.1.1 Ausfuhr und Einfuhr

	Tatsächliche Werte			Veränderung gegenüber Vorjahr		
	Ausfuhr	Einfuhr	Außenhandelsbilanz	Ausfuhr	Einfuhr	Außenhandelsbilanz
	Mill. EUR			%		
2002	651 320	518 532	132 788	2,0	- 4,5	39,1
2003	664 455	534 534	129 921	2,0	3,1	- 2,2
2004	731 544	575 448	156 096	10,1	7,7	20,1
2005	786 266	628 087	158 179	7,5	9,1	1,3
2006	893 042	733 994	159 048	13,6	16,9	0,5
2007	965 236	769 887	195 348	8,1	4,9	22,8
2008	984 140	805 842	178 297	2,0	4,7	- 8,7
2009	803 312	664 615	138 697	- 18,4	- 17,5	- 22,2
2010	951 959	797 097	154 863	18,5	19,9	11,7
2011	1 060 042	901 952	158 089	11,4	13,2	2,1

Die **Außenhandelsbilanz** ist die Differenz zwischen Ausfuhr und Einfuhr.

16.1.2 Ausfuhr und Einfuhr je Einwohner/-in

	Je Einwohner/-in		Veränderung gegenüber Vorjahr	
	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr
	EUR		%	
2007	11 740	9 408	8,2	5,0
2008	12 001	9 880	2,2	5,0
2009	9 820	8 159	- 18,2	- 17,4
2010	11 645	9 803	18,6	20,2
2011	12 967	11 095	11,4	13,2

16.2 Handelspartner

16.2.1 Ausfuhr nach Ländergruppen und ausgewählten Ländern

	Tatsächliche Werte					Veränderung gegenüber Vorjahr				
	2007	2008	2009	2010	2011	2007	2008	2009	2010	2011
	Mill. EUR					%				
Insgesamt	965 236	984 140	803 312	951 959	1 060 042	8,1	2,0	- 18,4	18,5	11,4
Europa	726 486	733 075	585 800	675 008	751 473	10,5	0,9	- 20,1	15,2	11,3
EU-Länder	623 837	622 637	500 654	570 879	627 154	10,4	- 0,2	- 19,6	14,0	9,9
davon:										
Eurozone	423 116	421 120	343 701	388 103	420 613	9,4	- 0,5	- 18,4	12,9	8,4
Belgien	50 689	49 934	41 840	45 039	46 936	8,5	- 1,5	- 16,2	7,6	4,2
Estland	1 546	1 523	846	1 189	1 528	16,9	- 1,5	- 44,4	40,5	28,5
Finnland	10 291	9 643	7 085	7 644	8 464	11,5	- 6,3	- 26,5	7,9	10,7
Frankreich	91 665	93 718	81 304	89 582	101 560	7,8	2,2	- 13,2	10,2	13,4
Griechenland	7 896	7 993	6 607	5 846	5 085	8,1	1,2	- 17,3	- 11,5	- 13,0
Irland	6 238	5 536	3 656	4 155	4 334	6,9	- 11,3	- 34,0	13,6	4,3
Italien	64 499	62 015	50 620	58 589	62 122	8,7	- 3,9	- 18,4	15,7	6,0
Luxemburg	4 708	5 297	4 422	5 506	6 267	6,6	12,5	- 16,5	24,5	13,8
Malta	370	352	296	417	324	8,2	- 4,9	- 16,0	41,1	- 22,3
Niederlande	62 948	65 799	53 195	62 978	69 272	11,4	4,5	- 19,2	18,4	10,0
Österreich	52 813	54 689	46 093	52 156	57 759	6,7	3,6	- 15,7	13,2	10,7
Portugal	8 336	8 133	6 195	7 769	7 032	12,9	- 2,4	- 23,8	25,4	- 9,5
Slowakei	8 494	8 739	6 578	8 715	10 367	11,3	2,9	- 24,7	32,5	19,0
Slowenien	4 132	4 315	3 049	3 590	3 952	18,2	4,4	- 29,3	17,8	10,1
Spanien	47 631	42 676	31 281	34 222	34 869	14,0	- 10,4	- 26,7	9,4	1,9
Zypern	860	760	635	708	742	16,9	- 11,6	- 16,5	11,5	4,8
Nicht-Eurozone	200 722	201 517	156 953	182 775	206 542	12,6	0,4	- 22,1	16,5	13,0
Bulgarien	2 454	2 762	1 908	2 175	2 353	11,6	12,6	- 30,9	14,0	8,2
Dänemark	15 432	16 007	12 809	14 054	14 707	7,5	3,7	- 20,0	9,7	4,6
Lettland	1 744	1 411	809	960	1 299	28,5	- 19,1	- 42,7	18,7	35,4
Litauen	2 478	2 381	1 411	1 745	2 200	20,2	- 3,9	- 40,7	23,6	26,0
Polen	36 193	40 750	31 122	37 666	43 495	24,7	12,6	- 23,6	21,0	15,5
Rumänien	7 774	8 978	6 400	7 292	8 791	7,6	15,5	- 28,7	13,9	20,6
Schweden	21 495	20 091	15 546	19 377	22 004	14,4	- 6,5	- 22,6	24,6	13,6
Tschech. Republik	26 095	27 601	22 032	26 708	30 630	16,0	5,8	- 20,2	21,2	14,7
Ungarn	17 297	17 360	11 675	14 133	15 690	7,9	0,4	- 32,7	21,1	11,0
Vereinigtes Königreich	69 760	64 175	53 240	58 666	65 373	7,8	- 8,0	- 17,0	10,2	11,4
Europa ohne EU	102 649	110 438	85 147	104 129	124 318	11,1	7,6	- 22,9	22,3	19,4
dar.: Norwegen	7 579	7 645	6 227	7 366	7 850	13,9	0,9	- 18,5	18,3	6,6
Russische Föderation	28 162	32 312	20 621	26 354	34 405	20,5	14,7	- 36,2	27,8	30,5
Schweiz	36 373	39 027	35 510	41 659	47 708	4,6	7,3	- 9,0	17,3	14,5
Türkei	15 076	15 129	11 625	16 253	20 136	4,8	0,4	- 23,2	39,8	23,9
Afrika	17 607	19 653	17 438	19 984	20 597	5,8	11,6	- 11,3	14,6	3,1
dar. Südafrika	7 117	7 295	5 740	7 656	8 634	- 3,3	2,5	- 21,3	33,4	12,8
Amerika	100 769	101 866	78 727	99 464	110 361	- 3,2	1,1	- 22,7	26,3	11,0
dar. NAFTA-Länder	86 248	84 521	64 707	78 901	88 633	- 5,1	- 2,0	- 23,4	21,9	12,3
dar. Vereinigte Staaten	73 327	71 428	54 356	65 574	73 694	- 6,0	- 2,6	- 23,9	20,6	12,4
Brasilien	6 845	8 653	7 263	10 386	11 166	15,8	26,4	- 16,1	43,0	7,5
Asien	111 691	120 102	113 179	148 231	167 451	4,4	7,5	- 5,8	31,0	13,0
dar.: ASEAN-Länder	15 495	15 563	13 856	17 840	19 602	6,4	0,4	- 11,0	28,8	9,9
China	29 902	34 065	37 273	53 791	64 762	8,8	13,9	9,4	44,3	20,4
Japan	13 022	12 732	10 875	13 149	15 118	- 6,2	- 2,2	- 14,6	20,9	15,0
Indien	7 339	8 192	8 094	9 282	10 871	15,3	11,6	- 1,2	14,7	17,1
Australien und Ozeanien	7 104	7 595	7 147	8 972	9 423	11,4	6,9	- 5,9	25,5	5,0
dar. Australien	5 807	6 613	6 328	7 849	8 291	5,8	13,9	- 4,3	24,0	5,6

16.2 Handelspartner

16.2.2 Einfuhr nach Ländergruppen und ausgewählten Ländern

	Tatsächliche Werte					Veränderung zum Vorjahr				
	2007	2008	2009	2010	2011	2007	2008	2009	2010	2011
	Mill. EUR					%				
Insgesamt	769 887	805 842	664 615	797 097	901 952	4,9	4,7	- 17,5	19,9	13,2
Europa	541 649	567 061	463 720	541 719	624 870	5,7	4,7	- 18,2	16,8	15,3
EU-Länder	449 691	460 887	380 323	444 375	507 956	6,1	2,5	- 17,5	16,8	14,3
davon:										
Eurozone	307 571	315 410	258 729	300 135	340 206	4,8	2,5	- 18,0	16,0	13,4
Belgien	36 250	36 623	28 041	33 304	38 321	8,6	1,0	- 23,4	18,8	15,1
Estland	384	358	345	420	549	4,0	- 6,7	- 3,7	21,8	30,7
Finnland	8 290	7 757	5 303	6 031	6 637	- 1,2	- 6,4	- 31,6	13,7	10,0
Frankreich	62 873	63 369	53 338	60 673	66 420	1,2	0,8	- 15,8	13,8	9,5
Griechenland	2 065	2 023	1 726	1 912	1 962	2,1	- 2,0	- 14,7	10,8	2,6
Irland	17 415	16 132	13 815	13 556	12 231	3,9	- 7,4	- 14,4	- 1,9	- 9,8
Italien	44 694	46 842	37 197	41 977	48 296	7,8	4,8	- 20,6	12,9	15,1
Luxemburg	3 205	3 336	2 653	2 722	2 997	11,5	4,1	- 20,5	2,6	10,1
Malta	527	628	319	262	423	62,2	19,3	- 49,3	- 17,7	61,1
Niederlande	61 951	67 971	55 583	67 205	82 098	2,0	9,7	- 18,2	20,9	22,2
Österreich	32 091	33 180	27 565	33 013	37 584	5,9	3,4	- 16,9	19,8	13,8
Portugal	4 055	4 063	3 463	4 022	4 677	- 1,2	0,2	- 14,8	16,1	16,3
Slowakei	8 962	8 493	7 322	9 174	10 805	21,6	- 5,2	- 13,8	25,3	17,8
Slowenien	3 568	3 737	2 936	3 659	4 466	15,3	4,8	- 21,4	24,6	22,0
Spanien	20 687	20 701	18 959	21 955	22 501	4,3	0,1	- 8,4	15,8	2,5
Zypern	555	198	164	251	241	63,2	- 64,4	- 16,7	52,3	- 3,9
Nicht-Eurozone	142 119	145 478	121 594	144 240	167 750	9,1	2,4	- 16,4	18,6	16,3
Bulgarien	1 474	1 416	1 304	1 646	2 113	4,4	- 3,9	- 7,9	26,2	28,4
Dänemark	10 979	11 907	10 587	10 630	12 257	3,6	8,5	- 11,1	0,4	15,3
Lettland	498	475	389	581	669	1,1	- 4,5	- 18,2	49,3	15,2
Litauen	1 250	1 240	1 097	1 451	1 682	48,9	- 0,8	- 11,5	32,2	15,9
Polen	24 055	25 875	22 161	27 637	32 425	13,3	7,6	- 14,4	24,7	17,3
Rumänien	4 742	4 883	5 665	6 464	8 404	8,5	3,0	16,0	14,1	30,0
Schweden	13 981	13 672	10 166	12 820	14 143	8,4	- 2,2	- 25,6	26,1	10,3
Tschech. Republik	25 870	27 548	24 006	28 702	32 955	18,3	6,5	- 12,9	19,6	14,8
Ungarn	17 305	16 815	13 766	16 388	18 227	10,2	- 2,8	- 18,1	19,0	11,2
Vereinigtes Königreich	41 966	41 646	32 452	37 923	44 876	2,8	- 0,8	- 22,1	16,9	18,3
Europa ohne EU	91 958	106 174	83 397	97 345	116 914	3,5	15,5	- 21,5	16,7	20,1
dar.: Norwegen	17 736	22 323	17 161	17 167	20 600	- 9,7	25,9	- 23,1	0,0	20,0
Russische Föderation	28 891	37 087	25 188	31 840	40 555	- 3,8	28,4	- 32,1	26,4	27,4
Schweiz	29 822	31 299	28 096	32 507	36 868	18,2	5,0	- 10,2	15,7	13,4
Türkei	9 844	9 735	8 338	10 017	11 742	6,6	- 1,1	- 14,3	20,1	17,2
Afrika	16 459	20 662	14 236	17 040	21 861	- 1,7	25,5	- 31,1	19,7	28,3
dar. Südafrika	4 459	5 334	3 940	5 362	6 208	6,0	19,6	- 26,1	36,1	15,8
Amerika	71 276	73 884	60 498	71 680	79 930	- 1,2	3,7	- 18,1	18,5	11,5
dar. NAFTA-Länder	53 284	54 802	45 846	53 127	57 919	- 5,2	2,8	- 16,3	15,9	9,0
dar. Vereinigte Staaten	45 993	46 464	39 283	45 241	48 264	- 6,5	1,0	- 15,5	15,2	6,7
Brasilien	8 485	9 497	7 178	9 445	11 199	19,7	11,9	- 24,4	31,6	18,6
Asien	136 411	140 585	122 823	163 523	171 280	5,8	3,1	- 12,6	33,1	4,7
dar.: ASEAN-Länder	19 179	19 356	17 279	23 600	25 670	4,1	0,9	- 10,7	36,6	8,8
China	56 417	60 825	56 706	77 270	79 308	12,9	7,8	- 6,8	36,3	2,6
Japan	24 381	23 130	18 946	22 475	23 550	1,5	- 5,1	- 18,1	18,6	4,8
Indien	4 746	5 281	5 099	6 241	7 505	12,5	11,3	- 3,5	22,4	20,3
Australien und Ozeanien	3 425	2 920	2 747	3 134	4 011	17,9	- 14,7	- 5,9	14,1	28,0
dar. Australien	1 836	1 860	1 956	2 253	2 955	11,2	1,4	5,1	15,2	31,2

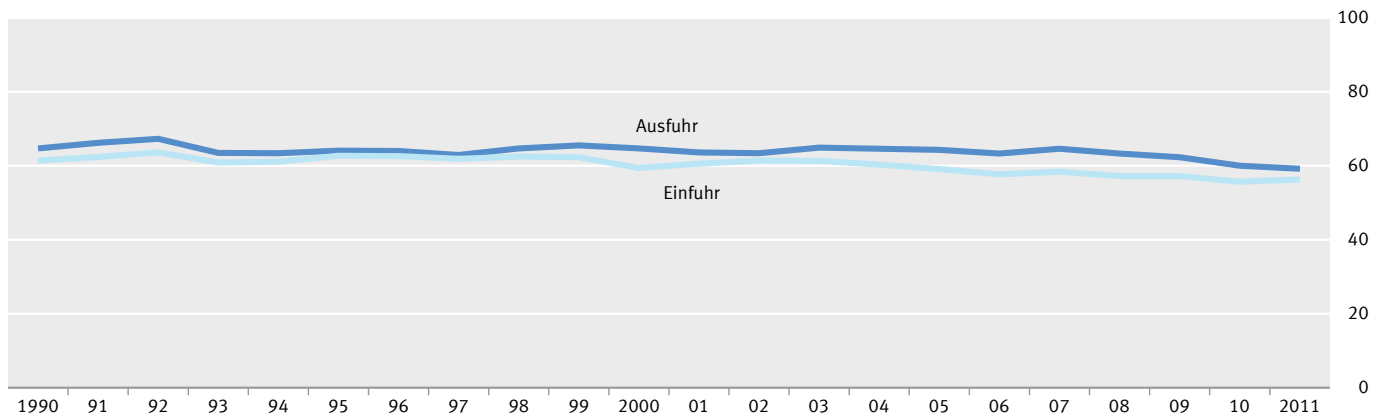
16.2 Handelspartner

16.2.3 Anteil des EU-Handels am gesamten deutschen Außenhandel

	Ausfuhr			Einfuhr		
	EU	Eurozone	Nicht-Eurozone	EU	Eurozone	Nicht-Eurozone
	%					
2007	64,6	43,8	20,8	58,4	40,0	18,5
2008	63,3	42,8	20,5	57,2	39,1	18,1
2009	62,3	42,8	19,5	57,2	38,9	18,3
2010	60,0	40,8	19,2	55,7	37,7	18,1
2011	59,2	39,7	19,5	56,3	37,7	18,6

Als „Eurozone“ wird die Gruppe von Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) bezeichnet, die den Euro als offizielle Währung eingeführt hat. Die Mitgliedstaaten, die den Euro nicht als Währung eingeführt haben, bilden die Ländergruppe „Nicht-Eurozone“.

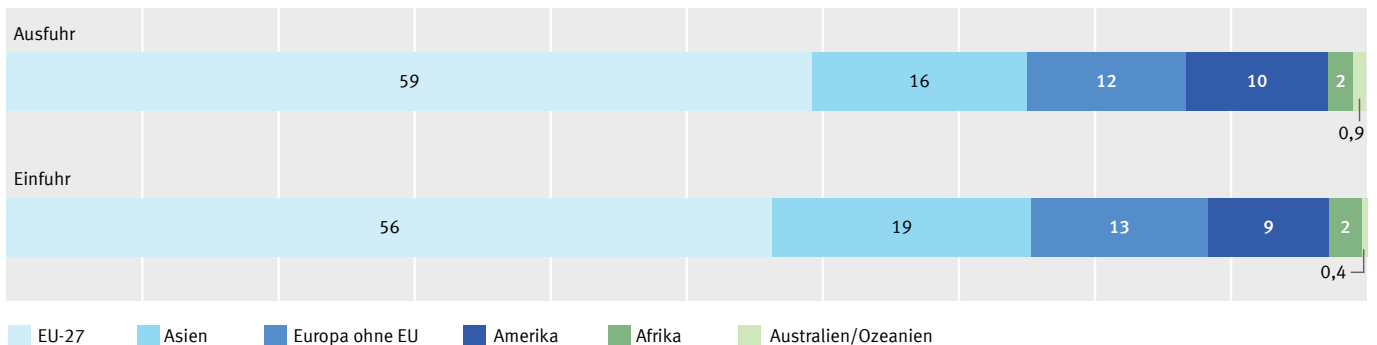
Anteil des EU-Handels am gesamten deutschen Außenhandel
in %



Ab Berichtsmontat Januar 2009 wurde das Aufbereitungs- und Veröffentlichungssystem der Außenhandelsstatistik modernisiert. Aufgrund neuer Geheimhaltungsregelungen und neuer Zuschätzverfahren für Meldeausfälle und Warenverkehre unterhalb der Schwellengrenze sind die Außenhandelsdaten vor Januar 2009 nur eingeschränkt vergleichbar.

2012 - 01 - 0163

Außenhandel nach Ländergruppen 2011
in %



2012 - 01 - 0161

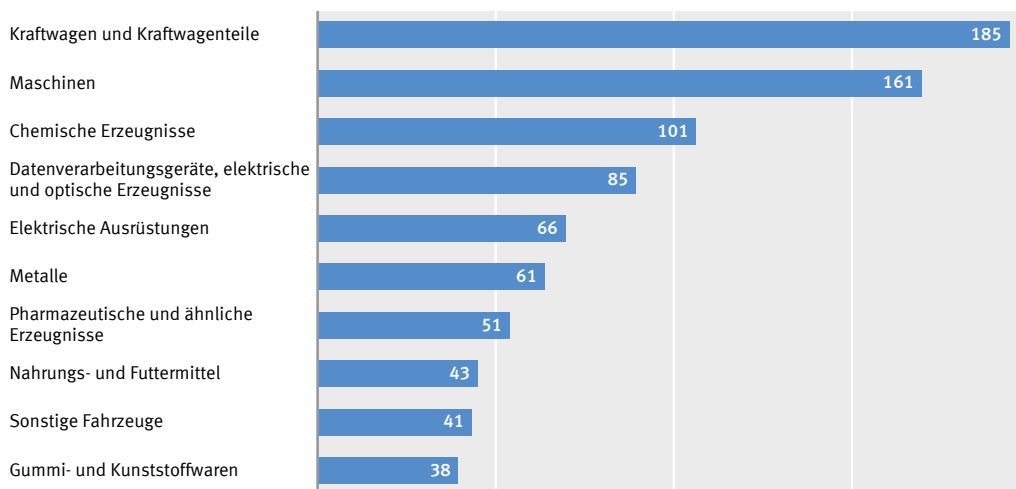
16.3 Handelswaren

16.3.1 Ausfuhr nach Güterabteilungen des Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken

Nr. der Klassifikation ¹	Warenbenennung	Ausfuhr			
		2011		2010	
		Mill. EUR	%	Mill. EUR	%
	Insgesamt	1 060 042	100,0	951 959	100,0
01	Erzeugnisse der Landwirtschaft und Jagd	8 515	0,8	7 782	0,8
02	Forstwirtschaftliche Erzeugnisse	375	0,0	357	0,0
03	Fische und Fischereierzeugnisse	241	0,0	253	0,0
05	Kohle	116	0,0	108	0,0
06	Erdöl und Erdgas	6 682	0,6	4 127	0,4
07	Erze	157	0,0	158	0,0
08	Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse	1 447	0,1	1 335	0,1
10	Nahrungsmittel und Futtermittel	42 728	4,0	38 514	4,0
11	Getränke	4 502	0,4	4 277	0,4
12	Tabakerzeugnisse	3 620	0,3	3 203	0,3
13	Textilien	10 637	1,0	9 681	1,0
14	Bekleidung	14 032	1,3	12 993	1,4
15	Leder und Lederwaren	5 199	0,5	4 457	0,5
16	Holz und Holz-, Kork-, Korb-, Flechtwaren ohne Möbel	6 086	0,6	5 916	0,6
17	Papier, Pappe und Waren daraus	19 303	1,8	18 604	2,0
19	Kokereierzeugnisse und Mineralölzeugnisse	13 276	1,3	10 697	1,1
20	Chemische Erzeugnisse	101 027	9,5	91 894	9,7
21	Pharmazeutische und ähnliche Erzeugnisse	51 259	4,8	50 464	5,3
22	Gummi- und Kunststoffwaren	37 516	3,5	33 933	3,6
23	Glas und -waren, Keramik, Steine und Erden	13 092	1,2	12 186	1,3
24	Metalle	60 514	5,7	49 848	5,2
25	Metallerzeugnisse	36 556	3,4	32 896	3,5
26	Datenverarbeitungsgeräte, elektr. u. opt. Erzeugn.	84 952	8,0	82 902	8,7
27	Elektrische Ausrüstungen	66 125	6,2	60 262	6,3
28	Maschinen	161 162	15,2	141 803	14,9
29	Kraftwagen und Kraftwagenteile	184 541	17,4	160 975	16,9
30	Sonstige Fahrzeuge	41 113	3,9	39 613	4,2
31	Möbel	8 381	0,8	7 606	0,8
35	Energieversorgung	2 916	0,3	3 055	0,3
89	Sonstige Waren	73 973	7,0	62 062	6,5

1 Gliederung nach dem Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken, Ausgabe 2009 (GP 2009).

Die wichtigsten deutschen Handelswaren der Ausfuhr 2011 in Mrd. EUR



2012 - 01 - 0164

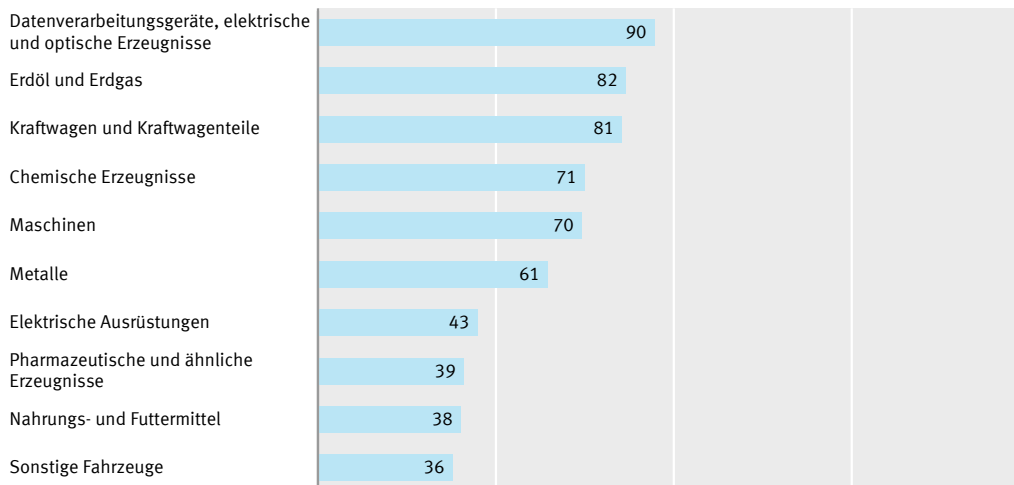
16.3 Handelswaren

16.3.2 Einfuhr nach Güterabteilungen des Güterverzeichnisses für Produktionsstatistiken

Nr. der Klassifikation ¹	Warenbenennung	Einfuhr			
		2011		2010	
		Mill. EUR	%	Mill. EUR	%
	Insgesamt	901 952	100,0	797 097	100,0
01	Erzeugnisse der Landwirtschaft und Jagd	26 577	2,9	23 720	3,0
02	Forstwirtschaftliche Erzeugnisse	710	0,1	663	0,1
03	Fische und Fischereierzeugnisse	496	0,1	494	0,1
05	Kohle	4 858	0,5	3 629	0,5
06	Erdöl und Erdgas	82 034	9,1	63 430	8,0
07	Erze	9 220	1,0	7 282	0,9
08	Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse	1 660	0,2	1 538	0,2
10	Nahrungsmittel und Futtermittel	38 070	4,2	34 563	4,3
11	Getränke	5 016	0,6	4 681	0,6
12	Tabakerzeugnisse	1 073	0,1	816	0,1
13	Textilien	10 281	1,1	9 190	1,2
14	Bekleidung	27 185	3,0	24 352	3,1
15	Leder und Lederwaren	9 495	1,1	8 197	1,0
16	Holz und Holz-, Kork-, Korb-, Flechtwaren ohne Möbel	5 356	0,6	4 953	0,6
17	Papier, Pappe und Waren daraus	14 488	1,6	14 165	1,8
19	Kokereierzeugnisse und Mineralölerzeugnisse	29 535	3,3	22 782	2,9
20	Chemische Erzeugnisse	71 152	7,9	63 815	8,0
21	Pharmazeutische und ähnliche Erzeugnisse	38 813	4,3	37 778	4,7
22	Gummi- und Kunststoffwaren	25 208	2,8	21 723	2,7
23	Glas und -waren, Keramik, Steine und Erden	8 669	1,0	8 111	1,0
24	Metalle	61 276	6,8	50 839	6,4
25	Metallerzeugnisse	23 012	2,6	20 212	2,5
26	Datenverarbeitungsgeräte, elektr. u. opt. Erzeugn.	89 768	10,0	92 634	11,6
27	Elektrische Ausrüstungen	42 534	4,7	38 624	4,8
28	Maschinen	70 378	7,8	61 244	7,7
29	Kraftwagen und Kraftwagenteile	81 129	9,0	70 212	8,8
30	Sonstige Fahrzeuge	35 868	4,0	41 014	5,1
31	Möbel	9 511	1,1	8 968	1,1
35	Energieversorgung	2 548	0,3	2 006	0,3
89	Sonstige Waren	76 030	8,4	55 464	7,0

1 Gliederung nach dem Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken, Ausgabe 2009 (GP 2009).

Die wichtigsten deutschen Handelswaren der Einfuhr 2011
in Mrd. EUR



16.3 Handelswaren

16.3.3 Aus- und Einfuhr nach industriellen Hauptgruppen (Main Industrial Groupings, MIGS)

Nr. der Klassifikation ¹	Warenbenennung	Ausfuhr				Einfuhr			
		2011		2010		2011		2010	
		Mill. EUR	%	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%
	Insgesamt	1 060 042	100,0	951 959	100,0	901 952	100,0	797 097	100,0
11	Landwirtschaftsgüter	9 131	0,9	8 392	0,9	27 783	3,1	24 877	3,1
21	Vorleistungsgüter	339 625	32,0	307 178	32,3	274 906	30,5	247 202	31,0
22	Investitionsgüter	462 866	43,7	414 026	43,5	252 212	28,0	234 871	29,5
23	Gebrauchsgüter	27 725	2,6	26 097	2,7	29 864	3,3	29 269	3,7
24	Verbrauchsgüter	140 165	13,2	131 718	13,8	135 026	15,0	124 909	15,7
25	Energie	22 990	2,2	17 987	1,9	118 975	13,2	91 847	11,5
31	Waren, die nicht zugeordnet werden konnten	57 540	5,4	46 561	4,9	63 185	7,0	44 121	5,5

1 Gliederung nach den Main Industrial Groupings (MIGS).

16.3.4 Aus- und Einfuhr nach Warengruppen der Ernährungswirtschaft und der Gewerblichen Wirtschaft (EGW)

Nr. der Klassifikation ¹	Warenbenennung	Ausfuhr				Einfuhr			
		2011		2010		2011		2010	
		Mill. EUR	%	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%	Mill. EUR	%
	Insgesamt	1 060 042	100,0	951 959	100,0	901 952	100,0	797 097	100,0
1 – 4	Ernährungswirtschaft	58 643	5,5	53 324	5,6	69 657	7,7	63 311	7,9
5 – 8	Gewerbliche Wirtschaft	974 836	92,0	882 310	92,7	791 583	87,8	709 982	89,1
7 + 8	Fertigwaren	897 318	84,6	818 551	86,0	599 882	66,5	555 595	69,7
1	Lebende Tiere	1 158	0,1	1 047	0,1	1 406	0,2	1 436	0,2
2	Nahrungsmittel tierischen Ursprungs	20 182	1,9	18 315	1,9	17 706	2,0	16 497	2,1
3	Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs	27 013	2,5	24 879	2,6	39 266	4,4	36 211	4,5
4	Genussmittel	10 290	1,0	9 083	1,0	11 280	1,3	9 167	1,1
5	Rohstoffe	14 291	1,3	10 546	1,1	104 816	11,6	81 406	10,2
6	Halbwaren	63 228	6,0	53 213	5,6	86 886	9,6	72 981	9,2
7	Vorerzeugnisse	126 565	11,9	114 756	12,1	97 076	10,8	83 858	10,5
8	Enderzeugnisse	770 753	72,7	703 795	73,9	502 806	55,7	471 737	59,2
9	Andere nicht aufgliederbare Warenverkehre	26 562	2,5	16 325	1,7	40 712	4,5	23 804	3,0

1 Gliederung nach Warengruppen der Ernährungs- und der Gewerblichen Wirtschaft in der Außenhandelsstatistik, Ausgabe 2002 (EGW 2002).

16.4 Aus- und Einfuhr nach Bundesländern

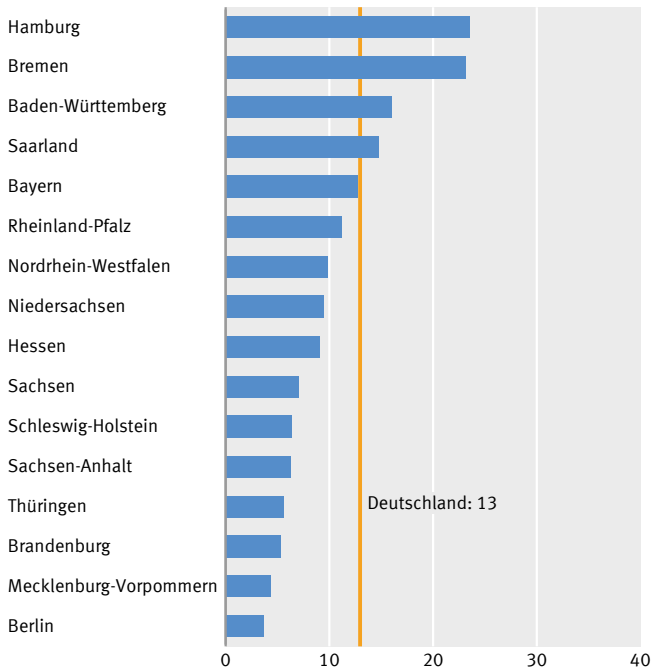
16.4.1 Ausfuhr

	2010		2011	
	Insgesamt		Anteil am Insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr
	Mill. EUR		%	
Deutschland	951 959	1 060 042	100,0	11,4
Baden-Württemberg	152 722	172 276	16,3	12,8
Bayern	144 011	159 769	15,1	10,9
Berlin	12 041	12 737	1,2	5,8
Brandenburg	12 245	13 472	1,3	10,0
Bremen	13 995	15 275	1,4	9,1
Hamburg	35 576	42 121	4,0	18,4
Hessen	51 244	55 382	5,2	8,1
Mecklenburg-Vorpommern	6 034	7 191	0,7	19,2
Niedersachsen	65 843	75 232	7,1	14,3
Nordrhein-Westfalen	160 233	176 266	16,6	10,0
Rheinland-Pfalz	40 426	44 858	4,2	11,0
Saarland	12 982	15 026	1,4	15,7
Sachsen	24 743	29 327	2,8	18,5
Sachsen-Anhalt	12 560	14 718	1,4	17,2
Schleswig-Holstein	18 262	18 166	1,7	-0,5
Thüringen	10 823	12 630	1,2	16,7
Waren ausländischen Ursprungs	178 003	194 945	18,4	9,5
Nicht ermittelte Bundesländer	217	649	0,1	198,8

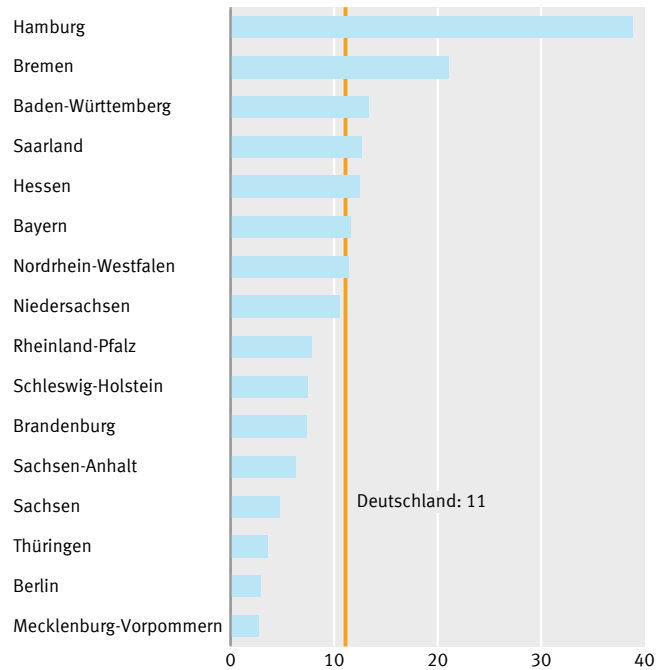
16.4.2 Einfuhr

	2010		2011	
	Insgesamt		Anteil am Insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr
	Mill. EUR		%	
Deutschland	801 442	907 002	100,0	13,2
Baden-Württemberg	126 295	143 624	15,8	13,7
Bayern	129 429	146 012	16,1	12,8
Berlin	9 505	10 108	1,1	6,3
Brandenburg	14 443	18 491	2,0	28,0
Bremen	12 563	13 968	1,5	11,2
Hamburg	67 324	69 541	7,7	3,3
Hessen	67 847	75 824	8,4	11,8
Mecklenburg-Vorpommern	3 931	4 516	0,5	14,9
Niedersachsen	72 583	83 217	9,2	14,7
Nordrhein-Westfalen	176 562	204 035	22,5	15,6
Rheinland-Pfalz	27 086	31 299	3,5	15,6
Saarland	10 783	12 943	1,4	20,0
Sachsen	16 903	19 938	2,2	18,0
Sachsen-Anhalt	11 936	14 831	1,6	24,3
Schleswig-Holstein	19 663	21 024	2,3	6,9
Thüringen	6 755	8 039	0,9	19,0
Für das Ausland bestimmte Waren	27 722	29 465	3,2	6,3
Nicht ermittelte Bundesländer	110	125	0,0	13,1

Ausfuhr der Bundesländer 2011 pro Kopf, in 1 000 EUR



Einfuhr der Bundesländer 2011 pro Kopf, in 1 000 EUR



16.5 Handelskennzahlen

16.5.1 Exportquote, Importquote, Importabhängigkeitsquote

	Exportquote	Importquote	Importabhängigkeitsquote
	%		
2005	35,3	28,2	30,4
2006	38,6	31,7	34,1
2007	39,7	31,7	34,5
2008	39,8	32,6	35,1
2009	33,8	28,0	29,7
2010	38,4	32,2	34,3
2011	41,3	35,1	37,4

Export- und Importquote stellen das Verhältnis zwischen den Ausfuhren/Einfuhren und dem Bruttoinlandsprodukt dar (Exportquote = Ausfuhr/BIP; Importquote = Einfuhr/BIP). Die **Importabhängigkeitsquote** bezieht die Einfuhren auf die gesamte Inlandsnachfrage, d. h. auf das um den Außenhandelsaldo bereinigte Bruttoinlandsprodukt (Einfuhr/(BIP – Ausfuhr + Einfuhr)).

16.5.2 Außenhandelsbilanz

	Außenhandelsbilanz	Normierte Außenhandelsbilanz	Außenbeitragsquote
	Mill. EUR	%	
2007	195	11,3	8,0
2008	178	10,0	7,2
2009	139	9,4	5,8
2010	155	8,9	6,3
2011	158	8,1	6,2

Die **normierte Außenhandelsbilanz** bezieht die Außenhandelsbilanz (Differenz zwischen Ausfuhren und Einfuhren) auf den gesamten Handel (Summe der Ausfuhren und Einfuhren). Die **Außenbeitragsquote** stellt das Verhältnis der Außenhandelsbilanz an der gesamten Wirtschaftsleistung (BIP) dar.

16.5.3 Deutscher Export-Performance-Index

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
	2010 = 100						
Export-Performance-Index	110	109	113	107	109	100	99
Export-Performance-Index ohne Energieprodukte	107	107	110	110	108	100	102
Index der deutschen Exporte	77	89	105	115	89	100	117

Quelle: UN Comtrade und Berechnungen des Statistischen Bundesamts

Der **Export-Performance-Index** ermittelt die Entwicklung des Marktanteils deutscher Waren im Ausland, bezogen auf ein bestimmtes Basisjahr. Die berechneten Marktanteile ergeben sich aus der Relation der deutschen Ausfuhren in die 25 wichtigsten Partnerländer zu den gesamten Einfuhren dieser Länder. Zur Methode siehe „Wirtschaft und Statistik“, 5/2005, S. 539ff.

16.5.4 Index des Volumens und der Durchschnittswerte, Terms of Trade

	Ausfuhr		Einfuhr		Terms of Trade
	Index des Volumens	Index der Durchschnittswerte	Index des Volumens	Index der Durchschnittswerte	
	2005 = 100				
2005	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
2006	112,7	100,8	112,7	103,7	97,2
2007	119,2	103,0	116,3	105,4	97,7
2008	120,7	103,7	118,0	108,8	95,3
2009	101,0	101,2	105,5	100,2	101,0
2010	117,1	103,4	119,7	106,0	97,5
2011	124,8	108,2	125,6	114,3	94,7

Der **Index des Volumens** (nach Laspeyres) stellt das Handelsvolumen in Preisen eines Basisjahres dar. Er gibt die von Durchschnittswertveränderungen bereinigte Entwicklung des Außenhandels wieder.

Der **Index der Durchschnittswerte** (nach Paasche) gibt Auskunft über die Entwicklung der Durchschnittswerte der Ein- und Ausfuhr. Sie werden mit Mengen des aktuellen Berichtszeitraums gewichtet.

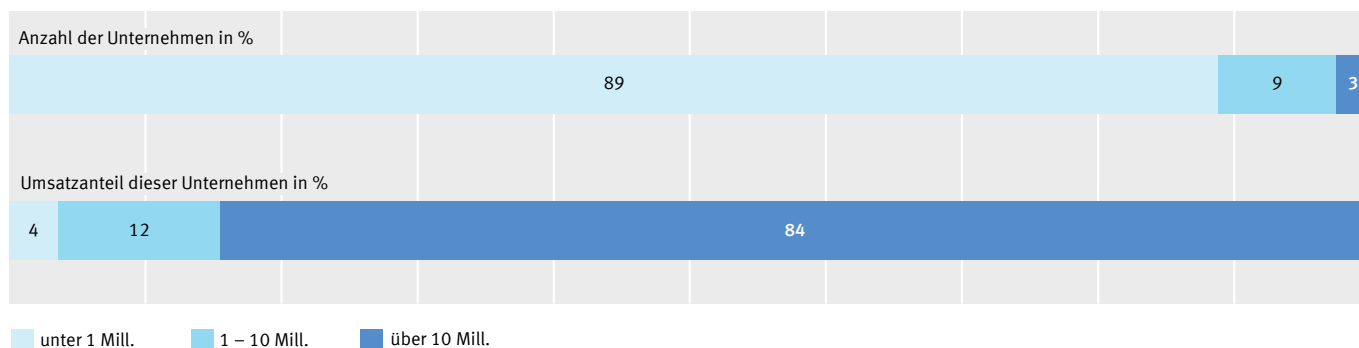
Die **Terms of Trade** geben an, wie sich die Kaufkraft einer Exporteinheit, gemessen in Importeinheiten, im Vergleich zum Basisjahr verändert hat. Sie errechnen sich aus dem Durchschnittswertindex für Ausfuhren, bezogen auf den Durchschnittswertindex für Einfuhren.

16.6 Unternehmensstruktur 2011
16.6.1 EU-Handel nach Unternehmensgrößen

Unternehmen mit ... bis unter ... EUR Umsatz	Ausfuhr				Einfuhr			
	Unternehmen		Umsatz		Unternehmen		Umsatz	
	Anzahl	%	Mrd. EUR	%	Anzahl	%	Mrd. EUR	%
Insgesamt	248 165	100,0	627	100,0	507 579	100,0	573	100,0
unter 100 000	170 878	68,9	3	0,5	415 786	81,9	6	1,1
100 000 – 400 000	33 786	13,6	8	1,2	45 767	9,0	10	1,8
400 000 – 1 Mill.	15 877	6,4	11	1,8	18 388	3,6	13	2,3
1 Mill. – 10 Mill.	21 377	8,6	75	11,9	21 883	4,3	77	13,5
10 Mill. – 50 Mill.	4 774	1,9	112	17,8	4 404	0,9	106	18,4
50 Mill. – 100 Mill.	743	0,3	58	9,2	677	0,1	52	9,2
100 Mill. – 1 Mrd.	686	0,3	187	29,8	627	0,1	174	30,5
1 Mrd. und mehr	44	0,0	173	27,6	47	0,0	133	23,2

Sektorale Außenhandelsergebnisse können zur Zeit nur für den EU-Handel erstellt werden.

Unternehmen im EU-Handel nach Größenklassen 2011
 Ausfuhr in EUR



2012 - 01 - 0168

16.6.2 Unternehmen im EU-Handel nach Beschäftigten

Unternehmen mit ... bis ... Beschäftigten	Ausfuhr			Einfuhr		
	Unternehmen		Umsatz	Unternehmen		Umsatz
	Anzahl	%		Anzahl	%	
Insgesamt	42 187	100,0	100,0	42 468	100,0	100,0
0 – 9	9 773	23,2	6,5	11 322	26,7	8,3
10 – 49	12 554	29,8	11,7	11 745	27,7	15,8
50 – 249	9 897	23,5	16,9	9 268	21,8	19,6
250 und mehr	3 058	7,2	56,8	3 447	8,1	48,7
Unbekannt	6 905	16,4	8,1	6 686	15,7	7,6

Unternehmen mit mehr als 400 000 Euro Aus-/Einfuhren im Berichtsjahr.

16.6 Unternehmensstruktur 2011

16.6.3 Anteil der Wirtschaftszweige im EU-Handel an den Aus- und Einfuhren

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	Ausfuhr	Einfuhr
		Wertmäßiger Anteil in %	
	Insgesamt	100,0	100,0
	darunter:		
A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	0,2	0,1
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	0,1	0,3
C	Verarbeitendes Gewerbe	57,4	41,9
10	H. v. Nahrungs- und Futtermittel	3,6	2,9
11	H. v. Getränken	0,2	0,3
13	H. v. Textilien	0,5	0,4
14	H. v. Bekleidung	0,4	0,3
15	H. v. Leder, Lederwaren und Schuhen	0,2	0,2
16	H. v. Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (ohne Möbel)	0,4	0,3
17	H. v. Papier, Pappe und Waren daraus	1,3	0,8
18	H. v. Druckerzeugnissen, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern	0,2	0,1
19	Kokerei und Mineralölverarbeitung	0,6	1,6
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	5,6	4,3
21	H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen	1,9	2,1
22	H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	3,0	2,1
23	H. v. Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	0,9	0,5
24	Metallerzeugung und Metallbearbeitung	3,4	2,7
25	H. v. Metallerzeugnissen	2,8	1,7
26	H. v. Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	2,0	1,0
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	4,0	2,7
28	Maschinenbau	6,8	3,7
29	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	14,3	9,6
30	Sonstiger Fahrzeugbau	3,9	3,6
31	H. v. Möbeln	0,5	0,3
32	H. v. sonstigen Waren	0,7	0,4
33	Reparatur und Instandhaltung von Maschinen und Ausrüstungen	0,2	0,4
D	Energieversorgung	1,4	1,8
E	Wasserversorgung, Abwasser und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	0,4	0,3
F	Baugewerbe	0,1	0,2
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	16,7	30,7
H	Verkehr und Lagerei	1,0	1,0
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen² ..	17,3	17,8
	Sonstige öffentliche und persönliche Dienstleistungen³	5,4	6,0

Ergebnisse für den EU-Handel.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Der Bereich „Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen“ enthält auch Managementtätigkeiten von Holdinggesellschaften (WZ 70.10.1).

3 Diese Position umfasst die Abschnitte J „Information und Kommunikation“; K „Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen“; L „Grundstücks- und Wohnungswesen“ sowie N „Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen“.

Methodik

Außenhandelsstatistiken sind ein Schlüsselindikator für die Wirtschaftsentwicklung und somit ein wichtiges Instrument für zahlreiche öffentliche und private Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger. Sie ermöglichen beispielsweise nationalen und internationalen Behörden die Vorbereitung bi- und multilateraler Verhandlungen und helfen Unternehmen bei der Durchführung von Marktstudien und der Festlegung ihrer Handelsstrategie. Sie sind auch eine unverzichtbare Informationsquelle für Zahlungsbilanzstatistiken, die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen oder Konjunkturanalysen.

Gegenstand der Außenhandelsstatistik ist der grenzüberschreitende **Warenverkehr** Deutschlands mit dem Ausland. Dies bedeutet, alle körperlich ein- und ausgehenden Waren sowie elektrischer Strom werden erfasst und nachgewiesen. Das betrifft auch den Handel mit Waren, die unentgeltlich oder auf ausländische Rechnung ein- bzw. ausgeführt werden. Dienstleistungen aller Art sind grundsätzlich nicht Gegenstand der Außenhandelsstatistik. Eine Ausnahme stellen die Veredelungsgeschäfte dar: Diese werden in der Außenhandelsstatistik erfasst und nachgewiesen.

Die wichtigsten **Erhebungsmerkmale** der Außenhandelsstatistik sind die Lieferichtung (Ein- oder Ausfuhr), die Warenart, der Wert, die Menge, das Partnerland sowie das inländische Herkunfts- bzw. Zielbundesland.

Das **Erhebungsgebiet** umfasst das Gebiet Deutschlands nach dem Gebietsstand seit dem 3.10.1990 (einschließlich Freizonen und Helgoland, ohne den Zollausschluss Büsingen). Ausland ist das Gebiet außerhalb des Erhebungsgebiets.

Die Außenhandelsstatistik ist eine vom Gesetzgeber angeordnete monatliche Erhebung, die der Auskunftspflicht unterliegt. Die Rechtsgrundlagen für die Außenhandelsstatistik bilden Verordnungen des Europäischen Parlamentes und des Rates der EU. Dabei existieren Grund- und Durchführungsverordnungen sowohl für den Teilbereich Intrahandelsstatistik als auch für die Extrahandelsstatistik. Neben den EU-Rechtsgrundlagen stützt sich die Außenhandelsstatistik auf nationales Recht (Außenhandelsstatistikgesetz bzw. -durchführungsverordnung sowie das Bundesstatistikgesetz).

In der Außenhandelsstatistik wird erhebungstechnisch zwischen Extra- und Intrahandel unterschieden.

Die **Extrahandelsstatistik** erfasst den grenzüberschreitenden Warenverkehr mit Drittländern (Länder außerhalb der EU).

Die **Erhebung der Extrahandelsdaten** erfolgt über die Zollverwaltung im Zeitpunkt der Erledigung der gesetzlich vorgeschriebenen Einfuhr- oder Ausfuhrformlichkeiten. Die Statistikdaten werden überwiegend elektronisch im Rahmen des IT-Zollverfahrens „ATLAS“ an das Statistische Bundesamt übermittelt. Das Erhebungssystem im Extrahandel garantiert eine nahezu vollständige Erfassung aller grenzüberschreitenden Warenbewegungen.

Die **Intrahandelsstatistik** erfasst den grenzüberschreitenden Warenverkehr zwischen Deutschland und den anderen Mitgliedstaaten der EU, d. h. die Warentransaktionen innerhalb der Gemeinschaft. Hierbei handelt es sich um ein Erhebungssystem in Form einer Direktanmeldung durch die am Intrahandel beteiligten Unternehmen.

Das **Intrastat-System** ist durch eine enge Verknüpfung mit dem Umsatzsteuersystem gekennzeichnet, das eine (indirekte) Kontrolle der statistischen Meldungen über die monatlich von den Unternehmen bei den Finanzämtern abzugebenden Umsatzsteuer-Voranmeldungen ermöglicht.

Ausgenommen von der Anmeldung zur Außenhandelsstatistik sind u. a. Warenbewegungen von geringer wirtschaftlicher Bedeutung (z. B. Messe- und Ausstellungsgut). Seit Januar 2007 sind auch Warenverkehre zur oder nach Reparatur von der Anmeldung befreit. Die Befreiungstatbestände sind in den jeweiligen Befreiungslisten für die beiden Erhebungssysteme aufgeführt.

Bei direkter Firmenbefragung (Intrastat-System) sind diejenigen Unternehmen von der Meldung befreit, deren innergemeinschaftliche Warenverkehre je Verkehrsrichtung (Eingang bzw. Versendung) im Vorjahr bzw. im laufenden Jahr den Wert von derzeit 500 000 Euro nicht übersteigen (bis Ende 2011 betrug die Anmeldeschwelle 400 000 Euro).

In den Ergebnissen der Außenhandelsstatistik sind **Zuschätzungen** für befreite Warenverkehre sowie für Antwortausfälle im Intrahandel enthalten. In den endgültigen Ergebnissen werden die Zuschätzungen für Antwortausfälle so weit wie möglich durch die nachträglich eingegangenen Meldungen ersetzt. Die Zuschätzungen im Intrahandel werden nach Partnerländern, Bundesländern und Kapiteln des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik aufgeteilt.

Erste monatliche Gesamtergebnisse werden in Form einer Pressemitteilung knapp 40 Tage nach Ende des jeweiligen Berichtsmonats veröffentlicht. Rund zwei Wochen danach liegen vorläufige Ergebnisse in tiefer fachlicher und regionaler Gliederung vor. Die Ergebnisse werden monatlich revidiert. Endgültige Ergebnisse liegen etwa zehn Monate nach Ablauf eines Berichtsjahres vor.

Aufgrund unterschiedlicher Revisionsstände kann es zu Abweichungen zwischen den im Statistischen Jahrbuch und den in GENESIS-Online veröffentlichten Außenhandelsergebnissen kommen.

Außenhandelsergebnisse der EU-Mitgliedstaaten werden auch von Eurostat, dem Statistischen Amt der EU, veröffentlicht. Dabei gibt es aber methodische Unterschiede gegenüber den nationalen Veröffentlichungen. In den EU-Veröffentlichungen gilt im Intrahandel das **Versendungsland** bei den Einfuhren als Partnerland. Das ist das Land, aus dem die Waren versandt werden, ohne dass sie in anderen Ländern anderen als beförderungsbedingten Aufhalten oder Rechtsgeschäften unterworfen werden. Im Extrahandel ist dagegen – wie in den nationalen deutschen Außenhandelsergebnissen generell – das **Ursprungsland** maßgeblich.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken sind in unseren „Qualitätsberichten“ dokumentiert (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

Glossar

Außenbeitragsquote | Sie stellt das Verhältnis des Außenhandelsaldos – d. h. der Differenz zwischen Ausfuhren und Einfuhren – zur gesamten Wirtschaftsleistung dar. In der Regel bezieht der Begriff „Außenbeitrag“ neben Waren auch Dienstleistungen ein. Die hier abgebildete Außenbeitragsquote umfasst jedoch ausschließlich Waren.

Außenhandelsbilanz | Sie ergibt sich aus der Differenz zwischen den Ausfuhren und den Einfuhren.

Außenhandelsbilanz, normierte | Die normierte Außenhandelsbilanz bezieht die Außenhandelsbilanz (Differenz zwischen Ausfuhren und Einfuhren) auf den gesamten Handel (Summe der Ausfuhren und Einfuhren).

Bestimmungsland | Dies ist das Land, in dem die Waren aus Deutschland ge- oder verbraucht bzw. be- oder verarbeitet werden sollen. Ist das Bestimmungsland nicht bekannt, so gilt als Bestimmungsland das letzte zum Zeitpunkt der Ausfuhr bekannte Land, in das die Waren körperlich verbracht werden sollen.

Eurozone/Nicht-Eurozone | Die Eurozone umfasst alle Mitgliedstaaten der EU, in denen der Euro gesetzliches Zahlungsmittel ist. Die Nicht-Eurozone beinhaltet alle übrigen Mitgliedstaaten der EU mit eigener Währung.

Exportquote | Sie stellt das Verhältnis der Ausfuhren zum Bruttoinlandsprodukt dar.

Export-Performance-Index, deutscher | Der deutsche Export-Performance-Index ermittelt die Entwicklung des Marktanteils deutscher Waren im Ausland durch den Vergleich zwischen den Marktanteilen in einer bestimmten Periode gegenüber den Marktanteilen in einem Basisjahr. Die betrachteten Marktanteile ergeben sich aus der Relation der deutschen Ausfuhren in die 25 wichtigsten Partnerländer zu den gesamten Einfuhren dieser 25 Länder. Der Index der deutschen Exporte gibt wieder, wie stark sich die tatsächlichen Werte für die 25 größten Partnerländer der deutschen Exporte bezogen auf ein Basisjahr verändert haben.

Importabhängigkeitsquote | Sie stellt das Verhältnis der Einfuhren zu dem um den Außenhandelsaldo – die Differenz zwischen Ausfuhren und Einfuhren – bereinigten Bruttoinlandsprodukt dar.

Importquote | Sie stellt das Verhältnis der Importe zum Bruttoinlandsprodukt dar.

Index der Durchschnittswerte (nach „Paasche“) | Er gibt Auskunft über die Bewegung der Einfuhr- und Ausfuhrdurchschnittswerte auf der Grundlage der statistischen Werte. Der Durchschnittswertindex ist kein echter Preisindex, weil Durchschnittswerte und nicht Einzelpreise seine Berechnungsgrundlage bilden. Die ebenfalls vom Statistischen Bundesamt laufend berechneten echten Preisindizes (Indizes der Ein- und Ausfuhrpreise) finden Sie im Kapitel 15 „Preise“.

Index des Volumens (nach „Laspeyres“) | Dieser gibt die von Durchschnittswertveränderungen bereinigte Außenhandelsentwicklung wieder.

Länder | Die Bezeichnung der Länder richtet sich nach dem Länderverzeichnis für die Außenhandelsstatistik.

Partnerland | Als Partnerland wird in der Außenhandelsstatistik grundsätzlich das Ursprungsland (bei der Einfuhr) bzw. das Bestimmungsland (bei der Ausfuhr) nachgewiesen.

Terms of Trade | Sie geben an, wie sich die Kaufkraft einer Exporteinheit, gemessen in Importeinheiten, im Vergleich zum Basisjahr verändert hat.

Ursprungsland | Dies gilt als das Land, in dem eine Ware vollständig gewonnen oder hergestellt wurde. Sind an der Herstellung einer Ware zwei oder mehr Länder beteiligt, so gilt als Ursprungsland das Land, in dem die letzte wesentliche Be- oder Verarbeitung stattgefunden hat. Werden Waren deutschen Ursprungs wiedereingeführt, tritt anstelle des Ursprungslandes grundsätzlich das Land, aus dem diese Waren körperlich nach Deutschland gelangen. Gleiches gilt für die Wiedereinfuhr von Waren nach Veredelung.

Warengliederung | Die Gliederung der Waren erfolgt nach Warengruppen der Ernährungswirtschaft und der Gewerblichen Wirtschaft (EGW), nach Güterabteilungen des Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken (GP) sowie nach den Industriellen Hauptgruppen (Main Industrial Groupings, MIGS).

Wert (tatsächlicher Wert) | Den internationalen Standards entsprechend wird als Warenwert der Grenzübergangswert („Statistischer Wert“) zugrunde gelegt.

Der Wert ergibt sich in der Regel aus dem in Rechnung gestellten Entgelt für eine Ware beim Kauf im Einfuhrgeschäft oder beim Verkauf einer Ware im Ausfuhrgeschäft, wobei eine Kostenabgrenzung frei deutsche Grenze vorzunehmen ist. Zölle, Steuern oder andere Abgaben, die anlässlich der Einfuhr bzw. Ausfuhr erhoben wurden, sind nicht im „Statistischen Wert“ enthalten.

Bei Waren, die unentgeltlich oder im Rahmen eines Miet- oder Leasinggeschäftes geliefert werden, ist als statistischer Wert der Preis der Ware anzusetzen, der im Falle eines Kaufgeschäfts unter den Bedingungen des freien Wettbewerbs vermutlich berechnet worden wäre. Entsprechend wird bei (unentgeltlichen) Warenverkehren zur Veredelung verfahren.

Bei der Versendung/beim Eingang nach Veredelung entspricht der Wert dem Gesamtbetrag, der beim Verkauf der veredelten Waren berechnet worden wäre.

Wirtschaftszweig | Die Gliederung nach Wirtschaftszweigen erfolgt nach den Abschnitten der Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008). Sie dient dazu, die wirtschaftlichen Tätigkeiten von Unternehmen, Betrieben und anderen statistischen Einheiten in allen amtlichen Statistiken einheitlich zu erfassen.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Standardveröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen kostenfrei downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 190 amtlichen Statistiken. Daten zum *Außenhandel* finden Sie unter dem Menüpunkt > Themen, Code 51000

Weitere Veröffentlichungen zu dem Thema

■ Außenhandel

Fachserie 7 Außenhandel

Reihe 1 | Zusammenfassende Übersichten für den Außenhandel

Fachberichte

| Export, Import, Globalisierung – Deutscher Außenhandel und Welthandel 1990 – 2008 (2010)

Wirtschaft und Statistik

Heft 4/11 | Außenhandel 2010 – Eine Geschichte von Gewinnern und Verlierern
 Heft 4/11 | Das Qualitätskonzept der Außenhandelsstatistik auf europäischer Ebene
 Heft 3/12 | Weiterentwicklung der internationalen Handelsstatistik

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter +49 (0)6 11 / 75 24 81

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.





17 Zahlungsbilanz

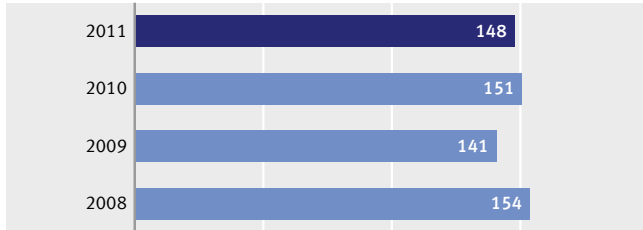
Die Zahlungsbilanz bildet alle wirtschaftlichen **Transaktionen zwischen Deutschland und der übrigen Welt** ab | In den letzten Jahren **Überschuss der Warenexporte über die -importe** | 2011 betrug er **154 Milliarden Euro** | Traditionell mehr Dienstleistungsimporte als -exporte | 2011 **Dienstleistungsdefizit von 22 Milliarden Euro** – **Hauptgrund:** Deutsche tragen Geld durchs **Reisen** ins Ausland

<i>Seite</i>	
431	Auf einen Blick
	Tabellen
432	Zahlungsbilanz Entwicklung Veränderung der Nettokapitalanlagen nach inländischen Sektoren
434	Leistungen an Entwicklungsländer und multilaterale Stellen Deutsche Netto-ODA-Leistungen Bilaterale Netto-ODA-Leistungen nach ausgewählten Entwicklungsländern
435	Direktinvestitionen Ausländische Direktinvestitionen im Inland (Kapitalgeberländer) Deutsche Direktinvestitionen im Ausland
437	Vermögensstatus der Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem Ausland
438	Methodik
439	Glossar
440	Mehr zum Thema

17.0 Auf einen Blick

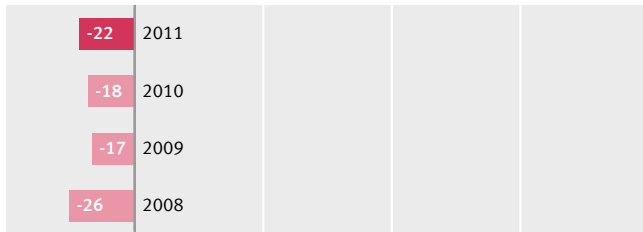
Leistungsbilanz

Saldo in Mrd. EUR



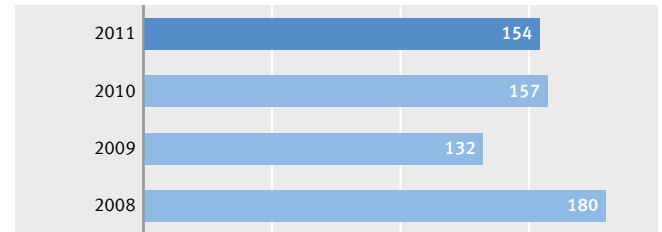
Dienstleistungsverkehr

Saldo in Mrd. EUR



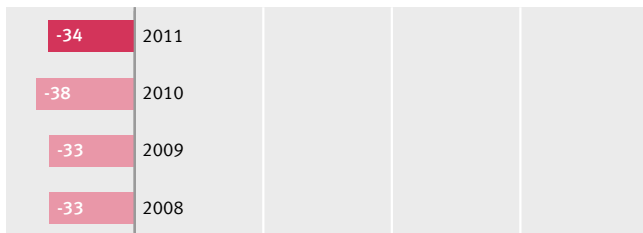
Warenverkehr (fob-Werte)

Saldo in Mrd. EUR



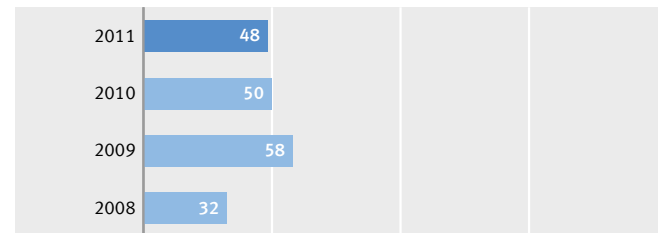
Laufende Übertragungen

Saldo in Mrd. EUR



Erwerbs- und Vermögenseinkommen¹

Saldo in Mrd. EUR



¹ Einkommen aus unselbstständiger Arbeit und Kapitalerträgen.

Quelle: Deutsche Bundesbank

17.1 Entwicklung der Zahlungsbilanz

Die **Zahlungsbilanz** liefert Informationen über Umfang und Entwicklung der internationalen Verflechtung und bietet Orientierungshilfen für die Finanz-, Geld- und Außenwirtschaftspolitik. Sie stellt ein zusammengefasstes Bild der wirtschaftlichen Transaktionen zwischen In- und Ausländern dar. Gegliedert wird sie in die **Leistungsbilanz**, die **Bilanz der Vermögensübertragungen** und die **Kapitalbilanz**. In der Kapitalbilanz sind nunmehr die transaktionsbedingten Veränderungen der Währungsreserven der Bundesbank enthalten, die früher in einer separaten Teilbilanz ausgewiesen wurden. Entsprechend ändert sich das Aggregat „Deutsche Netto-Kapitalanlagen im Ausland“ sowie der Saldo des Kapitalverkehrs insgesamt.

Angaben zur Zahlungsbilanz in Deutschland ermittelt und veröffentlicht die Deutsche Bundesbank monatlich. Nähere Informationen hierzu finden Sie auf der Homepage der **Deutschen Bundesbank** unter www.bundesbank.de

	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
	Mill. EUR							
	Leistungsbilanz/Vermögensübertragungen							
	Ausfuhr bzw. Einnahmen				Einfuhr bzw. Ausgaben			
Warenverkehr (fob-Werte)	1 019 485	838 446	992 141	1 112 454	839 514	706 212	834 902	958 111
Dienstleistungsverkehr	174 690	171 127	183 855	190 434	200 251	187 766	202 103	212 039
Reiseverkehr	27 137	24 842	26 156	27 903	61 854	58 183	58 934	60 595
Frachten	28 128	22 557	26 505	27 029	22 021	15 263	21 539	22 172
Personenbeförderung	9 173	9 128	11 019	10 447	9 827	8 397	10 287	10 252
Hafendienste und sonstige Transportleistungen	5 948	5 551	5 580	5 554	18 091	14 979	17 602	17 899
Transithandelserträge ¹	10 596	11 095	14 371	16 985	–	–	–	–
Versicherungen	3 127	3 814	4 417	4 599	2 894	2 573	2 990	3 276
Finanzdienstleistungen ²	9 250	9 322	9 557	10 537	5 314	5 045	5 382	6 835
Werbe- und Messekosten	3 923	3 838	4 440	3 950	5 051	4 418	5 091	4 976
Lizenzen und Patente	7 510	12 928	11 134	10 311	8 823	12 792	9 982	9 468
Arbeitsentgelte ³	41 191	41 323	45 070	48 376	37 032	39 005	43 107	48 586
Bauleistungen, Montagen, Ausbesserungen	11 002	9 720	9 029	8 811	7 774	6 754	5 623	5 599
Regierung ⁴	3 494	3 363	3 346	3 393	1 118	993	890	847
Andere Dienstleistungen	14 212	13 647	13 230	12 538	20 453	19 363	20 676	21 534
Erwerbs- und Vermögenseinkommen⁵	192 185	178 255	183 041	198 968	159 806	120 135	133 177	150 553
Laufende Übertragungen	18 936	16 988	17 203	19 971	52 093	50 146	55 389	53 471
Private Übertragungen								
Überweisungen ausländischer Arbeitnehmer	–	–	–	–	3 079	2 995	3 035	2 977
Andere private Übertragungen	3 550	3 773	4 372	4 161	16 793	14 894	16 010	14 512
Staatliche Übertragungen								
Europäische Union	7 034	6 429	6 227	6 305	23 678	23 007	25 700	25 410
Steuern (Saldo)	5 925	4 325	4 140	6 863	–	–	–	–
Andere staatliche Übertragungen	2 426	2 462	2 464	2 642	8 542	9 250	10 644	10 573
Insgesamt	1 405 297	1 204 817	1 376 239	1 521 827	1 251 664	1 064 259	1 225 571	1 374 174
Saldo der Leistungsbilanz	153 633	140 558	150 668	147 653	–	–	–	–
Vermögensübertragungen	3 284	3 555	3 218	4 324	3 494	3 526	3 804	3 683
Private Übertragungen	3 284	3 555	3 218	4 324	1 642	1 822	1 765	1 360
Staatliche Übertragungen	–	–	–	–	1 853	1 704	2 039	2 323
Saldo der Vermögensübertragungen und Kauf/Verkauf von immateriellen nichtproduzierten Vermögensgütern	– 210	29	– 586	641	–	–	–	–
Saldo insgesamt	153 423	140 587	150 082	148 294	–	–	–	–
	Kapitalbilanz							
	Veränderung der Verbindlichkeiten				Veränderung der Forderungen			
Kapitalverkehr								
Direktinvestitionen	5 536	17 389	35 382	29 063	49 670	54 269	82 543	39 110
Wertpapiere	12 732	– 4 246	46 134	62 264	11 211	65 472	191 761	53 954
Übriger Kapitalverkehr	11 073	– 147 155	179 741	– 22 603	140 362	– 95 114	132 778	134 761
Veränderung der Währungsreserven der Deutschen Bundesbank zu Transaktionswerten	–	–	–	–	2 008	– 3 200	1 613	2 836
Kapitalverkehr insgesamt	29 341	– 134 013	261 256	68 725	203 251	21 427	408 695	230 661
Saldo der Kapitalbilanz	–	–	–	–	173 910	155 440	147 439	161 937
Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen	–	–	–	–	– 20 487	– 14 853	2 643	– 13 643

1 Saldo. – Geschätzt nach der regionalen Struktur der Transithandelsverkäufe (Käuferland).

2 Im Wesentlichen Einnahmen und Ausgaben für Bankprovisionen.

3 Entgelte für selbstständige Arbeiten (Forschung und Entwicklung, Ingenieur-, sonstige technische-, kaufmännische Dienstleistungen u. a.).

Quelle: Deutsche Bundesbank

4 Einschl. der gesamten Einnahmen von ausländischen militärischen Dienststellen.

5 Einkommen aus unselbstständiger Arbeit und Kapitaleträgen.

17.2 Veränderung der Nettokapitalanlagen nach inländischen Sektoren

	Monetäre Finanzinstitute ¹		Unternehmen und Privatpersonen		Öffentliche Stellen ²	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010
	Mill. EUR					
Deutsche Nettokapitalanlagen im Ausland						
Insgesamt	- 64 907	- 183 485	111 563	252 754	184 006	339 426
Direktinvestitionen	1 396	7 436	37 715	75 107	-	-
Wertpapieranlagen ³	- 21 145	- 52 388	48 607	117 511	26 492	126 638
Übriger Kapitalverkehr ⁴	- 45 158	- 138 533	25 242	60 136	154 678	211 175
Veränderung der Währungsreserven zu Transaktionswerten	-	-	-	-	2 836	1 613
Ausländische Nettokapitalanlagen in Deutschland						
Insgesamt	- 109 129	42 536	45 284	63 033	132 569	155 687
Direktinvestitionen	1 061	2 274	28 002	33 107	-	-
Wertpapieranlagen ⁵	- 13 524	- 36 084	- 6 993	26 090	82 781	56 127
Übriger Kapitalverkehr ⁴	- 96 666	76 346	24 275	3 835	49 788	99 559

Direktinvestitionen umfassen die Finanzbeziehungen zu in- und ausländischen Unternehmen, an denen der Investor 10 % oder mehr der Anteile oder Stimmrechte unmittelbar hält; einschl. Zweigniederlassungen und Betriebsstätten. Als Direktinvestitionen gelten auch alle Anlagen im Grundbesitz. Erfasst werden Anteile am Kapital einschl. Rücklagen, Gewinn- und Verlustvorträge und Kredite (kurz- und langfristig einschl. Handelskredite). Die Aufnahme von Krediten der Direktinvestoren bei ihren Töchtern wird als Mittelrückführung verbucht.

1 Ohne Deutsche Bundesbank.

2 Einschl. Wertpapieranlagen und übriger Kapitalverkehr der Bundesbank.

3 Einschl. Finanzderivate.

4 Buchkredite, Schuldscheindarlehen, Bankguthaben und sonstige Anlagen.

5 „Öffentliche Stellen“: Einschl. Anleihen der früheren Bundesbahn, der früheren Bundespost, der früheren Treuhandanstalt.

Quelle: Deutsche Bundesbank

17.3 Leistungen an Entwicklungsländer und multilaterale Stellen

Die Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance, ODA) umfasst Leistungen an Entwicklungsländer (nach DAC-Definition) bzw. an Staatsangehörige von Entwicklungsländern oder an internationale Organisationen zugunsten dieser Entwicklungsländer, die von öffentlichen Stellen vergeben werden und bei denen jede Transaktion mit dem Hauptziel der Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung dieser Länder eingesetzt wird. Die Leistungen sind ihrer Art nach konzessionär und müssen ein Zuschusselement von mindestens 25 % vorweisen. Die ODA-Leistungen sind in bilaterale und multilaterale Leistungen gegliedert. **Bilateral** = deutsche bilaterale ODA-Leistungen, **multilateral** = deutscher Anteil an den ODA-Leistungen multilateraler Geber. Zur bilateralen ODA zählen auch Schuldenerlasse und Leistungen in Deutschland, insbesondere Studienplatzkosten für Studierende aus Entwicklungsländern.

17.3.1 Deutsche Netto-ODA-Leistungen

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
	Mill. EUR							
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA)	6 005	6 064	8 112	8 313	8 978	9 693	8 674	9 804
Bilateral	3 593	3 077	5 992	5 604	5 807	6 283	5 096	6 082
Multilateral	2 411	2 988	2 120	2 709	3 171	3 410	3 578	3 722

17.3.2 Bilaterale Netto-ODA-Leistungen nach ausgewählten Entwicklungsländern 2010

	Mill. EUR		Mill. EUR		Mill. EUR
Insgesamt	6 081,8	Mosambik	58,1	Trinidad und Tobago	0,3
Europa	384,1	Namibia	18,1	Uruguay	0,6
darunter:		Niger	17,1	Venezuela	5,3
Albanien	26,7	Nigeria	29,4	Asien	1 961,7
Bosnien und Herzegowina	22,6	Ruanda	36,5	darunter:	
Kosovo	23,1	Sambia	25,1	Afghanistan	354,7
Kroatien	17,0	São Tomé und Príncipe	0,0	Armenien	12,6
Mazedonien	10,6	Senegal	17,4	Aserbaidshan	12,0
Serbien	95,3	Seychellen	0,4	Bangladesch	49,1
Türkei	- 7,7	Sierra Leone	10,1	Bhutan	0,3
Ukraine	67,3	Simbabwe	25,0	China	242,7
Weißrussland	13,6	Somalia	9,4	Georgien	61,9
Afrika	1 470,4	Sudan	29,6	Indien	299,7
darunter:		Südafrika	29,8	Indonesien	- 9,5
Ägypten	78,9	Swasiland	- 0,5	Irak	27,8
Algerien	7,7	Tansania	101,5	Iran, Islam. Rep.	34,5
Angola	5,3	Togo	6,7	Jemen	62,0
Äthiopien	72,8	Tschad	15,2	Jordanien	29,7
Benin	26,2	Tunesien	18,0	Kambodscha	31,2
Botsuana	1,8	Uganda	30,9	Kasachstan	10,2
Burkina Faso	39,6	Zentralafrikanische Republik	2,4	Kirgisistan	19,1
Burundi	22,2	Amerika	689,1	Korea, Demokr. Volksrep.	1,9
Côte d'Ivoire	69,9	darunter:		Laos	18,7
Dschibuti	0,2	Argentinien	16,6	Libanon	21,2
Eritrea	0,9	Bolivien	32,1	Malaysia	8,5
Gabun	- 1,0	Brasilien	186,8	Malediven	0,1
Gambia	0,5	Chile	54,2	Mongolei	21,9
Ghana	43,9	Costa Rica	16,5	Myanmar	13,8
Guinea	10,0	Dominikanische Republik	0,6	Nepal	31,7
Guinea-Bissau	1,0	Ecuador	21,0	Oman	0,8
Kamerun	68,3	El Salvador	12,9	Pakistan	107,3
Kap Verde	- 0,7	Guatemala	10,2	Palästinensische Gebiete	79,0
Kenia	60,3	Guyana	0,5	Philippinen	19,8
Kongo	7,1	Haiti	32,9	Sri Lanka	- 4,8
Kongo, Demokr. Rep.	58,2	Honduras	10,6	Syrien, Arab. Rep.	34,6
Lesotho	3,8	Jamaika	- 4,7	Tadschikistan	26,2
Liberia	37,9	Kolumbien	34,2	Thailand	- 17,5
Libyen	2,7	Kuba	1,9	Timor-Leste	7,1
Madagaskar	9,9	Mexiko	26,8	Turkmenistan	1,4
Malawi	31,7	Nicaragua	20,9	Usbekistan	18,9
Mali	45,5	Panama	1,0	Vietnam	72,8
Marokko	29,4	Paraguay	4,1	Ozeanien	3,1
Mauretanien	5,8	Peru	39,1	Entwicklungsländer, nicht aufteilbar	1 573,5
Mauritius	- 0,2	St. Lucia	0,0		

Quelle: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

17.4 Direktinvestitionen

Der Stand der Direktinvestitionen in den Tabellen 17.4.1 und 17.4.2 setzt sich zusammen aus dem Anteil am Eigenkapital (Nominalkapital, Rücklagen, Gewinne und Verluste) eines ausländischen (bzw. inländischen) Unternehmens, der einem Inländer (bzw. einem Ausländer) zuzurechnen ist, und den Krediten und Darlehen, die der Anteilseigner sowie bestimmte andere mit ihm verbundene Kreditgeber dem Unternehmen gewährt haben. Ausführliche methodische Erläuterungen enthalten der Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, 31. Jg. 4/1979, S. 26 ff., sowie die Statistische Sonderveröffentlichung „Bestandserhebung über Direktinvestitionen, April 2012“, S. 65 ff.

17.4.1 Unmittelbare und mittelbare ausländische Direktinvestitionen in Deutschland

Wirtschaftszweig der Investitionsobjekte	Stand am Jahresende								
	2009	2010	nach ausgewählten Kapitalgeberländern						
			Frankreich	Vereinigtes Königreich	Niederlande	Belgien	Schweiz	Vereinigte Staaten	Japan
	Mill. EUR								
Insgesamt	486 732	522 529	44 523	44 931	121 925	8 630	33 409	49 096	14 541
Verarbeitendes Gewerbe	156 355	175 304	13 937	17 472	50 102	3 235	13 393	19 041	4 292
darunter:									
Ernährungsgewerbe	6 950	7 328	153	243	1 216	167	1 628	499	97
Textilgewerbe	428	449	–	94	71	. ¹	35	137	–
Papiergewerbe	5 644	5 741	106	171	871	. ¹	54	625	. ¹
Kokerei, Mineralölverarb., Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen	7 974	18 526	392	7 704	8 212	–	–	. ¹	–
Chemische Industrie	35 024	39 630	4 398	5 356	10 869	1 311	2 350	2 844	1 345
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	6 316	6 273	395	202	1 691	136	886	324	96
Metallerzeugung und -bearbeitung	5 779	5 514	712	73	2 432	. ¹	439	31	. ¹
Herstellung von Metallerzeugnissen	6 548	6 861	426	434	1 330	15	790	667	9
Maschinenbau	21 598	21 505	1 006	742	5 038	138	3 413	3 760	701
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	598	625	. ¹	–	432	. ¹	. ¹	103	. ¹
Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. Ä.	6 267	7 245	838	695	897	27	1 250	761	281
Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik ..	11 424	12 260	979	379	2 501	259	869	4 345	227
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	9 708	8 797	541	169	1 526	. ¹	71	2 201	448
Baugewerbe	1 960	2 190	296	18	356	81	140	–	. ¹
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	60 389	61 776	5 769	4 644	13 938	872	5 753	4 818	7 761
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	40 227	41 422	609	9 214	12 948	191	338	937	80
Kreditinstitute	45 463	50 387	5 636	2 965	5 240	506	1 306	1 202	1 044
Versicherungsgewerbe	15 562	18 297	2 043	356	3 186	. ¹	1 396	3 607	–
Grundstücks- und Wohnungswesen	23 256	23 658	558	1 565	4 048	921	1 726	1 744	81
Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	23 210	23 733	1 570	2 465	4 888	159	1 627	2 008	186
Beteiligungsgesellschaften	67 106	70 795	5 135	3 121	16 522	702	6 145	11 453	829
Sonstige Wirtschaftsbereiche ^{1,2}	53 204	54 967	8 970	3 111	10 397	1 963	1 585	4 286	268

1 Aus Gründen der Geheimhaltung von Einzelangaben nicht veröffentlicht, aber in den Summen enthalten.

2 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei; Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; Energie- und Wasserversorgung; Gastgewerbe und sonstige Dienstleistungsbereiche.

Quelle: Deutsche Bundesbank

17 Zahlungsbilanz
 17.4 Direktinvestitionen
 17.4.2 Unmittelbare und mittelbare deutsche Direktinvestitionen im Ausland nach Wirtschaftszweig des ausländischen Investitionsobjekts

Anlageland	Stand am Jahresende 2010								
	Alle Wirtschaftszweige	darunter:							
		Chemische Industrie	Maschinenbau	H. v. Geräten der Elektrizitätserzeugung und -verteilung u. Ä. ¹	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen ¹	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz u. Gebrauchsgütern	Kreditinstitute	Sonstige Finanzierungsinstitutionen	Beteiligungsgesellschaften
Mill. EUR									
Insgesamt	1 075 049	85 478	27 359	18 763	71 212	138 044	70 867	221 139	61 537
Europa	660 731	37 768	14 384	11 846	37 533	89 346	48 657	137 141	50 531
EU-Länder (EU27)	583 065	30 007	10 543	10 150	34 788	71 789	45 511	132 620	46 348
darunter:									
Belgien	57 082	7 576	137	14	1 614	4 360	505	31 914	343
Dänemark	5 556	101	565	. ¹²	33	1 339	. ¹²	790	150
Frankreich	47 021	4 479	1 998	2 034	2 529	9 056	1 117	1 207	1 359
Irland	14 134	- 243	27	103	. ¹²	793	4 237	3 230	61
Italien	36 799	2 428	1 301	864	1 034	7 523	3 395	2 168	76
Luxemburg	45 186	-	11	. ¹²	. ¹²	452	12 241	7 507	12 391
Niederlande	65 515	1 120	424	280	529	5 156	2 032	22 772	20 006
Österreich	28 751	1 293	978	2 804	1 607	7 680	983	2 713	1 521
Portugal	4 865	128	175	24	709	1 672	194	26	. ¹²
Schweden	20 607	970	863	. ¹²	5 043	1 838	34	1 539	70
Spanien ¹³	27 003	2 231	928	793	3 041	4 443	573	500	1 511
Tschechische Republik	23 490	257	493	993	5 130	2 914	382	173	163
Ungarn	16 896	323	411	328	6 407	1 848	791	36	348
Vereinigtes Königreich	107 133	2 452	970	370	1 907	11 426	16 582	32 553	7 775
Andere europäische Länder ¹⁴	77 666	7 761	3 840	1 696	2 746	17 558	3 147	4 521	4 183
darunter:									
Norwegen	6 107	152	46	. ¹²	. ¹²	1 081	. ¹²	383	. ¹²
Russische Föderation	15 630	664	446	186	946	4 190	917	274	10
Schweiz	39 407	5 946	2 679	1 123	276	9 775	1 247	2 255	3 977
Türkei	7 073	483	626	266	1 111	1 150	. ¹²	287	48
Afrika	9 727	832	155	261	2 854	1 004	. ¹²	399	383
dar. Südafrika	6 529	635	108	72	2 821	793	. ¹²	109	176
Amerika	296 980	30 297	7 069	2 354	18 701	23 188	15 691	78 377	9 770
darunter:									
Argentinien	2 024	438	19	37	349	457	. ¹²	0	. ¹²
Brasilien	23 565	3 784	1 201	1 043	7 582	1 773	762	685	81
Kanada	13 011	1 347	350	233	177	1 923	284	736	360
Mexiko	7 352	1 334	94	217	2 434	989	. ¹²	137	. ¹²
Vereinigte Staaten	240 578	22 080	5 328	783	8 129	16 478	15 588	73 610	8 907
Asien	89 971	15 492	5 521	3 913	11 935	18 632	5 910	3 125	528
darunter:									
China ¹⁵	29 484	5 034	3 435	1 681	6 274	5 743	1 303	429	. ¹²
Hongkong	3 877	110	45	67	-	2 166	- 502	218	407
Japan	15 632	2 915	296	56	4 155	3 583	28	1 648	. ¹²
Korea, Republik	6 589	1 600	661	394	402	1 038	269	553	-
Malaysia	4 022	840	82	265	32	302	. ¹²	. ¹²	. ¹²
Singapur	10 858	1 112	102	. ¹²	-	3 092	2 917	73	66
Ozeanien und Polarregionen	17 641	1 089	231	389	188	5 874	. ¹²	2 098	325
nachrichtlich: Industrieländer	917 322	63 607	19 979	12 758	48 481	109 166	63 272	214 874	60 082

1 H. v. = Herstellung von.

2 Aus Gründen der Geheimhaltung von Einzelangaben nicht veröffentlicht, aber in den Summen enthalten.

Quelle: Deutsche Bundesbank

3 Einschl. der Kanarischen Inseln.

4 Einschl. Guernsey, Insel Man und Jersey. – Ohne Bulgarien und Rumänien.

5 Ohne Hongkong.

17.5 Vermögensstatus der Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem Ausland

	Aktiva			Passiva			Saldo		
	2008	2009	2010	2008	2009	2010	2008	2009	2010
	Mill. EUR								
Insgesamt	4 911 882	5 042 032	6 341 773	4 294 529	4 208 019	5 390 550	617 353	834 012	951 223
Unternehmen und Privatpersonen ..	2 232 715	2 466 260	2 761 630	1 492 796	1 537 875	1 652 915	739 919	928 385	1 108 716
Kurzfristig									
Kredite aus Finanzbeziehungen ..	246 657	242 120	264 451	145 934	145 163	152 313	100 723	96 958	112 138
Handelskredite	111 756	102 394	109 233	97 385	99 945	103 855	14 371	2 449	5 378
Langfristig									
Kredite aus Finanzbeziehungen ..	152 724	169 052	213 670	191 364	221 996	238 143	- 38 640	- 52 944	- 24 474
Wertpapieranlagen ¹	852 053	1 053 677	1 165 460	415 012	441 119	510 034	437 041	612 558	655 426
Direktinvestitionen ²	824 486	851 533	958 617	639 026	625 476	644 429	185 460	226 057	314 188
Sonstige Anlagen	45 039	47 484	50 200	4 074	4 176	4 140	40 965	43 308	46 060
Öffentliche Haushalte	25 316	41 421	229 816	867 638	925 640	1 092 557	- 842 321	- 884 219	- 862 742
Kredite ³	18 219	26 821	94 560	27 435	23 000	117 984	- 9 216	3 821	- 23 424
Wertpapieranlagen	4 215	11 724	132 417	838 830	901 174	971 684	- 834 615	- 889 450	- 839 267
Sonstige Anlagen	2 882	2 875	2 839	1 373	1 466	2 899	1 509	1 409	- 50
Monetäre Finanzinstitute (ohne Bundesbank)	2 423 076	2 211 065	2 825 633	1 903 927	1 735 379	2 630 458	519 149	475 686	195 174
Kurzfristig ⁴	919 377	761 798	720 906	770 646	675 730	772 211	148 731	86 068	- 51 305
Langfristig									
Kredite ⁴	741 787	695 302	633 830	222 593	197 751	200 568	519 193	497 550	433 262
Wertpapieranlagen	685 433	667 989	590 101	879 314	826 698	829 349	- 193 881	- 158 709	- 239 248
Direktinvestitionen ²	73 496	82 883	93 489	27 331	30 273	36 900	46 165	52 610	56 589
Sonstige Anlagen	2 983	3 093	787 307	4 043	4 927	791 430	- 1 060	- 1 834	- 4 123
Deutsche Bundesbank	230 776	323 287	524 695	30 169	9 126	14 620	200 607	314 160	510 075
Sonstige Auslandspassiva	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Maßgebend für die Wertansätze sind Marktpreise; bei den Positionen in Fremdwährung werden die Devisenkurse und bei den Wertpapierpositionen zusätzlich die Börsenkurse berücksichtigt. Die Werte für das Beteiligungskapital und für die Kredite im Rahmen der Direktinvestitionen beruhen im wesentlichen auf den Bilanzen der Investitionsobjekte.

Als „kurzfristig“ sind Aktiva und Passiva mit einer Laufzeit bis zu einem Jahr, als „langfristig“ mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr oder ohne Laufzeitbegrenzung bezeichnet.

Stichtag, soweit nicht anders angegeben, Jahresende.

1 Passiva: Einschl. Anleihen der Deutschen Bundespost.

2 Anteile am Kapital ausländischer bzw. inländischer Unternehmen von 10 % oder mehr. Bei Unternehmen und Privatpersonen: Einschl. der Direktinvestitionskredite unter Berücksichtigung der Kredite ausländischer Töchter an ihre deutschen Mütter bzw. Kredite deutscher Töchter an ausländische Mütter.

3 Passiva: Schuldscheindarlehen.

4 Buchkredite, Schuldscheindarlehen, Bankguthaben, im Wege der Abtretung erworbene Forderungen u. Ä.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Methodik

■ Zahlungsbilanz

Die Zahlungsbilanz liefert Informationen über Umfang und Entwicklung der internationalen Verflechtung und bietet Orientierungshilfen für die Finanz-, Geld- und Außenwirtschaftspolitik. Sie stellt ein zusammengefasstes Bild der wirtschaftlichen Transaktionen zwischen In- und Ausländern dar. Gegliedert wird sie in die **Leistungsbilanz**, die **Bilanz der Vermögensübertragungen** und die **Kapitalbilanz**.

Angaben zur Zahlungsbilanz in Deutschland ermittelt und veröffentlicht die Deutsche Bundesbank monatlich. Nähere Informationen hierzu finden Sie auf der Homepage der Deutschen Bundesbank unter www.bundesbank.de

Die Zahlungsbilanz ist, wie jedes geschlossene Buchhaltungssystem, formal stets ausgeglichen. In der hier gewählten Darstellung gilt für den rechnerischen Zusammenhang zwischen den erwähnten Teilen der Zahlungsbilanz folgende Gleichung:

$$\begin{array}{rcl}
 & \text{Saldo der Leistungsbilanz} & + \quad \text{Saldo der Vermögensübertragungen} \\
 = & \text{Saldo der Kapitalbilanz (einschl.} & + \quad \text{Saldo der statistisch nicht aufglieder-} \\
 & \text{Veränderung der Währungsreserven} & \text{baren Transaktionen} \\
 & \text{der Deutschen Bundesbank} & \\
 & \text{zu Transaktionswerten)} &
 \end{array}$$

■ Leistungen an Entwicklungsländer und multilaterale Stellen

Angaben über die **Leistungen öffentlicher Entwicklungszusammenarbeit (ODA der Bundesrepublik Deutschland an Entwicklungsländer und multilaterale Stellen** werden vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung erfasst und zusammengestellt. Dies geschieht nach den Richtlinien des Entwicklungsausschusses der OECD (Development Assistance Committee, DAC). Die Angaben sind mit den Angaben in der Zahlungsbilanz nicht voll vergleichbar, da sie teilweise auf anderen Unterlagen beruhen. Einerseits sind in der Zahlungsbilanz Leistungen enthalten, die nach den OECD/DAC-Richtlinien nicht berücksichtigt werden. Andererseits sind bestimmte in der DAC-Statistik zu erfassende Leistungen nach den Konzepten der Zahlungsbilanzstatistik nicht aufzunehmen. Weitere Informationen bietet die Homepage des BMZ unter www.bmz.de

■ Direktinvestitionen

Angaben über den Stand **deutscher Direktinvestitionen im Ausland und ausländischer Direktinvestitionen in der Bundesrepublik Deutschland** ermittelt und veröffentlicht die Deutsche Bundesbank seit Ende 1976 jährlich. Sie geben Auskunft über den Stand der Kapitalverflechtung der deutschen Wirtschaft mit dem Ausland auf der Grundlage internationaler Unternehmensbeteiligungen. Ausführliche methodische Erläuterungen zu Direktinvestitionen enthalten der Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, 31. Jg. 4/1979, S. 26 ff., sowie die Statistische Sonderveröffentlichung „Bestandserhebung über Direktinvestitionen, April 2011“, S. 65 ff.

Glossar

Direktinvestitionen | Sie setzen sich zum einen aus dem Anteil am Eigenkapital (Nominalkapital, Rücklagen, Gewinne und Verluste) eines ausländischen (bzw. inländischen) Unternehmens zusammen, der einem Inländer (bzw. einem Ausländer) zuzurechnen ist. Dazu kommen die Kredite und Darlehen, die der Anteilseigner sowie bestimmte andere mit ihm verbundene Kreditgeber dem Unternehmen gewährt haben (siehe hierzu Tabellen 17.4.1 und 17.4.2).

Forderungen | Das sind wirtschaftliche Rechte gegen das Vermögen ausländischer Volkswirtschaften. In der Tabelle 17.2 über den Kapitalverkehr mit dem Ausland werden sie als Deutsche Nettokapitalanlagen im Ausland bezeichnet. Zu den Forderungen zählen insbesondere Bankguthaben, Wertpapiere und das Eigentum an Zweigniederlassungen, Betriebsstätten, Grundstücken und Gebäuden.

Gliederung des Kapitalverkehrs nach Sektoren | Diese folgt der Systematik des Internationalen Währungsfonds. Sie ist der Sektorengliederung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen angenähert und erleichtert die Analyse der Kapitalbewegungen, da für den Kapitalmarkt der einzelnen Sektoren jeweils ganz spezifische Gesichtspunkte entscheidend sind. Es werden folgende Sektoren unterschieden: Monetäre Finanzinstitute, Unternehmen und private Haushalte, Staat, Deutsche Bundesbank. Eine Trennung der privaten Haushalte von den Unternehmen ist bisher aus technischen Gründen nicht möglich. Zu den Unternehmen rechnen auch die Unternehmen in öffentlichem Besitz, wie etwa die Deutsche Bahn AG und die Deutsche Post AG. Der Sektor „Staat“ umfasst den Bund einschließlich des Lastenausgleichsfonds und des ERP-Sondervermögens, die Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände sowie die Sozialversicherung.

Kapitalbilanz | Sie enthält alle Transaktionen, bei denen sich grenzüberschreitende Finanzpositionen ändern (z. B. Guthaben, Wertpapiere oder Beteiligungen sowie die Veränderung der Währungsreserven der Deutschen Bundesbank).

Leistungsbilanz | Diese umfasst alle Waren- und Dienstleistungsumsätze, Erwerbs- und Vermögenseinkommen und die laufenden Übertragungen, die im Berichtszeitraum stattgefunden haben.

Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance, ODA) | Es handelt sich hierbei um Leistungen an Entwicklungsländer (nach DAC-Definition) bzw. an Staatsangehörige von Entwicklungsländern oder an internationale Organisationen zugunsten dieser Entwicklungsländer. Öffentliche Stellen vergeben diese Leistungen. Jede Transaktion hat zum Hauptziel die Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung dieser Länder. Die Leistungen sind ihrer Art nach konzessionär und müssen ein Zuschusselement von mindestens 25 % vorweisen. Die ODA-Leistungen sind in bilaterale und multilaterale Leistungen gegliedert.

Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen | In dieser Position schlagen sich alle Erfassungslücken sowie Ungenauigkeiten bei der periodengerechten Zuordnung nieder. Der Saldo wird gesondert ausgewiesen.

Übertragungen | Sie umfassen die Gegenbuchungen zu den Güter- und Kapitalbewegungen, die unentgeltlich erfolgt sind.

Verbindlichkeiten | Das sind alle Anrechte auf Teile des deutschen Volksvermögens, die sich in der Hand von Ausländern befinden (Tabelle 17.2: Ausländische Nettokapitalanlagen im Inland). Zu den Verbindlichkeiten zählen insbesondere Bankguthaben, Wertpapiere und das Eigentum an Zweigniederlassungen, Betriebsstätten, Grundstücken und Gebäuden.

Vermögensübertragungen | Diese sind ausgegliedert und werden in einer gesonderten Position ausgewiesen. Im Gegensatz zu den laufenden Übertragungen umfassen sie diejenigen unentgeltlichen Leistungen, die nicht direkt das Einkommen oder den Verbrauch der beteiligten Länder verändern (z. B. Schuldenerlass).

Warenverkehr (fob-Werte) | Spezialhandel zuzüglich Ergänzungen zum Außenhandel (Lagerverkehr auf inländische Rechnung u. a.). Die Einfuhr wurde umgerechnet von den cif-Werten (cost, insurance, freight = Kosten, Versicherungen, Fracht inbegriffen) der Außenhandelsstatistik auf fob-Werte (free on board = frei an Bord).

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank, deren Daten in diesem Kapitel überwiegend verwendet wurden. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Standardveröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen kostenfrei downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 190 amtlichen Statistiken. Daten zur *Zahlungsbilanz* sind leider nicht verfügbar, da diese Angaben von der Deutschen Bundesbank (www.bundesbank.de) stammen.

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Zahlungsbilanz

| Statistisches Beiheft Zahlungsbilanzstatistik, Deutsche Bundesbank

■ Direktinvestitionen

| Bestandserhebung über Direktinvestitionen (Statistische Sonderveröffentlichung, Deutsche Bundesbank, April 2012)

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter +49 (0)6 11 / 75 29 92

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.

18 Umwelt



Knapp **9 %** der **Unternehmensinvestitionen** im Produzierenden Gewerbe flossen 2009 in **Umweltschutz** | **60 %** des aus der Natur entnommenen Wassers verwendeten Kraftwerke 2010 als **Kühlwasser** | Rund **120 Liter Wasser pro Kopf** nutzten Einwohnerinnen und Einwohner **täglich** | Mehr als **zwei Drittel** des Abfallaufkommens **recycelt** | Knapp **drei Viertel** der fluoridierten **Treibhausgase** als **Kältemittel** verwendet | **Energieverbrauch** in den **letzten 20 Jahren** um fast **6 % gesunken**

Seite

443 Auf einen Blick**Tabellen****444 Umweltschutz im Betriebs- und Unternehmensbereich**

Investitionen | Laufende Aufwendungen | Umsatz mit Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz

447 Wasser und Abwasser

Wassergewinnung nach Ländern, nach Wirtschaftsbereichen | Öffentliche Wasserabgabe | Wassergewinnung, Fremdbezug und Wassereinsatz in der nichtöffentlichen Wasserversorgung | Wassernutzung nach Einsatzbereichen der nichtöffentlichen Wasserversorgung | Öffentliche und nichtöffentliche Abwasserentsorgung | Bevölkerung mit Anschluss an die öffentliche Kanalisation | Klärschlammentsorgung | Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen nach Unfallkriterien, nach Anlagen, nach Wassergefährdungsklassen

453 Abfallbilanz

Abfallaufkommen | Verwertungsquote | Recyclingquote

454 Klimawirksame Stoffe

Verwendung bestimmter klimawirksamer Stoffe | Nach Stoffarten | Nach Wirtschaftszweigen

456 Straftaten gegen die Umwelt

Straftaten | Verurteilte

457 Energie, Rohstoffe, Emissionen – Material- und Energieflussrechnungen

Material- und Energieflüsse | Primärenergieverbrauch | Verwendung von Energieträgern im Inland | Treibhausgasemissionen | Luftschadstoffe

461 Umweltzustand – Waldschäden

Nach Ländern | Nach Baumarten und Altersstufen

462 Umweltschutzmaßnahmen und Nachhaltigkeit

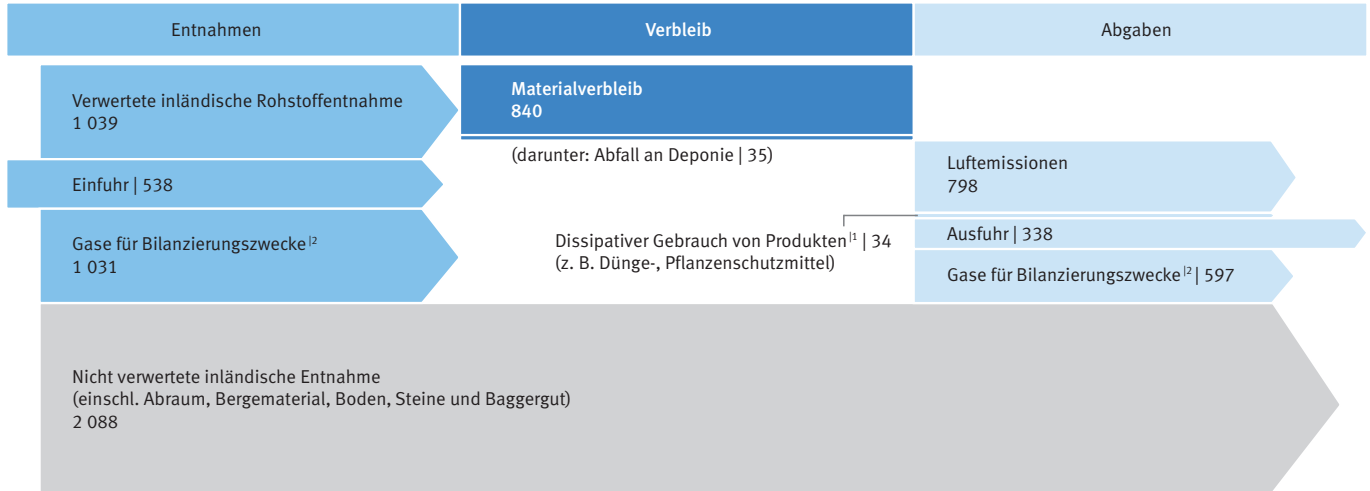
Ausgaben für den Umweltschutz | Einnahmen umweltbezogener Steuern und Gebühren | Indikatoren der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie zu Umwelt und Ökonomie

464 Methodik**467 Glossar****469 Mehr zum Thema**

18.0 Auf einen Blick

Entnahmen und Abgaben von Material (ohne Wasser) 2009

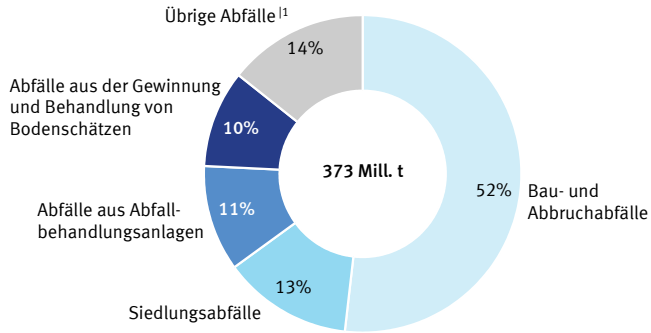
in Mill. t



1 Einschl. dissipativen Verlusten, ohne Emissionen im Wasser, Wirtschaftsdünger als Trockenmasse.
2 Insbesondere für bzw. aus Verbrennungsprozessen (O₂, N₂ bzw. H₂O).

2012 - 01 - 0457

Abfallaufkommen 2010



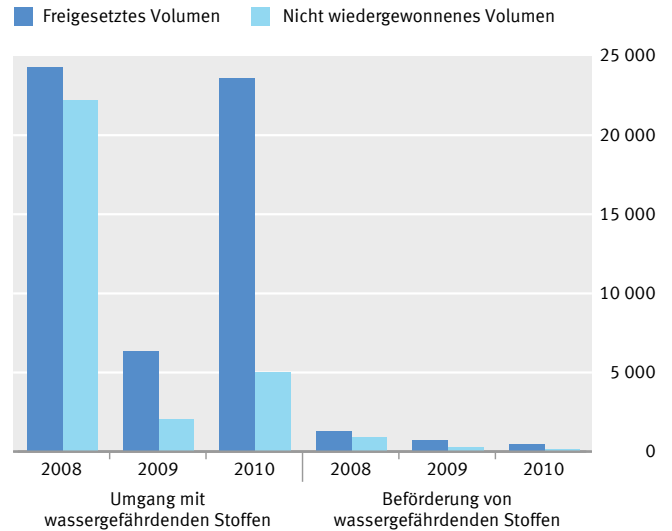
Vorläufiges Ergebnis.

1 Insbesondere aus Produktion und Gewerbe.

2012 - 01 - 0454

Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen

in m³



2012 - 01 - 0458

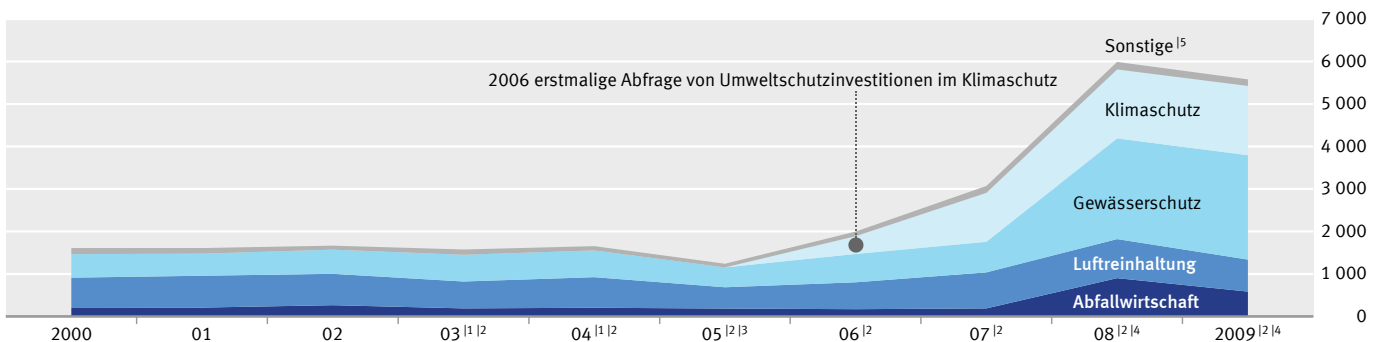
18.1 Umweltschutz im Betriebs- und Unternehmensbereich
 18.1.1 Investitionen für den Umweltschutz im Produzierenden Gewerbe 2009

Wirtschaftsgliederung ¹ (H. v. = Herstellung von)	Unternehmen	Investitionen								
		insgesamt ²	davon für den Umweltschutz							
			zusammen	Abfallwirtschaft	Gewässerschutz	Lärmbekämpfung	Luftreinhaltung	Naturschutz und Landschaftspflege	Bodensanierung	Klimaschutz
Anzahl	1 000 EUR									
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe) insgesamt	42 610	63 727 970	5 576 551	585 566	2 456 310	72 596	751 520	38 644	41 708	1 630 207
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	369	1 336 034	70 135	2 563	39 685	.	15 727	2 818	.	3 819
darunter:										
Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau, Erbringung von Dienstleistungen für den Bergbau und für die Gewinnung von Steinen und Erden	360	.	25 295	2 408	9 522	.	8 360	1 508	.	.
Verarbeitendes Gewerbe	35 967	45 396 962	1 617 638	117 283	313 531	58 843	512 298	11 650	28 816	575 217
darunter:										
H. v. Nahrungs- und Futtermitteln	4 601	3 316 402	117 104	6 047	24 039	4 782	15 874	2 377	1 158	62 827
H. v. Papier, Pappe und Waren daraus	798	1 115 238	71 428	7 972	17 235	837	12 474	.	.	32 769
Kokerei und Mineralölverarbeitung	41	992 489	277 062	4 375	68 744	.	139 023	2 678	.	44 208
H. v. chemischen Erzeugnissen	1 152	4 836 692	291 218	22 033	67 187	8 564	101 527	178	1 796	89 933
H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	2 681	2 084 444	43 794	7 156	6 970	1 064	10 203	152	457	17 792
H.v. Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	1 472	1 592 138	92 137	11 327	5 423	3 228	41 559	507	574	29 518
Metallerzeugung und -bearbeitung	901	2 713 687	164 634	24 931	30 273	8 641	79 234	135	893	20 527
H. v. Metallerzeugnissen	6 540	2 958 373	71 077	3 237	9 978	2 894	12 761	1 225	594	40 389
Maschinenbau	5 150	5 514 093	90 212	5 273	19 670	3 742	13 229	1 257	2 179	44 862
H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	1 030	9 272 861	158 448	8 301	36 225	14 830	45 088	18	128	51 132
Energieversorgung	1 672	11 331 280	1 381 186	64 288	111 941	5 570	207 528	21 170	4 921	965 769
Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	4 602	5 663 694	2 507 592	401 432	1 991 153	.	15 967	3 007	.	85 402
darunter:										
Wasserversorgung	1 670	1 967 815	373 843	2 399	349 625	.	360	562	.	15 477
Abwasserentsorgung	1 311	2 594 052	1 686 784	36 531	1 617 219	.	3 496	770	.	26 491
Sammlung, Behandlung und Beseitigung von Abfällen; Rückgewinnung	1 567	1 080 940	441 920	360 118	.	2 292	.	1 675	96	.

Unternehmen des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes mit 20 Beschäftigten und mehr; in der Energieversorgung alle Unternehmen; in der Wasserversorgung werden Unternehmen mit einer jährlichen Wasserabgabe von 200 000 m³ und mehr, in der Abfallbeseitigung ab 1 Mill. Euro Umsatz einbezogen. – Additive und integrierte Investitionen.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), Kurzbezeichnungen.
 2 Aktive Bruttozugänge an erworbenen und selbsterstellten Sachanlagen.

Investitionen für den Umweltschutz im Produzierenden Gewerbe
 in Mill. EUR



Ohne Baugewerbe.

- 1 Vorläufiges Ergebnis.
- 2 Additive und integrierte Investitionen.
- 3 Ohne Energie- und Wasserversorgung.
- 4 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).
- 5 Lärmbekämpfung, Bodensanierung sowie Naturschutz und Landschaftspflege.

18.1 Umweltschutz im Betriebs- und Unternehmensbereich

18.1.2 Laufende Aufwendungen für den Umweltschutz 2010

Wirtschaftsgliederung ¹ (H. v. = Herstellung von)	Unternehmen ²	Laufende Aufwendungen für den Umweltschutz							
		insgesamt	davon						
			Abfallwirtschaft	Gewässerschutz	Lärmbekämpfung	Luftreinhaltung	Naturschutz und Landschaftspflege	Bodensanierung	Klimaschutz
Anzahl	1 000 EUR								
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe) insgesamt	21 357	17 824 091	6 196 571	7 277 804	(222 246)	3 086 836	150 047	209 379	681 208
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	140	243 205	48 840	75 595	6 373	42 558	21 414	48 180	245
Verarbeitendes Gewerbe	19 889	8 182 341	(2 611 960)	2 879 247	(177 973)	2 113 656	46 330	94 850	258 326
darunter:									
H. v. Nahrungs- und Futtermitteln	2 561	594 808	X	305 283	X	29 809	(1 567)	(1 360)	24 172
H. v. Papier, Pappe und Waren daraus	558	466 117	182 023	207 943	4 281	40 670	X	X	29 099
Kokerei und Mineralölverarbeitung	34	853 409	42 476	(226 302)	(6 484)	555 114	1 559	9 960	11 515
H. v. chemischen Erzeugnissen	811	1 798 290	529 052	847 770	21 646	334 966	4 421	26 477	33 958
H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen	190	196 925	69 998	97 669	662	19 457	2 932	2 183	X
H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	1 610	193 003	107 929	33 607	1 864	38 160	(867)	(536)	X
H.v. Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	806	306 264	96 594	58 425	6 262	120 270	7 713	1 636	15 364
Metallerzeugung und -bearbeitung	654	1 415 128	312 091	422 203	X	591 867	X	(4 101)	(3 962)
H. v. Metallerzeugnissen	3 036	X	X	77 847	X	26 385	2 492	(3 412)	X
Maschinenbau	3 134	317 641	124 402	91 306	6 407	72 963	2 779	5 720	14 064
H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	707	808 419	263 874	250 570	20 685	193 636	11 835	27 080	40 739
Energieversorgung	593	2 565 807	601 237	610 976	24 428	822 046	73 175	44 751	389 193
Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	735	6 832 738	2 934 534	3 711 986	X	X	(9 128)	X	X
darunter:									
Wasserversorgung	160	(438 730)	23 285	(411 932)	0	X	X	X	X
Abwasserentsorgung	100	3 344 172	200 948	3 108 617	0	(5 410)	X	X	X
Sammlung, Behandlung und Beseitigung von Abfällen; Rückgewinnung	463	3 041 215	2 705 548	X	X	X	(1 580)	X	X

Vorläufige Ergebnisse.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), Kurzbezeichnungen.

2 Unternehmen mit 50 Beschäftigten und mehr; ohne Baugewerbe.

18.1 Umweltschutz im Betriebs- und Unternehmensbereich

18.1.3 Umsatz mit Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz 2010

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	Umsatz für den Umweltschutz						
		insgesamt	davon erzielt mit Waren, Bau- und Dienstleistungen für					
			Abfallwirtschaft	Gewässerschutz	Lärmbekämpfung	Luftreinhaltung	Klimaschutz	sonstige ²
		1 000 EUR						
		nach ausgewählten Wirtschaftszweigen						
	Insgesamt	61 159 049	2 620 217	6 742 686	1 460 833	6 942 766	42 258 311	1 134 237
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	11 579	8	3 479	–	3 731	2 997	1 365
C	Verarbeitendes Gewerbe	46 519 916	2 139 033	3 389 937	1 247 868	6 593 701	32 970 009	179 369
	darunter:							
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	3 394 657	29 459	292 754	30 898	742 257	2 264 057	35 232
22	H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	3 207 322	276 287	862 685	126 491	17 583	1 924 114	162
23	H. v. Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	2 100 586	28 255	360 290	116 324	376 602	1 210 207	8 908
25	H. v. Metallerzeugnissen	2 685 646	331 739	201 852	95 965	585 395	1 468 368	2 329
26	H. v. Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	7 528 357	20 863	227 721	19 630	423 482	6 814 572	22 090
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	4 755 092	22 418	32 176	1 606	121 009	4 494 386	83 497
28	Maschinenbau	10 306 059	948 887	1 199 678	21 809	2 104 990	6 009 571	21 123
29	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	3 451 818	299 008	46 337	781 700	1 981 793	342 479	500
D-E	Energieversorgung, Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	371 204	34 406	92 079	311	273	189 508	54 626
F	Baugewerbe	6 222 204	182 833	2 535 507	115 656	71 029	3 028 500	288 679
	darunter:							
42	Tiefbau	2 008 746	57 441	1 637 506	48 167	5 935	163 000	96 697
43	Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe	3 433 665	77 136	514 588	41 219	64 812	2 579 453	156 458
B-F	Produzierendes Gewerbe	53 124 903	2 356 280	6 021 002	1 363 835	6 668 733	36 191 014	524 041
G-U	Sonstige Wirtschaftszweige	8 034 145	263 936	721 683	96 998	274 033	6 067 297	610 196
	darunter:							
71	Architektur- und Ingenieurbüros; technische, physikalische und chemische Untersuchung	3 183 695	205 630	536 154	74 561	178 938	1 765 937	422 474
	darunter:							
71.1	Architektur- und Ingenieurbüros	2 793 741	171 125	472 087	64 207	127 228	1 705 147	253 947

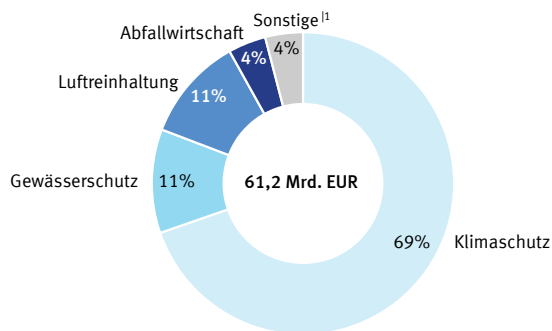
Nähere Informationen hierzu siehe „Glossar“/„Methodik“ am Ende dieses Kapitels.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), Kurzbezeichnungen.

2 Bodensanierung, Naturschutz und Landschaftspflege sowie umweltbereichsübergreifende Bau- und Dienstleistungen.

Gesamtumsatz mit Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz 2010

nach Umweltbereichen



1 Lärmbekämpfung sowie Bodensanierung, Naturschutz und Landschaftspflege, umweltbereichsübergreifende Bau- und Dienstleistungen.

2012 - 01 - 0461

18.2 Wasser und Abwasser

18.2.1 Wassergewinnung nach Ländern 2010

	Insgesamt	Davon				
		Grundwasser	Quellwasser	Uferfiltrat	angereichertes Grundwasser	Fluss-, Seen- und Talsperrenwasser
Mill. m ³						
Insgesamt						
Deutschland	33 047	5 362	490	811	602	25 782
Baden-Württemberg	4 645	473	145	31	6	3 990
Bayern	4 538	874	171	114	17	3 362
Berlin	528	66	–	113	32	317
Brandenburg	677	418	0	8	14	237
Bremen	1 198	16	–	0	–	1 182
Hamburg	527	122	0	2	0	402
Hessen	4 658	302	49	2	39	4 265
Mecklenburg-Vorpommern	132	96	0	2	1	33
Niedersachsen	4 104	664	15	5	3	3 418
Nordrhein-Westfalen	5 924	1 383	34	407	457	3 644
Rheinland-Pfalz	2 195	242	40	51	1	1 861
Saarland	182	86	3	0	–	94
Sachsen	562	241	13	64	16	228
Sachsen-Anhalt	367	115	2	7	15	228
Schleswig-Holstein	2 622	204	1	6	0	2 411
Thüringen	188	59	18	0	0	111
darunter: Öffentliche Wassergewinnung ¹						
Deutschland	5 091	3 115	431	395	468	682
Baden-Württemberg	652	341	132	2	2	175
Bayern	854	612	156	60	3	23
Berlin	207	62	–	113	32	–
Brandenburg	126	120	0	3	3	–
Bremen	13	13	–	–	–	–
Hamburg	111	111	–	–	–	–
Hessen	342	258	45	0	38	–
Mecklenburg-Vorpommern	94	80	0	2	–	12
Niedersachsen	537	462	10	0	2	63
Nordrhein-Westfalen	1 185	476	20	121	368	200
Rheinland-Pfalz	247	177	33	27	–	10
Saarland	64	62	2	–	–	–
Sachsen	272	60	13	63	7	128
Sachsen-Anhalt	74	53	2	4	12	3
Schleswig-Holstein	179	179	–	–	–	0
Thüringen	135	49	18	–	–	68

1 Vorläufiges Ergebnis.

18.2 Wasser und Abwasser

18.2.2 Wassergewinnung nach Wirtschaftsbereichen

	Wassergewinnung insgesamt		Nichtöffentliche Wasserversorgung					Öffentliche Wasserversorgung	
			zusammen		darunter				
	Mill. m ³	Anzahl der Betriebe	Mill. m ³	Anzahl der Betriebe	Mill. m ³	Anzahl der Betriebe	Mill. m ³	Anzahl der Betriebe	
2007	32 301	27 174	6 773	19 685	211	7 191	4 806	5 128	4 833
2010 ¹⁾	33 047	27 956	7 129	20 656	187	6 783	4 534	5 091	4 664
davon: 2010 nach Ländern									
Baden-Württemberg	4 645	3 993	1 483	3 539	29	418	718	652	878
Bayern	4 538	3 684	1 120	2 917	23	754	1 044	854	1 827
Berlin	528	321	52	317	10	2	31	207	.
Brandenburg	677	551	261	151	9	384	110	126	91
Bremen	1 198	1 185	42	1 108	7	75	17	13	.
Hamburg	527	415	116	161	.	211	46	111	.
Hessen	4 658	4 316	314	3 969	10	189	201	342	385
Mecklenburg-Vorpommern	132	39	241	8	8	16	72	94	52
Niedersachsen	4 104	3 567	718	3 046	13	412	396	537	228
Nordrhein-Westfalen	5 924	4 739	1 193	2 528	34	2 190	931	1 185	408
Rheinland-Pfalz	2 195	1 948	393	309	6	1 569	217	247	190
Saarland	182	119	81	77	7	41	44	64	.
Sachsen	562	290	374	61	7	226	293	272	87
Sachsen-Anhalt	367	294	231	87	.	183	143	74	40
Schleswig-Holstein	2 622	2 443	320	2 370	9	68	140	179	360
Thüringen	188	53	190	7	8	44	131	135	77

1 Öffentliche Wasserversorgung: vorläufiges Ergebnis.

18.2.3 Öffentliche Wasserabgabe

	Abgabe unmittelbar zum Letztverbrauch			Wasserwerkseigenverbrauch	Wasserverluste/Messdifferenzen	Nachrichtlich: Abgabe zur Weiterverteilung
	insgesamt	darunter an Haushalte und Kleingewerbe ¹⁾	durchschnittlicher täglicher Pro-Kopf-Verbrauch ²⁾			
	Mill. m ³	%	l			
2007	4 544	79,7	122	150	462	1 999
2010	4 503	79,5	121	145	475	2 009
davon: 2010 nach Ländern						
Baden-Württemberg	564	80,3	115	12	73	460
Bayern	725	80,6	129	23	100	175
Berlin	193	73,3	113	3	8	4
Brandenburg	112	84,5	105	4	12	9
Bremen	37	80,3	122	0	2	1
Hamburg	103	93,1	134	3	5	6
Hessen	301	88,0	121	9	35	217
Mecklenburg-Vorpommern	85	75,0	106	2	8	3
Niedersachsen	461	78,8	126	18	30	161
Nordrhein-Westfalen	1 101	78,7	135	27	89	518
Rheinland-Pfalz	219	80,4	119	8	24	54
Saarland	53	78,8	112	2	7	28
Sachsen	187	67,9	84	9	29	227
Sachsen-Anhalt	106	73,1	91	2	18	46
Schleswig-Holstein	164	78,2	134	6	10	30
Thüringen	93	77,7	89	17	26	70

Vorläufiges Ergebnis.

1 Anteil bezogen auf die Wasserabgabe zum Letztverbrauch insgesamt.

2 Bezogen auf die angeschlossene Bevölkerung.

18.2 Wasser und Abwasser

18.2.4 Wassergewinnung, Fremdbezug und Wassereinsatz in der nichtöffentlichen Wasserversorgung

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung (H.v. = Herstellung von)	Eigengewinnung insgesamt	Davon		Ungenutzt abgeleitetes Wasser	Eingesetzte Frischwassermenge		Nachrichtlich	
			Grundwasser und Quellwasser	Oberflächenwasser ²		insgesamt	darunter zur Kühlung	Fremdbezug	an Dritte abgegebenes Wasser
		Mill. m ³	%			Mill. m ³	%	Mill. m ³	
2007	27 174	8,3	91,7	1 177	26 548	92,2	1 664	1 112
2010	27 956	8,2	91,8	1 267	27 244	92,4	1 682	1 126
davon: 2010 nach Wirtschaftszweigen									
B, C	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe	6 783	29,0	71,0	1 120	6 434	76,4	1 264	492
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	2 122	56,8	43,2	1 005	871	69,7	27	273
C	Verarbeitendes Gewerbe	4 660	16,4	83,6	115	5 563	77,5	1 237	220
darunter:									
10	H. v. Nahrungs- und Futtermitteln	227	43,2	56,8	2	319	51,9	100	7
13	H. v. Textilien	17	65,5	34,5	1	29	19,7	13	0
16	H. v. Holzwaren (ohne H. v. Möbeln)	6	49,0	51,0	0	9	31,1	3	0
17	H. v. Papier, Pappe und Waren daraus	486	12,7	87,3	3	496	46,4	17	4
19	Kokerei und Mineralölverarbeitung	165	16,5	83,5	9	206	71,1	53	3
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	2 545	7,7	92,3	16	3 258	89,0	826	98
22	H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	47	55,5	44,5	0	64	79,8	17	0
23	H. v. Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	144	48,2	51,8	56	100	26,4	13	1
24	Metallerzeugung und -bearbeitung	675	13,3	86,7	13	699	84,0	65	28
25	H. v. Metallzeugnissen	21	54,5	45,5	1	30	65,1	11	0
26	H. v. Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	32	76,3	23,7	0	43	69,6	12	1
27	H. v. elektronischen Ausrüstungen	10	56,8	43,2	0	14	66,6	5	0
28	Maschinenbau	35	47,8	52,2	2	42	60,0	11	1
29	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	89	20,9	79,1	2	47	51,0	16	56
32	H. v. sonstigen Waren	2	90,3	9,6	0	4	39,9	3	0
33	Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	38	43,2	56,8	0	21	67,5	2	20
D	Energieversorgung	20 656	0,6	99,4	114	20 404	98,7	370	508
A, E-5	Übrige Wirtschaftszweige	517	42,2	57,8	34	406	27,8	48	126

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), Kurzbezeichnungen.

2 Einschl. Uferfiltrat, Fluss-, Seen- und Talsperrenwasser und angereichertem Grundwasser.

18.2.5 Wassernutzung nach Einsatzbereichen der nichtöffentlichen Wasserversorgung

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Im Betrieb eingesetztes Frischwasser insgesamt	Davon nach Einsatzart					Darunter bei der Nutzung verdunstetes Wasser ²
			zur Kühlung	für Produktionszwecke und sonstige Zwecke	in Produkte eingehendes Wasser	für Belegungszwecke	zur Beregnung oder Bewässerung	
		Mill. m ³	%					
2007	26 548	92,2	6,7	0,4	0,3	0,4	3,6
2010	27 244	92,4	6,1	0,4	0,3	0,8	3,3
davon: 2010 nach Wirtschaftszweigen								
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	871	69,7	28,4	1,6	0,2	0,1	1,9
C	Verarbeitendes Gewerbe	5 563	77,5	19,5	1,8	1,1	0,1	4,8
D	Energieversorgung	20 404	98,7	1,2	0,0	0,0	0,0	2,9
A, E-5	Übrige Wirtschaftszweige	406	27,8	21,8	0,3	1,8	48,3	3,5

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Bezogen auf die eingesetzte Frischwassermenge insgesamt.

18.2 Wasser und Abwasser

18.2.6 Öffentliche und nichtöffentliche Abwasserentsorgung

	Abwassermenge			Davon nach Art des Abwassers			
	insgesamt	davon		häusliches und betriebliches Schmutzwasser	Fremdwasser	Niederschlagswasser	nichtöffentliches Abwasser
		behandelt	unbehandelt				
Mill. m ³	%						
2007	35 755	31,2	68,8	14,6	5,9	7,7	71,8
2010 ¹⁾	36 363	30,1	69,9	13,6	6,3	7,3	72,7
davon: 2010 nach Ländern							
Baden-Württemberg	5 531	31,9	68,1	10,1	8,3	11,4	70,2
Bayern	5 362	35,3	64,7	17,8	6,1	9,0	67,1
Berlin	399	21,0	79,0	17,9	–	2,7	79,3
Brandenburg	345	78,7	21,3	62,3	3,2	5,7	28,8
Bremen	1 250	6,4	93,6	4,2	0,5	0,4	94,9
Hamburg	569	29,7	70,3	17,6	6,4	3,9	72,0
Hessen	5 297	17,8	82,2	5,6	5,1	6,1	83,2
Mecklenburg-Vorpommern	26	27,5	72,5	–	–	–	100,0
Niedersachsen	4 021	19,0	81,0	11,3	3,0	0,9	84,8
Nordrhein-Westfalen	7 055	42,4	57,6	19,9	9,5	9,2	61,4
Rheinland-Pfalz	2 433	28,4	71,6	9,3	4,6	7,7	78,4
Saarland	258	70,0	30,0	23,8	18,2	25,8	31,9
Sachsen	499	91,0	9,0	32,7	25,4	26,4	14,6
Sachsen-Anhalt	429	55,8	44,2	27,6	8,4	8,4	55,3
Schleswig-Holstein	2 626	8,1	91,9	6,2	0,7	0,6	92,5
Thüringen	264	83,1	16,9	40,3	18,7	18,0	17,7

Vorläufiges Ergebnis.

1 Ohne Angaben für Mecklenburg-Vorpommern zur Öffentlichen Abwasserentsorgung.

18.2.7 Bevölkerung mit Anschluss an die öffentliche Kanalisation

	Bevölkerung insgesamt	Bevölkerung mit Anschluss an die öffentliche Kanalisation						Bevölkerung ohne Anschluss an die öffentliche Kanalisation			
		zusammen		mit Anschluss an Abwasserbehandlung		ohne Abwasserbehandlung		zusammen		darunter mit	
	1 000	% ¹⁾	1 000	% ¹⁾	1 000	% ¹⁾	1 000	% ¹⁾	1 000	Kleinkläranlagen	abflusslosen Gruben
2007	82 261	79 052	96,1	78 158	95,0	894	1,1	3 209	3,9	2 435	731
2010	81 751	78 950	96,6	78 239	95,7	711	0,9	2 801	3,4	2 203	575
davon: 2010 nach Ländern											
Baden-Württemberg	10 750	10 675	99,3	10 671	99,3	3	0,0	75	0,7	45	29
Bayern	12 519	12 107	96,7	12 073	96,4	34	0,3	412	3,3	360	51
Berlin	3 444	3 429	99,6	3 429	99,6	–	–	15	0,4	1	14
Brandenburg	2 508	2 175	86,7	2 174	86,7	0	0,0	333	13,3	78	254
Bremen	660	658	99,7	658	99,7	–	–	2	0,3	0	1
Hamburg	1 779	1 764	99,2	1 764	99,2	–	–	15	0,8	4	11
Hessen	6 064	6 034	99,5	6 031	99,5	3	0,0	30	0,5	13	16
Mecklenburg-Vorpommern	1 647	1 443	87,6	1 442	87,6	1	0,1	204	12,4	181	23
Niedersachsen	7 932	7 487	94,4	7 487	94,4	1	0,0	445	5,6	437	7
Nordrhein-Westfalen	17 851	17 469	97,9	17 469	97,9	0	0,0	381	2,1	327	37
Rheinland-Pfalz	4 007	3 978	99,3	3 976	99,2	2	0,1	29	0,7	13	16
Saarland	1 020	1 014	99,4	992	97,3	22	2,1	6	0,6	4	1
Sachsen	4 154	3 762	90,6	3 615	87,0	148	3,6	391	9,4	316	76
Sachsen-Anhalt	2 345	2 203	94,0	2 161	92,2	42	1,8	142	6,0	111	29
Schleswig-Holstein	2 831	2 682	94,7	2 679	94,6	3	0,1	149	5,3	144	6
Thüringen	2 241	2 069	92,3	1 618	72,2	451	20,1	172	7,7	168	3

Vorläufiges Ergebnis. – Stand: jeweils 30.6. – Einwohner/-innen am Ort ihrer alleinigen bzw. Hauptwohnung.

1 Anteil bezogen auf Bevölkerung insgesamt.

18.2 Wasser und Abwasser

18.2.8 Klärschlamm Entsorgung aus der öffentlichen Abwasserbehandlung

	Direkte Klärschlamm-entsorgung insgesamt		Davon						thermische Entsorgung		Deponie ^{1,2}	
			stoffliche Verwertung									
	zusammen		in der Landwirtschaft ¹		bei landschaftsbau-lichen Maßnahmen		sonstige stoffliche Verwertung		t Trocken- masse	%	t Trocken- masse	%
2009	1 956 447	927 516	589 149	30,1	282 455	14,4	55 912	2,9	1 028 034	52,5	897	0,0
2010	1 887 408	883 659	566 295	30,0	259 312	13,7	58 052	3,1	1 003 749	53,2	-	-
davon: 2010 nach Ländern												
Baden-Württemberg	242 856	24 547	7 211	3,0	15 509	6,4	1 827	0,8	218 309	89,9	-	-
Bayern ^{1,3}	272 165	124 103	50 344	18,5	73 759	27,1	-	-	148 062	54,4	-	-
Berlin	41 320	-	-	-	-	-	-	-	41 320	100,0	-	-
Brandenburg	87 906	38 419	15 901	18,1	20 389	23,2	2 129	2,4	49 487	56,3	-	-
Bremen	19 594	14 515	13 343	68,1	1 172	6,0	-	-	5 079	25,9	-	-
Hamburg	45 538	-	-	-	-	-	-	-	45 538	100,0	-	-
Hessen	156 736	81 943	57 503	36,7	23 282	14,9	1 158	0,7	74 793	47,7	-	-
Mecklenburg-Vorpommern	36 253	35 481	32 445	89,5	2 109	5,8	927	2,6	772	2,1	-	-
Niedersachsen	193 406	167 962	129 071	66,7	16 792	8,7	22 099	11,4	25 444	13,2	-	-
Nordrhein-Westfalen	425 393	117 518	89 683	21,1	10 087	2,4	17 748	4,2	307 875	72,4	-	-
Rheinland-Pfalz	85 530	64 225	58 290	68,2	2 541	3,0	3 394	4,0	21 305	24,9	-	-
Saarland	18 810	8 095	8 095	43,0	-	-	-	-	10 715	57,0	-	-
Sachsen	84 047	69 880	11 861	14,1	55 746	66,3	2 273	2,7	14 167	16,9	-	-
Sachsen-Anhalt	60 287	44 063	19 735	32,7	19 695	32,7	4 633	7,7	16 224	26,9	-	-
Schleswig-Holstein	79 756	58 596	57 390	72,0	174	0,2	1 032	1,3	21 160	26,5	-	-
Thüringen	37 811	34 312	15 423	40,8	18 057	47,8	832	2,2	3 499	9,3	-	-

Einschl. Entsorgung der von anderen Abwasserbehandlungsanlagen bezogenen Klärschlamm, ohne Abgabe an andere Abwasserbehandlungsanlagen.

1 Nach Klärschlammverordnung (AbfKlärV).

2 Soweit nach der Verordnung zur Vereinfachung des Deponierechts noch zulässig.

3 Landschaftsbauliche Maßnahmen inklusive sonstige stoffliche Verwertung.

18.2.9 Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen nach Unfallbereichen und Flussgebietseinheiten 2010

Flussgebietseinheit	Insgesamt	Freigesetztes Volumen	Nicht wiedergewonnenes Volumen	
	Anzahl	m ³		% des freigesetzten Volumens
Deutschland	2 460	24 077,7	5 220,0	21,7
Unfälle beim Umgang				
Donau	82	806,3	634,1	78,6
Rhein	351	2 309,1	744,0	32,2
Ems	37	224,3	9,6	4,3
Weser	112	816,8	406,9	49,8
Elbe/Labe	194	19 369,6	3 201,2	16,5
Oder	2	0,5	0,3	53,8
Maas	8	6,8	6,2	90,9
Eider	29	46,9	39,3	83,8
Schlei/Trave	12	3,7	3,0	80,7
Warnow/Peene	10	26,6	2,5	9,3
Unfälle bei der Beförderung				
Donau	157	96,4	57,7	59,8
Rhein	711	193,6	52,8	27,3
Ems	63	26,7	10,7	40,0
Weser	256	54,2	29,8	55,0
Elbe/Labe	341	72,0	15,6	21,7
Oder	1	0,1	-	-
Maas	40	6,2	4,1	65,9
Eider	14	6,4	0,3	5,1
Schlei/Trave	28	5,1	1,6	30,7
Warnow/Peene	12	6,3	0,5	7,6

18.2.10 Unfälle in Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen

	Anlagen ¹	Unfälle ²	Anlagenbezogene Unfälle
	2009	2010	
	Anzahl		‰
Deutschland	1 285 734	740	0,6
nach Verwendungszweck der Anlagen			
LAU-Anlagen ³ zusammen	1 224 441	521	0,4
darunter:			
Lageranlagen	1 127 149	451	0,4
Abfüllanlagen	33 257	43	1,3
Umschlaganlagen	8 140	27	3,3
Herstellungs-, Behandlungs- und Verwendungsanlagen	26 246	107	4,1
Sonstige Anlagen	35 047	112	3,2
nach maßgebenden Wassergefährdungsklassen (WGK)			
WGK 1	23 334	88	3,8
WGK 2	1 112 531	524	0,5
WGK 3	100 060	59	0,6
WGK unbekannt	49 809	69	1,4
nach maßgebenden Stoffarten			
Mineralölprodukte	1 114 097	618	0,6
Sonstige Stoffe ⁴	171 637	122	0,7

1 Angaben aus Sachsen sind unvollständig.

2 Ohne Unfälle mit Jauche, Gülle, Silagesickersaft.

3 Einschl. Anlagen, die nicht eindeutig als Lager-, Abfüll- oder Umschlaganlage zugeordnet werden können.

4 Einschl. „ohne Angabe zur Stoffart“.

18 Umwelt
 18.2 Wasser und Abwasser
 18.2.11 Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen nach Wassergefährdungsklassen
 und Unfallbereichen

	Unfälle insgesamt	Dabei		
		freigesetztes Volumen	nicht wiedergewonnenes Volumen	
	Anzahl	m ³		% des freigesetzten Volumens
2009	2 313	7 053,6	2 347,9	33,3
darunter:				
Unfälle mit ausschließlich Betriebsstofftanks	1 034	192,0	54,8	28,5
Unfälle mit Jauche, Gülle, Silagesickersaft ...	66	5 256,5	1 448,5	27,6
2010	2 460	24 077,7	5 220,0	21,7
darunter:				
Unfälle mit ausschließlich Betriebsstofftanks	1 256	236,5	65,2	27,6
Unfälle mit Jauche, Gülle, Silagesickersaft ...	109	19 534,9	1 835,2	9,4
2010 nach Wassergefährdungsklassen (WGK) und Arten der freigesetzten Stoffe				
WGK 1	169	332,2	80,1	24,1
WGK 2	1 750	1 510,1	816,1	54,0
WGK 3	273	262,7	131,7	50,1
WGK unbekannt ¹	268	21 972,7	4 192,2	19,1
Mineralölprodukte zusammen	2 118	1 158,2	383,0	33,1
WGK 1	90	177,9	4,8	2,7
WGK 2	1 678	921,5	338,1	36,7
WGK 3	249	40,0	29,7	74,1
WGK unbekannt	101	18,8	10,5	55,9
Sonstige Stoffe zusammen	342	22 919,4	4 837,0	21,1
WGK 1	79	154,3	75,3	48,8
WGK 2	72	588,5	478,0	81,2
WGK 3	24	222,7	102,1	45,8
WGK unbekannt ¹	167	21 953,9	4 181,7	19,0
2010 nach Unfallbereichen und Wassergefährdungsklassen (WGK) der freigesetzten Stoffe				
Unfälle beim Umgang zusammen	837	23 610,7	5 047,0	21,4
WGK 1	88	242,8	36,6	15,1
WGK 2	524	1 246,8	745,4	59,8
WGK 3	59	224,6	101,5	45,2
WGK unbekannt ¹	166	21 896,6	4 163,6	19,0
Lageranlagen ¹	548	20 715,7	2 487,9	12,0
Abfüll- und Umschlaganlagen	70	42,7	27,1	63,5
Herstellungs-, Behandlungs- und Verwendungs- anlagen	107	2 586,3	2 469,9	95,5
Sonstige Anlagen	112	266,0	62,1	23,3
Unfälle bei der Beförderung zusammen	1 623	467,0	173,1	37,1
WGK 1	81	89,4	43,5	48,7
WGK 2	1 226	263,3	70,7	26,9
WGK 3	214	38,1	30,2	79,3
WGK unbekannt ¹	102	76,2	28,6	37,6
Straßenfahrzeuge ¹	1 506	378,8	111,9	29,5
Eisenbahnwagen	43	8,9	3,8	42,7
Schiffe	63	31,7	10,3	32,5
Rohrfernleitungen	4	45,0	44,9	99,8
Sonstige Beförderungsmittel	7	2,6	2,2	82,7

1 Enthält auch Unfälle mit Jauche, Gülle, Silagesickersaft.

18.3 Abfallbilanz 2010

	Abfallaufkommen insgesamt	Davon Verbleib in Abfallentsorgungsanlagen mit							Verwertungsquote ¹⁾	Recyclingquote ²⁾
		Beseitigungsverfahren				Verwertungsverfahren				
		zusammen	Ablagerung	thermische Beseitigung	Behandlung zur Beseitigung	zusammen	energetische Verwertung	stoffliche Verwertung		
1 000 t									%	
Abfallaufkommen insgesamt	372 930	85 996	66 708	13 624	5 665	286 934	29 664	257 270	77	69
Gefährliche Abfälle ³⁾	21 837	7 207	3 544	1 119	2 544	14 630	2 374	12 256	67	56
Nicht gefährliche Abfälle ³⁾	351 093	78 789	63 164	12 505	3 121	272 304	27 290	245 014	78	70
Siedlungsabfälle⁴⁾ insgesamt	49 237	10 740	206	8 538	1 995	38 497	7 722	30 774	78	63
davon:										
Haushaltsabfälle	43 960	9 122	47	7 344	1 731	34 838	6 701	28 137	79	64
davon:										
Hausmüll, hausmüllähnliche Gewerbeabfälle gemeinsam über die öffentliche Müllabfuhr eingesammelt	14 810	8 128	16	6 577	1 535	6 682	5 009	1 674	45	11
Sperrmüll	2 442	597	1	450	145	1 845	562	1 283	76	53
Abfälle aus der Biotonne	3 764	9	–	–	9	3 755	10	3 745	100	99
Garten- und Parkabfälle biologisch abbaubar	4 964	32	25	2	5	4 932	131	4 801	99	97
Andere getrennt gesammelte Fraktionen ..	17 980	356	6	315	36	17 624	990	16 634	98	93
Glas	2 523	1	1	0	0	2 522	0	2 522	100	100
Papier, Pappe, Kartonagen	8 000	23	–	9	15	7 977	47	7 930	100	99
Leichtverpackungen/Kunststoffe	5 141	288	4	273	11	4 853	634	4 219	94	82
Elektroaltgeräte	586	2	–	0	2	584	1	584	100	100
Sonstiges (Verbunde, Metalle, Textilien usw.)	1 730	42	1	33	9	1 688	308	1 380	98	80
Sonstige Siedlungsabfälle	5 276	1 618	159	1 195	265	3 658	1 021	2 637	69	50
davon:										
Hausmüllähnliche Gewerbeabfälle, getrennt vom Hausmüll angeliefert oder eingesammelt	3 426	1 254	4	1 125	125	2 173	933	1 240	63	36
Straßenkehricht/Garten- und Parkabfälle (Boden und Steine)	894	338	151	57	130	555	33	522	62	58
Biologisch abbaubare Küchen- und Kantinenabfälle	726	5	–	4	1	722	43	679	99	93
Marktabfälle	63	9	–	8	0	54	3	51	86	81
Leuchtstoffröhren und andere quecksilberhaltige Abfälle	18	0	0	–	0	18	0	18	99	99
Andere getrennt gesammelte Fraktionen	149	13	4	0	9	136	9	127	91	85
Abfälle aus Gewinnung und Behandlung von Bodenschätzen	36 883	36 561	36 542	0	19	322	2	320	1	1
Bau- und Abbruchabfälle	193 180	19 135	17 497	193	1 445	174 045	1 103	172 942	90	90
darunter:										
Boden (einschl. Aushub von verunreinigten Standorten), Steine und Baggergut	108 252	14 605	13 495	14	1 097	93 647	10	93 637	87	86
Übrige Abfälle (insbesondere aus Produktion und Gewerbe)	53 255	12 281	8 131	2 780	1 370	40 974	9 565	31 410	77	59
Sekundärabfälle⁵⁾	40 375	7 279	4 331	2 113	836	33 096	11 272	21 824	82	54

Vorläufiges Ergebnis.

- 1 Anteil des Inputs aller mit einem Verwertungsverfahren eingestufteten Behandlungsanlagen am Abfallaufkommen insgesamt.
- 2 Anteil des Inputs aller mit dem Verfahren „Stoffliche Verwertung“ eingestufteten Behandlungsanlagen am Abfallaufkommen insgesamt.
- 3 Die Abfallarten sind durch die Abfallverzeichnisverordnung bestimmt. Gefährliche Abfälle im Sinne des Kreislaufwirtschaftsgesetzes sind dort mit einem Sternchen (*) versehenen. Alle anderen gelten als nicht gefährliche Abfälle.

4 Siedlungsabfälle: Haushaltsabfälle und andere Abfälle, die aufgrund ihrer Beschaffenheit oder Zusammensetzung den Abfällen aus Haushalten ähnlich sind, z. B. hausmüllähnliche Gewerbeabfälle, Marktabfälle, Straßenkehricht.

5 Abfälle aus Abfallbehandlungsanlagen ohne Abfälle aus Abwasserbehandlungsanlagen (EAV 1908), Abfälle aus der Zubereitung von Wasser für den menschlichen Gebrauch oder industriellem Brauchwasser (EAV 1909), Abfälle aus der Sanierung von Böden und Grundwasser (EAV 1913) und Sekundärabfälle, die als Rohstoffe/Produkte aus dem Entsorgungsprozess herausgehen.

18.4 Klimawirksame Stoffe

18.4.1 Verwendung bestimmter klimawirksamer Stoffe in Tonnen 2010

Nr. der Klassifikation ¹⁾	Verwendung		Davon eingesetzt als						sonstiges Mittel
	insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr	Kältemittel	davon			Treibmittel bei der Herstellung von		
				Erstfüllung von Neuanlagen	Erstfüllung von umgerüsteten Anlagen	Instandhaltung von bestehenden Anlagen	Aerosolen	Kunst- und Schaumstoffen	
t									
Insgesamt	9 884	494	7 287	5 148	335	1 804	561	1 930	105
	nach Stoffarten								
FKW	78	28	1	0	-	1	-	-	77
darunter:									
R 14	38	14	1	0	-	0	-	-	37
R 116	39	14	-	-	-	-	-	-	39
R 218	0	- 1	0	-	-	0	-	-	0
H-FKW	7 362	535	4 843	3 915	54	874	561	1 930	28
darunter:									
R 23	17	- 2	10	7	0	3	-	-	7
R 134	5	- 17	5	2	0	3	-	-	-
R 134a	6 663	409	4 824	3 906	53	865	523	1 313	3
R 143a	1	0	1	0	-	1	-	-	-
R 152a	349	- 50	-	-	-	-	26	323	-
R 227ea	37	1	2	1	0	1	1	19	14
R 245fa	118	61	0	0	-	0	-	118	-
R 365mfc	134	116	-	-	-	-	-	134	0
FKW und H-FKW zusammen	7 440	543	4 844	3 915	54	875	561	1 930	105
Blends	2 444	- 70	2 444	1 233	282	929	-	-	-
darunter:									
R 404 A	1 154	- 34	1 154	607	75	471	-	-	-
R 407 A	22	- 49	22	7	7	8	-	-	-
R 407 C	637	6	637	380	33	224	-	-	-
R 410 A	234	55	234	158	5	71	-	-	-
R 413 A	7	- 7	7	1	1	5	-	-	-
R 417 A	27	8	27	6	8	13	-	-	-
R 422 D	212	72	212	8	130	75	-	-	-
R 507	127	- 27	127	65	15	47	-	-	-
	nach Wirtschaftszweigen²⁾								
20 H. v. chemischen Erzeugnissen	1 735	117	36	16	3	16	112	1 574	14
21 H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen ..	357	11	3	2	-	1	354	-	-
27 H. v. elektrischen Ausrüstungen	125	- 18	123	105	1	17	-	-	1
28 Maschinenbau	1 526	42	1 512	992	126	393	-	2	12
29 H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen ..	3 187	292	3 187	3 166	2	20	-	-	-
33 Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	616	58	609	303	55	251	-	-	7
43 Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation und sonstige Ausbaue- werke ³⁾	892	57	892	383	108	400	-	-	-
45 Handel mit Kraftfahrzeugen; Instand- haltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	491	- 157	474	-	-	474	-	-	16
Übrige Wirtschaftszweige	955	91	451	181	39	232	95	353	55

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 H. v. = Herstellung von.

3 Überwiegend Kälte-Klima-Fachbetriebe, die der Klassifikationsnummer 43.22.0 „Gas, Wasser-, Heizungs- sowie Lüftungs- und Klimainstallation“ zugerechnet werden.

18.4 Klimawirksame Stoffe

18.4.2 Verwendung bestimmter klimawirksamer Stoffe in GWP-gewichteten Tonnen 2010

Nr. der Klassifikation ¹⁾	Verwendung		Davon eingesetzt als						
	insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr	Kältemittel	davon			Treibmittel bei der Herstellung von		sonstiges Mittel
				Erstfüllung von Neuanlagen	Erstfüllung von umgerüsteten Anlagen	Instandhaltung von bestehenden Anlagen	Aerosolen	Kunst- und Schaumstoffen	
1 000 t CO ₂ -Äquivalent									
Insgesamt	16 149	841	12 597	8 256	762	3 579	702	2 114	737
	nach Stoffarten								
FKW	615	223	4	1	-	3	-	-	611
darunter:									
R 14	245	89	4	1	-	3	-	-	241
R 116	360	130	-	-	-	-	-	-	360
R 218	2	- 4	1	-	-	1	-	-	1
H-FKW	9 349	693	6 407	5 162	71	1 174	702	2 114	126
darunter:									
R 23	196	- 27	117	80	1	36	-	-	79
R 134	5	- 17	5	2	0	3	-	-	-
R 134a	8 662	532	6 271	5 077	69	1 125	680	1 707	5
R 143a	4	1	4	0	-	4	-	-	-
R 152a	49	- 7	-	-	-	-	4	45	-
R 227ea	106	3	6	2	1	3	4	55	42
R 245fa	112	65	0	0	-	0	-	112	-
R 365mfc	120	103	-	-	-	-	-	119	0
FKW und H-FKW zusammen	9 964	848	6 411	5 163	71	1 177	702	2 114	737
Blends	6 185	- 75	6 185	3 093	691	2 402	-	-	-
darunter:									
R 404 A	3 761	- 112	3 761	1 980	246	1 536	-	-	-
R 407 A	39	- 85	39	12	12	15	-	-	-
R 407 C	971	20	971	580	50	342	-	-	-
R 410 A	404	101	404	272	9	123	-	-	-
R 413 A	12	- 13	12	1	2	9	-	-	-
R 417 A	52	15	52	11	15	26	-	-	-
R 422 D	474	161	474	17	290	167	-	-	-
R 507	418	- 90	418	213	48	156	-	-	-
	nach Wirtschaftszweigen²⁾								
20 H. v. chemischen Erzeugnissen	2 342	243	128	79	11	39	126	1 982	106
21 H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen ...	467	16	5	2	-	2	463	-	-
27 H. v. elektrischen Ausrüstungen	198	- 56	184	152	3	29	-	-	14
28 Maschinenbau	3 113	95	3 078	1 889	276	913	-	8	27
29 H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen ...	4 151	383	4 151	4 118	3	30	-	-	-
33 Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	1 420	43	1 400	714	131	555	-	-	20
43 Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation und sonstige Ausbaugewerbe ³⁾	2 026	84	2 026	883	255	889	-	-	-
45 Handel mit Kraftfahrzeugen; Instand- haltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	756	- 175	651	-	-	651	-	-	105
Übrige Wirtschaftszweige	1 675	208	973	418	84	471	113	125	464

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 H. v. = Herstellung von.

3 Überwiegend Kälte-Klima-Fachbetriebe, die der Klassifikationsnummer 43.22.0 „Gas, Wasser-, Heizungs- sowie Lüftungs- und Klimainstallation“ zugerechnet werden.

18.5 Straftaten gegen die Umwelt

	Insgesamt	Art der Straftat (§§ des Strafgesetzbuches)									
		Gewässer- ver- unreinigung	Bodenver- unreinigung	Luftver- unreinigung	Verursachen von Lärm, Erschütte- rungen und nicht- ionisieren- den Strahlen	umwelt- gefährdende Abfall- beseitigung	unerlaubtes Betreiben von Anlagen	unerlaubter Umgang mit radioaktiven Stoffen u.a. gefährlichen Stoffen und Gütern	Gefährdung schutz- bedürftiger Gebiete	besonders schwerer Fall einer Umwelt- straftat	schwere Gefährdung durch Freisetzen von Giften
		(324)	(324a)	(325)	(325a)	(326)	(327)	(328)	(329)	(330)	(330a)
Straftaten¹⁾											
1995	35 643	7 075	1 602	377	66	24 619	1 526	124	62	108	84
2000	34 415	5 912	2 294	311	42	24 349	1 144	168	47	.	148
2003	24 573	4 415	1 720	308	28	17 039	792	169	47	.	55
2004	21 409	4 051	1 591	184	45	14 666	662	141	23	.	46
2005	18 376	3 759	1 748	176	45	11 909	559	115	15	.	50
2006	17 305	3 791	1 511	195	64	10 786	551	140	24	.	243
2007	16 528	3 439	1 639	198	68	10 357	517	117	28	.	165
2008	14 999	3 291	1 253	188	65	9 426	531	128	31	.	86
2009	14 474	3 119	1 135	211	18	9 227	534	145	29	.	56
2010	13 716	3 001	1 072	204	25	8 726	495	108	22	.	63
Verurteilte											
Früheres Bundesgebiet einschl. Berlin											
1995	3 306	537	44	9	-	2 456	239	7	2	9	3
2000	3 417	284	123	10	1	2 873	112	9	2	1	2
2005	2 209	207	87	7	-	1 822	74	5	-	6	1
2006	1 873	214	66	5	-	1 525	56	4	-	3	-
2007	1 634	159	98	1	-	1 300	69	5	-	2	-
2008	1 358	159	81	3	-	1 032	70	4	1	6	2
2009	1 214	150	69	7	2	934	46	2	-	3	1
2010	1 189	134	75	7	-	908	59	3	1	2	-
Deutschland											
2007	1 807	182	108	2	-	1 417	91	5	-	2	-
2008	1 505	168	87	4	-	1 140	90	6	1	7	2
2009	1 334	167	71	7	2	1 014	66	3	-	3	1
2010	1 301	154	76	7	-	986	70	3	1	4	-

Quelle: Bundeskriminalamt

18.6 Energie, Rohstoffe, Emissionen – Material- und Energieflussrechnungen

Weitere Informationen zu Energie siehe Kapitel „Energie“

18.6.1 Material- und Energieflüsse – Entnahmen

	2004	2006	2008	2009
	Mill. t			
Verwertete inländische Entnahme ¹	1 108	1 093	1 083	1 039
Abiotische verwertete Rohstoffe	855	861	822	773
Energieträger	227	216	209	199
dar. Braunkohle	182	176	175	170
Mineralische Rohstoffe	628	645	612	574
Erze	0	0	1	0
Sonstige mineralische Rohstoffe	628	645	612	574
Baumineralien	566	581	552	516
dar. Feldsteine, Kiese, gebrochene Natursteine	353	369	348	333
Industriemineralien	62	64	60	58
Biotische verwertete Rohstoffe	253	232	261	266
Pflanzliche Biomasse aus der Landwirtschaft	228	202	235	242
Biomasse aus der Forstwirtschaft (Laub- und Nadelholz)	25	30	27	23
Biomasse von Tieren	0	0	0	0
Entnahme von Gasen	1 157	1 150	1 089	1 031
dar. Sauerstoffentnahme für Verbrennungsprozesse	1 077	1 071	1 009	951
Einfuhr ²	562	600	606	539
Rohstoffe	325	337	338	304
Halbwaren	116	122	122	111
Fertigwaren	120	140	145	121
Nichtverwertete inländische Rohstoffentnahme	2 215	2 113	2 228	2 088
dar. Abraum der Braunkohle	1 758	1 664	1 791	1 680

1 Summenbildung ohne Gase.
2 Einschl. importierter Abfall zur letzten Verwendung.

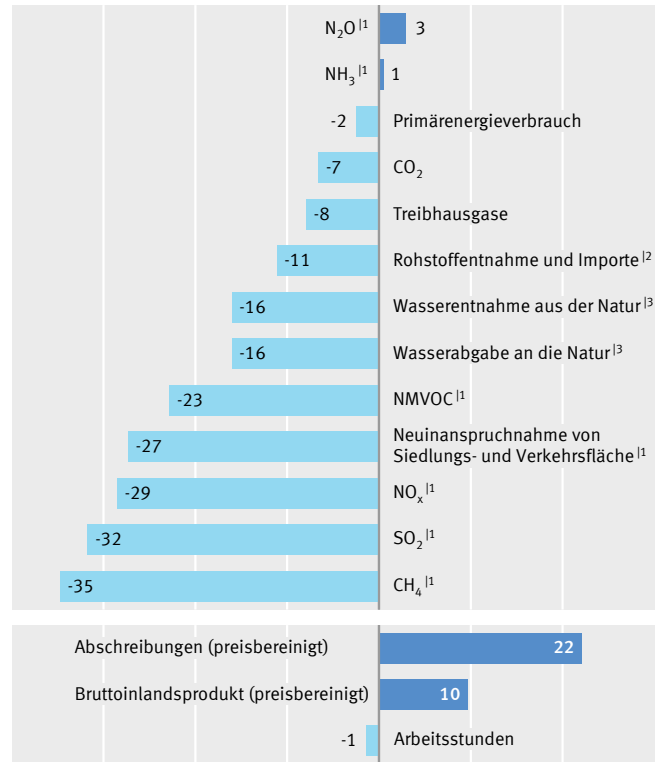
18.6.2 Material- und Energieflüsse – Abgaben

	2004	2006	2008	2009
	Mill. t			
Verwertete inländische Abgabe	1 602	1 590	1 514	1 430
Luftemissionen ¹	893	881	858	798
dar. Kohlendioxid	881	870	848	789
Dissipativer Gebrauch von Produkten	34	34	33	34
dar. organischer Dünger	26	25	25	25
Dissipative Verluste (Brems- und Reifenverluste)	0	0	0	0
Abgabe von sonstigen Gasen	675	675	623	597
dar. Wasser aus Verbrennungs- prozessen	538	539	486	461
Ausfuhr	350	380	388	339
Rohstoffe	81	82	85	78
Halbwaren	123	135	132	117
Fertigwaren	146	163	171	144
Nichtverwertete inländische Abgabe ²	2 215	2 113	2 228	2 088
Saldo	875	873	875	840
dar. Abfall an Deponie	57	39	42	35

1 Ohne FCKW und Halone.
2 Wert entspricht der nichtverwerteten inländischen Entnahme.

Material- und Energieflussrechnungen umfassen die Darstellung von physischen und energetischen Strömen zwischen der Umwelt und dem menschlichen Aktivitätsbereich. Die Tabelle zeigt eine Auswahl der wichtigsten Parameter. Sie vermittelt einen Überblick über Entnahmen und Abgaben der Materialflüsse bezogen auf die Gesamtwirtschaft Deutschlands. Die Daten wurden an die europäischen Vorgaben angepasst.

Eingesetzte Umweltressourcen
Veränderungsrate 2010 gegenüber 2000, in %



1 2009. – Gleitendes Vierjahresmittel.
2 Abiotisch.
3 2007.

18.6 Energie, Rohstoffe, Emissionen – Material- und Energieflussrechnungen

18.6.3 Verwendung von Energie – Primärenergieverbrauch

	2000	2005	2009	2010 ¹
	PJ			
Erzeugnisse der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei	176	164	173	174
Bergbauerzeugnisse, Steine und Erden	93	85	69	72
Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes	3 821	4 045	3 554	3 880
Nahrungsmittel und Getränke, Tabakwaren	223	225	218	228
Papier, Pappe und Waren daraus	181	305	227	243
Chemische Erzeugnisse	1 318	1 365	1 302	1 333
Glas-, -waren, Keramik, bearbeitete Steine und Erden	311	282	273	303
Metalle	748	694	542	693
Energie und Dienstleistungen der Energieversorgung	3 452	3 481	3 263	3 399
Wasser, Dienstleistungen der Wasserversorgung und Entsorgung	99	85	113	100
Bauarbeiten	291	232	227	233
Handelsleistungen, Instandhaltung- und Reparaturarbeiten an Kfz	492	446	395	400
Verkehrs- und Lagereleistungen	904	970	984	1 025
Beherbergungs- und Gastronomie-dienstleistungen	110	115	110	110
Informations- und Kommunikations-dienstleistungen	90	93	106	106
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	50	48	44	43
Dienstleistungen des Grundstücks- und Wohnungswesens	36	36	37	37
Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen	115	125	115	121
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	56	57	57	56
Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	158	145	152	152
Erziehungs- und Unterrichtsdienstleistungen	118	135	114	119
Dienstleistungen des Gesundheits- und Sozialwesens	158	186	177	180
Sonstige Dienstleistungen	175	173	155	151
Alle Produktionsbereiche	10 391	10 620	9 846	10 358
Private Haushalte	3 904	3 925	3 782	3 900
Alle Produktionsbereiche und private Haushalte (Inländerkonzept)^{1,2}	14 295	14 546	13 628	14 258
Bunkerungssaldo ³	- 118	- 308	- 353	- 390
Fackel- und Leitungsverluste/ Statistische Differenz ⁴	223	299	153	166
Alle Produktionsbereiche und private Haushalte (Inlandskonzept)⁵	14 401	14 537	13 428	14 034

1 Vorläufiges Ergebnis.

2 Umwandlungsverluste werden bei den Verbrauchern/Verbraucherinnen nachgewiesen.

3 Energieverbrauch der im Inland ansässigen Produktionseinheiten in der übrigen Welt abzüglich des Energieverbrauchs der nicht ansässigen Produktionseinheiten im Inland.

4 Differenz zwischen aufkommens- und verwendungsseitiger Berechnung.

5 Konzept der nationalen Energiebilanz.

18.6 Energie, Rohstoffe, Emissionen – Material- und Energieflussrechnungen

18.6.4 Verwendung von Energieträgern im Inland

	2000	2005	2009	2010 ¹
	PJ			
Steinkohle	2 338	2 102	1 713	1 967
Braunkohle	1 660	1 708	1 638	1 650
Erdöl (roh)	4 569	4 920	4 294	4 038
Ottokraftstoffe	1 454	1 251	1 051	1 055
Flugturbinenkraftstoff	376	428	459	452
Dieselmotorkraftstoff	1 213	1 299	1 349	1 404
Heizöl	1 706	1 533	1 292	1 294
Flüssiggas	154	149	152	158
Andere Mineralölprodukte	1 386	1 411	1 229	1 266
Erdgas, Erdölgas	2 896	3 071	2 917	3 042
Andere Gase	245	227	168	207
Erneuerbare Energien	485	1 061	1 546	1 703
Wasserkraft	92	70	69	76
Wind-, Photovoltaikanlagen	35	103	163	178
Holz, Stroh und andere feste Stoffe	210	338	465	521
Biodiesel und andere flüssige Stoffe	25	192	295	318
Klärgas einschl. Biogas	20	42	197	222
Siedlungsabfälle einschl. Deponiegas	39	88	99	108
Geo-/Solarthermie, Wärmepumpen	9	17	35	39
Nicht erneuerbare Abfälle, Abwärme und Andere	56	211	224	241
Strom	1 997	2 098	1 994	2 083
Kernenergie	1 851	1 779	1 472	1 533
Fernwärme	273	469	452	486
Energieträger insgesamt	22 602	23 505	21 726	22 338
– Ausstoß der Umwandlungsbereiche	8 307	8 959	8 098	8 080
+ Fackel- und Leitungsverluste ² /Statistische Differenz ³	223	299	153	166
– Bunkerungssaldo ⁴	118	308	353	390
Primärenergieverbrauch insgesamt ⁵	14 401	14 537	13 428	14 034

1 Vorläufiges Ergebnis.

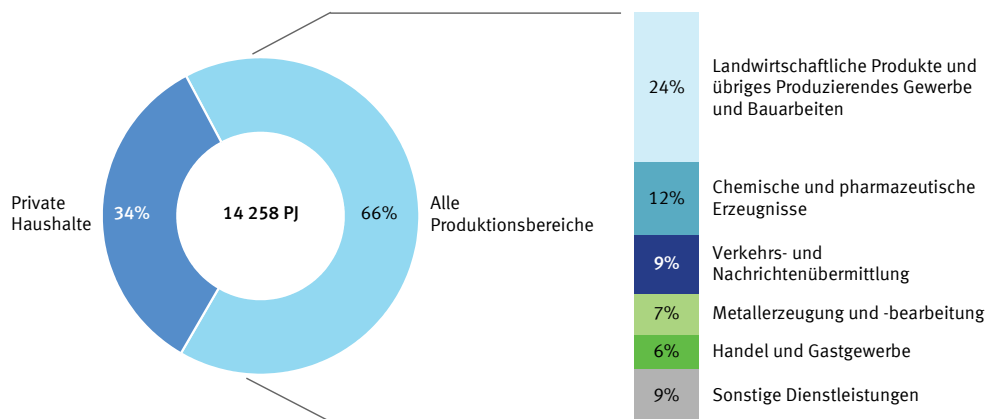
2 Fackel- und Leitungsverluste werden nicht dem Verbraucher/der Verbraucherin zugeordnet.

3 Differenz zwischen aufkommenseitiger und verwendungsseitiger Berechnung.

4 Energieverbrauch der im Inland ansässigen Produktionseinheiten in der übrigen Welt abzüglich des Energieverbrauchs der nicht ansässigen Produktionseinheiten im Inland.

5 Konzept der nationalen Energiebilanz (Inlandskonzept).

Primärenergieverbrauch 2010



Vorläufiges Ergebnis. – Umwandlungen werden den (End-)Abnehmern zugerechnet.

2012 - 01 - 0456

18.6 Energie, Rohstoffe, Emissionen – Material- und Energieflussrechnungen

18.6.5 Luftemissionen nach Produktionsbereichen – Treibhausgasemissionen

	2000	2005	2009
	1 000 t CO ₂ -Äquivalente		
Erzeugnisse der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei	85 657	80 363	79 455
Bergbauerzeugnisse, Steine und Erden	20 277	13 505	9 218
Hergestellte Waren	196 486	188 853	166 931
Energie und Dienstleistungen der Energieversorgung	360 474	376 388	344 804
Wasser, Dienstleistungen der Wasserversorgung und Entsorgung	40 836	34 744	33 184
Bauarbeiten	10 813	9 268	8 583
Handelsleistungen, Instandhaltungs- und Reparaturarbeiten an Kfz	20 503	17 452	15 952
Verkehrs- und Lagereleistungen	52 220	55 646	60 059
Dienstleistungen	55 092	52 349	52 538
Alle Produktionsbereiche	842 359	828 568	770 722
Private Haushalte	228 144	217 253	200 100
Alle Produktionsbereiche und private Haushalte (Inländerkonzept)	1 070 503	1 045 821	970 822
Übergangssaldo¹	- 28 432	- 46 045	- 51 124
Emissionen insgesamt (Inlandskonzept, Brutto)	1 042 071	999 776	919 698
Emissionen/Absorptionen aus LULUCF ²	- 32 384	15 761	17 563
Emissionen insgesamt (Inlandskonzept, Netto)	1 009 687	1 015 537	937 262

1 Der Übergangssaldo bewirkt den Übergang vom Inländer- (VGR) zum Inlandskonzept, welches für das Reporting gemäß Kyoto-Protokoll verwendet wird.

2 Die Berücksichtigung des Saldos von Emission und Absorption von CO₂ durch Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft (LULUCF) führt vom Brutto- zum Nettowert.

Die **Treibhausgasemissionen** umfassen die Emissionen an CO₂, N₂O, CH₄, SF₆ sowie die voll- und teilfluorierten Kohlenwasserstoffe (PFCs und HFCs). Die Luftemissionen wurden gegliedert nach Produktionsbereichen einerseits und Energieträgern bzw. Prozessen andererseits. Die Daten basieren auf emissionsrelevanten Energieeinsätzen und sonstigen emissionserzeugenden Anlagen in den jeweiligen Produktionsbereichen. Bei der Berechnung, die auf Daten des Umweltbundesamtes beruhen, wurden spezifische Emissionsfaktoren der eingesetzten Energieträger berücksichtigt.

18.6.6 Luftemissionen nach Produktionsbereichen – Luftschadstoffe

	2000	2005	2009
	t		
Schwefeldioxid (SO₂)			
Erzeugnisse der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei	4 521	2 521	2 362
Bergbauerzeugnisse, Steine und Erden	16 164	16 134	13 979
Hergestellte Waren	216 123	182 255	155 661
Energie und Dienstleistungen der Energieversorgung	297 924	266 645	213 460
Wasser, Dienstleistungen der Wasserversorgung und Entsorgung	5 247	2 268	844
Bauarbeiten	2 946	1 208	1 161
Handelsleistungen, Instandhaltungs- und Reparaturarbeiten an Kfz, Verkehrs- und Lagereleistungen, Dienstleistungen	80 889	48 695	49 298
Alle Produktionsbereiche	623 814	519 726	436 764
Private Haushalte	81 658	50 831	45 904
Alle Produktionsbereiche und private Haushalte (Inländerkonzept)	705 472	570 557	482 668
Stickstoffoxide (NO_x)			
Erzeugnisse der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei	228 186	204 136	191 488
Bergbauerzeugnisse, Steine und Erden	9 426	7 308	5 828
Hergestellte Waren	250 453	229 740	191 600
Energie und Dienstleistungen der Energieversorgung	260 647	294 968	295 600
Wasser, Dienstleistungen der Wasserversorgung und Entsorgung	46 392	36 438	35 209
Bauarbeiten	86 755	59 528	43 495
Handelsleistungen, Instandhaltungs- und Reparaturarbeiten an Kfz, Verkehrs- und Lagereleistungen, Dienstleistungen	785 784	661 939	582 885
Alle Produktionsbereiche	1 667 643	1 494 057	1 346 104
Private Haushalte	399 666	306 978	251 516
Alle Produktionsbereiche und private Haushalte (Inländerkonzept)	2 067 309	1 801 034	1 597 620
Ammoniak (NH₃)			
Erzeugnisse der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei	561 140	547 896	569 535
Bergbauerzeugnisse, Steine und Erden	38	35	30
Hergestellte Waren	14 672	13 990	13 094
Energie und Dienstleistungen der Energieversorgung	2 103	2 380	2 297
Wasser, Dienstleistungen der Wasserversorgung und Entsorgung	291	324	301
Bauarbeiten	318	271	248
Handelsleistungen, Instandhaltungs- und Reparaturarbeiten an Kfz, Verkehrs- und Lagereleistungen, Dienstleistungen	3 335	3 320	3 292

18.6 Energie, Rohstoffe, Emissionen – Material- und Energieflussrechnungen

18.6.6 Luftemissionen nach Produktionsbereichen – Luftschadstoffe

	2000	2005	2009
	t		
Ammoniak (NH₃)			
Alle Produktionsbereiche	581 897	568 216	588 797
Private Haushalte	14 022	12 751	11 507
Alle Produktionsbereiche und private Haushalte (Inländerkonzept)	595 918	580 966	600 304
Flüchtige Kohlenwasserstoffe ohne Methan (NMVOC)			
Erzeugnisse der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei	278 607	266 232	268 842
Bergbauerzeugnisse, Steine und Erden	46 228	52 632	41 245
Hergestellte Waren	729 558	702 642	632 427
Energie und Dienstleistungen der Energieversorgung	8 038	11 153	13 984
Wasser, Dienstleistungen der Wasserversorgung und Entsorgung	3 195	2 022	2 096
Bauarbeiten	13 868	8 708	7 025
Handelsleistungen, Instandhaltungs- und Reparaturarbeiten an Kfz, Verkehrs- und Lagereleistungen, Dienstleistungen	102 375	68 535	65 865
Alle Produktionsbereiche	1 181 870	1 111 923	1 031 484
Private Haushalte	493 816	321 999	272 841
Alle Produktionsbereiche und private Haushalte (Inländerkonzept)	1 675 686	1 433 922	1 304 325
Feinstaubemissionen (PM₁₀)			
Erzeugnisse der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei	48 004	45 665	42 670
Bergbauerzeugnisse, Steine und Erden	953	1 015	613
Hergestellte Waren	61 152	53 234	29 581
Energie und Dienstleistungen der Energieversorgung	11 358	11 420	10 317
Wasser, Dienstleistungen der Wasserversorgung und Entsorgung	1 221	898	735
Bauarbeiten	11 347	7 181	6 153
Handelsleistungen, Instandhaltungs- und Reparaturarbeiten an Kfz, Verkehrs- und Lagereleistungen, Dienstleistungen	62 121	49 223	42 984
Alle Produktionsbereiche	196 156	168 637	133 052
Private Haushalte	54 770	52 910	52 336
Alle Produktionsbereiche und private Haushalte (Inländerkonzept)	250 926	221 547	185 388

18.7 Umweltzustand – Waldschäden

18.7.1 Waldschäden nach Ländern

	Waldschäden der Probestämme der Schadstufe 2 – 4			
	2000	2005	2010	2011
	%			
Deutschland	23	29	23	28
Baden-Württemberg	24	43	35	33
Bayern	22	32	27	27
Berlin	24	41	24	29
Brandenburg	8	14	7	9
Bremen	6	7	11	10
Hamburg ¹⁾	23	.	.	.
Hessen	35	33	25	36
Mecklenburg-Vorpommern	16	12	17	19
Niedersachsen	16	13	17	22
Nordrhein-Westfalen	30	25	23	33
Rheinland-Pfalz	18	31	26	33
Saarland	14	34	27	27
Sachsen	19	15	14	16
Sachsen-Anhalt	18	20	15	16
Schleswig-Holstein	30	33	26	29
Thüringen	28	34	32	36

Die Erfassung der Schäden erfolgt nach den Schadstufen 0 bis 4. In der Schadstufe 0 (ohne Schädmerkmale) werden Bäume erfasst, deren Nadel- bzw. Blattverlust unter 10 % liegt. Der Schadstufe 1 (Warnstufe; schwach geschädigt) werden Bäume mit einer Kronenverlichtung von 11 % bis 25 % zugeordnet. Erst ab der Schadstufe 2 (Nadel- bzw. Blattverlust über 25 %) sind eindeutige Schäden festzustellen. Daher repräsentieren die zusammengefassten Schadstufen 2 bis 4 die geschädigte Waldfläche. Die Ergebnisse basieren auf den jährlichen Waldschadenserhebungen der Landesforstverwaltungen.

1 Ab 2002 liegen keine Angaben mehr vor.

Quelle: Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

18.7 Umweltzustand – Waldschäden

18.7.2 Waldschäden nach Baumarten und Altersstufen

	Anteil der Schadstufen ¹ an den Probestämmen				
	Schad- stufe 0	Schad- stufe 1	Schadstufe 2 – 4		
	Bäume insgesamt		Bäume bis 60 Jahre	Bäume über 60 Jahre	
	%				
2011					
Fichte	40	33	27	6	42
Kiefer	45	42	13	7	16
Sonstige Nadelbäume ² ..	47	29	24	10	40
Buche	12	31	57	20	65
Eiche	21	38	41	9	44
Sonstige Laubbäume ³ ..	47	36	17	13	21
2000					
Fichte	34	41	25	6	37
Kiefer	39	48	13	7	18
Sonstige Nadelbäume ² ..	42	33	25	9	45
Buche	21	39	40	7	39
Eiche	21	44	35	13	53
Sonstige Laubbäume ³ ..	55	33	12	7	19

1 Der Gesundheitszustand der Bäume wird durch die Begutachtung der Baumkronen während der Vegetationszeit ermittelt.

2 Vor allem Tanne, Lärche, Douglasie.

3 Hauptsächlich Esche, Ahorn, Birke, Erle, Hainbuche, Linde und Pappel.

Quelle: Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

18.8 Umweltschutzmaßnahmen und Nachhaltigkeit

18.8.1 Ausgaben für den Umweltschutz

	2000	2003	2006	2008
Mill. EUR (in jeweiligen Preisen)				
Ausgaben für Umweltschutz insgesamt	32 630	33 470	33 900	32 960
davon:				
Produzierendes Gewerbe ^{1 2}	7 000	7 160	5 990	6 520
Staat	9 550	8 360	7 860	6 780
Privatisierte öffentliche Unternehmen	16 080	17 940	20 050	19 660
Investitionen für Umweltschutz	9 340	8 030	7 990	7 980
davon:				
Produzierendes Gewerbe ^{1 2}	1 530	1 410	1 310	1 860
dar. integrierte Investitionen	-	440	480	610
Staat	3 010	2 290	1 890	1 810
Privatisierte öffentliche Unternehmen	4 790	4 340	4 790	4 310
Laufende Ausgaben für Umweltschutz	23 300	25 430	25 910	24 980
davon:				
Produzierendes Gewerbe ^{1 2}	5 470	5 760	4 680	4 660
Staat	6 540	6 070	5 970	4 970
Privatisierte öffentliche Unternehmen	11 300	13 610	15 260	15 360
	%			
Anteil der Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt	1,6	1,6	1,5	1,3
Anteil an den Gesamtinvestitionen	2,1	2,1	1,9	1,7

Laufende Ausgaben und Investitionen für Umweltschutz beim Produzierenden Gewerbe, beim Staat und bei den privatisierten öffentlichen Unternehmen.

1 Ohne die Wirtschaftsbereiche Baugewerbe, Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung.

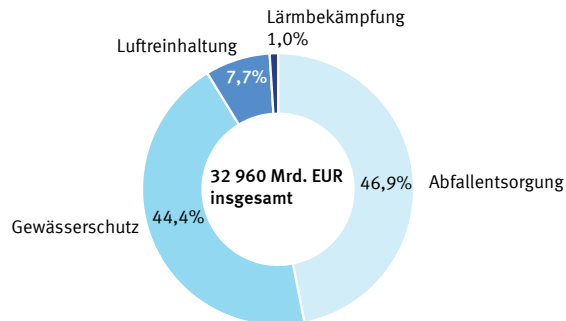
2 Ohne Gebühren und Entgelte für Entsorgungsdienstleistungen durch Dritte.

18.8 Umweltschutzmaßnahmen und Nachhaltigkeit
 18.8.2 Einnahmen umweltbezogener Steuern und Gebühren

	2000	2004	2008	2010
	Mill. EUR			
Umweltbezogene Steuern und Gebühren insgesamt	58 453	65 132	62 490	...
darunter:				
Umweltbezogene Steuern .	48 197	56 118	54 350	54 497
Energiesteuer ¹	37 826	41 782	39 248	39 838
Kraftfahrzeugsteuer	7 015	7 739	8 842	8 488
Stromsteuer	3 356	6 597	6 261	6 171
Abwassergebühren	5 384	4 971	4 415	...
Abfallgebühren ²	4 871	4 043	3 726	...

1 Bis einschl. 2006 unter der Bezeichnung „Mineralölsteuer“ nachgewiesen.
 2 Einschl. Straßenreinigung.

Ausgaben für den Umweltschutz 2008



2012 - 01 - 0459

18.8.3 Indikatoren der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie zu Umwelt und Ökonomie

	Einheit	2000	2003	2006	2009 ¹⁾	2011 ¹⁾
Energieproduktivität (1a)	1990 = 100	122,2	121,9	127,1	138,6	148,2
Primärenergieverbrauch (1b)	2008 = 100	96,6	98,0	99,2	90,1	90,0
Rohstoffproduktivität (1c)	1994 = 100	119,5	127,3	131,5	146,8	...
Treibhausgasemissionen (2)	Basiswert ²⁾ = 100	84,3	83,7	81,1	74,0	...
Anteil erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch (3a)	%	3,8	5,0	8,0	10,2	12,2
Anteil des Stroms aus erneuerbaren Energiequellen am Stromverbrauch (3b)	%	6,4	7,5	11,6	16,4	20,0
Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche (4) ³⁾	ha pro Tag	129	115	113	94	...
Artenvielfalt und Landschaftsqualität (5)	2015 = 100	72	70	70	67	...
Staatsdefizit (6a)	%	1,3	4,2	1,7	3,2	1,0
Strukturelles Defizit (6b)	%	-	-	1,8	1,1	0,7
Schuldenstand (6c)	%	60,2	64,4	68,0	74,4	81,2
Verhältnis der Bruttoanlageinvestitionen zum BIP (7)	%	21,5	17,8	18,1	17,2	18,2
BIP je Einwohner (10)	1 000 EUR	26,3	26,5	28,0	27,9	29,8
Gütertransportintensität (11a)	1999 = 100	99,8	104,5	114,0	107,6	...
Personentransportintensität (11b)	1999 = 100	96,0	96,8	94,5	97,1	...
Anteil des Schienenverkehrs an der Güterbeförderungsleistung (11c)	%	17,2	16,5	17,8	17,2	...
Anteil der Binnenschifffahrt an der Güterbeförderungsleistung (11d)	%	13,8	11,3	10,7	10,0	...
Stickstoffüberschuss (12a) ⁴⁾	kg/ha	112	106	106	95	...
Ökologischer Landbau (12b)	%	3,2	4,3	4,9	5,6	6,1
Schadstoffbelastung der Luft (13)	1990 = 100	52,6	48,2	45,6	41,7	...

Die Nummer in Klammern entspricht der Nummer des jeweiligen Indikators in der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Nähere Informationen hierzu siehe www.nationale-nachhaltigkeitsstrategie.de

1 Vorläufige Ergebnisse (teilweise geschätzt). Stand: Juli 2012.
 2 Basisjahr ist 1990 für CO₂, CH₄, N₂O und 1995 für HFC_s, PFC_s und SF₆ (Kyoto-Protokoll).
 3 Gleitender Vierjahresdurchschnitt, Bezug auf das betreffende Jahr und die drei Vorjahre.
 4 Gleitender Dreijahresdurchschnitt, Bezug auf das mittlere Jahr.

Seit 2002 gibt es eine **Nachhaltigkeitsstrategie** für Deutschland. Sie umfasst übergreifend die Bereiche Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft. Zur Messung der Wirksamkeit der Strategie dienen Nachhaltigkeitsindikatoren, die meist mit politischen Zielvorgaben versehen sind. Die Bundesregierung legt Indikatoren und Ziele fest. Das Statistische Bundesamt übernimmt die regelmäßige Berichterstattung in Indikatorenberichten zur nachhaltigen Entwicklung. Die Tabelle zeigt Zeitreihen derjenigen Nachhaltigkeitsindikatoren, die vorzugsweise Entwicklungen im Schnittbereich von Umwelt und Ökonomie abbilden.

Methodik

Umweltdaten spielen in der öffentlichen Diskussion eine wichtige Rolle, sei es zu Fragen der Treibhausgase, der Energiegewinnung und -verwendung oder der Waldschäden.

Die Tabellen dieses Kapitels sind gegliedert in die Bereiche „Umweltstatistiken“ und „Umweltökonomische Gesamtrechnungen“. Bei den „Umweltstatistiken“ werden Ergebnisse der Primärerhebungen nach dem Umweltstatistikgesetz (UStatG) veröffentlicht. Demgegenüber stellen die „Umweltökonomischen Gesamtrechnungen“ ein methodisch abgestimmtes Gesamtbild von Beziehungen zwischen Wirtschaft und Umwelt dar, in das sowohl die umweltstatistischen Ergebnisse als auch andere Quellen als Grundlage einfließen.

■ Umweltstatistiken

Es werden insbesondere die Ergebnisse der Statistiken über die Investitionen für den Umweltschutz dargestellt, die laufenden Aufwendungen sowie die Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz, die Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung, die Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen, die Abfallwirtschaft sowie die Verwendung bestimmter klimawirksamer Stoffe. Diese Statistiken liefern wichtige Basisdaten zur Beurteilung der Umweltsituation, der ökologischen Belastungen und ihrer Veränderungen. Die rechtliche Grundlage für diese Erhebungen bildet das Umweltstatistikgesetz (UStatG) vom 16.8.2005 (BGBl. I S. 2446), das zuletzt geändert worden ist durch Artikel 5 Absatz 1 des Gesetzes vom 24.2.2012 (BGBl. I S. 212), in Verbindung mit dem Bundesstatistikgesetz (BStatG) vom 22.1.1987 (BGBl. I S. 462, 565), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 7.9.2007 (BGBl. I S. 2246) geändert worden ist.

■ Umweltschutz im Betriebs- und Unternehmensbereich

Die dezentrale Erhebung der **Investitionen für den Umweltschutz** erfasst bei Unternehmen und dazugehörigen Betrieben des Produzierenden Gewerbes Bestandszugänge an Sachanlagen, die dem Schutz der Umwelt dienen. Die Angaben werden seit 1975 jährlich erhoben. Bei den Investitionen für den Umweltschutz wird unterschieden zwischen den Umweltbereichen Abfallwirtschaft, Gewässerschutz, Lärmbekämpfung, Luftreinhaltung, Naturschutz und Landschaftspflege, Bodensanierung sowie Klimaschutz (seit 2006). Seit dem Berichtsjahr 2003 werden neben den additiven auch die integrierten Umweltschutzinvestitionen erhoben.

Die dreijährliche zentrale Erhebung über **laufende Aufwendungen für den Umweltschutz** liefert seit 1996 Informationen über den Umfang, die Struktur und die Entwicklung der laufenden Aufwendungen für den Umweltschutz im Produzierenden Gewerbe. Hierbei werden alle laufenden Aufwendungen für Maßnahmen, die ausschließlich dem Schutz der Umwelt dienen, nach Arten erhoben. Das sind zum einen Aufwendungen für den Betrieb von Anlagen, die dem Schutz der Umwelt dienen (u. a. Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe und Energie) und zum anderen Aufwendungen für nicht anlagenbezogene Maßnahmen (Gebühren und Beiträge, insbesondere für die kommunale Abfallentsorgung und Abwasserbeseitigung).

Die jährliche dezentrale Erhebung der **Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz** wird bei repräsentativ ausgewählten Betrieben des Produzierenden Gewerbes sowie des Dienstleistungsbereichs durchgeführt. Sie liefert Informationen über den Umsatz von Waren, Bau- und Dienstleistungen, die dem Umweltschutz dienen, gegliedert nach Art der Waren und Leistungen und nach Absatzgebieten. Des Weiteren gibt sie die Anzahl der Beschäftigten an, die in den Betrieben für den Umweltschutz tätig sind. Aus dem Dienstleistungsgewerbe sind in die Erhebung Institute und Einrichtungen einbezogen, die technische, physikalische und chemische Untersuchungen, Beratungen, Gutachten, Projektbetreuungen und ähnliche Dienstleistungen durchführen. Entsorgungsleistungen sind nicht Gegenstand der Erhebung.

■ Wasser und Abwasser

Die Statistik der **öffentlichen Wasserversorgung und öffentlichen Abwasserentsorgung** erfasst u. a. Gewinnung, Bezug und Abgabe von Wasser, die Zahl der versorgten Einwohnerinnen und Einwohner sowie Menge und Art der Behandlung des Abwassers. Auskunftspflichtig sind Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts, Unternehmen und andere Einrichtungen, die Anlagen für die öffentliche Wasserversorgung und Abwasserentsorgung betreiben. Zusätzlich werden jährlich seit 2006 bei den Betreibern von öffentlichen Abwasserbehandlungsanlagen die Mengendaten über die Verwertung und den Verbleib des Klärschlammes aus der öffentlichen Abwasserbehandlung erhoben.

Die Statistik der **nichtöffentlichen Wasserversorgung und nichtöffentlichen Abwasserentsorgung** enthält u. a. Daten über Gewinnung, Bezug und Nutzung von Wasser sowie Menge und Art der Behandlung des Abwassers. Auskunftspflichtig sind alle Betriebe des nichtöffentlichen Bereichs, die Wasser gewinnen oder Wasser/Abwasser in ein Gewässer einleiten und nichtöffentliche Betriebe, die aus Fremdbezug jährlich mindestens 10 000 m³ Wasser beziehen.

Die Erhebung der **Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen** führen die nach Landesrecht zuständigen Behörden alle fünf Jahre durch. Erfasst werden ausschließlich Anlagen, die nach der jeweiligen Landesgesetzgebung wiederkehrend prüfpflichtig sind. Die Erhebung ermöglicht einen umfassenden Überblick über das bestehende Gefährdungspotenzial der erfassten Anlagen im Rahmen des vorbeugenden Gewässerschutzes.

Die Erhebungen der **Unfälle beim Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und bei der Beförderung wassergefährdender Stoffe** finden jährlich statt. Auskunftspflichtig sind die Dienststellen, die nach Landesrecht für die Entgegennahme der Anzeigen über Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen zuständig sind. Dies sind in der Regel die Unteren Wasserbehörden oder Polizeidienststellen.

■ Abfallbilanz

Die Angaben aus den abfallstatistischen Erhebungen werden mit Hilfe eines Rechenmodells zur **Abfallbilanz** (Tabelle 18.3) für Deutschland zusammengeführt. Die Aufbereitung der Erhebungen in Form einer Bilanz wird durch § 6 Abs. 1 UStatG angeordnet. Sie zeigt das inländische Abfallaufkommen nach Abfallkategorien und Verwertungs- bzw. Beseitigungspfaden und weist Verwertungs- und Recyclingquoten auf Bundesebene aus. Damit macht sie die Zielerreichung der Vorgaben aus der EU-Abfallrahmenrichtlinie für Recyclingquoten messbar und vergleichbar. Die Berechnung der Abfallbilanz erfolgt ab dem Berichtsjahr 2006 nach dem Bruttomengenprinzip. Ausgehend vom Input aller registrierten Abfallentsorgungsanlagen werden je im Inland erzeugte Abfallart die behandelten und beseitigten Abfallmengen zusammengefasst. Errechnet wird dies über den Input der Anlagen abzüglich des Imports und zuzüglich der Exporte. Mehrfach behandelte Abfallströme erhöhen in gewissem Umfang das Abfallaufkommen. Deshalb werden die erneut behandelten Abfälle, die bereits aus einer Behandlung entstanden sind, separat ausgewiesen.

■ Klimawirksame Stoffe

In dieser dezentralen Erhebung werden bundesweit ca. 13 000 Unternehmen befragt. Die jährliche Erhebung richtet sich an Unternehmen, die bestimmte **klimawirksame Stoffe** herstellen, ein- oder ausführen oder in Mengen von mehr als 20 Kilogramm pro Stoff und Jahr zur Herstellung, Instandhaltung, Wartung oder Reinigung von Erzeugnissen verwenden. Die Erhebung liefert Ergebnisse über die verwendeten Stoffe sowohl in metrischen als auch in GWP (Global Warming Potential) gewichteten Tonnen (Tabelle 18.4.1 und 18.4.2), wobei Letzteres die aussagekräftigere Zahl für die Interpretation des Emissionspotenzials liefert, da sie die klimaschädigende Wirkung der Stoffe darstellt.

■ Straftaten gegen die Umwelt

Straftaten gegen die Umwelt gefährden nicht nur die Gesundheit von Menschen. Sie schädigen oft nachhaltig die Pflanzen- und Tierwelt. Zu den „klassischen“ Umweltdelikten zählen Verunreinigungen von Gewässern, Boden und Luft, ferner illegale Behandlung, Lagerung und Transport von Abfällen in größerem Ausmaß. Bei der Bewertung der Daten ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Zahl der registrierten Fälle abhängig ist vom sogenannten Kontroll- und Anzeigeverhalten. Die „Dunkelziffer“ kann hoch sein. Die Angaben basieren auf der Statistik des Bundeskriminalamtes.

■ Umweltökonomische Gesamtrechnungen

Die Umweltökonomischen Gesamtrechnungen dienen dem Ziel, Zusammenhänge zwischen sozioökonomischen Prozessen und dem Zustand von Natur und Umwelt darzustellen. Sie bestehen aus vier Themenbereichen:

- Material- und Energieflussrechnungen
- Nutzung von Fläche und Raum
- Umweltzustand
- Umweltschutzmaßnahmen

Die Gliederung der Ergebnisse folgt im Wesentlichen – wenn auch mit unterschiedlichen Gewichten – diesen Themenbereichen.

■ Energie, Rohstoffe, Emissionen – Material- und Energieflussrechnungen

Material- und Energieflussrechnungen umfassen die Darstellung von physischen und energetischen Strömen zwischen der Umwelt und dem menschlichen Aktivitätsbereich. Tabelle 18.6 bezieht sich auf die entsprechenden Materialströme und zeigt eine Auswahl der wichtigsten Parameter. Sie gibt einen Überblick über Entnahmen und Abgaben der Materialflüsse bezogen auf die Gesamtwirtschaft Deutschlands. Die Daten wurden den europäischen Vorgaben angeglichen, sodass sie europaweit vergleichbar sind.

Die **Entnahmen** sind gegliedert in:

- Verwertete inländische Entnahme (einschließlich Gewinnung biotischer Rohstoffe)
- Entnahme von Gasen
- Einfuhr an Rohstoffen, Gütern und Abfall
- Nicht verwertete inländische Rohstoffentnahme (Abraum, Bergematerial und Bodenaushub)
- Wasserentnahme

Die **Abgaben** sind gegliedert in:

- Luftemissionen
- Dissipativer Gebrauch von Produkten (Düngemittel, Pflanzenschutzmittel, Saatgut und Streusalz)
- Ausfuhr von Rohstoffen, Gütern und Abfall
- Nicht verwertete inländische Abgabe (Abraum, Bergematerial und Bodenaushub)
- Wasserabgabe

Produktivitäten sind Indikatoren für die Effizienz der Nutzung natürlicher Einsatzfaktoren. Die Entwicklung von Menge und Produktivität der einzelnen Umwelteinsatzfaktoren zeigt allerdings nur, ob und inwieweit ein schonenderer Umgang mit dem jeweiligen Faktor stattfindet. Der Indikator erlaubt keine Aussage darüber, in welchem Umfang das Ziel der Nachhaltigkeit erreicht wurde.

Produktivität = Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt) / Einsatzfaktor

Die Produktivität drückt aus, wie effizient eine Volkswirtschaft mit dem Einsatz von Arbeit, Kapital und Natur umgeht. Direkt vergleichbar sind diese Faktoren wegen ihrer unterschiedlichen Beschaffenheit und Funktionen nicht. Die Beobachtung ihrer

Entwicklung über längere Zeiträume kann aber darüber Auskunft geben, wie sich das Verhältnis dieser Faktoren untereinander verändert.

Weiterhin ist zu beachten, dass bei der Berechnung von Produktivitäten der gesamte reale Ertrag der wirtschaftlichen Tätigkeit ausschließlich auf den jeweiligen Produktionsfaktor bezogen wird, obwohl das Produkt aus dem Zusammenwirken sämtlicher Produktionsfaktoren entsteht. Die ermittelte Produktivität kann deshalb nur als grobe Orientierungshilfe dienen.

Die Ergebnisse der aktivitätsbezogenen Material- und Energieflussrechnungen stellen die entsprechenden Material- und Energieflüsse als Aufkommen und Verwendung bezogen auf die jeweils verursachenden Produktionsbereiche nach der Systematik der Input-Output-Gliederung dar. Die Untergliederung der Tabellen folgt der durch EG-Verordnungen verbindlich eingeführten statistischen Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (NACE-Rev. 2). Die Tabellen beschreiben quantitativ die Verbindung zwischen umweltbelastenden Aktivitäten und der zugehörigen mengenmäßigen Belastung, z. B. durch das Aufkommen an Emissionen. Hierbei sind, ausgehend von den Ergebnissen der verwendeten amtlichen Statistiken, in der Regel weitere Berechnungen erforderlich, um nicht erhobene Informationen (z. B. aufgrund von Abschneidegrenzen) zu ergänzen bzw. die eindeutige Zuordnung spezifischer Ströme der zugrunde liegenden Systematik anzupassen. Die Ergebnisse der Material- und Energieflussrechnungen weisen deshalb in vielen Fällen entsprechende Abweichungen von den ursprünglichen Daten der verwendeten Basisstatistiken auf.

Die Daten über **Luftemissionen** an Treibhausgasen, Schwefeldioxid, Stickoxiden, flüchtigen Kohlenwasserstoffen, Ammoniak und Feinstaub wurden auf Basis des „zentralen Emissionsinventars“ des Umweltbundesamtes sowie der Energiestatistik ermittelt. Bei der Berechnung wurden die spezifischen Emissionsfaktoren der eingesetzten Energieträger berücksichtigt.

■ Umweltzustand - Waldschäden

Waldschäden (Tabellen 18.7.1 und 18.7.2) werden seit 1984 einheitlich nach den Vereinbarungen ermittelt, die das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und die Forstverwaltungen der Länder getroffen haben. Alle Länder wenden dabei ein Stichprobenverfahren (Probepflanzen) an, das flächenbezogene Aussagen über den Waldzustand liefert. Als wichtigster Vitalitätsweiser wird dabei die Verlichtung der Baumkronen erfasst (= Nadel-/Blattverlust). Für die Waldschadenserhebungen werden die Erhebungspunkte durch die Knotenpunkte eines Gitternetzes festgelegt, dessen Linienabstand bei einer Vollerhebung höchstens 4 km und bei einer Teilstichprobe höchstens 16 km beträgt. Die Informationen, die zur Beschreibung des Waldzustandes auf Bundesebene notwendig sind, wurden 1998 erstmals unmittelbar aus den von den Ländern bereitgestellten Einzelbaumdaten des 16 x 16 km-Stichprobennetzes ermittelt (EU-weit vorgegebene Netzdichte).

■ Umweltschutzmaßnahmen und Nachhaltigkeit

Die Angaben über die gesamtwirtschaftlichen **Ausgaben für den Umweltschutz** im Produzierenden Gewerbe, beim Staat und bei den privatisierten öffentlichen Unternehmen werden in den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen ermittelt. Die gesamtwirtschaftlichen Ausgaben für Umweltschutz werden jeweils drei Jahre nach dem Berichtsjahr der zugrunde liegenden Basisstatistiken veröffentlicht.

Die Definition von **Umweltsteuern** basiert auf einem auf internationaler Ebene erarbeiteten Konzept einer Statistik über umweltbezogene Steuern. Sie orientiert sich an der Besteuerungsgrundlage – unabhängig von der Motivation zur Einführung der Steuer oder von der Verwendung der Einnahmen. Maßgeblich ist danach, dass die Steuer sich auf eine physische Einheit (oder einen Ersatz dafür) bezieht, die nachweislich spezifische negative Auswirkungen auf die Umwelt hat. Konkret sind darunter Emissionen im weitesten Sinne (Luftemissionen, Abwasser, Abfall, Lärm), Energieerzeugnisse, der Verkehr oder Düngemittel- und Pflanzenschutzmittel zu verstehen. Für Deutschland quantitativ am bedeutsamsten sind somit bei den Steuern die Mineralölsteuer und die Stromsteuer (Besteuerungsgrundlage Energieerzeugnis) sowie die Kraftfahrzeugsteuer (emissionsbezogene bzw. bis 1.7.1997 verkehrsbezogene Besteuerungsgrundlage).

Die hier präsentierten Ergebnisse (Tabelle 18.8.2) beziehen sich ausschließlich auf diese Steuern. Die Mehrwertsteuer auf Kraftfahrzeuge, Mineralöl oder Strom ist nicht einbezogen.

Die Ergebnisse zu den Umweltsteuern werden ein halbes Jahr nach Ablauf des Berichtsjahres veröffentlicht.

Die Zunahme der **Siedlungs- und Verkehrsfläche** ist in Deutschland ein bedeutsames strukturelles Umweltproblem. In den Jahren 2007 bis 2010 hat sie um durchschnittlich 87 Hektar pro Tag zugenommen. Gründe hierfür sind die Ausdehnung der Städte in das Umland, die zunehmende funktionale Trennung von Wohnen, Arbeiten, Versorgungs- und Freizeiteinrichtungen sowie die wachsende Mobilität. Weitere Angaben zur Siedlungs- und Verkehrsfläche finden Sie im Kapitel 19 „Land- und Forstwirtschaft“ (Tabelle 19.1.2) sowie im Kapitel 1 „Geografie und Klima“ (Tabelle 1.1.2). Die Daten stammen aus den amtlichen Liegenschaftskatastern.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken finden Sie in unseren „Qualitätsberichten“ (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen › Qualitätsberichte).

Glossar

Abfallbeseitigung | Jedes Entsorgungsverfahren, das keine Verwertung ist, z. B. Ablagerung, Abfallverbrennung oder Behandlungsverfahren, mit denen Abfälle für ein solches Verfahren vorbereitet werden.

Abfallentsorgung | Hierzu zählen Verwertungs- und Beseitigungsverfahren. Die Zuordnung der Abfallmenge in der Bilanz erfolgt nach dem jeweiligen anlagenpezifischen Entsorgungsschwerpunkt.

Abfallverwertung | Jedes Verfahren, durch das Abfälle einem sinnvollen Zweck zugeführt werden, indem sie unmittelbar oder mittelbar andere Materialien ersetzen. Man unterscheidet zwischen der energetischen und der stofflichen Verwertung. Unter stofflicher Verwertung (Recycling) versteht man die Aufbereitung von Abfällen zu Erzeugnissen, Materialien oder Stoffen. Die Aufbereitung von Abfällen zu Materialien für die Verwendung als Brennstoff zählt zur energetischen Verwertung.

Abfüllanlagen | Abfüllen bezieht sich hier auf das Befüllen von Behältern oder Verpackungen mit wassergefährdenden Stoffen. Abfüllanlagen sind auch Flächen einschließlich ihrer Einrichtungen, auf denen wassergefährdende Stoffe von einem Transportbehälter in einen anderen gefüllt werden.

Ablagerung | Ablagerung von Abfällen in oder auf dem Boden (z. B. Deponien oder Lagerung in Behältern in einem Bergwerk), Verpressung in Hohlräumen.

Additive (oder End-of-Pipe) Maßnahmen | Dies sind im Umweltschutz in der Regel separate, vom übrigen Produktionsprozess getrennte Anlagen, die z. B. der Entsorgung von Abfällen (Beispiel Verbrennungsanlage), dem Schutz von Gewässern (Beispiel Kläranlage), der Lärmbekämpfung (Beispiel Lärmschutzwand) oder der Luftreinhaltung (Beispiel Luftfilter) dienen. Sie sind vorhandenen Anlagen vor- oder nachgeschaltet, damit die durch den Produktionsprozess entstandenen Emissionen verringert werden und Umweltstandards genügen.

Angereichertes Grundwasser | Es besteht überwiegend aus planmäßig versickerter Oberflächenwasser, echtem Grundwasser und gegebenenfalls Uferfiltrat.

Anlagen | Das sind selbstständige und ortsfeste oder ortsfest benutzte Funktionseinheiten mit allen dazugehörigen Komponenten (Behälter, Sicherheitseinrichtungen, Auffangwannen und Rohrleitungen). Betrieblich verbundene Funktionseinheiten, die auch nur eine dieser Einrichtungen gemeinsam haben, bilden eine Anlage.

Aufwendungen für Umweltschutz | Sie beinhalten die laufenden Ausgaben für den Betrieb von Umweltschutzanlagen, die Entsorgungskosten von Emissionen. Hinzu kommen die kalkulatorischen Abschreibungen und Zinsen für getätigte Umweltschutzinvestitionen.

Ausgaben für Umweltschutz | Neben den laufenden Ausgaben (Personalausgaben, Ausgaben für Energie, Ersatzteile u. a.) umfassen sie die Investitionen für Umweltschutzzwecke (Beschaffung von langfristigen, reproduzierbaren Produktionsmitteln und -anlagen).

Beförderung wassergefährdender Stoffe | Dies bezeichnet den Vorgang der Ortsveränderung einschließlich zeitweiliger Aufenthalte (Zwischenlagerung). Nicht zur Beförderung (sondern zum Umgang) zählen Übernahme und Ablieferung, Ver- und Auspacken sowie Be- und Entladen.

Behandlung zur Beseitigung | Physikalische, thermische, chemische oder biologische Verfahren, die die Beschaffenheit der Abfälle verändern, um ihr Volumen oder ihre gefährlichen Eigenschaften zu verringern oder ihre Handhabung zu erleichtern. Die entstehenden Abfälle können mit einem Beseitigungsverfahren entsorgt werden.

Blends | Das sind Gemische bzw. Zubereitungen aus zwei und mehr Stoffen, die mindestens einen klimawirksamen Stoff enthalten. Sie werden zunehmend als Ersatzstoffe für die verbotenen FCKW eingesetzt – vorwiegend als Kältemittel. Die GWP-Werte der Blends werden mittels der GWP-Werte der in ihnen enthaltenen Stoffe ermittelt und fallen daher unterschiedlich aus.

Energieverbrauch (Primärenergieverbrauch) | Darunter fällt der gesamte energetische Energieverbrauch der Produktionsbereiche und privaten Haushalte zuzüglich des nichtenergetischen Verbrauchs von Energieprodukten. Bei den Umwandlungsbereichen ergibt er sich aus der Differenz zwischen der Menge der eingesetzten Energieträger (überwiegend Primärenergieträger) und der erzeugten Energieträger (Sekundärenergieträger). In der Regel wird die eingesetzte Energiemenge im Verlauf der Produktions- und Konsumaktivität eines Bereiches vollständig verbraucht (z. B. zum Antrieb von Maschinen, Geräten und Fahrzeugen oder zur Raumheizung) und letztlich als Wärme an die Umwelt abgegeben.

Fremdwasser | Das ist der unerwünschte Abfluss in einem Entwässerungssystem.

Grundwasser | Das ist die Bezeichnung für unterirdisch anstehendes Wasser, das die Hohlräume der Erdrinde zusammenhängend ausfüllt.

GWP-Wert (Global Warming Potential) | Dieser Wert zeigt die klimaschädigende Wirkung eines Stoffes. Er gibt das Treibhauspotenzial eines Stoffes an, also seinen potenziellen Beitrag zur Erwärmung der bodennahen Luftschichten relativ zum Treibhauspotenzial von Kohlendioxid (CO₂), dessen Wert mit 1,0 definiert wird. Das bedeutet, dass sich die Treibhauspotenziale anderer Stoffe relativ zum CO₂ bemessen.

Haushalte und Kleingewerbe | Diese Gruppe umfasst private Haushalte, Kleingewerbe und sonstige Kleinabnehmer, bei denen Mengen für gewerbliche und private Nutzung nicht durch getrennte Wasserzähler erfasst werden. Zusammen mit der Gruppe der gewerblichen und sonstigen Abnehmerinnen und Abnehmer bildet sie die Gesamtheit der Letztverbraucherinnen und Letztverbraucher.

Herstellen von wassergefährdenden Stoffen | Dieser Vorgang umfasst das Erzeugen, Gewinnen und Schaffen wassergefährdender Stoffe.

Integrierte Maßnahmen im Umweltschutz | Sie sind definitionsgemäß immer ein integrierter, d. h. in der Regel nicht klar isolierbarer Teil einer größeren Anlage. Ihr Kennzeichen ist außerdem, dass sie Emissionen erst gar nicht oder in viel geringerem Umfang entstehen lassen. Als Beispiele seien hier die Kreislaufführung von Stoffen oder die Nutzung von Reaktionswärme (Wärmetauscher, Kopplung mit anderen Prozessen) genannt.

Klärschlamm | Das ist die Bezeichnung für den bei der Abwasserbehandlung angefallenen und beseitigten Stoff, einschließlich der zugegebenen Konditionierungs-, Fällungs- und Flockungshilfsmittel.

Klimawirksam | Fluoroderivate der aliphatischen und cyclischen Kohlenwasserstoffe mit bis zu sechs Kohlenstoffatomen sind im Sinne der Erhebung klimawirksam. Diese Stoffe werden in vollhalogenierte (FKW) und teilhalogenierte Kohlenwasserstoffe (H-FKW) und deren Blends unterschieden. Die FKW sind Kohlenwasserstoffe, deren Wasserstoffatome vollständig durch Fluoratome ersetzt sind, während bei den H-FKW die Wasserstoffatome teilweise durch Fluoratome ersetzt werden.

Lageranlagen | Flächen einschließlich ihrer Einrichtungen, die dem Lagern von wassergefährdenden Stoffen in Transportbehältern und Verpackungen dienen.

Lagern | Das ist die Bezeichnung für das Vorhalten von wassergefährdenden Stoffen zur weiteren Nutzung, Abgabe oder Entsorgung.

Letztverbraucherinnen und Letztverbraucher | Dazu zählen private Haushalte (einschließlich Handwerk und Kleingewerbe), gewerbliche Unternehmen (Produzierendes Gewerbe, Handel, Verkehr, Dienstleistungen) und sonstige Abnehmer (z. B. Krankenhäuser und Schulen, Behörden und kommunale Einrichtungen, Bundeswehr, landwirtschaftliche Betriebe), mit denen die öffentlichen Wasserversorgungsunternehmen die abgegebenen Wassermengen unmittelbar ab- oder verrechnen.

Privatisierte öffentliche Unternehmen | Als solche werden außerhalb der öffentlichen Haushalte geführte Unternehmen erfasst, die zu mehr als 50 % im

Besitz der öffentlichen Hand sind (z. B. Eigenbetriebe der Abfallbeseitigung und des Gewässerschutzes). Sie werden in den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen wie in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen als Teil der Unternehmen und nicht als Teil des Staatssektors betrachtet.

Quellwasser | Das ist ein örtlich begrenzter und natürlicher Grundwasseraustritt, auch nach künstlicher Fassung, allerdings ohne Überlaufwasser.

R-Bezeichnung | Die sogenannte Kältemittel-Kurzbezeichnung wurde als Kurzzeichen-System anstelle der chemischen Benennung oder Formel zur Bezeichnung der Kältemittel eingeführt (DIN 8962). Durch Kleinbuchstaben (z. B. R 134a) werden Reinstoffe gekennzeichnet, Großbuchstaben stehen für Blends (z. B. R 410A).

Rohrleitungsanlagen | Dazu zählen außer den Rohren insbesondere die Formstücke, Armaturen, Flansche und Pumpen.

Rohrleitungen | Feste oder flexible Leitungen zum Befördern wassergefährdender Stoffe.

Schmutzwasser | Durch Gebrauch verändertes Wasser.

Siedlungs- und Verkehrsfläche | Sie umfasst Gebäude- und Freifläche, Betriebsfläche (ohne Abbauland), Erholungsfläche, Verkehrsfläche und Friedhof. Die Begriffe Siedlungsfläche und versiegelte Fläche dürfen nicht gleichgesetzt werden. Die Siedlungsflächen umfassen auch einen erheblichen Anteil unbebauter und nicht versiegelter Flächen.

Thermische Abfallbeseitigung | Teilweise oder vollständige Beseitigung von festen, flüssigen oder gasförmigen Stoffen oder Gegenständen durch Verbrennen in Abfallverbrennungsanlagen, Anlagen zur thermischen Zersetzung brennbarer fester oder flüssiger Stoffe unter Sauerstoffmangel (Pyrolyseanlagen) sowie in Anlagen zur Rückgewinnung von einzelnen Bestandteilen aus festen Stoffen durch Verbrennen (z. B. Anlagen zur Veraschung von Leiterplatten). Hauptzweck ist die Beseitigung des Schadstoffpotenzials des Abfalls.

Trockenmasse | Das ist die Masse des Klärschlammes ohne Wasseranteil.

Uferfiltrat | Wasser, das den Wassergewinnungsanlagen durch das Ufer eines Flusses oder Sees im Untergrund nach Bodenpassage zusickert und sich mit dem anstehenden Grundwasser vermischt.

Umgang mit wassergefährdenden Stoffen | Der Umgang mit diesen Stoffen findet statt in Anlagen zum Lagern, Abfüllen und Umschlagen (LAU-Anlagen) oder zum Herstellen, Behandeln und Verwenden (HBV-Anlagen). Zum Umgang zählt auch das innerbetriebliche Befördern wassergefährdender Stoffe.

Umschlaganlagen | Dazu zählen auch Flächen einschließlich ihrer Einrichtungen, auf denen wassergefährdende Stoffe in Behältern oder Verpackungen von einem Transportmittel auf ein anderes umgeladen werden.

Umschlagen | Darunter fällt das Laden und Löschen (Entladen) von Schiffen sowie das Umladen von wassergefährdenden Stoffen in Behältern oder Verpackungen von einem Transportmittel auf ein anderes.

Umweltschutzinvestitionen | Bestandszugänge an Sachanlagen zum Schutz vor schädigenden Einflüssen, die bei der Produktionstätigkeit entstehen (produktionsbezogene Investitionen), sowie Bestandszugänge an Sachanlagen zur Herstellung von Erzeugnissen, die bei Verwendung oder Verbrauch eine geringere Umweltbelastung hervorrufen (produktbezogene Investitionen). Zu den produktbezogenen Investitionen zählen nur solche, die aufgrund gesetzlicher oder behördlicher Vorschriften bzw. Auflagen oder aufgrund von Selbstverpflichtungserklärungen gegenüber der Bundesregierung erfolgt sind. Die Umweltschutzinvestitionen umfassen den Wert der Bruttozugänge an erworbenen und für eigene Rechnung selbst erstellten Sachanlagen für Zwecke des Umweltschutzes (einschließlich der noch

im Bau befindlichen Sachanlagen). Nicht enthalten sind Kosten der Finanzierung, des Erwerbs von Beteiligungen, Wertpapieren usw., des Erwerbs von Konzessionen, Patenten, Lizenzen usw. sowie des Erwerbs von ganzen Unternehmen.

Unfall | Als Unfall gilt das Austreten einer im Hinblick auf den Schutz der Gewässer nicht unerheblichen Menge wassergefährdender Stoffe aus Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen beziehungsweise das Austreten bei deren Beförderung zu Lande, zu Wasser oder in der Luft.

Verwenden | Dazu zählt das Anwenden, Gebrauchen und Verbrauchen von wassergefährdenden Stoffen unter Ausnutzung ihrer Eigenschaften.

Wassergefährdende Stoffe | Das sind überwiegend feste und flüssige Stoffe (einschließlich Zubereitungen), die geeignet sind, nachhaltig die physikalische, chemische oder biologische Beschaffenheit des Wassers nachteilig zu verändern.

Wassergefährdungsklassen (WGK) | Wassergefährdende Stoffe werden gemäß ihren physikalischen, chemischen oder biologischen Stoffeigenschaften in folgende Kategorien eingestuft:

1 = schwach wassergefährdend

2 = wassergefährdend

3 = stark wassergefährdend

Die Stoffart Jauche, Gülle, Silagesickersaft (JGS) ist in keine Wassergefährdungsklasse eingestuft. Bei entsprechend großen freigesetzten Mengen oder besonderen örtlichen Verhältnissen kann JGS jedoch zu einer Gefahr für Gewässer und Boden werden. JGS wird daher seit 1998 sowohl beim Umgang als auch bei der Beförderung mit erfasst.

Wasserverluste/Messdifferenzen | Hierbei handelt es sich um die Menge des in das Verteilungsnetz eingespeisten Wassers, dessen Verbleib im Einzelnen nicht erfasst werden kann. Sie setzt sich zusammen aus tatsächlichen Verlusten, z.B. durch Rohrbrüche, undichte Rohrverbindungen oder Armaturen sowie aus scheinbaren Verlusten, z. B. Fehlanzeigen der Messgeräte oder unkontrollierte Entnahmen.

Wasserwerkseigenverbrauch | Das ist der betriebsinterne Wasserverbrauch innerhalb der Versorgungsanlage, z. B. für Filterspülung, Rohrnetzspülung oder den Sozialbereich.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Standardveröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen kostenfrei downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 190 amtlichen Statistiken. Daten zur *Umwelt* finden Sie unter dem Menüpunkt › Themen, Code 32, Daten zu den *Umweltökonomischen Gesamtrechnungen* unter Code 85 und zu den *Nachhaltigkeitsindikatoren* unter Code 911

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Investitionen für den Umweltschutz

Fachserie 19 Umwelt

Reihe 3 | Investitionen, sowie Waren und Dienstleistungen für den Umweltschutz

■ Wasser und Abwasser

Fachserie 19 Umwelt

Reihe 2 | Wasserwirtschaft

■ Abfall(bilanz)

Fachserie 19 Umwelt

Reihe 1 | Abfallentsorgung

■ Klimawirksame Stoffe (Luftverunreinigungen)

Fachberichte

| Erhebung bestimmter klimawirksamer Stoffe 2010 – Ergebnisbericht (2011)

■ Straftaten gegen die Umwelt

Bundeskriminalamt – Statistik (www.bka.de)

■ Energie, Rohstoffe, Emissionen – Material- und Energieflussrechnungen

Wirtschaft und Statistik

Heft 11/09 | Weiterentwicklung des Indikators „Rohstoffproduktivität“ der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie
Heft 2/12 | Berücksichtigung von sekundären Rohstoffen bei der Berechnung von indirekten Importen

STATmagazin

| Trend zum spritsparenden Auto bremst Kraftstoffverbrauch (2010)
| Weniger Kohlendioxid-Emissionen privater Haushalte (2011)

■ Umweltschutzmaßnahmen und Nachhaltigkeit

Fachserie 19 Umwelt

Reihe 6 | Umweltökonomische Gesamtrechnungen – Ausgaben für Umweltschutz

Wirtschaft und Statistik

Heft 4/09 | Eignung von CORINE-Geodaten und Daten der Flächenerhebung zur Analyse der Siedlungs- und Verkehrsflächenentwicklung

Mehr zum Thema

■ Themenübergreifend

Fachberichte

| [Umweltnutzung und Wirtschaft – Bericht zu den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen – 2011](#)

Broschüren

| [Nachhaltige Entwicklung in Deutschland, Indikatorenbericht \(2012\)](#)

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter +49 (0)6 11 / 75 89 50 (Umweltstatistik), +49 (0)6 11 / 75 45 85 (Umweltökonomische Gesamtrechnungen).

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.



19 Land- und Forstwirtschaft

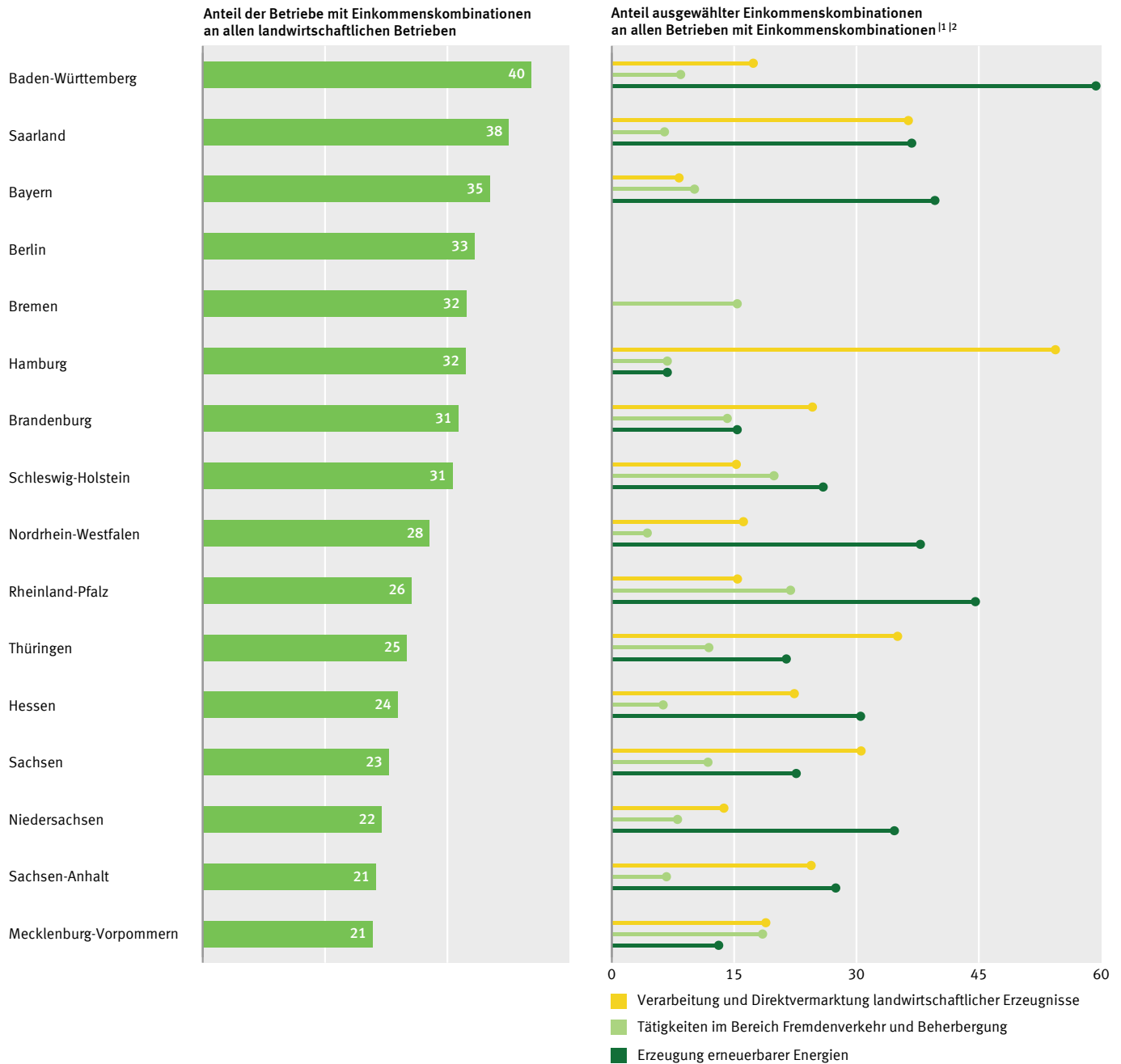
13 % der Bodenfläche sind **Siedlungs- und Verkehrsfläche** | Über die **Hälfte** der Bodenfläche ist **Landwirtschaftsfläche** | **294 000 Betriebe** bewirtschaften landwirtschaftlich **genutzte Fläche** von knapp **17 Millionen Hektar** | Auf über **einem Viertel** des Ackerlandes **Weizen** angebaut | **5 %** der rund **12,5 Millionen Rinder** 2010 **ökologisch** gehalten | **1,1 Millionen Tonnen Rindfleisch**, **5,6 Millionen Tonnen Schweinefleisch** und **1,4 Millionen Tonnen Geflügelfleisch** aus gewerblichen Schlachtungen

Seite	
473	Auf einen Blick
	Tabellen
474	Flächennutzung Boden-, Siedlungs- und Verkehrsfläche nach Nutzungsarten
475	Landwirtschaftliche Betriebe Landwirtschaftliche Betriebe und landwirtschaftlich genutzte Fläche nach Kulturarten Betriebssysteme Viehhaltung Rechtliche und sozialökonomische Gliederung Einkommenskombinationen Arbeitskräfte
480	Pachtentgelte und Kaufwerte Pachtflächen und Pachtentgelte Veräußerungen von landwirtschaftlichen Grundstücken
481	Ökologischer Landbau Betriebe und landwirtschaftlich genutzte Fläche Viehbestand
482	Düngemittel Inlandsabsatz nach Nährstoffen und Düngerarten
483	Forstbetriebe und Forstwirtschaft Land- und forstwirtschaftliche Betriebe mit Wald und Kurzumtriebsplantagen Holzeinschlag
484	Bewässerung in der Landwirtschaft Genutzte Wassermengen
485	Anbau und Ernte Feldfrüchte Gemüse Obst
488	Weinanbau und Weinerzeugung Bestockte Rebflächen Weinmosternte Weinerzeugung
490	Viehwirtschaft und tierische Erzeugung Viehbestand (Rinder, Schweine, Schafe) Gewerbliche Schlachtungen und Fleischerzeugung Geflügel Haltung von Legehennen Schlachtier- und Fleischuntersuchung
494	Methodik
496	Glossar
498	Mehr zum Thema

19.0 Auf einen Blick

Landwirtschaftliche Betriebe mit Einkommenskombinationen 2010

in %



1 Mehrfachnennungen möglich.

2 In Berlin und Bremen sind Rückschlüsse auf einzelne Betriebe möglich. – Daher unterliegen die Daten der statistischen Geheimhaltung.

19.1 Flächennutzung

Ergebnisse der Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung auf Basis der amtlichen Liegenschaftskataster. – Die Bezeichnungen wurden dem „Verzeichnis der flächenbezogenen Nutzungsarten im Liegenschaftskataster und ihrer Begriffsbestimmungen“ (Stand: 1991) der Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland (AdV-Nutzungsartenverzeichnis) entnommen.

19.1.1 Bodenfläche nach Nutzungsarten 2010

	Bodenfläche insgesamt		Siedlungs- und Verkehrsfläche (SuV)		Landwirtschaftsfläche		Waldfläche		Wasserfläche	
	km ²	%	km ²	%	km ²	%	km ²	%	km ²	%
Deutschland	357 127	47 702	13,4	186 934	52,3	107 664	30,1	8 557	2,4	
Baden-Württemberg	35 751	5 054	14,1	16 356	45,7	13 688	38,3	386	1,1	
Bayern	70 550	7 995	11,3	34 848	49,4	24 719	35,0	1 443	2,0	
Berlin	892	627	70,3	38	4,3	163	18,3	60	6,7	
Brandenburg	29 483	2 716	9,2	14 560	49,4	10 451	35,4	1 008	3,4	
Bremen	419	232	55,4	121	28,9	8	1,9	51	12,2	
Hamburg	755	451	59,7	186	24,6	47	6,2	61	8,1	
Hessen	21 115	3 276	15,5	8 895	42,1	8 473	40,1	290	1,4	
Mecklenburg-Vorpommern ...	23 191	1 847	8,0	14 552	62,7	5 032	21,7	1 381	6,0	
Niedersachsen	47 613	6 464	13,6	28 594	60,1	10 339	21,7	1 108	2,3	
Nordrhein-Westfalen	34 092	7 653	22,4	16 742	49,1	8 732	25,6	669	2,0	
Rheinland-Pfalz	19 854	2 823	14,2	8 317	41,9	8 330	42,0	273	1,4	
Saarland	2 570	532	20,7	1 110	43,2	870	33,9	26	1,0	
Sachsen	18 420	2 304	12,5	10 152	55,1	5 007	27,2	358	1,9	
Sachsen-Anhalt	20 450	2 243	11,0	12 642	61,8	4 985	24,4	448	2,2	
Schleswig-Holstein	15 799	1 986	12,6	11 029	69,8	1 657	10,5	797	5,0	
Thüringen	16 172	1 501	9,3	8 792	54,4	5 162	31,9	199	1,2	

19.1.2 Siedlungs- und Verkehrsfläche nach Nutzungsarten 2010

	Siedlungs- und Verkehrsfläche (SuV)		Gebäude- und Freifläche, Betriebsfläche		Erholungsfläche, Friedhof		Verkehrsfläche	
	km ²	%	km ²	%	km ²	%	km ²	%
Deutschland	47 702	25 426	53,3	4 346	9,1	17 931	37,6	
Baden-Württemberg	5 054	2 758	54,6	339	6,7	1 957	38,7	
Bayern	7 995	4 199	52,5	414	5,2	3 382	42,3	
Berlin	627	377	60,1	114	18,2	137	21,9	
Brandenburg	2 716	1 415	52,1	232	8,5	1 070	39,4	
Bremen	232	146	62,9	37	15,9	49	21,1	
Hamburg	451	292	64,7	66	14,6	94	20,8	
Hessen	3 276	1 620	49,5	234	7,1	1 421	43,4	
Mecklenburg-Vorpommern ...	1 847	855	46,3	305	16,5	687	37,2	
Niedersachsen	6 464	3 559	55,1	476	7,4	2 429	37,6	
Nordrhein-Westfalen	7 653	4 534	59,2	716	9,4	2 403	31,4	
Rheinland-Pfalz	2 823	1 230	43,6	360	12,8	1 233	43,7	
Saarland	532	339	63,7	32	6,0	160	30,1	
Sachsen	2 304	1 305	56,6	232	10,1	766	33,2	
Sachsen-Anhalt	2 243	920	41,0	540	24,1	783	34,9	
Schleswig-Holstein	1 986	1 134	57,1	163	8,2	689	34,7	
Thüringen	1 501	742	49,4	88	5,9	671	44,7	

19.2 Landwirtschaftliche Betriebe

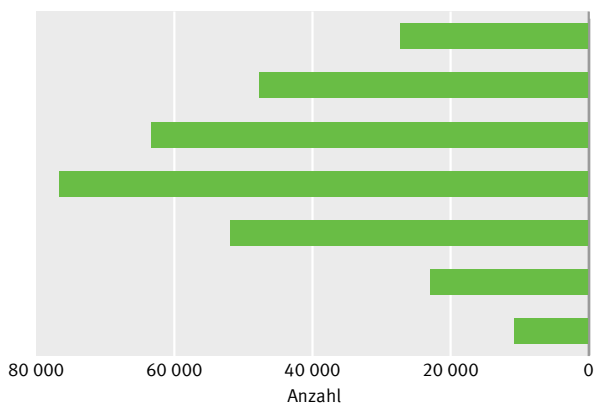
19.2.1 Landwirtschaftliche Betriebe und landwirtschaftlich genutzte Fläche 2011

	Insgesamt	Landwirtschaftlich genutzte Fläche von ... bis unter ... ha						
		unter 5	5 – 10	10 – 20	20 – 50	50 – 100	100 – 200	200 und mehr
Zahl der Betriebe in 1 000								
Deutschland	293,9	26,6	45,8	61,9	74,3	51,1	23,1	11,1
darunter:								
Baden-Württemberg	43,4	7,6	7,2	9,1	10,2	6,2	2,6	.
Bayern	96,3	4,3	16,9	26,8	30,2	14,0	3,6	0,6
Brandenburg	5,5	0,4	0,7	0,8	0,9	0,5	0,6	1,5
Hessen	17,7	1,0	3,2	4,0	4,6	3,0	1,6	0,4
Mecklenburg-Vorpommern ...	4,6	0,3	0,5	0,6	0,6	0,4	0,5	1,7
Niedersachsen	41,5	2,4	5,1	6,1	9,2	11,2	5,9	1,7
Nordrhein-Westfalen	34,8	2,6	4,8	6,6	10,2	7,8	2,5	0,4
Rheinland-Pfalz	20,0	5,2	3,3	3,6	3,4	2,5	1,7	0,4
Saarland	1,3	0,1	0,2	0,2	0,3	0,2	0,2	0,1
Sachsen	6,1	0,7	1,2	1,1	1,0	0,6	0,6	0,9
Sachsen-Anhalt	4,2	0,3	0,4	0,4	0,6	0,5	0,5	1,5
Schleswig-Holstein	13,9	0,9	1,8	1,7	2,6	3,7	2,4	0,8
Thüringen	3,6	0,4	0,6	0,7	0,5	0,3	0,3	0,8
Landwirtschaftlich genutzte Fläche in 1 000 ha								
Deutschland	16 721,3	53,2	333,9	931,4	2 469,4	3 592,7	3 113,0	6 227,8
darunter:								
Baden-Württemberg	1 417,6	13,3	53,0	134,2	337,0	437,0	340,9	.
Bayern	3 143,3	10,1	123,7	414,5	997,6	954,1	476,5	166,8
Brandenburg	1 319,4	0,6	5,2	11,3	28,6	39,1	85,4	1 149,2
Hessen	768,1	2,1	23,4	59,5	151,2	216,7	212,1	103,1
Mecklenburg-Vorpommern ...	1 342,7	0,6	3,4	8,2	20,9	29,9	76,7	1 203,0
Niedersachsen	2 599,5	4,5	36,1	91,6	316,2	800,1	793,4	557,6
Nordrhein-Westfalen	1 458,9	5,3	34,8	97,0	340,5	540,6	325,6	115,2
Rheinland-Pfalz	703,0	10,9	23,9	52,9	111,2	178,3	227,0	98,9
Saarland	77,7	0,2	.	3,5	8,1	16,3	31,7	.
Sachsen	909,3	1,3	8,5	16,2	31,4	45,1	80,8	726,1
Sachsen-Anhalt	1 173,7	0,4	2,7	6,2	18,9	32,5	75,3	1 037,6
Schleswig-Holstein	999,1	2,5	12,8	24,6	87,0	276,2	332,5	263,6
Thüringen	784,1	0,6	4,3	9,8	15,8	19,9	49,5	684,1

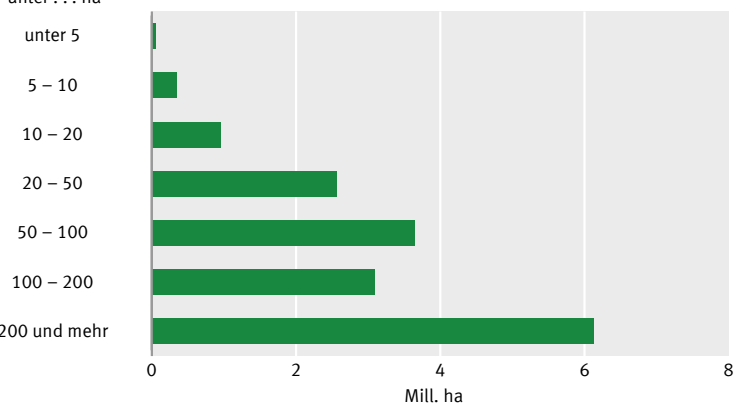
Ergebnisse der Bodennutzungshaupterhebung 2011.

Betriebe und landwirtschaftlich genutzte Fläche 2011

Landwirtschaftliche Betriebe nach Größe der Fläche



Fläche dieser Betriebe insgesamt



2012 - 01 - 0491

19.2 Landwirtschaftliche Betriebe

19.2.2 Landwirtschaftlich genutzte Fläche nach Kulturarten

	Insgesamt	Darunter										
		Ackerland							Dauerkulturen zusammen	Dauergrünland		
		zusammen	darunter			zusammen	dar. Winterraps	zusammen		dar. Silomais/ Grünmais	zusammen	darunter
			Getreide zur Körner- gewinnung		Handelsgewächse				Pflanzen zur Grünernte			Wiesen
	zusammen ¹	dar. Weizen	zusammen	dar. Winterraps	zusammen	dar. Silomais/ Grünmais						
	1 000 ha											
2010 ^{1,2}	16 704,0	11 846,7	6 595,4	3 297,7	1 537,7	1 457,3	2 571,0	1 828,9	198,8	4 654,7	1 899,2	2 544,7
2011 ^{1,3}	16 721,3	11 874,1	6 500,6	3 248,2	1 406,2	1 307,4	2 813,7	2 028,8	199,9	4 644,0	1 812,7	2 630,5
	darunter: 2011 nach Ländern											
Baden-Württemberg	1 417,6	831,6	525,6	236,1	71,5	64,5	176,7	109,1	49,8	535,7	360,1	142,9
Bayern	3 143,3	2 063,3	1 173,7	525,3	152,5	125,7	541,1	399,4	14,4	1 065,5	730,0	296,0
Brandenburg	1 319,4	1 029,3	514,0	157,1	144,5	118,4	279,8	165,4	4,8	285,2	60,2	211,6
Hessen	768,1	479,3	305,7	170,5	66,9	64,9	66,2	38,2	6,2	282,3	118,6	147,3
Mecklenburg-Vorpommern	1 342,7	1 078,4	571,3	352,3	213,6	204,9	218,2	155,2	3,1	261,2	59,6	198,3
Niedersachsen	2 599,5	1 877,7	871,2	401,5	129,8	125,9	604,6	515,3	19,4	702,2	63,2	617,6
Nordrhein-Westfalen	1 458,9	1 060,6	625,3	277,4	67,9	66,3	228,9	177,0	12,3	385,2	148,1	206,7
Rheinland-Pfalz	703,0	401,6	239,4	117,5	45,9	43,9	60,0	30,7	70,4	230,7	75,2	147,6
Saarland	77,7	37,1	21,9	9,7	4,3	4,1	8,2	3,7	0,4	40,2	20,5	18,4
Sachsen	909,3	719,5	405,4	198,2	131,8	126,6	132,8	74,6	5,2	184,5	57,9	118,7
Sachsen-Anhalt	1 173,7	1 002,0	570,7	350,2	167,9	159,4	153,4	113,2	2,9	168,7	48,7	109,3
Schleswig-Holstein	999,1	673,4	293,9	210,6	89,9	88,8	256,2	194,0	6,2	318,8	34,6	281,7
Thüringen	784,1	611,6	378,6	239,8	118,7	112,9	85,3	51,9	2,8	169,6	33,1	123,4

1 Einschl. Saatguterzeugung.

2 Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2010.

3 Ergebnisse der Bodennutzungshaupterhebung 2011.

19.2.3 Landwirtschaftliche Betriebe nach betriebswirtschaftlicher Ausrichtung 2010

	Betriebe	Landwirtschaftlich genutzte Fläche	Standardoutput		Arbeitsleistung	Viehbestand
	Anzahl	1 000 ha	Mill. EUR	EUR/Betrieb	AK-E	1 000 GV
Insgesamt	299 134	16 704,0	41 097,0	137 386	545 504	12 988,2
Ackerbaubetriebe	73 300	5 160,1	7 343,8	100 188	102 406	223,8
Gartenbaubetriebe	8 258	62,0	2 992,7	362 398	46 609	3,5
Dauerkulturbetriebe	23 397	219,4	1 967,8	84 107	43 773	8,0
dar. Weinbau (Rebanlagen)	15 577	123,4	1 103,5	70 841	26 833	1,9
Futterbaubetriebe (Weideviehbetriebe)	129 828	6 279,4	13 739,1	105 825	217 469	7 852,5
dar. Milchvieh	66 266	4 189,9	10 712,8	161 664	143 732	5 601,0
Veredlungsbetriebe	19 285	1 023,3	7 019,8	364 005	36 781	2 426,2
Pflanzenbauverbundbetriebe	3 830	174,8	639,8	167 036	11 924	21,5
Viehhaltungsverbundbetriebe	10 589	729,1	2 150,8	203 112	22 440	938,2
Pflanzenbau-Viehhaltungsverbundbetriebe	30 647	3 056,0	5 243,2	171 085	64 102	1 514,5

Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2010.

19.2 Landwirtschaftliche Betriebe

19.2.4 Landwirtschaftliche Betriebe nach betriebswirtschaftlicher Ausrichtung und Größenklassen des Standardoutputs 2010

	Anteil der Betriebe mit einem Standardoutput von ... bis unter ... EUR in %						
	unter 8 000	8 000 – 25 000	25 000 – 100 000	100 000 – 500 000	500 000 – 1 Mill.	1 Mill. – 3 Mill.	3 Mill. und mehr
Insgesamt	11,6	22,7	30,6	30,6	2,9	1,2	0,2
Ackerbaubetriebe	21,3	30,7	26,4	17,8	2,7	1,1	0,1
Gartenbaubetriebe	0,0	1,8	27,2	52,6	11,5	6,1	0,8
Dauerkulturbetriebe	8,0	34,5	32,8	23,2	1,0	0,4	0,1
dar. Weinbau (Rebanlagen) ...	8,2	34,8	34,0	22,2	0,6	0,1	0,0
Futterbaubetriebe (Weideviehbetriebe)	11,3	21,0	34,1	32,0	1,1	0,4	0,1
dar. Milchvieh	0,1	5,0	41,0	51,2	1,8	0,8	0,2
Veredlungsbetriebe	0,4	2,8	17,5	61,9	12,7	4,2	0,6
Pflanzenbauverbundbetriebe ...	3,3	17,2	36,8	36,7	3,9	1,9	0,2
Viehhaltungsverbundbetriebe ...	4,0	14,8	28,3	46,2	5,1	1,2	0,5
Pflanzenbau-Viehhaltungs- verbundbetriebe	6,4	23,9	33,7	29,6	3,6	2,3	0,5

Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2010.

19.2.5 Viehhaltung nach Größenklassen der landwirtschaftlichen Betriebe 2010

	Betriebe mit Viehhaltung insgesamt		Darunter Betriebe mit						Geflügel	
			Rindern		Schweinen					
	Betriebe	GV	Betriebe	Tiere	Betriebe	Tiere	Betriebe	Tiere	Betriebe	Tiere
Insgesamt	216 099	12 988 177	144 850	12 534 507	89 763	4 164 789	60 097	27 571 352	60 450	128 899 750
	Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche von ... bis unter ... ha									
unter 5	8 217	448 291	2 801	92 171	734	11 117	1 438	1 861 943	3 266	49 069 172
5 – 10	30 698	250 565	13 925	176 877	3 978	28 921	6 434	251 503	12 163	3 528 328
10 – 20	45 869	804 223	29 815	791 777	14 970	217 451	11 420	982 537	16 196	4 663 549
20 – 50	61 705	2 739 284	46 059	2 755 769	31 600	903 691	18 185	5 620 559	16 406	14 778 060
50 – 100	44 136	4 005 101	33 293	3 906 236	25 236	1 335 599	14 760	9 746 951	8 648	28 489 359
100 – 200	18 461	2 458 410	13 565	2 411 356	9 910	823 424	5 919	5 504 928	2 992	16 175 241
200 – 500	4 638	891 308	3 300	836 502	1 878	273 256	1 321	1 858 186	639	6 890 919
500 – 1 000	1 214	465 402	1 010	504 017	590	170 139	275	677 634	70	1 605 485
1 000 und mehr	1 161	925 592	1 082	1 059 802	867	401 191	345	1 067 111	70	3 699 637
	Größenklassen der Großvieheinheiten (GV) von ... bis unter ... GV									
unter 50	138 651	2 402 894	83 536	2 367 757	39 419	615 520	34 010	3 048 896	47 192	8 046 255
50 – 100	40 254	2 876 450	32 697	3 006 376	26 759	1 045 839	12 083	5 295 336	8 198	11 345 630
100 – 200	27 459	3 779 570	21 341	3 697 373	17 856	1 295 591	10 093	9 388 579	3 750	22 772 677
200 und mehr	9 735	3 929 264	7 276	3 463 001	5 729	1 207 839	3 911	9 838 541	1 310	86 735 188

Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2010.

19.2 Landwirtschaftliche Betriebe

19.2.6 Viehhaltung der landwirtschaftlichen Betriebe nach Bestandsgrößenklassen 2010

Betriebe mit ...	Betriebe	Jeweilige Viehkategorie		Viehbestand insgesamt in GV	Landwirtschaftlich genutzte Fläche in ha	Arbeitskräfte in AK-Einheiten
		Tiere	GV			
Rindern in Beständen mit ... bis ... Tieren						
1 – 9	15 335	83 938	62 694	171 408	352 154	14 792
10 – 19	19 869	282 269	207 317	289 172	414 455	20 584
20 – 49	37 122	1 230 763	902 776	1 072 328	1 201 343	53 069
50 – 99	33 629	2 397 614	1 743 903	1 950 815	1 770 434	61 915
100 – 199	26 179	3 645 973	2 632 560	2 842 452	2 241 610	58 350
200 – 499	10 774	3 027 196	2 115 689	2 241 126	1 937 229	35 762
500 und mehr	1 942	1 866 754	1 310 098	1 408 657	1 919 375	37 898
Zusammen	144 850	12 534 507	8 975 038	9 975 959	9 836 601	282 371
Milchkühen in Beständen mit ... bis ... Tieren						
1 – 9	11 580	61 109	61 109	237 445	290 005	14 724
10 – 19	16 537	241 343	241 343	516 284	478 437	26 232
20 – 49	34 982	1 122 514	1 122 514	2 140 007	1 688 951	67 615
50 – 99	19 744	1 348 540	1 348 540	2 457 315	1 750 308	46 891
100 – 199	5 211	671 527	671 527	1 184 770	956 737	18 708
200 – 499	1 319	396 853	396 853	709 462	1 129 839	20 635
500 und mehr	390	322 903	322 903	530 440	643 052	15 691
Zusammen	89 763	4 164 789	4 164 789	7 775 723	6 937 329	210 495
Schweinen in Beständen mit ... bis ... Tieren						
1 – 49	25 045	285 355	32 529	658 441	899 742	35 173
50 – 99	4 724	337 146	37 902	155 700	188 231	7 032
100 – 399	11 095	2 462 423	273 719	577 108	576 234	18 451
400 – 999	10 474	6 944 714	746 972	1 029 969	791 307	21 429
1 000 – 1 999	6 670	9 164 603	944 544	1 095 692	743 691	17 010
2 000 – 4 999	1 746	4 868 714	483 461	590 553	489 366	10 287
5 000 und mehr	343	3 508 397	352 662	388 739	187 019	6 174
Zusammen	60 097	27 571 352	2 871 791	4 496 202	3 875 590	115 557
Schafen	22 273	2 088 541	175 065	865 500	1 190 207	33 564
Ziegen	11 219	149 936	11 995	470 952	575 103	19 021
Legehennen ¹	56 286	35 278 999	141 116	1 813 542	1 908 042	81 837
Schlacht- und Masthähnen und -hühnern	4 532	67 531 078	270 124	436 141	241 000	8 124
Truthühnern	1 925	11 343 962	45 376	115 819	131 287	4 275

Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2010.

1 Ohne Junghennen und Junghennenküken.

19.2.7 Landwirtschaftliche Betriebe in rechtlicher und sozialökonomischer Gliederung 2010

	Insgesamt		Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) von ... bis unter ... ha					
			unter 20		20 – 50		50 und mehr	
	Betriebe	LF	Betriebe	LF	Betriebe	LF	Betriebe	LF
	1 000	1 000 ha	1 000	1 000 ha	1 000	1 000 ha	1 000	1 000 ha
Insgesamt	299,1	16 704,0	137,8	1 343,7	76,1	2 535,0	85,2	12 825,3
Einzelunternehmen	273,0	11 084,7	131,2	1 298,6	72,4	2 407,1	69,4	7 379,1
Haupterwerbsbetriebe	135,4	8 337,2	33,2	.	42,7	1 482,6	59,5	.
Nebenerwerbsbetriebe	137,6	2 747,6	98,0	.	29,7	924,5	9,9	.
Personengemeinschaften ¹ ..	21,0	2 664,1	5,2	36,4	3,2	114,2	12,6	2 513,6
Juristische Personen	5,1	2 955,2	1,4	8,8	0,4	13,8	3,3	2 932,6

Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2010.

1 Einschl. Personengesellschaften.

19 Land- und Forstwirtschaft

19.2 Landwirtschaftliche Betriebe

19.2.8 Landwirtschaftliche Betriebe mit Einkommenskombinationen 2010

	Betriebe	Nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche von ... bis unter ... ha						
		unter 5	5 – 10	10 – 20	20 – 50	50 – 100	100 – 200	200 und mehr
Insgesamt	92 129	4 455	10 657	17 511	26 959	19 587	8 941	4 019
	und zwar mit Einkommen aus: ¹							
Verarbeitung, Direktvermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse	13 155	1 644	1 762	2 429	3 226	2 353	1 141	600
Fremdenverkehr, Beherbergung und Freizeitaktivitäten	9 282	875	1 475	2 074	2 651	1 378	574	255
Pensions- und Reitsportpferdehaltung	12 065	64	2 416	3 200	3 410	1 898	829	248
Erzeugung erneuerbarer Energien	37 370	1 266	3 225	6 192	10 975	9 504	4 607	1 601
Arbeiten für andere landwirtschaftliche Betriebe ..	18 149	182	625	1 840	4 950	5 360	3 219	1 973
Arbeiten außerhalb der Landwirtschaft ²	8 058	261	499	1 217	2 525	2 031	952	573
Forstwirtschaft	22 578	296	2 353	4 750	8 306	4 874	1 422	577
Übrige Einkommenskombinationen ³	14 989	801	2 006	3 248	4 634	2 796	1 057	447

Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2010.

1 Mehrfachnennungen möglich.

2 Z. B. Landschaftspflege, Straßenbau oder Winterdienst für Kommunen.

3 Z. B. Fischzucht, Be- und Verarbeitung von Holz, Herstellung handwerklicher Erzeugnisse.

19.2.9 Arbeitskräfte in der Landwirtschaft 2010

	Arbeitskräfte			Davon								
	insgesamt	und zwar		Familienarbeitskräfte ¹				ständige Arbeitskräfte ¹			Saisonarbeitskräfte ¹	
		vollbeschäftigt	männlich	zusammen	und zwar		zusammen	und zwar		zusammen	dar. männlich	
					vollbeschäftigt	männlich		vollbeschäftigt	männlich			
	1 000											
Insgesamt	1 080,3	314,2	671,6	556,3	194,9	361,7	193,4	119,3	128,9	330,5	180,9	
	Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche von ... bis unter ... ha											
unter 5	117,2	22,0	62,8	46,5	10,9	28,8	27,9	11,1	12,9	42,8	21,1	
5 – 10	113,5	14,1	73,2	80,8	9,9	54,6	10,0	4,2	5,9	22,7	12,8	
10 – 20	165,6	30,4	109,9	117,9	24,9	78,7	12,0	5,5	7,5	35,7	23,6	
20 – 50	228,3	71,4	144,0	151,9	62,0	98,1	19,3	9,3	12,6	57,2	33,3	
50 – 100	182,6	69,9	112,9	105,1	55,7	66,8	25,8	14,1	17,7	51,8	28,4	
100 – 200	121,7	39,9	70,8	43,2	24,8	27,5	24,4	15,2	17,9	54,1	25,4	
200 und mehr	151,4	66,6	98,0	11,0	6,7	7,2	74,0	59,9	54,5	66,4	36,3	
	Rechtsformen											
Einzelunternehmen	844,0	221,2	524,1	556,3	194,9	361,7	54,8	26,3	35,1	232,8	127,3	
Haupterwerbsbetriebe	520,9	190,0	312,5	288,0	167,3	181,9	45,8	22,7	29,4	187,0	101,2	
Nebenerwerbsbetriebe	323,1	31,2	211,6	268,3	27,6	179,9	9,0	3,6	5,7	45,8	26,1	
Personengemeinschaften ² ..	155,0	45,5	93,6	X	X	X	77,0	45,5	51,3	78,0	42,3	
Juristische Personen	81,3	47,4	53,9	X	X	X	61,6	47,4	42,5	19,7	11,3	
	darunter: nach Ländern											
Baden-Württemberg	190,1	32,2	113,0	90,5	23,9	57,6	20,3	8,3	12,7	79,3	42,7	
Bayern	257,4	83,0	162,1	197,2	72,0	126,8	21,9	11,0	13,4	38,4	21,9	
Brandenburg	36,5	16,3	23,0	6,2	2,1	4,2	17,8	14,2	12,0	12,5	6,8	
Hessen	57,8	11,6	34,3	34,2	8,1	22,7	7,2	3,5	4,7	16,4	6,9	
Mecklenburg-Vorpommern ..	25,3	13,9	17,3	4,5	1,9	3,1	14,7	12,0	11,0	6,1	3,2	
Niedersachsen	150,7	44,2	93,4	73,0	31,4	48,6	23,7	12,8	16,4	53,9	28,5	
Nordrhein-Westfalen	123,7	32,3	76,9	66,8	24,3	44,2	18,3	8,0	11,9	38,6	20,8	
Rheinland-Pfalz	99,4	18,3	61,4	37,0	12,4	23,6	10,8	5,8	7,0	51,6	30,8	
Saarland	3,8	1,0	2,4	2,5	0,7	1,6	0,7	0,4	0,5	0,5	0,3	
Sachsen	36,0	17,9	23,0	8,9	3,1	6,0	18,8	14,8	12,2	8,3	4,7	
Sachsen-Anhalt	25,6	13,1	17,0	4,3	1,7	3,1	14,1	11,3	10,0	7,2	3,9	
Schleswig-Holstein	45,4	15,9	29,5	24,5	11,0	16,0	9,5	4,9	6,9	11,5	6,6	
Thüringen	24,1	13,2	15,5	4,8	1,4	3,2	14,4	11,8	9,5	5,0	2,8	

Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2010.

1 Im Betrieb beschäftigt.

2 Einschl. Personengesellschaften.

19.3 Pachtentgelte und Kaufwerte

19.3.1 Pachtflächen und Pachtentgelte in landwirtschaftlichen Betrieben 2010

	Landwirtschaftliche Betriebe mit Angabe des Jahrespachtentgeltes											
	insgesamt				und zwar mit							
					Ackerland				Dauergrünland			
	Betriebe	landwirtschaftlich genutzte Fläche	Pachtfläche	Pachtentgelt	Betriebe	landwirtschaftlich genutzte Fläche	Pachtfläche	Pachtentgelt	Betriebe	landwirtschaftlich genutzte Fläche	Pachtfläche	Pachtentgelt
1 000	1 000 ha		EUR je ha	1 000	1 000 ha		EUR je ha	1 000	1 000 ha		EUR je ha	
Deutschland	195,1	14 140,3	8 797,4	203	130,1	11 471,0	5 626,2	228	118,2	9 100,5	2 120,0	129
darunter:												
Baden-Württemberg	30,8	1 254,1	757,9	197	20,6	1 050,6	451,1	221	19,2	936,0	257,4	117
Bayern	57,7	2 303,9	1 181,4	251	37,7	1 724,7	682,4	291	37,4	1 550,4	343,4	169
Brandenburg	4,1	1 285,8	964,0	98	2,7	1 057,6	640,3	105	2,5	851,8	181,5	71
Hessen	13,7	696,8	439,3	148	9,5	550,2	237,9	182	9,1	477,0	142,3	86
Mecklenburg-Vorpommern ..	2,9	1 151,1	770,3	152	1,8	873,9	474,4	168	1,8	712,0	129,6	83
Niedersachsen	28,7	2 062,9	1 060,5	307	21,7	1 758,3	701,8	351	16,3	1 153,4	274,7	189
Nordrhein-Westfalen	20,8	982,2	520,4	337	14,9	781,9	324,1	402	10,8	510,1	139,8	183
Rheinland-Pfalz	14,7	651,2	413,3	199	7,2	513,5	246,3	195	6,2	397,2	127,4	89
Saarland	1,0	73,3	47,3	86	0,6	47,5	16,7	99	0,7	51,9	18,9	75
Sachsen	4,0	876,7	675,1	128	2,7	808,7	518,7	142	2,9	753,0	126,0	74
Sachsen-Anhalt	3,2	1 129,7	880,7	198	2,1	894,8	611,8	219	1,5	588,9	100,0	95
Schleswig-Holstein	10,4	888,8	434,6	294	7,0	754,6	266,5	339	7,7	602,8	147,8	208
Thüringen	2,6	762,9	639,0	130	1,5	643,5	449,7	149	1,7	500,9	124,0	67

Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2010. – Ohne Pachtungen von Eltern, Ehegatten/-gattin und sonstigen Verwandten und Verschwägerten des Betriebsinhabers/der Betriebsinhaberin. – Der Nachweis ist jeweils auf die selbst bewirtschaftete Fläche bezogen.

19.3.2 Jahrespachtentgelt der landwirtschaftlichen Betriebe mit gepachteten Einzelgrundstücken

	1995	1999	2003	2007	2010
	EUR je ha Pachtfläche				
Deutschland	147	158	174	183	203
darunter:					
Baden-Württemberg	167	172	183	189	197
Bayern	217	227	232	235	251
Brandenburg	54	63	74	80	98
Hessen	129	133	137	140	148
Mecklenburg-Vorpommern ..	80	93	113	125	152
Niedersachsen	251	255	268	279	307
Nordrhein-Westfalen	278	281	310	312	337
Rheinland-Pfalz	176	178	185	192	199
Saarland	80	79	87	85	86
Sachsen	83	96	108	116	128
Sachsen-Anhalt	123	140	160	172	198
Schleswig-Holstein	245	254	265	261	294
Thüringen	89	100	114	120	130

1995 Ergebnisse der Agrarberichterstattung, 1999 und 2010 der Landwirtschaftszählung, 2003 und 2007 der Agrarstrukturerhebung. – Ohne Pachtungen von Eltern, Ehegatten/-gattin und sonstigen Verwandten und Verschwägerten des Betriebsinhabers/der Betriebsinhaberin. – Der Nachweis ist jeweils auf die selbst bewirtschaftete Fläche bezogen.

19.3 Pachtentgelte und Kaufwerte

19.3.3 Veräußerungen landwirtschaftlicher Grundstücke 2010

	Veräußerungsfälle	Veräußerte Fläche ¹	Durchschnittlicher Kaufwert je Hektar ²
	Anzahl	ha	EUR
Deutschland	44 291	113 866	11 854
darunter:			
Baden-Württemberg	5 840	4 299	19 824
Bayern	4 035	6 042	25 866
Brandenburg	3 903	26 546	6 334
Hessen	4 252	3 890	12 499
Mecklenburg-Vorpommern ..	1 904	17 159	9 187
Niedersachsen	5 960	15 094	16 716
Nordrhein-Westfalen	3 270	5 815	28 051
Rheinland-Pfalz	5 158	3 957	10 017
Saarland	744	382	8 706
Sachsen	1 702	6 908	6 742
Sachsen-Anhalt	2 958	11 440	8 264
Schleswig-Holstein	1 047	5 293	16 923
Thüringen	3 518	7 039	6 350

Ergebnisse der Statistik der Kaufwerte für landwirtschaftliche Grundstücke.

1 Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung.

2 Summe der Kaufpreise bezogen auf die Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung.

19.4 Ökologischer Landbau

19.4.1 Betriebe und landwirtschaftlich genutzte Fläche 2010

	Insgesamt			Und zwar mit					
	Betriebe	landwirtschaftlich genutzte Fläche		Ackerland			Dauergrünland ¹		
		insgesamt ²	dar. ökologisch bewirtschaftet	Betriebe	Fläche		Betriebe	Fläche	
					zusammen ²	dar. ökologisch bewirtschaftet		zusammen ²	dar. ökologisch bewirtschaftet
1 000	1 000 ha	%	1 000	1 000 ha	%	1 000	1 000 ha	%	
Deutschland	16,5	980,9	96,0	10,6	456,7	93,6	14,4	477,2	98,4
darunter:									
Baden-Württemberg	3,0	112,2	87,7	2,0	44,1	81,0	2,7	62,4	92,5
Bayern	5,7	194,1	98,2	3,8	91,3	97,4	5,2	98,3	99,2
Brandenburg	0,7	140,8	99,7	0,6	90,1	99,7	0,6	46,4	99,7
Hessen	1,5	72,7	99,1	0,9	23,3	98,5	1,4	44,3	99,6
Mecklenburg-Vorpommern ..	0,7	117,8	99,5	0,5	45,0	99,3	0,6	70,1	99,8
Niedersachsen	1,2	78,5	94,7	0,8	32,9	91,4	1,0	36,0	98,8
Nordrhein-Westfalen	1,3	54,5	97,6	0,7	18,4	95,1	1,1	32,3	99,2
Rheinland-Pfalz	0,8	38,0	94,7	0,4	12,1	85,5	0,4	21,2	99,8
Saarland	0,1	8,5	96,9	0,1	2,4	94,9	0,1	5,6	97,8
Sachsen	0,4	38,0	88,4	0,3	24,3	84,6	0,3	12,5	94,8
Sachsen-Anhalt	0,3	49,6	.	0,3	32,0	95,4	0,2	15,4	99,9
Schleswig-Holstein	0,4	35,2	93,9	0,3	20,5	90,3	0,4	14,3	99,0
Thüringen	0,2	39,0	88,0	0,2	19,9	76,9	0,2	17,2	99,9

Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2010.

1 Ohne ertragsarmes und aus der Erzeugung genommenes Dauergrünland.

2 Einschl. Flächen, die nicht in die ökologische Wirtschaftsweise einbezogen sind.

19.4 Ökologischer Landbau

19.4.2 Viehbestand 2010

	Betriebe	Tiere	Dar. Betriebe mit ökologischem Landbau			
			zusammen	Tiere		
	insgesamt			zusammen ¹	dar. in die ökologische Wirtschaftsweise einbezogene Tiere	
1 000			Anzahl		%	
Rinder	144,9	12 534,5	9,7	628,7	594,1	94,5
Schweine	60,1	27 571,4	2,1	197,8	156,3	79,0
Schafe	22,3	2 088,5	2,3	259,1	245,7	94,8
Ziegen	11,2	149,9	1,6	53,3	50,1	94,0
Gänse, Enten, Truthühner	9,6	14 786,4	1,0	265,4	225,0	84,8
Einhüfer (z. B. Pferde)	49,0	461,8	4,2	32,8	30,2	91,9

Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2010.

1 Einschl. Viehbestände, die nicht in die ökologische Wirtschaftsweise einbezogen sind.

19.5 Düngemittel

19.5.1 Inlandsabsatz nach Nährstoffarten

Wirtschaftsjahr	Insgesamt				Je ha landwirtschaftlich genutzter Fläche ¹			
	Stickstoff (N)	Phosphat (P ₂ O ₅)	Kali (K ₂ O)	Kalk (CaO)	Stickstoff (N)	Phosphat (P ₂ O ₅)	Kali (K ₂ O)	Kalk (CaO)
	1 000 t Nährstoff				kg Nährstoff			
2001/02	1 792	315	506	2 310	105,6	18,5	29,8	124,9
2005/06	1 785	274	426	1 897	105,3	16,2	25,1	106,0
2009/10	1 569	235	363	2 075	92,9	13,9	21,5	117,8
2010/11	1 786	286	434	2 276	106,9	17,1	26,0	130,7

1 Bezogen auf die landwirtschaftlich genutzte Fläche, einschl. Brache.

19.5.2 Inlandsabsatz nach Düngerarten

Wirtschaftsjahr	Stickstoff (N)						Phosphat (P ₂ O ₅)			
	zusammen	Kalkammonsalpeter	Ammonnitrat-Harnstoff-Lösung	Harnstoff	andere Einnährstoffdünger ¹	Mehrnährstoffdünger	zusammen	Superphosphat ²	andere Phosphatdünger ³	Mehrnährstoffdünger
	1 000 t Nährstoff									
2001/02	1 792	851	255	283	214	188	315	39	12	263
2005/06	1 785	805	230	301	276	173	274	23	8	243
2009/10	1 569	713	188	280	276	113	235	22	6	207
2010/11	1 786	728	200	377	325	156	286	20	9	258

Wirtschaftsjahr	Kali (K ₂ O)					Kalk (CaO)				
	zusammen	Kaliohsalz ⁴	Kaliumchlorid ⁵	Kaliumsulfat ⁶	Mehrnährstoffdünger	zusammen	Kohlensaurer Kalk ⁷	Brantkalk ⁸	Konverterkalk ⁹	andere Kalkdünger ¹⁰
	1 000 t Nährstoff									
2001/02	506	10	245	22	230	2 310	1 650	125	168	367
2005/06	426	8	215	25	178	1 897	1 352	76	148	321
2009/10	363	10	233	18	101	2 075	1 483	67	185	339
2010/11	434	12	253	27	142	2 276	1 656	59	219	343

1 Z. B. Stickstoff-Magnesia, Ammoniumnitrat, Ammonsulfat, Ammonsulfatsalpeter und andere Salpetersorten, Kalkstickstoff.

2 Auch Triple-Superphosphat.

3 Weicherdiges Rohphosphat, teilaufgeschlossenes Rohphosphat, Dicalciumphosphat, Rohphosphat mit wasserlöslichem Anteil, Thomasphosphat, Rohphosphat mit kohlensaurem Kalk.

4 Einschl. Rückstandkali.

5 Einschl. Kaliumchlorid mit Magnesium.

6 Einschl. Kaliumsulfat mit Magnesium.

7 Einschl. kohlensaurer Magnesiumkalk.

8 Einschl. Magnesium-Brantkalk.

9 Einschl. Hüttenkalk.

10 Einschl. Misch-, Carbo- und Rückstandkalk.

19.6 Forstbetriebe und Forstwirtschaft

19.6.1 Land- und forstwirtschaftliche Betriebe mit Wald und Kurzumtriebsplantagen 2010

	Insgesamt		Wald		Kurzumtriebsplantagen	
	Anzahl der Betriebe	Fläche in 1 000 ha	Anzahl der Betriebe	Fläche in 1 000 ha	Anzahl der Betriebe	Fläche in 1 000 ha
Deutschland	175 891	8 843,1	175 569	8 837,7	1 018	5,4
Baden-Württemberg	12 617	.	12 556	1 173,8	109	.
Bayern	88 246	1 961,3	88 212	1 959,9	240	1,5
Brandenburg	4 937	793,1	4 921	792,1	70	1,0
Hessen	6 423	795,3	6 410	795,1	32	0,2
Mecklenburg-Vorpommern	2 319	442,1	2 311	441,9	28	0,2
Niedersachsen	19 242	906,5	19 175	905,7	203	0,8
Nordrhein-Westfalen	17 896	708,0	17 854	707,7	144	0,3
Rheinland-Pfalz	9 419	686,2	9 397	686,2	56	0,1
Saarland	450	74,4	447	.	3	.
Sachsen	4 579	385,0	4 569	384,6	49	0,3
Sachsen-Anhalt	2 449	353,7	2 439	353,6	25	0,1
Schleswig-Holstein	4 300	135,6	4 273	.	41	.
Thüringen	2 955	394,7	2 947	394,7	17	0,1
Berlin, Bremen, Hamburg

Kurzumtriebsplantagen sind bewirtschaftete Forstflächen, auf denen Holzpflanzen angebaut werden, deren Umtriebszeit bis zu etwa 20 Jahren beträgt (z. B. Pappeln, Weiden). Als Umtriebszeit gilt die Zeit zwischen der Anpflanzung der Bäume und der Ernte des Endprodukts.

Land- und forstwirtschaftliche Betriebe können sowohl Wald als auch Kurzumtriebsplantagen besitzen. Deshalb addieren sich zwar die Flächen auf insgesamt, nicht aber die Anzahl der Betriebe.

Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2010.

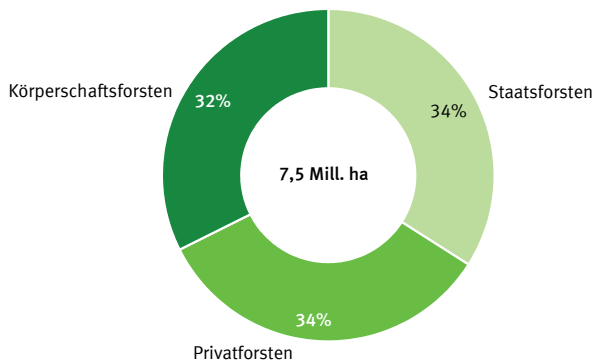
19.6.2 Holzeinschlag

Der jährliche **Holzeinschlag** wird stark von den jeweiligen Witterungsbedingungen und unvorhersehbaren Ereignissen bzw. Wetterphänomenen (z. B. Orkane) beeinflusst. Die Einordnung der jährlichen Holzeinschlagszahlen ist daher nur anhand mehrjähriger Durchschnittswerte sinnvoll.

	Insgesamt	Laubholz				Nadelholz					
		zusammen	Eiche		Buche und sonstiges Laubholz		zusammen	Kiefer und Lärche		Fichte, Tanne, Douglasie und sonstiges Nadelholz	
			Stammholz, Stangen, Schwellen	Industrie-, Energieholz ¹	Stammholz, Stangen, Schwellen	Industrie-, Energieholz ¹		Stammholz, Stangen, Schwellen	Industrie-, Energieholz ¹	Stammholz, Stangen	Industrie-, Energieholz ¹
1 000 m ³ ohne Rinde											
2000/2004 D	48 252	10 388	825	1 004	3 108	5 452	37 863	4 550	4 897	20 770	7 646
2005/2009 D	59 881	12 112	807	1 313	2 723	7 270	47 768	5 763	5 868	25 954	10 184
2010	54 418	11 978	523	1 279	2 273	7 903	42 440	5 577	6 418	21 375	9 071
2011	56 142	14 432	673	1 515	2 847	9 397	41 710	6 512	7 099	18 985	9 114

1 Einschl. nicht verwertetes Holz.

Waldfläche der Forstbetriebe 2010



Staatsforsten bezeichnen Wald im Alleineigentum des Bundes oder eines Landes. **Körperschaftsforsten** umfassen Gemeindeforsten (einschließlich Kreisforsten sowie Forsten von Gemeinde- und Kreisverbänden) und Forsten sonstiger Körperschaften des öffentlichen Rechts. Wald, der weder Staatswald noch Körperschaftswald ist, gilt als **Privatwald**.

2012 - 01 - 0492

19.7 Zur Bewässerung genutzte Wassermengen in der Landwirtschaft

Bewässerung landwirtschaftlich genutzter Flächen im Freiland 2009

Verbrauchte Wassermengen der landwirtschaftlichen Betriebe, in 1 000 m³

■ unter 700
 ■ 700 bis unter 2 500
 ■ 2 500 bis unter 9 000
 ■ 9 000 bis unter 15 000
 ■ 15 000 und mehr



1 In Berlin und Bremen sind Rückschlüsse auf einzelne Betriebe möglich. Daher unterliegen die Daten der statistischen Geheimhaltung.

19.8 Anbau und Ernte

19.8.1 Feldfrüchte im Hauptanbau und Dauerwiesen

Anbau und Ernte von Feldfrüchten ist abhängig von den jeweiligen Witterungsbedingungen. Ein Vergleich der Erntejahre ist daher nur anhand der Durchschnittswerte sinnvoll.

	Ackerland									
	insgesamt	Getreide ¹								
		zusammen	Winterweizen einschl. Dinkel und Einkorn	Sommer- weizen ²	Roggen und Wintermeng- getreide	Wintergerste	Sommer- gerste	Hafer	Triticale ³	Körnermais/ Mais zum Ausreifen (einschl. Corn-Cob-Mix)
Anbaufläche in 1 000 ha										
2005/2010 D	11 895,1	6 774,5	3 116,6	53,0	653,4	1 402,8	492,2	175,8	430,9	449,8
2010	11 846,7	6 587,5	3 233,9	63,8	627,1	1 294,8	346,6	141,4	413,3	466,6
2011	11 874,1	6 491,0	3 172,8	75,4	613,7	1 177,7	420,3	143,4	399,7	487,9
darunter: 2011 nach Ländern										
Baden-Württemberg	831,6	524,7	230,2	5,9	9,7	93,1	64,7	23,2	25,0	72,9
Bayern	2 063,3	1 173,4	518,5	6,8	39,3	248,2	116,9	31,2	88,4	124,1
Brandenburg	1 029,3	511,3	151,6	5,5	193,9	65,9	11,2	13,7	43,7	25,7
Hessen	479,3	305,5	167,9	2,7	14,1	70,1	17,6	9,8	17,5	5,8
Mecklenburg-Vorpommern . .	1 078,4	570,3	349,1	3,2	70,5	100,4	18,0	7,5	15,9	5,9
Niedersachsen	1 877,7	869,3	393,9	7,6	113,4	138,6	43,5	11,6	68,1	92,5
Nordrhein-Westfalen	1 060,6	625,1	272,9	(4,5)	17,6	144,9	11,4	11,5	57,6	104,6
Rheinland-Pfalz	401,6	239,2	113,9	(3,6)	10,9	35,1	44,4	5,4	17,0	8,9
Saarland	37,1	21,9	9,3	.	3,2	2,8	1,6	1,8	2,5	0,3
Sachsen	719,5	405,3	195,1	3,2	34,7	86,1	31,8	10,3	22,7	21,5
Sachsen-Anhalt	1 002,0	569,0	333,9	16,3	75,4	84,8	13,7	5,3	20,2	19,4
Schleswig-Holstein ⁴	673,4	293,7	203,8	6,8	19,1	40,2	9,6	7,2	.	(1,1)
Thüringen	611,6	378,5	230,8	9,0	11,2	66,9	35,8	4,6	15,0	5,2
Ertrag in dt je ha										
2005/2010 D	X	67,4	75,0	53,9	49,2	64,9	47,1	44,9	56,2	93,2
2010	X	66,9	72,5	51,8	46,3	66,6	49,2	42,3	53,7	90,9
2011	X	64,6	70,6	51,2	41,1	56,7	49,0	43,7	51,8	107,2
darunter: 2011 nach Ländern										
Baden-Württemberg	X	71,0	69,8	57,4	48,0	61,7	50,4	47,8	66,5	121,2
Bayern	X	66,5	71,0	60,0	41,6	54,5	52,0	49,0	51,7	108,4
Brandenburg	X	41,8	53,8	35,2	30,4	42,2	30,1	26,0	34,5	83,9
Hessen	X	66,6	74,9	47,6	51,2	60,6	44,1	38,1	54,9	94,8
Mecklenburg-Vorpommern . .	X	60,4	66,9	43,4	42,8	56,6	42,9	34,5	39,8	96,1
Niedersachsen	X	70,3	77,2	55,3	52,5	59,0	50,2	47,8	57,9	102,6
Nordrhein-Westfalen	X	78,4	81,3	58,3	57,5	63,4	49,4	52,1	60,5	111,8
Rheinland-Pfalz	X	55,6	60,7	41,7	52,5	52,4	42,0	36,8	50,5	101,5
Saarland	X	50,9	56,3	40,7	48,2	53,1	37,7	36,3	47,4	93,4
Sachsen	X	60,9	66,3	42,9	40,4	55,7	52,7	46,8	48,1	99,7
Sachsen-Anhalt	X	59,3	66,7	49,2	36,3	51,8	48,2	31,2	39,9	96,5
Schleswig-Holstein ⁴	X	73,7	80,3	63,6	54,2	62,9	44,3	53,0	.	.
Thüringen	X	61,5	66,1	48,8	51,8	54,8	53,3	40,6	47,6	101,0

1 2010/2011 ohne anderes Getreide zur Körnergewinnung (z. B. Hirse, Sorghum, Kanariensaat).

2 Einschl. Hartweizen (Durum).

3 Einschl. Sommermenggetreide.

4 Hafer einschl. Sommermenggetreide.

19.8 Anbau und Ernte

19.8.1 Feldfrüchte im Hauptanbau und Dauerwiesen

	Ackerland										Dauerwiesen und Mäh- weiden ¹²
	Hülsenfrüchte		Hackfrüchte		Raps und Rübsen	Pflanzen zur Grünernte				alle anderen Ackerflächen	
	Erbsen (ohne Frisch- erbsen)	Acker- bohnen	Kartoffeln	Zuckerrüben		Legumino- sen zur Ganz- pflanzen- ernte ¹¹ 2	Feldgras/ Grasanbau auf dem Ackerland ¹²	Silomais/ Grünmais einschl. Lieschkol- benschrot ¹³	Getreide zur Ganz- pflanzen- ernte ¹⁴		
Anbaufläche in 1 000 ha											
2005/2010 D	70,6	13,7	267,3	382,9	1 437,4	244,0	351,5	1 520,3	.	.	4 650,5
2010	57,2	16,3	254,4	364,1	1 461,2	246,0	386,9	1 828,9	64,8	579,5	4 443,9
2011	55,8	17,3	258,7	398,1	1 328,6	263,5	397,5	2 028,8	67,7	567,2	4 443,1
darunter: 2011 nach Ländern											
Baden-Württemberg	3,5	(1,2)	5,7	17,8	65,4	36,7	12,9	109,1	13,4	41,2	503,0
Bayern	12,8	(4,2)	43,7	65,8	126,7	97,5	25,6	399,4	14,0	100,2	1 026,0
Brandenburg	8,8	0,3	9,4	8,3	122,4	29,8	59,8	165,4	6,6	106,3	271,8
Hessen	1,3	1,3	4,2	15,0	65,2	9,4	15,6	38,2	(2,2)	21,3	266,0
Mecklenburg-Vorpommern ..	2,5	0,3	13,6	27,6	212,2	13,8	41,6	155,2	2,7	38,5	257,9
Niedersachsen	/	/	112,9	101,9	127,3	(6,2)	70,6	515,3	(4,5)	67,6	680,8
Nordrhein-Westfalen	(1,2)	(1,6)	32,6	60,0	66,6	(4,0)	43,3	177,0	(4,2)	45,0	354,8
Rheinland-Pfalz	(1,4)	/	7,9	19,6	44,2	9,7	15,3	30,7	2,8	30,4	222,8
Saarland	0,2	0,0	0,1	-	4,2	1,1	2,5	3,7	0,8	2,6	38,9
Sachsen	5,9	1,3	7,4	14,4	127,6	19,0	29,8	74,6	3,4	30,9	176,6
Sachsen-Anhalt	8,7	1,1	13,8	48,9	161,6	8,0	21,7	113,2	7,2	48,8	158,0
Schleswig-Holstein	(0,4)	(1,3)	5,2	9,2	89,5	13,6	45,9	194,0	2,6	17,9	316,3
Thüringen	8,4	2,6	2,1	9,4	114,6	14,6	12,0	51,9	3,4	14,2	156,5
Ertrag in dt je ha											
2005/2010 D	30,5	34,9	414,5	619,9	38,1	72,1	67,6	433,6	.	X	.
2010	30,0	30,6	398,8	616,3	39,0	72,6	65,5	393,8	248,2	X	64,0
2011	27,7	35,6	457,6	628,7	29,1	73,0	67,7	476,1	202,0	X	65,0
darunter: 2011 nach Ländern											
Baden-Württemberg	31,7	35,2	431,6	802,5	26,5	66,6	66,0	484,8	200,2	X	57,2
Bayern	30,2	35,0	477,0	845,5	24,6	84,5	77,7	541,5	.	X	72,4
Brandenburg	15,7	19,3	380,9	624,2	22,0	54,4	41,6	387,5	132,3	X	50,6
Hessen	30,9	18,2	442,7	742,9	31,6	44,1	58,5	540,4	(169,1)	X	52,1
Mecklenburg-Vorpommern ..	25,6	45,1	347,2	623,3	26,3	48,9	49,7	417,3	224,7	X	45,2
Niedersachsen	39,1	41,9	465,1	745,1	34,4	75,9	88,4	500,8	273,6	X	84,1
Nordrhein-Westfalen	35,2	43,9	496,8	764,1	36,4	62,4	66,1	490,9	220,3	X	58,4
Rheinland-Pfalz	24,8	36,7	414,6	729,5	24,3	53,2	54,3	482,2	222,6	X	48,6
Saarland	28,4	23,6	390,9	-	24,5	67,6	63,2	458,9	268,6	X	55,3
Sachsen	30,2	39,6	445,5	724,7	31,4	88,8	87,0	443,8	195,0	X	69,9
Sachsen-Anhalt	26,7	36,1	493,0	686,5	31,0	55,2	41,5	443,4	198,4	X	48,7
Schleswig-Holstein	359,7	699,2	.	80,7	84,3	405,6	.	X	78,3
Thüringen	32,2	32,3	418,6	690,4	32,6	88,3	92,2	449,0	178,4	X	61,1

1 Z. B. Klee, Luzerne, Mischungen ab 80 % Leguminosen.

2 Ertrag in Trockenmasse berechnet (Raufutterernte einschl. Grünfütter- und Weidenutzung).

3 Ertrag in Grünmasse (35 % Trockenmasse).

4 Einschl. Teigreife.

19.8 Anbau und Ernte

19.8.2 Gemüse

Anbau und Ernte von Gemüse ist abhängig von den jeweiligen Witterungsbedingungen. Ein Vergleich der Erntejahre ist daher nur anhand der Durchschnittswerte sinnvoll.

	Gemüse im Freiland											Gemüse unter hohen beherrschbaren Schutzabdeckungen insgesamt ¹³
	insgesamt	darunter										
		Kohlgemüse		Blattgemüse			Stängel-, Wurzel- und Knollengemüse			Fruchtgemüse ¹¹	Hülsenfrüchte ¹²	
		zusammen	dar. Blumenkohl	zusammen	dar. Salate		zusammen	darunter				
zusammen	dar. Eisalat				Spargel (im Ertrag)	Möhren u. Karotten						
Anbaufläche in ha												
2005/2010 D	111 999	21 675	4 742	.	.	4 458	.	18 426	10 197	6 978	.	1 424
2010	110 570	20 992	4 491	17 322	14 177	4 359	41 889	18 794	10 367	7 545	8 780	1 325
2011	111 705	21 281	4 422	18 280	14 904	4 797	41 704	18 611	9 683	7 563	7 948	1 309
darunter: 2011 nach Ländern												
Baden-Württemberg	9 964	1 403	150	2 339	2 207	434	3 852	1 996	669	1 497	145	441
Bayern	13 401	2 507	280	1 433	1 371	380	4 872	2 088	982	2 355	273	263
Brandenburg	5 699	228	29	149	142	38	4 188	2 650	440	937	50	43
Hessen	7 032	1 098	130	580	481	32	2 645	1 835	178	550	591	41
Mecklenburg-Vorpommern ..	1 865	502	19	775	774	64	559	254	252	8	1	15
Niedersachsen	18 712	3 302	849	4 003	3 709	3 012	7 415	4 073	1 741	390	768	81
Nordrhein-Westfalen	19 735	4 755	990	3 545	1 962	655	6 895	3 020	2 101	515	2 426	201
Rheinland-Pfalz	18 454	2 408	(1 237)	4 537	3 572	142	6 603	960	1 576	985	362	51
Saarland	140	27	.	57	55	.	44	.	5	6	2	2
Sachsen	4 384	371	184	275	91	.	407	189	54	22	2 825	40
Sachsen-Anhalt	4 381	112	35	217	192	1	2 125	802	742	65	283	5
Schleswig-Holstein	6 185	4 051	327	43	41	4	1 557	355	933	106	183	23
Thüringen	1 232	459	181	9	9	0	480	362	5	97	36	46
Ertrag in dt je ha												
2005/2010 D	X	X	270,0	X	X	252,9	X	49,0	531,9	X	X	X
2010	X	X	276,3	X	X	231,4	X	49,2	534,3	X	X	X
2011	X	X	269,1	X	X	277,9	X	55,6	551,2	X	X	X
darunter: 2011 nach Ländern												
Baden-Württemberg	X	X	250,5	X	X	315,1	X	44,0	416,0	X	X	X
Bayern	X	X	282,4	X	X	331,9	X	58,7	471,1	X	X	X
Brandenburg	X	X	187,5	X	X	241,0	X	53,1	424,1	X	X	X
Hessen	X	X	353,3	X	X	290,7	X	61,3	361,9	X	X	X
Mecklenburg-Vorpommern ..	X	X	73,3	X	X	73,9	X	34,0	728,9	X	X	X
Niedersachsen	X	X	229,5	X	X	271,5	X	65,1	739,5	X	X	X
Nordrhein-Westfalen	X	X	280,7	X	X	269,4	X	49,6	556,0	X	X	X
Rheinland-Pfalz	X	X	305,8	X	X	.	X	63,1	488,2	X	X	X
Saarland	X	X	.	X	X	.	X	.	.	X	X	X
Sachsen	X	X	219,6	X	X	.	X	35,6	518,3	X	X	X
Sachsen-Anhalt	X	X	260,6	X	X	.	X	50,1	632,8	X	X	X
Schleswig-Holstein	X	X	225,0	X	X	256,3	X	38,1	463,5	X	X	X
Thüringen	X	X	232,0	X	X	344,8	X	69,2	381,5	X	X	X

1 Einlege- und Schälgurken, Zucchini, Speisekürbisse, Zuckermais.

2 Buschbohnen, Dicke Bohnen, Stangenbohnen, Frischerbsen.

3 Gurken, Kohlrabi, Paprika, Radies, Feldsalat, Kopfsalat, sonstige Salate, Tomaten.

19.8 Anbau und Ernte

19.8.3 Obsternte im Marktobstbau

Anbau und Ernte von Obst ist abhängig von den jeweiligen Witterungsbedingungen. Ein Vergleich der Erntejahre ist daher nur anhand der Durchschnittswerte sinnvoll.

	Äpfel	Birnen	Süßkirschen	Sauerkirschen	Pflaumen aller Art ¹	Johannisbeeren	Himbeeren	Heidelbeeren	Erdbeeren ²
t									
2005/2010 D	976 947	44 342	31 577	25 647	57 399
2010	834 960	38 895	30 831	18 265	53 223	11 927	5 212	8 305	156 911
2011	898 448	46 854	37 035	22 294	64 105	9 587	4 778	6 608	154 418
darunter: 2011 nach Ländern									
Baden-Württemberg	293 412	15 426	20 380	2 049	25 397	4 824	1 491	.	.
Bayern	38 330	6 877	3 328	671	4 989	485	554	304	14 790
Brandenburg	6 248	124	352	418	826	15	22	421	2 053
Hessen	10 625	753	719	219	.	185	124	.	.
Mecklenburg-Vorpommern	15 379	45	150	148	.	868	.	61	5 673
Niedersachsen	238 226	8 030	3 635	204	5 138	724	1 057	4 708	.
Nordrhein-Westfalen	58 938	4 990	459	826	3 032	1 452	(789)	.	35 853
Rheinland-Pfalz	29 686	4 080	3 075	7 879	16 961
Saarland
Sachsen	94 774	4 156	631	4 816	.	319	30	38	3 645
Sachsen-Anhalt	33 744	609	1 825	1 423	.	.	12	.	920
Schleswig-Holstein	12 411	276	263	482	.	102	535	.	.
Thüringen	29 569	225	1 790	3 099	2 880	163	11	.	1 338

1 Pflaumen, Zwetschen, Mirabellen, Renekloden.

2 Im Freiland und unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen.

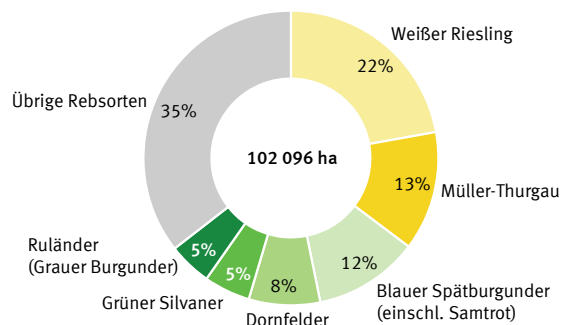
19.9 Weinanbau und Weinerzeugung

19.9.1 Bestockte Rebflächen nach Rebsorten

	1999 ¹	2009 ²	2011
	ha		
Bestockte Rebfläche (Keltertrauben)	104 260	102 186	102 096
Weißer Sorten	79 106	65 361	65 570
Bacchus	3 283	1 977	1 893
Burgunder, Weißer	2 402	3 941	4 280
Chardonnay	531	1 228	1 388
Elbling, Weißer	1 043	567	553
Faberrebe	1 586	551	488
Gutedel, Weißer	1 199	1 132	1 145
Huxelrebe	1 289	613	571
Kerner	6 829	3 584	3 328
Morio-Muskat	1 166	488	457
Müller-Thurgau	20 672	13 628	13 374
Ortega	1 054	622	594
Riesling, Weißer	22 355	22 580	22 636
Ruländer	2 638	4 517	4 859
Scheurebe	3 126	1 655	1 573
Silvaner, Grüner	6 859	5 187	5 185
Traminer, Roter (Gewürztraminer)	849	838	870
Sonstige weiße Sorten	2 226	2 253	2 375
Rote Sorten	25 154	36 825	36 526
Dornfelder	3 766	8 000	8 009
Limberger, Blauer	1 118	1 747	1 775
Müllerrebe (Schwarzriesling)	2 289	2 303	2 198
Portugieser, Blauer	4 880	4 202	3 966
Spätburgunder, Blauer	8 647	11 733	11 756
Trollinger, Blauer	2 530	2 431	2 378
Sonstige rote Sorten	1 924	6 409	6 443

1 Angaben der in der Landwirtschaftszählung durchgeführten Weinbauerhebung.
2 Grunderhebung der Rebflächen.

Die wichtigsten Rebsorten in Deutschland 2011



2012 - 01 - 0494

19.9 Weinanbau und Weinerzeugung

19.9.2 Weinmosterne nach ausgewählten Ländern und Anbaugebieten

	Weinmost insgesamt				Weißmost		Rotmost	
	Rebfläche im Ertrag	Ertrag je ha	Erntemenge	durchschnittliches Mostgewicht	Rebfläche im Ertrag	Erntemenge	Rebfläche im Ertrag	Erntemenge
	ha	hl	1 000 hl	°Oechsle ¹	ha	1 000 hl	ha	1 000 hl
2010	99 907	70,6	7 055	81	63 660	4 177	36 247	2 879
2011	99 747	92,8	9 258	82	63 761	5 542	35 986	3 716
	darunter: 2011 nach Ländern und Anbaugebieten							
Baden-Württemberg	26 619	89,1	2 371	85	11 885	996	14 734	1 375
Baden	15 442	88,7	1 370	86	8 691	801	6 751	569
Württemberg	11 177	89,6	1 001	83	3 193	195	7 983	806
Bayern	6 056	61,7	373	86	4 866	312	1 190	62
Franken	6 009	61,5	370	86	4 835	309	1 174	61
Hessen	3 490	74,3	259	86	2 945	218	545	41
Hessische Bergstraße	422	73,1	31	85	332	23	91	8
Rheingau	3 068	74,4	228	86	2 613	195	455	33
Rheinland-Pfalz	62 281	98,9	6 162	81	43 061	3 948	19 220	2 214
Ahr	544	86,1	47	87	81	7	462	39
Mittelrhein	426	80,0	34	86	361	28	65	6
Mosel	8 501	111,3	946	81	7 701	856	799	90
Nahe	4 062	82,7	336	86	3 035	234	1 027	102
Pfalz	22 911	95,2	2 181	80	14 096	1 164	8 815	1 017
Rheinhessen	25 838	101,4	2 619	80	17 786	1 659	8 052	960
Saarland	100	101,5	10	79	90	9	11	1
Sachsen	422	54,4	23	83	342	19	81	4
Sachsen-Anhalt/Thüringen ..	736	75,7	56	79	543	38	192	18

1 °Oechsle (Grad Oechsle) ist eine Maßeinheit für das Mostgewicht des Traubenmostes.

19.9.3 Weinerzeugung nach ausgewählten Ländern und Anbaugebieten

	Wein und Most		Weißwein und -most zusammen	Rotwein und -most zusammen
	insgesamt	dar. Anteil an Qualitätswein b. A.		
	1 000 hl	%	1 000 hl	
2010	6 906	98,2	4 093	2 814
2011	9 132	96,6	5 412	3 720
	darunter: 2011 nach Ländern und Anbaugebieten			
Baden-Württemberg	2 366	99,8	996	1 371
Baden	1 369	99,7	801	569
Württemberg	997	99,8	195	802
Bayern	359	99,3	284	75
Franken	355	99,4	282	74
Hessen	259	99,9	217	42
Hessische Bergstraße	31	99,7	22	8
Rheingau	228	99,9	195	33
Rheinland-Pfalz	6 060	95,1	3 852	2 209
Ahr	52	96,6	10	42
Mittelrhein	34	98,6	28	6
Mosel	1 321	95,7	1 064	258
Nahe	253	99,0	167	86
Pfalz	1 742	96,7	919	823
Rheinhessen	2 658	93,2	1 663	995
Saarland	7	99,6	6	1
Sachsen	23	97,2	19	4
Sachsen-Anhalt/Thüringen ..	55	99,9	38	18

19.10 Viehwirtschaft und tierische Erzeugung

19.10.1 Rinder

	Rinderbestand						Durchschnittlicher Rinderbestand je Haltung	
	insgesamt	davon					insgesamt	dar. Milchkühe
		Kälber und Jung- rinder bis einschl. 1 Jahr	männliche Rinder über 1 Jahr	Färsen	Milchkühe	sonstige Kühe		
Anzahl	Anzahl						Anzahl	Anzahl
3. Mai 2010	12 809 492	3 901 540	1 181 768	2 826 175	4 183 111	716 898	73	45
3. November 2010	12 706 229	3 867 576	1 127 641	2 822 049	4 181 679	707 284	73	46
3. Mai 2011	12 562 600	3 799 563	1 111 102	2 767 638	4 184 978	699 319	74	47
3. November 2011	12 527 840	3 851 195	1 070 163	2 732 630	4 190 103	683 749	75	48
am 3. November 2011 nach Ländern								
Baden-Württemberg	1 008 788	291 686	77 919	227 441	347 355	64 387	51	34
Bayern	3 285 124	967 461	230 642	777 327	1 235 456	74 238	58	31
Berlin	684	167	88	142	127	160	29	16
Brandenburg	556 071	158 657	30 257	113 769	157 576	95 812	122	203
Bremen	10 092	2 538	643	2 672	3 746	493	99	63
Hamburg	6 023	1 725	682	1 522	950	1 144	49	41
Hessen	456 463	125 167	34 802	107 392	146 063	43 039	46	38
Mecklenburg-Vorpommern ..	546 499	157 158	33 209	111 524	175 695	68 913	174	189
Niedersachsen	2 524 887	872 965	293 264	500 080	791 845	66 733	107	63
Nordrhein-Westfalen	1 414 872	493 630	190 276	263 237	400 415	67 314	72	50
Rheinland-Pfalz	363 060	97 678	22 901	83 348	117 783	41 350	61	48
Saarland	49 052	13 575	3 797	10 645	14 324	6 711	63	58
Sachsen	499 710	138 151	19 517	113 580	186 937	41 525	66	124
Sachsen-Anhalt	341 112	95 357	13 017	78 659	123 804	30 275	106	173
Schleswig-Holstein	1 124 422	334 887	100 172	267 377	379 188	42 798	129	77
Thüringen	340 981	100 393	18 977	73 915	108 839	38 857	79	150

19.10.2 Schweine

	Schweinebestand						Durchschnittlicher Schweinebestand je Betrieb		
	insgesamt	davon					insgesamt	darunter	
		Ferkel	Jungschweine unter 50 kg Lebendgewicht	Mastschweine mit 50 kg Lebendgewicht und mehr	Zuchtschweine mit 50 kg Lebend- gewicht und mehr			Mastschweine	Zuchtschweine
					Zuchtsauen	Eber zur Zucht			
1 000	Anzahl						Anzahl	Anzahl	
3. Mai 2010	26 509,1	7 391,4	5 669,3	11 173,3	2 242,7	32,4	795	398	142
3. November 2010	26 900,8	7 148,7	6 186,0	11 301,1	2 232,7	32,3	818	404	146
3. Mai 2011	26 758,1	7 840,4	5 480,7	11 216,2	2 193,8	(27,1)	845	417	149
3. November 2011	27 402,5	7 997,5	5 394,8	11 791,6	2 193,6	25,1	886	464	159
am 3. November 2011 nach Ländern ¹⁾									
Baden-Württemberg	2 017,3	734,9	343,7	723,8	211,3	(3,6)	612	284	116
Bayern	3 488,4	1 022,6	670,7	1 482,0	309,4	/	493	265	80
Brandenburg	835,1	310,3	185,0	243,8	94,5	1,4	3 695	1 340	762
Hessen	649,6	180,1	130,2	289,6	48,8	0,9	422	215	71
Mecklenburg-Vorpommern ..	820,1	279,2	179,5	278,4	82,7	0,4	3 905	1 677	762
Niedersachsen	8 718,1	2 196,8	1 745,4	4 217,3	554,5	4,0	1 052	598	178
Nordrhein-Westfalen	6 387,2	1 711,5	1 232,7	2 985,6	449,5	/	798	450	151
Rheinland-Pfalz	242,5	68,3	54,7	102,3	16,8	0,3	590	306	82
Saarland	7,5	1,4	1,9	3,7	0,5	0,0	269	161	50
Sachsen	642,6	227,9	129,8	210,6	73,5	0,7	3 104	1 232	645
Sachsen-Anhalt	1 235,1	519,2	210,5	359,2	145,7	0,6	5 021	1 823	975
Schleswig-Holstein	1 508,8	412,5	312,7	679,3	103,1	(1,1)	1 267	677	214
Thüringen	850,2	332,7	197,9	216,0	103,2	0,4	4 087	1 207	870

1 Seit Mai 2010 werden in den Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg keine Schweinebestände mehr erhoben.

19 Land- und Forstwirtschaft

19.10 Viehwirtschaft und tierische Erzeugung

19.10.3 Schafe

	Schafbestand			Durchschnittlicher Schafbestand je Betrieb
	insgesamt	darunter		
		weibliche Schafe zur Zucht	Lämmer und Jungschafe unter 1 Jahr	Anzahl
1 000				
3. November 2011	1 657,8	1 178,4	434,4	160
nach Ländern¹				
Baden-Württemberg	221,3	156,9	58,9	159
Bayern	284,1	200,0	77,8	120
Brandenburg	78,0	57,5	18,1	279
Hessen	124,0	85,5	35,8	142
Mecklenburg-Vorpommern	67,5	44,5	21,1	245
Niedersachsen	164,8	108,2	48,9	146
Nordrhein-Westfalen	131,7	91,2	36,4	127
Rheinland-Pfalz	70,9	50,7	18,2	133
Saarland	9,0	6,8	2,0	96
Sachsen	80,6	60,2	18,2	186
Sachsen-Anhalt	83,0	60,4	20,4	260
Schleswig-Holstein	196,2	140,6	50,4	168
Thüringen	146,6	116,0	28,1	325

1 Seit 2011 werden in den Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg keine Schafbestände mehr erhoben.

19.10.4 Gewerbliche Schlachtungen und Fleischerzeugung

	Geschlachtete Tiere					Schlachtmenge					
	Rinder	Kälber	Schweine	Schafe	Pferde	zusammen ¹	Rinder	Kälber	Schweine	Schafe	Pferde
	1 000					1 000 t					
2005	3 354	352	47 879	1 009	10	5 637	1 103	44	4 465	22	3
2010	3 438	317	58 414	1 002	10	6 682	1 147	43	5 468	20	3
2011	3 347	329	59 550	1 055	12	6 781	1 113	45	5 599	22	3
2011 nach Ländern											
Baden-Württemberg	612	17	4 412	179	2	580	205	2	369	3	0
Bayern	860	23	5 475	109	1	822	297	2	519	2	0
Brandenburg	26	1	1 609	92	0	158	7	0	149	2	0
Bremen	63	0	566	1	0	74	21	0	53	0	0
Hamburg	1	0	1	1	-	0	0	0	0	0	-
Hessen	40	2	541	257	1	71	13	0	52	5	0
Mecklenburg-Vorpommern	138	6	499	13	0	90	42	1	47	0	0
Niedersachsen	435	139	18 302	71	2	1 882	145	20	1 715	1	0
Nordrhein-Westfalen	632	126	19 932	124	3	2 161	212	18	1 928	3	1
Rheinland-Pfalz	89	1	1 127	25	1	132	27	0	104	0	0
Saarland	3	0	12	4	-	2	1	0	1	0	-
Sachsen	19	3	360	15	0	40	6	0	34	0	0
Sachsen-Anhalt	5	0	4 323	6	1	403	1	0	402	0	0
Schleswig-Holstein	330	10	736	152	1	181	107	1	69	3	0
Thüringen	94	2	1 655	6	0	183	28	0	155	0	0

1 Einschl. Ziegen.

19.10 Viehwirtschaft und tierische Erzeugung

19.10.5 Eingelegte Bruteier und geschlüpfte Küken

	Eingelegte Bruteier zur Erzeugung von Hühnerküken		Geschlüpfte Küken				
	Legerassen	Mastrassen	Legerassen	Mastrassen	Entenküken	Gänseküken	Truthuhnküken
					Gebrauchsschlachtküken		
1 000							
2005	123 739	536 660	46 082	425 247	22 839	955	40 809
2010	128 832	828 186	49 453	632 486	24 106	950	46 354
2011	130 568	851 334	50 140	665 427	21 914	1 017	47 188

Erhebungseinheiten sind Betriebe mit einem Fassungsvermögen der Brutanlagen von mindestens 1 000 Eiern, ausschl. des Schlupfraumes.

19.10.6 Geflügelfleischerzeugung nach Geflügelarten

	Geschlachtetes Geflügel		Veränderung gegenüber Vorjahr	Geschlachtetes Geflügel		Veränderung gegenüber Vorjahr
	2011	2010		2011	2010	
	1 000 St		%	Schlachtmenge (t)	%	
Insgesamt ¹	705 050	683 114	3,2	1 423 277	1 379 701	3,2
darunter:						
Jungmasthühner	609 016	591 275	3,0	854 232	802 861	6,4
Suppenhühner	32 810	26 305	24,7	41 643	34 269	21,5
Enten	24 830	26 815	-7,4	57 310	61 354	-6,6
Gänse	543	555	-2,1	2 639	2 650	-0,4
Truthühner	37 843	38 156	-0,8	467 354	478 481	-2,3

1 Einschl. Perlhühner, Strauße, Fasane, Wachteln und Tauben.

19.10.7 Betriebe mit Haltung von Legehennen am 1.12.

	Betriebe ¹	Hennenhaltungsplätze insgesamt	Davon für Legehennen in							
			Käfighaltung ²		Bodenhaltung		Freilandhaltung		ökologischer Erzeugung	
	Anzahl	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	
2007	1 233	39 995	27 037	67,6	6 801	17,0	4 376	10,9	1 781	4,5
2010	1 139	36 704	6 682	18,2	23 033	62,8	4 729	12,9	2 260	6,2
2011	1 224	40 027	5 567	13,9	25 720	64,3	5 788	14,5	2 952	7,4

1 In Betrieben von Unternehmen mit 3 000 und mehr Hennenhaltungsplätzen.

2 Ab 2010 zulässig unter Käfighaltung: Kleingruppenhaltung sowie Haltung in ausgestalteten Käfigen.

19.10.8 Legehennen und Eierzeugung

	Betriebe ¹	Hennenhaltungsplätze ²	Legehennen ² im Durchschnitt	Erzeugte Eier	Legeleistung		Auslastung der Haltungskapazität
					Eier je Henne	Eier je Henne und Tag	
	Anzahl	1 000 St	St	St	%		
2007	1 307	39 731 019	32 357 445	9 578 362	296,0	0,81	81,4
2010	1 194	35 936 284	27 197 377	8 007 263	294,4	0,81	74,9
2011	1 281	38 436 035	32 547 421	9 683 286	297,5	0,82	84,0

Die **Legeleistung** ist ein Indikator für die Wirtschaftlichkeit der Legehennenhaltung.

1 Zahl der im Jahr mindestens einmal aktiven Betriebe. – In Betrieben mit 3 000 und mehr Hennenhaltungsplätzen; die Unternehmen geben ihre Meldungen untergliedert nach Betrieben ab.

2 Durchschnitt der Werte aus den Monaten.

19.10 Viehwirtschaft und tierische Erzeugung

19.10.9 Schlacht-tier- und Fleischuntersuchung 2011

Gegenstand der Überprüfung nach VO (EG) Nr. 854/2004	Rinder	Schweine	Schafe	Ziegen
In Schlachtbetrieben und bei Notschlachtungen durchgeführte Schlacht-tieruntersuchungen	3 708 939	59 806 929	1 055 740	25 253
davon:				
Tötungen (genussuntauglich)	2 069	7 128	475	–
Zur Schlachtung angenommen	3 706 870	59 799 801	1 055 265	25 253
Als genussuntauglich beurteilte geschlachtete Tiere insgesamt	28 384	141 456	856	47
darunter:				
Mikrobiologische Kriterien				
Fleisch entspricht nicht den mikrobiologischen Kriterien	826	410	19	–
Parasitenbefall				
Cysticerkose	140	1	41	–
Trichinellose	–	5	–	–
Parasitenbefall (sonstige)	290	11	56	–
Substantielle und hygienische Mängel				
Unzureichende Ausblutung	955	3 234	8	–
Organoleptische Anomalien, insbesondere ausgeprägter Geschlechtsgeruch	4 058	14 090	20	6
Fleisch von abgemagerten Tieren	1 777	5 557	200	2
Verunreinigungen, Verschmutzung durch Fäkalien oder sonstige Kontamination, oder Tierkörper enthält spezifiziertes Risikomaterial (sofern dies nicht nach Gemeinschaftsvorschriften zulässig ist)	407	10 863	6	–

Erfasst werden die Ergebnisse der amtlichen Überwachung der **Schlacht-tier- und Fleischuntersuchungen**. Diese vermitteln einen Überblick über Art und Umfang der Untersuchungen, die Zahl der Beanstandungen und die Beanstandungsgründe und liefern Informationen, inwieweit das für den menschlichen Verzehr vorgesehene Fleisch den Anforderungen an Genussfähigkeit entspricht. Die Kenntnisse hierüber sind eine Grundlage für den vorbeugenden Verbraucherschutz.

19.10.10 Schlachtgeflügel- und Geflügelfleischuntersuchung 2011

Gegenstand der Überprüfung nach VO (EG) Nr. 854/2004	Hühner ¹	Enten	Gänse	Puten
	Anzahl			
In Schlachtbetrieben und bei Notschlachtungen durchgeführte Schlacht-tieruntersuchungen	655 771 974	25 173 278	535 414	40 235 198
davon:				
Tötungen (genussuntauglich)	135 815	13	16	4 107
Gesamtzahl der zur Schlachtung angenommenen bzw. notgeschlachteten Tiere	655 636 159	25 173 265	535 398	40 231 091
	kg			
Durchgeführte konventionelle Geflügelfleischuntersuchungen	1031 569 393	44 889 448	2 257 282	528 828 795
davon:				
Als genussuntauglich beurteiltes Geflügelfleisch	14 820 608	864 594	7 317	5 794 436
darunter:				
Substantielle und hygienische Mängel				
darunter:				
Unzureichende Ausblutung	374 586	17 196	430	30 666
Organoleptische Anomalien, insbesondere ausgeprägter Geschlechtsgeruch	1 553 370	600	51	14 983
Fleisch von abgemagerten Tieren	915 575	82 122	734	481 066
Verunreinigungen, Verschmutzung durch Fäkalien oder sonstige Kontamination, oder Tierkörper enthält spezifiziertes Risikomaterial (sofern dies nicht nach Gemeinschaftsvorschriften zulässig ist)	744 694	33 636	198	3 422
Fleisch mit pathologischen Veränderungen				
darunter:				
Fleisch von Tieren, die an einer Allgemeinerkrankung leiden (wie generalisierte Septikämie, Pyämie, Toxämie oder Viträmie)	866 406	32 877	48	967 310
Generalisierte Tumore oder Abszesse (wenn sie in verschiedenen inneren Organen oder der Muskulatur vorkommen) ..	167 367	30 082	898	10 472
Entzündungen der Gelenke	807 198	163 409	43	874 856
Hämatome, Verletzungen, Vernarbungen	297 940	52 022	158	329 307
Tiefe Dermatitis, infizierte Brustbeulen	3 213 969	48 291	21	1 458 079

1 Einschl. Suppenhühner.

Methodik

Die Land- und Forstwirtschaft prägt insbesondere die ländlichen Regionen in Deutschland. Eine wichtige Rolle spielt hierbei die Sicherung der Ernährung der Bevölkerung: Über 80 % des Nahrungsbedarfs können aus heimischer Produktion gedeckt werden. Dabei dient die Landwirtschaft nicht nur der Erzeugung von Nahrungsmitteln. Vielmehr erhalten landwirtschaftliche Betriebe Arbeitsplätze im ländlichen Raum und prägen die Kulturlandschaft. Ihnen kommt damit eine bedeutende und unverzichtbare Rolle innerhalb der Gesamtwirtschaft und der Gesellschaft zu.

Statistiken über die Landwirtschaft und ihre Produkte sind eine wesentliche Grundlage, um Aufkommen und Verwendung der landwirtschaftlichen Produktion (Nahrungs- und Futtermittel) darzustellen. Zudem zeigen sie den strukturellen Wandel in der Landwirtschaft auf. Für wirtschaftliche und politische Entscheidungen stellen diese Informationen eine wichtige Datenbasis dar – sowohl auf nationaler Ebene als auch auf europäischer und internationaler Ebene.

■ Flächennutzung

Die allgemeine **Flächenstatistik** liefert Grundlageninformationen zur Bodennutzung der gesamten Fläche Deutschlands, insbesondere für raumordnungs- und umweltrelevante Entscheidungen auf Bundes-, Länder- und Gemeindeebene. Die Flächennutzung durch die Landwirtschaft wird damit in einen größeren Flächennutzungsrahmen gestellt. Die allgemeine Flächenstatistik basiert auf einer Auswertung der amtlichen Liegenschaftskataster.

■ Landwirtschaftliche Betriebe

Die Ergebnisse zur Land- und Forstwirtschaft beruhen auf Erhebungen über Strukturen landwirtschaftlicher Betriebe, Bodennutzung und Ernte, Viehbestand und tierische Erzeugung und der Lebensmittelsicherheit, Weinanbau und Weinerzeugung sowie der Forstwirtschaft. Sie sind – bis auf wenige Ausnahmen – im Agrarstatistikgesetz angeordnet. Erhebungseinheiten sind in der Regel landwirtschaftliche Betriebe. Dies sind nach Agrarstatistikgesetz technisch-wirtschaftliche Einheiten mit einer einheitlichen Betriebsführung, die landwirtschaftliche Tätigkeiten als Haupt- oder Nebentätigkeit durchführen. Sofern keine speziellen Erfassungsgrenzen gelten, gehören landwirtschaftliche Betriebe zur Grundgesamtheit, wenn sie eine der folgenden Erfassungsgrenzen erreichen oder überschreiten: a) 5 ha landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF), b) 10 Rinder, c) 50 Schweine oder 10 Zuchtsauen, d) 20 Schafe, e) 20 Ziegen, f) 1 000 Stück Geflügel, g) 0,5 ha Hopfenfläche, h) 0,5 ha Tabakfläche, i) 1 ha Dauerkulturfläche im Freiland, j) jeweils 0,5 ha Rebfläche, Baumschulfläche oder Obstfläche, k) 0,5 ha Gemüse- oder Erdbeerfläche im Freiland, l) 0,3 ha Blumen- oder Zierpflanzenfläche im Freiland, m) 0,1 ha Fläche unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen, n) 0,1 ha Produktionsfläche für Speisepilze.

Die **Strukturerhebungen in landwirtschaftlichen Betrieben** umfassen die im Abstand von acht bis zwölf Jahren durchzuführenden Landwirtschaftszählungen (LZ – 1949, 1960, 1971, 1979, 1991, 1999, 2010) und die sie ergänzenden Agrarstrukturerhebungen. Diese sind zurzeit alle drei Jahre durchzuführen.

Die **Landwirtschaftszählung 2010** geht inhaltlich deutlich über die vorhergehenden Zählungen und Agrarstrukturerhebungen hinaus. Sie setzt sich aus der Haupterhebung mit Merkmalen zur Bodennutzung, über Viehbestände, über Arbeitskräfte und weitere Strukturmerkmale zusammen sowie aus der Erhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden (ELPM). In der Erhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden wurden u. a. Merkmale über Bodenbearbeitungsverfahren, Erosionsschutz, Bewässerung landwirtschaftlich genutzter Flächen und Stall- und Weidehaltung erhoben. Damit liegen zahlreiche Informationen über Bewirtschaftungs- und Produktionsmethoden der Betriebe und landwirtschaftliche Emissionsquellen vor, die u. a. zur Beschreibung von Agrarumweltindikatoren beitragen. Die Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2010 sind nicht vollständig mit denen vorhergehender Erhebungen vergleichbar, weil z. B. die Erfassungsgrenzen deutlich angehoben (z. B. bis 2007 ab 2 ha LF) und einige Merkmale inhaltlich-methodisch

neu abgegrenzt wurden (z. B. Arbeitskräfte-Einheiten). Die Haupterhebung zur Landwirtschaftszählung richtete sich an alle Betriebe und die im Rahmen der ELPM durchgeführte Erhebung zur Bewässerung an alle Betriebe mit Bewässerung. Die anderen Bereiche der ELPM wurden als Stichprobenerhebung bei 80 000 Betrieben durchgeführt. Die für 2013 vorgesehene Agrarstrukturerhebung wird ebenfalls als Stichprobenerhebung bei 80 000 landwirtschaftlichen Betrieben durchgeführt.

■ Kaufwerte

Die **Statistik der Kaufwerte** für landwirtschaftliche Grundstücke liefert Angaben über veräußerte Grundstücke, die landwirtschaftlich genutzt werden. Erfasst werden Verkäufe, bei denen die Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung mindestens 1 000 m² groß ist. Die Daten werden bei Finanzämtern und Gutachterausschüssen für Grundstückswerte erhoben. Aus den Summen der erzielten Kaufpreise werden jährlich durchschnittliche Kaufwerte, bezogen auf die Summe der Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung berechnet. Da sich die durchschnittlichen Kaufwerte jeweils auf andere Grundstücke beziehen, bringt ein Zeitvergleich der Kaufwerte nicht die reinen Preisveränderungen zum Ausdruck. Auch der allmähliche Übergang des Berichtswegs von den Finanzämtern zu den Gutachterausschüssen schränkt die zeitliche Vergleichbarkeit der Daten ein.

■ Forstwirtschaft

In der **Holzschlagstatistik** werden die Mengen des eingeschlagenen Holzes ohne Rinde nachgewiesen, differenziert nach vier Holzartengruppen sowie nach Holzsorten.

■ Anbau und Ernte, Weinanbau und Weinerzeugung

Zu den landwirtschaftlichen **Erzeugungsstatistiken** zählen diejenigen Erhebungen, mit deren Hilfe die Erzeugung an pflanzlichen und tierischen Produkten festgestellt bzw. unmittelbar oder mittelbar berechnet wird. Dazu zählen u. a. die Bodennutzungshaupterhebung, Viehbestandserhebung, Schlachtungs- und Schlachtgewichtsstatistik, Eier- und Geflügelstatistiken, Gemüseanbau- und Zierpflanzenenerhebung, Baumschulerhebung und Baumobstanbauerhebung.

In der jährlichen **Bodennutzungshaupterhebung** wird die Nutzung der Flächen erhoben. Die Hauptnutzungs- und Kulturarten sowie detaillierte Angaben zum Anbau auf dem Ackerland werden darin u. a. erfasst. Zusätzlich werden spezielle Erhebungen in verschiedenen Bereichen durchgeführt: Der **Anbau von Gemüse und Erdbeeren** wird jährlich erhoben, die **Baumschulflächen** und der **Anbau von Zierpflanzen** alle vier Jahre sowie **Flächen und Bestände der Baumobstanlagen** alle fünf Jahre. Im **Weinbau** werden jährlich die bepflanzten Flächen aus der Weinbaukartei ermittelt. Alle zehn Jahre, zuletzt 2009, findet zudem eine sogenannte **Grunderhebung der Rebflächen** statt, in der weitere strukturelle Informationen über die Bewirtschaftung gewonnen werden.

Um die pflanzliche Produktion errechnen zu können, werden die Ernteerträge von landwirtschaftlichen Feldfrüchten, Grünland, Gemüse, Obst und Wein durch Berichtserstatter geschätzt oder von landwirtschaftlichen Betrieben gemeldet (**„Ernte- und Betriebsberichterstattung“**). Für einige Arten werden außerdem objektive Ertragsmessungen auf repräsentativer Basis durchgeführt, und zwar für Getreide, Kartoffeln und Raps unter der Bezeichnung **„Besondere Ernte- und Qualitätsermittlung“**. Aus den geschätzten bzw. ermittelten Ernteerträgen werden die Erntemengen unter Zuhilfenahme der aus den oben dargestellten Erhebungen ermittelten Flächen berechnet. Für die Feststellung der endgültigen Weinmosternte werden wiederum Daten aus der Weinbaukartei genutzt. Die Weinbaukartei ist auch die Datenquelle für die Ermittlung der Bestände an Wein und Traubenmost in den Wein anbauenden Ländern sowie für die Weinerzeugung.

■ Viehwirtschaft und tierische Erzeugung

Die **Erhebung über die Viehbestände** findet jährlich im Mai und November statt. Dabei werden die Rinderbestände durch Auswertung des Herkunftssicherungs- und Informationssystems für Tiere (HIT) erfasst. Die Schweinebestände werden in einer Stichprobenerhebung bei höchstens 20 000 Betrieben mit mindestens 10 Zuchtsauen oder 50 oder mehr Schweinen bestimmt. Ab 2011 werden die Schafbestände auf Basis einer Stichprobenerhebung bei 5 000 Betrieben mit 20 oder mehr Schafen errechnet.

Die **Fleischerzeugung** wird monatlich ermittelt. Die Merkmale sind die Zahl und das Schlachtgewicht der geschlachteten Rinder, Kälber, Schweine, Schafe, Ziegen und Pferde. In der halbjährlich durchgeführten **Fleischuntersuchungsstatistik** werden die Ergebnisse der Schlachttier- und Fleischuntersuchungen sowie der Schlachtgeflügel- und Geflügelfleischuntersuchungen dargestellt. Dabei werden die Gründe für die Beanstandungen der Tiere bzw. des Fleisches detailliert nachgewiesen.

Hinzu kommen monatliche **Geflügelstatistiken** über die Erzeugung von Geflügel mit Erhebungen in Brütereien (Bruteieranlagen, Kükenschlupf), Geflügelschlachtereien (geschlachtetes Geflügel) und Unternehmen mit Hennenhaltung (Hennenhaltungsplätze, Zahl der legenden Hennen und Zahl der im Vormonat produzierten Eier). Die Erhebung in Brütereien findet dabei in allen Brütereien mit einem Fassungsvermögen von mindestens 1 000 Eiern ausschließlich des Schlupfraumes statt. Zur Erhebung in Unternehmen mit Legehennenhaltung werden alle Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen herangezogen. Auskunftspflichtig zur Erhebung in Geflügelschlachtereien sind alle zugelassenen Geflügelschlachtereien.

■ Stichprobenergebnisse

Stichprobenergebnisse erfordern für die Beurteilung der Datenqualität eine statistische Bewertung durch eine Fehlerrechnung, da eine Stichprobe immer mit Fehlern behaftet ist. Die Präzision der repräsentativen Ergebnisse wird daher mit folgenden Zeichen dargestellt:

() = Einfacher relativer Standardfehler zwischen 10 % und unter 15 %. Der Aussagewert des angegebenen Zahlenwertes ist eingeschränkt, da er relativ unsicher ist.

/ = Einfacher relativer Standardfehler von 15 % und mehr. Die Angabe des Zahlenwertes ist wegen des hohen Fehlerwertes nicht sicher genug.

Der „einfache relative Standardfehler“ ist das Intervall, in dem der „wahre“ Wert mit großer Wahrscheinlichkeit liegt. Beispiel: Im November 2011 wurden 27,4 Millionen Schweine in Deutschland gehalten (vgl. Tabelle 19.10.2). Bei einem relativen Standardfehler von 1 % liegt der wahre Wert mit einer Wahrscheinlichkeit von 68 % zwischen 27,126 Millionen und 27,674 Millionen Schweinen.

Ausführlichere methodische Erläuterungen und ein detaillierter Ergebnismachweis sind den speziellen Veröffentlichungen innerhalb der Fachserie 3 „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“, Reihen 1 bis 6 zu entnehmen (siehe hierzu auch „Mehr zum Thema“ am Ende dieses Kapitels).

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken sind in unseren „Qualitätsberichten“ dokumentiert (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen › Qualitätsberichte).

Glossar

Ackerland | Flächen der landwirtschaftlichen Feldfrüchte einschließlich Hopfen, Grasanbau (zum Abmähen oder Abweiden) sowie Gemüse, Erdbeeren, Blumen und sonstiger Gartengewächse im feldmäßigen Anbau und im Erwerbsgartenbau, auch unter Glas oder anderen begehren Schutzabdeckungen. Ferner Ackerflächen mit Obstbäumen, bei denen das Obst nur die Nebennutzung, Ackerfrüchte aber die Hauptnutzung darstellen sowie Schwarz-/Grünbrache und stillgelegte Ackerflächen im Rahmen der Stilllegung.

Arbeitskräfte-Einheit (AK-Einheit) | Maßeinheit der Arbeitsleistung einer im Berichtszeitraum mit Arbeiten für den landwirtschaftlichen Betrieb (landwirtschaftliche Arbeiten sowie Arbeiten in Einkommenskombinationen) vollbeschäftigten und nach ihrem Alter voll leistungsfähigen Person (Arbeitskraft).

Anbauflächen | *Bodennutzungshaupterhebung* | Bestandsflächen zum Zeitpunkt der Erhebung mit ihrer Hauptnutzung.

Gemüseanbauerhebung | Anbau für den Verkauf – einschließlich Mehrfachanbau auf gleicher Fläche.

Arbeitskräfte | Im Berichtszeitraum (März des Vorjahres bis Februar des Berichtsjahres) im landwirtschaftlichen Betrieb beschäftigte Personen im Alter von 15 Jahren und mehr.

Betriebswirtschaftliche Ausrichtung (BWA) | Die BWA eines Betriebes beschreibt die Spezialisierungsrichtung des Betriebes. Sie untergliedert sich in Allgemeine, Haupt- und Einzel-BWA. Grundlage für die Zuordnung der Betriebe ist ab 2010 der Anteil des Standardoutputs (SO) der einzelnen Betriebszweige am Gesamtstandardoutput des Betriebes.

Dauergrünland | Grünlandflächen (Wiesen oder Weiden), die fünf Jahre oder länger zur Futter- oder Streugewinnung (einschließlich Abweiden) sowie zur Erzeugung erneuerbarer Energien – ohne Unterbrechung durch andere Kulturen – bestimmt sind; auch Grünlandflächen mit Obstbäumen als Nebennutzung und Gras- oder Heugewinnung als Hauptnutzung sowie ertragsarme (Hutungen oder Heiden) und vorübergehend aus der Erzeugung genommene Dauergrünlandflächen mit Beihilfe-/Prämienanspruch.

Einkommenskombinationen | Tätigkeiten, die im landwirtschaftlichen Betrieb ausgeübt und mit denen Umsätze erzielt werden. Diese Tätigkeiten werden von Arbeitskräften des landwirtschaftlichen Betriebes und mit Hilfe der zum landwirtschaftlichen Betrieb gehörenden Betriebsmittel (Grund und Boden, Gebäude, Maschinen) ausgeübt und/oder basieren auf im landwirtschaftlichen Betrieb erzeugten Produkten. Nicht einbezogen sind Tätigkeiten, für die ein rechtlich selbstständiger Gewerbebetrieb (z. B. Tochtergesellschaft) gegründet wurde.

Ernteerträge | Für *landwirtschaftliche Feldfrüchte und Grünland* | Eingebraachte Ernte, für Getreide auf 14 % Feuchtigkeit, für Hülsen- und Ölfrüchte auf 9 % Feuchtigkeit umgerechnet. Für Feldgras/Grasanbau auf dem Ackerland, Leguminosen zur Ganzpflanzenernte, Wiesen und Weiden werden die Ernteschätzungen in Trockenmasse angegeben.

Für *Gemüse und Obst* | Marktfähige Ernteware (Feldabfuhr), unabhängig davon, ob sie auf den Markt gelangt oder nicht (einschließlich Eigenverbrauch und Verluste, die nach der Ernte auftreten).

Für *Wein* | Eingebraachte Ernte (Weinmosternte: Erntemenge der geernteten Trauben bzw. des Traubenmostes, angegeben in Hektoliter Wein).

Familienarbeitskräfte | Betriebsinhaberin bzw. -inhaber, deren/dessen Ehegatte oder Ehegattin (bzw. eine gleichgestellte Person) sowie weitere Familienangehörige und Verwandte, die auf dem landwirtschaftlichen Betrieb leben und arbeiten.

Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung (FdIN) | Im Gegensatz zur „landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF)“ umfasst die FdIN im Wesentlichen nur diejenigen Flächen des Acker- und Grünlandes, die bei der Einheitsbewertung zum landwirtschaftlichen Vermögen gehören und einer Pauschalbewertung unterliegen. Nicht einbezogen

werden Flächen, die einer Sonderbewertung unterliegen (z. B. garten- und weinbaulich genutzte Flächen) und alle Flächenverkäufe zu Sonderkonditionen.

Forstwirtschaftliche Betriebe | Technisch-wirtschaftliche Einheiten, die für Rechnung einer Inhaberin oder eines Inhabers (Betriebsinhaberin/Betriebsinhaber) bewirtschaftet werden und keine der für landwirtschaftliche Betriebe geltenden Erfassungsgrenzen erreichen, aber über mindestens 10 ha Waldfläche oder Fläche mit schnell wachsenden Baumarten verfügen.

Großvieheinheit (GV) | Die Großvieheinheit ist eine Standardmaßeinheit, die die Zusammenfassung der verschiedenen Arten von Viehbeständen zu Vergleichszwecken erlaubt. Die Großvieheinheiten werden mit Hilfe entsprechender Umrechnungsschlüssel für die verschiedenen Nutztvieharten bestimmt.

Inlandsabsatz von Düngemitteln | Lieferungen der Düngemittelproduzenten und Importeure an Absatzorganisationen oder Endverbraucherinnen und Endverbraucher. Der Nährstoffaufwand je ha bezieht sich auf die landwirtschaftlich genutzte Fläche des Erntejahres.

In Umstellung befindliche landwirtschaftlich genutzte Fläche | Fläche, die sich nach den Bestimmungen der Verordnung (EG) Nr. 834/2007 zum Zeitpunkt der Erhebung in Umstellung auf den ökologischen Landbau befindet. In der je nach Anbaukultur zwei- bis dreijährigen Umstellungszeit dürfen die auf diesen Flächen produzierten landwirtschaftlichen Erzeugnisse nicht als ökologische Erzeugnisse gekennzeichnet und vermarktet werden.

Kaufwert | Durchschnittlicher Preis eines Grundstücks in Euro je m². Kaufwerte für landwirtschaftliche Grundstücke werden ermittelt, indem die für die Grundstücke gezahlten Preise auf die Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung bezogen werden. Die gezahlten Preise enthalten keine Grunderwerbsnebenkosten (Grunderwerbsteuer, Vermessungskosten u. a.). Durch die unterschiedliche Zusammensetzung der verkauften Grundstücke von Jahr zu Jahr sind die jeweiligen Kaufwerte nicht voll vergleichbar. Deshalb wird in der Statistik der Kaufwerte für landwirtschaftliche Grundstücke auf die Berechnung von Veränderungsraten (insbesondere von Kaufwerten) verzichtet.

Landwirtschaftliche Betriebe | Technisch-wirtschaftliche Einheiten, die über eine vorgegebene Mindestgröße an landwirtschaftlich genutzter Fläche oder über Mindesttierbestände oder Mindestanbauflächen für Spezialkulturen verfügen, für Rechnung einer Inhaberin oder eines Inhabers (Betriebsinhaberin/Betriebsinhaber) bewirtschaftet werden, einer einheitlichen Betriebsführung unterliegen und die in Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 1166/2008 genannten Tätigkeiten nach NACE Rev. 2 (pflanzliche Erzeugung, Tierhaltung, landwirtschaftliche Dienstleistungen) als Haupt- oder Nebentätigkeit ausüben.

Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) | Ackerland, Dauergrünland, Haus- und Nutzgärten, Baum-, Beerenobstanlagen (ohne Erdbeeren), Nussanlagen, Baumschulflächen, Rebflächen, Weihnachtsbaumkulturen, Korbweiden- und Pappelanlagen außerhalb des Waldes und Dauerkulturen unter Glas oder anderen begehren Schutzabdeckungen.

Ökologischer Landbau | Der landwirtschaftliche Betrieb produziert pflanzliche und/oder tierische Erzeugnisse nach den Grundsätzen der Verordnung (EG) Nr. 834/2007 über die ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen.

Rebfläche | Mit Reben bestockte Flächen, unabhängig davon, ob sie im Ertrag stehen oder nicht, sowie zeitweilig brachliegende Rebflächen, die wieder mit Reben bepflanzt werden sollen und hierzu vorbereitet werden, soweit sie nicht anderweitig genutzt werden.

Saisonarbeitskräfte | Nicht ständig beschäftigte Arbeitskräfte mit einem auf weniger als sechs Monate abgeschlossenen Arbeitsverhältnis zum Betrieb. Hierzu zählen keine Arbeitskräfte, die im Rahmen der Nachbarschaftshilfe oder im Auftrag von Lohnunternehmen im Betrieb tätig sind.

Siedlungs- und Verkehrsfläche (SuV) | Sie enthält Gebäude- und Freifläche, Betriebsfläche (ohne Abbau land), Erholungsfläche, Verkehrsfläche und Friedhof. Die Begriffe „Siedlungsfläche“ und „versiegelte Fläche“ dürfen nicht gleichgesetzt werden. Die Siedlungsflächen umfassen auch einen erheblichen Anteil unbebauter und nicht versiegelter Flächen.

Sozialökonomische Gliederung der Betriebe | Hauptideerbetriebe sind Einzelunternehmen, bei denen der Anteil des betrieblichen Einkommens am Gesamteinkommen des Betriebes mehr als 50 % beträgt. Alle Betriebe der Rechtsform Einzelunternehmen, die diesen Kriterien nicht entsprechen, werden den Nebenerwerbsbetrieben zugeordnet.

Ständige Arbeitskräfte | In einem unbefristeten oder für mindestens sechs Monate abgeschlossenen Arbeitsverhältnis zum Betrieb stehende Personen. Hierzu rechnen auch Verwandte der Betriebsinhaberin oder des Betriebsinhabers, die nicht auf dem Betrieb leben.

Standardoutput | Standardisierte Rechengröße, die den durchschnittlichen Geldwert (in Euro) der Bruttoagrarerzeugung eines landwirtschaftlichen Betriebes beschreibt. Er wird in der amtlichen Statistik für die Eingruppierung der landwirtschaftlichen Betriebe nach ihrer betriebswirtschaftlichen Ausrichtung genutzt. Der Standardoutput wird je Flächeneinheit einer Fruchtart bzw. je Tiereinheit einer Vieh- art aus erzeugter Menge mal zugehörigem „Ab-Hof-Preis“ als geldliche Bruttoleistung ermittelt. Dabei werden durchschnittliche Erträge und Preise angesetzt, die für einen Bezugszeitraum von fünf Wirtschaftsjahren berechnet werden. Die Summe der Standardoutputs im landwirtschaftlichen Betrieb beschreibt seine betriebswirtschaftliche Größe.

Umgestellte landwirtschaftlich genutzte Fläche | Fläche, für die die Umstellung auf den ökologischen Landbau nach den Bestimmungen der Verordnung (EG) Nr. 834/2007 abgeschlossen ist. Die auf dieser Fläche produzierten landwirtschaftlichen Erzeugnisse dürfen als ökologische Erzeugnisse gekennzeichnet und vermarktet werden.

Veräußerungen von landwirtschaftlichen Grundstücken | Erfasst werden Verkäufe von landwirtschaftlichen Grundstücken, bei denen die veräußerte Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung (FdIN) mindestens 0,1 ha groß ist. Der Nachweis erfolgt in der Statistik der Kaufwerte für landwirtschaftliche Grundstücke.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Standardveröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen kostenfrei downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 190 amtlichen Statistiken. Daten zur *Land- und Forstwirtschaft* finden Sie unter dem Menüpunkt > Themen, Code 41, Daten zur *Flächennutzung* unter Code 33

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Flächennutzung

Fachserie 3 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Reihe 5 | Allgemeine Flächennutzung

Heft 5 | Ergebnisse der Erhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden 2010

Heft 5 | Bodenbearbeitung, Bewässerung, Landschaftselemente

■ Landwirtschaftliche Betriebe

Fachserie 3 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Reihe 2.1.4 | Betriebswirtschaftliche Ausrichtung und Standardoutput

Reihe 2.1.5 | Rechtsformen und sozialökonomische Verhältnisse

Reihe 2.1.7 | Einkommenskombinationen

Reihe 2.1.8 | Arbeitskräfte

Heft 1 | Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2010

Heft 2 | Landwirtschaftliche Berufsbildung der Betriebsleiter / Geschäftsführer

Heft 2 | Arbeitskräfte

Heft 4 | Hofnachfolge

STATmagazin

| Idylle ade! Vom Bauern zum Unternehmer (2011)

■ Pachtentgelte und Kaufwerte

Fachserie 3 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Reihe 2.1.6 | Eigentums- und Pachtverhältnisse

Reihe 2.4 | Kaufwerte für landwirtschaftliche Grundstücke

Heft 3 | Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2010

Heft 3 | Eigentums- und Pachtverhältnisse

■ Ökologischer Landbau

Fachserie 3 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Reihe 2.2.1 | Ökologischer Landbau

■ Düngemittel

Fachserie 4 Produzierendes Gewerbe

Reihe 8.2 | Düngemittelversorgung

Wirtschaft und Statistik

Heft 2/11 | Testerhebung zum Einsatz von Düngemitteln in der Landwirtschaft

Mehr zum Thema

■ **Forstbetriebe und Forstwirtschaft**

Fachserie 3 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

- Reihe 2.1.1 | Betriebe mit Waldflächen
- Reihe 3 | Landwirtschaftliche Bodennutzung und pflanzliche Erzeugung

■ **Anbau und Ernte**

Fachserie 3 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

- Reihe 3 | Landwirtschaftliche Bodennutzung und pflanzliche Erzeugung
- Reihe 3.1.2 | Bodennutzung der Betriebe (Landwirtschaftlich genutzte Flächen)
- Reihe 3.1.3 | Gemüseanbauflächen
- Reihe 3.1.4 | Baumobstflächen
- Reihe 3.1.6 | Anbau von Zierpflanzen
- Reihe 3.1.7 | Baumschulerhebung
- Reihe 3.2.1 | Wachstum und Ernte

■ **Weinanbau und Weinerzeugung**

Fachserie 3 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

- Reihe 2.2.3 | Betriebe mit Weinbau
- Reihe 3.1.5 | Rebflächen
- Reihe 3.2.1 | Wachstum und Ernte – Weinmost
- Reihe 3.2.2 | Weinerzeugung
- Reihe 3.2.3 | Weinbestände

■ **Viehwirtschaft und tierische Erzeugung**

Fachserie 3 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

- Reihe 4 | Viehbestand und tierische Erzeugung

Fachberichte

- | Vom Erzeuger zum Verbraucher – Fleischversorgung in Deutschland (2008)

■ **Themenübergreifend**

Fachserie 3 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

- Reihe 1 | Ausgewählte Zahlen der Landwirtschaftszählung / Agrarstrukturerhebung
- Reihe 2.1.2 | Bodennutzung der Betriebe einschließlich Zwischenfruchtanbau, Landwirtschaftszählung / Agrarstrukturerhebung
- Heft 6 | Ergebnisse der Erhebung über landwirtschaftliche Produktionsmethoden
Wirtschaftsdünger, Stallhaltung, Weidehaltung

Fachberichte

- | Wer produziert unsere Nahrungsmittel? – Aktuelle Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2010 (2011)

Wirtschaft und Statistik

- Heft 12/09 | Betriebsregister Landwirtschaft
- Heft 3/10 | Die Landwirtschaftszählung 2010
- Heft 12/11 | Schätzung regionaler Daten mithilfe von Small Area-Schätzmethoden
- Heft 12/11 | Nacherhebung Bewässerung zur Landwirtschaftszählung 2010

Broschüre

- | Landwirtschaft auf einen Blick (2011)

Gemeinschaftsveröffentlichung

- | Agrarstrukturen in Deutschland – Einheit in Vielfalt – Regionale Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 2010 (2011)

Mehr zum Thema

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter
+49 (0)6 11 / 75 86 60 (Land- und Forstwirtschaft),
+49 (0)6 11 / 75 24 40 (Kaufwerte),
+49 (0)6 11 / 75 29 41 (Düngemittelstatistik).

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.



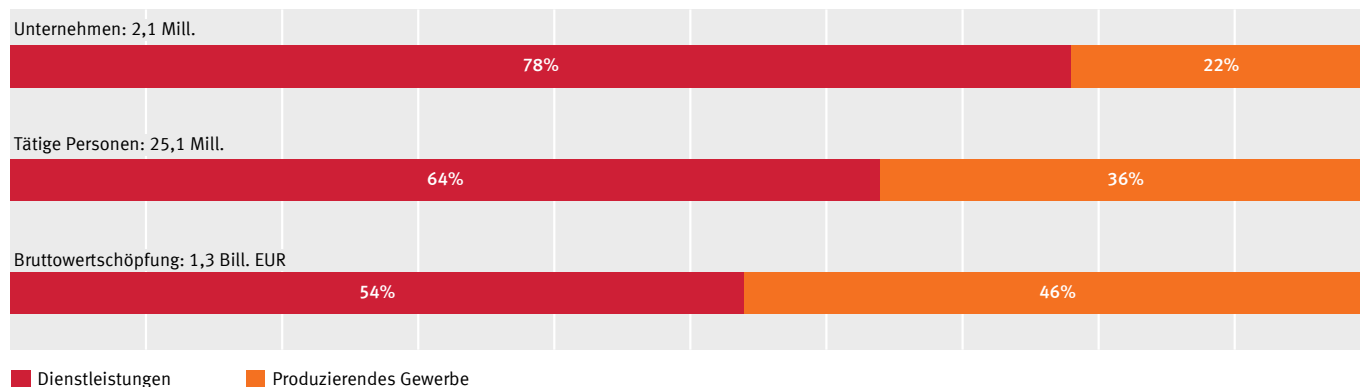
20 Produzierendes Gewerbe und Dienst- leistungen im Überblick

Weniger als **1 %** der **größten Unternehmen** erwirtschafteten 2009 knapp **65 %** des **Umsatzes** | Jedes **fünfte Unternehmen** im Verarbeitenden Gewerbe **von ausländischem Unternehmen kontrolliert** | Zahl der **Unternehmensinsolvenzen** 2011 um knapp **6 %** gegenüber 2010 **zurückgegangen** | **Drei von fünf** Unternehmen mit Internetzugang haben **eigene Website** | 2009 rund **573 000 Handwerksunternehmen** | Fast **3,5 Millionen Betriebe** mit **weniger als 10 Beschäftigten**

<i>Seite</i>	
503	Auf einen Blick
	Tabellen
504	Unternehmen im Überblick Anzahl Tätige Personen Umsatz Bruttowertschöpfung Bruttoinvestitionen Betriebswirtschaftliche Kennzahlen
510	Auslandskontrollierte Unternehmen in Deutschland Anteil Tätige Personen Umsatz Bruttowertschöpfung Nach Wirtschaftsabschnitten Nach Herkunft der Muttergesellschaft
511	Gewerbeanzeigen Nach Ländern Nach Wirtschaftsabschnitten Nach Rechtsformen
514	Insolvenzen Zusammensetzung Unternehmensinsolvenzen nach Ländern, ausgewählten Wirtschaftsabschnitten, Alter der Unternehmen und Rechtsformen Insolvenzhäufigkeit
517	Informations- und Kommunikationstechnologien in Unternehmen Internetzugang Website Informationen und Dienstleistungen auf der Unternehmenswebsite Tätige Personen an Computern E-Government Green IT
521	Handwerksunternehmen Anzahl Tätige Personen Umsatz Nach Gewerbegruppen Nach Ländern Zulassungspflichtige Handwerksunternehmen nach ausgewählten Gewerbebranchen
523	Betriebe im Überblick Betriebe nach Beschäftigtengrößenklassen Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Kleine und mittlere Unternehmen
524	Patente, Gebrauchsmuster und nationale Marken Anmeldungen Erteilungen
525	Methodik
527	Glossar
529	Mehr zum Thema

20.0 Auf einen Blick

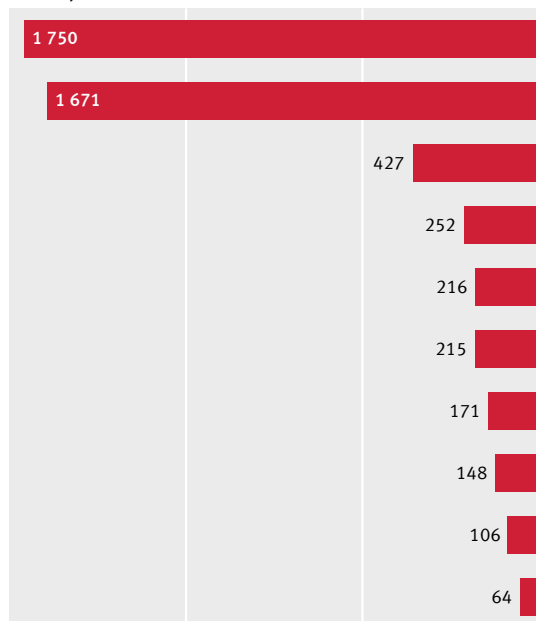
Unternehmen, tätige Personen und Bruttowertschöpfung in Unternehmen 2010



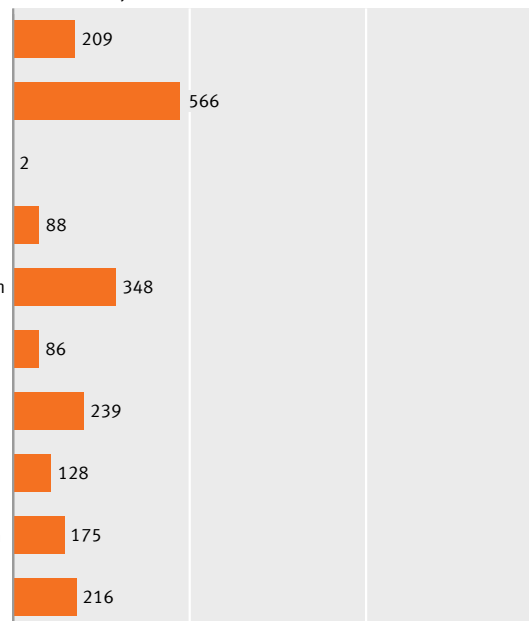
2012 - 01 - 0626

Strukturdaten der Unternehmen 2010
nach Wirtschaftsabschnitten

Umsatz, in Mrd. EUR



Unternehmen, in 1 000



2012 - 01 - 0627

20.1 Unternehmen im Überblick
20.1.1 Strukturdaten der Unternehmen 2010

Nr. der Klassifikation ¹⁾	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	Unternehmen	Tätige Personen	Umsatz	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Bruttoinvestitionen in Sachanlagen
		Anzahl		Mill. EUR		
	Insgesamt²⁾	2 074 791	25 084 832	5 315 365	1 299 179	177 739
B – F	Produzierendes Gewerbe	456 467	9 039 439	2 405 176	598 800	72 884
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1 836	72 142	13 260	6 835	1 322
05	Kohlenbergbau	6	33 672	3 921	3 252	.
06	Gewinnung von Erdöl und Erdgas	4	3 754	2 762	1 168	.
07	Erzbergbau	–	–	–	–	–
08	Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau	1 746	31 854	6 083	2 204	451
09	Erbringung von Dienstleistungen für den Bergbau und für die Gewinnung von Steinen und Erden	80	2 862	494	211	41
C	Verarbeitendes Gewerbe	209 370	6 923 521	1 750 129	455 788	48 804
10	H. v. Nahrungs- und Futtermitteln	30 710	799 314	147 947	29 586	3 766
11	Getränkeherstellung	2 204	73 274	20 230	4 838	919
12	Tabakverarbeitung	27	10 371	16 957	1 015	194
13	H. v. Textilien	3 809	79 657	12 203	3 608	291
14	H. v. Bekleidung	2 922	45 624	8 115	2 172	106
15	H. v. Leder, Lederwaren und Schuhen	1 074	17 284	2 719	720	134
16	H. v. Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (ohne Möbel)	12 105	133 397	22 838	5 975	758
17	H. v. Papier, Pappe und Waren daraus	1 853	140 169	39 539	9 329	1 243
18	H. v. Druckerzeugnissen; Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern	13 341	174 082	21 629	7 891	926
19	Kokerei und Mineralölverarbeitung	95	19 452	120 832	5 976	887
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	3 159	324 371	149 433	36 650	4 456
21	H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen	627	114 683	40 282	15 436	1 477
22	H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	7 437	387 641	71 273	21 909	2 340
23	H. v. Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	9 784	229 003	41 107	13 339	1 639
24	Metallerzeugung und -bearbeitung	2 896	253 522	93 890	17 802	2 346
25	H. v. Metallerzeugnissen	42 452	815 306	111 031	42 089	3 593
26	H. v. Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	8 348	300 481	68 653	22 996	2 982
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	6 181	487 591	105 666	36 632	2 591
28	Maschinenbau	16 603	1 032 940	209 940	70 031	4 876
29	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2 924	749 496	325 874	66 839	10 482
30	Sonstiger Fahrzeugbau	1 026	118 000	33 331	9 321	687
31	H. v. Möbeln	9 126	146 958	19 756	6 745	487
32	H. v. sonstigen Waren	18 778	247 785	30 046	12 417	1 072
33	Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	11 891	223 125	36 837	12 472	548
D	Energieversorgung	1 722	221 264	426 882	49 588	12 341
E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	4 615	183 611	44 083	19 156	5 821
36	Wasserversorgung	1 660	35 656	9 083	4 352	1 815
37	Abwasserentsorgung	1 318	38 795	10 247	6 669	2 773
38	Sammlung, Behandlung und Beseitigung von Abfällen; Rückgewinnung	1 578	106 459	24 376	.	1 216
39	Beseitigung von Umweltverschmutzungen und sonstige Entsorgung	59	2 701	377	.	17
F	Baugewerbe	238 924	1 638 901	170 822	67 434	4 596
41	Hochbau	21 637	253 136	40 069	13 575	758
42	Tiefbau	6 202	185 467	23 580	9 128	944
43	Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe	211 085	1 200 298	107 173	44 731	2 894

20 Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick

20.1 Unternehmen im Überblick

20.1.1 Strukturdaten der Unternehmen 2010

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	Unternehmen	Tätige Personen	Umsatz	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Bruttoinvestitionen in Sachanlagen
		Anzahl		Mill. EUR		
G – J, K 65, L – N, S 95²	Dienstleistungen	1 618 324	16 045 393	2 910 189	700 379	104 855
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	566 483	5 954 617	1 670 588	240 562	16 752
45	Handel mit Kraftfahrzeugen; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	99 025	800 765	182 055	31 638	3 063
46	Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	142 372	1 820 505	1 014 123	121 916	7 444
47	Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	325 085	3 333 347	474 410	87 008	6 245
H	Verkehr und Lagerei	87 535	1 880 567	251 735	89 402	22 573
49	Landverkehr und Transport in Rohrfernleitungen	60 093	767 688	75 380	32 205	9 079
50	Schifffahrt	3 189	36 364	28 389	7 619	1 669
51	Luftfahrt	595	63 732	21 767	4 039	1 672
52	Lagerei sowie Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Verkehr	15 096	569 411	98 726	33 464	9 562
53	Post-, Kurier- und Expressdienste	8 562	443 371	27 473	12 075	591
I	Gastgewerbe	216 069	1 895 247	63 616	29 203	3 272
55	Beherbergung	44 768	495 870	21 649	10 447	1 345
56	Gastronomie	171 301	1 399 376	41 967	18 755	1 927
J	Information und Kommunikation	85 990	978 750	214 819	90 362	16 336
58	Verlagswesen	6 831	200 473	29 855	12 284	801
59	Herstellung, Verleih und Vertrieb von Filmen und Fernsehprogrammen; Kinos; Tonstudios und Verlegen von Musik	8 303	58 069	8 765	3 467	483
60	Rundfunkveranstalter	400	32 990	14 102	5 983	1 134
61	Telekommunikation	2 481	131 030	72 660	26 110	9 173
62	Erbringung von Dienstleistungen der Informationstechnologie	57 737	483 653	80 800	38 081	4 205
63	Informationsdienstleistungen	10 237	72 534	8 636	4 437	540
K³	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen					
65	Versicherungen, Rückversicherungen und Pensionskassen (ohne Sozialversicherung)	874	152 366	236 621	/	.
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	174 515	440 747	106 169	59 728	27 817
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	347 993	2 005 812	216 169	111 535	7 734
69	Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung	96 413	587 552	41 716	30 418	929
70	Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben; Unternehmensberatung	62 630	345 136	73 642	27 310	2 747
71	Architektur- und Ingenieurbüros; technische, physikalische und chemische Untersuchung	100 824	537 926	53 976	30 559	1 545
72	Forschung und Entwicklung	4 429	121 777	10 094	7 056	1 572
73	Werbung und Marktforschung	26 861	256 434	22 427	8 622	442
74	Sonstige freiberufliche, wissenschaftliche und technische Tätigkeiten	47 705	118 333	11 878	6 185	395
75	Veterinärwesen	9 130	38 655	2 437	1 385	103
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	128 258	2 699 248	147 736	78 302	10 302
77	Vermietung von beweglichen Sachen	18 271	101 098	27 547	16 405	6 726
78	Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften	7 349	896 346	29 238	19 693	430
79	Reisebüros, Reiseveranstalter und Erbringung sonstiger Reservierungsdienstleistungen	10 449	84 004	23 483	6 234	223
80	Wach- und Sicherheitsdienste sowie Detekteien	4 004	161 731	4 880	3 580	79
81	Gebäudebetreuung; Garten- und Landschaftsbau	58 799	1 054 363	26 836	17 602	984
82	Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen für Unternehmen und Privatpersonen a. n. g.	29 387	401 707	35 751	14 787	1 860
S³	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen					
95	Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und Gebrauchsgütern	10 607	38 039	2 736	1 284	69

Auswertung der Strukturhebungen in den Wirtschaftsabschnitten B – J und L – N sowie den Abteilungen K 65 und S 95.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Summenpositionen bezogen auf die in der Tabelle ausgewiesenen Werte.

3 Dieser Wirtschaftsabschnitt ist nicht vollständig erfasst. Daher erfolgt hier kein Nachweis.

20.1 Unternehmen im Überblick

20.1.2 Betriebswirtschaftliche Kennzahlen der Unternehmen 2010

Nr. der Klassifikation ¹⁾	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	Umsatz	Produktionswert	Waren- und Dienstleistungskäufe	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Personalaufwendungen	Bruttobetriebsüberschuss
		Mill. EUR	Verhältnis zum Umsatz in %				
	Insgesamt²⁾	5 315 365	66,4	72,1	24,9	15,2	9,7
B – F	Produzierendes Gewerbe	2 405 176	92,4	73,6	24,9	16,6	8,3
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	13 260	93,6	64,8	51,5	29,1	22,4
05	Kohlenbergbau	3 921	99,5	73,9	82,9	50,8	32,1
06	Gewinnung von Erdöl und Erdgas	2 762	90,4	56,9	42,3	15,3	27,0
07	Erzbergbau	–	–	–	–	–	–
08	Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau	6 083	91,1	63,1	36,2	21,1	15,1
09	Erbringung von Dienstleistungen für den Bergbau und für die Gewinnung von Steinen und Erden	494	94,9	57,4	42,7	32,9	9,8
C	Verarbeitendes Gewerbe	1 750 129	89,7	71,9	26,0	18,4	7,6
10	Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln	147 947	91,7	79,8	20,0	13,5	6,5
11	Getränkeherstellung	20 230	96,0	65,8	23,9	16,2	7,7
12	Tabakverarbeitung	16 957	86,0	26,1	6,0	4,3	1,7
13	H. v. Textilien	12 203	94,8	71,1	29,6	21,7	7,9
14	H. v. Bekleidung	8 115	90,9	73,1	26,8	17,9	8,9
15	H. v. Leder, Lederwaren und Schuhen	2 719	85,8	73,8	26,5	18,7	7,8
16	H. v. Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (ohne Möbel)	22 838	93,4	74,1	26,2	17,8	8,4
17	H. v. Papier, Pappe und Waren daraus	39 539	93,2	77,3	23,6	16,4	7,2
18	H. v. Druckerzeugnissen; Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern	21 629	98,9	63,6	36,5	28,2	8,3
19	Kokerei und Mineralölverarbeitung	120 832	78,2	69,2	4,9	1,4	3,5
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	149 433	81,9	76,3	24,5	14,3	10,2
21	H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen	40 282	89,3	61,6	38,3	19,6	18,7
22	H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	71 273	90,9	69,8	30,7	22,2	8,5
23	H. v. Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	41 107	92,8	67,9	32,4	22,8	9,6
24	Metallerzeugung und -bearbeitung	93 890	96,5	83,6	19,0	13,9	5,1
25	H. v. Metallerzeugnissen	111 031	97,1	63,3	37,9	27,4	10,5
26	H. v. Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	68 653	91,1	67,2	33,5	23,7	9,8
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	105 666	89,2	66,5	34,7	25,9	8,7
28	Maschinenbau	209 940	92,7	67,7	33,4	25,9	7,5
29	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	325 874	86,5	79,6	20,5	14,7	5,8
30	Sonstiger Fahrzeugbau	33 331	97,0	70,1	28,0	23,6	4,3
31	H. v. Möbeln	19 756	96,7	65,9	34,1	25,6	8,6
32	H. v. sonstigen Waren	30 046	89,4	59,1	41,3	27,8	13,6
33	Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	36 837	93,1	64,0	33,9	27,4	6,4
D	Energieversorgung	426 882	.	87,0	11,6	3,6	8,0
E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	44 083	.	56,2	43,5	17,6	25,8
36	Wasserversorgung	9 083	.	49,5	47,9	18,1	29,8
37	Abwasserentsorgung	10 247	.	34,6	65,1	18,8	46,2
38	Sammlung, Behandlung und Beseitigung von Abfällen; Rückgewinnung	24 376	.	67,8	.	16,8	.
39	Beseitigung von Umweltverschmutzungen und sonstige Entsorgung	377	.	58,6	.	27,7	.
F	Baugewerbe	170 822	101,6	62,6	39,5	29,5	10,0
41	Hochbau	40 069	99,1	68,8	33,9	23,3	10,6
42	Tiefbau	23 580	105,2	66,4	38,7	31,6	7,1
43	Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe	107 173	101,7	59,4	41,7	31,3	10,4

20 Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick

20.1 Unternehmen im Überblick

20.1.2 Betriebswirtschaftliche Kennzahlen der Unternehmen 2010

Nr. der Klassifikation ¹⁾	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	Umsatz	Produktionswert	Waren- und Dienstleistungskäufe	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Personalaufwendungen	Bruttobetriebsüberschuss
		Mill. EUR	Verhältnis zum Umsatz in %				
G – J, K 65, L – N, S 95²⁾	Dienstleistungen	2 910 189	44,9	70,8	25,0	13,9	10,9
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	1 670 588	25,8	87,5	14,4	9,1	5,1
45	Handel mit Kraftfahrzeugen; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	182 055	29,0	84,4	17,4	11,4	5,9
46	Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	1 014 123	21,6	89,9	12,0	7,0	4,8
47	Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	474 410	33,5	83,6	18,3	12,5	5,6
H	Verkehr und Lagerei	251 735	75,4	25,1	35,5	21,6	13,9
49	Landverkehr und Transport in Rohrfernleitungen	75 380	83,4	18,2	42,7	25,1	17,6
50	Schifffahrt	28 389	76,2	24,0	26,8	5,5	21,4
51	Luftfahrt	21 767	91,9	8,1	18,6	21,5	-2,9
52	Lagerei sowie Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Verkehr	98 726	63,0	36,9	33,9	20,0	13,9
53	Post-, Kurier- und Expressdienste	27 473	84,0	16,0	44,0	34,4	9,6
I	Gastgewerbe	63 616	101,2	56,4	45,9	30,0	15,2
55	Beherbergung	21 649	101,7	54,2	48,3	31,2	16,2
56	Gastronomie	41 967	101,0	57,5	44,7	29,4	14,7
J	Information und Kommunikation	214 819	75,3	25,0	42,1	21,7	20,4
58	Verlagswesen	29 855	87,9	12,0	41,1	23,0	18,1
59	Herstellung, Verleih und Vertrieb von Filmen und Fernsehprogrammen; Kinos; Tonstudios und Verlegen von Musik	8 765	78,4	21,8	39,6	16,8	22,7
60	Rundfunkveranstalter	14 102	86,6	13,2	42,4	15,0	27,5
61	Telekommunikation	72 660	66,2	34,3	35,9	11,5	24,4
62	Erbringung von Dienstleistungen der Informationstechnologie	80 800	75,6	24,9	47,1	31,2	15,9
63	Informationsdienstleistungen	8 636	84,5	16,0	51,4	29,4	22,0
K³⁾	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen						
65	Versicherungen, Rückversicherungen und Pensionskassen (ohne Sozialversicherung)	236 621	32,4	/	/	/	/
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	106 169	82,7	18,0	56,3	7,6	48,7
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	216 169	81,5	20,0	51,6	30,5	21,1
69	Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung	41 716	96,8	3,2	72,9	36,9	36,0
70	Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben; Unternehmensberatung	73 642	70,3	29,8	37,1	25,4	11,7
71	Architektur- und Ingenieurbüros; technische, physikalische und chemische Untersuchung	53 976	86,6	18,8	56,6	34,3	22,3
72	Forschung und Entwicklung	10 094	95,5	6,9	69,9	55,0	14,9
73	Werbung und Marktforschung	22 427	67,5	32,2	38,4	20,9	17,6
74	Sonstige freiberufliche, wissenschaftliche und technische Tätigkeiten	11 878	87,3	12,9	52,1	22,1	29,9
75	Veterinärwesen	2 437	85,9	14,3	56,8	18,7	38,2
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	147 736	78,8	21,7	53,0	33,5	19,5
77	Vermietung von beweglichen Sachen	27 547	84,7	16,2	59,6	8,6	51,0
78	Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften	29 238	92,7	7,8	67,4	68,0	-0,6
79	Reisebüros, Reiseveranstalter und Erbringung sonstiger Reservierungsdienstleistungen	23 483	43,8	56,3	26,5	9,4	17,1
80	Wach- und Sicherheitsdienste sowie Detekteien	4 880	90,2	10,1	73,4	62,4	11,0
81	Gebäudebetreuung; Garten- und Landschaftsbau	26 836	90,5	9,8	65,6	46,1	19,5
82	Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen für Unternehmen und Privatpersonen a. n. g.	35 751	75,7	25,1	41,4	27,1	14,3
S³⁾	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen						
95	Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und Gebrauchsgütern	2 736	79,3	21,0	46,9	25,3	21,6

Auswertung der Strukturhebungen in den Wirtschaftsabschnitten B – J und L – N sowie den Abteilungen K 65 und S 95.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Summenpositionen bezogen auf die in der Tabelle ausgewiesenen Werte.

3 Dieser Wirtschaftsabschnitt ist nicht vollständig erfasst. Daher erfolgt hier kein Nachweis.

20.1 Unternehmen im Überblick

20.1.3 Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) nach ausgewählten Wirtschaftsabschnitten 2009

Als KMU definiert werden alle Unternehmen, in denen weniger als 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig sind und deren Jahresumsatz einen Schwellenwert von 50 Mill. Euro nicht überschreitet. Als Kleinunternehmen gelten dabei alle Unternehmen, in denen weniger als 10 Beschäftigte tätig sind und deren Jahresumsatz unter 2 Mill. EUR liegt. Kleine Unternehmen sind all jene, die weniger als 50 tätige Personen umfassen und deren Jahresumsatz weniger als 10 Mill. EUR beträgt. Diese Definition basiert auf einer Empfehlung (2003/361/EG) der Europäischen Kommission vom 6.5.2003.

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung/Größenklasse	Unternehmen	Tätige Personen	Umsatz	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Bruttoinvestitionen in Sachanlagen
		%				
B – N ohne K	Insgesamt					
	KMU	99,3	60,7	35,6	49,2	44,8
	Kleinunternehmen	81,4	18,7	6,8	11,4	12,5
	Kleine Unternehmen	14,8	21,9	12,0	17,8	14,7
	Mittlere Unternehmen	3,1	20,1	16,8	20,0	17,6
	Großunternehmen	0,7	39,3	64,4	50,8	55,2
	Zusammen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden					
	KMU	98,1	33,3	33,3	28,1	24,6
	Kleinunternehmen	51,2	3,3	2,1	1,7	1,2
	Kleine Unternehmen	38,4	15,7	14,6	13,3	11,1
	Mittlere Unternehmen	8,4	14,3	16,6	13,2	12,3
	Großunternehmen	1,9	66,7	66,7	71,9	75,4
	Zusammen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
C	Verarbeitendes Gewerbe					
	KMU	97,3	44,1	23,0	32,4	25,6
	Kleinunternehmen	59,6	5,6	1,7	2,9	2,0
	Kleine Unternehmen	28,5	15,0	6,6	10,3	7,2
	Mittlere Unternehmen	9,1	23,5	14,7	19,2	16,4
	Großunternehmen	2,7	55,9	77,0	67,6	74,4
	Zusammen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
D	Energieversorgung					
	KMU	70,6	12,8	4,2	8,6	19,3
	Kleinunternehmen	13,6	0,2	0,1	0,1	0,3
	Kleine Unternehmen	23,3	1,7	0,5	1,2	9,0
	Mittlere Unternehmen	33,7	10,9	3,6	7,2	10,0
	Großunternehmen	29,4	87,2	95,8	91,4	80,7
	Zusammen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen					
	KMU	96,4	57,0	55,8	57,4	69,5
	Kleinunternehmen	33,5	2,9	3,4	4,1	7,0
	Kleine Unternehmen	46,2	20,5	19,5	21,9	29,2
	Mittlere Unternehmen	16,7	33,5	32,9	31,5	33,3
	Großunternehmen	3,6	43,0	44,2	42,6	30,5
	Zusammen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
F	Baugewerbe					
	KMU	99,9	91,7	82,8	88,3	83,3
	Kleinunternehmen	83,8	36,3	23,9	19,2	26,5
	Kleine Unternehmen	14,8	38,8	35,6	42,0	33,8
	Mittlere Unternehmen	1,3	16,6	23,3	27,1	23,0
	Großunternehmen	0,1	8,3	17,2	11,7	16,7
	Zusammen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen					
	KMU	99,3	64,6	41,6	54,8	49,6
	Kleinunternehmen	81,5	23,2	7,5	12,6	11,5
	Kleine Unternehmen	14,3	22,3	13,9	19,6	17,1
	Mittlere Unternehmen	3,5	19,0	20,2	22,7	21,0
	Großunternehmen	0,7	35,4	58,4	45,2	50,4
	Zusammen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
H	Verkehr und Lagerei					
	KMU	99,0	51,4	39,9	46,8	35,7
	Kleinunternehmen	70,2	10,3	5,3	8,4	12,4
	Kleine Unternehmen	23,9	21,3	15,9	19,7	13,6
	Mittlere Unternehmen	4,9	19,8	18,7	18,6	9,7
	Großunternehmen	1,0	48,6	60,1	53,2	64,3
	Zusammen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

20 Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick

20.1 Unternehmen im Überblick

20.1.3 Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) nach ausgewählten Wirtschaftsabschnitten 2009

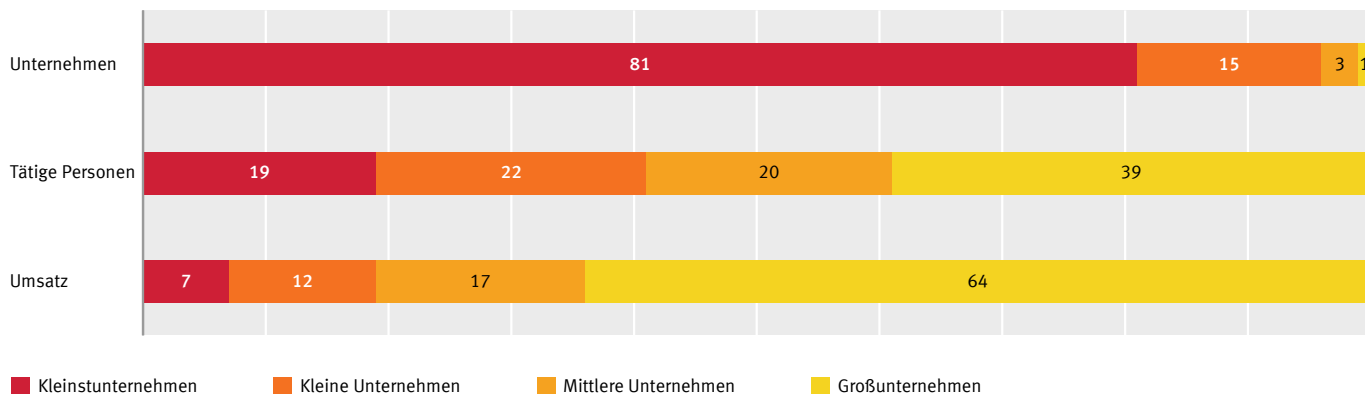
Nr. der Klassifikation ¹⁾	Wirtschaftsgliederung/Größenklasse	Unternehmen	Tätige Personen	Umsatz	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Bruttoinvestitionen in Sachanlagen
		%				
I	Gastgewerbe					
	KMU	99,9	90,7	86,0	85,9	87,1
	Kleinstunternehmen	78,9	31,4	28,9	27,7	22,4
	Kleine Unternehmen	19,1	41,3	36,5	37,8	34,6
	Mittlere Unternehmen	1,9	18,0	20,7	20,5	30,1
	Großunternehmen	0,1	9,3	14,0	14,1	12,9
	Zusammen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
J	Information und Kommunikation					
	KMU	99,3	53,6	28,7	33,9	21,8
	Kleinstunternehmen	85,3	14,9	5,5	7,6	4,1
	Kleine Unternehmen	11,2	18,0	9,3	10,8	5,0
	Mittlere Unternehmen	2,8	20,7	14,0	15,6	12,7
	Großunternehmen	0,7	46,4	71,3	66,1	78,2
	Zusammen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
L	Grundstücks- und Wohnungswesen					
	KMU	99,9	85,7	69,5	79,8	76,6
	Kleinstunternehmen	95,3	59,6	27,1	33,6	30,9
	Kleine Unternehmen	3,8	14,8	18,9	21,3	22,2
	Mittlere Unternehmen	0,8	11,4	23,4	24,9	23,4
	Großunternehmen	0,1	14,3	30,5	20,2	23,4
	Zusammen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen					
	KMU	99,8	78,9	60,6	73,3	65,1
	Kleinstunternehmen	89,5	37,2	21,8	29,2	25,2
	Kleine Unternehmen	9,4	28,0	21,9	27,3	23,2
	Mittlere Unternehmen	0,9	13,6	16,8	16,7	16,7
	Großunternehmen	0,2	21,1	39,4	26,7	34,9
	Zusammen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen					
	KMU	98,7	49,6	46,8	48,6	46,2
	Kleinstunternehmen	79,7	10,7	11,3	12,1	15,8
	Kleine Unternehmen	14,2	14,7	15,9	15,5	15,7
	Mittlere Unternehmen	4,8	24,2	19,6	21,0	14,7
	Großunternehmen	1,3	50,4	53,2	51,4	53,8
	Zusammen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Auswertung der Strukturhebungen in den Wirtschaftsabschnitten B – N ohne K.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

Unternehmen, Umsatz und tätige Personen nach Unternehmensgrößenklassen 2009

in %



2012 - 01 - 0628

20.2 Auslandskontrollierte Unternehmen in Deutschland 2009

Auslandskontrollierte Unternehmen sind im Inland ansässig und werden von einem Unternehmen mit Sitz im Ausland kontrolliert, das die Unternehmenspolitik bestimmt. Durch die Beobachtung auslandskontrollierter Unternehmen kann die Verflechtung der deutschen Wirtschaft mit der globalisierten Welt abgebildet werden.

20.2.1 Nach ausgewählten Wirtschaftsabschnitten

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Unternehmen	Tätige Personen	Umsatz	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten ²
		%			
B – N ohne K	Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	0,3	0,5	0,6	0,6
C	Verarbeitendes Gewerbe	19,9	47,6	46,4	41,1
D	Energieversorgung	1,7	0,7	3,2	2,5
E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	0,6	0,5	0,3	0,3
F	Baugewerbe	2,3	2,5	1,3	1,9
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	32,4	18,0	33,4	24,2
H	Verkehr und Lagerei	4,3	4,3	2,5	3,0
I	Gastgewerbe	1,9	2,9	0,5	0,9
J	Information und Kommunikation	7,5	5,2	4,1	7,1
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	10,4	0,9	1,0	5,9
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	14,0	6,5	4,1	7,6
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	4,6	10,6	2,7	4,9

Auswertung der Strukturerhebungen in den Wirtschaftsabschnitten B – N ohne K.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Werte zum Teil geschätzt.

20.2.2 Nach Herkunft der Muttergesellschaft

	Unternehmen	Tätige Personen	Umsatz	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten ¹
	%			
Welt (ohne Deutschland)	100,0	100,0	100,0	100,0
darunter:				
Europa (ohne Deutschland) ²	74,4	69,8	65,5	68,9
Afrika	0,5	0,6	0,5	0,5
Nord- und Mittelamerika ²	16,4	24,1	23,3	22,3
Südamerika	0,2	0,1	0,1	0,1
Asien	7,8	4,9	10,1	7,7
Australien und Ozeanien	0,7	0,5	0,4	0,6

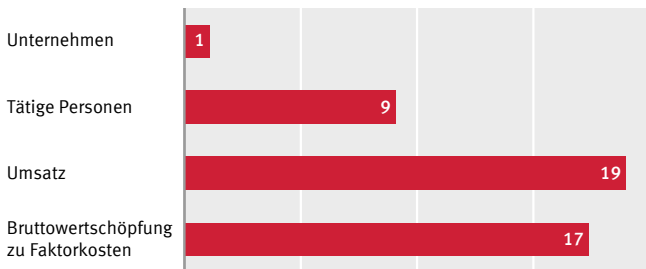
Auswertung der Strukturerhebungen in den Wirtschaftsabschnitten B – N ohne K.

1 Werte zum Teil geschätzt.

2 Einschl. abhängiger Gebiete einzelner Länder.

Auslandskontrollierte Unternehmen 2009

Anteil an allen Unternehmen, in %



Auswertung der Strukturerhebungen in den Wirtschaftsabschnitten B bis N ohne K.

2012 - 01 - 0629

20.3 Gewerbeanzeigen

20.3.1 Gewerbeanzeigen nach Ländern 2011

	Anmeldung			Abmeldung		
	insgesamt	darunter		insgesamt	darunter	
		Betriebsgründung	sonstige Neugründung		Betriebsaufgabe	sonstige Stilllegung
Deutschland	821 207	144 361	534 707	715 136	119 230	454 116
Baden-Württemberg	103 630	16 415	64 873	91 855	12 727	57 222
Bayern	143 823	26 231	89 307	116 208	19 038	67 205
Berlin	48 716	8 751	35 516	33 797	6 857	22 833
Brandenburg	20 521	4 763	11 737	19 371	4 221	11 523
Bremen	6 296	1 157	4 266	4 761	748	3 363
Hamburg	24 495	3 922	17 727	17 629	2 424	12 628
Hessen	77 943	11 155	53 300	67 284	9 859	44 290
Mecklenburg-Vorpommern	13 081	2 903	7 948	12 622	2 852	7 600
Niedersachsen	69 670	13 109	44 257	59 273	10 552	36 567
Nordrhein-Westfalen	169 362	27 753	114 977	156 357	24 512	104 818
Rheinland-Pfalz	39 198	6 541	26 034	38 770	5 505	26 838
Saarland	7 798	1 586	4 922	7 348	1 328	4 810
Sachsen	36 331	8 071	22 477	33 220	7 331	19 864
Sachsen-Anhalt	14 677	3 734	8 661	15 171	3 973	9 007
Schleswig-Holstein	29 971	4 596	19 367	25 729	3 794	16 396
Thüringen	15 695	3 674	9 338	15 741	3 509	9 152

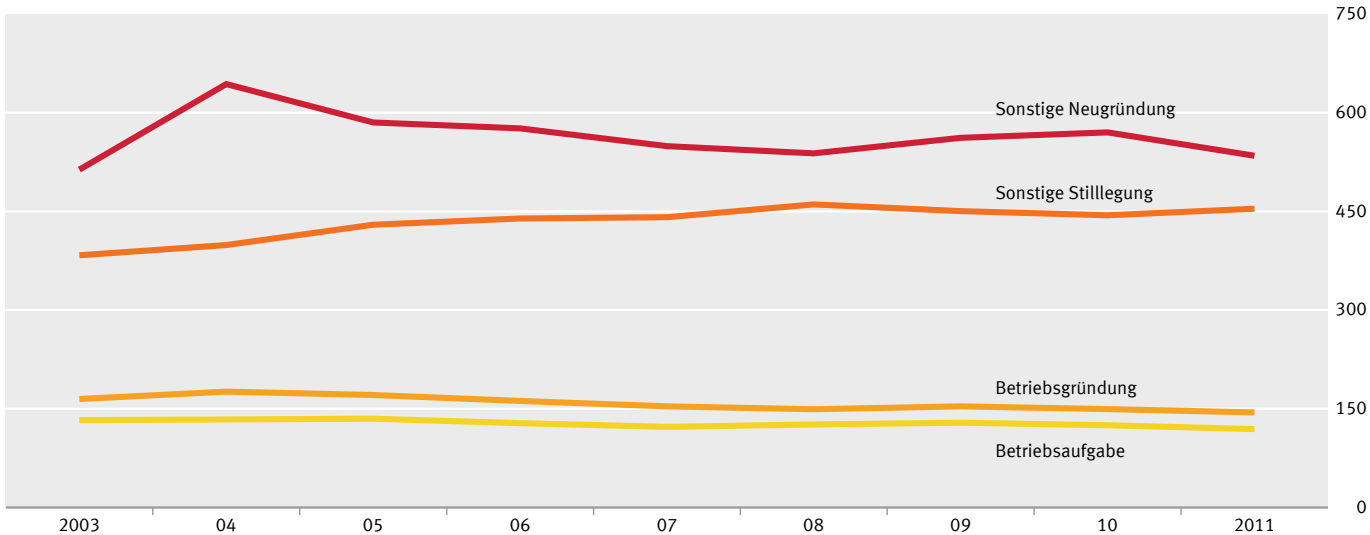
Eine **Gewerbeanmeldung** ist abzugeben bei Neugründungen, Umwandlungen, Zuzügen und Übernahmen von Betrieben. Die Neugründungen umfassen Betriebsgründungen und sonstige Neugründungen (Neugründungen von Kleinunternehmen und Nebenerwerbsbetrieben).

Eine **Gewerbeabmeldung** ist abzugeben bei vollständigen Aufgaben, Umwandlungen, Fortzügen und Übernahmen von Betrieben. Die vollständigen Aufgaben beinhalten Betriebsaufgaben und sonstige Stilllegungen (Stilllegungen von Kleinunternehmen und Nebenerwerbsbetrieben).

Ergebnisse der Gewerbeanzeigenstatistik. – Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Neugründungen und vollständige Aufgaben

in 1 000



2012 - 01 - 0630

20.3 Gewerbeanzeigen

20.3.2 Gewerbebeanmeldungen nach Wirtschaftsabschnitten und Rechtsformen 2011

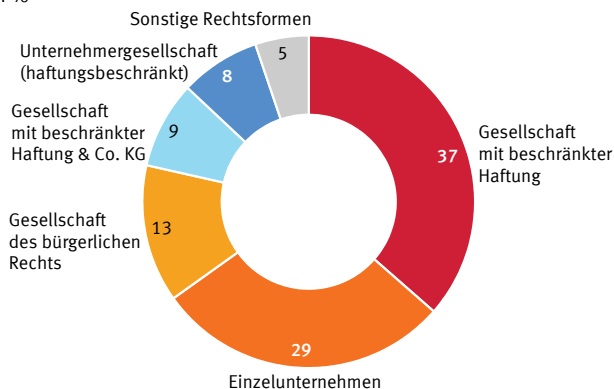
Nr. der Klassifikation ¹		Gewerbebeanmeldungen insgesamt	Neuerichtungen				Zuzug	Übernahmen ²	
			Betriebsgründung		sonstige Neugründung				Umwandlung
			zusammen	dar. Hauptniederlassung	zusammen	darunter Nebenwerb			
A – S	Insgesamt	821 207	144 361	100 225	534 707	241 689	3 790	81 358	56 991
	nach Wirtschaftsabschnitten								
A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	5 655	580	518	4 204	2 255	9	501	361
B, C	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; Verarbeitendes Gewerbe	30 713	7 643	5 453	16 353	8 929	384	3 658	2 675
D, E	Energieversorgung; Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	24 924	3 643	3 166	19 890	16 971	93	691	607
F	Baugewerbe	112 103	17 964	16 382	76 825	11 090	368	11 290	5 656
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	180 230	38 621	19 901	108 695	57 907	1 082	16 853	14 979
H	Verkehr und Lagerei	27 404	5 069	3 324	18 016	4 659	124	2 859	1 336
I	Gastgewerbe	59 305	13 458	9 410	25 420	7 269	142	842	19 443
J	Information und Kommunikation	32 347	5 892	4 573	20 159	11 979	146	5 137	1 013
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	29 008	4 847	3 509	17 130	5 909	322	6 196	513
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	18 953	6 250	5 244	8 434	3 237	113	3 308	848
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	80 508	14 958	12 334	53 201	31 323	343	10 468	1 538
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	105 081	11 864	8 041	80 095	34 928	401	10 156	2 565
P	Erziehung und Unterricht	12 599	1 948	945	8 812	5 128	46	1 258	535
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	10 015	1 359	991	7 395	3 715	23	937	301
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	17 730	3 027	1 621	11 910	7 546	45	1 454	1 294
O, S	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung; Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	74 632	7 238	4 813	58 168	28 844	149	5 750	3 327
	nach Rechtsformen								
	Einzelunternehmen	657 213	41 414	27 043	518 931	225 913	299	61 112	35 457
	Personengesellschaften (OHG, KG, GbR)	64 227	33 661	27 535	11 816	11 816	857	4 728	13 165
	dar.: Gesellschaft mit beschränkter Haftung & Co. KG	18 669	12 314	8 039	367	367	754	2 181	3 053
	Gesellschaft des bürgerlichen Rechts	41 568	19 281	18 092	11 250	11 250	47	2 156	8 834
	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	91 610	63 876	44 011	3 563	3 563	1 938	14 515	7 718
	dar. Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt)	15 423	11 205	10 367	1 722	1 722	43	1 123	1 330
	Aktiengesellschaft	2 504	1 358	397	–	–	574	364	208
	Private Company Limited by Shares (Ltd)	1 693	1 198	157	67	67	5	354	69
	Sonstige Rechtsformen	3 960	2 854	1 082	330	330	117	285	374

Ergebnisse der Gewerbeanzeigenstatistik. – Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

- 1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).
- 2 Rechtsformwechsel, Gesellschaftereintritt, Erbfolge, Kauf, Pacht.

Betriebsgründungen nach Rechtsformen 2011

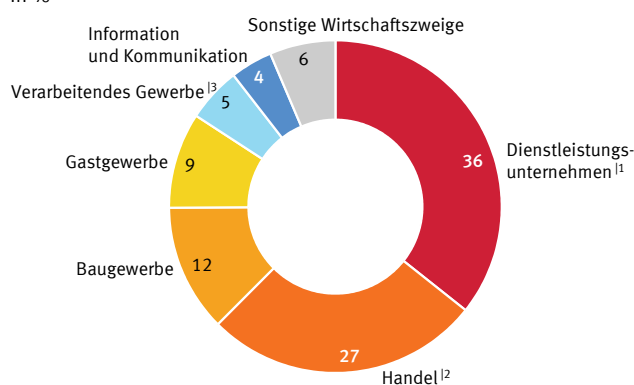
in %



2012 - 01 - 0631

Betriebsgründungen nach Wirtschaftsabschnitten 2011

in %



- 1 Umfasst die Wirtschaftszweige der Abschnitte K bis S.
- 2 Einschl. Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen.
- 3 Einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.

2012 - 01 - 0632

20.3 Gewerbeanzeigen

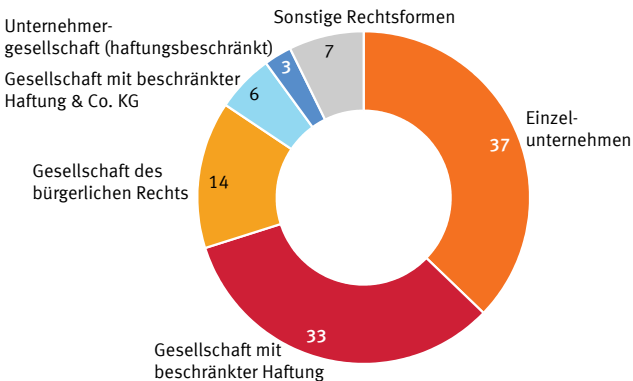
20.3.3 Gewerbeabmeldungen nach Wirtschaftsabschnitten und Rechtsformen 2011

Nr. der Klassifikation ¹		Gewerbeabmeldungen insgesamt	Vollständige Aufgaben				Fortzug	Übergaben ²	
			Betriebsaufgabe		sonstige Stilllegung				Umwandlung
			zusammen	dar. Hauptniederlassung	zusammen	darunter Nebenerwerb			
A – S	Insgesamt	715 136	119 230	80 717	454 116	152 174	4 865	82 160	54 765
	nach Wirtschaftsabschnitten								
A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	4 641	365	296	3 392	1 087	10	495	379
B, C	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; Verarbeitendes Gewerbe	26 924	6 681	5 004	12 959	4 320	560	3 900	2 824
D, E	Energieversorgung; Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	8 331	962	746	5 885	4 069	112	701	671
F	Baugewerbe	90 761	12 785	11 330	60 510	7 558	278	10 230	6 958
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	183 406	39 303	21 261	109 748	43 715	1 329	17 834	15 192
H	Verkehr und Lagerei	27 508	5 191	3 469	17 683	3 647	185	2 799	1 650
I	Gastgewerbe	61 311	14 745	11 379	31 977	6 277	144	1 005	13 440
J	Information und Kommunikation	27 289	3 814	2 838	16 534	7 569	262	5 304	1 375
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	33 227	3 686	2 225	21 761	5 793	325	6 716	739
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	14 089	3 946	3 325	5 974	1 662	225	3 060	884
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	61 867	8 602	6 780	40 182	18 489	599	10 481	2 003
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	85 453	9 061	6 293	62 633	21 530	606	9 894	3 259
P	Erziehung und Unterricht	9 076	1 409	627	5 691	2 490	42	1 354	580
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	7 772	771	590	5 721	2 277	24	940	316
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	12 857	2 252	1 236	7 855	3 635	44	1 519	1 187
O, S	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung; Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	60 624	5 657	3 318	45 611	18 056	120	5 928	3 308
	nach Rechtsformen								
	Einzelunternehmen	584 294	44 294	29 074	445 418	143 476	397	61 716	32 469
	Personengesellschaften (OHG, KG, GbR)	55 678	26 184	21 918	7 092	7 092	722	4 819	16 861
	dar.: Gesellschaft mit beschränkter Haftung & Co. KG	11 122	6 656	4 071	131	131	592	2 027	1 716
	Gesellschaft des bürgerlichen Rechts	39 661	17 098	16 054	6 815	6 815	63	2 354	13 331
	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	66 251	42 484	28 113	1 276	1 276	3 387	14 596	4 508
	dar. Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt)	5 103	3 260	2 905	398	398	33	1 065	347
	Aktiengesellschaft	2 223	1 306	337	–	–	153	357	407
	Private Company Limited by Shares (Ltd)	3 336	2 605	348	166	166	10	375	180
	Sonstige Rechtsformen	3 354	2 357	927	164	164	196	297	340

Ergebnisse der Gewerbeanzeigenstatistik. – Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

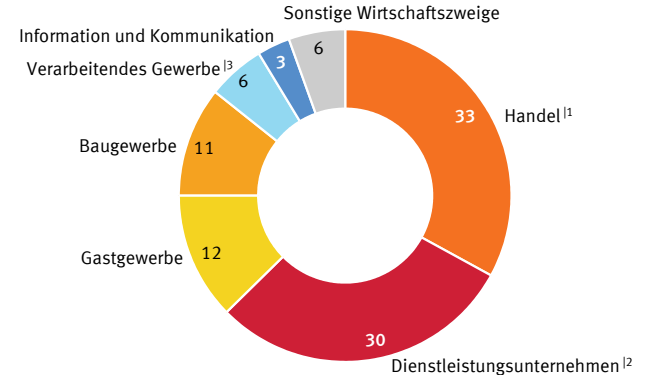
- 1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).
- 2 Rechtsformwechsel, Gesellschafteraustritt, Erbfolge, Kauf, Verpachtung.

Betriebsaufgaben nach Rechtsformen 2011
in %



2012 - 01 - 0633

Betriebsaufgaben nach Wirtschaftsabschnitten 2011
in %



- 1 Einschl. Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen.
- 2 Umfasst die Wirtschaftszweige der Abschnitte K bis S.
- 3 Einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.

2012 - 01 - 0634

20 Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick

20.4 Insolvenzen

20.4.1 Zusammensetzung der Insolvenzen

Weitere Informationen zu Verbraucherinsolvenzen siehe Kapitel „Einkommen, Konsum, Lebensbedingungen“

	2000	2005	2010	2011	2000	2005	2010	2011
	Anzahl				%			
Insgesamt	42 259	136 554	168 458	159 418	100,0	100,0	100,0	100,0
Unternehmen	28 235	36 843	31 998	30 099	66,8	27,0	19,0	18,9
Übrige Schuldner/-innen	14 024	99 711	136 460	129 319	33,2	73,0	81,0	81,1
davon:								
Natürliche Personen als Gesellschafter ..	1 129	3 446	1 814	1 599	2,7	2,5	1,1	1,0
Verbraucher/-innen	10 479	68 898	108 798	103 289	24,8	50,5	64,6	64,8
Ehemals selbstständig Tätige mit Regelinsolvenzverfahren	19 919	17 620	16 307	.	14,6	10,5	10,2
Ehemals selbstständig Tätige mit vereinfachtem Verfahren	4 818	5 445	5 251	.	3,5	3,2	3,3
Nachlässe	2 416	2 630	2 783	2 873	5,7	1,9	1,6	1,8

Ergebnisse der Insolvenzstatistik.

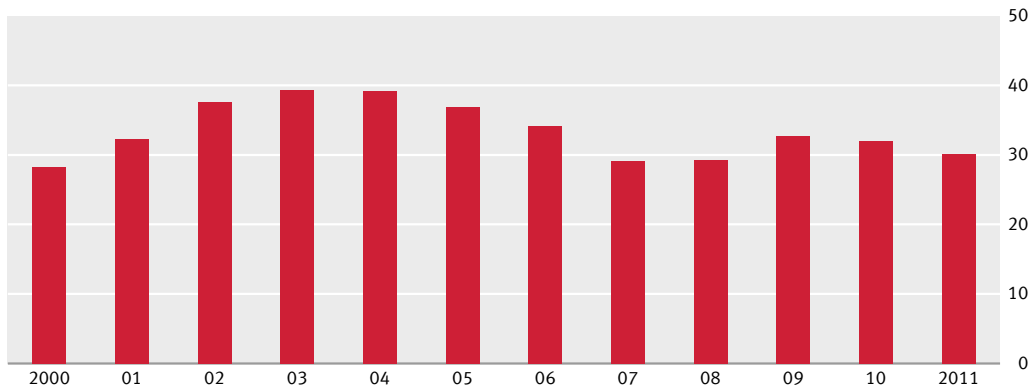
20.4.2 Unternehmensinsolvenzen nach Ländern 2011

	Insgesamt	Eröffnet	Mangels Masse abgewiesen	Arbeitnehmer/-innen	Voraussichtliche Forderungen
	Anzahl				1 000 EUR
Deutschland	30 099	22 393	7 706	140 339	20 011 292
Baden-Württemberg	2 284	1 542	742	15 323	2 233 089
Bayern	3 413	2 436	977	16 680	2 361 919
Berlin	1 385	911	474	6 407	1 306 300
Brandenburg	629	499	130	2 013	459 707
Bremen	253	180	73	185	622 750
Hamburg	745	609	136	2 731	685 874
Hessen	1 681	1 209	472	6 426	1 380 845
Mecklenburg-Vorpommern	433	344	89	1 777	213 919
Niedersachsen	2 472	1 802	670	11 410	1 120 023
Nordrhein-Westfalen	11 215	8 567	2 648	48 148	6 921 218
Rheinland-Pfalz	1 225	945	280	4 466	499 760
Saarland	420	308	112	3 191	496 669
Sachsen	1 587	1 206	381	5 774	706 986
Sachsen-Anhalt	772	579	193	2 752	349 133
Schleswig-Holstein	1 104	892	212	9 330	429 604
Thüringen	481	364	117	3 726	223 495

Ergebnisse der Insolvenzstatistik.

Unternehmensinsolvenzen im Zeitvergleich

in 1 000



2012 - 01 - 0635

20.4 Insolvenzen

20.4.3 Unternehmensinsolvenzen nach ausgewählten Wirtschaftsabschnitten, Alter der Unternehmen und Rechtsformen 2011

Nr. der Klassifikation ¹⁾		Eröffnet	Mangels Masse abgewiesen	Insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr	Arbeitnehmer/-innen	Voraussichtliche Forderungen
		Anzahl			%	Anzahl	1 000 EUR
A – N, P – S	Insgesamt	22 393	7 706	30 099	– 5,9	140 339	20 011 292
	nach Wirtschaftsabschnitten						
A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	126	37	163	– 10,9	269	65 996
B, C	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; Verarbeitendes Gewerbe	1 888	379	2 267	– 13,3	42 656	4 151 145
D, E	Energieversorgung; Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	155	47	202	18,8	786	605 839
F	Baugewerbe	3 560	1 216	4 776	– 6,4	17 583	1 757 041
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	4 256	1 495	5 751	– 8,8	17 163	2 742 436
H	Verkehr und Lagerei	1 743	419	2 162	– 3,7	11 373	1 147 158
I	Gastgewerbe	2 614	768	3 382	– 2,1	8 300	560 610
J	Information und Kommunikation	616	280	896	– 11,4	2 543	812 069
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	624	278	902	– 6,5	608	923 348
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	739	413	1 152	– 4,2	816	2 160 068
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	1 977	1 151	3 128	– 8,3	13 897	3 225 254
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	1 927	631	2 558	– 2,7	12 747	1 007 511
P	Erziehung und Unterricht	248	63	311	– 1,9	1 264	65 119
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	562	72	634	8,2	5 501	448 595
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	465	184	649	– 4,4	1 627	160 086
S	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	893	273	1 166	4,0	3 206	179 017
	nach dem Alter der Unternehmen						
	unter 8 Jahren	10 947	4 506	15 453	– 5,5	54 563	7 817 447
	dar. bis 3 Jahre	4 617	2 312	6 929	– 2,7	22 376	2 711 019
	8 Jahre und mehr	9 042	2 563	11 605	– 1,5	76 377	10 966 347
	Unbekannt	2 404	637	3 041	– 21,4	9 399	1 227 498
	nach Rechtsformen						
	Einzelunternehmen	12 373	2 271	14 644	– 7,0	24 948	3 042 283
	Personengesellschaften (OHG, KG, GbR)	1 520	614	2 134	– 5,2	20 349	3 177 051
	darunter:						
	Gesellschaft mit beschränkter Haftung & Co. KG	1 068	397	1 465	– 4,2	16 912	2 742 788
	Gesellschaft des bürgerlichen Rechts	269	144	413	0,2	1 142	159 467
	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	7 896	4 269	12 165	– 3,2	86 684	12 135 155
	Aktiengesellschaft, KGaA	166	58	224	– 21,4	4 790	1 368 973
	Private Company Limited by Shares (Ltd)	195	269	464	– 33,6	805	85 306
	Genossenschaft	8	3	11	– 21,4	72	27 713
	Sonstige Rechtsformen	235	222	457	5,8	2 691	174 811

Ergebnisse der Insolvenzstatistik.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

20.4 Insolvenzen

20.4.4 Insolvenzhäufigkeit von Unternehmen nach Wirtschaftsabschnitten

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Unternehmensinsolvenzen		Unternehmen ²	Insolvenzhäufigkeiten ³	
		2011	2010		2011	2010
		Anzahl				
A – N, P – S	Insgesamt	30 099	31 998	3 165 286	95	101
A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	163	183	80 633	X	X
B, C	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; Verarbeitendes Gewerbe	2 267	2 616	242 015	94	108
D, E	Energieversorgung; Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	202	170	55 407	36	31
F	Baugewerbe	4 776	5 103	352 081	136	145
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	5 751	6 304	646 501	89	98
H	Verkehr und Lagerei	2 162	2 244	110 717	195	203
I	Gastgewerbe	3 382	3 454	230 746	147	150
J	Information und Kommunikation	896	1 011	122 758	73	82
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	902	965	25 056	X	X
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	1 152	1 203	280 559	41	43
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	3 128	3 412	449 756	70	76
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	2 558	2 630	157 934	162	167
P	Erziehung und Unterricht	311	317	42 646	73	74
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	634	586	45 872	138	128
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	649	679	97 924	66	69
S	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	1 166	1 121	224 681	52	50

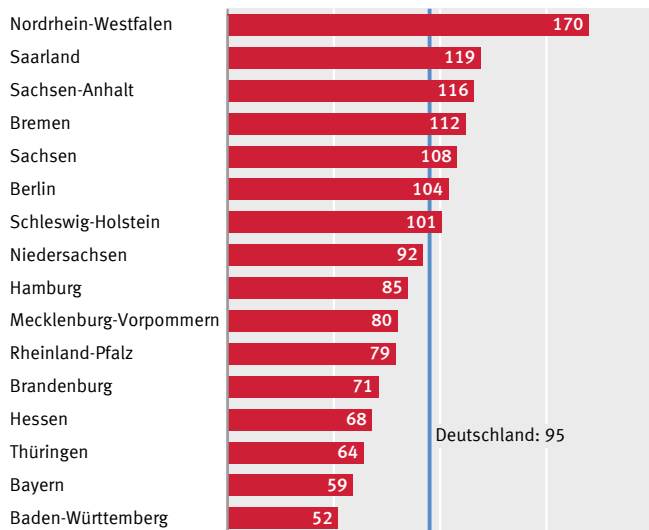
Ergebnisse der Insolvenzstatistik.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Umsatzsteuerstatistik 2010.

3 Bezogen auf 10 000 Unternehmen. Jeweils berechnet mit den Angaben aus der Umsatzsteuerstatistik 2010.

Insolvenzhäufigkeit von Unternehmen nach Ländern 2011

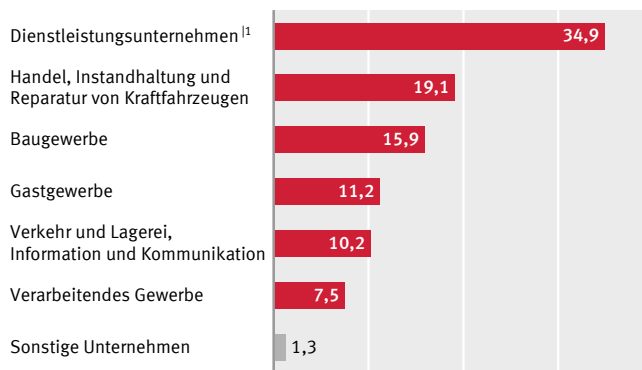


Bezogen auf 10 000 Unternehmen. Jeweils berechnet mit den Angaben der Insolvenzstatistik 2011 und der Umsatzsteuerstatistik 2010.

2012 - 01 - 0636

Insolvenzhäufigkeit von Unternehmen nach Wirtschaftsabschnitten 2011

in %



Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

1 Umfasst die Wirtschaftszweige der Abschnitte K bis S.

2012 - 01 - 0637

20.5 Informations- und Kommunikationstechnologien in Unternehmen

20.5.1 Unternehmen mit Internetzugang und eigener Website

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Unternehmen mit Internetzugang				Unternehmen mit eigener Website			
		2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
		% aller Unternehmen				% aller Unternehmen mit Internetzugang			
C – N, S 95.1	Untersuchte Wirtschaftsbereiche insgesamt	79	81	82	82	60	57	62	60
C	Verarbeitendes Gewerbe	84	81	88	88	64	66	71	69
D, E	Energieversorgung; Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen ²	87	94	88	87	72	39	62	/
F	Baugewerbe	83	90	84	87	44	51	46	52
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	81	81	86	84	57	59	62	62
H	Verkehr und Lagerei ³	71	85	74	77	49	25	44	40
I	Gastgewerbe	48	45	57	52	75	72	72	78
J	Information und Kommunikation	–	93	98	98	–	75	80	78
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	/	100	96	99	63	83	73	63
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	75	71	68	69	43	38	54	46
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	–	95	94	93	–	63	68	61
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	–	87	86	86	–	61	63	53
S 95.1	Reparatur von Datenverarbeitungs- und Telekommunikationsgeräten ⁴	–	–	93	100	–	–	/	66

Ergebnisse der Erhebung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in Unternehmen.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Bis einschl. 2008: Ohne Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen.

3 Bis einschl. 2008: Ohne Lagerei, Post- und Kurierdienste.

4 Bis einschl. 2009: Ohne Reparatur von Datenverarbeitungs- und Telekommunikationsgeräten.

20.5.2 Informationen und Dienstleistungen auf der Unternehmenswebsite 2011

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Online-Bestellungs- oder Reservierungssystem	Produktkataloge oder Preislisten	Datenschutzerklärung, Hinweise zur Sicherheit
		% der Unternehmen mit eigener Website		
C – N, S 95.1	Untersuchte Wirtschaftsbereiche insgesamt	29	55	34
C	Verarbeitendes Gewerbe	24	57	40
D, E	Energieversorgung; Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	46	67	72
F	Baugewerbe	18	47	15
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	42	60	45
H	Verkehr und Lagerei	29	59	22
I	Gastgewerbe	61	55	70
J	Information und Kommunikation	20	58	31
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	28	68	18
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	21	43	30
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	15	53	17
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	34	57	37
S 95.1	Reparatur von Datenverarbeitungs- und Telekommunikationsgeräten	/	/	/

Ergebnisse der Erhebung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in Unternehmen.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

20.5 Informations- und Kommunikationstechnologien in Unternehmen

20.5.3 Tätige Personen mit Computer- und Internetnutzung

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Tätige Personen mit Computernutzung				Tätige Personen mit Internetnutzung			
		2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
		% aller tätigen Personen							
C – N, S 95.1	Untersuchte Wirtschaftsbereiche insgesamt	60	62	63	63	53	50	52	54
C	Verarbeitendes Gewerbe	46	58	59	61	39	40	44	49
D, E	Energieversorgung; Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen ²	69	69	70	65	58	56	53	58
F	Baugewerbe	45	34	36	36	39	31	32	33
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	68	70	70	70	56	53	55	57
H	Verkehr und Lagerei ³	43	51	52	45	38	42	42	35
I	Gastgewerbe	23	32	28	31	21	25	23	27
J	Information und Kommunikation	–	96	96	93	–	92	93	91
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	95	88	98	98	90	80	86	91
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	67	70	68	68	61	65	63	65
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	–	90	91	92	–	84	86	87
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	–	44	47	41	–	40	44	37
S 95.1	Reparatur von Datenverarbeitungs- und Telekommunikationsgeräten ⁴	–	–	95	90	–	–	91	88

Ergebnisse der Erhebung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in Unternehmen.

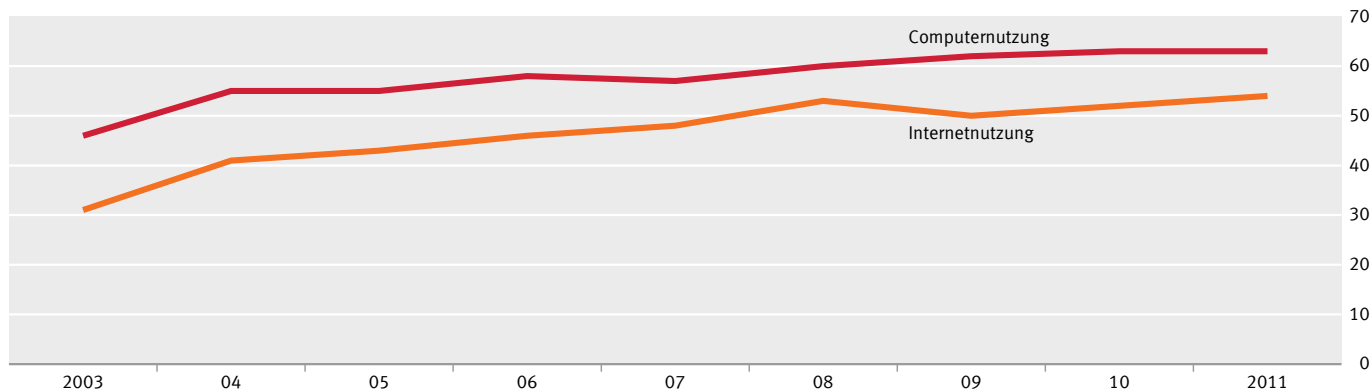
1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Bis einschl. 2008: Ohne Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen.

3 Bis einschl. 2008: Ohne Lagerei, Post- und Kurierdienste.

4 Bis einschl. 2009: Ohne Reparatur von Datenverarbeitungs- und Telekommunikationsgeräten.

Tätige Personen mit Computer- und Internetnutzung
in %



Ergebnisse der Erhebung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in Unternehmen.

2012 - 01 - 0638

20.5 Informations- und Kommunikationstechnologien in Unternehmen

20.5.4 E-Government: Gründe der Unternehmen für die Kommunikation mit der öffentlichen Verwaltung über das Internet 2010

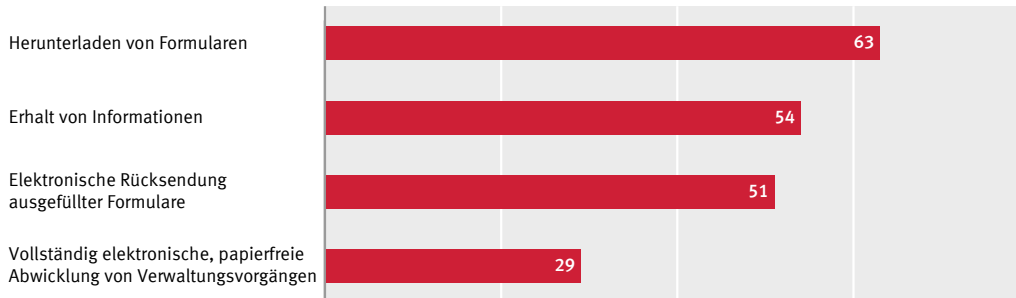
E-Government ist die Bezeichnung für die elektronische Abwicklung von Geschäftsprozessen zwischen der öffentlichen Verwaltung und Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen.

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Erhalt von Informationen	Herunterladen von Formularen	Elektronische Rücksendung ausgefüllter Formulare	Vollständige elektronische, papierfreie Abwicklung von Verwaltungsvorgängen
		% der Unternehmen mit Internetzugang			
C – N, S 95.1	Untersuchte Wirtschaftsbereiche insgesamt	54	63	51	29
C	Verarbeitendes Gewerbe	53	61	51	30
D, E	Energieversorgung; Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	87	72	76	/
F	Baugewerbe	49	55	41	23
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	49	58	46	27
H	Verkehr und Lagerei	57	62	47	32
I	Gastgewerbe	40	43	36	26
J	Information und Kommunikation	51	68	56	33
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	43	45	39	20
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	57	72	62	27
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	67	78	64	34
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	50	62	50	27
S 95.1	Reparatur von Datenverarbeitungs- und Telekommunikationsgeräten	/	/	/	/

Ergebnisse der Erhebung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in Unternehmen.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

Kommunikation der Unternehmen mit der öffentlichen Verwaltung über das Internet 2010
in %



Ergebnisse der Erhebung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in Unternehmen.

2012 - 01 - 0639

20.5 Informations- und Kommunikationstechnologien in Unternehmen

20.5.5 Green IT: Maßnahmen der Unternehmen zur Verbesserung von Energieeffizienz und Klimaschutz 2011

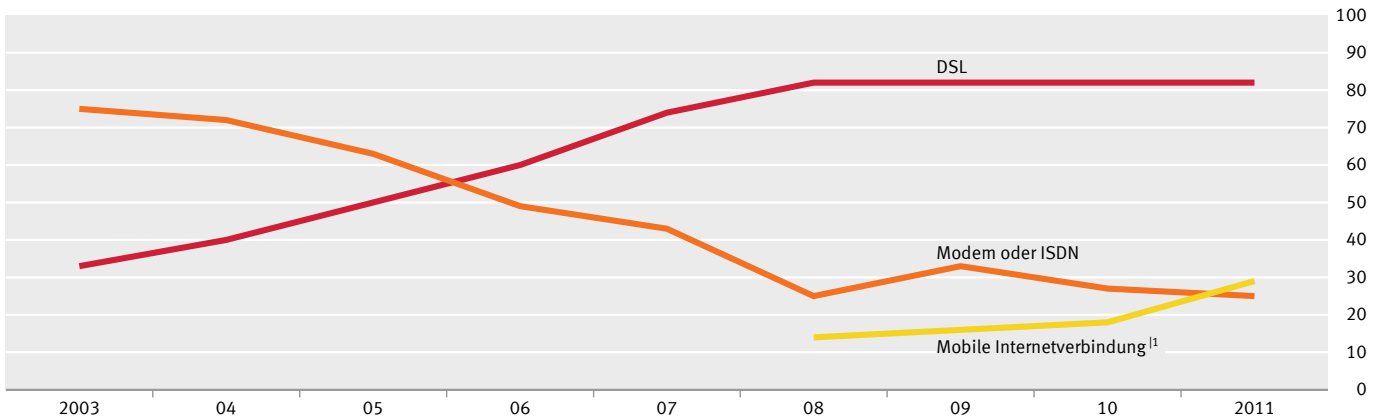
Green IT (Grüne Informationstechnik) steht für einen möglichst umwelt- und ressourcenschonenden Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT). Dies schließt neben Herstellungs- und Entsorgungsfragen unter anderem auch Maßnahmen zur Verbesserung von Energieeffizienz und Klimaschutz ein.

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Maßnahmen zur Verringerung der anfallenden Papiermenge bei Druck- und Kopieraufträgen	Maßnahmen zur Reduzierung des Energieverbrauchs der IKT-Ausstattung im Unternehmen	Nutzung von Telefon-, Web- oder Videokonferenzen als Ersatz für Dienstreisen
		% der Unternehmen mit Computernutzung ²		
C – N, S 95.1	Untersuchte Wirtschaftsbereiche insgesamt	49	49	32
C	Verarbeitendes Gewerbe	48	49	36
D, E	Energieversorgung; Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	54	59	27
F	Baugewerbe	48	42	15
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	49	50	30
H	Verkehr und Lagerei	55	54	32
I	Gastgewerbe	41	33	18
J	Information und Kommunikation	43	62	61
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	64	77	48
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	/	/	/
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	55	55	50
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	56	51	30
S 95.1	Reparatur von Datenverarbeitungs- und Telekommunikationsgeräten	/	/	/

Ergebnisse der Erhebung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in Unternehmen.

- 1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).
- 2 Ohne Unternehmen mit 1 bis 9 Beschäftigten.

Internetzugangsarten von Unternehmen
in % der Unternehmen mit Internetnutzung



Ergebnisse der Erhebung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in Unternehmen. – Mehrfachnennungen möglich.

- 1 Die Verbindungsart wird erst seit 2008 in gleicher Form befragt.

2012 - 01 - 0640

20.6 Handwerksunternehmen

20.6.1 Unternehmen, tätige Personen und Umsatz nach Gewerbegruppen 2009

Gewerbegruppe	Handwerks- unternehmen	Tätige Personen am 31.12.		Umsatz	
		insgesamt	je Unter- nehmen	insgesamt	je tätige Person
	Anzahl			Mrd. EUR	1 000 EUR
Handwerk insgesamt	573 311	4 907 448	9	464,1	95
I Bauhauptgewerbe	76 807	657 536	9	73,0	111
II Ausbaugewerbe	228 118	1 335 750	6	125,3	94
III Handwerke für den gewerblichen Bedarf	76 910	1 213 264	16	84,8	70
IV Kraftfahrzeuggewerbe	53 091	546 994	10	115,4	211
V Lebensmittelgewerbe	31 044	575 012	19	37,6	65
VI Gesundheitsgewerbe	21 803	180 028	8	12,1	67
VII Handwerke für den privaten Bedarf	85 538	398 864	5	15,8	40

Die Ergebnisse weisen **Handwerksunternehmen** nach dem Verzeichnis der Gewerbe lt. Anlage A (zulassungspflichtig) und Anlage B Abschnitt 1 (zulassungsfrei) der Handwerksordnung mit steuerbarem Umsatz aus Lieferungen und Leistungen und/oder mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Berichtsjahr 2009 aus. Tätige Personen umfassen sozialversicherungspflichtig und geringfügig entlohnte Beschäftigte sowie (geschätzte) tätige Unternehmerinnen und Unternehmer. Die Umsatzergebnisse sind ohne Umsatzsteuer.

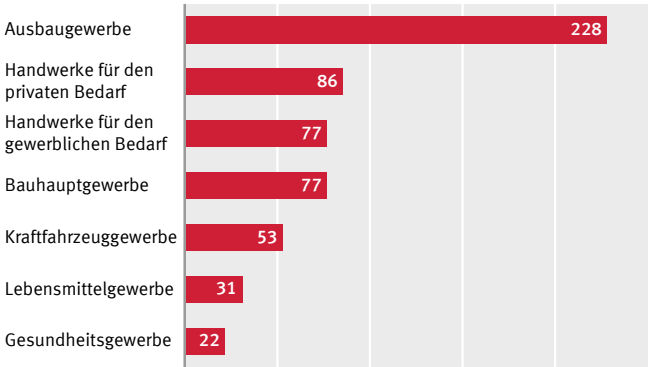
Ergebnisse der Handwerkszählung.

20.6.2 Unternehmen, tätige Personen und Umsatz nach Ländern 2009

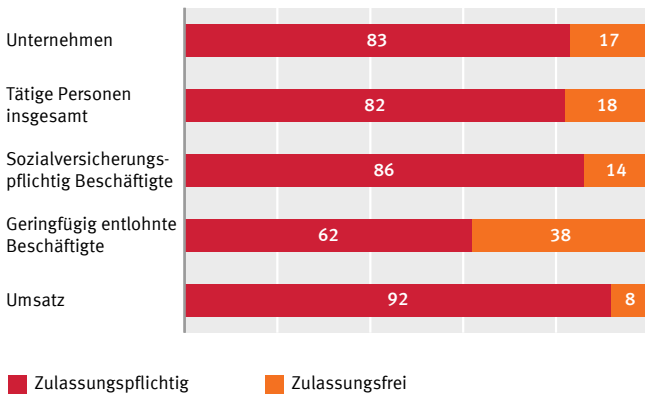
	Handwerks- unternehmen	Tätige Personen am 31.12.		Umsatz		Tätige Personen	Umsatz
		insgesamt	je Unternehmen	insgesamt	je tätige Person		
	Anzahl			Mrd. EUR	1 000 EUR	%	
Deutschland	573 311	4 907 448	9	464,1	95	100,0	100,0
Baden-Württemberg	75 871	696 235	9	73,1	105	14,2	15,7
Bayern	103 699	862 597	8	89,7	104	17,6	19,3
Berlin	16 186	144 716	9	11,4	78	2,9	2,4
Brandenburg	22 634	147 031	6	11,5	78	3,0	2,5
Bremen	3 061	32 105	10	2,6	83	0,7	0,6
Hamburg	8 707	90 885	10	9,4	104	1,9	2,0
Hessen	39 560	309 271	8	28,9	93	6,3	6,2
Mecklenburg-Vorpommern	12 762	93 570	7	7,6	81	1,9	1,6
Niedersachsen	47 163	464 141	10	42,2	91	9,5	9,1
Nordrhein-Westfalen	111 374	1 043 156	9	98,8	95	21,3	21,3
Rheinland-Pfalz	30 488	240 940	8	23,4	97	4,9	5,0
Saarland	6 620	66 384	10	5,5	84	1,4	1,2
Sachsen	37 900	276 060	7	22,0	80	5,6	4,7
Sachsen-Anhalt	18 535	145 113	8	11,7	80	3,0	2,5
Schleswig-Holstein	18 645	160 579	9	14,8	92	3,3	3,2
Thüringen	20 106	134 665	7	11,4	85	2,7	2,5

Ergebnisse der Handwerkszählung.

Handwerksunternehmen nach Gewerbegruppen 2009 in 1 000



Handwerk nach Zulassungspflicht 2009 in %



20.6 Handwerksunternehmen

20.6.3 Beschäftigte und Umsatz in zulassungspflichtigen Handwerksunternehmen nach ausgewählten Gewerbebezügen

Nr. der Klassifikation ¹	Gewerbegruppe/Gewerbebezug	Beschäftigte			Umsatz		
		2009 ²	2010 ²	2011 ^{2 3}	2009	2010	2011 ³
		30.9.2009 = 100			2009 = 100		
	Insgesamt	98,5	97,8	98,4	100,0	100,9	108,0
	davon:						
	I Bauhauptgewerbe	96,3	96,7	97,7	100,0	100,6	110,9
	darunter:						
01, 05	Maurer und Betonbauer; Straßenbauer	96,5	96,3	96,8	100,0	98,6	108,6
03	Zimmerer	96,3	98,9	101,3	100,0	108,9	119,4
04	Dachdecker	95,5	97,3	100,0	100,0	104,3	116,9
	II Ausbaugewerbe	97,9	98,1	99,2	100,0	105,1	109,2
	darunter:						
09	Stuckateure	96,1	95,6	95,7	100,0	101,4	109,4
10	Malerei und Lackierer	95,0	94,0	95,1	100,0	101,4	107,6
23, 24	Klempner; Installateur und Heizungsbauer	98,1	99,1	99,8	100,0	103,2	106,5
25	Elektrotechniker	99,0	99,1	100,7	100,0	108,5	112,0
27	Tischler	98,6	98,5	99,2	100,0	104,0	109,4
39	Glaser	98,9	99,1	99,7	100,0	103,3	107,4
	III Handwerke für den gewerblichen Bedarf	100,5	97,9	99,9	100,0	106,6	120,1
	darunter:						
13	Metallbauer	99,3	97,5	98,7	100,0	101,7	113,0
16	Feinwerkmechaniker	102,3	98,2	101,5	100,0	113,0	131,8
19	Informationstechniker	100,0	97,3	95,8	100,0	102,9	100,5
21	Landmaschinenmechaniker	98,0	98,6	101,1	100,0	106,3	123,3
	IV Kraftfahrzeuggewerbe	99,4	97,3	98,0	100,0	93,9	101,1
	darunter:						
20	Kraftfahrzeugtechniker	99,4	97,2	97,8	100,0	93,3	100,2
	V Lebensmittelgewerbe	98,8	98,6	97,7	100,0	99,5	102,4
	davon:						
30	Bäcker	98,6	99,1	98,5	100,0	100,6	103,8
31	Konditoren	97,7	97,5	96,9	100,0	101,6	104,1
32	Fleischer	99,4	98,0	96,2	100,0	98,7	101,5
	VI Gesundheitsgewerbe	98,3	99,7	100,1	100,0	101,4	103,4
	darunter:						
33	Augenoptiker	98,1	99,0	98,6	100,0	99,8	101,5
35	Orthopädietechniker	98,5	101,2	103,1	100,0	100,9	103,8
37	Zahntechniker	98,6	99,2	99,6	100,0	102,5	104,0
	VII Handwerke für den privaten Bedarf	99,0	96,3	93,6	100,0	99,7	101,2
	darunter:						
08	Steinmetzen und Steinbildhauer	94,8	93,3	93,9	100,0	99,6	105,3
38	Friseur	99,4	96,5	93,3	100,0	99,0	99,0

Ergebnisse über das Handwerk werden vollständig aus Verwaltungsdaten gewonnen. Dies führt zu Abweichungen bei den Merkmalsdefinitionen.

Die **Beschäftigtenangaben** werden aus Daten der Bundesagentur für Arbeit ermittelt. Sie beruhen auf monatlichen Meldungen der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber zur Sozialversicherung bzw. aus dem Meldeverfahren für geringfügig entlohnte Beschäftigte. Tätige Inhaberinnen und Inhaber, nicht sozialversicherungspflichtige Gesellschafterinnen und Gesellschafter, mithelfende Familienangehörige sowie kurzfristig geringfügig Beschäftigte werden bei der Aufbereitung nicht berücksichtigt.

Bei der Interpretation des Merkmals „Beschäftigte“ ist zusätzlich zu beachten, dass alle im Unternehmen sozialversicherungspflichtig und geringfügig entlohnten Personen erfasst werden, also auch diejenigen, die nicht im handwerklichen Bereich tätig sind (z. B. Verkaufs- und/oder Verwaltungspersonal).

Die **Umsatzergebnisse** werden aus Umsatzsteuer-Voranmeldungen der Unternehmen gewonnen. Die Daten über die Umsatzsteuer-Voranmeldung werden von den Finanzverwaltungen der Länder an die amtliche Statistik gemeldet. Bei der Interpretation sind einige Besonderheiten zu beachten.

Die Umsätze einiger Unternehmen sind nicht in den Daten der Finanzverwaltungen enthalten. So fehlen die Umsätze von Unternehmen mit Umsätzen bis zu 17 500 Euro im Vorjahr und voraussichtlich nicht über 50 000 Euro im Berichtsjahr sowie von jenen Unternehmen, die nahezu ausschließlich steuerfreie Umsätze erzielen oder bei denen keine Steuerzahllast entsteht. Letzteres gilt nur, sofern die Unternehmen nicht auf die Steuerbefreiung verzichten.

Ergebnisse der Handwerksberichterstattung. – Für das Ausüben eines zulassungspflichtigen Gewerbes ist der Meisterbrief nötig.

- 1 Verzeichnis der Gewerbe lt. Anlage A der Handwerksordnung. Die Berufsbezeichnungen entsprechen dem Verzeichnis und sind daher nicht geschlechtsneutral.
- 2 Durchschnitt errechnet aus 5 Vierteljahren.
- 3 Vorläufiges Ergebnis.

20.7 Betriebe im Überblick

20.7.1 Betriebe nach Beschäftigtengrößenklassen 2009

Nr. der Klassifikation ¹⁾	Wirtschaftsgliederung	Betriebe insgesamt	Mit . . . bis . . . sozialversicherungspflichtig Beschäftigten			
			0 – 9	10 – 49	50 – 249	250 und mehr
		Anzahl				
B – N, P – S	Insgesamt	3 810 594	3 422 215	306 464	70 077	11 838
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	2 892	2 124	615	113	40
C	Verarbeitendes Gewerbe	272 373	204 019	47 332	16 866	4 156
D	Energieversorgung	30 397	28 389	1 171	634	203
E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	14 625	10 533	3 048	939	105
F	Baugewerbe	386 383	351 050	32 050	3 106	177
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	787 059	702 726	71 227	12 011	1 095
H	Verkehr und Lagerei	136 787	113 323	18 735	4 087	642
I	Gastgewerbe	270 269	252 828	15 587	1 752	102
J	Information und Kommunikation	137 248	124 624	9 682	2 514	428
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	86 481	76 849	6 443	2 457	732
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	310 113	306 288	3 254	529	42
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	494 988	466 689	24 380	3 434	485
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	190 121	166 551	16 172	6 535	863
P	Erziehung und Unterricht	86 953	68 116	15 534	2 840	463
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	243 928	204 475	27 837	9 700	1 916
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	105 494	101 803	3 002	577	112
S	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	254 483	241 828	10 395	1 983	277

Die **sozialversicherungspflichtig Beschäftigten** umfassen die tätigen Personen, die krankenversicherungs-, rentenversicherungs- oder beitragspflichtig nach dem SGB III sind oder für die die Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind. Geringfügig Beschäftigte sind nicht enthalten.

Stand des statistischen Unternehmensregisters: 30.4.2011. – Betriebe mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2009 sowie Einbetriebsunternehmen mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und/oder mit steuerbarem Umsatz 2009.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

20.7.2 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Betrieben 2009

Nr. der Klassifikation ¹⁾	Wirtschaftsgliederung	Beschäftigte insgesamt	In Betrieben mit . . . bis . . . sozialversicherungspflichtig Beschäftigten			
			0 – 9	10 – 49	50 – 249	250 und mehr
		Anzahl				
B – N, P – S	Insgesamt	25 544 199	4 579 161	6 122 026	6 973 060	7 869 952
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	76 140	4 809	12 480	10 374	48 477
C	Verarbeitendes Gewerbe	6 348 886	401 991	1 014 501	1 801 054	3 131 340
D	Energieversorgung	234 139	7 999	27 036	66 170	132 934
E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	243 615	20 835	67 318	89 292	66 170
F	Baugewerbe	1 489 165	553 224	581 419	278 533	75 989
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	4 104 037	1 061 357	1 387 862	1 132 440	522 378
H	Verkehr und Lagerei	1 392 584	182 321	385 567	395 643	429 053
I	Gastgewerbe	810 431	311 430	305 097	150 323	43 581
J	Information und Kommunikation	826 967	109 767	201 646	244 809	270 745
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	1 014 985	118 919	133 088	266 643	496 335
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	221 977	91 209	62 782	50 993	16 993
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	1 526 550	451 087	453 374	341 157	280 932
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	1 637 778	191 910	359 680	664 903	421 285
P	Erziehung und Unterricht	1 099 920	126 480	299 663	278 004	395 773
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	3 464 582	597 517	576 750	946 534	1 343 781
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	236 070	67 728	57 148	58 810	52 384
S	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	816 373	280 578	196 615	197 378	141 802

Stand des statistischen Unternehmensregisters: 30.4.2011. – Betriebe mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2009 sowie Einbetriebsunternehmen mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und/oder mit steuerbarem Umsatz 2009.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

20.8 Patente, Gebrauchsmuster und nationale Marken

Das **Deutsche Patent- und Markenamt (DPMA)** hat den Auftrag, gewerbliche Schutzrechte zu erteilen, einzutragen, zu verwalten und darüber zu informieren. Es erteilt **Patente** für eine technische Erfindung, die neu ist, auf einer erfinderischen Tätigkeit beruht und gewerblich anwendbar ist. Ein Patent wirkt maximal 20 Jahre lang. Das **Gebrauchsmuster** wird ohne Prüfung von Neuheit, erfinderischem Schritt und gewerblicher Anwendbarkeit – von denen rechtsbeständiger Schutz abhängt – eingetragen. Es ist maximal 10 Jahre lang geschützt. Eine **Marke** schützt Zeichen, die geeignet sind, Waren oder Dienstleistungen eines Unternehmens von denjenigen anderer Unternehmen zu unterscheiden. Sie ist unbegrenzt verlängerbar.

Wohnsitz des Anmelders/ der Anmelderin bzw. Sitz des Unternehmens	Patente				Gebrauchsmuster				Nationale Marken			
	2011		2010		2011		2010		2011		2010	
	ange- meldet ¹	erteilt	ange- meldet ¹	erteilt	ange- meldet	inge- tragen	ange- meldet	inge- tragen	ange- meldet	inge- tragen	ange- meldet	inge- tragen
Insgesamt	58 997	11 687	59 435	13 625	15 486	14 230	17 067	15 237	64 042	51 322	69 137	49 761
Deutschland	46 370	8 178	47 269	9 588	12 359	11 147	13 842	12 240	60 415	48 900	65 542	47 308
Europäisches Ausland	3 080	738	3 226	943	1 317	1 313	1 476	1 313	2 294	1 340	2 355	1 328
darunter:												
Frankreich	228	96	197	117	74	73	67	60	93	108	151	119
Italien	109	16	91	31	111	110	97	80	45	38	63	48
Niederlande	65	20	89	28	69	75	103	99	154	131	120	86
Österreich	837	174	833	194	350	356	415	356	175	165	198	158
Schweden	229	109	268	119	28	42	56	41	14	20	33	19
Schweiz	849	159	958	216	259	276	330	298	519	397	550	410
Vereinigtes Königreich	110	43	138	22	28	20	21	28	203	150	214	195
Außereuropäisches Ausland	9 547	2 771	8 940	3 094	1 810	1 770	1 749	1 684	1 333	1 082	1 240	1 125
darunter:												
Japan	2 957	1 303	3 005	1 467	80	67	67	63	80	86	119	86
Vereinigte Staaten	4 362	831	4 246	955	213	164	223	196	442	412	479	441

1 Das Deutsche Patent- und Markenamt (DPMA) zählt seit 1996 bei Länderstatistiken aus Gründen der internationalen Vergleichbarkeit solche Anmeldungen, die beim DPMA eingereicht wurden, und Anmeldungen nach dem Patentreueabkommensvertrag (PCT) mit dem DPMA als Bestimmungsamt, die in die nationale Phase eingetreten sind. Die Zahlen widerspiegeln nicht die Gesamtzahl der Anmeldungen.

Methodik

■ Unternehmen im Überblick

In den Wirtschaftsabschnitten B – J, L – N sowie den Abteilungen K 65 und S 95 nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008) werden Strukturhebungen bei den Unternehmen und Betrieben durchgeführt. Die Europäische Verordnung (EG) Nr. 295/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11.3.2008 über die strukturelle Unternehmensstatistik (Neufassung, ABl EU L 97 S. 13) stellt hierfür den rechtlichen Rahmen.

In diesem Kapitel werden zusammenfassend die wichtigsten Angaben zur Struktur der Unternehmen aller abgedeckten Wirtschaftsabteilungen dargestellt. Detaillierte Ergebnisse und Informationen zur Methodik der einzelnen Wirtschaftsbereiche finden Sie in den Kapiteln 21 bis 27 dieses Jahrbuchs.

Kleine und mittlere Unternehmen

Kleinstunternehmen sowie kleine und mittlere Unternehmen (KMU) spielen in der wirtschaftspolitischen Diskussion eine große Rolle. Statistische Ergebnisse zu diesem Thema erfreuen sich einer großen Nachfrage. Das Statistische Bundesamt hat daher im Rahmen einer wirtschaftsbereichsübergreifenden Analyse ausgewählte Informationen über KMU zusammengestellt. Sie basiert auf Daten mehrerer Bereichsstatistiken, die das Produzierende Gewerbe, den Handel und das Gastgewerbe sowie ausgewählte Bereiche aus den sonstigen Dienstleistungen und damit rund 80 % aller Unternehmen abdecken. Bei diesen Bereichsstatistiken werden jährlich Angaben in der Regel mittels Stichprobenerhebungen direkt bei den Unternehmen erhoben.

■ Auslandskontrollierte Unternehmen in Deutschland

Struktur und Tätigkeit auslandskontrollierter Unternehmen in Deutschland bildet die sogenannte „**Inward Foreign Affiliates Statistics (Inward-FATS)**“ ab. Die Statistik basiert auf einer Verordnung der Europäischen Union. Sie verpflichtet alle Mitgliedsstaaten, jährlich und in einheitlicher Form qualitativ hochwertige Daten an das Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) zu übermitteln. Ziel der Statistik ist, Informationen über Unternehmen unter ausländischer Kontrolle zu gewinnen sowie über deren Bedeutung für die Volkswirtschaft der Europäischen Union insgesamt. Ferner ermöglicht Inward-FATS, den Weltmarkteinfluss auf die global verflochtenen Unternehmen im Inland zu beobachten. Die Datenaufbereitung für Inward-FATS nimmt in Deutschland zentral das Statistische Bundesamt vor. Als Datenquellen dienen dabei das Unternehmensregister sowie bereits vorhandene Daten aus den jährlichen strukturellen Unternehmensstatistiken. Die Ergebnisse aus Inward-FATS umfassen lediglich den Bereich der nichtfinanziellen gewerblichen Wirtschaft. Dazu gehören neben dem Verarbeitenden Gewerbe das übrige Produzierende Gewerbe, der Handel und das Gastgewerbe sowie der Dienstleistungsbereich, jedoch ohne Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen.

■ Gewerbeanzeigen

Als Gewerbeanzeigen gelten alle Gewerbe-, -ab- und -ummeldungen. Eine **Gewerbeanmeldung** ist erforderlich, wenn eine Tätigkeit neu begonnen wird, eine Übernahme erfolgt (sei es durch Kauf oder Erbfolge), eine Gesellschafterin bzw. ein Gesellschafter eintritt, eine neue Rechtsform gewählt wird oder das Unternehmen in einen anderen Meldebezirk verlegt wird. Dementsprechend wird eine **Abmeldung** bei Aufgabe eines Betriebes erforderlich sowie bei dessen Verkauf, bei Austritt einer Gesellschafterin bzw. eines Gesellschafters, bei Änderung der Rechtsform sowie bei Verlegung in einen anderen Meldebezirk. Die statistische Auswertung der Ummeldungen wurde im September 2006 eingestellt. Die Anzeigepflicht gilt für selbstständige Betriebe ebenso wie für Zweigniederlassungen und unselbstständige Zweigstellen.

Eine einheitliche statistische Auswertung der Gewerbeanzeigen erfolgte bis 1995 nur für die neuen Länder und Berlin-Ost. Durch das Gesetz zur Änderung der Gewerbeordnung und sonstiger gewerberechtlicher Vorschriften wurde ab 1996 die Durchführung einer bundesweiten Gewerbeanzeigenstatistik angeordnet.

■ Insolvenzen

Bis 1998 galten im früheren Bundesgebiet die Konkurs- und Vergleichsordnung und in den neuen Ländern und Berlin-Ost die Gesamtvollstreckungsordnung. Eine einheitliche Insolvenzordnung löste diese drei Rechtsvorschriften 1999 ab. Bis dahin war Insolvenz der Sammelbegriff für eröffnete und mangels Masse abgewiesene Konkurs- und Gesamtvollstreckungsverfahren sowie eröffnete gerichtliche Vergleichsverfahren. Mit Einführung des neuen Insolvenzrechts 1999 wird nunmehr zwischen **Regelinsolvenzverfahren** für Unternehmen und **vereinfachten Insolvenzverfahren** für Verbraucherinnen und Verbraucher unterschieden. Als Insolvenzen gelten alle eröffneten und mangels Masse abgewiesenen Verfahren sowie die Fälle, in denen ein Schuldbereinigungsplan angenommen wurde. Zum 1.12.2001 wurde das Insolvenzrecht erneut novelliert. Von diesem Zeitpunkt an können mittellose natürlichen Personen die Verfahrenskosten gestundet werden. Diese Gesetzesänderung hat erhebliche Auswirkungen auf die Darstellung der statistischen Ergebnisse. Die Statistik beruht auf Meldungen der Gerichte.

■ Informations- und Kommunikationstechnologien

Die **Statistiken zu Informations- und Kommunikationstechnologien** geben detaillierte Auskünfte über die Ausstattung der Unternehmen mit modernen Informationstechnologien wie Computer, Netzwerke und Internet. Im Mittelpunkt der Erhebung stehen darüber hinaus insbesondere die verschiedenen Nutzungsaspekte des Internets, wie etwa E-Government und E-Commerce. Ein sich jährlich in Teilen ändernder Merkmalskatalog gewährleistet die Anpassung der Fragen an die aktuellen Entwicklungen im Bereich der Informationstechnologien. Er trägt so dem dynamischen Wandel der Informationsgesellschaft Rechnung.

Die IKT-Erhebung wird auf Basis einer geschichteten Zufallsstichprobe als schriftliche Befragung bei maximal 20 000 Unternehmen und Einrichtungen zur Ausübung freiberuflicher Tätigkeit durchgeführt. Die Teilnahme an der Erhebung ist freiwillig.

Rechtsgrundlage der Erhebung ist die Verordnung EG Nr. 808/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates über Gemeinschaftsstatistiken zur Informationsgesellschaft.

■ Handwerksunternehmen

Die hier nachgewiesenen Ergebnisse zu tätigen Personen und Umsatz nach Gewerbegruppen stammen aus der Handwerkszählung und der vierteljährlichen Handwerksberichterstattung.

Die Tabellen 20.6.1 und 20.6.2 zeigen Ergebnisse zu Umsatz und Beschäftigten nach Gewerbegruppen und Bundesländern für das Berichtsjahr 2009. Diese sind der **Handwerkszählung** entnommen. Tabelle 20.6.3 stellt Messzahlen zur Entwicklung der Jahre 2009, 2010 und 2011 für Gewerbegruppen und ausgewählte Gewerbezeige dar. Sie stammen aus der vierteljährlichen **Handwerksberichterstattung**.

Seit dem Berichtsjahr 2008 werten die Statistischen Ämter der Länder und des Bundes für die Handwerkszählung das statistische Unternehmensregister aus. Dadurch werden Handwerksunternehmen von statistischen Berichtspflichten entlastet. Bei der Handwerkszählung 1995 wurden noch Angaben bei ca. 563 000 Unternehmen erhoben.

Ebenfalls seit dem Berichtsjahr 2008 werten die Statistischen Ämter der Länder und des Bundes für die vierteljährliche Handwerksberichterstattung Verwaltungsdaten aus. Die bisherige Stichprobenerhebung bei rund 41 000 Handwerksunternehmen ist entfallen.

Methodik

■ Betriebe im Überblick

Durch Auswertungen aus dem **Unternehmensregister** zur Anzahl von Unternehmen und Betrieben sowie zu deren sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bzw. Umsätzen können wirtschaftliche Strukturen in Deutschland dargestellt werden. Die Auswertungen umfassen nahezu alle Wirtschaftsbereiche mit Ausnahme der Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei und der öffentlichen Verwaltungen.

Das statistische Unternehmensregister ist eine regelmäßig aktualisierte Datenbank der Unternehmen und Betriebe mit steuerbarem Umsatz aus Lieferungen und Leistungen und sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Weitgehend unberücksichtigt bleiben Unternehmen ohne Umsatzsteuerpflicht und ohne sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Quellen zur Pflege des Registers sind zum einen Dateien aus Verwaltungsbereichen, wie der Bundesagentur für Arbeit oder der Finanzbehörden, und zum anderen Angaben aus einzelnen Bereichsstatistiken, z. B. aus den statistischen Rückläufen des Produzierenden Gewerbes, des Handels oder des Dienstleistungsbereichs. Die Statistischen Ämter der Länder führen das Unternehmensregister. Es dient der rationellen Unterstützung statistischer Erhebungen und trägt als Auswertungsinstrument zur Entlastung der Wirtschaft bei.

Die Zeitdifferenz zwischen dem Berichtszeitpunkt und dem Zeitpunkt, zu dem Daten aus dem Unternehmensregister planmäßig für die Nutzerinnen und Nutzer verfügbar werden, beträgt zurzeit knapp eineinhalb Jahre. Im Unternehmensregister lagen etwa Mitte 2011 qualitativ gesicherte Angaben aus administrativen Quellen zum Berichtsjahr 2009 bzw. zum Berichtsstichtag 31.12.2009 vor. Diese liegen den dargestellten Tabellen zu Grunde.

Die Auswertung des Unternehmensregisters bezieht alle Unternehmen ein, die im Berichtsjahr der zuletzt verarbeiteten Verwaltungsdatenlieferung (hier 2009) steuerbaren Umsatz aus Lieferungen und Leistungen hatten und/oder sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (ohne geringfügig Beschäftigte) zu einem Quartalsstichtag des Berichtsjahres (hier 2009), unabhängig davon, ob sie zu einem bestimmten späteren Stand des Unternehmensregisters (hier 30.4.2011) noch wirtschaftlich aktiv waren oder nicht.

Entsprechend gilt für Betriebe: Es werden alle Betriebe ausgewertet, die zu einem Quartalsstichtag des Berichtsjahres (hier 2009) über sozialversicherungspflichtig Beschäftigte verfügten.

Vor allem die Datenlage in den Verwaltungen bestimmt die Qualität der Angaben des Unternehmensregisters. Mit der Zusammenführung von Daten aus verschiedenen Quellen und der kombinierten Plausibilisierung verbessert sich die Qualität der Angaben im Unternehmensregister insgesamt.

Glossar

Betrieb | Dies ist eine Niederlassung an einem bestimmten Ort, einschließlich örtlich und organisatorisch angegliederter Betriebsteile.

Betriebsaufgabe | Vollständige Aufgabe eines Betriebes (Hauptniederlassung, Zweigniederlassung, unselbstständige Zweigstelle), der von einer natürlichen Person oder einer juristischen Person oder einer Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit (Personengesellschaft) geführt wurde. Bei einer natürlichen Person ist Voraussetzung, dass sie ins Handelsregister eingetragen war oder zuletzt mindestens eine Arbeitnehmerin bzw. einen Arbeitnehmer beschäftigt hat.

Betriebsgründung | Gründung eines Betriebes durch eine juristische Person, eine Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit (Personengesellschaft) oder eine natürliche Person. Bei einer natürlichen Person, die eine Hauptniederlassung anmeldet, ist Voraussetzung, dass sie entweder in das Handelsregister eingetragen ist oder aber eine Handwerkskarte besitzt oder mindestens eine Arbeitnehmerin bzw. einen Arbeitnehmer beschäftigt.

Bruttobetriebsüberschuss | Er berechnet sich wie folgt:

$$\text{Bruttobetriebsüberschuss} = \text{Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten} - \text{Personalaufwendungen}$$

Bruttoinvestitionen in Sachanlagen | Sie umfassen Bruttozugänge an aktivierten Sachanlagen, bewertet zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten ohne Abzug von Abschreibungen.

Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten | Sie ist ein Maß für die Beurteilung der wirtschaftlichen Leistung und beinhaltet die Bruttoerträge durch betriebliche Aktivitäten nach Abzug der Waren- und Dienstleistungskäufe und nach Anpassung bezüglich der betrieblichen Subventionen und indirekten Steuern. Sie kann folgendermaßen errechnet werden:

$$\begin{aligned} \text{Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten} = & \text{Umsatz} \\ & + \text{selbsterstellte Anlagen} \\ & + \text{sonstige betriebliche Erträge (ohne Subventionen)} \\ & +/- \text{Vorratsveränderungen bei Waren und Dienstleistungen} \\ & - \text{Waren- und Dienstleistungskäufe} \\ & - \text{betriebliche Steuern und Abgaben} \\ & + \text{Subventionen} \end{aligned}$$

Ehemals selbstständig Tätige mit Regelinsolvenzverfahren | Personen, die früher eine selbstständige wirtschaftliche Tätigkeit ausgeübt haben und deren Vermögensverhältnisse nicht überschaubar sind (zum Zeitpunkt der Antragstellung mehr als 19 Gläubigerinnen bzw. Gläubiger oder es bestehen gegen sie Forderungen aus Arbeitsverhältnissen).

Ehemals selbstständig Tätige mit vereinfachtem Verfahren | Personen, die früher eine selbstständige wirtschaftliche Tätigkeit ausgeübt haben und deren Vermögensverhältnisse überschaubar sind (zum Zeitpunkt der Antragstellung höchstens 19 Gläubigerinnen bzw. Gläubiger und es bestehen gegen sie keine Forderungen aus Arbeitsverhältnissen).

Eröffnetes Insolvenzverfahren | Ein Verfahren wird eröffnet, wenn das Vermögen der Schuldnerin oder des Schuldners ausreicht, um die Verfahrenskosten zu begleichen, oder wenn ein entsprechender Geldbetrag vorgeschossen wird.

Geringfügig Beschäftigte | Alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die einer Beschäftigung nach § 8 (1) SGB IV nachgehen.

Gewerbegruppe | Die Gewerbebezüge des zulassungspflichtigen und zulassungsfreien Handwerks werden zu Gewerbegruppen zusammengefasst. Ergebnisse für die Gewerbegruppen zeigen die Tabellen 20.6.1 und 20.6.3. Eine detaillierte Aufstellung

der Gewerbegruppen und ihrer jeweiligen Gewerbebezüge finden Sie jeweils im Anhang der Fachserien der Handwerksstatistiken (Fachserie 4, Reihe 7.1 und 7.2).

Gewerbebezüge | Das sind die Handwerksberufe, die nach dem Verzeichnis der Gewerbe (Anlage A und B1 der Handwerksordnung in der seit 1.1.2004 gültigen Fassung) als zulassungspflichtiges oder zulassungsfreies Handwerk betrieben werden können.

Handwerksunternehmen | Das sind Unternehmen, die in die Handwerksrolle eingetragen sind oder in das Verzeichnis der Gewerbe, die als zulassungsfreie Handwerke betrieben werden können. Das Handwerk wird über bestimmte berufliche Tätigkeiten abgegrenzt. Es gibt Tätigkeiten, für deren berufliche Ausübung bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein müssen. Die Handwerksordnung regelt, welche Tätigkeiten dies sind und welche Voraussetzungen für deren Ausübung jeweils erfüllt sein müssen. In der Handwerksordnung werden zulassungspflichtige, zulassungsfreie und handwerksähnliche Gewerbe unterschieden, für deren Ausübung als stehendes Gewerbe bestimmte Bedingungen erfüllt sein müssen. Die Ausübung zulassungspflichtiger Gewerbe ist nur den in der Handwerksrolle eingetragenen natürlichen und juristischen Personen und Personengesellschaften gestattet. Wer demgegenüber den selbstständigen Betrieb eines zulassungsfreien Handwerks oder eines handwerksähnlichen Gewerbes beginnt, hat dies der Handwerkskammer anzuzeigen, in deren Bezirk seine gewerbliche Niederlassung liegt.

Insolvenzverfahren | Ziel eines gerichtlichen Insolvenzverfahrens ist die gemeinschaftliche Befriedigung der Gläubigerinnen und Gläubiger durch Verteilung des Vermögens der Schuldnerin bzw. des Schuldners oder – in einer abweichenden Regelung – die Erstellung eines Insolvenzplans zum Erhalt bzw. der Sanierung des Unternehmens. Den redlichen Schuldnerinnen und Schuldner soll zudem die Gelegenheit gegeben werden, sich von ihren Verbindlichkeiten zu befreien. Zum 1.12.2001 wurde das Insolvenzrecht novelliert. Von diesem Zeitpunkt können mittellosen natürlichen Personen die Verfahrenskosten gestundet werden. Es wird zwischen Regel- und Verbraucherinsolvenzverfahren unterschieden.

Insolvenzantrag, mangels Masse abgewiesen | Eine Abweisung mangels Masse erfolgt, wenn das Vermögen der Schuldnerin oder des Schuldners nicht ausreicht, um die Verfahrenskosten zu begleichen. Für natürliche Personen gilt seit 1.12.2001, dass sie sich die Verfahrenskosten stunden lassen können.

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) | Der Begriff KMU umfasst Kleinstunternehmen, kleine Unternehmen und mittlere Unternehmen. Das Statistische Bundesamt definiert KMU in Anlehnung an die Umsatz- und Beschäftigtengrößenklassen der Empfehlung (2003/361/EG) der Europäischen Kommission vom 6.5.2003 wie folgt:

Größenklasse	Beschäftigte	Jahresumsatz
Kleinstunternehmen	bis 9 <i>und</i>	bis 2 Mill. Euro
Kleine Unternehmen	bis 49 <i>und</i>	bis 10 Mill. Euro <i>und</i> kein Kleinstunternehmen
Mittlere Unternehmen	bis 249 <i>und</i>	bis 50 Mill. Euro <i>und</i> kein kleines Unternehmen
Großunternehmen	über 249 <i>oder</i>	über 50 Mill. Euro

Nachlassinsolvenzverfahren | Eine besondere Art des Insolvenzverfahrens und ein wichtiges Mittel zur Beschränkung der Haftung von Erbinnen und Erben für die Nachlassverbindlichkeiten.

Personalaufwendungen | Alle Geld- und Sachbezüge der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Sozialaufwendungen.

Glossar

Produktionswert | Er gibt den Wert der produzierten Waren und Dienstleistungen an und berechnet sich wie folgt:

Produktionswert =
 Umsatz
 + selbsterstellte Anlagen
 + sonstige betriebliche Erträge (ohne Subventionen)
 +/- Vorratsveränderungen bei fertigen und unfertigen Erzeugnissen aus eigener Produktion
 +/- Vorratsveränderungen von zum Wiederverkauf in unverändertem Zustand gekauften Waren und Dienstleistungen
 – Käufe von Waren und Dienstleistungen zum Wiederverkauf in unverändertem Zustand

Regelinsolvenzverfahren | Diese Art des Verfahrens kommt für Unternehmen und seit Dezember 2001 auch für Kleinunternehmen (Kleingewerbe) in Betracht. Außerdem findet es Anwendung bei solchen natürlichen Personen, die selbstständig wirtschaftlich tätig sind. Dazu gehört u. a. auch die persönlich haftende Gesellschafterin bzw. der Gesellschafter einer OHG oder die Mehrheitsgesellschafterin bzw. der Mehrheitsgesellschafter einer Kapitalgesellschaft. Das Regelinsolvenzverfahren findet auch Anwendung bei Personen, die früher eine selbstständige Tätigkeit ausgeübt haben und deren Vermögensverhältnisse nicht überschaubar sind, d. h. die mehr als 19 Gläubigerinnen bzw. Gläubiger haben oder bei denen Forderungen aus Arbeitsverhältnissen bestehen.

Sonstige Neugründung | Gründung der Hauptniederlassung eines Einzelunternehmens (Nicht-Kaufmann/-frau). Dieses ist nicht im Handelsregister eingetragen, besitzt keine Handwerkskarte und beschäftigt keine Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die Gründung eines Gewerbes, das im Nebenerwerb betrieben wird, gilt ebenfalls als sonstige Neugründung.

Sonstige Stilllegung | Vollständige Aufgabe einer Hauptniederlassung eines Einzelunternehmens (Nicht-Kaufmann/-frau), das nicht im Handelsregister eingetragen war und keine Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigte. Die Aufgabe eines Gewerbes, das im Nebenerwerb betrieben wurde, gilt ebenfalls als sonstige Stilllegung.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte | Alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die kranken-, renten-, pflegeversicherungspflichtig und/oder nach dem Recht der Arbeitsförderung (SGB III) beitragspflichtig sind oder für die Beitragsanteile zur gesetzlichen Rentenversicherung oder nach dem SGB III zu zahlen sind.

Tätige Personen | Die Gesamtzahl der Beschäftigten einschließlich mitarbeitender Inhaberinnen und Inhaber bzw. Teilhaberinnen und Teilhaber und unbezahlt mithelfender Familienangehöriger sowie alle Personen, die ein arbeitsrechtliches Verhältnis zum Unternehmen bzw. Betrieb haben.

Umsatz | Er umfasst die insgesamt in Rechnung gestellten Beträge, die den Verkäufen von Waren und Dienstleistungen an Dritte entsprechen, einschließlich Steuern und Abgaben (ohne Umsatzsteuer).

Unternehmen | In der amtlichen Statistik wird ein Unternehmen als kleinste rechtlich selbstständige Einheit definiert, die aus handels- bzw. steuerrechtlichen Gründen Bücher führt. Ferner muss das Unternehmen eine jährliche Feststellung des Vermögensbestandes bzw. des Erfolgs der wirtschaftlichen Tätigkeit vornehmen. Hierzu zählen auch Einrichtungen zur Ausübung einer freiberuflichen Tätigkeit.

Waren- und Dienstleistungskäufe | Sie umfassen den Wert aller Waren und Dienstleistungen, die für den Wiederverkauf, die Verwendung im Produktionsprozess oder im Rahmen der betrieblichen Leistungserstellung gekauft werden, mit Ausnahme von Anlagegütern.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Standardveröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen kostenfrei downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 190 amtlichen Statistiken. Daten zum *Produzierenden Gewerbe* finden Sie unter dem Menüpunkt > Themen, Code 42, Daten zu *Gewerbeanzeigen* unter Code 523, Daten zu *Insolvenzen* unter Code 524, Daten zu *IKT* unter Code 52911, Daten zum *Handwerk* unter Code 53, Daten zu *Patentanmeldungen* unter Code 21821

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Unternehmen im Überblick

Fachserie 4 Produzierendes Gewerbe

Reihe 2	Indizes für das Produzierende Gewerbe
Reihe 3	Produktion im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden
Reihe 4	Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden
Reihe 5	Baugewerbe
Reihe 6	Energie- und Wasserversorgung

Wirtschaft und Statistik

Heft 2/10	150 Jahre Produktionsstatistik im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe
Heft 8/10	Der Beschäftigungsbeitrag mittelständischer Unternehmen

STATmagazin

Finanzierung gesucht: Der Zugang kleiner und mittlerer Unternehmen zu Finanzmitteln (2011)

■ Gewerbeanzeigen

Fachserie 2 Unternehmen und Arbeitsstätten

Reihe 5	Gewerbeanzeigen
---------	-----------------

■ Insolvenzen

Fachserie 2 Unternehmen und Arbeitsstätten

Reihe 4.1	Insolvenzverfahren
-----------	--------------------

■ Informations- und Kommunikationstechnologien in Unternehmen

Wirtschaft und Statistik

Heft 5/08	Verwaltungsdaten ersetzen Konjunkturerhebungen im Handwerk
Heft 1/09	Informations- und Kommunikationstechnologien in Unternehmen
Heft 12/10	Statistische Analyse des Einflusses von IKT auf die Produktivität von Unternehmen
Heft 1/12	Handwerkszählung 2008

Fachberichte

Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien in Unternehmen (2010)

■ Handwerksunternehmen

Fachserie 4 Produzierendes Gewerbe

Reihe 7.1	Beschäftigte und Umsatz im Handwerk – Messzahlen und Veränderungsraten
Reihe 7.2	Unternehmen, tätige Personen und Umsatz im Handwerk – Jahresergebnisse

Mehr zum Thema

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter

+49 (0)6 11 / 75 28 71 (Auslandskontrollierte Unternehmen),

+49 (0)6 11 / 75 45 92 (Gewerbeanzeigen, Insolvenzen),

+49 (0)6 11 / 75 85 88 (Informations- und Kommunikationstechnologie in Unternehmen),

+49 (0)6 11 / 75 21 65 (Handwerk).

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.



21 Verarbeitendes Gewerbe

5,9 Millionen Personen in knapp **45 000 Betrieben** tätig |

2011 Erzeugnisse im Wert von rund **1 750 Milliarden Euro** umgesetzt |

Fast **45 %** des Umsatzes **exportiert** | **Größte Bereiche** sind **Maschinen-**

bau mit 967 000 Beschäftigten und **Herstellung von Kraftwagen und**

Kraftwagenteilen mit 744 000 Beschäftigten | **2011** knapp **6,6 Millionen**

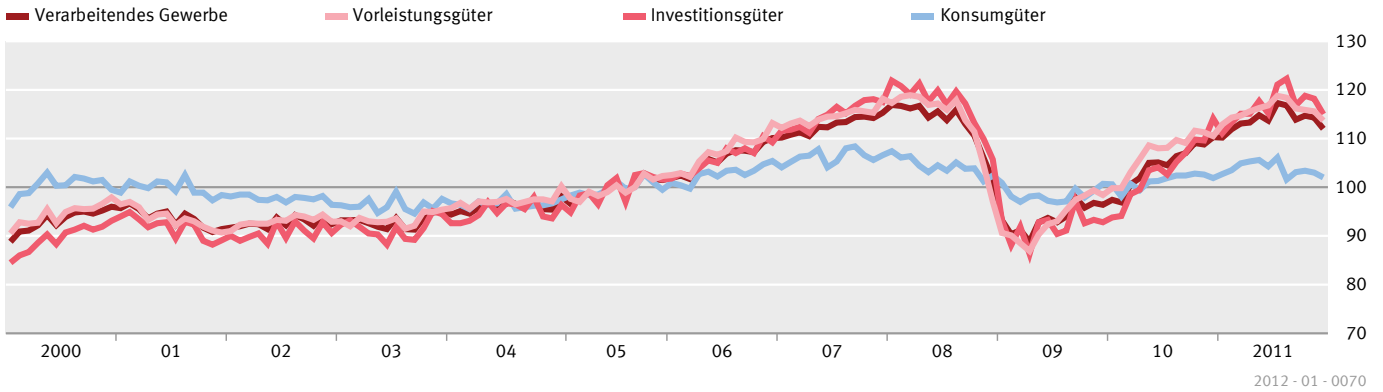
Pkw im Wert von **165 Milliarden Euro** hergestellt

<i>Seite</i>	
533	Auf einen Blick
	Tabellen
534	Strukturdaten der Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe Nach Ländern Nach Wirtschaftszweigen Nach Beschäftigtengrößenklassen
537	Indizes Auftragseingang Produktion Umsatz
540	Produktion ausgewählter Erzeugnisse
545	Methodik
546	Glossar
547	Mehr zum Thema

21.0 Auf einen Blick

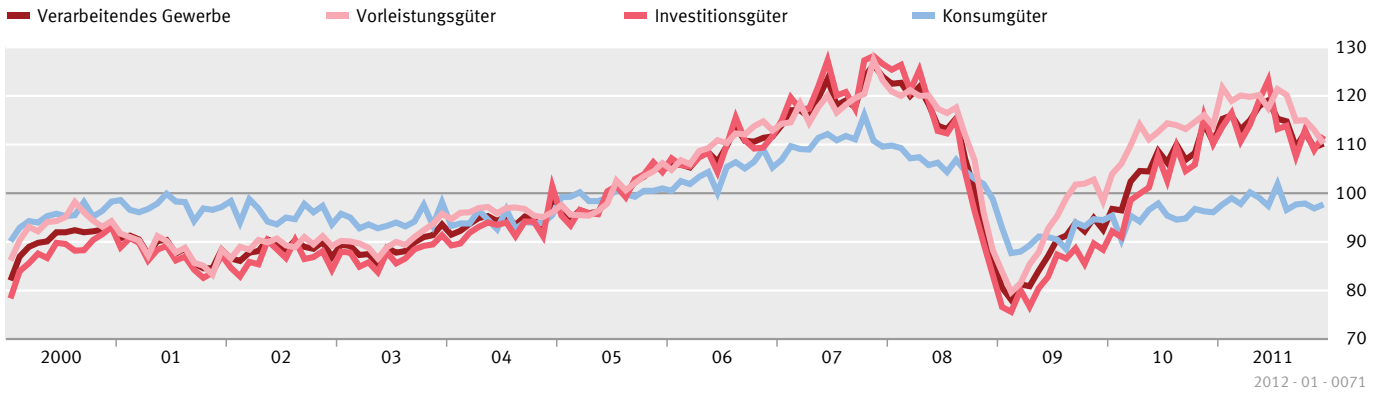
Produktionsindex

Preis- und saisonbereinigt, 2005 = 100



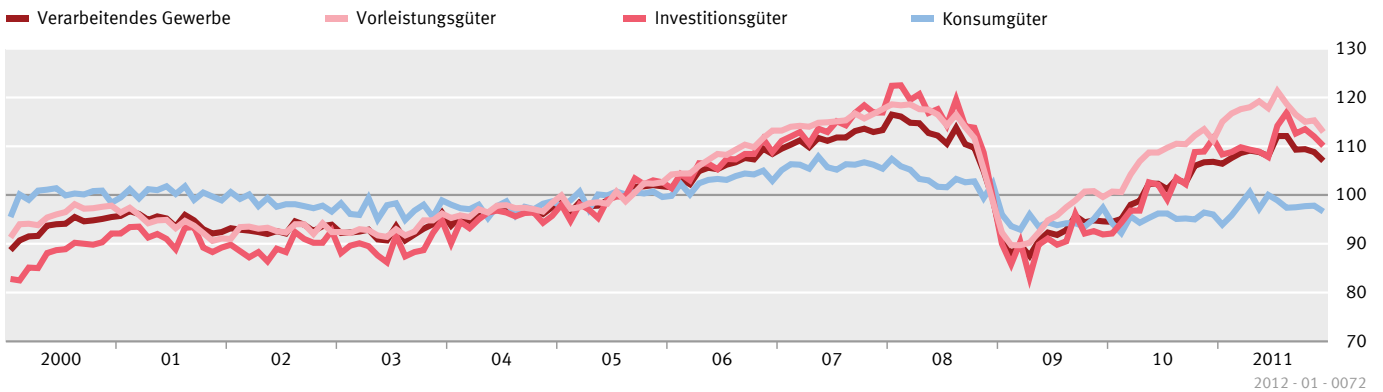
Auftragseingangsindex

Preis- und saisonbereinigt, 2005 = 100



Umsatzindex

Preis- und saisonbereinigt, 2005 = 100



21.1 Strukturdaten der Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe

21.1.1 Nach Ländern

	Betriebe ¹	Tätige Personen ¹	Entgelte	Umsatz ²	Exportquote ³
	Anzahl	1 000	Mill. EUR		%
2008	45 192	6 006	240 247	1 685 860	43,4
2009	45 231	5 734	225 746	1 377 079	42,4
2010	44 687	5 716	231 212	1 575 593	44,4
2011	44 865	5 901	247 693	1 749 786	44,3
davon (2011):					
Baden-Württemberg	8 102	1 192	53 944	304 807	49,9
Bayern	7 048	1 176	51 577	333 692	51,0
Berlin	737	93	4 181	24 809	45,1
Brandenburg	1 180	99	3 103	25 787	27,1
Bremen	275	50	2 424	23 516	52,2
Hamburg	461	83	4 483	85 064	22,0
Hessen	2 836	400	17 579	112 541	49,5
Mecklenburg-Vorpommern	690	57	1 493	12 979	26,6
Niedersachsen	3 660	501	20 934	192 087	44,2
Nordrhein-Westfalen	9 613	1 200	51 179	348 102	41,9
Rheinland-Pfalz	2 219	283	12 146	88 564	50,8
Saarland	507	95	3 816	27 390	48,0
Sachsen	3 032	255	7 590	60 889	35,8
Sachsen-Anhalt	1 430	130	3 842	42 760	26,6
Schleswig-Holstein	1 249	121	4 821	34 741	39,1
Thüringen	1 826	166	4 580	32 058	29,5

Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 tätigen Personen und mehr, einschl. Handwerk.

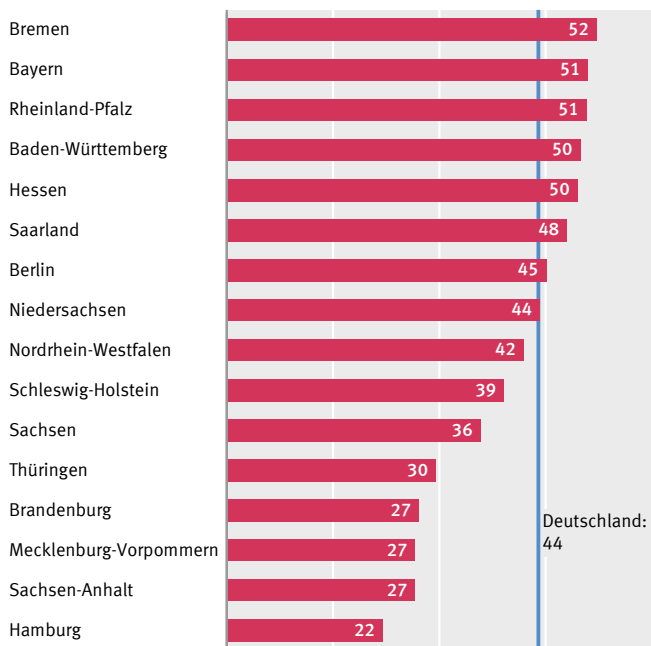
1 Stand: Ende September.

2 Ohne Umsatzsteuer.

3 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

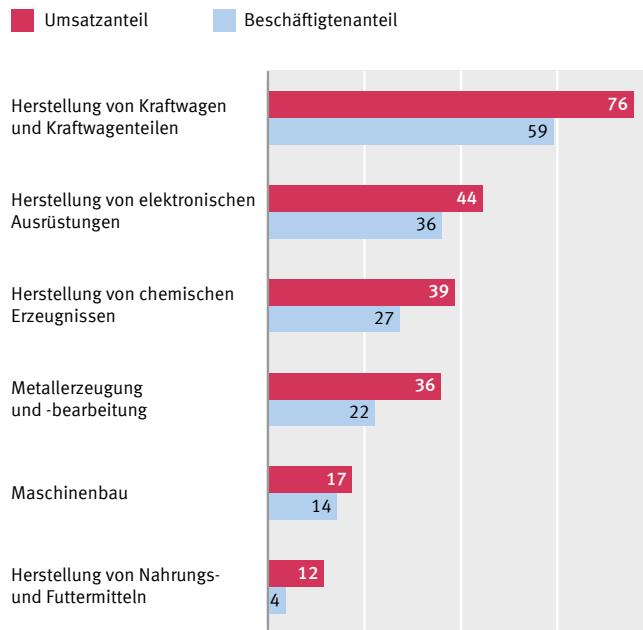
Exportquote 2011

Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe, in %



Unternehmenskonzentration 2010

Anteil der zehn größten Unternehmen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe am Branchenumsatz und deren Beschäftigtenanteil, in %



21 Verarbeitendes Gewerbe

21.1 Strukturdaten der Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe

21.1.2 Nach Wirtschaftszweigen

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	Betriebe ²	Tätige Personen ²	Entgelte	Umsatz ³	Exportquote ⁴	Bruttoinvestitionen in Sachanlagen	
		2011						2010
		Anzahl	1 000	Mill. EUR		%	Mill. EUR	
	Insgesamt	44 865	5 901	247 693	1 749 786	44,3	46 474	
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1 127	69	2 814	15 047	11,6	1 212	
05	Kohlenbergbau	38	38	1 538	3 813	–	548	
06	Gewinnung von Erdöl und Erdgas	31	3	234	5 879	–	311	
07	Erzbergbau	–	–	–	–	–	–	
08	Gew. von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau	1 041	25	900	4 950	14,7	326	
09	Erbringung von Dienstleistungen für den Bergbau und für die Gewinnung von Steinen und Erden	17	2	143	405	33,8	27	
C	Verarbeitendes Gewerbe	43 738	5 832	244 879	1 734 739	44,6	45 262	
10	H. v. Nahrungs- und Futtermitteln	5 339	490	12 782	143 428	20,0	3 187	
11	Getränkeherstellung	578	60	2 304	19 918	9,9	788	
12	Tabakverarbeitung	30	10	532	13 022	11,8	174	
13	H. v. Textilien	730	65	2 009	11 801	43,9	244	
14	H. v. Bekleidung	305	33	1 003	7 726	37,3	88	
15	H. v. Leder, Lederwaren und Schuhen	144	17	527	3 373	32,3	130	
16	H. v. Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (ohne Möbel)	1 205	81	2 429	18 602	23,8	500	
17	H. v. Papier, Pappe und Waren daraus	950	134	5 096	40 110	38,4	1 170	
18	H. v. Druckerzeugnissen; Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern	1 472	108	3 608	16 689	14,0	700	
19	Kokerei und Mineralölverarbeitung	65	18	1 152	94 967	9,1	874	
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	1 568	323	16 975	144 435	57,7	4 519	
21	H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen	324	105	5 534	39 750	64,7	1 280	
22	H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	3 123	368	12 754	74 042	35,9	2 203	
23	H. v. Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	3 173	186	6 613	37 926	23,9	1 503	
24	Metallerzeugung und -bearbeitung	1 060	252	10 959	116 411	38,7	2 314	
25	H. v. Metallerzeugnissen	7 205	621	21 990	105 235	28,8	2 981	
26	H. v. Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	1 805	277	13 065	72 235	53,6	2 778	
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	2 179	402	17 389	87 971	46,0	2 293	
28	Maschinenbau	5 997	967	44 323	214 856	59,9	4 571	
29	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	1 337	744	39 490	355 179	62,8	10 452	
30	Sonstiger Fahrzeugbau	303	116	6 181	31 341	64,8	709	
31	H. v. Möbeln	1 024	107	3 437	18 670	26,5	387	
32	H. v. sonstigen Waren	1 591	144	5 058	23 880	50,3	906	
33	Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	2 231	206	9 671	43 172	31,4	514	

Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 tätigen Personen und mehr, einschl. Handwerk.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), Kurzbezeichnungen.

2 Stand: Ende September.

3 Ohne Umsatzsteuer.

4 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

21 Verarbeitendes Gewerbe

21.1 Strukturdaten der Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe

21.1.3 Betriebe, tätige Personen und Umsatz nach Beschäftigtengrößeklassen 2011

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	Insgesamt	Mit . . . bis . . . tätigen Personen					
			unter 50	50 – 99	100 – 249	250 – 499	500 – 999	1 000 und mehr
		Anzahl	%					
Betriebe¹²								
	Insgesamt	44 865	49,5	22,8	17,7	6,0	2,5	1,4
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden . .	1 127	87,2	5,9	3,1	1,5	1,1	1,2
C	Verarbeitendes Gewerbe	43 738	48,6	23,2	18,1	6,1	2,6	1,4
10	H. v. Nahrungs- und Futtermitteln	5 339	55,5	20,5	16,7	5,0	1,9	0,4
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	1 568	34,8	26,8	22,0	8,7	4,8	2,9
22	H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	3 123	39,8	28,9	21,8	6,3	2,2	1,0
24	Metallerzeugung und -bearbeitung	1 060	27,9	25,1	24,4	12,6	5,7	4,2
25	H. v. Metallerzeugnissen	7 205	54,0	25,2	15,0	4,0	1,4	0,4
26	H. v. Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	1 805	39,3	25,0	22,5	7,6	2,9	2,5
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	2 179	38,5	24,0	21,4	8,8	4,5	2,9
28	Maschinenbau	5 997	39,9	24,5	21,4	8,6	3,5	2,1
29	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	1 337	28,0	21,8	22,3	12,9	7,6	7,4

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	Insgesamt	Mit . . . bis . . . tätigen Personen					
			unter 50	50 – 99	100 – 249	250 – 499	500 – 999	1 000 und mehr
		1 000	%					
Tätige Personen in Betrieben¹²								
	Insgesamt	5 901	10,9	12,2	20,7	15,8	12,9	27,5
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden . .	69	22,5	6,6	7,9	8,6	12,5	41,9
C	Verarbeitendes Gewerbe	5 832	10,7	12,2	20,9	15,9	12,9	27,4
10	H. v. Nahrungs- und Futtermitteln	490	17,1	15,6	27,8	18,7	13,7	7,1
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	323	5,2	9,3	16,4	14,5	16,0	38,6
22	H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	368	11,2	17,3	28,1	18,7	12,4	12,2
24	Metallerzeugung und -bearbeitung	252	3,9	7,7	16,7	18,4	15,8	37,5
25	H. v. Metallerzeugnissen	621	20,1	20,4	26,2	15,8	10,5	6,9
26	H. v. Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	277	8,5	11,4	21,9	17,2	12,8	28,3
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	402	6,8	9,2	18,1	16,7	16,3	32,9
28	Maschinenbau	967	7,7	10,6	20,7	18,4	15,0	27,5
29	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	744	1,6	2,8	6,5	8,1	9,3	71,7

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	Insgesamt	Mit . . . bis . . . tätigen Personen					
			unter 50	50 – 99	100 – 249	250 – 499	500 – 999	1 000 und mehr
		Mill. EUR	%					
Umsatz in Betrieben¹³								
	Insgesamt	1 749 786	6,4	8,0	16,9	14,8	14,2	39,7
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden . .	15 047	43,7	10,4	8,5	11,8	6,9	18,6
C	Verarbeitendes Gewerbe	1 734 739	6,0	8,0	17,0	14,8	14,2	39,9
10	H. v. Nahrungs- und Futtermitteln	143 428	10,1	14,4	32,8	21,2	15,6	5,9
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	144 435	5,5	7,9	16,3	16,0	14,2	40,1
22	H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	74 042	8,4	15,2	26,4	19,3	14,9	15,8
24	Metallerzeugung und -bearbeitung	116 411	2,1	5,2	12,2	14,0	16,5	50,1
25	H. v. Metallerzeugnissen	105 235	15,1	18,5	27,1	17,9	12,9	8,5
26	H. v. Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	72 235	4,9	7,4	19,0	18,8	12,8	37,0
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	87 971	4,9	7,2	15,9	17,8	15,6	38,5
28	Maschinenbau	214 856	5,1	7,8	18,5	18,4	17,0	33,1
29	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	355 179	1,0	1,9	3,5	4,4	6,2	83,1

Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 tätigen Personen und mehr, einschl. Handwerk.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), Kurzbezeichnungen.

2 Stand: Ende September.

3 Ohne Umsatzsteuer.

21 Verarbeitendes Gewerbe

21.2 Indizes

21.2.1 Auftragseingang (Volumen)

Der Index zeigt die Entwicklung der preisbereinigten **Auftragseingänge** aus dem Inland und aus dem Ausland bezogen auf das Basisjahr 2005.

Nr. der Klassifikation ¹⁾	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	2006	2007	2008	2009	2010	2011
		2005 = 100					
C	Verarbeitendes Gewerbe²⁾	108,9	119,4	111,6	87,4	106,3	114,3
	Inland	106,8	114,5	108,8	88,7	103,2	110,7
	Ausland	110,7	123,7	114,0	86,2	108,9	117,5
	Vorleistungsgüter	110,1	118,4	113,6	92,6	112,4	118,2
	Inland	108,5	115,8	111,2	92,0	112,7	119,1
	Ausland	112,1	121,5	116,3	93,2	112,1	117,1
	Investitionsgüter	108,8	121,3	111,1	83,4	103,7	114,1
	Inland	106,1	114,9	107,5	86,4	98,0	107,4
	Ausland	110,6	125,9	113,6	81,3	107,8	118,8
	Konsumgüter	104,3	110,5	105,8	91,4	95,7	98,6
	Inland	103,2	106,8	104,0	86,7	87,7	89,9
	Ausland	105,4	114,6	107,8	96,6	104,4	108,0
	Gebrauchsgüter	108,8	111,2	104,6	88,7	101,8	107,3
	Inland	111,8	110,7	108,6	89,9	94,7	104,6
	Ausland	105,6	111,7	100,7	87,6	109,0	110,0
	Verbrauchsgüter	102,7	110,3	106,3	92,4	93,6	95,7
	Inland	100,4	105,5	102,5	85,6	85,4	85,1
	Ausland	105,3	115,7	110,3	99,7	102,7	107,3
13	H. v. Textilien	100,9	103,0	96,5	78,2	87,2	84,6
	Inland	100,0	101,3	94,1	76,2	84,6	81,4
	Ausland	101,9	105,1	99,5	80,7	90,4	88,7
14	H. v. Bekleidung	100,5	100,8	95,1	70,2	69,7	72,0
	Inland	97,8	94,0	83,8	65,0	65,0	67,2
	Ausland	105,5	113,1	116,1	79,8	78,2	81,0
17	H. v. Papier, Pappe und Waren daraus	105,0	110,9	108,3	99,2	109,1	107,6
	Inland	103,5	107,5	106,8	100,0	108,9	109,0
	Ausland	107,2	116,0	110,6	97,9	109,4	105,5
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	101,8	107,5	101,5	84,3	100,2	100,9
	Inland	100,1	106,8	99,4	85,0	101,0	102,7
	Ausland	103,0	108,2	103,1	83,9	99,6	99,6
21	H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen	103,1	112,1	110,0	99,3	99,7	102,3
	Inland	99,8	106,3	109,5	89,2	87,3	84,8
	Ausland	106,1	117,1	110,4	108,1	110,4	117,5
24	Metallerzeugung und -bearbeitung	112,9	116,3	105,7	80,3	104,1	106,0
	Inland	115,4	121,8	109,6	83,1	111,2	112,2
	Ausland	109,5	108,4	100,2	76,3	94,0	97,0
25	Herstellung von Metallerzeugnissen	110,6	120,7	116,7	87,6	104,9	116,5
	Inland	109,1	116,2	113,8	88,3	104,2	116,9
	Ausland	113,8	129,8	122,7	86,2	106,4	115,9
26	H. v. Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	118,7	132,4	132,8	118,8	139,1	146,1
	Inland	116,0	133,3	145,2	133,1	150,4	162,0
	Ausland	120,7	131,6	123,2	107,6	130,3	133,8
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	109,4	118,5	116,8	84,7	101,6	113,0
	Inland	107,1	111,8	113,0	82,3	99,1	108,2
	Ausland	112,0	126,4	121,3	87,5	104,6	118,6
28	Maschinenbau	112,4	130,2	122,1	77,2	102,0	115,9
	Inland	110,1	123,5	119,1	72,0	90,6	104,4
	Ausland	114,1	135,0	124,2	80,9	110,3	124,2
29	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	108,1	116,1	102,7	86,0	104,7	111,0
	Inland	102,7	107,6	94,0	89,2	99,7	104,8
	Ausland	111,4	121,5	108,2	83,9	107,8	114,8
30	Sonstiger Fahrzeugbau	95,7	127,8	111,5	91,0	117,2	154,3
	Inland	98,9	105,5	81,5	111,1	94,8	124,0
	Ausland	93,9	140,9	129,3	79,1	130,5	172,3

Nähere Informationen zur Berechnungsmethode siehe „Wirtschaft und Statistik“, 3/2009, S. 223ff.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), Kurzbezeichnungen.

2 Ausgewählte Wirtschaftszweige lt. EU-Verordnung (EG) Nr. 1893/2006.

21 Verarbeitendes Gewerbe

21.2 Indizes

21.2.2 Produktion

Der Index zeigt die Entwicklung der preisbereinigten **Produktionsleistung**, bezogen auf das Basisjahr 2005.

Nr. der Klassifikation ¹¹	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	2006	2007	2008	2009	2010	2011
		2005 = 100					
B-C	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	105,7	112,5	113,4	93,9	104,9	113,9
	Vorleistungsgüter	107,1	114,2	114,5	93,5	107,7	116,2
	Investitionsgüter	106,0	114,5	117,3	92,3	104,5	117,2
	Konsumgüter	102,7	105,9	104,6	98,7	101,8	104,2
	Gebrauchsgüter	107,3	108,2	104,5	87,9	96,2	100,8
	Verbrauchsgüter	101,7	105,4	104,6	100,9	103,0	104,9
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	95,5	124,0	110,2	92,9	85,4	79,1
C	Verarbeitendes Gewerbe	105,8	112,4	113,5	93,9	105,2	114,4
10	H. v. Nahrungs- und Futtermitteln	101,8	104,9	105,1	104,6	106,5	107,6
11	Getränkeherstellung	101,8	97,1	95,4	91,6	92,9	96,4
12	Tabakverarbeitung	94,2	91,3	66,5	64,4	55,0	52,9
13	H. v. Textilien	99,6	100,7	96,2	77,4	86,6	87,8
14	H. v. Bekleidung	88,0	80,9	69,1	59,4	59,3	59,4
15	H. v. Leder, Lederwaren und Schuhen	95,6	107,0	98,2	100,2	108,3	114,1
16	H. v. Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (ohne Möbel)	106,9	105,4	103,9	91,1	96,9	98,7
17	H. v. Papier, Pappe und Waren daraus	104,0	109,3	109,9	101,5	109,8	110,3
18	H. v. Druckerzeugnissen; Vervielfältigung von Ton-, Bild- und Datenträgern	102,4	104,4	105,3	97,9	98,9	99,7
19	Kokerei und Mineralölverarbeitung	99,5	98,6	98,6	90,1	88,8	88,7
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	103,7	105,6	101,6	87,1	102,4	103,7
21	H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen	104,7	117,0	120,8	118,2	118,9	124,5
22	H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	104,4	110,7	107,9	94,9	107,4	113,6
23	H. v. Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	105,8	107,2	103,6	91,4	98,2	106,3
24	Metallerzeugung und -bearbeitung	108,0	111,8	110,6	80,6	97,5	102,2
25	H. v. Metallerzeugnissen	106,9	114,7	117,0	91,5	104,9	117,2
26	H. v. Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	118,7	135,5	145,2	113,2	131,5	159,2
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	108,1	114,7	116,4	91,3	107,4	115,6
28	Maschinenbau	107,5	119,0	124,9	92,4	102,3	115,9
29	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	102,6	109,3	105,1	82,3	103,1	116,9
30	Sonstiger Fahrzeugbau	109,5	113,4	123,9	121,4	114,9	129,4
31	H. v. Möbeln	107,3	109,3	107,5	91,8	93,5	97,1
32	H. v. sonstigen Waren	107,2	111,6	112,8	104,2	112,3	117,7
33	Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	105,7	114,8	128,9	110,1	113,6	122,1

Nähere Informationen zur Berechnungsmethode siehe „Wirtschaft und Statistik“, 3/2009, S. 223ff.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), Kurzbezeichnungen.

21 Verarbeitendes Gewerbe

21.2 Indizes

21.2.3 Umsatz (Volumen)

Der Index zeigt die Entwicklung der preisbereinigten Umsätze, bezogen auf das Basisjahr 2005.

Nr.der Klassi- fikation ¹⁾	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	2006	2007	2008	2009	2010	2011
		2005=100					
B-C	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	105,6	111,2	111,4	92,1	101,9	109,1
	Vorleistungsgüter	108,0	114,8	114,4	95,3	108,6	117,4
	Investitionsgüter	106,6	113,8	115,9	90,7	102,6	111,6
	Konsumgüter	102,9	105,8	103,5	94,7	95,6	97,9
	Gebrauchsgüter	107,5	109,1	106,7	87,2	94,0	98,8
	Verbrauchsgüter	102,1	105,2	102,9	96,0	95,9	97,8
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	80,4	94,0	91,0	66,7	60,9	63,7
C	Verarbeitendes Gewerbe	105,7	111,3	111,6	92,2	102,2	109,4
10	H. v. Nahrungs- und Futtermitteln	102,4	105,2	105,5	103,6	104,0	106,5
11	Getränkeherstellung	103,1	101,6	99,1	95,6	93,2	95,9
12	Tabakverarbeitung	95,9	93,8	71,7	68,4	63,2	55,8
13	H. v. Textilien	100,7	103,0	98,0	75,8	83,4	82,9
14	H. v. Bekleidung	100,2	100,2	96,7	67,1	67,5	69,2
15	H. v. Leder, Lederwaren und Schuhen	104,6	105,9	101,6	70,1	82,5	89,2
16	H. v. Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (ohne Möbel)	109,3	108,5	104,3	90,3	94,9	98,2
17	H. v. Papier, Pappe und Waren daraus	105,0	110,8	110,8	101,2	108,6	109,7
18	H. v. Druckerzeugnissen; Vervielfältigung von Ton-, Bild- und Datenträgern	103,8	105,5	107,7	96,8	96,2	96,6
19	Kokerei und Mineralölverarbeitung	90,1	81,7	79,0	69,1	71,2	69,9
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	102,0	107,3	102,0	87,4	103,6	105,5
21	H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen	102,9	110,8	111,9	102,1	101,2	104,6
22	H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	106,5	112,3	109,9	95,4	107,0	113,6
23	H. v. Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	105,8	108,7	108,7	93,8	99,2	104,8
24	Metallerzeugung und -bearbeitung	108,0	112,6	111,5	85,8	98,5	107,1
25	H. v. Metallerzeugnissen	108,5	117,0	119,6	92,8	102,9	115,5
26	H. v. Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	118,6	130,1	134,1	116,9	131,3	147,1
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	108,6	114,8	117,5	88,0	102,0	114,9
28	Maschinenbau	107,8	119,0	124,9	91,2	97,9	113,5
29	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	105,6	112,7	110,5	86,3	104,6	112,4
30	Sonstiger Fahrzeugbau	105,8	104,4	117,0	123,7	132,1	122,6
31	H. v. Möbeln	106,5	111,2	110,6	92,3	92,8	95,7
32	H. v. sonstigen Waren	108,2	112,3	113,0	92,2	100,3	104,7
33	Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	105,3	106,4	113,0	98,5	102,1	106,4

Nähere Informationen zur Berechnungsmethode siehe „Wirtschaft und Statistik“, 3/2009, S. 223ff.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), Kurzbezeichnungen.

21.3 Produktion ausgewählter Erzeugnisse 2011

Erzeugnis	Menge			Wert	
	Einheit	Anzahl	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Mill. EUR	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
Erdöl und Erdgas					
Rohöl	1 000 t	2 085	9,2	.	.
Erdgas	1 000 MWh	107 635	-6,2	1 056	7,1
Steine und Erden					
Kalkstein (ohne gebrochene Kalksteine für den Tiefbau und ohne Naturwerksteine)	1 000 t	16 423	13,9	215	11,5
Bausand u. a. natürliche Sande	1 000 t	72 394	13,2	366	13,5
Feldsteine, Kies, gebrochene Natursteine	1 000 t	199 019	11,6	1 238	11,0
Nahrungsmittel					
Würste und ähnliche Erzeugnisse	1 000 t	1 503	1,3	6 657	2,8
Fischfilets, gefroren	1 000 t	45	-1,0	137	-3,9
Lachs, Heringe und andere geräucherte Fische	1 000 t	16	8,3	168	13,0
Frucht- und Gemüsesäfte (nicht gefroren)	Mill. l	2 378	-1,3	2 029	9,9
Konfitüren, Fruchtgelees, Marmeladen, Fruchtmuse und -pasten	1 000 t	233	-6,5	518	-0,3
Margarine (ohne flüssige Margarine)	1 000 t	409	0,5	762	6,8
Butter	1 000 t	455	1,2	1 718	15,7
Buttermilch, Sauermilch, Sauerrahm, Joghurt u. a. fermentierte Erzeugnisse, flüssig	1 000 t	2 734	4,8	3 207	11,0
Speiseeis, auch kakaohaltig	1 000 l	589 472	0,9	1 087	-3,5
Mehl von Getreide	1 000 t	5 408	0,8	1 769	40,3
Frisches Brot, Brötchen u. ä. ohne Zusatz von Honig, Eiern, Käse oder Früchten	1 000 t	4 579	-1,1	8 879	5,7
Feine Backwaren, gesüßt, auch gefroren	4 305	4,3
Leb- und Honigkuchen u. ä. Kekse u. ä. Kleingebäck, gesüßt; Waffeln	1 000 t	682	-2,1	2 133	-1,7
Teigwaren, weder gekocht oder gefüllt	1 000 t	283	0,1	.	.
Weißzucker	1 000 t	4 234	21,1	2 679	50,0
Schokolade u. a. kakaohaltige Lebensmittelzubereitungen in Form von Tafeln, Stangen oder Riegeln	1 000 t	1 303	2,4	5 519	0,6
Kaffee, geröstet	1 000 t	540	1,4	1 854	31,8
Fertiggerichte	1 000 t	1 133	-0,3	2 932	2,6
Getränke					
Spirituosen	1 000 hl	.	.	991	8,2
Bier aus Malz (ohne alkoholfreies Bier)	1 000 hl	87 084	0,4	5 723	1,8
Mineral-, Tafel- und Heilwasser (ohne Quellwasser)	1 000 l	12 142 461	5,8	2 206	7,3
Erfrischungsgetränke u. a. nicht alkoholhaltige Getränke	1 000 l	9 225 187	6,4	4 221	9,6
Nektare	1 000 l	.	.	470	-1,3
Andere nicht alkoholhaltige Getränke (ohne Milchfettgehalt)	1 000 l	1 938 758	3,1	1 105	6,2
Tabakerzeugnisse					
Zigarren, Stumpfen und Zigarillos, Tabak enthaltend	Mill. St	2 945	7,1	290	10,9
Zigaretten, Tabak enthaltend	Mill. St	220 060	1,1	1 887	-5,8
Textilien					
Garne	1 000 t	105	0,5	661	9,1
Gewebe	1 000 m ²	949 241	-0,3	1 537	6,7
Teppiche	1 000 m ²	88 786	-1,2	744	5,3
Bekleidung					
Strumpfhosen	1 000 St	53 262	3,7	29	9,1
Herrn-, Damen-, Kinderstrümpfe u. a. Strumpfwaren	1 000 Paar	80 939	4,3	390	7,1
Pullover, Strickjacken, Westen u. ä. Waren	1 000 St	3 706	7,7	66	8,3
Oberbekleidung für Männer oder Knaben (ohne Arbeits- und Berufsbekleidung)	1 000 St	6 141	5,8	285	4,3
Oberbekleidung für Frauen oder Mädchen (ohne Arbeits- und Berufsbekleidung)	1 000 St	7 231	-14,0	246	-9,1
Sport-, Bade- und Strandbekleidung	1 000 St	1 221	14,0	45	13,5
Lederbekleidung	1 000 St	174	7,4	29	7,0
Unterwäsche für Männer oder Knaben	1 000 St	5 736	5,6	52	7,1
Unterwäsche für Frauen oder Mädchen	1 000 St	14 824	7,3	101	9,5
T-Shirts und Unterhemden, aus Gewirken oder Gestricken	1 000 St	13 471	0,9	147	2,8
Leder und Lederwaren					
Rind- und Kalbleder, enthaart	t	15 061	16,0	332	19,4
Reisekoffer, Handkoffer, Kosmetikkoffer und Dokumentenkoffer, Aktentaschen, Schulranzen u. ä. Behältnisse	1 000 St	295	-16,9	11	-33,2
Schuhe mit Oberteil aus Leder (ohne Sportschuhe)	1 000 Paar	17 781	-2,0	416	5,2
Schuhe mit einem Metallschutz in der Vorderkappe	1 000 Paar	4 690	11,8	221	17,8
Holz und Holzwaren					
Schnittholz (ohne Stäbe u. Friese für Parkett aus Eichenholz)	1 000 m ³	.	.	3 750	10,0

21.3 Produktion ausgewählter Erzeugnisse 2011

Erzeugnis	Menge			Wert	
	Einheit	Anzahl	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Mill. EUR	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
Laminatböden	1 000 m ²	189 399	- 1,2	869	7,4
Parkettböden	1 000 m ²	9 427	- 11,5	212	- 8,7
Fenster, Fenstertüren, Rahmen und Verkleidungen dafür	1 000 St	2 405	2,0	887	4,6
Türen und Rahmen, Türverkleidungen (auch Türschwellen)	1 000 St	10 714	5,0	1 053	7,5
Papier					
Zeitungsdruckpapier	1 000 t	2 459	- 4,0	1 268	12,1
Wellpapier u. -pappe	1 000 t	2 412	0,3	1 534	18,0
Verpackungsmittel aus Papier, Pappe, Zellstoffwatte oder Vliesen	1 000 t	6 614	2,9	.	.
Etiketten aus Papier und Pappe	1 000 t	175	4,8	1 355	4,0
Druckerzeugnisse					
Geschäftsdrucksachen und andere Drucke	1 979	1,8
Kataloge, Plakate, Werbedrucke, Kalender aller Art	6 002	4,7
Zeitungen und Zeitschriften	2 853	- 2,7
Kokereierzeugnisse, Mineralölerzeugnisse					
Koks u. Schmelzkoks aus Steinkohle, Braunkohle oder Torf	1 000 t-Trocken	6 182	- 3,6	1 079	16,9
Motorenbenzin (einschl. Flugbenzin)	1 000 t	21 016	- 2,4	6 012	13,4
Leichtöl, leichtes Rohbenzin	1 000 t	4 994	4,1	2 142	26,1
Flugturbinenkraftstoff aus Leuchtöl (Kerosin)	1 000 t	4 985	3,4	2 143	43,4
Dieselmotorkraftstoff	1 000 t	30 426	2,2	9 887	27,3
Heizöl, leicht	1 000 t	12 564	- 13,9	4 308	14,8
Schmieröle	1 000 t	2 488	- 3,1	3 590	15,7
Flüssiggas	1 000 t	2 616	- 2,8	533	18,6
Chemische Erzeugnisse					
Chlor	1 000 t	2 291	- 6,8	429	- 0,3
Ruß	1 000 t	.	.	572	32,9
Wasserstoff	Mill. m ³	1 895	- 2,3	255	2,7
Sauerstoff	Mill. m ³	.	.	312	- 12,0
Stickstoff	Mill. m ³	.	.	247	- 1,7
Schwefelsäure einschl. Oleum, ber. auf SO ₂	1 000 t	1 761	4,2	117	54,1
Ammoniak, ber. auf N	1 000 t	952	4,1	356	37,6
Natriumhydroxid, ber. auf NaOH	1 000 t
Aluminiumhydroxid, ber. auf Al ₂ O ₃	1 000 t	.	.	375	4,1
Ethylen	1 000 t	2 934	- 5,6	1 221	- 6,6
Propylen	1 000 t	2 748	0,3	1 315	13,1
Natriumcarbonat, ber. auf Na ₂ CO ₃	1 000 t	.	.	264	13,0
Stickstoffhaltige Düngemittel	1 000 t	1 345	- 2,0	1 119	37,4
Pflanzenbehandlungs- und Schädlingsbekämpfungsmittel (Wirkstoffgewicht)	1 000 t	233	4,3	2 797	17,3
Kunststoffe	1 000 t	17 471	- 1,6	24 534	8,3
Synthetischer Kautschuk und Faktis	1 000 t	1 077	0,1	1 432	19,2
Synthetische Filamente und Spinnfasern	1 000 t	357	- 4,4	897	8,9
Texturierte Garne u. a. Garne, ungezwirnt	1 000 t	50	- 34,2	226	- 15,9
Anstrichfarben und Lacke auf der Grundlage von Acryl oder Vinylpolymeren	1 000 t	1 021	1,5	1 543	5,3
Anstrichfarben und Lacke auf der Grundlage von Alkydharzen	1 000 t	83	6,5	291	9,1
Organische Löse- und Verdünnungsmittel	1 000 t	209	- 3,7	339	8,5
Druckfarben	1 000 t	550	- 7,3	1 598	- 3,6
Arzneiwaren	18 947	- 2,9
Organische grenzflächenaktive Stoffe (ohne Seifen)	1 000 t	.	.	1 841	19,5
Seifen	1 000 t	350	13,6	382	12,8
Universalwaschmittel	1 000 t	378	37,4	504	105,7
Geschirrspülmittel	1 000 t	303	12,0	390	0,8
Photochemische Erzeugnisse	724	- 5,3
Duftstoffe und Körperpflegemittel	4 993	0,8
dar. Körperpflegemittel	4 514	1,7
Klebstoffe	1 000 t	870	2,1	1 574	10,3
Gummi- und Kunststoffwaren					
Gummiwaren
Bereifungen, neu	1 000 St	83 279	3,8	3 394	12,8
dar. Luftreifen für Pkw, neu	1 000 St	69 620	4,1	2 540	15,3

21.3 Produktion ausgewählter Erzeugnisse 2011

Erzeugnis	Menge			Wert	
	Einheit	Anzahl	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Mill. EUR	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
Gummi- und Kunststoffwaren					
Kunststoffwaren					
Rohre und Schläuche, nicht biegsam	1 000 t	536	10,4	1 328	12,2
Monofile	1 000 t	974	7,4	2 526	4,8
Verpackungsmittel, Lager- und Transportbehälter	.	.	.	3 494	7,9
Badewannen, Duschen und Waschbecken	1 000 St	1 105	0,1	171	0,9
Fenster, Fensterbänke	1 000 St	11 467	5,2	2 764	8,2
Glas, Keramik, bearbeitete Steine und Erden					
Mehrschichten-Isolierverglasung	1 000 m ²	24 896	1,8	1 100	7,2
Flaschen bis 2,5 l	Mill. St	8 965	5,0	915	- 1,8
Geschirr, aus Porzellan	1 000 t	43	1,9	415	- 0,6
Geformte feuerfeste keramische Bauteile	1 000 t	915	9,6	833	9,7
Fliesen, Boden- und Wandplatten	1 000 m ²	57 581	7,9	519	6,5
Mauerziegel, Ziegel für Boden- u. Straßenbeläge	1 000 m ³	7 192	10,8	508	14,5
Dachziegel	1 000 St	755 607	5,0	744	12,1
Zement	1 000 t	33 532	13,0	2 140	14,2
Kalk	1 000 t	7 558	5,1	548	7,3
Gips	1 000 t	2 988	8,3	274	11,6
Baublöcke und Mauersteine aus Kalksandstein	1 000 m ³	3 543	19,2	292	23,3
Dachsteine aus Beton	Mill. St	209	6,4	232	17,2
Gipskartonplatten, gem. DIN 18 180	1 000 m ²	237 333	3,7	302	4,4
Transportbeton	1 000 m ³	34 714	18,3	2 243	17,6
Schleifkörper	1 000 t	64	11,5	543	15,3
Eisen- und Stahlerzeugnisse					
Blöcke, Strangguss, Flüssigstahl, aus unlegiertem Stahl	1 000 t	7 185	- 5,3	3 183	24,0
Gewalztes Halbzeug	1 000 t	4 502	5,5	1 039	27,4
Warmbreitband mit einer Breite von 600 mm oder mehr	1 000 t	9 933	13,2	5 212	39,8
Breitflachstahl, Quattoblech	1 000 t	3 278	4,4	2 907	25,0
Walzdraht, warmgewalzt	1 000 t	5 488	9,2	2 774	25,8
Betonstahl in Stäben, warmgewalzt	1 000 t	2 378	6,5	909	31,9
Kaltgewalzte Bleche in Rollen oder Tafeln	1 000 t	3 540	- 7,9	3 514	3,0
Schmelztauchveredelte Bleche	1 000 t	5 710	- 1,0	3 788	12,1
Rohre und Hohlprofile, aus nicht rostendem Stahl	1 000 t	35	12,3	208	39,5
Präzisionsstahlrohre, aus nicht rostendem Stahl	1 000 t	324	6,4	488	16,1
Kaltgewalzter Bandstahl (ohne Elektroband)	1 000 t	1 077	1,8	1 037	15,0
NE-Metalle und -erzeugnisse					
Silber, in Rohform oder als Pulver	t	1 886	6,6	1 538	79,4
Gold, in Rohform oder als Pulver	t	51	.	1 835	- 5,2
Aluminiumlegierungen, Primäraluminium	1 000 t	317	- 3,6	512	7,1
Aluminiumlegierungen, Sekundäraluminium	1 000 t	851	1,7	1 064	11,1
Kupferlegierungen, in Rohformen	1 000 t	40	0,1	235	13,8
Gießereierzeugnisse					
Teile aus					
Gusseisen mit Kugelgraphit	1 000 t	1 523	20,5	2 854	29,7
Stahlguss	1 000 t	120	14,5	1 216	18,1
Leichtmetallguss	1 000 t	662	12,8	4 495	19,3
Buntmetallguss	1 000 t	.	.	709	19,6
Metallerzeugnisse					
Brücken und -elemente	1 000 t	56	4,0	167	1,5
Türme und Gittermaste	1 000 t	255	9,7	440	2,2
Andere Konstruktionen und Teile	1 000 t	.	.	5 648	18,7
darunter:					
Skelettkonstruktionen	1 000 t	377	14,7	865	16,4
Stütz- und Trägerkonstruktionen	1 000 t	850	31,0	1 888	28,9
Tore, Türen, Fenster, deren Rahmen und Verkleidungen aus Stahl	1 000 St	984	3,6	870	4,7
Zentralheizungskessel (ohne Dampfkessel)	1 000 St	1 158	6,1	871	4,6
Blechformteile aus Stahl und NE-Metall	1 000 t	4 505	17,8	12 884	17,7
Drehteile aus Metall für Armaturen, Maschinenbau, Fahrzeuge	.	.	.	3 699	19,8
Drehteile aus Metall für elektronische, feinmechanische und optische Erzeugnisse	.	.	.	2 365	18,0
Werkzeuge für die Holzbearbeitung	t	1 927	10,6	19	10,3

21.3 Produktion ausgewählter Erzeugnisse 2011

Erzeugnis	Menge			Wert	
	Einheit	Anzahl	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Mill. EUR	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
Haushaltswerkzeuge	t	2 270	-14,8	37	-1,0
Beschläge für Kraftfahrzeuge	1 000 t	232	-1,0	1 737	10,4
Baubeschläge für Türen und Fenster	1 000 t	175	0,4	1 492	5,5
Abwasch- und Waschbecken aus Stahl (rostfrei)	1 000 St	2 843	-2,1	176	-0,9
Koch-, Brat- und Backgeschirr aus Stahl (nicht rostend)	t	6 556	23,1	.	.
Briefkästen und Kastenanlagen	t	5 416	-2,7	93	0,1
Maschinen					
Verbrennungsmotoren und Turbinen	1 000 St	319	33,9	7 298	10,5
Flüssigkeitspumpen	1 000 St	67 778	5,9	4 486	12,7
Luft- oder Gaskompressoren	1 000 St	13 439	6,9	4 680	13,4
Armaturen	1 000 t	444	5,6	7 390	8,8
dar. Sanitärarmaturen	1 000 t
Lager, Getriebe, Zahnräder und Antriebsselemente	1 000 t	914	14,8	11 829	14,7
Krane	1 000 St	53	13,8	.	.
Elektrokraftkarren u. a. mit Hebevorrichtung ausgerüstete Karren	1 000 St	138	28,6	2 372	37,8
Büromaschinen	1 000 St
Klimageräte	1 000 St
Verpackungsmaschinen	1 000 St	55	10,2	3 725	6,9
Haushalts-, Personenwaagen; Waagen für Stetigförderer, Absack-, Abfüll-, Dosier- u. a. Waagen	1 000 St	394	-3,2	649	19,0
Einachsschlepper, Acker- und Forstschlepper, andere Zugmaschinen	1 000 St	63	23,4	2 440	25,9
Erntemaschinen, -apparate und -geräte	1 000 St	65	37,8	2 229	41,9
Werkzeugmaschinen zur Span abhebenden Bearbeitung	1 000 St	77	0,1	7 052	37,5
dar. Drehmaschinen	1 000 St	6	57,5	1 491	55,3
Werkzeugmaschinen zur spanlosen Bearbeitung	1 000 St	67	10,5	2 574	23,8
Holzbearbeitungsmaschinen	1 000 St	98	-3,7	.	.
Handgeführte Maschinen und Druckluftwerkzeuge	1 000 St	8 581	14,4	1 431	12,9
Löt- und Schweißmaschinen, -apparate und -geräte	1 000 St
Maschinen für die Metallherzeugung, Walzwerkseinrichtungen, Gießmaschinen	St	814	-27,0	2 104	-3,7
Bau- und Baustoffmaschinen	1 000 St	265	12,2	6 079	27,0
Maschinen für das Ernährungsgewerbe und die Tabakverarbeitung	1 000 St	335	8,4	3 119	4,9
Spinnmaschinen	1 000 St	20	36,2	1 246	44,7
Maschinen für das Papiergewerbe	1 000 St	117	-40,1	1 079	-0,1
Maschinen für das Druckgewerbe	1 000 St	40	-2,8	2 725	.
Kunststoffmaschinen	1 000 St	.	.	4 583	30,8
Elektrische Haushaltsgeräte					
Kühl-, Gefrierschränke; Tiefkühltruhen	1 000 St	2 711	-1,1	1 140	10,5
Haushaltsgeschirrspülmaschinen	1 000 St
Küchenherde, Kochplatten, Grill- und Bratgeräte, andere elektrische Öfen	1 000 St	5 460	-18,8	1 534	-2,7
Elektrische Durchlauferhitzer	1 000 St	965	1,6	136	4,9
Digitale Datenverarbeitungsgeräte	1 000 St	25 739	31,6	4 127	-15,8
Geräte der Elektrizitätserzeugung und -verteilung u. a.					
Elektromotoren und -generatoren	1 000 St	114 856	7,0	6 450	.
Transformatoren	1 000 St	60 555	4,0	1 879	-0,5
Steckvorrichtungen u. a. Geräte zum Schließen, Unterbrechen, Schützen oder Verbinden von elektr. Stromkreisen	Mill. St	.	.	4 142	5,7
Tafeln, Felder, Konsolen, Pulte, Schränke zum elektrischen Schalten oder Steuern oder für die Stromverteilung	1 000 St	123 562	15,3	7 588	17,2
Zusammengesetzte elektronische Schaltungen (Baugruppen)	.	.	.	5 575	14,7
Solarzellen	1 000 St	349 850	-11,7	2 768	-7,3
Starterbatterien	1 000 St	11 689	7,9	609	20,1
Glasfaserkabel	t	17 072	20,4	233	9,0
Bestückte Leiterplatten	1 000 St	3 528	20,3	972	6,3
Akkumulatorenladegeräte	1 000 St	760	8,0	139	24,6
Einbruchs- oder Diebstahllarmgeräte, Feuermelder u. ä. Geräte (Hör- und Sichtsignalgeräte) für Gebäude	1 000 St	4 349	11,9	483	8,2
Nachrichtentechnik, Videotuner, Satelliten-Receiver u. Fernsehgeräte					
Mobiltelefone (Handys)	1 000 St	607	4,6	119	15,0
Videotuner, Satelliten-Receiver	1 000 St	1 218	-28,6	57	-41,8
Fernsehempfangsgeräte	1 000 St	362	-13,0	346	-20,3

21.3 Produktion ausgewählter Erzeugnisse 2011

Erzeugnis	Menge			Wert	
	Einheit	Anzahl	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Mill. EUR	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
Medizin-, mess-, steuerungs-, regelungstechnische und optische Erzeugnisse; Uhren					
Röntgenapparate und -geräte für medizinische Zwecke	1 000 St	18	- 12,1	1 193	- 16,0
Elektrodiagnoseapparate und -geräte für medizinische Zwecke	.	.	.	739	5,6
Prüfstände für Kraftfahrzeuge	t	16 143	16,1	378	17,7
Ferngläser	1 000 St	67	1,4	38	- 6,0
Laser (ohne Diodenlaser)	1 000 St	109	8,3	588	32,0
Armbanduhr, Taschen- u. ä. Uhren	1 000 St	280	- 9,6	239	37,2
Kraftwagen und Kraftwagenteile					
Personenkraftwagen	1 000 St	6 589	8,6	164 610	9,9
Lastkraftwagen	1 000 St	350	22,1	10 053	24,4
Karosserien und Aufbauten für Kraftwagen	1 000 St	.	.	2 412	14,5
Wohnanhänger ab 750 kg	1 000 St	41	8,7	559	13,7
Anhänger zum Befördern von Gütern	1 000 St	234	15,0	3 190	52,6
Sonstige Fahrzeuge					
Boote und Jachten	1 000 St	17	- 3,8	1 046	- 54,0
Zweiräder u. a. Fahrräder mit Kugellager	1 000 St	1 327	2,9	453	25,7
Rollstühle	1 000 St	75	- 8,2	94	- 2,9
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren und sonstige Erzeugnisse					
Sitzmöbel	1 000 St	12 123	4,0	2 222	4,0
Holzmöbel					
für Büros	1 000 St	5 098	28,3	982	16,4
für Läden	1 000 St	887	10,5	1 121	16,2
für Küchen	1 000 St	30 138	3,7	3 623	3,8
für Badezimmer	1 000 St	2 870	- 12,8	384	2,8
für Schlaf-, Ess- und Wohnzimmer	1 000 St	585	- 4,7	159	5,7
Auflegematratzen	1 000 St	6 731	- 4,5	584	1,6
Schmuckwaren und Teile dafür aus Silber, Gold oder Platin	.	.	.	408	5,1
Klaviere und Flügel	1 000 St	6	11,1	88	16,8
Sportgeräte für Gymnastik	.	.	.	140	4,6
Puppen, nur Nachbildungen von Menschen darstellend	1 000 St
Spielfahrzeuge, zum Besteigen und Fortbewegen durch Kinder geeignet	1 000 St	4 121	9,0	94	7,3
Spielzeug, Tiere oder nichtmenschliche Wesen darstellend, Füllmaterial enthaltend, aus Holz und aus Kunststoff	1 000 St	28 785	11,7	87	1,0
Elektrische Eisenbahnen (einschl. Zubehör)	.	.	.	54	1,1
Schreiber und Markierstifte mit Filzspitze	1 000 St	571 228	- 5,9	169	1,0
Kinderwagen	1 000 St	162	- 11,9	51	2,6

Methodik

Das Verarbeitende Gewerbe umfasst die Herstellung von Waren sowie die Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen. Dies schließt sowohl die Tätigkeiten von Industrie- als auch von Handwerksbetrieben und -unternehmen ein. Das vorliegende Kapitel enthält ebenfalls Ergebnisse für die Bereiche Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.

Im Verarbeitenden Gewerbe erstreckt sich der Berichtskreis der **Strukturerhebungen** in der Regel auf Unternehmen/Betriebe mit 20 Beschäftigten und mehr, der Berichtskreis der **Konjunkturerhebungen** auf Betriebe mit 50 Beschäftigten und mehr. Bei der **Vierteljährlichen Produktionserhebung** werden auch die kleinen Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr befragt.

Der kurzfristigen Berichterstattung dienen die Monatsberichte und die Produktionserhebungen; diese liefern aktuelle Daten für die Konjunkturanalyse und das Ausgangsmaterial zur Berechnung von Indizes. Wichtigste Indikatoren für die Darstellung der konjunkturellen Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe sind der Index des Auftragseingangs (nur für ausgewählte Wirtschaftsbereiche des Verarbeitenden Gewerbes), der Produktionsindex sowie absolute Zahlen über Beschäftigte, Entgelte, geleistete Arbeitsstunden und Umsätze.

Rechtsgrundlagen für die entsprechenden Statistiken ist das Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe (ProdGewStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.3.2002 (BGBl. I S. 1181), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Dritten Mittelstandsentlastungsgesetzes vom 17.3.2009 (BGBl. I S. 550).

Glossar

Auslandsumsatz | Umsatz mit Abnehmern im Ausland und – soweit einwandfrei erkennbar – Umsatz mit deutschen Exporteuren.

Betrieb | Dies ist eine Niederlassung an einem bestimmten Ort, einschließlich örtlich und organisatorisch angegliederter Betriebsteile.

Bruttoinvestitionen in Sachanlagen | Sie umfassen Bruttozugänge an aktivierten Sachanlagen, bewertet zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten ohne Abzug von Abschreibungen.

Entgelte | Summe der Bruttobezüge der tätigen Personen einschließlich aller Zuschläge und Zulagen, jedoch ohne Pflichtanteile der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber zur Sozialversicherung, ohne allgemeine soziale Aufwendungen sowie ohne Vergütungen, die als Spesenersatz anzusehen sind.

Exportquote | Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

Geleistete Arbeitsstunden | Alle von Beschäftigten (einschließlich Auszubildender) tatsächlich geleisteten (nicht die bezahlten) Stunden.

Index des Auftragseingangs | Der Auftragseingangsindex im Verarbeitenden Gewerbe wird auf der Basis 2005 = 100 monatlich berechnet, sowohl in jeweiligen Preisen (Wertindex) als auch unter Ausschaltung der Preisveränderungen (Volumenindex). Als Auftragseingänge gelten die im Berichtsmonat vom Betrieb fest akzeptierten Aufträge auf Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang wird bei ausgewählten Wirtschaftszweigen des Verarbeitenden Gewerbes erfasst. Die Gewichtung erfolgt mit Auftragseingangsanteilen des Basiszeitraums.

Index des Umsatzes | Der Umsatzindex im Verarbeitenden Gewerbe wird auf der Basis 2005 = 100 monatlich berechnet, sowohl in jeweiligen Preisen (Wertindex) als auch unter Ausschaltung der Preisveränderungen (Volumenindex). Die Gewichtung erfolgt mit Umsatzanteilen des Basiszeitraums.

Index der Produktion | Der Produktionsindex für das Verarbeitende Gewerbe wird auf Basis 2005 = 100 unter Ausschaltung der Preisveränderungen monatlich berechnet. Grundlage für die Fortschreibung der Entwicklung der Wirtschaftszweige sind die Ergebnisse der „Monatlichen Produktionserhebung“. Die Gewichtung der Wirtschaftszweige zu den Aggregaten erfolgt mit der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten des Basisjahres.

Produktion ausgewählter Erzeugnisse | Die Ergebnisse erstrecken sich auf Güter bzw. Güterarten, die nach dem „Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken, Ausgabe 2009“ gruppiert und zum Absatz bestimmt sind. In manchen Fällen (vor allem bei den Grundstoffen) wird die Gesamtproduktion ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um die Summe der zum Absatz und der zur Weiterverarbeitung bestimmten Produktion. Als zur Weiterverarbeitung bestimmt gelten die selbst hergestellten Erzeugnisse, die im berichtenden Betrieb, in einem anderen Betrieb desselben Unternehmens oder im Lohnauftrag in einem anderen Unternehmen zu einem anderen Erzeugnis verarbeitet oder in ein anderes Erzeugnis eingebaut werden. Der Bewertung der für den Absatz bestimmten Erzeugung liegen die erzielten oder im Zeitpunkt des Absatzes erzielbaren Verkaufspreise ab Werk, einschließlich Verpackung zugrunde. Nicht einbezogen sind die Umsatzsteuer, die Verbrauchsteuern, gesondert in Rechnung gestellte Frachtkosten sowie die den Kunden gewährten Rabatte.

Tätige Personen | Sie umfassen die Gesamtzahl der Beschäftigten einschließlich mitarbeitender Inhaberinnen und Inhaber bzw. Teilhaberinnen und Teilhaber und unbezahlt mithelfender Familienangehöriger sowie alle Personen, die ein arbeitsrechtliches Verhältnis zum Unternehmen bzw. Betrieb haben.

Umsatz | Er umfasst die insgesamt in Rechnung gestellten Beträge, die den Verkäufen von Waren und Dienstleistungen an Dritte entsprechen, einschließlich Steuern und Abgaben (ohne Umsatzsteuer).

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Standardveröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen kostenfrei downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 190 amtlichen Statistiken. Daten zum *Verarbeitenden Gewerbe* finden Sie unter dem Menüpunkt › Themen, Code 42

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Strukturdaten der Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe

Fachserie 4 Produzierendes Gewerbe

- Reihe 4.1.1 | Beschäftigung und Umsatz der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes
- Reihe 4.1.2 | Betriebe, Tätige Personen und Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes nach Größenklassen
- Reihe 4.1.4 | Beschäftigung und Umsatz der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes nach Bundesländern
- Reihe 4.2.1 | Beschäftigung, Umsatz und Investitionen der Unternehmen und Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden
- Reihe 4.2.3 | Konzentrationsstatistische Daten für das Verarbeitende Gewerbe, den Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden sowie für das Baugewerbe
- Reihe 4.3 | Kostenstruktur der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes

■ Indizes

Fachserie 4 Produzierendes Gewerbe

- Reihe 2.1 | Indizes der Produktion und der Arbeitsproduktivität im Produzierenden Gewerbe
- Reihe 2.2 | Auftragseingang und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe – Indizes

■ Produktion ausgewählter Erzeugnisse

Fachserie 4 Produzierendes Gewerbe

- Reihe 3.1 | Produktion des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden
- Reihe 3.2 | Struktur der Produktion im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden

■ Themenübergreifend

Fachserie 4 Produzierendes Gewerbe

- Reihe 4.2.4 | Material- und Wareneingang

Wirtschaft und Statistik

- Heft 2/10 | 150 Jahre Produktionsstatistik im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe

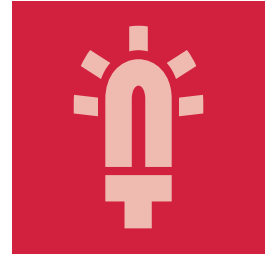
Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter +49 (0)6 11 / 75 21 92

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.





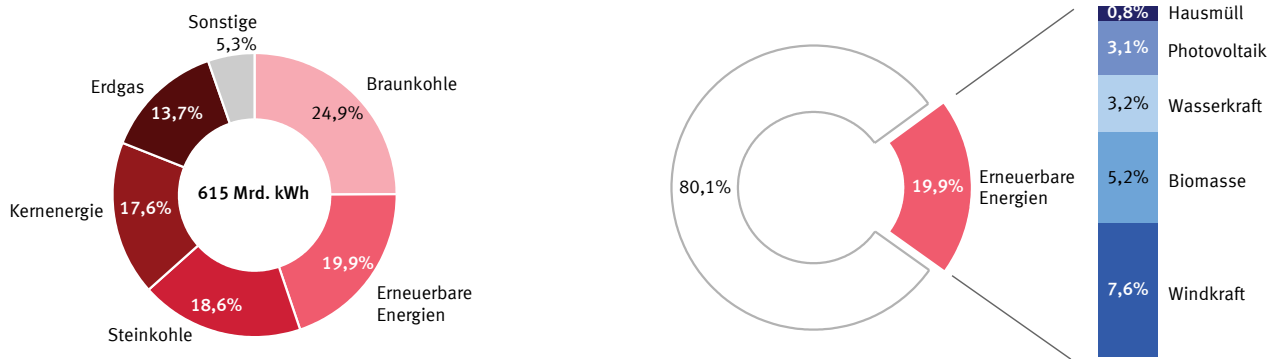
22 Energie

615 Milliarden Kilowattstunden Strom 2011 brutto erzeugt | Rund **20 %** davon stammen aus **erneuerbaren Energien** | **Vor 20 Jahren** lag dieser Anteil noch bei **3 %** | 2011 knapp **8 %** des Stroms allein aus **Windkraft** erzeugt | **18 %** der Stromproduktion entfallen auf **Kernenergie** | **Wichtigste Energieträger** zur Elektrizitätserzeugung sind nach wie vor **Braun- und Steinkohlen** mit über **43 %** | Aus **Erdgas** knapp **14 %** des Stroms hergestellt

<i>Seite</i>	
551	Auf einen Blick
	Tabellen
552	Kraftwerke der Elektrizitätsversorgungsunternehmen und der Industrie Nach Engpassleistung Nach Elektrizitätserzeugung Nach Brennstoffverbrauch für Strom- und Wärmeerzeugung
553	Wärme Erzeugung Bezug Verwendung Abgabe
554	Leitungsgebundenes Gas Aufkommen Verwendung Abgabe
554	Klärgas Aufkommen Verwendung
554	Flüssiggas Abgabe
555	Energieverwendung der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe
556	Methodik
557	Glossar
558	Mehr zum Thema

22.0 Auf einen Blick

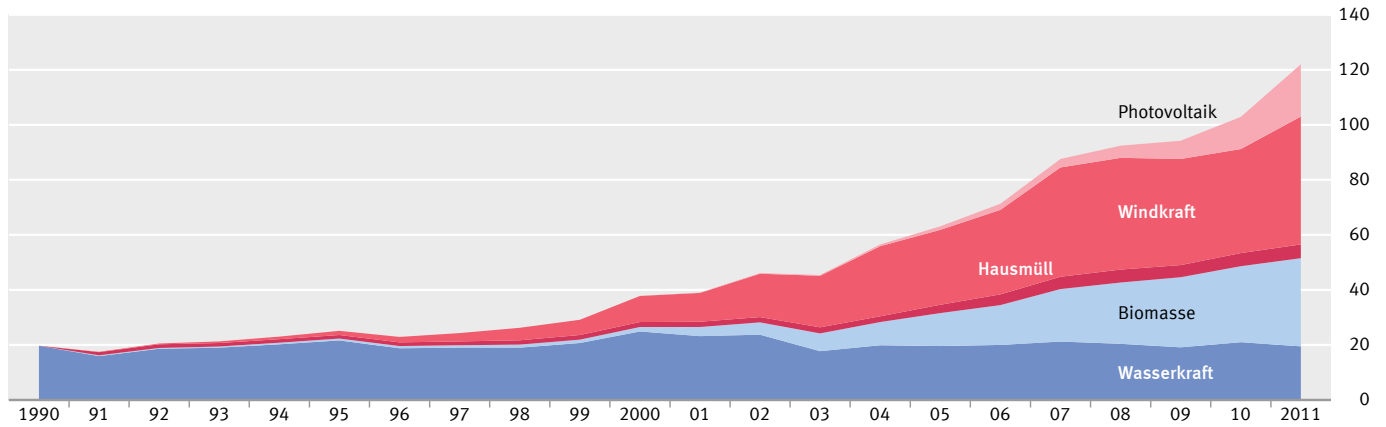
Bruttostromerzeugung 2011



Quelle: AGEB, AGEE-Stat

2011 - 01 - 0062

Entwicklung der Bruttostromerzeugung aus erneuerbaren Energien in TWh

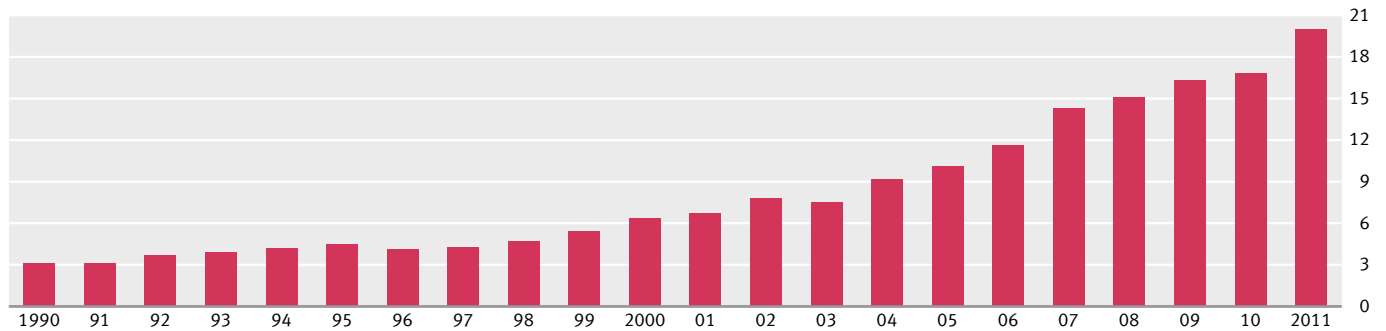


Geothermische Bruttostromerzeugung aufgrund geringer Strommengen nicht dargestellt.

Quelle: AGEB, AGEE-Stat

2012 - 01 - 0065

Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch in %



Quelle: AGEB, AGEE-Stat

2012 - 01 - 0068

22 Energie

22.1 Kraftwerke der Elektrizitätsversorgungsunternehmen und der Industrie

Weitere Informationen zu Energie siehe Kapitel „Umwelt“

22.1.1 Engpassleistung

Die **Engpassleistung** einer Erzeugungseinheit ist diejenige Dauerleistung, die unter Normalbedingungen erreichbar ist. Sie ist durch den leistungsschwächsten Anlagenteil (Engpass) begrenzt, wird durch Messungen ermittelt und auf Normalbedingungen umgerechnet.

Energieträger	Insgesamt				Davon							
					Elektrizitätsversorgungsunternehmen ¹				Industrie			
	2011		2010		2011		2010		2011		2010	
	MW	%	MW	%	MW	%	MW	%	MW	%	MW	%
Insgesamt	120 972	100,0	111 652	100,0	108 716	100,0	12 256	100,0
Wasser	10 447	8,6	10 509	9,4	10 400	9,6	47	0,4
Steinkohle ² ³	30 160	24,9	27 224	24,4	27 163	25,0	2 997	24,5
Braunkohle ³	22 677	18,7	24 087	21,6	21 886	20,1	791	6,5
Heizöl ⁴	5 857	4,8	5 885	5,3	5 336	4,9	520	4,2
Erdgas	23 758	19,6	19 171	17,2	19 035	17,5	4 723	38,5
Sonstige Wärmekraft	5 992	5,0	1 341	1,2	1 228	1,1	2 938	24,0
Kernenergie	21 507	17,8	21 507	19,3	21 507	19,8	–	–
Sonstiges ⁵	574	0,5	1 929	1,7	2 161	2,0	240	2,0

1 Ohne Einspeisung Dritter.

2 Einschl. Anlagen mit Mischfeuerung.

3 Einschl. Stein- bzw. Braunkohlenbriketts und -koks.

4 Einschl. Dieselkraftstoff.

5 Erneuerbare und sonstige Energie.

22.1.2 Elektrizitätserzeugung

Energieträger	Insgesamt				Davon							
					Elektrizitätsversorgungsunternehmen ¹				Industrie			
	2011		2010		2011		2010		2011		2010	
	GWh	%	GWh	%	GWh	%	GWh	%	GWh	%	GWh	%
Insgesamt	554 304	100,0	462 102	100,0	501 331	100,0	52 973	100,0
Wasser	24 008	4,3	20 546	4,4	23 630	4,7	378	0,7
Steinkohle ² ³	117 022	21,1	104 856	22,7	108 404	21,6	8 619	16,3
Braunkohle ³	145 873	26,3	146 277	31,7	142 031	28,3	3 841	7,3
Heizöl ⁴	2 889	0,5	990	0,2	1 149	0,2	1 740	3,3
Erdgas	86 275	15,6	61 598	13,3	64 963	13,0	21 312	40,2
Sonstige Wärmekraft	27 594	5,0	15 133	3,3	15 614	3,1	11 980	22,6
Kernenergie	140 556	25,4	107 971	23,4	140 556	28,0	–	–
Sonstiges ⁵	10 086	1,8	4 730	1,0	4 982	1,0	5 103	9,6

1 Ohne Einspeisung Dritter.

2 Einschl. Anlagen mit Mischfeuerung.

3 Einschl. Stein- bzw. Braunkohlenbriketts und -koks.

4 Einschl. Dieselkraftstoff.

5 Erneuerbare und sonstige Energie.

22.1.3 Brennstoffverbrauch für Strom- und Wärmeerzeugung

Energieträger	Insgesamt				Davon							
					Elektrizitätsversorgungsunternehmen ¹				Industrie			
	2011		2010		2011		2010		2011		2010	
	PJ	%	PJ	%	PJ	%	PJ	%	PJ	%	PJ	%
Insgesamt	5 749,6	100,0	4 553,4	100,0	4 959,8	100,0	784,2	100,0
Wasser	64,3	1,1	54,1	1,2	62,9	1,3	1,4	0,2
Steinkohle ² ³	1 167,0	20,3	1 026,6	22,5	1 066,3	21,5	100,7	12,8
Braunkohle ³	1 436,7	25,0	1 410,3	31,0	1 366,5	27,6	70,2	9,0
Heizöl ⁴	47,9	0,8	12,0	0,3	14,7	0,3	33,3	4,2
Erdgas	919,1	16,0	558,0	12,3	607,5	12,2	311,6	39,7
Sonstige Wärmekraft	411,1	7,2	241,7	5,3	240,1	4,8	167,5	21,4
Kernenergie	1 535,4	26,7	1 177,9	25,9	1 533,3	30,9	-	-
Sonstiges ⁵	168,1	2,9	72,8	1,6	68,5	1,4	99,6	12,7

1 Ohne Einspeisung Dritter.

2 Einschl. Anlagen mit Mischfeuerung.

3 Einschl. Stein- bzw. Braunkohlenbriketts und -koks.

4 Einschl. Dieseldieselkraftstoff.

5 Erneuerbare und sonstige Energie.

22.2 Erzeugung, Bezug, Verwendung und Abgabe von Wärme

	2008		2009		2010	
	MWh	%	MWh	%	MWh	%
Nettowärmeerzeugung	130 607 634	81,0	129 625 833	78,8	142 118 914	79,6
Bezug Inland	33 457 084	20,8	38 102 070	23,2	39 385 711	22,1
davon von:						
Elektrizitätsversorgungsunternehmen	24 355 174	15,1	29 351 869	17,8	30 981 590	17,3
Verarbeitendem Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	2 271 632	1,4	2 804 306	1,7	3 172 291	1,8
sonstigen Lieferanten	6 830 277	4,2	5 945 895	3,6	5 231 830	2,9
Bezug Ausland	-	-	-	-	-	-
Wärmebetriebsverbrauch	2 858 174	1,8	3 288 112	2,0	2 903 446	1,6
Zur Abgabe verfügbar	161 206 543	100,0	164 439 791	100,0	178 601 179	100,0
Abgabe Inland	150 791 372	93,5	154 232 513	93,8	167 577 640	93,8
davon an:						
Elektrizitätsversorgungsunternehmen	29 950 353	18,6	29 743 448	18,1	31 789 607	17,8
Letztverbraucher	120 841 019	75,0	124 489 065	75,7	135 788 033	76,0
davon an:						
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	49 515 615	30,7	51 177 143	31,1	55 629 360	31,1
Verkehr	-	-	-	-	115 172	0,1
Private Haushalte sowie Wohngebäude	45 569 405	28,3	49 011 364	29,8	52 615 582	29,5
Sonstige Letztverbraucher	25 755 999	16,0	24 300 558	14,8	27 427 920	15,4
Abgabe Ausland	67 655	0,0	66 458	0,0	73 840	0,0
Abgabe insgesamt (ohne Netzverluste)	150 859 027	93,6	154 298 971	93,8	167 651 480	93,9
Netzverluste	10 347 517	6,4	10 140 820	6,2	10 949 699	6,1

22.3 Aufkommen, Verwendung und Abgabe von leitungsgebundenem Gas

	2008		2009		2010	
	GWh	%	GWh	%	GWh	%
Inlandsgewinnung	175 805	14,8	171 488	16,0	149 509	12,1
Einfuhr	991 138	83,5	918 198	85,9	984 508	80,0
Speichersaldo ¹⁾	20 714	1,7	- 20 351	- 1,9	96 868	7,9
Aufkommen	1 187 657	100,0	1 069 335	100,0	1 230 885	100,0
Eigen- und Betriebsverbrauch	14 185	1,2	15 965	1,5	18 603	1,5
Zur Abgabe an Letztverbraucher verfügbar	1 173 472	98,8	1 053 370	98,5	1 212 282	98,5
Abgabe an inländische Abnehmer	989 858	83,3	884 619	82,7	955 115	77,6
davon:						
Produzierendes Gewerbe	575 379	48,4	485 685	45,4	520 353	42,3
dar. Elektrizitätsversorgungsunternehmen ..	162 287	13,7	129 245	12,1	141 233	11,5
Haushalte	289 611	24,4	285 865	26,7	313 043	25,4
Sonstige Abnehmer	124 868	10,5	113 069	10,6	121 719	9,9
Ausfuhr	183 614	15,5	168 751	15,8	257 167	20,9

1 Einschl. Messdifferenzen und nicht erfasster Mengen.

22.4 Aufkommen und Verwendung von Klärgas

	2008		2009		2010	
	MWh	%	MWh	%	MWh	%
Gewinnung	5 088 132	100,0	5 184 926	100,0	5 316 254	100,0
Eigenverbrauch	4 612 148	90,6	4 689 167	90,4	4 846 643	91,2
davon:						
Zur Stromerzeugung	3 836 184	75,4	3 962 099	76,4	4 123 965	77,6
Zu reinen Heiz- und/oder Antriebszwecken	775 964	15,3	727 069	14,0	722 678	13,6
Verluste	328 641	6,5	310 633	6,0	282 608	5,3
Zur Abgabe verfügbar	147 342	2,9	185 126	3,6	187 003	3,5
davon an:						
Elektrizitätsversorgungsunternehmen	146 754	2,9	181 973	3,5	177 121	3,3
Sonstige Endabnehmer	588	0,0	3 153	0,1	9 882	0,2
nachrichtlich:						
Eigenstromerzeugung aus Klärgas	1 021 144	100,0	1 057 307	100,0	1 101 029	100,0
Verbrauch an selbsterzeugtem Strom im Betrieb ..	901 652	88,3	967 056	91,5	1 009 139	91,7
Abgabe von selbsterzeugtem Strom insgesamt	119 492	11,7	90 251	8,5	91 890	8,3

22.5 Abgabe von Flüssiggas

	2008		2009		2010	
	MWh	%	MWh	%	MWh	%
Gesamte Abgabe	58 920 773	100,0	57 338 856	100,0	59 064 081	100,0
Abgabe an Wiederverkäufer	34 704 104	58,9	33 281 539	58,0	31 826 426	53,9
davon an:						
Verkaufsgesellschaften	34 605 461	58,7	33 237 910	58,0	31 783 985	53,8
Gasversorgungsunternehmen	98 644	0,2	43 629	0,1	42 441	0,1
Abgabe an Letztverbraucher	24 216 669	41,1	24 057 318	42,0	27 237 655	46,1
davon:						
Produzierendes Gewerbe	12 595 189	21,4	11 128 682	19,4	12 971 725	22,0
Elektrizitätsversorgungsunternehmen	15 217	0,0	25 207	0,0	6 076	0,0
Private Haushalte	6 770 328	11,5	7 034 241	12,3	7 448 885	12,6
Sonstige Endabnehmer	4 835 935	8,2	5 869 186	10,2	6 810 969	11,5

22.6 Energieverwendung der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe 2010

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung (H. v. = Herstellung von)	Insgesamt ²	Davon Energieträger ³					
			Kohle	Heizöl	Erdgas	erneuerbare Energien ⁴	Strom	sonstige ⁵
			TJ	%				
B - C	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	4 158 294	18,0	4,7	26,1	4,0	20,7	26,5
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	186 511	63,7	1,2	9,8	0,4	19,8	5,1
05	Kohlebergbau	153 539	.	0,7	.	.	17,6	5,8
06	Gewinnung von Erdöl und Erdgas	11 198	–	0,1	81,4	–	18,3	0,2
08	Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau	20 923	11,2	5,2	40,4	3,3	36,7	3,2
09	Erbringung von Dienstleistungen im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden	850	–	.	75,8	–	21,5	2,7
C	Verarbeitendes Gewerbe	3 971 784	15,8	4,9	26,8	4,1	20,8	27,5
10	H. v. Nahrungs- und Futtermitteln	200 122	5,2	6,3	52,5	3,7	27,1	5,0
11	Getränkeherstellung	25 340	2,2	9,1	52,7	0,9	30,7	4,4
12	Tabakverarbeitung	2 440	.	7,5	43,0	–	42,4	2,4
13	H. v. Textilien	22 265	.	5,4	45,2	.	35,0	11,6
14	H. v. Bekleidung	1 714	–	.	.	.	38,2	2,8
15	H. v. Leder, Lederwaren und Schuhen	1 273	–	17,0	39,1	.	37,8	3,3
16	H. v. Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (ohne Möbel)	89 321	.	3,1	8,0	65,9	18,2	4,8
17	H. v. Papier, Pappe und Waren daraus	295 542	7,8	1,2	38,1	18,7	26,2	7,9
18	H. v. Druckerzeugnissen, Vervielfältigung von Ton-, Bild- und Datenträgern	18 978	–	2,3	41,0	0,1	52,2	4,4
19	Kokerei und Mineralölverarbeitung	403 305	8,6	16,9	8,6	.	6,0	59,6
20	H. v. chemischen Erzeugnissen	1 191 147	.	3,3	31,6	.	15,2	44,1
21	H. v. pharmazeutischen Erzeugnissen	23 650	–	.	37,5	.	30,1	25,0
22	H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	88 477	.	9,0	25,4	.	56,7	8,1
23	H. v. Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	278 040	21,4	7,1	37,1	2,2	15,8	16,3
24	Metallerzeugung und -verarbeitung	935 442	48,6	0,9	14,5	0,0	15,7	20,3
25	H. v. Metallerzeugnissen	93 952	.	6,8	38,3	.	48,7	4,5
26	H. v. Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	23 210	–	.	17,3	.	64,8	13,2
27	H. v. elektrischen Ausrüstungen	37 271	.	7,5	27,9	4,3	49,8	9,8
28	Maschinenbau	82 659	.	12,5	31,4	.	47,3	8,1
29	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	113 606	.	1,9	31,6	.	52,2	13,5
30	Sonstiger Fahrzeugbau	13 425	.	12,3	41,0	0,4	36,7	9,6
31	H. v. Möbeln	10 971	–	10,8	12,2	33,3	40,8	3,0
32	H. v. sonstigen Waren	10 337	–	7,4	41,0	1,5	46,9	3,2
33	Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	9 296	.	8,3	30,1	0,2	38,1	23,1

Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 tätigen Personen und mehr, einschl. Handwerk.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008), Kurzbezeichnungen.

2 Soweit Energieträger als Brennstoffe zur Stromerzeugung in eigenen Anlagen eingesetzt werden, enthält der Gesamtenergieverbrauch Doppelzählungen, die sowohl den Energiegehalt der eingesetzten Brennstoffe als auch des erzeugten Stromes erfassen.

3 Einschl. nichtenergetischem Verbrauch (ausgenommen Strom und Fernwärme).

4 Beinhaltet feste und flüssige biogene Stoffe, Bio-, Klär- und Deponiegas und sonstige erneuerbare Energien.

5 Fernwärme, sonstige Mineralölzeugnisse, hergestellte Gase, Abfälle und Dampf.

Methodik

Der Wirtschaftssektor Energie umfasst die Bereiche „Elektrizität“, „Gas“ und „Wärme“. Die hier dargestellten Daten stammen, soweit nicht anders angegeben, aus Erhebungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Diese Daten liefern ein Grundgerüst für die Erstellung der nationalen Energiebilanzen und sind Bestandteil der internationalen Berichterstattung, zu der sich die Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Europäischen Union und der Internationalen Energieagentur (IEA) verpflichtet hat.

Daten für die Bereiche „Elektrizität“ und „Erdgas“ auf der Erzeugungs- bzw. Gewinnungsstufe werden monatlich erfasst. Für die Wärmeerzeugung und das Aufkommen von anderen Gasarten, wie Flüssiggas oder Klärgas, liegen hingegen nur Jahresdaten vor. Aufgrund der derzeitigen Rechtsgrundlage (Energiestatistikgesetz) können bei der Elektrizitätserzeugung nur Anlagen der Elektrizitätsversorgungsunternehmen und der Industrie befragt werden, deren Leistung größer 1 Megawatt (MW) ist.

Neben der Erzeugungsseite liegen auch jährliche Angaben zur Energieverwendung im Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden vor.

■ Kraftwerke der Elektrizitätsversorgungsunternehmen und der Industrie

Die in den Tabellen 22.1.1 bis 22.1.3 nachgewiesenen Zahlen über Engpassleistung, Elektrizitätserzeugung und Brennstoffverbrauch beziehen sich auf Kraftwerke der allgemeinen Versorgung und auf Stromerzeugungsanlagen der Industrie. Berichtspflichtig sind Kraftwerke mit einer elektrischen Engpassleistung größer oder gleich 1 MW.

Die Angaben zur Engpassleistung beziehen sich auf die Werte am Jahresende. Der Brennstoffverbrauch für die Erzeugung aus Wasserkraft und Kernenergie wurde nach der Wirkungsgradmethode bewertet.

■ Wärme

Die Tabelle 22.2 enthält Angaben zu Erzeugung, Bezug, Verwendung und Abgabe von Wärme (Wärmebilanz). Berichtspflichtig sind hier Heizwerke mit größer oder gleich 2 MW thermischer Engpassleistung und Heizkraftwerke mit einer elektrischen Engpassleistung größer oder gleich 1 MW.

■ Leitungsgebundenes Gas

Die inländische Erdgas- und Erdölgasgewinnung der Erdgasproduzenten stellt Tabelle 22.3 dar. Sie zeigt auch den Bezug und die Abgabe nach Abnehmergruppen.

■ Klärgas

Die Tabelle 22.4 enthält Daten zum Aufkommen und zur Verwendung von Klärgas. Berichtspflichtig sind hier Kläranlagen, die Klärgas gewinnen.

■ Flüssiggas

Die Abgabe von Flüssiggas (ausschließlich Propan und Butan) zeigt die Tabelle 22.5. Berichtspflichtig sind Unternehmen, die Flüssiggas an Letztverbraucher und Wiederverkäufer abgeben.

■ Energieverwendung der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe

Die Energieverwendung der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe stellt die Tabelle 22.6 dar. Neben dem Energieverbrauch (in Terajoule) insgesamt zeigt sie die Anteile der einzelnen Energieträger.

Glossar

Brennstoffverbrauch | Einsatz von Energieträgern zur Elektrizitäts- und/oder Wärmeerzeugung.

Engpassleistung | Die Engpassleistung einer Erzeugungseinheit ist diejenige Dauerleistung, die unter Normalbedingungen erreichbar ist. Sie ist durch den leistungsschwächsten Anlagenteil (Engpass) begrenzt, wird durch Messungen ermittelt und auf Normalbedingungen umgerechnet.

Elektrizitätserzeugung | Die *Brutto-Elektrizitätserzeugung* einer Erzeugungseinheit ist die erzeugte elektrische Arbeit, gemessen an den Generatorklemmen. Die *Netto-Elektrizitätserzeugung* einer Erzeugungseinheit ist die um ihren Betriebs-Eigenverbrauch verminderte Brutto-Elektrizitätserzeugung.

Flüssiggas | Das sind Propan und Butan gemäß dem Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken.

Klärgas | Es entsteht aus Klärschlamm, der bei der Reinigung von Abwasser in Kläranlagen gewonnen wurde.

Nettowärmeerzeugung | Das ist die gemessene nutzbare Wärme, die in einer Berichtszeit von einer Wärmeerzeugungsanlage (Heizwerks- oder Kraftwerksprozess) an Wärmeverbraucher außerhalb dieser Anlage mit Hilfe eines Trägermediums (z. B. Wasser oder Dampf) abgegeben wurde.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Standardveröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen kostenfrei downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 190 amtlichen Statistiken. Daten zu *Energie* finden Sie unter dem Menüpunkt > Themen, Code 43

Weitere Veröffentlichungen zu dem Thema

■ Energie

Fachserie 4 Produzierendes Gewerbe

Reihe 6 | Energie- und Wasserversorgung

Wirtschaft und Statistik

Heft 5/10

Kraft-Wärme-Kopplung 2003 bis 2008

Heft 8/11

Sich ständig wandelnde Energiemärkte – eine Herausforderung für die amtliche Energiestatistik

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter +49 (0)6 11 / 75 23 07

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.

23 Bauen



Rund **734 000 Personen** in gut **74 000 Betrieben** des Bauhauptgewerbes tätig | 2011 baugewerblicher **Umsatz** von **92 Milliarden Euro** erwirtschaftet | **Ein Drittel** davon im **Wohnungsbau** erzielt | **Wohnfläche pro Kopf** lag 2010 bei knapp **43 m²** | Im Schnitt **4 Räume** je Wohnung | 2011 fast **205 000 Neubauwohnungen genehmigt** | Mehr als **164 000 Neubauwohnungen** mit einer Gesamtwohnfläche von 19 Millionen m² **fertig gestellt**

Seite

561 **Auf einen Blick**

Tabellen

562 **Strukturdaten der Betriebe**

Bauhauptgewerbe | Ausbaugewerbe | Nach Ländern | Umsatz | Nach Beschäftigtengrößenklassen

565 **Indizes**

Auftragseingang | Auftragsbestand | Produktion

565 **Bautätigkeit**

Wohnungsbestand | Baugenehmigungen | Baufertigstellungen

568 **Methodik**

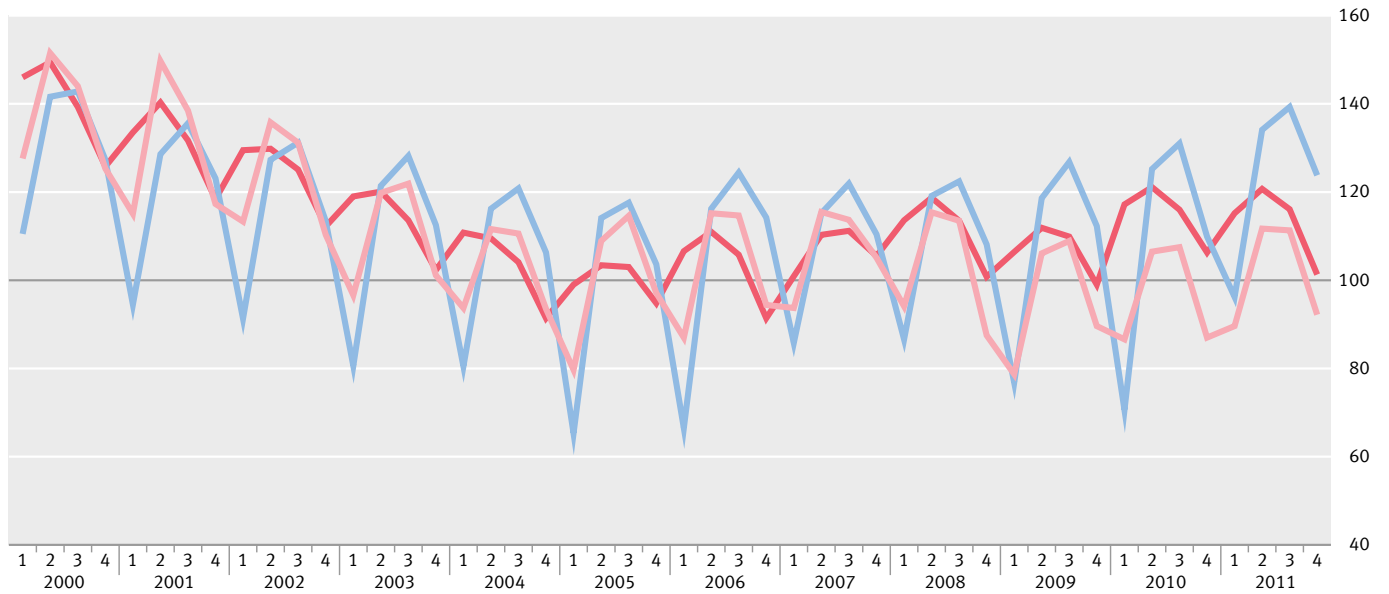
569 **Glossar**

570 **Mehr zum Thema**

23.0 Auf einen Blick

Entwicklung im Bauhauptgewerbe
preisbereinigt, 2005 = 100

— Produktion — Auftragseingang — Auftragsbestand



2012-01-0063

23.1 Strukturdaten der Betriebe

23.1.1 Im Bauhauptgewerbe nach Ländern

	Betriebe	Tätige Personen ¹	Entgelte	Geleistete Arbeitsstunden	Baugewerblicher Umsatz ²
	Anzahl	1 000	Mill. EUR	Mill. Std	Mill. EUR
2008	74 535	705	18 735	844	85 640
2009	73 944	705	18 599	824	82 215
2010	73 292	716	18 815	819	81 933
2011	74 424	734	20 114	912	92 192
davon (2011):					
Baden-Württemberg	6 983	87	2 570	107	11 453
Bayern	13 594	128	3 591	155	17 356
Berlin	2 664	20	500	22	2 671
Brandenburg	4 702	33	752	44	3 868
Bremen	173	3	113	4	555
Hamburg	965	9	319	10	1 754
Hessen	5 681	49	1 382	59	6 041
Mecklenburg-Vorpommern	1 395	16	382	21	1 855
Niedersachsen	6 249	79	2 274	98	10 323
Nordrhein-Westfalen	12 003	124	3 631	158	15 400
Rheinland-Pfalz	3 926	38	1 076	47	4 599
Saarland	716	9	273	11	1 062
Sachsen	6 763	57	1 304	72	6 277
Sachsen-Anhalt	3 047	30	712	40	3 295
Schleswig-Holstein	2 463	22	588	27	2 617
Thüringen	3 100	28	648	36	3 067

Alle Betriebe.

1 Durchschnitt aus zwölf Monatswerten.

2 Ohne Umsatzsteuer.

23.1.2 Im Ausbaugewerbe nach Ländern

	Betriebe ¹	Tätige Personen ¹ ²	Entgelte	Geleistete Arbeitsstunden	Baugewerblicher Umsatz ³
	Anzahl	1 000	Mill. EUR	Mill. Std	Mill. EUR
2008	7 021	272	7 648	346	29 975
2009	7 125	279	7 903	351	30 678
2010	7 303	290	8 270	366	32 844
2011	7 491	300	8 752	382	35 789
davon (2011):					
Baden-Württemberg	1 028	41	1 358	47	5 526
Bayern	1 113	49	1 407	60	6 190
Berlin	282	12	350	15	1 409
Brandenburg	241	8	195	11	861
Bremen	67	2	81	3	296
Hamburg	165	7	234	9	930
Hessen	499	21	650	25	2 882
Mecklenburg-Vorpommern	151	5	126	7	595
Niedersachsen	773	32	901	41	3 486
Nordrhein-Westfalen	1 523	59	1 819	79	6 801
Rheinland-Pfalz	353	13	395	18	1 501
Saarland	92	3	89	4	331
Sachsen	482	19	464	25	2 110
Sachsen-Anhalt	251	10	255	14	1 137
Schleswig-Holstein	207	8	210	10	795
Thüringen	265	9	219	13	939

Betriebe von Unternehmen mit 20 tätigen Personen und mehr.

1 Durchschnitt aus vier Vierteljahreswerten.

2 Einschl. gewerblich Auszubildender.

3 Ohne Umsatzsteuer.

23.1 Strukturdaten der Betriebe

23.1.3 Umsatz im Bauhauptgewerbe

	Gesamtumsatz ¹	Darunter baugewerblicher Umsatz						
		zusammen	Gewerblicher Bau		Wohnungs- bau	Öffentlicher Bau und Straßenbau		
			Hochbau	Tiefbau		Hochbau	Straßenbau	sonstiger Tiefbau
Mill. EUR	Anteil am baugewerblichen Umsatz in %							
2008	86 839	85 640	26,3	13,3	30,3	6,5	13,5	10,1
2009	83 317	82 215	24,2	13,3	30,0	7,5	14,5	10,5
2010	83 062	81 933	22,0	14,0	32,1	8,0	13,4	10,4
2011	93 429	92 192	22,3	14,2	33,6	6,9	13,2	9,8

Alle Betriebe.

1 Ohne Umsatzsteuer.

23.1.4 Umsatz im Ausbaugewerbe

	Gesamtumsatz ¹	Darunter baugewerblicher Umsatz		
		insgesamt	Bauinstallation	sonstiger Ausbau
Mill. EUR				
2008	30 947	29 975	75,7	24,3
2009	32 094	30 678	78,0	22,0
2010	34 356	32 844	78,3	21,7
2011	37 347	35 789	78,3	21,7

Betriebe von Unternehmen mit 20 tätigen Personen und mehr.

1 Ohne Umsatzsteuer.

23.1 Strukturdaten der Betriebe

23.1.5 Betriebe und tätige Personen im Bauhauptgewerbe im Juni 2011

	Insgesamt	Bau von Gebäuden (ohne Fertigteilbauten)	Errichtung von Fertigteilbauten	Bau von Straßen und Bahnverkehrsstrecken	Brücken- und Tunnelbau; Leitungstiefbau und Kläranlagenbau	Sonstiger Tiefbau	Abbrucharbeiten, vorbereitende Baustellenarbeiten, Test- und Suchbohrungen	Dachdeckerei und Zimmerei	Sonstige spezialisierte Bautätigkeiten, a. n. g.
Betriebe insgesamt	74 424	20 484	528	3 269	2 631	1 513	5 244	23 970	16 785
	mit ... bis ... tätigen Personen (in %)								
1 – 19	90,0	86,8	89,0	67,9	62,8	74,5	94,9	95,7	94,2
20 – 49	7,0	9,5	6,6	17,3	23,3	16,9	3,9	3,9	4,1
50 – 99	1,9	2,4	2,1	8,2	9,4	5,6	0,7	0,3	1,2
100 – 199	0,8	0,9	1,3	4,4	3,3	2,0	0,4	0,1	0,4
200 – 499	0,3	0,3	0,8	2,0	1,1	0,8	0,0	0,0	0,1
500 und mehr	0,0	0,0	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	–	0,0
Tätige Personen insgesamt	744 821	242 376	7 694	94 226	71 641	30 953	32 278	155 782	109 871
	in Betrieben mit ... bis ... tätigen Personen (in %)								
1 – 19	46,0	43,3	28,8	16,7	17,2	24,4	58,9	79,1	52,4
20 – 49	20,8	23,7	14,8	18,5	26,8	24,9	19,1	16,4	18,5
50 – 99	12,8	13,6	11,3	19,6	23,8	18,8	7,9	3,1	11,9
100 – 199	10,1	10,4	11,6	20,4	16,1	13,3	7,7	.	.
200 und mehr	10,2	9,0	33,5	24,8	16,1	18,6	6,3	.	.
	Art der tätigen Personen (in %)								
Tätige Inhaber/-innen und Mitinhaber/-innen und unbezahlt mithelfende Familienangehörige	7,3	5,3	4,7	1,7	1,6	2,6	13,9	12,2	12,9
Kaufmännische und technische Arbeitnehmer/-innen, Kaufmännische/technische Auszubildende	19,5	20,3	26,8	20,0	20,6	22,0	18,9	16,3	19,8
Facharbeiter/-innen einschl. Polierer/Polierinnen und Meistern/Meisterinnen	52,6	59,4	48,8	49,6	48,4	48,6	36,6	56,5	43,1
Fachwerker/-innen und Werker/-innen	16,0	10,4	17,1	24,9	25,9	23,1	28,8	6,9	21,4
Gewerblich Auszubildende und Umschüler/-innen	4,6	4,6	2,6	3,7	3,5	3,8	1,8	8,0	2,8

Alle Betriebe.

23.1.6 Betriebe und tätige Personen im Ausbaugewerbe Ende Juni 2011

	Einheit	Insgesamt	Elektroinstallation	Gas-, Wasser-, Heizungs-, Lüftungs- und Klimaanlageninstallation	Dämmung gegen Kälte, Wärme, Schall und Erschütterung	Sonstige Bauinstallation, a. n. g.	Anbringen von Stuckaturen, Gipserei und Verputzerei	Bautischlerei und -schlosserei	Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, Tapeziererei	Malerei und Glaserei	Sonstiger Ausbau, a. n. g.
Betriebe insgesamt ¹	Anzahl	18 675	4 381	6 260	681	502	726	1 534	1 305	3 146	140
dar. mit 20 tätigen Personen und mehr	%	40,3	46,3	41,0	44,3	57,4	35,7	30,6	28,2	37,9	33,6
Tätige Personen insgesamt ¹	Anzahl	458 477	125 375	152 221	19 478	19 236	15 236	29 745	24 199	69 133	3 854
dar. in Betrieben mit 20 tätigen Personen und mehr	%	66,8	74,4	66,6	73,6	85,0	58,2	51,5	48,8	61,0	66,7

1 Betriebe von Unternehmen mit 10 tätigen Personen und mehr.

23.2 Indizes des Auftragseingangs, des Auftragsbestands und der Produktion im Bauhauptgewerbe

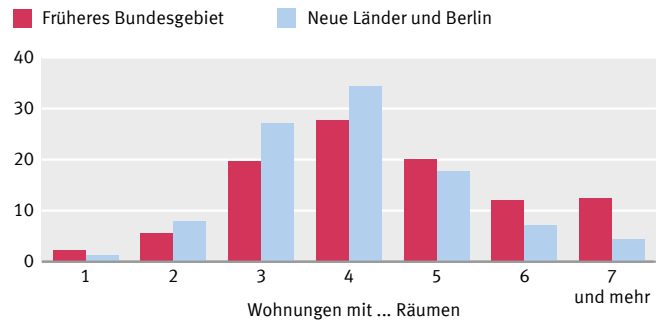
	Gewichtung	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Auftragseingang, 2005 = 100¹							
Bauhauptgewerbe ..	100,0	102,8	107,0	102,6	95,8	96,9	101,2
Hochbau	51,04	104,5	105,7	104,2	90,7	95,7	104,6
Tiefbau	48,96	101,1	108,4	101,0	101,1	98,2	97,6
Auftragsbestand, 2005 = 100¹							
Bauhauptgewerbe ..	100,0	103,7	107,0	111,7	106,8	115,2	113,3
Hochbau	52,94	104,8	107,1	108,8	96,0	103,7	107,2
Tiefbau	47,06	102,4	106,9	114,9	119,0	128,1	120,3
Produktion, 2005 = 100²							
Bauhauptgewerbe ..	100,0	105,3	108,4	109,1	108,6	109,2	123,4
Hochbau	62,40	106,2	109,5	109,2	108,6	110,6	125,4
Tiefbau	37,60	103,9	106,5	108,7	108,6	106,9	120,0

Preisbereinigt.

1 Betriebe von Unternehmen mit 20 tätigen Personen und mehr.

2 Berechnungsmethode 2005 = 100 in „Wirtschaft und Statistik“, 3/2009, S. 223ff.

Struktur des Wohnungsbestandes 2010 in %



Vorläufiges Ergebnis.

2012 - 01 - 0069

23.3 Bautätigkeit

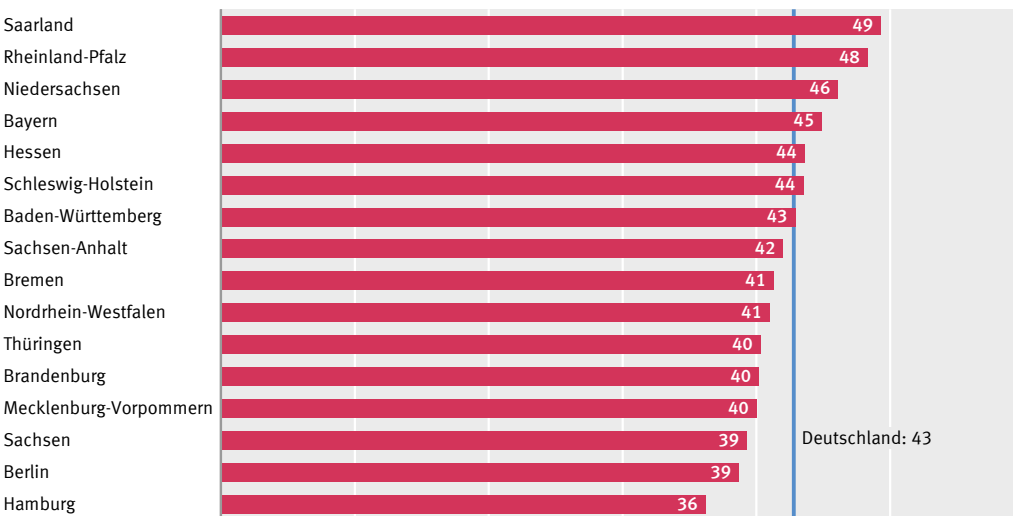
23.3.1 Strukturdaten zum Wohnungsbestand

	Einheit	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010 ¹
Wohnungen								
Insgesamt	Anzahl	38 383 645	39 551 203	39 753 733	39 918 192	40 057 282	40 183 563	40 318 513
Je 1 000 Einwohner/-innen ..	Anzahl	467	480	483	486	488	491	493
Wohnfläche								
Insgesamt	1 000 m ²	3 245 487	3 394 782	3 421 384	3 443 790	3 462 334	3 479 042	3 496 358
Je Wohnung	m ²	84,6	85,8	86,1	86,3	86,4	86,6	86,7
Je Einwohner/-in	m ²	39,5	41,2	41,6	41,9	42,2	42,5	42,8
Räume								
Insgesamt	Anzahl	167 636 286	174 075 880	175 195 906	176 113 985	176 859 737	177 523 489	178 218 383
Je Wohnung	Anzahl	4,4	4,4	4,4	4,4	4,4	4,4	4,4
Je Einwohner/-in	Anzahl	2,0	2,1	2,1	2,1	2,2	2,2	2,2

Fortschreibungsergebnisse auf der Basis der Gebäude- und Wohnungszählung. Nähere Informationen hierzu siehe „Glossar/Methodik“ am Ende dieses Kapitels. – Ohne Wohnheime und Wohnungen in Wohnheimen. – Stand: jeweils Jahresende.

1 Vorläufiges Ergebnis.

Durchschnittliche Wohnfläche je Einwohnerin und Einwohner 2010 in m²



Wohnfläche in Wohn- und Nichtwohngebäuden. – Vorläufiges Ergebnis.

2012 - 01 - 0066

23.3 Bautätigkeit

23.3.2 Baugenehmigungen im Hochbau

	Errichtung neuer Gebäude					
	Gebäude	Rauminhalt	Wohnungen	Nutzfläche	Wohnfläche (in Wohnungen)	veranschlagte Kosten der Bauwerke
	Anzahl	1 000 m ³	Anzahl	1 000 m ²		Mill. EUR
Wohn- und Nichtwohngebäude						
2008	119 092	341 755	151 700	39 259	17 324	47 668
2009	119 026	289 178	157 029	33 380	17 890	46 957
2010	125 661	294 472	167 759	32 761	19 165	46 685
2011	144 797	338 033	204 724	36 061	23 324	55 751
davon (2011):						
Wohngebäude insgesamt	112 698	123 959	200 061	5 701	22 958	32 087
nach Gebäudeart (in %)						
Wohngebäude mit 1 Wohnung	83,4	60,8	47,0	62,5	60,4	60,1
Wohngebäude mit 2 Wohnungen	7,7	8,3	8,7	8,6	8,4	8,2
Wohngebäude mit 3 Wohnungen und mehr	8,8	30,1	42,6	28,1	30,8	30,5
Wohnheime	0,1	0,9	1,7	0,9	0,5	1,1
nachr.: Wohngebäude mit Eigentumswohnungen	5,7	18,5	24,7	17,9	19,2	18,8
nach Bauherren (in %)						
Öffentliche Bauherren ¹	0,5	1,4	2,0	1,3	1,2	1,6
Wohnungsunternehmen	17,1	26,9	35,1	23,2	28,0	27,2
Immobilienfonds	0,2	0,4	0,5	0,4	0,4	0,3
Sonstige Unternehmen	3,7	4,4	5,2	4,3	4,3	4,2
Private Haushalte	78,5	66,9	57,2	70,8	66,1	66,7
Nichtwohngebäude insgesamt	32 099	214 073	4 663	30 360	366	23 665
nach Gebäudeart (in %)						
Anstaltsgebäude	1,5	2,4	24,6	3,4	11,9	6,8
Büro- und Verwaltungsgebäude	6,2	6,3	16,3	8,0	18,9	15,6
Landwirtschaftliche Betriebsgebäude	27,2	18,6	3,6	19,9	4,6	7,5
Fabrik- und Werkstattgebäude	13,9	21,4	6,6	18,3	10,5	18,4
Handels- einschl. Lagergebäude	28,2	38,9	37,6	33,5	41,1	25,5
Hotels und Gaststätten	1,5	1,3	1,3	1,9	1,6	3,5
Sonstige Nichtwohngebäude	21,4	11,2	10,0	14,9	11,3	22,8
nachr.: Ausgewählte Infrastrukturgebäude ²	13,0	10,9	32,0	13,0	20,3	26,1
nach Bauherren (in %)						
Öffentliche Bauherren ¹	10,1	7,9	10,7	9,6	7,7	21,5
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	28,3	18,8	3,4	20,2	4,4	7,7
Produzierendes Gewerbe	17,5	28,6	4,7	24,6	7,0	21,9
Dienstleistungen ³	26,0	39,5	65,4	39,5	59,4	43,7
Private Haushalte	18,2	5,1	15,8	6,1	21,5	5,1

1 Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen; Organisationen ohne Erwerbszweck.

2 Gebäude für öffentliche Sicherheit und Ordnung und im kulturellen Bereich, Gebäude für Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie des Gesundheitswesens.

3 Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe, sonstige Dienstleistungen sowie Verkehr und Nachrichtenübermittlung.

23.3 Bautätigkeit

23.3.3 Baufertigstellungen im Hochbau

	Errichtung neuer Gebäude					
	Gebäude	Rauminhalt	Wohnungen	Nutzfläche	Wohnfläche (in Wohnungen)	veranschlagte Kosten der Bauwerke
	Anzahl	1 000 m ³	Anzahl	1 000 m ²		Mill. EUR
	Wohn- und Nichtwohngebäude					
2008	122 939	303 590	155 820	33 773	17 939	42 382
2009	109 053	282 519	140 166	32 018	16 087	41 134
2010	111 330	260 194	142 891	29 636	16 415	40 267
2011	125 022	276 057	164 178	30 728	18 898	45 095
davon (2011):						
Wohngebäude insgesamt	96 549	100 959	161 186	4 728	18 636	25 056
	nach Gebäudeart (in %)					
Wohngebäude mit 1 Wohnung	84,0	63,6	50,3	64,4	63,3	63,5
Wohngebäude mit 2 Wohnungen	8,2	9,3	9,9	9,5	9,3	9,3
Wohngebäude mit 3 Wohnungen und mehr	7,6	26,1	38,0	24,8	26,9	26,0
Wohnheime	0,2	1,0	1,8	1,3	0,5	1,2
nachr.: Wohngebäude mit Eigentumswohnungen	4,6	15,3	20,3	15,2	15,9	15,1
	nach Bauherren (in %)					
Öffentliche Bauherren ¹	0,5	1,4	2,1	1,5	1,1	1,6
Wohnungsunternehmen	18,2	26,3	33,9	22,4	27,4	25,8
Immobilienfonds	0,1	0,2	0,4	0,2	0,3	0,2
Sonstige Unternehmen	3,4	4,2	4,8	4,4	4,0	3,9
Private Haushalte	77,8	68,0	58,8	71,6	67,2	68,5
Nichtwohngebäude insgesamt	28 473	175 098	2 992	26 000	262	20 040
	nach Gebäudeart (in %)					
Anstaltsgebäude	1,7	4,0	22,6	5,2	13,4	10,7
Büro- und Verwaltungsgebäude	5,8	6,7	16,8	8,3	17,7	15,6
Landwirtschaftliche Betriebsgebäude	28,6	19,8	4,2	20,7	5,5	7,6
Fabrik- und Werkstattgebäude	13,0	18,9	7,9	16,2	11,4	15,2
Handels- einschl. Lagergebäude	26,5	36,6	32,4	31,8	34,4	23,6
Hotels und Gaststätten	1,8	1,2	3,5	1,5	3,5	2,8
Sonstige Nichtwohngebäude	22,7	12,9	12,5	16,4	13,9	24,6
nachr.: Ausgewählte Infrastrukturgebäude ²	15,0	14,7	32,6	17,1	24,7	32,7
	nach Bauherren (in %)					
Öffentliche Bauherren ¹	12,5	10,6	8,4	12,2	6,9	25,8
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	29,7	20,2	4,4	21,2	5,7	7,9
Produzierendes Gewerbe	16,2	26,3	5,9	22,4	8,5	18,8
Dienstleistungen ³	24,7	37,8	59,5	38,2	54,4	42,4
Private Haushalte	16,9	5,1	21,8	5,9	24,5	5,1

1 Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen; Organisationen ohne Erwerbszweck.

2 Gebäude für öffentliche Sicherheit und Ordnung und im kulturellen Bereich, Gebäude für Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie des Gesundheitswesens.

3 Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe, sonstige Dienstleistungen sowie Verkehr und Nachrichtenübermittlung.

Methodik

Die Baustatistiken (Bauberichterstattung und Bautätigkeitsstatistik) stellen das Baugeschehen von der Planung der Bauvorhaben über den Einsatz der Produktionsfaktoren bis zum fertigen Bauwerk aus verschiedenen Blickwinkeln dar.

■ Bauberichterstattung

Die Bauberichterstattung, die in das System der Statistik im Produzierenden Gewerbe integriert ist (siehe hierzu Kapitel 20), liefert wichtige Konjunkturindikatoren über die Bauwirtschaft (Auftragseingang, Umsatz, Beschäftigte, geleistete Arbeitsstunden). Diese Indikatoren werden bei den Betrieben von Unternehmen des Baugewerbes erhoben.

Rechtsgrundlage für die entsprechenden Statistiken ist das Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe (ProdGewStatG) in der jeweils gültigen Fassung.

■ Bautätigkeit

Die Angaben der **Bautätigkeitsstatistik** (Baugenehmigungen, Baufertigstellungen, Bauabgänge und Bauüberhang) werden auf Gebäude bezogen und beim Bauherrn bzw. bei der Bauaufsichtsbehörde erfasst. Sie ergänzen die Konjunkturindikatoren durch Informationen über die Struktur des Baugeschehens. Die Bautätigkeitsstatistik erstreckt sich auf alle genehmigungspflichtigen bzw. ihnen gleichgestellten Baumaßnahmen im Hochbau, bei denen Wohnraum oder sonstiger Nutzraum geschaffen oder verändert wird. Erfasst werden Baugenehmigungen und Baufertigstellungen nach ausgewählten Merkmalen, wie Nutz- und Wohnflächen sowie Kosten. Die Erhebung des Bauüberhangs stellt die am Jahresende genehmigten, aber noch nicht fertig gestellten Bauvorhaben fest.

Die **Wohnungsbestandsdaten** beschreiben den Gesamtbestand an Wohngebäuden und Wohnungen. Die Fortschreibung des Wohnungsbestandes wird gegenwärtig noch auf Grundlage der Daten durchgeführt, die in der Volkszählung vom 25.5.1987 (früheres Bundesgebiet) bzw. vom 30.9.1995 (neue Länder und Berlin-Ost) erhoben wurden. Sobald die Ergebnisse des Zensus 2011 vorliegen, werden die aktuellen Daten der Gebäude- und Wohnungszählung 2011 für die Fortschreibung verwendet.

Rechtsgrundlage für die Durchführung dieser Statistiken ist das Hochbaustatistikgesetz (HBauStatG) vom 5.5.1998 (BGBl. I S. 869) in der jeweils gültigen Fassung.

Baufertigstellungen | Zeitpunkt der Bezugsfertigstellung, zu dem die Arbeiten am Bauvorhaben weitgehend abgeschlossen sind und zu dem das Gebäude bzw. die Wohnung bezogen oder – bei leer stehenden Gebäuden – bezugsfertig wird.

Baugenehmigungen | Erteilung von bauamtlichen Genehmigungen zur Bauausführung – gleichgültig ob vorläufig, endgültig oder mit Einschränkungen.

Baujahr | Jahr der Bezugsfertigstellung des Gebäudes.

Bauüberhang | Die Statistik des Bauüberhangs stellt das Bindeglied zwischen den Baugenehmigungs- und Baufertigstellungsmeldungen dar. Sie erfasst am Jahresende genehmigte, aber noch nicht begonnene bzw. bereits im Bau befindliche Gebäude.

Betrieb | Als Einheit gilt der Baubetrieb und nicht die Baustelle oder das Bauunternehmen. Filialbetriebe eines Bauunternehmens werden wie selbstständige Betriebe behandelt.

Eigentumswohnungen | Wohnungen, an denen durch Eintragung im Wohnungsgrundbuch Sondereigentum nach dem Wohnungseigentumsgesetz vom 15.3.1951 (BGBl. I S. 175) begründet worden ist bzw. durch Vormerkung begründet werden soll, zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes zur Reform des Kontopfändungsschutzes vom 7.7.2009 (BGBl. I S. 1707).

Entgelte | Summe der Bruttobezüge der tätigen Personen einschließlich aller Zuschläge und Zulagen, jedoch ohne Pflichtanteile der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber zur Sozialversicherung, ohne allgemeine soziale Aufwendungen sowie ohne Vergütungen, die als Spesenersatz anzusehen sind.

Gebäude | Selbstständig benutzbare, überdachte Bauwerke, die auf Dauer errichtet sind. Bei Doppel-, Gruppen- oder Reihenhäusern gilt jeder Teil als selbstständiges Gebäude, der von dem anderen durch eine vom Dach bis zum Keller reichende Brandmauer getrennt ist. Nicht zu den Gebäuden zählen Unterkünfte.

Geleistete Arbeitsstunden | Alle von Inhaberinnen und Inhabern, Angestellten, Arbeiterinnen und Arbeitern sowie Auszubildenden auf Baustellen im Bundesgebiet tatsächlich geleisteten Stunden (nicht die bezahlten).

Gewerblicher Bau | Überwiegend gewerblichen Zwecken dienende Bauten, auch der Bau von Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerken, Pipelines, Kinos, Hotels, Büroeinbauten, Lager- und Kühlhäusern, Markthallen, Ställen, Scheunen usw.

Hochbauten | Gebäude, deren Hauptteile über dem Erdboden liegen (z. B. Wohn- oder Geschäftshäuser, Industriegebäude). Zu den Hochbauten zählen auch Bauwerke, die zwar unter dem Erdboden liegen, jedoch dem Menschen zugänglich und zur Unterbringung von Menschen, Tieren oder Gütern bestimmt sind (z. B. Zivilschutzanlagen, Tiefgaragen).

Index des Auftragsbestands | Im Bauhauptgewerbe berechnet sich dieser auf der Basis 2005 = 100 vierteljährlich preisbereinigt (Volumenindex). Die Gewichtung der einzelnen Teilbereiche erfolgt mit Auftragsbestandsanteilen des Basiszeitraums.

Index des Auftragsingangs | Im Bauhauptgewerbe berechnet sich dieser Index auf der Basis 2005 = 100 monatlich preisbereinigt (Volumenindex). Als Auftragsingänge gelten die im Berichtsmonat eingegangenen und vom Betrieb fest akzeptierten Bauaufträge entsprechend der Verdingungsordnung für Bauleistungen (VOB). Die Gewichtung der einzelnen Teilbereiche erfolgt mit Auftragsingangsanteilen des Basiszeitraums.

Nichtwohngebäude | Gebäude, die überwiegend für Nichtwohnzwecke bestimmt sind (gemessen an der Gesamtnutzfläche). Zu den Nichtwohngebäuden zählen z. B. Anstaltsgebäude, Büro- und Verwaltungsgebäude, landwirtschaftliche Betriebsgebäude und nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude, wie Fabrikgebäude, Hotels und dergleichen.

Öffentlicher Bau und Straßenbau | Bauten, die überwiegend für die Ausübung staatlicher und kommunaler Funktionen benötigt werden (z. B. Gerichte, Finanzämter, Kasernen, Kanalisation, Sportanlagen, Schulen) sowie Straßenbauten (z. B. Straßen, Autobahnen und Wege für Kraftfahrzeuge, Fußgänger und Radfahrer sowie Park- und Abstellplätze), unabhängig vom Auftraggeber.

Räume | Wohn- und Schlafräume (einschließlich zweckentfremdeter Räume) mit 6 m² und mehr sowie alle abgeschlossenen Küchen (ohne Rücksicht auf die Größe).

Tätige Personen | Die tätigen Personen umfassen die Gesamtzahl der Beschäftigten einschließlich mitarbeitender Inhaberinnen und Inhaber bzw. Teilhaberinnen und Teilhaber und unbezahlt mithelfender Familienangehöriger sowie alle Personen, die ein arbeitsrechtliches Verhältnis zum Unternehmen bzw. Betrieb haben.

Umsatz | Der Gesamtbetrag setzt sich zusammen aus dem Umsatz aus Bauleistungen (baugewerblicher Umsatz), den Umsätzen aus sonstigen eigenen Erzeugnissen und Leistungen sowie aus Nebengeschäften. Erlöse aus dem Verkauf von Sachanlagen sind nicht einbezogen. Es handelt sich hierbei um den steuerlichen Umsatz. Das sind die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren Beträge im Bundesgebiet. Die Umsätze werden in der Regel nach den vereinbarten Entgelten besteuert und ohne Umsatzsteuer erfasst. Seit dem 1.1.1980 werden auch Anzahlungen für Teilleistungen oder Vorauszahlungen vor Ausführung der entsprechenden Lieferungen oder Leistungen versteuert und damit in die Meldungen einbezogen.

Unternehmen | Die amtliche Statistik definiert ein Unternehmen als kleinste rechtlich selbstständige Einheit, die aus handels- bzw. steuerrechtlichen Gründen Bücher führt. Ferner muss das Unternehmen eine jährliche Feststellung des Vermögensbestandes bzw. des Erfolgs der wirtschaftlichen Tätigkeit vornehmen. Die Anteile der Unternehmen an Arbeitsgemeinschaften werden im Baugewerbe in die Unternehmensdaten einbezogen.

Veranschlagte Kosten des Bauwerkes | Kosten der Baukonstruktion (einschließlich Erdarbeiten), die Kosten aller fest verbundenen Einbauten und die Kosten für besondere Bauausführungen. Die veranschlagten Kosten werden zum Zeitpunkt der Baugenehmigung ermittelt. Sie schließen die Umsatzsteuer ein.

Wohnungsbau | Bauten, die überwiegend Wohnzwecken dienen, sowie der Umbau oder die Erweiterung bisher anderweitig genutzter Gebäude und Räume zu Wohnungen, Instandhaltungs-, Instandsetzungs- und Reparaturarbeiten an Wohnhäusern oder Wohnungen.

Wohnfläche | Fläche aller Wohn- und Schlafräume sowie aller Küchen und Nebenräume. Unberücksichtigt bleiben dabei die nicht zum Wohnen bestimmten Boden-, Keller- und Wirtschaftsräume.

Wohngebäude | Gebäude, die mindestens zur Hälfte Wohnzwecken dienen (gemessen an der Gesamtnutzfläche).

Wohnheime | Wohngebäude (mit einer Heimleitung), die primär den Wohnbedürfnissen bestimmter Bevölkerungskreise dienen (z. B. Studentenwohnheim, Seniorenwohnheim). Wohnheime besitzen Gemeinschaftseinrichtungen (z. B. Gemeinschaftsräume). Die in Wohnheimen lebenden Personen führen einen eigenen Haushalt.

Wohnung | Gesamtheit der Räume, die die Führung eines Haushalts ermöglichen, darunter immer eine Küche oder ein Raum mit Kochnische oder Kochschrank.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Standardveröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen kostenfrei downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 190 amtlichen Statistiken. Daten zu *Bauen* finden Sie unter dem Menüpunkt › Themen, Code 44 sowie 31 und 32

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Strukturdaten der Betriebe

Fachserie 4 Produzierendes Gewerbe

Reihe 5 | Baugewerbe

■ Bautätigkeit

Fachserie 5 Bautätigkeit und Wohnungen

Reihe 1 | Bautätigkeit

Reihe 3 | Bestand an Wohnungen

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter +49 (0)6 11 / 75 29 67 (Strukturdaten der Betriebe), +49 (0)6 11 / 75 28 84 (Bautätigkeit).

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.



24 Binnenhandel

6 Millionen Personen in **566 000 Unternehmen** tätig | Über die **Hälfte** der **tätigen Personen** im **Einzelhandel**, knapp **ein Drittel** im **Großhandel** | **2010 Umsatz** von **1,7 Billionen Euro** erwirtschaftet | Davon setzte **Großhandel** mit über 1 Billion Euro deutlich **mehr als Hälfte** um | **Einzelhandel** tätigte mit 474 Milliarden Euro **weniger als ein Drittel** | **Kfz-Handel** erzielte Umsatz von **182 Milliarden Euro** | **Weihnachtsgeschäft** bringt im **Spielwarenhandel ein Drittel** des Jahresumsatzes ein

Seite

573 **Auf einen Blick**

Tabellen

574 **Strukturdaten der Unternehmen im Handel**

Unternehmen | Tätige Personen | Umsatz | Bruttowertschöpfung | Bruttoinvestitionen

575 **Betriebswirtschaftliche Kennzahlen der Unternehmen im Handel**

Umsatz | Produktionswert | Waren- und Dienstleistungskäufe | Bruttowertschöpfung |
Personalaufwendungen | Bruttobetriebsüberschuss

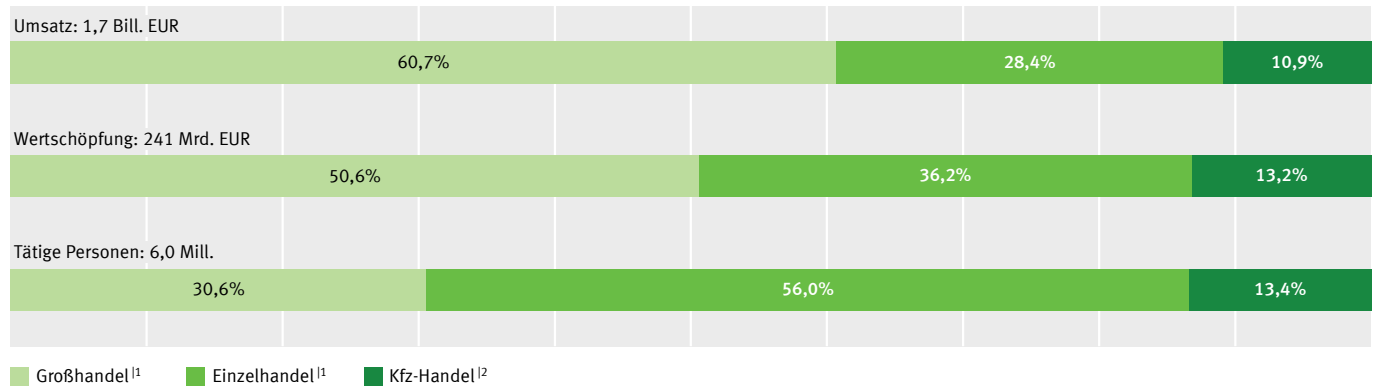
577 **Aufwendungen im Handel**

578 **Methodik**

579 **Glossar**

580 **Mehr zum Thema**

Umsatz, Bruttowertschöpfung und tätige Personen im Handel 2010

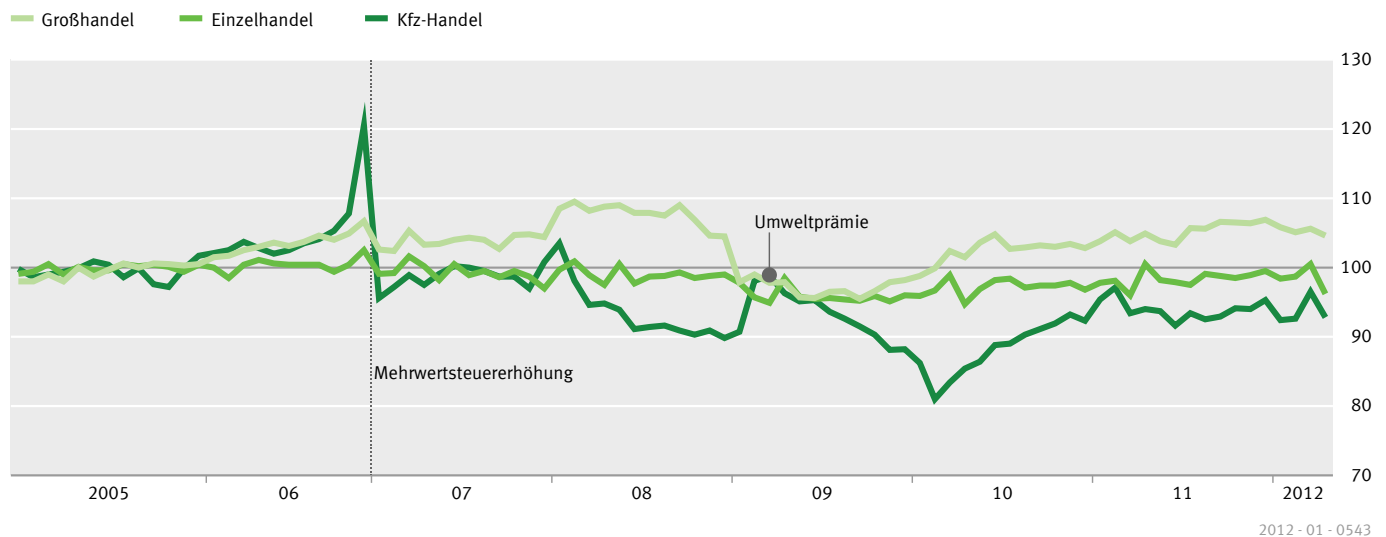


1 Ohne Handel mit Kraftfahrzeugen.

2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen.

2012 - 01 - 0542

Reale konjunkturelle Entwicklung im Handel
 Kalender- und saisonbereinigte Werte, 2005 = 100

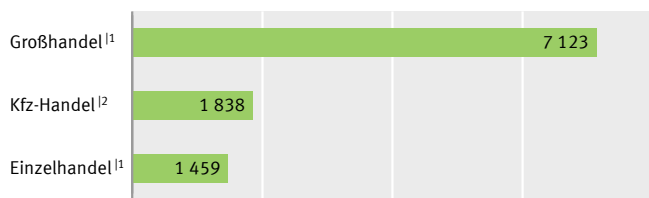


24.1 Strukturdaten der Unternehmen im Handel 2010

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Unternehmen	Örtliche Einheiten	Tätige Personen	Umsatz	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Bruttoinvestitionen
		Anzahl			Mill. EUR		
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	566 483	751 860	5 954 617	1 670 588	240 562	16 752
45	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	99 025	112 754	800 765	182 055	31 638	3 063
45.1	Handel mit Kraftwagen	35 455	41 461	381 012	120 318	16 571	1 969
45.2	Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen	44 561	47 945	275 254	26 424	9 002	733
45.3	Handel mit Kraftwagenteilen und -zubehör	14 077	18 189	127 178	32 236	5 581	323
45.4	Handel mit Krafträdern, Kraftradteilen und -zubehör; Instandhaltung und Reparatur von Krafträdern	4 932	5 159	17 321	3 077	484	37
46	Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	142 372	175 217	1 820 505	1 014 123	121 916	7 444
46.1	Handelsvermittlung	37 726	38 918	87 737	7 886	5 031	167
46.2	Großhandel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren	6 172	8 167	61 476	45 655	3 301	454
46.3	Großhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	13 349	17 271	258 089	160 076	14 513	1 104
46.4	Großhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern	28 781	35 668	500 754	217 811	34 409	1 707
46.5	Großhandel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik	4 918	6 445	119 293	81 768	12 278	404
46.6	Großhandel mit sonstigen Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör	20 275	25 218	250 407	89 058	16 449	1 111
46.7	Sonstiger Großhandel	27 241	36 367	455 495	355 154	31 873	2 170
46.9	Großhandel ohne ausgeprägten Schwerpunkt	3 910	7 162	87 254	56 716	4 062	327
47	Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	325 085	463 889	3 333 347	474 410	87 008	6 245
47.1	Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (in Verkaufsräumen)	35 337	72 379	1 115 887	196 886	27 917	2 292
47.2	Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren (in Verkaufsräumen)	40 460	54 594	244 355	19 080	4 095	369
47.3	Einzelhandel mit Motorenkraftstoffen (Tankstellen)	7 394	9 545	90 015	15 269	1 728	126
47.4	Einzelhandel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik (in Verkaufsräumen)	18 552	22 638	110 252	20 432	3 539	243
47.5	Einzelhandel mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf (in Verkaufsräumen)	48 074	58 201	391 574	54 115	12 410	773
47.6	Einzelhandel mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren (in Verkaufsräumen)	27 241	33 725	151 314	15 306	3 429	217
47.7	Einzelhandel mit sonstigen Gütern (in Verkaufsräumen)	119 537	181 754	1 078 880	118 926	27 564	1 813
47.8	Einzelhandel an Verkaufsständen und auf Märkten	6 093	6 801	20 574	1 070	264	24
47.9	Einzelhandel nicht in Verkaufsräumen, an Verkaufsständen oder auf Märkten	22 398	24 251	130 496	33 327	6 062	389

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

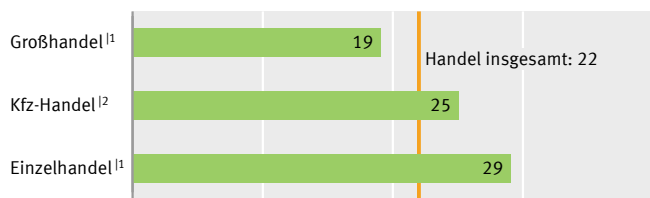
Umsatz je Unternehmen 2010
in 1 000 EUR



1 Ohne Handel mit Kraftfahrzeugen.
2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen.

2012 - 01 - 0544

Rohertragsquote 2010
Anteil des Rohertrags am Umsatz, in %



1 Ohne Handel mit Kraftfahrzeugen.
2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen.

2012 - 01 - 0545

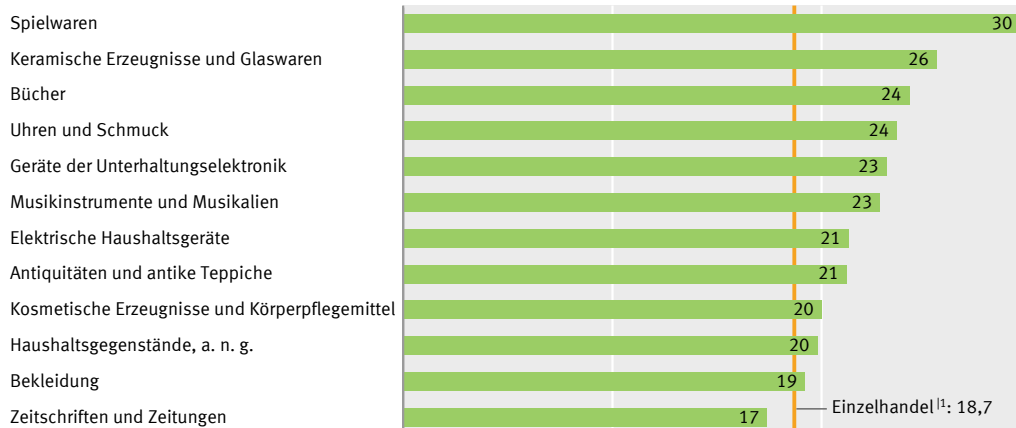
24.2 Betriebswirtschaftliche Kennzahlen der Unternehmen im Handel 2010

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Umsatz	Rohertragsquote	Produktionswert	Waren- und Dienstleistungskäufe	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Personalaufwendungen	Bruttobetriebsüberschuss
		Mill. EUR	Verhältnis zum Umsatz in %					
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	1 670 588	22,4	25,8	87,5	14,4	9,1	5,1
45	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	182 055	25,2	29,0	84,4	17,4	11,4	5,9
45.1	Handel mit Kraftwagen	120 318	20,3	23,3	88,3	13,8	9,4	4,4
45.2	Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen	26 424	45,8	53,9	66,6	34,1	20,6	13,1
45.3	Handel mit Kraftwagenteilen und -zubehör	32 236	26,9	29,6	84,6	17,3	11,4	5,6
45.4	Handel mit Kraftködern, Krafttradteilen und -zubehör; Instandhaltung und Reparatur von Kraftködern	3 077	24,8	27,1	84,0	15,7	9,1	6,5
46	Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	1 014 123	18,6	21,6	89,9	12,0	7,0	4,8
46.1	Handelsvermittlung	7 886	83,0	89,1	38,7	63,8	23,0	40,1
46.2	Großhandel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren	45 655	11,4	13,8	94,3	7,2	3,7	3,4
46.3	Großhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	160 076	15,4	18,5	92,5	9,1	5,1	3,7
46.4	Großhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern	217 811	25,8	30,3	87,7	15,8	9,8	5,7
46.5	Großhandel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik	81 768	20,0	23,0	87,5	15,0	8,1	6,7
46.6	Großhandel mit sonstigen Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör	89 058	27,1	30,3	82,6	18,5	12,0	6,3
46.7	Sonstiger Großhandel	355 154	13,5	15,5	92,3	9,0	5,0	3,8
46.9	Großhandel ohne ausgeprägten Schwerpunkt	56 716	13,8	16,3	94,6	7,2	5,5	1,5
47	Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	474 410	29,2	33,5	83,6	18,3	12,5	5,6
47.1	Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (in Verkaufsräumen)	196 886	21,5	26,4	88,8	14,2	10,8	3,1
47.2	Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren (in Verkaufsräumen)	19 080	33,0	37,1	79,5	21,5	13,6	7,6
47.3	Einzelhandel mit Motorenkraftstoffen (Tankstellen)	15 269	19,1	24,0	89,2	11,3	6,8	4,4
47.4	Einzelhandel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik (in Verkaufsräumen)	20 432	27,6	31,1	84,3	17,3	11,6	5,6
47.5	Einzelhandel mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf (in Verkaufsräumen)	54 115	38,0	42,0	78,8	22,9	15,4	7,2
47.6	Einzelhandel mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren (in Verkaufsräumen)	15 306	36,2	39,1	78,5	22,4	14,5	7,8
47.7	Einzelhandel mit sonstigen Gütern (in Verkaufsräumen)	118 926	36,8	40,1	77,2	23,2	15,4	7,7
47.8	Einzelhandel an Verkaufsständen und auf Märkten	1 070	40,4	43,7	75,0	24,7	10,7	13,9
47.9	Einzelhandel nicht in Verkaufsräumen, an Verkaufsständen oder auf Märkten	33 327	33,3	38,9	86,4	18,2	8,9	8,9

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

Weihnachtsgeschäft in ausgewählten Branchen 2011

Anteil am Gesamtumsatz, in %

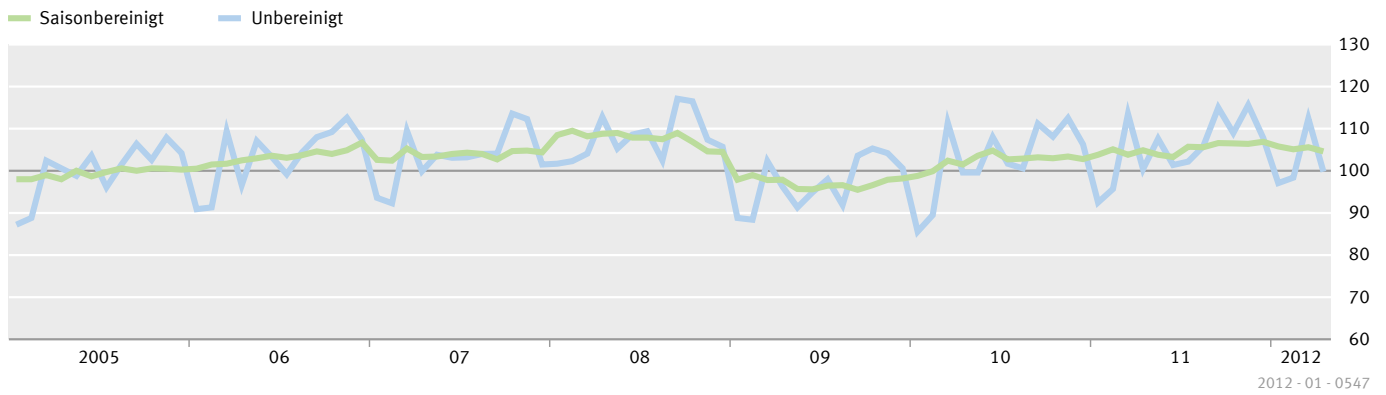


1 Ohne Handel mit Kraftfahrzeugen.

2012 - 01 - 0546

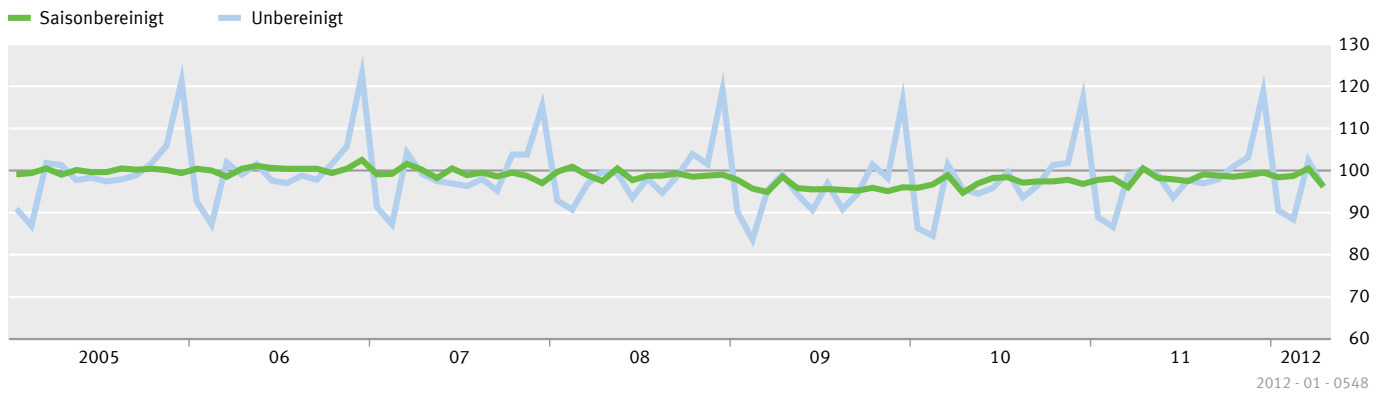
Reale konjunkturelle Entwicklung im Großhandel

2005 = 100



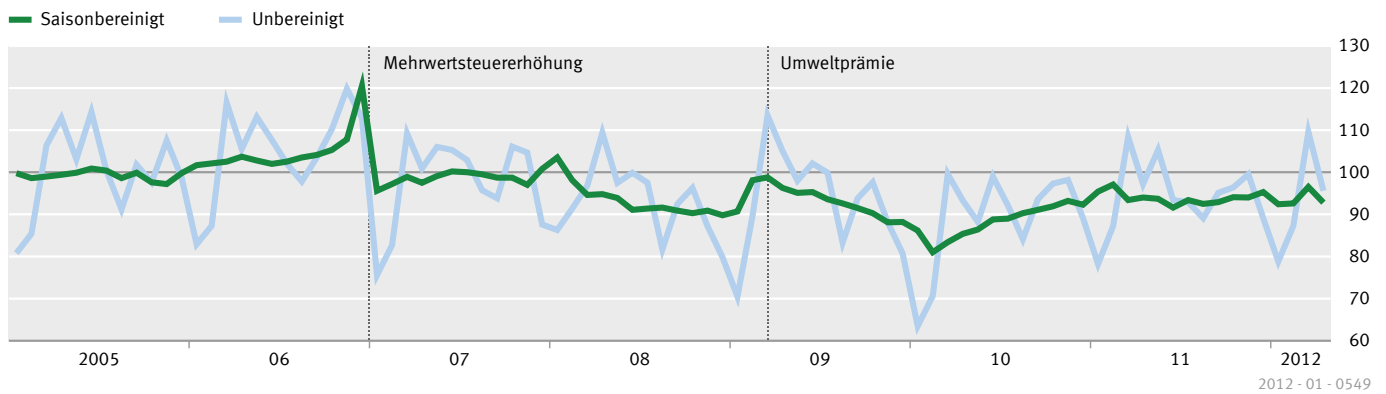
Reale konjunkturelle Entwicklung im Einzelhandel

2005 = 100



Reale konjunkturelle Entwicklung im Kfz-Handel

2005 = 100



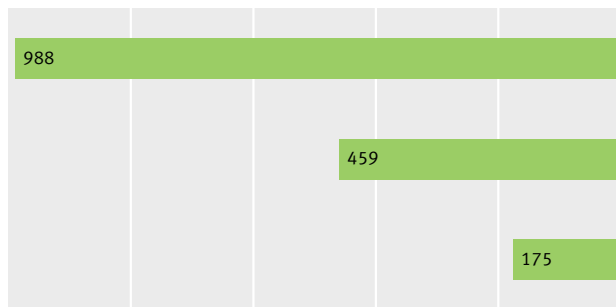
24.3 Aufwendungen im Handel 2010

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Aufwendungen				
		insgesamt	davon			
			Bezüge von Handelswaren	Entgelte und Sozialabgaben	Leistungen	sonstige
Mrd. EUR						
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	1 622,8	1 278,4	151,4	122,9	70,2
45	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	175,4	133,4	20,7	12,5	8,8
46	Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	987,9	817,5	71,4	71,8	27,2
47	Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	459,3	327,4	59,3	38,5	34,1

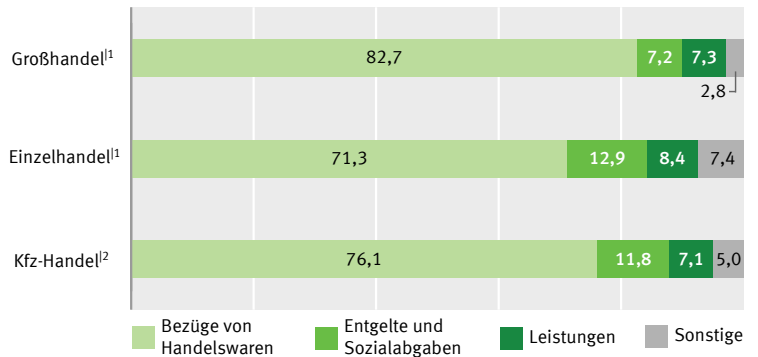
1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

Aufwendungen 2010

in Mrd. EUR



in %



1 Ohne Handel mit Kraftfahrzeugen.

2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen.

Methodik

■ Binnenhandel

Die **Handelsstatistik** umfasst monatliche und jährliche Stichprobenerhebungen. Die EU-einheitliche Wirtschaftszweigklassifikation (NACE) bestimmt den Erhebungsbereich der Handelsstatistik: Der Abschnitt G dieser Klassifikation umfasst alle Unternehmen, die ausschließlich oder überwiegend Handel betreiben. Zum Abschnitt G gehören die Abteilungen 45 „Kfz-Handel“, 46 „Großhandel (und Handelsvermittlung)“ und 47 „Einzelhandel“. Die jährliche Stichprobe wählt aus dem Handel höchstens 55 000 Unternehmen mit Sitz in Deutschland aus. In den monatlichen Stichprobenerhebungen sind davon nur 40 000 Unternehmen mit einem jährlichen Mindestumsatz einbezogen (Großhandel: 1 Mill. Euro, Handelsvermittlung: 50 000 Euro, Einzelhandel und Kfz-Handel: 250 000 Euro).

Rechtsgrundlage der monatlichen und jährlichen Handelsstatistik ist das Gesetz über die Neuordnung der Statistik im Handel und Gastgewerbe (Handelsstatistikgesetz – HdlStatG) in der jeweils aktuellen Fassung.

■ Konjunktur- und Strukturdaten sowie betriebswirtschaftliche Kennzahlen der Unternehmen

Zum Erhebungsprogramm der **Monatserhebung im Handel** gehören der Monatsumsatz sowie die Anzahl der tätigen Personen, unterteilt nach Vollzeit- und Teilzeittbeschäftigten. Ziel der monatlichen Berichterstattung im Handel ist die Darstellung der konjunkturellen Entwicklung. Die Handelsstatistik liefert zudem Informationen über die Verwendung von Teilen des privaten Konsums. Die Monatserhebung im Handel wird in Abgrenzung zur jährlichen Strukturhebung auch als Konjunkturerhebung bezeichnet.

Die **Jahreserhebung im Handel** stellt eine wichtige Ergänzung der Ergebnisse der monatlichen Handelsstatistik dar. Erst die Ergebnisse der Jahreserhebung können die wirtschaftspolitisch bedeutsamen Informationen über die Struktur der Unternehmen auch zur Beurteilung der Rentabilität und der Produktivität im Handel vermitteln. Zum Erhebungsprogramm der Jahreserhebung gehören die Erfassung des Jahresumsatzes, der Investitionen, des Wareneingangs und der Lagerbestände am Anfang und am Ende des Jahres. Erfasst werden weiterhin die Anzahl der tätigen Personen, die Personalaufwendungen sowie die Sozialabgaben. Schließlich erfolgt eine Aufgliederung des Gesamtumsatzes nach Arten der ausgeübten wirtschaftlichen Tätigkeiten. Neben dem jährlichen Erhebungsprogramm gibt es in mehrjährlichem Abstand wiederkehrende zusätzliche Merkmale (z. B. „Verkaufsfläche“ im Einzelhandel).

Die Daten werden in einer schriftlichen **Befragung** von Unternehmen erhoben. Es besteht zudem die Möglichkeit, die Daten telefonisch oder online zu melden. Für die Erhebung besteht Auskunftspflicht. Auskunftspflichtig sind die Inhaberinnen und Inhaber oder Leiterinnen und Leiter der Unternehmen. Die Befragung wird für die Bereiche Kraftfahrzeughandel und Einzelhandel dezentral von den Statistischen Ämtern der Länder durchgeführt. Das Statistische Bundesamt stellt aus den Länderergebnissen Bundesergebnisse zusammen. Für die Bereiche „Handelsvermittlung“ und „Großhandel“ erhebt zentral das Statistische Bundesamt die Daten.

In der monatlichen Handelsstatistik stellt die Aktualität ein herausragendes Qualitätskennzeichen dar. So veröffentlicht das Statistische Bundesamt auf seiner Homepage unter Konjunkturindikatoren erste vorläufige Ergebnisse für ausgewählte Wirtschaftszweige gut 30 Tage nach Ende des Berichtsmonats. Wirtschaftlich tief gegliederte Ergebnisse stehen rund 45 Tage nach Ende des Berichtsmonats in der Datenbank GENESIS-Online zur Verfügung. Ergebnisse der Jahreserhebung erscheinen in der Regel 18 Monate nach Ende des Berichtsjahres, da die Unternehmen die meisten Angaben für die Jahreserhebung ihren Jahresabschlüssen entnehmen.

Grundsätzlich sind die Ergebnisse der Handelsstatistik – auch für die hohen Anforderungen der amtlichen Statistik – als präzise einzustufen, nicht zuletzt wegen ihres großen Stichprobenumfangs und der geringfügigen Antwortausfälle. Gleichwohl ist jede Statistik stets mit einem Unschärfbereich behaftet, selbst wenn sie mit

größter Gründlichkeit durchgeführt wird. Zudem unterliegt die Handelsstatistik nicht zuletzt wegen der vielen Veränderungen innerhalb des Berichtsfirmenkreises einer gewissen Dynamik.

Die Veränderungsdaten der monatlichen Erhebungen und der Jahreserhebungen können voneinander abweichen. Ursache ist unter anderem das in der Jahreserhebung angewandte Stichtagsprinzip. Zudem sind in der Monatserhebung nur Unternehmen einbezogen, die die vorgenannten Mindestumsätze übertreffen. Dagegen basieren die Ergebnisse der Jahreserhebung auf allen Stichprobenunternehmen. Der Berichtsfirmenkreis ist somit unterschiedlich groß.

Die in der Jahreserhebung erhobenen Merkmale überschneiden sich zum Teil mit den Merkmalen **anderer Erhebungen**. Zu nennen sind hier insbesondere die Umsatzsteuer- sowie die Beschäftigtenstatistik. Die Umsatzsteuerstatistik weist tendenziell höhere Umsätze aus als die Handelsstatistik. Ein Grund hierfür ist, dass die Umsatzsteuerstatistik auch Ergebnisse von Unternehmen enthält, die während des Berichtsjahres aufgelöst wurden oder die nur saisonal aktiv waren. Differenzen zwischen der Beschäftigtenstatistik und der Handelsstatistik bestehen in den Angaben zur Zahl der tätigen Personen. Diese erklären sich ebenfalls durch unterschiedliche methodische Konzepte.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken finden Sie in unseren „Qualitätsberichten“ (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

Glossar

Bruttobetriebsüberschuss | Er berechnet sich wie folgt:

$$\begin{aligned} \text{Bruttobetriebsüberschuss} = & \\ & \text{Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten} \\ & - \text{Personalaufwendungen} \end{aligned}$$

Bruttoinvestitionen in Sachanlagen | Sie umfassen Bruttozugänge an aktivierten Sachanlagen, bewertet zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten ohne Abzug von Abschreibungen.

Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten | Sie ist ein Maß für die Beurteilung der wirtschaftlichen Leistung und beinhaltet die Bruttoerträge durch betriebliche Aktivitäten nach Abzug der Waren- und Dienstleistungskäufe und nach Anpassung bezüglich der betrieblichen Subventionen und indirekten Steuern. Sie errechnet sich wie folgt:

$$\begin{aligned} \text{Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten} = & \\ & \text{Umsatz} \\ & + \text{selbsterstellte Anlagen} \\ & + \text{sonstige betriebliche Erträge (ohne Subventionen)} \\ & +/ - \text{Vorratsveränderungen bei Waren und Dienstleistungen} \\ & - \text{Waren- und Dienstleistungskäufe} \\ & - \text{betriebliche Steuern und Abgaben} \\ & + \text{Subventionen} \end{aligned}$$

Einzelhandel | Wer Handelswaren überwiegend an private Haushalte absetzt, betreibt Einzelhandel (ohne Kraftfahrzeughandel). Als Tätigkeiten des Einzelhandels zählen auch die der Apotheken und der Augenoptik- und Hörgeräteakustikgeschäfte.

Großhandel | Großhandel (ohne Kraftfahrzeughandel) betreibt, wer Handelswaren in eigenem Namen für eigene Rechnung oder für fremde Rechnung (Kommissionshandel) überwiegend an andere Abnehmerinnen und Abnehmer als private Haushalte absetzt (z. B. gewerbliche Betriebe, Einzelhändlerinnen und Einzelhändler). Zum Großhandel zählen in der Regel der Absatz an Gebietskörperschaften, Organisationen ohne Erwerbscharakter, Sozialversicherungsträger und wirtschaftliche Unternehmen der öffentlichen Hand sowie der Handel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen, lebendem Vieh, landwirtschaftlichen Geräten, Baumaschinen, Bürobedarf, Dental- und Laborbedarf usw.

Personalaufwendungen | Alle Geld- und Sachbezüge der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Sozialaufwendungen.

Produktionswert | Er gibt den Wert der produzierten Waren und Dienstleistungen an und berechnet sich wie folgt:

$$\begin{aligned} \text{Produktionswert} = & \\ & \text{Umsatz} \\ & + \text{selbsterstellte Anlagen} \\ & + \text{sonstige betriebliche Erträge (ohne Subventionen)} \\ & +/ - \text{Vorratsveränderungen bei fertigen und unfertigen Erzeugnissen aus eigener Produktion} \\ & +/ - \text{Vorratsveränderungen von zum Wiederverkauf in unverändertem Zustand gekauften Waren und Dienstleistungen} \\ & - \text{Käufe von Waren und Dienstleistungen zum Wiederverkauf in unverändertem Zustand} \end{aligned}$$

Rohertrag | Bruttoumsatz minus Umsatzsteuer minus Wareneinsatz ergibt den Rohertrag.

Tätige Personen | Die Gesamtzahl der Beschäftigten einschließlich mitarbeitender Inhaberinnen und Inhaber bzw. Teilhaberinnen und Teilhaber, unbezahlt mithelfender Familienangehöriger sowie alle Personen, die ein arbeitsrechtliches Verhältnis zum Unternehmen bzw. Betrieb haben.

Umsatz | Er umfasst die insgesamt in Rechnung gestellten Beträge, die den Verkäufen von Waren und Dienstleistungen an Dritte entsprechen, einschließlich Steuern und Abgaben (ohne Umsatzsteuer).

Unternehmen | Die amtliche Statistik definiert ein Unternehmen als kleinste rechtlich selbstständige Einheit, die aus handels- bzw. steuerrechtlichen Gründen Bücher führt. Ferner muss das Unternehmen eine jährliche Feststellung des Vermögensbestandes bzw. des Erfolgs der wirtschaftlichen Tätigkeit vornehmen. Hierzu zählen auch Einrichtungen zur Ausübung einer freiberuflichen Tätigkeit.

Waren- und Dienstleistungskäufe | Sie umfassen den Wert aller Waren und Dienstleistungen, die für den Wiederverkauf, die Verwendung im Produktionsprozess oder im Rahmen der betrieblichen Leistungserstellung gekauft werden, mit Ausnahme von Anlagegütern.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Standardveröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen kostenfrei downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 190 amtlichen Statistiken. Daten zum *Binnenhandel* finden Sie unter dem Menüpunkt › Themen, Code 45

Weitere Veröffentlichungen zu dem Thema

■ Binnenhandel

Fachserie 6 Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus

Reihe 4 | Verkaufsflächen im Einzelhandel, Warensortiment im Handel

Fachberichte

| Unternehmen, Beschäftigte, Umsatz, Wareneingang, Wareneinsatz, Rohertrag im Handel 1994 bis 2009

Wirtschaft und Statistik

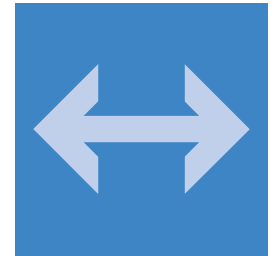
Heft 11/10 | Die neue automatisierte Stichprobenrotation bei den Handels- und Gastgewerbestatistiken

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter +49 (0)6 11 / 75 48 50

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.



25 Transport und Verkehr

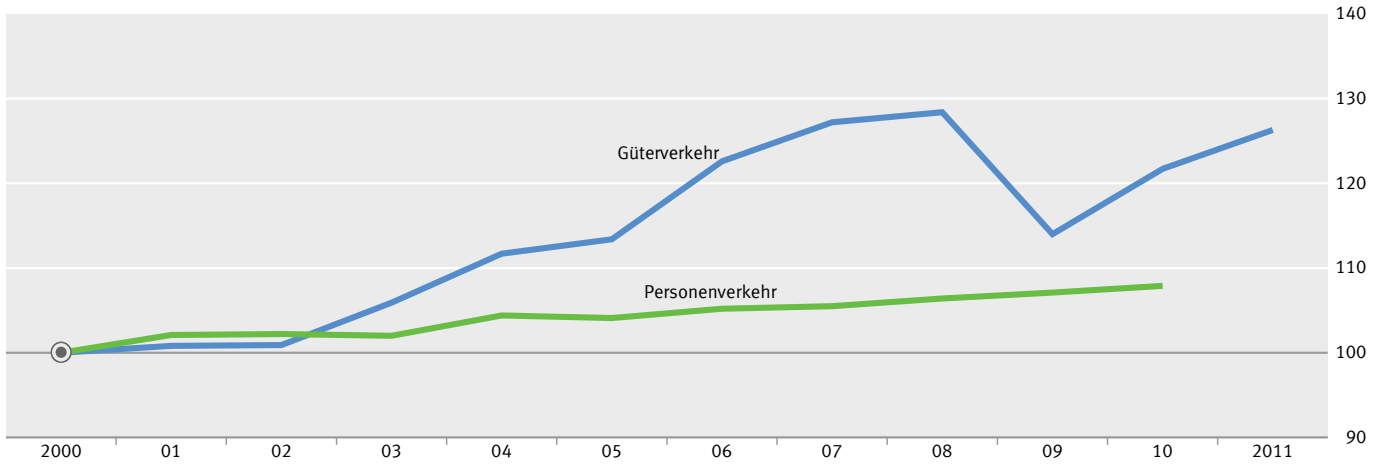
1,9 Millionen Personen in **88 000 Unternehmen** tätig | 2010
Umsatz von **252 Milliarden Euro** erwirtschaftet | **77 % der Güter** auf
Straße befördert | Länge der **Autobahnen** beträgt **12 800 km** | Rund
43 Millionen Pkw sind zugelassen | **4 009 Menschen starben** 2011 im
Straßenverkehr | **56 Millionen Passagiere** starteten oder landeten
am **größten** deutschen **Flughafen Frankfurt/Main** | **Duisburg** ist
bedeutendster **Binnenhafen**, **Hamburg** bedeutendster **Seehafen**

<i>Seite</i>	
583	Auf einen Blick
	Tabellen
584	Unternehmensdaten im Verkehr Strukturdaten Betriebswirtschaftliche Kennzahlen
585	Personenverkehr Straßenverkehr Eisenbahnverkehr Seeverkehr Luftverkehr
587	Güterverkehr Eisenbahnverkehr Straßenverkehr Binnenschiffsverkehr Seeverkehr Luftverkehr Rohrleitungen
593	Infrastruktur und Fahrzeugbestände Straßen Schienenstrecken Bundeswasserstraßen Rohölleitungen Kraftfahrzeuge Bestand an Schiffen Bestand an Luftfahrzeugen
595	Straßenverkehrsunfälle Nach Art der Verkehrsbeteiligung Nach Altersgruppen Nach Schwere der Verletzung
597	Methodik
599	Glossar
600	Mehr zum Thema

25.0 Auf einen Blick

Güter- und Personenverkehr

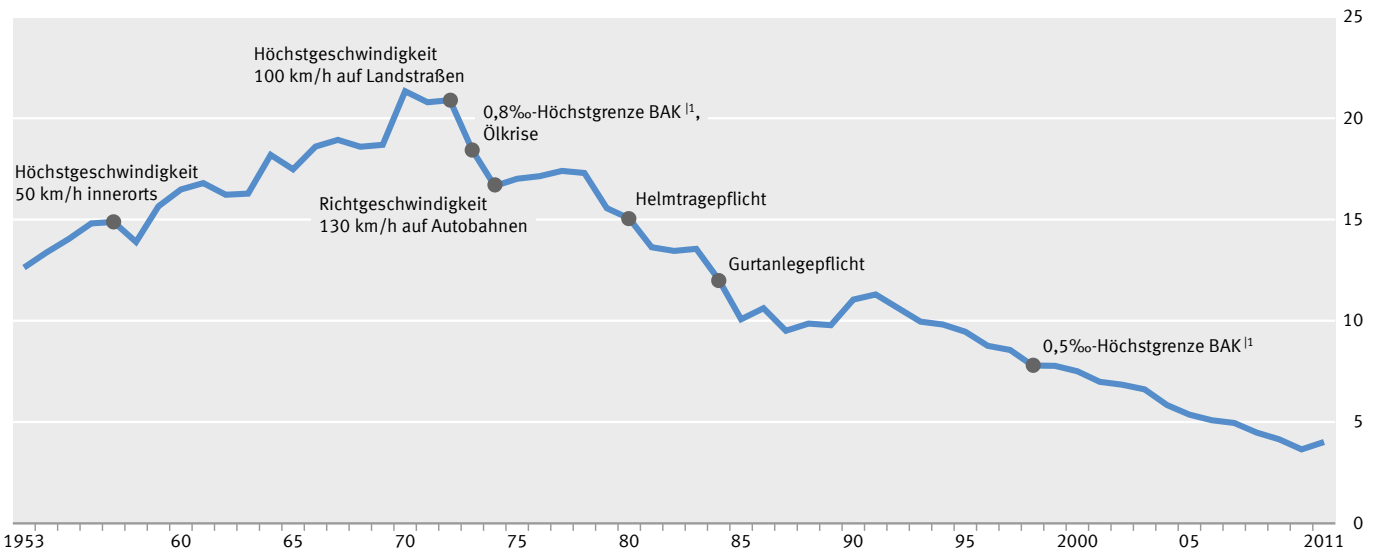
tkm bzw. Pkm, 2000 = 100



2012 - 01 - 0643

Getötete im Straßenverkehr

in 1 000



1 BAK = Blutalkoholkonzentrationswert.

2012 - 01 - 0644

25.1 Unternehmen in Verkehr und Lagerei

25.1.1 Strukturdaten der Unternehmen 2010

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Unternehmen	Tätige Personen	Umsatz	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Bruttoinvestitionen
		Anzahl		Mill. EUR		
H	Verkehr und Lagerei	87 535	1 880 567	251 735	89 402	22 573
49	Landverkehr und Transport in Rohrfernleitungen	60 093	767 688	75 380	32 205	9 079
49.1	Personenbeförderung im Eisenbahnfernverkehr	114	45 491	11 689	4 232	265
49.2	Güterbeförderung im Eisenbahnverkehr	114	27 955	6 031	1 941	243
49.3	Sonstige Personenbeförderung im Landverkehr	25 317	331 587	19 387	9 878	2 842
49.4	Güterbeförderung im Straßenverkehr, Umzugstransporte	34 470	359 784	34 473	14 296	2 255
49.5	Transport in Rohrfernleitungen	78	2 871	3 799	1 859	3 473
50	Schifffahrt	3 189	36 364	28 389	7 619	1 669
50.1	Personenbeförderung in der See- und Küstenschifffahrt	50	1 186	233	111	41
50.2	Güterbeförderung in der See- und Küstenschifffahrt	2 108	26 493	25 982	6 516	1 535
50.3	Personenbeförderung in der Binnenschifffahrt	379	4 748	403	181	56
50.4	Güterbeförderung in der Binnenschifffahrt	651	3 937	1 771	811	37
51	Luftfahrt	595	63 732	21 767	4 039	1 672
51.1	Personenbeförderung in der Luftfahrt	394	56 738	17 566	3 202	1 637
51.2	Güterbeförderung in der Luftfahrt und Raumtransport	201	6 994	4 201	837	35
52	Lagerei sowie Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Verkehr	15 096	569 411	98 726	33 464	9 562
52.1	Lagerei	1 348	66 767	7 488	2 766	454
52.2	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Verkehr	13 749	502 645	91 239	30 698	9 108
53	Post-, Kurier- und Expressdienste	8 562	443 371	27 473	12 075	591
53.1	Postdienste von Universaldienstleistungsanbietern	–	–	–	–	–
53.2	Sonstige Post-, Kurier- und Expressdienste	8 562	443 371	27 473	12 075	591

Strukturerhebung im Dienstleistungsbereich 2010.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

25.1.2 Betriebswirtschaftliche Kennzahlen der Unternehmen 2010

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Umsatz	Produktionswert	Waren- und Dienstleistungskäufe	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Personalaufwendungen	Bruttobetriebsüberschuss
		Mill. EUR	Verhältnis zum Umsatz in %				
H	Verkehr und Lagerei	251 735	75,4	25,1	35,5	21,6	13,9
49	Landverkehr und Transport in Rohrfernleitungen	75 380	83,4	18,2	42,7	25,1	17,6
49.1	Personenbeförderung im Eisenbahnfernverkehr	11 689	77,7	22,3	36,2	17,6	18,6
49.2	Güterbeförderung im Eisenbahnverkehr	6 031	56,0	43,9	32,2	21,5	10,6
49.3	Sonstige Personenbeförderung im Landverkehr	19 387	93,1	9,1	50,9	37,3	13,6
49.4	Güterbeförderung im Straßenverkehr, Umzugstransporte	34 473	83,8	16,3	41,5	23,4	18,0
49.5	Transport in Rohrfernleitungen	3 799	90,4	28,2	48,9	6,3	42,6
50	Schifffahrt	28 389	76,2	24,0	26,8	5,5	21,4
50.1	Personenbeförderung in der See- und Küstenschifffahrt	233	95,6	4,2	47,7	22,6	25,0
50.2	Güterbeförderung in der See- und Küstenschifffahrt	25 982	76,1	24,1	25,1	4,9	20,2
50.3	Personenbeförderung in der Binnenschifffahrt	403	86,7	13,4	44,9	24,9	20,0
50.4	Güterbeförderung in der Binnenschifffahrt	1 771	72,7	27,6	45,8	7,2	38,6
51	Luftfahrt	21 767	91,9	8,1	18,6	21,5	-2,9
51.1	Personenbeförderung in der Luftfahrt	17 566	94,3	5,7	18,2	24,0	-5,8
51.2	Güterbeförderung in der Luftfahrt und Raumtransport	4 201	81,9	18,1	19,9	11,0	8,9
52	Lagerei sowie Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Verkehr	98 726	63,0	36,9	33,9	20,0	13,9
52.1	Lagerei	7 488	71,5	28,5	36,9	25,0	12,0
52.2	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Verkehr	91 239	62,3	37,6	33,6	19,6	14,1
53	Post-, Kurier- und Expressdienste	27 473	84,0	16,0	44,0	34,4	9,6
53.1	Postdienste von Universaldienstleistungsanbietern	–	–	–	–	–	–
53.2	Sonstige Post-, Kurier- und Expressdienste	27 473	84,0	16,0	44,0	34,4	9,6

Strukturerhebung im Dienstleistungsbereich 2010.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

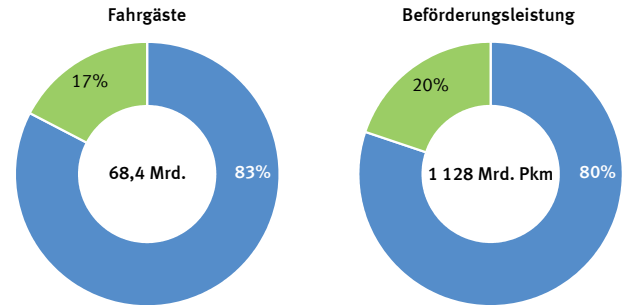
25.2 Personenverkehr
25.2.1 Personenverkehr im Überblick

	Insgesamt	Öffentlicher Personenverkehr				Motorisierter Individualverkehr (Pkw und Zweiräder) ¹⁾
		Straßenpersonenverkehr (Busse und Straßenbahnen)		Eisenbahnverkehr	Luftverkehr	
		Linienverkehr	Gelegenheitsverkehr			
Beförderte Personen in Mill.						
2005 ..	67 698	9 010	90	2 159	146	56 293
2009 ..	67 937	9 174	82	2 381	159	56 141
2010 ..	68 393	9 201	79	2 435	167	56 511
Beförderungsleistung in Mrd. Pkm						
2005 ..	1 088	56	27	77	53	876
2009 ..	1 119	57	22	82	58	899
2010 ..	1 128	56	22	84	62	905

1 Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Intraplan.

Personenverkehr 2010

■ Motorisierter Individualverkehr ■ Öffentlicher Personenverkehr



2012 - 01 - 0509

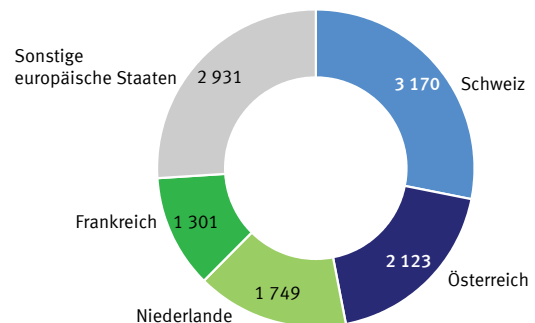
25.2.2 Linien- und Gelegenheitsverkehr von Bussen und Bahnen 2010

	Fahrgäste	Beförderungsleistung	Fahrleistung	Fahrgäste	Beförderungsleistung	Fahrleistung
	Mill.	Mill. Pkm	Mill. Fahrzeug-km	Veränderung gegenüber Vorjahr in %		
Insgesamt	11 088	162 084	4 402	0,8	0,8	- 0,1
Linienverkehr	11 009	140 456	3 680	0,8	1,1	0,4
Linienverkehr	10 880	103 132	3 484	0,8	0,3	0,6
Eisenbahnen	2 309	47 854	644	2,3	0,9	0,7
Straßenbahnen	3 679	16 349	296	0,0	- 0,9	0,4
Omnibusse	5 519	38 930	2 544	0,5	0,0	0,6
Linienfernverkehr	129	37 324	196	1,9	4,2	- 3,3
Eisenbahnen	126	36 116	145	1,8	4,6	- 2,3
Omnibusse	3	1 208	51	7,8	- 6,5	- 5,7
Gelegenheitsverkehr mit Omnibussen	79	21 629	721	- 3,7	- 1,1	- 2,4
Gelegenheitsnahverkehr	26	830	38	0,1	- 2,7	- 2,9
Gelegenheitsfernverkehr	53	20 799	683	- 5,4	- 1,0	- 2,4
Nahverkehr zusammen	10 906	103 961	3 522	0,8	0,2	0,5
Fernverkehr mit Omnibussen zusammen	56	22 007	734	- 4,8	- 1,4	- 2,6

25.2.3 Internationaler Eisenbahn-Personenfernverkehr nach und von Deutschland

Staat des Ein- bzw. Ausstiegs	2010		2009		Veränderung 2010 gegenüber Vorjahr	
	einsteigende	aussteigende	einsteigende	aussteigende	einsteigende	aussteigende
	Fahrgäste in 1 000				Fahrgäste in %	
Insgesamt ..	5 237	6 036	5 156	6 153	1,6	- 1,9
Schweiz ...	1 532	1 638	1 498	1 775	2,3	- 7,7
Österreich ..	1 060	1 064	1 040	1 031	1,9	3,1
Niederlande ..	760	989	678	1 019	12,1	- 3,0
Frankreich ..	574	727	543	681	5,6	6,8
Sonstiges Europa ...	1 312	1 619	1 396	1 646	- 6,0	- 1,7

Internationaler Eisenbahn-Personenfernverkehr 2010 nach und von Deutschland (ein- und aussteigende Fahrgäste), in 1 000



2012 - 01 - 0516

25 Transport und Verkehr
 25.2 Personenverkehr
 25.2.4 Ein- und aussteigende Fahrgäste im Seeverkehr
 nach Fahrtgebieten

	2011	2010	Veränderung 2011 gegenüber Vorjahr
	1 000		%
Insgesamt	29 233	28 780	1,6
Verkehr innerhalb Deutschlands ..	17 389	16 809	3,5
Verkehr mit Häfen außerhalb Deutschlands	11 843	11 972	-1,1
dar.: Europa	11 821	11 959	-1,2
davon:			
Europäische Union	10 4445	10 686	-2,3
darunter:			
Dänemark	7 929	8 207	-3,4
Schweden	1 742	1 772	-1,7
Finnland	194	208	-6,6
Polen	126	139	-9,0
Litauen	111	89	24,2
Sonstiges Europa	1 375	1 273	8,0
Übrige Regionen	-	-	-

25.2.5 Luftverkehr auf Flugplätzen 2011

	Starts		Fluggäste			Fracht (einschl. Post)		
	insgesamt	dar. im gewerblichen Verkehr	einsteigende	aussteigende	Durchgang	Einladung	Ausladung	Durchgang
	1 000					1 000 t		
Insgesamt	1 218	1 086	99 576	100 046	1 079	2 341	2 072	155
Berlin-Schönefeld	37	33	3 538	3 561	14	4	4	0
Berlin-Tegel	84	81	8 418	8 474	21	14	13	1
Bremen	23	19	1 273	1 279	8	0	0	0
Dortmund	17	12	900	909	8	0	0	0
Dresden	17	14	949	954	15	0	0	0
Düsseldorf	112	108	10 119	10 180	22	44	37	0
Erfurt	6	5	132	133	10	1	1	1
Frankfurt am Main	241	241	28 034	28 242	143	1 196	1 018	37
Friedrichshafen	16	6	273	266	-	0	0	-
Hahn	15	13	1 406	1 424	58	122	99	63
Hamburg	79	71	6 754	6 774	23	16	11	0
Hannover	41	34	2 642	2 660	35	8	8	0
Karlsruhe/Baden-Baden	23	13	556	551	6	1	0	0
Köln/Bonn	65	59	4 803	4 797	21	368	360	16
Leipzig	32	29	916	918	429	373	371	16
Lübeck	11	4	165	164	0	-	-	-
Memmingen	7	4	379	377	0	-	-	-
München	205	200	18 763	18 830	129	172	131	17
Münster/Osnabrück	19	13	649	644	11	-	0	0
Niederrhein	12	9	1 203	1 207	3	-	-	-
Nürnberg	34	27	1 963	1 970	23	5	3	2
Paderborn-Lippstadt	12	5	476	478	11	0	0	-
Rostock-Laage	11	9	82	82	5	0	0	-
Saarbrücken	10	8	206	205	40	0	0	-
Stuttgart	70	62	4 772	4 764	40	16	14	0
Sylt-Westerland	8	3	99	97	-	-	-	-
Zweibrücken	7	3	105	103	4	0	0	0

25.2 Personenverkehr

25.2.6 Grenzüberschreitender Luftverkehr nach Staaten

	Starts		Einsteigende Fluggäste		Fracht (einschl. Post)			
					Einladung		Ausladung	
	2011	Veränderung gegenüber Vorjahr	2011	Veränderung gegenüber Vorjahr	2011	Veränderung gegenüber Vorjahr	2011	Veränderung gegenüber Vorjahr
	1 000	%	1 000	%	1 000 t	%	1 000 t	%
Insgesamt	732	3,8	75 225	5,9	2 225	7,9	1 957	1,4
Europa	632	4,3	58 358	7,8	640	7,7	569	4,6
Frankreich	51	4,4	3 515	10,6	86	6,2	70	7,5
Italien	64	2,2	5 560	6,3	56	6,4	65	13,6
Spanien	75	2,0	10 975	4,9	65	6,8	39	4,3
Türkei	44	4,3	6 419	10,0	50	17,2	43	3,8
Vereinigtes Königreich	67	2,6	5 803	4,4	96	2,9	83	-5,3
Afrika	19	-12,7	2 635	-17,4	83	14,6	57	9,8
Ägypten	7	-21,1	1 011	-29,1	16	-5,1	8	-35,0
Marokko	3	11,7	318	6,5	1	-13,1	1	-14,6
Nigeria	1	2,8	108	5,6	5	-20,6	1	-4,0
Südafrika	1	-	380	9,0	35	11	16	-4,5
Tunesien	3	-31,5	344	-37,0	1	-15,9	0	-14,4
Amerika	35	4,8	7 079	4,7	545	9,9	394	1,4
Brasilien	2	29,0	393	23,8	57	17,6	28	15,2
Dominikanische Republik	1	0,7	238	0,8	2	-39,9	3	-6,2
Kanada	4	3,2	929	2,7	38	3,4	27	-9,0
Mexiko	1	4,0	175	2,5	23	49,4	11	22,0
Vereinigte Staaten	26	3,5	4 902	2,9	404	8,1	312	2,8
Asien	47	4,9	7 107	2,4	955	6,3	935	-1,0
China ¹⁾	7	8,7	1 246	10,4	282	2,0	292	-8,2
Indien	4	-5,6	675	-5,3	94	7,7	97	6,9
Japan	2	5,7	584	3,2	79	24,9	63	-2,2
Thailand	2	8,0	540	-4,0	35	33,1	26	-10,2
Vereinigte Arabische Emirate	7	8,3	1 184	4,4	136	-2,8	162	-9,6
Australien und Ozeanien	0	-	46	-14,8	2	8,6	1	3,3
Australien	0	-	46	-14,8	2	10,2	1	6,9

1 Einschl. Hongkong.

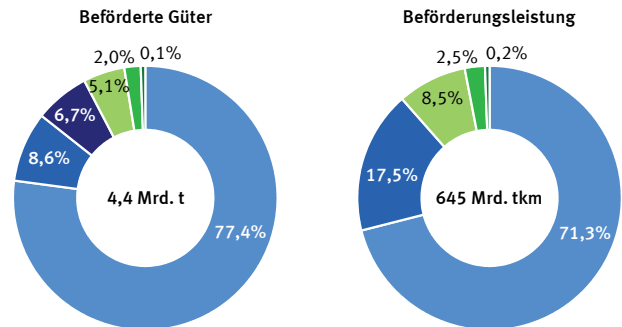
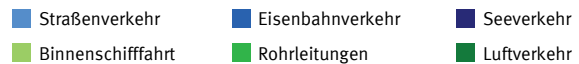
25.3 Güterverkehr

25.3.1 Güterverkehr im Überblick

	Insgesamt	Eisenbahnverkehr	Straßenverkehr ¹⁾	Binnenschifffahrt	Seeverkehr	Rohrleitungen	Luftverkehr
Beförderte Güter in Mill. t							
1991 ..	3 795	416	2 919	230	150	79	1,5
2000 ..	4 126	309	3 244	242	238	89	2,4
2005 ..	3 996	317	3 062	237	281	95	3,0
2009 ..	3 994	312	3 127	204	259	88	3,4
2010 ..	4 071	356	3 120	230	273	89	4,2
2011 ..	4 350	375	3 369	222	293	87	4,5
Beförderungsleistung in Mrd. tkm							
1991 ..	398	82	246	56	X	14	0,4
2000 ..	511	83	346	66	X	15	0,8
2005 ..	580	95	403	64	X	17	1,0
2009 ..	582	96	414	55	X	16	1,3
2010 ..	621	107	434	62	X	16	1,6
2011 ..	645	113	460	55	X	16	1,5

1 Deutsche und ausländische Lkw; Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Intraplan.

Güterverkehr 2011



2012 - 01 - 0511

25.3 Güterverkehr

25.3.2 Eisenbahn-Güterverkehr 2011

Zusammengefasste Güterabteilungen ¹	Beförderte Güter insgesamt	Verkehr innerhalb Deutschlands	Grenzüberschreitender Verkehr		Durchgangsverkehr
		Versand = Empfang	Versand	Empfang	
1 000 t					
Insgesamt	374 737	257 202	46 256	56 323	14 957
Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	5 519	3 301	1 073	833	312
Kohle, rohes Erdöl und Erdgas	34 716	24 711	193	9 787	25
Erze, Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse	57 787	44 663	4 438	8 542	145
Konsumgüter zum kurzfristigen Verbrauch, Holzwaren	12 261	5 723	2 502	2 949	1 087
Kokerei- und Mineralölprodukte	49 974	41 951	4 082	3 422	518
Chemische Erzeugnisse, Mineralerzeugnisse	41 972	32 501	4 667	3 695	1 109
Metalle und Metallerzeugnisse	67 693	52 396	5 182	7 114	3 001
Maschinen und Ausrüstungen, langlebige Konsumgüter	11 013	6 857	2 054	1 433	668
Sekundärrohstoffe, Abfälle	16 204	12 567	2 106	1 430	102
Sonstige Produkte	77 599	32 533	19 958	17 118	7 990

1 Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik NST-2007.

25.3.3 Kombiniertes Verkehr der Eisenbahn 2011

	Insgesamt	Verkehr innerhalb Deutschlands	Grenzüberschreitender Verkehr		Durchgangsverkehr
		Versand = Empfang	Versand	Empfang	
Beförderte Einheiten in 1 000¹					
Container und Wechselbehälter	4 070	2 162	775	763	369
Kraftfahrzeuge	439	44	177	171	47
Sattelzuganhänger	410	44	164	157	46
Lkw/Sattelzug	29	0	13	15	1
Beförderte Menge in 1 000 t					
Container und Wechselbehälter	64 301	31 115	14 776	11 737	6 673
Kraftfahrzeuge	12 207	1 168	4 932	4 773	1 334
Sattelzuganhänger	11 107	1 147	4 447	4 213	1 300
Lkw/Sattelzug	1 100	21	485	559	34

Tonnagedaten sind Bestandteil der Werte von Tabelle 25.3.2.

1 Beladene und unbeladene Einheiten.

Kombiniertes Verkehr: Der Ferntransport eines Ladungsträgers (z. B. Container, Wechselbehälter) wird mit der Eisenbahn oder Schiffen zurückgelegt. Lkw hingegen sammeln oder verteilen diese Ladungsträger im Vor- und Nachlauf weiter. Der kombinierte Verkehr zielt auf einen veränderten „Modal Split“ hin zu umweltfreundlicheren Verkehrsträgern ab. Durch den Transport in standardisierten Transporteinheiten ist dabei eine relativ einfache und kostengünstige Umladung dieser Ladungsträger zwischen den Verkehrsträgern möglich, also zum Beispiel vom Lkw auf die Eisenbahn.

25.3 Güterverkehr

25.3.4 Güterverkehr deutscher Lastkraftwagen 2011

Zusammengefasste Güterabteilungen ¹	Beförderte Güter insgesamt	Darunter				Durchgangsverkehr
		Verkehr innerhalb Deutschlands	grenzüberschreitender Verkehr			
			Versand = Empfang	Versand	Empfang	
1 000 t						
Insgesamt	2 986 181	2 844 035	70 304	51 018	1 666	
Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	162 212	153 220	3 738	3 684	(177)	
Kohle, rohes Erdöl und Erdgas	5 329	4 999	/	/	-	
Erze, Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse	953 332	941 879	6 145	3 018	/	
Konsumgüter zum kurzfristigen Verbrauch, Holzwaren	442 323	409 178	16 489	12 043	616	
Kokerei- und Mineralölerzeugnisse	87 049	84 480	1 038	1 379	/	
Chemische Erzeugnisse, Mineralerzeugnisse	491 970	458 303	18 718	10 708	297	
Metalle und Metallerzeugnisse	137 595	123 503	6 611	5 598	/	
Maschinen und Ausrüstungen, langlebige Konsumgüter	146 682	132 875	6 845	4 962	(174)	
Sekundärrohstoffe, Abfälle	261 687	254 192	3 230	3 082	/	
Sonstige Produkte	298 002	281 406	7 207	6 497	/	

1 Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik – 2007 (NST-2007).

Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt

25.3.5 Güterbeförderung in der Binnenschifffahrt 2011

Zusammengefasste Güterabteilungen ¹	Beförderte Güter insgesamt	Verkehr innerhalb Deutschlands	Grenzüberschreitender Verkehr		Durchgangsverkehr
			Versand = Empfang	Versand	
		1 000 t			
Insgesamt	221 966	54 766	46 881	101 623	18 697
Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	14 922	3 855	2 653	5 324	3 090
Kohle, rohes Erdöl und Erdgas	33 500	5 860	263	24 980	2 397
Erze, Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse	59 109	14 428	13 133	30 151	1 398
Konsumgüter zum kurzfristigen Verbrauch, Holzwaren	12 133	3 500	2 842	4 658	1 133
Kokerei- und Mineralölerzeugnisse	35 841	12 491	5 084	14 209	4 057
Chemische Erzeugnisse, Mineralerzeugnisse	25 656	6 062	8 955	9 641	998
Metalle und Metallerzeugnisse	11 858	1 443	3 351	5 694	1 370
Maschinen und Ausrüstungen, langlebige Konsumgüter	1 855	568	916	364	7
Sekundärrohstoffe, Abfälle	11 823	5 258	3 224	1 743	1 599
Sonstige Produkte	15 270	1 301	6 460	4 860	2 648

1 Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik – 2007 (NST-2007).

25 Transport und Verkehr

25.3 Güterverkehr

25.3.6 Güterumschlag in der Binnenschifffahrt 2011 – die 20 wichtigsten Binnenhäfen

	Beförderte Güter insgesamt	Verkehr innerhalb Deutschlands	Grenzüberschreitender Verkehr	
			Versand	Empfang
1 000 t				
1 Duisburg	51 999	5 173	5 993	40 834
2 Köln	11 095	4 578	3 312	3 206
3 Hamburg	9 719	9 426	126	167
4 Ludwigshafen	7 137	2 466	1 625	3 047
5 Neuss	7 084	1 901	1 870	3 313
6 Mannheim	6 578	1 463	1 478	3 637
7 Karlsruhe	5 522	2 295	1 083	2 143
8 Bremen	4 308	3 989	73	245
9 Marl	3 868	886	820	2 162
10 Berlin	3 702	2 796	5	902
11 Heilbronn	3 555	1 905	314	1 335
12 Gelsenkirchen	3 468	1 638	1 185	645
13 Kehl	3 442	1 710	435	1 297
14 Frankfurt am Main ..	3 365	1 756	371	1 238
15 Krefeld-Uerdingen ..	3 123	1 255	392	1 476
16 Mainz	3 055	1 112	654	1 290
17 Wesseling	2 869	2 025	598	246
18 Saarlouis-Dillingen ..	2 849	280	793	1 776
19 Salzgitter	2 782	2 310	63	409
20 Hamm	2 764	652	263	1 850

25.3.7 Containerumschlag in der Binnenschifffahrt – die 20 wichtigsten Binnenhäfen

	2011		Veränderung gegenüber Vorjahr
	1 000 TEU ¹	%	
1 Duisburg	476		5,1
2 Mainz	111		- 9,7
3 Hamburg	106		14,1
4 Mannheim	102		- 15,1
5 Köln	100		1,5
6 Emmerich	100		42,5
7 Wörth am Rhein	97		- 20,0
8 Germersheim	95		- 22,3
9 Neuss	89		- 0,2
10 Bremerhaven	81		24,3
11 Düsseldorf	73		50,8
12 Ludwigshafen	72		- 13,5
13 Bremen	63		20,9
14 Bonn-Rheindorf	57		- 3,0
15 Koblenz	54		0,0
16 Frankfurt am Main	52		26,9
17 Andernach	50		8,1
18 Emmelsum	45		- 1,7
19 Braunschweig	42		22,3
20 Krefeld-Uerdingen	35		164,2

1 Ein TEU (Twenty Foot Equivalent Unit) entspricht einem 20-Fuß-Container (20') mit den Maßen von 6,06 m Länge, 2,44 m Breite und 2,6 m Höhe. Ein 40-Fuß-Container (40': 12,19 m x 2,44 m x 2,6 m) entspricht zwei TEU.

25.3.8 Güterumschlag deutscher Häfen im Seeverkehr

Zusammengefasste Güterabteilungen ¹	2011			Veränderung gegenüber Vorjahr		
	Insgesamt	Versand	Empfang	insgesamt	Versand	Empfang
	1 000 t			%		
Insgesamt	296 080	115 772	180 308	7,3	9,2	6,1
Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	20 192	7 884	12 308	- 0,6	- 17,0	13,7
Kohle, rohes Erdöl und Erdgas	40 858	546	40 312	- 3,6	32,1	- 4,0
Erze, Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse	28 875	2 235	26 640	11,2	12,7	11,1
Konsumgüter zum kurzfristigen Verbrauch, Holzwaren	42 524	17 816	24 709	- 1,1	5,7	- 5,4
Kokerei- und Mineralölzeugnisse	14 806	4 066	10 741	0,3	6,2	- 1,7
Chemische Erzeugnisse, Mineralerzeugnisse	34 751	21 277	13 474	6,3	8,8	2,6
Metalle und Metallerzeugnisse	14 973	8 806	6 168	- 6,6	- 4,8	- 9,2
Maschinen und Ausrüstungen, langlebige Konsumgüter	34 022	18 876	15 146	28,1	20,4	39,3
Sekundärrohstoffe, Abfälle	5 418	2 511	2 908	7,0	- 7,3	23,6
Sonstige Produkte	59 661	31 755	27 907	21,3	21,1	21,5

1 Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik – 2007 (NST-2007).

25 Transport und Verkehr

25.3 Güterverkehr

25.3.1 Güterumschlag deutscher Häfen im Seeverkehr nach Fahrtgebieten

	2011			Veränderung gegenüber Vorjahr		
	Insgesamt	Versand	Empfang	insgesamt	Versand	Empfang
	1 000 t			%		
Insgesamt	296 080	115 772	180 308	7,3	9,2	6,1
Verkehr innerhalb Deutschlands	6 516	3 292	3 223	4,3	6,7	2,0
Verkehr mit Häfen außerhalb Deutschlands	289 564	112 480	177 085	7,4	9,3	6,2
darunter:						
Afrika	13 951	5 676	8 275	- 16,5	- 11,7	- 19,5
Amerika	45 644	16 433	29 212	11,3	10,3	11,9
darunter:						
Vereinigte Staaten	17 306	7 449	9 856	24,6	11,1	37,1
Brasilien	9 539	3 017	6 521	1,6	16,5	- 4,1
Asien	60 473	30 620	29 854	12,6	8,8	16,7
darunter:						
China	23 022	8 090	14 932	18,7	13,4	21,8
Indien	3 719	2 128	1 591	23,4	22,9	23,9
Europa	173 149	62 346	110 802	7,0	11,6	4,6
Europäische Union	124 098	50 468	73 629	6,2	9,5	4,0
darunter:						
Schweden	25 780	12 083	136 097	6,4	10,4	3,1
Vereinigtes Königreich	19 207	5 308	13 899	9,3	- 4,2	15,5
Finnland	15 108	5 951	9 158	4,8	5,4	4,4
Dänemark	10 623	4 974	5 649	- 4,2	0,1	- 7,7
Niederlande	10 118	3 345	6 774	3,4	22,9	- 4,1
Sonstiges Europa	49 051	11 878	37 173	9,2	21,2	5,9
darunter:						
Russische Föderation	25 549	6 979	18 570	10,4	29,3	4,6
Ozeanien und Polargebiete	2 091	532	1 559	42,8	12,5	57,2
Unbekannt	771	165	606	- 38,5	- 19,5	- 42,2

25 Transport und Verkehr
 25.3 Güterverkehr
 25.3.10 Güterumschlag im Seeverkehr
 – die 20 wichtigsten Häfen

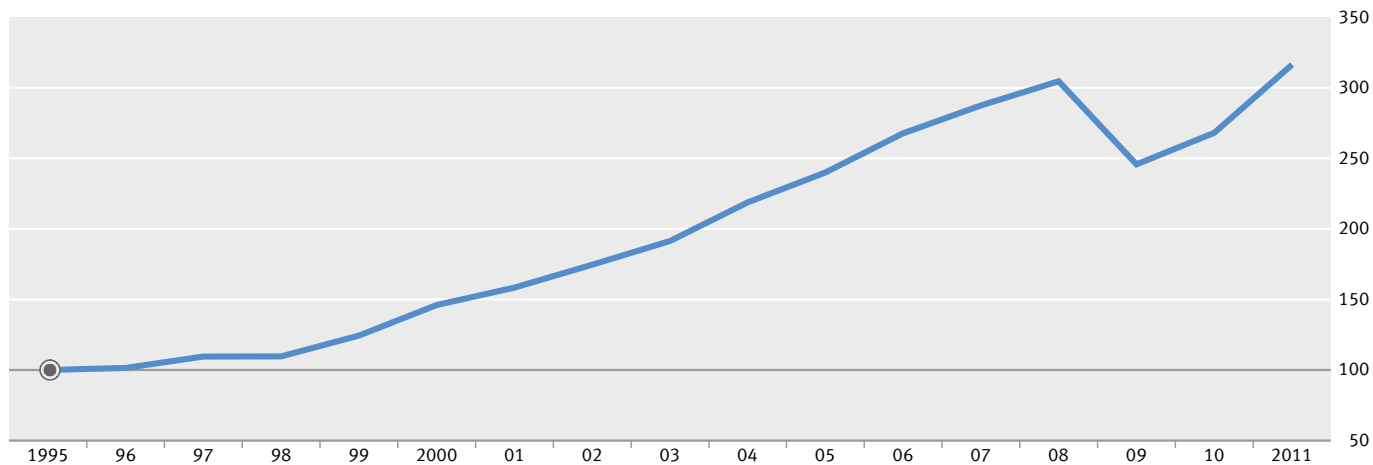
	2011	Veränderung gegenüber Vorjahr
	1 000 t	%
1 Hamburg	114 368	9,4
2 Bremerhaven	55 855	21,6
3 Wilhelmshaven	24 388	- 1,4
4 Rostock	18 085	- 7,2
5 Lübeck	17 665	- 1,1
6 Bremen	12 926	- 1,8
7 Brunsbüttel	7 902	5,9
8 Brake	5 274	2,5
9 Bützfleth	5 204	- 0,3
10 Emden	4 496	4,1
11 Kiel	4 302	12,5
12 Puttgarden/Fehmarn	4 282	7,3
13 Norderham	3 763	15,7
14 Wismar	3 274	- 5,3
15 Cuxhaven	3 169	46,7
16 Sassnitz	2 986	11,7
17 Stralsund	895	10,8
18 Duisburg	832	- 41,1
19 Vierow	683	- 11,5
20 Norderney, Insel	518	65,0

25.3.11 Containerumschlag im Seeverkehr
 – die 5 wichtigsten Häfen

	2011	Veränderung gegenüber Vorjahr
	1 000 TEU ¹	%
1 Hamburg	9 035	14,3
2 Bremerhaven	5 911	21,7
3 Lübeck	142	- 7,2
4 Cuxhaven	74	12,1
5 Kiel	32	28,0

1 Ein TEU (Twenty Foot Equivalent Unit) entspricht einem 20-Fuß-Container (20') mit den Maßen von 6,06 m Länge, 2,44 m Breite und 2,6 m Höhe. Ein 40-Fuß-Container (40': 12,19 m x 2,44 m x 2,6 m) entspricht zwei TEU.

Beförderungsmenge im Containerseeverkehr
 1995 = 100



2012 - 01 - 0510

25 Transport und Verkehr

25.4 Infrastruktur und Fahrzeugbestände

25.4.1 Länge der innerdeutschen Verkehrswege

	1991	2000	2010	2011
	1 000 km			
Straßen des überörtlichen Verkehrs	226,5	230,7	231,0	230,8
dar. Autobahnen	10,9	11,5	12,8	12,8
Schienerstrecken				
Eisenbahnstrecken	44,1	41,7	37,7	...
Straßen-, Stadt- und U-Bahnstrecken	2,4	...
Bundeswasserstraßen	7,3	7,5	7,7	7,7
Rohrleitungen	2,7	2,4	2,4	2,4

25.4.2 Straßen des überörtlichen Verkehrs am 1.1.2011

	Straßen des überörtlichen Verkehrs	Bundesautobahnen	Bundesstraßen	Land(es)-, Staatsstraßen	Kreisstraßen
	km				
Deutschland	230 782	12 819	39 710	86 598	91 655
Baden-Württemberg	27 404	1 047	4 367	9 926	12 064
Bayern	41 859	2 503	6 527	14 017	18 812
Berlin	247	77	170	–	–
Brandenburg	12 364	795	2 807	5 802	2 960
Bremen	116	75	41	–	–
Hamburg	204	81	123	–	–
Hessen	16 136	972	3 040	7 166	4 958
Mecklenburg-Vorpommern ...	10 001	554	1 985	3 304	4 158
Niedersachsen	28 254	1 431	4 816	8 306	13 701
Nordrhein-Westfalen	29 567	2 200	4 770	12 843	9 754
Rheinland-Pfalz	18 414	875	2 947	7 225	7 367
Saarland	2 044	240	333	845	626
Sachsen	13 496	531	2 417	4 751	5 797
Sachsen-Anhalt	10 959	407	2 195	4 053	4 304
Schleswig-Holstein	9 892	533	1 559	3 674	4 126
Thüringen	9 825	498	1 613	4 686	3 028
	%				
Anteil an Straßen des überörtlichen Verkehrs	100,0	5,6	17,2	37,5	39,7

Quelle: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

25.4.3 Schienen-Infrastruktur 2010

	Insgesamt	Eisenbahnen	Straßen-, Stadt- und U-Bahnen	Industrieanschlussstrecken
	km			
Insgesamt	40 952	37 679	2 360	913
Schmalspur	874	358	501	15
Normalspur	40 079	37 321	1 859	898
dar. für Hochgeschwindigkeitsverkehr	2 428	2 428	–	–

Bei der **Normalspur** beträgt die Spurweite des Gleiskörpers 1,435 m. Kleinere Spurweiten werden als **Schmalspur** bezeichnet.

Eigentum sowie gepachtete oder regelmäßig betriebene fremde Strecke.

25 Transport und Verkehr

25.4 Infrastruktur und Fahrzeugbestände

25.4.4 Eisenbahn-Infrastruktur 2010

	Streckenlänge		
	insgesamt	und zwar	
		elektrifiziert	eingleisig
	km	%	
Insgesamt	37 679	54	51
Baden-Württemberg	4 112	61	53
Bayern	6 219	52	53
Berlin	603	88	26
Brandenburg	2 738	61	51
Bremen	164	93	39
Hamburg	296	90	25
Hessen	2 574	66	40
Mecklenburg-Vorpommern	1 671	54	69
Niedersachsen	4 021	50	53
Nordrhein-Westfalen	5 379	61	45
Rheinland-Pfalz	2 049	42	48
Saarland	366	78	40
Sachsen	2 410	44	56
Sachsen-Anhalt	2 213	54	54
Schleswig-Holstein	1 268	30	60
Thüringen	1 596	29	70

25.4.5 Bestand und Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern

	Bestand am 1. 1.			Neuzulassungen		
	2012	2011	Veränderung 2012 gegen- über Vorjahr	2011	2010	Veränderung 2011 gegen- über Vorjahr
	1 000		%	1 000		%
	Krafträder	3 908,1	3 827,9	2,1	141,5	138,9
Pkw	42 927,6	42 301,6	1,5	3 173,6	2 916,3	8,8
Kraftomnibusse einschl. Obussen	76,0	76,5	-0,6	5,0	5,2	-3,4
Lkw	2 528,7	2 441,4	3,6	280,1	236,4	18,5
Zugmaschinen	2 028,1	1 991,1	1,9	83,0	64,9	28,0
Übrige Kraftfahrzeuge	266,7	263,7	1,1	14,0	12,6	11,2
Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen zusammen	51 735,2	50 902,1	1,6	3 697,3	3 374,2	9,6
Kraftfahrzeuge mit Versicherungs- kennzeichen	2 043,0
Kraftfahrzeuganhänger	6 213,9	6 057,3	2,6	258,7	239,1	8,2

Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt

25.4.6 Bestand an Schiffen am 31.12.

	Binnenschiffe		Seeschiffe (Handelsschiffe)	
	Güterschiffe	Fahrgastschiffe	Güterschiffe	Fahrgastschiffe
2000	2 448	924	689	131
2005	2 457	1 000	603	112
2010	2 357	980	571	92
2011	2 346	986	530	87

Quellen: Wasser- und Schifffahrtsdirektion Südwest, Bundesamt für Schifffahrt und Hydrographie

25.4.7 Bestand an Luftfahrzeugen am 31.12.

	Insgesamt	Flugzeuge mit einem Startgewicht			Hubschrauber
		bis 2 t ¹	über 2 t bis 20 t	über 20 t	
2000	12 272	9 950	907	595	820
2005	12 249	9 961	804	680	804
2010	13 445	10 696	949	799	1 001
2011	13 417	10 783	936	809	889

1 Nur motorisierte Luftfahrzeuge, einschl. Motorsegler (ohne Luftschiffe).

Quelle: Luftfahrt-Bundesamt

25.5 Straßenverkehrsunfälle

25.5.1 Verunglückte 2011

Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt	Darunter Fahrer/-innen und Mitfahrer/-innen von						Fußgänger/-innen	Sonstige
		Mofas, Mopeds	Motorrädern	Pkw	Bussen	Güterkraftfahrzeugen	Fahrrädern		
Getötete									
	Anzahl								
Insgesamt	4 009	70	708	1 986	10	174	399	614	48
unter 15	86	–	–	32	–	1	24	29	–
15 – 18	116	14	22	55	1	2	5	17	–
18 – 25	737	5	113	522	–	19	22	55	1
25 – 35	559	4	169	292	–	23	14	51	6
35 – 45	432	8	127	209	–	34	15	33	6
45 – 55	606	13	177	240	1	53	51	63	8
55 – 65	428	8	65	197	3	30	58	60	7
65 und mehr	1 044	18	35	439	5	12	210	305	20
Ohne Angabe	1	–	–	–	–	–	–	1	–
	%								
Anteil an Getöteten insgesamt	100,0	1,7	17,7	49,5	0,2	4,3	10,0	15,3	1,2
Verletzte									
	Anzahl								
Insgesamt	392 365	18 609	29 972	215 252	5 726	10 580	76 351	31 548	4 327
unter 15	30 590	221	193	10 321	1 017	115	10 894	7 535	294
15 – 18	20 282	5 243	2 938	5 540	262	73	4 498	1 589	139
18 – 25	73 679	3 530	5 195	51 730	425	1 442	7 437	3 372	548
25 – 35	63 549	2 106	4 719	40 494	549	2 263	9 689	3 095	634
35 – 45	57 732	2 236	4 923	34 259	564	2 516	9 674	2 876	684
45 – 55	63 140	2 704	7 394	33 088	819	2 606	12 361	3 458	710
55 – 65	38 405	1 408	3 256	19 453	746	1 252	8 928	2 898	464
65 und mehr	44 344	1 142	1 341	20 235	1 323	303	12 593	6 595	812
Ohne Angabe	644	19	13	132	21	10	277	130	42
	%								
Anteil an Verletzten insgesamt	100,0	4,7	7,6	54,9	1,5	2,7	19,5	8,0	1,1

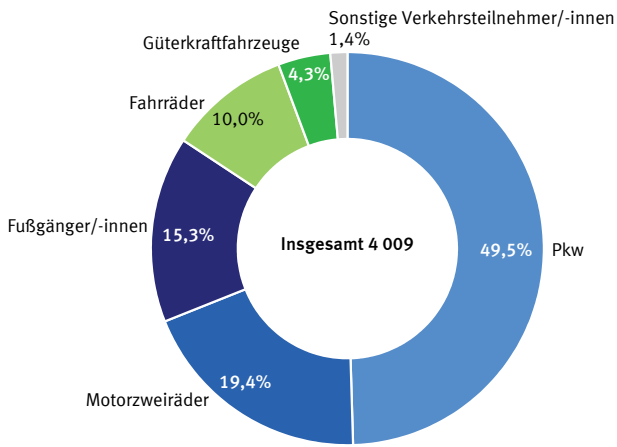
25.5.2 Unfälle und Verunglückte im Zeitvergleich

	1970	1980	1990	2000	2010	2011	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
Polizeilich erfasste Unfälle	1 392 007	1 684 604	2 010 575	2 350 227	2 411 271	2 361 457	– 2,1
davon:							
Unfälle mit Personenschaden	377 610	379 235	340 043	382 949	288 297	306 266	6,2
davon:							
Innerorts	254 198	261 302	218 177	245 470	195 833	210 427	7,5
Außerorts ohne Autobahnen	107 762	101 701	97 559	111 901	73 635	77 549	5,3
Auf Autobahnen	15 650	16 232	24 307	25 578	18 829	18 290	– 2,9
Unfälle mit Sachschaden	1 014 397	1 305 369	1 670 532	1 967 278	2 122 974	2 055 191	– 3,2
davon:							
Schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden im engeren Sinne ¹	X	X	X	107 582	92 107	81 487	– 11,5
Sonstige Sachschadensunfälle	X	X	X	1 859 696	2 030 867	1 973 704	– 2,8
Verunglückte insgesamt	550 988	513 504	456 064	511 577	374 818	396 374	5,8
davon:							
Getötete	19 193	13 041	7 906	7 503	3 648	4 009	9,9
Schwerverletzte	164 437	148 952	103 403	102 416	62 620	68 985	10,2
Leichtverletzte	367 358	351 511	344 755	401 658	308 550	323 380	4,8

Bis einschl. 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

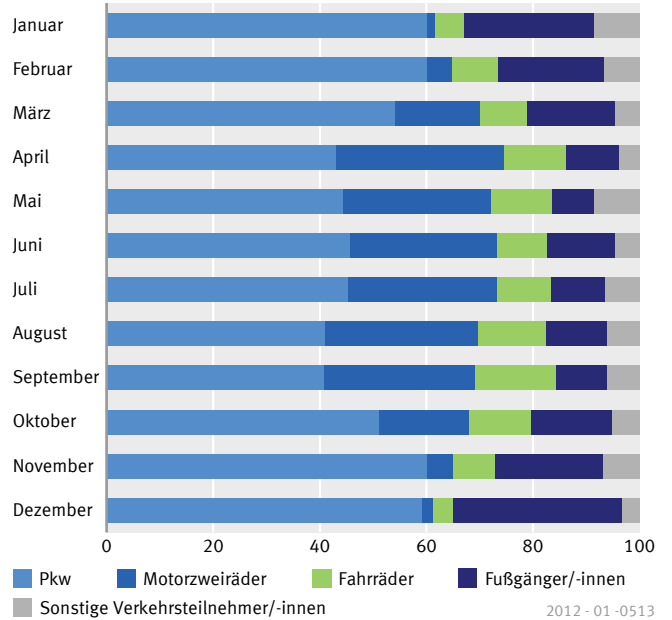
1 Bis 1994 Abgrenzung der Unfälle nach Schadenshöhe, ab 1995 Unfälle in Verbindung mit einem Straftatbestand oder einer Ordnungswidrigkeit (Bußgeld) und mindestens ein Fahrzeug musste abgeschleppt werden. – Unfälle unter dem Einfluss berauschender Mittel sind in „sonstige Sachschadensunfälle“ enthalten.

Getötete bei Straßenverkehrsunfällen nach Verkehrsbeteiligung 2011



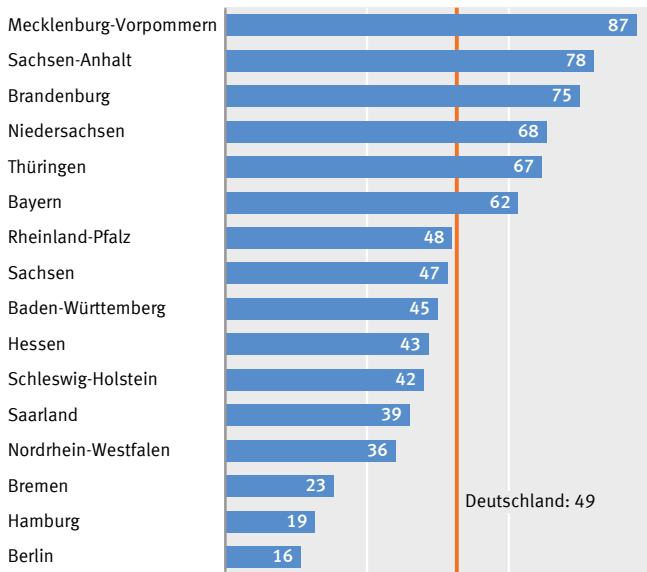
2012 - 01 - 0515

Getötete bei Straßenverkehrsunfällen nach Monaten 2011 in %



Getötete bei Straßenverkehrsunfällen nach Ländern 2011

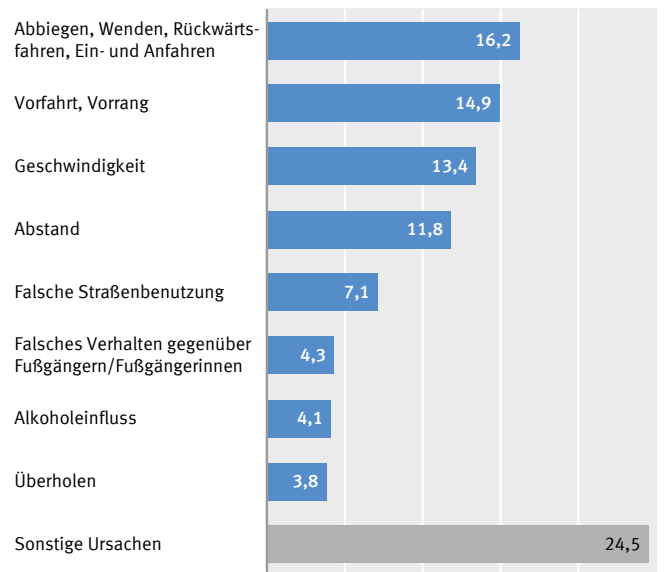
je 1 Mill. Einwohner/-innen



2012 - 01 - 0514

Fehlverhalten der Fahrzeugführerinnen und Fahrzeugführer bei Unfällen mit Personenschaden 2011

in %



2012 - 01 - 0512

Methodik

Der Verkehrssektor spielt in der modernen Volkswirtschaft eine zentrale Rolle. Erst die Mobilität von Gütern (Rohstoffen, Zwischen- und Fertigprodukten) und Menschen (z. B. Berufstätigen, Reisenden, Verbraucherinnen und Verbrauchern) gewährleistet arbeitsteiliges Wirtschaften und Wertschöpfung in allen Wirtschaftssektoren. Statistische Informationen über Verkehrsunternehmen und das Verkehrsgeschehen sind eine wichtige Grundlage von verkehrspolitischen und unternehmerischen Entscheidungen.

Der Verkehrssektor kann institutionell und funktional abgegrenzt werden. In der **institutionellen** Darstellung liegen Informationen zu Unternehmen vor, die mit dem Schwerpunkt ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit in den einzelnen Verkehrsbereichen tätig sind. Das sind diejenigen Unternehmen, die als Haupttätigkeit Güter- oder Personenbeförderung bzw. Lagerei ausüben oder die Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Verkehr (z. B. Betrieb von Häfen, Flughäfen). Dabei werden Angaben für das gesamte Unternehmen ausgewiesen. Die Angaben umfassen also auch z. B. die Umsätze und tätigen Personen in Nebentätigkeiten außerhalb der Verkehrstätigkeiten, ohne dass der Verkehrsanteil erkennbar wäre. Unternehmen, die Verkehrstätigkeiten als Nebentätigkeit betreiben, sind anderen Wirtschaftszweigen zugeordnet. Sie sind daher nicht in den Ergebnissen enthalten. Den Tabellen 25.1.1 und 25.1.2 liegt eine institutionelle Abgrenzung zugrunde.

Die weiteren Tabellen dieses Kapitels orientieren sich an der Tätigkeit „Transport“ (**funktionale** Darstellung) und den dafür erforderlichen unmittelbaren Voraussetzungen bzw. den Auswirkungen, die sich durch den Verkehr ergeben. Sie umfassen dabei alle wichtigen Angaben, insbesondere zu Verkehrsleistungen (beförderte Personen und Güter), zur Verkehrsinfrastruktur und den Verkehrsmittelbeständen sowie zum Unfallgeschehen. In die funktionale Darstellung der Verkehrsleistungsstatistiken werden diejenigen Unternehmen einbezogen, die eine bestimmte Transporttätigkeit ausüben – unabhängig davon, ob diese Transporttätigkeit die Haupttätigkeit, eine Nebentätigkeit oder eine Hilfstätigkeit (z. B. Werkverkehr von Unternehmen des Handels) der Unternehmen darstellt. In der funktionalen Darstellung geht es auch bei der Verkehrsinfrastruktur, den Verkehrsmittelbeständen und den Unfällen immer um eine Gesamtabbildung dieser Tatbestände in Deutschland, unabhängig von eventuellen institutionellen Zuordnungen.

■ Institutionelle Verkehrsstatistik

Unternehmensdaten im Verkehr

Die Angaben zu den Unternehmen in den Tabellen 25.1.1 und 25.1.2 dieses Kapitels stammen aus der **Strukturerhebung im Dienstleistungsbereich**. Weitere Informationen hierzu finden Sie im Kapitel 27 „Weitere Dienstleistungen“.

■ Funktionale Verkehrsstatistik

Die verkehrszweigspezifisch konzipierten amtlichen funktionalen Statistiken des Verkehrs – von Eisenbahnen, auf Straßen, in der Binnen- und Seeschifffahrt, im Luftverkehr und in Rohrleitungen – bilden eine wesentliche Voraussetzung für eine aktive Verkehrspolitik. Dies umfasst z. B. die Planung infrastruktureller Maßnahmen (Bundesverkehrswegeplanung), die Verkehrssicherheitspolitik sowie die Vorbereitung und Durchführung internationaler Verhandlungen. Außerdem erfüllen die amtlichen Verkehrsstatistiken internationale Verpflichtungen zur Datenlieferung. Sie sind ebenfalls Bestandteil der politischen Arbeit von verkehrswirtschaftlichen Verbänden, von Tarifparteien, von wissenschaftlichen Instituten sowie von anderen Forschungsinstitutionen.

Die **Verkehrsleistungsstatistiken** bilden den Schwerpunkt der amtlichen funktionalen Verkehrsstatistik. Sie werden von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder durchgeführt sowie für den Straßengüterverkehr vom Kraftfahrt-Bundesamt (KBA). Die Verkehrsleistungsstatistiken weisen die Beförderungsmenge bzw. das Beförderungsaufkommen im Güter- und Personenverkehr (Tonnen/Personen) nach sowie die Beförderungsleistungen (Tonnenkilometer/Personenkilometer). Dies

geschieht in regionaler Gliederung sowie im Güterverkehr in güterspezifischer Gliederung. Die Leistungsstatistiken des Personenverkehrs erfassen grundsätzlich beförderte Personen als Beförderungsfälle. Dies bedeutet, dass eine Person mehrfach gezählt wird, wenn sie im Berichtszeitraum mehrere Fahrten unternommen hat. Die beförderten Güter werden mit ihrem Bruttogewicht (einschließlich Verpackung) nachgewiesen. Die Beförderungsleistungen berücksichtigen zusätzlich die zurückgelegten Entfernungen der durchgeführten Beförderungen. Eine wichtige Untergliederung der veröffentlichten Ergebnisse der Verkehrsleistungsstatistiken bilden die Hauptverkehrsverbindungen.

Die Angaben der amtlichen Statistik zum Personen- und Güterverkehr entstammen einem in sich abgestimmten System von Erhebungen, auch wenn die verkehrstatistischen Daten für die einzelnen Verkehrszweige getrennt erfasst, aufbereitet und dargestellt werden. Insbesondere die gleiche Rechtsgrundlage, die Erhebung vergleichbarer Merkmale sowie die Anwendung einheitlicher Güter- und Regionalsystematiken (z. B. des Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik) stellen die Einheitlichkeit der Darstellung in Bezug auf verkehrszweigübergreifende Fragestellungen und die zeitliche Vergleichbarkeit sicher. Die Ergebnisse der monatlichen oder vierteljährlichen Verkehrsleistungsstatistiken stehen mit hoher Genauigkeit ca. 30 bis 60 Tage nach Ende des Berichtszeitraums zur Verfügung. Rechtsgrundlage für die Erhebungen ist das Gesetz über die Statistik der See- und Binnenschifffahrt, des Güterkraftverkehrs, des Luftverkehrs sowie des Schienenverkehrs und des gewerblichen Straßen-Personenverkehrs (Verkehrsstatistikgesetz – VerkStatG) in der jeweils aktuellen Fassung.

Angaben zum motorisierten Individualverkehr mit Pkw und Zweirädern ermittelt nicht die amtliche Statistik, sondern das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung.

Unter der Zielsetzung der funktionalen Verkehrsstatistik sind auch die **Registerstatistiken** einzuordnen, vor allem die Statistiken zu den Kraftfahrzeugen, die das Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) durchführt. Auch in anderen Bereichen ergänzen Auswertungen von Verwaltungsregistern die Erhebungen, insbesondere zur Infrastruktur und zum Verkehrsmittelbestand. Zu erwähnen sind hier die Angaben zum Bestand an Binnenschiffen, Seeschiffen und Luftfahrzeugen sowie zu den Straßen des überörtlichen Verkehrs.

■ Personenverkehr

Das Berichtssystem über den öffentlichen Personenverkehr mit Bussen und Bahnen besteht aus vierteljährlichen, jährlichen und fünfjährlichen Erhebungen im Schienennahverkehr und im gewerblichen Straßenpersonenverkehr einerseits und Erhebungen im Schienenfernverkehr andererseits. Methodisch sind die Statistiken in den beiden genannten Bereichen aufeinander abgestimmt und damit vergleichbar. Im Schienennahverkehr und im gewerblichen Straßenpersonenverkehr werden Unternehmen befragt, die Personennahverkehr mit Eisenbahnen (einschließlich S-Bahnen) oder mit Straßenbahnen (einschließlich Hoch-, U-, Stadt-, Schwebebahnen und ähnlicher Bahnen, aber ohne Berg- und Seilbahnen) betreiben bzw. Personennah- oder Personenfernverkehr mit Omnibussen (Kraftomnibussen und Obussen). Die Erhebungen umfassen nicht nur die Unternehmen, die eine Konzession für die Personenbeförderung haben. Sie enthalten auch die Subunternehmen, die im Auftrag eines anderen Unternehmens, das über eine Konzession verfügt, Personen befördern. Erhebungsbereich und Fragenprogramme sind – abhängig von der Größe der Unternehmen – unterschiedlich abgegrenzt, um kleine und mittlere Unternehmen von Berichtspflichten zu entlasten. So umfasst die jährliche Erhebung alle Unternehmen mit mehr als 250 000 Fahrgästen und eine Stichprobe der kleineren Unternehmen. Im Schienenfernverkehr werden alle Unternehmen erfasst, die Schienen-Personenfernverkehr im Inland betreiben.

Die hier dargestellte Verkehrsleistungsstatistik der **Luftfahrt** erfasst die Starts und Landungen von in- und ausländischen Luftfahrzeugen auf inländischen Flugplätzen, die mindestens 150 000 Passagiere pro Jahr aufweisen (Inlandskonzept). Für diese derzeit 27 Hauptverkehrsflughäfen werden außerdem für Luftfahrzeuge, Personen

Methodik

und Güter (Fracht und Post) die Herkunfts- und Zielflugplätze ermittelt. Die Darstellung des Personen- und Güterverkehrs ist auf den gewerblichen Luftverkehr beschränkt. Überflüge über das Inland werden nicht erhoben.

Im Seeverkehr wird der Personenverkehr seit dem Jahr 2000 erhoben und ausgewertet. Weitere Informationen zum Erhebungssystem finden Sie unter *Güterverkehr*.

Die Angaben zum **motorisierten Individualverkehr** mit Pkw und Zweirädern (MIV) berechnet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung jährlich in einem Personenverkehrsmodell. Für die Ermittlung der beförderten Personen und der Beförderungsleistungen wird dabei eine Vielzahl von Datenquellen ausgewertet.

■ Güterverkehr

Die Angaben zum **Eisenbahngüterverkehr** entstehen aus einem in sich abgestimmten System von Erhebungen. Erhoben werden monatlich und jährlich Angaben vor allem zur Beförderungsmenge und Beförderungsleistung. Kleinere Unternehmen werden dabei nur jährlich mit einem verkürzten Erhebungsprogramm einbezogen. Die hier dargestellten Ergebnisse beziehen sich auf Unternehmen, die auf dem inländischen Schienennetz des öffentlichen Verkehrs eine jährliche Verkehrsleistung von mindestens 10 Millionen Tonnenkilometern oder von einer Million Tonnenkilometern im „Kombinierten Verkehr“ aufweisen.

Für den **Straßengüterverkehr** erfasst eine Stichprobenerhebung die Verkehrsleistungen deutscher Lastkraftfahrzeuge laufend. Die Ergebnisse werden monatlich und jährlich veröffentlicht. In die Erhebung einbezogen sind sowohl der gewerbliche Straßengüterverkehr als auch der Werkverkehr. Das Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) führt die Erhebung durch. Von der Erhebung des KBA grundsätzlich ausgenommen sind die Güterbeförderungen ausländischer Kraftfahrzeuge, selbst wenn der Be- oder Entladeort auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland liegt. Tabelle 25.3.4 dieses Kapitels zeigt daher die Transporte deutscher Lkw im In- und Ausland (Inländerkonzept). Auch die übrigen Staaten der Europäischen Union sind verpflichtet, an das Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) entsprechende Ergebnisse für ihre nationalen Lkw zu liefern. Unter Heranziehung dieser Daten sowie weiterer Quellen für Nicht-EU-Staaten (z. B. aus der Mautstatistik) ermittelt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung auch Angaben zum Verkehr in- und ausländischer Lkw in Deutschland (Inlandskonzept). Diese stellt Tabelle 25.3.1 dar.

Die Statistik des **Güterverkehrs der Binnenschifffahrt** umfasst Umschlag und Transporte in- und ausländischer Schiffe auf Binnengewässern des Inlandes (Inlandskonzept). Auskunftspflichtig sind die Fracht- bzw. Schiffsführerinnen und -führer, die Absender und Empfänger oder deren örtlich bevollmächtigte Vertretungen bei allen Be- und Entladevorgängen in deutschen Binnenhäfen. Nicht einbezogen ist der Verkehr der Binnenfischerei, der Nassbaggerei, Fähr- und Hafenverkehr sowie Transporte für den Schiffsbetrieb (Treibstoff, Proviant u. Ä.). Der Durchgangsverkehr wird den Meldungen der Wasserstraßenverwaltung des Bundes entnommen.

Die **Seeverkehrsstatistik** umfasst sämtliche Ankünfte und Abgänge von deutschen und ausländischen (See-) Schiffen in Häfen, wenn die Fahrt ganz oder teilweise auf See stattfindet (Inlandskonzept). Somit enthält sie auch den Seeverkehr der Binnenhäfen. Die See wird dann befahren, wenn die Fahrt nicht ausschließlich auf Binnenwasserstraßen (Flüsse und Kanäle) im Sinne des Bundeswasserstraßengesetzes stattfindet. Auskunftspflichtig zur Statistik des Schiffs-, Güter- und Personenverkehrs über See sind die Verfrachterinnen und Verfrachter, die Schiffsführerinnen und Schiffsführer, die Absender und Empfänger oder deren örtlich bevollmächtigte Vertretungen. Das Jahrbuch weist für den Seeverkehr generell die Bruttogewichte der Güter nach, also die Nettogewichte einschließlich der Verpackung der Güter, jedoch ohne die Gewichte der Ladungsträger (z. B. Container), in denen die Güter befördert werden.

Die Statistik der **Transporte in Rohrleitungen** weist den Eingang von Rohöl in Raffinerien nach. Diesen übermittelt das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle

dem Statistischen Bundesamt in monatlicher und jährlicher Periodizität. Der Transit und andere Beförderungsmengen, die nicht zu Raffinerien befördert werden, bleiben unberücksichtigt.

■ Infrastruktur und Fahrzeugbestände

Die Statistik der **Straßen des überörtlichen Verkehrs** erstellt das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Straßen des überörtlichen Verkehrs sind Autobahnen, Bundes-, Landes- und Kreisstraßen. Nicht enthalten sind Gemeindestraßen. Deren Länge wurde zuletzt 1993 ermittelt und betrug damals 413 000 Kilometer.

Die **Schieneninfrastrukturstatistik** führt das Statistische Bundesamt bei Unternehmen durch, die Schienenstrecken des öffentlichen Verkehrs im Inland betreiben (Infrastrukturunternehmen). Streckenneubauten und -stilllegungen werden jährlich erfragt, weitere Infrastrukturangaben (Streckenlängen, Bahnübergänge, Bahnhöfe etc.) fünfjährlich.

Bestand und Neuzulassungen von **Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern** werden aus dem Zentralen Fahrzeugregister beim Kraftfahrt-Bundesamt ermittelt. Das Zentrale Fahrzeugregister basiert seinerseits auf den Meldungen der Kraftfahrzeug-Zulassungsstellen. Erfasst werden zulassungspflichtige Fahrzeuge und zulassungsfreie Fahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen innerhalb des Erhebungsgebietes der Bundesrepublik Deutschland.

Der **Binnenschiffsbestand** entstammt der Binnenschiffsbestandsdatei deutscher Schiffe, die die Wasser- und Schifffahrtsdirektion Südwest führt. Die Datei enthält keine Schiffe, die von deutschen Unternehmen eingesetzt werden, aber im Ausland registriert sind. Zum **Seeschiffsbestand** gehören nur die Schiffe, die unter der Flagge der Bundesrepublik Deutschland fahren. Die im Ausland registrierten Schiffe deutscher Schiffseignerinnen und -eigner sind somit nicht darin enthalten. Die Zahlen ermittelt das Bundesverkehrsministerium.

Den **Luftfahrzeugbestand** ermittelt das Luftfahrt-Bundesamt aus der bei ihm geführten Luftfahrzeugrolle. In dieser Luftfahrzeugrolle sind Luftfahrzeuge inländischer Eigentümerinnen und Eigentümer (Unternehmen und Privatpersonen) eingetragen. Der Bestand umfasst auch in das Ausland vermietete Luftfahrzeuge.

■ Straßenverkehrsunfälle

Als **Straßenverkehrsunfälle** werden alle Unfälle erfasst, die von der Polizei registriert wurden und bei denen infolge des Fahrverkehrs auf öffentlichen Wegen oder Plätzen entweder Personen getötet oder verletzt wurden oder Sachschaden entstanden ist. Auskunftspflichtig sind die Polizeidienststellen, deren Beamtinnen und Beamte den Unfall aufgenommen haben. Unfälle, zu denen die Polizei nicht hinzugezogen wurde, werden folglich nicht nachgewiesen. Die Polizeidienststellen melden die Daten an die amtliche Statistik. Nachgewiesen werden die Straßenverkehrsunfälle nach dem Inlandskonzept. Dies bedeutet, es werden – unabhängig von der Nationalität der Unfallbeteiligten – nur die Unfälle registriert, die sich auf deutschen Straßen ereigneten, bzw. nur die Verunglückten erfasst, die hier zu Schaden kamen.

Dieses Kapitel weist nur das Unfallgeschehen für die Straßenverkehrsunfälle nach. Angaben zu Schienenverkehrsunfällen (Erhebung des Statistischen Bundesamtes) sowie zu Unfällen im Luftverkehr (Angaben der Bundesstelle für Flugunfalluntersuchung) liegen ebenfalls vor. Sie finden diese in der Fachserie „Verkehrsunfälle“ (siehe auch „Mehr zum Thema“) sowie unter www.destatis.de > Transport und Verkehr > Verkehrsunfälle.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken sind in unseren „Qualitätsberichten“ dokumentiert (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

Glossar

Beförderte Personen | Die Zahl der beförderten Personen (Fahr- oder Fluggäste) spiegelt in der Verkehrsstatistik im Regelfall die Zahl der einzelnen Beförderungsfälle wider. Unternimmt also eine Person mehrere Fahrten, so erhöht sich die Anzahl der statistisch erfassten „beförderten Personen“ entsprechend. Ihre Zahl wird z. B. anhand der verkauften Fahrscheine oder anhand von Verkehrszählungen ermittelt.

Beförderungsleistung im Güterverkehr | Dies ist das Produkt aus dem Gewicht der beförderten Gütermenge mit der (in der Regel nur im Inland) zurückgelegten Transportweite. So entsteht die Maßeinheit „Tonnenkilometer (tkm)“. Werden in einem Lkw z. B. 15 t über eine Entfernung von 200 km zwischen den Orten A und B befördert, so ergibt dies eine Beförderungsleistung von 3 000 tkm.

Beförderungsleistung im Personenverkehr | Diese wird in der Maßeinheit „Personenkilometer (Pkm)“ gemessen. Sie berechnet sich in der Regel durch Multiplikation der Zahl der beförderten Personen mit den von ihnen zurückgelegten Kilometern (Fahrt- bzw. Reiseweiten). Fahren z. B. in einem Bus 30 Personen über eine Entfernung von 20 km zwischen den Orten A und B, so wird eine Beförderungsleistung von 600 Pkm nachgewiesen.

Beförderungsmenge im Güterverkehr | Als Beförderungsmenge wird das Gewicht der beförderten Güter bezeichnet. Das Beförderungsgewicht wird einheitlich in allen amtlichen Güterverkehrsstatistiken einschließlich Verpackungsgewicht erhoben. Mit Ausnahme der Seeschifffahrt wird zudem das Gewicht von Ladungsträgern (z. B. Containern) in die Gesamttonnage einbezogen.

Bruttobetriebsüberschuss | Er berechnet sich wie folgt:

$$\begin{aligned} \text{Bruttobetriebsüberschuss} = & \\ & \text{Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten} \\ & - \text{Personalaufwendungen} \end{aligned}$$

Bruttoinvestitionen in Sachanlagen | Sie umfassen Bruttozugänge an aktivierten Sachanlagen, bewertet zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten ohne Abzug von Abschreibungen.

Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten | Sie ist ein Maß für die Beurteilung der wirtschaftlichen Leistung und beinhaltet die Bruttoerträge durch betriebliche Aktivitäten nach Abzug der Waren- und Dienstleistungskäufe und nach Anpassung bezüglich der betrieblichen Subventionen und indirekten Steuern. Sie errechnet sich wie folgt:

$$\begin{aligned} \text{Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten} = & \\ & \text{Umsatz} \\ & + \text{selbsterstellte Anlagen} \\ & + \text{sonstige betriebliche Erträge (ohne Subventionen)} \\ & +/ - \text{Vorratsveränderungen bei Waren und Dienstleistungen} \\ & - \text{Waren- und Dienstleistungskäufe} \\ & - \text{betriebliche Steuern und Abgaben} \\ & + \text{Subventionen} \end{aligned}$$

Gütergliederung | Die Gütergliederung sämtlicher amtlicher funktionaler Verkehrsstatistiken basiert ab Berichtsjahr 2008 auf dem „Güterverzeichnis für die Verkehrsstatistik – 2007 (NST-2007)“. Es umfasst 20 Güterabteilungen und 81 Gütergruppen. Für Querschnittspublikationen wie das Statistische Jahrbuch gibt es daneben Zusammenfassungenpositionen der NST-2007-Abteilungen. In dieser Publikation werden die Ergebnisse nach 10 zusammengefassten Güterabteilungen nachgewiesen.

Güterumschlag | Das ist die Summe aus Einladungen und Ausladungen der Güter. Im Unterschied zur Güterbeförderung werden beim Güterumschlag Transporte, z. B. zwischen deutschen Häfen, in beiden beteiligten Häfen gezählt, also zweifach.

Hauptverkehrsverbindungen | Innerdeutscher Verkehr (Binnenverkehr), grenzüberschreitender Verkehr (Empfang oder Versand) und Durchgangsverkehr (Transit) bilden die sogenannten Hauptverkehrsverbindungen, auch Hauptverkehrsbeziehungen oder Hauptverkehrsrelationen genannt. Generell werden beim innerdeutschen Verkehr die Transportvorgänge innerhalb des Erhebungsgebietes nachgewiesen.

Grenzüberschreitender Verkehr ist der Verkehr des Erhebungsgebietes mit dem Ausland, Durchgangsverkehr der Verkehr zwischen Gebieten außerhalb des Erhebungsgebietes durch das Erhebungsgebiet.

Kfz-Bestand | Zulassungspflichtige Fahrzeuge und zulassungsfreie Fahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen innerhalb des Erhebungsgebietes der Bundesrepublik Deutschland zählen zum Kfz-Bestand. Nicht einbezogen sind Fahrzeuge der Bundeswehr, Fahrzeuge mit rotem Kennzeichen sowie Ausfuhrkennzeichen und – ab Berichtsjahr 2000 – vorübergehend stillgelegte Fahrzeuge.

Kfz-Neuzulassungen | Hierunter ist die erstmalige Registrierung eines fabrikneuen Fahrzeugs zu verstehen, das in Deutschland ein amtliches Kennzeichen erhalten hat und somit berechtigt ist, am öffentlichen Straßenverkehr teilzunehmen.

Kombinierter Verkehr | Dabei wird der Ferntransport eines Ladungsträgers (z. B. Container, Wechselbehälter) mit der Eisenbahn oder Schiffen zurückgelegt. Lkw hingegen sammeln oder verteilen diese Ladungsträger im Vor- und Nachlauf weiter. Der kombinierte Verkehr zielt auf einen veränderten „Modal Split“ hin zu umweltfreundlicheren Verkehrsträgern ab. Durch den Transport in standardisierten Transporteinheiten ist dabei eine relativ einfache und kostengünstige Umladung dieser Ladungsträger zwischen den Verkehrsträgern möglich, also zum Beispiel vom Lkw auf die Eisenbahn.

Personalaufwendungen | Alle Geld- und Sachbezüge der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Sozialaufwendungen.

Produktionswert | Er gibt den Wert der produzierten Waren und Dienstleistungen an und berechnet sich wie folgt:

$$\begin{aligned} \text{Produktionswert} = & \\ & \text{Umsatz} \\ & + \text{selbsterstellte Anlagen} \\ & + \text{sonstige betriebliche Erträge (ohne Subventionen)} \\ & +/ - \text{Vorratsveränderungen bei fertigen und unfertigen Erzeugnissen aus eigener Produktion} \\ & +/ - \text{Vorratsveränderungen von zum Wiederverkauf in unverändertem Zustand gekauften Waren und Dienstleistungen} \\ & - \text{Käufe von Waren und Dienstleistungen zum Wiederverkauf in unverändertem Zustand} \end{aligned}$$

Tätige Personen | Die Gesamtzahl der Beschäftigten einschließlich mitarbeitender Inhaberinnen und Inhaber bzw. Teilhaberinnen und Teilhaber und unbezahlt mithelfender Familienangehöriger sowie alle Personen, die ein arbeitsrechtliches Verhältnis zum Unternehmen bzw. Betrieb haben.

Umsatz | Er umfasst die insgesamt in Rechnung gestellten Beträge, die den Verkäufen von Waren und Dienstleistungen an Dritte entsprechen, einschließlich Steuern und Abgaben (ohne Umsatzsteuer).

Unternehmen | Die amtliche Statistik definiert ein Unternehmen als kleinste rechtlich selbstständige Einheit, die aus handels- bzw. steuerrechtlichen Gründen Bücher führt. Ferner muss das Unternehmen eine jährliche Feststellung des Vermögensbestandes bzw. des Erfolgs der wirtschaftlichen Tätigkeit vornehmen. Hierzu zählen auch Einrichtungen zur Ausübung einer freiberuflichen Tätigkeit.

Verunglückte, Getötete, Verletzte in der Straßenverkehrsunfallstatistik | Als Verunglückte zählen diejenigen Personen, die beim Unfall verletzt oder getötet wurden. Getötete sind dabei Personen, die innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen starben. Schwerverletzte sind Personen, die unmittelbar zur stationären Behandlung (mindestens 24 Stunden) in einem Krankenhaus aufgenommen wurden. Leichtverletzte sind alle übrigen Verletzten.

Waren- und Dienstleistungskäufe | Sie umfassen den Wert aller Waren und Dienstleistungen, die für den Wiederverkauf, die Verwendung im Produktionsprozess oder im Rahmen der betrieblichen Leistungserstellung gekauft werden, mit Ausnahme von Anlagegütern.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Standardveröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen kostenfrei downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 190 amtlichen Statistiken. Daten zu *Transport und Verkehr* finden Sie hauptsächlich unter dem Menüpunkt *Themen*, Code 46, Daten zu *Unternehmen* daneben unter Code 47

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Unternehmensdaten im Verkehr

Fachserie 9 Dienstleistungen

Reihe 4.1 | Strukturhebung im Dienstleistungsbereich, Verkehr und Lagerei

■ Personenverkehr

Fachserie 8 Verkehr

Reihe 3.1 | Personenverkehr mit Bussen und Bahnen

Wirtschaft und Statistik

Heft 2/12 | Öffentlicher Personenverkehr mit Bussen und Bahnen 2010

■ Güterverkehr

Fachserie 8 Verkehr

Reihe 1.3 | Kombiniertes Verkehr

Reihe 1.4 | Gefahrguttransporte

Reihe 2 | Eisenbahn

Reihe 4 | Binnenschifffahrt

Wirtschaft und Statistik

Heft 9/10 | Gefahrguttransporte 2008

Heft 7/11 | Binnenschifffahrt 2010

Heft 8/11 | Kombiniertes Verkehr 2010 – Krise gut überstanden

■ Straßenverkehrsunfälle

Fachserie 8 Verkehr

Reihe 7 | Verkehrsunfälle

Fachberichte

Alkoholunfälle im Straßenverkehr (2010)
 Kinderunfälle im Straßenverkehr (2010)
 Unfälle von 15- bis 17-Jährigen im Straßenverkehr (2010)
 Unfälle von 18- bis 24-Jährigen im Straßenverkehr (2010)
 Unfälle von Frauen und Männern im Straßenverkehr (2010)
 Unfälle von Güterkraftfahrzeugen im Straßenverkehr (2010)
 Unfälle von Kraftomnibussen im Straßenverkehr (2010)
 Unfälle von Senioren im Straßenverkehr (2010)
 Unfallentwicklung auf deutschen Straßen (2010)
 Verkehrsunfälle – Zeitreihen (2010)
 Zweiradunfälle im Straßenverkehr (2010)

Wirtschaft und Statistik

Heft 12/10 | Unfallstatistik – Verkehrsmittel im Risikovergleich

Heft 7/11 | Unfallentwicklung auf deutschen Straßen 2010

Mehr zum Thema

■ Themenübergreifend

Fachserie 8 Verkehr

Reihe 1.1	Verkehr aktuell
Reihe 1.2	Verkehr im Überblick
Reihe 2.1	Betriebsdaten des Schienenverkehrs
Reihe 5	Seeschifffahrt
Reihe 6	Luftverkehr
Reihe 6.1	Luftverkehr auf ausgewählten Flugplätzen
Reihe 6.2	Luftverkehr auf allen Flugplätzen

Wirtschaft und Statistik

Heft 5/12	Gewerblicher Luftverkehr 2011
Heft 6/11	Eisenbahnverkehr 2010
Heft 8/11	Seeverkehr 2010

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter +49 (0)6 11 / 75 48 52

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.





26 Gastgewerbe und Tourismus

1,9 Millionen Personen in **216 000 Unternehmen** tätig | Über die **Hälfte** der Personen in **Teilzeit** tätig | **2010 Umsatz** von **64 Milliarden Euro** erzielt | **Zwei Drittel** davon in **Gastronomie** getätigt, **ein Drittel** im **Beherbergungsgewerbe** | **2011** übernachteten **147 Millionen Gäste** in Beherbergungsbetrieben | Im Durchschnitt blieben sie für **2,7 Nächte** | Jeder **fünfte Gast** stammte aus dem **Ausland**, jeder **siebte ausländische Gast** aus den **Niederlanden**

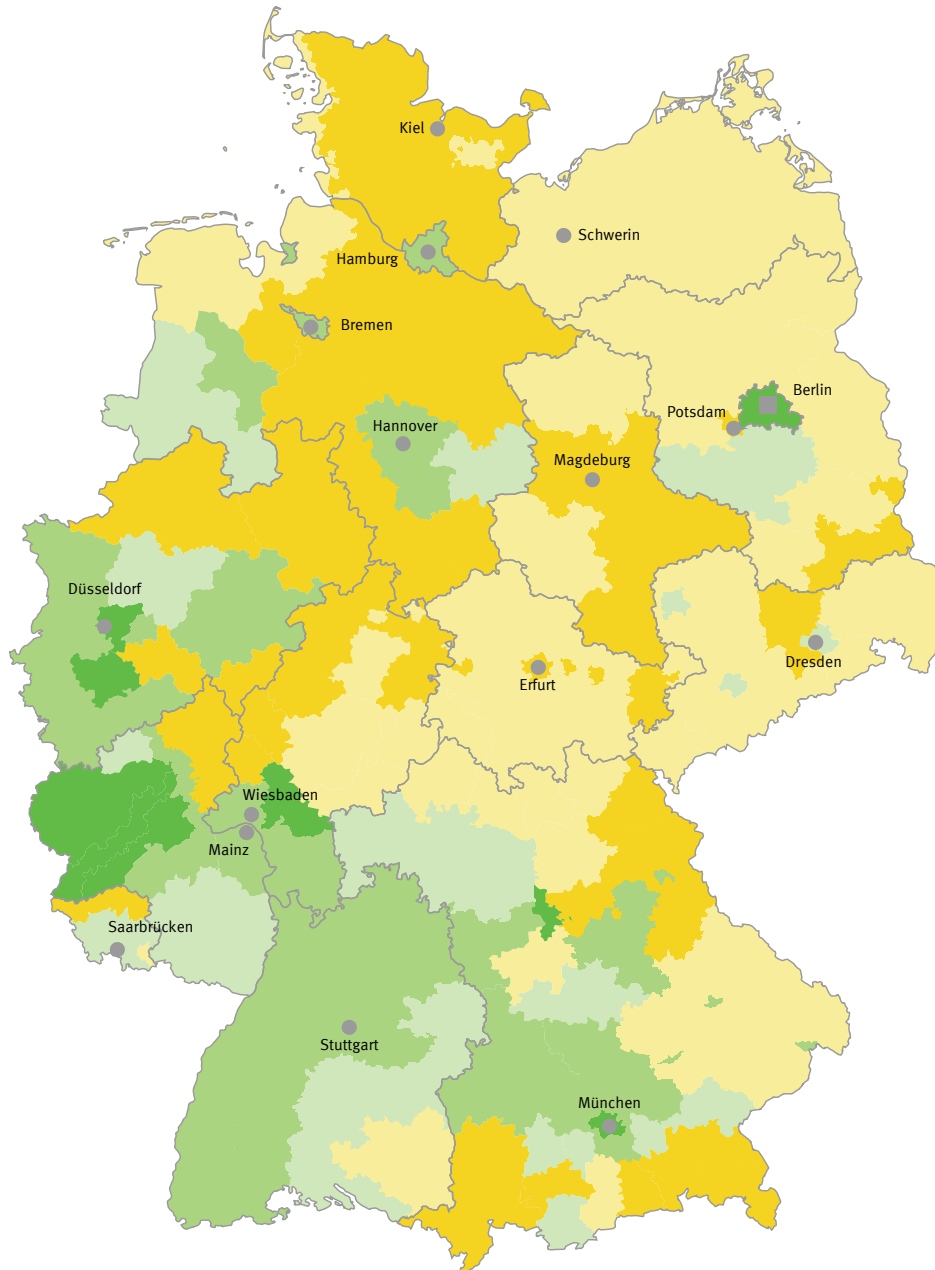
<i>Seite</i>	
605	Auf einen Blick
	Tabellen
606	Gastgewerbe Strukturdaten der Unternehmen Betriebswirtschaftliche Kennzahlen der Unternehmen
607	Tourismus Beherbergungsbetriebe Ankünfte und Übernachtungen Die Top 50 im Städtetourismus Herkunftsländer der Gäste
610	Methodik
612	Glossar
614	Mehr zum Thema

26.0 Auf einen Blick

Übernachtungen ausländischer Gäste in den Reisegebieten 2011

Anteil an allen Übernachtungen, in %

0,6 bis 6,8
 über 6,8 bis 11,8
 über 11,8 bis 17,8
 über 17,8 bis 26,8
 über 26,8 bis 46,2



26.1 Gastgewerbe

26.1.1 Strukturdaten der Unternehmen im Gastgewerbe 2010

Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Unternehmen	Tätige Personen	Umsatz	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Bruttoinvestitionen
		Anzahl		Mill. EUR		
I	Gastgewerbe	216 069	1 895 247	63 616	29 203	3 272
55	Beherbergung	44 768	495 870	21 649	10 447	1 345
55.1	Hotels, Gasthöfe und Pensionen	34 014	435 154	19 278	9 153	1 115
55.2	Ferienunterkünfte und ähnliche Beherbergungsstätten	8 132	43 918	1 671	891	147
55.3	Campingplätze	1 454	9 562	431	243	45
56	Gastronomie	171 301	1 399 376	41 967	18 755	1 927
56.1	Restaurants, Gaststätten, Imbissstuben, Cafés, Eissalons u. Ä.	119 726	977 244	28 486	12 595	1 540
56.2	Caterer und Erbringung sonstiger Verpflegungsdienstleistungen	11 946	202 678	7 583	3 849	159
56.3	Ausschank von Getränken	39 629	219 455	5 898	2 311	228

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

26.1.2 Betriebswirtschaftliche Kennzahlen der Unternehmen im Gastgewerbe 2010

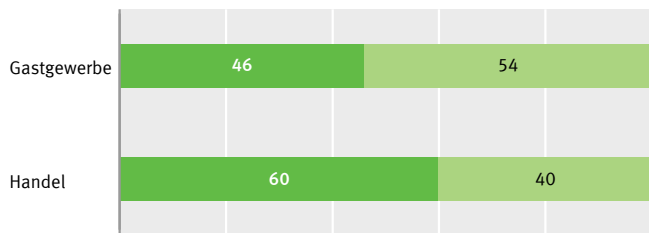
Nr. der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Umsatz	Produktionswert	Waren- und Dienstleistungskäufe	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten	Personalaufwendungen	Bruttobetriebsüberschuss
		Mill. EUR	Verhältnis zum Umsatz in %				
I	Gastgewerbe	63 616	101,2	56,4	45,9	30,0	15,2
55	Beherbergung	21 649	101,7	54,2	48,3	31,2	16,2
55.1	Hotels, Gasthöfe und Pensionen	19 278	101,6	54,8	47,5	31,6	15,0
55.2	Ferienunterkünfte und ähnliche Beherbergungsstätten	1 671	102,0	50,0	53,3	27,9	25,0
55.3	Campingplätze	431	99,7	45,5	56,4	23,0	33,1
56	Gastronomie	41 967	101,0	57,5	44,7	29,4	14,7
56.1	Restaurants, Gaststätten, Imbissstuben, Cafés, Eissalons u. Ä.	28 486	101,3	58,0	44,2	29,2	14,7
56.2	Caterer und Erbringung sonstiger Verpflegungsdienstleistungen	7 583	100,8	53,7	50,8	37,3	11,5
56.3	Ausschank von Getränken	5 898	99,8	60,0	39,2	20,3	18,5

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

Anteil der Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten 2010

in %

■ Vollzeit ■ Teilzeit



2012 - 01 - 0552

26.2 Tourismus

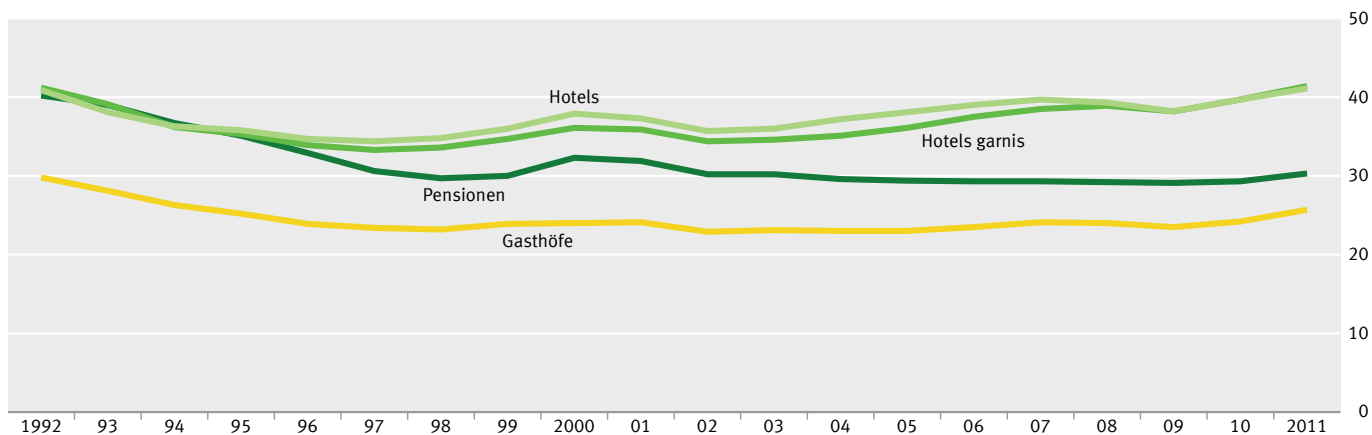
26.2.1 Beherbergungsbetriebe, Schlafgelegenheiten und Kapazitätsauslastungen 2011

	Geöffnete Beherbergungsbetriebe ¹	Veränderung gegenüber Vorjahr	Angebotene Schlafgelegenheiten ¹	Veränderung gegenüber Vorjahr	Durchschnittliche Auslastung der angebotenen Schlafgelegenheiten
	Anzahl	%	Anzahl	%	% ¹²
Insgesamt	54 949	-0,5	3 554 719	1,2	33,5
nach Ländern					
Baden-Württemberg	7 053	-0,1	393 961	0,1	34,8
Bayern	13 315	-2,1	709 252	0,4	33,0
Berlin	782	4,3	125 076	9,0	50,2
Brandenburg	1 695	4,0	126 166	1,8	28,6
Bremen	116	2,7	12 701	2,7	41,7
Hamburg	316	-0,3	48 639	3,7	54,4
Hessen	3 628	-0,2	249 772	0,9	34,3
Mecklenburg-Vorpommern	3 098	1,1	289 978	2,5	30,8
Niedersachsen	5 998	-1,7	385 781	-0,7	30,8
Nordrhein-Westfalen	5 459	1,3	360 233	2,7	34,6
Rheinland-Pfalz	3 925	1,0	243 849	2,4	27,1
Saarland	287	7,1	21 666	7,1	31,9
Sachsen	2 261	1,0	147 842	1,2	35,3
Sachsen-Anhalt	1 147	-1,3	74 069	0,2	28,7
Schleswig-Holstein	4 452	-2,6	258 027	-0,4	32,3
Thüringen	1 417	-1,1	107 707	-0,1	33,3
nach Betriebsarten					
Hotels, Gasthöfe, Pensionen	35 647	-0,6	1 750 003	1,6	38,6
Hotels (ohne Hotels garnis)	13 495	0,2	1 072 535	1,7	41,1
Hotels garnis	7 948	-0,8	342 647	3,9	41,4
Gasthöfe	8 654	-2,5	203 639	-1,7	25,7
Pensionen	5 550	0,6	131 182	0,5	30,3
Ferienunterkünfte und ähnliche					
Beherbergungsstätten	14 573	-1,0	686 251	-0,4	31,6
Erholungs- und Ferienheime	1 827	-2,4	134 998	-1,9	32,5
Ferienzentren	119	-5,3	63 150	1,0	41,5
Ferienhäuser und Ferienwohnungen ..	10 719	-1,1	331 799	-0,7	28,3
Jugendherbergen und Hütten	1 908	0,7	156 304	0,9	33,9
Campingplätze	3 028	2,7	888 228	1,4	10,5
Sonstige tourismusrelevante					
Unterkünfte	1 701	0,9	230 237	1,9	65,9
Vorsorge- und Rehabilitationskliniken .	902	-0,4	157 218	0,4	79,0
Schulungsheime	799	2,4	73 019	5,3	38,0

1 Stand: Juli.

2 Rechnerischer Wert (Übernachtungen/Bettentage) x 100.

Auslastung der angebotenen Schlafgelegenheiten in der Hotellerie in %



2012 - 01 - 0553

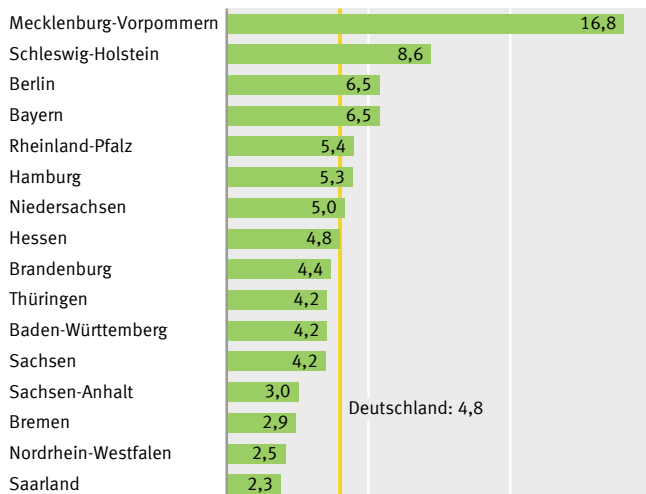
26.2 Tourismus

26.2.2 Ankünfte und Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben 2011

	Ankünfte		Darunter von Auslandsgästen		Übernachtungen		Darunter von Auslandsgästen	
	insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr	zusammen	Veränderung gegenüber Vorjahr	insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr	zusammen	Veränderung gegenüber Vorjahr
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Insgesamt	147 336	5,2	28 374	5,6	394 036	3,6	63 746	5,7
nach Ländern								
Baden-Württemberg	17 853	6,9	3 859	9,3	45 616	4,8	8 786	9,5
Bayern	29 838	5,6	6 733	3,7	80 957	4,0	14 084	4,6
Berlin	9 866	9,0	3 600	9,9	22 359	7,5	9 251	8,7
Brandenburg	4 053	4,4	337	-0,2	11 057	3,4	763	1,1
Bremen	1 100	6,0	213	3,3	1 931	6,5	407	3,4
Hamburg	5 083	7,4	1 001	9,6	9 530	6,5	2 042	10,2
Hessen	12 439	4,1	2 978	3,3	29 016	3,1	5 647	3,7
Mecklenburg-Vorpommern	6 812	2,2	300	-1,5	27 622	-0,2	798	-5,8
Niedersachsen	12 485	3,6	1 359	5,2	39 431	2,5	3 367	8,4
Nordrhein-Westfalen	19 510	5,0	4 126	7,8	44 245	5,1	8 823	7,1
Rheinland-Pfalz	8 208	6,9	1 909	1,8	21 533	4,7	5 378	-0,4
Saarland	802	6,7	111	15,6	2 330	4,6	279	21,0
Sachsen	6 727	4,9	718	0,1	17 339	3,4	1 634	1,7
Sachsen-Anhalt	2 886	3,9	203	-4,9	7 070	3,1	456	-3,7
Schleswig-Holstein	6 117	2,4	685	3,9	24 514	0,2	1 464	4,1
Thüringen	3 556	2,7	241	-2,9	9 487	1,1	566	-0,2
nach Betriebsarten								
Hotels, Gasthöfe, Pensionen	115 583	6,0	24 789	6,0	240 782	5,5	51 390	6,2
Hotels (ohne Hotels garnis)	78 985	5,5	17 885	5,6	158 236	5,0	35 886	5,2
Hotels garnis	23 431	8,9	5 220	8,9	50 401	7,9	11 691	9,5
Gasthöfe	8 561	3,5	1 110	-0,2	18 470	4,0	2 289	3,7
Pensionen	4 605	5,2	575	8,0	13 674	3,7	1 524	10,9
Ferienunterkünfte und ähnliche								
Beherbergungsstätten	19 021	1,8	2 103	3,6	73 280	0,8	7 843	5,4
Erholungs- und Ferienheime	4 289	-1,8	128	1,8	14 552	-3,0	502	1,6
Ferienzentren	2 201	1,7	522	1,3	9 123	0,3	2 403	0,7
Ferienhäuser und Ferienwohnungen	5 421	4,6	465	7,2	31 653	2,6	2 414	10,8
Jugendherbergen und Hütten	7 110	2,0	989	3,5	17 952	1,0	2 524	6,0
Campingplätze	7 137	4,4	1 372	1,3	24 960	2,3	3 849	0,2
Sonstige tourismusrelevante								
Unterkünfte	5 595	2,6	110	-0,4	55 015	0,3	665	2,8
Vorsorge- und Rehabilitationskliniken	2 147	-0,9	30	-17,1	44 922	-1,2	275	-6,1
Schulungsheime	3 448	4,9	80	7,6	10 093	7,6	390	10,1

Tourismusintensität 2011

Übernachtungen je 1 Mill. Einwohner/-innen



2012 - 01 - 0554

26 Gastgewerbe und Tourismus
 26.2 Tourismus
 26.2.3 Die Top 50 im Städtetourismus
 – Ankünfte und Übernachtungen 2011

	Ankünfte ¹		Übernachtungen ¹	
	1 000	Veränderung gegenüber Vorjahr %	1 000	Veränderung gegenüber Vorjahr %
1 Berlin	9 866	9,0	22 359	7,5
2 München	5 931	6,5	11 738	5,9
3 Hamburg	5 083	7,4	9 530	6,5
4 Frankfurt am Main	3 874	5,1	6 384	5,2
5 Köln	2 847	9,7	4 970	8,6
6 Düsseldorf	2 263	6,6	3 843	7,1
7 Dresden	1 790	6,0	3 820	7,4
8 Stuttgart	1 577	6,9	2 901	7,4
9 Nürnberg	1 404	5,1	2 518	4,5
10 XXX ²
11 Hannover	1 182	6,3	2 106	9,3
12 Bremen	910	6,0	1 555	6,8
13 Freiburg im Breisgau	700	6,4	1 381	7,1
14 Bonn	690	8,6	1 296	7,2
15 Lübeck	621	4,6	1 391	4,7
16 Rostock	608	2,4	1 535	0,3
17 Münster	606	7,4	1 313	6,1
18 Essen	600	-9,4	1 303	-4,1
19 Dortmund	595	8,1	931	8,1
20 Heidelberg	578	6,3	1 077	5,8
21 Karlsruhe	540	4,3	987	4,6
22 Regensburg	532	6,0	918	5,9
23 Mainz	530	8,9	841	8,4
24 Wiesbaden	510	-3,4	1 025	-0,3
25 Mannheim	495	14,6	1 087	8,1
26 Würzburg	454	2,2	719	2,4
27 Kassel	436	7,6	772	6,7
28 Aachen	435	7,3	864	2,1
29 Trier	420	1,7	778	-0,2
30 XXX ²
31 Potsdam	392	2,8	910	3,2
32 Koblenz	377	34,4	744	33,7
33 Augsburg	362	6,0	645	5,6
34 Bochum	361	3,3	588	1,3
35 Magdeburg	313	-1,9	533	4,6
36 XXX ²
37 Darmstadt	296	1,9	585	-1,9
38 Bielefeld	283	1,5	515	4,7
39 Ulm	276	14,7	455	15,5
40 Braunschweig	275	2,8	487	1,6
41 Saarbrücken	260	6,5	481	10,1
42 Erlangen	248	5,1	501	9,4
43 Wolfsburg	248	6,7	505	6,2
44 Göttingen	243	1,5	430	5,1
45 Neuss	242	8,4	395	6,3
46 XXX ²
47 Ingolstadt	227	4,3	412	10,0
48 Wuppertal	214	4,3	493	7,7
49 Oberhausen	209	8,9	443	37,7
50 Duisburg	205	1,5	402	-1,6

1 In Beherbergungsbetrieben.
 2 In diesen Städten sind Rückschlüsse auf einzelne Betriebe möglich. Daher unterliegen sie der statistischen Geheimhaltung.

26.2.4 Ankünfte und Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben nach dem Herkunftsland der Gäste 2011

Herkunftsland (Ständiger Wohnsitz)	Ankünfte		Übernachtungen		Veränderung gegenüber Vorjahr %
	1 000	Veränderung gegenüber Vorjahr %	1 000	% ¹	
Insgesamt	147 336	5,2	394 036	100,0	3,6
Deutschland	118 962	5,2	330 290	83,8	3,2
Ausland	28 374	5,6	63 746	16,2	5,7
Europa	21 657	6,0	48 714	76,4	6,0
dar.: Belgien	1 193	5,3	2 756	4,3	4,3
Bulgarien	68	21,4	174	0,3	22,1
Dänemark	1 243	2,4	2 584	4,1	2,2
Estland	42	12,8	80	0,1	16,9
Finland	294	4,6	600	0,9	4,5
Frankreich	1 462	7,0	2 933	4,6	7,2
Griechenland	161	-3,2	414	0,6	-5,5
Irland	135	-4,2	312	0,5	-5,8
Island	38	4,5	88	0,1	-0,2
Italien	1 538	1,0	3 263	5,1	-0,9
Lettland	50	18,4	100	0,2	18,6
Litauen	73	7,3	139	0,2	10,5
Luxemburg	220	2,1	518	0,8	2,0
Malta	12	1,5	31	0,0	4,0
Niederlande	4 036	3,0	10 653	16,7	1,6
Norwegen	389	0,4	749	1,2	2,1
Österreich	1 495	7,7	3 031	4,8	6,8
Polen	684	13,1	1 716	2,7	24,2
Portugal	121	0,3	290	0,5	-0,8
Rumänien	171	11,0	465	0,7	15,8
Russische Föderation	737	24,9	1 787	2,8	20,2
Schweden	847	-1,4	1 525	2,4	0,7
Schweiz	2 301	13,5	4 765	7,5	13,8
Slowakei	87	11,0	268	0,4	21,9
Slowenien	75	7,6	183	0,3	15,4
Spanien	890	5,5	2 045	3,2	6,0
Tschechische Republik	359	11,8	766	1,2	13,9
Türkei	224	15,9	520	0,8	13,5
Ukraine	93	23,7	206	0,3	16,9
Ungarn	225	10,5	618	1,0	21,1
Vereinigtes Königreich	2 055	3,4	4 296	6,7	2,8
Zypern	14	3,8	37	0,1	3,5
Sonstige europäische Länder zusammen	325	10,3	799	1,3	14,0
Afrika	193	0,1	505	0,8	-1,9
dar. Südafrika	68	2,4	157	0,3	5,1
Asien	2 680	12,1	6 148	9,6	12,1
dar.: Arabische Golfstaaten	343	2,1	1 007	1,6	4,0
China (einschl. Hongkong)	637	24,7	1 323	2,1	21,0
Indien	161	13,5	547	0,9	20,1
Israel	204	8,4	555	0,9	9,8
Japan	643	6,1	1 185	1,9	9,3
Korea, Republik	173	19,7	347	0,5	17,6
Amerika	2 914	1,1	6 429	10,1	1,2
dar.: Kanada	282	2,4	598	0,9	3,2
Vereinigte Staaten	2 164	-1,9	4 662	7,3	-2,3
Mittelamerika/Karibik	84	8,1	212	0,3	8,3
Brasilien	237	21,6	587	0,9	21,6
Australien, Ozeanien	324	1,0	732	1,2	2,9
dar. Australien	282	2,1	638	1,0	3,9
Ohne Angaben	606	-8,7	1 220	1,9	-5,7

1 Deutschland und Ausland: Anteil am „Insgesamt“; andere Länder bzw. Ländergruppen: Anteil am „Ausland“.

Methodik

Eine wirtschaftliche Tätigkeit kann grundsätzlich aus institutioneller oder aus funktionaler Sicht betrachtet werden. Institutionell bedeutet, dass die Daten alle Einheiten umfassen, deren Haupttätigkeit die jeweilige wirtschaftliche Tätigkeit ist. Dabei fließen in die Ergebnisse alle Angaben dieser Einheiten ein, also auch die Angaben aus anderen Tätigkeiten. Funktional bedeutet, dass die Daten alle Einheiten umfassen, die diese Tätigkeit überhaupt ausüben, und zwar auch dann, wenn es sich nicht um die Haupttätigkeit der Einheit handelt. Dabei fließen in die Ergebnisse nur die Angaben ein, die aus der zu untersuchenden Tätigkeit stammen.

In diesem Kapitel enthalten die Tabellen zum Gastgewerbe eine institutionelle Sicht, die Tabellen zum Tourismus dagegen eine funktionale.

■ Gastgewerbe

Die **Gastgewerbestatistik** umfasst monatliche und jährliche Stichprobenerhebungen. Die EU-einheitliche Wirtschaftszweikklassifikation (NACE) definiert den Erhebungsbereich der Gastgewerbestatistik (Abschnitt I). Er untergliedert sich in die Abteilungen 55 „Beherbergungsstatistik“ und 56 „Gastronomie“. Die Statistik erfasst alle Unternehmen mit Sitz in Deutschland, die ausschließlich oder überwiegend Beherbergungs- oder Gaststättenleistungen anbieten (einschließlich Kantinen und Catering). Darunter sind Unternehmen zu verstehen, die entweder gegen Bezahlung Übernachtung für eine begrenzte Zeit anbieten (auch mit Abgabe von Speisen und Getränken) oder die Speisen oder Getränke im Allgemeinen zum Verzehr an Ort und Stelle abgeben. Die Unternehmen müssen dabei stets für das Gesamtunternehmen melden, also unter Einschluss auch solcher Arbeitsstätten, in denen andere als Gastgewerbetätigkeiten überwiegen (z. B. Herstellung von Nahrungs- und Genussmitteln, „Café-Konditorei“). Die jährliche Stichprobe umfasst höchstens 12 000 Unternehmen aus dem Gastgewerbe. In den monatlichen Stichprobenerhebungen sind nur 10 000 Unternehmen mit einem jährlichen Mindestumsatz von 50 000 Euro repräsentiert.

Rechtsgrundlage der monatlichen und jährlichen Gastgewerbestatistik ist das Gesetz über die Neuordnung der Statistik im Handel und Gastgewerbe (Handelsstatistikgesetz – HdlStatG) in der jeweils aktuellen Fassung.

Zum Erhebungsprogramm der **Monatserhebung** im Gastgewerbe gehören der Monatsumsatz sowie die Anzahl der tätigen Personen, unterteilt nach Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten. Ziel der monatlichen Berichterstattung im Gastgewerbe ist die Darstellung der konjunkturellen Entwicklung. Die Gastgewerbestatistik liefert zudem Informationen über die Verwendung von Teilen des privaten Konsums. Die Monatserhebung wird in Abgrenzung zur jährlichen Strukturhebung auch als Konjunkturerhebung bezeichnet.

Die **Jahreserhebung** im Gastgewerbe stellt eine wichtige Ergänzung der Ergebnisse der monatlichen Gastgewerbestatistik dar. Erst die Ergebnisse der Jahreserhebung können die wirtschaftspolitisch bedeutsamen Informationen über die Struktur der Unternehmen auch zur Beurteilung der Rentabilität und der Produktivität im Gastgewerbe vermitteln. Zum Erhebungsprogramm der Jahreserhebung gehören die Erfassung des Jahresumsatzes, der Investitionen, des Wareneingangs und der Warenbestände am Anfang und am Ende des Jahres. Die Erhebung erfasst weiterhin die Anzahl der tätigen Personen, die Personalaufwendungen sowie die Sozialabgaben.

Die Daten werden in einer schriftlichen Befragung von Unternehmen erhoben. Es besteht zudem die Möglichkeit, die Daten online oder telefonisch zu melden. Für die Erhebung besteht Auskunftspflicht. Auskunftspflichtig sind die Inhaberinnen und Inhaber oder Leiterinnen und Leiter der Unternehmen. Die Befragung wird dezentral von den Statistischen Ämtern der Länder durchgeführt. Das Statistische Bundesamt stellt aus den Länderergebnissen Bundesergebnisse zusammen.

Das Statistische Bundesamt veröffentlicht Ergebnisse der monatlichen Gastgewerbestatistik in der Regel 45 Tage nach Ende des Berichtsmonats. Ergebnisse der Jahreserhebung erscheinen in der Regel 18 Monate nach Ende des Berichtsjahres,

da erfahrungsgemäß die Unternehmen die meisten der Angaben für die Jahreserhebung ihren Jahresabschlüssen entnehmen.

Grundsätzlich sind die Ergebnisse der Monatserhebung im Gastgewerbe – auch für die hohen Anforderungen der amtlichen Statistik – als präzise einzustufen, nicht zuletzt aufgrund des großen Stichprobenumfangs. Gleichwohl ist jede Statistik stets mit einem Unschärfbereich behaftet, selbst wenn sie mit größter Gründlichkeit durchgeführt wird. Zudem unterliegt die Gastgewerbestatistik aufgrund der vielen Veränderungen innerhalb des Berichtsfirmenkreises einer gewissen Dynamik.

Die Veränderungsdaten der monatlichen Erhebungen und der Jahreserhebungen können voneinander abweichen. Ursache ist unter anderem das Stichtagsprinzip, das in der Jahreserhebung angewendet wird. Zudem sind in der Monatserhebung nur Unternehmen einbezogen, die die vorgeannten Mindestumsätze übertreffen. Dagegen basieren die Ergebnisse der Jahreserhebung auf allen Stichprobenunternehmen. Der Berichtsfirmenkreis ist somit unterschiedlich groß.

Die in der Jahreserhebung erhobenen Merkmale überschneiden sich zum Teil mit den Merkmalen **anderer Erhebungen**. Zu nennen sind hier insbesondere die Umsatzsteuer- sowie die Beschäftigtenstatistik. Die Umsatzsteuerstatistik weist tendenziell höhere Umsätze aus als die Gastgewerbestatistik. Ein Grund hierfür ist, dass die Umsatzsteuerstatistik auch Ergebnisse von Unternehmen enthält, die während des Berichtsjahres aufgelöst wurden oder die nur saisonal aktiv waren. Differenzen zwischen der Beschäftigtenstatistik und der Gastgewerbestatistik bestehen in den Angaben zur Zahl der tätigen Personen. Diese erklären sich ebenfalls durch unterschiedliche methodische Konzepte.

■ Tourismus

Die **Monatserhebung im Tourismus** ist die zentrale statistische Informationsquelle zum Inlandstourismus in Deutschland. Es handelt sich hierbei um eine Totalerhebung mit einer sogenannten Abschneidegrenze. Es werden also nur Betriebe betrachtet, die eine bestimmte Mindestgröße aufweisen.

Zweck der monatlichen Erhebung im Tourismus ist zum einen die kurzfristige Information über die konjunkturelle Entwicklung im Beherbergungsgewerbe. Darüber hinaus liefert sie aber auch Informationen über Strukturen des Inlandstourismus. Ihre Ergebnisse dienen als Grundlage für tourismuspolitische Entscheidungen, für infrastrukturelle Planungen sowie für Maßnahmen der Tourismuswerbung und der Marktforschung. Mit den Ergebnissen, die aus der Monatserhebung im Tourismus gewonnen werden, werden auch Datenlieferungsverpflichtungen gegenüber der EU erfüllt.

Rechtsgrundlage der Monatserhebung im Tourismus ist das Gesetz zur Neuordnung der Statistik über die Beherbergung im Reiseverkehr (Beherbergungsstatistikgesetz – BeherbStatG) in der jeweils aktuellen Fassung.

Berichtspflichtig sind bis einschließlich des Berichtsjahres 2011 alle Beherbergungsbetriebe, die nach Einrichtung und Zweckbestimmung dazu dienen, mehr als acht Gäste gleichzeitig vorübergehend zu beherbergen. Bei Campingplätzen werden alle Betriebe mit mehr als zwei Stellplätzen erfasst. Insgesamt sind zurzeit ca. 56 000 Beherbergungsbetriebe berichtspflichtig.

Gesamtdeutsche Ergebnisse sind ab dem Berichtsjahr 1992 verfügbar und bis einschließlich des Berichtsjahres 2011 vergleichbar. Ab dem Berichtsmonat Januar 2012 gibt es einen Bruch in der Zeitreihe. Dieser erfolgt aufgrund einer Änderung des Beherbergungsstatistikgesetzes, das im Einklang mit der neuen EU-Verordnung zur Tourismusstatistik eine neue Abschneidegrenze bei der Erhebung vorsieht. Bei den Beherbergungsbetrieben wird die Anzahl der Schlafgelegenheiten von neun auf zehn und bei den Campingplätzen von drei auf zehn Stellplätze angehoben.

Die Erhebung erstreckt sich auf die Gruppen 55.1 „Hotels, Gasthöfe und Pensionen“, 55.2 „Ferienunterkünfte und ähnliche Beherbergungsstätten“ und

Methodik

55.3 „Campingplätze“ im Abschnitt I (Gastgewerbe) sowie auf Vorsorge- und Rehabilitationskliniken (Wirtschaftsunterklasse 86.10.3 im Abschnitt Q) und auf Schulungsheime (Wirtschaftsklassen 85.53 und 85.59 im Abschnitt P) der nationalen Wirtschaftszweigklassifikation 2008 (WZ 2008). Erhoben wird die Zahl der Gästekünfte sowie der Übernachtungen, bei Gästen aus dem Ausland auch deren Herkunftsland. Außerdem erfasst die Erhebung als Kapazitätsangaben die Zahl der Schlafgelegenheiten, die Zahl der Stellplätze auf Campingplätzen sowie bei Betrieben der Hotellerie (Hotels, Hotels garnis, Gasthöfe, Pensionen) jährlich auch die Zahl der Gästezimmer zum Stand 31.7. Im Bereich des Campings wird nur das Urlaubscamping erhoben, nicht jedoch das Dauercamping.

Die Aktualität ist ein wesentliches Qualitätskriterium für die Monatserhebung im Tourismus. Ein erstes Bundesergebnis wird in der Regel innerhalb von 40 Tagen nach Ablauf des Berichtsmonats als Pressemitteilung auf der Homepage des Statistischen Bundesamtes veröffentlicht. Etwa zwei Wochen später erscheint die monatliche Fachserie mit ausführlichen und tief gegliederten Ergebnissen. Diese Veröffentlichung ist im Internet kostenfrei als Download verfügbar. Das Jahrbuch weist einen Teil der Jahresergebnisse der Monatserhebung im Tourismus in den vorliegenden Tabellen nach.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken finden Sie in unseren „Qualitätsberichten“ (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

Glossar

Angebotene Betten | Die Anzahl der Schlafgelegenheiten, die am letzten Öffnungstag eines Beherbergungsbetriebes im Berichtsmonat tatsächlich angeboten werden.

Ankünfte | Die Zahl der Anmeldungen von Gästen in einem Beherbergungsbetrieb innerhalb des Berichtszeitraums, die zum vorübergehenden Aufenthalt eine Schlafgelegenheit belegen.

Beherbergungsbetriebe | Betriebe, die nach Einrichtung und Zweckbestimmung dazu dienen, mehr als acht Gäste im Reiseverkehr gleichzeitig zu beherbergen, d.h. die über mehr als acht Schlafgelegenheiten verfügen. Dies entspricht bei Campingplätzen mehr als zwei Stellplätzen, da ein Stellplatz mit vier Schlafgelegenheiten gleichgesetzt wird. Zu den Beherbergungsbetrieben zählen auch Unterkünfte, die die Gästebeherbergung nur als Nebenzweck betreiben.

Beherbergung im Reiseverkehr | Die Unterbringung von Personen, die sich nicht länger als ein Jahr ohne Unterbrechung an einem anderen Ort als ihrem gewöhnlichen Wohnsitz aufhalten. Der vorübergehende Ortswechsel kann durch Urlaub und Freizeitaktivitäten veranlasst sein, aber auch durch die Wahrnehmung privater und geschäftlicher Kontakte, den Besuch von Tagungen und Fortbildungsveranstaltungen, Maßnahmen zur Wiederherstellung der Gesundheit oder sonstige Gründe.

Bruttobetriebsüberschuss | Er berechnet sich wie folgt:

Bruttobetriebsüberschuss =
 Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten
 – Personalaufwendungen

Bruttoinvestitionen in Sachanlagen | Sie umfassen Bruttozugänge an aktivierten Sachanlagen, bewertet zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten ohne Abzug von Abschreibungen.

Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten | Sie ist ein Maß für die Beurteilung der wirtschaftlichen Leistung und beinhaltet die Bruttoerträge durch betriebliche Aktivitäten nach Abzug der Waren- und Dienstleistungskäufe und nach Anpassung bezüglich der betrieblichen Subventionen und indirekten Steuern. Sie errechnet sich wie folgt:

Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten =
 Umsatz
 + selbsterstellte Anlagen
 + sonstige betriebliche Erträge (ohne Subventionen)
 +/- Vorratsveränderungen bei Waren und Dienstleistungen
 – Waren- und Dienstleistungskäufe
 – betriebliche Steuern und Abgaben
 + Subventionen

Campingplätze | Das sind abgegrenzte Gelände, die jedermann zum vorübergehenden Aufstellen von mitgebrachten Wohnwagen, Reise- bzw. Wohnmobilen oder Zelten zugänglich sind. Die Monatshebung im Tourismus berücksichtigt nur Campingplätze, die Urlaubscamping anbieten, nicht aber sogenannte Dauercampingplätze. Die Unterscheidung zwischen Urlaubs- oder Dauercamping knüpft an die vertraglich vereinbarte Dauer der Campingplatzbenutzung an. Im Urlaubscamping wird der Stellplatz in der Regel für die Dauer von Tagen oder Wochen gemietet, im Dauercamping dagegen zumeist auf Monats- oder Jahresbasis.

Durchschnittliche Aufenthaltsdauer | Sie wird ermittelt, indem die Zahl der Übernachtungen durch die der Ankünfte geteilt wird (Übernachtungen/Ankünfte). Sie kann z. B. in Orten mit Vorsorge- und Rehabilitationskliniken rechnerisch höher sein als die Zahl der Kalendertage des Berichtszeitraums.

Durchschnittliche Auslastung der Schlafgelegenheiten | Hier handelt es sich um einen rechnerischen Wert, der die Inanspruchnahme der Schlafgelegenheiten in einem Berichtszeitraum ausdrückt. Die prozentuale Angabe wird ermittelt, indem die Zahl der Übernachtungen durch die sogenannten „Bettentage“ geteilt wird. Letztere sind das Produkt aus angebotenen Schlafgelegenheiten und der Zahl der Tage, an denen ein Betrieb im Berichtszeitraum tatsächlich geöffnet hatte. Das Produkt

beschreibt damit die im Berichtszeitraum angebotene Bettenkapazität ((Übernachtungen/angebotene Bettentage) x 100).

Erholungs- und Ferienheime | Beherbergungsbetriebe, die nur bestimmten Personenkreisen zugänglich sind, z. B. Mitgliedern eines Vereins oder einer Organisation, Beschäftigten eines Unternehmens, Kindern, Müttern, Betreuten sozialer Einrichtungen. Die Betriebe geben Speisen und Getränke nur an Hausgäste ab.

Ferienhäuser, -wohnungen | Beherbergungsbetriebe, die jedermann zugänglich sind. Speisen und Getränke werden nicht abgegeben, aber eine Kochgelegenheit ist vorhanden.

Ferienzentren | Beherbergungsbetriebe, die jedermann zugänglich sind und die dazu dienen, wahlweise unterschiedliche Wohn- und Aufenthaltsmöglichkeiten sowie gleichzeitig Freizeiteinrichtungen in Verbindung mit Einkaufsmöglichkeiten und persönlichen Dienstleistungen zum vorübergehenden Aufenthalt anzubieten. Als Mindestausstattung gilt das Vorhandensein von Hotelunterkunft und anderen Wohngelegenheiten auch mit Kochgelegenheit, einer Gaststätte sowie Einkaufsmöglichkeiten zur Deckung des täglichen Bedarfs und des Freizeitbedarfs. Ferner müssen Einrichtungen für persönliche Dienstleistungen vorhanden sein, z. B. Massageeinrichtungen, Solarium, Sauna, Friseur, sowie Einrichtungen zur aktiven Freizeitgestaltung, z. B. Schwimmbad, Tennis-, Tischtennis-, Minigolf- oder Trimm-Dich-Anlagen.

Gastgewerbe | Dazu zählen Unternehmen mit Sitz in Deutschland, die ausschließlich oder überwiegend Beherbergungs- oder Gaststättenleistungen anbieten (einschließlich Kantinen und Catering). Unternehmen mit Beherbergungs- oder Gaststättenleistungen bieten entweder gegen Bezahlung Übernachtung für eine begrenzte Zeit an (auch mit Abgabe von Speisen und Getränken). Oder sie geben Speisen oder Getränke im Allgemeinen zum Verzehr an Ort und Stelle ab. Nicht zum Gastgewerbe zählen Trink- und Imbisshallen, die Zeitungen, Süßwaren, Tabakwaren, Andenken und dergleichen verkaufen. Sie zählen zum Einzelhandel.

Gasthöfe | Beherbergungsbetriebe, die jedermann zugänglich sind und in denen in der Regel keine weiteren Aufenthaltsräume zur Verfügung stehen (außer dem auch für Passantinnen und Passanten zugänglichen Gastraum).

Herkunftsländer | Für die Zuordnung zum Herkunftsland ist grundsätzlich der ständige Wohnsitz oder der gewöhnliche Aufenthaltsort der Gäste maßgebend, nicht dagegen deren Staatsangehörigkeit bzw. Nationalität.

Hotels | Beherbergungsbetriebe, die jedermann zugänglich sind und in denen ein Restaurant – auch für Passantinnen und Passanten – vorhanden ist. In der Regel stehen auch weitere Einrichtungen oder Räume für unterschiedliche Zwecke zur Verfügung (Konferenzen, Seminare, Sport, Freizeit, Erholung).

Hotels garnis | Beherbergungsbetriebe, die jedermann zugänglich sind und die als Mahlzeit höchstens ein Frühstück anbieten.

Jugendherbergen und Hütten | Beherbergungsbetriebe, die in der Regel eine einfache Ausstattung aufweisen und vorzugsweise Jugendlichen oder Angehörigen der sie tragenden Organisation (z. B. Wanderverein) zur Verfügung stehen. Sie geben Speisen und Getränke im Allgemeinen nur an Hausgäste ab.

Pensionen | Beherbergungsbetriebe, die jedermann zugänglich sind und die Speisen und Getränke nur an Hausgäste abgeben.

Personalaufwendungen | Alle Geld- und Sachbezüge der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Sozialaufwendungen.

Produktionswert | Er gibt den Wert der produzierten Waren und Dienstleistungen an und berechnet sich wie folgt:

Produktionswert =
 Umsatz
 + selbsterstellte Anlagen
 + sonstige betriebliche Erträge (ohne Subventionen)
 +/- Vorratsveränderungen bei fertigen und unfertigen Erzeugnissen aus eigener Produktion
 +/- Vorratsveränderungen von zum Wiederverkauf in unverändertem Zustand gekauften Waren und Dienstleistungen
 – Käufe von Waren und Dienstleistungen zum Wiederverkauf in unverändertem Zustand

Reisegebiete | Regionen, die in Zusammenarbeit mit den Statistischen Landesämtern erstellt wurden und die sich im Wesentlichen an den Zuständigkeitsbereichen der regionalen Tourismusverbände und an naturräumlichen Gegebenheiten orientieren. In Bayern heißen die entsprechenden Regionen Tourismusregionen. Für die Stadtstaaten sind keine Reisegebiete definiert.

Schlafgelegenheiten | Das sind die Betten in einem Beherbergungsbetrieb. Doppelbetten zählen dabei als zwei Schlafgelegenheiten. Nicht berücksichtigt sind behelfsmäßige Schlafgelegenheiten (z. B. Zustellbetten, Kinderbetten). Im Campingbereich wird gemäß einer Vorgabe der Europäischen Kommission ein Stellplatz mit vier Betten gleichgesetzt.

Schulungsheime | Beherbergungsbetriebe, die nach Einrichtung und Zweckbestimmung dazu dienen, Unterricht außerhalb des regulären Schul- und Hochschulsystems anzubieten. Sie dienen überwiegend der Erwachsenenbildung.

Tätige Personen | Die Gesamtzahl der Beschäftigten einschließlich mitarbeitender Inhaberinnen und Inhaber bzw. Teilhaberinnen und Teilhaber und unbezahlt mithelfender Familienangehöriger sowie alle Personen, die ein arbeitsrechtliches Verhältnis zum Unternehmen bzw. Betrieb haben.

Übernachtungen | Die Zahl der Übernachtungen von Gästen, die im Berichtszeitraum in einem Beherbergungsbetrieb ankamen oder aus dem vorherigen Berichtszeitraum noch anwesend waren.

Umsatz | Er umfasst die insgesamt in Rechnung gestellten Beträge, die den Verkäufen von Waren und Dienstleistungen an Dritte entsprechen, einschließlich Steuern und Abgaben (ohne Umsatzsteuer).

Unternehmen | Die amtliche Statistik definiert ein Unternehmen als kleinste rechtlich selbstständige Einheit, die aus handels- bzw. steuerrechtlichen Gründen Bücher führt. Ferner muss das Unternehmen eine jährliche Feststellung des Vermögensbestandes bzw. des Erfolgs der wirtschaftlichen Tätigkeit vornehmen. Hierzu zählen auch Einrichtungen zur Ausübung einer freiberuflichen Tätigkeit.

Vorsorge- und Rehabilitationskliniken | Beherbergungsbetriebe, die unter ärztlicher Leitung stehen und ausschließlich oder überwiegend Kurgästen zur Verfügung stehen. Als Kurgäste gelten Personen, die sich aufgrund einer ärztlichen Verordnung in der Klinik vorübergehend aufhalten. Das Ziel des Aufenthalts ist die Erhaltung oder Wiederherstellung ihrer Gesundheit oder der Berufs- oder Arbeitsfähigkeit sowie die Inanspruchnahme der allgemein angebotenen Kureinrichtungen außerhalb des Beherbergungsbetriebs. Zu den Vorsorge- und Rehabilitationskliniken zählen auch Kinderheilstätten, Sanatorien, Kur- und ähnliche Krankenhäuser (Fachabteilungen anderer Krankenhäuser). Im Unterschied zur Krankenhausstatistik erfasst die Beherbergungsstatistik Vorsorge- und Rehabilitationskliniken nur dann, wenn die dort untergebrachten Personen überwiegend in der Lage sind, während des vorübergehenden Aufenthaltes die Klinik zu verlassen und die Tourismusangebote der Gemeinde in Anspruch zu nehmen.

Waren- und Dienstleistungskäufe | Sie umfassen den Wert aller Waren und Dienstleistungen, die für den Wiederverkauf, die Verwendung im Produktionsprozess oder im Rahmen der betrieblichen Leistungserstellung gekauft werden, mit Ausnahme von Anlagegütern.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Standardveröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen kostenfrei downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 190 amtlichen Statistiken. Daten zu *Gastgewerbe*, *Tourismus* finden Sie unter dem Menüpunkt › Themen, Code 45

Weitere Veröffentlichungen zu den Themen

■ Gastgewerbe

Wirtschaft und Statistik

Heft 11/10 | Die neue automatisierte Stichprobenrotation bei den Handels- und Gastgewerbestatistiken

■ Tourismus

Fachserie 6 Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus

Reihe 7.1 | Tourismus

Fachberichte

| Tourismus in Zahlen

Wirtschaft und Statistik

Heft 4/12 | Inlandstourismus 2011

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter +49 (0)6 11 / 75 48 50 (Gastgewerbe), +49 (0)6 11 / 75 48 51 (Tourismus).

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.



27 Weitere Dienstleistungen

6,1 Millionen Personen in **737 000 Unternehmen** tätig | 2010
Umsatz von **685 Milliarden Euro** erwirtschaftet | Knapp **ein Drittel**
davon durch **Informations- und Kommunikationsunternehmen**
erzielt | Jobmotor **Freie Berufe: 452 000 Personen** arbeiteten in
Architektur- und Ingenieurbüros, 344 000 in **Wirtschafts-**
prüfung, Steuerberatung sowie Buchführung und **243 000** in
Rechtsberatung

Seite

617 **Auf einen Blick**

Tabellen

618 **Strukturdaten der Unternehmen in weiteren Dienstleistungsbereichen**

Unternehmen | Tätige Personen | Umsatz | Bruttowertschöpfung | Bruttoinvestitionen

620 **Betriebswirtschaftliche Kennzahlen der Unternehmen in weiteren Dienstleistungsbereichen**

Umsatz | Produktionswert | Waren- und Dienstleistungskäufe | Bruttowertschöpfung | Personalaufwendungen |
Bruttobetriebsüberschuss

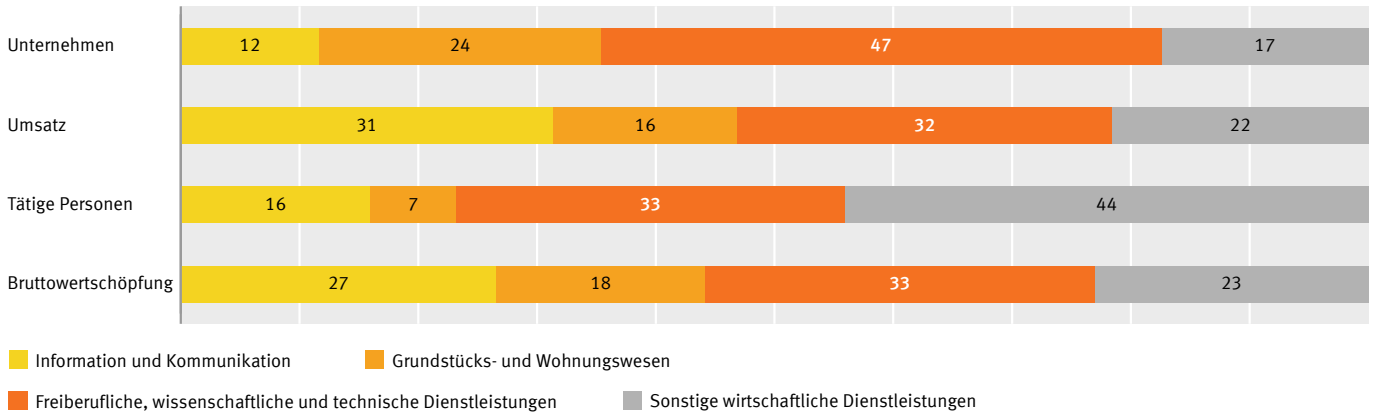
623 **Methodik**

624 **Glossar**

625 **Mehr zum Thema**

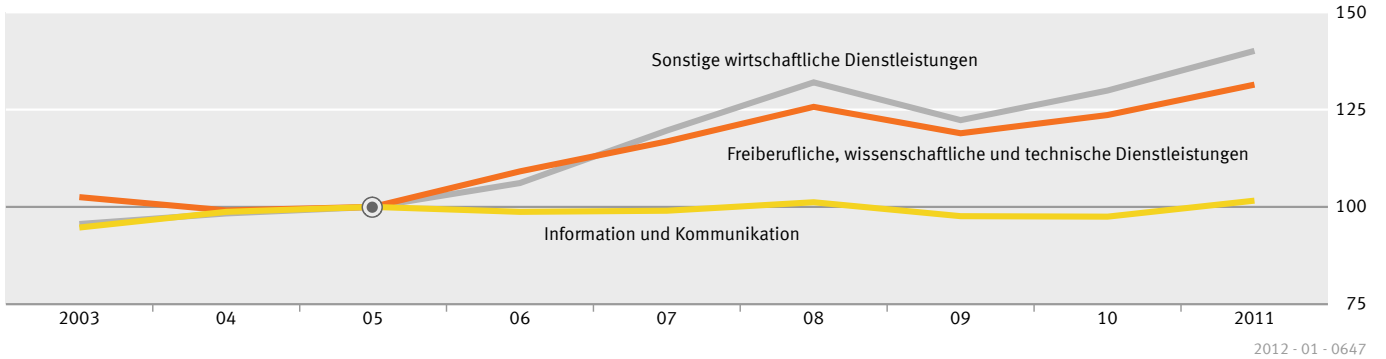
27.0 Auf einen Blick

Unternehmen, Umsatz, tätige Personen und Bruttowertschöpfung in weiteren Dienstleistungsbereichen 2010
in %



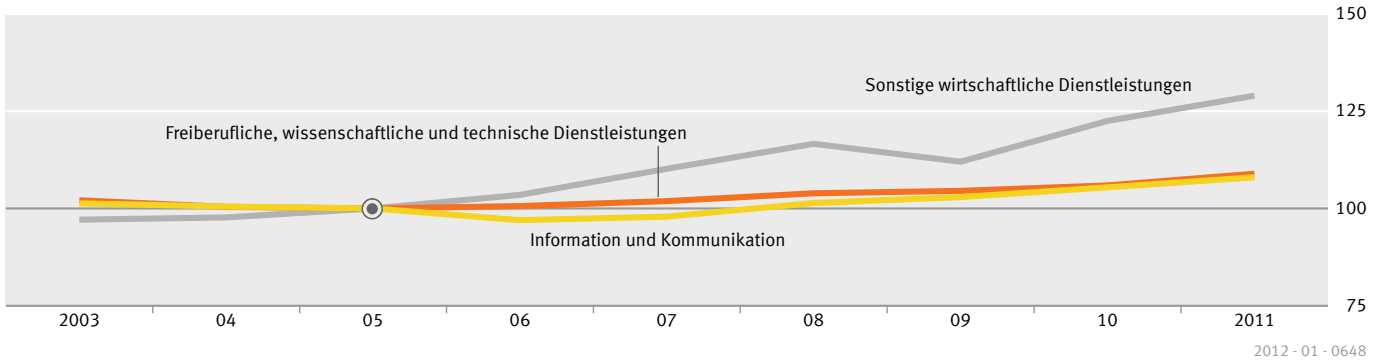
2012 - 01 - 0646

Umsätze in ausgewählten Dienstleistungsbereichen
2005 = 100



2012 - 01 - 0647

Tätige Personen in ausgewählten Dienstleistungsbereichen
2005 = 100



2012 - 01 - 0648

27.1 Strukturdaten der Unternehmen in weiteren Dienstleistungsbereichen 2010

Nr.der Klassifikation ¹⁾	Wirtschaftsgliederung	Unternehmen	Tätige Personen	Umsatz	Brutto- wertschöpfung zu Faktorkosten	Brutto- investitionen
		Anzahl		Mill. EUR		
J	Information und Kommunikation	85 990	978 750	214 819	90 362	16 336
58	Verlagswesen	6 831	200 473	29 855	12 284	801
58.1	Verlegen von Büchern und Zeitschriften; sonstiges Verlagswesen (ohne Software)	6 325	193 304	28 706	11 745	767
58.2	Verlegen von Software	507	7 169	1 149	539	34
59	Herstellung, Verleih und Vertrieb von Filmen und Fernsehprogrammen; Kinos; Tonstudios und Verlegen von Musik	8 303	58 069	8 765	3 467	483
59.1	Herstellung von Filmen und Fernsehprogrammen, deren Verleih und Vertrieb; Kinos	6 407	52 104	7 467	3 010	448
59.2	Tonstudios; Herstellung von Hörfunkbeiträgen; Verlegen von bespielten Tonträgern und Musikalien	1 896	5 966	1 298	456	35
60	Rundfunkveranstalter	400	32 990	14 102	5 983	1 134
60.1	Hörfunkveranstalter	246	11 795	2 617	1 602	68
60.2	Fernsehveranstalter	154	21 195	11 485	4 381	1 066
61	Telekommunikation	2 481	131 030	72 660	26 110	9 173
61.1	Leitungsgebundene Telekommunikation	521	62 118	34 907	14 011	4 791
61.2	Drahtlose Telekommunikation	431	25 082	22 477	7 896	3 409
61.3	Satellitenkommunikation	165	948	425	107	22
61.9	Sonstige Telekommunikation	1 365	42 881	14 851	4 096	952
62	Erbringung von Dienstleistungen der Informationstechnologie	57 737	483 653	80 800	38 081	4 205
63	Informationsdienstleistungen	10 237	72 534	8 636	4 437	540
63.1	Datenverarbeitung, Hosting und damit verbundene Tätigkeiten; Webportale	3 292	37 269	5 544	2 810	432
63.9	Erbringung von sonstigen Informationsdienstleistungen	6 945	35 265	3 092	1 627	107
K ¹⁾	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen					
65	Versicherungen, Rückversicherungen und Pensionskassen (ohne Sozialversicherung)	874	152 366	236 621	/	.
65.1	Versicherungen	640	140 055	181 307	/	.
65.2	Rückversicherungen	36	10 634	43 307	/	.
65.3	Pensionskassen und Pensionsfonds	198	1 677	12 007	950	.
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	174 515	440 747	106 169	59 728	27 817
68	Grundstücks- und Wohnungswesen	174 515	440 747	106 169	59 728	27 817
68.1	Kauf und Verkauf von eigenen Immobilien	4 218	14 952	7 208	2 661	2 021
68.2	Vermietung, Verpachtung von eigenen oder geleaste Immobilien	137 589	285 801	83 321	49 081	23 476
68.3	Vermittlung und Verwaltung von Immobilien für Dritte	32 708	139 993	15 640	7 986	2 320
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	347 993	2 005 812	216 169	111 535	7 734
69	Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung	96 413	587 552	41 716	30 418	929
69.1	Rechtsberatung	48 662	243 209	18 265	13 427	295
69.2	Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung; Buchführung	47 751	344 344	23 450	16 991	634
70	Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben; Unternehmensberatung	62 630	345 136	73 642	27 310	2 747
70.1	Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben	16 295	183 992	52 772	15 305	2 311
70.2	Public-Relations- und Unternehmensberatung	46 335	161 144	20 870	12 005	436
71	Architektur- und Ingenieurbüros; technische, physikalische und chemische Untersuchung	100 824	537 926	53 976	30 559	1 545
71.1	Architektur- und Ingenieurbüros	95 435	451 796	45 129	25 400	1 267
71.2	Technische, physikalische und chemische Untersuchung	5 389	86 129	8 846	5 159	278
72	Forschung und Entwicklung	4 429	121 777	10 094	7 056	1 572
72.1	Forschung und Entwicklung im Bereich Natur-, Ingenieur-, Agrarwissenschaften und Medizin	3 688	114 577	9 768	6 744	1 563
72.2	Forschung und Entwicklung im Bereich Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie im Bereich Sprach-, Kultur- und Kunstwissenschaften	741	7 200	326	312	9
73	Werbung und Marktforschung	26 861	256 434	22 427	8 622	442
73.1	Werbung	25 285	236 988	20 228	7 652	397
73.2	Markt- und Meinungsforschung	1 576	19 446	2 199	970	45
74	Sonstige freiberufliche, wissenschaftliche und technische Tätigkeiten	47 705	118 333	11 878	6 185	395
74.1	Ateliers für Textil-, Schmuck-, Grafik- u.ä. Design	16 732	31 261	2 252	1 232	73
74.2	Fotografie und Fotolabors	7 891	21 747	1 637	823	125
74.3	Übersetzen und Dolmetschen	5 686	10 183	728	424	12

27.1 Strukturdaten der Unternehmen in weiteren Dienstleistungsbereichen 2010

Nr.der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Unternehmen	Tätige Personen	Umsatz	Brutto- wertschöpfung zu Faktorkosten	Brutto- investitionen
		Anzahl		Mill. EUR		
74.9	Sonstige freiberufliche, wissenschaftliche und technische Tätigkeiten a.n.g.	17 396	55 142	7 261	3 706	186
75	Veterinärwesen	9 130	38 655	2 437	1 385	103
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	128 258	2 699 248	147 736	78 302	10 302
77	Vermietung von beweglichen Sachen	18 271	101 098	27 547	16 405	6 726
77.1	Vermietung von Kraftwagen	4 055	23 301	7 903	4 183	2 773
77.2	Vermietung von Gebrauchsgütern	3 131	29 468	2 619	1 193	282
77.3	Vermietung von Maschinen, Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	10 434	44 266	14 297	9 368	3 336
77.4	Leasing von nichtfinanziellen immateriellen Vermögensgegenständen (ohne Copyrights)	651	4 064	2 728	1 661	335
78	Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften	7 349	896 346	29 238	19 693	430
78.1	Vermittlung von Arbeitskräften	2 362	34 290	1 683	1 105	29
78.2	Befristete Überlassung von Arbeitskräften	3 930	638 105	21 911	13 623	375
78.3	Sonstige Überlassung von Arbeitskräften	1 057	223 951	5 644	4 965	26
79	Reisebüros, Reiseveranstalter und Erbringung sonstiger Reservierungsdienstleistungen	10 449	84 004	23 483	6 234	223
79.1	Reisebüros und Reiseveranstalter	9 761	78 776	22 711	6 008	207
79.9	Erbringung von sonstigen Reservierungsdienstleistungen	688	5 228	772	227	16
80	Wach- und Sicherheitsdienste sowie Detekteien	4 004	161 731	4 880	3 580	79
80.1	Private Wach- und Sicherheitsdienste	2 551	144 787	4 242	3 194	61
80.2	Sicherheitsdienste mithilfe von Überwachungs- und Alarmsystemen	604	12 643	496	304	12
80.3	Detekteien	848	4 301	143	82	6
81	Gebäudebetreuung; Garten- und Landschaftsbau	58 799	1 054 363	26 836	17 602	984
81.1	Hausmeisterdienste	12 374	85 871	4 466	2 186	130
81.2	Reinigung von Gebäuden, Straßen und Verkehrsmitteln	25 088	837 872	15 197	11 406	366
81.3	Garten- und Landschaftsbau sowie Erbringung von sonstigen gärtnerischen Dienstleistungen	21 337	130 619	7 173	4 010	488
82	Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen für Unternehmen und Privatpersonen a.n.g.	29 387	401 707	35 751	14 787	1 860
82.1	Sekretariats- und Schreibdienste, Copy-Shops	6 533	22 303	845	432	21
82.2	Call Center	918	93 723	4 614	2 184	96
82.3	Messe-, Ausstellungs- und Kongressveranstalter	4 492	36 311	5 539	1 800	185
82.9	Erbringung sonstiger wirtschaftlicher Dienstleistungen für Unternehmen und Privatpersonen	17 443	249 369	24 753	10 370	1 558
P ²	Erziehung und Unterricht					
85.53 ¹³	Fahr- und Flugschulen	9 850	32 358	1 429	-	-
Q ²	Gesundheits- und Sozialwesen					
86.21 ¹⁴	Arztpraxen für Allgemeinmedizin	27 276	173 754	8 081	-	-
86.22 ¹⁴	Facharztpraxen	43 641	347 749	20 207	-	-
86.23 ¹⁴	Zahnarztpraxen	40 964	326 659	18 913	-	-
86.90 ^{13 15}	Gesundheitswesen a.n.g.	27 605	203 016	7 044	-	-
86.90.1 ¹⁴	Praxen von psychologischen Psychotherapeutinnen und -therapeuten	12 256	23 853	1 039	-	-
R ²	Kunst, Unterhaltung und Erholung					
93.13.0	Fitnesszentren	2 328	27 853	821	-	-
S ²	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen					
95	Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und Gebrauchsgütern	10 607	38 039	2 736	1 284	69
95.1	Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und peripheren Geräten	1 548	10 071	1 082	484	17
95.2	Reparatur von Gebrauchsgütern	9 059	27 968	1 653	800	52
96.01	Wäscherei und chemische Reinigung	3 797	68 715	2 941	-	-
96.02.1 ¹³	Frisörsalons	38 449	195 038	4 901	-	-
96.02.2 ¹³	Kosmetiksalons	7 815	15 365	448	-	-
96.03.1	Bestattungsinstitute	3 717	23 918	1 247	-	-
96.04	Saunas, Solarien, Bäder u.Ä.	1 981	19 568	535	-	-

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Dieser Wirtschaftsabschnitt ist nicht vollständig erfasst. Daher erfolgt hier kein Nachweis.

3 Berichtsjahr 2006.

4 Berichtsjahr 2007.

5 Ohne WZ 86.90.1.

27.2 Betriebswirtschaftliche Kennzahlen der Unternehmen in weiteren Dienstleistungsbereichen 2010

Nr.der Klassifikation ¹⁾	Wirtschaftsgliederung	Umsatz	Produktionswert	Waren- und Dienstleistungs- käufe	Brutto- wertschöpfung zu Faktorkosten	Personal- aufwendungen	Brutto- betriebsüber- schuss
		Mill. EUR	Verhältnis zum Umsatz in %				
J	Information und Kommunikation	214 819	75,3	25,0	42,1	21,7	20,4
58	Verlagswesen	29 855	87,9	12,0	41,1	23,0	18,1
58.1	Verlegen von Büchern und Zeitschriften; sonstiges Verlagswesen (ohne Software)	28 706	88,6	11,4	40,9	23,0	17,9
58.2	Verlegen von Software	1 149	69,9	28,4	46,9	23,6	23,3
59	Herstellung, Verleih und Vertrieb von Filmen und Fernsehprogrammen; Kinos; Tonstudios und Verlegen von Musik	8 765	78,4	21,8	39,6	16,8	22,7
59.1	Herstellung von Filmen und Fernsehprogrammen, deren Verleih und Vertrieb; Kinos	7 467	79,8	20,4	40,3	17,7	22,6
59.2	Tonstudios; Herstellung von Hörfunkbeiträgen; Verlegen von bespielten Tonträgern und Musikalien	1 298	70,2	29,9	35,2	11,8	23,4
60	Rundfunkveranstalter	14 102	86,6	13,2	42,4	15,0	27,5
60.1	Hörfunkveranstalter	2 617	94,3	5,8	61,2	24,7	36,5
60.2	Fernsehveranstalter	11 485	84,8	14,9	38,1	12,7	25,4
61	Telekommunikation	72 660	66,2	34,3	35,9	11,5	24,4
61.1	Leitungsgebundene Telekommunikation	34 907	74,1	26,0	40,1	10,5	29,6
61.2	Drahtlose Telekommunikation	22 477	63,6	36,5	35,1	7,8	27,3
61.3	Satellitenkommunikation	425	43,5	62,9	25,1	11,0	14,1
61.9	Sonstige Telekommunikation	14 851	51,9	49,4	27,6	19,4	8,2
62	Erbringung von Dienstleistungen der Informationstechnologie	80 800	75,6	24,9	47,1	31,2	15,9
63	Informationsdienstleistungen	8 636	84,5	16,0	51,4	29,4	22,0
63.1	Datenverarbeitung, Hosting und damit verbundene Tätigkeiten; Webportale	5 544	86,1	14,5	50,7	29,4	21,2
63.9	Erbringung von sonstigen Informationsdienstleistungen	3 092	81,6	18,6	52,6	29,2	23,4
K¹²⁾	Erbringung von Finanz- und Versicherungs- dienstleistungen						
65	Versicherungen, Rückversicherungen und Pensionskassen (ohne Sozialversicherung)	236 621	32,4	/	/	/	/
65.1	Versicherungen	181 307	32,6	/	/	/	/
65.2	Rückversicherungen	43 307	37,4	/	/	/	/
65.3	Pensionskassen und Pensionsfonds	12 007	11,9	4,0	7,9	0,8	7,1
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	106 169	82,7	18,0	56,3	7,6	48,7
68	Grundstücks- und Wohnungswesen	106 169	82,7	18,0	56,3	7,6	48,7
68.1	Kauf und Verkauf von eigenen Immobilien	7 208	71,6	21,5	36,9	6,9	30,0
68.2	Vermietung, Verpachtung von eigenen oder geleaste Immobilien	83 321	82,8	18,9	58,9	4,7	54,3
68.3	Vermittlung und Verwaltung von Immobilien für Dritte	15 640	87,1	11,9	51,1	23,5	27,6
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	216 169	81,5	20,0	51,6	30,5	21,1
69	Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung	41 716	96,8	3,2	72,9	36,9	36,0
69.1	Rechtsberatung	18 265	97,0	3,1	73,5	24,8	48,7
69.2	Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung; Buchführung	23 450	96,7	3,3	72,5	46,3	26,2
70	Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben; Unternehmensberatung	73 642	70,3	29,8	37,1	25,4	11,7
70.1	Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben	52 772	65,3	34,8	29,0	22,2	6,8
70.2	Public-Relations- und Unternehmensberatung	20 870	83,0	17,1	57,5	33,5	24,0
71	Architektur- und Ingenieurbüros; technische, physikalische und chemische Untersuchung	53 976	86,6	18,8	56,6	34,3	22,3
71.1	Architektur- und Ingenieurbüros	45 129	86,6	19,9	56,3	32,2	24,1
71.2	Technische, physikalische und chemische Untersuchung	8 846	86,7	13,0	58,3	45,4	12,9
72	Forschung und Entwicklung	10 094	95,5	6,9	69,9	55,0	14,9
72.1	Forschung und Entwicklung im Bereich Natur-, Ingenieur-, Agrarwissenschaften und Medizin	9 768	95,4	7,0	69,0	54,3	14,8
72.2	Forschung und Entwicklung im Bereich Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie im Bereich Sprach-, Kultur- und Kunstwissenschaften	326	98,0	4,8	95,7	76,2	19,4

27.2 Betriebswirtschaftliche Kennzahlen der Unternehmen in weiteren Dienstleistungsbereichen 2010

Nr.der Klassifikation ¹⁾	Wirtschaftsgliederung	Umsatz	Produktionswert	Waren- und Dienstleistungs- käufe	Brutto- wertschöpfung zu Faktorkosten	Personal- aufwendungen	Brutto- betriebsüber- schuss
		Mill. EUR	Verhältnis zum Umsatz in %				
73	Werbung und Marktforschung	22 427	67,5	32,2	38,4	20,9	17,6
73.1	Werbung	20 228	66,0	33,6	37,8	19,8	18,1
73.2	Markt- und Meinungsforschung	2 199	81,3	19,4	44,1	31,0	13,1
74	Sonstige freiberufliche, wissenschaftliche und technische Tätigkeiten	11 878	87,3	12,9	52,1	22,1	29,9
74.1	Ateliers für Textil-, Schmuck-, Grafik- u.ä. Design	2 252	85,7	14,4	54,7	16,7	38,1
74.2	Fotografie und Fotolabors	1 637	90,9	9,2	50,3	19,9	30,4
74.3	Übersetzen und Dolmetschen	728	83,0	16,9	58,2	16,8	41,5
74.9	Sonstige freiberufliche, wissenschaftliche und technische Tätigkeiten a.n.g.	7 261	87,4	13,0	51,0	24,9	26,2
75	Veterinärwesen	2 437	85,9	14,3	56,8	18,7	38,2
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	147 736	78,8	21,7	53,0	33,5	19,5
77	Vermietung von beweglichen Sachen	27 547	84,7	16,2	59,6	8,6	51,0
77.1	Vermietung von Kraftwagen	7 903	77,6	21,9	52,9	6,6	46,3
77.2	Vermietung von Gebrauchsgütern	2 619	76,8	23,2	45,6	21,8	23,8
77.3	Vermietung von Maschinen, Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	14 297	90,9	11,1	65,5	7,6	57,9
77.4	Leasing von nichtfinanziellen immateriellen Vermögensgegenständen (ohne Copyrights)	2 728	80,6	19,5	60,9	6,7	54,2
78	Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften	29 238	92,7	7,8	67,4	68,0	-0,6
78.1	Vermittlung von Arbeitskräften	1 683	91,7	8,9	65,7	47,7	18,0
78.2	Befristete Überlassung von Arbeitskräften	21 911	91,2	9,3	62,2	67,3	-5,1
78.3	Sonstige Überlassung von Arbeitskräften	5 644	98,9	1,3	88,0	76,9	11,0
79	Reisebüros, Reiseveranstalter und Erbringung sonstiger Reservierungsdienstleistungen	23 483	43,8	56,3	26,5	9,4	17,1
79.1	Reisebüros und Reiseveranstalter	22 711	43,2	56,9	26,5	9,1	17,3
79.9	Erbringung von sonstigen Reservierungs- dienstleistungen	772	60,0	39,9	29,4	17,4	11,9
80	Wach- und Sicherheitsdienste sowie Detekteien	4 880	90,2	10,1	73,4	62,4	11,0
80.1	Private Wach- und Sicherheitsdienste	4 242	91,2	9,2	75,3	65,1	10,2
80.2	Sicherheitsdienste mithilfe von Überwachungs- und Alarmsystemen	496	83,6	16,5	61,3	48,9	12,4
80.3	Detekteien	143	84,9	15,0	57,5	29,3	28,2
81	Gebäudebetreuung; Garten- und Landschaftsbau	26 836	90,5	9,8	65,6	46,1	19,5
81.1	Hausmeisterdienste	4 466	79,0	20,7	48,9	30,8	18,1
81.2	Reinigung von Gebäuden, Straßen und Verkehrsmitteln	15 197	95,1	5,0	75,1	57,8	17,3
81.3	Garten- und Landschaftsbau sowie Erbringung von sonstigen gärtnerischen Dienstleistungen	7 173	88,0	13,2	55,9	30,7	25,2
82	Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen für Unternehmen und Privatpersonen a.n.g.	35 751	75,7	25,1	41,4	27,1	14,3
82.1	Sekretariats- und Schreibdienste, Copy-Shops	845	93,7	6,3	51,2	22,2	29,0
82.2	Call Center	4 614	79,9	20,2	47,3	54,2	-6,8
82.3	Messe-, Ausstellungs- und Kongressveranstalter	5 539	68,3	32,3	32,5	19,1	13,4
82.9	Erbringung sonstiger wirtschaftlicher Dienst- leistungen für Unternehmen und Privatpersonen	24 753	75,9	25,0	41,9	24,0	17,9
P ¹²⁾	Erziehung und Unterricht						
85.53 ¹³⁾	Fahr- und Flugschulen	1 429	-	-	-	24,7	-
Q ¹²⁾	Gesundheits- und Sozialwesen						
86.21 ¹⁴⁾	Arztpraxen für Allgemeinmedizin	8 081	-	-	-	24,5	-
86.22 ¹⁴⁾	Facharztpraxen	20 207	-	-	-	22,8	-
86.23 ¹⁴⁾	Zahnarztpraxen	18 913	-	-	-	22,5	-
86.90 ¹³⁾¹⁵⁾	Gesundheitswesen a.n.g.	7 044	-	-	-	40,4	-
86.90.1 ¹⁴⁾	Praxen von psychologischen Psychotherapeutinnen und -therapeuten	1 039	-	-	-	2,7	-
R ¹²⁾	Kunst, Unterhaltung und Erholung						
93.13.0	Fitnesszentren	821	-	-	-	27,9	-
S ¹²⁾	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen						
95	Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und Gebrauchsgütern	2 736	79,3	21,0	46,9	25,3	21,6
95.1	Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und peripheren Geräten	1 082	76,4	24,2	44,7	28,4	16,3

27.2 Betriebswirtschaftliche Kennzahlen der Unternehmen in weiteren Dienstleistungsbereichen 2010

Nr.der Klassifikation ¹	Wirtschaftsgliederung	Umsatz	Produktionswert	Waren- und Dienstleistungs- käufe	Brutto- wertschöpfung zu Faktorkosten	Personal- aufwendungen	Brutto- betriebsüber- schuss
		Mill. EUR	Verhältnis zum Umsatz in %				
95.2	Reparatur von Gebrauchsgütern	1 653	81,3	18,9	48,4	23,3	25,1
96.01	Wäscherei und chemische Reinigung	2 941	-	-	-	39,7	-
96.02.1 ¹³	Frisörsalons	4 901	-	-	-	44,9	-
96.02.2 ¹³	Kosmetiksalons	448	-	-	-	13,4	-
96.03.1	Bestattungsinstitute	1 247	-	-	-	26,1	-
96.04	Saunas, Solarien, Bäder u. Ä.	535	-	-	-	27,8	-

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Dieser Wirtschaftsabschnitt ist nicht vollständig erfasst. Daher erfolgt hier kein Nachweis.

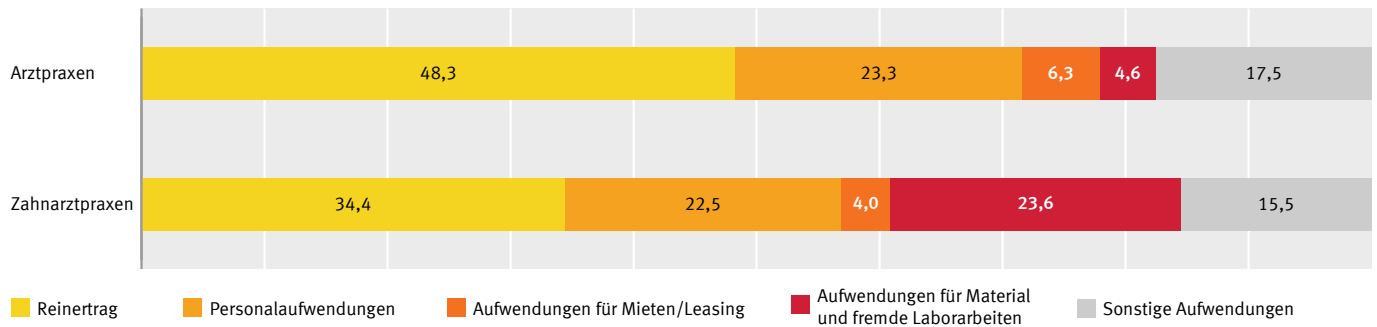
3 Berichtsjahr 2006.

4 Berichtsjahr 2007.

5 Ohne WZ 86.90.1.

Kostenstruktur bei Arzt- und Zahnarztpraxen 2007

Verhältnis der Aufwendungen zu den Einnahmen, in %



2012 - 01 - 0649

Methodik

■ Weitere Dienstleistungsbereiche

Strukturdaten der „Weiteren Dienstleistungsbereiche“ werden durch unterschiedliche Erhebungsmethoden ermittelt. Unter die „Weiteren Dienstleistungsbereiche“ fallen die Wirtschaftsabschnitte H (Verkehr und Lagerei), J (Information und Kommunikation), K (Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen), L (Grundstücks- und Wohnungswesen), M (Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen), N (Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen), P (Erziehung und Unterricht), Q (Gesundheits- und Sozialwesen), R (Kunst, Unterhaltung und Erholung) und S (Erbringung von sonstigen Dienstleistungen).

Repräsentative Bundesergebnisse liegen 18 Monate nach Ende des Berichtszeitraumes vor. Damit stehen ökonomische Kerndaten für diese Dienstleistungsbereiche nach Wirtschaftsklassen und Unternehmensgrößenklassen zur Verfügung.

Wirtschaftsabschnitte H, J, L, M, N, S95

Ergebnisse für die Wirtschaftsabschnitte H, J, L, M, N und S95 werden jährlich durch die Stichprobenerhebung **Strukturhebung im Dienstleistungsbereich** ermittelt. Erhebungs- und Darstellungseinheiten dieser Erhebung sind Unternehmen und Einrichtungen zur Ausübung einer freiberuflichen Tätigkeit aus den oben genannten Wirtschaftsabschnitten. Bundesweit sind höchstens 15 % dieser Unternehmen und Einrichtungen auskunftspflichtig. Ihre Auswahl erfolgt mittels einer geschichteten Zufallsstichprobe. Die Auswahlgesamtheit bilden alle Unternehmen und Einrichtungen des Unternehmensregisters, das von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder geführt wird. Unternehmen und Einrichtungen mit einem Jahresumsatz von 17 500 Euro und weniger gehen nicht in die Auswahlgesamtheit ein.

Rechtsgrundlage für die Strukturhebung im Dienstleistungsbereich ist das Dienstleistungstatistikgesetz (DIStatG) vom 19.12.2000 (BGBl. I S. 1765) in der jeweils gültigen Fassung.

Ergebnisse für einzelne Bundesländer liegen bei den jeweiligen Statistischen Ämtern der Länder vor.

Wirtschaftsabschnitt K

Der Wirtschaftsabschnitt K umfasst Finanz- und Versicherungsdienstleistungen. Im Bereich der Versicherungswirtschaft bildet die **Statistik der Versicherungen, Pensionskassen und Pensionsfonds** wichtige Strukturmerkmale ab. Zur Ermittlung dieser Merkmale wird im Wesentlichen auf Daten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) zurückgegriffen. Diese Daten werden dort im Rahmen der Versicherungsaufsicht erhoben. Da fast alle im Versicherungsbereich tätigen Unternehmen berücksichtigt werden, handelt es sich nahezu um eine Vollerhebung. Erhebungsmerkmale sind Aufwands- und Ertragsmerkmale sowie Angaben zu den Beschäftigten. Für Datenlieferungen an die Europäische Union (Eurostat) werden noch eine Vielzahl weiterer Merkmale berechnet.

Weitere Informationen zu „Finanzdienstleistungen“ erhalten Sie über die Deutsche Bundesbank (www.bundesbank.de). Detaillierte Informationen zu „Versicherungen, Pensionskassen und Pensionsfonds“ sind abrufbar über die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht unter www.bafin.de

Wirtschaftsabschnitte P, Q, R, S96

Ergebnisse für die Wirtschaftsabschnitte P, Q, R und S96 werden vierjährlich durch die Stichprobenerhebungen **Kostenstrukturhebung in sonstigen Dienstleistungsbereichen** sowie **Kostenstrukturhebung im medizinischen Bereich** ermittelt. Bundesweit sind höchstens 5 % der im Unternehmensregister geführten Unternehmen und Praxen auskunftspflichtig. Ihre Auswahl erfolgt – wie in der Strukturhebung im Dienstleistungsbereich – ebenfalls durch eine geschichtete Zufallsstichprobe. Unternehmen und Praxen mit einem Jahresumsatz bzw. mit Jahreseinnahmen von 17 500 Euro bzw. 12 500 Euro und weniger gehen nicht in die Auswahlgesamtheit der Kostenstrukturhebungen ein und werden auch in den Ergebnissen dieser Statistiken nicht nachgewiesen.

Rechtsgrundlage für die Kostenstrukturhebungen bildet das Kostenstrukturstatistikgesetz (KoStrukStatG) vom 12.5.1959 (BGBl. I S. 245) in der jeweils gültigen Fassung.

Die Ergebnisse der Erhebungen vermitteln ein Bild über den Zusammenhang zwischen dem erwirtschafteten Umsatz bzw. den Einnahmen und dem dafür erforderlichen Aufwand in den Unternehmen und Praxen.

Detaillierte Informationen zur Methodik der einzelnen Statistiken finden Sie in den jeweiligen „Qualitätsberichten“ (siehe hierzu www.destatis.de/publikationen > Qualitätsberichte).

Glossar

Betrieb | Dies bezeichnet eine Niederlassung an einem bestimmten Ort, einschließlich örtlich und organisatorisch angegliederter Betriebsteile.

Bruttobetriebsüberschuss | Er berechnet sich wie folgt:

$$\begin{aligned} \text{Bruttobetriebsüberschuss} = & \\ & \text{Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten} \\ & - \text{Personalaufwendungen} \end{aligned}$$

Bruttoinvestitionen in Sachanlagen | Sie umfassen Bruttozugänge an aktivierten Sachanlagen, bewertet zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten ohne Abzug von Abschreibungen.

Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten | *Wirtschaftsabschnitte H, J, L, M, N, P, Q, R, S95 und S96* | Sie ist ein Maß für die Beurteilung der wirtschaftlichen Leistung und beinhaltet die Bruttoerträge durch betriebliche Aktivitäten nach Abzug der Waren- und Dienstleistungskäufe und nach Anpassung bezüglich der betrieblichen Subventionen und indirekten Steuern. Sie errechnet sich wie folgt:

$$\begin{aligned} \text{Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten} = & \\ & \text{Umsatz} \\ & + \text{selbsterstellte Anlagen} \\ & + \text{sonstige betriebliche Erträge (ohne Subventionen)} \\ & +/ - \text{Vorratsveränderungen bei Waren und Dienstleistungen} \\ & - \text{Waren- und Dienstleistungskäufe} \\ & - \text{betriebliche Steuern und Abgaben} \\ & + \text{Subventionen} \end{aligned}$$

Wirtschaftsabschnitt K | Hier wird die Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten anders hergeleitet als in den übrigen Wirtschaftsbereichen. Die beiden in die Berechnung eingehenden Merkmale „Umsatz“ sowie „Waren- und Dienstleistungskäufe“ werden bereits anders definiert.

Personalaufwendungen | Alle Geld- und Sachbezüge der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Sozialaufwendungen.

Produktionswert | *Wirtschaftsabschnitte H, J, L, M, N, P, Q, R, S95 und S96* | Er gibt den Wert der produzierten Waren und Dienstleistungen an und berechnet sich wie folgt:

$$\begin{aligned} \text{Produktionswert} = & \\ & \text{Umsatz} \\ & + \text{selbsterstellte Anlagen} \\ & + \text{sonstige betriebliche Erträge (ohne Subventionen)} \\ & +/ - \text{Vorratsveränderungen bei fertigen und unfertigen Erzeugnissen aus eigener Produktion} \\ & +/ - \text{Vorratsveränderungen von zum Wiederverkauf in unverändertem Zustand gekauften Waren und Dienstleistungen} \\ & - \text{Käufe von Waren und Dienstleistungen zum Wiederverkauf in unverändertem Zustand} \end{aligned}$$

Wirtschaftsabschnitt K | Während der Produktionswert in anderen Wirtschaftsbereichen Erträge aus Kapitalanlagen ausschließt, gehören finanzielle Erträge bei Versicherungen und Pensionsfonds und -kassen zum Produktionswert explizit dazu.

Tätige Personen | Die Gesamtzahl der Beschäftigten einschließlich mitarbeitender Inhaberinnen und Inhaber bzw. Teilhaberinnen und Teilhaber und unbezahlt mithelfender Familienangehöriger sowie alle Personen, die ein arbeitsrechtliches Verhältnis zum Unternehmen bzw. Betrieb haben.

Umsatz | *Wirtschaftsabschnitte H, J, L, M, N, P, Q, R, S95 und S96* | Er umfasst die insgesamt in Rechnung gestellten Beträge, die den Verkäufen von Waren und Dienstleistungen an Dritte entsprechen, einschließlich Steuern und Abgaben (ohne Umsatzsteuer).

Wirtschaftsabschnitt K | Unternehmen, die im Bereich der Finanz- oder Versicherungswirtschaft tätig sind, erwirtschaften in der Regel keine Umsätze im engeren Sinne. Bei den unter dieser Merkmalsbezeichnung dargestellten Beträgen handelt

es sich daher um Umsatzäquivalente, für Versicherungen sind dies die gebuchten Bruttobeiträge und für Pensionsfonds und -kassen die Pensionsbeiträge.

Unternehmen | Die amtliche Statistik definiert ein Unternehmen als kleinste rechtlich selbstständige Einheit, die aus handels- bzw. steuerrechtlichen Gründen Bücher führt. Ferner muss das Unternehmen eine jährliche Feststellung des Vermögensbestandes bzw. des Erfolgs der wirtschaftlichen Tätigkeit vornehmen. Hierzu zählen auch Einrichtungen zur Ausübung einer freiberuflichen Tätigkeit.

Waren- und Dienstleistungskäufe | *Wirtschaftsabschnitte H, J, L, M, N, P, Q, R, S95 und S96* | Sie umfassen den Wert aller Waren und Dienstleistungen, die für den Wiederverkauf, die Verwendung im Produktionsprozess oder in der betrieblichen Leistungserstellung gekauft werden, mit Ausnahme von Anlagegütern.

Wirtschaftsabschnitt K | Bei Versicherungen wird unter Waren- und Dienstleistungskäufen der Wert der erhaltenen Rückversicherungsdienstleistungen plus Provisionen und sonstige externe Aufwendungen verstanden.

Bei Pensionsfonds und -kassen ist die Definition vergleichbar, bis auf die Rückversicherungsdienstleistungen, die hier keine Rolle spielen.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Standardveröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen kostenfrei downloaden.

Datenbank GENESIS-Online

Unter www.destatis.de/genesis bietet das statistische Informationssystem GENESIS-Online tief gegliederte Ergebnisse aus über 190 amtlichen Statistiken. Daten zu *Weiteren Dienstleistungen (Finanz- und anderen Dienstleistungen)* finden Sie unter dem Menüpunkt > Themen, Code 47

Weitere Veröffentlichungen zu dem Thema

■ Weitere Dienstleistungen

Fachserie 2 Unternehmen und Arbeitsstätten

	Kostenstrukturerhebungen
Reihe 1.6.1	Arzt- und Zahnarztpraxen, Praxen von psychologischen Psychotherapeuten sowie Tierarztpraxen
Reihe 1.6.3	Bäder, Saunas, Solarien, Fitnesszentren u. Ä.
Reihe 1.6.4	Frisör- und Kosmetiksalons
Reihe 1.6.5	Fahr- und Flugschulen
Reihe 1.6.6	Einrichtungen des Gesundheitswesens
Reihe 1.6.7	Bestattungsinstitute
Reihe 1.6.8	Wäschereien und chemische Reinigungen

Fachserie 9 Dienstleistungen

	Strukturerhebung im Dienstleistungsbereich 2010
Reihe 4.2	Information und Kommunikation
Reihe 4.3	Grundstücks- und Wohnungswesen
Reihe 4.4	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen
Reihe 4.5	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen
Reihe 4.6	Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und Gebrauchsgütern

Fachberichte

	Der Dienstleistungssektor. Wirtschaftsmotor in Deutschland. Ausgewählte Ergebnisse von 2003 bis 2008
	Strukturerhebung im Dienstleistungsbereich 2009
	Architektur- und Ingenieurbüros
	Grundstücks- und Wohnungswesen
	Information und Kommunikation
	Landverkehr, Transport in Rohrfernleitungen
	Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung
	Verkehr und Lagerei
	Verlagswesen
	Werbung und Marktforschung

Mehr zum Thema

Wirtschaft und Statistik

Heft 3/09	Konjunkturindikatoren im Dienstleistungsbereich: Das Mixmodell in der Praxis
Heft 3/10	Umstellung der Konjunkturstatistik in bestimmten Dienstleistungsbereichen auf die Wirtschaftszweikklassifikation NACE Rev. 2
Heft 4/10	Kostenstrukturen bei Arzt- und Zahnarztpraxen sowie Praxen von psychologischen Psychotherapeutinnen und -therapeuten 2007
Heft 5/10	Kostenstrukturen in sonstigen Dienstleistungsbereichen 2006

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter +49 (0)6 11 / 75 85 88

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.



A Internationales

Weltweit leben **7 Milliarden Menschen**, darunter 1,4 Milliarden in **China** und 1,3 Milliarden in **Indien** | Bevölkerung wächst in **Niger** am stärksten: **+ 3,5 %** jährlich | **Wirtschaftsleistung** pro Kopf: Spanne reichte 2011 von **216 US\$** in Demokratischer Republik Kongo bis **113 533 US\$** in Luxemburg | Höchstes Wirtschaftswachstum hatte 2011 **Katar** mit **18,8 %** | G20-Staaten repräsentieren **zwei Drittel** der Weltbevölkerung, erbringen **neun Zehntel** der Weltwirtschaftsleistung und verursachen **vier Fünftel** des CO₂-Ausstoßes

Seite

629 Auf einen Blick**Tabellen****632 Gesellschaft und Staat**

Geografie und Klima | Bevölkerung, Familien, Lebensformen | Bildung | Gesundheit | Wohnen | Einkommen, Konsum, Lebensbedingungen | Kultur, Medien, Freizeit | Soziales | Finanzen und Steuern | Wahlen | Justiz

650 Gesamtwirtschaft und Umwelt

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen | Arbeitsmarkt | Verdienste und Arbeitskosten | Preise | Außenhandel | Zahlungsbilanz | Umwelt

664 Wirtschaftsbereiche

Land- und Forstwirtschaft | Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick | Verarbeitendes Gewerbe | Energie | Baugewerbe | Binnenhandel | Transport und Verkehr | Gastgewerbe, Tourismus

675 Mehr zum Thema**Hinweise zur Auswahl der Staaten im Kapitel Internationales**

Staatenauswahl bei einseitigen Tabellen: Diese beinhalten ausschließlich Daten zu europäischen Staaten. Die Staatenauswahl umfasst dabei alle EU-Staaten, alle EFTA-Staaten (außer Liechtenstein) sowie einige wichtige europäische Partnerstaaten.

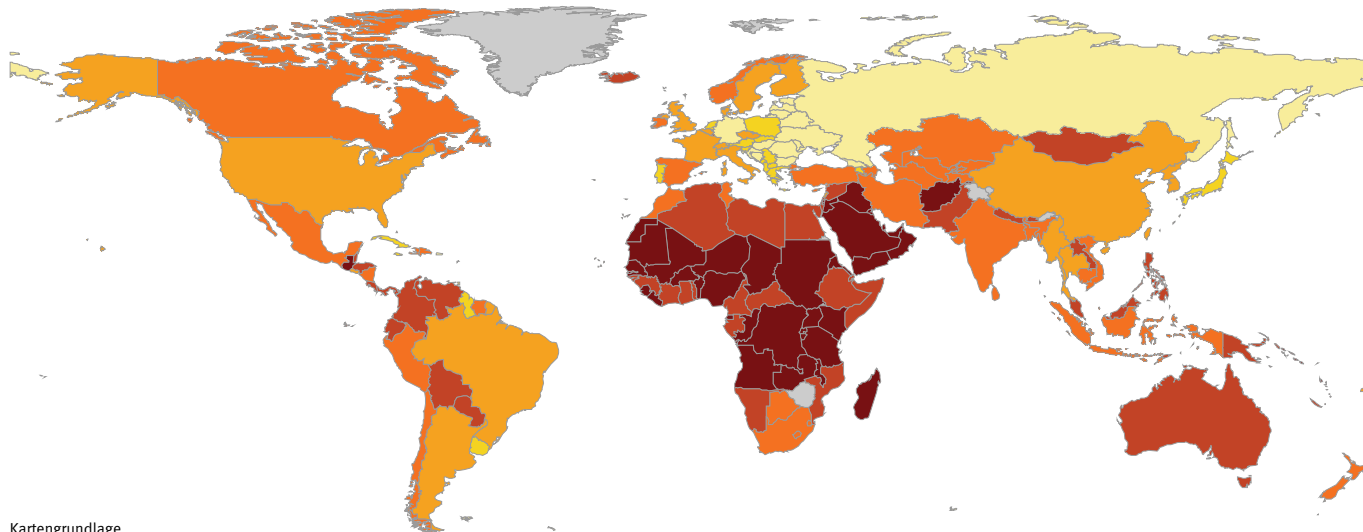
Staatenauswahl bei zweiseitigen Tabellen: Diese umfassen sämtliche EU-Staaten, G20-Staaten, OECD-Staaten, die sogenannten BRIC, VISTA und Next Eleven Staaten, die NAFTA- und EFTA-Staaten (außer Liechtenstein) sowie die weltweit 30 bevölkerungsreichsten und 30 wirtschaftlich stärksten Staaten (gemessen am Bruttoinlandsprodukt).

Daten zu allen, gemäß den Vereinten Nationen als souverän geltenden Staaten finden Sie in der Übersichtstabelle „Auf einen Blick“ (A.0).

Jährliche Bevölkerungsentwicklung

Durchschnittswerte für den Zeitraum 2005 bis 2010, in %

unter 0 0 bis unter 0,5 0,5 bis unter 1,0 1,0 bis unter 1,5 1,5 bis unter 2,5 2,5 und mehr Keine Werte



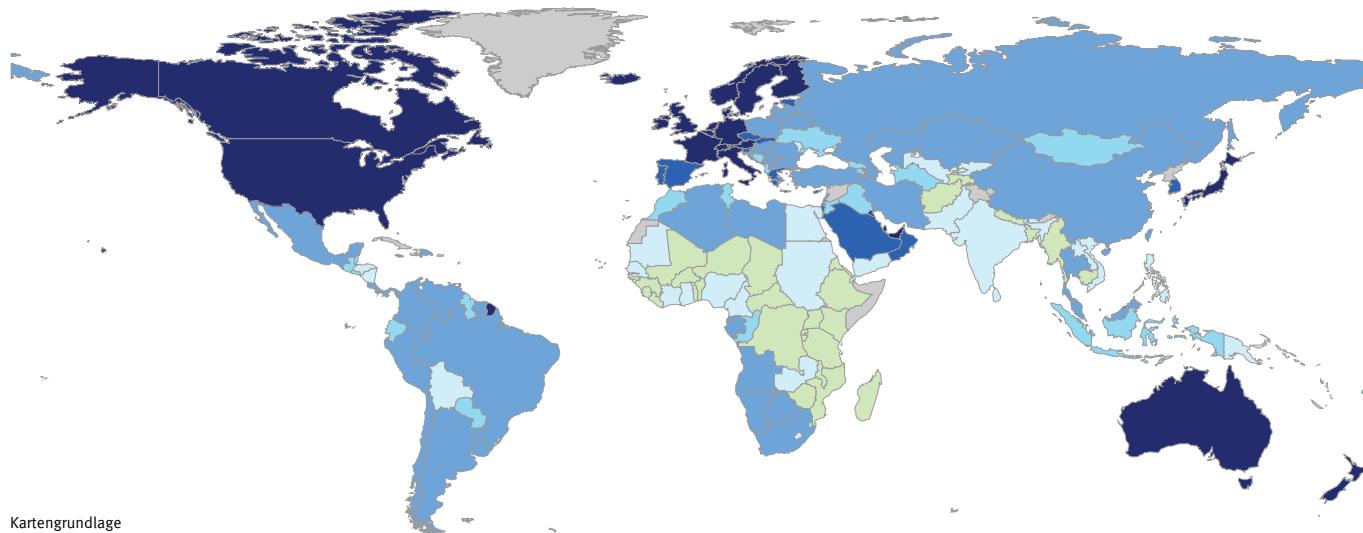
Kartengrundlage
© EuroGeographics bezüglich der Verwaltungsgrenzen
Quelle: World Development Indicators, Weltbank

2012 - 01 - 0610

Bruttoinlandsprodukt 2011

je Einwohner/-in, US\$, jeweilige Preise

unter 1 000 1 000 bis unter 3 000 3 000 bis unter 5 000 5 000 bis unter 15 000 15 000 bis unter 35 000 35 000 und mehr Keine Werte



Kartengrundlage
© EuroGeographics bezüglich der Verwaltungsgrenzen
Quelle: World Economic Outlook, IMF

2012 - 01 - 0611

A.0 Auf einen Blick: Bevölkerung und Wirtschaft weltweit

	Bevölkerung insgesamt ¹	Jährliche Bevölkerungsentwicklung ¹	Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner/-in ²	Reale Veränderung des BIP gegenüber Vorjahr ²		Bevölkerung insgesamt ¹	Jährliche Bevölkerungsentwicklung ¹	Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner/-in ²	Reale Veränderung des BIP gegenüber Vorjahr ²
	2012	2010 – 2015	2011			2012	2010 – 2015	2011	
	1 000	%	US\$	%		1 000	%	US\$	%
Welt	7 052 135	1,1	.	3,9					
Europa									
Albanien	3 227	0,3	3 992	2,0	Äquatorialguinea	740	2,7	14 661	7,1
Andorra	88	1,5	.	.	Äthiopien	86 539	2,1	360	7,5
Belarus	9 527	-0,3	5 881	5,3	Benin	9 352	2,7	737	3,1
Belgien	10 788	0,3	46 878	1,9	Botsuana	2 053	1,1	9 481	4,6
Bosnien und Herzegowina . .	3 744	-0,2	4 618	1,7	Burkina Faso	17 482	3,0	664	5,6
Bulgarien	7 398	-0,7	7 202	1,7	Burundi	8 749	1,9	279	4,2
Dänemark	5 593	0,3	59 928	1,1	Côte d'Ivoire	20 595	2,2	1 062	-4,7
Deutschland	81 991	-0,2	43 742	3,1	Dschibuti	923	1,9	1 467	4,5
Estland	1 340	-0,1	16 583	7,6	Eritrea	5 581	2,9	475	8,7
Finnland	5 403	0,3	49 350	2,9	Gabun	1 564	1,9	10 654	5,8
Frankreich	63 458	0,5	44 008	1,7	Gambia	1 825	2,7	543	3,3
Griechenland	11 419	0,2	27 073	-6,9	Ghana	25 546	2,3	1 529	13,6
Irland	4 579	1,1	47 513	0,7	Guinea	10 481	2,5	492	3,6
Island	328	1,2	43 088	3,1	Guinea-Bissau	1 580	2,1	576	5,3
Italien	60 964	0,2	36 267	0,4	Kamerun	20 469	2,1	1 230	4,1
Kroatien	4 387	-0,2	14 457	0,0	Kap Verde	505	0,9	3 661	5,0
Lettland	2 235	-0,4	12 671	5,5	Kenia	42 749	2,7	851	5,0
Liechtenstein	37	0,8	.	.	Komoren	773	2,5	903	2,2
Litauen	3 292	-0,4	13 075	5,9	Kongo, Dem. Republik	69 575	2,6	216	6,9
Luxemburg	523	1,4	113 533	1,0	Kongo	4 233	2,2	3 714	4,5
Malta	419	0,3	21 028	2,1	Lesotho	2 217	1,0	1 264	4,2
Mazedonien	2 067	0,1	5 016	3,0	Liberia	4 245	2,6	298	6,4
Moldau	3 519	-0,7	1 969	6,4	Libyen	6 469	0,8	5 691	-61,0
Monaco	35	0,0	.	.	Madagaskar	21 929	2,8	459	0,5
Montenegro	633	0,1	7 317	2,4	Malawi	15 883	3,2	351	5,5
Niederlande	16 714	0,3	50 355	1,3	Mali	16 319	3,0	669	2,7
Norwegen	4 960	0,7	97 255	1,7	Marokko	32 599	1,0	3 083	4,3
Österreich	8 429	0,2	49 809	3,1	Mauretanien	3 623	2,2	1 290	3,6
Polen	38 317	0,0	13 540	4,4	Mauritius	1 314	0,5	8 777	4,1
Portugal	10 699	0,0	22 413	-1,5	Mosambik	24 475	2,2	583	7,1
Rumänien	21 388	-0,2	8 863	2,5	Namibia	2 364	1,7	5 828	3,6
Russische Föderation	142 703	-0,1	12 993	4,3	Niger	16 644	3,5	399	2,3
San Marino	32	0,6	.	.	Nigeria	166 629	2,5	1 490	7,2
Schweden	9 495	0,6	56 956	4,0	Ruanda	11 272	2,9	605	8,8
Schweiz	7 734	0,4	81 161	1,9	Sambia	13 884	3,0	1 414	6,6
Serbien	9 847	-0,1	6 081	1,8	São Tomé und Príncipe	172	2,0	1 473	4,9
Slowakei	5 480	0,2	17 644	3,3	Senegal	13 108	2,6	1 076	2,6
Slowenien	2 040	0,2	24 533	-0,2	Seychellen	87	0,3	11 170	4,9
Spanien	46 772	0,6	32 360	0,7	Sierra Leone	6 126	2,1	366	5,3
Tschechische Republik	10 566	0,3	20 444	1,7	Simbabwe	13 014	2,2	741	9,3
Türkei	74 509	1,1	10 522	8,5	Somalia	9 797	2,6	.	.
Ukraine	44 940	-0,5	3 621	5,2	Südafrika	50 738	0,5	8 066	3,1
Ungarn	9 950	-0,2	14 050	1,7	Südsudan
Vatikanstadt	0	0,1	.	.	Sudan
Vereinigtes Königreich	62 798	0,6	38 592	0,7	Swasiland	1 220	1,4	3 358	0,3
Zypern	1 129 ¹³	1,1 ¹³	30 571	0,5	Tansania, Ver. Republik	47 656	3,1	553	6,7
Afrika					Togo	6 283	2,0	506	4,1
Ägypten	83 958	1,7	2 970	1,8	Tschad	11 831	2,6	892	1,6
Algerien	36 486	1,4	5 304	2,5	Tunesien	10 705	1,0	4 351	-0,8
Angola	20 163	2,7	5 144	3,4	Uganda	35 621	3,1	478	6,7
					Zentralafrik. Republik	4 576	2,0	456	3,1

A.0 Auf einen Blick: Bevölkerung und Wirtschaft weltweit

	Bevölkerung insgesamt ¹	Jährliche Bevölkerungsentwicklung ¹	Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner/-in ^{1,2}	Reale Veränderung des BIP gegenüber Vorjahr ^{1,2}
	2012	2010 – 2015	2011	
	1 000	%	US\$	%
Amerika				
Antigua und Barbuda	91	1,0	13 552	-0,5
Argentinien	41 119	0,9	10 945	8,9
Bahamas	351	1,1	23 175	2,0
Barbados	275	0,2	16 148	0,5
Belize	324	2,0	4 349	2,5
Bolivien, Plurinatl. Staat	10 248	1,6	2 315	5,1
Brasilien	198 361	0,8	12 789	2,7
Chile	17 423	0,9	14 278	5,9
Costa Rica	4 794	1,4	8 877	4,2
Dominica	68	0,0	6 909	0,5
Dominikanische Republik	10 183	1,2	5 639	4,5
Ecuador	14 865	1,3	4 424	7,8
El Salvador	6 264	0,6	3 855	1,4
Grenada	105	0,4	7 878	1,1
Guatemala	15 138	2,5	3 182	3,8
Guyana	758	0,2	3 202	4,2
Haiti	10 256	1,3	738	5,6
Honduras	7 912	2,0	2 116	3,6
Jamaika	2 761	0,4	5 402	1,5
Kanada	34 675	0,9	50 436	2,5
Kolumbien	47 551	1,3	7 132	5,9
Kuba	11 249	0,0	.	.
Mexiko	116 147	1,1	10 153	4,0
Nicaragua	5 955	1,4	1 239	4,7
Panama	3 625	1,5	8 514	10,6
Paraguay	6 683	1,7	3 252	3,8
Peru	29 734	1,1	5 782	6,9
St. Kitts und Nevis	54	1,2	12 728	-2,0
St. Lucia	178	1,0	7 435	0,2
St. Vincent u. d. Grenadinen	109	0,0	6 342	-0,4
Suriname	534	0,9	7 096	4,5
Trinidad und Tobago	1 351	0,3	17 158	-1,3
Uruguay	3 391	0,3	13 914	5,7
Venezuela, Bol. Republik	29 891	1,5	10 610	4,2
Vereinigte Staaten	315 791	0,9	48 387	1,7
Asien				
Afghanistan	33 397	3,1	585	5,7
Armenien	3 109	0,3	3 033	4,4
Aserbaidschan	9 421	1,2	6 832	0,1
Bahrain	1 359	2,1	23 132	1,8
Bangladesch	152 409	1,3	678	6,1
Bhutan	750	1,5	2 121	5,9
Brunei Darussalam	413	1,7	36 584	1,9
China	1 353 601	0,4	5 414	9,2
Georgien	4 304	-0,6	3 210	7,0
Indien	1 258 351	1,3	1 389	7,2
Indonesien	244 769	1,0	3 509	6,5
Irak	33 703	3,1	3 513	9,9

	Bevölkerung insgesamt ¹	Jährliche Bevölkerungsentwicklung ¹	Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner/-in ^{1,2}	Reale Veränderung des BIP gegenüber Vorjahr ^{1,2}
	2012	2010 – 2015	2011	
	1 000	%	US\$	%
Iran, Islamische Republik	75 612	1,0	6 360	2,0
Israel	7 695	1,7	31 986	4,7
Japan	126 435	-0,1	45 920	-0,7
Jemen	25 569	3,0	1 340	-10,5
Jordanien	6 457	1,9	4 675	2,5
Kambodscha	14 478	1,2	852	6,1
Kasachstan	16 381	1,0	10 694	7,5
Katar	1 939	2,9	98 329	18,8
Kirgisistan	5 448	1,1	1 070	5,7
Korea, Dem. Volksrepublik	24 554	0,4	.	.
Korea, Republik	48 588	0,4	22 778	3,6
Kuwait	2 892	2,4	47 982	8,2
Laos, Dem. Volksrepublik	6 374	1,3	1 204	8,3
Libanon	4 292	0,7	9 862	1,5
Malaysia	29 322	1,6	9 700	5,1
Malediven	324	1,3	5 973	7,4
Mongolei	2 844	1,5	3 042	17,3
Myanmar	48 724	0,8	832	5,5
Nepal	31 011	1,7	653	3,5
Oman	2 904	1,9	23 315	5,5
Pakistan	179 951	1,8	1 201	2,4
Philippinen	96 471	1,7	2 223	3,7
Saudi-Arabien	28 705	2,1	20 504	6,8
Singapur	5 256	1,1	49 271	4,9
Sri Lanka	21 224	0,8	2 877	8,2
Syrien, Arabische Republik	21 118	1,7	.	.
Tadschikistan	7 079	1,5	831	7,4
Thailand	69 892	0,5	5 394	0,1
Timor-Leste	1 187	2,9	3 949	10,6
Turkmenistan	5 170	1,2	4 658	14,7
Usbekistan	28 077	1,1	1 572	8,3
Ver. Arabische Emirate	8 106	2,2	67 008	4,9
Vietnam	89 730	1,0	1 374	5,9
Australien und Ozeanien				
Australien	22 919	1,3	65 477	2,0
Fidschi	876	0,8	3 965	2,0
Kiribati	103	1,5	1 593	1,8
Marshallinseln	56	1,6	.	.
Mikronesien, F. Staaten von	112	0,5	.	.
Nauru	10	0,6	.	.
Neuseeland	4 461	1,0	36 648	1,4
Palau	21	0,8	.	.
Papua-Neuguinea	7 170	2,2	1 900	8,9
Salomonen	566	2,5	1 554	9,3
Samoa	185	0,5	3 451	2,1
Tonga	105	0,4	4 221	1,5
Tuvalu	10	0,2	.	0,4
Vanuatu	252	2,4	3 036	3,3

1 Quelle: UNPOP, Vereinte Nationen. Schätzung (mittlere Variante der Bevölkerungsvorausbe-
rechnung).

2 Quelle: World Economic Outlook, IMF.

3 Einschl. Nordzypern.

A.1 Geografie und Klima

	Landfläche ¹ 2010 km ²	Hauptstadt (Standort Wetter- station, sofern nicht Hauptstadt)	Mittlere Lufttemperatur ¹²			Mittlere tägliche Sonnenscheindauer ¹²			Mittlerer Niederschlag ¹²		
			Jahresdurchschnittswert	kältester Monat	wärmster Monat	Jahresdurchschnittswert	Monat mit niedrigster Sonnenscheindauer	Monat mit höchster Sonnenscheindauer	Jahresdurchschnittswert	nassester Monat	trockenster Monat
			Referenzperiode 1996 bis 2010								
			°C	Stunden			l/m ²				
Europa											
Belgien	30 280	Brüssel	10,8	3,3 Jan	18,4 Jul	4,3	1,4 Dez	7,1 Jun	863	100 Aug	49 Apr
Bulgarien	108 560	Sofia	10,5	-0,6 Jan	21,5 Jul	6,1	1,9 Dez	10,1 Jul	629	73 Jun	35 Feb
Dänemark	42 430	Kopenhagen	9,2	1,4 Jan	18,1 Aug	.	.	.	539	78 Aug	26 Apr
Deutschland	348 610	Berlin	9,7	0,4 Jan	19,2 Jul	4,8	1,5 Dez	7,8 Jun	594	75 Aug	27 Apr
Estland	42 390	Tallinn	6,2	-4,2 Feb	17,8 Jul	5,2	0,7 Dez	9,8 Jul	672	99 Jul	31 Apr
Finnland	303 900	Helsinki	5,7	-5,7 Feb	18,3 Jul	5,0	0,8 Dez	9,2 Jul	666	87 Okt	30 Mrz
Frankreich	547 660	Paris	11,7	4,1 Jan	19,8 Jul	5,1	1,6 Nov	8,0 Jun	612	66 Aug	40 Sep
Griechenland	128 900	Athen	18,7	9,9 Jan	29,2 Jul	7,9	3,7 Dez	12,4 Jul	435	81 Dez	5 Jun
Irland	68 890	Dublin	9,6	5,1 Dez	15,2 Jul	4,1	1,8 Dez	6,6 Mai	780	85 Okt	45 Mrz
Island	100 250	Reykjavík	5,2	0,0 Feb	11,7 Jul	3,8	0,4 Dez	7,0 Mai	837	94 Dez	38 Jun
Italien	294 140	Rom	16,2	8,8 Jan	24,7 Aug	7,1	3,8 Dez	11,3 Jul	614	97 Dez	10 Jun
Kroatien	55 960	Zagreb	12,5	1,8 Jan	22,5 Jul	5,4	1,6 Dez	8,9 Jul	883	100 Sep	39 Feb
Lettland	62 180	Riga (Libau)	7,7	-2,3 Feb	18,3 Jul	5,4	0,7 Dez	10,1 Jun	1 984	304 Jun	23 Dez
Litauen	62 670	Wilna	6,9	-4,2 Jan	18,6 Jul	4,9	0,9 Dez	8,9 Jun	690	101 Jul	38 Mrz
Luxemburg	2 590	Luxemburg	9,6	0,8 Jan	18,2 Jul	5,0	1,4 Dez	8,4 Jun	864	84 Aug	53 Apr
Malta	320	Valletta	19,4	12,5 Feb	27,2 Aug	8,2	5,2 Dez	11,9 Jul	566	98 Nov	< 1 Jul
Niederlande	33 730	Amsterdam (De Bilt)	10,4	3,1 Jan	18,0 Jul	4,6	1,9 Dez	7,2 Jun	863	43 Apr	91 Aug
Norwegen	305 470	Oslo	5,2	-4,5 Jan	16,4 Jul	.	.	.	866	100 Okt	46 Feb
Österreich	82 430	Wien	10,7	0,1 Jan	20,8 Jul	5,6	1,7 Dez	8,7 Jun	698	84 Jul	40 Okt
Polen	304 200	Warschau	8,6	-2,3 Jan	19,5 Jul	6,3	1,1 Dez	11,5 Jul	558	91 Jul	29 Jan
Portugal	91 470	Lissabon	17,1	11,5 Jan	23,1 Aug	7,9	4,7 Dez	11,2 Jul	832	130 Dez	3 Jul
Rumänien	230 060	Bukarest	10,8	-1,7 Jan	23,0 Jul	6,0	1,8 Dez	10,0 Jul	632	79 Sep	33 Feb
Russische Föderation	16 376 870	Moskau	6,1	-6,9 Feb	20,2 Jul	.	.	.	701	85 Jul	34 Apr
Schweden	410 340	Stockholm	7,7	-1,4 Feb	18,7 Jul	1,4	0,8 Mrz	2,2 Jul	523	67 Jul	25 Apr
Schweiz	40 000	Bern (Zürich)	9,6	0,5 Jan	18,5 Jul	4,5	1,4 Dez	7,1 Jun, Jul	1 133	132 Aug	52 Jan
Slowakei	48 090	Pressburg
Slowenien	20 140	Laibach	11,2	0,3 Jan	21,4 Jul	5,3	1,7 Dez	9,2 Jul	1 382	159 Sep	69 Feb
Spanien	498 800	Madrid	14,6	5,7 Jan	25,2 Jul	7,8	4,3 Dez	12,0 Jul	397	61 Okt	7 Jul
Tschechische Republik	77 250	Prag	8,6	-1,6 Jan	18,2 Jul	4,9	1,5 Dez	7,9 Jun	495	84 Jul	19 Feb
Türkei	769 630	Ankara	12,7	1,0 Jan	24,7 Jul	6,7	2,5 Dez	11,1 Jul	411	53 Apr	11 Aug
Ukraine	579 320	Kiew	8,8	-3,8 Jan	21,4 Jul	.	.	.	626	81 Jun	36 Jan
Ungarn	90 530	Budapest	11,2	-0,4 Jan	22,1 Jul	5,8	1,9 Dez	9,5 Jul	580	73 Jun	27 Feb
Vereinigtes Königreich	241 930	London	11,8	5,7 Dez	18,7 Jul, Aug	4,4	1,8 Dez	6,9 Jun	639	72 Nov	41 Mrz
Zypern	9 240	Nikosia	20,1	12,2 Jan	28,4 Aug	9,3	5,8 Dez	12,9 Jun	324	84 Jan	< 1 Jul, Aug

A Internationales

A.1 Geografie und Klima

	Land- fläche ¹	Hauptstadt (Standort Wetter- station, sofern nicht Hauptstadt)	Mittlere Lufttemperatur ^{1,2}			Mittlere tägliche Sonnenscheindauer ^{1,2}			Mittlerer Niederschlag ^{1,2}		
			Jahresdurch- schnittswert	kältester Monat	wärmster Monat	Jahresdurch- schnittswert	Monat mit niedrigster Sonnen- scheindauer	Monat mit höchster Sonnen- scheindauer	Jahresdurch- schnittswert	nassester Monat	trockenste Monat
			Referenzperiode 1996 bis 2010								
2010			°C			Stunden			l/m ²		
km ²											
Afrika											
Ägypten	995 450	Kairo	22,3	13,9 Jan	29,1 Jul, Aug	9,5	7,1 Jan	11,6 Jul	23	6 Dez	0 Jun–Sep
Äthiopien	1 000 000	Addis Abeba	17,0	15,5 Dez	18,9 Mai	7,3	3,8 Jul	10,0 Dez	1 225	294 Aug	12 Dez
Kongo, Dem. Republik	2 267 050	Kinshasa	25,3	23,5 Jul	26,5 Mrz	.	.	.	1 365	220 Apr	< 1 Aug
Nigeria	910 770	Abuja (Lagos)	27,3	25,6 Aug	29,4 Mrz	.	.	.	1 574	314 Jun	5 Jan
Südafrika	1 214 470	Pretoria	18,9	11,9 Jul	22,9 Dez–Feb	8,6	7,8 Jan	9,4 Aug	684	134 Jan	1 Jul
Tansania, Ver. Republik	885 800	Dodoma	22,9	20,1 Jul	24,8 Nov	9,1	7,7 Feb	10,2 Okt	587	154 Dez	0 Jul, Aug
Amerika											
Argentinien	2 736 690	Buenos Aires	17,9	11,5 Jul	24,2 Jan	7,0	4,4 Jun	9,6 Jan	1 053	151 Jan	42 Jun
Brasilien	8 459 420	Brasília	21,4	19,3 Jun	23,0 Okt	6,7	4,4 Dez	9,0 Aug	1 482	246 Dez	2 Jul
Chile	743 530	Santiago de Chile	14,8	8,5 Jul	21,4 Jan	7,0	3,5 Jun	10,6 Jan	342	97 Jun	< 1 Dez
Kanada	9 093 510	Ottawa (Montreal)	7,3	– 9,0 Jan	21,4 Jul	5,9	2,4 Dez	8,7 Jul	1 020	99 Okt	62 Feb
Kolumbien	1 109 500	Bogotá	13,3	12,9 Jan	13,7 Apr, Mai	4,2	3,3 Apr, Mai	5,6 Jan	901	119 Mai	33 Jan
Mexiko	1 943 950	Mexiko-Stadt	17,1	14,4 Dez	19,6 Mai	7,0	4,7 Sep	8,6 Apr	803	190 Aug	3 Feb
Vereinigte Staaten	9 147 420	Washington	14,6	2,6 Jan	26,2 Jul	.	.	.	1 046	118 Jun	63 Feb
Asien											
Bangladesch	130 170	Dhaka	26,0	18,6 Jan	29,2 Mai	.	.	.	2 101	417 Jul	4 Dez
China	9 327 480	Peking	13,1	– 3,0 Jan	27,2 Jul	6,7	5,5 Dez	8,5 Mai	470	128 Jul	2 Dez
Indien	2 973 190	Neu-Delhi	25,3	13,8 Jan	32,8 Jun	5,8	3,8 Dez	7,9 Apr	785	212 Aug	5 Nov
Indonesien	1 811 570	Jakarta	27,5	26,8 Feb	27,9 Mai	.	.	.	1 743	374 Feb	30 Dez
Iran, Islamische Republik	1 628 550	Teheran	18,5	4,6 Jan	31,1 Jul	8,2	5,1 Dez	11,1 Jun	239	40 Mrz	1 Aug
Israel	21 640	Jerusalem (Tel Aviv)	20,9	13,5 Jan	27,9 Aug	.	.	.	498	145 Jan	0 Jul, Aug
Japan	364 500	Tokio	16,6	6,4 Jan	27,5 Aug	5,2	4,2 Jun	6,2 Jan	1 582	221 Okt	52 Feb
Korea, Republik	97 100	Seoul	12,9	– 1,9 Jan	25,8 Aug	5,3	3,3 Jul	6,4 Mai	1 550	424 Jul	18 Dez
Myanmar	653 520	Naypyidaw (Rangoon)	27,1	24,6 Jan	30,4 Apr
Pakistan	770 880	Islamabad	22,3	10,6 Jan	31,4 Jun	.	.	.	1 179	283 Aug	14 Nov
Philippinen	298 170	Manila	27,5	25,7 Jan	29,3 Mai	.	.	.	2 631	505 Sep	19 Feb
Saudi-Arabien	2 149 690	Riad	26,3	13,8 Jan	36,3 Aug	8,7	7,1 Jan	10,5 Jul	125	28 Apr	0 Jun, Jul
Thailand	510 890	Bangkok	29,0	27,4 Dez	30,8 Apr	6,5	4,6 Sep	8,3 Feb	1 706	326 Sep	9 Dez
Vietnam	310 070	Hanoi	24,5	17,4 Jan	29,8 Jun, Jul	3,6	1,4 Mrz	5,4 Jun	1 639	317 Jul	19 Jan
Australien und Ozeanien											
Australien	7 682 300	Canberra	13,4	5,8 Jul	20,9 Jan	8,0	5,6 Jun	9,8 Dez	582	68 Nov	27 Apr
Neuseeland	263 310	Wellington (N. Plymouth)	13,8	9,9 Jul	18,3 Feb	5,8	4,5 Mai, Jun	7,5 Jan	1 368	147 Jun	71 Mrz

1 Quelle: World Development Indicators, Weltbank.

2 Quelle: Deutscher Wetterdienst (DWD).

A.2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

Die **Bevölkerungsvorausberechnung** liefert Erkenntnisse darüber, wie sich die Bevölkerungszahl entwickeln würde, wenn bestimmte Annahmen zur künftigen Entwicklung der Geburtenhäufigkeit, der Lebenserwartung sowie der Migration eintreffen. Die Vereinten Nationen berechnen hierzu verschiedene Varianten. Die hier präsentierten Daten entsprechen der mittleren Variante der UN-Bevölkerungsvorausberechnung.

Die **zusammengefasste Geburtenziffer** zeigt an, wie viele Kinder eine Frau im Laufe ihres Lebens hätte, wenn die altersspezifischen Geburtenziffern des betrachteten Jahres bis zum Ende ihrer fruchtbarsten Lebensphase gelten würden.

	Bevölkerung insgesamt (Schätzung) ¹	Bevölkerungsvorausberechnung ¹	Jährliche Bevölkerungsentwicklung ²	Bevölkerungsanteil ²		Lebenserwartung bei Geburt ²		Lebendgeborene ²	Zusammengefasste Geburtenziffer ²	Eheschließungen ³
				unter 15 Jahren	ab 65 Jahre	Männer	Frauen			
	2012	2050	2010							
	1 000		%			Jahre		je 1 000 Einwohner/-innen	Kinderzahl je Frau	je 1 000 Einwohner/-innen
Europa										
Belgien	10 788	11 587	+ 0,9	16,9	17,4	77,4	82,6	11,7	1,84	4,2 ¹⁴
Bulgarien	7 398	5 459	- 0,7	13,7	17,5	70,0	77,2	10,0	1,49	3,2
Dänemark	5 593	5 920	+ 0,4	18,0	16,5	77,1	81,2	11,4	1,87	5,6
Deutschland	81 991	74 781	- 0,2	13,5	20,4	77,5	82,6	8,3	1,39	4,7¹⁴
Estland	1 340	1 233	+ 0,0	15,3	17,2	70,6	80,5	11,8	1,63	3,8
Finnland	5 403	5 611	+ 0,5	16,5	17,2	76,7	83,2	11,4	1,87	5,6
Frankreich	63 458	72 442	+ 0,5	18,4	16,8	78,1	84,8	12,8	2,00	3,9 ¹⁴
Griechenland	11 419	11 647	+ 0,3	14,6	18,6	77,9	83,0	9,7	1,44	5,2 ¹⁵
Irland	4 579	6 038	+ 0,3	21,2	11,7	78,0	82,7	16,5	2,07	4,8 ¹⁴ ¹⁵
Island	328	431	- 0,1	20,8	12,0	79,5	83,5	15,4	2,20	4,6 ¹⁵
Italien	60 964	59 158	+ 0,5	14,1	20,4	79,2	84,4	9,3	1,40	3,6 ¹⁴
Kroatien	4 387	3 859	- 0,3	15,0	17,2	73,5	79,6	9,8	1,46	5,1 ¹⁴
Lettland	2 235	1 902	- 0,7	13,8	17,8	68,8	78,4	8,6	1,17	4,1
Litauen	3 292	2 813	- 1,6	14,9	16,1	68,0	78,8	10,8	1,55	5,7
Luxemburg	523	708	+ 1,8	17,7	13,9	77,6	82,7	11,6	1,63	3,5
Malta	419	415	+ 0,5	15,0	14,1	78,9	83,1	9,6	1,38	6,2
Niederlande	16 714	17 151	+ 0,5	17,7	15,3	78,8	82,7	11,1	1,79	4,4 ¹⁵
Norwegen	4 960	6 063	+ 1,2	18,7	14,7	78,9	83,2	12,6	1,95	4,8
Österreich	8 429	8 427	+ 0,3	14,7	17,6	77,7	83,2	9,4	1,44	4,5
Polen	38 317	34 906	+ 0,1	14,8	13,6	72,1	80,6	10,8	1,38	6,0
Portugal	10 699	9 379	+ 0,0	15,1	17,9	76,1	82,1	9,5	1,32	3,7 ¹⁴
Rumänien	21 388	18 535	- 0,2	15,2	14,9	69,8	77,3	9,9	1,38	5,4
Russische Föderation ...	142 703	126 188	- 0,1	15,0	12,8	63,0	74,9	12,5	1,54	8,5
Schweden	9 495	10 916	+ 0,9	16,5	18,2	79,5	83,5	12,3	1,98	5,4
Schweiz	7 734	7 870	+ 1,1	15,2	16,7	80,1	84,5	10,3	1,50	5,5 ¹⁴
Slowakei	5 480	5 241	+ 0,2	15,1	12,1	71,6	78,8	11,1	1,40	4,7
Slowenien	2 040	1 994	+ 0,4	13,9	16,5	76,3	82,7	10,9	1,57	3,2 ¹⁴
Spanien	46 772	51 354	+ 0,4	15,0	17,0	78,7	84,7	10,5	1,39	3,6 ¹⁴
Tschechische Republik ...	10 566	10 638	+ 0,3	14,0	14,8	74,4	80,6	11,1	1,49	4,4
Türkei	74 509	91 617	+ 1,3	26,4	6,0	71,5	76,0	17,9	2,09	7,9
Ukraine	44 940	36 074	- 0,4	14,2	15,5	65,3	75,5	10,8	1,45	6,7
Ungarn	9 950	9 243	- 0,2	14,7	16,5	70,5	78,1	9,0	1,25	3,6 ¹⁴
Vereinigtes Königreich ...	62 798	72 817	+ 0,7	17,4	16,6	78,5	82,4	13,0	1,94	.
Zypern ¹⁶	1 129	1 347	+ 1,2	17,8	11,6	77,3	81,6	11,7	1,48	7,9 ¹⁵

A.2 Bevölkerung, Familien, Lebensformen

	Bevölkerung insgesamt (Schätzung) ¹	Bevölkerungsvorausberechnung ¹	Jährliche Bevölkerungsentwicklung ²	Bevölkerungsanteil ²		Lebenserwartung bei Geburt ²		Lebendgeborene ²	Zusammengefasste Geburtenziffer ²	Eheschließungen ³
				unter 15 Jahre	ab 65 Jahre	Männer	Frauen			
	2012	2050	2010			Jahre		je 1 000 Einwohner/-innen	Kinderzahl je Frau	je 1 000 Einwohner/-innen
Afrika										
Ägypten	83 958	123 452	+ 1,7	31,5	5,0	71,1	75,0	23,2	2,73	.
Äthiopien	86 539	145 187	+ 2,1	41,5	3,3	57,2	60,3	31,4	4,19	.
Kongo, Dem. Republik	69 575	148 523	+ 2,7	46,3	2,7	46,5	49,7	43,5	5,78	.
Nigeria	166 629	389 615	+ 2,5	42,8	3,4	50,6	52,2	39,9	5,53	.
Südafrika	50 738	56 757	+ 1,4	30,1	4,6	51,4	52,8	21,2	2,46	.
Tansania, Ver. Republik	47 656	138 312	+ 3,0	44,7	3,1	56,5	58,3	41,4	5,54	.
Amerika										
Argentinien	41 119	50 560	+ 0,9	24,9	10,6	72,0	79,5	17,2	2,21	3,1 ¹⁵
Brasilien	198 361	222 843	+ 0,9	25,5	7,0	69,7	76,7	15,5	1,83	.
Chile	17 423	20 059	+ 0,9	22,1	9,3	75,9	82,0	14,3	1,86	3,3 ¹⁷
Kanada	34 675	43 642	+ 1,2	16,4	14,1	78,6	83,2	11,3	1,68	4,5 ¹⁴ ¹⁷
Kolumbien	47 551	61 764	+ 1,4	28,7	5,6	69,8	77,2	19,7	2,10	.
Mexiko	116 147	143 925	+ 1,2	29,1	6,3	74,3	79,2	19,5	2,32	5,5 ¹⁷
Vereinigte Staaten	315 791	403 101	+ 0,8	20,1	13,1	75,9	80,7	14,0	2,10	6,8 ¹⁵
Asien										
Bangladesch	152 409	194 353	+ 1,1	31,3	4,6	68,0	69,3	20,3	2,25	.
China	1 353 601	1 295 604	+ 0,5	19,5	8,2	71,6	75,0	12,1	1,60	7,5 ¹⁸
Indien	1 258 351	1 692 008	+ 1,4	30,6	4,9	63,6	66,7	22,2	2,63	.
Indonesien	244 769	293 456	+ 1,0	27,0	5,6	67,3	70,6	18,2	2,12	.
Iran, Islamische Republik	75 612	85 344	+ 1,1	22,9	5,2	70,9	74,7	17,1	1,67	12,2 ¹⁵
Israel	7 695	12 029	+ 1,8	27,2	10,4	79,7	83,4	21,8	3,03	6,8 ¹⁷
Japan	126 435	108 549	- 0,1	13,4	22,7	79,6	86,4	8,5	1,39	5,5 ¹⁵
Korea, Republik	48 588	47 050	+ 0,3	16,4	11,1	77,4	84,3	9,4	1,22	6,2 ¹⁵
Myanmar	48 724	55 296	+ 0,8	25,6	5,1	63,0	66,4	17,3	2,00	.
Pakistan	179 951	274 875	+ 1,8	35,4	4,3	64,3	66,1	27,3	3,42	.
Philippinen	96 471	154 939	+ 1,7	35,4	3,6	65,2	71,9	25,1	3,14	.
Saudi-Arabien	28 705	44 938	+ 2,4	30,3	3,0	72,8	75,0	21,6	2,81	.
Thailand	69 892	71 037	+ 0,6	20,5	8,9	70,6	77,4	12,1	1,58	.
Vietnam	89 730	103 962	+ 1,0	23,6	6,0	72,9	76,9	16,7	1,82	5,7 ¹⁸
Australien und Ozeanien										
Australien	22 919	31 385	+ 1,6	19,0	13,4	79,5	84,0	13,0	1,92	5,5 ¹⁷
Neuseeland	4 461	5 678	+ 1,2	20,5	13,0	78,8	82,7	14,8	2,16	4,8

1 Quelle: UNPOP, Vereinte Nationen. Mittlere Variante.

2 Quelle: World Development Indicators, Weltbank.

3 Quelle: UN Demographic Yearbook, Vereinte Nationen.

4 Vorläufiger Wert.

5 2009.

6 Außer den Angaben zu Eheschließungen beziehen sich alle Werte auf Zypern einschl. Nordzypern.

7 2008.

8 2007.

A.3 Bildung

	Schüler/-innen je Lehrkraft		Alphabetisierungsgrad der Bevölkerung ab 15 Jahren	Studierende an Hochschulen	Hochschulabschlussquote	Öffentliche Bildungsausgaben	Bruttoinlandsausgaben für Forschung und Entwicklung	Wissenschaftler/-innen im Bereich Forschung und Entwicklung
	Grundschule	Sekundarstufe						
	2010							
Anzahl		%	je 100 000 Einwohner/-innen	% der Bevölkerung im typischen Hochschulalter	% des BIP	je 1 Mill. Einwohner/-innen		
Europa								
Belgien	11 ¹	.	.	4 035	19,6	6,4 ¹²	2,0	4 866 ¹³
Bulgarien	17	12	98,4 ¹⁴	3 674	27,5	4,4 ¹²	0,5	1 767
Dänemark	.	.	.	4 298	47,2	8,7	3,0	8 812
Deutschland	13	13	.	.	36,8	4,6¹²	2,8	5 305¹³
Estland	12 ¹¹	9 ¹¹	99,8	5 162	22,6	5,7 ¹²	1,4	5 384
Finnland	14	10 ¹¹	.	5 619	44,1	6,8	4,0	10 382
Frankreich	18	13	.	3 525	35,6 ¹²	5,9	2,2	4 662
Griechenland	10 ¹³	8 ¹³	97,2	5 411 ¹³	21,3 ¹³	.	0,6 ¹³	.
Irland	16	.	.	4 212	44,4	5,7 ¹²	1,8	4 843
Island	.	.	.	5 447	52,6	7,8	2,6 ¹²	13 384
Italien	10 ¹³	10 ¹³	98,9	3 372	36,2	4,7	1,3	2 431
Kroatien	14	8	98,8	3 185	34,9	4,3	0,8	2 697
Lettland	12	9	99,8	5 602	37,5	5,6	0,5	3 279
Litauen	13	9	99,7	6 377	42,3	5,7	0,8	4 023
Luxemburg	12 ¹²	10 ¹²	.	.	5,7 ¹²	.	1,7	5 192 ¹³
Malta	14	9	.	2 518	.	5,8 ¹²	0,6	2 638
Niederlande	.	14	.	3 775	46,1	5,9	1,8	3 655 ¹³
Norwegen	.	.	.	4 596	45,1	7,3	1,8	9 237
Österreich	11	10	.	3 716	30,1	5,5 ¹²	2,8	6 449 ¹³
Polen	10 ¹¹	11 ¹¹	99,5	5 684	53,5	5,1	0,7	2 550
Portugal	11 ¹¹	7 ¹¹	95,2	3 533	46,9	5,8	1,7	7 059
Rumänien	16	12	97,7	5 151	63,2	4,3 ¹³	0,5	1 430
Russische Föderation	18 ¹¹	8 ¹¹	99,6	6 599	51,2 ¹²	4,1 ¹²	1,3	2 625
Schweden	10	10	.	4 595	35,4	7,3	3,6	7 756 ¹³
Schweiz	.	.	.	3 095	31,3	5,4 ¹²	3,0 ¹²	6 057
Slowakei	15	12	.	4 356	60,7	4,1	0,5	3 641
Slowenien	17 ¹¹	9 ¹¹	99,7	5 711	29,9	5,7	1,9	5 016
Spanien	12	11	97,7	3 990	39,3	5,0	1,4	4 822
Tschechische Republik	19 ¹¹	11 ¹¹	.	4 040	40,3	4,5	1,5	4 263
Türkei	.	.	90,8 ¹¹	4 147	20,5	.	0,8	1 501
Ukraine	16	.	99,7	6 193	.	5,3 ¹³	0,9	1 682
Ungarn	10 ¹¹	10 ¹¹	99,0	4 016	40,4	5,1	1,1	3 367
Vereinigtes Königreich	18 ¹¹	14 ¹²	.	3 969	39,6	5,6	1,9	6 194 ¹³
Zypern	14	10	98,3	3 905	13,9	7,9	0,5	1 453

Der **Alphabetisierungsgrad** ist laut UNESCO definiert als der Anteil der Bevölkerung ab 15 Jahren, der in der Lage ist, eine einfache Aussage über den eigenen Alltag zu lesen und zu schreiben. Neben den Fertigkeiten Lesen und Schreiben umfasst die Definition auch grundlegende Rechenkenntnisse.

Die **Hochschulabschlussquote** entspricht dem Anteil der Absolventinnen und Absolventen an Hochschulen im Verhältnis zur Wohnbevölkerung im typischen Hochschulabschlussalter. Dargestellt ist hier der Anteil der Absolventinnen und Absolventen mit mindestens einem Abschluss auf der Stufe ISCED 5A. ISCED ist die internationale Standardklassifizierung von Bildungsstufen, wobei 5A der unteren Stufe der tertiären Bildung entspricht.

Die **Bruttoinlandsausgaben für Forschung und Entwicklung** umfassen alle zur Durchführung von Forschung und Entwicklung (FuE) im Inland verwendeten Mittel, ungeachtet der Finanzierungsquellen. Eingeschlossen sind auch die Mittel des Auslands und internationaler Organisationen für im Inland durchgeführte Forschungsarbeiten.

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler im Bereich Forschung und Entwicklung sind an der Konzeption oder Umsetzung neuen Wissens, neuer Produkte, Prozesse, Methoden oder Systeme beteiligt oder im Management entsprechender Projekte tätig. Diese Gruppe umfasst auch Doktorandinnen und Doktoranden (ISCED Stufe 6), die im Bereich Forschung und Entwicklung tätig sind. Der Begriff Forschung und Entwicklung umfasst drei Aktivitäten: Grundlagenforschung, angewandte Forschung und experimentelle Entwicklung.

A Internationales

A.3 Bildung

	Schüler/-innen je Lehrkraft		Alphabetisierungsgrad der Bevölkerung ab 15 Jahren	Studierende an Hochschulen	Hochschulabschlussquote	Öffentliche Bildungsausgaben	Bruttoinlandsausgaben für Forschung und Entwicklung	Wissenschaftler/-innen im Bereich Forschung und Entwicklung
	Grundschule	Sekundarstufe						
	2010		2009			2008		
	Anzahl	%	je 100 000 Einwohner/-innen	% der Bevölkerung im typischen Hochschulalter	% des BIP	je 1 Mill. Einwohner/-innen		
Afrika								
Ägypten	26	14	72,0	3 337 ¹⁵	.	3,8 ¹²	0,2	1 076
Äthiopien	54	43	39,0 ¹³	407	4,6 ¹⁵	4,6	0,2 ¹³	31 ¹³
Kongo, Dem. Republik	37	16	66,8	612	.	2,5 ¹⁵	.	.
Nigeria	36	33	61,3	.	.	.	0,2 ¹³	120 ¹³
Südafrika	31 ¹¹	25 ¹¹	88,7 ¹³	.	.	5,5	0,9 ¹²	821 ¹³
Tansania, Ver. Republik	51	.	73,2	197 ¹⁵	.	6,2 ¹⁵	0,4 ¹³	67 ¹³
Amerika								
Argentinien	16 ¹²	11 ¹²	97,8	6 064	12,0	6,0	0,5 ¹²	1 610
Brasilien	22	17	90,3 ¹¹	3 158 ¹²	.	5,7	1,1 ¹²	1 100
Chile	23 ¹¹	22 ¹¹	98,6 ¹¹	5 244	19,4	4,5	0,4 ¹²	630
Kanada	.	7 ¹²	.	.	.	4,8 ¹²	2,0	.
Kolumbien	28	27	93,4	3 510	.	4,7	0,2	333
Mexiko	28	18	93,1	2 463	18,7	5,3	0,4 ¹³	.
Vereinigte Staaten	14	14	.	6 296	37,2	5,4	2,8 ¹²	.
Asien								
Bangladesch	43	28	56,8	.	5,0	2,2	.	.
China	17	15	94,3	2 222	13,0	.	1,5 ¹²	.
Indien	.	25	.	1 578	.	.	0,8 ¹³	.
Indonesien	16	12	92,6 ¹¹	2 084	11,5	3,5	0,1	173 ¹¹
Iran, Islamische Republik	20 ¹¹	.	85,0 ¹²	4 664	14,5	4,7	0,8 ¹²	1 491
Israel	13 ¹¹	10 ¹¹	.	4 820	36,7	5,8	4,3	.
Japan	18	12	.	3 088	42,9	3,8 ¹⁵	3,4 ¹²	7 038
Korea, Republik	21	18	.	6 787	52,4	5,0	3,4 ¹²	6 286
Myanmar	28	34	92,3	1 100 ¹³	10,4 ¹³	.	.	.
Pakistan	40	.	54,9 ¹¹	597 ¹²	.	2,7	0,5	321 ¹¹
Philippinen	31 ¹¹	35 ¹¹	95,4 ¹²	3 015 ¹²	.	2,7	0,1 ¹³	130 ¹³
Saudi-Arabien	11	10	86,6	2 896	18,9	5,6 ¹²	0,1	46
Thailand	16 ¹²	20 ¹⁴	.	3 562	29,0 ¹²	4,1	0,2 ¹³	575 ¹³
Vietnam	20	19	93,2	2 078	8,4	5,3 ¹²	.	.
Australien und Ozeanien								
Australien	.	.	.	5 554	56,5 ¹²	5,1	2,3 ¹²	.
Neuseeland	14	15	.	6 179	49,3	6,4	1,2 ¹³	7 017 ¹³

1 2009.

2 2008.

3 2007.

4 2011.

5 2010.

Quelle: UNESCO. Teilweise Schätzungen bzw. vorläufige Daten

A.4 Gesundheit

	Gesamtausgaben für Gesundheit		Öffentliche Gesamtausgaben	Praktizierende Ärzte/Ärztinnen	Krankenhausbetten	Indikatoren zu den Millennium-Entwicklungszielen der Vereinten Nationen				
	% des BIP	in US\$ je Einwohner/-in				Tuberkulose-Erkrankungen	Sterbefälle von Kindern unter 5 Jahren	Sterbefälle von Müttern bei der Geburt	HIV-Infektionsrate der 15- bis 49-Jährigen	Zugang zu sauberem Trinkwasser
			2010		2009					
				je 10 000 Einwohner/-innen		je 100 000 Einwohner/-innen	je 1 000 Lebendgeborene	je 100 000 Lebendgeborene	%	% der Gesamtbevölkerung
Europa										
Belgien	10,7	4 618	3 452	30	66	11	4	8	0,2	100
Bulgarien	6,9	435	237	37	66	54	13	11	0,1	100
Dänemark	11,4	6 422	5 465	34	35	7	4	12	0,2	100
Deutschland	11,6	4 668	3 598	36	82	6	4	7	0,1	100
Estland	6,0	853	671	33	54	26	5	2	1,2	98
Finnland	9,0	3 984	2 990	29	62	9	3	5	0,1	100
Frankreich	11,9	4 691	3 652	35 ¹	69	12	4	8	0,4	100
Griechenland	10,2	2 729	1 621	62	48	6	4	3	0,1	100
Irland	9,2	4 242	2 933	32 ¹	49 ¹	10	4	6	0,2	100
Island	9,4	3 722	3 004	39 ¹	58 ¹²	5	2	5	0,3	100
Italien	9,5	3 248	2 521	35	36	6	4	4	0,3	100
Kroatien	7,8	1 067	905	26	54	27	6	17	.	99
Lettland	6,7	718	439	30	64	43	10	34	0,7	99
Litauen	7,0	781	574	36	68	94	7	8	0,1	.
Luxemburg	7,8	8 181	6 906	28	56	10	3	20	0,3	100
Malta	8,6	1 697	1 111	31	49	15	6	8	0,1	100
Niederlande	11,9	5 593	4 431	29 ¹	47	9	4	6	0,2	100
Norwegen	9,5	8 091	6 788	42	33	8	3	7	0,1	100
Österreich	11,0	4 958	3 843	47	77	6	4	4	0,3	100
Polen	7,5	917	666	22	67	29	6	5	0,1	.
Portugal	11,0	2 366	1 613	38	33	32	4	8	0,6	99
Rumänien	5,6	428	334	23	66	159	14	27	0,1	.
Russische Föderation ...	5,1	525	326	43 ¹³	97 ¹³	136	12	34	1,0	97
Schweden	9,6	4 710	3 820	38 ¹	28	9	3	4	0,1	100
Schweiz	11,5	7 812	4 611	41	52	9	5	8	0,4	100
Slowakei	8,8	1 413	930	30 ¹²	65	10	8	6	.	100
Slowenien	9,4	2 154	1 587	25	46	14	3	12	.	99
Spanien	9,5	2 883	2 099	37	32	18	5	6	0,4	100
Tschechische Republik ..	7,9	1 480	1 238	37	71	8	4	5	.	100
Türkei	6,7	678	510	15	25	24	13	20	.	100
Ukraine	7,7	234	133	32	87	132	13	32	1,1	98
Ungarn	7,3	942	654	30	71	19	6	21	.	100
Vereinigtes Königreich ..	9,6	3 503	2 938	27	33	15	5	12	0,2	100
Zypern	6,0	1 704	707	26 ¹	38 ¹	6	4	10	.	100

A Internationales

A.4 Gesundheit

	Gesamtausgaben für Gesundheit		Öffentliche Gesamtausgaben	Praktizierende Ärzte/Ärztinnen	Krankenhausbetten	Indikatoren zu den Millennium-Entwicklungszielen der Vereinten Nationen				
						Tuberkulose-Erkrankungen	Sterbefälle von Kindern unter 5 Jahren	Sterbefälle von Müttern bei der Geburt	HIV-Infektionsrate der 15- bis 49-Jährigen	Zugang zu sauberem Trinkwasser
	2010		2009		2010			2009	2010	
	% des BIP	in US\$ je Einwohner/-in		je 10 000 Einwohner/-innen	je 100 000 Einwohner/-innen	je 1 000 Lebendgeborene	je 100 000 Lebendgeborene	%	% der Gesamtbevölkerung	
Afrika										
Ägypten	4,7	123	46	28	17 ¹⁴	28	22	66	.	99
Äthiopien	4,9	16	8	0 ¹²	2 ¹¹	394	106	350	.	44
Kongo, Dem. Republik	7,9	16	7	.	8 ¹³	535	170	540	.	45
Nigeria	5,1	63	24	4 ¹¹	.	199	143	630	3,6	58
Südafrika	8,9	649	286	.	.	795	57	300	17,8	91
Tansania, Ver. Republik	6,0	31	21	0 ¹³	7 ¹⁴	183	76	460	5,6	53
Amerika										
Argentinien	8,1	742	405	.	45 ¹⁴	40	14	77	0,5	.
Brasilien	9,0	990	466	18 ¹¹	24 ¹⁴	47	19	56	.	98
Chile	8,0	947	456	10	21	25	9	25	0,4	96
Kanada	11,3	5 222	3 681	20 ¹¹	32	6	6	12	0,2	100
Kolumbien	7,6	472	343	.	10 ¹²	48	19	92	0,5	92
Mexiko	6,3	604	295	20	16	18	17	50	0,3	96
Vereinigte Staaten	17,9	8 362	4 437	24	30	5	8	21	0,6	99
Asien										
Bangladesch	3,5	23	8	3 ¹²	.	411	48	240	.	81
China	5,1	221	118	14	42	108	18	37	0,1	91
Indien	4,1	54	16	6	.	256	63	200	0,3	92
Indonesien	2,6	77	38	3 ¹²	6 ¹⁴	289	35	220	0,2	82
Iran, Islamische Republik	5,6	317	127	.	17	23	26	21	0,2	96
Israel	7,6	2 183	1 317	36 ¹²	35 ¹⁴	6	5	7	0,2	100
Japan	9,5	4 065	3 355	21 ¹¹	137	27	3	5	.	100
Korea, Republik	6,9	1 439	848	20 ¹¹	103	151	5	16	.	98
Myanmar	2,0	17	2	5 ¹¹	6 ¹³	525	66	200	0,6	83
Pakistan	2,2	22	8	8	6 ¹⁴	364	87	260	0,1	92
Philippinen	3,6	77	27	.	5	502	29	99	.	92
Saudi-Arabien	4,3	680	427	9 ¹¹	22	24	18	24	.	.
Thailand	3,9	179	134	.	21 ¹⁴	182	13	48	1,3	96
Vietnam	6,8	83	31	12 ¹¹	31	334	23	59	0,4	95
Australien und Ozeanien										
Australien	8,7	4 774	3 246	30	38	8	5	7	0,1	100
Neuseeland	10,1	3 279	2 728	24 ¹²	.	9	6	15	0,1	100

1 2008.

2 2007.

3 2006.

4 2010.

Quelle: Global Health Observatory, WHO, Vereinte Nationen

A.5 Wohnen

	Durchschnittliche Zahl der Personen je Privathaushalt	In Mieterhaushalten lebend	In Eigentümerhaushalten lebend	In überbelegten Wohneinheiten lebend	Durch Wohnkosten überbelastet
	2010				
	Anzahl	% der Wohnbevölkerung insgesamt			
Europa					
Belgien	2,3	28	72	4	9
Bulgarien	2,9	13	87	47	6
Dänemark	2,0	33	67	7	22
Deutschland	2,0	47	53	7	.
Estland	2,3	15	85	40	6
Finnland	2,1	26	74	6	4
Frankreich	2,2	38	62	9	5
Griechenland	2,7	23	77	26	18
Irland	2,7	27	73	3	6
Island	2,4	19	81	7	8
Italien	2,4	28	72	24	8
Kroatien	2,9	10	90	44	14
Lettland	2,6	16	84	57	9
Litauen	2,5	7	93	46	11
Luxemburg	2,5	32	68	8	5
Malta	2,9	20	80	4	3
Niederlande	2,2	33	67	2	14
Norwegen	2,1	17	83	5	9
Österreich	2,3	43	57	12	5
Polen	2,8	19	81	48	9
Portugal	2,7	25	75	15	4
Rumänien	2,9	3	97	55	15
Russische Föderation
Schweden	2,1	29	71	11	7
Schweiz	2,3	56	44	6	14
Slowakei	2,8	10	90	40	8
Slowenien	2,6	22	78	35	4
Spanien	2,7	17	83	4	11
Tschechische Republik	2,5	21	79	23	10
Türkei
Ukraine
Ungarn	2,6	10	90	47	11
Vereinigtes Königreich	2,3	30	70	7	17
Zypern	2,8	26	74	1	3

Eine **Wohneinheit** gilt als **überbelegt**, wenn sie nicht mindestens folgende Kriterien erfüllt: ein Gemeinschaftszimmer, ein Zimmer je Paar im Haushalt, ein Zimmer für jede alleinstehende Person im Alter von 18 Jahren oder älter, ein Zimmer für bis zu zwei alleinstehende Personen desselben Geschlechts im Alter von 12 bis 17 Jahren, ein Zimmer je alleinstehende Person im Alter von 12 bis 17 Jahren (sofern nicht in der vorherigen Kategorie erfasst) sowie ein Zimmer für bis zu zwei Kinder unter 12 Jahren.

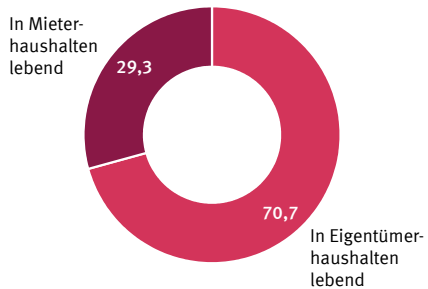
Personen gelten als **durch Wohnkosten überbelastet**, wenn sie in Haushalten leben, die mehr als 40 % ihres verfügbaren Einkommens für Wohnen aufwenden.

Quelle: Eurostat

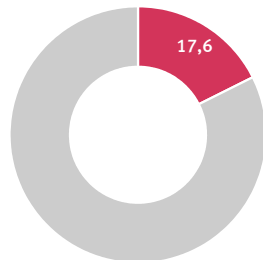
Wohnsituation in der Europäischen Union (EU-27) 2010

Anteil an der Wohnbevölkerung insgesamt, in %

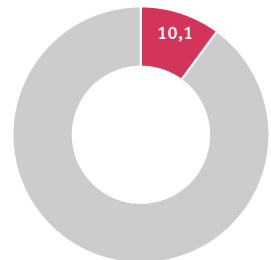
Bevölkerung nach Wohnstatus



In überbelegter Wohneinheit lebend



Durch Wohnkosten überbelastet¹



1 Schätzung.
Quelle: Eurostat

A.6 Einkommen, Konsum, Lebensbedingungen

	Median- äquivalenz- einkommen	Armuts- gefährdungs- grenze	Armutsgefährdungsquote (nach Sozialtransfers)			Konsum- ausgaben für Nahrungs- mittel und alkoholfreie Getränke	Konsum- ausgaben für Wohnung, Wasser, Strom und Gas
			insgesamt	Allein- erziehende	Personen im Alter von 65 Jahren und mehr		
2010							
	EUR		%			% der Konsumausgaben insgesamt	
Europa							
Belgien	19 464	11 678	14,5	35,3	19,4	13,8	24,0
Bulgarien	3 016	1 810	20,7	42,3	32,2	.	.
Dänemark	25 668	15 401	13,3	20,0	17,7	11,2	29,8
Deutschland	18 797	11 278	15,7	43,0	14,1	11,0	24,6
Estland	5 727	3 436	15,9	36,4	15,1	19,8	22,6
Finnland	21 349	12 809	13,1	22,0	18,3	12,3	26,9
Frankreich	20 046	12 027	13,4	35,7	9,7	13,4	25,5
Griechenland	11 963	7 178	20,1	33,4	21,3	16,2	22,3
Irland	19 882	11 929	16,1	30,2	10,6	9,8 ¹¹	22,3 ¹¹
Island	18 320	10 992	9,8	30,1	4,9	14,4	22,7
Italien	15 937	9 562	18,2	37,3	16,6	14,4	22,2
Kroatien	5 722	3 433	20,5	35,8	27,7	.	.
Lettland	4 537	2 722	21,3	41,3	18,8	18,7	25,3
Litauen	4 059	2 436	20,2	44,4	10,2	26,4 ¹²	14,8 ¹²
Luxemburg	32 333	19 400	14,5	46,4	5,9	9,2	24,3
Malta	10 458	6 275	15,5	57,4	18,8	15,3	12,6
Niederlande	20 292	12 175	10,3	29,1	5,9	11,7	23,9
Norwegen	32 399	19 438	11,1	28,7	12,0	13,2	22,0
Österreich	20 618	12 371	12,1	28,2	15,2	10,2	21,6
Polen	4 405	2 643	17,7	34,2	14,2	19,6	24,2
Portugal	8 678	5 207	17,9	37,0	21,0	16,9 ¹²	15,6 ¹²
Rumänien	2 037	1 222	21,0	31,9	16,7	29,1 ¹²	23,5 ¹²
Russische Föderation
Schweden	19 709	11 825	12,9	33,1	15,5	12,3	27,0
Schweiz	30 682	18 409	15,0	33,5	27,4	10,7 ¹²	24,2 ¹²
Slowakei	6 117	3 670	12,0	25,0	7,7	17,3	25,3
Slowenien	11 736	7 042	12,7	31,4	20,2	14,9	19,0
Spanien	13 030	7 818	20,7	45,5	21,7	14,1	20,2
Tschechische Republik	7 058	4 235	9,0	37,7	6,8	13,8	26,8
Türkei ¹³	2 373	1 424	26,5	43,3	19,8	25,8	17,7
Ukraine
Ungarn	4 241	2 544	12,3	28,1	4,1	16,7	22,0
Vereinigtes Königreich	17 106	10 263	17,1	36,4	21,4	9,4	23,9
Zypern	17 780	10 668	17,0	28,9	45,2	12,4	19,1

Das **Äquivalenzeinkommen** ist eine Rechengröße, um das Einkommen von Personen vergleichbar zu machen, die in Haushalten unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung leben. Weitere Informationen hierzu siehe „Glossar“/„Methodik“ des Kapitels 6.

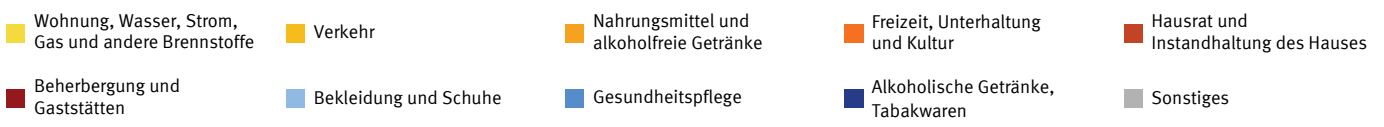
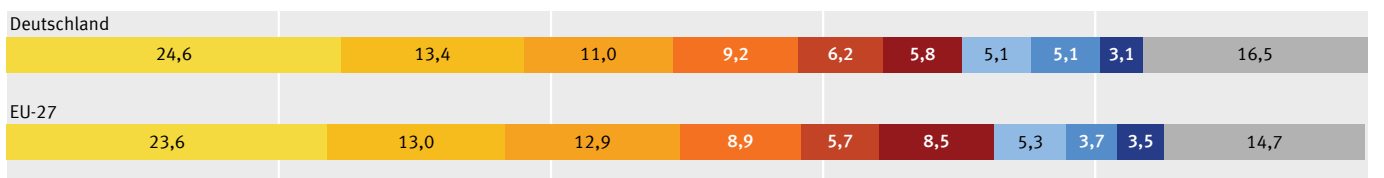
Das **Medianäquivalenzeinkommen** wird wie folgt ermittelt: Um das mittlere Einkommen zu bestimmen, wird der Median (Zentralwert) verwendet. Dabei werden Personen ihrem Äquivalenzeinkommen nach aufsteigend sortiert. Der Median ist der Einkommenswert derjenigen Person, die die Bevölkerung in genau zwei Hälften teilt. Das heißt, die eine Hälfte hat mehr Einkommen zur Verfügung, die andere weniger.

Die **Armutsgefährdungsgrenze** liegt bei 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten. Personen werden als (relativ) einkommensarm bezeichnet, wenn deren Äquivalenzeinkommen unter diesem Schwellenwert liegt. Weitere Informationen hierzu siehe „Glossar“/„Methodik“ des Kapitels 6.

Die **Armutsgefährdungsquote** ist definiert als der Anteil der Personen, deren Äquivalenzeinkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle liegt. Bei den hier aufgeführten Quoten wurden bei der Ermittlung des Einkommens auch soziale Transfers berücksichtigt.

1 2008.
2 2009.
3 2006.
Quelle: Eurostat

Konsumausgaben der privaten Haushalte 2010
nach Verwendungszweck, in %



Quelle: Eurostat

A.7 Kultur, Medien, Freizeit

	Kultur und Medien			Telekommunikation und Internet ¹³			Sport		
	Kinobesuche ¹¹	Personen im Alter von 25 – 64 Jahren, die ... ¹²		Mobilfunkverträge	Internetnutzer/-innen	Anteil der Haushalte mit eigenem Internetanschluss	Personen ab 15 Jahren, die ... ¹⁴		im Verein organisierte Fußballspieler/-innen ¹⁵
		in den letzten 12 Monaten mindestens 4 Bücher gelesen haben	täglich Zeitung lesen				mindestens einmal pro Woche Sport treiben	in einem Sportklub oder -verein Mitglied sind	
2011	2007		2010			2009		2006	
je Einwohner/-in	% der Bevölkerung im Alter von 25 – 64 Jahren		je 100 Einwohner/-innen	%		% der Bevölkerung ab 15 Jahren		% der Bevölkerung insgesamt	
Europa									
Belgien	2,1	43	42	113	75	73	49	14	4,2
Bulgarien	0,6	33	45	136	46	33	13	4	0,7
Dänemark	2,2	.	.	125	89	86	64	19	5,5
Deutschland	1,6	49	.	127	82	83	49	23	7,6
Estland	1,8	55	70	123	74	68	34	10	0,7
Finnland	1,3	59	88	156	87	81	71	17	2,8
Frankreich	3,4	.	.	101	80	74	48	18	2,9
Griechenland	1,0	23	30	108	44	46	18	4	3,2
Irland	3,6	.	.	105	70	72	58	18	6,0
Island	.	.	.	107	95	92	.	.	7,1
Italien	1,8	31	25	150	54	59	29	7	2,6
Kroatien	0,7	29	57	144	60	57	.	.	2,5
Lettland	0,9	51	61	102	71	60	27	6	0,4
Litauen	0,9	40	64	147	62	61	36	6	0,5
Luxemburg	2,5	.	.	143	90	90	51	22	7,0
Malta	.	.	.	109	63	70	48	7	2,6
Niederlande	1,8	.	.	115	91	91	56	27	7,0
Norwegen	2,4	.	.	116	93	90	.	.	7,5
Österreich	2,0	48	71	146	73	73	38	17	7,2
Polen	1,0	38	46	123	62	63	26	4	1,7
Portugal	1,5	19	41	142	51	54	33	8	1,3
Rumänien	0,4	.	.	115	40	42	21	2	0,5
Russische Föderation	1,1	.	.	166	43	42	.	.	0,6
Schweden	1,7	61	.	116	90	88	72	21	6,1
Schweiz	1,9	.	.	124	84	86	.	.	3,1
Slowakei	0,6	43	68	108	79	68	30	9	7,9
Slowenien	1,4	40	68	105	70	68	52	13	1,5
Spanien	2,1	32	50	112	66	59	39	9	1,5
Tschechische Republik	1,0	51	55	137	69	61	28	7	6,7
Türkei	0,6	.	.	85	40	42	.	.	0,3
Ukraine	.	.	.	119	45	21	.	.	1,5
Ungarn	1,0	39	63	120	65	61	23	4	1,3
Vereinigtes Königreich	2,7	.	.	131	85	80	45	9	2,8
Zypern	1,1	26	40	94	53	54	41	5	1,8

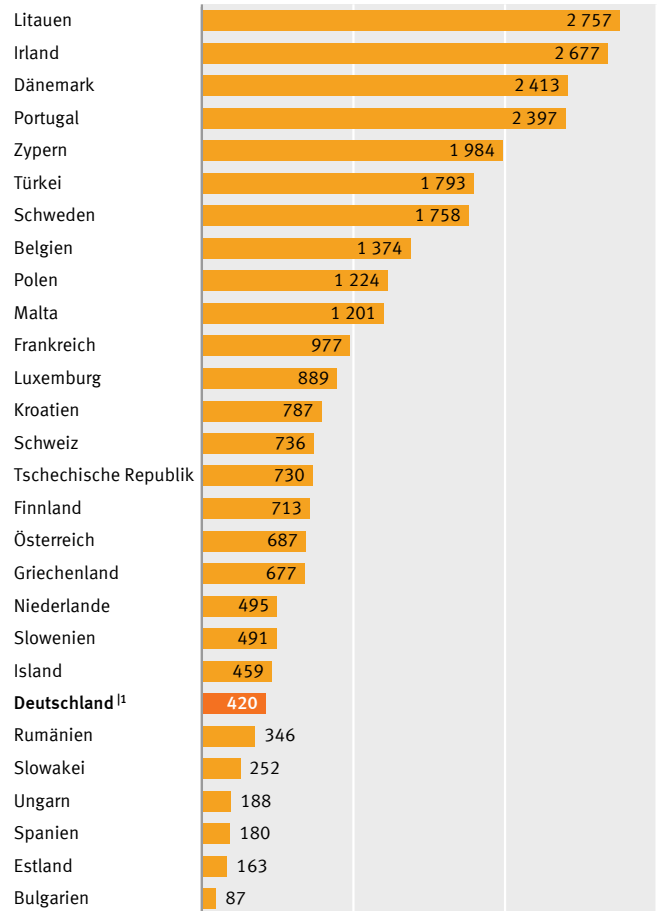
A.7 Kultur, Medien, Freizeit

	Telekommunikation und Internet ^{1,3}			Sport ^{1,5}
	Mobilfunk- verträge	Internetnutzer/ -innen	Anteil der Haushalte mit eigenem Internetan- schluss	im Verein organisierte Fußballspieler/ -innen
	2010			2006
	je 100 Einwohner/-innen	%	% der Be- völkerung insgesamt	
Afrika				
Ägypten	87	27	31	0,1
Äthiopien	8	1	0	0,1
Kongo, Dem. Republik	18	1	0	0,1
Nigeria	55	28	9	0,0
Südafrika	100	12	10	3,0
Tansania, Ver. Republik	47	11	1	0,1
Amerika				
Argentinien	142	36	21	0,9
Brasilien	104	41	27	1,1
Chile	116	45	35	2,9
Kanada	71	82	78	2,7
Kolumbien	96	37	19	0,7
Mexiko	81	31	22	0,3
Vereinigte Staaten	90	74	72	1,4
Asien				
Bangladesch	46	4	3	0,2
China	64	34	24	0,1
Indien	61	8	4	0,0
Indonesien	92	10	4	0,0
Iran, Islamische Republik	91	13	21	0,6
Israel	133	67	69	0,6
Japan	95	78	81	0,8
Korea, Republik	105	84	97	0,1
Myanmar	1	.	3	0,3
Pakistan	57	17	8	0,0
Philippinen	86	25	10	0,0
Saudi-Arabien	188	41	54	0,1
Thailand	104	21	11	0,0
Vietnam	175	28	13	0,0
Australien und Ozeanien				
Australien	101	76	74	2,1
Neuseeland	115	83	79	2,4

1 Quellen: MEDIA Salles, Eurostat, eigene Berechnungen.
 2 Quelle: Eurostat.
 3 Quelle: ITU.
 4 Quelle: Eurobarometer.
 5 Quellen: FIFA, UN World Population Prospects, eigene Berechnungen.

Versendete SMS 2009

Zahl der mit Mobiltelefon versendeten SMS in ausgewählten europäischen Staaten, je Einwohner/-in



1 Schätzung.
 Quelle: Eurostat

A.8 Soziales

	Ausgaben für Sozialschutzleistungen										
	Gesamte Sozialschutzleistungen ¹			Leistungen nach Funktion							
	2009										
	Mill. EUR	% des BIP	EUR je Einwohner/-in	Gesundheitsversorgung	Invaliddität, Gebrechen	Alter	Hinterbliebene	Familie, Kinder	Arbeitslosigkeit	Wohnen	Soziale Ausgrenzung
% aller Sozialschutzleistungen											
Europa											
Belgien	98 433	28,9	9 117	28,2	7,1	32,7	7,5	7,7	13,3	0,8	2,7
Bulgarien	5 819	16,7	767	23,5	8,3	46,8	5,0	12,0	3,1	0,0	1,2
Dänemark	72 378	32,5	13 111	23,3	15,1	37,1	0,0	12,9	6,6	2,3	2,7
Deutschland ^{1,2}	714 766	30,1	8 727	32,1	8,1	33,1	7,2	10,5	6,3	2,1	0,6
Estland	2 626	19,0	1 959	28,4	9,9	41,9	0,6	11,9	6,4	0,2	0,6
Finnland	50 897	29,4	9 533	25,6	12,3	35,3	3,3	11,3	8,2	1,7	2,4
Frankreich ^{1,2}	597 572	31,6	9 259	29,7	5,9	39,2	6,4	8,4	6,1	2,7	1,8
Griechenland	63 249	27,3	5 606	29,1	4,7	41,4	8,2	6,7	5,9	1,8	2,1
Irland	42 363	26,4	9 501	40,6	5,1	21,1	4,1	13,9	11,7	1,3	2,2
Island	2 179	25,1	6 840	36,0	14,1	21,2	2,4	12,6	6,8	3,9	2,9
Italien ^{1,2}	431 803	28,4	7 174	25,7	6,1	50,8	9,3	4,9	2,8	0,1	0,3
Kroatien
Lettland ^{1,2}	3 080	16,6	1 366	23,6	7,8	45,2	1,9	10,4	9,5	0,8	0,9
Litauen ^{1,2}	5 494	20,6	1 645	26,2	10,1	40,6	3,3	13,7	4,3	0,0	1,9
Luxemburg	8 493	22,7	17 061	25,4	11,4	27,3	9,0	17,8	5,6	1,5	2,1
Malta	1 152	19,8	2 783	30,8	4,7	42,9	9,3	6,4	3,0	0,8	2,0
Niederlande ^{1,2}	169 559	29,7	10 257	34,8	8,4	35,2	4,2	4,4	4,9	1,3	6,9
Norwegen	69 028	25,8	14 295	32,8	17,2	30,1	1,1	12,6	2,8	0,6	2,9
Österreich	82 092	29,9	9 813	25,5	7,6	42,3	6,8	10,3	5,9	0,4	1,1
Polen	60 143	19,4	1 576	24,5	7,4	50,7	10,4	3,9	2,0	0,3	0,8
Portugal	43 179	25,6	4 061	28,4	8,4	43,5	7,2	5,8	5,3	0,0	1,3
Rumänien	19 949	16,9	929	24,6	9,6	47,4	4,7	10,0	2,4	0,1	1,2
Russische Föderation
Schweden ^{1,2}	91 888	31,5	9 882	25,4	14,4	40,2	1,9	10,2	4,1	1,5	2,2
Schweiz ^{1,2,3}	85 033	24,8	11 119	26,4	12,5	46,0	4,4	5,1	2,6	0,5	2,6
Slowakei ^{1,2}	11 529	18,3	2 128	31,3	9,4	36,8	5,3	9,2	5,7	.	2,3
Slowenien ^{1,2}	8 386	23,8	4 112	33,0	7,3	38,8	7,3	8,9	2,5	0,0	2,2
Spanien ^{1,2}	258 202	24,5	5 624	29,8	7,0	31,3	8,8	6,2	15,0	0,8	1,1
Tschechische Republik	27 991	19,8	2 669	32,3	7,7	41,9	3,8	7,3	5,3	0,4	1,2
Türkei
Ukraine
Ungarn	20 992	23,0	2 094	24,7	9,1	39,6	5,9	13,2	4,2	2,7	0,6
Vereinigtes Königreich ^{1,2}	440 627	28,2	7 129	30,8	10,6	42,6	0,6	6,5	3,0	5,2	0,8
Zypern	3 467	20,6	4 334	24,6	3,6	38,5	5,7	10,7	4,6	5,4	6,9

1 Ohne Verwaltungsausgaben.

2 Vorläufige Werte.

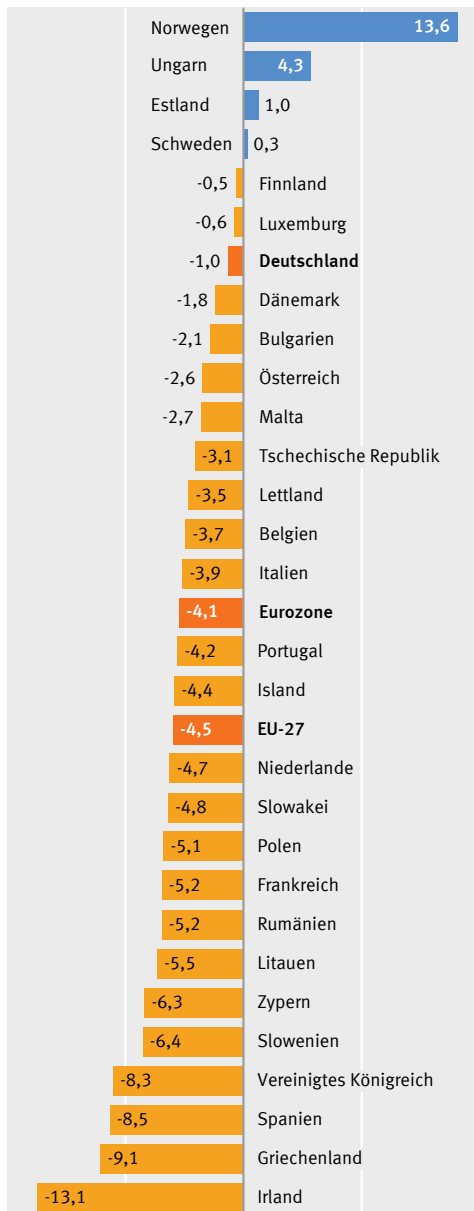
3 2008.

Quelle: Eurostat

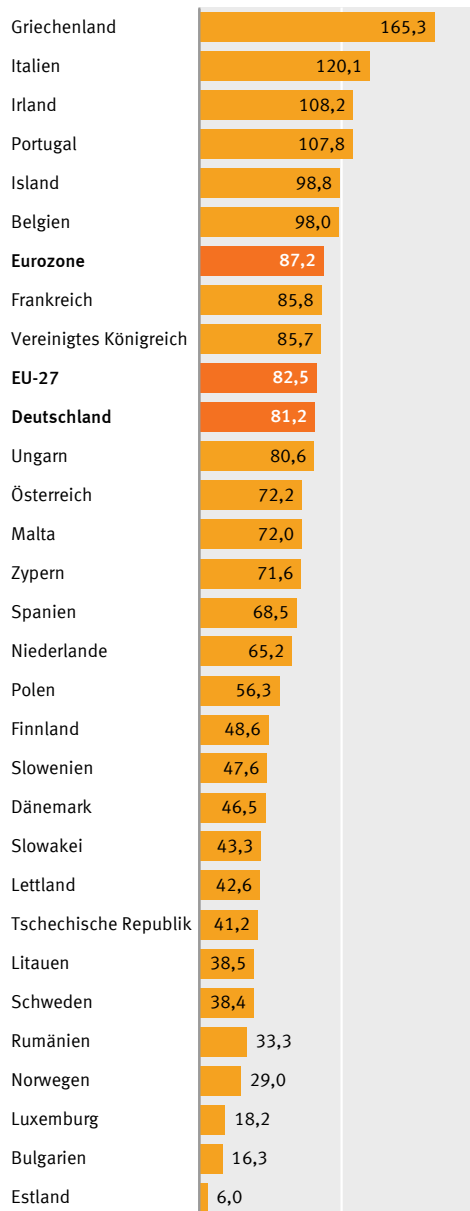
A.9 Finanzen und Steuern

Finanzierungssaldo und Bruttoschuldenstand des Staates 2011
im Rahmen des EU-Defizitverfahrens, EU- und EFTA-Staaten, in % des BIP

Finanzierungssaldo



Bruttoschuldenstand



Der **Finanzierungssaldo des Staates** errechnet sich durch Einnahmen abzüglich Ausgaben des Staates. Sind die Ausgaben in einer Periode höher als die Einnahmen, spricht man von einem Finanzierungsdefizit. Ein positiver Saldo wird als Finanzierungsüberschuss bezeichnet.

Der **Bruttoschuldenstand des Staates** ist im Vertrag von Maastricht definiert als Brutto-Gesamtschuldenstand des gesamten Staatssektors zum Nominalwert am Jahresende nach Konsolidierung. Der Staatssektor umfasst Zentralstaat, Länder, Gemeinden und Sozialversicherung. Konsolidierung ist ein Verfahren, bei dem statistische Daten für eine Gruppe von Einheiten wie institutionelle Sektoren so dargestellt werden, als wäre diese Gruppe eine einzige Einheit. Die Zahlen für den Staatssektor sind zwischen den Teilsektoren auf Ebene des Gesamtstaates konsolidiert.

Das **Defizitverfahren** wird von der Europäischen Kommission eingeleitet, wenn ein EU-Mitgliedstaat mit seinem Haushalt die im Stabilitäts- und Wachstumspakt festgelegte Defizitgrenze überschreitet. Entsprechend dem Protokoll über das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit, im Anhang zum Vertrag von Maastricht über die Wirtschafts- und Währungsunion, sollen die Mitgliedstaaten der Eurozone folgende Kriterien einhalten: Der **Finanzierungssaldo des Staates** soll 3 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) nicht übersteigen und der **konsolidierte Bruttoschuldenstand** nicht mehr als 60 % des BIP betragen.

Quelle: Eurostat

2012 - 01 - 0615

A.9 Finanzen und Steuern

	Gesamteinnahmen des Staates			Gesamtausgaben des Staates		Finanzierungs-saldo des Staates ¹¹	Finanzierungs-saldo des Staates ¹³	Konsolidierter Brutto-schulden-stand des Staates ¹³
	insgesamt ¹¹	darunter		insgesamt ¹¹	darunter Sozial-ausgaben ¹²			
		Steuern ¹²	Sozial-beiträge ¹²					
	2010						2011	
	Mill. US\$	%	Mill. US\$	%	Mill. US\$	% des BIP		
Europa								
Belgien	228 830	59,6	33,9	248 483	47,3	- 19 653	- 3,7	98,0
Bulgarien	15 604	59,0	20,5	17 487	41,4	- 1 883	- 2,1	16,3
Dänemark	166 828	84,4	3,5	175 256	32,1	- 8 428	- 1,8	46,5
Deutschland	1 430 043	51,2	38,8	1 570 250	53,0	- 140 206	- 1,0	81,2
Estland	8 547	50,7	32,5	8 471	37,0	75	1,0	6,0
Finnland	125 443	55,9	24,1	132 224	37,9	- 6 781	- 0,5	48,6
Frankreich	1 268 257	52,1	37,6	1 449 569	45,7	- 181 312	- 5,2	85,8
Griechenland	118 867	50,0	33,0	151 266	41,3	- 32 399	- 9,1	165,3
Irland	70 916	62,2	20,4	135 606	27,9	- 64 690	- 13,1	108,2
Island	5 213	75,3	10,0	6 015	16,2	- 801	- 4,4	98,8
Italien	946 413	62,6	29,8	1 038 704	43,9	- 92 291	- 3,9	120,1
Kroatien	22 501	.	.	25 509	.	- 3 009	.	.
Lettland	8 685	52,4	24,1	10 417	31,2	- 1 732	- 3,5	42,6
Litauen	12 757	47,3	34,4	15 342	40,7	- 2 585	- 5,5	38,5
Luxemburg	22 090	62,9	28,3	22 656	50,5	- 566	- 0,6	18,2
Malta	3 207 ¹⁴	68,5	18,8	3 502 ¹⁴	31,9	- 295 ¹⁴	- 2,7	72,0
Niederlande	354 589	52,6	32,0	394 418	45,6	- 39 828	- 4,7	65,2
Norwegen	233 576	.	.	189 618	.	43 958	13,6	29,0
Österreich	182 442	56,5	33,8	199 389	48,0	- 16 947	- 2,6	72,2
Polen	176 131	54,7	29,5	212 943	41,0	- 36 812	- 5,1	56,3
Portugal	95 116	53,7	29,6	117 511	44,1	- 22 395	- 4,2	107,8
Rumänien	53 065	53,8	28,4	63 645	38,4	- 10 580	- 5,2	33,3
Russische Föderation ..	527 923	55,9	13,3	580 108	35,6	- 52 184	.	.
Schweden	233 090	70,8	16,6	233 978	35,6	- 888	0,3	38,4
Schweiz	180 864 ¹⁴	.	.	179 705 ¹⁴	.	1 159 ¹⁴	.	.
Slowakei	28 891	48,0	38,8	35 787	46,1	- 6 896	- 4,8	43,3
Slowenien	19 594	51,0	35,1	22 109	41,1	- 2 515	- 6,4	47,6
Spanien	502 615	55,7	36,7	632 709	42,1	- 130 094	- 8,5	68,5
Tschechische Republik ..	77 731	46,4	38,9	87 193	43,7	- 9 463	- 3,1	41,2
Türkei	240 266	.	.	260 310	.	- 20 043	.	.
Ukraine	59 000	.	.	66 850	.	- 7 851	.	.
Ungarn	58 094	56,3	26,9	63 612	37,4	- 5 518	4,3	80,6
Vereinigtes Königreich ..	824 910	71,0	20,9	1 047 728	30,9	- 222 818	- 8,3	85,7
Zypern	9 553	64,7	23,5	10 779	32,8	- 1 226	- 6,3	71,6

A Internationales

A.9 Finanzen und Steuern

	Gesamteinnahmen des Staates			Gesamtausgaben des Staates		Finanzierungs- saldo des Staates ¹
	insgesamt ¹	darunter		insgesamt ¹	darunter Sozialausgaben ²	
		Steuern ^{1,2}	Sozialbeiträge ²			
2010	Mill. US\$	%		Mill. US\$	%	Mill. US\$
Afrika						
Ägypten	53 960	.	.	70 795	.	- 16 835
Äthiopien	4 597	.	.	4 951	.	- 354
Kongo, Dem. Republik	4 337	.	.	4 140	.	197
Nigeria	45 797	.	.	61 008	.	- 15 211
Südafrika	99 818	79,4	1,4	117 448	11,4	- 17 630
Tansania, Ver. Republik	4 403	.	.	5 898	.	- 1 495
Amerika						
Argentinien	137 650	.	.	143 488	.	- 5 838
Brasilien	785 025	.	.	845 230	.	- 60 205
Chile	50 425	.	.	51 057	.	- 632
Kanada	603 386	69,1	12,2	690 988	19,4	- 87 602
Kolumbien	74 902 ¹⁴	.	.	83 822 ¹⁴	.	- 8 920 ¹⁴
Mexiko	234 286	.	.	278 815	.	- 44 529
Vereinigte Staaten	4 597 755	67,0	24,9	6 121 821	42,2	- 1 524 066
Asien						
Bangladesch	11 478	.	.	14 542	.	- 3 063
China	1 197 198	.	.	1 332 653	.	- 135 455
Indien	302 683	.	.	450 106	.	- 147 423
Indonesien	120 498	.	.	129 086	.	- 8 589
Iran, Islamische Republik	96 264	.	.	89 336	.	6 929
Israel	87 362	.	.	97 276	.	- 9 913
Japan	1 626 848	35,7	26,1	2 140 615	40,4	- 513 767
Korea, Republik	229 901	.	.	213 120	.	16 781
Myanmar	435 590	.	.	731 114	.	- 295 524
Pakistan	25 001	.	.	35 280	.	- 10 279
Philippinen	33 921	.	.	38 410	.	- 4 489
Saudi-Arabien	219 045	.	.	189 518	.	29 527
Thailand	70 185	.	.	72 701	.	- 2 516
Vietnam	29 661	.	.	35 189	.	- 5 529
Australien und Ozeanien						
Australien	397 569	79,1	.	456 843	29,9	- 59 274
Neuseeland	40 979	.	.	48 505	.	- 7 526

1 Quellen: World Economic Outlook, IMF, eigene Berechnungen.

2 Quelle: International Finance Statistics, IMF.

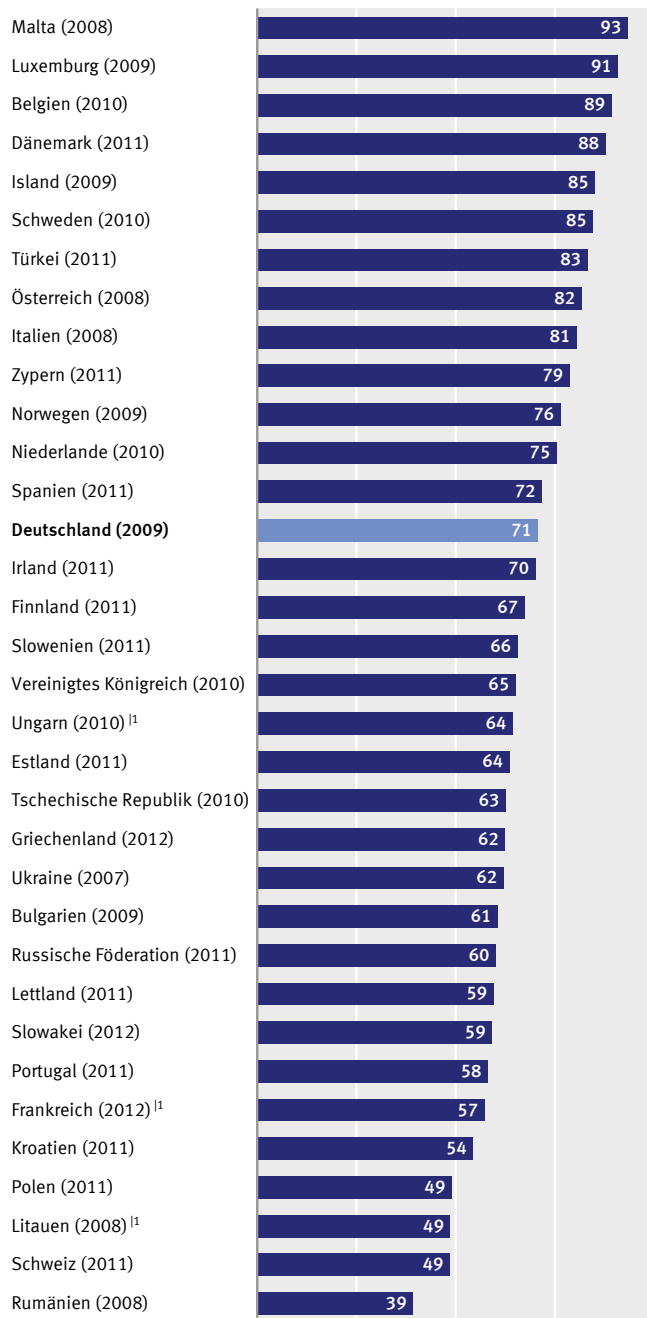
3 Quelle: Eurostat.

4 Vorläufige Werte.

A.10 Wahlen

Wahlbeteiligung

bei der letzten nationalen Parlamentswahl,
in % der Wahlberechtigten



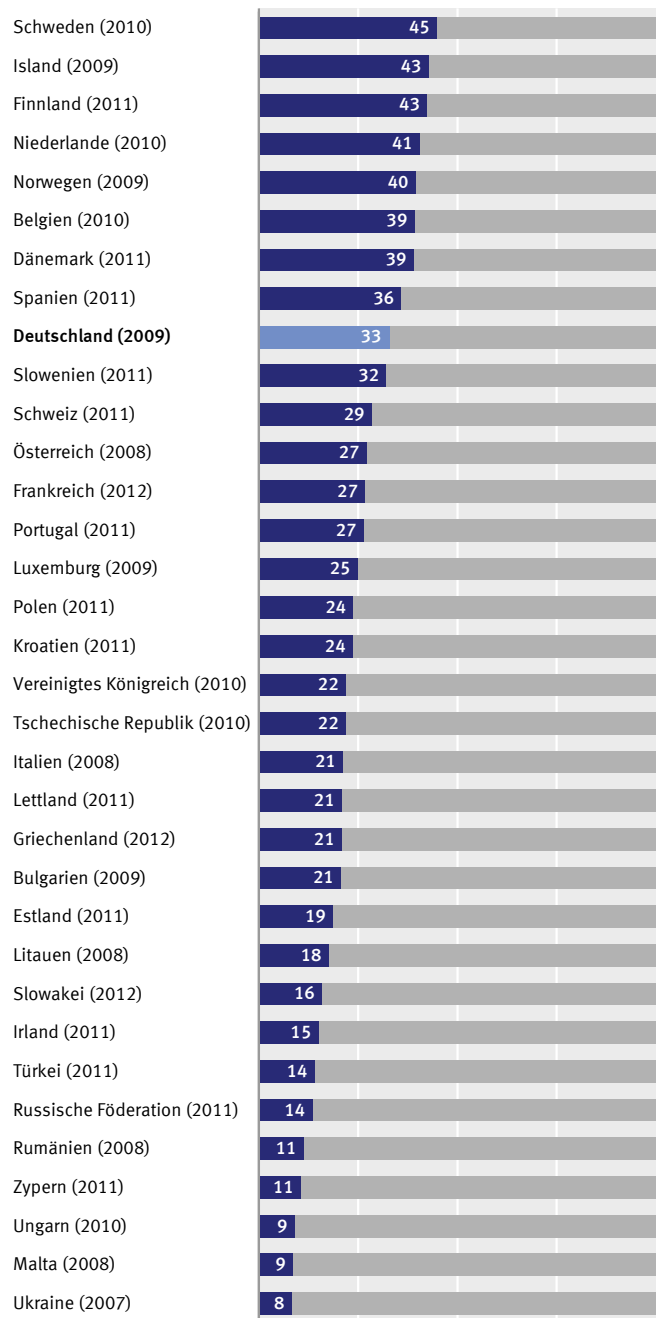
1 Wahlbeteiligung im ersten Wahlgang.

Quellen: International Institute for Democracy and Electoral Assistance (IDEA),
Interparliamentary Union (IPU)

2012 - 01 - 0617

Frauenanteil an den Mandaten

bei der letzten nationalen Parlamentswahl,
in % der Mandate insgesamt



Quelle: Interparliamentary Union (IPU)

2012 - 01 - 0618

A.11 Justiz

Zu den **Gewaltdelikten** zählen Gewalt gegen Personen (z. B. Körperverletzung), Raub (Diebstahl mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt) und Sexualstraftaten (einschl. Vergewaltigung und sexueller Nötigung).

	Polizeilich registrierte Straftaten		Darunter			Polizisten/Polizistinnen		Strafgefangene	
			Tötungsdelikte	Gewaltdelikte	Wohnungseinbrüche				
2009									
	Anzahl	je 100 000 Einwohner/-innen				Anzahl	je 100 000 Einwohner/-innen	Anzahl	je 100 000 Einwohner/-innen
Europa									
Belgien	1 044 24	9 711	1,7	1 070	644	39 861	371	10 105	94
Bulgarien	138 105	1 816	2,0	121	311	30 807	405	9 167	121
Dänemark	491 792	8 923	1,4	478	883	10 850	197	3 715	67
Deutschland	6 054 330	7 383	0,9	254	139	245 752	300	72 043	88
Estland	48 359	3 608	5,2	553	226	3 183	237	3 555	265
Finnland	431 598	8 103	2,2	742	122	8 308	156	3 231	61
Frankreich ¹	3 521 256	5 637	1,1	547	287	243 900	390	66 178	106
Griechenland	386 893	3 436	1,3	109	419	50 798 ¹²	453 ¹²	10 864 ¹³	97 ¹³
Irland	103 178 ¹⁴	2 452 ¹⁴	2,1	418	590	14 547	327	3 275	74
Island	15 966	4 999	0,3	.	1 103	667	209	148	46
Italien	2 629 831	4 380	1,0	219	254	245 152 ¹²	411 ¹²	64 791	108
Kroatien	73 497	1 657	1,3	276	63	20 204	456	4 891	110
Lettland	56 548	2 501	4,8	83	183	7 114	315	7 055	312
Litauen	76 291	2 277	7,5	125	173	10 957	327	8 332	249
Luxemburg	32 378	6 561	1,0	661	373	1 603	325	679	138
Malta	11 953	2 890	1,0	91	161	1 847	447	494	119
Niederlande	1 232 482	7 476	1,1	769	560	36 498	221	14 555	88
Norwegen	277 121	5 774	0,6	506	188	7 642	159	3 403	71
Österreich	591 597	7 081	0,5	1 605	254	26 623	319	8 423	101
Polen	1 129 577	2 962	1,3	134	86	98 955	259	85 598	224
Portugal	426 040	4 009	1,2	230	245	49 152	463	11 099	104
Rumänien	299 889	1 395	2,0	32	54	45 779	213	26 616	124
Russische Föderation	3 554 735 ¹⁵	2 478 ¹⁵	21,5 ¹⁵	.	184 ¹⁵	.	.	797 400 ¹⁵	556 ¹⁵
Schweden	1 405 626	15 186	1,0	1 207	221	19 144	207	6 976	75
Schweiz	676 309	8 781	0,7	199	330	17 058	221	6 084	79
Slowakei	104 905	1 938	1,6	154	43	14 498	268	9 033	167
Slowenien	87 465	4 304	0,6	138	109	7 842	386	1 360	67
Spanien	2 335 034	5 095	0,9	246	185	231 801	506	76 079	166
Tschechische Republik	332 829	3 180	1,0	166	92	43 472	415	19 371	185
Türkei	986 319 ¹²	1 397 ¹²	3,9 ¹²	237 ¹²	99 ¹²	341 770 ¹²	484 ¹²	103 435 ¹²	147 ¹²
Ukraine
Ungarn	394 034	3 928	1,4	319	176	33 487	334	15 253	152
Vereinigtes Königreich	4 785 771	7 770	1,2	1 715	475	167 318	272	92 883	151
Zypern	7 104	891	2,0	57	307	5 353	672	670	84

1 Ohne Überseegebiete.

2 2008.

3 2007.

4 2006.

5 2005.

Quelle: Eurostat

A.12 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Die **Bruttoinvestitionen** setzen sich aus den Bruttoanlageinvestitionen und den Vorratsveränderungen zusammen. Weitere Erläuterungen zu diesen und anderen Begriffen aus dem Bereich der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen siehe „Glossar“/„Methodik“ des Kapitels 12.

	Nominales Bruttoinlandsprodukt (BIP) ¹¹			Reale Veränderung des BIP gegenüber Vorjahr ¹¹	Bruttowertschöpfung ¹²			Bruttoinlandsprodukt nach Verwendung ¹²			
	Land- und Forstwirtschaft		Produzierendes Gewerbe		Dienstleistungen	Konsumausgaben der privaten Haushalte	Konsumausgaben des Staates	Bruttoinvestitionen	Außenbeitrag (Ausfuhren abzgl. Einfuhren)		
	2011	2010									
Mill. US\$	US\$	%	% des BIP								
Europa											
Belgien	513 396	46 878	1,9	0,7	21,8	77,5	52,9	24,2	20,2	2,7	
Bulgarien	53 514	7 202	1,7	5,4	31,4	63,3	61,2	15,8	24,9	-1,9	
Dänemark	333 238	59 928	1,1	1,2	21,9	76,9	48,5	29,1	17,2	5,3	
Deutschland	3 577 031	43 742	3,1	0,9	28,2	71,0	57,5	19,7	17,3	5,5	
Estland	22 225	16 583	7,6	2,9 ¹³	29,1 ¹³	68,0 ¹³	52,7	20,6	20,0	6,7	
Finnland	266 553	49 350	2,9	2,9	29,0	68,1	55,4	24,6	18,6	1,3	
Frankreich	2 776 324	44 008	1,7	1,8 ¹⁴	19,0 ¹⁴	79,2 ¹⁴	58,2	24,8	19,4	-2,3	
Griechenland	303 065	27 073	-6,9	.	.	.	74,5	18,2	16,2	-8,9	
Irland	217 669	47 513	0,7	1,0 ¹⁴	31,9 ¹⁴	67,1 ¹⁴	50,9	18,9	11,0	19,1	
Island	14 048	43 088	3,1	7,2 ¹⁴	25,1 ¹⁴	67,7 ¹⁴	51,2	25,9	12,8	10,0	
Italien	2 198 730	36 267	0,4	1,9	25,2	72,9	60,5	21,1	20,4	-1,9	
Kroatien	63 842	14 457	0,0	5,5	27,3	67,2	55,6	21,5	23,4	-0,5	
Lettland	28 252	12 671	5,5	4,1	21,8	74,1	63,0	17,2	20,7	-0,8	
Litauen	42 718	13 075	5,9	3,5	28,2	68,3	64,7	19,9	16,8	-1,4	
Luxemburg	58 412	113 533	1,0	0,3	12,8	86,9	33,5	16,6	18,7	31,2	
Malta	8 896	21 028	2,1	1,8 ¹⁴	33,0 ¹⁴	65,2 ¹⁴	60,7	20,7	16,8	1,7	
Niederlande	840 433	50 355	1,3	2,0	23,9	74,1	45,4	28,5	18,7	7,5	
Norwegen	483 650	97 255	1,7	1,6	40,2	58,2	43,1	22,0	22,4	12,4	
Österreich	419 243	49 809	3,1	1,5	29,1	69,4	54,7	19,4	21,6	4,3	
Polen	513 821	13 540	4,4	3,5	31,6	64,8	61,4	18,9	21,0	-1,2	
Portugal	238 880	22 413	-1,5	2,4	23,1	74,5	66,0	21,6	19,6	-7,2	
Rumänien	189 776	8 863	2,5	7,1	26,2	66,7	59,5	15,4	31,4	-6,3	
Russische Föderation	1 850 401	12 993	4,3	4,0	36,7	59,3	49,4	19,5	22,8	8,3	
Schweden	538 237	56 956	4,0	1,9	26,6	71,5	48,6	26,9	18,4	6,0	
Schweiz	636 059	81 161	1,9	1,1	27,1	71,8	57,9	11,5	19,2	11,3	
Slowakei	96 089	17 644	3,3	3,9	34,9	61,2	58,3	19,6	23,4	-1,3	
Slowenien	49 588	24 533	-0,2	2,5	31,6	65,9	56,0	20,8	22,6	0,6	
Spanien	1 493 513	32 360	0,7	2,7	25,7	71,7	58,4	20,8	23,0	-2,2	
Tschechische Republik	215 265	20 444	1,7	2,4	37,6	60,0	50,8	21,8	22,6	4,8	
Türkei	778 089	10 522	8,5	9,6	26,7	63,8	71,3	14,3	19,9	-5,5	
Ukraine	164 960	3 621	5,2	8,2	30,9	60,9	63,3	20,1	19,3	-2,8	
Ungarn	140 303	14 050	1,7	3,5	31,0	65,4	53,3	21,8	18,4	6,5	
Vereinigtes Königreich	2 417 570	38 592	0,7	0,7	21,7	77,6	64,0	23,0	15,4	-2,5	
Zypern	24 949	30 571	0,5	2,1 ¹³	19,6 ¹³	78,3 ¹³	68,3	19,7	18,4	-6,4	

A.12 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

	Nominales Bruttoinlandsprodukt (BIP) ¹	BIP je Einwohner/-in ¹	Reale Veränderung des BIP gegenüber Vorjahr ¹	Bruttowertschöpfung ²			Bruttoinlandsprodukt nach Verwendung ²			
				Land- und Forstwirtschaft	Produzieren-des Gewerbe	Dienstleistungen	Konsumausgaben der privaten Haushalte	Konsumausgaben des Staates	Bruttoinvestitionen	Außenbeitrag (Ausfuhren abzgl. Einfuhren)
	2011	2010	2010	2010	2010	2010	2010	2010	2010	
	Mill. US\$	US\$	%	% des BIP						
Afrika										
Ägypten	235 719	2 970	1,8	14,0	37,5	48,5	74,7	11,2	18,9	- 4,8
Äthiopien	31 256	360	7,5	47,7	14,3	38,0	89,4	10,2	21,5	- 21,1
Kongo, Dem. Republik	15 668	216	6,9	42,9 ¹⁴	24,0 ¹⁴	33,0 ¹⁴	77,1 ¹⁴	7,6 ¹⁴	28,7 ¹⁴	- 13,4 ¹⁴
Nigeria	238 920	1 490	7,2	32,7 ¹⁵	40,7 ¹⁵	26,6 ¹⁵
Südafrika	408 074	8 066	3,1	2,5	30,8	66,7	59,5	21,5	19,3	- 0,2
Tansania, Ver. Republik	23 333	553	6,7	28,1	25,5	46,5	64,7	18,2	28,9	- 11,7
Amerika										
Argentinien	447 644	10 945	8,9	10,0	30,9	59,1	59,8	14,9	22,0	3,3
Brasilien	2 492 908	12 789	2,7	5,8	26,8	67,4	60,6	21,2	19,2	- 1,0
Chile	248 411	14 278	5,9	3,2	42,9	53,9	59,2	12,5	21,4	6,9
Kanada	1 736 869	50 436	2,5	1,7 ¹⁵	31,5 ¹⁵	66,8 ¹⁵	57,9	21,8	22,2	- 1,9
Kolumbien	328 422	7 132	5,9	7,0	36,2	56,7	62,3	16,2	23,7	- 2,2
Mexiko	1 154 784	10 153	4,0	3,9	34,3	61,8	64,8	11,6	25,0	- 1,4
Vereinigte Staaten	15 094 025	48 387	1,7	1,0 ¹⁴	20,0 ¹⁴	78,9 ¹⁴	71,2	17,3	15,1	- 3,5
Asien										
Bangladesch	113 032	678	6,1	18,6	28,5	53,0	76,8	5,4	24,4	- 6,6
China	7 298 147	5 414	9,2	10,1	46,8	43,1	34,9	13,4	47,8	3,9
Indien	1 676 143	1 389	7,2	19,0	26,3	54,7	57,0	11,5	34,8	- 3,2
Indonesien	845 680	3 509	6,5	15,3	47,0	37,6	56,8	9,1	32,5	1,6
Iran, Islamische Republik	482 445	6 360	2,0	10,2 ¹⁵	44,5 ¹⁵	45,3 ¹⁵	45,0 ¹⁵	11,2 ¹⁵	33,2 ¹⁵	10,6 ¹⁵
Israel	242 897	31 986	4,7	.	.	.	58,2	24,2	15,6	2,0
Japan	5 869 471	45 920	- 0,7	1,4 ¹⁴	26,7 ¹⁴	71,9 ¹⁴	58,6	20,0	20,2	1,1
Korea, Republik	1 116 247	22 778	3,6	2,6	39,3	58,2	52,7	15,4	29,2	2,8
Myanmar	51 925	832	5,5	36,4	26,0	37,6
Pakistan	210 566	1 201	2,4	21,2	25,4	53,4	81,9	7,9	15,4	- 5,2
Philippinen	213 129	2 223	3,7	12,3	32,6	55,1	71,6	9,7	20,5	- 1,8
Saudi-Arabien	577 595	20 504	6,8	2,6	62,0	35,5	34,1	22,5	22,0	21,4
Thailand	345 649	5 394	0,1	12,4	44,7	43,0	53,7	13,0	25,9	7,4
Vietnam	122 722	1 374	5,9	20,6	41,1	38,3	64,9	6,5	38,9	- 10,3
Australien und Ozeanien										
Australien	1 488 221	65 477	2,0	2,3	19,8	77,9	54,1	18,2	28,0	- 0,3
Neuseeland	161 851	36 648	1,4	.	.	.	57,8	20,7	19,9	1,5

1 Quelle: World Economic Outlook, IMF. Teilweise IMF-Schätzungen.

2 Quelle: World Development Indicators, Weltbank.

3 2008.

4 2009.

5 2007.

A.13 Arbeitsmarkt

Die **Erwerbsquote** entspricht dem Anteil der Erwerbspersonen – d. h. Personen, die Arbeit haben (Erwerbstätige) oder suchen (Erwerbslose) – an der gleichaltrigen Gruppe der Gesamtbevölkerung.

Die **Erwerbstätigenquote** beschreibt den Anteil der Erwerbstätigen einer Altersgruppe an der Gesamtbevölkerung derselben Altersgruppe.

Alle hier aufgeführten Indikatoren entsprechen dem Erwerbskonzept der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Nähere Informationen hierzu sowie weitere Begriffserläuterungen zum Thema Arbeitsmarkt siehe „Glossar“/„Methodik“ des Kapitels 13.

	Erwerbs- personen ¹	Erwerbsquote ¹		Erwerbstäti- genquote ²	Selbstständi- genquote ³	Erwerbslosenquote		Langzeit- erwerbslosen- quote (mehr als 1 Jahr erwerbslos) ¹	Erwerbstätige ¹		
		Männer	Frauen			15 – 64 Jahre ²	15 – 24 Jahre ¹		im Produ- zierenden Gewerbe	im Dienst- leistungs- sektor	
	15 – 64 Jahre	2010			1 000	% der Bevölkerung im Alter 15 – 64 Jahre	% der Erwerbs- tätigen	% der Erwerbspersonen der jeweiligen Altersgruppe	% der Erwerbs- losen	% der Erwerbstätigen insgesamt	
Europa											
Belgien	4 856	73,4	61,8	62,0	14,4	8,4	22,4	48,8	23,4	75,3	
Bulgarien	3 356	70,8	62,3	59,7	12,8	10,3	23,2	46,4	33,3	59,9	
Dänemark	2 872	82,6	76,0	73,3	8,8	7,6	14,0	20,2	19,6	77,7	
Deutschland	41 015	82,3	70,8	71,1	11,6	7,2	9,9	47,4	28,4	70,0	
Estland	667	76,8	71,0	61,0	8,1	17,3	32,9	45,3	30,1	65,1	
Finnland	2 634	76,4	72,5	68,1	13,4	8,5	21,4	24,0	23,2	71,9	
Frankreich	28 181	74,9	66,1	63,8	11,5	9,4	22,9	40,2	22,2	74,5	
Griechenland	4 934	78,9	57,6	59,6	36,0	12,7	32,9	45,0	19,7	67,7	
Irland	2 094	77,4	62,2	60,1	17,1	13,9	27,8	49,3	19,5	75,5	
Island	172	87,6	81,8	78,2	12,4	7,7	16,2 ¹⁴	17,1	17,9	75,2	
Italien	24 594	73,3	51,1	56,9	25,2	8,5	27,8	48,4	28,8	67,5	
Kroatien	1 694	67,2	55,9	54,0	22,6	12,1	32,6	56,9	27,3	57,6	
Lettland	1 134	75,8	70,7	59,3	11,4	19,0	34,5	45,1	24,0	66,9	
Litauen	1 610	72,4	68,8	57,8	11,0	18,0	35,1	41,4	24,4	66,2	
Luxemburg	229	76,0	60,3	65,2	7,8	4,4	14,2	29,3	12,0	81,1	
Malta	174	77,7	42,3	56,1	14,1	7,0	13,0	46,3	24,6	72,9	
Niederlande	8 614	83,7	72,6	74,7	15,0	4,5	8,7	27,5	15,9	71,6	
Norwegen	2 522	80,6	75,5	75,3	7,7	3,6	9,3 ¹⁴	20,6	19,7	77,6	
Österreich	4 209	80,9	69,3	71,7	13,8	4,5	8,8	25,2	24,9	69,9	
Polen	17 414	72,4	59,0	59,3	22,8	9,7	23,7	31,1	30,2	56,9	
Portugal	5 264	78,2	69,9	65,6	22,8	11,4	22,4	52,3	27,7	61,4	
Rumänien	9 547	71,5	55,8	58,8	34,4	7,6	22,1	34,9	28,7	41,2	
Russische Föderation ...	76 185	70,7	56,1	.	7,3 ¹⁵	7,5	17,2	35,2 ¹⁵	27,9 ¹⁶	62,3 ¹⁶	
Schweden	4 852	82,3	76,7	72,7	10,9	8,6	25,2 ¹⁴	17,8	19,9	77,7	
Schweiz	4 361	88,3	76,4	78,6	15,3	4,7	7,9	31,1	21,1	70,9	
Slowakei	2 696	76,1	61,3	58,8	16,0	14,4	33,6	64,0	37,1	59,6	
Slowenien	1 017	75,4	67,4	66,2	17,3	7,4	14,7	43,3	32,5	58,3	
Spanien	22 933	80,7	65,9	58,6	16,8	20,2	41,6 ¹⁴	36,6	23,1	72,6	
Tschechische Republik ..	5 192	78,6	61,5	65,0	17,7	7,4	18,3	41,0	38,0	58,9	
Türkei	24 691	74,5	29,6	46,3	39,1	10,9	19,7	26,1	26,2	50,1	
Ukraine	22 999	66,2	53,0	.	18,0 ¹⁵	.	.	.	23,4 ¹⁵	60,7 ¹⁵	
Ungarn	4 225	68,3	56,7	55,4	12,3	11,2	26,6	49,3	30,7	64,9	
Vereinigtes Königreich ..	30 529	81,7	69,4	69,5	14,0	7,9	19,6 ¹⁴	32,6	19,1	78,9	
Zypern	398	81,7	67,4	69,7	18,8	6,4	16,7	20,3	20,8	75,3	

A.13 Arbeitsmarkt

	Erwerbs- personen ¹	Erwerbsquote ¹		Erwerbstätigen- quote ²	Selbstständigen- quote ³	Erwerbslosenquote		Langzeit- erwerbslosen- quote (mehr als 1 Jahr erwerbslos) ¹	Erwerbstätige ¹	
		Männer	Frauen			15 – 64 Jahre ²	15 – 24 Jahre ¹		im Produ- zierenden Gewerbe	im Dienst- leistungs- sektor
	15 – 64 Jahre	% der Bevölkerung im Alter 15 – 64 Jahre		% der Erwerbs- tätigen	% der Erwerbspersonen der jeweiligen Altersgruppe	% der Erwerbs- losen	% der Erwerbstätigen insgesamt			
2010										
1 000										
Afrika										
Ägypten	27 076	74,2	23,5	.	41,5 ¹⁷	.	24,8 ¹⁷	.	23,0 ¹⁵	45,3 ¹⁵
Äthiopien	40 787	89,9	78,3
Kongo, Dem. Republik	25 270	72,4	70,2
Nigeria	50 245	63,0	47,8
Südafrika	18 208	60,4	43,8	40,8	15,4 ¹⁶	24,9	48,2 ¹⁶	.	25,0 ¹⁶	69,8 ¹⁶
Tansania, Ver. Republik	22 137	90,3	88,3
Amerika										
Argentinien	18 366	74,9	47,0	.	24,0 ¹⁶	.	21,2 ¹⁶	.	23,1 ¹⁶	75,2 ¹⁶
Brasilien	101 601	81,0	59,4	.	29,4 ¹⁶	.	17,8 ¹⁶	.	22,1 ¹⁶	60,7 ¹⁶
Chile	8 032	74,3	46,8	59,3	28,4 ¹⁶	8,4	18,6	.	23,2 ¹⁶	65,6 ¹⁶
Kanada	18 930	71,5	61,8	71,5	15,4 ¹⁵	8,1	14,8	12,0	21,5 ¹⁵	76,5 ¹⁵
Kolumbien	22 143	79,7	55,3	.	53,5	.	.	.	20,0	62,0
Mexiko	49 605	80,5	43,9	59,7	33,9 ¹⁶	5,4	9,5	.	25,5	60,6
Vereinigte Staaten	157 933	70,2	57,5	66,7	7,0 ¹⁵	9,8	18,4 ¹⁴	29,0	16,7	81,2
Asien										
Bangladesch	72 274	84,4	56,9
China	801 588	80,2	67,9	27,2 ¹⁵	33,2 ¹⁵
Indien	472 580	80,7	29,0	.	.	.	10,3	.	22,4	26,5
Indonesien	118 023	84,2	51,0	.	66,6 ¹⁶	.	22,2 ¹⁶	.	19,3	42,3
Iran, Islamische Republik	25 226	71,8	16,1	.	46,8 ¹⁵	.	23,0 ¹⁵	.	32,2 ¹⁵	46,5 ¹⁵
Israel	3 094	62,4	52,5	60,2	12,2 ¹⁶	6,8	13,7	22,4	20,4 ¹⁶	77,1 ¹⁶
Japan	66 190	72,0	49,5	70,1	12,6 ¹⁶	5,3	9,2	37,6	25,3	69,7
Korea, Republik	24 265	71,6	49,2	63,3	30,0 ¹⁶	3,8	9,8	.	17,0	76,4
Myanmar	27 971	82,0	75,0
Pakistan	59 739	83,3	22,4	.	64,0 ¹⁵	.	7,7 ¹⁵	.	20,1 ¹⁵	35,2 ¹⁵
Philippinen	38 719	79,4	49,5	.	47,6 ¹⁵	.	17,4 ¹⁶	.	14,6 ¹⁶	50,3 ¹⁶
Saudi-Arabien	9 557	74,2	17,4	.	.	.	28,2 ¹⁵	.	20,4 ¹⁶	75,5 ¹⁶
Thailand	39 404	80,2	63,8	.	55,3 ¹⁶	.	4,3 ¹⁶	.	19,5 ¹⁶	38,9 ¹⁶
Vietnam	51 687	81,1	73,1
Australien und Ozeanien										
Australien	11 822	72,5	58,7	72,4	11,6 ¹⁶	5,3	11,5	18,5	21,1 ¹⁶	75,5 ¹⁶
Neuseeland	2 350	74,2	61,5	72,3	15,8 ¹⁶	6,7	17,1	9,0	20,9 ¹⁶	72,5 ¹⁶

1 Quellen: Für EU-Staaten: Eurostat, sonstige Staaten: KILM Datenbank, ILO.
 2 Quellen: Für EU-Staaten: Eurostat, sonstige Staaten: OECD.
 3 Quelle: KILM Datenbank, ILO.
 4 Altersgruppe 16 – 24 Jahre.

5 2008.
 6 2009.
 7 2007.

A.14 Verdienste und Arbeitskosten

	Vollzeitbeschäftigte in Unternehmen mit 10 Beschäftigten und mehr					
	durchschnittlicher Bruttojahresverdienst				durchschnittliche Arbeitskosten	
	Verarbeitendes Gewerbe		Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen		Verarbeitendes Gewerbe	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009
EUR						
Europa						
Belgien	45 522 ¹	44 165 ¹	40 872 ¹	39 260 ¹	40,08	38,31
Bulgarien	3 551	3 295	4 083	3 813	2,53	2,40
Dänemark	57 620	54 150	53 602	51 464	38,52	37,03
Deutschland	43 500²	41 400²	39 200²	38 300²	32,80	32,90
Estland ¹	9 055	8 608	8 767	8 919	6,96	7,03
Finnland	41 536	40 468	37 082	35 980	31,43	31,78
Frankreich	.	35 331	.	31 525	34,17	32,92
Griechenland	.	26 047	.	24 237	.	16,30
Irland	.	.	.	36 437	29,57	30,29
Island	34 752	30 486	30 811	27 648	20,64	17,39
Italien	28 733 ¹ ³	27 659 ¹ ³	26 555 ¹ ³	25 694 ¹ ³	.	23,57 ¹⁴
Kroatien	.	10 686 ¹ ³	.	10 820 ¹ ³	7,54 ²	7,51 ²
Lettland	7 401	7 336	7 084	7 308	4,93	5,14
Litauen	6 971 ³	7 084 ³	6 558 ³	6 845 ³	5,16	5,31
Luxemburg	45 291 ¹	44 692 ¹	38 931 ¹	38 031 ¹	28,44	28,23
Malta	17 981	17 256	18 489	18 028	.	9,03
Niederlande	43 420	42 469	41 607	40 314	.	30,26 ¹⁴
Norwegen	.	48 947 ¹	.	46 651 ¹	.	.
Österreich	37 299 ¹	36 371 ¹	32 250 ¹	31 629 ¹	30,32	30,80
Polen	8 763 ¹ ³	7 668 ¹ ³	7 912 ¹ ³	7 057 ¹ ³	6,56	5,85
Portugal	13 968	13 998	18 066	18 335	10,28	10,10
Rumänien	4 902 ²	4 463 ²	5 347 ²	4 753 ²	3,48	3,25
Russische Föderation
Schweden	40 038	34 677	38 772	33 876	37,24	32,78
Schweiz	56 509	.	50 711	.	39,57	.
Slowakei	9 937	9 297	10 430	10 221	7,87	7,85
Slowenien	15 829 ³	14 484 ³	15 982 ³	15 411 ³	12,92 ²	12,58 ²
Spanien	.	26 616	.	23 204	21,70	21,54
Tschechische Republik	10 834 ¹ ³	9 972 ¹ ³	10 291 ¹ ³	9 695 ¹ ³	9,02	8,65
Türkei
Ukraine
Ungarn	9 592	8 906	8 855	8 243	6,86	6,83
Vereinigtes Königreich	35 473	34 642	31 342	29 779	19,49	19,11
Zypern ¹	21 788	21 392	20 169	19 867	11,96	11,64

Der **Bruttojahresverdienst** enthält alle Zahlungen an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, einschließlich aller Zuschläge und Prämien. Enthalten sind Arbeitnehmeranteile, jedoch nicht Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung.

Die **Arbeitskosten** umfassen die Gesamtheit aller Aufwendungen, die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber durch die Beschäftigung von Arbeitskräften tragen. Zu den Arbeitskosten gehören das Arbeitnehmerentgelt mit Bruttoverdiensten, die Sozialbeiträge der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, die Kosten der beruflichen Aus- und Weiterbildung, sonstige Aufwendungen sowie Steuern auf die Lohnsumme oder Beschäftigtenzahl.

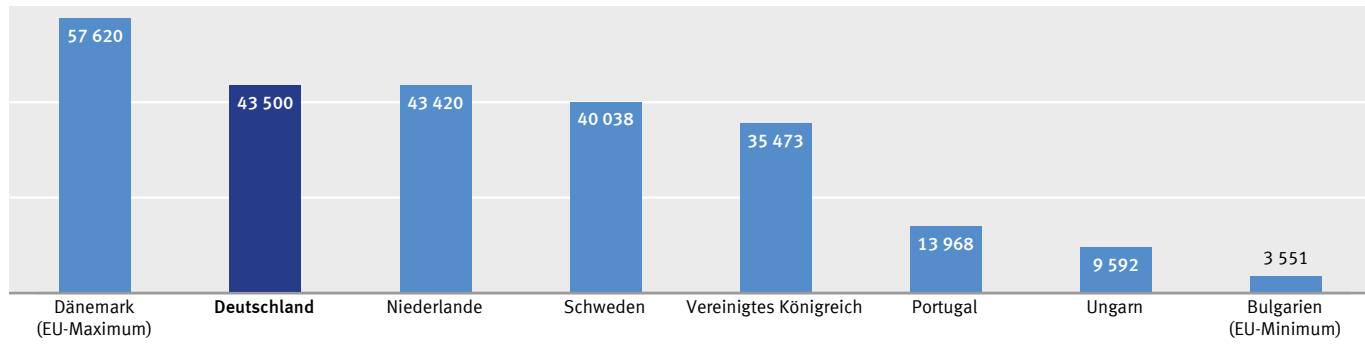
Die Einteilung der **Wirtschaftsbereiche** entspricht der Statistischen Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (NACE Rev. 2). Abschnitt C: Verarbeitendes Gewerbe / Herstellung von Waren, Abschnitt G: Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen.

Die Zahl der **Vollzeitäquivalente** ergibt sich aus der Summe aller Vollzeitbeschäftigten und der entsprechend ihrer Arbeitszeit in Vollzeitarbeitsplätze umgerechneten Teilzeitbeschäftigten.

1 Einschl. Unternehmen mit weniger als 10 Beschäftigten.
 2 Vorläufige Werte.
 3 Vollzeitäquivalente.
 4 2008.

Quelle: Eurostat

Durchschnittlicher Bruttojahresverdienst im Verarbeitenden Gewerbe 2010
 Vollzeitbeschäftigte in Unternehmen mit 10 Beschäftigten und mehr in ausgewählten EU-Staaten, in EUR



Quelle: Eurostat

2012 - 01 - 0619

A.15 Preise

	Verbraucherpreise				Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ¹		Preisniveau- vergleich ²
	insgesamt ¹		Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke ³		insgesamt		Index
	2011	2010	2011	2010	2011	2010	2011
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %						
Europa							
Belgien	3,5	2,2	2,4	1,5	8,5	8,4	108
Bulgarien	4,2	2,4	6,9	-0,4	9,4	8,5	49
Dänemark	2,8	2,3	4,0	0,4	6,8	5,0	138
Deutschland	2,3	1,1	2,8	1,4	5,6	1,6	100
Estland	5,0	3,0	9,6	3,0	4,4	3,3	76
Finnland	3,5	1,2	6,3	-3,6	6,7	5,0	121
Frankreich	2,1	1,5	1,9	0,8	5,3	3,1	107
Griechenland	3,3	4,7	3,1	0,1	7,4	6,1	92
Irland	2,6	-0,9	1,2	-4,6	.	.	113
Island	4,0	5,4	3,8	4,2	.	.	110
Italien	2,7	1,5	2,5	0,2	4,7	3,0	100
Kroatien	2,3	1,0	3,5	-1,5	6,4	4,3	71
Lettland	4,4	-1,1	8,5	-0,3	7,7	3,1	72
Litauen	4,1	1,3	8,3	-0,4	14,7	11,3	63
Luxemburg	3,4	2,3	2,6	0,9	.	.	118
Malta	2,7	1,5	3,9	1,0	.	.	75
Niederlande	2,3	1,3	2,2	-0,1	4,9	2,7	104
Norwegen	1,3	2,4	-0,1	0,2	16,3	18,3	146
Österreich	3,3	1,8	4,2	0,5	8,3	5,0	103
Polen	4,2	2,7	4,8	2,6	7,7	2,2	58
Portugal	3,7	1,4	2,1	-0,3	5,8	3,6	85
Rumänien	5,8	6,1	6,0	2,3	8,9	6,3	58
Russische Föderation ..	8,4	6,9	.	12,9	17,7	12,2	.
Schweden	3,0	1,2	1,3	1,5	2,8	1,4	124
Schweiz	0,2	0,7	-3,3	-1,1	-1,1	-0,1	156
Slowakei	3,9	1,0	6,1	1,5	2,7	-2,8	70
Slowenien	1,8	1,8	4,4	1,0	3,8	2,0	81
Spanien	3,2	1,8	2,1	-0,8	6,9	3,2	94
Tschechische Republik ..	1,9	1,4	4,6	-8,7	5,6	1,2	74
Türkei	6,5	8,6	6,2	10,6	11,1	8,5	60
Ukraine	8,0	9,4	.	.	19,1	20,9	.
Ungarn	4,0	4,9	6,6	3,2	5,4	4,2	62
Vereinigtes Königreich ..	4,5	3,3	5,9	3,1	5,6	4,2	98
Zypern	3,3	2,4	4,1	-0,6	2,9	0,7	86

Der **Verbraucherpreisindex** misst die Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die private Haushalte für Konsumzwecke kaufen (z. B. die Preisentwicklung bei Nahrungsmitteln, Mieten, Strom, Kraftstoffen oder beim Friseur). Die hier angezeigte Veränderung des Verbraucherpreisindex gegenüber dem Vorjahr wird auch als Inflationsrate bezeichnet.

Der **Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte** misst die durchschnittliche Entwicklung der Verkaufspreise für Produkte einzelner Wirtschaftszweige auf der Wirtschaftsstufe der Erzeuger.

Die Daten zu den **Verbraucher- und Erzeugerpreisen** stammen vom Internationalen Währungsfonds (IMF). Zu den von Eurostat veröffentlichten harmonisierten Indizes ergeben sich in vielen Fällen kleinere Abweichungen.

Vergleichende Preisniveaus liefern eine Messgröße für die Preisniveauunterschiede zwischen Staaten. Liegt beispielsweise der Index in Spanien im Vergleich zu Deutschland (Bezugsgröße = 100) bei 94, so sind die Lebenshaltungskosten in Spanien 6% niedriger als in Deutschland.

1 Quelle: International Finance Statistics, IMF.

2 Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen.

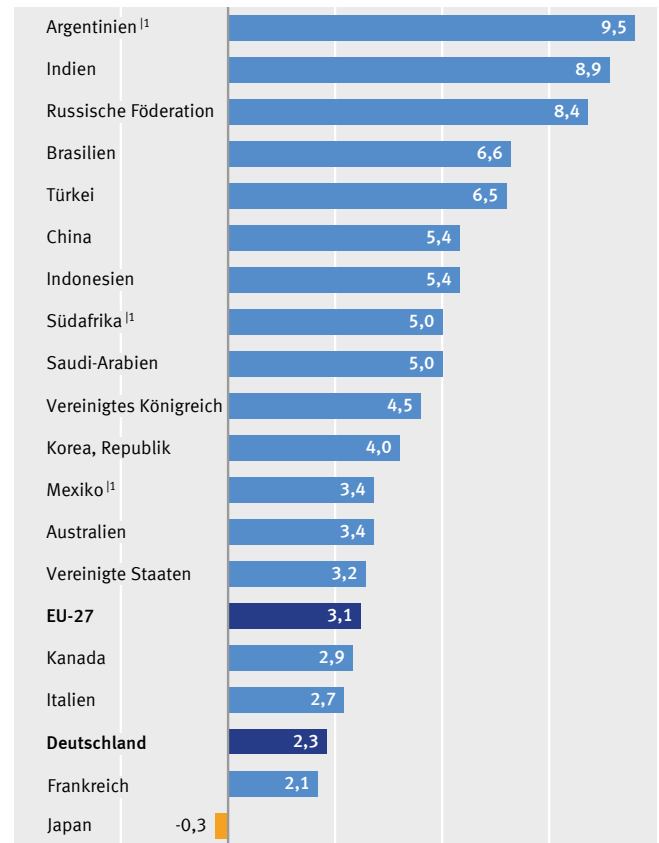
3 Quelle: Laborsta, ILO. Daten beziehen sich zum Teil nur auf bestimmte Regionen oder Personengruppen.

A.15 Preise

	Verbraucherpreise				Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ¹	
	insgesamt ¹		Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke ³		insgesamt	
	2011	2010	2011	2010	2011	2010
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %					
Afrika						
Ägypten	10,1	11,3	15,5	19,8	14,8	12,6
Äthiopien	33,2	8,1	39,2	1,5	.	.
Kongo, Dem. Republik
Nigeria	10,8	13,7	10,3	14,9	.	.
Südafrika	5,0	4,3	7,1	1,4	8,4	6,0
Tansania, Ver. Republik	12,7	6,2	16,0	.	.	.
Amerika						
Argentinien	9,5	10,8	8,7	14,4	13,8	15,1
Brasilien	6,6	5,0	8,8	6,1	9,4	5,7
Chile	3,3	1,4	6,7	2,2	5,9	-2,0
Kanada	2,9	1,8	3,8	1,4	4,6	1,0
Kolumbien	3,4	2,3	4,8	1,1	5,4	1,7
Mexiko	3,4	4,2	5,1	3,9	5,4	3,0
Vereinigte Staaten	3,2	1,6	3,7	0,8	8,8	6,8
Asien						
Bangladesch	10,7	8,1	12,8	10,1	.	.
China	5,4	3,3	11,8	7,3	6,0	5,5
Indien	8,9	12,0	9,2	12,0	8,9	9,6
Indonesien	5,4	5,1	8,5	9,4	7,4	4,9
Iran, Islamische Republik	20,6	10,1	26,1	12,5	.	.
Israel	3,5	2,7	3,5	2,6	7,8	4,0
Japan	-0,3	-0,7	-0,4	-0,3	2,1	-0,1
Korea, Republik	4,0	3,0	8,1	6,4	6,1	3,8
Myanmar	5,0	7,7	3,9	7,2	.	.
Pakistan	11,9	13,9	14,5	16,7	18,8	21,3
Philippinen	4,6	3,9	-17,8	3,0	0,5	-5,0
Saudi-Arabien	5,0	5,3	5,2	6,2	4,2	4,3
Thailand	3,8	3,3	8,0	5,4	5,5	9,4
Vietnam	18,7	8,9	.	11,4	.	.
Australien und Ozeanien						
Australien	3,4	2,8	4,8	1,6	3,4	1,9
Neuseeland	4,0	2,3	5,4	0,9	3,4	3,9

1 Quelle: International Finance Statistics, IMF.
 2 Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen.
 3 Quelle: Laborsta, ILO. Daten beziehen sich zum Teil nur auf bestimmte Regionen oder Personengruppen.

Inflationsrate 2011
 G20-Staaten, Veränderung des jährlichen Verbraucherpreisindex gegenüber Vorjahr, in %



1 IMF-Schätzung.
 Quelle: International Finance Statistics, IMF
 2012 - 01 - 0620

A.16 Außenhandel

Die **Außenhandelsbilanz** ergibt sich aus der Differenz zwischen den Ausfuhren und den Einfuhren.

Die **Exportquote** stellt das Verhältnis der Ausfuhren zum Bruttoinlandsprodukt dar.

	Einfuhr von Gütern ¹	Ausfuhr von Gütern ¹	Außenhandelsbilanz ¹	Exportquote (Güter und Dienstleistungen) ²	Index der Güterausfuhr ³	Güterausfuhr je Einwohner/-in ^{1 4}	Anteil der Güterausfuhr mit Ziel Deutschland ^{1 4}	Anteil der Gütereinfuhr aus Deutschland ^{1 4}
2010								
	Mill. US\$			% des BIP	2000 = 100	US\$	%	
Europa								
Belgien	390 091	411 085	20 994	80,0	219	37 728	18,6	16,3
Bulgarien	25 360	20 608	- 4 752	57,8	429	2 735	10,6	11,7
Dänemark	84 468	96 812	12 343	50,3	191	17 453	15,0	20,6
Deutschland	1 066 820	1 271 100	204 280	46,8	230	15 543	X	X
Estland	13 182	12 823	- 359	78,3	303	9 569	4,7	10,6
Finnland	68 767	70 117	1 349	40,4	152	13 072	9,4	13,1
Frankreich	599 172	511 651	- 87 521	25,5	159	7 884	16,2	17,3
Griechenland	63 321	21 560	- 41 761	21,5	184	1 905	10,9	10,5
Irland	60 550	118 338	57 788	101,1	151	26 444	7,1	7,6
Island	3 925	4 600	675	56,0	243	14 465	14,0	7,5
Italien	486 984	446 840	- 40 144	26,7	186	7 388	12,9	16,0
Kroatien	20 067	11 811	- 8 256	38,3	266	2 673	10,3	12,5
Lettland	11 143	8 851	- 2 292	53,4	510	3 953	8,7	11,5
Litauen	23 378	20 814	- 2 564	68,2	587	6 332	9,8	10,9
Luxemburg	20 400	13 911	- 6 489	165,0	234	27 438	28,4	25,6
Malta	4 246	3 358	- 888	85,2	103	8 071	9,3	8,2
Niederlande	439 987	492 646	52 659	78,0	246	29 649	24,3	17,8
Norwegen	77 252	131 395	54 143	41,1	219	26 876	11,3	12,3
Österreich	150 593	144 882	- 5 711	54,0	226	17 268	31,6	39,5
Polen	174 128	157 065	- 17 063	42,3	492	4 113	26,0	21,7
Portugal	75 572	48 744	- 26 829	31,0	200	4 582	12,8	13,8
Rumänien	62 007	49 413	- 12 593	23,5	476	2 305	18,1	16,7
Russische Föderation	248 700	400 100	151 400	30,0	379	2 823	6,3	10,7
Schweden	148 421	158 079	9 658	50,0	182	16 856	10,0	18,2
Schweiz	176 281	195 609	19 328	53,6	242	24 995	19,3	31,9
Slowakei	64 382	63 999	- 383	81,1	548	11 786	19,2	16,1
Slowenien	26 360	24 188	- 2 172	65,4	337	11 805	19,8	16,2
Spanien	315 547	246 265	- 69 282	26,3	214	5 345	10,5	11,7
Tschechische Republik	125 691	132 141	6 450	79,3	458	12 561	31,9	25,5
Türkei	185 541	113 979	- 71 562	21,1	410	1 567	10,1	9,5
Ukraine	60 737	51 430	- 9 307	50,2	353	1 121	2,9	7,6
Ungarn	87 356	94 693	7 337	86,5	340	9 469	25,2	25,5
Vereinigtes Königreich	562 501	405 869	- 156 632	30,1	142	6 522	10,9	12,7
Zypern	8 645	1 506	- 7 138	40,1	148	1 366	9,3	9,0

1 Quelle: UN Comtrade, Vereinte Nationen.

2 Quelle: World Development Indicators, Weltbank.

3 Quelle: UNCTAD, Vereinte Nationen.

4 Eigene Berechnungen.

A.16 Außenhandel

	Einfuhr von Gütern ¹	Ausfuhr von Gütern ¹	Außenhandelsbilanz ¹	Exportquote (Güter und Dienstleistungen) ²	Index der Güterausfuhr ³	Güterausfuhr je Einwohner/-in ¹ ⁴	Anteil der Güterausfuhr mit Ziel Deutschland ¹ ⁴	Anteil der Gütereinfuhr aus Deutschland ¹ ⁴
2010								
	Mill. US\$			% des BIP	2000 = 100	US\$	%	
Afrika								
Ägypten	53 003	26 332	- 26 672	21,3	566	325	2,2	7,6
Äthiopien	8 602	2 330	- 6 272	11,4	531	28	11,4	2,4
Kongo, Dem. Republik	26,0	656	.	.	.
Nigeria	44 235	86 568	42 333	36,8	337	546	0,6	0,5
Südafrika	80 139	71 484	- 8 655	27,3	268	1 430	7,7	11,3
Tansania, Ver. Republik	8 013	4 051	- 3 962	26,1	552	90	3,4	2,3
Amerika								
Argentinien	56 501	68 134	11 633	21,7	260	1 686	2,7	5,7
Brasilien	180 459	197 356	16 897	11,2	366	1 012	4,1	6,5
Chile	56 221	70 632	14 411	38,7	359	4 127	1,3	3,6
Kanada	392 109	386 580	- 5 529	29,4	140	11 328	1,0	2,8
Kolumbien	40 683	39 820	- 863	15,7	304	860	0,6	4,1
Mexiko	301 482	298 305	- 3 177	30,3	179	2 630	1,2	3,7
Vereinigte Staaten	1 966 500	1 277 110	- 689 390	12,6	163	4 128	3,8	4,3
Asien								
Bangladesch	18,4	301	.	.	.
China	1 396 000	1 577 760	181 760	29,6	633	1 179	4,3	5,3
Indien	350 029	220 408	- 129 621	21,5	522	180	2,7	3,3
Indonesien	135 663	157 779	22 116	24,6	241	658	1,9	2,2
Iran, Islamische Republik	54 697	83 785	29 088	.	356	1 133	0,4	8,2
Israel	59 194	58 413	- 781	37,0	186	7 662	2,9	6,2
Japan	692 621	769 839	77 218	15,2	161	6 040	2,7	2,8
Korea, Republik	425 208	466 381	41 173	52,4	271	9 542	2,3	3,4
Myanmar	4 164	7 625	3 461	0,1	532	159	0,0	0,0
Pakistan	37 537	21 413	- 16 124	13,6	237	123	4,6	2,6
Philippinen	58 468	51 498	- 6 970	34,8	129	552	5,2	2,0
Saudi-Arabien	106 863	251 143	144 280	56,8	304	9 150	0,0	7,7
Thailand	182 393	195 312	12 919	71,3	283	2 826	1,7	2,5
Vietnam	77,5	496	.	.	.
Australien und Ozeanien								
Australien	188 741	206 705	17 964	19,8	333	9 270	0,7	5,0
Neuseeland	30 158	30 932	774	28,7	226	7 081	1,5	4,1

1 Quelle: UN Comtrade, Vereinte Nationen.

2 Quelle: World Development Indicators, Weltbank.

3 Quelle: UNCTAD, Vereinte Nationen.

4 Eigene Berechnungen.

A.17 Zahlungsbilanz

Begriffserläuterungen zum Thema **Leistungsbilanz** siehe „Glossar“/„Methodik“ des Kapitels 17.

	Leistungsbilanz				Saldo der Vermögensübertragungen	Saldo der Kapitalbilanz	Veränderung der Währungsreserven	Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen
	Saldo des Warenverkehrs	Saldo des Dienstleistungsverkehrs	Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen	laufende Übertragungen				
2011								
Mill. US\$								
Europa								
Belgien	- 10 013	4 044	12 219	- 9 960	- 748	4 914	- 1 499	1 043
Bulgarien	- 2 740	3 241	- 2 296	2 374	671	- 1 725	- 260	735
Dänemark	9 635	8 593	9 387	- 5 976	800	- 14 898	- 10 554	3 014
Deutschland	214 551	- 30 403	66 539	- 46 434	864	- 220 739	- 3 914	19 538
Estland	- 250	1 754	- 1 180	383	830	- 1 290	- 17	- 230
Finnland	- 1 511	1 235	699	- 2 283	248	13 439	- 435	- 11 392
Frankreich	- 102 244	23 808	56 595	- 38 199	123	87 855	8 378	- 36 316
Griechenland	- 37 861	20 534	- 12 637	737	3 660	.	44	597
Irland	50 689	- 4 453	- 44 788	- 1 303	- 582	.	.	- 9 678
Island	838	314	- 2 030	- 73
Italien	- 24 726	- 9 656	- 16 326	- 21 194	69	88 709	- 1 169	- 15 708
Kroatien	- 8 878	9 125	- 2 250	1 554	- 14	2 424	- 588	- 1 373
Lettland	- 2 794	1 841	- 275	867	607	- 1 257	1 189	- 177
Litauen	- 2 100	1 584	- 1 601	1 498	1 053	- 1 384	- 1 878	61
Luxemburg	- 7 323	31 949	- 18 791	- 1 650	- 195	- 3 958	- 171	139
Malta	- 1 367	1 811	- 769	43	86	- 104	90	212
Niederlande	58 477	13 224	18 264	- 13 653	- 2 098	- 64 029	- 3 320	- 6 865
Norwegen ¹	58 391	- 3 108	872	- 4 711	- 213	- 42 181	- 4 218	- 4 832
Österreich	- 9 647	19 332	1 180	- 2 877	- 644	- 8 169	- 1 005	1 830
Polen	- 14 105	6 084	- 20 172	6 065	11 126	27 377	- 6 113	- 10 262
Portugal	- 18 399	10 802	- 12 025	4 184
Rumänien	- 10 521	508	- 3 427	4 899
Russische Föderation	198 181	- 35 947	- 60 208	- 3 191	- 120	- 76 091	- 12 638	- 9 986
Schweden	12 970	20 809	11 520	- 7 014	303	- 44 878	- 872	7 162
Schweiz	4 490	49 604	32 875	- 12 906	- 5 047	- 46 829	- 54 666	32 478
Slowakei	3 369	- 523	- 2 336	- 497	1 215	3 989	- 119	- 5 097
Slowenien	- 1 849	1 996	- 885	210	- 139	- 192	104	754
Spanien	- 55 247	47 598	- 36 349	- 8 283	7 628	60 614	- 13 616	- 2 345
Tschechische Republik	5 312	3 779	- 15 601	161	797	5 147	1 000	- 595
Türkei	- 89 472	18 275	- 7 773	1 734
Ukraine	- 13 805	4 887	- 3 796	3 708	98	6 017	2 454	437
Ungarn	5 634	4 517	- 8 736	639	2 983	3 140	- 5 550	- 2 627
Vereinigtes Königreich	- 159 771	106 448	42 720	- 35 432	5 745	52 595	- 10 872	- 1 434
Zypern	- 6 043	5 151	- 1 366	- 288	65	2 237	56	188

1 2010.

Quelle: International Financial Statistics, IMF

A.17 Zahlungsbilanz

	Leistungsbilanz				Saldo der Vermögensübertragungen	Saldo der Kapitalbilanz	Veränderung der Währungsreserven	Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen
	Saldo des Warenverkehrs	Saldo des Dienstleistungsverkehrs	Saldo der Erwerbs- und Vermögens-einkommen	laufende Übertragungen				
2011								
Mill. US\$								
Afrika								
Ägypten	- 20 120	9 089	- 5 912	12 439	- 39	.	- 1 276	- 2 145
Äthiopien ¹	- 4 965	- 302	- 64	4 905	.	2 369	865	- 2 930
Kongo, Dem. Republik
Nigeria	30 840	- 21 179	- 22 776	21 801	0	- 5 096	- 306	- 3 284
Südafrika	2 416	- 4 841	- 9 286	- 1 972	33	10 943	- 4 708	7 414
Tansania, Ver. Republik ¹ ..	- 2 828	242	- 216	824	607	1 588	- 378	132
Amerika								
Argentinien	13 540	- 2 230	- 10 828	- 461	70	.	6 095	- 3 920
Brasilien	29 796	- 37 906	- 47 319	2 816	1 573	110 294	- 58 635	- 621
Chile ¹	15 855	- 1 019	- 15 424	4 390	5 641	- 5 884	- 3 023	- 536
Kanada	1 279	- 24 915	- 21 309	- 4 055	4 872	59 233	- 7 916	- 7 189
Kolumbien	5 514	- 4 621	- 15 820	4 948	0	13 314	- 3 737	403
Mexiko	- 1 006	- 14 911	- 15 774	22 888	.	52 664	- 30 298	- 13 578
Vereinigte Staaten	- 735 207	175 249	221 066	- 134 550	- 1 160	410 012	- 15 983	80 572
Asien								
Bangladesch	- 8 020	- 2 573	- 1 471	12 307	528	.	2 051	- 1 416
China ¹	254 180	- 22 118	30 380	42 932	4 630	221 414	- 471 659	- 59 760
Indien ¹	- 97 934	6 921	- 12 926	52 158	- 1	68 537	- 966	- 15 789
Indonesien	35 347	- 11 823	- 25 667	4 212	1	14 017	- 11 856	- 4 232
Iran, Islamische Republik
Israel	- 9 077	7 018	- 6 442	8 694	1 240	.	- 4 742	2 550
Japan ¹	90 973	- 16 114	133 291	- 12 395	- 4 964	- 130 475	- 43 854	- 16 462
Korea, Republik	31 153	- 4 580	2 456	- 2 523	150	- 18 202	- 13 983	5 530
Myanmar ¹	3 456	- 430	- 1 740	241	0	1 129	- 566	- 2 090
Pakistan	- 12 639	- 2 928	- 3 098	16 431	221	.	547	116
Philippinen	- 15 450	3 593	1 293	17 642	171	5 056	- 10 173	- 2 132
Saudi-Arabien	244 712	- 66 536	9 669	- 29 351	0	- 13 988	- 96 057	- 48 448
Thailand ¹	31 677	- 10 549	- 14 061	6 031	245	24 068	- 31 246	- 6 166
Vietnam ¹	- 5 147	- 2 461	- 4 564	7 885	.	6 201	1 803	- 3 679
Australien und Ozeanien								
Australien ¹	18 180	- 2 980	- 45 803	- 1 388	- 213	32 940	- 434	- 303
Neuseeland	2 738	- 890	- 8 268	- 289	8 224	- 470	- 416	- 628

1 2010.

Quelle: International Financial Statistics, IMF

A.18 Umwelt

	Kohlendioxidemissionen (CO ₂) von fossilen Brennstoffen ¹			Treibhausgasemissionen ²	Erneuerbare Wasserressourcen ³	Kommunale Abfallmenge ⁴	Fläche unter Naturschutz ⁵	
	insgesamt	Veränderung gegenüber 1990	je Einwohner/-in				Anteil an der Landfläche insgesamt	
	2009				2010			
	Mill. t	%	t	t CO ₂ -Äquivalente	m ³	kg	%	
Europa								
Belgien	100,7	- 6,7	9,3	12,5 ¹⁶	1 708	466	14	
Bulgarien	42,2	- 43,7	5,6	6,3	2 842	410	9	
Dänemark	46,8	- 7,2	8,5	10,9	1 081	673	5	
Deutschland	750,2	- 21,1	9,2	11,5	1 871	583	42	
Estland	14,7	- 59,4	10,9	7,2	9 553	311	20	
Finnland	55,0	+ 1,1	10,3	4,8	20 503	470	9	
Frankreich	354,3	+ 0,6	5,5	7,0	3 361	532	17	
Griechenland	90,2	+ 28,6	8,0	11,2 ¹⁶	6 537	457	16	
Irland	39,5	+ 32,4	8,8	13,5	11 633	636	2	
Island	2,0	+ 6,2	6,3	16,7	531 250	572	20	
Italien	389,3	- 2,0	6,5	6,6	3 159	531	15	
Kroatien	19,8	- 8,4	4,5	4,6	23 961	369	13	
Lettland	6,8	- 63,8	3,0	- 4,3	15 742	304	18	
Litauen	12,4	- 62,6	3,7	5,0	7 491	381	15	
Luxemburg	10,0	- 4,4	20,1	23,1	6 114	678	20	
Malta	2,4	+ 7,0	5,9	6,8	121	591	17	
Niederlande	176,1	+ 13,0	10,7	12,2	5 478	595	12	
Norwegen	37,3	+ 31,9	7,7	5,4	78 231	469	15	
Österreich	63,4	+ 12,2	7,6	7,5	9 257	591	23	
Polen	286,8	- 16,2	7,5	9,1	1 609	315	22	
Portugal	53,1	+ 35,3	5,0	5,7	6 435	514	8	
Rumänien	78,4	- 53,1	3,6	4,7	9 862	365	7	
Russische Föderation ...	1 532,6	- 29,7	10,8	10,4	31 534	.	9	
Schweden	41,7	- 20,9	4,5	2,0	18 550	465	11	
Schweiz	42,4	+ 2,5	5,4	6,7	6 981	707	25	
Slowakei	33,2	- 41,5	6,1	7,4	9 172	333	23	
Slowenien	15,2	+ 21,2	7,4	5,4	15 700	422	13	
Spanien	283,4	+ 37,7	6,2	7,4	2 420	535	9	
Tschechische Republik ..	109,8	- 29,2	10,5	12,1	1 253	317	15	
Türkei	256,3	+ 102,0	3,6	4,0	2 936	407	2	
Ukraine	256,4	- 62,7	5,6	7,7	3 072	.	4	
Ungarn	48,2	- 27,8	4,8	6,4	10 417	413	5	
Vereinigtes Königreich ..	465,8	- 15,2	7,5	9,1	2 361	521	26	
Zypern	7,5	+ 94,4	9,3	.	707	760	11	

1 Quelle: IEA.

2 Quelle: UNFCCC, Vereinte Nationen. Bei diesen Werten sind auch Landnutzungsänderungen und forstwirtschaftliche Maßnahmen berücksichtigt. So kann beispielsweise Wiederaufforstung dazu führen, dass ein Land geringere Treibhausgasemissionen aufweist als Kohlendioxidemissionen. Dieser Effekt kann insgesamt auch zu negativen Treibhausgasemissionen führen (siehe beispielsweise Lettland).

3 Quelle: FAO, Vereinte Nationen.

4 Quelle: Eurostat. Teilweise Schätzungen.

5 Quelle: World Development Indicators, Weltbank.

6 2008.

A.18 Umwelt

	Kohlendioxidemissionen (CO ₂) von fossilen Brennstoffen ¹			Erneuerbare Wasserressourcen ¹³	Fläche unter Naturschutz ¹⁵
	insgesamt	Veränderung gegenüber 1990	je Einwohner/-in		
	2009			2010	
	Mill. t	%	t	m ³	%
Afrika					
Ägypten	175,4	+ 121,4	2,1	706	6
Äthiopien	7,4	+ 235,7	0,1	1 471	18
Kongo, Dem. Republik	2,9	- 3,1	0,0	19 449	10
Nigeria	41,2	+ 41,3	0,3	1 807	13
Südafrika	369,4	+ 45,0	7,5	997	7
Tansania, Ver. Republik	6,3	+ 267,0	0,1	2 147	28
Amerika					
Argentinien	166,6	+ 66,0	4,1	20 143	5
Brasilien	337,8	+ 73,9	1,7	42 232	26
Chile	64,9	+ 108,9	3,8	53 874	17
Kanada	520,7	+ 20,4	15,4	85 310	8
Kolumbien	60,6	+ 34,7	1,3	46 052	21
Mexiko	399,7	+ 50,9	3,7	4 031	11
Vereinigte Staaten	5 195,0	+ 6,7	16,9	9 888	12
Asien					
Bangladesch	50,7	+ 273,5	0,3	8 252	2
China	6 831,6	+ 208,9	5,1	2 070	17
Indien	1 585,8	+ 172,3	1,4	1 560	5
Indonesien	376,3	+ 164,7	1,6	8 417	14
Iran, Islamische Republik	533,2	+ 197,0	7,3	1 859	7
Israel	64,6	+ 95,0	8,7	240	18
Japan	1 092,9	+ 2,7	8,6	3 398	16
Korea, Republik	515,5	+ 124,8	10,6	1 447	2
Myanmar	10,1	+ 154,7	0,2	24 352	6
Pakistan	136,9	+ 133,7	0,8	1 422	10
Philippinen	70,5	+ 85,1	0,8	5 136	11
Saudi-Arabien	410,5	+ 158,4	16,2	87	31
Thailand	227,8	+ 184,5	3,4	6 345	20
Vietnam	114,1	+ 563,2	1,3	10 064	6
Australien und Ozeanien					
Australien	394,9	+ 51,8	17,9	22 094	11
Neuseeland	31,3	+ 34,3	7,2	74 863	26

1 Quelle: IEA.

2 Quelle: UNFCCC, Vereinte Nationen. Bei diesen Werten sind auch Landnutzungsänderungen und forstwirtschaftliche Maßnahmen berücksichtigt. So kann beispielsweise Wiederaufforstung dazu führen, dass ein Land geringere Treibhausgasemissionen aufweist als Kohlendioxidemissionen. Dieser Effekt kann insgesamt auch zu negativen Treibhausgasemissionen führen (siehe beispielsweise Lettland).

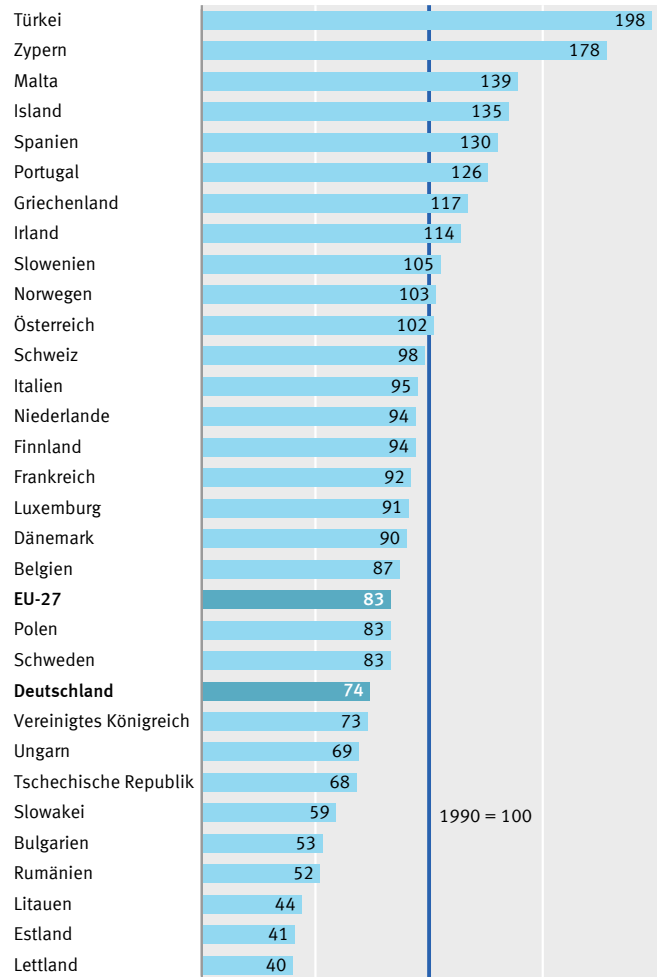
3 Quelle: FAO, Vereinte Nationen.

4 Quelle: Eurostat. Teilweise Schätzungen.

5 Quelle: World Development Indicators, Weltbank.

6 2008.

Treibhausgasemissionen 2009
in ausgewählten europäischen Staaten,
Indexwert (Basisjahr 1990 = 100)

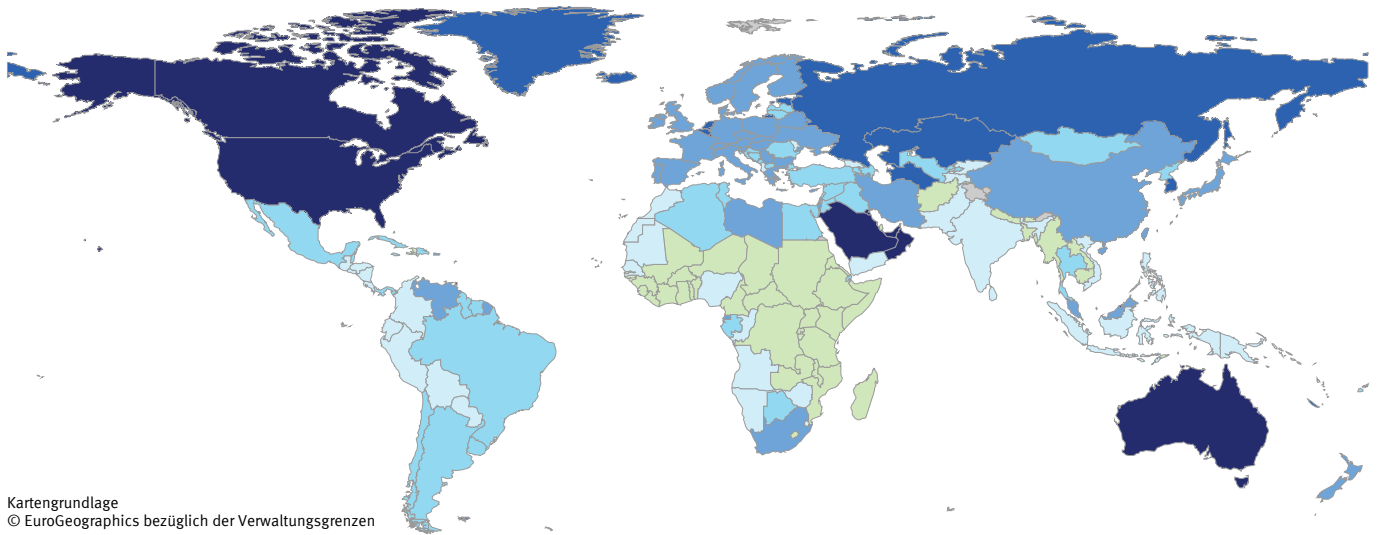


Quelle: Europäische Umweltagentur

2012 - 01 - 0621

Kohlendioxidemissionen 2009
je Einwohner/-in, in t

■ unter 0,5 ■ 0,5 bis unter 2,0 ■ 2,0 bis unter 5,0 ■ 5,0 bis unter 10,0 ■ 10,0 bis unter 15,0 ■ 15,0 und mehr ■ Keine Werte



Kartengrundlage
© EuroGeographics bezüglich der Verwaltungsgrenzen
Quelle: EIA

2012 - 01 - 0622

A.19 Land- und Forstwirtschaft

Die Daten zur **ökologischen Anbaufläche** stammen vom Forschungsinstitut für biologischen Landbau (FiBL). Das FiBL erhebt in Kooperation mit der Internationalen Vereinigung Ökologischer Landbau-bewegungen (IFOAM) jährlich Daten zum Biolandbau weltweit. Basis für diese Zahlen sind überwiegend die Daten der international anerkannten Zertifizierer des ökologischen Landbaus. In vielen Entwicklungsländern gibt es noch keine offiziellen Datenerfassungssysteme. Hier werden die Zahlen in aller Regel direkt bei den Biozertifizierern erhoben. Nähere Informationen und weitere Daten finden Sie unter www.organic-world.net

	Landfläche ¹		Darunter		Ökologische Anbaufläche ¹²	Produktion tierischer Erzeugnisse ^{11 3}			Ernte pflanzlicher Erzeugnisse ^{11 3}		
	1 000 ha	%	Waldfläche ¹	landwirtschaftlich genutzte Fläche ¹		Rind- und Büffel-fleisch	Schweine-fleisch	Milch	Kartoffeln	Sojabohnen	Getreide
					2009						
Europa											
Belgien	3 028	22	45	3,6	263	1 124	3 067	3 456	.	3 042	
Bulgarien	10 856	36	46	0,8	20	70	1 278	251	2	7 027	
Dänemark	4 243	13	62	6,1	133	1 668	4 909	1 358	.	8 772	
Deutschland	34 861	32	48	5,9	1 205	5 488	29 665	10 202	1	44 413	
Estland	4 239	52	22	12,5	12	34	676	163	.	670	
Finnland	30 390	73	8	7,4	83	203	2 346	659	.	2 992	
Frankreich	54 766	29	53	3,1	1 550	2 260	24 206	6 582	140	65 676	
Griechenland	12 890	30	64	3,7	70	100	2 100	792	4	4 499	
Irland	6 889	11	61	1,2	558	215	5 237	331	.	2 048	
Island	10 025	0	23	0,3	4	6	123	13	.	.	
Italien	29 414	31	47	8,7	1 075	1 673	11 345	1 558	553	18 996	
Kroatien	5 596	34	23	1,8	38	121	780	179	154	3 017	
Lettland	6 218	54	29	9,4	18	37	834	484	.	1 417	
Litauen	6 267	34	43	5,4	44	73	1 737	475	.	2 768	
Luxemburg	259	33	51	2,8	16	10	295	20	.	166	
Malta	32	1	29	0,2	1	8	45	10	.	15	
Niederlande	3 373	11	57	2,4	389	1 287	11 649	6 844	.	1 804	
Norwegen	30 547	33	3	5,5	84	129	1 584	321	.	1 145	
Österreich	8 243	47	38	19,7	225	542	3 286	672	95	5 330	
Polen	30 420	31	53	3,4	401	1 895	12 298	8 766	0	27 120	
Portugal	9 147	38	40	5,8	94	384	2 065	384	.	1 124	
Rumänien	23 006	28	59	1,3	154	429	5 062	3 284	150	16 710	
Russische Föderation	1 637 687	49	13	0,0	1 711	2 308	32 136	21 141	1 222	59 624	
Schweden	41 034	69	8	14,1	148	263	2 920	816	.	4 333	
Schweiz	4 000	31	38	11,4	143	249	4 106	421	3	924	
Slowakei	4 809	40	40	9,0	14	69	934	126	24	2 633	
Slowenien	2 014	62	23	6,3	36	44	628	101	0	571	
Spanien	49 880	36	55	5,9	607	3 369	7 544	2 278	2	19 335	
Tschechische Republik	7 725	34	55	10,5	74	291	2 694	665	16	6 883	
Türkei	76 963	15	51	1,6	323	0	13 606	4 548	87	32 741	
Ukraine	57 932	17	71	0,7	428	631	11 249	18 705	1 680	38 679	
Ungarn	9 053	22	64	3,0	28	452	1 691	440	85	12 304	
Vereinigtes Königreich	24 193	12	72	4,3	925	774	13 960	6 045	.	20 929	
Zypern	924	19	14	2,4	4	57	195	82	.	57	

A.19 Land- und Forstwirtschaft

	Landfläche ¹			Ökologische Anbaufläche ²	Produktion tierischer Erzeugnisse ^{1 3}			Ernte pflanzlicher Erzeugnisse ^{1 3}		
	Darunter		Rind- und Büffelfleisch		Schweinefleisch	Milch	Kartoffeln	Sojabohnen	Getreide	
	Waldfläche ¹	landwirtschaftlich genutzte Fläche ¹								
2009	2010									
1 000 ha	%	% der landwirtschaftlich genutzten Fläche		1 000 t						
Afrika										
Ägypten	99 545	0	4	2,2	743	1	5 742	3 643	43	19 408
Äthiopien	100 000	12	35	0,4	373	2	2 121	786	9	15 638
Kongo, Dem. Republik	226 705	68	10	0,1	13	26	8	95	18	1 528
Nigeria	91 077	10	82	0,0	304	226	496	900	394	19 512
Südafrika	121 447	8	82	0,1	884	338	3 233	2 072	566	14 733
Tansania, Ver. Republik	88 580	38	40	0,2	292	14	1 758	750	4	6 688
Amerika										
Argentinien	273 669	11	51	3,0	2 630	281	10 502	2 001	52 677	46 204
Brasilien	845 942	62	31	0,7	6 977	3 078	31 816	3 595	68 519	75 731
Chile	74 353	22	21	0,2	211	498	2 540	1 081	.	3 569
Kanada	909 351	34	7	1,0	1 272	1 926	8 243	4 422	4 345	45 412
Kolumbien	110 950	55	38	0,1	930	180	7 500	2 122	54	4 080
Mexiko	194 395	33	53	1,5	1 745	1 175	10 838	1 537	168	34 922
Vereinigte Staaten	914 742	33	44	0,6	12 047	10 186	87 461	18 016	90 610	401 704
Asien										
Bangladesch	13 017	11	70	0,0	195	.	3 398	7 930	70	51 169
China	932 748	22	56	0,3	6 546	51 677	41 150	74 799	15 083	497 566
Indien	297 319	23	61	0,4	2 549	333	117 000	36 577	9 810	234 910
Indonesien	181 157	53	30	0,1	461	637	1 316	1 061	908	84 776
Iran, Islamische Republik	162 855	7	30	0,0	411	0	7 603	4 054	163	22 272
Israel	2 164	7	24	1,7	108	19	1 332	549	.	239
Japan	36 450	69	13	0,2	513	1 291	7 720	2 070	223	11 363
Korea, Republik	9 710	64	19	0,8	308	1 097	2 107	617	105	6 013
Myanmar	65 352	49	19	0,0	184	459	1 402	508	200	34 836
Pakistan	77 088	2	34	0,1	1 490	.	35 491	3 142	0	34 443
Philippinen	29 817	26	40	0,7	294	1 613	10	125	1	22 149
Saudi-Arabien	214 969	0	81	0,0	31	.	1 921	495	.	1 784
Thailand	51 089	37	39	0,2	223	862	851	133	177	36 259
Vietnam	31 007	44	33	0,2	363	3 036	341	446	297	44 598
Australien und Ozeanien										
Australien	768 230	20	53	2,9	2 108	336	9 023	1 278	60	33 515
Neuseeland	26 331	31	44	1,1	635	47	17 011	531	.	1 001

1 Quelle: FAO, Vereinte Nationen. Teilweise Schätzungen.
 2 Quelle: Forschungsinstitut für biologischen Landbau (FiBL).
 3 Vorläufige Werte.

A.20 Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen im Überblick

Die **Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten** ist ein Maß für die Beurteilung der wirtschaftlichen Leistung und umfasst die Bruttoerträge durch betriebliche Aktivitäten nach Abzug der Waren- und Dienstleistungskäufe und nach Anpassung bezüglich der betrieblichen Subventionen und indirekten Steuern. Nähere Angaben zur Berechnung siehe „Glossar“/„Methodik“ des Kapitels 20.

	Unternehmen nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen ¹					Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen ¹				
	Produzierendes Gewerbe ¹²	Baugewerbe	Handel ¹³	Gastgewerbe	Verkehr und Transport	Produzierendes Gewerbe ¹²	Baugewerbe	Handel ¹³	Gastgewerbe	Verkehr und Transport
	Anzahl					Mill. EUR				
2009										
Europa										
Belgien	.	81 796	136 398	44 811	16 714	.	14 237	39 692	4 036	13 043
Bulgarien	34 098	23 606	143 258	25 962	19 306	5 818	2 226	3 267	476	1 344
Dänemark ¹⁴	20 986	36 028	47 230	13 500	13 895	41 269	11 149	23 830	2 677	11 678
Deutschland	187 768	240 747	577 051	217 303	87 489	.	61 516	263 625	31 386	86 458
Estland	5 967	7 911	13 167	1 897	3 873	2 246	604	1 191	136	845
Finnland	25 945	42 444	47 713	11 661	23 282	27 250	8 337	13 480	1 845	7 285
Frankreich	222 048	403 863	595 005	219 261	85 773	213 907	82 860	159 752	31 347	73 026
Griechenland	.	112 952	4 085	.	.	.
Irland	5 029	47 539	38 594	15 223	10 140	32 307	9 046	14 979	3 271	4 856
Island
Italien	453 079	623 355	1 183 923	290 973	137 381	216 026	59 281	104 883	22 873	48 641
Kroatien	26 529	27 083	49 330	20 388	11 706	7 396	2 840	4 471	1 038	1 746
Lettland	8 328	7 137	24 422	3 060	5 446	2 000	611	1 563	140	1 287
Litauen	13 472	12 112	48 938	3 931	7 048	3 091	736	1 844	155	1 156
Luxemburg	1 006	3 078	7 235	2 792	957	1 559	1 957	2 761	525	1 371
Malta
Niederlande	47 847	112 193	164 186	38 549	26 144	74 482	29 414	65 878	7 780	22 532
Norwegen	20 343	49 135	52 763	10 569	21 835	80 723	12 185	20 574	2 650	12 324
Österreich	29 174	29 878	73 038	44 089	13 780	49 057	14 176	26 474	6 944	12 745
Polen	185 325	226 387	507 287	57 720	131 974	65 081	15 350	30 009	1 698	10 066
Portugal	77 335	107 536	250 552	81 341	24 141	22 134	9 167	16 643	3 348	6 677
Rumänien	58 853	60 135	197 611	26 170	35 064	17 701	5 158	8 907	781	3 350
Russische Föderation
Schweden	57 431	81 258	124 057	27 548	28 913	47 929	13 686	28 598	3 604	11 057
Schweiz	22 151	20 290	36 508	19 310	4 418	73 341	19 646	56 759	8 070	16 642
Slowakei	8 693	5 474	24 424	2 633	553	9 952	1 299	3 991	252	1 363
Slowenien	18 097	19 499	23 617	7 948	8 807	6 410	1 735	3 043	559	1 351
Spanien	211 517	377 029	780 726	283 868	220 774	126 158	78 408	97 712	25 034	39 789
Tschechische Republik	163 146	163 097	220 286	60 377	39 548	35 466	6 724	11 159	1 362	5 751
Türkei
Ukraine
Ungarn	55 676	69 611	142 099	32 730	31 382	18 983	2 572	6 947	706	3 355
Vereinigtes Königreich	136 073	275 968	359 146	129 123	67 900	217 059	78 267	158 716	31 185	62 962
Zypern	5 814	6 019	17 711	6 673	3 728	1 617	1 722	1 946	953	868

1 Die Einteilung der Wirtschaftsbereiche entspricht der Statistischen Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (NACE Rev. 2).

2 Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau, Energie- und Wasserversorgung.

Quelle: Strukturelle Unternehmensstatistik, Eurostat

3 Einschl. Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen.

4 2008.

A.21 Verarbeitendes Gewerbe

	Unternehmen	Bruttowertschöpfung zu Faktor- kosten ¹	Beschäftigte	Bruttowertschöpfung zu Faktor- kosten je Beschäftigte(n) ²	Investitionsquote ³
2009					
	Anzahl	Mill. EUR	Anzahl	1 000 EUR	%
Europa					
Belgien	37 981	44 747	556 893	101	17
Bulgarien	32 177	3 883	577 450	7	39
Dänemark ⁴	16 676	28 682	392 850	83	15
Deutschland	179 834	381 548	6 699 492	61	13
Estland	5 441	1 582	98 804	17	19
Finnland	22 994	22 714	391 811	67	14
Frankreich	207 040	180 452	.	65	.
Griechenland	83 565	16 901	400 934	54	19
Irland	4 449	28 408	174 754	176	7
Island
Italien	439 112	180 257	4 168 732	61	17
Kroatien	25 351	5 164	297 314	23	18
Lettland	7 521	1 231	109 068	13	34
Litauen	12 849	2 178	190 034	13	22
Luxemburg	874	1 127	34 756	.	30
Malta
Niederlande	45 570	54 157	719 352	89	13
Norwegen	17 272	19 172	240 056	85	13
Österreich	25 319	41 218	606 526	74	14
Polen	175 758	45 726	2 437 262	.	23
Portugal	74 234	16 687	718 507	24	29
Rumänien	54 652	11 455	1 195 999	10	47
Russische Föderation
Schweden	53 976	39 113	675 655	69	13
Schweiz	20 928	64 502	677 044	101	11
Slowakei	8 044	6 279	377 705	19	36
Slowenien	17 172	5 321	208 213	.	22
Spanien	191 972	100 825	2 094 438	53	17
Tschechische Republik	156 209	26 175	1 209 274	25	19
Türkei
Ukraine
Ungarn	52 710	15 448	664 082	25	19
Vereinigtes Königreich	128 468	143 494	2 580 565	60	9
Zypern	5 575	1 189	35 655	35	25

1 Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten: Erläuterung siehe Tabelle A.20.

2 Die Berechnung basiert auf der Zahl der Beschäftigten in Volleinheiten.

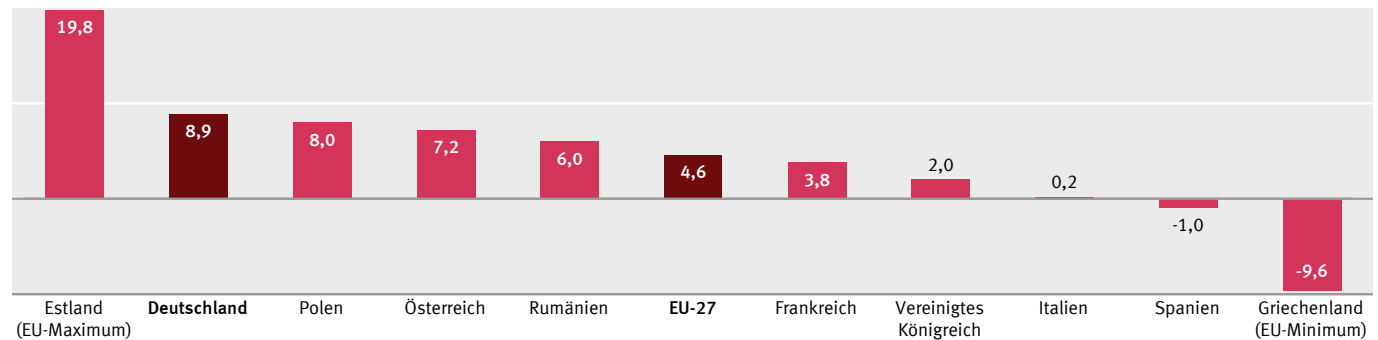
Quelle: Strukturelle Unternehmensstatistik, Eurostat

3 Die Investitionsquote bezeichnet den Anteil der Bruttoinvestitionen an der Bruttowertschöpfung.

4 2008.

Produktionsindex des Verarbeitenden Gewerbes 2011

Ausgewählte EU-Staaten, Veränderung des Produktionsvolumens gegenüber Vorjahr, in %



Quelle: Eurostat

A.22 Energie

Erläuterungen zur **Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten** finden Sie in Tabelle A.20.

Primärenergieträger sind Energieträger, die in der Natur vorkommen und technisch noch nicht umgewandelt sind.

Der **Primärenergieverbrauch** bezeichnet den Verbrauch von Primärenergie vor der Umwandlung in andere, für den Endverbrauch geeignete Brennstoffe. Dies entspricht der inländischen Produktion von Primärenergieträgern zuzüglich der Einfuhren und Bestandsveränderungen, abzüglich der Ausfuhren und der Brennstoffe für den internationalen Luft- und Schiffsverkehr.

Die **Rohöleinheit** (RÖE) ist eine Maßeinheit für den Energiegehalt von Stoffen. 1 Tonne **Rohöleinheit (t RÖE)** entspricht 11 630 Kilowattstunden (kWh).

Die **Bruttostromerzeugung** ist die in einer bestimmten Zeiteinheit erzeugte elektrische Arbeit. 1 **Terawattstunde (TWh)** entspricht 85 985 Tonnen Rohöleinheiten.

Der **Bruttostromverbrauch** ist die inländische Bruttostromerzeugung (einschl. Eigenerzeugung) zuzüglich Einfuhren, abzüglich Ausfuhren.

	Unternehmen ¹		Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten ¹	Beschäftigte ¹	Primärenergieverbrauch ¹²		Anteil am Primärenergieverbrauch insgesamt ¹²					Bruttostromerzeugung ¹³		Bruttostromverbrauch ¹³	
	Anzahl	Mill. EUR			Anzahl	insgesamt	je Einwohner/-in	Mineralöl	Erdgas	Kohle	Kernenergie	erneuerbare Energien	insgesamt	je Einwohner/-in	TWh
			2009	2011											
Europa															
Belgien	.	.	.	63,3	5,8	53,3	22,8	3,3	17,3	3,3	91,2	7 908			
Bulgarien	921	1 199	35 607	19,2	2,6	18,4	13,7	44,0	19,2	4,8	43,0	4 401			
Dänemark	1 692 ¹⁴	2 981 ¹⁴	13 206 ¹⁴	18,7	3,4	44,3	20,1	17,2	-	18,4	36,4	6 248			
Deutschland	1 672	.	224 119	306,4	3,7	36,4	21,3	25,3	8,0	9,0	592,5	6 781			
Estland	192	423	5 874	8,8	5 951			
Finnland	726	3 281	13 136	27,7	5,1	37,8	11,5	12,0	19,2	19,5	72,1	15 241			
Frankreich	6 519	22 713	.	242,9	3,7	34,1	14,9	3,7	41,2	6,0	542,2	7 494			
Griechenland	.	.	.	30,5	2,7	56,4	13,4	24,0	-	6,1	61,4	5 540			
Irland	147	3 008	9 354	13,6	3,0	50,5	31,1	9,3	-	9,1	28,2	6 022			
Island	16,8	51 179			
Italien	2 930	20 754	85 443	168,5	2,8	42,2	38,1	9,1	-	10,6	292,6	5 271			
Kroatien	198	809	16 798	12,8	3 709			
Lettland	322	559	11 277	5,6	2 875			
Litauen	225	680	17 103	6,4	2,0	42,7	48,1	3,2	-	5,9	15,4	3 430			
Luxemburg	64	311	1 170	3,9	14 447			
Malta	2,2	4 405			
Niederlande	687	7 378	22 180	95,8	5,7	52,3	35,8	8,1	1,0	2,8	113,5	6 897			
Norwegen	982	5 361	14 076	43,4	8,8	25,6	8,3	1,5	-	64,5	132,8	23 558			
Österreich	1 569	5 303	28 289	32,0	3,8	39,0	26,7	7,7	-	26,6	69,0	7 947			
Polen	2 079	10 165	152 604	102,8	2,7	25,6	13,4	58,2	-	2,8	151,7	3 591			
Portugal	681	3 773	10 024	24,4	2,3	47,6	18,9	10,6	-	23,0	50,2	4 815			
Rumänien	609 ¹⁵	3 001 ¹⁵	86 047 ¹⁵	34,8	1,6	25,9	35,8	20,3	7,6	10,4	58,0	2 267			
Russische Föderation	.	.	.	685,6	4,8	19,8	55,7	13,3	5,7	5,5	992,0	6 133			
Schweden	1 636	6 781	30 820	50,5	5,3	28,6	2,2	3,9	27,4	37,9	136,7	14 141			
Schweiz	352	6 912	25 499	27,6	3,5	40,0	9,5	0,5	22,1	27,9	68,5	7 962			
Slowakei	191	2 874	19 770	17,1	3,1	21,7	32,9	19,1	20,1	6,2	26,2	4 926			
Slowenien	481	670	8 022	16,4	6 096			
Spanien	12 707	17 530	48 089	145,9	3,2	47,6	19,8	10,2	8,9	13,4	293,8	6 004			
Tschechische Republik	1 616	6 534	32 809	44,0	4,2	20,7	17,2	43,6	14,6	4,0	82,3	6 103			
Türkei	.	.	.	118,8	1,6	26,9	34,7	27,3	-	11,1	194,8	2 296			
Ukraine	.	.	.	126,4	2,8	10,2	38,2	33,5	16,2	1,9	173,6	3 204			
Ungarn	562	2 478	26 537	22,6	2,3	28,7	40,4	12,1	15,7	3,2	35,9	3 773			
Vereinigtes Königreich	598	31 609	113 853	198,2	3,2	36,1	36,4	15,6	7,9	4,0	375,7	5 693			
Zypern	1	264	1 473	5,2	6 251			

A.22 Energie

	Primärenergieverbrauch ^{1,2}		Anteil am Primärenergieverbrauch insgesamt ^{1,2}					Bruttostrom- erzeugung ^{1,3}	Bruttostrom- verbrauch ^{1,3}
	insgesamt	je Einwohner/-in	Mineralöl	Erdgas	Kohle	Kernenergie	erneuerbare Energien	insgesamt	je Einwohner/-in
	2011							2009	
	Mill. t RÖE	t RÖE	%					TWh	kWh
Afrika									
Ägypten	82,6	1,0	40,7	54,0	1,1	-	4,1	139,0	1 487
Äthiopien	4,1	45
Kongo, Dem. Republik	7,8	101
Nigeria	19,8	120
Südafrika	126,3	2,5	20,7	3,0	73,5	2,3	0,4	249,6	4 532
Tansania, Ver. Republik	4,6	85
Amerika									
Argentinien	81,9	2,0	34,3	51,2	1,3	1,7	11,5	122,3	2 744
Brasilien	266,9	1,4	45,2	9,0	5,2	1,3	39,2	466,5	2 201
Chile	30,9	1,8	49,0	15,3	17,1	-	18,6	60,7	3 288
Kanada	330,3	9,6	31,2	28,6	6,6	6,5	27,1	603,2	15 467
Kolumbien	35,1	0,7	33,3	23,1	12,2	-	31,5	57,3	1 047
Mexiko	173,7	1,5	51,6	35,7	5,7	1,3	5,7	261,0	2 026
Vereinigte Staaten	2 269,3	7,3	36,7	27,6	22,1	8,3	5,3	4 188,2	12 884
Asien									
Bangladesch	24,3	0,2	20,8	73,8	3,9	-	1,5	37,9	228
China	2 613,2	1,9	17,7	4,5	70,4	0,7	6,7	3 695,9	2 631
Indien	559,1	0,5	29,0	9,8	52,9	1,3	7,0	899,4	597
Indonesien	148,2	0,6	43,5	23,0	29,7	-	3,8	155,5	609
Iran, Islamische Republik	228,6	3,1	38,1	60,4	0,3	0,0	1,2	203,2	2 300
Israel	23,5	3,0	47,3	19,0	33,6	-	0,1	55,0	6 648
Japan	477,6	3,7	42,2	19,9	24,7	7,7	5,6	1 047,9	7 833
Korea, Republik	263,0	5,3	40,3	15,9	30,2	12,9	0,7	454,5	8 980
Myanmar	5,9	99
Pakistan	67,6	0,4	30,2	52,1	6,2	1,2	10,2	95,4	451
Philippinen	27,7	0,3	42,5	11,6	29,9	-	16,0	61,9	592
Saudi-Arabien	217,1	7,7	58,9	41,1	-	-	-	217,1	7 842
Thailand	106,0	1,5	44,1	39,6	13,1	-	3,2	148,4	2 073
Vietnam	45,9	0,5	35,9	16,7	32,7	-	14,7	83,2	904
Australien und Ozeanien									
Australien	123,3	5,5	37,2	18,7	40,4	-	3,7	261,0	11 038
Neuseeland	19,4	4,4	35,6	17,8	7,3	-	39,2	43,5	9 311

1 Quelle: Strukturelle Unternehmensstatistik, Eurostat.

2 Quellen: Statistical Review of World Energy 2012, BP, eigene Berechnungen.

3 Quelle: IEA.

4 2008.

5 Vorläufiger Wert.

A.23 Baugewerbe

	Unternehmen		Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten ¹		Umsatz		Beschäftigte		Produktionsindex		Baugenehmigungen	
	2009						2011					
	Anzahl	Mill. EUR			Anzahl	Veränderung gegenüber Vorjahr in %						
Europa												
Belgien	81 796	14 237	51 846	291 379	4,5	-9,8						
Bulgarien	23 606	2 226	9 812	237 452	-13,0	-14,5						
Dänemark	36 028 ¹²	11 149 ¹²	32 307 ¹²	219 756 ¹²	6,6	-9,1						
Deutschland	240 747	61 516	168 245	1 601 940	13,3	21,4						
Estland	7 911	604	2 825	44 387	26,7	9,5						
Finnland	42 444	8 337	24 298	171 989	9,5	1,4						
Frankreich	403 863	82 860	250 420	.	2,1	17,9						
Griechenland	112 952	4 085	15 852	285 110	-27,9	-45,4						
Irland	47 539	9 046	22 108	76 899	-16,2	-37,1						
Island						
Italien	623 355	59 281	181 150	1 911 357	-2,9	.						
Kroatien	27 083	2 840	9 313	160 144	-8,8	1,0						
Lettland	7 137	611	3 303	58 831	12,5	-5,1						
Litauen	12 112	736	2 804	91 909	22,2	-12,4						
Luxemburg	3 078	1 957	5 434	39 660	2,2	19,0						
Malta	-1,4	-11,1						
Niederlande	112 193	29 414	98 686	499 536	4,7	-8,7						
Norwegen	49 135	12 185	35 387	192 762	.	38,1						
Österreich	29 878	14 176	39 649	273 655	0,0	9,6						
Polen	226 387	15 350	54 002	931 885	15,8	6,0						
Portugal	107 536	9 167	34 582	472 730	-9,4	-29,7						
Rumänien	60 135	5 158	18 806	479 255	3,0	-6,6						
Russische Föderation						
Schweden	81 258	13 686	41 867	310 504	7,5	-7,0						
Schweiz	20 290	19 646	42 106	309 815	1,6	13,4						
Slowakei	5 474	1 299	6 461	78 854	-2,0	-19,5						
Slowenien	19 499	1 735	6 831	86 791	-25,6	-21,8						
Spanien	377 029	78 408	284 384	1 846 845	-18,4	-20,5						
Tschechische Republik	163 097	6 724	31 319	409 244	-3,5	-1,2						
Türkei	11,8	-29,6						
Ukraine						
Ungarn	69 611	2 572	14 139	221 287	-7,7	-32,2						
Vereinigtes Königreich	275 968	78 267	212 738	1 517 376	2,6	-1,0						
Zypern	6 019	1 722	3 093	36 444	-9,5	-38,2						

Der **Produktionsindex** ist ein Maß für die Leistung eines bestimmten Wirtschaftsbezugs. In diesem Fall misst er Veränderungen in der Leistung (Outputvolumen, Aktivität) des Baugewerbes. Er ist aufgrund seiner Periodizität und seiner schnellen Verfügbarkeit ein zentraler und aktueller Indikator für die konjunkturelle Entwicklung.

1 Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten: Erläuterung siehe Tabelle A.20.
2 2008.

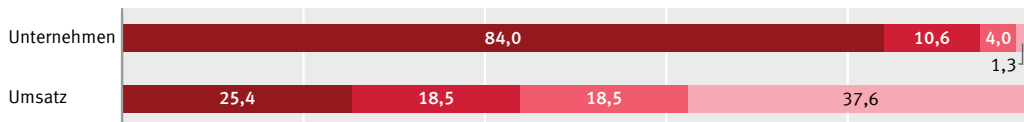
Quelle: Strukturelle Unternehmensstatistik, Eurostat

Baugewerbe 2009

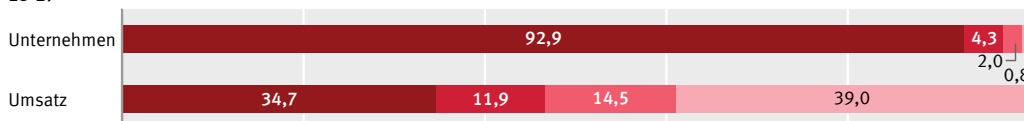
Zahl der Unternehmen und Umsatz nach Unternehmensgrößenklassen, in %

■ 0 bis unter 10 Beschäftigte ■ 10 bis unter 20 Beschäftigte ■ 20 bis unter 50 Beschäftigte ■ 50 Beschäftigte und mehr

Deutschland



EU-27



Quelle: Strukturelle Unternehmensstatistik, Eurostat

2011 - 01 - 0624

A.24 Binnenhandel

	Handel mit Kraftfahrzeugen (einschl. Instandhaltung und Reparatur)		Großhandel ¹		Einzelhandel ¹			
	Unternehmen	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten ²	Unternehmen	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten ²	Unternehmen	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten ²	Beschäftigte	Umsatz
	2009							
	Anzahl	Mill. EUR	Anzahl	Mill. EUR	Anzahl	Mill. EUR	Anzahl	Mill. EUR
Europa								
Belgien	18 606	4 554	43 532	22 482	74 260	12 656	302 697	79 299
Bulgarien	12 129	306	26 279	1 848	104 850	1 113	316 071	10 020
Dänemark ³	7 826	2 844	16 261	13 501	23 143	7 484	299 584	43 191
Deutschland	100 365	37 251	147 277	132 619	329 409	93 755	3 321 133	460 504
Estland	2 090	128	6 593	604	4 484	458	45 694	4 354
Finnland	9 370	1 674	15 503	6 064	22 840	5 742	163 658	34 633
Frankreich	73 577	17 648	142 659	72 837	378 768	69 267	.	403 507
Griechenland
Irland	6 336	961	10 326	7 432	21 933	6 586	216 229	34 120
Island
Italien	120 850	10 825	412 049	52 696	651 024	41 362	1 899 734	282 485
Kroatien	6 100	396	19 731	2 139	23 499	1 936	149 294	12 444
Lettland	3 309	139	7 547	765	13 566	659	96 290	5 361
Litauen	6 746	190	7 865	935	34 327	719	136 293	7 422
Luxemburg	689	360	3 480	1 265	3 066	1 137	22 284	13 628
Malta
Niederlande	23 998	6 332	62 309	39 335	77 879	20 211	799 163	104 170
Norwegen	7 952	2 745	17 805	10 055	27 006	7 775	214 336	45 153
Österreich	8 993	3 207	23 984	12 895	40 061	10 373	340 005	53 089
Polen	74 300	2 850	113 948	15 817	319 039	11 341	1 286 524	86 757
Portugal	30 067	1 919	67 184	8 024	153 301	6 700	441 523	45 761
Rumänien	17 303	1 209	58 997	4 790	121 311	2 908	496 805	25 594
Russische Föderation
Schweden	19 714	3 174	45 856	15 746	58 487	9 678	302 797	56 391
Schweiz	7 140	5 122	10 536	33 325	18 832	18 312	351 949	75 319
Slowakei	1 160	264	13 500	2 249	9 764	1 478	103 675	9 740
Slowenien	3 998	158	12 722	1 536	6 897	1 349	55 851	10 550
Spanien	71 213	8 519	211 521	45 774	497 992	43 420	1 746 368	219 519
Tschechische Republik	33 020	1 057	58 818	5 770	128 448	4 333	358 918	33 465
Türkei
Ukraine
Ungarn	19 390	812	33 738	3 741	88 971	2 395	326 571	24 413
Vereinigtes Königreich	66 397	19 416	104 803	70 780	187 946	68 519	3 154 783	354 610
Zypern	3 081	193	3 305	840	11 325	914	37 230	5 428

1 Ohne Handel mit Kraftfahrzeugen.

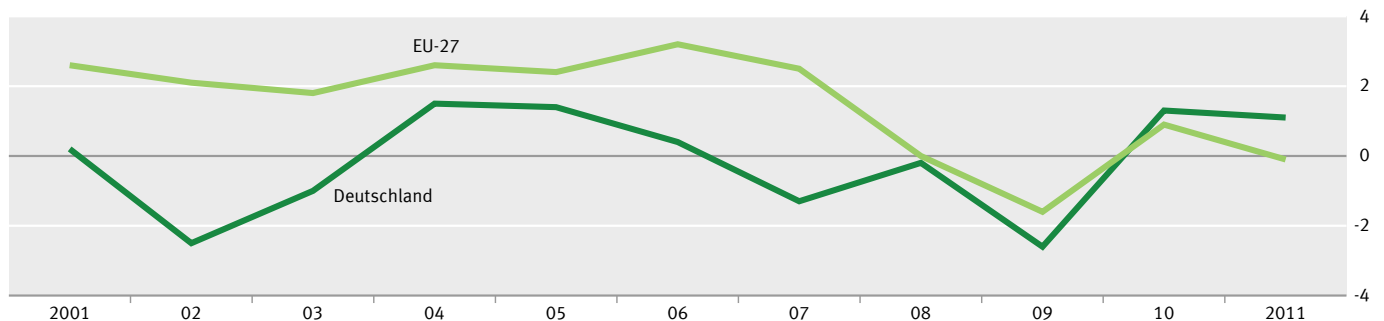
2 Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten: Erläuterung siehe Tabelle A.20.

3 2008.

Quelle: Strukturelle Unternehmensstatistik, Eurostat

Umsatz im Einzelhandel

Veränderung gegenüber Vorjahr, in %



Ohne Handel mit Kraftfahrzeugen. – Indexwerte arbeitstäglich bereinigt und deflationiert.

Quelle: Eurostat

2012 - 01 - 0625

A.25 Transport und Verkehr

	Unternehmen ¹	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten ¹	Beschäftigte ¹	Straßenverkehr ²			Luftverkehr ²		Eisenbahnverkehr ²	
				Personenkraftwagen	Beförderungsleistung		Personenverkehr	Güterverkehr	Personenverkehr	Güterverkehr
					Personenverkehr	Güterverkehr				
2009						2010				
	Anzahl	Mill. EUR	Anzahl	je 1 000 Einwohner/-innen	Mill. Pkm	Mill. tkm	1 000 Passagiere	Mill. tkm	Mill. Pkm	Mill. tkm
Europa										
Belgien	16 714	13 043	198 052	483	131 470	36 174	7 263	1 274	10 493	5 439
Bulgarien	19 306	1 344	161 079	330	13 839 ¹³	17 742	2 243	2	2 100	3 061
Dänemark	13 895 ¹³	11 678 ¹³	320 721 ¹³	380	68 907	16 876 ¹¹	519	14 ¹⁴	7 405	.
Deutschland	87 489	86 458	1 846 319	510	949 306¹³	427 300	112 399	9 245	78 582	105 794
Estland	3 873	845	37 248	407	2 453 ¹³	5 249	809	1	248	6 261
Finnland	23 282	7 285	152 485	459	72 700	25 200	11 578	736	3 959	9 760
Frankreich	85 773	73 026	.	496	773 000	265 000	65 401	5 081	86 853	22 840
Griechenland	.	.	.	455	.	28 585	15 588	37	1 413 ¹⁴	538
Irland	10 140	4 856	82 233	434	.	12 787	76 488	350	1 678	92
Island	.	.	.	644	.	.	1 202	94	.	.
Italien	137 381	48 641	1 125 154	596	.	167 627 ¹¹	48 748	1 164	44 535	12 037
Kroatien	11 706	1 746	82 611	346	3 438	9 429	1 641	2	1 742	2 618
Lettland	5 446	1 287	70 475	401	14 625	8 115	4 466	23	79	17 164
Litauen	7 048	1 156	93 535	508	20 376	17 757	167	120	373	13 431
Luxemburg	957	1 371	23 337	666	.	8 400 ¹¹	1 203	5 301	345	189
Malta	.	.	7 843 ¹⁵	566	.	.	2 245	9	.	.
Niederlande	26 144	22 532	415 835	459 ¹³	.	72 675	27 554	5 028	15 400	.
Norwegen	21 835	12 324	152 326	465	64 014	16 109	399	14 ¹⁴	2 674	.
Österreich	13 780	12 745	211 567	521	.	29 075 ¹¹	13 869	430	10 306	23 104
Polen	131 974	10 066	715 003	432	24 386	191 484	5 466	91	15 715	34 266
Portugal	24 141	6 677	168 749	.	.	35 808	11 124	375	3 718	1 932
Rumänien	35 064 ¹⁵	3 350 ¹⁵	335 200 ¹⁵	198	12 805	20 878	3 996	5	5 248	9 134
Russische Föderation	.	.	.	233	139 034	180 135	56 848	4 614	139 028	2 011 308
Schweden	28 913	11 057	265 132	462	109 100	35 000	363	16 ¹⁴	6 774	11 500 ¹³
Schweiz	4 418	16 642	201 609	519	95 090	16 734	21 477	1 275	17 609	8 725
Slowakei	553	1 363	92 542	293	31 093	27 484	991	0	2 291	7 669
Slowenien	8 807	1 351	52 618	522	777	14 762	1 170	2	813	3 283
Spanien	220 774	39 789	937 278	478	410 192	211 891	58 563	1 684	22 304	7 844
Tschechische Republik	39 548	5 751	285 139	423	88 352	44 955	7 103	23	6 553	13 592
Türkei	.	.	.	95	212 464	176 455	51 590	1 101	5 491	11 030
Ukraine	.	.	.	142	54 631	33 193	5 679	598	50 240	218 091
Ungarn	31 382	3 355	224 736	301	20 449 ¹³	35 373	11 829	8	5 398	7 786 ¹³
Vereinigtes Königreich	67 900	62 962	1 225 870	460	.	143 453	123 972	8 555	55 019	12 512 ¹³
Zypern	3 728	868	21 106	529	.	944	2 363	38	.	.

A.25 Transport und Verkehr

	Straßenverkehr ¹²			Luftverkehr ¹²		Eisenbahnverkehr ¹²	
	Personenkraft- wagen	Beförderungsleistung					
		Personen- verkehr	Güterverkehr	Personen- verkehr	Güterverkehr	Personen- verkehr	Güterverkehr
	2009			2010			
je 1 000 Einwohner/ -innen	Mill. Pkm	Mill. tkm	1 000 Passagiere	Mill. tkm	Mill. Pkm	Mill. tkm	
Afrika							
Ägypten	33	12 793 ¹³	.	9 637	188	40 837	3 840
Äthiopien	1 ¹⁶	.	.	3 141	672	.	.
Kongo, Dem. Republik	37	193
Nigeria	31 ¹⁶	.	.	1 555	1	174 ¹⁶	77 ¹⁶
Südafrika	110	.	.	16 779	1 107	18 865	113 342
Tansania, Ver. Republik	4 ¹⁶	8 ¹³	7 ¹³	749	2	475 ¹⁶	.
Amerika							
Argentinien	10 030	178	.	12 025
Brasilien	178	.	.	77 255	976	.	267 700
Chile	118	.	.	10 234	1 400	840	4 032
Kanada	420	.	129 600 ¹³	67 325	2 011	2 875	322 741
Kolumbien	53	.	.	15 111	1 576	.	9 049 ¹³
Mexiko	191	436 900	211 600	13 608	1 380	178	71 136 ¹³
Vereinigte Staaten	439	7 874 329 ¹³	.	707 426	50 743	9 518	2 468 738
Asien							
Bangladesch	2	.	.	2 177	85	7 305	710
China	34	1 351 144	3 718 882	267 691	17 441	791 158	2 451 185
Indien	12	.	.	64 144	1 720	903 465	600 548
Indonesien	45	.	.	35 321	660	14 344 ¹³	4 390 ¹³
Iran, Islamische Republik	113 ¹³	.	.	17 585	131	16 814	20 247
Israel	265	.	.	6 141	865	1 986	1 062
Japan	454	905 907 ¹³	334 667	94 212	8 380	244 235	20 432
Korea, Republik	267	100 617	12 545	42 763	12 802	33 027	9 452
Myanmar	5	.	.	396	2	.	.
Pakistan	10	.	.	6 012	310	24 731	6 187
Philippinen	8	.	.	18 933	472	.	.
Saudi-Arabien	18 998	1 336	337	1 748
Thailand	20 303	3 133	8 037	3 161
Vietnam	13 ¹⁶	59 735	30 261	14 099	428	4 378	3 901
Australien und Ozeanien							
Australien	550	301 524	189 847 ¹³	45 268	2 380	1 500	64 172
Neuseeland	603	.	.	10 128	668	.	.

Beförderungsleistung im Güterverkehr ist das Produkt aus dem Gewicht der beförderten Gütermenge mit der (in der Regel nur im Inland) zurückgelegten Transportstrecke. So entsteht die Maßeinheit „Tonnenkilometer (tkm)“. Werden in einem Lkw beispielsweise 15 t über eine Entfernung von 200 km zwischen den Orten A und B befördert, so ergibt dies eine Beförderungsleistung von 3 000 tkm.

Beförderungsleistung im Personenverkehr wird in der Maßeinheit „Personenkilometer (Pkm)“ gemessen. Sie berechnet sich in der Regel durch Multiplikation der Zahl der beförderten Personen mit den von ihnen zurückgelegten Kilometern. Fahren beispielsweise 30 Personen in einem Bus eine Entfernung von 20 km zwischen den Orten A und B, so wird eine Beförderungsleistung von 600 Pkm nachgewiesen.

1 Quelle: Eurostat.

2 Quelle: World Development Indicators, Weltbank.

3 2008.

4 2009.

5 Vorläufiger Wert.

6 2007.

A.26 Gastgewerbe, Tourismus

	Unternehmen ¹	Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten ^{1,2}	Umsatz ¹	Beschäftigte ¹	Grenzankünfte ³		Betten in Hotels, Gasthöfen und Pensionen ⁴	Übernachtungen in Hotels, Gasthöfen und Pensionen ⁴
					insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr		
	2009	2010			1 000	%	1 000	
	Anzahl	Mill. EUR	Anzahl	Anzahl	1 000	%	1 000	
Europa								
Belgien	44 811	4 036	10 847	149 499	7 186	5,4	128	17 023
Bulgarien	25 962	476	1 445	140 467	6 047	5,4	245	15 002
Dänemark	13 500 ¹⁵	2 677 ¹⁵	6 213 ¹⁵	132 157 ¹⁵	8 744	2,3	82	10 939
Deutschland	217 303	31 386	63 064	1 888 889	26 875	11,0	1 722	228 302
Estland	1 897	136	433	18 051	2 120	11,6	30	4 028
Finnland	11 661	1 845	5 263	64 394	3 670	7,2	121	15 737
Frankreich	219 261	31 347	74 041	.	77 148	0,5	1 248	195 906
Griechenland	15 007	0,6	763	65 059
Irland	15 223	3 271	8 392	148 607	7 189 ¹⁶	-10,4 ¹⁶	152	.
Island	1 213	-5,2	20	2 025
Italien	290 973	22 873	61 299	1 259 777	43 626	0,9	2 253	251 098
Kroatien	20 388	1 038	2 311	96 436	9 111	4,8	152	19 345
Lettland	3 060	140	408	25 965	1 373	3,8	27	2 460
Litauen	3 931	155	464	36 474	1 507	12,4	24	2 363
Luxemburg	2 792	525	1 128	15 672	849 ¹⁶	-3,4 ¹⁶	16	1 282 ¹⁶
Malta	1 332	12,7	39	7 416
Niederlande	38 549	7 780	18 640	369 017	10 883	9,7	212	34 218
Norwegen	10 569	2 650	6 317	86 348	4 767	9,7	175	18 377
Österreich	44 089	6 944	14 459	258 901	22 004	3,0	589	81 344
Polen	57 720	1 698	5 423	253 865	12 470	4,9	241	27 141
Portugal	81 341	3 348	9 543	277 645	.	.	280	37 391
Rumänien	26 170	781	2 393	144 639	.	.	258	15 418
Russische Föderation
Schweden	27 548	3 604	9 106	145 467	4 951	5,8	224	27 338
Schweiz	19 310	8 070	14 457	222 128	8 628	4,0	275	36 208
Slowakei	2 633	252	751	27 025	6 643 ¹⁵	-8,6 ¹⁵	75	6 635
Slowenien	7 948	559	1 467	34 366	1 869	2,5	44	5 853
Spanien	283 868	25 034	58 229	1 231 248	52 677	1,0	1 785	267 147
Tschechische Republik	60 377	1 362	5 194	168 201	8 185	-2,4	256	26 358
Türkei	27 000	5,9	.	.
Ukraine	21 203	1,9	.	.
Ungarn	32 730	706	2 724	124 911	9 510	5,0	161	15 617
Vereinigtes Königreich	129 123	31 185	73 450	1 823 125	28 295	0,3	1 416	155 290
Zypern	6 673	953	1 861	42 112	2 173	1,5	84	13 599

1 Quelle: Strukturelle Unternehmensstatistik, Eurostat.

2 Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten: Erläuterung siehe Tabelle A.20.

3 Quelle: World Tourism Organization (UNWTO), Vereinte Nationen.

4 Quelle: Eurostat.

5 2008.

6 2009.

Mehr zum Thema

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein Thema in diesem Kapitel spricht Sie besonders an oder Sie benötigen weitere Informationen? Auf dieser Seite nennen wir Ihnen, nach Themen gegliedert, weitere Veröffentlichungen unseres Hauses. Ausführliche Informationen zu den Produktkategorien sowie dem Informationsangebot des Statistischen Bundesamtes finden Sie auf Seite 8 dieser Ausgabe.

Web-Angebote

www.destatis.de ist Ihre erste Adresse in Sachen Statistik. Hier finden Sie alle Informationen, die das Statistische Bundesamt veröffentlicht, tagesaktuell. Unsere Standardveröffentlichungen können Sie direkt über unsere Website www.destatis.de/publikationen kostenfrei downloaden.

Unter www.destatis.de/international gelangen Sie direkt zum Angebot der internationalen Statistik.

Datenbanken

Für weitere Recherchen sowie für Hintergrundinformationen zu internationalen Daten verweisen wir auf die Online-Datenbanken einzelner Organisationen, die in aller Regel kostenfrei zugänglich sind. Die Adressen finden Sie weiter unten auf dieser Seite in der Rubrik *Internationale Organisationen*.

Weitere Veröffentlichungen zu Internationales

Fachberichte

| Export, Import, Globalisierung

Im Blickpunkt

| Ältere Menschen in Deutschland und der EU (2011)
Jugend und Familie in Europa (2009)

Länderprofile

| Statistische Länderprofile zu allen G20-Staaten

STATmagazin

| Bildung, Forschung, Innovation: Die Zukunftsfähigkeit der G20-Staaten (2010)
Rund neun Millionen Menschen wünschen sich (mehr) Arbeit (2010)

Internationale Organisationen

Die im Kapitel „Internationales“ aufgeführten Statistiken basieren auf einer Vielzahl amtlicher internationaler Statistikquellen. Um das Datenspektrum zu erweitern, wurden im Einzelfall auch nicht-amtliche Quellen genutzt. Hierzu zählen BP, das Forschungsinstitut für biologischen Landbau (FiBL), die Fédération Internationale de Football Association (FIFA) sowie MEDIA Salles.

BP – Beyond Petroleum, BP p.l.c. > www.bp.com/statisticalreview
DWD – Deutscher Wetterdienst > www.dwd.de
EIA – US Energy Information Administration > www.eia.gov
Eurobarometer – Meinungsumfragen der Europäischen Kommission > ec.europa.eu/public_opinion
Eurostat – Statistisches Amt der Europäischen Union > epp.eurostat.ec.europa.eu
FAO – Welternährungsorganisation der Vereinten Nationen > faostat.fao.org
FiBL – Forschungsinstitut für biologischen Landbau > www.organic-world.net
FIFA – Weltfußballverband > de.fifa.com/worldfootball/bigcount
IDEA – Internationales Institut für Demokratie und Wahlhilfe > idea.int
IEA – Internationale Energieagentur > www.iea.org/stats
ILO – Internationale Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen, KILM Datenbank > kilm.ilo.org
ILO – Internationale Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen, Laborsta Datenbank > laborsta.ilo.org
IMF – Internationaler Währungsfonds, International Financial Statistics > www.imf.org/external/data.htm
IMF – Internationaler Währungsfonds, World Economic Outlook > www.imf.org/external/data.htm
IPU – Interparlamentarische Union > ipu.org
ITU – Internationale Fernmeldeunion, Vereinte Nationen > www.itu.int/ITU-D/ict/statistics
MEDIA Salles > www.mediasalles.it
OECD – Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung > stats.oecd.org
UN Comtrade – Außenhandelsdatenbank der Vereinten Nationen > comtrade.un.org
UN Demographic Yearbook – Demografisches Jahrbuch der Vereinten Nationen > unstats.un.org/unsd/demographic
UNCTAD – Konferenz für Handel und Entwicklung, Vereinte Nationen > unctadstat.unctad.org
UNESCO – Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation > stats.uis.unesco.org

UNFCCC – Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen › unfccc.int/ghg
UNPOP – Abteilung für Bevölkerungsfragen, Vereinte Nationen › esa.un.org/unpd/wpp
Weltbank – World Development Indicators › databank.worldbank.org
WHO – Global Health Observatory, Weltgesundheitsorganisation › www.who.int/gho/en
UNWTO – Welttourismusorganisation der Vereinten Nationen › www.unwto.org/facts

Auskünfte

Sie haben noch Fragen? Unseren fachlichen Auskunftsdienst erreichen Sie telefonisch unter +49 (0)6 11 / 75 94 27 (Europäische Statistik), +49 (0)6 11 / 75 94 94 (Internationale Statistik).

Sie können sich auch gerne schriftlich an uns wenden. Bitte nutzen Sie dafür unser Kontaktformular unter www.destatis.de/kontakt

Auf Wunsch beraten oder unterstützen wir Sie bei der Datenrecherche.

Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind nur die Seiten angegeben, auf denen innerhalb eines Abschnitts das Stichwort zum ersten Mal erscheint. Es empfiehlt sich daher, auch die nachfolgenden Seiten auf weitere Angaben zu diesem Stichwort durchzusehen. Die *kursiv* gesetzten Seitenzahlen beziehen sich auf den Anhang „Internationales“.

A

Abfälle, Abfallwirtschaft

- Abfallbilanz 453
- Abfallgebühren 463
- Abfallmenge 453, 661
- Investitionen 444
- laufende Aufwendungen 445
- Recyclingquote 453
- Umsatz 446
- Verwertungsquote 453

Abgeordnete (Sitze)

- Deutscher Bundestag 289
- Europäisches Parlament 289
- Länderparlamente 294

Abgeurteilte 310

Abschreibungen 267, 319, 457

Abtreibungen *siehe Schwangerschaftsabbrüche*

Abwasser

- Abwassergebühren 463
- Entsorgung 450
- Klärschlamm Entsorgung 451

Adoptionen 44, 63

AFBG (Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz) 97

Alkohol 176

- Alkoholrausch (akute Intoxikation) 121
- Steuern 269
- Straßenverkehrsunfälle 596

Alleinerziehende 53

Alleinstehende 53

Alphabetisierungsgrad 636

Anlagevermögen 267, 328

Anwälte/Anwältinnen 304

Äquivalenzeinkommen 178, 641

Arbeitnehmer/-innen *siehe Beschäftigte*

Arbeitskosten 383, 654

Arbeitslose

- Arbeitslosenquote 363
- Personengruppen 362

Arbeitslosengeld 345

- Einnahmen der privaten Haushalte 170
- nach SGB II 234
- nach SGB III 229

Arbeitslosenversicherung 226

- Arbeitslosengeld nach SGB III 229
- Ausgaben, Einnahmen 229, 644
- Kurzarbeit 229

Arbeitsproduktivität 323

Arbeitsstunden 322, 457

- bezahlte Wochenarbeitszeit 376
- geleistete 350, 562

Archive, staatliche 197

Armutsgefährdung

- Äquivalenzeinkommen 178, 641
- Armutsgefährdungsgrenze 179, 641
- Armutsgefährdungsquote 178, 641

Ärzte/Ärztinnen 135, 638

- Kostenstruktur bei Praxen 622

Asyl 43, 234

Atypisch Beschäftigte 345, 352

Auftragsbestandsindex (Baugewerbe) 561

Auftragseingangindex

- Baugewerbe 561
- Verarbeitendes Gewerbe 533

Aufwendungen

- Forschung und Entwicklung 104
- Handel 577
- Umweltschutz 445

Ausbildung

- Ausbildungsberichterstattung 82
- Auszubildende 77, 88
- Berufe 89
- Berufsausbildung 82
- schulische Ausbildung 78

Ausführpreise 391

Ausgaben

- an übrige Welt 333
- Asylbewerberleistungen 234
- Bildung 99, 261, 636
- der privaten Haushalte 170, 203
- des Staates 331
- Forschung und Wissenschaft 99, 636
- Gesundheitswesen 140, 638, 644
- Hochschulen 101
- Kinder- und Jugendhilfe 241
- Kultur 193, 202
- öffentliche Ausgaben 256, 261, 645
- Schulen 97
- Sozialhilfe 232
- Sozialleistungen 226, 644
- Sozialversicherungen 226
- Umweltschutz 462

Ausländische Bevölkerung 26, 40

- allgemeinbildende Schulen 84
- Arbeitslose 362
- Asyl 43, 234
- Bevölkerungsstand 26
- Eheschließungen 54
- Geborene 35
- Gestorbene 39
- Herkunftsländer 42
- Kindergeld 62
- sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 359
- Studierende 91
- Tourismus 605
- Verurteilte 310
- vorläufige Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche 239
- Wanderungen 45

Außenbeitrag 319, 650

Außenhandel 413

Ausfuhr, Einfuhr 413, 432, 657
 Ausfuhr, Einfuhrpreise 391
 Außenhandelsbilanz 414, 422, 657
 Einfuhrländer 416
 Einnahmen und Ausgaben an, aus übrige(r) Welt 333
 EU-Handel 417
 Handelspartner 413
 Handelswaren 417

Ausstattung der privaten Haushalte 169, 174, 204

Auszubildende 77, 88

B

Bafög (Bundesausbildungsförderungsgesetz) 97

Baugenehmigungen, -fertigstellungen 566, 670

Bau- und Immobilienpreise 400

Beamte/Beamtinnen 357

Besoldung 383
 Bruttostundenverdienste 375

Beförderungen (Verkehr)

Güter 588, 672
 Personen 585, 672

Beherbergung, Gaststätten *siehe auch Tourismus*

Ausgaben der privaten Haushalte 170, 641
 Verbraucherpreise 402

Behinderte Menschen

Eingliederungshilfe bei seelischer Behinderung 238
 Eingliederungshilfe für behinderte Menschen 233
 Paralympische Spiele 215
 schwerbehinderte Menschen 124, 362
 Schwerbehindertenquote 125

Bekleidung und Schuhe

Ausgaben der privaten Haushalte 170, 641
 Produktion 540
 Verbraucherpreise 402

Berge 14

Berufe

Ausbildungsberufe 88
 freie 271, 353
 Gesundheitswesen 135
 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 361

Beschäftigte 346

atypisch Beschäftigte 345, 352
 ausländische 359
 Baugewerbe 562, 670
 befristet Beschäftigte 352
 Computer- und Internetnutzung 518
 Energie 668
 Gastgewerbe und Tourismus 606, 674
 geringfügig Beschäftigte 352, 359, 378
 Handel 573
 Handwerksunternehmen 521
 Landwirtschaft 479
 Mindestlöhne 382
 Normalarbeitnehmer/-innen 345, 352

Beschäftigte 346

öffentlicher Dienst 357, 383
 Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen 503
 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 359, 523
 Tarifverdienste 380
 Teilzeitbeschäftigte 136, 352, 357, 360, 378, 606
 Transport und Verkehr 584, 672
 Unternehmensinsolvenzen 515
 Verarbeitendes Gewerbe 534, 667
 Verdienste 375
 Vollzeitbeschäftigte 357, 360, 378, 606
 weitere Dienstleistungen 617
 Zeitarbeit 352

Betriebe

Baugewerbe 562
 Betriebsaufgaben, -gründungen 511
 Energieverwendung (Verarbeitendes Gewerbe) 555
 Forstwirtschaft 483
 Gastgewerbe und Tourismus 607
 Landwirtschaft 473
 Verarbeitendes Gewerbe 534

Bevölkerung 14, 25

Alphabetisierungsgrad 636
 Alter, Altersgruppen 25, 32
 ausländische 26, 40
 Bevölkerungsdichte 26
 Bevölkerungsentwicklung 26, 629, 634
 Bevölkerungsstand 26, 634
 Bildungsstand 78
 Erwerbsbeteiligung 322, 345
 Familienstand 33
 gesundheitliche Lage 118
 Kinder 59
 Migrationshintergrund 40
 Privathaushalte 50
 Religionszugehörigkeit 65
 überwiegender Lebensunterhalt 345
 Vorausberechnung 50, 634

Bewässerung (landwirtschaftliche Flächen) 484

Bibliotheken 196

Bildung, Bildungswesen

Alphabetisierungsgrad 636
 Ausbildung 82
 Ausgaben der privaten Haushalte 170
 Auszubildende 77, 88
 Benchmarks, nationale 77
 Bildungsbeteiligung 77, 82
 Budget 99
 Hochschulen 90
 öffentliche Ausgaben 261, 636
 Schulen 83
 Studienberechtigten-, Studienanfänger-, Absolventenquote 77, 636
 Studium 82
 Verbraucherpreise 402
 Weiterbildung, berufliche 95

Bildungsabschlüsse

allgemeiner Schulabschluss 78
 beruflicher Bildungsabschluss 79

Bodensanierung

Investitionen 444
 laufende Aufwendungen 445

Body-Mass-Index 118

Bruttobetriebsüberschuss

Gastgewerbe und Tourismus 606

Handel 575

Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen 506

Transport und Verkehr 584

Bruttoinlandsprodukt 319, 325, 336, 463, 629, 650

Bruttonationaleinkommen 320

Bruttowertschöpfung 319, 666

Baugewerbe 670

Energie 668

Gastgewerbe und Tourismus 606, 674

Handel 573, 671

Landwirtschaft 650

Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen 503, 650

Transport und Verkehr 584, 672

Verarbeitendes Gewerbe 667

weitere Dienstleistungen 617

Buchproduktion 196

Bundesfreiwilligendienst 210

Bundeskanzler/-in 289

Bundespatentgerichte 306

Bundesrat 295

Bundesregierung 295

Bundestag, Deutscher 289

Bundestagswahlen 290

Bundesverfassungsgericht 304

Bus- und Bahnverkehr 585

C

Chöre 199

Computer

Ausstattung der privaten Haushalte 169, 174, 204

Nutzung in Unternehmen 518

D

Defizitquote 323

Demografie

Bevölkerungsvorausberechnung 50, 634

Geborene und Gestorbene 33

Lebenserwartung 38, 634

Migration 40

Wanderungen 45

Deprivationsindikatoren 177

Direktinvestitionen 432

Düngemittel 482

E

E-Government 519

Ehe

Ehelösungen, -scheidungen 55

Eheschließungen 54, 634

Familienstand, bisheriger 54

Heiratsalter, durchschnittliches 54

Heiratsziffern Lediger 54

Eigentümerhaushalte 640

Eigentümerwohnungen 156

Eigentümerquote 155

Einbürgerungen 44

Einfuhrpreise 391

Einkommen

Bruttonationaleinkommen 320

der privaten Haushalte 169

Primäreinkommen 330

verfügbares 322, 332

Zurechtkommen mit dem Einkommen 177

zu versteuerndes 270

Einkommenskombinationen (landwirtschaftliche Betriebe) 473, 479

Einkommensteuer 255, 269

Ausgaben der privaten Haushalte 170

Besteuerungsgrundlagen 270

Einkommensteuerpflichtige 271

Einnahmen

aus übriger Welt 333

der privaten Haushalte 170

des Staates 331

Kinder- und Jugendhilfe 241

öffentliche Einnahmen 256, 646

Sozialversicherungen 228

Steuern 255, 269, 463, 646

umweltbezogener Steuern und Gebühren 463

Eisenbahnverkehr 672

Eisenbahn-Infrastruktur 594

Güterverkehr 588

kombinierter Verkehr 588

Personenfernverkehr 585

Elektrizitätserzeugung 552

Elterngeld 63, 226

Emissionen 457, 661

Energie 457

Bruttostromerzeugung 551

Elektrizitätserzeugung 552

Energiepreise 392

Energiesteuer 255, 269, 463

Energieverwendung (Verarbeitendes Gewerbe) 555

erneuerbare Energien 551

Erzeugerpreise 397

öffentliche Ausgaben 261

Primärenergieverbrauch 458, 463, 668

Strom- und Wärmeerzeugung 553

Verwendung von Energieträgern 459

Engagement, bürgerschaftliches 209

Engpassleistung (Energie) 552

Entwicklungsländer, -zusammenarbeit 434

Erbschaftsteuer 269, 275

Erneuerbare Energien 551

Ersparnis 332
Sparquote 323

Erwerbsbeteiligung 322, 345
Erwerbsquote 323, 652
überwiegender Lebensunterhalt 348

Erwerbsformen 345
atypische 352

Erwerbslose 345
Erwerbslosenquote 323, 355, 652
Langzeiterwerbslose 362, 652

Erwerbspersonen 345, 652

Erwerbstätige 345
Arbeitsproduktivität 323
Erwerbstätigenquote 354
Kapitalintensität, -produktivität 327
Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen 652
Wirtschaftsbereiche 348

Erzeugerpreise 391, 655
Dienstleistungen 398
forstwirtschaftlicher Produkte 396
gewerblicher Produkte 397

Europäisches Parlament 289
Europawahlen 293

Exporte 333, 413, 432, 657
Ausfuhrpreise 391
Export-Performance-Index 422
Exportquote 422, 534, 657

F

Fachgerichte 308

Fahrgäste 585

Fahrverbote 311

Familien 53
Ausgaben (Sozialleistungen) 644
Familienformen 59
Migrationshintergrund 59

Familiengerichte 305

Familienstand
Bevölkerung 33
Gestorbene 39
Privathaushalte 52
vor Eheschließung 55

Fernsehen
ARD und Landesrundfunkanstalten 207
Durchschnittliche Sehdauer 207
Marktanteile der Sender 207
ZDF 207

Fernseher 174

Fertilität *siehe Geburtenziffern*

Filmwirtschaft 206

Finanzierungssaldo 255, 331, 646

Flächen 14, 26
Arten 474
Bewässerung landwirtschaftlicher Flächen 484
Bodenfläche 14, 26, 474, 632, 664
Naturschutzfläche 18
Siedlungs- und Verkehrsfläche 14, 463, 474
Waldfläche 483, 664
Wohnfläche 156, 565

Fluggäste 586

Flugplätze 16, 586

Flugzeuge 594

Flüsse, schiffbare 15

Flüssiggas 554

Forschung und Wissenschaft
Aufwendungen 104
Ausgaben 99, 261, 636
Personal 103, 636

Fortbildung (Handel, Handwerk) 96

Freiberufler/-innen 271, 353

Früchte (Anbau) 485

G

Gase 554

Gebietskörperschaften
Ausgaben, Einnahmen 258
Finanzierungssaldo 255
Schulden 264

Geborene
Alter der Mutter 35
häufigste Vornamen 36
Krankenhausesbindungen 134
Lebend-, Totgeborene 33
Staatsangehörigkeit der Eltern 37

Gebrauchsgüter der privaten Haushalte 174
Erzeugerpreise 397
Produktion 543
Verbraucherpreise 402

Geburtenziffern 35, 634

Gefangene 649
Art der Strafe 313
Gefangenennrate 303

Gefängnisse *siehe Justizvollzugsanstalten*

Geflügel 477, 492

Gehalt *siehe Verdienste*

Gemeinden 29

Gemüse (Anbau) 487

Gerichte 304

Gestorbene 33

- Altersgruppen 39
- Familienstand 39
- Säuglinge 34, 128
- Sterbefälle von Müttern bei der Geburt 638
- Sterbeziffern 39, 638
- Todesursachen 117, 128

Gesundheitliche Lage der Bevölkerung 118

Gesundheitsversorgung

- Krankenhäuser 132
- Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen 132

Gesundheitswesen

- Ausgaben 140, 638, 644
- Einrichtungen 132, 140
- Leistungsarten 140
- Patienten/Patientinnen 120
- Personal 117, 135
- Sozialversicherungen 140, 226

Gewässer 15

Gewässerschutz

- Investitionen 444
- laufende Aufwendungen 445
- Umsatz 446

Gewerbeanzeigen 511

Gewerbesteuer 255, 269

Gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften 53

- eingetragene Lebenspartnerschaften 58

Goethe-Institut 202

Green IT 520

Grenzlängen 14

Großhandel 573, 671

- Großhandelsverkaufspreise 391, 399

Grunderwerbsteuer 269

Grundsicherung für Arbeitsuchende 226

- Leistungsberechtigte, Zahlungsansprüche 234

Grundsteuer A, B 269

Güterbeförderung, -umschlag (Binnenschifffahrt) 589

Güterbilanz 334

- Informations- und Kommunikationstechnologien 335

Güterverkehr 583

H

Häfen 590

Handelspartner 413

Handelswaren 417

Handwerk

- Fortbildungs- und Meisterprüfungen 96
- Unternehmen 521

Hauptstädte 632

Haushalte, öffentliche siehe öffentlicher Gesamthaushalt

Haushalte, private siehe Privathaushalte

Heirat siehe Ehe

Hochschulen

- Absolventen/Absolventinnen 92, 636
- Arten 90
- Ausgaben 101
- Betreuungsrelation 92
- monetäre Kennzahlen 102
- Personal 92
- Promovierende 106
- Prüfungen 92
- Studierende 77, 90, 636

Holzeinschlag 483

Hörfunk 208

I

Importe 333, 413, 432, 657

- Einfuhrpreise 391
- Importabhängigkeitsquote 422
- Importquote 422

Inflationsrate 402, 656

Informations- und Kommunikationstechnologien

- Ausstattung der privaten Haushalte 174, 204
- E-Government 519
- Green IT 520
- Unternehmen 517

Infrastruktur 16, 593

Inseln 17

Insolvenzen

- Insolvenzhäufigkeit von Unternehmen 516
- Unternehmensinsolvenzen 514
- Verbraucherinsolvenzen 180, 514

Internet

- Nutzung in Unternehmen 518
- private Einkäufe und Bestellungen 206
- private Nutzung 204, 642
- Sicherheitsbedenken 204

Investitionen

- Bruttoanlageinvestitionen 319, 326
- Bruttoinvestitionen 319, 326, 504, 535, 574, 584, 606, 618, 650
- Direktinvestitionen 432
- Investitionsquote (Verarbeitendes Gewerbe) 667
- öffentliche Investitionen 263
- Umweltschutz 444

J

Jahresabschlüsse 266

Jugendliche

- Adoptionen 63
- Kinder- und Jugendhilfe 236
- Verurteilte 310

Jugendstrafrecht 311

Justizvollzug

- Arten des Vollzugs 313
- Justizvollzugsanstalten 313
- Strafgefangene 313, 649

K

Kanäle 15

Kapitalbilanz 432, 659

Kapitalgesellschaften 272, 330

Kfz-Handel 573

Kinder

- Adoptionen 63
- Ausgaben (Sozialleistungen) 644
- Elterngeld 63
- Erwerbsbeteiligung der Eltern 60
- Familienform 59
- Kindergeld 62, 170, 226
- Kinder- und Jugendhilfe 236
- Sterbeziffern 39, 638
- Tagesbetreuung 60
- überwiegender Lebensunterhalt der Eltern 60

Kindergeld 62, 226

- Einnahmen der privaten Haushalte 170

Kindertagesbetreuung

- Betreuungsquote, -umfang 61
- Einrichtungsarten 60
- Personal 60

Kinder- und Jugendhilfe 226

- Ausgaben und Einnahmen der Träger 241
- Eingliederungshilfe bei seelischer Behinderung 238
- Einrichtungen 240
- Hilfen zur Erziehung 236
- Personal 240
- sozialpädagogische Familienhilfe 237
- vorläufige Schutzmaßnahmen 238

Kino 206, 642

Kirchen 65

- Kirchensteuer 65, 170
- Seelsorge 211

Kirchensteuer 65

- Ausgaben der privaten Haushalte 170

Klärgas 554

Klima 18, 632

- Investitionen für Klimaschutz 444
- klimawirksame Stoffe 454
- laufende Aufwendungen für Klimaschutz 445
- Umsatz für Klimaschutz 446

KMU 508

Konsumausgaben

- der privaten Haushalte 172, 326, 641, 650
- des Staates 319, 330, 650

Körpergewicht, -größe 118

Körperschaftsteuer 255, 269

Kraftfahrzeugsteuer 269, 463

Krankenhäuser 132

- Behandlungen 133
- Betten, Bettenauslastung 132, 638
- Fachabteilungen 133
- Kostenstruktur 142
- Patienten/Patientinnen 120
- Personal 136
- Verweildauer der Patienten/Patientinnen 132

Krankenhausfälle *siehe Patienten/Patientinnen*

Krankenversicherungen 225

- gesetzliche, private 143

Krankenversicherung, gesetzliche

- Arten 228
- Ausgaben, Einnahmen 228
- Versicherte 228

Krankheiten 120, 638

Kreise 29

Kriegsopferfürsorge 235

Kriminalität *siehe Straftaten*

Kultur

- Ausgaben der privaten Haushalte 170, 203, 641
- öffentliche Ausgaben 193, 202, 261
- Verbraucherpreise 402

Künstlersozialkasse 199

Kurzarbeit 229

L

Länderfinanzausgleich 257

Länderregierungen 295

Landessportbünde 211

Landtage 295

- Landtagswahlen 294

Langzeiterwerbslose 362, 652

Lärmbekämpfung 445

- Investitionen 444
- laufende Aufwendungen 445
- Umsatz 446

Lebenserwartung 38, 634

Lebensformen 53

Lebensgemeinschaften 53

Lebensunterhalt, überwiegender

- Bevölkerung 345
- der Eltern minderjähriger Kinder 60

Lehrkräfte

- allgemeinbildende Schulen 83
- berufliche Schulen 86
- Musikschulen 198

Leistungsbilanz 431, 659

Lohn *siehe Verdienste*

Lohnsteuer 255, 269

Luftreinhaltung 445
Investitionen 444
laufende Aufwendungen 445
Umsatz 446

Luftverkehr 585, 672

M

Material- und Energieflüsse 443, 457

Medien

Fernsehen 207
Hörfunk 208
Internet 174, 204, 517, 642

Mietbelastungsquote 157

Mieterhaushalte 640

Mietwohnungen 156

Bruttokaltmiete 155
Mietbelastungsquote 157

Migrationshintergrund

Bevölkerung 40
Bildungsstand 78
erzieherische Hilfen 237
Familien 59

Mindestlöhne 382

Mindestsicherungsquote 225, 232

Mobiltelefone 174, 642

Produktion 543
versendete SMS 643

Museen 194

Musikschulen

Lehrkräfte 198
Schüler/-innen 197

N

Nachhaltigkeit 463

Nahrungsmittelpreise 393, 655

Nahrungs- und Genussmittel

Ausgaben der privaten Haushalte 172, 641
Erzeugerpreise 397
Handelswaren 420
Nahrungsmittelpreise 393
pflanzliche und tierische Erzeugnisse 176
Produktion 540
Tiefkühlkost 176
Verbrauch 176
Verbraucherpreise 402, 655

Naturparke 18

Naturschutz

Flächen, Gebiete 18
Investitionen 444
laufende Aufwendungen 445
Waldschäden 461

Nettokapitalanlagen 433

Nichterwerbspersonen 345

Normalarbeitnehmer/-innen 345

Notare/Notarinnen 304

O

Obst (Ernte) 488

Öffentliche Finanzen *siehe öffentlicher Gesamthaushalt*

Öffentlicher Dienst 225

Beschäftigte, Personal 357, 383
E-Government 519
unmittelbarer und mittelbarer 231
Verdienste, Besoldung 357, 383
Versorgungssystem 231

Öffentlicher Gesamthaushalt

Ausgaben, Einnahmen 256
Finanzierungssalden der Körperschaften 255
Investitionsausgaben 263
Kassenergebnis 259
Nettoaussgaben 262
Personalausgaben 262
rechnungsmäßiges Ergebnis 260
Schulden 255, 263, 646
Steuereinnahmen 256, 269, 463, 646

Ökologischer Landbau 481, 664

Operationen 123

P

Pachtflächen, -entgelte 480

Parlamente

Deutscher Bundestag 289
Europäisches Parlament 289
Frauenanteile an den Mandaten 648
Länderparlamente 294

Parteien 289, 294

Patente 524

Bundespatentgerichte 306

Patienten/Patientinnen

Krankenhäuser 120
Modellrechnung 124
Verweildauer in Krankenhäusern 132
Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen 122, 132

Pensionen 226

Einnahmen der privaten Haushalte 170

Personal

Forschung und Wissenschaft 103, 636
Gesundheitswesen 117, 135
Hochschulen 92
Kindertagesbetreuung 60
Kinder- und Jugendhilfe 240
öffentlicher Dienst 357, 383
Pflegedienste, -heime 137
Rechtspflege 304

Personalaufwendungen

- Arzt-, Zahnarztpraxen 622
- Gastgewerbe und Tourismus 606
- Handel 575
- Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen 506
- Transport und Verkehr 584

Personenverkehr 583, 672

Pflanzen 476, 486

Pflegebedürftige 126

- Hilfe zur Pflege 233
- Pflegequote 126
- Vorausberechnung 126

Pflegedienste, -heime 137

Pflegeversicherung, soziale 126, 226

- Ausgaben, Einnahmen 229
- Versicherte 229

Pkw

- Ausstattung der privaten Haushalte 174
- Bestand, Neuzulassungen 594, 672
- Personenverkehr 585, 672
- Produktion 544
- Straßenverkehrsunfälle 596

Polizisten/Polizistinnen 649

Preisniveauevergleich 655

Primäreinkommen 330

Primärenergieverbrauch 458, 463, 668

Privathaushalte

- Altersgruppen, Familienstand 52
- Ausgaben, Einnahmen 170
- Ausstattung mit Gebrauchsgütern 169, 174
- Baugenehmigungen, -fertigstellungen 566
- Computer 204
- Deprivationsindikatoren 177
- Einkommen 169
- Emissionen 460
- finanzielle Kapazitäten 177
- Haushaltsgröße 51, 640
- Internet 204, 642
- Konsumausgaben 172, 203, 326, 641, 650
- Primärenergieverbrauch 458
- verfügbares Einkommen, Ersparnis 332
- Vorausberechnung 50
- Wohngeld 155, 170
- Wohnsituation 159

Produktion ausgewählter Erzeugnisse 540

Produktionsindex

- Baugewerbe 561, 565, 670
- Verarbeitendes Gewerbe 533, 538, 667

Produktionswerte

- Gastgewerbe und Tourismus 606
- Handel 575
- Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen 506
- Transport und Verkehr 584
- Vorleistungen 330

Professoren/Professorinnen 94

Promovierende 106

Prüfungen

- Fortbildungs- und Meisterprüfungen 96
- Hochschulen 92

R

Rauchen 119, 176

- Tabaksteuer 255, 269

Reallohnindex 376

Recyclingquote 453

Regierungen, Bundes- und Länder- 295

Regierungsbezirke 29

Rehabilitationseinrichtungen *siehe Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen*

Reisegebiete 605

Religionszugehörigkeit

- Jüdische Gemeinden 65
- Kirchen, evangelische und katholische 65

Renten 227, 345

- der gesetzlichen Unfallversicherung 230
- Einnahmen der privaten Haushalte 170
- Rentenzahlbeträge, monatliche 227

Rentenversicherung, gesetzliche 225

- allgemeine und knappschaftliche 227
- Einnahmen, Ausgaben, Vermögen 228
- monatliche Rentenzahlbeträge 227

Richter/-innen 304, 357

Rinder 477, 490

Rohertragsquote (Handel) 574

Rohstoffe 457

S

Säuglinge 33

- gestorbene 34, 128

Schadstoffe 454

Schafe 491

Scheidungen 55

- Ehedauer 56
- Scheidungsziiffer 57

Schienen-Infrastruktur 16, 593

Schiffe 594

Schifffahrt

- Binnenschifffahrt 587
- Häfen 590
- schiffbare Flüsse 15
- Schifffahrtskanäle 15

Schlachtungen 491

Schulden

- Arten der öffentlichen Schulden 264
- Bruttoschuldenstände 645
- öffentliche Schulden 255, 263, 646
- Überschuldung privater Haushalte 180

Schulen

- Abschlüsse 78
- allgemeinbildende Schulen 83
- Arten 83, 86
- Ausgaben 97
- berufliche Schulen 86
- Besuch nach Abschluss der Eltern 81
- Lehrkräfte 83, 86
- Musikschulen 198
- Schüler/-innen 77, 84
- Volkshochschulen 96

Schüler/-innen 77

- allgemeinbildende Schulen 84
- Ausgaben je Schüler/-in 98
- berufliche Schulen 87
- je Lehrkraft 636
- Musikschulen 197

Schwangerschaften

- Abbrüche 127
- Krankenhausentbindungen 134

Schweine 477, 490

Schwerbehinderte Menschen 124

- Arbeitslose 362
- Schwerbehindertenquote 125

Seelsorge 211

Seen, natürliche und Stauseen 16

Seeverkehr 586

- Containerseeverkehr 592
- Häfen 592

Selbstständige 345

- Selbstständigenquote 652

Sozialbudget 225

Sozialgeld 234

- Einnahmen der privaten Haushalte 170

Sozialhilfe 226

- Ausgaben 232

Sozialleistungen 226

- Asylbewerberleistungen 234
- Ausgaben 226, 644
- Grundsicherung für Arbeitsuchende 234
- Kinder- und Jugendhilfe 236
- Kriegsopferfürsorge 235
- öffentliche Ausgaben 261
- Sozialhilfe 232
- Sozialleistungsquote 225
- Sozialversicherungen 140, 226, 256, 357
- Versorgungssystem des öffentlichen Dienstes 231

Sozialversicherungen 140, 226, 256, 357

Sparquote 323

Sport

- Abzeichen 213
- Arten 213
- Mitgliedschaften 212, 642
- Olympische Spiele 214
- Paralympische Spiele 214
- Spitzenverbände 212

Staatsangehörigkeit

- Adoptionen 44, 64
- ausländische Bevölkerung 42
- Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit 44

Staatsanwaltschaften 306

Städte 29

- Hauptstädte 632
- Städtetourismus 609

Sterbefälle von Müttern bei der Geburt 638

Sterbeziffern 39, 638

Steuern

- Arten 65, 255, 269, 463
- Einnahmen 256, 269, 463, 646
- Steueraufkommen 255, 269

Stiftungen 210

Strafgerichte 307

Straftaten 306, 649

- Aufklärungsquote 309
- Straßenverkehr 312
- Umwelt 456

Strafverfahren 310

Strafen, Strafverfolgung

- Abgeurteilte, Verurteilte 310
- Strafrecht 311
- Straftaten im Straßenverkehr 312

Straßen 16

Straßenverkehr 672

- Fahrverbote 311
- Getötete 583, 596
- öffentliche Ausgaben 261
- Straftaten, Verurteilte 312
- Straßen des überörtlichen Verkehrs 593
- Verunglückte, Unfälle 595

Strom

- Bruttostromerzeugung, -verbrauch 551, 668
- Stromsteuer 463
- Strom- und Wärmeerzeugung 553

Studierende 77, 90, 636

- ausländische Studierende, deutsche Studierende im Ausland 91
- Studienbereiche 91

T

Tabaksteuer 255, 269

Tarifverdienste 380

Tätige Personen *siehe Beschäftigte*

Tatverdächtige 309

Teilzeitbeschäftigte 352, 360

- Bruttoverdienste 378
- Gastgewerbe, Handel 606
- Gesundheitswesen 136
- öffentlicher Dienst 357

Theater 194

Tiere 664

- Arten 477, 490
- Ausgaben der privaten Haushalte 172
- Nahrungsmittelpreise 393
- Schlachtungen 491
- Viehbestand (ökologischer Landbau) 482
- Viehhaltung 477

Todesursachen 130

- häufigste 117
- Säuglinge 128

Tourismus

- Ankünfte, Übernachtungen 608
- Betriebe, Schlafgelegenheiten, Kapazitätsauslastungen 607
- Städtetourismus 609
- Tourismusintensität 608
- Übernachtungen ausländischer Gäste 605

Treibhausgasemissionen 460, 661

U

Überschuldung privater Personen 180

Umsatz 562

- Baugewerbe 670
- Gastgewerbe und Tourismus 606, 674
- Handel 573, 671
- Handwerksunternehmen 521
- Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen 503
- Transport und Verkehr 584
- Umsatzsteuer 255, 276
- Unternehmen im EU-Handel 423
- Verarbeitendes Gewerbe 534
- Weihnachtsgeschäft 575
- weitere Dienstleistungen 617

Umsatzindex (Verarbeitendes Gewerbe) 533, 539

Umsatzsteuer 255, 269

- Lieferungen und Leistungen 277
- Umsatzsteuerpflichtige 277
- Veranlagungen 276
- Voranmeldungen 277

Umwelt, Umweltschutz

- Ausgaben 462
- eingesetzte Umweltressourcen 457
- Einnahmen umweltbezogener Steuern und Gebühren 463
- erneuerbare Energien 551
- Green IT 520
- Investitionen 444
- laufende Aufwendungen 445
- Material- und Energieflüsse 443, 457
- Nachhaltigkeit 463
- Naturschutzflächen, -gebiete 18
- Straftaten gegen die Umwelt 456
- Umsatz für den Umweltschutz 446

UNESCO-Welterbe 200

Unfälle

- Fehlverhalten der Fahrzeugführer/-innen 596
- mit wassergefährdenden Stoffen 443
- Straßenverkehr 595

Unfallversicherung, gesetzliche 226, 230

- Einnahmen, Ausgaben, Vermögen 230
- Rentenbestand 230
- Versicherte 230

Universitäten *siehe Hochschulen*

Unternehmen *siehe auch Betriebe*

- auslandskontrollierte 510
- Außenhandel 423
- Baugewerbe 670
- Bruttowertschöpfung 666
- Computer- und Internetnutzung 518
- Energie 552, 668
- Gastgewerbe und Tourismus 606, 674
- Gewinne 330
- Handel 574, 671
- Handwerk 521
- Informations- und Kommunikationstechnologien 517
- kleine und mittlere (KMU) 508
- Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen 503, 666
- Transport und Verkehr 584, 672
- Umweltschutz 444
- Unternehmensinsolvenzen 514
- Verarbeitendes Gewerbe 667
- weitere Dienstleistungen 617

Unternehmenskonzentration (Verarbeitendes Gewerbe) 534

V

Verbraucherpreise 391, 402, 655

Verbrauchssteuer 278

Verbrechen *siehe Straftaten*

Verdienste

- Arbeitnehmerentgelt 320
- Bruttojahresverdienste 654
- Bruttolöhne und -gehälter 320
- Bruttostundenverdienste 375
- Bruttoverdienste 376
- Landwirtschaft 379
- Lohnquote 323
- Lohnstückkosten 323
- Mindestlöhne 382
- öffentlicher Dienst 383
- Tarifverdienste 380

Verkehr *siehe auch Straßenverkehr*

- Arten 583
- Ausgaben der privaten Haushalte 170, 641
- Beförderungen 585, 588, 672
- Verbraucherpreise 402
- Verkehrswege 593

Verletzungen 120

- Straßenverkehr 595

Vermögensstatus 437

Vermögenssteuer 269

Vermögensübertragungen 258, 432, 659

Versicherungen *siehe Sozialversicherungen*

Versorgungsempfänger/-innen 231

Versorgungssystem des öffentlichen Dienstes 231

Verurteilte 303

ausländische Bevölkerung 310

Deliktgruppen 312

Jugendliche 310

Strafen, Strafrecht 311

Vieh *siehe Tiere*

Volkseinkommen 319

Volkshochschulen 96

Vollzeitbeschäftigte 360

Bruttoverdienste 378

Gastgewerbe, Handel 606

öffentlicher Dienst 357

Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen 132

Patienten/Patientinnen 122

Personal 136

W

Wahlen

Deutscher Bundestag 289

Europäisches Parlament 289

Landtage 294

ationale Parlamentswahlen 648

Währungsreserven 432, 659

Waldfläche 483

Waldschäden 461

Wanderungen

Herkunftsländer der Ausländer/-innen 49

innerhalb Deutschlands 45

Zielländer der Deutschen 49

zwischen Deutschland und dem Ausland 45

Wärme

Erzeugung, Bezug, Verwendung, Abgabe 553

Strom- und Wärmeerzeugung 553

Wasser

Bewässerung landwirtschaftlicher Flächen 484

Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen 443

Wassergewinnung 447

Wasserversorgung 449

Weinanbau, -erzeugung 488

Weiterbildung, berufliche 95

Welterbe (UNESCO) 200

Wirtschaftsbereiche 348

Wirtschaftswachstum 321, 630

Wissenschaftler/-innen 103, 636

Wissenschaft *siehe Forschung und Wissenschaft*

Wohngeld 155, 226

Einnahmen der privaten Haushalte 170

gezahltes Wohngeld 158

Haushalte mit Wohngeld 157

Wohnsituation

Probleme im Wohnumfeld 159

überbelegte Wohnungseinheiten 640

Wohnkosten 159, 640

Wohnungen, Wohnungswesen

Ausgaben der privaten Haushalte 170, 641

Ausgaben (Sozialleistungen) 644

Baujahr 156

Bau- und Immobilienpreise 400

Beheizung 156

Eigentümerwohnungen 155

Mängel 159

Mieter-, Eigentümerhaushalte 640

Mietwohnungen 155

öffentliche Ausgaben 261

Verbraucherpreise 402

Wohnfläche 156, 565

Wohnungsbestand 565

Z

Zivilgerichte 305

Zu- und Fortzüge *siehe Wanderungen*